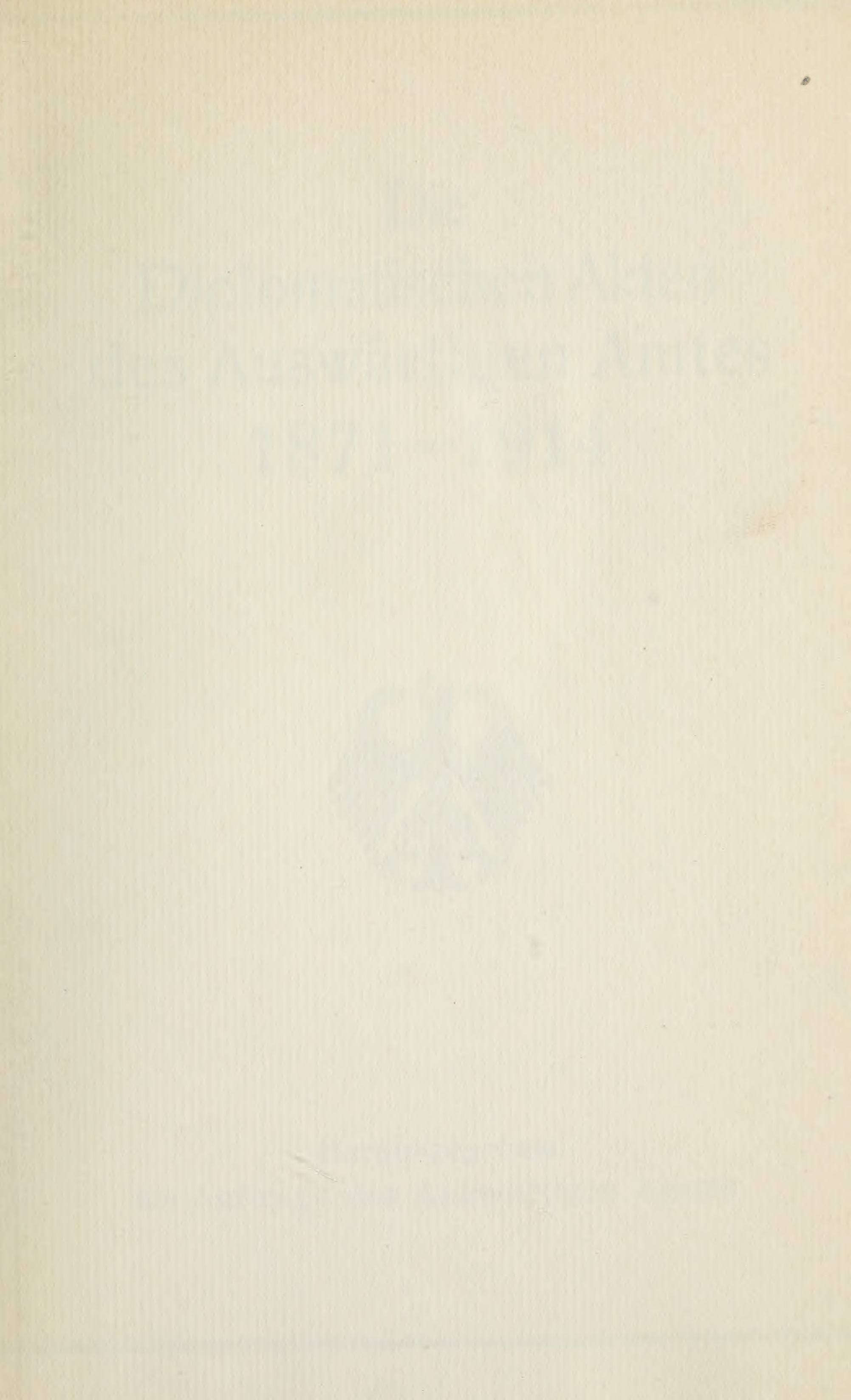
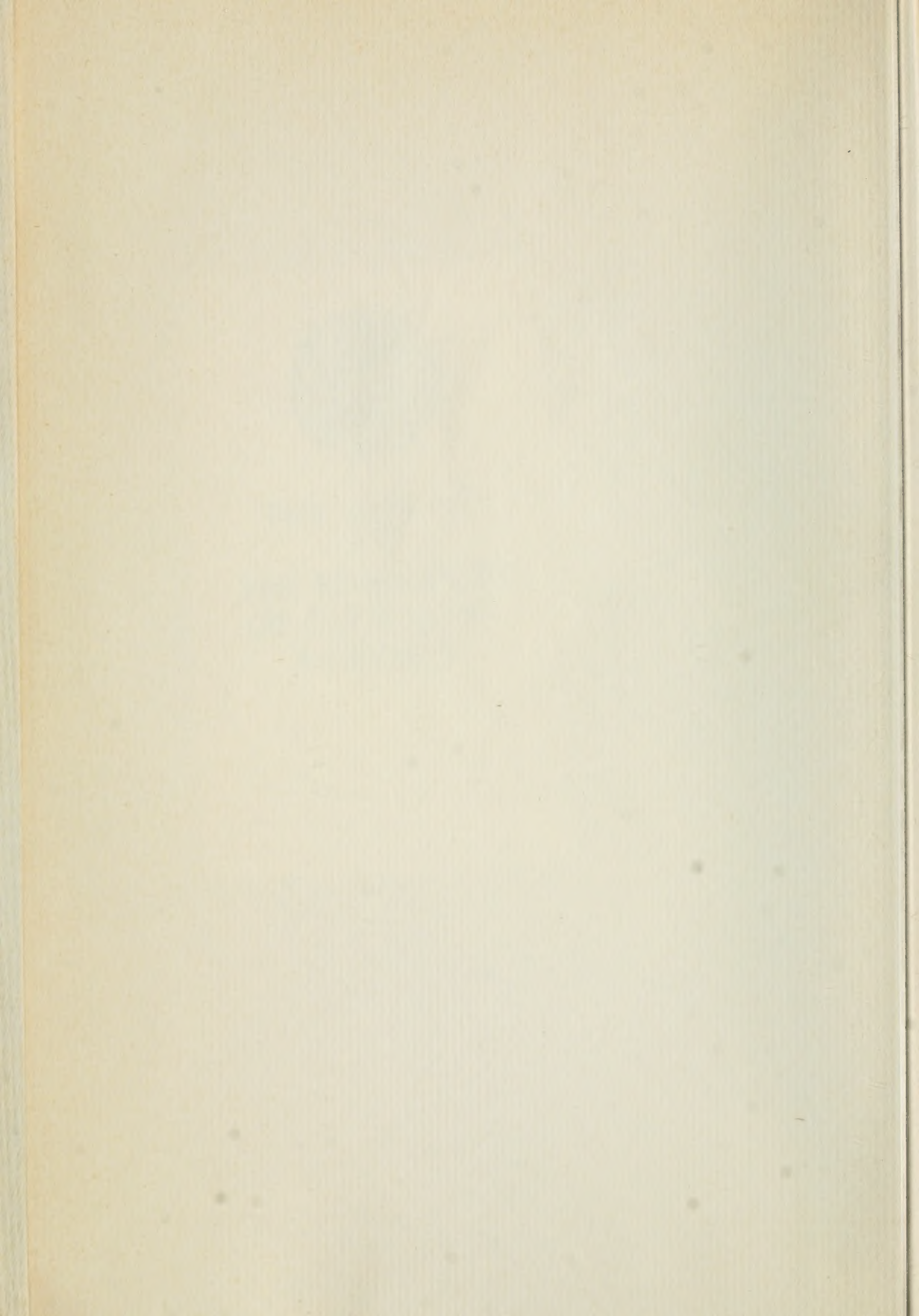






# Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914



Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes

# Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

## Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius †
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

1926

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

39. Band

# Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914

1 9 2 6

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

1. Auflage


Gesetzt und gedruckt in der Buchdruckerei F. E. Haag in Melle i. H.

# Inhaltsübersicht des neununddreißigsten Bandes

Ein Namenverzeichnis für die Bände XXVI—XXXIX erscheint als Band XL, ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes

Kapitel CCXCII

# Englisch-Deutsche Flottenpolitik vor dem Weltkriege
# Der Englische Vorschlag des Naval Holiday
# Dezember 1912 bis Juli 1914



Nr. 15 557

## *Bericht des Marineattachés in London Korvettenkapitäns von Müller**

Abschrift

Nr. 683 London, den 8. Dezember 1912

Die Vorlage Mr. Bordens im kanadischen Parlament, dem Mutterlande drei Kriegsschiffe neuester und größter Konstruktion

---

* Während die Balkankriege in militärischer Hinsicht ein neues Wettrüsten unter den Großmächten auslösten, bei dem Deutschland von Frankreich durch die Einführung der dreijährigen Dienstzeit weit überflügelt wurde, haben sie auf die Marinepolitik der konkurrierenden Mächte eine gleiche Wirkung nicht ausgeübt. Im Gegenteil hatte der Verlauf der Balkanwirren die Folge, die Mächte wiederholt auf eine Kooperation mittels gemeinsamer Flottendemonstrationen — Skutari, Bosporus — hinzuweisen und die Aufmerksamkeit in marinepolitischer Beziehung auf das Mittelmeer zu lenken. England, das im Herbst 1911 im Zusammenhang mit der marinepolitischen Verständigung mit Frankreich Anstalt gemacht hatte, seine Mittelmeerflotte zu verringern, ging seit dem Sommer 1912 mit dem Plane um, das auf Gibraltar basierte IV. Geschwader von vier auf acht Linienschiffe zu bringen und auch den Stützpunkt in Malta noch mehr auszubauen, um eventuelle Operationen im östlichen Mittelmeer zu erleichtern. Ende Oktober, beim Ausbruch des ersten Balkankrieges, wurden in der Tat die bisherigen alten Schiffe des IV. Geschwaders, die der Duncan-Klasse angehörten, durch eine doppelte Anzahl von Schiffen der King Edward-Klasse ersetzt. Anfang November erfolgten neue Schiffssendungen in das Ägäische und Adriatische Meer. Auch Deutschland schickte damals nach anfänglichem Zögern zwei neue Schiffe, den Großen Kreuzer „Goeben" und den Kleinen Kreuzer „Breslau", nach den türkischen Gewässern. Sie wurden mit den übrigen im Mittelmeer befindlichen deutschen Schiffen zu einer eigenen „Mittelmeerdivision" unter dem Befehl des Konteradmirals Trummler zusammengefaßt. Später — Ende April 1913 — tauchte der Gedanke auf, die Mittelmeerdivision zu einer ständigen Einrichtung zu machen. Der Kaiser nahm anfänglich diese Idee mit Feuereifer auf. „Dadurch", so bemerkte er in einer Schlußnotiz zu einem Bericht Admiral Trummlers vom 26. April, „wird auch Englands hypnotisches Stieren auf die Nordsee wesentlich eingeschränkt und seine Aufmerksamkeit auf andere Gewässer abgelenkt." Näheres darüber in Bd. XXXVIII, Kap. CCLXXXIX, Nr. 15 289, 15 293. Von einer formellen Einrichtung einer Mittelmeerdivision wurde allerdings auf Anraten Großadmirals von Tirpitz, um nicht zu Mißverständnissen und Mißdeutungen Anlaß zu geben, Abstand genommen.

zur Verfügung zu stellen, kann als angenommen betrachtet werden*.

Das bei dieser Gelegenheit veröffentlichte Memorandum der Admiralität ist der Niederschlag einer emsigen Tätigkeit der britischen Regierung, besonders der Admiralität, um die Kolonien zum Mittragen der Lasten der Flotte zu bewegen**. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Regierung und die Admiralität mit dem kanadischen Premierminister schon im Frühjahr 1912 über die jetzt entschiedene Frage verhandelt haben, zur selben Zeit, zu der mit Deutschland die Möglichkeit einer gegenseitigen Rüstungseinschränkung besprochen wurde. Mr. Churchills damals und später von ihm selbst oft gerühmte „Offenheit" erscheint durch diese Zusammenhänge im richtigen Lichte.

Die im März d. Js. von Mr. Churchill für die Zeit bis 1917 vorgesehenen Bauprogramme sind wiederholt als das Ergebnis der Proportion 16:10 hingestellt worden, die zwischen dem englischen und deutschen Bauprogramm bestehen müsse und die eine hinreichende Sicherheit für England ergäbe. Indessen enthielt die Verschiebung der Proportion zugunsten Englands in den gesteigerten Programmen eine Drohung, die noch unterstrichen wurde, indem Mr. Churchill noch größere als die spezifizierten Programme in Aussicht stellte, wenn andere Mächte als Deutschland ihre Flotte verstärkten. Auch diese drohende Geste Mr. Churchills ist mit Sicherheit auf Abmachungen zurückzuführen, die mit Mr. Borden damals bereits getroffen waren.

---

Erst recht hat das Auswärtige Amt, in dem die Zuspitzung des deutsch-englischen Verhältnisses durch die deutsche Flottennovelle 1912 (vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLIII, CCXLVIII) unvergessen war, und das in der seither wesentlich durch das Zusammengehen in den Balkanfragen beförderten Entspannung eine mit aller Kraft zu begünstigende politische Entwicklung sah, gerade auch in der Flottenfrage jede neue Verschärfung des Zwiespalts mit England zu vermeiden gestrebt. Eben deshalb hat es auch den Bestrebungen der Marinekreise, der Wehrvorlage von 1913 eine wenngleich in ihrem Umfange bescheidene Marinevorlage anzugliedern, Bestrebungen, die in dem Zuwachs der englischen Flotte durch die Geschenke der Dominions eine Begründung suchten, von vornherein einen entschiedenen Widerstand entgegengesetzt. Vgl. Nr. 15 558 ff.

* Die Auffasssung des Marineattachés, als ob der dem kanadischen Parlament von dem Premierminister Borden mit einer Denkschrift der englischen Admiralität vorgelegte Gesetzentwurf, nach dem dem Mutterland die Mittel für den Bau von drei Großkampfschiffen geschenkt werden sollten, bereits als angenommen zu betrachten sei, war irrig. Zwar wurde die Vorlage von dem kanadischen Unterhaus nach erregten Debatten, in denen von liberaler Seite die behauptete Gefährdung der englischen Vorherrschaft zur See geleugnet wurde, zunächst angenommen (14. Februar), nach weiteren harten Kämpfen aber im Senat zu Fall gebracht. Bei den Navy Estimates pro 1913/14 konnten die kanadischen Schiffe von der englischen Admiralität bei der Unsicherheit der Bewilligung nicht in Betracht gezogen werden.

** Näheres über diese Tätigkeit in Asquiths beiden Kapiteln „The Dominions in Council" (The Genesis of the War, p. 119 ff.).

An dem Memorandum der Admiralität für das kanadische Parlament ist ferner hervorzuheben, daß es, ohne direkt falsche Angaben zu machen, beim Vergleiche der Baupläne beider Länder von 1905 bis 1908 unter Nr. 3 den Eindruck erweckt, als ob Deutschland auf britische Anstrengungen, eine Rüstungseinschränkung herbeizuführen, mit einer Vermehrung seines Bauprogramms geantwortet hätte. Die unter Nr. 6 für das Frühjahr 1915 gegebenen Angaben sind für „Home waters" zurechtgestutzt und zählen unter den englischen „Dreadnoughtbattleships" ein Schiff des 1912/13 Programms und unter den „Battlecruisers" die vier zum Mittelmeergeschwader tretenden „Dreadnoughtkreuzer" nicht mit, während in den für Deutschland gegebenen Zahlen die Schiffe des 1912 Programms enthalten sind.

Es ist nun damit zu rechnen, daß die drei kanadischen und das malayische Schiff* als reine Addition zu dem im März d. Js. vorgefaßten Bauplan hinzukommen. Voraussichtlich werden sie über einige Jahre verteilt werden und die Anzahl der alljährlich bis 1917 zu vergebenden Neubauten, die bisher

1912 = 4
1913 = 5
1914 = 4
1915 = 4
1916 = 4
1917 = 4

beträgt, auf fünf jedes Jahr von 1913 bis 1917 heben.

Es ist indessen nicht ausgeschlossen, daß die Estimates für 1913/14 mehr als fünf Neubauten vorsehen werden, um eine möglichst schnelle Stärkung der Flotte zu erzielen — zumal die kanadischen Geldmittel sofort vorhanden sind. Die Möglichkeit dazu bieten die beiden türkischen Schiffe**, deren Bau angeblich angehalten worden ist, für die aber noch dauernd Material angeliefert und durch Beamte der Admiralität abgenommen wird. Die Pläne der türkischen Schiffe sind von denen der Orion- und King George-Klasse nicht so verschieden, daß die Einstellung der Schiffe in die englische Flotte die Einheitlichkeit der Typen wesentlich beeinträchtigte.

Es würde nun zu bedauern sein, wenn ängstliche Gemüter in Deutschland aus dieser mit Hilfe der Kolonien zustandekommenden englischen Bauvermehrung den Schluß zögen, daß das Verhältnis des deutschen flottengesetzmäßigen Schiffsbestandes zum englischen eine wesentliche Verschlechterung erfahre. Denn vorläufig ändert sich an der Gesamtstärke der englischen Flotte, die durch die Neudislokation

* Auch die malayischen Staaten hatten England ein Großkampfschiff, das den Namen „Malaya" führen sollte, zum Geschenk gemacht.

** Auf türkische Rechnung wurden in England zwei Linienschiffe gebaut.

auf insgesamt acht Geschwader — 64 Schiffe und ein Flottenflaggschiff — angesetzt ist, nichts. Da in der Formierung dieser Flotten noch verschiedene recht erhebliche Lücken auszufüllen sind, wobei andere Faktoren als allein das Vorhandensein von Schiffen den Ausschlag geben, ist eine Erweiterung der Organisation und der Gesamtstärke der Heimatflotten zunächst auch nicht zu erwarten.

Dagegen tritt eine Verschiebung des Verhältnisses der englischen zu den deutschen Großkampfschiffen (Dreadnoughts) ein, und wird der Verlust an Überlegenheit, den England durch die allmähliche Entwertung der Vordreadnoughts erleidet, bis zu einem gewissen Grade ausgeglichen.

England hat seit Beginn des Dreadnoughtbaues von 1905 bis 1912 unter Einrechnung der Schlachtschiffkreuzer 4,5 Großkampfschiffe pro Jahr gebaut, Deutschland hat in derselben Zeit 3,4 Großkampfschiffe pro Jahr gebaut, wobei zwei Linienschiffe und Kreuzer der Vordreadnoughtperiode einbezogen sind, um das Jahr 1905 auch für Deutschland als Ausgangspunkt beizubehalten.

Geht England jetzt mit Hilfe seiner Kolonien zum durchschnittlichen Fünfertempo über, was anzunehmen ist, so kann Deutschland das bisherige Verhältnis seiner Großkampfschiffe zu den englischen nur durch sofortigen Übergang zum lückenlosen Dreiertempo annähernd aufrechterhalten.

(gez.) Erich von Müller

Nr. 15 558

## *Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Zimmermann*

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Berlin, den 14. Dezember 1912

Der Bericht des Marineattachés* im Verein mit gewissen, ähnliche Gedankengänge aufweisenden Presseäußerungen (Artikel Reventlows in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 7. d. Mts.**) zeigt,

* Siehe Nr. 15 557.

** Der Artikel Graf E. Reventlows in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 7. Dezember, der die Aufschrift „Wie denkt Mr. Churchill?“ führte, stellte die Frage: „Rechnet Churchill diejenigen Neubauten des kanadischen Flottengeschenkes (vgl. dazu Nr. 15 557), welche im Jahre 1913 in Angriff zu nehmen seien, auf das im vorigen Jahre von ihm festgesetzte Bauprogramm von fünf großen Schiffen an, derart, daß die Gesamtsumme der Neubauten des Programms 1913 fünf große Schiffe nicht übersteige, oder aber beabsichtigt die englische Admiralität, die kanadischen Schiffe einfach in die von Churchill für die nächsten Jahre in Aussicht genommenen Bauprogramme einzubeziehen?“ Für den letzteren Fall wurde eine neue deutsche Flottenvorlage mit unbedingter Durchführung des Dreiertempos gefordert.

daß von der Marine auf eine neue Flottenvorlage hingearbeitet wird. Die bevorstehende Bewilligung von drei Dreadnoughts durch Kanada — eine Folge unserer letzten Flottennovelle — erscheint als hierfür geeignetes Agitationsmittel. Auch Seine Majestät der Kaiser hat bereits dem Grafen Lerchenfeld* die Notwendigkeit der Einbringung einer neuen Marinevorlage erklärt. — Wird der Propaganda der Marine im jetzigen Augenblick freier Lauf gelassen, so kann das zu einer völligen Schwenkung in der Haltung Englands und damit in der weiteren Folge zum Kriege führen**.

Zimmermann

## Nr. 15 559

### *Notiz des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg für den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen*

Berlin, den 17. Dezember 1912

Nach einer gestern abend zugegangenen zuverlässigen Mitteilung hat Seine Majestät unmittelbar nach Empfang des Lichnowskyschen

---

* Bayerischer Gesandter in Berlin. Vgl. dazu das Berichtsfragment des Grafen Lerchenfeld vom 15. Dezember, veröffentlicht von K. A. von Müller in den „Süddeutschen Monatsheften", Juli 1921, S. 50 f., ferner Kap. CCXCIII, Nr. 15 613, Fußnote.

** Auf Grund der Zimmermannschen Aufzeichnung vom 14. Dezember nahm Reichskanzler von Bethmann Hollweg, der am gleichen Tage von dem Generaladjutanten von Plessen erfahren hatte, daß der Kaiser den Kriegsminister und den Staatssekretär des Reichsmarineamts aufgefordert habe, „Vorlagen vorzubereiten, welche die noch vorhandenen Lücken in unseren Rüstungen schlössen", Veranlassung, sich sofort mit diesen beiden über die Einbringung etwaiger Wehrvorlagen in Verbindung zu setzen. Vgl. dazu die Aufzeichnung Bethmann Hollwegs vom 14. Dezember in Kap. CCXCIV, Nr. 15 623. Danach hätte Großadmiral von Tirpitz bei der Besprechung ausgeführt: „Bereits seit dem Sommer werde er von Seiner Majestät zu einer Marinevorlage gedrängt. Er habe sich dazu bisher schweigend verhalten. Wenn aber jetzt eine Heeresvorlage gemacht werde, müsse er verlangen, daß auch eine Marinevorlage eingebracht werde. Diese werde neben relativ unbedeutenden Forderungen für das Flugwesen die Beschleunigung des Baues von Panzerkreuzern verlangen, ohne daß der Schiffsbestand im ganzen dadurch vermehrt werde." Bethmann Hollweg wollte zu diesem Projekte und den Forderungen des Kriegsministers sachlich zunächst keine Stellung nehmen, bedang sich aber von dem Kriegsminister und Staatssekretär aus, „daß sie sich hinter meinem Rücken auch Seiner Majestät gegenüber nicht bänden, daß von Vorarbeiten, die sie innerhalb ihrer Ressorts etwa vornähmen, auch nicht das geringste in die Öffentlichkeit dringen dürfe, und daß ich irgendwelche Preistreiberei zugunsten der Projekte unter keinen Umständen dulden könne". Nach Großadmiral von Tirpitz, der in seinem Dokumentenbande: Der Aufbau der deutschen Weltmacht (S. 369) ebenfalls von der Besprechung vom 14. berichtet, hätte der Reichskanzler bei dieser Gelegenheit unter Anspielung auf die Marine darüber geklagt, daß Gerüchte über Wehrvorlagen umliefen; er, Tirpitz, habe aber den Beweis liefern können, daß das Reichsmarineamt mit den Gerüchten nichts zu tun habe. Im übrigen habe

Berichts über seine Unterhaltung mit Haldane* telegraphisch den General von Moltke sowie Herren von der Marine (wohl Tirpitz und Heeringen**) zu sich entboten. Welche speziellen Aufträge Seine Majestät bei dieser Gelegenheit wegen Vorbereitung von Wehrvorlagen erteilt hat, ist mir zwar nicht bekannt geworden, doch hat er, wie feststeht, den Herren von der Marine gesagt: „Nun gehen Sie ordentlich in die Presse."

Hiermit stehen unzweifelhaft die Eingaben der Alldeutschen Ortsgruppen in Zusammenhang, von denen ich Euer Exzellenz gestern eine Probe einsandte***, und die sich jetzt mehren. Der Admiral Persius † reist danach im Lande umher und propagiert eine kräftige Flottennovelle.

Wie Seine Majestät bearbeitet wird, ergibt auch das anliegende Zeitungsblatt ††.

---

sich der Reichskanzler auf den Standpunkt gestellt, daß neue Wehrvorlagen die akute Kriegsgefahr in hohem Maße steigern müßten, denn dann würden die Gegner doch nicht warten.

* Siehe den Bericht Fürst Lichnowskys über seine Unterredung mit Lord Haldane vom 3. Dezember in Kap. CCXCIII, Nr. 15 612.

** Vizeadmiral von Heeringen, Chef des Admiralstabes.

*** Es handelt sich um eine dem Reichskanzler unter dem 12. Dezember übersandte Entschließung einer Versammlung in Eickel, die nach einem Vortrage des Admirals a. D. Breusing über das Thema „Der Weltkrieg und die deutsche Flotte" neue Gesetzesvorlagen forderte, die „dem Deutschen Reiche eine erhebliche Stärkung seiner Streitkräfte zu Lande und zu Wasser bringen, damit es dem drohenden Ansturm der vereinigten Streitkräfte Frankreichs, Englands und Rußlands gewachsen sein wird". Für die deutsche Flotte erbat die Resolution „die schnellste Ausstattung der Schlachtflotte mit 25 Großkampfschiffen des Dreadnoughttyps und acht Linienschiffskreuzern, sowie die baldigste Beschaffung der dringend benötigten Linienschiffskreuzer für das Ausland". Die Eingabe wurde von dem Reichskanzler am 16. Dezember dem Staatssekretär von Kiderlen zugefertigt, zugleich mit der Aufzeichnung über eine Unterredung mit dem Kriegsminister von Heeringen und dem Großadmiral von Tirpitz vom 14. Dezember, die die künftigen Wehrvorlagen betraf. Siehe diese Aufzeichnung in Kap. CCXCIV, Nr. 15 623.

† Es liegt hier eine Namensverwechselung auf seiten des Reichskanzlers vor; es muß Admiral Breusing heißen.

†† Es handelt sich um einen Aufsatz Professor Martin Spahns „Österreichs Sache ist unsere Sache" im „Tag" vom 15. Dezember, in dem er unter Hinweis auf das Verdienst Kaiser Wilhelms II., der das Deutsche Reich aus den Schranken preußischer auswärtiger Politik herausgeführt habe („Das ist des Kaisers Verdienst, wodurch er sich hoch über alle seine deutschen Zeitgenossen an Bedeutung für die Nation hinaus erhoben hat"), forderte, daß für Deutschlands auswärtige Politik „das ganze Gebiet von der Nordsee bis zur Adria nach wie vor als einheitliches und gemeinsam mit Österreich zu deckendes aufgefaßt werden muß", oder, wie es zum Schlusse nochmals hieß, daß „mit voller Überzeugung und Kraft jetzt wie künftig von Österreich und dem Reiche gemeinsam Hamburg und Bremen auch an der Adria, Triest auch an der Nordsee gedeckt wird". Dazu schrieb der Kaiser an den Rand: „Sehr gut. 3er Tempo im Schiffbau ist dafür nöthig."

Ich halte es für erforderlich, daß ich zu der Flottenvorlage Seiner Majestät gegenüber in einem Immediatbericht baldigst Stellung nehme*.

Bethmann Hollweg

Nr. 15 560

*Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.***

Telegramm. Entzifferung

Nr. 125 — Berlin, den 18. Dezember 1912

Die Verhandlungen der Botschafter in London haben gestern begonnen und lassen nach allen Informationen, die hier eingezogen sind, ein günstiges Resultat erwarten. Bei der ruhigen und sachlichen Haltung Österreich-Ungarns und Italiens könnte eine kriegerische Lösung nur durch intransigente Haltung eines von Rußland oder Frankreich aufgestachelten Serbiens herbeigeführt werden.

Daß ein Krieg mit Rußland für uns auch einen Krieg mit Frankreich bedeutet, ist sicher. Dagegen ist es nach vielfachen Anzeichen zum mindesten zweifelhaft[1], ob England aktiv eingreifen würde, wenn Rußland und Frankreich direkt als die Provozierenden erscheinen[2]. Denn dann hätte die englische Regierung mit ihrer öffentlichen Meinung zu rechnen. Äußerungen wie die Haldanes und ähnliche deuten nur[3] darauf hin, daß England zugunsten eines niedergeworfenen Frankreich nachträglich — zunächst wohl diplomatisch[4] — eintreten würde. Unter allen Umständen haben wir[5] diese Chance, wenn wir jede Provokation vermeiden[6]. Wie wir auf vertraulichem aber glaubwürdigem Wege erfahren haben, hat der

---

* Vgl. das folgende Schriftstück.

** Das Telegramm ist von Staatssekretär von Kiderlen auf Grund der Schlußwendung der Notiz des Reichskanzlers vom 17. Dezember (siehe Nr. 15 559) konzipiert worden. Auf dem Konzept, an dem der Reichskanzler irgendwelche Änderungen nicht vorgenommen hat, findet sich ein für von Bethmann Hollweg bestimmter Vermerk: „Wenn es Euerer Exzellenz genehm, komme ich morgen, Mittwoch, $^1/_2$12 zum Vortrag." Dieser Vermerk war die Antwort auf eine bei den Akten befindliche Notiz von Bethmann Hollwegs vom 17. „Ich reise morgen 1 Uhr nach München [zu den Beisetzungsfeierlichkeiten für den am 12. Dezember verstorbenen Prinzregenten Luitpold von Bayern] und möchte vorher noch gern mit Ihnen die Modalitäten besprechen, wie ich bei Seiner Majestät gegen die Flottenvorlage Protest einlege. — Ich bin heute von 7 Uhr ab disponibel, und morgen vormittag zu Ihnen genehmer Zeit."
Eine Abschrift des obigen Telegramms wurde dem Chef des Zivilkabinetts von Valentini, der den ebenfalls zu den Beisetzungsfeierlichkeiten nach München fahrenden Monarchen begleitete, übersandt. In einem Begleitschreiben des Reichskanzlers vom 18. hieß es dazu: „Ich lasse Euerer Exzellenz die Abschrift zugehen, damit Sie informiert sind, falls auf dem Weg nach München die in dem Telegramm behandelten Fragen zur Sprache kommen."

russische Botschafter in London Graf Benckendorff dieses Moment eindringlich in St. Petersburg hervorgehoben und darum wiederholt auch vor dem Schein einer Provokation[7] gewarnt, die er gern uns zuschieben möchte[8] *.

Unter diesen Umständen ist es dringend erwünscht, daß in der Öffentlichkeit während der gegenwärtigen Londoner Verhandlungen keine deutschen Pläne von Heer- und Flottenvermehrungen bekannt werden. Ein solches Bekanntwerden würde mit Leichtigkeit gegen uns als Provokation ausgenutzt werden können, würde uns, falls es jetzt zur kriegerischen Entscheidung kommt, noch keine Stärkung bringen, wohl aber geeignet sein, in weiten Kreisen das Vertrauen in die Stärke unserer jetzigen Rüstung zu erschüttern und den englischen Chauvinisten die erwünschte Gelegenheit geben, sofort gegen uns aktiv in einen Krieg einzugreifen[9].

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät beehre ich mich daher alleruntertänigst zu bitten, die Militär- und Marineinstanzen dahin anzuweisen, daß etwaige Vorarbeiten für spätere Vorlagen absolut geheimgehalten und auch vor der Entscheidung innerhalb der Reichsressorts nicht zur Kenntnis der Bundesstaaten gebracht werden[10].

Nach den mir vorgelegten Zeitungsausschnitten und nach dem Verhalten von Einzelversammlungen von Wehr- und Flottenvereinen unter dem Vorsitz inaktiver Land- und Seeoffiziere wird bereits eine starke Agitation für eine erneute Flottennovelle betrieben[11]. Ich muß dieselbe im jetzigen Stadium der politischen Konstellation nach pflichtmäßigem Ermessen als durchaus inopportun und direkt bedenklich bezeichnen und bitte um Euerer Majestät Zustimmung, den Herrn Chef des Reichsmarineamts[12] in diesem Sinne zu verständigen. Die Gründe hierfür wollen Euere Majestät aus meinen obigen Ausführungen allergnädigst ersehen. Eine offiziöse Propaganda[13] darf meines alleruntertänigsten Erachtens erst einsetzen, wenn bestimmte Pläne festgelegt sind, und nachdem die jetzige politische Krisis, auf deren Lösung neue Anforderungen keinen Einfluß mehr haben könnten, vorüber ist.

Euere Majestät wage ich alleruntertänigst zu bitten, mir Allerhöchstdero Zustimmung zu dem von mir vorgeschlagenen modus procedendi auszusprechen[14] und mir nach Euerer Majestät Rückkehr aus München Gelegenheit zum Vortrag über die Gesamtheit dieser Fragen, von denen die ganze künftige Politik abhängt[15], geben zu wollen.

Bethmann Hollweg

---

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Den 3 Cabineten zur sofortigen Kenntnißnahme und mündlichen Information sofort an Kriegsminister und R[eichs] M[arine] A[mt] sowie

* Vgl. dazu Bd. XXXIV, Kap. CCLXVI, Nr. 12529, Fußnote **.

auch an Chef des Gen[eral]stabes und Admiralstabs. Alles persönlich durch die Chefs noch heute.
1) Marine Cab[inett]*
2) Milit[är] Cabinet
3) Chef Gen[eral]st[a]b[es]
4) Chef Adm[iral]st[a]bes.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Ich zweifle keinen Augenblick daran
[2] die werden sich schon hüten, daß es so aussieht!
mit Hilfe der gegenseitig bestochenen Pressen.
[3] Haldane hat ausdrücklich erklärt, daß die Möglichkeit der Niederwerfung nicht geduldet werden würde, somit ist ein sofortiges Eingreifen Engl[an]ds unbedingt sicher; nicht aber nachträglich!
[4] keine Rede davon! Das ist ein schwerer Trugschluß! Wird durch die thatsächlich kriegsbereit conzentrirten zum Auslaufen fertigen Flotten widerlegt
[5] nein!
wir können nach unsrer Ansicht jede Provokation vermieden haben, und werden doch als Provozir[en]den dargestellt werden, sobald es den Gegnern und der von ihnen gekauften Presse paßt!
[6] Es wird hier ein großer Werth auf Provokation gelegt. Eine solche läßt sich bei einigermaßen geschickter Diplomatie und geschickt geleiteter Presse stets construiren (Spanische Kronkandidatur z[um] B[eispiel] 1870) und muß stets zur Hand gehalten werden! Die Ansichten darüber werden stets auf beiden Seiten auseinandergehen!
[7] liegt schon in der Einbehaltung der Reserven und Rüstungen sowie Ankäufen bei uns!
[8] besten Dank!
[9] die alten Camellen die jedesmal gegen Vorlagen bei uns vorgebracht werden! Genau so hieß es im vorigen Winter gegen unsre Novelle und ist doch nicht eingetreten!
[10] einverstanden
[11] ist bei der Gesamtlage sehr begreiflich und gut und anerkennenswerth!
[12] der hat damit gar nichts zu thun!
[13] um eine solche dürfte es sich hier nicht handeln! Sondern unser Volk ist über die Lage tief erregt und giebt dem Gefühl hierzu Ausdruck
[14] ja
aber das ändert nichts an der Thatsache der später zu machenden Forderungen die ich unbedingt haben will! W.
[15] aha!

## Nr. 15 561

## *Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg*

Eigenhändig

Berlin, den 20. Dezember 1912

Herr von Valentini hat mir das anliegende, am 18. an Seine Majestät gerichtete Telegramm ** gestern in München mit dem Bemerken zurückgegeben, daß die auf dem Kuvert vermerkten Befehle ***

---

* Vgl. dazu die Notizen Großadmirals von Tirpitz vom 19. Dezember, A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 370.
** Siehe Nr. 15 560.
*** Es dürfte sich um Wiederholung der von dem Monarchen am Kopf des Telegramms vom 18. niedergeschriebenen Anweisungen handeln.

Seiner Majestät ausgeführt seien. Er habe die allerhöchsten Randvermerke mit Seiner Majestät durchgesprochen und auf seine Bemerkung, Seine Majestät schiene danach mit den Ausführungen des Telegramms nicht einverstanden, die Antwort erhalten: Im Gegenteil, er sei vollkommen einverstanden*. — Der nächste Zweck, daß Seine Majestät mit den Bundesfürsten nicht über Wehrvorlagen spreche, sei erreicht. Aus meinen Gesprächen mit den Bundesfürsten habe ich jedenfalls das Gegenteil nicht heraus gehört.

Bei der Fassung der Randvermerke haben ersichtlich Rücksichten auf Herrn von Tirpitz mitgesprochen.

Bethmann Hollweg

Nr. 15 562

*Bericht des Marineattachés in London Korvettenkapitäns von Müller*

Abschrift

Nr. 104 London, den 6. Februar 1913

Der gemäßigte Ton und Inhalt der Churchillschen Rede in Dundee am 30. Januar d. Js.** hat nun auch in der konservativen

* Das bedeutete im wesentlichen doch bereits den Verzicht auf die Einbringung einer Marinevorlage. Auch die Randbemerkung Nr. 14 zu dem Telegramm vom 18. spricht ja nur noch von den „später zu machenden Forderungen, die ich unbedingt haben will". Kurz darauf muß der Kaiser erneut die Einbringung einer Flottennovelle ins Auge gefaßt haben, jedenfalls ließ er am 4. Januar 1913 dem Staatssekretär des Reichsmarineamts durch den Kabinettschef der Marine den Befehl zugehen, ihm Vorschläge bezüglich eines schnelleren Bautempos der großen Schiffe zu unterbreiten. „Seine Majestät sind der Ansicht, daß der Zeitpunkt gekommen sei, das Dreiertempo durchzuführen, zunächst indem für das kommende Etatsjahr erste Raten für ein Linienschiff und zwei Große Kreuzer gefordert werden." Admiral von Müller an Großadmiral von Tirpitz, 4. Januar 1913, A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 370. Aber schon am 5. Januar änderte der Kaiser unter dem Eindruck eines Immediatvortrages des Kanzlers seine Meinung; vergleiche das Schreiben von Müllers an von Tirpitz vom 6. Januar (Tirpitz, a. a. O., S. 370 f.): „Seine Majestät der Kaiser haben gestern mit dem Reichskanzler die Frage der außerordentlichen Wehrvorlagen besprochen. Der Reichskanzler hat dabei erklärt, eine sehr große Militärvorlage (300 bis 400 Millionen) einbringen zu wollen, und Seine Majestät gebeten, unter diesen Umständen und unter Berücksichtigung der politischen Beziehungen zu England von einer über den Plan hinausgehenden Mehrforderung an Schiffen abzusehen. Eine Durchführung des Dreiertempos, dessen Berechtigung der Reichskanzler im Prinzip anerkenne, müsse auf das nächste Jahr hinausgeschoben werden. — Seine Majestät der Kaiser glauben sich den Gründen des Reichskanzlers nicht verschließen zu können und lassen Euere Exzellenz hiervon unter Bezugnahme auf den für nächsten Sonnabend befohlenen Immediatvortrag in Kenntnis setzen."

** Am 31. Januar hatte die feierliche Übertragung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Dundee auf den Premierminister Asquith stattgefunden, was Churchill den Anlaß zu einer Rede über die englische Wehrmacht zu Wasser und zu Lande gab.

Presse den Verdacht geweckt, daß die Admiralität nicht beabsichtigt, in den März-Estimates auf die übertriebenen Forderungen des überwiegenden Teils der öffentlichen Meinung einzugehen, sondern daß sie sich an den im Juni 1912 gegebenen Voranschlag, fünf Neubauten für 1913 (nur Linienschiffe, keine Panzerkreuzer) halten wird.

Die Gründe, die Mr. Churchill zu dieser Mäßigung bewegen, sind verschiedener Natur. Obwohl er, wie mir kürzlich gesprächsweise Prinz Louis Battenberg* sagte, mehr Geld vom Schatzkanzler** zu erlangen versteht, als dies irgend jemand anders fertigbringen würde, weshalb die Marine sich zu seiner Amtsführung beglückwünschen könne, so ist doch die innere Politik des Kabinetts — Mr. Lloyd George — einer der Faktoren, die das Marinebudget beschränken.

Es kommt weiter hinzu,
daß außer den fünf Schiffen des englischen Programms für 1913 das von den malayischen Staaten geschenkte Schiff soeben bei Armstrong in Bau gegeben worden ist, daß von den drei von Kanada zu erwartenden Schiffen mindestens zwei auf englischen Werften gebaut werden sollen
und daß alle vier genannten Schiffe vom Mutterlande zu bemannen und zu unterhalten sein werden.

Wie kürzlich ein liberales Blatt auseinandersetzte, wird die Bemannung und Unterhaltung dieser vier Schiffe das Mutterland ungefähr £ 600 000 = 12 Millionen Mark pro Jahr kosten, eine Summe, die recht niedrig gegriffen ist und mit £ 800 000 = 16 Millionen Mark richtiger und noch nicht zu hoch geschätzt sein dürfte (einschließlich Abschreibung, Verzinsung, Kosten der Bemannung, die das Mutterland zahlen muß). Die Besatzungen aller neuen Schiffe müssen durch vermehrte Rekrutierung vollständig neu geschaffen werden, wenn nicht an Stelle der neu hinzukommenden Schiffe ältere außer Dienst gestellt werden sollen, wodurch der absolute Zuwachs wieder vermindert würde (was voraussichtlich eintreten wird).

Es ist daher erklärlich, wenn die Admiralität nicht mehr als fünf Neubauten auf Stapel legen will.

Dagegen führen die Propagandisten eines größeren Programms an, daß die Kolonialschiffe für den Dienst in den heimischen Gewässern nicht oder nur bedingt in Betracht kommen könnten, und daß deshalb auf den von Mr. Churchill selbst als notwendig hingestellten Sicherheitsüberschuß von 60 Prozent gegenüber der deutschen Flotte nur die fünf Neubauten des Mutterlandes angerechnet werden dürften. In ähnlichem Sinne hat sich auch kürzlich das Verteidigungskomitee der Londoner Handelskammer in einer Resolution bezüglich der Flotte ausgesprochen und beschlossen, dem Kabinett die Bedenken

---

* Erster Seelord der englischen Admiralität.
** Lloyd George.

vorzustellen, mit denen man die wachsende Seerüstung anderer Nationen betrachte. Das Komitee hat die Hoffnung ausgesprochen, daß „angemessene Maßnahmen sowohl bezüglich der Schiffe als auch der Bemannungen sofort getroffen würden, um die unanfechtbare Suprematie Englands zur See aufrechtzuerhalten". Gleichzeitig wurde willige Unterstützung der vermehrten Forderungen als selbstverständlich versprochen.

Die Behauptung des Ersten Lords in Dundee, daß die Marine nicht nur stark sei, sondern daß sie auch tatsächlich und verhältnismäßig immer stärker werde, ruft so fast allgemeinen Widerspruch hervor. Man bezweifelt, daß Mr. Churchill in der Lage sein werde, diesen seinen Satz zu beweisen. Es wird ihm entgegengehalten, daß sein Memorandum für die kanadische Regierung anders gelautet habe, und daß auch der Rückruf des Mittelmeergeschwaders im letzten Frühjahr seine Behauptung nicht gerade bestätige. Andererseits wird anerkannt, daß der Ausbau der veränderten strategischen Front, der Ostküste, einen großen Teil der Mittel in Anspruch nehmen müsse, und daß die dort zu schaffenden Stützpunkte für eine in der Nordsee kämpfende Flotte unbedingt nötig seien.

Daß diese Preßkampagne auf die beschlossene Marinepolitik der Regierung einen Einfluß gewinnen werde, ist nicht mehr zu erwarten. Sie wird im Sande verlaufen. Churchill ist mit Hilfe seiner geschickten und drehbaren Rhetorik in der Lage, jeden verlangten Beweis — in Worten — zu führen. Wenn er könnte, würde er lieber zehn Schiffe bauen als fünf; die Einwilligung des Parlaments würde er stets erlangen können. Parlamentarischen Widerstand gegen Marineforderungen kennt man in England kaum. Da aber aus den vorstehend angeführten Gründen ein größeres Programm ein Ding der Unmöglichkeit ist, wird Mr. Churchill beweisen, daß es nicht nötig sei.

Das gezwungene Festhalten an der Zahl fünf des Voranschlages für das Neubauprogramm 1913 berechtigt zu der Annahme, daß auch das Vierertempo des Voranschlages für die folgenden Jahre nicht überschritten werden wird, und daß 4,5 Großkampfschiffe pro Jahr aus finanziellen und anderen Gründen das durchschnittliche Höchstmaß an Flottenbauten für heimische Rechnung darstellt. Dies beweist erneut die Richtigkeit des allerdings noch nicht lückenlos wirksamen Prinzips des Dreierbautempos des deutschen Flottengesetzes, das die allmähliche Verschiebung des Stärkeverhältnisses der beiden Flotten auf die Proportion 2:3 zum Ziele hat. Durch das Hinzukommen der Kolonialschiffe wird das Erreichen dieses Zieles indessen wieder hinausgerückt und der englischen Regierung die Möglichkeit geboten, das Zurückgehen des Bautempos in Deutschland bis zum Jahre 1917 auszunutzen, ohne die Ausgaben für den Bau neuer Großkampfschiffe über den Voranschlag hinaus zu erhöhen.

Daß die Konzentration der englischen Flotte auf die „homewaters“ nicht gut sei, kommt aber in mannigfachen Veröffentlichungen zum Ausdruck. Es wird eine stärkere Besetzung der ausländischen Stationen und Handelsstraßen verlangt, und man kann annehmen, daß die zunehmenden imperialistischen Einflüsse im Verhältnis des Mutterlandes zu den Kolonien die ausschließliche Verwendung der Kolonialschiffe in der Heimat bis zu einem gewissen Grade beschränken werde.

Die Prestigepolitik, die das englische Reich mit seinen 350 Millionen Einwohnern, den gewaltigen Entfernungen zwischen Mutterland und Kolonien und den vielfach verschiedenen Interessen der einzelnen Teile treiben muß, hat in früheren Zeiten ihren unmittelbaren Ausdruck gefunden in der Verteilung der englischen Flotte, die gleichzeitig die Herrschaft Altenglands über seine Dependenzen verkörpert hat. Die neuerliche Konzentration der Flotte in „homewaters“ hat die großen Kolonien zwar zu tätiger Hilfe bewogen, sie hat ihnen aber gleichzeitig zum Bewußtsein gebracht, daß sie mehr als früher für sich selbst sorgen müssen. Am deutlichsten kommt dies in der Flottenpolitik Australiens zum Ausdruck.

Man wird daher abwarten müssen, wie sich die Bedingungen anhören, die Kanada an sein Geschenk knüpfen wird, ehe man die Kolonialschiffe als absolute Verstärkung der englischen homefleets rechnet.

Sollte, wie es den Anschein hat, der Vergleich mit Deutschland, der ohne Zweifel wieder die Unterlage für die Rede des Ersten Lords zu den März-Estimates bilden wird, dazu dienen, um beruhigend auf die erregten und parteipolitisch angehauchten Forderungen der Opposition zu wirken, so wird das mit Rücksicht auf allgemeine Verhältnisse zu begrüßen sein. Indessen wird man nicht übersehen dürfen, daß die kolonialen Beihilfen der Regierung diese Möglichkeit liefern, indem sie den „margin of security“ für England erhöhen und das Stärkeverhältnis zu unseren Ungunsten von der Proportion 2:3, die bereits von England angenommen war, entfernen.

(gez.) von Müller

## Nr. 15 563

### *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 75 London, den 8. Februar 1913

Die telegraphisch hierher gemeldeten Erklärungen über die Flottenfrage, die der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts an-

geblich in der Budgetkommission des Reichstags abgegeben hat*, erregen in der hiesigen Presse das größte Aufsehen und werden von fast sämtlichen führenden Blättern in Leitartikeln besprochen.

* Staatssekretär von Tirpitz hatte bei der Beratung des Marinehaushalts in der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags vom 6. Februar nach dem amtlichen Protokoll unter anderem gesagt: „Ich bin der erste, der eine Verständigung mit England mit Freuden begrüßen würde. Vergleiche über Stärkeverhältnisse zu machen ist sehr schwer. Die Schiffszahlen allein geben keinen richtigen Vergleich. Es kommt dazu der Schiffstyp, das Lebensalter der Schiffe und andere Faktoren, die sich schwer vergleichen lassen. Der englische Marineminister Churchill hat im vorigen Jahre einen solchen Vergleich gemacht; doch hat er dabei Löcher offen gelassen. Er hat ausgeführt, daß die englischen Dreadnought zu den deutschen sich zurzeit wie 1,6:1 verhalten. Dieses Verhältnis ist nach meiner Ansicht für die Schlachtflotte akzeptabel. Es drückt aus, daß wir nicht beabsichtigt haben, in Konkurrenz mit England zu treten. Es gibt uns ein solches Maß von Macht, daß es schwer ist, uns anzugreifen. Dieses Maß werden wir durch das Flottengesetz erhalten; mehr brauchen wir nicht. Es kann nicht davon die Rede sein, daß wir England gegenüber aggressiv vorgehen wollen, denn zu einem aggressiven Vorgehen gehört eine erhebliche Überlegenheit. Wir haben stets betont, daß wir eine ebenso große Flotte wie die englische nicht erstrebten. Die Flotte, die wir nötig haben, ist durch das Flottengesetz gegeben. Wir haben seinerzeit vor der Frage gestanden, unserem mächtig aufstrebenden Handel und unserer Industrie einen ausreichenden Schutz durch eine genügend starke Flotte zu geben oder stets mit dem Hute in der Hand dazustehen. Wir haben ersteren Weg eingeschlagen. Die zurückgestellten Wünsche der Marineverwaltung, von denen ich im vorigen Jahre im Plenum gesprochen habe, beziehen sich nicht auf eine Vergrößerung der Flotte, sondern auf den schnelleren Ersatz einiger veralteter Kreuzer. Auch die letzte Novelle bezog sich weniger auf eine zahlenmäßige Verstärkung der Flotte als darauf, daß unsere Schlachtflotte schneller kriegsbereit gemacht wurde. Dies war notwendig geworden durch die moderne Entwickelung der Schiffstypen, Einführung der Funkentelegraphie, Konzentration der Schiffe in der Nordsee u. a. m. Es besteht nicht die Absicht, über den jetzigen Rahmen des Flottengesetzes hinauszugehen. — Ich hoffe, mit diesen Worten eine etwa entstandene Unruhe beseitigt zu haben.“ Am folgenden Tage (7. Februar) gab auch Staatssekretär von Jagow im Haushaltsausschuß eine Erklärung über die deutsch-englischen Beziehungen ab, die in warmen Worten des Zusammengehens mit England in der Balkankrise seit Herbst 1912 gedachte und die Hoffnung aussprach, „daß wir auf dem Boden gemeinsamer Interessen, dem furchtbarsten in der Politik, auch weiter mit England arbeiten und vielleicht ernten können“. Die Ausführungen Jagows schlossen mit einem — nicht in den offiziellen Sitzungsbericht aufgenommenen — Appell an die Kommissionsmitglieder, bei den Beratungen im Plenum in der Flottenfrage möglichste Zurückhaltung zu üben: „Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß es sich hier um eine zarte Pflanze handelt, die man nicht durch zu frühes Berühren und Besprechen am Erblühen behindern darf. Ich appelliere daher an Ihr patriotisches Gefühl und Ihre hohe politische Einsicht, indem ich an Sie die Bitte richte, in den Debatten im Plenum und auch bei den Verhandlungen im Schoße der Kommission, soweit sie den Weg in die Öffentlichkeit finden, sich bei etwaigen Erörterungen über unser Verhältnis zu England möglichste Zurückhaltung aufzuerlegen und es insbesondere zu vermeiden, die Stelle zu berühren, an der unsere englischen Freunde am verwundbarsten sind: die Frage unseres gegenseitigen Kräfteverhältnisses zur See. Marinedebatten bilden nun einmal für die Volksstimmung hüben und drüben eine Art Brausepulver. Alle Zeichen sprechen dafür, daß der praktisch-nüchterne Verstand des englischen

Nach den hier vorliegenden Meldungen soll der Großadmiral von Tirpitz auf die Flottenrede, die Herr Churchill im März v. Js.* gehalten hat, eingegangen sein und geäußert haben, daß ein Verhältnis von 10:16 zwischen der deutschen und der englischen Schlachtflotte annehmbar erscheine, und daß auch er als Chef des Reichsmarineamts dagegen keinerlei Bedenken geltend zu machen habe.

Die „Times" begrüßt zwar diese Feststellung, da sie offenbar von freundschaftlichen Gefühlen gegenüber England Zeugnis ablege, mißt aber im übrigen den Worten des Herrn von Tirpitz keine große Tragweite bei. Herr Churchill habe seinerzeit das Angebot gemacht, daß, wenn Deutschland seinen Bauplan nicht vergrößern, England den seinigen auch nicht vergrößern wolle; eine bindende Annahme dieses Angebots könne in den Äußerungen des Herrn von Tirpitz nicht erblickt werden. Jedenfalls dürfe man sich durch diese Äußerung nicht zu der Annahme verführen lassen, daß Deutschland nun ohne weiteres eine auf eine Einschränkung der Rüstungen hinlaufende Politik treiben werde. Tatsächlich könnten sich auch weder England noch Deutschland bei der Entwickelung ihrer Flotten unbedingt und für immer die Hände binden. Sei aber Deutschland wirklich bereit, sich mit England über die Flottenfrage in gewissem Umfange zu verständigen, so werde ein solcher Entschluß in England mit Freuden begrüßt werden; das Wachsen der freundschaftlichen Beziehungen

---

Volkes im Begriff steht, sich mit der Erstarkung Deutschlands zur See als einer unabänderlichen Tatsache abzufinden. Ich möchte Ihnen daher das englische Sprichwort zurufen: ‚let sleeping dogs lie'." Siehe den ungekürzten Wortlaut der Jagowschen Erklärung bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 379 f.

Auch Großadmiral von Tirpitz nahm in der Sitzung des Haushaltsausschusses vom 7. Februar noch mehrfach das Wort, um gegenüber Anzweiflungen verschiedener Abgeordneter festzustellen, daß er dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in jeder Beziehung zustimme. Er kam dann noch einmal auf das schon tags zuvor behandelte Verhältnis der beiderseitigen Schlachtflotten zu sprechen: „Ich habe gestern klipp und klar gesagt, daß auch ich das Verhältnis 16:10 der beiderseitigen Schlachtflotten für akzeptabel halte, ein Verhältnis, das eigentlich jetzt schon bestände. Es sind nämlich vorgesehen: acht englische Linienschiffsgeschwader gegen fünf deutsche Linienschiffsgeschwader; das ist das Verhältnis 16:10. Der englische Marineminister Churchill hat Schiffszahlen genannt, ich rechne mit Geschwadern von je acht Schiffen. Das ist einfacher und übersichtlicher. . . . Meine Ausführungen decken sich mit denen des Staatssekretärs des Äußeren durchaus." Im Einklang damit stellte schließlich Jagow fest: „Was die Frage des Stärkeverhältnisses unserer Flotte zur englischen anlangt, so würde ich vom Standpunkt meines Ressorts gegen den Gedanken einer Festlegung dieses Verhältnisses auf 10:16, wie es der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts als annehmbar bezeichnet, natürlich nichts einzuwenden haben."

Das amtliche Protokoll über die Sitzungen des Haushaltsausschusses wurde dem englischen Botschafter auf eine schriftlich am 19. Februar ausgesprochene Bitte vom Auswärtigen Amt bereitwillig eingehändigt.

* Vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLIII, Nr. 11 411 nebst Anlage.

zwischen den beiden Ländern, das in den letzten Monaten durch das einmütige Zusammengehen der beiden Regierungen eine starke Förderung erfahren habe, sollte die beiden Länder dazu bringen, die Flottenpolitik fortan ohne Bitterkeit und gegenseitigen Argwohn zu erörtern.

Der konservative „Daily Telegraph“ glaubt aus den Ausführungen des Herrn von Tirpitz die Hoffnung schöpfen zu dürfen, daß in Zukunft die Flottenrivalität der beiden Nationen weniger schroffe Formen annehmen werde. England wünsche in Freundschaft mit den Deutschen zu leben; die Ereignisse der letzten Monate hätten gezeigt, wie eng die beiderseitigen Interessen miteinander verbunden seien.

In ähnlichem Sinne äußert sich die konservative „Morning Post“; sie verbreitet sich dabei des längeren über die mannigfachen Beziehungen, die auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiete zwischen den beiden Nationen bestünden.

Der liberale „Daily Chronicle“ bezeichnet die Erklärungen des Herrn von Tirpitz als äußerst wichtig, weil dadurch zum ersten Male eine Art von Grundlage für eine Einigung geschaffen werde.

Die liberale „Westminster Gazette“ betont, daß die Flottenfrage nur im Zusammenhange mit den politischen Fragen behandelt werden könne. Die Bemessung der Flottenstärke der beiden Länder werde immer von den allgemeinen politischen Beziehungen abhängig bleiben, die zwischen ihnen bestünden.

Unter diesem Gesichtspunkte werde es in erster Linie darauf ankommen, zu verhindern, daß die natürliche und gesunde Rivalität der zwei mächtigen Handelsvölker zu einer politischen Reibung führe. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse man sich auf beiden Seiten über gewisse wichtige Grundsätze klar werden. Vor allem sei zu beachten, daß England die überseeische Ausbreitung Deutschlands nicht hemmen könne, ohne sich die Feindschaft Deutschlands in Europa zuzuziehen. Es sei besser für England, wenn Deutschland seine Interessen und seine Macht in derselben Weise wie England über die ganze Welt gleichmäßig verteile, als wie wenn Deutschland seine ganze Flotte an einer Stelle gegen die Macht versammelt halte, die ihr den Ausgang versperre. Auf der anderen Seite sei es besser für Deutschland, daß England eine Seemacht mit kleiner Armee bleibe, und so viel als möglich freie Hand in der europäischen Politik behalte, als wie wenn England durch die deutschen Flottenrüstungen dazu getrieben würde, eine Kontinentalmacht mit großer Armee und kontinentalen Bündnissen zu werden. Gelänge es Deutschland, England seiner Vorherrschaft zur See zu berauben, so werde das Ergebnis sein, daß praktisch der Kanal verschwinden und daß England gezwungen werden würde, zum Schutze seines Territoriums definitive militärische und Flotten-Bündnisse mit anderen Mächten einzugehen.

Lichnowsky

Nr. 15 564

*Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 50 Paris, den 9. Februar 1913

Die Erklärungen, welche der Staatssekretär von Tirpitz in der Budgetkommission des Reichstages über das Stärkeverhältnis der deutschen zur englischen Flotte abgegeben hat *, haben in der hiesigen Presse große Beachtung gefunden. Aus den betreffenden Artikeln gewinnt man den Eindruck, daß die Möglichkeit einer deutsch-englischen Verständigung über die Marinerüstungen hier ein unleugbares Unbehagen und Mißtrauen wachgerufen hat **. Vielfach wird die Be-

* Vgl. Nr. 15 563, S. 16, Fußnote *.

** Ein Gleiches war in Rußland der Fall. Sasonow telegraphierte am 12. Februar an Graf Benckendorff: „Wir glauben in der letzten Rede des Admirals Tirpitz und in dem Bestreben der deutschen Diplomatie, eine Annäherung an England herbeizuführen, ein beunruhigendes Symptom erblicken zu müssen. Wir würden gern wissen, bis zu welchem Grade derartige Umtriebe in London günstiges Terrain finden und auf die Haltung der englischen Regierung in der jetzigen Krise zurückwirken können.“ Nach Graf Benckendorffs Antwort vom 13. Februar hätte die Rede Tirpitz' in London nur einen ephemeren Eindruck gemacht, die deutsch-englische Entspannung und Annäherung entspringe vielmehr der Überzeugung der englischen Regierung, daß Deutschland ebenso wie England aufrichtig für den Frieden wirke. (Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, ed. B. v. Siebert, S. 771.) Ob in dem starken Unbehagen, mit dem die in den Reden Jagows und Tirpitz' vom 6. und 7. Februar anklingende Möglichkeit einer deutsch-englischen Verständigung in der Flottenfrage seitens der französischen und russischen Presse aufgenommen wurde, nicht der eigentliche Grund liegt, weshalb die englische Regierung in die vorsichtig ausgestreckte deutsche Hand nicht einschlug? In dem jetzt in Lord Greys Memoiren (Twenty Five Years 1892—1916, I, 256 f.) veröffentlichten Briefe des englischen Staatssekretärs an Sir E. Goschen vom 5. März, der die Gründe für die englische Zurückhaltung eingehend darlegt, wird zwar dieses Moment erklärlicherweise nicht berührt; die statt dessen vorgeschützten Motive sind aber doch wenig stichhaltig und einleuchtend. Es heißt in dem Briefe Sir E. Greys: „It came to my knowledge that Professor Schiemann, one of the Pan-Germans aforesaid, had written to one of the Pro-Germans here after Tirpitz's speech, emphasizing the friendly nature of the statement, and saying that everything would depend upon whether we responded to it. — I had no intention of responding by proposing a naval agreement. — In the first place, I had been given to understand, indirectly, that when Lichnowsky came here he hoped that I would not raise the question of naval expenditure with him. — In the second place, if I were to do so, the naval Press Bureau in Germany would, if it suited it, construe my action as an attempt to put pressure on Germany to reduce her naval expenditure; and Tirpitz might, at some future time, say that his moderate statement had been abused for this purpose, and that therefore he could not say anything again of which similar advantage might be taken. — But, if Lichnowsky were to say anything to me about the statements of Tirpitz and Jagow to the Budget Committee as reported in the Press, or if Jagow were to say anything to you, and we made no

fürchtung ausgesprochen, daß Deutschland durch den Verzicht auf ein Wettrüsten mit England neue starke Kräfte für die Vermehrung seines Landheeres freibekommt, dessen Überlegenheit ohnehin schon Frankreich mit schwerer Sorge erfüllen müsse.

Einzelne Blätter wie der „Temps" trösten sich damit, daß zunächst nur ein negativer Vorschlag vorliege. Andere, zum Beispiel die „Lanterne", meinen, daß ein deutsch-englisches Übereinkommen auf dem Gebiete der Marine an der allgemeinen politischen Lage Europas nichts ändern würde, denn das Verbleiben Englands in der Tripelentente sei für das europäische Kräftegleichgewicht und für den Weltfrieden ebenso nötig wie vorteilhaft für England selbst. Erwähnt sei noch der im „Figaro" zum Ausdruck gebrachte Gedanke, daß der Wunsch Deutschlands nach einer Verständigung mit England einen weiteren Beweis für die Friedensliebe bilde, welche die deutsche Diplomatie im ganzen Verlauf der Orientkrise betätigt habe. Deshalb sei auch die bestimmte Hoffnung berechtigt, daß die Balkanangelegenheiten keine ernsten Verwickelungen mehr hervorrufen würden.

v. Schoen

Nr. 15 565

## *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 83 London, den 11. Februar 1913

In der gestrigen Unterhaussitzung erwiderte ein Vertreter der Admiralität auf eine Anfrage, daß England am 31. März 1913 eine Überlegenheit von 60 Prozent in vollendeten Schiffen vom Dreadnoughttyp über Deutschland haben werde.

---

response at all, it seems to me that we might be represented as having put our hand behind our back in a repellent fashion. Of this the Pan-Germans would take full advantage with the Pro-Germans here. — I think, therefore, that you might say, but only if you are obliged to say something, that the statements reported in the proceedings of the German Budget Committee will have a favourable effect upon the tone of Churchill's statement in Parliament here. This will, of course, be the case. They will not affect the substance of the statement as regards our own naval expenditure, but I hope that they will enable the tone of the statement to be less stiff than it has been before, when we have been continually faced with fresh increases of German naval expenditure." Da nun begreiflicherweise die deutsche Regierung abwartete, ob die englische auf die Reden von Jagow und Tirpitz zurückkommen würde, Sir E. Goschen aber seinerseits der erhaltenen Weisung gemäß tiefes Schweigen bewahrte, so blieb die durch jene Reden gebotene Gelegenheit, den Faden der deutsch-englischen Flottenverständigung aufzunehmen, ungenützt.

Auf eine weitere Anfrage antwortete Mr. Churchill, daß im April 1916 die Gesamtzahl deutscher Dreadnoughts (mit Einschluß der Schlachtkreuzer) 26 betragen werde. England werde alsdann unter Einrechnung der „New Zealand“, der „Australia“ und der beiden „Lord Nelson“, aber unter Ausschluß der „Malaya“ und aller etwa von Kanada gestifteten Schiffe 43 Dreadnoughts besitzen. Das Stärkeverhältnis werde also auf diese Weise gewahrt werden, wenn das dem Parlament im letzten Jahr bekanntgegebene Programm zur Ausführung komme.

Die Anfrage, ob es zur Aufrechterhaltung der Überlegenheit um 60 Prozent nicht nötig sei, in diesem Jahre acht Schiffe auf Stapel zu legen, verneinte Mr. Churchill.

Über fertige Torpedobootszerstörer gab der Marineminister folgende Zahlen:

England 188, von denen 49 vor 15 Jahren und früher vom Stapel gelaufen seien;

Deutschland 124, von denen 1 vor 15 Jahren vom Stapel gelaufen sei.

Lichnowsky

Nr. 15 566

## *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 94 — London, den 13. Februar 1913

Ganz geheim

Die liberale Wochenschrift „Truth“ bringt in ihrer gestrigen Nummer einen bemerkenswerten Artikel über die internationale Stellung Englands unter besonderer Berücksichtigung der deutsch-englischen Beziehungen.

Anknüpfend an die jüngsten Erklärungen des Großadmirals von Tirpitz* führt das Blatt aus, eine vertragliche Festlegung des Stärkeverhältnisses der beiden Länder zur See sei ein Unding[1] und würde unfehlbar zu einer Quelle von Reibungen werden. Wenn zwei Länder gegeneinander rüsteten, so sei es logisch undenkbar, ihnen bestimmte Grenzen für ihre Rüstungen vorzuschreiben. Der einzig gangbare Weg zur Beendigung des Wettrüstens sei vielmehr, bei beiden Gegnern die Überzeugung zu erwecken, daß keiner von beiden einen Angriff auf den anderen plane. Darum liege die Bedeutung der Erklärung des deutschen Staatssekretärs darin, daß sie einen Beweis dafür liefere, daß die deutsche Regierung England nicht im Verdacht habe, seine

* Vgl. Nr. 15 563, S. 16, Fußnote*.

überlegene Seemacht gegen Deutschland ins Treffen führen zu wollen, daß sie mit anderen Worten an Englands freundliche Absichten glaube. An England sei es nun, dieses Entgegenkommen mit Gleichem zu vergelten.

Nur dadurch, daß England den Verdacht erweckt habe, im Falle eines deutsch-französischen Konfliktes Frankreich unterstützen zu wollen, habe es sich die Sorgen mit den deutschen Rüstungen zur See auf den Hals geladen [2]. Alle die von deutscher Seite getroffenen Sicherheitsmaßregeln seien von den englischen Scharfmachern mit der im Verhältnis zu Deutschland hier üblichen krassen Verständnislosigkeit als ein Beweis für Deutschlands feindliche Absichten gegen England und seine Gier nach Landerwerb auf dem Kontinent ausgelegt worden.

Der Artikel wendet sich dann gegen die gegenwärtige Agitation für die Schaffung einer starken englischen Landmacht und fragt, was für Beweggründe England heutzutage haben könne, sich zur Teilnahme an einem kontinentalen Kriege zu rüsten. Das Schreckgespenst einer deutschen Vormachtstellung auf dem europäischen Festlande bestehe nur in der Einbildung, denn der von Bismarck unter Salisburys Beihilfe geschaffene Dreibund habe das Gleichgewicht in Europa geschaffen, das bisher nicht gestört worden sei. Die einzige Gefährdung dieses Gleichgewichts sei durch England hervorgerufen worden [3], als es unter Preisgabe der Salisburyschen Politik ohne jeden Grund in ein System der Ententen eingetreten sei [4] und somit das Gewicht seiner überlegenen Seemacht in die Wagschale der Dreibundgegner geworfen habe [5]. So sei England allein an dem Ausbau der deutschen Seemacht schuld.

Die Mächtegruppierung auf dem Kontinent habe bisher in vortrefflicher Weise dem Frieden gedient. Es sei deshalb nichts leichter für England, als herzliche Beziehungen mit beiden kontinentalen Mächtegruppen zu pflegen und so das Gleichgewicht aufrecht zu erhalten, aber es sei auch ebenso leicht, durch einseitige Parteinahme ein allgemeines Unglück heraufzubeschwören. England habe gegenwärtig die Wahl und müsse dabei eingedenk sein, daß es, seitdem es Partei genommen, sich selbst und anderen unermeßlichen Schaden zugefügt habe.

Der Artikel ist im Ausschnitt gehorsamst beigefügt*.

L i c h n o w s k y

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Richtig
haben wir i m m e r gesagt!

[2] richtig

[3] ausgezeichnet

---

* Hier nicht abgedruckt, da inhaltlich genügend charakterisiert.

[4] antigerman concern!
[5] sehr richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Ausgezeichnet!
fast wörtlich, was ich seit Jahren so vielen Engländern gesagt habe! Neulich noch an Granville

## Nr. 15 567

### *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 170 London, den 14. März 1913

Gestern abend hat Mr. Churchill, etwas früher als im Parlament erwartet wurde, das Marinebudget für 1913/14 zusammen mit einem erklärenden Kommentar ausgeben lassen. Das Budget sieht

5 Schlachtschiffe
8 Kleine Kreuzer und
16 Zerstörer

vor — also ein Schlachtschiff mehr und vier Zerstörer weniger als das vorjährige Budget — und rechnet mit einer Ausgabe von etwas über 46 000 000 £, was gegen das Vorjahr eine Vermehrung von rund 1 200 000 £ darstellt.

Der Voranschlag bewegt sich innerhalb der Grenzen, die ziemlich allgemein in politischen Kreisen als wahrscheinlich angenommen wurden. Die hauptsächlich auf der unionistischen Seite des Hauses vertretenen Anhänger gesteigerter Rüstungen hätten es lieber gesehen, wenn statt fünf sechs Schlachtschiffe verlangt worden wären. Dieser Wunsch findet vielfach in der Presse, unter anderem auch in der „Times", Ausdruck. In den radikalen Blättern klagen Friedensfreunde und Abrüstungsschwärmer über die wenn auch geringe Erhöhung der Ausgabe für die Seewehr. Soweit man aus dem ersten Eindruck schließen darf, ist man aber auf beiden Seiten mit dem Entwurf leidlich zufrieden, so daß stürmische Erörterungen kaum zu erwarten sind. Vielfach wird die für das Flugwesen ausgesetzte Summe als zu gering bemängelt. Manche Parlamentarier halten eine Nachforderung hierfür für wahrscheinlich.

Erinnert man sich an die erbitterten Preßfehden und aufreizenden Erörterungen der englisch-deutschen Flottenverhältnisse und des Verhältnisses beider Länder zueinander, die in den letzten Jahren eine anscheinend unvermeidliche Begleiterscheinung der Beratungen über das Flottenbudget waren, so muß diesmal die allgemein herrschende Ruhe, die Abwesenheit jedes aufreizenden Hinweises auf die deutsche Seewehr als besonderes Kennzeichen der gegenwärtigen Stimmung verzeichnet werden. Verschiedene Politiker haben gesprächsweise

auf diesen geradezu auffallenden Gegensatz im Verhalten der öffentlichen Meinung hingewiesen. Es steht zu hoffen, daß auch während der Debatten jedes Wiederaufleben der alten deutschfeindlichen Stimmung vermieden werden wird.

Lichnowsky

Nr. 15 568

*Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 200 London, den 27. März 1913

In der gestrigen Parlamentssitzung gab der Erste Lord der Admiralität, Mr. Winston Churchill, seine jährliche ausführliche Erklärung über das englische Flottenprogramm ab. Die Kostenvoranschläge, sagte er, wiesen eine bedeutende Steigerung auf, die nicht so sehr auf die Konstruktion von Dreadnoughts zurückzuführen sei als auf fünf andere Gründe. Die Zahl der Schiffe hätte infolge des neuen deutschen Flottengesetzes zugenommen [1], womit ein entsprechendes Anwachsen der Besatzungen und der Gehälter verbunden sei. Zweitens sei ein weiteres Anwachsen in Größe, Schnelligkeit, Panzerung und Kosten aller Schiffsgattungen zu verzeichnen. Drittens verlangten neue Dienstzweige, Ölheizung, Luftschiffahrt und Verbesserungen in der drahtlosen Telegraphie bedeutende Mittel. Viertens seien die Preise für Material und die Löhne noch weiter gestiegen. Fünftens seien noch rückständige Ratenzahlungen für Schiffsbauten der letzen zwei Jahre zu zahlen, die daher herrührten, daß die Werften ihre Kontrakte nicht rechtzeitig ausgeführt hätten. Die Anschläge für dies Jahr würden noch beträchtlich höher gewesen sein, wenn die Werften nicht so außerordentlich überlastet wären. Es hätte deshalb keinen Zweck, große Summen vom Parlament zu verlangen, die dann doch nicht verbaut werden könnten. Er habe deshalb seinem Voranschlag nicht so sehr die Ausführung des Flottenprogramms als vielmehr das Maximum der Leistungsmöglichkeiten der Werften zugrunde gelegt. Falls sich noch im Laufe des Jahres eine schnellere Ausführung des Flottenprogramms ermöglichen sollte, so würde er gezwungen sein, dem Parlament einen Nachtrag zu seinem Voranschlag zu unterbreiten. Sowie sich ein Nachlassen in der Schiffsbauindustrie bemerkbar mache, würden die rückständigen Kriegsschiffsbauten sofort in die Hand genommen werden, und diese automatische Steigerung hätte das Gute, daß sie den Werften eine ständige Beschäftigung garantiere. Mr. Churchill fuhr dann fort, es sei keine Aussicht vorhanden, daß die Ausgaben für die Marine sich in Zukunft würden herabsetzen lassen, wenn nicht der scharfe internationale Wettstreit ein Ende nehme.

Von allen Ländern sei wohl England am besten in der Lage, diesen Anforderungen zu genügen, denn in keinem anderen Lande sei so viel Reichtum aufgehäuft[2], und England brauche auch nicht wie die kontinentalen Länder ein großes stehendes Heer zu unterhalten, und es könne, ohne die Lebenshaltung der ärmeren Klassen zu verteuern, seine Steuern noch leicht ausbauen. Aber trotzdem England keine Schwierigkeiten hätte, Geld und Leute zu beschaffen[3], so müßte doch die bedauerliche Unsinnigkeit dessen, was in der ganzen Welt geschehe, selbst den Unverständigsten so klar sein, daß eine gemeinsame Anstrengung, diese Unsinnigkeit anzuhalten oder wenigstens abzuschwächen, als eines der wichtigsten Ziele anzusehen sei. Es stände aber glücklicherweise noch ein Ausweg offen, der keinen Einfluß auf die relative Stärke der Flotten hätte. Warum, frug er, sollen wir nicht für ein Jahr[4] wenigstens in der Konstruktion von Schlachtschiffen eine Pause machen? Dies sei die Frage, die er schon voriges Jahr angedeutet habe, und die er jetzt wiederhole. Dieser Vorschlag bedeute keinen Verzicht auf irgend eine geplante Marineorganisation oder Flottenvermehrung, er widerspreche auch keinem Flottengesetz, könnte zu keinem Mißverständnisse Anlaß geben und würde den Finanzen aller Länder zugute kommen. Dieser Appell sei an alle Länder gerichtet, aber an keines in einer aufrichtigeren Weise als an den großen Nachbar jenseits der Nordsee[5]. Der ruhige und freundliche Ton der letzten deutschen Flottendiskussionen * hätte in England sehr angenehm berührt, aber man müsse sich davor hüten, den deutschen Erklärungen einen Sinn zu unterschieben, den sie nicht hätten. Man dürfe auch nicht danach trachten, die deutsche Flottenpolitik durch eine zu wörtliche Auslegung freundschaftlicher Reden im Reichstage an englische Wünsche zu ketten. Man könnte zum Beispiel sagen, Admiral von Tirpitz habe sich mit einer englischen Überlegenheit von 16:10 Dreadnoughts einverstanden erklärt, und da dies Verhältnis zurzeit etwa stimme, dürfe Deutschland keine Schiffe mehr bauen[6]. Dies wäre vielleicht logisch, aber würde sicherlich viel Unheil anrichten, und wenn man auf diplomatischem Wege versuchen würde, Deutschland zu veranlassen, in diesem Jahre keine Schiffe zu bauen, so würde dies sicherlich zu einer Ablehnung[7] und gegenseitigen Vorwürfen führen[8]. Englands Flottenpolitik gegenüber Deutschland beruhe auf Stärke, Offenheit und Klarheit[2]. Beide Nationen müßten freie Hand haben, ihre Flotten auszubauen, wie sie es für nötig hielten[9]. Deutschland habe schon seit langem sein Programm immer für eine Reihe von Jahren im voraus festgelegt. England sei jetzt auch dazu übergegangen, so weit wie möglich im voraus zu erklären, welcher Einfluß durch das deutsche Programm auf die englische Bautätigkeit ausgeübt würde. Hierdurch würden ge-

---

* Vgl. Nr. 15 563, S. 16, Fußnote *.

fährliche Bestrebungen und Beklemmungen ausgeschaltet. Es hätte sich nichts ereignet, weshalb das englische, auf verhältnismäßiger Stärke beruhende Programm geändert werden müßte. Da für die nächsten sechs Jahre in Deutschland zwei Schiffe mehr gebaut würden, sehe sich England gezwungen [10], für dieselbe Zeit vier Schiffe mehr zu bauen. Für jedes weitere deutsche Schiff würden zwei weitere englische Schiffe auf Stapel gelegt werden [11] und allenfalls noch andere Schiffe, falls neue Entwickelungen im Mittelmeer stattfinden sollten. Hierzu kämen noch außerdem die von den Kolonien gebauten Schiffe. Es werde geplant, diese Schiffe in ein einheitliches Geschwader zusammenzuziehen und in Gibraltar zu stationieren [12]. Die Admiralität werde die Kolonien zu veranlassen suchen, Flottenstützpunkte anzulegen [13]. Diese Entwickelungen würden auch nicht die von ihm vorgeschlagenen Flottenferien unmöglich machen. Ein derartiger Vorschlag müßte natürlich auf ein bestimmtes Jahr beschränkt bleiben. Für 1913 sei dies schon zu spät, aber wenn Deutschland sein Programm für 1914 oder, falls dies zu früh sei, für 1915 aufheben wolle [14], so brauche es dies nur zu sagen. Die Flottenbauprogramme der anderen Mächte müßten natürlich auch berücksichtigt werden [15], aber dies dürfte wohl keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bieten. Den Einfluß, den es haben würde, wenn Deutschland und England im Interesse des Weltfriedens zusammengingen [16], wäre nicht so leicht zu überschätzen. Falls ein gegen diese unsinnige Verschwendung gerichteter Vertrag zustande käme und dann einen weiteren internationalen Einfluß ausüben sollte, so wäre dies nur mit größter Freude zu begrüßen. England sei in der besten Lage, diese Vorschläge zu machen, denn es habe in den letzten Jahren gezeigt, daß es seine Superiorität gegen jedermann zu behaupten wisse.

Mr. Winston Churchill ging dann zu der Besprechung einer Reihe von rein technischen Fragen über. Er erwähnte dabei auch die geplante Bewaffnung der größeren englischen Handelsschiffe, wobei die Reeder ein großes Entgegenkommen gezeigt hätten. Auch der Luftschiffahrt würde die größte Aufmerksamkeit gewidmet, und es läge kein Grund vor für eine Beunruhigung.

Der Entwickelung der deutschen Flotte widmet Mr. Churchill Worte des höchsten Lobes. Was England ihr entgegenstellen müsse, habe er schon voriges Jahr auseinandergesetzt. Er freue sich über die Erklärung des Admirals von Tirpitz, daß dies Verhältnis von 8:5 Geschwadern auch für Deutschland annehmbar sei. Das Verhältnis bliebe auch dasselbe, falls jedes Geschwader anstatt acht nur sechs oder sieben Schiffe enthielte, und England würde auch bereitwillig auf dieser Basis zu einer Verständigung zu kommen suchen [17]. Zum Schlusse seiner Rede bemerkte Mr. Churchill, Großbritannien könne keine andere Seemacht so dicht an sich herankommen lassen, daß diese durch Flottendruck [18] die englische Politik beeinflussen könne. Eine der-

artige Situation würde zweifellos zum Kriege führen. Eine Superiorität, die nicht genüge, um den Erfolg zu erringen, sei auch nicht groß genug, um den Frieden zu erhalten.

Mr. Winston Churchill verfolgte bei seinen Ausführungen offenbar den Zweck, so weit wie möglich allen den widerstreitenden Anschauungen gerecht zu werden, die hier in der Flottenfrage bestehen. Er befand sich insofern in einer schwierigen Lage, als bei dem linken Flügel seiner eigenen Partei eine starke Neigung für eine Einschränkung der Flottenrüstungen vorhanden ist, während die Opposition zum großen Teil energisch für einen möglichst schnellen und umfangreichen Ausbau der Flotte eintritt. Für die radikalen Flottengegner im eigenen Lager war der Vorschlag bestimmt, im Einvernehmen mit Deutschland eine Pause in den Rüstungen eintreten zu lassen; der Vorschlag ist lediglich ein Schaugericht und dürfte von niemand hier allzu ernst genommen worden sein, am wenigsten von Mr. Churchill selbst. Der Opposition suchte Herr Churchill entgegenzukommen, indem er betonte, daß die britische Regierung auf jeden Fall bei etwaigen Flottenbauten anderer Mächte ihr Übergewicht zur See aufrechterhalten werde. Indem er versuchte, auf diese Weise beide Parteien zufriedenzustellen, hat Herr Churchill einen geschickten Schachzug getan; dies dürfte schon aus der Haltung der heutigen Presse hervorgehen. Denn wenn auch die Oppositionsblätter mancherlei an der Rede auszusetzen haben und es beispielsweise bedenklich finden, daß das Bauprogramm des nächsten Jahres statt sechs nur fünf Schlachtschiffe vorsehe, so findet doch selbst die unionistische „Daily Mail“ die Erklärungen des Marineministers zufriedenstellend, während andererseits die radikalen „Daily News“ mit Genugtuung feststellen, daß Herr Churchill in seiner Rede sich gegen das vorige Wettrüsten ausgesprochen habe.

Die Rede dürfte der hiesigen öffentlichen Meinung schwerlich zu großen und aufgeregten Erörterungen Veranlassung geben, wie sie in früheren Zeiten mit jeder Besprechung des englischen Flottenvoranschlages verbunden zu sein pflegten. Dies wäre im Interesse des weiteren Ausbaues unserer Beziehungen zu England nur zu begrüßen.

Den Parlamentsbericht beehre ich mich im Ausschnitt aus der „Times“ gehorsamst beizufügen *.

Lichnowsky

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Blech!

[2] ?

[3] unwahr!
große Schwierigkeiten!

---

* Hier nicht abgedruckt, da inhaltlich genügend charakterisiert.

[4] damit er seinen Vorsprung hat, und seine überlastete Industrie sich erleichtern kann!
[5] ahem!
[6] aha!
[7] allerdings! Die Antwort würde saftig ausfallen!
[8] unbedingt ja
[9] richtig
[10] wodurch?
[11] lauter Bluff! Können sie nicht besetzen.
[12] ob das den Colonien paßt?
[13] Prosit!
[14] es denkt nicht daran!
[15] zumal bei uns
unsere beiden Nachbarn.
[16] allerdings! Dazu brauchen sie nicht abzurüsten, oder Rüstungsbeschränkungen zu machen
[17] nein!
[18] Gibt noch andere „Drücke!"

## Nr. 15 569

### *Bericht des Marineattachés in London Korvettenkapitäns von Müller*

Abschrift

Nr. 241 London, den 29. März 1913

Der Erste Lord der Admiralität hat mit seiner Etatsrede zu den „Navy Estimates 1913/14" abermals ein Zeugnis seiner ciceronischen Beredsamkeit abgelegt. Seine durch Vorsicht oder Zurückhaltung in keiner Weise eingeengte Rhetorik wird indessen trotz ihres im ganzen freundlicheren Tones in Deutschland kaum den großen Eindruck machen, den Mr. Churchill selbstbewußt erwartet. Der mit scheinbarer Offenheit und Aufrichtigkeit vornehmlich an Deutschland gerichtete Appell zu einer Einschränkung des Flottenwettbewerbs durch einen einjährigen „naval holiday" kann nur als eine rhetorische captatio benevolentiae des Teils der englischen Regierungsparteien aufgefaßt werden, der sich den gesteigerten Rüstungsprogrammen gegenüber ablehnend verhält, oder als ein Versuch, durch ein unannehmbares Angebot Deutschland die Initiative zu einer maritimen Rüstungseinschränkung zuzuschieben, deren Nichtannahme ihm in den Augen der unwissenden Masse auf beiden Seiten des Kanals das Odium des Treibers im „Wettrüsten" auflädt.

In diesem Sinne wird die Abhängigkeit des englischen Bauprogramms vom deutschen durch die neugeprägten Worte „Programm der Ursache" für den deutschen und „Programm der Folge" für den englischen Bauplan unterstrichen und das Versprechen abgegeben, daß, wenn in irgendeinem Jahr das deutsche Bauprogramm vermindert werde, das englische folgen solle. Dieses Versprechen wird aber durch den sofort eingeschobenen Vorbehalt „unvorhergesehener Er-

eignisse“ wieder zurückgenommen. Diese Ereignisse sind jederzeit zu finden und würden sicherlich in dem Augenblick gefunden werden, wo Deutschland tatsächlich auf eine Programmeinschränkung einginge.

Zudem würde das „Ferienjahr“ nur für England vorteilhaft sein, denn Mr. Churchills Behauptung, es ändere die relative Stärke der Marinen nicht, ist nicht richtig, und seine Ansicht, es widerspreche keinem Flottengesetz, ist falsch. Er übersieht bei dieser Argumentation absichtlich:

1. daß statt der englischen Schiffe während der Holidays Kolonialschiffe gebaut werden könnten,

2. daß die Verschiedenheit der Bauzeiten in Deutschland und England letzterem bei einer einjährigen Pause einen Vorsprung von 33 Prozent bringen würde,

3. daß es England durch einen Holiday möglich wäre, die das jetzige Programm beschränkende Hochkonjunktur im Schiffbau auszuschalten und mit der Personalvermehrung nachzukommen,

4. daß eine einjährige Pause im Flottenbau das Flottengesetz durchaus durchbräche,

5. daß auch andere Seemächte in Betracht zu ziehen wären.

Im Flottenbau ist eben nicht „alles relativ“, wie Mr. Churchill behauptet.

Zudem kommt es Deutschland nicht in erster Linie darauf an, eine Flotte zu bauen, die im Verhältnis zu England so und so stark ist, sondern darauf, die seit einem Jahrzehnt nach dem festen Gesichtspunkt des eigenen Bedürfnisses mit Hilfe eines festen Programms erstrebte absolute Stärke zum festgesetzten Zeitpunkt zu erreichen. Die Relativität zur englischen Flotte kommt erst in zweiter Linie und kann nicht die Grundlage des langfristigen Flottengesetzes sein.

Der Vorschlag des „naval holidays“ läuft daher, wie auch die Entgegnungen der oppositionellen Redner im Parlament hervorgehoben haben, auf eine wohlklingende Redefloskel hinaus, die teilweise veranlaßt ist durch die günstige Aufnahme, die die Erklärung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts in der Budgetkommission über das Verhältnis 10:16* in der englischen öffentlichen Meinung gefunden hat.

Es ist übrigens eine Anomalie der gegenwärtigen englischen Parteikonstellation, daß der Vertreter der Marine im Parlament seiner eigenen Partei gegenüber die Größe seiner Forderungen, der Opposition gegenüber ihre Kleinheit rechtfertigen und entschuldigen muß.

Wichtiger und als ein unmittelbarer Erfolg der deutschen Erklärung über die Proportion 10:16 ist die Tatsache festzustellen, daß

* Vgl. Nr. 15 563, S. 16, Fußnote.

Mr. Churchill diese Verhältniszahl als stillschweigendes Übereinkommen annimmt, und zwar in der vom Staatssekretär des Reichsmarineamts vorgeschlagenen Form als Verhältnis der Geschwader (5:8). Wie Mr. Churchill sich ausdrückt „the two Governments are in practical agreement, not in a bargain, but in what I may call an independent coincidence of opinion as to the relative strength of their respective navies during the next three or four years."

Die von Mr. Churchill damit öffentlich anerkannte „unabhängige Meinungsübereinstimmung" in bezug auf Geschwader als Vergleichsobjekte der Proportion 5:8 oder 10:16 hat für Deutschland die Vorteile:

1. daß das Flottengesetz in seiner gegenwärtigen Form ohne weiteres in die Proportion eingesetzt werden kann, denn die Zahl der Linienschiffsgeschwader wird sich nicht so bald ändern. Eher würde nach der Rede Mr. Churchills über die neue Organisation der englischen Flotte im Jahre 1912 die Zahl der Schiffe in den Geschwadern als die Zahl der Geschwader erhöht werden,

2. daß die Kreuzerflotte ganz außerhalb der Proportion gelassen wird.

Mr. Churchill gelangt so zum Gegenteil von dem, was er stets zu erreichen getrachtet hat. Anstatt nämlich eine Unterbrechung des gesetzmäßigen deutschen Flottenprogramms, eine Erschütterung des Flottengesetzes in der deutschen öffentlichen Meinung, auf die Mr. Churchill spekuliert, zu erzielen, befestigt er durch Annahme der Geschwaderrelation 5:8 diesen Maßstab — und damit das Flottengesetz — als den Grundstock aller zukünftigen Entwicklung.

Daß die verschiedenen Churchillschen Angebote einen Fühler darstellen in Richtung einer Wiederaufnahme von „Agreements"-Verhandlungen, wozu ihm der Zeitpunkt günstig erscheinen könnte wegen der Inanspruchnahme der finanziellen Mittel Deutschlands durch die Armeevorlage und wegen des Zweierbautempos der nächsten beiden Jahre, ist nach den eigenen Worten des Ersten Lords über die Notwendigkeit vollständiger Bewegungsfreiheit beider Nationen ohne weiteres nicht anzunehmen. Indessen ist der im späteren Teil der Rede beim Vergleich der Flottenstärken im Anschluß an die Geschwaderrelation 5:8 wiederkehrende Vorschlag, daß man die Zahl der Schiffe innerhalb der Geschwader auf sieben oder sechs reduzieren könne, ein Beweis dafür, daß die Möglichkeiten einer Erleichterung im Flottenbau intensiv erwogen worden sind, und daß das Bestreben zu einer Beschränkung der Rüstung angesichts der wachsenden Schwierigkeiten zurzeit vorhanden ist.

Englands Vormachtstellung unter den Seemächten ist eben immer schwieriger zu behaupten und nimmt verhältnismäßig immer mehr

ab, dementsprechend nimmt die Neigung zu einem Flottenabkommen mit Deutschland, der nächststärksten und nächstgelegenen Seemacht, zumal unter den gegenwärtigen günstigen Verhältnissen, zu. Zudem stellen die diesjährigen Estimates, wie die Rede ausdrücklich bestätigt, das Maximum dessen dar, was England im Rechnungsjahr 1913/14 für seine Marine tun kann. Dieses Faktum wird von Mr. Churchill umschrieben durch die Redewendung, „daß die Lieferanten wegen Überfüllung der Schiffbauindustrie und wegen Mangel an geschulten Arbeitern nicht mehr verdienen könnten“.

Nachstehend werden kurz die Hauptpunkte der Rede hervorgehoben, die über die allgemeine Richtung der englischen Flottenpolitik Aufschluß geben.

1. Ausbau der Flotte.

Trotz der „konventionellen Bahn“, in der sich das diesjährige Programm bewegt, und obwohl die Zahl der „Dreadnoughtmonate“, einer Vergleichsziffer, die erzielt wird durch die Multiplikation der Zahl der Schiffe mit der Zahl der Baumonate, geringer ist als in den beiden letzten Jahren, steigt das Budget. Dies wird begründet mit vermehrten Indiensthaltungen, Erhöhung des Mannschaftsbestandes und der Löhne, Größer- und Teurerwerden der Typen, Entwickelung neuer Hilfsmittel wie Ölfeuerung, Funkentelegraphie und Luftdienst, allgemeiner Verteuerung des Schiffbaumaterials und schließlich mit Rückständen aus dem Bauprogramm des verflossenen Jahres. Dabei wird die Steigerung des Budgets

| | | | |
|---|---|---|---|
| durch Vermehrung des Personals und der Löhne auf | 14,6 | Mill. | ℳ |
| durch Ölfeuerung, Funkentelegraphie und Luftdienst auf | 30,0 | „ | „ |
| durch allgemeine Preissteigerung im Schiffbau auf | 30,0 | „ | „ |
| durch Rückstände aus den beiden letzten Jahren auf | 20,0 | „ | „ |

in runden Zahlen angegeben.

Für den Fall einer unvorhergesehenen Besserung in der Privatschiffbauindustrie werden Nachtragforderungen angekündigt. Diese würden sich namentlich auf die drei an Privatwerften gehenden Neubauten beziehen, für die in dem Vorschlag nur rund eine halbe Million Mark pro Schiff vorgesehen ist. Diese Schiffe können daher erst ganz gegen Ende des Finanzjahres auf Stapel kommen. Die Opposition im Parlament und der Presse benutzt dies, um der Regierung vorzuwerfen, daß ihr Bauprogramm tatsächlich nicht fünf, sondern nur zwei große Neubauten enthalte.

2. Entwickelung der Typen und Waffen.

Während einmal Deutschland und anderen Seemächten die Schuld an der dauernden Überbietung älterer Typen durch neue zugeschoben wird, wird ein anderes Mal der große Vorsprung Englands in allen Typen als Übergewicht angeführt.

### Linienschiffe und Panzerkreuzer.

Der Bau von Panzerkreuzern ist vorläufig aufgegeben worden; statt dessen werden Linienschiffe mit hoher Geschwindigkeit gebaut, deren erste die der Queen Elisabethklasse (zirka 25 Knoten) sein werden. Die „Malaya" und die drei (noch zu bewilligenden) Kanadier sollen derselben Klasse angehören.

Über die fünf Schiffe des Programms 1913/14 wird nur eine geheimnisvolle Andeutung gemacht, die auf die Absicht einer Abweichung von der bisherigen Baupolitik schließen lassen könnte. Näheres habe ich noch nicht erfahren.

### Kleine Kreuzer.

An dem kleinen Kreuzer, dem „destroyer-destroyer" mit vertikalem Panzer über die vitalen Teile wird im neuen Programm festgehalten.

### Zerstörer und U-Boote.

Die Zahl der Zerstörer geht unter Vergrößerung des Deplacements von 20 auf 16 zurück. Das allmähliche Verdrängtwerden dieser Klasse von Fahrzeugen durch größere und schnellere U-Boote wird kurz berührt. Die auf Zerstörerbau eingerichteten Privatfirmen sind auf die Möglichkeit des Verschwindens des Zerstörertyps bereits hingewiesen.

Bezüglich der Waffen sind folgende Einzelheiten hervorzuheben:

Die Kalibersteigerung (auf 15" = 38 cm),

die Absicht einer Vermehrung der Torpedoausstoßrohre und der Torpedoausrüstung der Schiffe,

die Einführung neuer Meßgeräte mit großer Basis,

die verbreitete Einführung von Kreiselkompassen.

Eine besondere Aufmerksamkeit wird der Ölfeuerung zugewendet. Trotz aller Bedenken wegen der Kosten und der Herbeischaffung des in England nicht vorhandenen Brennstoffs ist für die im Bau befindlichen und projektierten englischen Schiffe weitgehende Verwendung von Heizöl für die Erzeugung des Dampfes vorgesehen. Sowohl die Ersparnis an Personal als auch die Möglichkeit schneller Forcierung legt der Admiralität die Verwendung dieses Heizmittels besonders nahe. Seine Einführung ist für England hauptsächlich eine Personalfrage.

### 3. Die Mannschaftsfrage.

Die Mannschaftsfrage wird in der Etatsrede Mr. Churchills als befriedigend hingestellt. Die Vermehrung des Mannschaftsetats um rund 7000 Mann soll genügen, sowohl um die gesteigerten Anforderungen zu erfüllen, als auch das noch vorhandene Defizit von zirka 1000 Mann auszugleichen. Bei einem durchschnittlichen Abgang in den

verflossenen Jahren von rund 10 bis 11000 Köpfen müßte also die Rekrutierung und die Schiffsjungeneinstellung zirka 18000 Mann der Marine zuführen. Die bisher höchste Zahl war zirka 13000 (1911/12). Eine starke Personalknappheit herrscht in den aktiven Verbänden ohne Zweifel; sie wird durch die Neuformationen gesteigert und ist zwischen den Zeilen der Rede zu lesen. Folgende ausdrücklich erwähnte Maßnahmen zur Personalersparnis sind oder werden getroffen:

Die Abschaffung von einer Anzahl von Hulks, deren Besatzungen dadurch frei geworden sind,

besondere Maßnahmen zur Verwendung des Personals der Königlichen Jachten im Mobilmachungsfalle.

Abschaffung der alten seagoing gunnery ships, für die allerdings vier neuere Linienschiffe (Canopusklasse) in das VI. Geschwader kommen,

beabsichtigter Schluß der Schulen an Land im Mobilmachungsfalle, wodurch etwa 1750 Mann für die Flotte frei werden,

Besetzung der drei Werkstattschiffe und von acht Vermessungsfahrzeugen in heimischen Gewässern mit Zivilpersonal,

Vermehrung der Royal Marines und Zuteilung eines größeren Teiles von ihnen als bisher auf Schiffe.

Für gewöhnliche Friedenszwecke sollen dadurch 2000 Mann für den Mobilmachungsfall, einschließlich 2200 Mann der Immediate-Reserve, die innerhalb 24 Stunden zur Stelle ist, 6000 Mann gewonnen worden sein.

Die Entgegnungen der Opposition, besonders die des Lord Charles Beresford, der mit der Front viele Verbindungen unterhält und in seinen Fragen und Äußerungen nicht diskret ist, strafen diese Behauptungen des Ersten Lords Lügen. Auch Äußerungen junger britischer Seeoffiziere lassen es mir sicher erscheinen, daß die Personalknappheit sehr fühlbar und die Rekrutierung nicht so befriedigend ist. Daß sie aber zu einem die Gefechtsfähigkeit der Flotte nachteilig beeinflussenden Notstand geworden sei, halte ich für übertrieben.

Die Fragen des Ersatzes der Offiziere sind im Bericht 188 vom 6. März 1913 besprochen, dem nur hinzuzufügen ist, daß die Admiralität beabsichtigt, den Osborne-Dartmouth-Kursus zu verbilligen.

4. Die Kolonialschiffe.

Aus den von Kanada noch zu bewilligenden Schiffen, der „Malaya“ und „New Zealand“, beabsichtigt die Admiralität ein „Imperial Squadron“ mit der Basis Gibraltar zu gründen, das Kreuzfahrten nach den Dominions macht, und auf dem Angehörige der Dominions als Offiziere und Mannschaften dienen können. Die Admiralität hofft damit dann auch mehr Leute aus den Kolonien zum

Marinedienst zu gewinnen. Die gelegentliche Verstärkung dieses Imperial Squadron durch weitere Geschenke von Großkampfschiffen empfiehlt Mr. Churchill den Dominions schon jetzt.

Die Dominions sollen ferner ermuntert werden, die für dieses Geschwader nötigen Häfen, Werften, Kreuzer und Hilfsfahrzeuge zu schaffen.

Dieser Plan sieht sehr schön aus; seine Durchführung hat aber noch lange Weile und bedarf zunächst des Einverständnisses der Kolonien, das keineswegs sicher ist.

Wie leicht die Kolonialschiffe — „if desired" — in einen heimischen Verband eingestellt werden könnten, zeigt die Andeutung in Spalte 1757, wo aus den vier Schiffen der Queen Elisabethklasse, „Malaya" und drei Kanadiern ein homogenes Geschwader von acht schnellen Linienschiffen gebildet wird.

Als „additional" zu der Flottenstärke, die die Admiralität zur Aufrechterhaltung des 60 Prozent Überschusses für nötig hält, rechnet Mr. Churchill von den Kolonialschiffen die „Malaya" und die drei kanadischen Schiffe, während er die „New Zealand" stets im heimischen Bestand mitzählt.

5. Ausbau der Flottenorganisation.

Die Auffüllung der vier Geschwader der I. Flotte wird fortgesetzt. Durch Eintritt von „Ajax" und „Audacious" in die I. Flotte wird das IV. Geschwader am Ende des Finanzjahres auf sieben Schiffe kommen.

Das VI. Geschwader soll aus den sechs Linienschiffen der Canopusklasse gebildet werden, die an Stelle der alten „seagoing gunnery ships" „Revenge", „Grafton", „Jupiter" und „Magnificent" treten und zum Teil gleichzeitig Artillerieschulschiffe sein werden.

Die Schlachtschiffstärke in der I. und II. Flotte soll Ende des Finanzjahres 1913/14 sein:

I. Flotte

| I. Geschwader, | II. Geschwader, | III. Geschwader, | IV. Geschwader |
|---|---|---|---|
| 7 | 8 | 8 | 7 |

II. Flotte

| V. Geschwader, | VI. Geschwader, |
|---|---|
| 8 | 6 |

dazu ein Flottenflaggschiff, im ganzen 45 Linienschiffe, die sämtlich voll mit aktivem Personal besetzt sein sollen. Für einige Schiffe des VIII. Geschwaders werden Reservebesatzungen formiert werden.

Die beiden Schlachtschiffkreuzergeschwader werden Ende 1913 auf je vier Schiffe gebracht sein. Das zweite dieser beiden Geschwader hat seine Station im Mittelmeer.

Die Bildung des IV. Kreuzergeschwaders aus den ehemaligen Schulschiffen ist bereits begonnen.

Aus den jetzigen Flottillenkreuzern, den den Geschwadern zu-

geteilten Kreuzern der Städteklasse und zwei neuen dieser kleinen Kreuzer sollen im Herbst zwei Kreuzergruppen zu fünf gebildet werden. Bis zum Jahre 1915 sollen der Organisation der Heimatflotten vier Gruppen von sechs bis sieben leichten Kreuzern angehören — außer den den Geschwadern attachierten Kreuzern.

Die im Umbau begriffenen Scouts, die nicht nur neu mit 4 -Kanonen armiert, sondern auch auf Ölfeuerung und größeren Brennstoffvorrat umgebaut werden, sollen Flottillenkreuzer werden. Die Kosten des Umbaus und der Umarmierung betragen 600 000 ℳ pro Schiff, das heißt $^1/_9$ der Gesamtbaukosten.

Die Zahl der voll in Dienst gehaltenen Zerstörer soll in diesem Jahre auf 96 gebracht werden.

Auf Unterseeboote, von denen im ganzen etwa 70 fertig sind, wird nicht näher eingegangen. Jedoch wird Englands große zahlenmäßige Überlegenheit besonders betont.

Über einige weitere wichtige Kapitel der Rede — Luftschiffahrt, Armierung von Handelsschiffen, Offiziersausbildung — muß gesondert berichtet werden.

Besonders hervorzuheben sind schließlich noch die Schlußworte der Rede Mr. Churchills. Großbritannien könne keiner Seemacht erlauben, „ihm an Stärke so nahe zu kommen, daß seine politische Betätigung durch einen rein maritimen Druck beeinflußt oder beschränkt werde. Eine solche Lage würde fraglos zum Kriege führen" und „Suprematie zur See ist ebensowohl eine Lebensbedingung für Großbritannien wie eine allgemeine Wohltat für die Menschheit".

(gez.) Erich Müller

Nr. 15 570

## *Aufzeichnung des Dirigenten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Wilhelm von Stumm**

Eigenhändig

Berlin, den 31. März 1913

Bereits im vergangenen Jahr hat der englische Marineminister den Gedanken geäußert, es könne durch einen Verzicht Englands und

* Die Aufzeichnung sollte als Grundlage für eine Erklärung des Staatssekretärs dienen, falls im Reichstage nach der Stellungnahme der deutschen Regierung zu dem Churchillschen Vorschlage eines naval holiday gefragt würde. Statt dessen nahm der Reichskanzler von Bethmann Hollweg Anlaß, in der großen Rede vom 7. April, mit der er die Wehrvorlagen einbrachte, auch an den Churchillschen Gedanken anzuknüpfen: „Minister Churchill hat in der großen Rede, die er neulich gehalten hat, das Stärkeverhältnis zwischen der englischen und der deutschen Flotte beleuchtet und hat dabei einen Gedanken wiederholt, den er schon vor einem Jahre im Parlament ausgesprochen hat, den Gedanken, daß zur

Deutschlands auf Schiffsbauten während eines oder auch zweier Jahre das gegenseitige Wettrüsten beider Länder beschränkt werden. Mr. Churchill führte damals aus, dieses Ziel sei ohne diplomatische Verhandlungen erreichbar, ohne der Souveränität beider Mächte irgendwie zu nahe zu treten. Er unterbreite seinen Vorschlag dem Urteil der beiden Völker und ihrer Parlamente.

Es ist mir nicht bekannt geworden, daß die Anregung Mr. Churchills in England, sei es in der öffentlichen Meinung, sei es im Parlament, Anklang gefunden hätte. Wenn der englische Minister dieses Jahr auf seinen Vorschlag zurückkommt, so kann diese Tatsache sowie der freundschaftliche Ton, der die Ausführungen Mr. Churchills kennzeichnet, nur sympathisch berühren. Sie werden mir aber zugeben, daß das Anerbieten doch etwas zu vage ist, als daß ich dazu ohne weiteres Stellung nehmen könnte. Die Unterbrechung des nach einem wohl erwogenen, gesetzlich festgelegten Plan erfolgenden Ausbaus unserer Flotte würde eine Maßnahme von so einschneidender Bedeutung sein, daß ihr naturgemäß eine eingehende Prüfung aller in Betracht kommenden Momente insbesondere vom marinetechnischen Gesichtspunkte vorauszugehen hätte. In eine solche Prüfung einzutreten, wird die Kaiserliche Regierung aber gewiß bereit sein, falls die englische Regierung mit einem genau formulierten und präzisierten Vorschlag an uns herantreten sollte. Einstweilen werden wir gut tun, abzuwarten, ob die englische Regierung im eigenen Lande den nötigen Rückhalt findet, um dem Gedanken Mr. Churchills eine konkrete Gestalt zu geben.

Stumm

---

Verminderung der Rüstungskosten die Schiffswerften der großen Mächte von Zeit zu Zeit ein Jahr lang Feiertag machen möchten. Minister Churchill hat diesen Vorschlag speziell an uns Deutsche gerichtet, und zwar für 1914 oder 1915. Aber er hat anerkannt, daß alle Großmächte sich an dieser Kontingentierung beteiligen müßten. Die Marinesachverständigen diesseits und jenseits der Nordsee haben schließlich übereinstimmend auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die die Ausführung dieses Problems in sich birgt. Minister Churchill selbst hat diese Schwierigkeiten zugegeben, auch ist mir nicht bekannt, daß sein Gedanke in der öffentlichen Meinung Englands oder im englischen Parlament besonderen Anklang gefunden hätte. Wir werden also abwarten können, ob die englische Regierung mit konkreten Vorschlägen hervortreten sollte. Aber die Tatsache, daß dieser Gedanke in dieser Form vom englischen Marineminister ausgegangen ist, bedeutet doch einen großen Fortschritt. Es gab eine Zeit, wo jedes Wort, das einem Vergleich der englischen und der deutschen Marine, des englischen und des deutschen Schiffsbaues galt, zu einer naval scare, zu einer Flottenhetze führte, die immer wieder die deutsch-englischen Beziehungen vergifteten. Mir scheint, und ich hoffe es, daß diese Zeiten der Vergangenheit gehören; mir scheint, daß das Vertrauen zurückzukehren beginnt, das lange Zeit zum Schaden beider Länder und der Welt gefehlt hat."

Nr. 15 571

## *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 210 London, den 1. April 1913

In der gestrigen Generaldebatte über den Voranschlag für die Flotte, die im allgemeinen ruhig verlief, ergriff Mr. Winston Churchill noch einmal das Wort, um sein diesjähriges Flottenprogramm gegen die von der Opposition erhobenen Angriffe zu verteidigen, ohne dabei etwas wesentlich Neues zu sagen. Mr. Churchill erklärte, sein Vorschlag einer einjährigen Unterbrechung im Flottenbau sei von ihm vollständig ernst gemeint gewesen *, und er sei hierzu auch keineswegs durch die Überlastung der englischen Werften veranlaßt worden. Mr. Winston Churchill widerlegte [1] dann im einzelnen die Behauptung des Lord Charles Beresford, daß die englische Marine nicht über ein genügendes Personal verfüge, um die Schiffe vollzählig zu bemannen. Er suchte ferner in einer längeren Ausführung zu beweisen, daß für die nächsten Jahre die Überlegenheit der englischen über die deutsche Flotte um 60 Prozent reichlich aufrecht erhalten werden würde.

Lichnowsky

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] ?

---

* Merkwürdig ist, daß Churchill in seinem Erinnerungsbuche „The World Crisis" auf seinen Vorschlag eines Flottenfeierjahrs, der nur in dem Abdruck eines Schreibens an Asquith und Sir E. Grey vom 20. Mai 1914 (p. 179 ff.) zum Vorschein kommt, gar nicht eingeht. Ein nachträgliches Zugeständnis, daß der Vorschlag doch nicht ernst gemeint gewesen sei, wird in diesem Schweigen nicht ohne weiteres erblickt werden können. Wenn man allerdings bei Churchill sieht, wie völlig seine Gedanken zu derselben Zeit, wo er den Vorschlag des Flottenfeierjahrs in die Diskussion warf, auf das Ziel gerichtet waren, der englischen Flotte durch die sehr kostspieligen Maßnahmen der Einführung des 38-cm-Geschützes und der Ölfeuerung die absolute Überlegenheit über die deutsche im Kriegsfalle zu sichern (vgl. p. 131: „If we overcame the difficulties and surmounted the risks, we should be able to raise the whole power and efficiency of the Navy to a definitely higher level; better ships, better crews, heigher economies, more intense forms of war-power — in a word, mastery itself was the prize of the venture. A year gained over a rival might make the difference. Forward, then! — The three programmes of 1912, 1913 and 1914 comprised the greatest additions in power and cost ever made to the Royal Navy"), so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß jener Vorschlag im wesentlichen nur ein taktisches Manöver war, das die deutsche Aufmerksamkeit von den eigentlichen Plänen Churchills ablenken sollte.

Nr. 15 572

## *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 258 London, den 30. April 1913

Mr. Winston Churchill, mit dem ich bei einem Diner zu Ehren der Majestäten bei Lord Granard zusammentraf, benutzte die Gelegenheit, um mit mir über die Flottenfrage zu sprechen. Mit dem naval holiday sei es ihm vollkommen Ernst, und er halte den Gedanken für zweifellos durchführbar[1]. Auch wolle er versuchen, die übrigen Seemächte ebenfalls dafür zu gewinnen. Die Rüstungen seien allmählich zu groß und zu kostspielig geworden, und kein Staat könne auf die Dauer das angestrengte Wettbauen ertragen. Ein großer moderner Panzer koste bereits £ 3 000 000. Es wäre besser, das Geld auf nützlichere Dinge zu verwenden. Unsere Flotte bilde außerdem den einzigen Grund, der einem wirklich intimen Einvernehmen zwischen den beiden Ländern im Wege stehe. Denn durch das Entstehen unserer Seemacht sei eine Art zweites Elsaß-Lothringen geschaffen, eine Frage, die uns ebenso trenne, wie das Reichsland eine wirkliche Annäherung zwischen uns und Frankreich verhindere.

Ich entgegnete ihm, daß ich zwar mich grundsätzlich in Flottenfragen nicht einmische, daß ich aber gesehen habe, daß es trotz der Flottenfrage möglich sei, mit Großbritannien zu einem freundschaftlichen Verhältnis zu gelangen, und daß ich mit Genugtuung festgestellt habe, daß sich hier das Verständnis dafür, daß unsere Flotte nicht gegen Großbritannien gebaut sei, immer mehr zu vertiefen beginne. Euere Exzellenz hätten übrigens Ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, etwaigen britischen Anregungen entgegenzukommen und dieselben zu prüfen *, ich glaubte aber nicht, daß das deutsche Volk, das in der Flotte ein nationales Werk und eine Verkörperung des nationalen Gedankens erblicke, jemals auf eine kräftige Förderung dieser Schöpfung werde verzichten wollen.

Der Minister sah dies vollkommen ein, kam aber immer wieder auf seinen Gedanken des naval holiday zurück und besprach die ganze Angelegenheit in durchaus freundschaftlichem und gemütlichem Tone; es scheint ihm aber jedenfalls sehr viel, vermutlich aus technischen und anderen Gründen, an einer Pause zu liegen. Aus seiner ganzen Art ging jedoch ein gewisses Mißtrauen gegen unsere auswärtige Politik hervor, die zum Teil wohl auf seiner etwas phantastischen Natur beruht, zugleich aber auch eine unverkennbare Bewunderung für unsere Flotte. Ich glaube, daß es mir gelungen ist, ihn etwas zu

---

* Vgl. dazu Nr. 15 570, Fußnote.

beruhigen und seine Bedenken zum Teil wenigstens zu zerstreuen, denn zum Schluß sagte er, ich hätte mich wohl schon hier davon überzeugen können, daß es sich mit den Engländern leben ließe (that we are not difficult people to deal with). Da er sehr eitel ist und unter allen Umständen eine glänzende Rolle spielen will, so wird es notwendig sein, seine Eigenliebe zu schonen und alles zu vermeiden, was als eine Blamage für ihn erscheinen könnte, selbst wenn der tatsächliche Erfolg seiner Anregungen, wie ich voraussehe, dem von ihm vertretenen Plane nicht entsprechen sollte. Seinen Einfluß auf die auswärtige Politik der Regierung möchte ich im übrigen nicht überschätzen. Für letztere sind Sir Edward Grey und Mr. Asquith maßgebend, und ich glaube nicht, daß Mr. Churchills Ansichten sehr schwer ins Gewicht fallen, schon weil man ihn für unberechenbar und sprunghaft hält.

Lichnowsky

Randbemerkung von Bethmann Hollwegs:
[1] Meo voto nein B. H.

Nr. 15 573

*Bericht des Marineattachés in London Korvettenkapitäns von Müller**

Ausfertigung

Nr. 461 London, den 20. Juni 1913

Nach einem offiziellen Essen in der Admiralität, zu dem die fremden Marineattachés geladen waren, redete mich kürzlich Mr.

* Der Bericht des Marineattachés, der nicht in den Politischen Dokumenten Tirpitz' abgedruckt ist, hat eine Vorgeschichte. Bereits am 4. Juni hatte Korvettenkapitän von Müller über seine Unterredung mit Churchill, die am Tage zuvor, anläßlich des Festessens zur Feier des Geburtstages Königs Georg V. stattgefunden hatte, an das Reichsmarineamt berichtet und dabei angefragt, „ob unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Inhalt meiner Besprechung mit Churchill zur Berichterstattung geeignet ist, hauptsächlich, um an den von dem Bericht durchlaufenen Stellen unsere Gegenargumente gegen den Holiday-Vorschlag erneut einzuprägen". Admiral von Tirpitz ließ darauf den Marineattaché durch den Kapitän z. S. Hopman am 11. Juni instruieren, was er über das Gespräch mit Churchill berichten solle. Vor allem sollte von Müller betonen — was in seinem Schreiben an das Reichsmarineamt vom 4. Juni gar nicht zum Ausdruck gelangt war —, daß nach seiner in der Unterredung mit Churchill gewonnenen Überzeugung es diesem „in der Hauptsache darauf ankomme, den gesetzmäßigen Ausbau unserer Flotte zu verzögern oder zu verhindern, weil er doch wohl eingesehen habe, daß es England auf die Dauer nicht möglich sein werde, uns gegenüber die gewünschte Überlegenheit zu erhalten". Aus dem Schreiben Hopmans an Müller geht klar hervor, daß Staatssekretär von Tirpitz vom marinepolitischen Standpunkte aus ein grundsätzlicher Gegner des Holiday-

Churchill an und kam nach einigen einleitenden Bemerkungen über die freundliche Behandlung, die dem Vizeadmiral Sir John Jellicoe bei seinem kurzen Besuche in Berlin zuteil geworden sei*, erneut auf den Naval Holiday zu sprechen[1]. Er setzte mir auseinander, er habe sich die Sache noch einmal von allen Seiten — auch von der unsrigen — überlegt, halte eine für beide Teile — Deutschland und England — annehmbare Form für möglich, und beabsichtige daher im Herbst d. Js. erneut mit seinem Vorschlag, und zwar in bestimmterer Formulierung, hervorzutreten, falls seine Kollegen im Kabinett seinen Anträgen zustimmten[2].

Ich habe in meinen Entgegnungen die zahlreichen Schwierigkeiten kurz aufgezählt, die sich einem auf beiden Seiten verhältnismäßig gleiche Wirkungen zeitigenden Feierjahr entgegenstellen. Insbesondere habe ich auf den notwendigen Einschluß der übrigen Seemächte[3] in ein solches Abkommen aufmerksam gemacht, unter besonderem Hinweis auf die nach Pressenachrichten gegenwärtig zwischen Rußland und Frankreich stattfindenden Verhandlungen über eine „naval convention"**, die, falls sie in der Tat beabsichtigt sei und zustande käme, nur gegen Deutschland gerichtet sein könne.

Mr. Churchill beantwortete diese Entgegnungen mit allgemeinen Redensarten: Natürlich müßten auch die anderen Seemächte beitreten; wie sich das machen werde, wisse er noch nicht; er sei aber überzeugt, daß, wenn wir zu einem Abkommen gelangten, die anderen folgen würden[4]; zudem würden wir ja auf unsere „beiderseitigen Freunde" einen Einfluß ausüben können, dem sich diese schwerlich entziehen könnten[5].

---

Gedankens war, daß er es aber nicht für geraten fand, dies offen auszusprechen, sondern es vorzog, rein politische Gründe vorzuschützen. Ausdrücklich wurde der Marineattaché angewiesen, bei etwaigen weiteren Erörterungen mit Churchill „so zu tun, als wenn wir von unserem Marinestandpunkt aus nicht grundsätzlich unzugänglich wären", dafür aber dem Ersten Lord der Admiralität mit dem „Gespenst des Flottenrummels" graulich zu machen, das durch den Holiday-Vorschlag leicht in der Presse beider Länder aufgebracht werden könnte. Siehe das Schreiben von Müllers an das Reichsmarineamt vom 4. Juni und die Antwort des Kapitäns z. S. Hopman vom 11. Juni, die beide für die Stellung der Marineattachés zwischen dem Reichsmarineamt und dem Auswärtigen Amt sehr charakteristisch sind, bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 393 ff. Die Berichterstattung des Marineattachés erweckte übrigens im Auswärtigen Amt steigendes Unbehagen. Vgl. dazu den Privatbrief Staatssekretärs von Jagow an Fürst Lichnowsky vom 26. Februar 1914. Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXIV, Nr. 14 697.

* Vgl. dazu v. Tirpitz, a. a. O., S. 397.

** Von solchen Verhandlungen war gelegentlich des Aufenthalts des französischen Admiralstabschefs Le Bris in Petersburg im Mai in der russischen Presse die Rede gewesen. Tatsächlich war die russisch-französische Marinekonvention bereits im Juli 1912 zum Abschluß gelangt. Vgl. Bd. XXXI, Kap. CCXLVIII.

Mr. Churchill klagte ferner in bewegten Worten über die enormen Kosten, die die neuen, immer größer und wertvoller werdenden Typen verursachten und die zur vorläufigen Aufgabe des Panzerkreuzers geführt hätten, und behauptete schließlich, daß, wenn Deutschland und England zunächst ein Jahr lang keine neuen Schiffe bauten, kein Verhältnis verschoben, keine Organisation gestört werde, sondern daß dann eben nur die entsprechende Zahl von älteren, aber noch durchaus guten Schiffen länger ihren Wert behielte.

Auch die zahlreichen anderen Bedenken, die sich jedem sachlich und ohne Hintergedanken überlegenden Laien und Fachmann bei Betrachtung der Holiday-Idee aufdrängen, und die die Presse beider Länder eingehend erörtert hat, erklärte Mr. Churchill für überwindbar; er halte die jetzige Form der Rüstungsrivalität[6] für verrückt (madness); wir entwerteten, indem wir uns selbst überböten, unsere eigenen Schiffe. Sein Vorschlag biete die Möglichkeit einer Erleichterung, ohne eine gesunde Rivalität zu beseitigen, und er wolle deshalb die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, im Interesse beider Völker diesen Vorschlag zu wiederholen[7].

Wenige Tage nach dieser Unterredung wurde die kanadische „Flottengabe“ im kanadischen Senat abgelehnt* und damit der britischen Admiralität der erhoffte billige Gewinn dreier Schlachtschiffe bis auf weiteres entzogen. Am 5. Juni erklärte darauf Mr. Churchill im Parlament „that the situation brought about by the rejection of the Canadian naval aid bill requires immediate action in order that the world protection of the Empire may be adequately maintained for the autumn and winter of 1915 and in the spring 1916. In these circumstances the Government have determined to advance the construction of the three contract ships of this year's programme and orders have been issued by the Admiralty to ensure their being begun at the earliest possible date instead of in March next.“

Wie selbst hiesige Preßstimmen zugeben, und wie verschiedene parlamentarische Interpellationen des Ersten Lords der Admiralität beweisen, muß dieser Schritt der Admiralität als ein Widerspruch gegen die mit so warmen Worten eingeführte Holiday-Idee aufgefaßt werden, der in Deutschland zu „einer Belebung der Flottenagitation führen könnte with all the unpleasant political effects, which have attended that agitation in the past.“

Am richtigsten trifft indessen eine Bemerkung des „Daily Chronicle“ den springenden Punkt, die besagt, daß die Churchillsche Flottenpolitik zwischen zwei nicht miteinander in Einklang zu bringenden Grundsätzen schwanke. Einerseits habe er als notwendiges und genügendes Stärkeverhältnis zu Deutschland das Verhältnis 16 : 10

---

* Vgl. Nr. 15 557, S. 4, Fußnote *.

bezeichnet, andererseits stelle er „the world protection of the Empire“ außerhalb des Verhältnisses 16 : 10. Wenn England zehn Schiffe gegen sechs deutsche baue, und außerdem noch beliebig viele zum Schutz des Reiches, so liege darin eine Unaufrichtigkeit gegen den englischen Steuerzahler wie gegen die deutsche Marineverwaltung.

Die Fachpresse versucht diesen Vorwurf durch die Behauptung zu widerlegen, Churchill habe die drei von Kanada in Aussicht gestellten Schiffe als Zusatz zum 60-Prozent-Standard bezeichnet, nicht als Zugabe zur „World protection“.

Abgesehen davon, daß das nichts weiter als eine fürsorgliche Vorbereitung der jetzt offenbar werdenden Unaufrichtigkeit wäre, muß das seit Churchill zur Regel gewordene Jonglieren mit einem nur für die Nordsee und einem anderen für die Weltinteressen des britischen Reiches gültigen Stärkemaß als ein weiterer Versuch zur Irreführung der öffentlichen Meinung gekennzeichnet werden [8]. Diese getrennte Buchführung für Nordsee und Ozeane ist nichts weiter als ein Mittel, die Proportion 16 : 10 zu umgehen, die man „für die Nordsee“ angenommen hat, die man im Ernstfalle aber mit Hilfe der besonders geführten außereuropäischen Schiffe zu verschieben gedenkt, indem man diese Schiffe aus ihrer Spalte des Friedensschemas und ihrem Ozean alsbald verschwinden und in der Nordsee auftauchen läßt [9]. Die diesjährigen Julimanöver werden hierfür ein vorzügliches Exempel sein.

Dieselbe Unaufrichtigkeit, die allen englischen Vorschlägen zu einem Flottenabkommen irgendwelcher Art von jeher zu Grunde gelegen hat [10], wird auch in dem jetzt vorliegenden Holiday-Vorschlage augenscheinlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die britische Admiralität Ende März, als Mr. Churchill seine Holiday-Botschaft mit freundlichen Begleitworten verkündete, über den wahrscheinlichen Ausgang der kanadischen Marinedebatte bereits unterrichtet war.

Vor dieser Zeit, zumal als im Dezember 1912 der kanadische Premierminister Borden seine Naval Aid Bill einbrachte, deren Annahme Mr. Churchill und die Admiralität zuversichtlich erwartete, war von Holiday keine Rede. Damals herrschte vielmehr nur der eine Gedanke, daß sowohl der materielle wie der moralische Eindruck der kanadischen Flottenvorlage ausgenutzt werden müsse, um Deutschland zu bluffen, damit man dort einsehe, wie vergeblich das nach englischer Darstellung von Deutschland eingeleitete „Wettrüsten“ sei [11]. Die Admiralität hat in ihrem Memorandum an die kanadische Regierung diesen Gedanken in die Worte gekleidet: „Die Admiralität legt auf die materielle und noch mehr auf die moralische Unterstützung, die Kanada zur Erhaltung der englischen Seeherrschaft beitragen kann, den größten Wert.“

Dieser moralische Erfolg wurde von der englischen Presse bereits als vollendete Tatsache gebucht, die abwartende Haltung der

deutschen Presse wurde als tiefe Niedergeschlagenheit ausgelegt und als solche freudig verzeichnet[12].

Der Ausgang, den jetzt die Bestrebungen der Admiralität und der Regierung genommen haben, Kanada und die übrigen Kolonien zu den Seerüstungen des Mutterlandes heranzuziehen, hat die Situation geändert. Nur Australien hat sich entschlossen, wirksam an der Verteidigung britischer Seeinteressen teilzunehmen, aber nur soweit sie auch australische Interessen sind. Es hat abgelehnt, die Rüstungen des Mutterlandes gegen Deutschland in der Nordsee zu unterstützen, und baut seine eigene Flotte. Neuseeland hat zwar einen Schlachtkreuzer als einmaliges Geschenk überwiesen, dürfte sich aber, wenn es weitere Ausgaben für Seerüstungen macht, Australien anschließen, das ihm bereits seine Marineschulanstalten zur Benutzung angeboten hat. Das Geschenk der Malaiischen Staaten, dessen Kosten zunächst der Empfänger trägt, weil der Geber sie erst „wenn möglich" in fünf Jahren zurückerstatten kann, wird kaum eine Wiederholung erleben. Die Kunde von einem indischen Flottengeschenk, die die englische Presse verbreitete, erwies sich alsbald als ein Zeitungsmanöver, teils um den indischen Fürsten einen Flottenbeitrag zu suggerieren, teils um Kanada ein nachahmungswertes Beispiel vor Augen zu führen, und wurde von der indischen Regierung dementiert. In Südafrika nehmen Regierung und Parlament trotz wiederholter Winke, sich in irgendeiner Weise an der Stärkung der britischen Seemacht zu beteiligen, eine laue Haltung ein. Nachdem jetzt das kanadische Flottengeschenk bis auf weiteres abgelehnt ist, wird auch von Südafrika vorläufig nichts zu erwarten sein.

Aus dem tiefen moralischen Eindruck, den man auf „die übrigen Seemächte" zu machen gedachte und mit dem man Deutschland von der Zwecklosigkeit seines Flottenbaues überzeugen wollte, ist also nichts geworden[13].

Sowohl finanzielle Gründe wie zeitweise Überfüllung der Bauwerften mit Arbeit und andere Gründe verhindern die englische Admiralität, mit den eigenen Mitteln des Mutterlandes den erwünschten „moralischen Eindruck", der ein Druck sein sollte, zu erzielen.

So entstand denn nach bekannten Vorgängen der Holiday-Vorschlag.

Man sollte annehmen, daß diese nun wiederholentlich geübte Praxis, erst zu bluffen und, wenn das nicht anschlägt, ein Abkommen irgendwelcher Art vorzuschlagen, auch den Engländern allmählich langweilig werden müßte[14]. In der Konsequenz, mit der das Verfahren wiederholt wird, liegt indessen Methode. Seit dem Zeitpunkt, wo man anfing, die langsame aber sichere Wirkung des deutschen Flottengesetzes zu erfassen, ist diese Methode in nicht erlahmender Wechselfolge geübt worden. Ihr Ziel ist Ver-

zögerung, wenn möglich Verhinderung der Durchführung des Flottengesetzes[15]. Der Zeitpunkt für einen erneuten Vorstoß erscheint Mr. Churchill besonders günstig, da, wie eine hiesige Marinefachzeitung sich ausdrückte, „the new Army Bill at present is straining the financial resources of the fatherland".

Neben finanziellen Gründen, glaubt Mr. Churchill, werde das gegenwärtig bessere Verhältnis der beiden Länder seinem Vorschlag behilflich sein und auf beiden Seiten des Kanals die amtliche und öffentliche Meinung so beeinflussen, daß er ihr leicht werde suggerieren können, daß sein Vorschlag andere Ziele habe, als mit primitivsten Mitteln zu täuschen und in die Kontinuität der Durchführung des Flottengesetzes eine Bresche zu legen.

Schließlich kann im Falle der Ablehnung immer noch versucht werden, Deutschland das Odium aggressiver Flottenpolitik zuzuschieben und daraus Stoff zu einem scare zu gewinnen[16].

Es ist — abgesehen von allen sonst gegen die Ausführung der Feiertagsidee sprechenden Tatsachen — aus diesen Gründen nicht möglich, dem Churchillschen Vorschlag die bona fides zuzubilligen[17].

Die Unredlichkeit des ganzen Handels tritt noch schärfer hervor, wenn man sich vergegenwärtigt, daß, wie „Times" und andere Blätter richtig andeuteten, die zeitliche Vorziehung dreier Schlachtschiffe des diesjährigen Programms im Effekt in den kommenden Jahren zu einer Vermehrung des im Juli 1912 veranschlagten Bauprogramms wird. Denn im nächsten Jahr können ebenso frühzeitig ebenso viele Schiffe mehr gebaut werden.

Soll aber im nächsten Jahr „Holiday" sein, so ist England wohl vorbereitet; die britischen Schiffsbauwerften sind mit Arbeit gesättigt und können nach Ablauf des Holidays und nach Aufarbeiten der Rückstände zu der stets erstrebten, aber in der letzten Zeit mehr und mehr verlassenen zweijährigen Bauzeit zurückkehren. — Dann war der Holiday ein gutes Geschäft. —

Auch das Argument von der schnellen Entwertung der älteren Schiffe ist nur vom englischen Standpunkte aus stichhaltig. England hat viele solche Schiffe; sie hauptsächlich bilden seinen in der Schiffszahl noch vorhandenen Überschuß über den 60-Prozent-Standard. Auf Deutschlands Seite sind die Vordreadnoughts ein geringerer Faktor[18].

Und wer anders als England hat die Entwertung der älteren Schiffe durch Einführung der Dreadnoughts, durch Steigerung der Kaliber eingeleitet?

So hat also der so wohlmeinend aussehende Holiday-Vorschlag einen fatalen Beigeschmack, und Mr. Churchill wird sich nicht wundern dürfen, wenn seine robuste Zuversicht auf begeisterte Annahme seines schlauen Antrages ihm eine Enttäuschung bereiten wird[8].

Denn man ist sich in Deutschland darüber klar,

1) daß keine wesentlich ungünstigere als die Proportion 16:10 der beiden Flotten eine genügende Sicherheit gibt[9], und

2) daß diese von Mr. Churchill in seiner Etatsrede am 26. März d. Js. ausdrücklich als stillschweigendes Übereinkommen, als „practical agreement" angenommene Proportion nur erreicht wird, wenn Deutschland unerschütterlich an der gesetzmäßigen Durchführung seines Flottengesetzes festhält und alle noch so wohlklingenden Versuche abweist, durch ein Agreement oder einen Holiday oder wie sonst man bei einer späteren Gelegenheit den Anschlag gegen das Flottengesetz taufen wird, eine Aufschiebung oder Abänderung des gesetzlichen deutschen Bauplanes zu erlangen.

Erich v. Müller

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Nein! erst recht nicht nachdem er 3 Schiffe eben vorgezogen hat!

[2] ich gehe nicht darauf ein ich müßte zuvor auch 4 Schiffe vorziehen, damit das Verhältniß wieder hergestellt ist*.

---

* Es scheint, daß der Kaiser ernstlich den Gedanken erwogen hat, dem Churchillschen Beispiel zu folgen und deutscherseits nunmehr den Bau von vier Großkampfschiffen „vorzuziehen", doch fand er diesmal nicht die Unterstützung des Großadmirals von Tirpitz, der sich auf den Standpunkt stellte, „über gelegentliche Mehrbauten der Engländer wie Kolonialschiffe brauchten wir uns nicht gleich aufzuregen". Vgl. A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 381. Offenbar ist es auf temperamentvolle Äußerungen des Kaisers über die Churchillschen Versuche, der englischen Flotte mittels der Baubeschleunigung ein Plus zu sichern, zurückzuführen, wenn einige Zeit darauf in England Gerüchte über eine beabsichtigte Flottenvermehrung in Deutschland umliefen. In einem Privatbriefe Fürst Lichnowskys an Reichskanzler von Bethmann Hollweg vom 7. August heißt es darüber: „Wie ich vertraulich aus guter Quelle höre, ist man hier an maßgebender Stelle sehr unter dem Eindruck von Nachrichten über angebliche neue Flottenpläne. Ich stellte dies entschieden in Abrede, doch wurde mir die Quelle als eine zuverlässige bezeichnet. Man wies auf die Erregung hin, die hier dadurch entstehen würde, wodurch die Regierung genötigt wäre, zum Zwei Kiel zu Einem-Standard überzugehen. Sie wissen, wie ich über diese Frage denke, und daß ich genügend gewarnt habe. Kommt eine neue Flottenvorlage mit Schlachtschiffen und Vermehrung unseres bisherigen Flottengesetzes, so ist alle Mühe vergebens, die ich mir bisher hier gegeben habe. Es würde dies unter allen Umständen ein schwerer Fehler sein, und ich kann nicht genügend davor warnen. Möglich ist, daß Gerüchte über ein geplantes Mittelmeergeschwader — vgl. dazu S. 3, Fußnote — durchgesickert sind und Anlaß zu diesen Befürchtungen gegeben haben." Dazu bemerkte der Reichskanzler handschriftlich: „Seine Majestät hat mir nicht von etwaigen Flottenplänen gesprochen. Admiral von Müller hat mir auf ausdrückliche Frage erklärt, daß auch ihm von solchen Plänen weder beim Kaiser noch beim Staatssekretär von Tirpitz etwas bekannt sei. Ihm sowohl wie Herrn von Treutler habe ich gesagt, daß solche Pläne aus äußeren und inneren Gründen undurchführbar sein würden. Beide sind davon überzeugt." Eine weitere Bestätigung für die Haltlosigkeit der in England verbreiteten Gerüchte findet sich in einem Telegramm des Gesandten im Kaiserlichen Gefolge von Treutler, d. d. Homburg, den 14. August: „Seine Majestät der Kaiser, dem ich auf den Privatbrief des Fürsten Lichnowsky über die dort erwähnte Beunruhigung Vortrag hielt, erklärte die

[3] ja!
[4] Quatsch!
[5] !
[6] soll er doch aufhören! England hat sie ja begonnen
[7] einfache Täuschung
[8] ja
[9] richtig
[10] gut!
[11] !! ich lasse mich nicht bluffen und bau[e] ruhig weiter
[12] das ist das was das Ausw[ärtige] Amt als Ruhige Haltung anpreißt!
[13] nein!
[14] ich habe es schon über.
[15] natürlich.
[16] natürlich
schadet nichts!
[17] nein! Es ist eine Spekulation auf die Dummheit oder erhoffte Schwäche der Deutschen Regierung
[18] sehr klein

Schlußbemerkungen des Kaisers:
Bravo!
sehr gut! Wir sind auf der Hut!
Caveant consules!

## Nr. 15 574

## *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 381 London, den 23. Juni 1913

Wenn ich mich auch mit den Schlüssen, zu denen der diesseitige Marineattaché am Ende seines interessanten Berichtes Nr. 461 vom 20. d. Mts.* über den naval holiday gelangt, vollkommen einverstanden erklären kann und ebenso wie Kapitän von Müller die Ansicht vertrete, daß es sich nicht empfiehlt, auf einen diesbezüglichen Vorschlag Mr. Churchills, falls er an uns damit herantreten sollte, einzugehen, so möchte ich doch den genannten Ausführungen einige Begleitworte hinzufügen.

Seit meiner Berufung auf den hiesigen Posten habe ich den Standpunkt zu vertreten gesucht, daß es möglich sein wird, zwischen uns und Großbritannien trotz der Tripelentente und trotz der Flottenfrage vertrauensvolle und freundschaftliche Beziehungen anzubahnen, falls wir hier nicht den Verdacht erwecken, daß wir innerhalb Europas Ausdehnungspolitik betreiben und insbesondere Frankreich gegenüber

---

Gerüchte für absolut gegenstandslos." Es ist hiernach ein Faktum, daß, obwohl englischerseits durch eine wesentliche Beschleunigung des Baues von drei Großkampfschiffen der Flottenstandard zugunsten des Inselreichs verbessert wurde, auf deutscher Seite nichts geschehen ist, um den englischen Vorsprung auszugleichen.

* Siehe Nr. 15 573.

kriegerische Absichten verfolgen. Ich bin hierbei von der Voraussetzung ausgegangen, daß unser Flottengesetz im wesentlichen in der bestehenden Fassung erhalten bleibt und nicht etwa durch plötzliche, unvorhergesehene Neubildungen und Neuforderungen der hiesigen öffentlichen Meinung Anlaß zur Beunruhigung gegeben werde. Auch ohne Einschränkung unseres bestehenden Bauprogramms glaube ich auch heute noch, daß sich die im Laufe des vorigen Winters vollzogene Annäherung ohne Preisgabe irgendwelcher deutscher Interessen wird weiter befestigen und vertiefen lassen.

Als eine weitere Grundlage ungestörter politischer Zusammenarbeit betrachte ich gleichfalls eine vorsichtige Zurückhaltung gegenüber allen Versuchen, zu einem sogenannten Flottenabkommen zwischen beiden Ländern zu gelangen. Die Erfahrung hat bereits gelehrt, wie schwierig es ist, für die Grundlagen eines solchen eine beide Teile befriedigende, vollkommen einwandfreie Formel zu finden, die nicht verschiedenen Auslegungen zugänglich und deren Durchführung möglich wäre, ohne daß auf der einen oder anderen Seite der Verdacht der Unredlichkeit und Unaufrichtigkeit entstünde. Wie Kapitän von Müller überzeugend nachweist, sollte auf britischer Seite die für die world protection bestimmte Flotte für die Verhältniszahl gar nicht in Betracht kommen, wohl aber für den Krieg.

Wenn Herr Churchill nunmehr plötzlich mit dem Gedanken eines naval holiday, also einer Einschränkung der Rüstungen, hervortritt, so ist wohl anzunehmen, falls wir nicht geneigt sind, ihn etwa mit Herrn Carnegie auf dieselbe Stufe zu stellen, daß er hierfür einen Zeitpunkt gewählt hat, der den britischen Interessen besonders entspricht, und daß er sich nicht lediglich durch freundschaftliche Gefühle einer Macht gegenüber hat bestimmen lassen, gegen deren wachsende Entwickelung die Verstärkungen der britischen Flotte trotz gelegentlicher Ableugnung doch als Sicherungsmittel und als Gegengewicht in erster Linie gedacht sind. Je günstiger der Vorschlag bei richtiger Bewertung aller in Frage kommenden Verhältnisse sich schließlich für England gestalten würde, um so größer das Verdienst des britischen Marineministers, und ich vermag einen Vorwurf gegen einen Staatsmann nur dann zu erheben, wenn er die Interessen seines eigenen Landes nicht gebührend wahrnimmt oder Naivität an den Tag legt bei Beurteilung der Absichten fremder Kollegen. Der Vorwurf der Unredlichkeit wäre wohl dann besonders zutreffend, wenn es erwiesen wäre, daß Mr. Churchill uns bewußt unwahre Angaben gemacht hätte.

Die geographische Lage Englands uns gegenüber und das günstige Urteil, das hier im allgemeinen über die Leistungsfähigkeit unserer Seemacht besteht, machen es begreiflich, daß einem britischen Minister der Wunsch vorschwebt, eine Bresche in unser Flottengesetz zu legen [1]. Je größer und stärker unsere Flotte, um so lästiger wird die Pflicht der britischen Regierung, ein Machtmittel stets bereit zu

halten, dessen bloßes Vorhandensein schon genügt, um ihren politischen Einfluß unter allen Umständen und mit Nachdruck zur Geltung zu bringen.

Aus obigen Erwägungen würde ich es bedauern, wenn die britische Flottenpolitik bei uns ab irato beurteilt und das Vorgehen des Herrn Churchill zu Verstimmungen führen würde. Ich möchte es vielmehr im Interesse einer ungestörten Weiterentwicklung der politisch so überaus wichtigen Annäherung für erwünscht halten, wenn wir eine entsprechende Anregung möglichst freundlich und ausweichend beantworten würden, etwa unter Hinweis auf technische oder wirtschaftliche Schwierigkeiten. Auch ließe sich vielleicht die letzte Erklärung des Herrn Churchill über den beschleunigten Bau der drei diesjährigen Schiffe verwerten.

Im übrigen bin ich, falls Euere Exzellenz es wünschen, auch in der Lage, Sir Edward Grey gelegentlich und vertraulich entweder direkt oder durch eine Mittelsperson zu bedeuten, daß es uns lieber wäre, wenn Herr Churchill mit dem Gedanken des naval holiday nicht wieder hervorträte[2].

Lichnowsky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Darum brauchen wir uns das nicht gefallen zu lassen
[2] ja das wäre sehr gut*

## Nr. 15 575

### *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 422 London, den 18. Juli 1913

Bei seiner gestrigen, anläßlich der Flottenvoranschlagsverhandlungen im Unterhause gehaltenen Rede hat Mr. Winston Churchill erklärt, er habe die ganze Lage, insbesondere das englisch-deutsche Verhältnis, im März so ausführlich erörtert, daß er gegenwärtig zur Frage des Schiffsbaus nichts hinzufügen könne. Was die Kräfteverteilung im Mittelmeer anlange, so wäre bis jetzt über keine Änderung in den Bauprogrammen der Mittelmeermächte zu berichten. Zweifellos erörtere man sowohl in Österreich wie in Italien neue Programme, aber es handele sich nicht um Tatsachen, sondern um Absichten und

* Von dieser Randbemerkung des Kaisers wurde dem Fürsten Lichnowsky durch Telegramm Nr. 358 vom 29. Juni Kenntnis gegeben. Schon vorher hatte der Botschafter in einem Privatbrief an Staatssekretär von Jagow vom 26. Juni bemerkt: „Ich werde zu verhindern suchen, daß man mit dem naval holiday an uns herantritt; verhindern Sie aber, daß in Berlin über die Sache allzuviel geredet wird.“

Gerüchte. Ihm sei zurzeit nichts bekannt, das eine Erweiterung des englischen Bauprogramms nötig mache, und er glaube nicht, daß Machtverschiebungen im Mittelmeer für diesen Herbst zu erwarten seien, denen englischerseits vor dem Bauprogramm von 1914/15 begegnet werden müsse.

Ein für den englischen Schiffsbauplan wichtiges Ereignis sei die Ablehnung der kanadischen Schiffsbauvorlage durch den dortigen Senat seit seiner Programmrede im März. Es sei aber durchaus unrichtig, anzunehmen, daß Kanadas Wunsch, an seiner eigenen und der Reichsverteidigung tätigen Anteil zu nehmen, damit tot sei. Äußerungen von Führern der Regierungs- sowie der Oppositionspartei ließen vielmehr erkennen, daß man gegenwärtig kein Recht habe, zu glauben, England werde die Last zukünftiger Rüstungen allein und ohne die Unterstützung Kanadas zu tragen haben.

Die Regierung habe sich deshalb zu einer nur vorläufigen Maßnahme entschlossen. Die durch den Ausfall der kanadischen Schiffe geschaffene Lücke solle nicht durch eine Vermehrung der geplanten Neubauten, sondern durch Beschleunigung des Baus der bereits in das Programm eingestellten Schiffe ausgefüllt werden. Deshalb sei der Bau von drei Schiffen, die sonst erst am Ende des Jahres in Angriff genommen worden wären, bereits jetzt in die Wege geleitet, und diese Schiffe würden, wenn alles ordnungsmäßig gehe, im dritten Viertel des Jahres 1915 fertig sein. Sie würden in Abwesenheit von österreichischen oder italienischen Neubauten das Stärkeverhältnis im Mittelmeer und auf der ganzen Welt voll wahren, das er im März für erforderlich erklärt habe. Freilich schaffe die Beschleunigung der Neubauten nur eine zeitweise Aushilfe, aber ihr Ergebnis sei, daß für sieben oder acht Monate am Ende des Jahres 1915 und zu Beginn des Jahres 1916 derselbe Zustand erreicht werde, der bei Annahme der kanadischen Schiffsbauvorlage erzielt worden wäre. Im nächsten Jahr werde die Lage in Kanada sich voraussichtlich geklärt haben, und er werde eher imstande sein, zu beurteilen, ob eine weitere Beschleunigung des Baus nächstjähriger Schiffe oder eine Erweiterung des englischen Bauprogramms Platz zu greifen habe.

Am Schluß seiner Rede wies der Minister darauf hin, daß die kommenden Monate die bei weitem zahlreichsten Ablieferungen von Kriegsschiffen an die Marineverwaltung bringen würden, die in der Geschichte der englischen Flotte je vorgekommen seien. Es werde nämlich für die nächsten neun Monate durchschnittlich jede Woche ein Torpedoboot — abgesehen von zahlreichen Unterseebooten —, für die nächsten 12 Monate durchschnittlich alle 30 Tage ein leichter Kreuzer und für die nächsten 18 Monate durchschnittlich alle 45 Tage ein Superdreadnought zur Ablieferung gelangen [1].

Die Rede Mr. Churchills wird natürlich in der Presse lebhaft besprochen. Wie erklärlich, findet sie die Billigung der gemäßigten

liberalen Blätter, während die radikalen Zeitungen wie zum Beispiel „Daily News“ in der Beschleunigung des Baus der drei Schlachtschiffe ein Zugeständnis an die Flottenenthusiasten der Opposition sehen und sie mißbilligen. Die „Times“ äußert in maßvollen Worten ihre Bedenken dagegen, daß die durch den Ausfall der kanadischen Schiffe entstandene Lücke nur vorläufig ausgefüllt werde. Die oppositionelle Presse hingegen kritisiert in mehr oder minder scharfen Worten die Unzulänglichkeit des Churchillschen Programms.

Lichnowsky

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Und dabei noch Angst vor uns! *

Nr. 15 576

## *Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 540 London, den 26. September 1913

Während der Entschluß der englischen Regierung, bedeutende Seestreitkräfte zu einer Kreuzfahrt nach dem Mittelmeer zu verwenden **, im allgemeinen freudig begrüßt wurde als ein Zeichen, daß die englische Regierung die internationale Lage ruhig ansehe und insbesondere das krankhafte Mißtrauen gegen Deutschland im Schwinden sei, hat die Nachricht von den englischen Flottenbewegungen in den maßgebenden französischen Kreisen sehr verstimmt. Man hatte sich dort trotz mehrfacher klarer Ausführungen von englischer Regierungsseite in den schönen Wahn eingelebt, England habe den Schutz seiner Mittelmeerinteressen der französischen Flotte anvertraut, und Frankreich könne nun seinen alten Lieblingstraum der Vorherrschaft in dem „lateinischen Meer“, ohne sich um England zu kümmern, verwirklichen.

---

* Der Eindruck, den die Churchillsche Rede in Berlin hervorrief, wird noch gestreift in einem Privatbriefe Staatssekretärs von Jagow an den Gesandten in Karlsruhe von Eisendecher vom 24. Juli: „Ich möchte noch erwähnen, daß Seine Majestät der Kaiser, wie ich höre, sehr ungehalten über die letzte Churchillsche Rede gewesen ist. Ich persönlich finde dieselbe ziemlich maßvoll und hatte Schlimmeres befürchtet.“

** Im November wurden eine Division des I. englischen Geschwaders — vier Linienschiffe —, des III. Kreuzergeschwaders — vier Panzerkreuzer — und das I. leichte Kreuzergeschwader — vier Kleine Kreuzer — in das Mittelmeer gesandt, um gemeinsam mit der Mittelmeerflotte zu manövrieren. Im Anschluß daran fand eine Kreuzfahrt nach der Levante statt. Vgl. Nauticus, Jg. 1914, S. 77.

Jede starke maritime Betätigung Englands im Mittelmeer wird in Paris peinlich empfunden werden; einmal weil sie, wie geschildert, die französische Eitelkeit verletzt, und noch mehr, weil sie ein sicheres Anzeichen der verringerten Spannung zwischen den zwei großen Seemächten im Norden bildet.

R. v. Kühlmann

Nr. 15 577

*Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 562 London, den 10. Oktober 1913

Mr. Winston Churchill, der gegenwärtig in seinem Wahlkreise eine politische Rundreise macht, hat gestern in einer an die Dundee Women's Liberial Association gerichteten Ansprache unter anderem auch die Frage der maritimen Rüstungen und der deutsch-englischen Beziehungen berührt.

Der Minister begründete und verteidigte das Wachsen der Ausgaben für die Rüstungen zur See mit dem internationalen Wettbewerb und fuhr fort, glücklicherweise hätten die Maßnahmen zur Wahrung und Stärkung der englischen Seemacht[1] keine ungünstigen Rückwirkungen auf die Beziehungen Englands zu irgendeiner der europäischen Großmächte gehabt. Im Gegenteil hätten sich trotz der Fortentwickelung der britischen Flotte[2] die Beziehungen Englands zu dem mächtigen deutschen Reiche stetig verbessert, heute ruhten diese Beziehungen auf einer durchaus befriedigenden Grundlage.

Das Gefühl mangelnder Sicherheit lasse weit eher zwischen den Völkern der Erde Mißstimmung entstehen als die ruhige Überzeugung von der eigenen Kraft. Wisse man sich geschützt gegen jede Gefahr eines Angriffs, dann verbreite sich eine Stimmung ruhiger Sicherheit im Lande[3], und freiere, bessere Beziehungen mit anderen Ländern würden begründet[4]. Die Rede beehre ich mich im Ausschnitt aus dem „Daily Telegraph" gehorsamst einzureichen*.

R. v. Kühlmann

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Auch umgekehrt die Deutschlands nicht

[2] und der deutschen

[3] Genau wörtlich der Risikoparagraph des Deutschen Flottengesetzes in extenso von ihm angenommen! Welch ein Triumph für Tirpitz

[4] Mein Risikogedanke! best thanks for the compliment Wi[nston]. Churchill Damit ist die Lügenaera Fischer-M'Kenna endgültig desavouirt und abgethan. Ebenso Haldane, und der Building holiday.

---

* Hier nicht abgedruckt, da inhaltlich genügend charakterisiert.

Schlußbemerkung des Kaisers:
Damit erkennt der Britische Erste Lord der Admiralität implicite das deutsche Flottengesetz voll und ganz an! Insbesondere seinen Risikoparagraphen! Eine glänzendere Rechtfertigung kann ich und alle, die mit mir das Flottengesetz geschaffen, erweitert und gegen alle Versuche von außen und vor allem von Innen es abzuschwächen oder zu durchbrechen, mit dem Aufgebot ihrer ganzen Kraft vertheidigt haben, gar nicht ausdenken oder erwarten. Ein grandioser Triumph für Adm[iral] von Tirpitz vor aller Welt, der wohlverdient ist, und ihm eine überragende Stellung in der Welt geben wird. Ein neuer Beweis für meine so oft vertretene alte Theorie, daß nur rücksichtsloses, mannhaftes unerschrockenes Vertreten der eigenen Interessen dem Engländer imponirt und zuletzt zur Annäherung zwingt; niemals aber sog[enanntes] Entgegenkommen, was er stets nur für Schlappheit und Feigheit hält. Daher werde ich schonungs- und rücksichtslos fortfahren, das Flottengesetz aller Opposition zu Hause zum Trotz, bis ins kleinste Detail voll zur Durchführung zu bringen und, falls nöthig zu erweitern! England kommt uns, nicht trotz, sondern wegen Meiner Kaiserlichen Marine!! Avis au lecteur!! W.

## Nr. 15 578

## *Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 353 London, den 20. Oktober 1913
Ganz geheim

Mr. Winston Churchills Rede über Flottenfeiertag** wird hier in politischen Kreisen vielfach kommentiert. Die überwiegende Meinung geht dahin, daß die Äußerung in erster Linie als innerpolitisches Manöver zur Beruhigung radikalen Flügels der liberalen Partei[1] bestimmt ist. Vom Standpunkt deutsch-englischer Beziehungen aus dürfte freundliche, aber bestimmte und klare Ablehnung unsererseits[2] ratsam erscheinen, ebenso wie in deutscher Presse Unterbleiben persönlicher Angriffe auf englischen Marineminister und Anzweifelung seiner bona fides[3] bei dem Vorschlag. Berichte heute ausführlich***.

Kühlmann

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Verbitte mir, daß meine Flotte und meine Marine für solche Zwecke dienstbar gemacht werden
[2] erfolgt selbstverständlich!
[3] sie ist nicht vorhanden! kann also nicht angezweifelt werden!

* Bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 402.
** Über den Inhalt der von Churchill am 18. Oktober in Manchester gehaltenen Rede, in der er seinen schon länger gehegten Gedanken, auf den Vorschlag des Flottenfeierjahrs zurückzukommen, ausführte, vgl. den ausführlichen Kühlmannschen Bericht in Nr. 15 580.
*** Siehe Nr. 15 580.

## Nr. 15 579

### *Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 576 London, den 20. Oktober 1913

Auf der französischen Botschaft hat, wie ich höre, die Rede Mr. Winston Churchills über den Flottenfeiertag große Beunruhigung erweckt, da es dort für denkbar gehalten wird, Deutschland könne den Vorschlag des Marineministers annehmen und Hand in Hand mit England durch moralischen Druck auf die übrigen Mächte den Weltfeiertag erzwingen. Der französische Marineattaché * ist in eiliger Mission heute früh nach Paris abgereist.

R. v. Kühlmann

## Nr. 15 580

### *Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 577 London, den 20. Oktober 1913

Mr. Winston Churchill ist am Sonnabend, dem 18. Oktober, in einer in Manchester gehaltenen Rede auf seinen bekannten Vorschlag der Einschiebung eines Feierjahres im internationalen Flottenbau zurückgekommen. Nachdem der Minister seinen zum Teil stark radikal gesinnten Zuhörern die jährlich wachsenden Ausgaben für die Rüstungen zur See erklärt und begründet und dabei nachzuweisen versucht hatte, daß die Flottenausgaben zwar zahlenmäßig, nicht aber im Verhältnis zur Zunahme des Wohlstandes des Landes gewachsen seien, entwickelte er, eine Verminderung der Lasten könne nur durch eine auf internationale Abmachung gegründete Reduzierung der Schiffsneubauten erzielt werden.

Der deutsche Reichskanzler habe auf die Anregung, ein Feierjahr im Schiffsbau einzuschieben, erklärt, die Kaiserliche Regierung erwarte genauere Vorschläge **. Die englische Regierung beabsichtige nicht, in der Frage Schritte zu tun, wenn die deutsche Regierung es nicht für zweckdienlich halte, denn sie müsse den Anschein vermeiden, als ob sie für sich selbst den Lorbeer eines Vorschlags zur Rüstungseinschränkung anstrebe, um damit Deutschland in die Zwangslage einer Ablehnung zu versetzen.

---

* Fregattenkapitän Comte de Saint-Seine.

** Vgl. Nr. 15 570, Fußnote.

Der gegenwärtige Augenblick sei für eine Wiederaufnahme des Feierjahrgedankens günstig: Die Entwicklung der Balkankrisis habe gezeigt, wie fest die Friedensliebe unter den Großmächten wurzele, und Englands Beziehungen zu Deutschland hätten sich, unbeschadet des Freundschaftsverhältnisses zu anderen Staaten, erheblich verbessert.

Trotz freundschaftlichster Beziehungen der einzelnen Mächte untereinander nähmen aber die Rüstungsvermehrungen ungehemmt ihren Fortgang. So seien Italien und Österreich im Begriff, in gegenseitigem Wettbewerb ihre Flotten zu verstärken, was wiederum Frankreich und in gewissem Grade auch England zu Neuausgaben veranlassen würde, so daß trotz der neuen Lasten keiner der Staaten in eine günstigere Lage gegenüber den anderen käme.

Er mache im Namen der englischen Regierung den Vorschlag, daß, wenn Deutschland die Inangriffnahme seiner in Aussicht genommenen zwei Schiffsneubauten für zwölf Monate hinausschiebe, England seine geplanten vier Neubauten für die gleiche Zeit verschieben werde, wobei natürlich die kanadischen Schiffe oder deren Ersatz sowie etwaige durch Veränderungen im Mittelmeer bedingte Gegenmaßnahmen außer Betracht zu bleiben hätten. Die englische Regierung habe aber erkannt, daß die Einhaltung eines solchen das Machtverhältnis zwischen beiden Staaten unberührt lassenden Feierjahrs weder für Deutschland noch für England möglich sei, wenn nicht andere Mächte zum Anschluß an eine derartige Abmachung bestimmt werden könnten. Würde aber nicht, so fragte der Redner, der Einfluß eines in dieser Frage einigen Deutschlands und Englands eine gewaltige Wirkung auf die übrigen Mächte ausüben mit dem Ergebnis, daß die aufeinander basierenden Rüstungsmaßnahmen sämtlicher Großmächte der Welt zum Stillstand kämen? Keine Verschiebung der Machtverhältnisse würde sich hieraus ergeben, wohl aber würden Hunderte von Millionen für zivilisatorische Zwecke erübrigt werden. Aber selbst bei einem — wenig wahrscheinlichen — Fehlschlagen dieser weitausschauenden Ideen würde die Tatsache allein, daß England und Deutschland sich gemeinsam für einen solchen Gedanken eingesetzt hätten, einen wohltätigen Eindruck auf Europa machen, der seine Früchte in späteren Jahren tragen werde.

Er sei sich, so fuhr Mr. Churchill fort, der Angriffe, die seiner harrten, wohl bewußt, aber er sei von der im Interesse der europäischen Zivilisation liegenden Notwendigkeit überzeugt, daß die Frage des Rüstungswettbewerbs offen und frei nicht nur von den Diplomaten und Regierungen, sondern auch von den Parlamenten und Völkern erörtert werden müsse, damit sie ihrer notwendigen Lösung baldigst zugeführt werde.

Eine eingehende Untersuchung des Vorschlages Mr. Winston Churchills ergibt eine Reihe von Schwächen, die den Vorschlag nicht

nur unannehmbar, sondern für eine ernste Politik sogar indiskutabel machen. Vor allem ist eine Trennung der britischen Neubauten in solche, welche in der Nordsee gegen Deutschland Dienst tun sollen, und in solche für das Mittelmeer und die englischen Weltinteressen vollkommen unhaltbar. Das einmal gebaute Schiff kann überall verwendet werden; verändert selbst, nachdem es gebaut ist, häufig seine Bestimmung, wie das Beispiel des für den Pazifik bestimmten Schlachtkreuzers „New Zealand" gelehrt hat. Die erste Voraussetzung einer ernstlichen Diskussion wäre, daß England auch für seine Mittelmeerinteressen und für seine Weltinteressen eine bindende Formel aufstellte. Eine Aufgabe, die jeder englische Staatsmann pflichtgemäß ablehnen müßte. Ferner geht der englische Marineminister von der ganz verkehrten Anschauung aus, als ob beim Ausbau einer Flotte Deutschland nur nach den britischen Inseln starrte. Hat England Mittelmeerinteressen, so hat Deutschland Ostseeinteressen, die außerordentlich bedeutend sind. Ist doch die Küstenentwickelung in der Ostsee der in der Nordsee weit überlegen, und beträgt doch das russische Flottenbudget für 1913/1914 nach der Aufstellung der englischen Admiralität selbst über £ 1 000 000 mehr als das deutsche, das russische und französische zusammen annähernd doppelt so viel wie das deutsche. Ebenso müßten die deutschen Weltinteressen, die nicht annähernd so groß sind wie die englischen, aber doch immer bedeutend und in glücklichem Vorwärtsschreiten begriffen, gleichfalls bei dem deutschen Schiffbau in Erwägung gezogen werden.

Mr. Winston Churchill macht das Gelingen des ganzen Planes vom Zustandekommen einer internationalen Konvention abhängig, wonach alle Seestaaten für ein Jahr den Bau von Dreadnoughts einstellen sollten. Vom praktisch diplomatischen Standpunkt aus kann man ruhig sagen, daß das Zustandekommen eines solchen Abkommens unmöglich ist, noch viel unmöglicher aber die Überwachung eines solchen etwa in Japan, Nordamerika usw. Für die deutsch-englischen Beziehungen kann von einem Eingehen auf derartige Ideen, die den Boden der Wirklichkeit so vollkommen verlassen haben, Ersprießliches sich nicht ergeben. So wenig erfreulich das Wiederauftauchen dieses unglücklichen Gedankens ist, so muß andererseits auch die schwierige Stellung nicht ganz aus dem Auge verloren werden, in der sich ein liberaler Marineminister seiner eigenen Majorität gegenüber befindet. Mr. M'Kenna ist seinerzeit durch die Angst vor seinen eigenen Radikalen und Anhängern unbedingter Sparsamkeit zu einer Politik gebracht worden, die ebenso gewissenlos als gefährlich war und in der Panik des Jahres 1909 endigte. Aus der ganzen Rede Winston Churchills in Manchester, das als die Hochburg des Altliberalismus betrachtet werden kann, geht klar hervor, wie sehr er das Bedürfnis empfand — sei es auch nur durch eine luftige Fata Morgana —, seinen Zuhörern die Möglichkeit vorzugaukeln, es könne einmal ein

Millennium kommen, in dem die Rüstungsausgaben durch internationale Vereinbarung fast ganz verschwänden. Im übrigen hat der Minister in seinem Eifer, das hohe Marinebudget seinen radikalen Anhängern mundgerecht zu machen, zu viel bewiesen. Er wies nach, daß im Verhältnis zum Gesamtstaatshaushalt auch im gegenwärtigen Etat die Rüstungsausgaben fast genau dieselben Proportionen zu den Gesamtausgaben darstellten wie in den klassischen Budgets Mr. Gladstones. Und damit hat er eigentlich die ganze These von den dauernd steigenden Rüstungsausgaben selbst über den Haufen geworfen. Die Lasten sind absolut, aber nicht relativ gestiegen, und der Druck ist trotz des vermehrten Geschreis nicht größer, als er zu Zeiten Mr. Gladstones war.

Wieweit Mr. Winston Churchill selbst an die Ausführbarkeit dieses Gedankens glaubt, möchte ich nicht entscheiden. Er ist zwar ein sehr scharfsinniger Mann, aber anderenteils sehr sprunghaft und in seine eigenen Ideen verliebt. Auf alle Fälle ist es für die deutsch-englischen Beziehungen nützlicher, wenn man annimmt, der Vorschlag sei bona fide gemacht worden, und ihn auch in der Presse und bei einer eventuellen Rückäußerung als gut gemeinten, wenn auch utopistischen Vorschlag behandelt, als wenn Mr. Churchill, der immerhin ein einflußreicher Faktor im englischen Leben ist, persönlich angegriffen und die Redlichkeit seiner Absichten bezweifelt wird. Von englischen Politikern, die ich in der kurzen Zeit seit Verbreitung der Rede gesprochen habe, glaubt nicht einer einen Augenblick, daß Deutschland das angebliche Angebot annehmen könne. Die Spekulationen drehen sich nur um die mehr oder weniger freundliche Form einer Ablehnung. Eine flüchtige Durchsicht der unionistischen Preßäußerungen über den Vorschlag würde vollkommen genügen, um Deutschland eine überwältigende Zahl von Argumenten für die Ablehnung zu geben. Die billige Popularität, welche die Annahme eines solchen Vorschlages zur Folge haben könnte, hat sicher für die deutsche Politik keine Lockungen; ebenso wenig wie eine gewisse Eintagspopularität schrecken kann, die aus einer freundlichen, eingehend begründeten, aber klaren Ablehnung sich ergeben könnte. Der Versuch Sir Henry Campbell Bannermans, im Dienste liberaler Parteiideen die englischen Flottenrüstungen herabzusetzen, hat mit dazu beigetragen, die Panik von 1909 herbeizuführen und die Marineausgaben in England sprunghaft emporschnellen zu lassen. Ein zeitweiser Erfolg der Idee Mr. Winston Churchills müßte dasselbe Endergebnis haben. Jeder aufrichtige Freund guter deutsch-englischer Beziehungen muß den Wunsch haben, daß die Diskussion beiderseitiger Flottenstärke die Öffentlichkeit so wenig als möglich beschäftige. Das beste Mittel hierzu scheint, klar zu sagen, daß derartige gutgemeinte, aber unausführbare Vorschläge von deutscher Seite keine Ermutigung finden können. Ich glaube nicht, daß die

Rede des Marineministers die Tendenz nach stetiger Besserung der beiderseitigen Beziehungen beeinträchtigen wird; besonders da in der Presse bisher ein vernünftiger und sachlicher Ton eingehalten worden ist. Nur die „Daily Mail“ fühlt sich bemüßigt, aus der erwarteten Ablehnung Kapital gegen Deutschland zu schlagen.

Die Rede des Marineministers hat augenblicklich das allgemeine Interesse wieder einmal auf das Rüstungsproblem gelenkt, so daß demgegenüber selbst die brennenden Fragen der inneren Politik für den Moment zurücktreten. Fast sämtliche Blätter widmen den Churchillschen Vorschlägen kritische Leitartikel. Die liberale Presse steht dem Gedanken einer internationalen Rüstungsbeschränkung auf vertraglicher Grundlage grundsätzlich sympathisch gegenüber und billigt deshalb im allgemeinen die Vorschläge des Ministers, ist aber bezüglich des Erfolgs durchweg skeptisch.

Die der Regierung nahestehende „Westminster Gazette“ bestärkt Mr. Churchill auf dem eingeschlagenen Wege, weist aber auf die Schwierigkeiten hin, die Deutschland zu überwinden haben würde, um auf den Vorschlag einzugehen. Zeit und Geduld, so meint das Blatt, werde für die Erreichung eines so weit gesteckten Ziels nötig sein. Vor allem aber müsse man sich in England davor hüten, einer etwaigen Ablehnung feindselige Beweggründe unterzulegen.

Die radikale „Daily News and Leader“ hält die Durchführung des Churchillschen Gedankens für schwierig, jedoch nicht aussichtslos, verurteilt aber den Ausschluß der kanadischen Schiffe und der etwaigen Neubauten im Mittelmeer aus dem „holiday year“ als unfair gegenüber den anderen Mächten.

Der gleichfalls radikale und ebenso grundsätzlich auf Einschränkung der Rüstungsausgaben hinwirkende „Manchester Guardian“ bezeichnet Mr. Churchills Anregung als im guten Glauben gemacht, aber nicht leicht erfüllbar. Es sei zu hoffen, so meint das Blatt, daß Deutschland einen Versuch des Entgegenkommens machen und, wenn auch nicht zustimmend, so doch nicht mit einer glatten Ablehnung, sondern mit einer neuen Anregung antworten werde.

Die unionistischen Zeitungen verhalten sich kühl, zum Teil scharf ablehnend. Die immer mehr sich zum unionistischen Organ entwickelnde „Times“ meint, die Auslassungen des Marineministers verdienten noch mehr Beachtung, wenn man nicht den Verdacht haben müsse, daß sie mehr an seine radikalen Wähler als nach Berlin gerichtet seien. Im übrigen müsse man fürchten, daß der Vorschlag undurchführbar sei, da die Stärke zur See sich nicht nur nach Schlachtschiffen berechnen lasse, und zu viele widerstreitenden Interessen der verschiedenen Mächte bei einem Versuch seiner Durchführung in Betracht kämen.

Der stets für den Ausbau der englischen Flotte eintretende „Daily Telegraph“ greift den Minister nicht an, hält aber seine Ideen für

kaum durchführbar. Die Hauptsache sei, keinen Zweifel darüber walten zu lassen, daß England die Last der Rüstungen am leichtesten trage und entschlossen sei, bei einem Fehlschlagen des neuen Versuchs einer Einschränkung seiner Vormachtstellung zur See unbeirrt zu erhalten und weiter auszubauen.

Die „Daily Mail“ glaubt, daß bei der Besserung der deutsch-englischen Beziehungen der freimütige Vorschlag Mr. Churchills keine nachteiligen Folgen haben könne, und erklärt, daß ein günstiges Ergebnis, soweit Deutschland in Betracht komme, eine angenehme Überraschung bedeuten würde. Die Aussichten hierfür seien freilich nicht sehr verheißend. Ganz absprechend äußern sich „Daily Graphic“ und „Daily Express“.

Das erstgenannte Blatt bezeichnet Mr. Churchills Anregung als der britischen Staatskunst unwürdig, im Ergebnis verhängnisvoll und in der Form taktlos. Der Minister hätte, so meint das Blatt, zum mindesten Sir Edward Grey die fraglichen Vorschläge in Berlin vorbringen lassen sollen. Wenn er dies nicht getan habe, so liege der Grund wohl darin, daß er weniger Wert auf das „Feierjahr“ lege, als darauf, seinen radikalen Kritikern zu beweisen, daß ihre Klagen über die Kostspieligkeit seiner Amtsführung unbegründet seien.

Das Revolverblatt „Daily Express“ erklärt den Schritt des Marineministers für eine Demütigung gegenüber Deutschland und ein Eingeständnis der Schwäche, das von Deutschland wohl mit einer neuen Flottenvermehrung beantwortet werden würde. Parteiinteressen hätten den Minister zu diesem sinnlosen, undurchführbaren Vorschlag veranlaßt, der nur geeignet sei, ihn selbst, das Kabinett und das Land lächerlich zu machen.

R. v. Kühlmann

Nr. 15 581

*Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 581 London, den 21. Oktober 1913

Jedem aufmerksamen Beobachter der englischen Politik mußte es auffallen, daß Mr. Winston Churchill den Gedanken des Weltfeiertages für Schiffsbauten wieder aufgriff und dadurch die Diskussion über Flottenfragen, die aus der Öffentlichkeit gänzlich verschwunden war, aufs neue belebte. Daß dies der einzig praktische Erfolg seiner Rede sein würde, konnte einem so klugen Kopfe wie Mr. Winston Churchill nicht entgehen. Heute wird mir von gutunter-

richteter Seite eine Erklärung hierfür gegeben, die einen hohen Grad innerer Wahrscheinlichkeit besitzt.

Die Kosten der einzelnen Kampfschifftypen sind in raschem Fortschreiten begriffen. Mit der Größe und Kompliziertheit der Einrichtungen steigt der Bedarf an technisch gebildeten, teuren Arbeitskräften, und der Marineminister hatte vollkommen recht, wenn er in seiner Rede in Manchester darauf hinwies, daß ohne jede bedeutende Steigerung des von ihm niedergelegten Programms die Marineausgaben in den nächsten Jahren die Summe von 50 Millionen Pfund sehr erheblich überschreiten würden. Führt die liberale Partei ihr Programm sozialer Reformen einigermaßen durch, so werden hierfür weitere große Summen flüssig gemacht werden müssen. Und wenn auch jetzt in Jahren beispiellosen wirtschaftlichen Gedeihens die Last vom englischen Volke verhältnismäßig leicht getragen worden ist, so besteht andererseits kein Zweifel, daß die bestehenden Steuerquellen reichlich angespannt sind, und daß es schwer fallen würde, ohne weitverbreitete Unzufriedenheit zu erregen, erhebliche Mittel für Rüstungszwecke flüssig zu machen. Die Erkenntnis, daß die britischen Inseln allein auf die Dauer nicht in der Lage sein werden, die Lasten der Verteidigung des englischen Weltreiches zu tragen, hat bei den englischen Staatsmännern mehr und mehr Wurzel geschlagen. Die Bemühungen, die sich selbst regierenden Kolonien zu den Kosten der Landesverteidigung heranzuziehen, sind wiederholt berichtlich ausführlich dargelegt worden. Sie haben bei Australien zur Schaffung einer Flotte geführt, die in australischen Gewässern stationiert ist; bei Neu-Seeland zur Erwerbung eines Schlachtschiffes, das der englischen Heimatsflotte zur Verfügung gestellt ist. In Kanada tobt noch der Streit der Parteien darüber, ob eine kanadische, in den pazifischen und atlantischen Küstengewässern stationierte Flotte gebaut oder die Flotte des Mutterlandes mit Einheiten unterstützt werden soll. Südafrika, dessen Finanzen nicht zum allerbesten stehen, hat sich bisher auf die Leistung eines mäßigen Geldbeitrages zur Mutterflotte beschränkt. Mr. Winston Churchill hält es für eine der wichtigsten Reichsaufgaben, die Kolonien zu dauernden, ausgiebigen Leistungen für die Flotte des Mutterlandes zu veranlassen und gegebenenfalls auch Indien zu den Kosten der Reichsverteidigung zur See heranzuziehen. Nun ist es klar, daß die an europäischen Händeln uninteressierten Kolonisten nur dann zu einigermaßen bedeutenden Leistungen gebracht werden können, wenn sie an eine „emergency", eine starke und unmittelbare Bedrohung des Imperiums glauben. Daß Sir Wilfried Laurier in einer Wahlversammlung seinem Gegner Borden das Argument entgegenschleudern konnte, die dringende Notlage, die er als den Hauptgrund für eine Beteiligung Kanadas an den Kosten der englischen Flotte anführe, existiere überhaupt nicht, ist hier stark bemerkt worden. Und es ist in der Tat

bei der relativen Bescheidenheit der deutschen Neubauziffern und den sich stetig bessernden politischen Verhältnissen zwischen beiden Ländern, die auch in der Presse Ausdruck findet, selbst für einen Winston Churchill eine schwere Aufgabe, gleichzeitig in den Kolonien die Fiktion vom schwer bedrohten englischen Weltreich zu erhalten. Doppelt schwer wäre dies, wenn die Diskussion über die relativen Flottenstärken der Hauptmächte gänzlich einschliefe. Daher ist es wahrscheinlich, daß der Marineminister von Zeit zu Zeit sich mit Äußerungen in der Öffentlichkeit vernehmen läßt, die zugleich seinen radikalen Freunden schmeicheln und andererseits dazu verwendet werden können, in den Kolonien die Legende von dem durch Rüstungslast erdrückten Mutterlande am Leben zu erhalten. Mit der deutschen Gefahr kann augenblicklich aus den oben angeführten Gründen und auch deshalb nicht gearbeitet werden, weil die Mehrheit des Kabinetts ernstlich eine Besserung der Beziehungen zu Deutschland wünscht. So muß eben als pis aller das angeblich von österreichischen und italienischen Flottenbauten bedrohte Mittelmeer herhalten. Rußland bzw. eine russisch-asiatische Kombination würde ja, soweit die Kolonien in Betracht kommen, einen idealen Popanz abgeben. Dazu sind aber einstweilen noch die offiziellen Beziehungen zwischen London und Petersburg zu gut. Man sieht, daß die Mr. Winston Churchill gestellte Aufgabe keine leichte ist, und daß er mit allen Mitteln arbeiten muß, selbst wenn sie so wenig glücklich sind wie der Vorschlag des Weltfeiertages für Schlachtschiffbauten.

R. v. Kühlmann

## Nr. 15 582

### *Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 585 London, den 22. Oktober 1913

Bei dem gestrigen Nelsonbankett der Navy League hat sich Lord Selborne, der im letzten unionistischen Ministerium den Posten des First Lord of the Admiralty bekleidete, zu Mr. Winston Churchills Feierjahrvorschlag geäußert.

Er glaube nicht, so führte der Redner aus, daß eine Wahlrede ein geeigneter Weg sei, in Meinungsaustausch mit fremden Mächten zu treten. Solche Schritte seien wohl dem Foreign Office zu überlassen, das seine Eignung zur Führung von Verhandlungen schlagend nachgewiesen habe [1] *. Was den Inhalt des Vorschlages anlange, so

* Es ist festzustellen, daß das Foreign Office niemals an das deutsche Auswärtige Amt mit einem Vorschlage in der Richtung des naval holiday heran-

könne man nicht oft genug betonen, daß England der Frage einer Rüstungsbeschränkung nicht auf derselben Grundlage nähertreten könne wie seine Freunde im Auslande[2]. Für diese alle sei ja die Wehrmacht zur See von größter Wichtigkeit, für keine Macht besitze sie aber die grundlegende Bedeutung wie für das britische Reich.

Der Redner wandte sich dann gegen die Ansicht, daß England in Friedenszeiten das Mittelmeer von Schiffen entblößen könne. Das

---

getreten ist. Das wird auch von Fürst Lichnowsky in seiner bekannten Denkschrift (Meine Londoner Mission 1912—1914, S. 20) bestätigt: „Amtlich von Sir Ed. Grey wurde der Vorschlag nicht unterstützt, mir hat er nie davon gesprochen." Nur ein einziges Mal hat Sir E. Grey in einer in Manchester am 3. Februar 1914 gehaltenen Rede (vgl. Nr. 15 589, S. 75 f., Fußnote) erklärt, daß er die Vorschläge, die einzelne Minister (individual ministers) für sich bezüglich der Begrenzung der Rüstungen vorgebracht hätten, sich zu eigen mache, einen und den anderen davon auch an andere Länder weitergegeben habe. Aber gerade gegenüber Deutschland ist Sir E. Grey mit einem eigenen Vorschlag nie und am wenigsten offiziell hervorgetreten. Mit Unrecht stellt es Lord Grey jetzt in seinen Memoiren (Twenty-Five Years 1892—1916 I, 301, II, 272) so hin, als ob von England in aller Form ein Vorschlag für einen naval holiday gemacht und von Deutschland ebenso formell abgelehnt worden sei. Es ist sehr charakteristisch, wie Lord Grey den angeblichen formellen Vorschlag für den naval holiday in seinen Memoiren begründet: „Our proposal for a naval holiday in shipbuilding before the war was purely and simply common sense. It was not inspired at all by apprehension that we might drop behind in the naval competition; on the contrary, it was based on the assumption that we must keep our standard margin over the German Fleet and on the knowledge that we would and could do so. This naval superiority had been life or death to us ever since we became dependent on world trade; we must either keep it or die. Germany had become the most powerful nation in Europe, and could remain so without naval superiority over us. She had the right to build a big Navy, if she desired, but she had not the same incentive as we had. It would not be we who would first give up in the competition; our financial position was strong, and if the competition were pushed to extremes it would not be our finance that would crack first. The naval competition was, therefore, one in which Germany could not win. Who is not, therefore, sensible that she should agree to a naval holiday in shipbuilding and lessen the burden on us both of an expenditure from which, in the long run, she could gain nothing?" An anderer Stelle bemerkt Lord Grey sogar, daß man eigentlich mit dem naval holiday Deutschland einen Vorteil eingeräumt haben würde: „To have accepted the naval holiday would have allayed anxiety and would have made us less likely to make preparations for war, while it would not have slackened or affected her — Germany's — own as far as 1914 was concerned" (I, 301). Wenn aber der Vorschlag wirklich „purely and simply common sense" war, und wenn sich hinter ihm nicht der Gedanke verbarg, durch das Vorziehen der eigenen Schiffsbauten und unter der Zuhilfenahme der kanadischen Schiffsbauten den naval holiday zu einem Vorsprung vor dem deutschen Wettbewerber auszunutzen, warum ist dann die englische Regierung nicht direkt an die deutsche mit klaren und bestimmten, jede Überrumpelung ausschließenden Vorschlägen herangetreten? Den in einer Wahlrede beiläufig vorgebrachten, aber keineswegs der deutschen Regierung unterbreiteten, dabei wenig substantiierten Gedanken des Flottenfeierjahrs hat Großadmiral von Tirpitz in der Sitzung der Budgetkommission vom 4. Februar 1914 (vgl. Nr. 15 589, Fußnote) mit Recht als einen „positiven Vorschlag" nicht anerkennen zu können erklärt.

Mittelländische Meer besitze heute noch viel größere Bedeutung wie zu Nelsons Zeiten. Es sei für England ebenso wichtig, im Mittelmeer seine Seemacht zu entfalten wie im Kanal oder in der Nordsee. Was auch immer die Stärke der englischen Flotte sei, die größte Gefahr würde dem Reiche von einer vollständigen Preisgabe des Mittelmeeres drohen.

Die maßvolle Sprache, deren sich der in der Opposition befindliche frühere Marineminister insbesondere auch bei seiner Erwähnung des Auslandes bediente, verdient Beachtung.

R. v. Kühlmann

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Siehe Haldane's Sendung!!!
[2] natürlich nicht

## Nr. 15 583

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 363 Paris, den 22. Oktober 1913

Der an Deutschland gerichtete Vorschlag Winston Churchills, im Flottenbau ein Jahr zu „feiern", hat hier nur wenig Beachtung gefunden.

Die Presse beschränkt sich im allgemeinen darauf, die Meldungen ihrer Berliner und Londoner Berichterstatter wiederzugeben. Nur wenige Blätter bringen eigene Kommentare. In diesen wird übereinstimmend die Ansicht vertreten, daß Winston Churchills Vorschlag, der als für Deutschland ungünstig bezeichnet wird, das Los aller früheren auf eine Einschränkung der Rüstungen hinzielenden Anregungen teilen werde *.

---

* Das war tatsächlich der Fall. Beim Reichskanzler von Bethmann Hollweg bestand zunächst die Absicht, im Rahmen einer Reichstagsrede auf den neuen Vorschlag Churchills, der nach der Auffassung der deutschen Staatsmänner noch kein konkretes und klares Angebot vorstellte, kurz zu erwidern. Bei den Akten liegt der Entwurf einer Erklärung, die zwischen dem 22. und 28. November entstanden ist und anscheinend nur deswegen nicht abgegeben worden ist, weil seit dem 28. November die Zabernaffäre das Interesse des Reichstags völlig absorbierte. Die Erklärung hatte folgenden Wortlaut: „. . . Der britische Marineminister Mr. Churchill ist neuerdings wiederholt auf den Gedanken eines Feierjahres in den Seerüstungen zurückgekommen. Ich bin von dem redlichen Willen, der den englischen Staatsmann hierbei leitet, durchaus überzeugt. Aber ich kann auch heute nicht über das hinausgehen, was ich am 7. April in diesem Hause gesagt habe. Die Marinesachverständigen auf beiden Seiten der Nordsee

Es kann übrigens nicht geleugnet werden, daß eine Zurückweisung des Vorschlages durch Deutschland hier mit Freude begrüßt würde, nicht nur weil jede Besserung der deutsch-englischen Beziehungen mit scheelem Auge betrachtet wird, sondern vor allem, weil hier die Befürchtung besteht, daß Deutschland die durch den Bauaufschub von zwei Linienschiffen erzielten bedeutenden Ersparnisse zur Stärkung seiner Landmacht verwenden könnte *.

Für den Fall, daß gegen alle Erwartungen eine deutsch-englische Verständigung über den Aufschub der Linienschiffsneubauten erfolgen sollte, glaubt „Figaro" jetzt schon gegen einen Anschluß Frankreichs an das fragliche Abkommen Verwahrung einlegen zu sollen:

„Chaque année, nous devons mettre en chantier un nombre de bâtiments de combat déterminé pour qu'en 1918 nous ayons enfin les 28 cuirassés qui sont le minimum de ce que nous devons avoir. Et l'on voudrait retarder d'un an la réalisation de ce programme!

Cela est impossible[1]. Cela ne se fera pas."

v. Schoen

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Pour nous aussi

---

sind sich über ein sicheres Mittel, die der Einführung eines Feierjahres entgegenstehenden Schwierigkeiten zu überwinden, noch nicht im klaren, und von einer willigen Aufnahme dieses Gedankens im Parlament und bei der öffentlichen Meinung Großbritanniens ist noch nichts zu bemerken. Wir dürfen also, unter Anerkennung der guten Absichten Mr. Churchills, nach wie vor abwarten, ob konkrete Vorschläge für eine allgemein wirksame Kontingentierung der Kriegsschiffbauten an uns herantreten werden." Die Erklärung ging in ihrem weiteren Verlauf noch auf die deutsch-englischen Verhandlungen über den weltwirtschaftlichen und kolonialen Wettbewerb ein. Dieser Teil des Entwurfs wurde nachher in die Reichstagsrede des Reichskanzlers vom 9. Dezember aufgenommen; dagegen blieben die Ausführungen über den Rüstungsfeiertag unberücksichtigt. Erst in der Sitzung des Reichshaushaltsausschusses vom 4. Februar 1914 kam Staatssekretär von Tirpitz auf den Churchillschen Vorschlag wegen des Baufeierjahrs zu sprechen. Vgl. Nr. 15 589 nebst Fußnote *.

* Vgl. dazu die Äußerungen des französischen Botschafters in Berlin Jules Cambon zu seinem englischen Kollegen Sir E. Goschen, die der russische Botschafter Sverwejew am 13. Februar 1914 brieflich Sasonow meldet. „Mein französischer Kollege, dessen Ansicht Goschen hinsichtlich des ‚Freijahres' befragt hatte, erwiderte ihm, daß er diesen Gedanken in keinem Falle billigen könne, da alle Ersparnisse, die Deutschland infolge der Unterbrechung der Schiffsbauten machen würde, zur Verstärkung der Landarmee verwendet werden würden, und diese würde beim zukünftigen Zusammenstoße hauptsächlich gegen Frankreich gerichtet werden." v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 775.

Nr. 15 584

*Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 616 London, den 5. November 1913
Geheim

Die in neuerer Zeit hervorgetretenen Anzeichen gebesserter Beziehungen zwischen Deutschland und England scheinen in französischen Kreisen bedeutende Nervosität veranlaßt zu haben. Herr Pichon hat den ihm persönlich bekannten hiesigen Vertreter einer großen französischen Tageszeitung gebeten, unabhängig von der französischen Botschaft, mit welcher übrigens dieser Journalist die engsten Beziehungen unterhält, ihn mit einer Aufzeichnung über seine Eindrücke zu versehen und Vorschläge zu machen, wie einem weiteren Vordringen des deutschen Einflusses entgegengearbeitet werden könnte. Das Schriftstück, von dessen Inhalt ich durch Zufall Kenntnis bekommen habe, beschäftigt sich zunächst mit Mr. Churchills Vorschlag für einen Flottenfeiertag, führt aus, daß dieser Vorschlag nur bestimmt gewesen sei, englischen innerpolitischen Zwecken zu dienen, daß aber die Stationierung erheblicher deutscher Streitkräfte im Mittelmeer ebenso wie die Entsendung einer starken englischen Flotte in diese Gewässer auf eine erhebliche Abnahme der Spannung zwischen Deutschland und England hinwiese. Das Schriftstück empfiehlt Mr. Churchill, der voraussichtlich eine immer größere Rolle in der englischen Politik spielen werde, mit der größten Aufmerksamkeit zu behandeln, insbesondere den „homme de l'avenir" durch reichlich in der französischen Presse gespendeten Weihrauch in franzosenfreundlicher Stimmung zu erhalten.

Anschließend berichtet der Journalist über eine Unterredung, die er mit dem Premierminister gehabt hat, worin dieser ihn versicherte, die englische Regierung halte an ihrer bisherigen Politik fest, und es bestehe kein Grund, an der Aufrichtigkeit der englischen Sympathien für Frankreich zu zweifeln.

Auf die Preßgerüchte über deutsch-englische Kolonialabmachungen* übergehend, legt der Verfasser dar, daß ein alter Geheimvertrag vom Jahre 1898 bestehe. Er sei nicht in der Lage gewesen, irgendwelche Bestätigung der umlaufenden Gerüchte über wichtige, neue Abkommen zu erhalten und neige daher zu der Ansicht, daß der Preßlärm von deutscher Seite verursacht worden sei, um den Eindruck einer wachsenden deutsch-englischen Intimität zu erwecken.

---

* Vgl. dazu Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXIV.

Die französische Position England gegenüber werde dadurch geschwächt, daß die Berichterstattung der Presse aus London wegen mangelnder Einheitlichkeit der Gesichtspunkte und persönlicher Rivalitäten zwischen den bedeutenden Korrespondenten nicht in der Lage sei, Frankreich ein einheitliches Bild vom wirklichen Zustand der öffentlichen Angelegenheiten in England zu schaffen. Zwei Maßregeln werden vom Verfasser empfohlen: eine genaue Überwachung der englischen Presse, insbesondere der englischen Telegraphenbureaus, da der Verdacht gerechtfertigt erscheine, daß zum großen Teile durch sehr geschickte Manipulierung der englischen Presse und dieser Büros die deutschfreundliche Welle in der englischen öffentlichen Meinung verstärkt werde, und ferner die Schaffung einer neben der für politische Zwecke wenig brauchbaren „Agence Havas" zu begründenden Nachrichtenagentur, welche die deutschfreundlichen Manöver gewisser Kreise sorgfältig beleuchten und die französische öffentliche Meinung von den wahren Zuständen und Meinungen Englands unterrichten solle.

R. v. Kühlmann

Nr. 15 585

## *Bericht des Marineattachés in London Korvettenkapitäns von Müller*

Abschrift

Nr. 869 London, den 30. November 1913

Das Streben Herrn Churchills ist lediglich darauf gerichtet, die militärische Distanz zwischen England und Deutschland mit allen Mitteln zu vergrößern und die Grundidee des deutschen Flottengesetzes, das Risiko, auszuschalten.

Er benutzt daher mit äußerster Energie die Lücke 1912 bis 1917 im gesetzmäßigen deutschen Dreierprogramm, um über den von ihm selbst als Maßstab für das englische Bauprogramm gegebenen „Margin of superiority" von 60 Prozent hinauszugehen. Daß er dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen erreicht, zeigt nachstehende Tabelle:

| | Englisch | Deutsch | Überschuß per Prozent |
|---|---|---|---|
| 1905—6 | 4 | — | — |
| 1906—7 | 3 | 2 | 50 |
| 1907—8 | 3 | 3 | — |
| 1908—9 | 2 | 4 | Minus 100 |
| 1909—10 | 8 | 4 | 100 |
| 1910—11 | 5 | 4 | 25 |
| 1911—12 | 5 | 4 | 25 |

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1912—13 | 4 | 2 | 100 |
| 1913—14 | 5 + 1 | 3 | 100 |
| 1914—15 | 4 + ? | 2 | 100 |
| 1915—16 | 4 + ? | 2 | 100 |
| 1916—17 | 4 + ? | 3 | $33^1/_2$ |
| 1917—18 | 4 | 2 | 100 |

+ 1 („Malaya“); ohne „Australia“ und „New Zealand“ + ? kanadische Schiffe oder ihr Ersatz.

Einem stabilen deutschen *Dreiertempo* gegenüber *würde nur mit einem fast ununterbrochenen Fünfertempo* ein Überschuß von 60 Prozent erzielt werden.

England hat in den neun Jahren von 1905 (dem Beginn des Dreadnoughtbaus) bis zur Gegenwart 39 Dreadnoughts — mit den Kolonialschiffen „Australia“, „New Zealand“ und „Malaya“ 42 Dreadnoughts — bewilligt. Das ergibt ein durchschnittliches Bautempo von 4,4 Großkampfschiffen für England allein, von 4,7 Großkampfschiffen unter Einschluß der Kolonien.

Ob Geschenke wie die „Malaya“ sich wiederholen werden, ist zweifelhaft.

Die Flottenpolitik der selbstregierten englischen Kolonien läuft — wie früher berichtet — mehr und mehr auf die Schaffung *eigener* kleiner Marinen hinaus. Diese Entwicklung geht sehr langsam und außerhalb der europäischen Gewässer vor sich und kann beim Vergleich der europäischen Flottenmacht Englands mit der deutschen vorläufig unberücksichtigt bleiben. Daß Herr Churchill von den Kolonien eine direkte Unterstützung der heimischen englischen Flotte gegen Deutschland erwartet hat, zeigt sein Memorandum an Kanada und die Tatsache, daß er die bisher nicht bewilligten kanadischen Schiffe durch englische ersetzen will.

Man ist berechtigt, aus dem bisherigen Bautempo Englands zu schließen, daß 4,5 Großkampfschiffe pro Jahr das finanziell mögliche Maximum sind, das England *auf die Dauer im Durchschnitt* ohne Hilfe der Kolonien wird leisten können. Das durch die gesetzliche Zahl der Schiffe und ihre Lebensdauer im deutschen Flottengesetz gegebene normale *Dreier*tempo würde daher, wenn es erst existierte, die militärische Distanz Englands von Deutschland verringern und sie der Proportion 16:10 allmählich, wenn auch langsam, nähern. Jedenfalls würde es England die *Überschreitung* seines selbstgewählten Überschusses von 60 Prozent kaum möglich machen.

Dem sucht Herr Churchill vorzubeugen, einesteils, indem er seinen eigenen „margin of superiority“ überbietet, was er bis 1917 durchführen kann, andernteils, indem er versucht, Deutschland auf ein geringeres als das Dreiertempo durch Unterbrechung der nor-

malen Erfüllung des Gesetzes festzulegen, um dann auch nach 1917 die militärische Distanz weiter vergrößern zu können.

Gelingt ihm das letztere wie bisher, auch in Zukunft nicht, so hat er noch die Möglichkeit, eine Deplacementverminderung der „capitalships" zu propagieren, eine Möglichkeit, die er veranlaßt durch die Doktrin der Custanceschule und ihre öffentliche Erörterung bereits ins Auge gefaßt hat. Billigere Schiffe würden ihn in die Lage setzen, die erstrebte größere Zahlenüberlegenheit über den Standard des deutschen Flottengesetzes zu erreichen und eine rein unionistische Flottenpolitik durchzuführen, von der er im Geiste nicht mehr und in der Praxis nur so weit entfernt ist, als dies das ihm zugestandene Budget vorschreibt.

Es ist beachtenswert, daß die Verteuerung des Linienschiffs und Panzerkreuzers durch Einführung und Steigerung des Dreadnoughttyps von der Custanceschule — mit Recht — als die Hauptursache des Sinkens der früheren englischen Flottenüberlegenheit betrachtet wird, und daß hauptsächlich deshalb — nicht lediglich auf Grund von kriegstechnischen Überlegungen und Lehren — die Rückkehr zu einem billigeren „capital ship" gepredigt wird. Billigere Schiffe, von denen England bei seinen von Jahr zu Jahr fixierten Bauprogrammen eine entsprechend größere Anzahl bauen könnte, würden für Deutschland, das durch sein Flottengesetz an eine bestimmte Schiffszahl gebunden ist, eine nachteilige Verschiebung des Stärkeverhältnisses zur Folge haben. Artikel wie der anliegende* haben daher mit ihrer unsachlichen Erklärung der ganzen Idee einen flottenpolitischen Hintergrund.

Entwickelt sich der Typus der „capitalships", wie man nach den Neubauprojekten aller Marinen, selbst der kleinsten, annehmen muß, folgerichtig weiter und wächst durch die Führung, die England dabei stets übernimmt, „automatisch" das englische Marinebudget über die gewaltige Ziffer hinaus, die es jetzt bereits aufweist, so werden nicht nur die Grenzen der Rüstungsmittel einer liberalen Regierung, sondern allmählich überhaupt die Grenzen erreicht, in denen eine gesunde Finanzierung der Rüstungsausgaben (ohne Anleihe) neben den sonstigen Ausgaben des Staates und ohne unerträgliche Steuererhöhung möglich ist.

Das Programm der Opposition, dessen Hauptpunkte in dem anliegenden Manifest der Navy League unter den Absätzen I und (a) zum Ausdruck kommt, ist daher auf die Dauer undurchführbar. Es verlangt den two keels to one Standard zur nächststärksten Seemacht (Deutschland) und von 1914 bis 1918 — zur Ausnützung der Lücke im deutschen Flottengesetz — die alljährliche Stapellegung von sechs Großkampfschiffen. Lord Selbourne vertrat in seiner Trafalgarrede denselben Standpunkt.

* Der Artikel befindet sich nicht bei den Akten.

Zeigen die vorstehenden Überlegungen auf der einen Seite, welches Streben die Marinepolitik Großbritanniens — unter Herrn Churchills „liberaler" ebensogut wie unter einer später vielleicht konservativen Leitung — beseelt, ein Streben, das durch Resolutionen der Rüstungsgegner, Holiday- und andere Vorschläge um nichts geschmälert wird, so sollen sie auf der anderen Seite versuchen, die Grenzen zu finden, die diesem Streben gesetzt sind.

Soweit diese Grenzen sich aus der bisherigen Bau- und Indiensthaltungspolitik der englischen Regierungen und Admiralitäten seit Beginn der Dreadnoughtära erkennen lassen, scheinen sie mir die Durchführung des vorerwähnten konservativen Programms auszuschließen, sicherlich auf die Dauer. Auch ein dauerndes Fünfertempo dürfte zu hoch, wenn auch nicht ausgeschlossen sein. Einschließlich „Malaya" und einem in den kommenden Estimates zu erwartenden „Ersatzschiff' für einen Kanadier, hat Mr. Churchill von 1910 bis 1914 — also fünf Jahre lang — im Durchschnitt bereits ein Fünfertempo durchgeführt. Muß er auch die beiden anderen kanadischen Schiffe „ersetzen", so kommt für eine Periode von sieben Jahren ein durchschnittliches Fünfertempo heraus. Mit der Möglichkeit dieses Bautempos muß also gerechnet werden.

Dem steht Deutschland von 1912 bis zum Jahre 1917 mit einem 2,3-Tempo gegenüber, danach mit dem normalen Dreiertempo.

Das gegenwärtige Bautempo ist, wie vorstehende Tatsachen ergeben, ungenügend, um dem Geist des Flottengesetzes, dem Risikogedanken, gerecht zu werden, und mag „Excubitor" zu seinem Triumph berechtigen. Das Dreiertempo wird den Risikogedanken langsam erfüllen, wenn seine — im wahren Sinne des Wortes „automatische" — Wirkung ununterbrochen und ungeschmälert bleibt unter Aufrechterhaltung des Typus des „capital ship", wie er sich seit Beginn der Dreadnoughtära schiffbautechnisch und waffentechnisch entwickelt hat.

Allein kann England den Typus des „capital ship" nicht ändern, ebenso wie es allein den Panzerkreuzer nicht aufgeben kann, ohne dafür einen Ersatz zu schaffen. Ob man nun unterscheidet zwischen Linienschiffen und Linienschiffskreuzern wie Deutschland, oder Linienschiffen und schnellen Linienschiffen wie England, kommt schließlich auf dasselbe hinaus und deutet nur verschiedene Verwendungsabsichten an, ebenso wie Zerstörer (englisch) und großes Torpedoboot (deutsch).

England will seine neuen „schnellen Linienschiffe" hauptsächlich taktisch als „fast wing", Deutschland seine Panzerkreuzer außerdem auch strategisch in der Aufklärung verwenden*. Welchen durch andere

* Welchen Zweck Churchill mit dem Bau der „schnellen Division" verfolgte, hat er mit drastischer Deutlichkeit in seinem Erinnerungsbuche „The World Crisis"

Typen — ausgenommen vielleicht das Luftschiff — nicht zu ersetzenden Wert der Panzerkreuzer gerade in der strategischen Aufklärung hat, haben die letzten englischen Manöver deutlich gezeigt.

Eine Änderung der Indiensthaltungsstärke der englischen Flotte, wie sie durch die Flotteneinteilung und Dislokation von 1911 festgelegt ist, dürfte vorläufig nicht zu erwarten sein. Die älteren „Dreadnoughts“ werden mit dem Fertigwerden der neuen Schiffe aus dem I. in das IV. Geschwader verschoben werden, das dann auf Gibraltar basiert werden soll. Organisatorisch bleibt also das bisherige Verhältnis bestehen.

Die vorstehenden Überlegungen zeigen, daß das Flottengesetz auf Grund seiner weitsichtigen Berechnung seinem Grundgedanken gerecht wird, trotz aller Anstrengungen Englands, seine Wirkung zu vermindern. England kann diese Wirkung nur verzögern, wozu ihm die Unterbrechung des normalen Dreiertempos von 1912 bis 1917 die Möglichkeit gibt. Auch die Richtigkeit des unbekümmerten Festhaltens am Flottengesetz, der deutschen Flottenpolitik, müssen als erwiesen anerkannt werden.

(gez.) Erich v. Müller

Nr. 15 586

## *Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 697 London, den 11. Dezember 1913

Die am Nachmittage erscheinende „Pall Mall Gazette“ begrüßt in ihrem gestrigen Leitartikel mit Worten lebhafter Genugtuung die in Euerer Exzellenz Rede* zum Ausdruck gebrachte Besserung der deutsch-englischen Beziehungen.

Deutsch-englische Abmachungen hätten aber, so meint das Blatt, nicht zu einer Annäherung der beiden Länder führen können, solange England sich in seiner Vorherrschaft zur See durch den deutschen Flottenausbau bedroht glaubte.

Solange Englands Suprematie zur See gesichert sei[1], würden die deutsch-englischen Beziehungen gut sein. In Wahrheit habe das

---

(p. 128 ff.) gesagt: „in order to ensure this Division being able to manoeuvre around the German Fleet as it would be in the years 1914 and 1915.“

* Am 9. Dezember hatte Reichskanzler von Bethmann Hollweg in einer Reichstagsrede die auswärtige Lage ausführlich behandelt. Mit besonderer Wärme gedachte er dabei, unter genaueren Mitteilungen über die schwebenden Verhandlungen bezüglich des weltwirtschaftiichen und kolonialpolitischen Ausgleichs (vgl. dazu Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXIV), der „in so erfreulicher Weise fortschreitenden Besserung unseres Verhältnisses zu England“, von der er eine Wiederannäherung der beiden stammverwandten Völker erwartete.

britische Volk sich mit seiner eigenen Regierung und nicht mit den Deutschen gestritten, die voll berechtigt seien, den Gang ihrer Marinepolitik nach ihrem Belieben zu bestimmen.

Die deutsch-englischen Beziehungen würden sich weiter verbessern in dem Maße, wie die englische Marineleitung für den Ausbau der englischen Seemacht sorge[2]. Der einzige wahre Grund einer Freundschaft sei Sicherheit.

Der Artikel ist im Ausschnitt gehorsamst beigefügt*.

R. v. Kühlmann

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Die geht in die Binsen! mit solcher Einschränkung ist eine dauernde Besserung unvereinbar, und Utopie!

[2] Quatsch! Freundschaft auf Bedingung, daß einer eo ipso den Andren stets als den Stärkeren anerkennt, ist Blödsinn; das ist einfach Protectorat! und schließt eine Capitulation Deutschlands zur See, die ich nun und nimmer unterschreiben werde. Dann muß es eben ohne dem gehen.

## Nr. 15 587

### *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 722 London, den 18. Dezember 1913

Der Widerstand des radikalen Flügels der Regierungspartei gegen das Steigen der englischen Flottenausgaben beginnt der Regierung ernstliche Schwierigkeiten zu bereiten**.

---

* Hier nicht abgedruckt, da inhaltlich genügend charakterisiert.

** Eingehende Mitteilungen über die in der Tat sehr großen Schwierigkeiten, die im Schoße der englischen Regierung durch das Streben Churchills entstanden, den englischen Flottenstandard in voller Höhe zu erhalten und womöglich noch zu steigern, finden sich bei Churchill, The World Crisis, p. 172 ff. Um die Mitte Dezember schienen die Erörterungen im Kabinett, bei denen der auf eine Rüstungsbeschränkung drängende Schatzkanzler Lloyd George den hauptsächlichen Widersacher Churchills abgab, einer Krise zuzutreiben. Gerade am 18. Dezember richtete Churchill ein Schreiben an den Ministerpräsidenten Asquith, in dem er mit seinem Rücktritt drohte, falls das Kabinett eine Kürzung der Bauquote oder eine Zurückstellung des Baus der vier Schiffe für das Jahr 1914/15 beschließen sollte. Asquith wußte sich angesichts des Zwiespalts im Kabinett, bei dem Churchill zeitweise in der Minderheit war, nicht anders zu helfen, als indem er die Entscheidung bis nach den Weihnachtsferien vertagte. Im Januar 1914 begann der Kampf der Meinungen von neuem; Lloyd George setzte sogar eine Flucht in die Öffentlichkeit ins Werk (siehe das folgende Schriftstück); aber schließlich drang doch Churchill dank der Unterstützung Asquiths und wohl auch Sir E. Greys mit seinem Programm unter ganz geringen Abstrichen durch. Der Sieg Churchills blieb auch auf dem Festlande nicht verborgen; am 23. Januar brachte die „BZ am Mittag“ (Nr. 19) einen telegra-

Gestern suchten Vertreter einer bedeutenden Anzahl liberaler Abgeordneter den Premierminister auf, um ihm die in gewissen Kreisen der liberalen Partei herrschende Unzufriedenheit über die in Aussicht stehende Vermehrung des Flottenvoranschlags zum Ausdruck zu bringen.

Eine gestern abend veröffentlichte amtliche Erklärung über den Verlauf der Unterredung besagt, daß die Abordnung die Notwendigkeit einer Beschränkung der Flottenrüstungen betont und auf das wachsende Mißbehagen im Lande über das dauernde Steigen der Ausgaben hingewiesen habe. Mr. Asquith habe geantwortet, er verstehe die Besorgnisse der liberalen Abgeordneten durchaus, und die Angelegenheit werde von der Regierung dauernd ernstlich geprüft[1].

Es dürfte der Regierung nicht leicht werden, die radikalen Wünsche mit den Plänen Winston Churchills in Einklang zu bringen. Man darf jedenfalls damit rechnen, daß der sich immer mehr zum „enfant terrible“ in der Regierung auswachsende Marineminister, gestützt auf sein als First Lord of the Admiralty erworbenes An-

---

phischen Bericht aus London, der den Sieg des Ersten Lords der Admiralität über den Schatzkanzler wie folgt kommentierte: „Somit ist Churchill Sieger über den ‚Klein-Engländer‘ Lloyd George und dessen Anhang im Ministerium geblieben, und die befürchtete Kabinettskrisis ist nicht ausgebrochen. Churchill wird seine vier Dreadnoughts für 1914 bewilligt erhalten und vermutlich, dem Drängen der Flottenchauvinisten nachgebend, vom englischen Parlament die drei weiteren Dreadnoughts fordern, die der kanadische Senat abgelehnt hat. Diese Massenbauten von Großkampfschiffen sind um so bemerkenswerter, als das deutsche Flottengesetz für dieses Jahr nur zwei neue Schiffe vom Dreadnoughttyp vorsieht. Das ist ein Zuwachs der britischen Flotte gegenüber der deutschen, der den von Churchill selbst für richtig befundenen Stand 16:10 beinahe verdreifacht. Für Deutschland ist der Ausgang dieser Flottenstreitfrage sehr lehrreich. Er gibt denjenigen recht, die den Freundschaftsreden und Verständigungsvorschlägen Churchills gegenüber skeptisch geblieben sind. Man weiß jetzt in Deutschland, woran man ist. Lehrreich ist der Sieg Churchills auch als bedeutungsvolles Symptom des wachsenden Rüstungseifers in der liberalen, also der gegenwärtigen Regierungspartei Englands. In dieser Partei sind heute nur etwa 100 Mitglieder (die konservative Presse nennt sie spöttisch den ‚Selbstmörder-Klub‘) Anhänger der Bestrebungen Lloyd Georges, die Flottenrüstungen auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren, damit die Regierung endlich die dringendsten kulturellen und sozialen Aufgaben in Angriff nehmen könne. Aber selbst von diesen hundert liberalen Parlamentariern sind die meisten Theoretiker, auf die Lloyd George sich nicht verlassen kann. Eine sehr erhebliche Mehrheit im englischen Unterhause steht heute auf seiten der Rüstungsapostel.“ Zu dem Artikel liegen einige bemerkenswerte Randbemerkungen des Kaisers vor. Zu der Feststellung des „wachsenden Rüstungseifers in der liberalen, also der gegenwärtigen Regierungspartei“ sagte er: „Sie rechnen mit baldigem großen Kontinentalkrieg!“ Dann hieß es als Schlußbemerkung zu dem ganzen Artikel: „Damit dürften alle Träume und Hoffnungen auf eine Einschränkung der Rüstungen Englands uns zu liebe, die bei Idealisten in Deutschland sich vorfanden, endgültig begraben sein. Es wird weiter gerüstet, trotzdem 16:10 längst überschritten, sobald wir es acceptirt hatten.“

sehen, sich nicht so leichten Kaufes ergeben wird. Sein viel bemerkter intimer Verkehr mit Mr. Austen Chamberlain und seine entgegenkommende Haltung in der irischen Frage, die ihm in der liberalen Presse schon manche Rüge eingetragen hat, zeigen, daß Mr. Churchill nicht davor zurückschreckt, seine eigenen Wege zu gehen[2]. Es fehlt daher auch nicht an Stimmen, die sogar die Möglichkeit seiner Rückkehr in das unionistische Lager[3] in Erwägung ziehen und ihm eine große Zukunft daselbst voraussagen.

Lichnowsky

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Quatsch!
[2] die Ratte verläßt das sinkende Radikale Schiff!
[3] ja

## Nr. 15 588

### *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 2 London, den 2. Januar 1914
Ganz geheim

Mr. Lloyd George hat ganz unerwartet von seinem Weihnachtsaufenthalt in Wales aus die innerpolitische Feiertagsstimmung durch eine Kundgebung gestört, die gestern in Form eines Gesprächs mit einem Bekannten im „Daily Chronicle" an führender Stelle veröffentlicht worden ist.

Der Minister betonte die Notwendigkeit einer Erleichterung des ungeheuren Steuerdruckes und meinte, daß man nur durch eine Einschränkung der übertriebenen Rüstungsausgaben zu einer wirklich durchgreifenden Besserung gelangen könne. Kein Land habe aus der Vermehrung seiner Streitkräfte Nutzen gezogen, wohl aber hätten alle die Nachteile davon zu spüren bekommen.

Der gegenwärtige Augenblick sei für eine Verminderung der Rüstungsausgaben der günstigste, der sich seit 20 Jahren geboten habe.

Einmal seien die Beziehungen Englands zu Deutschland unendlich freundschaftlicher als seit Jahren. Beide Länder schienen endlich eingesehen zu haben, daß sie durch Zank nichts zu gewinnen und alles zu verlieren, hingegen durch eine Rückkehr zu dem alten, durch Jahrhunderte gepflegten Freundschaftsverhältnis nichts zu verlieren und alles zu gewinnen hätten. Der Zwischenfall von Agadir habe beiden Ländern die Gefahren, die aus einer künstlich geschaffenen Atmosphäre des Mißtrauens entstehen könnten, zu günstiger Zeit vor Augen geführt.

Die kontinentalen Mächte richteten ferner ihr Augenmerk mehr und mehr auf die Verstärkung ihrer Landmacht. Deutschland habe in den letzten zwei Jahren die bekannte Erfahrung machen müssen, daß ein Land sich nicht auf den Ausbau eines Zweiges seiner Wehrmacht werfen könne, ohne daß der andere darunter zu leiden hätte. Die Armee sei für Deutschland bei seiner Lage inmitten gleich stark gerüsteter Nebenbuhler eine Lebensfrage. Die Anforderungen, welche die militärische Kräfteverteilung zu Lande an Deutschland stelle, müßten jeden Gedanken an einen Wettbewerb um die Vormachtstellung zur See aus dem Hirn der deutschen Staatsmänner verdrängen [1]. Unter diesen Umständen könne England sich wohl damit begnügen, seine gegenwärtige Überlegenheit aufrecht zu erhalten, ohne fieberhafte Anstrengungen für eine weitere Vergrößerung derselben machen zu müssen.

Die Möglichkeit einer Störung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Frankreich erscheint dem Minister ausgeschlossen, und weit entfernt, eine Schwächung der „Entente" zu wünschen, tritt er für eine Kräftigung der die beiden Länder verknüpfenden Bande ein *.

Schließlich erscheint der gegenwärtige Augenblick zu einer Einschränkung der Rüstungsausgaben Herrn George deshalb geeignet, weil in allen christlichen Staaten, insbesondere in Westeuropa, gegen den Druck der militärischen Lasten ein wachsender Widerstand sich geltend mache.

Ergreife der Liberalismus nicht die sich bietende Gelegenheit, so werde er seinen vornehmsten Überlieferungen untreu werden.

Das unerwartete Hervortreten Lloyd Georges, dessen antimilitaristische Tendenzen seinen sonstigen demokratischen Auffassungen entsprechen, wird dazu beitragen, den innerhalb der Regierungsgefolgschaft über die Rüstungsfrage entstandenen Zwiespalt noch erheblich zu verschärfen. Es wird den vom Schatzkanzler geführten radikalen Flügel noch mehr in Gegensatz zu Mr. Winston Churchill und zu seinen Anhängern setzen. Das Kabinett hatte, wie ich streng vertraulich höre, die Entscheidung über die Höhe des Flottenvoran-

---

* Die Möglichkeit einer Störung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Frankreich schien sich schon durch das Vorgehen Lloyd Georges selbst zu ergeben, das in Frankreich große Erregung hervorrief. Vgl. den Brief des amerikanischen Botschafters in London W. H. Page an Oberst Edw. M. House vom 11. Januar: „Lloyd George gave out an interwiew, seeming to imply the necessity of reducing the navy programme. The French allies of the British went up in the air. They raised a great howl. Churchill went to see them, to soothe them. They would not be soothed. Now the Prime Minister is going to Paris — ostensibly to see his daughter off to the Riviera. Nobody believes that reason. They say he's going to smooth out the French." Burton J. Hendrick, The Life and Letters of Walter H. Page, I, 283 f., 298. Vgl. auch S. 101, Fußnote **.

schlages bis nach den Feiertagen vertagt. Daß die radikale Linke ohnehin entschlossen ist, der Flottenpolitik des Marineministers einen Riegel vorzuschieben, beweist ferner eine Zuschrift, die der Vorstand der „National Liberal Federation“, Sir John Brunner, gleichfalls gestern in mehreren Blättern hat erscheinen lassen. Der aus der Schweiz stammende bekannte Mitarbeiter an den deutsch-englischen Annäherungsbestrebungen fordert darin die liberalen Vereinigungen im ganzen Lande auf, noch vor Ende des Monats Erklärungen zugunsten einer Verminderung der englischen Rüstungsausgaben abzugeben, damit die Regierung noch vor Abschluß des Voranschlages für Heer und Flotte frische Beweise für die Wünsche ihrer Partei erhalte.

Die Kundgebung Lloyd Georges sowie die Zuschrift Sir John Brunners finden in der liberalen Presse freudigen Widerhall. Insbesondere wird in mehreren Blättern mit lebhafter Genugtuung auf die Wandlung im deutsch-englischen Verhältnis hingewiesen.

Der Ton der fraglichen Artikel macht es wahrscheinlich, daß die Regierung gezwungen sein wird, bei ihrer Flottenpolitik auf die Stimmung der radikalen Linken Rücksicht zu nehmen.

Lichnowsky

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] War niemals darin vorhanden!

## Nr. 15 589

### *Aide-mémoire*

Abschrift

Vom englischen Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen am 6. Februar 1914 überreicht

Sir Edward Goschen has received a telegram from Sir Edward Grey stating that the „Times“ report of the proceedings in the Budget Committee of the Reichstag on the 4th instant represents Admiral Tirpitz as saying that the idea of a holiday year could not be realised, but that positive proposals had not yet reached Germany and if they did they would certainly be examined with goodwill *.

---

* Nach dem offiziellen Bericht der Reichshaushaltskommission hatte Staatssekretär von Tirpitz in der Sitzung vom 4. Februar zunächst an seine Ausführungen vom 6. Februar 1913 (vgl. Nr. 15 563, Fußnote) erinnert, denen er weder etwas hinzuzusetzen noch etwas abzuziehen habe. Er war dann auf das von Churchill vorgeschlagene Stärkeverhältnis von 16 : 10 zurückgekommen, das er erneut mit der gleichen Maßgabe wie am 6. Februar 1913 akzeptierte, daß dieser Formel aus organisatorischen Gründen zweckmäßig die adäquate Formel von 8 : 5 Geschwadern substituiert werde. Freilich mußte der Staatssekretär bei der sich anschließenden Erörterung der Frage, wie weit beide Marinen die von ihnen angestrebte Organisation von fünf bzw. acht Geschwadern

Sir Edward Grey states that the sole reason why positive proposals from His Majesty's Government have not reached Germany is that His Majesty's Government had been given to understand by private intimations which reached them from high German sources that such proposals would be unwelcome and would have a bad effect on public opinion in Germany[1]. It was in consequence of these intimations that he spoke as he did at Manchester on the 3rd instant to deprecate pressure being brought to bear on His Majesty's Government in Great Britain to make proposals*.

---

durchgeführt hätten, ein Zurückbleiben Deutschlands hinter England konstatieren. „Deutschland braucht für seine fünf Geschwader 41 Linienschiffe, England für seine acht Geschwader 65 Linienschiffe. Nimmt man für das Schiff die Lebensdauer von 20 Jahren an, so ergibt sich für Deutschland ein jährlicher Ersatzbau von durchschnittlich zwei Linienschiffen. Ein Mehr ist von uns auch nicht beabsichtigt. England braucht für seine 65 Linienschiffe einen jährlichen Ersatzbau von drei Linienschiffen. Tatsächlich aber hat es in den letzten fünf Jahren gebaut: 24 Linienschiffe, also fünf Linienschiffe für das Jahr. 24 statt 15 Linienschiffe, das ist von dem Verhältnis 16: 10 noch recht weit entfernt." Aus dieser Feststellung zog der Staatssekretär den Schluß: „Wenn man bei diesen Verhältnissen wirklich zu einer Rüstungsverständigung zu kommen wünscht, so ist es nur natürlich, daß England als die weit überlegenste Seemacht der Welt die positiven Vorschläge zu machen haben würde. Ich bin nicht im Zweifel, daß solche positiven Vorschläge von uns auf das eingehendste geprüft werden würden."

War der Churchillsche Vorschlag eines naval holiday als ein solcher positiver Vorschlag zu werten? Dazu führte Großadmiral von Tirpitz folgendes in seiner Rede aus: „Es ist ja nun seit dem im vorigen Jahre Gesagten im letzten Herbst von meinem Herrn Kollegen in England gelegentlich einer Wahlrede erwähnt worden, man solle doch ein Baufeierjahr für die ganze Welt einführen. Ich habe dies wenigstens in den Zeitungen gelesen, weitere Kenntnis habe ich davon nicht erhalten. Das kann ich aber nicht als einen positiven Vorschlag anerkennen; ich glaube auch, wir würden einen etwaigen derartigen Vorschlag, das will ich doch gleich hinzufügen, sachlich für ungeeignet halten. Denn, entweder handelt es sich nur um die Verschiebung um ein Jahr, dann muß der Ausfall im nächsten Jahre nachgeholt werden. Dadurch kommen unsere Finanzen, die Arbeitsverhältnisse auf den Werften und auch unsere militärischen Verhältnisse — das regelmäßige Eintreten fertig werdender Schiffe in die Front — in Unordnung. Dazu kommen für uns noch andere Schwierigkeiten. Englands Werften sind überfüllt mit Neubauten, bei uns ist die Baubeschäftigung knapp. England hat außer für die eigene Marine auch für eine Reihe von auswärtigen Staaten zu bauen; wir haben das nicht. Wir würden also starke Arbeiterentlassungen haben, und die ganze Disposition unserer Werften würde gestört sein. Wollte man die Schiffe des betreffenden Feierjahres dauernd ausfallen lassen, so würden sie bei uns, weil wir nur Ersatzbauten vornehmen, an der gesetzmäßig festgelegten Organisation fehlen. Mir ist übrigens nicht bekannt geworden, daß seitens der russischen und französischen Regierung ein gewisses Einverständnis bekundet worden ist."

* In seiner am 3. Februar in Manchester gehaltenen Rede hatte Sir E. Grey nach dem Bericht der „Times" vom 4. zwar seinem Bedauern über die immer mehr anwachsenden Rüstungsausgaben Ausdruck gegeben, aber doch auf das bestimmteste erklärt, daß an eine Einschränkung der Rüstungen von englischer Seite nicht zu denken sei, so lange nicht die Gewißheit bestehe, daß die übrigen

Now, however, His Majesty's Government would be reminded, when Parliament reassembles, that, after Mr. Churchill first mentioned the idea of a naval holiday, the Imperial Chancellor had said that he would await proposals from His Majesty's Government, and the statement just made by Admiral Tirpitz would also be quoted.

In these circumstances Sir Edward Grey states that it is essential that His Majesty's Government should know, for use in Parliament, exactly what Admiral Tirpitz meant and how proposals for a naval holiday would be received[2]. His Majesty's Government, he says, desired not to make any proposal which would be unwelcome, but, as they were quite ready themselves to make proposals if they would be welcome, they were bound either to put such proposals forward or to furnish some explanation to Parliament as to the reason why they did not do so after the statement reported to have been made by Admiral Tirpitz.

Sir Edward Grey adds that it would be very desirable that a reply on this point should be received if possible by the 9th instant.

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. in Abschrift:
[1] Certainly
[2] not at all

---

Mächte diesem Beispiele folgen würden. Weiterhin hatte er auf die Mißlichkeit hingewiesen, die es habe, an andere Regierungen oder Völker mit einem Appell heranzutreten. Es hieß in dieser Beziehung in der Rede: „It is natural to ask what is to be done, and there, I am bound to say, at the present moment I can see very little to be done except to keep our own expenditure within the limits of national safety and our obligations to other parts of the Empire. It has been suggested we should make appeals to other countries to enter into mutual arrangements for the reduction of expenditure on armaments. We have in the course of the last few years made appeals — individual Ministers have made appeals, everyone of which I endorse, some of which, indeed, have been initiated by me and made by me to other countries. I endorse everything which has been said by my colleagues, but we must not get into the habit of thinking that, if the world does not do what it seems obvious to us it ought to do, it is our fault; that they are dying to do it, only they are so bashful as to be waiting for a proposal from us to do what seems to us so obvious. I think in foreign affairs we must modify the maxim of doing unto others as you would be done by. It is often misleading in dealing with foreign nations. It would be much better to alter that maxim and to put it this way. If you wish to please foreign nations and to get on well with them, do unto them as they would be done by. That is the real maxim which operates for good relations between foreign Powers. Do unto them as they would be done by. It is no good making to them appeals which they will not welcome and are not prepared to receive. We have to bear in mind that in a large part of the Continent of Europe, at any rate, in many great countries of Europe, they still regard their expenditure on armaments as an internal affair and resent as an intrusion demands from any foreign country that their expenditure on armaments should be open to discussion or arrangement. It is felt by us that we must wait till other great countries in Europe are penetrated with the same feelings that we ourselves have with regard to the desirabilty of arresting the expenditure on armaments."

## Nr. 15 590

### *Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.*

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Berlin, den 8. Februar 1914
[abgegangen am 9. Februar]

Der Königlich Großbritannische Botschafter hat unter Überreichung des alleruntertänigst hier beigefügten Aide-mémoires* um eine authentische Interpretation der Erklärungen gebeten, die der Staatssekretär des Reichsmarineamts in der Budgetkommission des Reichstages am 4. d. Mts. zu der Frage eines Rüstungsabkommens mit England abgegeben hat.

Großadmiral von Tirpitz** hat in der Budgetkommission ganz allgemein erklärt, daß offizielle Vorschläge für Rüstungsbeschränkungen — etwa auf der Basis 10:16 — nicht an die deutsche Regierung gelangt seien. Er hat dann hinzugefügt, die Ausführungen Mr. Churchills gelegentlich einer Rede in Manchester bezüglich eines naval holiday könne er als einen offiziellen Vorschlag nicht ansehen. Er wolle aber doch gleich hinzufügen, daß er den Gedanken eines holiday für deutsche Verhältnisse nicht für ausführbar halte. In Deutschland handele es sich in den nächsten Jahren nur um Ersatzbauten. Eine Verschiebung derselben um ein Jahr hätte zur Folge, daß sie im nächsten Jahre nachgeholt werden müßten. Dadurch kämen die deutschen Finanzen, die Arbeitsdispositionen auf den Werften und auch die militärischen Dispositionen wegen des ungleichmäßigen Zuwachses fertiger Neubauten in Unordnung***. Ein gänzlicher Ausfall der Ersatzbauten eines Jahres vermindere den gesetzmäßigen Sollbestand von Schiffen und sei daher ausgeschlossen.

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät bitte ich, allergnädigst

---

* Siehe Nr. 15 589.

** Der mit diesen Worten beginnende zweite Absatz des Schriftstücks ist eine fast wörtliche Wiedergabe eines Schreibens Großadmirals von Tirpitz vom 7. Februar, an den der Reichskanzler sich am 6. wegen der Beantwortung des Aide-mémoires gewandt hatte.

*** Diese Auffassung wurde auch von dem englischen Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen geteilt. Vgl. den Brief des russischen Botschafters Sverwejew an Sasonow vom 13. Februar 1914: „Der englische Botschafter ist der Ansicht, wie er mir streng vertraulich mitteilte, daß dieser Gedanke [nämlich der eines Flottenfeierjahrs] unausführbar und für Deutschland um so unannehmbarer ist, als alle Arbeiter der deutschen Schiffswerften in diesem Falle jede Beschäftigung verlieren müßten, während die englischen Arbeiter leicht von den Privatwerften übernommen werden könnten, um die zahlreichen kleineren Schiffe zu bauen, deren die englische Flotte beständig bedarf.“ v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke a. a. O., S. 775.

mich zu der Antwort an Sir E. Goschen ermächtigen zu wollen, daß die Kaiserliche Regierung zur Prüfung jeden Vorschlags bereit sei, den ihr die englische Regierung amtlich zwecks Einschränkung der Ausgaben für Rüstungszwecke machen werde, daß sie den von Mr. Churchill propagierten Gedanken eines Rüstungsfeiertages praktisch nicht für durchführbar halte, daß sie aber der englischen Regierung die Entscheidung darüber ganz überlassen müsse, ob sie mit einer entsprechenden Anregung an uns hervortreten wolle.

Da Sir E. Grey den Wunsch ausgesprochen hat, den Standpunkt der Kaiserlichen Regierung tunlichst noch heute kennen zu lernen, wage ich Euere Majestät alleruntertänigst zu bitten, mir Allerhöchstdero Entschließung huldreichst durch Randvermerk* mitteilen zu wollen.

von Bethmann Hollweg

Nr. 15 591

## *Kaiser Wilhelm II. an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Abschrift

Berlin, Schloß, den 9. Februar 1914

Ich fasse das Aide-mémoire des Sir Edward Goschen dahin auf, daß Sir Edward Grey noch einmal klare Auskunft haben wollte über das, was Admiral von Tirpitz in der Budgetkommission gesagt hat. Infolgedessen ist der erste Teil Euerer Exzellenz Eingabe bis zu den Vorschlägen Euerer Exzellenz geeignet, die gewünschte Klarheit bei Sir Edward Grey hervorzurufen und ist ihm demgemäß mitzuteilen.

Was Euerer Exzellenz Vorschläge betrifft, so ist mein Standpunkt folgender: Ich will das ganze, endlose, gefährliche Kapitel der Rüstungsbeschränkung möglichst nicht noch einmal aufgerollt haben. So oder so kommt es doch schließlich auf einen Einspruch Englands in mein Recht der Bemessung der für Deutschland nötigen Seemacht heraus, sowie am Ende auf einen Versuch zum Brechieren des Flottengesetzes. Falls die englische Regierung die Absicht hat, uns Vorschläge auf der Basis der von beiden Nationen festgelegten Zahlen der Geschwader der Linienschiffe zu acht Schiffen, der Schlachtflotten (fünf Geschwader zu acht) zu machen, würden wir dieselben prüfen**.

---

* Vgl. das folgende Schriftstück.

** Zu dieser Stelle des kaiserlichen Schriftstücks bemerkte Reichskanzler von Bethmann Hollweg in einer handschriftlichen Notiz: „Nach mündlicher Erläuterung des Admirals von Müller soll der Satz in dem allerhöchsten Erlaß vom heutigen Tage: ‚Falls die englische Regierung‘ bis ‚dieselben zu prüfen‘ folgendes bedeuten: Falls die englische Regierung auf der Basis des von ihr selbst genannten Verhältnissses 16: 10, ausgedrückt in der Zahl der von beiden Nationen

Diese Vorschläge müssen berücksichtigen, daß nicht andere Großmächte mit zu starken Rüstungen fortfahren.

Was den Rüstungsfeiertag betrifft, bin ich mit der Auffassung Euerer Exzellenz einverstanden, daß derselbe praktisch nicht durchführbar sei, und müssen Euere Exzellenz sich darüber im klaren sein, daß es ausgeschlossen ist, daß ich jemals darauf eingehe. Die Form der Ablehnung überlasse ich Euerer Exzellenz.

(gez.) Wilhelm I. R.

## Nr. 15 592

## *Aide-mémoire*

Vom Staatssekretär von Jagow dem englischen Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen am 10. Februar überreicht

Konzept*

Berlin, den 10. Februar 1914

Der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts hat in der Budgetkommission ganz allgemein erklärt, daß offizielle Vorschläge für Rüstungsbeschränkungen — etwa auf der Basis 10:16 — nicht an die deutsche Regierung gelangt seien.

Er hat dann hinzugefügt, die Ausführungen Mr. Churchills gelegentlich einer Rede in Manchester bezüglich eines naval holiday könne er als einen offiziellen Vorschlag nicht ansehen. Er wolle aber doch gleich hinzufügen, daß er den Gedanken eines holiday für deutsche Verhältnisse nicht für ausführbar halte. In Deutschland handele es sich in den nächsten Jahren nur um Ersatzbauten. Eine Verschiebung derselben um ein Jahr hätte zur Folge, daß sie im nächsten Jahre nachgeholt werden müßten. Dadurch kämen die deutschen Finanzen, die Arbeitsdispositionen wegen des ungleichmäßigen Zuwachses fertiger Neubauten in Unordnung.

Ein gänzlicher Ausfall der Ersatzbauten eines Jahres vermindere den gesetzmäßigen Sollbestand an Schiffen und sei daher ausgeschlossen.

Ein Korrekturabzug des die betreffenden Erklärungen des Admirals von Tirpitz enthaltenden Teils des offiziellen Sitzungsprotokolls** ist ergebenst beigefügt.

---

geplanten Schlachtschiffgeschwader (England acht, wir fünf), uns Vorschläge machen will, würden wir sie prüfen. Das Verhältnis von 16: 10 darf nur die in Geschwadern formierten Linienschiffe betreffen, während Kreuzer, Torpedos usw. davon unberührt bleiben. B. H. 9. 2. 14.“

* Die Fassung des Aide-mémoire lehnt sich eng an den Immediatbericht des Reichskanzlers vom 8. Februar (siehe Nr. 15 590) an.

** Vgl. Nr. 15 589, Fußnote.

Diese Erklärungen lassen erkennen, daß die Kaiserliche Regierung den Gedanken eines Rüstungsfeierjahres praktisch nicht für durchführbar hält.

Falls die Königlich Großbritannische Regierung die Absicht hat, der Kaiserlichen Regierung Vorschläge zu machen auf der Basis des Verhältnisses 5:8 der Geschwader der deutschen und englischen Schlachtflotte zu je acht Linienschiffen, so würde die Kaiserliche Regierung dieselben prüfen. Diese Vorschläge müßten berücksichtigen, daß andere Großmächte mit nicht zu starken Rüstungen fortfahren.

## Nr. 15 593

## *Bericht des Marineattachés in London Korvettenkapitäns von Müller*

Abschrift

Nr. 133 London, den 16. Februar 1914

Der Abgeordnete Fred Hall hat am 12. Februar den Ersten Lord der Admiralität im Parlament gefragt, ob im deutschen Kriegsschiffbau seit 1912 eine solche Verlangsamung oder Verminderung eingetreten sei, daß die entsprechenden großen Reduktionen im Kriegsschiffbau Englands eintreten könnten, die der Erste Lord bei Einführung des Estimates im Jahre 1912 versprochen habe, und falls dieses Versprechen nicht erfüllt werden könne, ob eine Vermehrung des deutschen Programms über das Maß hinaus stattgefunden habe, das die Admiralität beim Ausarbeiten der Estimates 1912 im Auge gehabt habe. Mr. Churchill hat geantwortet, es sei weder eine Verzögerung noch eine Einschränkung im deutschen Kriegsschiffbau eingetreten. Seit Vorlage der englischen Navy Estimates am 18. März 1912 sei das deutsche Programm durch die Novelle vom 14. Juni 1912 um drei Schlachtschiffe und zwei Kleine Kreuzer vermehrt worden. Davon sei ein Schlachtschiff im 1913-Bauprogramm eingestellt und eines im 1916-Bauprogramm. Das Datum der Stapellegung des dritten Linienschiffes und zweier Kleiner Kreuzer sei vorbehalten worden.

Auf die Frage, ob er wisse, daß seinen Feststellungen vom Präsidenten der National Liberal Association widersprochen würde, entgegnete Mr. Churchill, man solle den interessanten Diskussionen, die im Laufe der Session über diesen Gegenstand zweifellos stattfinden würden, nicht vorgreifen.

Mir selbst hat Mr. Churchill in einer Unterhaltung erklärt, daß er auch für England in seinem Bauplan vom Jahre 1912 eine Art von gesetzmäßigem Flottenprogramm niedergelegt habe. Auf meinen Einwurf, daß er sich aber an dieses Programm nicht halten brauche, antwortete er, er habe sich bisher daran gehalten und werde das auch im nächsten Jahre tun.

Soweit die Zahl der im Jahre 14/15 zu bauenden Großkampfschiffe in Betracht kommt, wird nach aller Voraussicht diese Angabe sich bewahrheiten; nicht weil dieser Bauplan Mr. Churchills Wünsche vollkommen befriedigt, sondern weil eine Steigerung als unnötig und zu kostspielig auf unüberwindlichen Widerstand, nicht nur beim Schatzkanzler und im Kabinett, sondern auch bei einem großen Teil der liberalen Partei stoßen würde.

Herr Churchill wird versuchen, sein Ziel — Ausnutzung unserer Lücke im Dreiertempo durch gesteigerte Bautätigkeit — auf anderem Wege zu erreichen. Er hat bereits drei Schiffe des Etats 13/14 beträchtlich vorgezogen — angeblich als Ersatz für die kanadischen Schiffe, wodurch gleichzeitig den Kanadiern ihr „Versagen in der Not" vorgehalten wird — und er wird dieses Vorziehen der Neubauten vom Ende des Rechnungsjahres in den Anfang fortsetzen und beschleunigen. Dadurch werden die ersten Bauraten, die bisher sehr klein waren, bedeutend gesteigert, wodurch sich teilweise die große Vermehrung des Gesamtbudgets erklärt. Auf diese Art wird aber eine faktische Steigerung des Schiffsbestandes von einem gewissen Zeitpunkt ab erreicht, denn die so vorgezogenen Schiffe werden, wenn erst der Plan im vollkommenen Umfang durchgeführt sein wird, fast ein volles Jahr früher fertig sein, als nach dem bisherigen Bauplan der Fall wäre.

Im günstigsten Fall (für England) werden vom Sommer 1916 ab vier Schiffe mehr fertig sein als nach dem bisherigen System, nachdem sie erst im Laufe des Jahres 1917 in Dienst gekommen wären.

Diese Tatsache wird bei allen Erklärungen Mr. Churchills über sein Festhalten an seinem „Programm" nicht übersehen werden dürfen und muß unser Streben nach baldigem Erreichen des konstanten Dreiertempos verstärken. Das Mittel dazu ist in dem dritten Linienschiff der Novelle 1912 vorhanden, das bewilligt, dessen Bau aber noch nicht festgesetzt ist. Daß es in unserem Gesetz darin ist und daß es gebaut werden wird, darüber ist man in maßgebenden Kreisen hier ebensowenig mehr zweifelhaft, wie über unser Festhalten am Flottengesetz. Das beweist auch die obige Erklärung Mr. Churchills im Parlament. Es kann daher niemand überraschen oder aufregen, wenn wir den Bau dieses Schiffes nunmehr festsetzen.

Erst wenn wir das Dreiertempo haben, können wir Mr. Churchills Versuche, alle Relationen mit Hilfe irgend einer Klausel zu umgehen, mit Gleichmut betrachten. Denn erst dann ist die Gewähr gegeben, daß sich die von uns erstrebte und den Grundgedanken unseres Gesetzes bildende Proportion 16:10 wenigstens annähernd und allmählich von selbst etabliert, weil unser Bauprogramm von England dann nicht mehr wie bisher um 100 Prozent und mehr überboten werden kann.

(gez.) Erich v. Müller

Nr. 15 594

*Der Chef des Marinekabinetts Admiral von Müller an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Abschrift

Nr. 1035 Berlin, den 18. Februar 1914

Seine Majestät der Kaiser und König haben gestern vormittag den befohlenen Vortrag des Staatssekretärs des Reichsmarineamts bezüglich der Frage eines im Frühjahr einzubringenden Nachtragetats über eine Verstärkung der Auslandindiensthaltungen nebst entsprechender Personalforderung entgegengenommen. Seine Majestät wollen auf die geäußerten ernsten politischen und parlamentarischen Bedenken des Staatssekretärs hin* von einer solchen Nachtragsforderung vorläufig Abstand nehmen, wünschen aber, daß die ihm sehr am Herzen liegende Frage zum Herbst 1914 erneut geprüft wird, zumal wenn sowieso ein Nachtragetat erforderlich wird für die Entsendung einer Division von Linienschiffen nach Panama—San Francisco. Für den Etat 1915 halten Seine Majestät jedenfalls eine erhebliche Vermehrung der Auslandindiensthaltungen sowie eine größere Personalforderung für unbedingt erforderlich und rechnen dabei auf das Eintreten Ew. Exzellenz für diese Forderung.

Auf allerhöchsten Befehl beehre ich mich Ew. Exzellenz hiervon ganz ergebenst in Kenntnis zu setzen.

(gez.) v. Müller

Nr. 15 595

*Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 158 London, den 18. März 1914

Der Erste Lord der Admiralität hat in der gestrigen Parlamentssitzung in sehr eingehender Weise das diesjährige Flottenprogramm der Regierung begründet, das dem Unterhause vor einigen Tagen zugegangen war.

Die Gesamtsumme der veranschlagten Ausgaben beläuft sich danach auf £ 51 550 000; der Flottenetat weist somit gegenüber dem Vorjahr eine Vermehrung von £ 2 740 700 auf.

Im ersten Teile seiner Rede beschäftigte sich Mr. Winston Churchill mit der ausführlichen Darlegung der marinetechnischen Er-

* Vgl. dazu Nr. 15 570, S. 35, Fußnote und A. v. Tirpitz, Erinnerungen, S. 202.

wägungen, welche die Regierung bei der Ausarbeitung des Etats geleitet haben. Bei der Fülle des Materials, welches der Marineminister vorbrachte, möchte ich darauf verzichten, auf diesen Teil der Rede näher einzugehen. Ich will nur anführen, daß Herr Churchill hervorhob, daß England und Deutschland sich bei der Aufstellung der beiderseitigen Bauprogramme einer weisen Mäßigung befleißigten. Er erwähnte, daß Großadmiral von Tirpitz sich im Reichstage kürzlich in diesem Sinne ausgesprochen habe*. Es wäre an sich möglich gewesen, die englischen Neubauten früher fertigzustellen, als es nunmehr vorgesehen sei; die Regierung habe sich aber für eine langsamere Durchführung des Bauprogramms entschieden, weil der Ausbau der deutschen Flotte sich nicht so schnell vollzogen habe, als er vor zwei Jahren angenommen habe.

Im zweiten Teile seiner Rede ging Herr Churchill auf die politischen Fragen ein, die bei der Aufstellung des neuen Flottenprogrammes mitgesprochen haben. Er hob hervor, daß die Regierung nach wie vor an dem Grundsatze festhalte, daß die englische Flotte, soweit Schlachtschiffe in Betracht kämen, eine Überlegenheit von 60 Prozent über die nächststärkere Seemacht haben müsse. Dieser Grundsatz sei jedoch natürlich in keiner Weise bindend und schließe vor allem dem Auslande gegenüber keinerlei Verpflichtung in sich. Was im übrigen die Frage anlange, ob die von den Dominien gestellten Schiffe bei Aufstellung dieses „60-Prozent-Standards" mitgezählt werden sollten oder nicht, so beabsichtige die Regierung nicht, diese Frage auf theoretischem Wege zu lösen[1]. Sie werde nach wie vor bei der Durchführung ihres Bauprogrammes lediglich von praktischen Gesichtspunkten ausgehen. Vor zwei Jahren sei in Berücksichtigung der deutschen Baupläne ein englisches Flottenprogramm aufgestellt worden[1]. In der Zwischenzeit sei die „New Zealand" für den Dienst in den heimischen Gewässern verfügbar geworden[2], die „Malaya" sei der englischen Regierung zum Geschenk gemacht worden[2], und es sei die Rede davon gewesen, daß Kanada ebenfalls zur Vergrößerung der Reichsflotte beitragen werde; das englische Bauprogramm habe hierdurch keine Veränderungen erfahren, da die Regierung nach reiflicher Überlegung zu der Überzeugung gekommen sei, daß für eine solche Änderung kein Bedürfnis vorliege.

Eine besondere Berücksichtigung verdiene allerdings Englands Stellung im Mittelmeer. Im Jahre 1912 sei das englische Kabinett zu der Ansicht gekommen, daß die englischen Interessen im Mittelmeer durch das bisher dort stationierte Kreuzergeschwader nicht in genügendem Maße geschützt würden; es sei daher beschlossen worden, spätestens Ende 1915 ein Schlachtschiffgeschwader für das Mittelmeer in Dienst zu stellen. Diese Maßnahme sei hauptsächlich deshalb ge-

* Vgl. Nr. 15 589, Fußnote.

troffen worden, weil die Regierung es für dringend nötig gehalten habe, daß England ganz selbständig für den Schutz seiner bedeutenden Interessen im Mittelmeer Sorge tragen müsse und zum Schutze dieser Interessen in keiner Weise irgendwelche außergewöhnlichen Verpflichtungen eingehen dürfe. Die Admiralität habe die nötigen Vorbereitungen für die Indienststellung eines entsprechenden Geschwaders getroffen. Da das kanadische Flottengesetz nicht durchgedrungen sei, sei im vergangenen Jahre mit dem Bau von drei in dem Bauprogramm von 1913/14 vorgesehenen Schiffen acht oder neun Monate früher begonnen worden, als dies ursprünglich beabsichtigt gewesen sei. Da auch in diesem Jahre mit der Annahme des kanadischen Flottengesetzes nicht zu rechnen sei, so werde man erneut zu dem im vorigen Jahre angewendeten Aushilfsmittel greifen, wenn auch in geringerem Maßstabe, indem man abermals mit dem Bau von zwei Schiffen des Programmes von 1914 sobald als möglich beginnen werde. Falls Kanada auch im Jahre 1915 sich nicht am Flottenbau beteilige, werde man dann wohl mit der Beschleunigung des Baues eines Schiffes auskommen. Es sei aber Aussicht dafür vorhanden, daß Kanada seine bisherige Stellung in der Flottenfrage ändern werde. Kanada habe schließlich so wichtige und weitverzweigte Interessen zu vertreten, daß es selbst wenigstens teilweise Vorkehrungen für eine entsprechende Verteidigung zur See treffen sollte. Würde Kanada von den Vereinigten Staaten annektiert, so würde es ohne Zweifel seinen Teil zur Aufrechterhaltung des amerikanischen Namens beitragen; wäre Kanada selbständig, so würde es sicherlich bei der Bewilligung von Mitteln für die Landesverteidigung den südamerikanischen Staaten nicht nachstehen wollen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede beschäftigte sich Herr Churchill mit der englischen Stellung im pazifischen Ozean. Australien und Neuseeland seien, so führte er aus, aufs lebhafteste an der Erhaltung der britischen Vormachtstellung zur See interessiert. Bevor nicht die englische Flotte vernichtet sei, könne keine europäische Macht an die Eroberung Australiens und Neuseelands denken. Die überlegene Stellung, welche die britische Flotte in den heimischen Gewässern einnehme, verleihe den beiden Kolonien mittelbar aber auch den Schutz gegen Japan[3]. Mit Hilfe seiner Flotte könne England jedem Angriffe einer europäischen Macht gegen Japan wirksam entgegentreten[4]; Japan ziehe daher aus dem Bündnisse mit Großbritannien große Vorteile und habe durch die Erneuerung des Bündnisvertrages bewiesen, wie hoch es diese Vorteile einzuschätzen wisse. Eben dieses englisch-japanische Bündnis sei daher ein Unterpfand für die Sicherheit der englischen Besitzungen im pazifischen Ozean und dieses Bündnis wiederum basiere offenbar auf der Erhaltung der englischen Überlegenheit zur See[5].

Mr. Churchill setzte sodann auseinander, in welcher Weise sich

die englischen Dominien am zweckmäßigsten an den Seerüstungen beteiligen würden. Neuseeland habe sehr weise daran getan, daß es dem Mutterlande ein Schlachtschiff für den Dienst in den heimischen Gewässern zur Verfügung gestellt habe[6]. Die Entscheidung über die politische Lage im pazifischen Ozean werde doch nur in europäischen Gewässern ausgefochten werden[7]. Ein neuseeländisches Schiff könne bei einem solchen Kampfe mit großem Vorteile eingreifen, während es in australischen Gewässern ohne Nutzen sein würde[4]. Andererseits sei vollkommen zu verstehen, wenn die Dominien den Wunsch hätten, ihre Schiffe, auf die sie stolz seien, unter eigner Kontrolle zu haben. Der Wunsch, eine auf strategischen Grundsätzen aufgebaute Flottenpolitik zu betreiben und zugleich die berechtigten patriotischen Gefühle der Dominien zu befriedigen, habe dazu geführt, die Gründung eines Reichsgeschwaders anzuregen, das in regelmäßiger Folge die verschiedenen Dominien aufzusuchen hätte. Zur Durchführung dieses Planes sei es nötig, daß in den kanadischen, australischen und südafrikanischen Gewässern Flottenstützpunkte mit Docks und Reparaturwerkstätten geschaffen würden, um dem Reichsgeschwader dort einen längeren Aufenthalt zu gestatten. Ferner müßten in den verschiedenen Dominien lokale Verteidigungsflottillen, bestehend aus Torpedobooten und Unterseebooten, geschaffen werden, die bei einem Besuche des Reichsgeschwaders mit diesem gemeinsame Manöver auszuführen hätten. Endlich sollten die Dominien in ihren heimischen Gewässern Kleine Kreuzer zum Schutze des Handels stationieren. Wenn dann die Dominien zu gleicher Zeit Schlachtschiffe für das Reichsgeschwader stifteten[8], so werde erreicht werden, daß in den Dominien das Interesse für die Flotte entwickelt und zugleich für die Schaffung einer einheitlichen, allen Dominien zugute kommenden Streitmacht gesorgt würde.

Am Schlusse seiner Ausführungen hob Herr Churchill mit Nachdruck hervor, daß für England die Erhaltung seiner Überlegenheit zur See eine Lebensfrage bedeute. In andern Ländern fielen der Flotte weit weniger wichtige Aufgaben zu als in England. Die englische Flotte habe nicht nur fast ausschließlich die Verteidigung des Landes zu übernehmen, sie habe auch den sehr ausgedehnten Handel des Mutterlandes zu beschützen, das nicht einmal seine Bevölkerung aus eigener Kraft ernähren könne. Nur indem es auf eine starke Flotte hinweisen könne[9], sei England imstande, sich des ungestörten Besitzes seiner überseeischen Kolonien zu erfreuen, bei der Regelung internationaler Fragen ein gewichtiges Wort mitzusprechen und in wirksamer Weise zur Erhaltung des Weltfriedens beizutragen.

L i c h n o w s k y

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] !

[2] ?

[3] Blödsinn
[4] !!
[5] also im Pacific werden Englands Interessen durch Japan vertreten, und im Mittelmeer, durch Frankreich! Pourvu que cela dure!
[6] ganz und gar nicht wahr!
[7] Unsinn!
[8] wie wir betteln gehen
[9] muß auch die Dominien schützen nur durch Anwesenheit!

## Nr. 15 596

## *Bericht des Marineattachés in London Korvettenkapitäns von Müller**

Abschrift

Nr. 254 London, den 30. März 1914

Die Marinedebatte des Parlaments über die Estimates 1914/15, die infolge der Homerulekrisis noch nicht abgeschlossen worden ist — es soll nach Ostern noch ein Tag dafür freigegeben werden —, hat schon in ihrem bisherigen Verlauf in Verbindung mit einer politischen und strategischen Erörterung der Mittelmeerfrage das weite Feld der britischen Flottenpolitik und ihrer zukünftigen Entwickelung in ausgiebiger Weise behandelt.

### Die Etatsrede des Ersten Lords.

Die Länge der Rede, mit der der Erste Lord der Admiralität seine Estimates für 1914/15 eingeführt hat — er redete zweieinhalb Stunden lang —, entsprach der Größe des verlangten Budgets.

In dem ausgedehnten ersten Teil der Ansprache wird mit Hilfe vieler recht willkürlicher Zahlen die Unvermeidlichkeit des großen Anschwellens der Marinebudgets seit 1911/12, dem letzten Jahr der Amtsführung Mr. M'Kennas als Erster Lord, auseinandergesetzt, um zu beweisen, daß Mr. Churchill nur für einen geringen Teil der Steigerung der Ausgaben verantwortlich sei. Eine so breitgetretene Motivierung wurde für nötig gehalten, um die „antiarmament" Gruppe unter den Anhängern und Stützen der gegenwärtigen Regierung zu besänftigen.

---

* Der Bericht ist bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 406 ff., zugleich mit den Randbemerkungen des Kaisers, die in der bei den Akten des Auswärtigen Amtes befindlichen Abschrift fehlen. Der Bericht wird hier mit Auslassung zweier Abschnitte, welche „Churchill und die Flottenpolitik der Dominionen" und „Die Typen der vier Großkampfschiffe des Etats 1914/15" betreffen, abgedruckt; die wichtigeren Randbemerkungen des Kaisers werden aus Tirpitz in Fußnoten ergänzt.

Die Kosten der Indiensthaltung sind nach Mr. Churchill in den drei Jahren seit 1911/12 um 125 Millionen Mark gewachsen infolge der Personalvermehrung, der Lohnsteigerung, der Ölfeuerung und der Einführung der Luftschiffahrt. Für letztere werfen die neuen Estimates allein 18 Millionen Mark aus. Personalvermehrung und Steigerung der Gehälter und Löhne sind nach Mr. Churchill allein verantwortlich für eine Mehrausgabe von etwa 42 Millionen Mark in drei Jahren, also durchschnittlich 14 Millionen pro Jahr. Diese Steigerungsrate muß naturgemäß in Zukunft wachsen und wird schließlich eine Grenze erreichen müssen.

Personalersparnis wo immer möglich durch Verwendung von Ölheizung und in der Zukunft durch Einführung von Motoren als Schiffsmaschinen, ferner durch ausgedehnte Verwendung von maschineller statt menschlicher Kraft an Bord und in den Werften, ist das Mittel, mit dessen Hilfe das Heranrücken an diese Grenze möglichst lange hinausgeschoben werden kann. Personalersparnis ist daher der Hauptgrund für die Energie, mit der die Admiralität Neuerungen, wie die Ölheizung, aufnimmt und einzuführen trachtet.

Im ganzen haben die Zahlen, mit denen Mr. Churchill seine Hörerschaft erdrückt hat, nur einen bedingten Wert. Denn sie sind willkürlich auf ganz bestimmte parlamentarische Wirkungen zurechtgestutzt.

### Die Proportion: acht englische Geschwader zu fünf deutschen und ihre Auslegung durch Mr. Churchill.

Als Maßstab für die englischen Indiensthaltungen gab Mr. Churchill die Fortschritte der anderen Seemächte, insbesondere die der „zweitstärksten Seemacht“ an. England erstrebe die Aufstellung von acht Linienschiffgeschwadern in derselben Zeit, in der Deutschland fünf Geschwader formiere. Schlachtkreuzer rechneten dabei auf beiden Seiten extra — eine in ihrer Wiederholung wichtige Bestätigung der deutschen Auffassung —, sonstige Kreuzer und Flottillen würden in „angemessenem Verhältnis“ unterhalten. Schiffe auf außerheimischen Stationen kämen natürlich nicht für diese Berechnungen in Betracht, die nur die Heimatflotten Englands und Deutschlands beträfen. Der Umfang der festgelegten Stärken (für die Heimat) sei billig und maßvoll, und er freue sich zu sehen, daß Großadmiral von Tirpitz Gelegenheit genommen habe, dies festzustellen. Erst neulich habe auch der Großadmiral gesagt, daß „keine der beiden Nationen die Flottenorganisation vollendet habe, die sie anstrebe. Deutschland brauche 41 Linienschiffe für seine fünf Geschwader, England 65 Linienschiffe für seine acht Geschwader“.

Die Tatsache, daß die Entwickelung der deutschen Flottenorganisation nicht so schnell vor sich gehe, wie er angenommen habe, indem anscheinend wegen Personalschwierigkeiten mit der Auffüllung des III. deutschen Geschwaders eine zeitliche Kürzung des II. um drei Schiffe eintrete, benutzte Mr. Churchill, um damit eine angeblich entsprechend verlangsamte Vollendung der englischen Organisation in abhängige Verbindung zu bringen. Mr. Churchill deutete die Wirksamkeit des früher (März 13) von ihm festgestellten „stillschweigenden Übereinkommens" an, indem er behauptete, er habe infolge der von ihm nicht erwarteten zeitlichen „Kürzung unserer Flottenorganisation um drei Schiffe" die Auffüllung des vierten (Gibraltar) Geschwaders hinausgeschoben, das im kommenden Jahr auf vier Schiffen stehen bleiben werde. Um die Anspielung noch deutlicher zu machen, fügte der Erste Lord hinzu: „Jede Verzögerung, ob zufällig oder absichtlich, in der Vollendung der enormen Organisation auf seiten der nächststärksten Seemacht wird von uns berücksichtigt werden, indem wir unsere eigene Organisation nur nach Bedarf in dem notwendigen Verhältnis vorwärtstreiben."

Mr. Churchill gibt damit zunächst ein mißverständliches Bild von der Fortentwickelung unserer Flotte.

Es gibt zurzeit bei uns weder einen zufälligen noch einen beabsichtigten Aufschub. Es könnte nur angesichts der Anstrengungen Mr. Churchills eine absichtliche Beschleunigung geben zur Erhaltung des „notwendigen Verhältnisses" nach unserem Bedarf*.

Die Bestimmungen der Novelle 1912 verteilen zur Vermeidung sprunghafter Vermehrungen ein stetiges Wachstum des Personals auf die Jahre 1912 bis 1920, in denen die Novelle zu erfüllen ist. Die Schaffung neuen Personals — besonders der Chargen — kostet mehr Zeit als der Bau neuer Schiffe. Infolgedessen muß die Vermehrung der Indiensthaltungen und die Auffüllung der Organisation der Flotte langsamer vor sich gehen, als das Material es gestatten würde.

Aus der bis zum Jahre 1920 geregelten Mannschaftsvermehrung der Novelle 1912 geht das Tempo unseres organisatorischen Ausbaus — nur darum handelt es sich hier — bereits hervor und es kann nicht angenommen werden, daß dies dem wachsamen Auge der englischen Admiralität entgangen wäre.

Die Annahme eines Mannschaftsmangels bei uns ist daher ein angesichts der eigenen Schwierigkeiten gern geglaubter Trugschluß. Denn Besatzungsschwierigkeiten im englischen Sinne bestehen für uns nicht. Sie sind für uns in der Hauptsache eine Frage der Vorausberechnung und der Bewilligung des Personalbedarfs.

Da Mr. Churchill ferner seit Publikation des Voranschlags zum

* Hierzu bemerkte der Kaiser: „Ja!"

deutschen Marineetat im November des letzten Jahres über die Stärke unserer Indiensthaltungen des Etatsjahres 1914/15 nicht im unklaren sein konnte, muß sein „Irrtum" hinsichtlich des Entwickelungstempos unserer Organisation als gesucht und auf einen bestimmten Zweck berechnet erscheinen.

Dieser Zweck ist die Verhüllung seiner wahren Ziele hinsichtlich der Proportion 8:5.

Diese auf beiden Seiten so oft zitierte Proportion hat sich in der öffentlichen Meinung eingebürgert und Mr. Churchill kann sein Streben, die Grundlage für eine Änderung zu schaffen, nicht gut offen zugeben. Er betont deshalb abermals die Gültigkeit der Proportion 8:5.

Tatsächlich aber benutzt er die Lücke in unserem Bautempo und unser langsames Fortschreiten im Auffüllen der aktiven Verbände, um durch möglichste B e s c h l e u n i g u n g seiner Neubauten und ihrer Indienststellung einen Vorsprung zu gewinnen, der ihm bis Ende 1915 die Aufstellung eines neuen Geschwaders von modernen Linienschiffen ermöglichen soll. Da dieses V. a k t i v e G e s c h w a d e r im Frieden im Mittelmeer stationiert sein soll, kommt es nach Mr. Churchills Rechenweise für die Proportion der deutschen und englischen Heimatverbände nicht in Betracht; denn die Mittelmeerverbände fallen in seinem Flottenschema unter die Rubrik „world wide needs" und „zählen nicht" gegen Deutschland.

Die Bildung dieses fünften aktiven (Mittelmeer) Geschwaders ist es, die die Auffüllung des vierten Heimatgeschwaders auf acht Schiffe materiell und personell verzögert.

Mr. Churchill stellt diese Verzögerung indessen als eine Folge, fast eine wohlmeinende Berücksichtigung der „zufälligen oder absichtlichen Verzögerung" des deutschen Flottenbaus hin — auf Grund jener „stillschweigenden Übereinstimmung" hinsichtlich der Proportion unserer beiderseitigen schwimmenden Organisationen.

Wie er dabei seine Striche zur Abgrenzung der heimischen und der außerheimischen Verbände zieht, bleibt wohlweislich dunkel. Das vierte (Gibraltar) Geschwader ist ein heimisches Geschwader; das zu bildende fünfte (Malta) Geschwader wird „außerheimisch".

Nach Füllung seiner außerheimischen Geschwaderrubrik ist der Erste Lord dann im weiteren Verlauf seiner Rede in der Lage, die Proportion der Schiffs z a h l e n innerhalb der beiderseitigen Heimatorganisationen, wenn vollendet, mit 65 und 41 Linienschiffen seinerseits wiederum „anzunehmen" und die Deckung, die dieses Verhältnis England gebe, als nicht übertrieben, aber angemessen zu bezeichnen, wobei die zweite englische Flotte mit 16 Schiffen und voller aktiver Ms.-Bemannung als „makeweight" besonders hervorgehoben wird, dem wir nichts entgegenzustellen hätten.

Dazu kommt, daß nach Bildung des fünften (Mittelmeer) Geschwaders im Jahre 1915 die jetzt dort stationierten Schlachtkreuzer

der Invincibleklasse in die Zahl der heimischen Schlachtkreuzer eingereiht werden, die dadurch auf neun steigen wird. Für die nächsten Jahre kann Mr. Churchill deshalb unsere Auffassung, daß die Schlachtkreuzer außerhalb dieser Proportion bleiben, annehmen.

Man wird von unserem Standpunkt aus ein Mittelmeerlinienschiffsgeschwader angesichts der politischen, geographischen und seestrategischen Momente nicht in dem Maße als „außerheimisch" betrachten können, daß man es aus einer Berechnung unserer Verhältnisstärke England gegenüber ganz herausläßt, es wie Mr. Churchill „nicht zählt". Man wird vielmehr feststellen müssen, daß Mr. Churchill mit Hilfe seines fünften aktiven (Mittelmeer) Geschwaders das organisatorische Verhältnis 8:5 verläßt und es in 9:5 verwandelt.

Was würde Mr. Churchill sagen, wenn wir auch ein „außerheimisches" Mittelmeergeschwader von Großlinienschiffen oder Panzerkreuzern aufstellten* und es reciprociter als nicht gegen England gerichtet zählten? Oder ein baltisches Geschwader gegen die russische Flotte, das durch Stationsbegrenzung nach Churchillschem Muster auf die Ostsee beschränkt würde?

Dasselbe Streben nach Steigerung der englischen Vergleichsziffer wird sich später bei Betrachtung seiner Bau-„standards" zeigen.

Die Empfindung, daß das Verfahren Mr. Churchills angreifbar ist, haben auch englische Kreise. Wie der „Economist" in einem heftigen Angriff auf Mr. Churchills Propositionen sagt: „It can be proved that in the matter of battleships the British strenght is far in excess of the eight to five standard."

## Die Baustandards Mr. Churchills.

Die verschiedenen Baustandards Mr. Churchills — der 60-Prozent-Standard an capital ships im Vergleich zum deutschen Bautempo vor der Novelle 1912, der two keels to one standard zu den deutschen Vermehrungsbauten der Novelle, der 100-Prozent-Standard an Kreuzern, die „andern" und die „angemessenen" Standards — sind durch allerlei Verklausulierungen, durch wechselnden Ein- und Ausschluß der „Lord Nelsons" und der kolonialen Schiffe, durch Baubeschleunigungen und durch sonstige Kunststücke ihres Erfinders ein wenig durcheinandergekommen. Angesichts der sterilen Polemik mit Statistiken, in der auf der einen Seite der „Economist" behauptet, daß dieses Jahr überhaupt keine Neubauten nötig seien, während die „National Review" den Standpunkt vertritt, daß nicht weniger als 16 neue Dreadnoughts gebaut werden müßten, wenn der Erste Lord seine „Versprechen" erfüllen wolle, sagt Mr. Churchill jetzt: „Programmes, supersede standards, and actual figures are better than percentages."

---

* Hierzu bemerkte der Kaiser: „Das sollten wir auch ruhig tun."

Mr. Churchills Bauprogramm von 1912 bis 1917 mit 4, 5, 4, 4, 4, 4 Neubauten ist bekannt. Es ist nur noch formell gültig; denn Mr. Churchill hat bereits die Grundlage für eine Vermehrung gelegt. Er hat dies nicht durch eine Erhöhung der Jahresbauziffern getan, sondern durch „Vorziehen“ der Neubauten aus dem Ende in den Anfang des Rechnungsjahres und durch Beschleunigung ihrer Ausführung. Er glaubt dadurch und durch das Etikett „Ersatzkanadier“, das er einem Teil der beschleunigten Bauten aufheftet, zu vermeiden, daß Deutschland in seinem Verfahren einen Grund zu Gegenmaßnahmen sehen könnte *.

Zur Durchführung dieser Flottenvermehrung wurde zunächst koloniale Hilfe erwartet. Da diese Hilfe sich jedoch auf die Schenkung der „Malaya“ und die Abgabe der „New Zealand“ beschränkte, während die kanadische naval aid bill durchfiel, mußte Mr. Churchill sehen, wie er mit den Mitteln des Mutterlandes seinem Ziel näher kommen konnte.

Er hat drei Schiffe des Etats 1913/14 etwa acht Monate eher auf Stapel gelegt, als bisher üblich war und ihre Bauzeit verkürzt **. Er setzt diese Beschleunigung im Etat 1914/15 fort, diesmal nur mit zwei Schiffen, weil die Regierungswerften, die die anderen Schiffe der beiden Etats bauen, bereits an der Schnelligkeitsgrenze ihrer Bauleistung angekommen sind.

Wie verhalten sich danach die „actual figures“, die besser sind als „percentages“?

Die beschleunigten drei Schiffe des Jahres 1913/14 werden zwischen Mitte und Ende 1915 dienstbereit sein. England wird somit zu diesem Zeitpunkt über 30 Großlinienschiffe, mit „Lord Nelson“ und „Agamemnon“ über 32 verfügen.

Deutschland wird im Sommer 1915 programmgemäß 17 Großlinienschiffe fertig haben, denen England zur Wahrung der Proportion 16 : 10 in der Heimat 26 seiner Linienschiffe gegenüberstellen muß. Der Überschuß des englischen Bestandes an Großlinienschiffen — nämlich vier Dreadnoughts und zwei „Lord Nelson“ — steht Mr. Churchill daher zur Aufführung eines V. aktiven Geschwaders zur Verfügung.

Auf Grund dieser Rechnung konnte der Erste Lord dem Parlament in Aussicht stellen, daß er Ende 1915 die Mittelmeerstation mit einem Linienschiffsgeschwader von acht Schiffen besetzen werde, von denen vier Dreadnoughts und zwei „Lord Nelson“ sein werden. Außerdem würden vier Große Kreuzer (Panzerkreuzer aus der Vordreadnoughtperiode), vier Kleine Kreuzer der Städteklasse und 16 Zerstörer dort stationiert sein. Die für das Mittelmeer vorgesehenen U-Boote hat Mr. Churchill nicht erwähnt.

* Hierzu bemerkte der Kaiser: „Wir müßten unsere auch vorziehen.“

** Hierzu bemerkte der Kaiser: „Wir bauen zu langsam.“

Wie sich vom Spätjahr 1915 ab die „actual figures“ und das Stärkeverhältnis an capital ships und an Großlinienschiffen voraussichtlich entwickeln werden, zeigen nachstehende Tabellen. Dabei sind die beiden Lord Nelsons, Malaya und New Zealand eingerechnet, und es ist angenommen, daß die durchgängige Baubeschleunigung auch mit dem Programm 1915/16 fortgesetzt werden wird. Im Interesse einer gleichmäßigen Beschäftigung der Werften wird sich dies von selbst ergeben. Sollte in der Zwischenzeit die konservative Partei ans Ruder kommen, so ist die Weiterverfolgung der Beschleunigungspolitik das Mindeste, was man angesichts des oft verkündeten Standpunktes dieser Partei zur Flottenfrage wird erwarten müssen.

Capital ships (Linienschiffe und Panzerkreuzer):

| Jahr | Deutschland | England | Überschuß Englands |
|---|---|---|---|
| 1915 (Ende) | 23 | 41 | 78 Prozent |
| 1916 ( „ ) | 26 | 47 | 80 „ |
| 1917 ( „ ) | 28 | 51 | 82 „ |
| | Großlinienschiffe allein: | | |
| 1915 (Ende) | 17 | 32 | 90 Prozent |
| 1916 ( „ ) | 19 | 38 | 100 „ |
| 1917 ( „ ) | 20 | 42 | 110 „ |

Diesen „actual figures“ entsprechend, die die Proportion 16:10 weit übertreffen, verhalten sich auch die diesjährigen beiderseitigen Personaletats etwa wie 19:10 und die Gesamtetatsummen etwa wie 22:10.

Trotzdem arbeitet Mr. Churchill mit seinem 60-Prozent-Standard weiter, indem er behauptet, er brauche im diesjährigen Etat nur zwei Schiffe statt der drei im Vorjahr beschleunigen „as we are in a better position this year than we were last year. As the total number of your ships increases within the limits of the 60 Prozentstandard — I am not going beyond that (?) — so do the numbers available for whole world service. Although the proportion remains the same, a larger number can be spared.“

Daß dies unrichtig ist, dürfte mit den vorstehenden Tabellen nachgewiesen sein. Mr. Churchill ist nicht „in a better position within the limits of the 60 Prozentstandard,“ sondern weil er beträchtlich über diesen Standard hinausgeht.

### Die Mittelmeerstellung Englands.

Das Mittelmeer ist, beginnend im Jahre 1900 und in zunehmendem Maße seit 1905 infolge der Zusammenziehung der englischen Flotte gegen Deutschland in der Nordsee, entblößt worden. Wegen der letztjährigen Ereignisse im nahen Orient mußten aus politischen Gründen zeitweise starke Gruppen der Nordseeflotte im Mittelmeer detachiert werden.

Die Admiralität gründet hierauf und auf das Wachstum der Marinen unserer Alliierten ihre Forderung, daß das Mittelmeer wieder d a u e r n d stark besetzt werden müsse, ohne daß in den heimischen Gewässern der „margin of security" gegen Deutschland aufgegeben werde.

Ein Teil der öffentlichen Meinung Englands unterstützt diese Forderung. Mr. Churchill benutzt sie, um die Proportion 8:5 zu verlassen, und die Navy League und eine Reihe von angesehenen Marineschriftstellern wie Archibald Hurd gründen auf sie ihre starke Agitation zur Vermehrung der englischen Flotte selbst über das von Mr. Churchill vorgesehene Maß hinaus.

Im Parlament wurde die strategische und politische Mittelmeerfrage zum Gegenstand einer Interpellation an den Minister der Auswärtigen Angelegenheiten gemacht. Dabei wurde das Mittelmeer als die Hauptstraße des Reichs bezeichnet, an deren Seiten seit zwei Jahren dauernder Kriegszustand herrsche und eine Verschiebung im Besitz- und Machtbestand der Anlieger teils drohe, teils eingetreten sei. Insbesondere der Bestand des türkischen Reiches sei für die strategische Stellung Englands auf seiner Hauptweltstraße von ausschlaggebender Bedeutung. Verschwinde dieses Reich, werde die Grenze Europas nach Persien, nach dem Sinai, nach Tripolis vorgeschoben, so könne das englische Weltreich nicht dauern. Zur Durchführung einer starken Politik sei eine starke Flotte nötig — nicht nur in den heimischen Gewässern, sondern an Ort und Stelle.

Sir E. Grey antwortete auf diese Interpellation, soweit das seestrategische Gebiet berührt worden war, nur kurz und sehr allgemein, weil die Diskussion der Flottenstellung im Mittelmeer in die Marinedebatte gehöre. Er könne nur sagen, daß von Ende 1915 ab eine beträchtliche Flotte im Mittelmeer sein werde. Im übrigen könne man nicht überall einen übertriebenen Flottenstandard unterhalten. Vielmehr müsse die Stärke sich nach den „Kombinationen" richten, die man möglicherweise gegen sich habe. Es sei ferner unrichtig, wenn man es als absolute und unbeschränkte Wahrheit hinstelle, daß die Flottenstärke von der auswärtigen Politik abhänge. Das Umgekehrte sei ebensosehr der Fall. Die auswärtige Politik müsse sich in hohem Maße nach der Flottenstärke richten.

Habe man eine Flotte, die stärker sei als die aller anderen europäischen Staaten zusammen, so sei die Politik einfach. Sei man nicht in dieser Lage, so müsse die Politik dafür sorgen, daß man nicht zu irgendeinem Zeitpunkt eine Kombination von Flotten gegen sich habe, der man nicht gewachsen sei. Das Haus könne von der Regierung erwarten, daß sie nicht einer Lage zutreibe, wo eine mögliche Kombination von Mächten stärker sei als E n g l a n d s eigene Flotte.

Die strategische Wichtigkeit der Mittelmeerstellung Englands

Deutschland gegenüber wird meistens weit übertrieben. Sie ist eine zu Flottenagitationszwecken aufrechterhaltene Fiktion.

Im Falle eines deutsch-englischen Konflikts liegt das Hauptkriegstheater im Norden.

Das Mittelmeer und seine Verbindung mit England wird zunächst unberührt bleiben. Dort stationierte englische Linienschiffe haben ununterbrochene F. T. Verbindung mit der Admiralität und können und werden innerhalb von etwa fünf bis acht Tagen in die Heimat gezogen werden. Ihr Weg ist frei.

Der für England sehr wichtige, aber keine Lebensfrage darstellende Handelsweg aus dem Schwarzen Meer und dem Suezkanal durch das Mittelmeer ist unter den supponierten Umständen — auch wenn unsere Mittelmeerdivision nicht zurückgezogen worden ist — durch ein kräftiges Kreuzergeschwader zu decken. Die englischen mediterranen Besitzungen sind ohne Flottendeckung sicher. Will man, wie dies von englischer Seite oft geschieht, für den angenommenen Konfliktsfall die gegenwärtige Mächtegruppierung Europas berücksichtigen und die Flotten unserer Verbündeten einrechnen, so müßte man bei dem nahen Zusammenarbeiten der englischen und der französischen Admiralität auch die französische Flotte mitzählen und dann diese Kräfte als sich neutralisierend betrachten. Mit einer uneingeschränkten Mitwirkung der Seestreitkräfte unserer Verbündeten gegen England rechnet nur der britische Flottenagitator.

Auch vom Gesichtspunkt der gegenwärtigen Mächtekonstellation aus betrachtet ist deshalb für England die Stärke seiner Mittelmeerstellung strategisch nicht so wichtig, wie sie immerfort hingestellt wird. Sie ist in dieser Form vielmehr lediglich ein oberflächlicher Vorwand, um im Frieden eine Vermehrung der Gesamtflottenstärke Englands zu begründen, die im Kriege gesammelt in der Nordsee gegen die deutsche Flotte zum Ansatz kommen würde.

Der beabsichtigten Vermehrung der maritimen Machtmittel Englands im Mittelmeer liegen tatsächlich noch andere politisch-strategische Erwägungen zu Grunde, die ganz allgemein unter der Deckmarke „Verstärkung des politischen Einflusses und des Prestiges an Ort und Stelle“ zusammengefaßt werden. Diese Erwägungen entspringen der Befürchtung, daß sich im östlichen Mittelmeerbecken und seinem Hinterland weitere Veränderungen vorbereiten könnten, deren Behandlung angesichts ihrer Tragweite für England die Aufbietung des vollen auf Seemacht gestützten politischen Einflusses erfordern würde. Die Ursache dieser Befürchtung sind nicht so sehr Deutschland und seine Verbündeten, sondern, wie die Mittelmeerinterpellation zeigt, die Ententefreunde Englands, Frankreich und vornehmlich Rußland.

Im Gegensatz zu diesen beiden Mächten würde die Mittelmeerstellung Englands auch zu einem strategischen Faktor von erster Be-

deutung werden, denn im Falle eines Konfliktes läge das Hauptkriegstheater im Mittelmeer selbst.

Die Anstrengungen Englands nach einer starken Mittelmeerflotte sind der Ausdruck seines Strebens, die Unabhängigkeit seiner auswärtigen Politik — zunächst im Mittelmeer, später vielleicht auch im fernen Osten — im alten Umfang wiederherzustellen. Dazu mußte in erster Linie die paralysierende Wirkung der deutschen Flotte allmählich aufgegeben werden, die für einige Zeit zum Nachteil des Ansehens Englands alle verfügbaren Kräfte auf sich gezogen hat; andererseits müssen die Abmachungen, die während dieser Zeit der völligen Bindung aller Kräfte in der Nordsee mit Frankreich über die Mittelmeerstellung eingegangen worden sind, langsam außer Kraft gesetzt werden.

Mr. Churchill drückte dies aus in den sehr sorgfältig redigierten Sätzen:

„In July 1912 four months after my March statement, the Cabinet having made a new and searching examination of the Mediterranean problem, decided that a British battle squadron should be maintained in that sea, and that we could not afford to leave our interests there indefinitely to the care of powerful cruisers, or battle-cruiser squadrons and flotillas (das heißt Frankreichs). Outside the sphere of pure strategy and belonging to the domain of State policy, the other principal reason was that we should remain the independant guardians of our own important and long-established interests in the Mediterranean, and should not incur any exceptional obligations in any direction. The force of such a consideration must be freely admitted. Full effect may be given to it by the Admiralty providing the necessary margin of safety in the Mediterranean in the decisive and vital period.“

Die Möglichkeit, diejenige Überlegenheit an Seemacht wiederzuerlangen, die eine unabhängige Politik gestatten wird, hat — indirekt — der Rückgang unseres Bautempos im Jahre 1912 geliefert. Im selben Jahre setzen die Bemühungen Englands (Mr. Churchills) ein, die Chancen zur Erlangung eines Kraftüberschusses über den margin of security gegen Deutschland eilig auszunutzen.

Erst richteten sich Mr. Churchills Blicke nach den Kolonien. Wären seine Anstrengungen in dieser Richtung in vollem Umfang erfolgreich gewesen, so wäre die Möglichkeit da gewesen, einer englischen Reichsflotte wieder den „twopowerstandard“ zu geben und zur Politik der „splendid isolation“ zurückzukehren.

Das Versagen Kanadas und jetzt eigentlich auch der anderen Dominionen hat Mr. Churchill dann in der Hauptsache auf die Mittel des englischen Steuerzahlers angewiesen und die Wirkung seiner Vermehrungsflottenpolitik auf das Mittelmeer beschränkt. Die Schaf-

fung des Überschusses über Deutschland hat sich dadurch etwas verzögert; Ende 1915 wird aber trotzdem der erste Erfolg erreicht.

Dieser Überschuß wird jederzeit auch gegen Deutschland verfügbar sein.

Mit anderen Worten: Unser gegenwärtiges Tempo der Flottenvermehrung ist nicht genügend, um uns die Gesamtstärkeproportion zu der größten Seemacht zu gewährleisten, die die Grundlage des Flottengesetzes ist. Bis 1917 kann England unser Tempo mehr als verdoppeln und sich dadurch einen Überschuß sichern.

Einem ununterbrochenen Dreiertempo gegenüber wäre dies nicht möglich. Denn wie die englischen Bauprogramme zeigen, ist ein 4, 5 bis 4,7 Bautempo selbst unter Einrechnung der Kolonialschiffe (Malaya und Neuseeland) und der gegenwärtigen Baubeschleunigung das Maximum, das England im Durchschnitt auf die Dauer hat leisten können.

Die möglichst baldige Etablierung des gesetzmäßigen Dreiertempos durch Bau des dritten Schiffes der Novelle 1912 dürfte angesichts dieser Verhältnisse als notwendig anzuerkennen sein*. pp.

### Die veränderte Behandlung der deutschen Flotte in Mr. Churchills Rede.

Mr. Churchill hat, abweichend von seiner früheren Gepflogenheit, in der diesjährigen Etatsrede feindliche Betrachtungen über die deutsche Flotte vermieden. Wo er auf die deutsche Flotte und auf die Stärkebeziehungen zwischen ihr und der englischen Marine Bezug nahm, geschah dies in ruhigem Tone; seinen Holiday-Vorschlag hat er nicht mehr erwähnt.

Die Ursachen dieser Wandlung sind verschiedener Art. Zunächst würden flottenagitatorische Brandreden nicht in die Gesamtlage passen und unvorteilhaft abstechen von der sachlichen, alle Aufregung der öffentlichen Meinung vermeidenden Behandlung, die die Flottenfrage in Deutschland von amtlicher Seite stets und infolgedessen auch in der Öffentlichkeit und in der Reichstagsdebatte erfahren hat.

Ferner empfinden die Leiter der englischen Flottenpolitik infolge unserer Interimsperiode langsameren Fortschrittes im Flottenausbau eine Erleichterung, die sie ausnutzen wollen, ohne darüber mehr als unbedingt nötig zu reden. Mr. Churchill vermeidet daher alles, was zu einer Änderung des gegenwärtigen Zustandes führen könnte. Er geht dabei so weit, daß er seinen Maßnahmen zur Überbietung seines bisherigen Programms, die letzten Endes immer gegen die deutsche Flotte gerichtet bleiben, eine möglichst wenig aggressive Form gegen Deutschland gibt, sie verkleidet.

---

* Hierzu bemerkte der Kaiser: „Richtig, absolut nötig."

Mr. Churchill hat erkannt, daß er durch „plain speaking" früherer Observanz immer nur das Gegenteil von der erhofften Einschüchterung erreicht hat.

Auf der anderen Seite ist die Churchillsche Alternative der Holiday-Phrase als solche erkannt worden. Auch in England glaubt niemand mehr, daß der Vorschlag wirklich ernst gemeint gewesen wäre. England, der „Weltrüstungslieferant", der die größeren und kleineren Seemächte, beginnend bei Rußland, Italien und Japan bis hinunter zur Türkei, zu Griechenland und den südamerikanischen Republiken mit Schiffen und Kriegsmaterial versorgt, hat an einer internationalen Rüstungseinschränkung kein Interesse.

Der feste Wille des deutschen Volkes nach der seinem Bedarf entsprechenden Flottenstärke, der sich in der letzten Marinedebatte des Reichstags erneut gezeigt hat, hat seine Wirkung nach außen nicht verfehlt.

Wie der Berliner Korrespondent des „Daily Telegraph" in einer Betrachtung über die diesjährige deutsche Marinedebatte schrieb, hat die Stellungnahme des deutschen Volkes zu seiner Flotte im Laufe der beiden letzten Jahrzehnte eine vollkommene Wandlung durchgemacht — zu der zu guter Letzt Mr. Churchill während seiner verhältnismäßig kurzen Amtszeit als Erster Lord das seine beigetragen hat. — „Während im Anfang der Flottenbewegung — vor 25 Jahren — die Flotte von der Armee als überflüssige Stiefschwester mit Eifersucht, vom Volke mit Indifferenz, Mißtrauen oder offener Abneigung betrachtet wurde als ein Grund zu Steuervermehrungen, als eine Veranlassung zu Verwickelungen mit der einzigen Macht, die Deutschland schädigen konnte, ohne selbst in Reichweite zu sein, sei dies alles heute ‚past and done with'. Die Flotte sei ebenso populär wie die Armee; die erhöhten Steuern würden schnell zur Gewohnheit und zur ungefühlten Bürde. Die Hauptsache aber sei die heute allgemein gewordene Überzeugung, die so offen und frei von den Volksvertretern ausgesprochen worden sei, daß das Flottengesetz die beste Rechtfertigung durch den Erfolg erfahren habe; daß das Risiko, das man selbst für die stärkste Seemacht durch das Flottengesetz habe schaffen wollen, nicht nur vorhanden sei, sondern bereits angefangen habe, politisch Früchte zu bringen. — Es sei ganz offenbar, daß, wenn der Staatssekretär des Reichsmarineamts die Zustimmung der Regierung erhalte zur Vermehrung der Bauprogramme von 1915 bis 1917 um je ein ‚additional capital ship', er keinen Grund habe, Widerstand im Reichstage zu befürchten *." —

Der Korrespondent des „Daily Telegraph" hat damit richtig erkannt und angedeutet, daß die möglichst baldige Etablierung des

---

* Hierzu bemerkte der Kaiser: „Der rechnet also auch schon mit dem Dreiertempo, also Dreiertempo soll er haben."

gesetzmäßigen Dreiertempos den englischen Anstrengungen gegenüber von uns erstrebt werden müsse. Er hat übersehen, daß eines der dazu nötigen „additional capital ships" bereits bewilligt* und im Flottengesetz enthalten ist, und daß nur die Anordnung zum Bau dieses Schiffes nötig ist, um das Dreiertempo früher zu erreichen.

Eine möglichst schnelle Vermehrung unserer Indiensthaltungen in den heimischen Verbänden innerhalb der vorgezeichneten Grenzen wird sich angesichts der indirekten Steigerung der steten Bereitschaft Englands durch ein neues Geschwader ferner als notwendig erweisen.

In der Ankündigung einer Verstärkung unserer Auslandsflotte durch den Staatssekretär des Reichsmarineamts im Reichstage wollten einige hiesige Blätter den vorausgeworfenen Schatten einer neuen deutschen Flottenvermehrung erkennen. Auch Mr. Churchill scheint etwas Derartiges vermutet zu haben. Ich habe Gelegenheit gehabt, diese Vermutungen zu zerstreuen.

Verstärkungen unserer Auslandsflotte — selbst wenn sie sich auf die Formierung eines Verbandes, etwa eines „fliegenden Geschwaders" erstreckten — würden auf die Stärkebeziehungen zwischen der englischen und deutschen Flotte keinen Einfluß haben**; denn

---

* Dazu bemerkte der Kaiser: „Nun dann möge es gebaut werden."

** Hierzu bemerkte der Kaiser:
„Aber wir brauchen es zur Entlastung der Heimatverbände, die stets zergliedert werden. Von den 18 kleinen Kreuzern, die nach dem Gesetz der Flotte zustehen und zur Aufklärung nötig sind, sind acht zu Schulzwecken vom Reichsmarineamt nach und nach mit Beschlag belegt, darunter zwei Panzerkreuzer, die ursprünglich für Auslandszwecke bestimmt waren. Von den zehn übriggebliebenen kleinen Kreuzern sind drei zum Auslandsdienst notgedrungen detachiert worden. Bleiben sieben zum Dienst; davon zeitweilig zwei in Reparatur, verbleiben der deutschen Flotte sage und schreibe fünf ganz kleine Kreuzer teilweise zur Aufklärung übrig. Das ist ein skandalöser Zustand, der die Front berechtigt, schwere Klagen zu führen. Es hätte das Reichsmarineamt die Pflicht gehabt, allmählich die acht für Schulzwecke ausgefallenen Kreuzer in der Flotte wieder zu ersetzen und einen besonderen Schuletat zu kreieren, der die Indienststellung der Flotte von solchen Abgaben entlastet; besonders hinsichtlich der Mannschaften. Jetzt habe ich, um der auswärtigen Not zu steuern, eine Novelle für Erhöhung der Indiensthaltung von Auslandskreuzern befohlen, damit auf diese Weise die Flotte ihre drei detachierten Kreuzer wiederbekommt, die jetzt im Ausland nicht zu missen sind. Mittelmeerdivision, die vier Schiffe haben sollte und nur noch zwei hat. So geht es nun einem England gegenüber nicht weiter. Nicht gute Artikel, sondern Schiffe können uns nur da helfen. Wilhelm."
Diese Bemerkungen des Kaisers gaben dem Staatssekretär des Reichsmarineamts Veranlassung, am 30. April dem Chef des Marinekabinetts Admiral von Müller ein für den Kaiser bestimmtes Schreiben zugehen zu lassen, in dem er sich gegen die Vorwürfe des Monarchen zu verteidigen suchte. Auf die Forderungen des Kaisers ging Tirpitz nicht eigentlich ein, doch sprach er sich gegen die von dem Londoner Marineattaché empfohlene und vom Kaiser gutgeheißene Anforderung des noch ausstehenden dritten Schiffes für das Jahr 1915 aus, durch die Churchill nur die brennend gesuchte Möglichkeit erhalten würde,

sie wären reciprociter als „nicht gegen England zählend“ anzusehen, dem englischen Sprichwort gemäß: It is a poor rule, that does not work both ways.

(gez.) Erich v. Müller

Nr. 15 597

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Korfu*

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 33 Berlin, den 25. April 1914
[abgegangen am 26. April]

Der englische Botschafter fragte heute namens seiner Regierung an, ob Euerer Majestät der Besuch eines englischen Geschwaders von vier großen Schlachtschiffen und vier Kleinen Kreuzern in einem deutschen Hafen innerhalb der Zeit vom 15. Juni bis 10. Juli genehm sein würde*. Gegebenenfalls bat der englische Botschafter um Bestimmung des Hafens und Datums. Euerer Majestät allergnädigste Befehle darf ich untertänigst erbitten.

Jagow

---

eine neue Flottenscare zu veranstalten, um noch größere Marineforderungen durchzudrücken. Ausdrücklich erklärte Tirpitz: „Nach meiner Ansicht ist die englische Politik des Reichskanzlers insofern inkonsequent, als er gegen die heutige politische Bedeutung der Flotte die Augen verschließt und nur Geld für die Armee verwenden will. Aber darin stimme ich dem Reichskanzler durchaus bei, daß die Anforderung des noch ausstehenden dritten Schiffes für das Jahr 1915 zugleich mit einer großen Personalvermehrung, einer erheblichen Erweiterung der Indiensthaltungen und einer Mehrforderung von ungefähr 50 Millionen Steuern gegen den Etat 1914 ein großer politischer Fehler sein würde.“ Damit bekannte sich auch Tirpitz zu dem Grundsatz des Reichskanzlers, daß angesichts der überragenden Bedeutung, die die weitere freundliche Entwicklung des deutsch-englischen Verhältnisses für Deutschlands politische Gesamtsituation hatte, auch von seiten der Flotte alles vermieden werden müsse, was diese Entwicklung stören könne. Allerdings war Tirpitz dabei wesentlich beeinflußt von der sich ihm nachgerade aufdrängenden Erkenntnis, daß schon, „um die Marine des jetzigen Flottengesetzes einschließlich Torpedoboote, U-Boote und Luftflotte in voller Leistungsfähigkeit und voller Gesundheit aufzustellen“, mindestens noch 6 bis 8 Jahre und 150 bis 200 Millionen neue Steuern erforderlich seien.

* Wie Staatssekretär von Jagow dem im Gefolge des Kaisers weilenden Gesandten von Treutler am 26. April (Nr. 44) mitteilte, sollte das englische Geschwader, das sich aus „King George V.“ und drei anderen Schlachtschiffen zusammensetzte, unter dem Befehl von Vizeadmiral Warrender stehen, während die vier Kreuzer von Commodore Goodenough befehligt würden.

## Nr. 15 598

### *Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Treutler, z. Z. in Korfu, an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 57 Korfu, den 27. April 1914

Antwort auf Telegramm Nr. 33 und Nr. 44 vom 26. April*.
Seine Majestät haben zu bestimmen geruht, daß den Engländern die Zeit vom 23. bis 30. Juni in Kiel (Kieler Woche) vorgeschlagen wird. Euere Exzellenz wollen den englischen Botschafter entsprechend benachrichtigen.

Ballin hatte an den Admiral von Müller geschrieben, er habe, falls das genehm sei, die Absicht, Churchill nach Kiel einzuladen, er glaube auch, daß der Genannte mit seinen sämtlichen Kollegen von der Admiralität eine etwaige Einladung gern annehmen würde. Herr von Müller hat nach Benehmen mit mir die Angelegenheit Seiner Majestät vorgetragen und die Genehmigung erhalten, Ballin in folgendem Sinne zu antworten:

„Eine Einladung sei nicht opportun; er sei aber überzeugt, daß eine offizielle Anfrage englischerseits, ob Mr. Churchill mit seinen Kollegen von der Admiralität in der Kieler Woche willkommen sei, mit Freuden begrüßt werden würde**."

von Treutler

## Nr. 15 599

### *Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten von Treutler, z. Z. in Karlsruhe*

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 61 Berlin, den 7. Mai 1914

Zum Vortrag:

Englischer Botschafter teilt mir schriftlich mit, es sei beschlossen worden, daß vorbehaltlich der Zustimmung Seiner Majestät des Kaisers das II. Schlachtgeschwader („King Georg V." mit „Centurion", „Ajax" und „Audacious") unter Kommando des Vizeadmirals, sowie das erste leichte Kreuzergeschwader („Southampton" mit „Birmingham" und „Nottingham") vom 23. bis 30. Juni in Kiel sein sollte.

---

* Siehe Nr. 15 597 nebst Fußnote.

** Wie Treutler am 29. April in einem Telegramm (Nr. 5a) bemerkte, wäre der Kaiser der Ansicht, daß eine Persönlichkeit wie Churchill nicht ohne offizielle Einladung als Privatgast nach Kiel kommen könne.

Englische Regierung erbittet möglichst umgehenden Bescheid, ob dies Seiner Majestät genehm*.

Jagow

## Nr. 15 600

### *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow*

Eigenhändiger Privatbrief

London, den 10. Mai 1914

Alles, was Sie über Flottenbesuch pp. schreiben, ist mir aus der Seele gesprochen. Nur keine Theatercoups, die sind den Engländern auch höchst zuwider. Überhaupt liegt eine gewisse Gefahr darin, daß man bei uns leicht zu viel will. Man wünscht keine Verbrüderung hier, die in Paris verstimmen könnte, wird aber, wie wir soeben gesehen, auch alles vermeiden, was bei uns Anstoß erregt.

Churchill scheint nach allem, was ich höre, nun doch mitzukommen und zwar an Bord seiner Jacht, vermutlich mit einigen Seelords und seiner schönen und sehr anmutigen Frau**. Wenn dabei

---

* Am 8. Mai telegraphierte Treutler zurück, daß der Kaiser mit dem vorgeschlagenen Besuch einverstanden sei.

** Die Absicht Churchills, nach Kiel zu gehen, zerschlug sich wieder. Den äußeren Grund bildete das Ausbleiben einer offiziellen Einladung, die der Kaiser nicht für angängig erachtet hatte. Vgl. B. Huldermann, Albert Ballin, S. 275 f., und die Mitteilungen des Marineattachés von Müller an das Reichsmarineamt vom 25. Mai (A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 424). Ob aber nicht auch die englische Besorgnis mitspielte, daß ein Besuch des Ersten Lords der Admiralität in Kiel den französischen Ententegenossen vor den Kopf stoßen werde? Jedenfalls war dies der Grund, aus dem das von dem amerikanischen Obersten Edw. M. House gelegentlich seiner Europamission (vgl. dazu den Anhang zu diesem Kapitel) betriebene Mitgehen Sir E. Greys nach Kiel unterblieb. Vgl. dazu Burton J. Hendrick, The Life and Letters of Walter H. Page I, 298: „Colonel House attempted to persuade Sir Edward Grey to visit the Kiel regatta . . . But the Government feared that such a visit would be very disturbing to France and Russia. Already Mr. Churchill's proposal for a ‚naval holiday' had so wrought up the French that a hurried trip to France by Mr. Asquith had been necessary to quiet them [vgl. dazu auch S. 73, Fußnote]; the consternation that would have been caused in Paris by the presence of Sir Edward Grey at Kiel can only be imagined." In Fürst Lichnowskys Berichten ist von einem eventuellen Besuch Sir E. Greys in Kiel nicht die Rede; dagegen kommt er in einem Privatbrief an Staatssekretär von Jagow vom 26. Mai nochmals auf den Churchillschen Besuch, nebenbei auch auf Londoner Gerüchte über eine beabsichtigte neue deutsche Flottennovelle zu sprechen: „Hier heißt es, Churchill ginge nicht mit nach Kiel. Er speiste kürzlich mit seiner Frau und Mutter bei uns, sprach mir aber nicht von der ganzen Angelegenheit, und ich hütete mich auch, ihn darauf anzureden. Nur seiner Mutter, die neben mir bei Tische saß, sagte ich, als sie mir andeutete, daß er wahrscheinlich nicht nach Kiel ginge, daß wir ihn begreiflicherweise nicht hätten einladen wollen, daß

nicht zu viel dummes Zeug geredet wird und wir etwas taktvoll Maß halten, so kann die Sache nicht so übel werden. Churchill ist ein sehr geriebener Fuchs und wird sicherlich versuchen, mit irgendwelchen Vorschlägen zu kommen*. Hoffentlich bleiben Sie die Zeit über in Kiel und gelingt es Ihnen, ausweichend zu antworten oder die Sache auf die lange Bank zu schieben. Sonst ist er ganz angenehm und zweifellos ein bedeutender Mensch. Als Politiker etwas phanta-

---

aber, falls er sich ansagte, er einer herzlichen Aufnahme vergewissert sein könne. Er stellt sich in letzter Zeit sehr freundschaftlich zu mir und ist weniger verschlossen und zurückhaltend wie früher. Sollte er doch hingehen, so kann ich mir einen Schaden davon nicht gewärtigen, falls nicht unsererseits unnötiges Zeug mit ihm erörtert wird. Ich könnte ihm auch vielleicht zu verstehen geben, daß er mit naval holiday und ähnlichem Unsinn nicht kommen soll. Fataler wäre mir schon die Anwesenheit des Battenbergers, schon wegen seiner Freundschaft mit Prinz Heinrich und weil er als Deutscher und als Fachmann mehr erfährt, als wünschenswert wäre. Gegen die Anwesenheit Churchills, falls er sich selbst ansagt, hätte ich aber keine ernsten Bedenken, falls die Sache nicht etwa in Pikiertheiten oder aber in Überschwänglichkeiten ausartet. Beides ist freilich nicht ausgeschlossen. . . . Übrigens herrschte vor kurzem wieder im Foreign Office Beunruhigung über eine angebliche Flottennovelle. Tyrrell, der ganz das Vertrauen Greys besitzt, redete mich kürzlich darauf an. Ich entgegnete, ich könnte ihm versichern, daß unsere Rüstungen zur See den Rahmen des Flottengesetzes innehielten und daß von einer Überschreitung derselben nicht die Rede sei. Unser Marineattaché bestätigt mir diese Auffassung und versichert mir, daß auch Tirpitz nichts im Sinne habe, was über das Flottengesetz hinausgeht. Alles, was durch das Flottengesetz vorgesehen wurde und sich nicht als eine dasselbe überschreitende Neuerung darstellt, wird hier ruhig hingenommen werden. Daran müssen wir festhalten. Neuforderungen aber in Gestalt einer Novelle würde an den hiesigen maßgebenden Stellen lebhafte Beunruhgung und Verstimmung hervorrufen und alles wieder in Frage stellen, was wir in letzter Zeit erreicht haben."

Zu den Gerüchten über eine deutscherseits beabsichtigte Flottennovelle vgl. auch die Mitteilungen des Marineattachés von Müller vom 25. Mai bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 424. Danach stammten die Gerüchte aus den Kreisen der englischen Botschaft in Berlin. Sie dürften auf mißverstandene Äußerungen des Kaisers, der ja im Februar und März zwar nicht eine eigentliche Flottennovelle, aber doch eine Erhöhung der Auslandsindiensthaltungen vorbereitet wissen wollte (vgl. Nr. 15 594, 15 596, S. 98, Fußnote), zurückzuführen sein. Ernstlich nähergetreten ist der Reichskanzler dem Gedanken einer neuen Flottenvermehrung auch im Juni 1914 nicht, als die Russen ihre Kriegsbereitschaft in dem offiziösen Artikel der „Birschewyja Wjedomosti" vom 13. Juni (vgl. dazu Kap. CCIC, Nr. 15 861 nebst Anlage) so laut ausposaunten; immerhin nahm er Anlaß, am 16. Juni Sir E. Grey durch Fürst Lichnowsky warnend darauf hinzuweisen, daß die „kriegerischen Tendenzen der russischen Militaristenpartei" auch auf deutscher Seite neue Rüstungen zu Lande und zu Wasser nahelegen müßten. Vgl. Kap. CCC, Nr. 15 883. Der Sinn der Warnung ging dahin, Sir E. Grey davon abzuhalten, dem russischen Chauvinismus durch den seit einiger Zeit lebhaft betriebenen Abschluß einer englisch-russischen Marinekonvention neue Nahrung zuzuführen.

* In der Tat trug sich Churchill mit solchen Absichten; sein Brief an Asquith und

stisch und unzuverlässig*. Er kommt mir aber viel offener jetzt entgegen als im Anfang. Ich glaube, er hat das Mißtrauen gegen uns überwunden, das bis vor kurzem die meisten jetzigen Politiker beherrschte. Bethmann, Sie und ich sind ihnen sympathisch, und sie haben sich beruhigt. Der empfindlichste Punkt bleibt Frankreich, dessen Erhaltung hier als Axiom gilt, und ich warne vor allen Maßnahmen, die als eine Herausforderung der Franzosen gedeutet werden könnten. Das würde sofort einen gründlichen Umschwung hervorrufen!

Unser Verhältnis zu England ist so gut — als es überhaupt sein kann. Mehr zu verlangen wäre unklug und vergeblich. Man kommt uns doch auf allen Gebieten entgegen.

Sehr bedauere ich die Nichtveröffentlichung des Kolonialabkommens** und möchte doch vorschlagen, in einiger Zeit wieder der Sache näherzutreten. Ich habe Angst, die ganze Sache fällt sonst unter den Tisch. Auch würde der Eindruck in der Öffentlichkeit sicherlich ein sehr günstiger sein. Der Windsorvertrag läßt sich doch mit der nötigen Sauce servieren.

Warnen möchte ich auch vor Quengeleien à la Sansibar. Erreichen werden wir doch nichts, es verstimmt bloß, und die Auslegung des Protektoratsbegriffs ist in Afrika verfassungsgemäß doch recht dehnbar. Gerade mit Bezug auf unsere eigenen Zukunftsabsichten ist es doch wichtig, die Engländer bei guter Laune zu erhalten und derartige Verträge nicht zu wörtlich zu nehmen.

Man hat mir hier zu verstehen gegeben, daß man Seine Majestät dieses Jahr lieber noch nicht hier haben möchte. Die innere Lage und die bevorstehenden Wahlen bieten ja eine gute Ausrede. Man wünscht hier möglichst in Ruhe gelassen zu werden, höfisch und politisch, und auf dieser Grundlage mit uns zusammen zu arbeiten. Je später er kommt, um so besser. Georg fühlt sich durch ihn auch erdrückt.

Lichnowsky

---

Sir E. Grey vom 30. Mai (The World Crisis, p. 179 ff.), der übrigens beweist, wie gern Churchill einer Einladung nach Kiel gefolgt sein würde, entwickelt ein ganzes Programm von Vorschlägen für den Fall des Zustandekommens einer Diskussion. Sir E. Grey freilich teilte nach Churchills eigener Angabe die Besorgnis Fürst Lichnowskys, daß bei einer solchen Diskussion mehr Böses als Gutes entstehen möge.

* In seiner Denkschrift „Meine Londoner Mission 1912—1914“, S. 20, drückt sich Fürst Lichnowsky über Churchill wesentlich anders aus. Während in den Briefen an Jagow der erste Seelord als ein schlauer und berechnender Staatsmann, sein Holiday-Vorschlag als eine Finte erscheint, heißt es in der Denkschrift: „Ich bin überzeugt, daß Churchills Anregung aufrichtig gemeint war, wie überhaupt Winkelzügigkeit nicht im Wesen des Engländers liegt.“

** Vgl. dazu Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXIV.

Nr. 15 601

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Entzifferung

Nr. 178 St. Petersburg, den 16. Juni 1914

Der Marineattaché Kapitän zur See von Fischer berichtet, es sei ihm von seinem englischen Kollegen *, der ihm schon mehrfach greifbare Beweise seiner Deutschfreundlichkeit gegeben habe, folgendes erzählt worden:

„Ein Korrespondent der ‚Times' sei zu ihm gekommen, um sich über die bevorstehende Ostseereise englischer Geschwader ** des näheren zu informieren. Im Laufe des Gesprächs habe der Korrespondent geäußert, es sei die Aufgabe der Times: To minimize as much as possible the visit at Kiel and for the same purpose to make an affair of greatest importance of the visit in Russia. Der Marineattaché habe ihm darauf bedeutet, daß ein solches Verfahren schwerlich in der Absicht der Regierung liegen könne, und daß er nicht willens sei, die ‚Times' in ihrem Vorhaben zu unterstützen. Nach einer erregten Diskussion habe er sich darauf von dem Korrespondenten getrennt."

---

* Fregattenkapitän Grenfell.

** Gleichzeitig mit der Entsendung des englischen Geschwaders nach Kiel unternahmen andere Geschwader Fahrten nach Kronstadt, Kopenhagen, Kristiania und Stockholm. Politische Bedeutung kam dem Besuch des englischen Geschwaders in Kronstadt zu. In einem Bericht des Botschafters Grafen Pourtalès vom 30. Juni (siehe Kap. CCC, Nr. 15 885) heißt es darüber: „Beim Besuch des englischen Geschwaders ist denn auch von offizieller russischer Seite alles aufgeboten worden, um den Festlichkeiten zu Ehren der englischen Gäste besonderen Glanz zu verleihen und das Ententeverhältnis bei diesem Anlaß zu betonen. Die beiderseitigen Trinksprüche, in denen die russisch-englische Freundschaft gepriesen wurde, waren sehr warm im Ton, ohne daß übrigens irgendwelche Äußerungen dabei fielen, welchen in politischer Hinsicht besondere Bedeutung beizumessen wäre. Die von einigen Zeitungen dem englischen Botschafter in den Mund gelegten Worte sind von diesem nicht gesprochen worden. Sir George Buchanan hat nur seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß ‚der Grund zu einem dauernden Einvernehmen zwischen England und Rußland' gelegt worden sei. Die ‚Nowoje Wremja' hatte daraus gemacht, daß ein ‚festes Abkommen zwischen England und Rußland zustande' gekommen sei, und dieser unrichtige Wortlaut war von einigen Blättern, auch von deutschen, übernommen worden." Vgl. dazu A. v. Tirpitz, Erinnerungen, S. 222, der die Äußerungen Sir G. Buchanans auf eine englisch-russische Marinekonvention bezieht, über deren Abschluß eben damals viel verlautete (vgl. dazu Kap. CCC) und Sir G. Buchanan, My Mission to Russia, I, 185 f., der durchaus — im Einklang mit dem Bericht Graf Pourtalès' — bestreitet, von dem Abschluß einer Marinekonvention oder eines Vertrages gesprochen zu haben.

Dem Kapitän von Fischer erschien es wichtig, festzustellen, ob der englische Botschafter von der Angelegenheit wisse, und ob der Attaché vielleicht zu diesen Mitteilungen beauftragt war. Der Frage, ob der Botschafter mit seiner Äußerung einverstanden sein würde, da die „Times“ doch der Regierung nahestände, wich der englische Marineattaché jedoch aus und antwortete nur: In jedem Fall hoffe er etwas Nützliches getan zu haben. Seiner Ansicht nach betriebe die „Times“ eigene und unheilvolle Politik.

Pourtalès

Nr. 15 602

## *Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Graf von Wedel, z. Z. in Kiel, an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 92 Kiel, den 25. Juni 1914

Englischer Admiral hat Seine Königliche Hoheit Prinzen Heinrich gebeten, Genehmigung zu erwirken, daß die drei englischen Kreuzer „Southampton“, „Birmingham“, „Nottingham“ des hier anwesenden britischen Geschwaders ihre Rückfahrt von Kiel aus durch den Nordostsee-Kanal nehmen. Prinz Heinrich legt großen Wert darauf, daß der englischen Bitte entsprochen werde, Seine Majestät der Kaiser sind damit einverstanden, von seiten der technischen Verwaltungsbehörde des Kanals und von der Marine werden keinerlei Bedenken erhoben. Englisches Geschwader wird am 30. d. Mts. Rückfahrt antreten. Im Hinblick auf Kürze der Zeit anheimstelle, den Präsidenten des Kaiserlichen Kanalamts Dr. Kautz in Kiel mit telegraphischer Weisung zu versehen, daß seitens des Auswärtigen Amtes gegen die Durchfahrt der genannten drei englischen Kreuzer Bedenken nicht geltend gemacht werden.

Wedel

Nr. 15 603

## *Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel, an König Georg V. von England*

Telegramm. Konzept

Kiel, den 25. Juni 1914

His Majesty the King, London

I wish to express to you my most heartfelt thanks for the visit to Kiel by the fine squadron under the command of Sir George War-

render whom I was most pleased to meet*. Let us hope and trust that the spirit of true and good fellowship and mutual esteem now existing between the british and german navies may ever last.

William I. R.

Nr. 15 604

*König Georg V. von England an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel*

Telegramm. Abschrift

Welbeck Abbey, 27. Juni 1914

The Emperor, Kiel

I thank you warmly for the hospitable reception accorded to my fleet at Kiel and for all the kindness you are personally showing them**. I heartily reciprocate the sentiments expressed by you with regard to our two navies.

(signed) George R. I.

---

* Zu dem vom 23. bis 30. Juni dauernden Aufenthalt des englischen Geschwaders in Kiel vgl. A. v. Tirpitz, Erinnerungen, S. 204; Churchill, The World Crisis, p. 187 f. In englischen Zeitungen wurden über den Besuch, während dessen am 28. Juni, inmitten der Festlichkeiten, die schicksalsschwere Nachricht von der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers in Serajewo eintraf, manche irrige Nachrichten verbreitet. So sollte der Kaiser nach den „Daily News" vom 26. Juni während zweier Besuche auf dem englischen Flaggschiff „King George V." den größten Eifer an den Tag gelegt haben, alle Details dieses Schiffs in Augenschein zu nehmen. Tatsächlich ist der Kaiser, wie aus seinen Randbemerkungen zu dem Artikel hervorgeht, nur einmal auf dem „King George V." gewesen, und er hat es absichtlich vermieden, bei dieser Gelegenheit eine genauere Inspektion vorzunehmen: „Ich habe ausdrücklich nur eine ‚private visit' und keine ‚Inspection' gemacht, um keine Gegenleistungen machen zu müssen." Auf englischer Seite scheint eine solche Zurückhaltung nicht überall geübt zu sein. Vgl. Der Krieg zur See 1914—1918, herausgegeben vom Marinearchiv. Der Krieg in der Nordsee, Bd. I, S. 2: „Die beteiligten deutschen Marinekreise erkannten bei aller Freundschaftlichkeit des Verkehrs aus deutlichen Anhaltspunkten sehr bald, daß von englischer Seite in erheblich weiterem als dem sonst üblichen Umfang versucht wurde, diesen Besuch zur eingehenden Erkundung unserer Marineverhältnisse, insbesondere des Kaiser-Wilhelm-Kanals und der Zahl und Leistungsfähigkeit der U-Boote auszuwerten. Es war bekannt, daß die Verbreiterung des Kanals, die es gestattete, daß dieser nunmehr auch von Großkampfschiffen befahren werden konnte, im Hochsommer 1914 beendet sein sollte."

** Auch die englische Regierung ließ durch Botschafter Sir W. E. Goschen am 1. Juli „their cordial thanks for the hearty welcome given to His Majesty's ships during their visit to Kiel, and their sense of the honour paid by His Imperial Majesty the Emperor in visiting His Majesty's Ships in person" ausdrücken.

Anhang

# Die Europamission Colonel House's
# Mai 1914



## Nr. 15 605

### *Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Washington Grafen von Bernstorff*

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 76 Berlin, den 6. Mai 1914

Amerikanischer Botschafter * erwartet 23. Mai Besuch von Colonel Edward House aus Texas ** und fragt mich vertraulich, ob Empfang durch Seine Majestät den Kaiser möglich. House angeblich intimer Freund des Präsidenten Wilson. Bitte vertrauliche Auskunft über House. Drahtantwort.

Jagow

---

* James W. Gerard.

** Über die Genesis der Mission Colonel Houses nach Europa vgl.: The Life and Letters of Walter H. Page. By Burton J. Hendrick I, 270 ff., und: The intimate Papers of Colonel House. Arranged as a Narrative by Charles Seymour, I, 241 ss. Danach trug sich Colonel House schon seit Anfang 1913 mit dem Gedanken, ein besseres Verständnis zwischen England und Deutschland herbeizuführen. Im Mai konferierte er darüber mit dem deutschen Botschafter Graf Bernstorff, der die Ideen Houses sympathisch aufnahm, Anfang Juli auf einer Reise nach England auch mit Sir E. Grey, dessen Äußerungen jedoch wesentlich zurückhaltender lauteten. Anfang Dezember 1913 erörterte Oberst House dann mit dem in New York weilenden Privatsekretär Sir E. Greys, Sir William Tyrrell, den Gedanken „to bring about an understanding between France, Germany, England and the United States, regarding a reduction of armaments, both military and naval", wobei auch der Churchill'sche Vorschlag eines naval holiday in Betracht gezogen wurde. Bei dieser Gelegenheit suggerierte Sir W. Tyrrell dem amerikanischen Colonel die Idee, nach Deutschland zu gehen und dem Kaiser Wilhelm II. u. a. zu sagen, „that England and Amerika had buried the hatchet and there was a strong feeling that Germany should come into this good feeling and evidence their good intention by agreeing to stop building an extravagant navy and to curtail militarism generally". Sir W. Tyrrell, der sonst nicht eben deutschfreundlich gesinnt war, versicherte House in gleichem Atem „that England would cooperate with Germany cordially and had been ready to do so for a long while". Seinerseits griff House die Idee mit großem Eifer auf. Am 13. Dezember schrieb er an den amerikanischen Botschafter in London W. H. Page unter Bezugnahme auf den Besuch Sir W. Tyrrells: „It occurred to me that between us all we might bring about the naval holiday which Winston Churchill has proposed. My plan is that I should go to

Nr. 15 606

*Der Botschafter in Washington Graf von Bernstorff an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 85 Washington, den 6. Mai 1914
[pr. 7. Mai]

Ich schrieb bereits Privatbrief, der unterwegs an Graf Montgelas* mit der Bitte um möglichst freundliche Behandlung von House, den man vielleicht als den einzigen persönlichen Freund Wilsons bezeichnen kann. Als Texaner hat er besonders in Mexikofrage** Einfluß ausgeübt. Er lebt jetzt in New York, wo er mit den großen Bankiers gut bekannt. Ich traf ihn öfters bei Speyer und Warburg. Ich befürworte Empfang durch Seine Majestät, falls angängig.

Bernstorff

Nr. 15 607

*Der Botschafter in Washington Graf von Bernstorff an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt Grafen von Montgelas*

Privatbrief. Ausfertigung

Washington, D. C., den 5. Mai 1914
[pr. 16. Mai]

Demnächst werden Colonel und Mrs. House nach Berlin kommen und, soviel ich weiß, bei dem amerikanischen Botschafter wohnen.

---

Germany in the spring and see the Kaiser, and try to win him over to the thought that is uppermost in our mind and that of the British Government. — Sir William thought there was a good sporting chance of success. He offered to let me have all the correspondence that had passed between the British and German Governments upon this question so that I might be thoroughly informed as to the position of them both. He thought I should go directly to Germany without stopping in England, and that Gerard should prepare the Kaiser for my coming, telling him of my relations with the President. He thought this would be sufficient without any further credentials.“ In einem weiteren Brief an Botschafter Page vom 4. Januar 1914 wird der Mission ein wesentlich umfassenderes Programm zugrunde gelegt: „The general idea is to bring about a sympathetic understanding between England, Germany and America, not only upon the question of disarmament but upon other matters of equal importance to themselves and to the world at large.“

* Siehe das folgende Schriftstück.

** Inmitten der fortgesetzten mexikanischen Revolutionswirren war es am 11. April in Tampico zu einem amerikanisch-mexikanischen Zwischenfall gekommen, worauf am 21. April amerikanische Marinetruppen unter Befehl des Admirals Fletcher Veracruz besetzten. Eine Woche später landete ein 5000 Mann starkes Truppenkorps, nachdem am 23. die diplomatischen Beziehungen zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten abgebrochen waren.

Jedenfalls wird sich Gerard ihrer annehmen, da Colonel House der intimste Freund des Präsidenten Wilson ist. Er gehört zu den wenigen Leuten, mit welchen der einsiedlerische Präsident überhaupt freundschaftlich verkehrt. Sonst sieht Herr Wilson die Menschen nur zu geschäftlichen Besprechungen. Colonel House gilt daher hier als „the power behind the throne". Wenn hierin auch eine der üblichen amerikanischen Übertreibungen liegen mag, so ist jedenfalls so viel wahr, daß Colonel House großen Einfluß besitzt. Er hat Interessen in Texas und konnte daher auch oft den Präsidenten in der mexikanischen Frage beraten, meistens in der energischen Richtung im Gegensatze zu Bryan.

Wenn sich Gelegenheit bieten sollte, Colonel House freundlich zu behandeln, so würde dies in unserem Interesse liegen. Sie werden, falls Sie ihn kennen lernen, in Colonel House einen angenehmen Gesellschafter finden. Er weiß auch in Wall Street gut Bescheid. Ich traf ihn bei Speyers und Warburgs *.

Bernstorff

---

* Die Ankunft Colonel Houses in Berlin erfolgte gegen den 25. Mai, die Abreise am 2. Juni. Über den Aufenthalt Houses in der deutschen Hauptstadt, seine Eindrücke, seine Unterredungen zunächst mit Staatssekretär von Jagow und Staatssekretär von Tirpitz — nicht jedoch, trotz der Angabe I. W. Gerards (Meine vier Jahre in Deutschland, S. 64), mit Reichskanzler von Bethmann Hollweg, der durch den Tod seiner Gemahlin (11. Mai) in Trauer versetzt war —, und seinen Empfang beim Kaiser (1. Juni) sind wir in aller Ausführlichkeit unterrichtet durch die von Charles Seymour besorgte Ausgabe der Papiere Houses (The Intimate Papers of Colonel House, I, 254 ss.), die neben den Briefen Houses an den Präsidenten Wilson genaue Tagebuchaufzeichnungen über den Aufenthalt des Colonel in Berlin, Paris und London enthalten. Ergänzende Briefe Houses an den Botschafter W. H. Page in London finden sich in Burton S. Hendricks Bearbeitung der Page'schen Memoiren. Was indessen Seymour und Hendrick in ihrem verbindenden Text über die Eindrücke Houses in Berlin berichten, ist mit einiger Vorsicht aufzunehmen. Während nämlich Seymour und noch mehr Hendrick die Sache so hinstellen, als ob der beherrschende Eindruck, den House in Berlin gewonnen habe, der eines allmächtigen, auch den Kaiser in seinen Banden haltenden und auf den Krieg lossteuernden Militarismus gewesen sei, lauten die gleichzeitigen Äußerungen Houses wesentlich reservierter. Allerdings heißt es in einem Briefe an den Präsidenten Wilson vom 29. Mai: „The situation is extraordinary. It is militarism run stark mad. Unless someone acting for you can bring about a different understanding, there is some day to be an awful cataclysm. No one in Europe can do it. There is too much hatred, too many jealousies." Aber schon diese Worte zeigen, daß House mit dem „militarism run stark mad" nicht bloß die Situation in Deutschland, sondern die allgemeine Situation Europas meint. Deutlicher wird noch in den folgenden Worten, daß House nicht in Deutschland, wie ihm unterstellt worden ist, die den Weltfrieden bedrohende Macht gesehen hat, sondern in Frankreich und Rußland: „Whenever England consents, France and Russia will close in on Germany and Austria. England does not want Germany wholly crushed, for she would then have to reckon alone with her ancient enemy, Russsia; but if Germany insists upon an ever-increasing navy, then England will have no choice. The best chance for peace is an

## Nr. 15 608

### *Colonel Edward M. House, z. Z. in London, an den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Zimmermann*

Eigenhändiger Privatbrief

American Embassy, London, July, 8. 1914

My dear Herr Zimmermann:

When His Majesty did me the honor to invite me to Potsdam and expressed a wish to inform him concerning certain matters in

---

understanding between England and Germany in regard to naval armaments and yet there is some disadvantage to us by these two getting too close.“ In genau dem gleichen Sinne äußerte sich House nach seinen Tagebuchnotizen vom 27. Mai zu Staatssekretär von Tirpitz, ohne freilich bei diesem, den er „the most anti-English of any of the German officials with whom I talked“ nennt, Vertrauen auf Englands Verständigungsbereitschaft zu begegnen: „I pointed out the danger in this programme, for, while Great Britain did not desire to see Germany crushed because it would leave her to reckon alone with her ancient enemy, Russia, at the same time she could not view with equanimity the ever-increasing naval strength of Germany combined with her large and efficient standing army. If it came to a decision as to whether Germany should be crushed or be permitted to have a navy sufficient to overcome British supremacy at sea, their policy would clearly be to let Germany go under.“ Von dem Kaiser, mit dem House am 1. Juni gelegentlich des „Schrippenfests“ eine halbstündige Unterredung unter vier Augen hatte, sagt er: „I found him much less prejudiced and much less belligerent than von Tirpitz. He declared he wanted peace because it seemed to Germany's interest. Germany had been poor, she was now growing rich, and a few more years of peace would make her so. ‚She was menaced on every side. The bayonets of Europe were directed at her‘ and much more of this he gave me. Of England he spoke kindly and admiringly. England, America and Germany were kindred peoples and should draw closer together.“ Auch bezüglich einer Flottenverständigung und eines politischen Zusammengehens mit England äußerte sich der Kaiser nach House wesentlich entgegenkommender als Tirpitz, wenngleich er betonte, „that he must have a large navy in order to protect Germany's commerce in an adequate way, and one commensurate with her growing power and importance“. Im ganzen schied Colonel House von Berlin mit entschiedener Befriedigung und keineswegs, wie Hendrick und Seymour glauben machen wollen, in pessimistischer Grundstimmung. Am 8. Juli schrieb er selbst dem Kaiser (vgl. Nr. 15 609): „I received every reasonable assurance of Your Majesty's cordial approval of the President's purpose.“ Auch in einem gleich nach der Unterredung an Botschafter Page gerichteten kurzen Briefe vom 3. Juni gesteht House, daß das Gespräch mit dem Kaiser „satisfactory“ ausgefallen sei und daß er, der Oberst, mit dem Monarchen übereingekommen sei, ihn über alles auf dem laufenden zu erhalten, was er bei der Fortsetzung seiner Reise in Paris und London ausrichten würde (to keep him in touch with results — if there are any). Ebenso hieß es in einem Briefe Houses an Wilson, der kurz das Berliner Gesamtresultat zusammenfaßte: „I am glad to tell you that I have been as successful as I anticipated . . . I am very happy over what has been accomplished and I am eager to get to London to see what can be done there. I have a feeling that the soil will be much more fallow.“ Seine Ahnung sollte ihn nicht täuschen; gerade in London wurden seine Entwürfe und Hoffnungen an

connection with my visit to England His Majesty was good enough to consent and I was instructed to find any communication through you and the Foreign Office. I shall greatly appreciate your forwarding to His Majesty the inclosed letter *. In the event it should please His Majesty to communicate with me, I shall be in London until July 21th. After that time, I may be reached in care of the White House, Washington. With assurance of very high regard, and with thanks for your many courtesies while at Potsdam, I am, my dear Herr Zimmermann,

Sincerely yours,
Edward M. House

Nr. 15 609

*Colonel Edward M. House an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Balholm* **

Eigenhändige Ausfertigung

London, July 8. 1914

Sir!

Your Imperial Majesty will doubtless recall our conversation at Potsdam, and that with the President's consent and approval I came to Europe for the purpose of ascertaining whether or not it was possible to bring about a better understanding between the Great Powers, to the end that there might be a continuation of peace, and later a beneficent economic readjustment, which a lessening of armaments would ensure. Because of the commanding position Your Majesty occupies, and because of your wellknown desire to maintain peace, I came, as Your Majesty knows, directly to Berlin. I can never forget the gracious acceptance of the general purposes of my mission, the masterly exposition of the worldwide political conditions as they exist to-day, and the prophetic forecast as to the future which Your Majesty then made ***. I received every reasonable assurance of Your Majesty's cordial approval of the President's purpose, and I left Germany happy in the belief that Your Majesty's great influence would be thrown in behalf of peace and the broadening of the world's commerce. In France † I tried to reach the thoughts of her people in

dem „conservative delay" zuschanden, mit dem nach seinem eigenen Ausdruck — enthalten in einem Brief an Wilson vom 31. Juli — „Sir Edward Grey and his confrères" die Sache behandelten. Vgl. Nr. 15 609 nebst Fußnote **.

* Siehe das folgende Schriftstück.

** Bereits veröffentlicht bei G. v. Jagow, England und der Kriegsanfang, S. 77ff.; jetzt auch in: The Intimate Papers of Colonel House, Vol. I, p. 278 ss.

*** Näheres darüber in: The Intimate Papers of Colonel House, I, 261 ss.

† Über den Aufenthalt Colonel Houses in Paris, wo er während der Kabinettskrise eintraf und den Boden für irgendwelche Verhandlungen oder Diskussionen ungeeignet fand, vgl.: The Intimate Papers of Colonel House a. a. O., I, 264 s.

regard to Germany and to find what hopes she nursed. My conclusion upon leaving was that her statesmen have given over all thought of revenge, or of recovery of the two provinces. Her people in general still have hopes in both directions, but her better-informed rulers would be quite content if France could be sure of her autonomy as it now exists. It was then, Sir, that I came to England and with high hopes, in which I have not been disappointed. I first approached Sir Edward Grey, and I found him sympathetic to the last degree. After a two hours' conference, we parted with an understanding that we should meet again within a few days. This I inferred to mean that he wished to consult with the Prime Minister and his colleagues. At our next conference, which again lasted for two hours, he had to meet me, the Lord Chancellor*, Lord Crewe, and Sir William Tyrrell. Since then I have met the Prime Minister and practically every important member of the British Government, and I am convinced that they desire such an understanding as will lay the foundation for permanent peace and security. England must necessarily move cautiously lest she offend the sensibilities of France and Russia; but, with the changing sentiment in France, there should be a gradual improvement of relations between Germany and that country which England will now be glad to foster. While much has been accomplished, yet there is something still to be desired in order that there may be a better medium created for an easy and frank exchange of thoughts and purposes. No one knows better than Your Majesty of the unusual foment that is now going on throughout the world, and no one is in so fortunate a position to bring about a sane and reasonable understanding among the statesmen of the Western peoples, to the end that our civilization may continue uninterrupted. While this communication is, as Your Majesty knows, quite unofficial, yet it is written in sympathy with the well-known views of the President, and, I am given to understand, with the hope

* Lord Haldane.

** Näheres über den Aufenthalt Colonel Houses in London und die dort gewonnenen Eindrücke siehe in: The Intimate Papers of Colonel House, Vol. I, p. 265 ss. und in: The Life and Letters of Walter H. Page, Vol. I, 298 ss. Die Eindrücke waren trotz der zuversichtlichen Wendungen, in die House seinen Bericht an den Kaiser kleidete, weit weniger befriedigend als die Berliner Eindrücke und hätten auch ohne die Wendung, die die Dinge durch die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand nahmen, das Scheitern der Mission Houses bedeutet. Völlig fiel House mit der Anregung bei Sir E. Grey ab, daß dieser sich mit ihm zu den Regatten nach Kiel begeben möge, um dort mit dem Kaiser den Plan eines englisch-amerikanisch-deutschen Einverständnisses zu diskutieren. Es wurde bezeichnenderweise eingewandt „that such a visit would be very disturbing to France and Russia". Vgl. S. 101, Fußnote**. Auch der Anregung Houses, daß Großbritannien und Rußland Deutschland erlauben möchten „to aid in the development of Persia", setzte Sir E. Grey Bedenken entgegen. Sympathischer stellte sich der englische Staatssekretär zu der von Oberst House weiterhin vor-

from His Britannic Majesty's Government that it may bring a response from Your Majesty which may permit another step forward.

Permit me, Sir, to conclude by quoting a sentence from a letter which has come to me from the President: „Your letter from Paris, written just after coming from Berlin, gives me a thrill of deep pleasure. You have, I hope and believe, begun a great thing and I rejoice with all my heart."

I have the honour to be, Sir, with the greatest respect, Your Majesty's very obedient Servant,

Edward M. House

## Nr. 15 610

### *Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Grafen von Wedel, z. Z. in Balholm*

Ausfertigung

Berlin, den 18. Juli 1914

Euer Hochgeboren übersende ich in der Anlage ergebenst ein an Seine Majestät den Kaiser gerichtetes Schreiben des amerikanischen Obersten Edward Mandell House*.

Colonel House ist am 1. Juni d. Js. in meiner Gegenwart von Seiner Majestät im Neuen Palais empfangen worden und hat damals

gebrachten Idee eines allgemeinen Einverständnisses zwischen Amerika, England, Frankreich, Deutschland usw. über einen Plan „by which investors on the one hand may be encouraged to lend money at reasonable rates and to develop, under favourable terms, the waste places of the earth, and on the other hand to bring about conditions by which such loans may be reasonably safe". Aber die Dinge rückten trotz der wiederholten Besprechungen, die House mit den englischen Staatsmännern hatte, auf keine Weise vom Fleck. Der Grund war, daß Sir E. Grey auch hier keine Möglichkeit sah, Deutschland näher zu rücken, ohne Frankreich und Rußland vor den Kopf zu stoßen. Es war genau der gleiche Grund, der im Frühjahr 1912 die deutsch-englischen Verhandlungen über ein Neutralitätsabkommen zum Scheitern gebracht hatte. Sir E. Grey wollte auch keinerlei offizielle oder schriftliche Antwort auf Houses mancherlei Anregungen und Vorschläge von sich geben „for fear of offending French and Russian sensibilities in the event it should become known". Ja, der leitende englische Staatsmann hielt House davon ab, nach Deutschland zurückzukehren und dort seine Pläne mit besserem Erfolge zu betreiben. Dagegen war Sir E. Grey damit einverstanden, daß House den Deutschen Kaiser, wie er ihm zugesagt hatte, brieflich von seinen Londoner Eindrücken in Kenntnis setzte, was in dem obigen Brief geschah. Daß Oberst House den Mißerfolg seines „great adventure", wie er seine Europamission zu nennen pflegte, ganz vorwiegend England, nicht Deutschland zur Last legte, ergibt sich mit voller Deutlichkeit aus einem Briefe, den er kurz nach dem Ausbruch des Weltkrieges an Botschafter Page richtete: „It is all a bad business, and just think how near we came to making such a catastrophe impossible! If England had moved a little faster and had let me go back to Germany the thing, perhaps, could have been done." Hendrick, a. a. O., p. 299.

* Siehe Nr. 15 609.

die allerhöchste Erlaubnis erhalten, über seine auf einer bevorstehenden Reise nach Frankreich und England gewonnenen Eindrücke durch meine Vermittlung zu berichten.

Die Gewährung der erwähnten Audienz ist seinerzeit vom Kaiserlichen Botschafter in Washington sehr warm befürwortet worden, da Colonel House der intimste Freund des Präsidenten Wilson sei und in Amerika großen Einfluß besitze.

Euer Hochgeboren bitte ich das Schreiben nach Kenntnisnahme Seiner Majestät vorzulegen und für mich die allerhöchste Ermächtigung nachzusuchen, dem Verfasser den Dank Seiner Majestät zu übermitteln und in einigen allgemeinen Wendungen das allerhöchste Interesse an seinen Bestrebungen zum Ausdruck zu bringen.

Zimmermann

---

Randbemerkung des Grafen von Wedel:

[1] Urschriftlich nebst Anlage dem Auswärtigen Amte in Berlin mit der Meldung gehorsamst zurückgereicht, daß ich Seiner Majestät über den Inhalt des Houseschen Briefes Vortrag gehalten habe, sowie daß Seine Majestät den Herrn Unterstaatssekretär ermächtigen, dem Verfasser, wie vorgeschlagen, zu danken.

Balholm, den 21. Juli 1914
P. Wedel.

## Nr. 15611

## *Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Zimmermann an Colonel Edward M. House*

Privatbrief. Entwurf *

Berlin, August 1th, 1914

I have much pleasure in informing you that I laid the letter which addressed to His Majesty the Emperor from London before His Majesty. I am directed to convey to you His Majesty's sincere thanks and beg to add that the Emperor took note of its content with great interest.

Zimmermann

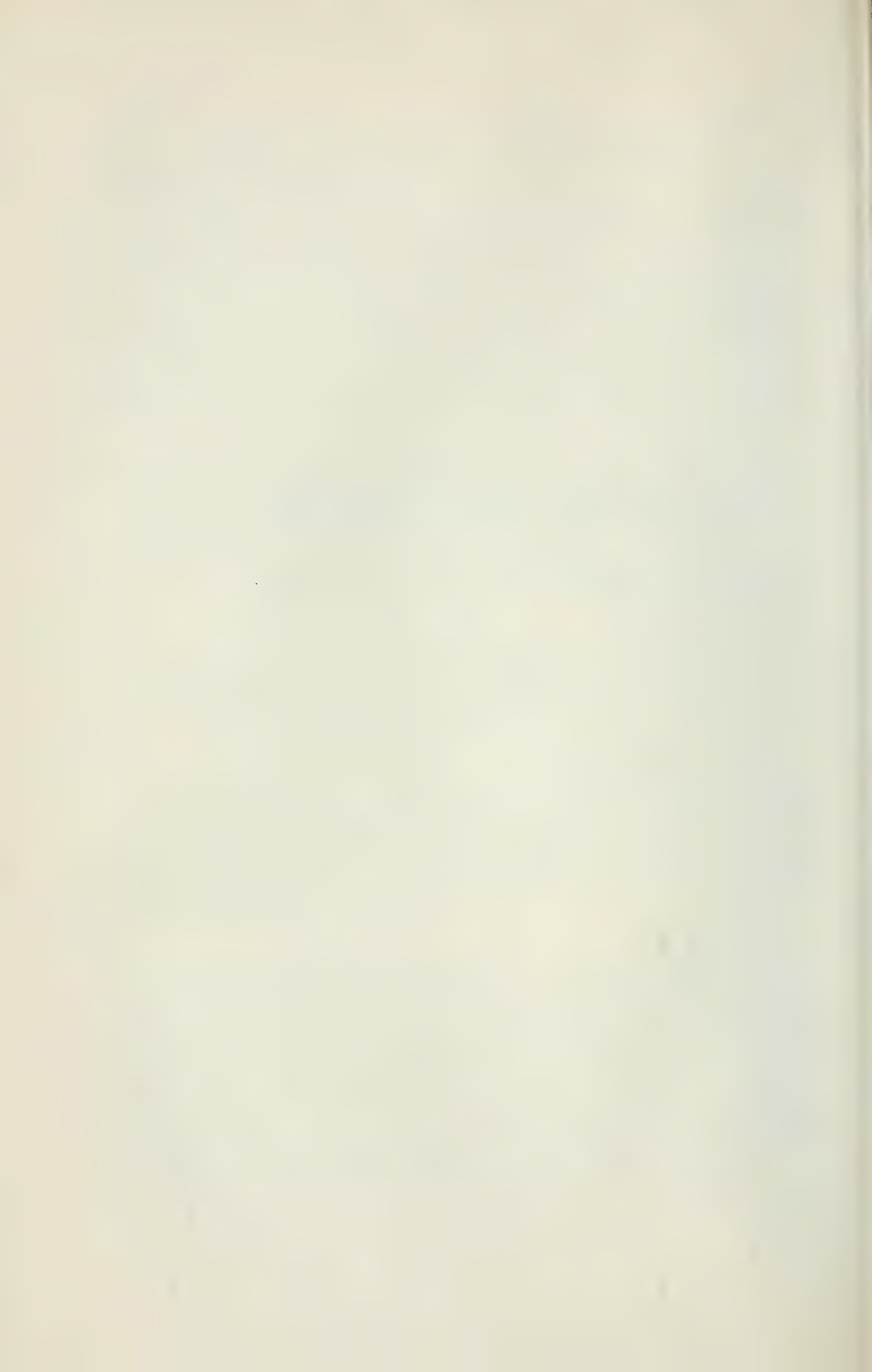
---

* Der Entwurf erhielt, nachdem im Lauf des 1. August die letzten Aussichten zur Erhaltung des Weltfriedens geschwunden waren, eine veränderte Fassung. Er ist abgedruckt in: The Intimate Papers of Colonel House, Vol. I, p. 285 s. und lautet: „I beg to inform you that I laid the letter which you addressed to His Majesty the Emperor from London before His Majesty. I am directed to convey to you His Majesty's sincere thanks. — The Emperor took note of its contents with the greatest interest. Alas, all His strong and sincere efforts to conserve peace have entirely failed. I am afraid that Russia's procedure will force the old world and especially my country in the most terrible war! There is no chance now to discuss the possibility of an understanding, so much desired, which would lay the foundation for permanent peace and security.

Kapitel CCXCIII

# Erörterungen über Englands Stellung in einem europäischen Kriege

Dezember 1912 bis Februar 1914



## Nr. 15612

### *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Ausfertigung

Nr. 1130 London, den 3. Dezember 1912

Lord Haldane besuchte mich heute, um mit mir die politische Lage zu besprechen. Während der längeren Unterredung betonte er

---

* Bereits veröffentlicht von A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 361f. Gleichfalls bei Tirpitz abgedruckt (S. 363f.) ist ein Schreiben des Prinzen Heinrich von Preußen an Kaiser Wilhelm II. vom 11. Dezember 1912, das in Abschrift in den Akten des Auswärtigen Amtes enthalten ist. Prinz Heinrich, der Anfang Dezember in England weilte, hatte dem Kaiser friedliche Versicherungen des englischen Königs zu übermitteln. Seine Gesamteindrücke schilderte Prinz Heinrich dahin, „daß England friedliebend ist und jeden Konflikt mit uns zu vermeiden suchen wird, es wird lieber gut als schlecht mit uns stehen wollen. — Sollte ein ernster europäischer Konflikt entstehen, welcher zur Folge haben müßte, daß Deutschland seine Bündnistreue Österreich gegenüber hält, so würde nach dem heutigen Stand der Dinge vielleicht mit einer Neutralität, nicht aber mit einem Mitgehen Englands auf deutscher Seite zu rechnen sein, denn England wird, wie immer, bestrebt sein, das Mächteverhältnis auf dem Kontinent nach Möglichkeit zu regulieren und vermutlich seine Kräfte zugunsten des Unterliegenden, also Schwächeren, einsetzen". Der Kaiser, der zu dem Worte „Neutralität" auf Grund der Eindrücke, die der obige Bericht Fürst Lichnowskys in ihm hinterließ, die Bemerkung fügte: „Bereits erledigt, es geht mit Frankreich", schrieb darauf dem Prinzen Heinrich unter Hinweis auf die Eröffnungen Lord Haldanes an Fürst Lichnowsky (siehe oben) in skeptischem Sinne. Das gab dem Prinzen Heinrich Veranlassung, sich am 15. Dezember gleichzeitig mit einem neuen Briefe an den Kaiser brieflich an den König von England zu wenden. In einem dritten Briefe des Prinzen an seinen kaiserlichen Bruder vom 23. Dezember heißt es darüber: „Am gleichen Tage, als ich Dir meinen letzten Brief schrieb als Antwort auf den Deinigen, schrieb ich einen solchen an Georgie, in welchem ich ihm einmal mitteilte, daß ich mich meiner Aufträge an Dich entledigt und auch von Dir eine Bestätigung hierüber erhalten hätte; gleichzeitig teilte ich ihm mit, daß ich durch Dich davon unterrichtet sei, daß im Auftrage Greys Haldane via Lichnowsky offiziell die Stellung Englands in einem europäischen Kriege notifiziert hätte. — Diese Gelegenheit habe ich benutzt, um Georgie noch einmal auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die für den Weltfrieden hierdurch

wiederholt die Notwendigkeit, in der orientalischen Krisis zu einem Ausgleich der Gegensätze zu gelangen, da es unabsehbar sei, welche Folgen eine kriegerische Verwickelung, in die eine oder mehrere der Großmächte hineingezogen würden, haben könnte. England sei unbedingt friedlich und kein Mensch wolle hier den Krieg, schon aus wirtschaftlichen Gründen. Aber bei einem allgemeinen europäischen Wirrwarr, der sich doch aus dem Einmarsch Österreichs in Serbien ergeben könnte, falls Serbien nicht gutwillig die besetzte Adriaküste räumte, sei es kaum wahrscheinlich, daß Großbritannien der stille Zuschauer werde bleiben können[1].

Ich entgegnete, ich wolle nicht die Frage an ihn richten, ob das soviel hieße, als ob England alsdann gegen uns feindlich vorgehen würde[2]. Er erwiderte, daß das gewiß nicht die notwendige, wohl aber die mögliche Folge eines Krieges sein würde zwischen beiden kontinentalen Gruppen. Die Wurzeln, so drückte er sich aus, der englischen Politik lägen in der hier allgemein verbreiteten Empfindung, daß das Gleichgewicht der Gruppen einigermaßen aufrechtzuerhalten sei[3]. England würde daher unter keinen Umständen eine Niederwerfung der Franzosen dulden können[4], die er, ein großer Bewunderer unseres Heerwesens und unserer militärischen Einrichtungen, mit einiger Sicherheit voraussieht. England könne und wolle sich nicht nachher einer einheitlichen kontinentalen Gruppe unter Führung einer einzigen Macht gegenübersehen[5].

Sollte also Deutschland durch Österreich in den Zwist hineingezogen werden, und dadurch in Krieg mit Frankreich geraten, so würden in England Strömungen entstehen, denen keine Regierung widerstehen könnte und deren Folgen ganz unberechenbar wären[6]. Die Theorie von dem Gleichgewicht der Gruppen bilde eben für Englands Außenpolitik ein Axiom[7] und habe auch zu der Anlehnung an Frankreich und Rußland geführt. Er könne mir verbürgen, daß man hier das beste Verhältnis mit Deutschland wünsche[8] und die Auf-

---

entstünden, sowie, daß Du aus einer solchen Mitteilung Deine Konsequenzen ziehen müßtest und würdest, er möchte sich daher nicht wundern, wenn Deutschland seine Rüstungen zu Lande und zu Wasser daraufhin energisch betriebe. Ich habe ihn gebeten, die Situation nochmals durchzudenken, ehe es zu spät sei, und ihn darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn Deutschland und England stillschweigend zusammenstünden, ein Weltkrieg ausgeschlossen sei. Auch habe ich durchblicken lassen, daß wir die alte englische Politik recht gut kennten, wonach England immer bestrebt gewesen sei, die sogenannte Balance auf dem Kontinent zu wahren, daß wir keinen Krieg provozieren würden, während 40 Jahre Frieden gehalten hätten, wir andererseits keine Angst hätten, ich ihm aber zu überlegen gäbe, welche ungeheure Verantwortung England auf sich lüde. — Meine Darstellungen habe ich leidenschaftslos und objektiv gehalten, ich hielt es für meine Pflicht, im Interesse unserer beiden Staaten das Eisen zu schmieden, solange es noch warm war. — Der Brief ist am 15. geschrieben, eine Antwort ist auf denselben nicht erfolgt, ich hätte sie Dir sonst mitgeteilt."

nahme, die zum Beispiel die Ausführungen Euerer Exzellenz* und des Herrn von Kiderlen** im Reichstage sowie meine neuliche Rede beim Festmahl der Royal Society*** gefunden, müßten mir die Richtigkeit dieser Ansicht beweisen [9]. Auch würde uns niemand hier den Krieg machen wollen, solange keine europäischen Verwickelungen [10] einträten. Die Folgen eines europäischen Krieges aber seien ganz unberechenbar, und könne er alsdann für garnichts einstehen [11].

Lord Haldane kam auch auf die Politik Sir E. Greys und seinen Vorschlag † zu sprechen. Er ist bekanntlich mit dem Foreign Secre-

---

* Gemeint ist die Reichstagsrede von Bethmann Hollwegs vom 2. Dezember 1912, die vor allem den Ereignissen auf dem Balkan galt und unter starker Betonung des friedlichen Zusammenwirkens der Mächte „bei der Neuregelung der Dinge, die die Folge des jetzigen Krieges sein wird“, die deutsche Entschlossenheit unterstrich, für die Bundesgenossen einzutreten, „wenn sie bei der Geltendmachung ihrer Interessen wider Erwarten von dritter Seite angegriffen und damit in ihrer Existenz bedroht werden sollten“. Vgl. zu der Rede und ihrer Wirkung in England Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12 481.

** Auch Staatssekretär von Kiderlen hatte in der Reichstagssitzung vom 2. Dezember auf einen der deutschen Regierung von dem Abgeordneten Ledebour gemachten Vorwurf, als ob sie den Zwist mit England nähre, das Wort ergriffen. Er sagte dazu: „Diese Äußerungen sind mir ein willkommener Anlaß, auszusprechen, daß während der ganzen letzten Krise unsere Beziehungen speziell zu England besonders vertrauensvoll waren. Die offene, von vollem Vertrauen getragene Aussprache zwischen London und uns während aller Phasen dieser Krise hat nicht nur eine erfreuliche Intimität unserer Beziehungen hervorgerufen, sondern sie hat auch einer Verständigung aller Mächte gute Dienste geleistet. Ich möchte die bestimmte Erwartung aussprechen, daß sie das auch weiter tun wird.“

*** Am 30. November hatte Fürst Lichnowsky als Gast der Royal Society eine Ansprache gehalten, in der es unter anderem hieß: „Ich kann versichern, daß Deutschland und England beieinanderstehen, um den Frieden Europas aufrechtzuerhalten. Niemals sind unsere Beziehungen offener und freundschaftlicher gewesen als heute. Mein wichtigstes Bestreben ist, diesen so hoffnungsvollen Zustand zu Beginn meiner hiesigen Laufbahn zum Wohle beider Nationen weiter zu fördern.“

† Es handelt sich um den durch die Note vom 29. November ausgesprochenen Vorschlag zur Einberufung von Botschafterbesprechungen. Vgl. dazu Bd. XXXIV, Kap. CCLXVI. Lord Haldane hat allerdings nachher in Abrede stellen wollen, mit Fürst Lichnowsky über Balkanfragen gesprochen zu haben. Überhaupt wollte er nicht gelten lassen, daß seinem Gespräch mit dem deutschen Botschafter die Bedeutung beikomme, die ihm namentlich Kaiser Wilhelm II. beilegte. Zu Albert Ballin, der ihn nach Empfang eines Briefes Kaiser Wilhelms vom 15. Dezember um Aufklärung über sein Gespräch mit Fürst Lichnowsky bat (vgl. S. 123, Fußnote *), sagte er: „Es habe ihm völlig ferngelegen, dem Fürsten Lichnowsky einen Besuch zwecks ausdrücklicher Abgabe einer solchen Erklärung zu machen; er erinnere sich überhaupt nicht, daß ein Wort über Balkanfragen gesprochen worden sei. Er habe eine halbstündige, sehr angenehm verlaufene Unterhaltung mit dem Fürsten Lichnowsky gehabt, in deren Verlauf er Veranlassung gehabt habe, die Formel zu wiederholen, die während seines Aufenthaltes in Berlin besprochen worden sei, und die sich auf Englands Interesse daran beziehe, daß Frankreich intakt bleibe. Möglicherweise habe

tary intim befreundet, und dieser wohnt sogar zeitweise bei ihm. Er bestätigte mir, daß Sir Edward nach Möglichkeit danach trachte, eine vermittelnde Haltung einzunehmen und es vermeide, als Parteigänger der Ententegruppe in dieser Krisis zu erscheinen[12]*. Lord Haldane meint, die angeregte Vorbesprechung werde Russen und Österreicher zwingen, mit greifbaren Anträgen hervorzutreten, was bisher nicht geschehen, und befürwortet die Wahl von London als den geeignetsten Ort. Inzwischen müsse aber alles vermieden werden, was zu einer scharfen Sonderung der Gruppen (harden the groups) führen könnte[13]. Dieselben müßten sich vielmehr möglichst in „Gelatine" verwandeln[14].

Lichnowsky

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Erwartet niemand die helfen den Galliern
[2] natürlich
[3] wird sich ändern!
[4] sie werden es doch müßen

---

das Anlaß zu dem Mißverständnis gegeben" (B. Huldermann, Albert Ballin, S. 274).

* Über die von Sir E. Grey während der Botschafterreunion eingenommene Haltung vgl. Bd. XXXIV, Kap. CCLXVIIff., ferner Lord Greys Memoiren: Twenty-Five Years 1892—1916 I, 265 f. und die sehr mit Vorsicht zu benutzenden Erinnerungen Fürst Lichnowskys: Meine Londoner Mission 1912—1914 (Flugschriften des Bundes Neues Vaterland Nr. 7/8), S. 11 ff. Für das in diesem Kapitel behandelte Thema der englischen Stellungnahme in einem europäischen Kriege ist vor allem auch heranzuziehen der Bericht, den Fürst Lichnowsky am 20. Dezember 1912 nach Abschluß der ersten Phase der Botschafterkonferenz erstattete. Es hieß in dem Berichte (siehe dessen vollen Text in Bd. XXXIV, Kap. CCLXVII, Nr. 12561) unter anderem: „Der Tag, an dem England sich mit Frankreich und Rußland formell entloben und uns reumütig in die Arme sinken wird, wird niemals kommen, es sei denn, daß wir geschlagen werden. Die Mächtigsten haben zu allen Zeiten in einem gewissen Gegensatz gestanden, und namentlich hat England durch den ganzen Lauf seiner Geschichte jede kontinentale Übermacht nur unwillig ertragen, beziehungsweise dieselbe, wenn sie sich zur Alleinherrschaft auszugestalten drohte, bekämpft. Es wird daher zur Wahrung seiner Sicherheit und seines Einflusses im übrigen Europa dafür sorgen, daß ein gewisser balance of power besteht, ein Gegengewicht gegen eine bedeutende Machtgruppe, und wird unter allen Umständen seine schützende Hand über Frankreich halten. Man achtet uns hier, man schätzt, man überschätzt uns vielleicht, und aus diesem Gefühle, das man mitunter geneigt wäre, Furcht zu nennen, geht das Bestreben hervor, uns einzuengen, nicht aber die Lust, uns zu bekriegen. Dazu sind die gemeinsamen Interessen zu groß, die wirtschaftlichen Verbindungen zu eng und bedeutend, die materiellen Verluste selbst eines siegreichen Krieges zu empfindlich. Dazu ist man hier auch zu bequem geworden, das Volk ist friedliebend und liebt es, in seinen täglichen Gewohnheiten nicht gestört zu werden. Ein Krieg mit uns wäre daher durchaus nicht populär, er würde aber trotzdem geführt werden, um Frankreich, falls wir es bedrohten, zu schützen. Denn man glaubt hier, daß es nicht in der Lage wäre, sich ohne britische Hilfe der deutschen Übermacht zu erwehren."

[5] das ist eigentlich eine versteckte Drohung oder Kampfansage!
[6] richtig; haben wir schon berechnet
[7] sie ist ein Blödsinn! und wird England ewig zu unsrem Feinde machen
[8] bei solchen Auffassungen gänzlich nutzlos!
[9] alles Quatsch!
ohne ernste Folgen
[10] die werden eintreten
[11] ich auch nicht!
[12] er bleibt aber doch Parteigänger der Gallo-Slaven gegen die Germanen!
[13] Quatsch!
[14] weil England zu feige ist Frankreich und Rußland offen in diesem Falle sitzen zu lassen, und zu sehr neidisch ist auf uns und uns haßt, desswegen sollen andre Mächte ihre Interessen nicht mit dem Schwert vertheidigen dürfen, da es dann trotz aller Versicherungen, trotz Marschall und Lichnowsky doch gegen uns gehen will. Das richtige Krämervolk! Das nennt es Friedenspolitik! Balance of Power! Der Endkampf der Slaven und Germanen findet die Angelsachsen auf Seiten der Slaven u[nd] Gallier

## Nr. 15 613

## *Aufzeichnung Kaiser Wilhelms II. für den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen**

Eigenhändig; ohne Ort und Datum

S[einer] Ex[zellenz] v. Kiderlen Ausw[ärtiges] Amt. Berlin.

Die Unterhaltung Haldanes mit Lichnowsky, die ich heute morgen gelesen zerreißt alle Schleier der Unsicherheit. England wird aus

---

* Die Aufzeichnung Kaiser Wilhelms ist entstanden im Anschluß an die Lektüre des Lichnowskyschen Berichts vom 3. Dezember (siehe Nr. 15 612), der nach einem Aktenvermerk dem Monarchen am 8. Dezember vorgelegen hat; sie dürfte also ebenfalls auf den 8. zu setzen sein. Geschrieben ist die Aufzeichnung auf einem Telegrammformular; doch dürfte Kiderlen das Original zugestellt worden sein; jedenfalls ist dieses nach Kiderlens Tode aus seinem Nachlaß am 22. Februar 1913 zu den Akten gelangt. Im Geschäftsgang ist die Aufzeichnung demnach nicht gewesen, woraus sich auch erklärt, daß die einschlägigen Akten keinerlei Bezugnahme auf die Aufzeichnung enthalten. Von dem starken Eindruck, den der Lichnowskysche Bericht vom 3. Dezember bei dem Kaiser hinterlassen hat, legt der Umstand Zeugnis ab, daß er sich mündlich und schriftlich gegenüber den verschiedensten Persönlichkeiten darüber ausgelassen hat, außer zu dem Großadmiral von Tirpitz und dem Prinzen Heinrich (vgl. Nr. 15 612, Fußnote *) unter anderem auch noch zu dem bayerischen Gesandten Grafen Lerchenfeld und zu dem Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie A. Ballin. Die Mitteilung an Graf Lerchenfeld, über die ein Berichtsfragment des Gesandten vom 15. Dezember 1912 vorliegt (Süddeutsche Monatshefte Juli 1921, S. 50 f.), benutzte der Kaiser, um die Notwendigkeit der Einbringung einer neuen Marinevorlage zu betonen (vgl. die Aufzeichnung des Dirigenten der Politischen Abteilung v. Stumm vom 14. Dezember in Kap. CCXCII, Nr. 15 558.) In dem Kaiserbriefe an Ballin vom 15. Dezember, der auszugsweise bei B. Huldermann, Albert Ballin, S. 272 ff. mitgeteilt wird, heißt es nach charakteristischen Auslassungen über den österreichisch-serbischen Konflikt und Deutschlands Stellungnahme dazu: „Am 6. Dezember kam nun Haldane, an-

Neid und aus Haß gegen Deutschland unbedingt Frankreich u[nd] Rußland gegen uns beistehen. Der event[uel]l[e] Existenzkampf, den die Germanen in Europa (Österreich, Deutschland) gegen die von Romanen (Galliern) unterstützten Slaven (Rußland) zu fechten haben werden findet die Angelsachsen auf der Seite der Slaven. Grund: Neidhammelei, Angst unseres zu groß werdens! Eine erwünschte Klärung, die für uns hinfort die Basis unserer Politik sein muß. Wir müssen mit Bulgarien u[nd] Türkei ein Militairabkommen machen, ebenso mit Rumänien. Wir müssen auch mit Japan ein solches Abkommen schließen. Jede Macht, die zu haben ist, ist gut genug uns zu helfen. Es geht um sein oder nicht sein Deutschlands. — Der junge Stolberg, der im Herbst durch Sofia kam und Ferdinand besuchte, kurz vor dem Krieg, erzählte vorgestern an Adalbert bei einer Jagd in Primkenau, daß der König ihm sagte: „Wir werden bald einen Krieg haben, bei dem es Deutschland kaum möglich

---

scheinend in Greys Auftrag, zu Lichnowsky und erklärte dem erstaunten Botschafter in dürren Worten: Falls Deutschland mit Rußland und Frankreich in einen Krieg verwickelt würde, werde England nicht neutral bleiben, sondern sofort Frankreich beispringen! Die Begründung dafür lautete: England könne und werde es niemals dulden, daß wir eine Vormachtstellung auf dem Kontinent einnähmen, unter der sich der Kontinent einigen könnte. Daher dürfte England eine Niederwerfung Frankreichs durch uns unter keinen Umständen dulden. Wie nun diese Nachricht auf die ganze Wilhelmstraße gewirkt hat, können Sie sich wohl vorstellen! Mich hat sie nicht überrascht — wie Sie wissen, habe ich militärisch stets mit England als Feind gerechnet — aber sie bringt eine erfreuliche Klärung, wenn auch nach der negativen Seite hin." In der in dem Brief an Ballin zum Ausdruck gebrachten Annahme, daß die von Fürst Lichnowsky berichteten Äußerungen Lord Haldanes einen tiefen Eindruck im Auswärtigen Amt hervorgerufen hätten, irrte der Kaiser. Auf einen Brief des preußischen Gesandten in Karlsruhe v. Eisendecher, dem der Kaiser ebenfalls in starker Empörung über Lord Haldanes Äußerungen geschrieben hatte, und der nun bei Kiderlen anfragte, ob er vielleicht wegen dieser Äußerungen an den ihm befreundeten englischen Kolonialminister Harcourt vertraulich schreiben solle, erwiderte der Staatssekretär am 19. Dezember: „Ich lege den Äußerungen des Ministers keine besondere Bedeutung bei, sondern sehe darin lediglich einen gut gemeinten Versuch, uns zur Vorsicht zu mahnen. Die Rede des Reichskanzlers [vom 2. Dezember; vgl. Nr. 15 612, 121, Fußnote *] ist ihm vielleicht etwas in die Glieder gefahren. Auch bitte ich Sie, von der Absendung des Briefes an Harcourt unter allen Umständen abzusehen, die Sache würde damit ein Gewicht bekommen, das ihr nicht zukommt." Daß Reichskanzler von Bethmann Hollweg und Staatssekretär von Kiderlen den Haldaneschen Äußerungen eine besondere Bedeutung nicht beimaßen, geht auch daraus hervor, daß sie trotz der obigen kaiserlichen Aufzeichnung dem Monarchen gegenüber auf den Lichnowskyschen Bericht vom 3. zunächst gar nicht zurückkamen. Es geschah erst durch ein Telegramm des Reichskanzlers vom 18. Dezember (siehe den Text in Kap. CCXCII, Nr. 15 560), nachdem sich herausgestellt hatte, daß der Kaiser aus den Äußerungen Lord Haldanes einen Anlaß für die Propagierung und Einbringung einer neuen Flottennovelle zu gewinnen suchte.

bleiben wird Frieden zu halten, es wird mitschlagen müssen und mitverwickelt werden, wenn es Bundestreu bleiben will!"

Wilhelm I. R.

Nr. 15614

*Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 98 Paris, den 12. März 1913

Die von Herrn Asquith vorgestern im Unterhause abgegebene Erklärung, die Behauptung sei falsch, daß England im Falle eines kontinentalen Krieges verpflichtet sei, eine größere Truppenmacht nach dem Festland zu werfen, hat hier sichtlich sehr unangenehme Empfindungen hervorgerufen[1]. Die dem Quai d'Orsay nahestehenden Blätter enthalten sich vorläufig jeder Erörterung. Die nationalistische „Liberté" behauptet, daß Frankreich im Jahre 1911 das vollste Recht hatte, auf das effektive Eingreifen Englands zu rechnen, ein Eingreifen, das wesentlich zur friedlichen Lösung der deutsch-französischen Krise beigetragen habe. Man könne deshalb in der Äußerung Asquiths kein Dementi der „réalités d'hier" erblicken, die auch die „réalités de demain" sein müßten.

Auch die gemäßigte „République française" sucht beruhigend zu wirken, indem sie schreibt: „Nous avons la certitude que, dans la politique d'équilibre européen qui est la nôtre, l'appui de l'Angleterre ne nous fera jamais défaut, quelle que soit la forme sous laquelle il pourra être appelé à se manifester[2]."

Judet , der alte Gegner der entente cordiale, findet im „Eclair", die Erklärung Asquiths sei ein neuer Beweis dafür, daß sein Mißtrauen gegen die Politik Englands vollauf gerechtfertigt wäre. Mit unverhohlener Befriedigung stellt Jaurès in der „Humanité" fest, daß Asquith durch sein Dementi den französischen Chauvinisten rundweg bedeutet habe, daß England sich in keinerlei Abenteuer hineinzerren lassen wolle. Die royalistische „Action française", die niemals allzu große Hoffnungen auf die entente cordiale und die Tripelentente gesetzt hat, meint: Es sei gewiß bedauerlich, daß Frankreich an demselben Tage, an welchem es in Berlin bedroht wurde*[3], in London auch nicht das vagste Versprechen eines militärischen Beistandes für den Fall einer Gefahr gefunden habe.

v. Schoen

---

* Anspielung auf die Jahrhundertfeier der Befreiungskriege in Berlin (10. März), bei der der Kaiser einen Tagesbefehl mit der Mahnung verlas: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen." Vgl. dazu Kap. CCXCIV, Nr. 15 631, Fußnote *.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sollte sie auch!
[2] dürfte nicht zutreffen
[3] ?
Schlußbemerkung des Kaisers:
Nach meinen Privatnachrichten aus Finanzkreisen der City soll die englische Regierung der französ[ischen] Regierung schriftlich erklärt haben, daß sie unter keinen Umständen Paris zu einem Revanchekrieg für die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens provozirt oder unprovozirt unterstützen werde. Sol[ch]e Thorheiten müsse sich Frankreich aus dem Kopfe schlagen

## Nr. 15615

## *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 190 London, den 25. März 1913

Wie gemeldet, hatte bei der Verhandlung über die Thronrede Lord Hugh Cecil vor kurzem die Frage an den Premierminister gerichtet, ob geheime Abmachungen zwischen England und einer anderen Macht bestünden, welche das Inselreich zwingen würden, an einem kontinentalen Kriege teilzunehmen, die dieser mit der Erklärung beantwortete, daß solche Abmachungen nicht bestünden.

Gestern richtete der Abgeordnete King eine ähnliche Frage an Mr. Asquith, indem er wissen wollte, ob die auswärtige Politik Englands gegenwärtig durch irgendwelche Verträge, Abkommen oder Verpflichtungen gebunden sei[1], denen zufolge britische Militärkräfte unter gewissen Voraussetzungen verpflichtet sein würden, auf dem Festlande an militärischen Unternehmungen sich zu beteiligen. Mr. Asquith antwortete, daß keinerlei Verpflichtungen bestünden, welche sie zwingen würden, bei irgendeinem Kriege mitzuwirken, mit anderen Worten, falls Krieg entstünde zwischen den europäischen Mächten, so wären keine unveröffentlichten Verträge* vorhanden, welche die Freiheit der Regierung oder des Parlaments einengen könnten hinsichtlich der Entscheidung, ob oder ob nicht Großbritannien an einem Kriege sich beteiligen sollte. Der Gebrauch aber, der gemacht werden würde

* Wenn auch nicht unveröffentlichte Verträge vorlagen, so bestand doch in dem Grey-Cambonschen Schriftwechsel vom 22./23. November (vgl. Bd. XXXI, Kap. CCXLVIII, Nr. 11595, Fußnote) eine sorgfältig geheim gehaltene „Formula", die eine starke moralische Bindung Englands für den Kriegsfall in sich schloß. In dem Briefe Sir E. Greys hieß es ausdrücklich: „I agree that, if either Government had grave reason to expect an unprovoked attack by a third Power, or something that threatened the general peace, it should immediately discuss with the other whether both Governments should act together to prevent aggression and to preserve peace, and, if so, what measures they would be prepared to take in common. If these measures involved action, the plans of the General Staffs would at once be taken into consideration, and the Governments would then decide which effect should be given to them.

von den See- oder Landkräften, falls die Regierung und das Parlament sich entschlössen, an einem Kriege teilzunehmen, könne aber aus naheliegenden Gründen nicht zum Gegenstande einer vorhergehenden öffentlichen Erklärung gemacht werden.

Die heutige „Times“ bespricht die obige Auslassung des Premierministers in einer Form, die deutlich erkennen läßt, daß sie die Ansichten der hiesigen maßgebenden Persönlichkeiten über die Stellung Englands zu einem europäischen Kriege wiedergibt. Ihre Auslassungen entsprechen den Auffassungen, die ich über diese Frage wiederholt die Ehre gehabt habe zu vertreten, und verdienen ein besonderes Interesse, weil sie ein genaues Bild geben von den Grundlinien der britischen Außenpolitik. Das genannte Blatt schreibt: „Wir sind fest entschlossen, jetzt wie in der Vergangenheit das europäische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten [2], weil dieses Gleichgewicht für dieses Land ein Lebensinteresse darstellt. Jeder ernsthafte Angriff mit der Absicht, dieses Gleichgewicht zu zerstören, wird mit Sicherheit dem Widerstande nicht nur der britischen Diplomatie, sondern, wenn nötig, auch der britischen Waffen mit aller Macht begegnen, und zwar nicht als eine Folge diplomatischer Verbindlichkeiten, sondern im wesentlichen als ein Akt der Selbstverteidigung. In den letzten Jahren war mehr als eine Gelegenheit, wo so ein Umstand zu drohen schien [3]. (Dies dürfte wohl ein Hinweis auf Agadir sein.) Bei jedem solchen Anlaß und für die Zwecke der damaligen Lage hat Großbritannien sich entschlossen auf die Seite der bedrohten Macht [4] gestellt. Wenn wieder Dinge sich ereignen sollten, welche das europäische Gleichgewicht bedrohen könnten, so würde die britische Haltung dieselbe sein. Great Britain bleibt ein fester und dauernder Bestandteil der Gruppe, der es angehört, da dies eine Voraussetzung des Gleichgewichts der Gruppen bildet [5], welches ihre Lebensinteressen erheischen, und wir glauben nicht, daß diese Grundlagen unserer Politik weder hier noch anderswo zu Mißverständnissen Anlaß geben könnten.“

Lichnowsky

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Sie war es 1905—12 vor allem ’9, ’10, ’11

[2] Unsinn! durch seinen Beitritt zur Franco-Russ[ischen] Alliance hat England für immer das Europ[äische] Gleichgewicht ernstlich gefährdet

[3] Blech!

[4] !! selbe Lüge wie damals Gortschakoff das Eintreten Rußlands gegen einen erfundenen beabsichtigten Bismarckischen Ueberfall auf Frankreich!

[5] Trugschluß! Das Gegentheil ist der Fall!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Solange die Salisburysche Politik der Cooperation mit dem 3 Bund befolgt wurde, war das Europ[äische] Gleichgewicht da und gesichert. Da Gallien-Rußland — gegen uns alliirt — stille sitzen mußten. Als 1907 in Reval England hinzu trat und uns verließ, wurden die beiden übermüthig und drohen seitdem stets — auf England bauend — uns und Europa mit Krieg. Daher ist also das Europ[äische] Gleichgewicht umgeworfen.

Nr. 15616

## *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 137 Paris, den 16. April 1913

Eine halbamtliche Preßmitteilung hat dieser Tage angekündigt, daß der Präsident der Republik trotz seiner Familientrauer, die ihn zum Verzicht auf Festlichkeiten veranlaßt*, im Laufe des kommenden Monats den Besuch des Königs von Spanien empfangen und gegen Ende des Monats Juni selbst den britischen Majestäten einen Besuch abstatten werde.

Der Besuch des Königs von Spanien hat hier nichts Überraschendes. Es ist schon seit Monaten von ihm in dem Sinne die Rede gewesen, daß er, nachdem die zeitweilig scharfen Auseinandersetzungen zwischen Spanien und Frankreich in Marokko durch den neuen Vertrag** eine befriedigende Lösung gefunden, die Wiederherstellung der alten guten Beziehungen zwischen beiden Ländern bekräftigen soll. In dem Umstande, daß König Alfonso die Initiative zu einem Besuchsaustausch ergreift, scheint mir allerdings ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis zum Ausdruck zu kommen, das den tatsächlichen, namentlich den wirtschaftlichen Beziehungen entsprechen, dem selbstbewußten Sinn der Spanier aber wenig gefallen dürfte.

Umgekehrt verhält es sich mit dem geplanten Besuche des Präsidenten in England. Hier unternimmt Herr Poincaré den ersten Schritt. Zwar hat sich die französische Presse schon seit zwei Jahren in gelegentlichen Ankündigungen eines Antrittsbesuches der britischen Majestäten in Paris gefallen, doch haben sich diese Hoffnungen nicht verwirklicht, obwohl derartige Pläne auf englischer Seite während der Präsidentschaft Herrn Fallières zeitweilig bestanden zu haben scheinen.

Wenn nun Herr Poincaré seinerseits die Initiative ergreift, so ist dies zunächst aus dem Umstand erklärlich, daß ihm nun ein Antrittsbesuch zukommt, den er seiner politischen Bedeutung halber um so weniger aufzuschieben wünschen dürfte, als ihm die Entspannung in den Beziehungen zwischen England und Deutschland und die bekannten Erklärungen Herrn Asquiths über die Nichtverpflichtung Englands zu militärischer Hilfe an Frankreich*** eine erneute Betonung der Festigkeit der entente cordiale als angezeigt erscheinen läßt.

---

* Am 11. April war die Mutter Poincarés gestorben.

** Am 26. Oktober 1912 war der Abschluß eines französisch-spanischen Vertrags über die beiderseitigen Interessensphären in Marokko erfolgt. Vgl. dazu Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1912, S. 321, 322 f.

*** Vgl. Nr. 15614 und 15615.

Es kommen aber noch persönliche Momente hinzu: Sir Francis Bertie, der sich etwas freimütig auszusprechen liebt, soll kürzlich zu Herrn Clemenceau geäußert haben, er könne sich nicht denken, daß es Ihrer Majestät der Königin Mary in den Sinn kommen sollte, Madame Poincaré mit einem Besuch zu beehren[1]. Diese Äußerung soll Herrn Poincaré hinterbracht worden sein und bei ihm den Entschluß gereift haben, durch einen ersten Besuch in London einen Gegenbesuch der britischen Majestäten gewissermaßen zu erzwingen[2].

Gegenüber Rußland dürfte sich Herr Poincaré zunächst mit dem Besuch begnügen, den er als Ministerpräsident im vorigen Sommer in Petersburg abgestattet hat. Nach dieser Richtung liegt auch das Bedürfnis einer besonderen Betonung des intimen Verhältnisses nicht vor, nachdem die französische Politik in der Balkankrise wiederholt ins Auge springende Beweise ihrer vollständigen Abhängigkeit von derjenigen des Verbündeten geliefert hat.

v. Schoen

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sicherlich nicht
[2] wird ihm nicht viel helfen, da der König überhaupt keine Besuche machen will.

## Nr. 15 617

## *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 230 Paris, den 25. Juni 1913

Die hiesige Presse beschäftigt sich naturgemäß eingehend mit der Reise des Präsidenten nach England*. Man will dem Besuch eine besondere Bedeutung im Hinblick auf die Verhältnisse im Balkan beimessen. Einige Blätter betrachten es geradezu als ein erfreuliches Zusammentreffen, daß die Balkanverwickelungen eben jetzt erneut in ein akutes Stadium getreten seien, und so der Tripelentente die Gelegenheit geboten werde, ihre Solidarität tatkräftig zu bekunden. Durchweg findet die Überzeugung Ausdruck, daß die Reise des Präsidenten ein „affermissement" der entente cordiale, ein „resserrement" der französisch-englischen Beziehungen und der Tripelentente zur Folge haben werde.

---

* Die Ankunft des von dem Außenminister Pichon begleiteten Präsidenten in London war am 24. Juni erfolgt; die Abreise fand am 27. statt. Zu den Besprechungen der französischen mit den englischen Staatsmännern, die vorzugsweise den Balkanfragen galten, vgl. Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVIII, Nr. 15 050 und 15 051.

Es finden sich in der Presse auch manche Andeutungen, daß die Londoner Entrevue ganz bestimmte Ergebnisse zeitigen würde, als welche die Ausgestaltung der Entente — „Verwertung aller Möglichkeiten“ nennt es die „Liberté“ — das Tangerer Statut, kleinasiatische Fragen etc. genannt werden.

Überall spiegelt sich in der Presse große Befriedigung über den Herrn Poincaré in England bereiteten Empfang wider. Es muß anerkannt werden, daß bei alledem der Ton der Betrachtungen ein durchaus friedlicher ist, wie denn auch die große Friedfertigkeit der in London gewechselten Trinksprüche * allgemein mit Befriedigung konstatiert wird.

Nur dem auch hier erscheinenden Jingo-Blatt „Daily Mail“ blieb es vorbehalten, bei dieser Gelegenheit einen kleinen Vorstoß im Sinne der Revanche zu unternehmen. Das Blatt veröffentlicht einen auszugsweise von hiesigen Zeitungen reproduzierten Artikel des englischen Unterhausmitgliedes Campton Rickett: „Restore Alsace and Lorraine“, in dem Deutschland aufgefordert wird, angesichts seiner eigenen schwierigen Lage und der Mittel Europas ** sowie im Hinblick auf die bedrohliche Zukunft Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückzugeben.

In den Enthusiasmus der Pariser Presse mischen sich einige Stimmen, die einen anderen Ton anschlagen: so predigt Sembart in der radikalen „Humanité“ die Verständigung mit Deutschland an Stelle einer doch im Ernstfalle versagenden Freundschaft mit England, während Judet im „Eclair“ bemerkt, König Georg hätte eigentlich erst den Besuch des Präsidenten Fallières erwidern müssen, ehe man einen neuen Präsidentenbesuch inszenierte; dasselbe Blatt weist mit Mißtrauen auf die Absichten Englands auf Tanger hin, die trotz amtlicher Ableugnung seiner Ansicht nach fortbestehen.

v. Schoen

---

* Der bei dem Bankett im Buckingham-Palace am 24. ausgebrachte Trinkspruch König Georgs gedachte der englisch-französischen Beziehungen nur in allgemeinen Wendungen und mit besonderer Bezugnahme auf die Balkanwirren: „Les derniers mois lorsque de graves questions internationales se succédaient, l'esprit de confiance et de franchise mutuelle avec lequel la France et la Grande-Bretagne ont abordé ces divers problèmes, a prouvé qu'il était d'un avantage inestimable.“ Etwas weiter ging Poincaré, der ausdrücklich die entente cordiale erwähnte: „Au cours des graves événements qui se sont succédés depuis quelques mois . . ., nos deux Gouvernements ont pu apprécier, tous les jours les bienfaits d'une entente qui leur a permis d'établir entre eux une collaboration constante, d'étudier, en plein accord, les problèmes posés et de se concerter aisément sur les solutions désirables.“

** Mutmaßlich verschrieben für: „in der Mitte Europas“.

## Nr. 15 618

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 237 Paris, den 28. Juni 1913

Beim Antritt der Reise Herrn Poincarés nach England hatte sich die hiesige Presse mit ungewöhnlichem Eifer bemüht, den Präsidentenbesuch als ein Ereignis von größter Bedeutung für die Stellung Frankreichs und der Tripelentente erscheinen zu lassen, und sie hatte angedeutet, daß in London ungemein wichtige Dinge vor sich gehen würden. Da nun aber weder die gewechselten Trinksprüche noch die Mitteilungen über die Gespräche zwischen den englischen und französischen Staatsmännern eine besondere Stütze für jene Annahme brachten, sah man sich hier veranlaßt, etwas künstlich nachzuhelfen. Man stellte englandfreundliche Äußerungen von Politikern, Gelehrten und Künstlern zusammen, man klammerte sich an englische Kundgebungen wie das Begrüßungsgedicht Rudyard Kiplings und unterstrich dick die angebliche warme Begeisterung der Londoner Bevölkerung für Herrn Poincaré. Die Académie Française zeigte sich besonders geschmeichelt durch die Äußerungen König Georgs *, die sie in ihre Protokolle aufzunehmen beschloß. Die Blätter wissen von Besprechungen über Abschaffung der Kapitulationen in Ägypten und über Fragen der Tripelentente zu erzählen. Sogar der Höflichkeitsbesuch eines in London weilenden Großfürsten Michel (es wird nicht gesagt welcher) wird als Nachweis bedeutsamer politischer Vorgänge herangezogen.

Trotz dieser etwas krampfhaften Bemühungen läßt sich eine gewisse Ernüchterung über den Erfolg des mit so großen Hoffnungen eingeleiteten Präsidentenbesuchs nicht verkennen. Das einsichtigere Publikum hat bei derartigen Anlässen schon zu häufig Enttäuschungen erlebt und kennt die Mache zu genau, um sich von den Überschwänglichkeiten der Presse blenden zu lassen.

Ich glaube bezüglich des englischen Besuches Herrn Poincarés bei der Auffassung bleiben zu dürfen, die ich bereits im April zur Zeit seiner Ankündigung Euerer Exzellenz zu unterbreiten die Ehre hatte **, daß er die Festigung der durch Englands besseres Verhältnis zu Deutschland etwas von Flaute bedrohten entente cordiale be-

---

* In seinem Trinkspruche vom 24. Juni hatte König Georg auf Poincarés Eigenschaft als Mitglied der Académie Française hingewiesen: „cette illustre Académie qui, depuis près de trois siècles, fait la gloire de la France et l'envie de l'Europe".

** Siehe Nr. 15 616.

zweckte* und auch persönlichem Ehrgeiz dienen, womöglich einen Gegenbesuch des britischen Königspaares bei Herrn und Frau Poincaré auslösen, jedenfalls aber dem persönlichen Ansehen des Präsidenten bei seinen Landsleuten nützlich sein sollte. Von diesen Punkten dürfte es kaum mehr als der letztere sein, der dank geschäftiger Preßhilfe als erreicht zu betrachten ist, und Herr Raymond Poincaré darf sicher darauf rechnen, morgen bei seinem Erscheinen auf dem populären Feste des Grand prix de Longchamp von der Pariser Bevölkerung jubelnd begrüßt zu werden. Vielleicht hat er die Zeit seines englischen Besuches so eingerichtet, daß seine Rückkehr unmittelbar vor dem Grand prix erfolgt.

v. Schoen

## Nr. 15619

### *Bericht des Marineattachés in Paris Korvettenkapitäns Freiherrn von Bibra*

Abschrift

Nr. 176 Paris, den 7. Juli 1913

Marineminister Baudin hat in Begleitung des Ersten Lords der Admiralität Mr. Churchill am 3. Juli den Übungen eines Teiles der I. Fleet vor Portland beigewohnt und an einer Schießübung der schweren Artillerie auf „Orion" teilgenommen. Während seines Aufenthaltes war der Minister Gast von Mr. Churchill an Bord der Yacht „Enchantress"; in seiner Begleitung befanden sich der Chef d'Etat-Major Général de la Marine, Vizeadmiral Le Bris und der Marineattaché der englischen Botschaft in Paris.

Der Besuch muß in erster Linie als eine Erwiderung des Besuchs angesehen werden, den Mr. Churchill am 4. März der I. Armée navale in Salins d'Hyères abstattete; damals wurde dem englischen Admiralitätslord ebenfalls eine Schießübung der Schiffe des ersten Geschwaders vorgeführt. Es ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, daß diese gegenseitigen Besuche einen häufigeren Gedankenaustausch zwischen dem Etat-Major Général de la Marine und der englischen Admiralität zur Folge haben können. Zunächst ist von Bedeutung, daß Vizeadmiral Le Bris den Minister nach England begleitete; ferner hat Minister Baudin nach seiner Rückkehr in einem Interview geäußert: „Ce n'est qu'un commencement, et il y aura des rapports de

* Vgl. dazu das Telegramm Graf Benckendorffs an Sasonow vom 27. Juni 1913: „Grey ist mit seinen Auseinandersetzungen mit Poincaré und Pichon ganz außerordentlich zufrieden, da sie ebenso wie der den französischen Ministern von der englischen Bevölkerung erwiesene Empfang die Entente ganz besonders gekräftigt hätten." Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, ed. B. v. Siebert, S. 805.

plus en plus fréquents entre les deux marines.“ Dies läßt darauf schließen, daß ein engerer Verkehr zwischen den Spitzen der beiden Marineverwaltungen, wie er bereits mit Rußland besteht, wenigstens von französischer Seite beabsichtigt ist*.

(gez.) Frhr. v. Bibra

Nr. 15 620

*Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 312 London, den 6. August 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 408**.

Lord Haldane hat nach heutiger „Times“ gestern gesagt: „We have no alliances; but I agree that you cannot leave out of account the groups which take place especially in forecasts as to the future. Our relations with those countries which belong to the other group are of the most friendly kind. I hope that will continue. I believe that the tendency is for the groups to draw together.“

Hieraus geht hervor, daß er gemeint hat, daß die Gegensätze zwischen den einzelnen Gruppen im Schwinden begriffen sind. Er hat damit jedenfalls auf die besseren deutsch-englischen Beziehungen anspielen wollen. Seine Erklärung, England habe keine Bündnisse, stimmt übrigens vollkommen mit den diesbezüglichen Erklärungen des Premierministers vom 10. März d. J. im House of Commons*** überein. England braucht auch, wie ich mir wiederholt darzulegen erlaubt habe, kein vertraglich festgelegtes Verhältnis zu Frankreich, da es auch ohne jeden Pakt die Franzosen, falls wir sie angreifen, unter allen Umständen schützt, ebenso aber andererseits bestrebt sein wird, allen Regungen des französischen Revanchegedankens entgegenzutreten.

Was die Rede des Herrn Asquith in der Frage der Untertunnelung des Kanals betrifft, so hat er lediglich von neuen Faktoren ge-

* Ein eben solcher engerer Verkehr fand zwischen den Spitzen der englischen und der französischen Militärverwaltung statt. Im August nahm eine englische Militärmission, bestehend aus den Generalen French, Grierson und Wilson unter Führung des englischen Militärattachés in Paris Oberst Yarde-Buller und seines französischen Kollegen in London Oberstleutnant Vicomte de la Panoure teil an Übungen gemischter Waffen im Lager von Châlons. Vgl. Kap. CCXCIV, Nr. 15 654. Im September weilte dann eine französische Militärmission, geführt von dem General de Castelnau, bei den englischen Manövern.

** Durch Telegramm 408 vom 6. August war Botschafter Fürst Lichnowsky nach Inhalt und Bedeutung der Oberhausrede Lord Haldanes vom 5. August gefragt worden, der nach Wolff gesagt haben sollte, er glaube, „daß bei den einzelnen Gruppen (der Mächte) die Neigung bestehe, sich enger zusammenzuschließen“.

*** Vgl. Nr. 15 614.

sprochen, welche neuerdings bei Beurteilung der früheren ablehnenden Haltung der britischen Regierung ins Gewicht fielen. Der bedeutendste hiervon sei „the establishment on a solid, and I believe unshaken basis of our friendship with France".

Ich vermag hierin ebensowenig wie in den Äußerungen des Lord Chancellors einen Hinweis auf etwaige Abmachungen zu erblicken, schon weil der Minister sodann bemerkte, daß die Gegnerschaft des Lord Wolseley gegen den Tunnel die Möglichkeit eines französischen Angriffs in Erwägung zog, daß diese Gefahr aber durch die ausgezeichneten und herzlichen Beziehungen, welche mit Frankreich seit dem Abschluß des Abkommens von 1904, also seit beinahe zehn Jahren beständen, vollkommen verblaßt sei.

L i c h n o w s k y

## Nr. 15 621

## *Bericht des Marineattachés in London Korvettenkapitäns von Müller*

Abschrift

Nr. 620 London, den 18. September 1913

Dem französischen Marineminister Baudin wurden bei seinem Besuche Englands Anfang Juli* formaltaktische Übungen und ein kalibermäßiges Verbandsschießen des II. Geschwaders vorgeführt, denen er auf dem Linienschiff „Orion" beiwohnte. „Orion" ist das Flaggschiff des Admirals Wemyss (II. Admiral des II. Geschwaders), der im Jahre 1908 als Kommandant des Kreuzers „Suffolk" im Mittelmeer mit dem Herrn Baudin begleitenden Vizeadmiral Le Bris bekannt geworden war. Einzelheiten über diese Vorführungen habe ich nicht erfahren.

Ein „engerer Verkehr" zwischen den Marineministerien von London und Paris b e s t e h t bis zu einem gewissen Grade s c h o n j e t z t. Der Nachrichtenaustausch zwischen den beiden Behörden ist ein recht reger. Ich weiß, daß der französische Marineattaché in London sich mit allerlei Fragen an die britische Admiralität wendet, die nur gestellt werden können, wenn ein näherer Verkehr besteht, so zum Beispiel über Eigenschaften und Kosten englischer Geschützpulversorten, über Ölverbrauch von Zerstörern und U-Booten, über Qualität bestimmter englischer Kohlensorten zur Beschaffung durch die französische Marine und dergleichen mehr. Auch genießt der französische Marineattaché beim Besuche englischer Staats- und Privatwerften ein besonderes Entgegenkommen. Es wird ihm mehr gezeigt als anderen fremden Attachés.

---

* Vgl. Nr. 15 619.

Auch häufige Reisen des französischen Marineattachés nach Paris und des englischen Marineattachés nach London lassen auf einen regen Verkehr der beiden Admiralitäten schließen.

Daß ein mehr oder weniger förmliches Marineabkommen zwischen England und Frankreich bestünde oder beabsichtigt sei, halte ich bei der Abneigung der gegenwärtigen Regierung und der englischen Admiralität, sich Frankreich gegenüber zu binden, nicht für wahrscheinlich. Diese Ansicht wird bestärkt durch eine Äußerung des bisherigen Dritten Seelords Admirals Moore, der mir in der Unterhaltung erklärte, daß nach seiner Ansicht aus einem marinepolitischen Abkommen zwischen Frankreich und England, wie es von französischen Blättern propagiert werde, nichts herauskommen könne. Wenn Besprechungen zwischen den beiderseitigen Marineministerien gelegentlich von Besuchen stattfänden, so seien sie persönlicher Art und lediglich ein von dem persönlichen Verhältnis der beiden Herren abhängiger Meinungsaustausch ohne Verbindlichkeit.

Admiral Moore bestritt jeden Zusammenhang zwischen der Konzentration der französischen Flotte im Mittelmeer und der Entblößung dieser Station von englischen Streitkräften. Die französische Kräfteverschiebung ins Mittelmeer entspreche den Bedürfnissen der geographischen Lage Frankreichs und seiner nordafrikanischen Kolonien und der maritimen Entwicklung der anderen Mittelmeermächte und könne England nicht von der Unterhaltung eines starken Mittelmeergeschwaders befreien.

Ich halte diese Ansicht für die der Admiralität und glaube, daß man mit ihr bis auf weiteres rechnen kann. Einem festen Abkommen ist die jetzige Admiralität abgeneigt.

Daß aber von Fall zu Fall wie in allgemeinpolitischen, so in marinepolitischen Fragen ein Meinungsaustausch und ein Übereinkommen stattfindet, ist nicht zu bezweifeln und hat meines Erachtens entgegen dem Ausspruch des Admirals Moore vor und während den beiderseitigen Kräfteverschiebungen im Mittelmeer stattgefunden.

(gez.) Erich von Müller

## Nr. 15 622

### *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 72 London, den 19. Februar 1914

Der Bericht des diesseitigen Marineattachés Nr. 150*, welcher die Frage erörtert, ob zwischen England und Frankreich für den

* Siehe Anlage.

Fall eines gemeinsamen Krieges gegen Deutschland und den Dreibund Abmachungen bestehen, die sich auf die gegenseitige Unterstützung der beiden Flotten beziehen, berührt insofern das Gebiet der Politik, als Kapitän von Müller den anscheinenden Widerspruch erwähnt, der zwischen den von den beiderseitigen Marine- oder Militärbehörden etwa getroffenen Vereinbarungen und den bekannten Erklärungen der britischen Regierung bestehen würde. Ohne der Frage nähertreten zu wollen, ob es wahrscheinlich ist, daß hinsichtlich eines etwaigen Zusammenwirkens beider Flotten ein Plan verabredet ist, möchte ich darauf hinweisen, daß ich zutreffendenfalls ein derartiges Abkommen für vereinbar hielte mit den amtlichen Erklärungen der hiesigen Regierung. Denn bei letzterem handelt es sich im wesentlichen um die Frage, ob diesseits eine Verpflichtung besteht, dem französischen Freunde im Fall eines Krieges mit Deutschland beizuspringen. Daß diese Verpflichtung vertraglich nicht besteht*, steht für mich außerhalb jedes Zweifels. Es widerspricht dem englischen Charakter und namentlich dem Wesen der jetzigen Machthaber, öffentlich eine bewußte Unwahrheit auszusprechen. Es widerspricht aber ferner auch der Sinnesrichtung der jetzigen Regierung, sich mit neuen Geheimverträgen und noch dazu in einer für die Zukunft des Landes so wichtigen Frage zu belasten. Für eine vertragliche Festsetzung der englischen Unterstützung läge aber auch keine logische Notwendigkeit vor, da man in Frankreich genau weiß, daß keine britische Regierung, wie ich wiederholt darzulegen mir erlaubt habe, eine zweite Demütigung und Verkleinerung Frankreichs zulassen und daß England, um auf dem Kontinent gewissermaßen das Gleichgewicht der Gruppen zu wahren, seine schützende Hand über

---

* Es gab indessen, worauf schon bei Nr. 15 615 hingewiesen ist, den Grey-Cambonschen Briefwechsel vom 22./23. November 1912 (vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLVIII, Nr. 11 595, Fußnote), der immerhin unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Abmachungen der beiderseitigen Militär- und Marinesachverständigen ein gemeinsames englisch-französisches Handeln schon für den Fall „irgendeines den allgemeinen Frieden bedrohenden Ereignisses“ in Aussicht nahm. Es ist charakteristisch, daß Iswolsky in seinem Geheimbrief an Sasonow vom 18. März (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 74) dem Grey-Cambonschen Schriftwechsel, dessen genauer Wortlaut ihm allerdings noch nicht bekannt war, den Charakter eines besonderen politischen Abkommens beimaß, durch das beide Regierungen sich verpflichtet hätten, „falls die Verhältnisse Frankreich und England zu gemeinsamen aktiven Verhandlungen veranlassen sollten, die von den Generalstäben ausgearbeiteten Militärabkommen in Betracht zu ziehen“. Auch als gelegentlich der Anwesenheit des englischen Königspaars und Sir E. Greys in Paris (22.—24. April) die Mitteilung des Grey-Cambonschen Briefwechsels an Iswolsky erfolgte, beharrte dieser dabei, in demselben ein förmliches politisches Abkommen zu sehen. Sehr vertraulicher Brief Iswolskys an Sasonow vom 29. April 1914 (Fr. Stieve, a. a. O., IV, 97). — Über die Versuche, dieses Abkommen auf Rußland auszudehnen, vgl. Kap. CCC.

Frankreich unter allen Umständen halten würde*. Andererseits weiß man hier auch zu genau, daß die Franzosen eine ihnen günstige Gelegenheit zur Wiedereroberung Elsaß-Lothringens mit oder ohne schriftlichen Vertrag benutzen, sich aber ohne Unterstützung Rußlands in keinen Krieg mit uns einlassen werden. Die Notwendigkeit eines Vertrages liegt also für beide Seiten nicht vor, und uns kann es überdies gleichgültig sein, ob ein solcher besteht oder nicht, da wir im Fall eines Krieges mit Frankreich sowieso damit zu rechnen haben, daß die englische Flotte die Franzosen schützt. Da aber dem englischen Interesse die Aufrechterhaltung des Friedens und des Status quo in Europa entspricht und England einen kontinentalen Krieg schon deshalb zu verhindern sucht, weil es befürchten muß, in ihn hineingezogen zu werden, so hat es wohl mehr eine theoretische Bedeutung, ob zwischen den beiderseitigen Marinebehörden Verabredungen bestehen, welche für den Fall ihres Zusammenwirkens die beiderseitige Tätigkeit geregelt haben. Es wäre jedenfalls überraschend, wenn hierüber noch kein Gedankenaustausch stattgefunden hätte.

Lichnowsky

Anlage

*Bericht des Marineattachés in London Korvettenkapitäns von Müller*

Abschrift

London, den 19. Februar 1914

Die Anzeichen für das Bestehen geheimer militärischer und maritimer Abmachungen zwischen England und Frankreich haben sich in jüngster Zeit durch einige Kundgebungen und Ereignisse vermehrt.

1. Nach dem Pariser „Excelsior“ vom 30. Januar hat Admiral Sir Edmund Freemantle (Rear-Admiral of the United Kingdom) auf die sehr weitgehenden Verpflichtungen hingewiesen, die England der französischen Regierung gegenüber eingegangen sei, und die „sehr

* Mit dieser Auffassung, daß England unter allen Umständen seine schützende Hand über Frankreich halten würde, fand Fürst Lichnowsky bei Staatssekretär von Jagow nicht unbedingt Glauben. Am 26. Februar schrieb dieser dem Fürsten: „Ich möchte glauben, Sie sehen manchmal etwas zu schwarz, auch wenn Sie der Ansicht Ausdruck verleihen, im Kriegsfalle werde England auf alle Fälle an der Seite Frankreichs gegen uns zu finden sein. Wir haben doch nicht umsonst unsere Flotte gebaut, und man wird sich meiner Überzeugung nach im gegebenen Falle in England doch sehr ernstlich die Frage vorlegen, ob es denn ganz so einfach und ungefährlich ist, den Schutzengel Frankreichs gegen uns zu spielen.“ Siehe den Text des Jagowschen Briefes in Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXIV, Nr. 14 697. Fürst Lichnowsky blieb indessen bei seiner Auffassung; vgl. sein Schreiben an Jagow vom 7. März 1914 Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXIV, Nr. 14 700.

viel wichtiger seien, als man gemeinhin annehme". Man müsse in Frankreich wissen, „daß — welches auch immer die persönlichen Meinungen seien, die gewisse Mitglieder der englischen Regierung aussprächen — man im Falle eines Krieges gegen Deutschland auf die Redlichkeit Englands in der Erfüllung der Verpflichtungen zählen könne, die England in bezug auf Frankreich und Belgien übernommen habe".

Der Admiral behauptete damit die Worte eines der einflußreichsten Männer Englands zu wiederholen, der genau wisse, was im Ministerrat wie in der Landesverteidigungskommission vorgehe. Die Kundgebung folgte auf die Erklärungen Lloyd Georges gegen die Rüstungsausgaben*, die in Frankreich beunruhigt hatten, und es ist sehr unwahrscheinlich, daß der sonst nie hervortretende Admiral ohne Anstoß gehandelt hätte von einer Seite, die an der Beschwichtigung der französischen Mißstimmung über die Georgeschen Äußerungen ein Interesse hatte.

2. In seinem Aufsatz „A British Army of Adventure" in der „Fortnightly Review" vom Januar 1914 hat „Islander" (Lord Esher) mit besonderer Betonung festgestellt, „daß die englische Regierung nicht beabsichtige, mehr als 80 000 Mann des stehenden Heeres als Expeditionskorps in den ersten Tagen eines Krieges zu entsenden, in den England verwickelt werden könne."

Lord Eshers Artikel war gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht gerichtet und sollte die Bevölkerung Englands darüber beruhigen, daß in einem Kriege nicht das ganze stehende Heer, wie oft angenommen wurde, sondern nur ein so kleiner Teil davon das Land verlassen werde, daß dieser Grund für die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht nicht stichhaltig sei. Das kontinentale Expeditionskorps ist nach diesen sehr positiven Feststellungen auf 80 000 Mann bemessen.

3. Britische Homefleetverbände besuchen gegenwärtig in ausgedehntem Maße französische Häfen der atlantischen und der Kanalküste, wobei besondere Festlichkeiten und Empfänge unterbleiben, durch die der Besuch den Charakter eines politischen Höflichkeitsaktes und einer äußerlichen Demonstration des „herzlichen Einvernehmens" bekäme, während die rein militärisch geschäftliche Seite der Benutzung französischer Stützpunkte durch die englische Flotte in den Vordergrund gestellt wird.

Das Recht der britischen Kriegsflotte, französische Häfen ohne weiteres zu benutzen, ist als eine natürliche Konsequenz der Garantien anzusehen, die Großbritannien Frankreich ohne Zweifel gegeben hat, um diesem die Verlegung seines maritimen Schwergewichts ins Mittelmeer zu ermöglichen. Die dauernde Konzentration

---

* Vgl. dazu Kap. CCXCII, Nr. 15 588.

der gesamten französischen Flotte im Mittelmeer und die Verstärkung ihrer dortigen Stützpunkte kam durch Verhandlungen der französischen und der englischen Admiralität zustande, nachdem die tripolitanische Eroberung Italiens und sein maritimer Aufschwung in die strategischen Aspekte der Mittelmeerstellung eine Änderung gebracht hatte.

Demgegenüber hat die britische Regierung in den letzten Jahren wiederholt in der bestimmtesten Form versichert, daß zwischen England und Frankreich keinerlei Abmachungen beständen, die England im Falle kriegerischer Verwicklungen Frankreichs mit anderen Mächten zu einem militärischen — worunter auch „maritimen" zu verstehen sein wird — Eingreifen verpflichteten*. Mit Bezug auf das Expeditionskorps, das die öffentliche Meinung am meisten beschäftigte, hat dies der Premierminister Asquith getan, als er im März 1913 im Unterhaus die Erwähnung von Gerüchten, „daß England in gewissen Fällen zwar nicht die vertragliche Verbindlichkeit, aber doch immerhin die Verpflichtung habe, eine starke bewaffnete Macht außer Landes zu schicken, um auf dem Festlande an militärischen Operationen teilzunehmen", mit der sofortigen Erklärung beantwortete, „daß dies falsch sei" **.

Die Widersprüche zwischen diesen offiziellen Erklärungen der Minister und den stets neu sich erhebenden Stimmen in England wie in Frankreich, die das Vorhandensein britisch-französischer Kriegsverpflichtungen behaupten, und die in der französischen Kräfteverschiebung eine Bestätigung finden, lassen sich nur daraus erklären, daß voraussichtlich kein vertraglich niedergelegtes Abkommen von fester Form und Dauer wie der Dreibundvertrag zwischen England und Frankreich besteht, daß aber die nach einer Äußerung des französischen Ministers Pichon seit 1905 und 1906 datierenden „militärischen Unterredungen" doch der Vorbereitung einer gemeinsamen Verwendung der Streitkräfte für verschiedene Kriegs- und Friedenslagen gedient haben und weiter dienen.

Ob die Ergebnisse dieser Unterhaltungen, die bei verschiedenen Besuchen der beiderseitigen Marine- und Militärautoritäten gepflogen wurden, die Form einer Konvention erhalten haben, ob sie überhaupt irgendwie niedergelegt worden sind, entzieht sich natürlich der öffentlichen Kenntnis.

Darauf kommt es auch nicht an. Die Tatsache, daß die Häupter der Land- und Seestreitkräfte beider Mächte sich von Zeit zu Zeit verständigen, daß auf Grund dieser Verständigung bereits eine radikale Verschiebung des maritimen Schwergewichts beider Staaten durchgeführt worden ist, und daß, wie die Benutzung fran-

---

* Vgl. Nr. 15 614, 15 615.
** Vgl. Nr. 15 614.

zösischer Häfen durch englische Verbände zeigt, weitere Schritte zu intimer Zusammenarbeit getan werden — diese Tatsachen sind hinreichende Belege dafür, daß englisch-französische Abmachungen — ob mit oder ohne Verpflichtung, ist zunächst gleichgültig — bestehen, und daß mit ihnen gerechnet werden muß.

Inwieweit die britische Regierung ihre Stellungnahme in Konfliktsfällen zwischen Deutschland und Frankreich auf das diplomatische und das politische Gebiet beschränken wird, unter welchen Umständen und zu welchem Zeitpunkt sie zur aktiven militärischen Parteinahme schreiten wird, diese Fragen zu erörtern, ist hier nicht am Platz.

Für die grundsätzliche Beurteilung der militärischen Lage ist dies auch von untergeordneter Bedeutung. Im Falle eines französisch-deutschen Konflikts würde Großbritanniens militärisches Gewicht auf Frankreichs Seite stehen. Die militärische Lage, wie sie sich gegenwärtig im Frieden darstellt, würde durch den Krieg keine Veränderung erfahren. Die Besetzung des nordischen und des mittelländischen Kriegstheaters würde im großen und ganzen dieselbe bleiben wie jetzt.

Die seit 1904 durch Englands Anschluß an den Zweibund eingeleitete Gewichtsverschiebung zu Ungunsten des Dreibundes liegt in der Hauptsache auf maritimen Gebiet, da das durch England dargestellte Gewicht an Landmacht im Verhältnis zur Truppenstärke der kontinentalen Großstaaten unentbehrlich* ist. Zudem muß es als sehr zweifelhaft gelten, ob England sein Expeditionskorps wirklich, wie geplant, auf den Kontinent verschiffen würde, solange die deutsche Flotte existiert.

So ist im Verlauf des letzten Jahrzehnts auf Grund englisch-französischer Abmachungen marinepolitischer Art der Schwerpunkt der französischen Seemacht nach dem Mittelmeer, der der englischen in entgegengesetzter Richtung aus dem Mittelmeer heraus in die nordischen Gewässer verlegt worden. Den Anstoß dazu hat England wegen des Wachsens der deutschen Flotte gegeben.

In derselben Zeit hat sich in der maritimen Weltlage ein Umschlag vollzogen. Das Streben der auf weltwirtschaftliche Expansion angewiesenen Staaten und damit ihre Reibungsflächen sind mehr und mehr auf das überseeische Gebiet hinübergegangen. Nur dem seemächtigen Volk steht der Weg dorthin offen. Dadurch ist der politische Wert starker Flotten gestiegen, und es sind in der kurzen Zeit von rund zehn Jahren neben der ehemals supremen englischen Seemacht eine Reihe von kleineren Marinen entstanden, die jede in ihrem Bereich die ehemals alleinherrschende Suprematie Großbritanniens bestreitet.

---

* Wohl verschrieben für „unerheblich".

Ganz besonders ist dies im Mittelmeer der Fall, wo eine überragende Seestellung Englands bei gleichzeitiger großer Überlegenheit in der Nordsee ausgeschlossen ist, und wo deshalb die französische Konzentration das Gegengewicht gegen die italienische und die österreichische Flottenentwicklung darstellt.

In die seestrategische Lage Deutschlands haben die englisch-französischen Abmachungen keine grundsätzliche Änderung gebracht. Ob die englische Konzentration in der Nordsee dauernd und stets bereit ist, oder ob sie im Laufe einer Spannung oder der ersten Woche eines Krieges durch Rückruf der in den äußeren Meeren stationierten Schiffe eintritt, ist für unsere Flottenverwendung nach Art der politischen und strategischen Ziele, denen wir zustreben werden, ohne Belang. In früheren Jahren wäre zu dieser allmählich sich sammelnden englischen eine französische Flottenmacht getreten, was gegenwärtig nicht mehr der Fall sein wird.

Will man also eine Änderung der strategischen Lage durch die englisch-französischen Abmachungen und ihre Folgeerscheinungen anerkennen, so muß man sie zugunsten Deutschlands ansetzen und zu Ungunsten Englands, das im Kriege in der Nordsee allein stehen wird und im Frieden durch die dauernde Versammlung seiner Flotte an den heimischen Ufern nicht den Nutzen aus seiner Seemacht ziehen kann, den seine weltweiten Bedürfnisse fordern.

(gez.) Erich v. Müller



Kapitel CCXCIV

# Die Deutsche Wehrvorlage von 1913 und ihre Übertrumpfung durch Frankreich und Rußland

## Das Deutsch-Französische Verhältnis Dezember 1912 bis Juli 1914



## Nr. 15 623

## *Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg**

Unsignierte Abschrift

Berlin, den 14. Dezember 1912

Seine Majestät der Kaiser hat dem Kriegsminister und dem Staatssekretär des Reichsmarineamts nach Auskunft des Generals von Plessen durch diesen sagen lassen, sie sollten die momentane Bereitwilligkeit der gesamten Bevölkerung, für Rüstungszwecke alles und jedes zu bewilligen, ausnützen und Vorlagen vorbereiten, welche die noch vorhandenen Lücken in unseren Rüstungen schlössen.

Auf Befragen erklärte mir der Kriegsminister, seine Pläne seien vom militärischen Standpunkte aus folgende:

1. Die vom Reichsschatzsekretär ihm bereits zugestandene Dotierung eines Nachtragsetats für 1913 mit 7 Millionen Mark, um das Flugwesen auszubauen, sei ungenügend. Nach den Berechnungen des Generalstabes seien im ganzen 73 Millionen erforderlich, wovon auf 1913 rund 28 Millionen entfielen. Ob er sich dieser Forderung in voller Höhe anschließen werde, stehe noch dahin, immerhin glaube er, daß seine Forderung für 1913 nicht weit unter 28 Millionen herabgehen werde. Die Gesamtsumme müsse baldmöglichst bewilligt werden, da wir sonst keine Aussicht hätten, den Vorsprung Frankreichs auch nur einigermaßen einzuholen.

2. Die Heeresvorlage vom Frühjahr 1912 habe er in Übereinstimmung mit dem Chef des Generalstabs für ausreichend gehalten, wiewohl er bei seinen Forderungen natürlich auf die Finanzlage Rücksicht genommen habe. Jetzt sei die Sachlage verändert. Die Erstarkung der Südslaven, namentlich der Serben, werde bei einem rus-

* Über die Genesis der Wehrvorlage von 1913 bieten die Akten des Auswärtigen Amtes nur wenig Material. Außer der obigen Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg kommt noch eine Notiz des Reichskanzlers vom 17. März 1913 in Betracht, die durch eine Randbemerkung des Kaisers zu einem Bericht des Pariser Botschafters Freiherrn von Schoen vom 13. März veranlaßt war. Siehe den Text des Schoenschen Berichts mit der kaiserlichen Randbemerkung und die Notiz des Reichskanzlers in Nr. 15 633 und 15 634.

sisch-französisch-deutsch-österreichischen Kriege Österreich zwingen, starke Truppenmassen gegen Serbien stehen zu lassen. Die Hilfe, die uns Österreich gegen Rußland leisten könne, werde also eine stark verminderte sein. Das zwinge uns zu weiteren Rüstungen. Dazu komme noch ein anderes Moment. Tatsächlich stellten wir lange nicht alle tauglichen Mannschaften ein. Deshalb müßten jetzt im Kriegsfalle zahlreiche ältere Jahrgänge an den Feind geführt werden, während junge an sich kriegstüchtige, aber unausgebildete zurückblieben. Das sei im Volke bekannt und erzeuge Unzufriedenheit und Beunruhigung. Durch die Treibereien des Wehrvereins und der Alldeutschen sei außerdem das Mißtrauen weiter Volkskreise in unsere Kriegsstärke geschürt worden, und er müsse befürchten, daß dieses Mißtrauen bereits Teile der Armee ergriffen habe. Er könne sich als Kriegsminister nicht dauernd von Seiner Majestät dem Kaiser und in der Öffentlichkeit den Vorwurf machen lassen, daß er ungenügend für die Stärke der Armee sorge. Wir hätten Menschenkräfte genug, um uns sehr viel stärker zu machen, als wir es gegenwärtig seien, und an dem erforderlichen Gelde fehle es im Lande auch nicht, auch wenn, wie er zugeben müsse, die bestehenden Reichssteuern nicht genügend Geld lieferten. Er müsse die Frage zur Entscheidung bringen, ob wir, weil momentan keine laufenden Einnahmen vorhanden seien, darauf verzichten wollten, uns so stark zu machen, wie wir sonst könnten, oder ob wir diese Stärkung vornehmen wollten, indem wir die dafür erforderlichen Mittel eventuell im Wege der Anleihe aufbrächten. Die Verstärkung unserer Rüstung werde nicht sowohl in der Aufstellung neuer Kaders bestehen, als in der Erhöhung der Etatsstärken, in der Bildung der noch fehlenden dritten Bataillone und Maschinengewehrabteilungen, der Bespannungsergänzung bei der Feldartillerie usw. Frühester Termin für die Durchführung dieser Verstärkungen sei der 1. Oktober 1913. Bis zum Mai 1913 müßten aber die entsprechenden Vorlagen Gesetz geworden sein, da noch beim Aushebungsgeschäft 1913 die erforderlichen Mannschaften ausgehoben werden müßten. Über den Kostenbedarf könne er noch nichts sagen, er glaube aber, daß auf 1913 etwa 400 Millionen entfallen würden *.

---

* Mit diesem Standpunkte des Kriegsministers von Heeringen vgl. den auf sehr viel höhere Forderungen hinauslaufenden Standpunkt des Generalstabschefs von Moltke, wie er in der bekannten Denkschrift vom Dezember 1912, die unter dem 21. Dezember (vgl. Nr. 15 634 nebst Fußnote †††) auch dem Reichskanzler zugestellt wurde, aber nicht zu den Akten des Auswärtigen Amts gelangt ist, entwickelt worden ist (siehe den Text in E. Ludendorff, Französische Fälschung meiner Denkschrift von 1912 über den drohenden Krieg, S. 9 ff.; Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916—18, S. 51 ff.). Die Denkschrift beleuchtet sehr eingehend die militärische Lage Deutschlands, die sich durch die Erstarkung der Balkanstaaten, durch die Engagierung Italiens in Libyen usw. wesentlich verschlechtert habe. Nachdrücklich weist die Denkschrift

D e r  S t a a t s s e k r e t ä r  d e s  R e i c h s m a r i n e a m t s äußerte sich in folgender Weise:

Bereits seit dem Sommer werde er von Seiner Majestät zu einer Marinevorlage gedrängt. Er habe sich dazu bisher schweigend verhalten. Wenn aber jetzt eine Heeresvorlage gemacht werde, müsse er verlangen, daß auch eine Marinevorlage eingebracht werde. Diese werde neben relativ unbedeutenden Forderungen für das Flugwesen die Beschleunigung des Baues von Panzerkreuzern verlangen, ohne daß der Schiffsbestand im ganzen dadurch vermehrt werde. Auf diese Baubeschleunigung bei den Panzerkreuzern habe er bei der letzten Flottenvorlage nur wider Willen verzichtet. Die Baubeschleunigung werde sich ohne neues Gesetz lediglich durch den Etat bewerkstelligen lassen*.

Ich habe den beiden Herren erwidert, daß ich ihnen gegenüber zu diesen auf den ersten Blick gänzlich undurchführbar erscheinenden Projekten einstweilen sachlich noch nicht Stellung nehmen wolle. Ich müsse aber mit allem Nachdruck verlangen, daß sie sich hinter

---

in diesem Zusammenhang auf die Erklärung Italiens hin, vorderhand für den Kriegsfall seine dritte Armee nicht zur Verfügung stellen zu können (vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXL, Anhang), womit für Deutschland gegenüber Frankreich fünf Armeekorps und zwei Kavalleriedivisionen in Wegfall kamen. Unter solchen Umständen meinte der Generalstab nicht mit einer Erhöhung der Etatsstärken, die das Kriegsministerium in erster Linie in Betracht zog, auskommen zu können, sondern die Neuaufstellung von mindestens drei Armeekorps fordern zu müssen. Der Gesamtinhalt der Denkschrift ergibt klar, daß der Generalstab mit seinen Forderungen nur den „erforderlichen Kräfteausgleich" beschaffen wollte, daß er aber keineswegs daran dachte, „das Gleichgewicht der beiden Lager, in die Europa geteilt ist, durch einen großen Kraftaufwand zu stören", wie das unter anderem in einem Bericht des französischen Marineattachés in Berlin de Faramond vom 15. März 1913 (Französisches Gelbbuch: Der Europäische Krieg, S. 8 ff.) als Ziel und Zweck des deutschen Vorgehens hingestellt wird. Erst recht gilt das gleiche für die so viel bescheideneren Forderungen des Kriegsministeriums, an denen dieses dem Generalstab gegenüber mit aller Entschiedenheit festhielt, da es höhere Forderungen technisch nicht für durchführbar, parlamentarisch nicht für tragbar erachtete. — Bei dem langen Ringen zwischen Kriegsministerium und Generalstab siegte schließlich das erstere, für das sich auch Reichskanzler von Bethmann Hollweg einsetzte. Näheres darüber vor allem bei H. Herzfeld, Die deutsche Rüstungspolitik vor dem Weltkriege, S. 47ff., der mit aller Entschiedenheit für die Politik des Generalstabs eintritt und aufs herbste die Politik des Reichskanzlers verurteilt. Eine Durchführung der Generalstabspläne in vollem Umfang würde allerdings den Erfolg gezeitigt haben, daß Frankreich, das die tatsächliche deutsche Wehrvorlage durch die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit weit zu überflügeln vermochte, im Rückstand geblieben wäre. Ob aber eine Wehrvorlage im Sinne des Generalstabes, wenn sie anders technisch und parlamentarisch durchführbar war, nicht eine unmittelbare Kriegsgefahr heraufbeschworen und Deutschland mit dem Odium des moralischen Urhebers belastet hätte? Reichskanzler und Auswärtiges Amt sind bei ihrer Stellungnahme zugunsten der beschränkten Pläne des Kriegsministeriums von dieser Ansicht ausgegangen.

* Vgl. dazu auch A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 368 ff.

meinem Rücken auch Seiner Majestät gegenüber nicht bänden, daß von Vorarbeiten, die sie innerhalb ihrer Ressorts etwa vornähmen, auch nicht das geringste in die Öffentlichkeit dringen dürfe, und daß ich irgendwelche Preßtreiberei zugunsten der Projekte unter keinen Umständen dulden könne.

## Nr. 15 624

### *Bericht des Militärattachés in Paris Majors von Winterfeldt*

Abschrift

Nr. 9 Paris, den 14. Februar 1913

Die französische Presse fängt an, sich eingehender mit der bevorstehenden deutschen Heeresvorlage* zu beschäftigen. Obgleich authentische Nachrichten über den Gegenstand noch nicht vorliegen, zweifelt hier niemand mehr daran, daß das laufende Jahr eine weitere bedeutende Verstärkung der deutschen Armee bringen wird. Angesichts dieser Tatsache spricht aus den Äußerungen der öffentlichen Meinung die Besorgnis, daß das militärische Kräfteverhältnis der beiden Nachbarländer, das nach der wohl nicht ganz einwandfreien Auffassung der Franzosen sich annähernd die Wage halten müßte, sich nachgerade in bedenklicher Weise zu Ungunsten Frankreichs zu verschieben beginne, falls es nicht gelingen sollte, durch wirksame Gegenmaßregeln das gestörte Gleichgewicht rechtzeitig wenigstens einigermaßen wiederherzustellen. In den ernsthaften Zeitungen wird daher mit Nachdruck die Forderung vertreten, die Regierung möge solche Maßregeln baldigst beschließen und energisch durchführen. Man dürfe sich dabei weder durch kleinliche Bedenken oder Rücksichten abhalten lassen, noch sich mit hohlen Phrasen begnügen, durch die das leichtgläubige Publikum leider schon zu oft eingeschläfert und über die aus dem Osten drohende Gefahr hinweggetäuscht worden wäre. Vielmehr gelte es jetzt, gegenüber den stetig wachsenden deutschen Rüstungen der Wirklichkeit entschlossen ins

---

* Seit Anfang Januar waren in der deutschen Presse wiederholt Notizen über eine neue Wehrvorlage erschienen. Vgl. dazu die Übersicht bei H. Herzfeld, Die deutsche Rüstungspolitik, S. 92 ff. Am 15. Februar brachte, nachdem Kaiser Wilhelm II. am 5. Februar in Königsberg bei der Jahrhundertfeier der Erhebung Ostpreußens im Jahre 1813 eine Verstärkung der deutschen Wehrmacht im Rahmen der allgemeinen Dienstpflicht angekündigt hatte, die Korrespondenz „Heer und Politik“ zum erstenmal ausführlichere Mitteilungen, die allerdings noch recht ungenau waren. Erst gegen Ende Februar sickerten im ganzen zutreffende Nachrichten über den Umfang der zu erwartenden Maßnahmen durch: 200 Millionen an dauernden, eine Milliarde an einmaligen Ausgaben. Am 1. März teilte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ authentisch mit, daß man beabsichtige, die Deckung der Milliarde einmaliger Ausgaben auf dem Wege einer außerordentlichen Vermögenssteuer zu bestreiten.

Auge zu sehen und etwas Reelles zu schaffen. Frankreich sei durch den Selbsterhaltungstrieb gezwungen, seine Landesverteidigung bis zum höchsten Grad ihrer Leistungsfähigkeit zu steigern, andernfalls würde seine Rolle militärisch und damit auch politisch in absehbarer Zeit ausgespielt sein.

Aus einigen Nachrichten, die in der letzten Zeit in die Öffentlichkeit gedrungen sind, darf geschlossen werden, daß nicht nur die Presse, sondern auch die maßgebenden Stellen sich bereits mit der Frage befaßt haben, was geschehen könnte, um der neuen deutschen Heeresverstärkung ein Paroli zu bieten. Ähnliche Erwägungen haben bekanntlich schon im vorigen Jahre im Hinblick auf unsere Militärvorlage von 1912 die französische Regierung beschäftigt und Herrn Millerand veranlaßt, eine besonders rege Tätigkeit zu entfalten. Ich habe mich damals über diesen Gegenstand in mehreren Berichten ausführlich geäußert* und dabei auch dargelegt, welche Schwierigkeiten sich der französischen Heeresverwaltung bei ihrer Suche nach wirksamen Gegenmaßregeln entgegenstellten. Diese Schwierigkeiten sind auch heute noch in unvermindertem Maße vorhanden. Die größte von allen liegt, wie kaum noch erwähnt zu werden braucht, und wie den Franzosen selbst längst bewußt ist, in dem Mangel an Menschen. Ein Heilmittel gegen dieses Grundübel könnte allenfalls in der Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit gefunden werden, die dann auch von einzelnen Stimmen gefordert wird**. Daß aber das Parlament und die

---

* Vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLVI. Inzwischen hatte Kriegsminister Millerand am 13. Januar 1913 infolge des Skandals, der durch die Reaktivierung des aus der Dreyfusaffäre bekannten Oberstleutnant du Paty de Clam entstand, demissioniert. Seinem Nachfolger, dem bisherigen Kolonialminister Lebrun, war nur eine Amtsdauer von wenigen Tagen beschieden, da infolge der Wahl des Ministerpräsidenten Poincaré zum Präsidenten der französischen Republik (17. Januar) das Kabinett folgenden Tags zurücktrat und am 21. durch ein Kabinett Briand ersetzt wurde, in dem Etienne das Kriegsministerium und Jonnart das Auswärtige bekleideten.

** Schon in einem Bericht vom 30. Januar (Nr. 6), der sich mit der Persönlichkeit des neuen Kriegsministers Etienne beschäftigte, war von der Propaganda für die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich die Rede gewesen. Es hieß in dem Bericht darüber: „Bekanntlich wird seit einiger Zeit in den militärischen und auch in den der Armee freundlich gesinnten politischen Kreisen in Frankreich eine immer lebhafter werdende Propaganda für die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie und reitenden Artillerie geführt. Gewisse Anzeichen ließen vermuten, daß Herr Millerand einer derartigen Reform trotz der gewaltigen Schwierigkeiten, auf die sie im Parlament stoßen mußte, nicht unbedingt ablehnend gegenüberstand. Die sehr vorsichtig verklausulierten Erklärungen, die Herr Etienne jetzt zu dieser Frage abgegeben hat, scheinen darauf hinzudeuten, daß der neue Kriegsminister Bedenken trägt, eine radikale Lösung, die den Wünschen der Anhänger der dreijährigen Dienstzeit entsprechen würde, ins Auge zu fassen. Er wird vermutlich versuchen, sich mit Aushilfen durchzulavieren, über deren Erfolg man nach den bisherigen Erfahrungen im Zweifel sein darf."

Mehrheit des französischen Volkes sich für einen derartigen „Rückschritt“ begeistern sollten, muß vorläufig immer noch als unwahrscheinlich angesehen werden. Ist doch bis jetzt selbst für eine nur teilweise Wiedereinführung einer längeren Dienstzeit, die sich lediglich auf Kavallerie und reitende Artillerie beschränken würde, noch nicht sonderlich viel Stimmung vorhanden. Dem französischen Kriegsminister wird also trotz aller eigenen Besorgnisse, trotz der Mahnungen der Presse und trotz der zweifellos vorhandenen Bereitwilligkeit des Parlaments und des Landes zu finanziellen Opfern auch fernerhin nichts anderes übrig bleiben, als sich mit der Tatsache abzufinden, daß man nicht mehr Menschen einstellen kann, als man hat, und daß die verfügbaren Ersatzquellen sich selbst durch die sinnreichsten Aushilfen nicht über ein gewisses Maß hinaus steigern lassen werden. Dagegen steht der Heeresverwaltung der Versuch frei, das vorhandene Menschenmaterial durch allerlei Verbesserungen auf dem Gebiet der Organisation, der Vorbildung und Ausbildung, der Bewaffnung und Technik in seinen Leistungen derartig zu vervollkommnen, daß die französische Armee an Kriegsbereitschaft hinter keiner anderen zurückzustehen brauchte. Ein solcher Versuch, ich wähle absichtlich diesen Ausdruck, wird zweifellos gemacht werden; wieweit er von Erfolg gekrönt sein wird, muß man aber abwarten. Ich habe oft darauf hingewiesen, daß die französische Armee trotz der großen Schwierigkeiten, die ihr aus den politischen Verhältnissen erwachsen, dennoch in mancher Hinsicht und besonders in den letzten Jahren unverkennbare Fortschritte gemacht hat. Die Volksstimmung in Frankreich und der rege Eifer, der augenblicklich im Offizierkorps herrscht, berechtigen zu der Annahme, daß bis auf weiteres auf diesem Wege fortgefahren werden dürfte. Andererseits muß aber berücksichtigt werden, daß in Frankreich großangelegte und Nutzen versprechende militärische Reformen schon häufig in ihrer Durchführung infolge von Mangel an Stetigkeit oder Sorgfalt bedenklich verschleppt worden sind, wenn nicht gar völlig Schiffbruch gelitten haben. Wenn daher jetzt wieder einmal von einem „vaste programme d’ensemble“ gemunkelt wird, mit dessen Ausarbeitung die Regierung beschäftigt wäre, und das demnächst das Licht der Öffentlichkeit erblicken würde, so ist gegenüber solchen Ankündigungen ein leises Mißtrauen gerechtfertigt. Ebenso sind die Nachrichten, die über die angeblichen Absichten der französischen Heeresverwaltung bis jetzt in die deutsche Presse gedrungen sind, mit Vorsicht aufzunehmen. Beispielsweise will das „Berliner Tageblatt“ schon wissen, daß „möglichst baldige Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie, erhöhte Ausgaben für das Fliegerwesen und sofortige Einführung eines automatischen Gewehrs“ bereits beschlossen wären. Solche bestimmten Angaben, die das genannte Blatt wohl nicht ohne Absicht in die Welt setzt, bedürfen vorläufig noch der Bestätigung. Über die

Frage der dreijährigen Dienstzeit für die berittenen Waffen habe ich mich schon geäußert. Daß von gewissen Seiten eifrig für sie Propaganda gemacht wird, ist mehrfach von mir gemeldet worden. Ob diese Propaganda schließlich einmal Erfolg haben wird, läßt sich heute noch nicht vorhersagen; der Kriegsminister hat sich bekanntlich erst vor kurzer Zeit dieser Frage gegenüber sehr reserviert ausgesprochen. Was das Fliegerwesen anlangt, so fehlt es dafür schon jetzt nicht an Mitteln. Sollte die augenblicklich im Gange befindliche „Enquête" der parlamentarischen Kommission ergeben, daß über die bereits zur Verfügung stehenden Mittel hinaus weitere Summen erforderlich sind, so werden diese selbstverständlich anstandslos bewilligt werden. Die Frage des automatischen Gewehrs liegt so, daß bereits seit einer Reihe von Jahren wenn auch nicht mit der Wahrscheinlichkeit, so doch mit der Möglichkeit der Einführung einer solchen Waffe gerechnet werden muß. Ich hatte es schon im vorigen Jahre, als in Frankreich die Aufregung wegen der deutschen Militärvorlage von 1912 entstand, für denkbar gehalten, daß Herr Millerand in der Einführung eines neuen, dem deutschen möglicherweise überlegenen Infanteriegewehrs eine effektvolle Gegenmaßregel sehen würde. Bekanntlich ist aber auf eine solche Lösung damals verzichtet worden, was natürlich nicht ausschließt, daß jetzt Herr Etienne in dieser Frage einen anderen Standpunkt einnehmen und sich für eine Neubewaffnung entscheiden könnte. Von sonstigen Maßregeln, die als Gegengewicht gegen die neuen deutschen Rüstungen in Frage kommen könnten, wären zu erwähnen: Beschleunigte Durchführung der teils angenommenen, teils noch auf dem Programm stehenden Kadergesetze, Verstärkung des Grenzschutzes, Steigerung der Zahl der freiwillig länger Dienenden und Kapitulanten, möglichst schnelle Vermehrung und Vergrößerung der Truppenübungsplätze, Maßregeln auf artilleristischem Gebiete (Feldhaubitzfrage, Erhöhung der Munitionsmenge, Änderungen am Feldgeschütz), weitgehendste Ausnutzung der Kraftwagen und sonstiger technischer Hilfsmittel und dergleichen mehr. Das alles wird viel Geld kosten, kann aber bei gutem Willen und planmäßiger Arbeit wenigstens teilweise geleistet werden. Einen Ausgleich gegenüber den deutschen Verstärkungen würden alle diese Maßregeln aber nur dann darstellen können, wenn die deutsche Armee auf den erwähnten technischen und sonstigen Gebieten ihrerseits zurückbleiben sollte.

Solange man, wie es vorläufig der Fall ist, hinsichtlich der französischen Absichten im wesentlichen noch auf Vermutung angewiesen ist, hat es wenig Wert, die Zweckmäßigkeit oder Durchführbarkeit der angedeuteten Maßnahmen näher zu prüfen. Die französische Regierung wird jedenfalls in nicht zu ferner Zeit mit ihren Plänen hervortreten, dann wird sich Gelegenheit bieten, erneut auf den Gegenstand zurückzukommen.

Für heute möchte ich mich darauf beschränken, der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß die neue Verstärkung der deutschen Wehrmacht zwar zunächst auf französischer Seite eine erhöhte Wachsamkeit und Tätigkeit in militärischer Beziehung zur Folge haben dürfte, daß sie aber andererseits für die Franzosen und besonders für diejenigen Elemente, die durch chauvinistische Hetzereien mit dem Feuer zu spielen belieben, ein eindrucksvolles Menetekel darstellen wird.

(gez.) von Winterfeldt
Major im Generalstabe der Armee

### Nr. 15 625

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 60 Paris, den 17. Februar 1913

Die bei uns angekündigten Heeresvermehrungen* bilden zurzeit das Hauptthema der hiesigen Preßerörterungen. In allen dieser Angelegenheit gewidmeten Artikeln gelangt sehr lebhafte Beunruhigung zum Ausdruck, daneben auch vielfach Verstimmung und Argwohn gegen England, das ohne Rücksicht auf den Geist der entente cordiale[1] durch eine Verständigung mit Deutschland über Begrenzung der Rüstungen zur See Deutschland in den Stand setze, „das, was es in der Nordsee erspare, an der Vogesengrenze zu verwenden".

Mit Ausnahme der Organe der äußersten Linken fordert die gesamte Presse die Regierung dringend auf, angesichts der neuen Verstärkungen der deutschen Armee, die schon jetzt eine mächtige Überlegenheit besitze, weitestgehende Gegenmaßregeln zu ergreifen, denn es handle sich um die Sicherheit, um die Großmachtstellung, ja um die Existenz Frankreichs, ebenso wie um die Erhaltung des Gleichgewichts und demzufolge um den Frieden Europas. Man müsse dem französischen Volke vor Augen führen, daß es sich zu jedem Opfer bereit halten und zu einer äußersten Kraftanstrengung aufraffen müsse.

Diese Kraftanstrengung, so wird vielfach erklärt, bestehe vor allem in der Einführung der dreijährigen Dienstzeit. Kriegsminister Etienne möge unbekümmert um die Wahlrücksichten und die Popularitätssucht der Deputierten mit dieser Forderung vor das Parlament treten, er könne der Zustimmung aller Patrioten sicher sein.

Nach den bisher vorliegenden Proben und mit Rücksicht darauf, daß es einer starken Bearbeitung der öffentlichen Meinung bedürfen

---

* Vgl. Nr. 15 624, Fußnote.

wird, um diese dem Gedanken der Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit geneigt zu machen, dürfte man für die nächste Zeit mit einer lebhaften Preßagitation, bei der starke Worte gegen uns unterlaufen mögen, zu rechnen haben. Es wird dabei interessant sein zu beobachten, wie man über die Widersprüche hinwegkommen wird, die zwischen dem jetzigen Notschrei und der im Laufe des vergangenen Jahres so geflissentlich von den Machthabern geförderten Auffassung liegen, daß Frankreich im Vertrauen auf seine durch innere Stärke und Tüchtigkeit der deutschen zum mindesten ebenbürtige Armee dem Schicksal ruhig und stolz entgegensehen könne.

v. Schoen

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Der ist also antideutsch

## Nr. 15 626

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 74 Paris, den 19. Februar 1913

Minister Jonnart sagt mir ganz spontan, hiesige Regierung sehe in unserer Heeresvermehrung keinerlei „geste provocatoire" und habe festes Vertrauen in Deutschlands Friedensliebe. Die hier geplanten militärischen Maßregeln, von denen der „Temps" verfrüht und teilweise unrichtig gesprochen, seien nicht unmittelbare Antwort auf unser Vorgehen, sondern im wesentlichen Ergebnis monatelanger Erwägungen *.

---

* Ähnlich äußerte sich Jonnart am gleichen 19. Februar gegenüber dem belgischen Gesandten Baron Guillaume. Siehe dessen Bericht vom 19. Februar 1913 in: Belgische Aktenstücke 1905—1914, hrsg. vom Auswärtigen Amt, S. 115 f. Es heißt dort unter anderem: „Der Minister betrachtet die von Deutschland ergriffenen Maßnahmen nicht als feindlichen Akt, sondern als Vorsichtsmaßregel für die Zukunft. Deutschland fürchtet, sich eines Tages mit Rußland und Frankreich gleichzeitig im Kampf zu befinden, und vielleicht auch mit England, während die Unterstützung, die Österreich ihm leihen könnte, dadurch sehr beeinträchtigt sein würde, daß die Doppelmonarchie der Gruppe der Balkanstaaten entgegenzutreten haben würde." Auch auf die französischerseits geplanten und keineswegs erst durch das deutsche Beispiel veranlaßten militärischen Maßregeln ging Jonnart gegenüber dem belgischen Gesandten ein: „Die Zeitungen — und vor allen der „Temps" — haben unrecht, wenn sie bei Besprechung der Pläne der französischen Regierung dieselben als Antwort auf die deutscherseits ergriffenen Maßnahmen darstellen; viele sind nur das Ergebnis seit langer Zeit unternommener Studien." — Über die militärischen Vorbereitungen Frankreichs hatte der „Temps" am 17. Februar mitgeteilt, daß die Regierung drei Entwürfe über die Vermehrung des Landheers veröffentlichen werde. Der erste Entwurf von 70 bis 80 Millionen verlange einen außerordentlichen Kredit für die Festun-

Ich habe Eindruck, daß vorstehende Erklärungen dem Wunsche entspringen, namentlich in Hinsicht auf allgemeine europäische Lage

---

gen, für Umgestaltung der Munition und für Vermehrung der Transportmittel. Der zweite Entwurf fordere einen auf mehrere Jahre zu verteilenden Kredit von 500 Millionen, um verschiedene Rüstungsreformen, namentlich betreffs der Munition für schwere Artillerie und der Militärluftschiffahrt, mit größtmöglicher Beschleunigung durchzuführen. Der dritte Entwurf sehe die allgemeine Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit vor. — Genaueres über die Genesis der französischen Rüstungsmaßregeln erfährt man aus der Rede des auf Briand (22. März) folgenden Ministerpräsidenten Barthou vom 26. Juni 1913. Nach dem amtlichen Stenogramm (Journal officiel du 27 Juin, Chambre des Députés, p. 2231 ss.) lauteten die Ausführungen Barthous:

„Dès les premiers mois de l'année 1912, l'état-major de l'armée entreprend l'étude des modifications qu'il convient d'apporter à la loi de 1905. Parmi ces modifications, il en est deux qu'il retient pour en faire l'object d'un projet de loi spécial.

„Quel est ce projet? D'une part, il tend à instituer le service de trois ans pour la cavalerie et les batteries à cheval au moyen d'engagements volontaires, avec prime de libérations et autres avantages. D'autre part, il contient des dispositions qui ont pour but d'augmenter le nombre des engagés et des rengagés, ainsi que la durée maxima de leur service, particulièrement dans certains corps métropolitains de l'Afrique du Nord, en vue de faciliter les opérations de la relève.

„Ce projet de loi, examiné dans son principe, est présenté au conseil des directeurs que préside l'honorable M. Millerand, alors ministre de la guerre. Ces propositions sont examinées dans le courant du mois de décembre 1912 et on envoie aux généraux et aux préfets des instructions qui, sous réserve de l'intervention et de l'approbation du Parlement, ont pour objet de préparer l'application de ces dispositions.

„Au mois de janvier 1913, on étudie des projets de même ordre. Dans deux séances du 6 et du 14 février, on examine, d'une manière plus particulière et plus pressante, les modifications à la loi de recrutement destinées à augmenter le nombre des engagements et des rengagements qu'avait escompté le législateur de 1905 et qui était resté inférieur à ce que l'on prévoyait.

„Je montre à la Chambre l'évolution qui s'est produite dans les intentions et dans les résolutions de l'état-major de l'armée et du ministre de la guerre.

„Mais, au cours de ce même mois de février, le ministère des affaires étrangères et le ministère de la guerre reçoivent des renseignements précis sur le charactère et sur la portée de certain projet de loi qui est élaboré dans un pays voisin. A ce moment — je ne dis pas l'état-major de l'armée, je ne connais ici de responsables devant la Chambre que le ministre de la guerre et le chef du Gouvernement — à ce moment le ministre de la guerre estime que les dispositions étudiées depuis quelques mois, ne répondent plus à la situation et qu'il faut apporter à la loi de 1905 des modifications plus profondes.

„C'est alors que le 19 février le ministre de la guerre envisage plusieurs solutions: Les voici: le service de trois ans pour tout le contingent; c'est la première solution. Il en examine une autre, le service de trente mois. Et vous voyez qu'ici je marque que le Gouvernement, dès ce moment, a eu le souci d'étudier, d'apprécier les différents systèmes qui, sous forme de contre-projets, sont actuellement soumis à la Chambre. Le service de trente mois se présente avec deux modalités différentes: la première comporte l'appel de la classe en une seule fois, au mois d'octobre; la seconde, l'appel de la classe par moitiés, l'une en octobre, l'autre en avril.

„On envisage également une troisième solution: le retour à l'ancien système des

deutsch-französische Beziehungen nicht als gespannt erscheinen zu lassen.

Schoen

---

deux portions du contingent déterminées par voie de tirage au sort et assurant la fixité des effectifs prévue par les lois des cadres, en même temps que le service de trois ans dans les armes à cheval.
„Le ministre de la guerre, aprés avoir procédé, concurremment avec ses services, à l'examen de différents systèmes et de leurs diverses modalités, conclut que le service de trois ans est le seul qui permette de répondre à l'augmentation des effectifs de l'armée allemande. Il saisit de la question le conseil des ministres. En conseil des ministres, toutes les solutions sont librement et contradictoirement discutées, et, avant d'arrêter sa décision — car le Gouvernement n'est véritablement pas responsable et ne saurait être responsable des opinions qui ont pu être exprimées par des journaux et qu'on a apportées à la tribune — avant de prendre une décision qui le lie, qui l'engage, et qui se transforme en un projet de loi dont il aura la responsabilité devant le Parlement, le Gouvernement, dis-je, tient à consulter le conseil supérieur de la guerre.
„Le conseil supérieur se réunit le 4 mars. . . . Le Conseil supérieur de la guerre s'est prononcé, et j'ajoute qu'il s'est prononcé à l'unanimité."
Nach dieser Darstellung wäre die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit — mindestens für Kavallerie und reitende Artillerie — schon seit den ersten Monaten des Jahres 1912 geplant gewesen und 1913 unter dem Eindruck der deutscherseits angekündigten Wehrvorlage, ohne daß man über deren Umfang bereits authentisch Auskunft hatte, schleunigst generalisiert worden. Vgl. dazu auch v. Kuhl, Der deutsche Generalstab in Vorbereitung und Durchführung des Weltkrieges, S. 102, der auf eine Äußerung des französischen Abgeordneten Chautemps vom 2. Juni 1913 hinweist, nach der der Entwurf über die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, wie er, Chautemps, aus durchaus sicherer Quelle wisse, lange vor der Verstärkung der deutschen Wehrkraft vorbereitet sei, und H. Herzfeld, Die deutsche Rüstungspolitik vor dem Weltkriege, S. 130 f., 136 f. Die neueste Darstellung Poincarés (Au Service de la France, III, 144 ss.) beschränkt sich im wesentlichen auf dürftige Angaben über die kurz nach seiner Installierung im Elysée (18. Februar) stattgefundenen Ministerconseils vom 27. Februar, 3., 4. und 5. März, schweigt sich aber völlig aus über das, was während seiner voraufgehenden Ministerpräsidentschaft in der Richtung der dreijährigen Dienstzeit bereits vorbereitet war.
In jedem Falle bleibt auf der französischen Regierung der Vorwurf haften, daß sie den entscheidenden Entschluß der Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit gefaßt hat und damit an die Öffentlichkeit getreten ist, ehe noch die deutsche Wehrvorlage endgültig in ihrem Umfang festgelegt war. Durch die öffentliche Festlegung auf die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit wurde die deutsche Regierung und nicht minder der Reichstag geradezu in eine Zwangslage versetzt. Das wird von einem neutralen Beobachter wie dem belgischen Gesandten in Berlin Baron Beyens in einem Bericht vom 12. Juni 1914, der die Frage der Entstehung der beiderseitigen Rüstungsvorlagen Deutschlands und Frankreichs auf Grund der seither gesammelten Erfahrungen retrospektiv behandelt, rückhaltlos anerkannt. Es heißt in dem Berichte (Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 138 f.): „Il semble aujourd'hui, d'après le spectacle que nous offre la France, que le Cabinet Barthou ait trop présumé des forces et des sentiments du Pays, en lui demandant le rétablissement du service militaire de trois ans, et que les Allemands aient raison de le penser . . . Quoi qu'il en soit, on doit se demander si le Cabinet Barthou et le Président de la République n'ont

## Nr. 15 627

*Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 71 Paris, den 22. Februar 1913

Die ersten Handlungen des neuen Präsidenten der Republik bestätigen, daß er, wie schon vor seinem Amtsantritt verlautete, aus der bisher für das Staatsoberhaupt üblichen engherzigen Abgeschlossenheit herauszutreten gedenkt*. So hat Herr Poincaré, was bisher nie geschehen, die Aufwartung der Diplomaten bei ihm durch persönliche Besuche bei den Botschaftern erwidert. Er ist bei allen vorgefahren, hat aber nur wenige, so mich, zu Hause angetroffen. Es ist meines Wissens das erste Mal, daß ein Präsident der Republik [1] in

---

pas agi avec trop de précipitation; si, mal éclairés sur les véritables intentions du Gouvernement Impérial lorsqu'il a déposé l'an dernier son projet de loi pour le renforcement de l'armée, ils ont eu raison de riposter du tac au tac par la loi sur le service de trois ans, au lieu de s'assurer que l'augmentation des effectifs allemands était réellement une arme tournée contre la France. Je crois en définitive, comme l'a dit M. de Bethmann Hollweg à la tribune du Reichstag, que le danger d'une confédération balkanique, qui paralyserait plus tard une grande partie des forces autrichiennes, a été la raison dominante de la loi allemande de 1913. Quelques semaines après le dépôt de cette loi, la confédération balkanique avait cessé d'exister. Mais le Gouvernement Impérial se trouvait en présence d'un autre danger qu'il n'avait pas prévu: le dépôt d'une loi augmentant les effectifs de combat de l'armée française, suivi d'une campagne violente de discours et d'articles de journaux dirigée contre l'Allemagne. . . M. Barthou et M. Poincaré auraient donc mieux fait peut-être d'examiner avec plus de sang-froid s'il n'existait pas de meilleur moyen d'assurer la paix entre la France et l'Allemagne que cette concurrence dans les armements et l'augmentation des effectifs, dont la première n'est pas capable de supporter le poids aussi longtemps que la seconde."

* Schon am 20. Januar hatte Poincaré dem russischen Geschäftsträger Sewastopulo die Absicht kundgegeben, nach wie vor eine starke Ingerenz auf die französische Außenpolitik auszuüben. Am 29. Januar hatte er auch Iswolsky versichert, es werde ihm in seiner Eigenschaft als Präsident der Republik durchaus möglich sein, unmittelbar auf die auswärtige Politik Frankreichs einzuwirken, und er werde diese Gelegenheit benutzen, um während seiner Amtsdauer die Stetigkeit der auf einem engen Bündnis mit Rußland beruhenden Politik zu sichern. Geheimtelegramm Sewastopulos vom 20. Januar; Geheimtelegramm Iswolskys vom 29. Januar, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stiere, III, 36, 43 f. Ebenso war Poincaré von Anfang an bestrebt, sich auch für die Zeit seiner Präsidentschaft die Möglichkeit einer Ingerenz in die Militärangelegenheiten zu sichern. Noch als Ministerpräsident gab er die Anregung zu der Verfügung vom 2. Februar, die dem Präsidenten das Recht gab, den Kriegsrat unter seinem Vorsitz zu berufen. Bericht Iswolskys an Sasonow Nr. 11 vom 13. März 1913, Stieve, a. a. O., III, 85. In seinem neuesten Memoirenwerke (Au Service de la France, III, 148) stellt Poincaré freilich jede Ingerenz in die Militärangelegenheiten in Abrede.

amtlicher Eigenschaft die deutsche Botschaft betrat[2]. Ein Besuch, den Herr Fallières dem Fürsten Radolin machte, als mein Herr Amtsvorgänger das Unglück hatte, seinen Sohn durch Tod zu verlieren, war ein privater.

Herr Poincaré war ersichtlich bemüht, bei aller Würde, die ihm übrigens teils angeboren, teils aus dem Gerichtssaal geläufig ist, sich überaus liebenswürdig und auch zwanglos zu geben.

Nach Erledigung neutraler Gesprächsgegenstände lenkte er die Unterredung mit überraschender Freimütigkeit auf das politische Gebiet. Die gespannte Lage anläßlich des Balkankrieges* sei leider noch nicht gehoben, aber er sei der festen Überzeugung, daß sie sich, dank der ernsten und aufrichtigen Friedensliebe aller Großmächte, friedlich lösen werde. So sehr die Krise auch durch nervöse Beunruhigung und wirtschaftliche Rückschläge tief und schädigend in das Leben der Nationen eingegriffen habe, so werde sie doch, wenn überstanden, eine große und heilsame Errungenschaft hinterlassen, die wohltuende Erinnerung an die gemeinschaftliche Friedensarbeit der Mächte und die daraus sich ergebende Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens. Frankreich habe von Beginn der Krise an alle seine Anstrengungen darauf gerichtet, die Harmonie der Mächte herzustellen und zu erhalten[3] **. Es habe damit eine mit aller Deutlichkeit erkennbare, durchaus friedliche Politik befolgt. Der beste Beweis, daß es keinerlei aggressive Pläne hege, sei der, daß die verantwortlichen Machthaber den hie und da auftauchenden Gedanken, die günstige Lage zur Auskämpfung des alten Gegensatzes mit Deutschland zu

---

* Vgl. dazu Bd. XXXIV.

** Von Poincaré selbst, der sein möglichstes getan hat, um Rußland zu einer Verstärkung seiner militärischen Maßregeln gegen Österreich-Ungarn anzustacheln, auf die Gefahr hin, daß daraus ein kriegerischer Zusammenstoß dieser beiden Mächte und daraus wieder ein europäischer Krieg entstehe (vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCLXIV, Nr. 12336 nebst Fußnote* auf S. 290), kann das doch nur in sehr bedingtem Maße gelten. Auch die Äußerungen, die Poincaré nach seiner Wahl zu Iswolsky tat — er betonte nach dessen Geheimtelegramm Nr. 40 vom 29. Januar (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 43) unter anderem, daß es für die französische Regierung von größter Wichtigkeit sei, die Möglichkeit zu haben, die französische öffentliche Meinung im voraus auf die Teilnahme an einem Krieg vorzubereiten, der wegen der Balkanfrage ausbrechen könnte —, und der Kommentar, den Iswolsky an diese Äußerungen knüpfte (vgl. den Brief Iswolskys an Sasonow vom 30. Januar 1913, Stieve, a. a. O., III, 50ff.), stellen die Friedensliebe Poincarés in ein zweifelhaftes Licht. Aus langen Unterredungen, die Iswolsky in der zweiten Januarhälfte mit Poincaré und dem neuen Außenminister Jonnart hatte, zog er das Fazit: „Die französische Regierung ist fest entschlossen, ihre Bündnisverpflichtungen uns gegenüber in vollem Umfange zu erfüllen, und gibt vollkommen bewußt und kaltblütig die Möglichkeit zu, daß sich für sie als Endergebnis der gegenwärtigen Verwicklungen die Notwendigkeit ergeben könnte, an einem allgemeinen Kriege teilzunehmen." Vgl. jedoch R. Poincaré, Au Service de la France, III, 94 ss., wo versucht wird, das Gewicht der Iswolskyschen Äußerungen möglichst zu verringern.

benutzen, weit von sich gewiesen hätten[4]. Die Stimmung der französischen Nation, das sei nicht zu leugnen, sei seit Agadir etwas gereizt und komme zuweilen in beklagenswerten Unfreundlichkeiten gegen Deutschland zum Ausdruck; aber sie sei, wenn auch patriotisch gehoben, so doch durchaus nicht kriegerisch[5]. Frankreich wolle aufrichtig den Frieden, selbstverständlich einen Frieden in Ehren*. Er habe auch die Überzeugung, daß er seine Wahl zum Staatsoberhaupte nicht zum wenigsten seiner auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Politik zu verdanken habe. Daran ändere die Tatsache nichts, daß ihm auch die Stimmen derjenigen zugefallen, die weniger aus Überzeugung wie aus taktischen Gründen der inneren Politik sich als die besten Hüter der nationalen Güter und Ideale gebärden. Er wolle sogleich hinzusetzen, daß er auch an der ernsten und aufrichtigen Friedensliebe Deutschlands nicht den geringsten Zweifel hege, und daß er dementsprechend auch in den neuerdings geplanten deutschen Heeresverstärkungen keinerlei „geste provocatoire“ erblicke. (Das gleiche hatte mir vor wenigen Tagen der Minister des Äußern gesagt**). Er finde unsere Rüstungen in Hinsicht auf unsere

* Nach Freiherrn von Schoen, Erlebtes, S. 149, hätte der Poincarésche Hinweis auf Agadir wesentlich schärfer gelautet: ein „zweites Agadir“ werde die französische Nation freilich nicht ruhig hinnehmen. Das wird bestätigt durch den auf Mitteilungen Poincarés fußenden Brief Iswolskys an Sasonow vom 27. Februar, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 75. Dort heißt es: „Hinsichtlich der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland sagte mir H. Poincaré unter anderem, bei dem jetzigen nationalen Aufschwunge Frankreichs würden weder er selbst noch seine Minister eine Wiederholung des Zwischenfalls von Agadir zulassen und sich mit dem in dieser Frage zustande gekommenen Vergleich einverstanden erklären. Er hat diesen Gedanken ganz klar dem deutschen Botschafter gegenüber in einer offenherzigen Unterredung geäußert und von Baron Schoen die Antwort erhalten, Deutschland sei sich dessen vollkommen bewußt.“

** Vgl. Nr. 15 626 nebst Fußnote *. Ähnliche Äußerungen legt auch Iswolsky in seinem Briefe an Sasonow vom 27. Februar (Stieve, a. a. O., III, 78 f.) den führenden Männern in Paris in den Mund: „Von seiten maßgebender Personen wird sogar die Ansicht geäußert, Deutschland sei gezwungen, die militärisch-politische Schwächung des Dreibundes infolge der Ablenkung eines bedeutenden Teils der österreichischen Armee von unseren Grenzen durch die Balkanstaaten in Rechnung zu stellen.“ Diese merkwürdige Koinzidenz der Äußerungen Poincarés, Jonnarts, Iswolskys, die sogar ein Echo in der von dem belgischen Gesandten in London Comte de Lalaing am 24. Februar berichteten Auffassung des Foreign Office findet (vgl. Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 117), dürfte schwerlich mit Freiherrn von Schoen (vgl. Nr. 15 626) dahin zu deuten sein, daß man in Paris den Wunsch gehabt habe, die deutsch-französischen Beziehungen nicht als gespannt erscheinen zu lassen. Näher liegt — gerade nach Iswolskys Darstellung — die Deutung, daß die führenden Männer in Paris die Nachrichten über die deutsche Militärvorlage mit Freuden begrüßten, weil sie sicher waren, daß die Durchführung einer solchen dem französischen Nationalismus einen neuen Aufschwung geben und ihnen selbst gestatten würde, die schon seit längerem erwogenen Pläne einer mindestens teilweisen Durchführung der dreijährigen Dienstzeit zu

geographische Lage und angesichts der auf dem Welttheater sich vollziehenden Wandlungen erklärlich; ebenso verständlich sei aber auch, daß Frankreich alle seine Kräfte anspanne, um nicht in eine beunruhigende militärische Unterlegenheit zu geraten.

Ich bemerkte dem Präsidenten, daß abgesehen von der politischen Lage auch ein Moment der Gerechtigkeit bei unseren Heeresreformen mitspreche, der Umstand nämlich, daß ein großer Teil der wehrfähigen Deutschen nicht zur Fahne gerufen werde, weil der Rahmen zu klein. Herr Poincaré fand dies einleuchtend und äußerte, in Frankreich sei das Verhältnis eher umgekehrt.

Auf die Balkankrisis* zurückkommend, sagte der Präsident, der rumänisch-bulgarische Zwist bereite ihm keine ernste Sorge mehr, nachdem die Großmächte einmütig den Willen kundgegeben, die Sache in die Hand zu nehmen. Die hiesige Regierung sei der Annahme geneigt gewesen, daß eine Vermittelung genügen werde, aber sie stimme auch dem Vorschlage der Anrufung eines Schiedsgerichtes zu. Die Lösung des albanischen Problems sei leider noch nicht ganz erreicht. Ihm scheine, daß von den Opfern, die bisher von beiden sich gegenüberstehenden Seiten gebracht, dasjenige auf Durazzo und Skutari mehr ins Gewicht falle als der Verzicht auf Ipek und Prisren. Er meine daher, daß Österreich-Ungarn nun noch den Verzicht auf Diakowa in die Wagschale legen könnte, dann wäre wohl der Ausgleich gesichert. Frankreich habe zwar, so äußerte der Präsident auf eine Zwischenbemerkung von mir, keine direkten Interessen an Prisren und Diakowa, aber es könne sich, nachdem die ganze Frage zu einer politischen geworden, schwer von seinem Verbündeten trennen, der wegen seiner öffentlichen Meinung die Slawenstaaten

---

realisieren. Nach Iswolsky hätten vor allem Poincaré solche Gedanken nahe gelegen: „Nach seinen Worten haben die Ereignisse der letzten achtzehn Monate einen jähen Umschwung in der französischen öffentlichen Meinung und einen hier lange nicht dagewesenen patriotischen Aufschwung hervorgerufen. In dieser Beziehung hat der Zwischenfall von Agadir — ‚le coup d'Agadir' — Frankreich den größten Dienst erwiesen. Die jetzige Vergrößerung der deutschen Armee wird sich möglicherweise als ebenso segensreich erweisen, denn sie wird den deutlichen Beweis erbringen, daß die Theorien der Friedensfreunde nicht stichhaltig sind, und daß eine noch festere Organisation der französischen Armee notwendig ist." Stieve, a. a. O., III, 75. Auch der Poincaré so nahestehende französische Botschafter in Petersburg Delcassé erging sich nach dem Zeugnis seines englischen Kollegen Sir G. Buchanan anläßlich der deutschen Rüstungsmaßregeln und insbesondere der Einforderung des Wehrbeitrags in gehässigen Insinuationen gegen Deutschland und seine Friedensliebe, Insinuationen, die Sir G. Buchanan prompt nach London weitergab. Vgl. Sir G. Buchanan, My Mission to Russia, I, 186 f.: „I remember how M. Delcassé warned me at the time that Germany would never have had recourse to such a drastic measure of finance were she not determined on war in the near future. I passed on the warning to London, but it fell on deaf ears, for no one believed Germany capable of such criminal folly."

* Vgl. dazu Bd. XXXIV, Kap. CCLXVII, CCLXVIII.

unterstützen müsse. Auch wir ständen unter den obwaltenden Umständen auf Seite unseres Verbündeten, erwiderte ich, aber wir hätten uns gleichwohl, um einen Ausgleich zu ermöglichen, bemüht, unseren Verbündeten zu weitgehendem Entgegenkommen zu bewegen, und zwar mit dem bekannten Erfolg. Auch Frankreich habe vielfach und erfolgreich mäßigend auf Rußland eingewirkt, bemerkte Herr Poincaré, könnte ihm aber nicht noch weiteres Zurückweichen zumuten.

Schließlich kam der Präsident noch ganz spontan auf die Ernennung Herrn Delcassés zum Botschafter in St. Petersburg* zu sprechen, der, wie zu fürchten, von der deutschen Presse eine unzutreffende üble Deutung gegeben werden dürfte. Die Rückberufung des Herrn Louis habe sich aufgedrängt, da er infolge Kränklichkeit[6] nicht in den richtigen Kontakt mit den maßgebenden Kreisen gelangt sei. Er habe ihm einen Nachfolger geben wollen, vor dem er sicher war, daß er in Petersburg, dank seinem dortigen persönlichen Bekanntsein und der Autorität, die ihm als früherem Minister des Äußern innewohne, persona grata[6] sei**. Ein demonstrativer Akt mit einer

---

* Die Absicht der Abberufung Botschafter Louis' — über ihre längere Vorgeschichte siehe Bd. XXXI, Kap. CCXLII, Nr. 11 543, Fußnote*, und Ernest Judet, George Louis, p. 28 ss. — und seiner Ersetzung durch Delcassé war der russischen Regierung bereits am 17. Februar mitgeteilt; vgl. Iswolskys Geheimtelegramm Nr. 72 von diesem Tage (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 67 f.). Die öffentliche Bekanntgabe erfolgte am 20. Februar. Nach dem Bericht des belgischen Gesandten in Paris Baron Guillaume vom 21. Februar (Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 116) schlug sie wie eine Bombe ein; ihr zeitliches Zusammentreffen mit der Antrittsbotschaft des neuen Präsidenten, die an das grausame Schicksal von 1870 erinnerte und den Entschluß aussprach, vor keinem Aufwand, keinem Opfer zurückzuweichen, um Heer und Flotte mächtiger und stärker zu machen, wurde vielfach als beabsichtigt angesehen. Zu dem „äußerst ungünstigen" Eindruck, den die Ernennung Delcassés in Berlin machte, siehe den Bericht des russischen Botschafters Sverwejew vom 27. Februar, Stieve, a. a. O., III, 73 f. Vgl. R. Poincaré, Au Service de la France, III, 115 ss.

** Nach Angaben Sasonows zu Graf Pourtalès hätte die Ernennung Delcassés in Petersburg keineswegs so ganz angenehm berührt. In einem Bericht des deutschen Botschafters vom 28. Februar (Nr. 64) heißt es über die Stellungnahme des russischen Ministers: „Herr Sasonow hat mehreren hiesigen Diplomaten, die ihm ihre Befürchtungen nicht verhehlt haben, daß die Ernennung des Herrn Delcassé zum Botschafter am hiesigen Hofe beunruhigend auf die allgemeine Lage wirken könnte, mit großer Bestimmtheit versichert, diese Ernennung werde nichts an der bisher von ihm befolgten Politik ändern. Herr Delcassé habe in den letzten Jahren sehr viel Wasser in seinen Wein gegossen, er sei auch ein zu kluger Mann, um nicht sehr bald zu erkennen, daß er mit einer Politik der Intrigen hier keinen Erfolg haben werde. — In ähnlichem Sinne hat sich der Minister auch mir gegenüber geäußert. Herr Sasonow hat dabei die Hoffnung ausgesprochen, daß das Vertrauen in ihn, auf das er durch seine Deutschland gegenüber seit seinem Amtsantritt eingenommene Haltung Anspruch zu haben glaube, bei uns stark genug sein werde, um die Besorgnis vor einer Änderung des Kurses der russischen Politik nicht aufkommen zu lassen. Der Minister hat mir dann im Vertrauen zu verstehen gegeben, daß

Spitze gegen Deutschland habe ihm gänzlich ferngelegen *. Es sei nicht zu vergessen, daß Frankreich selbst, als Delcassés Politik zu Zerwürfnissen mit Deutschland Anlaß gab, den Minister fallen ließ.

---

Herr Delcassé keineswegs „l'ambassadeur de ses rêves" sei. Herr Sasonow versichert, durch die Anfrage aus Paris vollständig überrascht worden zu sein, es sei aber nicht gut möglich gewesen, gegen die von der französischen Regierung getroffene Wahl Bedenken zu erheben. Die Erklärung für diese Wahl sei übrigens einfach darin zu suchen, daß man in Paris Herrn Delcassé habe loswerden wollen und nach einem Posten gesucht habe, um ihn unterzubringen."

* Vgl. jedoch die Äußerungen Jonnarts zu Iswolsky vom 17. Februar (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 67 f.), nach denen die Ernennung Delcassés als eine demonstrative Kundgebung für das französisch-russische Bündnis gedacht war. Jonnart sprach es mit aller Deutlichkeit aus, daß die französische Regierung zu der Ernennung wesentlich durch den Umstand bestimmt worden sei, daß dieser „in den Augen der französischen Kreise und der öffentlichen Meinung bei der gegenwärtigen außerordentlich ernsten internationalen Lage, die die Anwendung des franko-russischen Bündnisses hervorrufen kann, als Persönlichkeit von ganz besonderer Autorität, gewissermaßen als Personifikation des Bündnisses gilt". In dem gleichen Sinne faßte auch der deutsche Botschafter in Paris Freiherr von Schoen die Ernennung Delcassés auf. In einem Bericht vom 21. Februar (Nr. 70) heißt es: „Darüber, daß der Ernennung Delcassés gerade in Hinsicht auf die heutige europäische Lage eine hochpolitische Bedeutung zukommt, und daß sie das eigenste Werk Herrn Poincarés ist, der sich während seiner Führung der auswärtigen Geschäfte als eifriger Pfleger des Bündnisses mit Rußland und der Freundschaft mit England erwiesen hat und nun seine Präsidentschaft mit einem entsprechenden demonstrativen Akt einleitet, kann kein Zweifel bestehen. Herr Delcassé ist zwar nicht der Vater der russisch-französischen Allianz, aber der schaffende Geist der Tripelentente und als solcher eine persönliche Bürgschaft für stete Fortführung der auf den Dreiverband eingeschworenen französischen Politik." In einem weiteren Berichte vom 26. Februar (Nr. 75) knüpft Freiherr von Schoen an eine ihm gegenüber gemachte Versicherung des französischen Außenministers Jonnart, daß der neue Botschafter mit den friedlichsten Absichten und Instruktionen auf seinen Posten gehe, den Kommentar: „Diese wiederholten und unaufgeforderten Bemühungen, mich über die Mission des Herrn Delcassé beruhigend aufzuklären, scheinen mir doch zu der Vermutung Anlaß zu geben, daß auch hier der Spruch einigermaßen berechtigt ist: Qui s'excuse s'accuse." Wie weit in der Tat die Instruktionen, mit denen Delcassé nach Petersburg ging, davon entfernt waren, durchaus friedlich zu sein, ergibt sich aus dem vertraulichen Briefe Iswolskys an Sasonow vom 13. März (Stieve, a. a. O., III, 88), wonach Delcassé ganz speziell den Auftrag erhalten hatte, die russische Militärverwaltung von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Anzahl der russischen strategischen Eisenbahnen zu vermehren, um dadurch das Zusammenziehen der russischen Armee an der Westgrenze zu beschleunigen. Dabei wäre Delcassé bevollmächtigt worden, Rußland alle hierzu vielleicht erforderlichen Geldmittel in Form von entsprechenden Eisenbahnanleihen anzubieten. Auch der Brief an Kaiser Nikolaus II. vom 20. März 1913, den Poincaré dem nach Petersburg abgehenden neuen Botschafter mitgab, deutet den besonderen Zweck der Mission Delcassés an: „Die große militärische Anstrengung, die die französische Regierung zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der europäischen Streitkräfte zu machen beabsichtigt, bewirkt, daß entsprechende Maßnahmen, über deren Notwendigkeit sich die Generalstäbe beider verbündeten Parteien geeinigt haben, gegenwärtig besonders dringlich sind. H. Delcassé wird Eure Majestät

Herr Delcassé habe inzwischen seine Anschauungen wesentlich geändert, auch sei die Lage durch Ausschaltung des Marokkoproblems eine andere geworden. Delcassé, der als Marineminister sehr ansehnliche Arbeit[6] geleistet und sich nur nach etwas mehr Ruhe gesehnt, habe Anspruch auf einen ehrenvollen Posten, der ihn zwar nicht untätig lasse, ihn aber dem aufreibenden Gebiete der Politik an der Zentralstelle[7] entrücke. Was ihm, dem Präsidenten, den Entschluß der Ernennung Delcassés wesentlich erleichtert habe, das sei der Umstand, daß ihm bekannt, daß Seine Majestät der Kaiser und König wiederholt Anlaß genommen, sich über ihn in dem Sinne zu äußern, daß er nicht mehr als der verbissene und ränkespinnende Feind Deutschlands zu betrachten sei[8]. Und dieses Urteil, aus hohem Munde, sei durchaus zutreffend, Delcassé sei nicht entfernt so schlimm, wie sein von der deutschen Presse erkünstelter Ruf[6].

Beim Abschied äußerte der Präsident sehr verbindlich, er hoffe mich häufig bei sich zu sehen, ich würde ihn immer gern zugänglich finden. Hiernach scheint Herr Poincaré, hierin ebenfalls von der Tradition abweichend, den persönlichen Kontakt mit den Botschaftern lebendig sein lassen und zu politischen Unterredungen Gelegenheit geben zu wollen. Mir scheint diese persönliche Berührung in Hinsicht auf die wirksame Leitung, die Herr Poincaré auf den Gang der politischen Geschäfte auszuüben gewillt ist, von Nutzen zu sein. Ich glaube aber mit Rücksicht auf die hiesigen konstitutionellen Anschauungen, die herrschenden Stimmungen und die in Betracht kommenden Charaktere, daß es sich empfiehlt, daß ich von der Möglichkeit, mit dem Präsidenten selbst zu verhandeln, nur vorsichtig und bei schicklichen Anlässen Gebrauch mache und auch in reinen Höflichkeitsakten Maß halte.

v. Schoen

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 Nur nicht so begeistert gleich sein!
2 wird wohl auch als Privatbesuch aufzufassen sein!
3 So?!!
4 ? Eigenlob stinkt!
5 hoffentlich
6 ?
7 Oppositionsführer
8 !

---

und seine Regierung auf dem laufenden über diese wichtigen Fragen sowie über alle anderen Fragen halten, die die Betätigung des Bündnisses betreffen und uns gestatten können, die Aufrechterhaltung des Friedens mit größerer Zuversicht zu überwachen." Stieve, a. a. O., III, 98.

## Nr. 15 628

### *Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 71 St. Petersburg, den 1. März 1913

An leitender Stelle mahnt die „Nowoje Wremja“ heute Frankreich an seine Bündnispflichten in militärischer Hinsicht.

Die Bevölkerung des Deutschen Reichs übertreffe diejenige Frankreichs um 50 Prozent, und die deutsche Armee in ihrem Friedensbestande sei um 30 Prozent stärker als die französische.

Die russische Armee werde infolge der riesigen Ausdehnung des Reichs nur sehr langsam mobilgemacht werden können, Frankreich werde daher dem ersten Ansturm der Gegner, die den Krieg ganz plötzlich eröffnen würden, allein standhalten müssen.

„Die Einführung des dreijährigen Fahnendienstes in Frankreich wird den Friedensbestand seiner Armee erhöhen und jedenfalls die numerische Stärke sowie die Schlagfertigkeit der ersten Verteidigungslinie vermehren, von deren Zuverlässigkeit die Sicherheit Frankreichs und der glückliche, schnelle Ausgang des möglichen Konflikts abhängen.

Die Sicherheit Frankreichs ist seine eigene Sache. Daß Rußland genügende Zeit gewährt wird, seine Armee auf den Kriegsfuß zu stellen, gehört schon zu den Pflichten der Verbündeten.

Als Freunde des französischen Volkes wünschen wir die Verstärkung seines lebendigen Schutzes, der Armee, auf der gefährdeten Seite; als Verbündete sind wir berechtigt, diesen Wunsch als eine direkte Forderung hinzustellen.“

F. Pourtalès

## Nr. 15 629

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 77 Paris, den 1. März 1913

In noch höherem Maße, als die gewiß nicht zurückhaltende französische Presse es erkennen läßt, sind die Gedanken der Gewalthaber und des Volkes Frankreichs zurzeit von der großen Frage beherrscht und tief bewegt, was gegenüber den erneuten deutschen militärischen Kraftanstrengungen zu tun sei.

Weiß man auch noch nicht, bis zu welcher Höhe unsere geplanten Heeresverstärkungen gehen werden, so glaubt man doch aus den An-

deutungen unserer Presse damit rechnen zu müssen, daß unsere Friedenspräsenzstärke die Zahl von 860 000 Mann nicht nur erreichen, sondern noch überschreiten wird *. Demgegenüber verfüge Frankreich, so wird hier allgemein dargestellt, jetzt nur über eine stehende Armee von etwa 500 000 Mann. Der Unterschied gebe Deutschland ein so starkes Übergewicht und damit eine so beunruhigende Offensivkraft, daß unverzüglich alles daran gesetzt werden müsse, um die Differenz einigermaßen auszugleichen.

Über die Wege zur Erreichung dieses Zieles ist man sich indessen noch nicht einig. Von politischen und militärischen Fachmännern sind die verschiedensten Mittel erwogen und empfohlen worden, so Vervollkommnung des Materials und der Technik, Verminderung der Abkommandierungen, Förderung des Kapitulantenwesens, Vermehrung der Reservistenübungen, Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit für die technischen und die berittenen Waffen und anderes mehr. Aber von anderer Seite wird dem mit Nachdruck entgegengehalten, daß alle derartigen Aushilfsmittel zum Ausgleich des Unterschiedes nicht zureichen

---

* Es ist merkwürdig, mit welcher Hartnäckigkeit französischerseits an dieser wesentlich zu hoch gegriffenen Berechnung festgehalten wurde. Auch der französische Marineattaché in Berlin de Faramond zog in seinem Bericht vom 15. März (Französisches Gelbbuch: Der Europäische Krieg, S. 9) den Schluß, daß die deutsche Armee bis zum 1. Oktober 1914 auf den Stand von ungefähr 860000 Mann gebracht sein werde. Der am 21. Mai von dem Deputierten Pate im Namen des Heeresausschusses erstattete Bericht über die dreijährige Dienstzeit rechnete eine künftige Friedensstärke von 863000 Mann heraus, obwohl inzwischen die deutsche Heeresvorlage erschienen war, die nur eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke von 544211 auf 661176 Mann vorsah, allerdings ohne Offiziere und Einjährige einzubegreifen. In seiner großen Rede vom 26. Juni (vgl. Nr. 15 626, Fußnote *) stellte Ministerpräsident Barthou die demnächstige deutsche Friedensstärke mit 870000 Mann ein. Demgegenüber gab man die eigene Friedensstärke möglichst niedrig, bald auf 480000, bald auf 485000 Mann an und stellte es — so Faramond in seinem Bericht vom 15. März — so hin, als ob auch nach der Durchführung der dreijährigen Dienstzeit die deutschen Bestände die französischen noch beträchtlich übersteigen würden. Tatsächlich war das Gegenteil der Fall; die volle deutsche Friedensstärke einschließlich Offiziere betrug im Sommer 1914 rund 761000 Mann, die französische nach dem offiziellen Bericht des Senators Doumer (Note sur la réorganisation de l'Armée française) 883 500 Mann, nach General Buat (Die deutsche Armee im Weltkriege, S. 19) sogar 910000 Mann. Bei den Verhandlungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Stenographische Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses. 1. Unterausschuß, H. 1, S. 101; H. 2, S. 152) ist die französische Präsenzstärke 1914 mit 794000 ohne Eingeborene und Fremdenlegionäre berechnet worden, was ebenfalls ein wesentliches Plus für die französische Armee ergibt. Wenn also bei den Verhandlungen und Erörterungen über die Einführung der dreijährigen Dienstzeit gegen Deutschland immer wieder der Vorwurf erhoben worden ist, daß es durch sein Vorgehen das militärische Gleichgewicht in Europa gestört habe, so liegt die Sache in Wahrheit genau umgekehrt: Frankreich und im Verein mit ihm Rußland haben im Endeffekt das Gleichgewicht völlig untergraben.

würden; das einzige Mittel, um der gewaltigen Kraft, die Deutschland in dem großen Übergewicht seiner Bevölkerungszahl besitze, eine annähernd genügende Gegenkraft entgegenstellen zu können, biete die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit für die ganze Armee, und zwar einer vollen Dienstzeit ohne jede Vergünstigungen*.

Es scheint nun nach dem, was halbamtlich verlautet, damit zu rechnen zu sein, daß die Regierung in der Tat die Wiedereinführung der vollen dreijährigen Dienstzeit vorschlagen wird[1].

Eine derartige in das wirtschaftliche Leben der Nation so tief einschneidende und die demokratischen Anschauungen und Gewohnheiten so schwer erschütternde Maßregel wird im Parlament zweifellos auf erheblichen Widerstand stoßen, nicht nur bei den pazifistischen Parteien der äußersten Linken, sondern auch bei den Radikalen, die sich als die Väter der vor acht Jahren eingeführten zweijährigen Dienstzeit betrachten und ihr ein gut Teil ihrer Popularität verdanken, überdies in einer auf die Spitze getriebenen Ausgestaltung des Militarismus die Vorbereitung zu einem der Reaktion förderlichen, den republikanischen Einrichtungen verderblichen Militärregiment erblicken. Aber es ist andrerseits, dank der seit Jahresfrist betriebenen Hebung des militärischen Geistes in der Nation und dank der jetzt mit großem Nachdruck und starken, ja zuweilen gewagten Mitteln einsetzenden Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch die überaus geschickt geleitete Presse** durchaus mit der Möglichkeit zu rechnen, daß das Parlament schließlich der dreijährigen Dienstzeit zustimmt, namentlich dann, wenn die Regierung, wie es den Anschein hat, für ihre Vorlage von vornherein das Gewicht der Vertrauensfrage in die Wagschale wirft[2]. Wenn schon heute einzelne Stimmen aus dem Regierungslager von der Möglichkeit einer Kammerauflösung sprechen, so ist dies vorläufig wohl nur als ein Druckmittel anzusprechen, zugleich aber auch als Zeichen des Ernstes zu deuten, mit dem die Regierung die große Frage zu behandeln gewillt ist.

Neben diesen rein militärischen Maßregeln greift aber die Regierung noch zu solchen der äußeren Politik, um der Nation das Bewußtsein zu geben, daß nichts versäumt wird, um Frankreichs Stel-

---

* Vgl. dazu den Brief Iswolskys an Sasonow vom 27. Februar 1913, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed Fr. Stieve, III, 77 f. Nach Iswolsky hätten zu den ausgeprägtesten Vertretern der dreijährigen Dienstzeit von vornherein Poincaré und der ganz unter seinem Einfluß stehende Außenminister Jonnart gehört. Letzterer, früher Gouverneur von Algerien, entwickelte daneben zum erstenmal den Gedanken der Aufstellung einer großen selbständigen Kolonialarmee und ihrer Verwendung in Europa.

** Über die weitgehende Beeinflussung der französischen Presse durch den russischen Rubel, bei der den Hauptmittelsmann gerade Poincaré spielte, vgl. die Briefe Iswolskys an Sasonow vom 14. Februar 1913. Stieve, a. a. O., III, 63 ff. Poincaré (Au Service de la France, III, 98 ss.) sucht allerdings alle diesbezüglichen Angaben Iswolskys zu entkräften.

lung so zu gestalten, daß es dann, aber auch nur dann, wenn es mit eigener Kraft einen etwaigen plötzlichen Angriff Deutschlands so lange abzuhalten vermag, bis andere Kräfte helfend eingreifen können, für seine Existenz nichts zu fürchten hat. In dieser Beziehung kommt vor allem das Bündnis mit Rußland in Betracht, um dessen in die Augen fallende Stärkung die französische Politik sich eifrig bemüht hat, seitdem die Zurückziehung der russischen Truppen von der Weichsel und die Potsdamer Abmachungen* hier Zweifel an der Zuverlässigkeit[3] der Bundesgenossen haben aufkommen lassen. Herrn Poincarés Reise nach St. Petersburg**, seine Behandlung der Orientkrise und schließlich die Ersetzung von Herrn Louis durch Herrn Delcassé sind Erscheinungen, die nicht anders wie als der Ausdruck des Willens zu deuten sind, den Draht zwischen Paris und Petersburg strammer zu spannen. Daß dieses Streben auch auf der anderen Seite Verständnis und Entgegenkommen gefunden hat, zeigt die Begrüßung des neuen Präsidenten durch den Zaren mit Glückwunschtelegrammen, mit dem Andreasorden und einem in ungewöhnlich warmen Worten sprechenden Handschreiben***.

Die militärische Unterstützung Englands im Konfliktsfalle scheint man hier nicht als starken Faktor in die Rechnung einzustellen. Sie würde da, wo die Entscheidung ausgefochten würde, auf dem Festlande, unzureichend sein und wohl auch nicht rechtzeitig erfolgen. Desto mehr baut man trotz der zwischen uns und England sich anbahnenden Annäherung auf seine diplomatische Hilfe †.

Vorerst noch nicht von Regierungsseite, sondern aus den Kreisen derjenigen Parteien, die nach Mitteln suchen, um die drückende dreijährige Dienstzeit zu umgehen, ist der Vorschlag der Hereinziehung der Balkanstaaten in die Tripelentente und eines Bündnisses mit Spanien in die öffentliche Diskussion geworfen worden. Der letztere Gedanke, bei dem hauptsächlich das Argument erörtert wird, daß ein beträchtlicher Teil der militärischen Kraft Italiens lahmgelegt werden könnte, dürfte, nachdem er an einzelnen Stellen in Madrid einen gewissen Anklang gefunden haben soll, um so mehr noch weiter in

---

* Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVIII.

** Vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLVIII.

*** Näheres darüber in: Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 36, 52 f., 68 f., 70 f., 74 f.

† Nach gleichzeitigen Äußerungen Poincarés zu Iswolsky rechnete man französischerseits doch bestimmt mit wirksamer englischer Waffenhilfe. Siehe Iswolskys Brief an Sasonow vom 27. Februar (Stieve, a. a. O., III, 76): „England ist Frankreich gegenüber durch keinerlei bestimmte politische Verpflichtungen gebunden, jedoch gestatten der Ton und die Art der Versicherungen, die die französische Regierung vom Londoner Kabinett erhält, der französischen Regierung, darauf zu rechnen, daß Frankreich bei der gegenwärtigen politischen Lage im Falle eines Konfliktes mit Deutschland von England mit Waffenhilfe unterstützt werden wird. Die Pläne eines französisch-englischen Zusammenwirkens zur See sind bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeit worden."

der hiesigen Presse behandelt werden, als die jüngste Rede des Marquis di San Giuliano * hier eine starke Verstimmung und erhöhtes Mißtrauen gegen Italien wachgerufen hat.

Der naheliegende Gedanke, der durch unsere erneuten Rüstungen entstehenden Lage durch freundliches Verhalten uns gegenüber die Spannung zu nehmen, und dadurch der eigenen Anspannung der Kräfte bis zum Äußersten enthoben zu werden, wohnt zwar in vielen Köpfen, doch findet außer einigen Sozialisten niemand den moralischen Mut, ihm vernehmlichen Ausdruck zu geben **.

Für uns scheint mir angesichts dieser Vorgänge, nachdem unsere Entschlüsse im wesentlichen bereits festgelegt sein dürften, die Frage nicht mehr die zu sein, ob und inwieweit wir jetzt Anlaß zu erneuten militärischen Kraftanstrengungen haben, sondern die, ob diese uns auch für eine absehbare Zukunft Ruhe und Sicherheit verbürgen. Die Frage ist schwer zu beantworten, sie ist nicht nach den Regeln einer mathematischen Aufgabe zu lösen, da zu viele unbekannte Größen, Verschiebungen auf der Weltbühne, Zwischenfälle und vor allem die Stimmung der französischen Nation in Rechnung zu stellen sind. Was diese letztere betrifft, so kann sie trotz des chauvinistischen Gebarens mancher Kreise und trotz des allgemeinen

* In seiner Kammerrede vom 22. Februar hatte Marquis di San Giuliano sich programmatisch über die Fragen des Gleichgewichts in der Adria und das Gleichgewicht im Mittelmeer geäußert: „Das Gleichgewicht in der Adria ist eine Frage, welche dank dem innigen Zusammenwirken zwischen Italien und Österreich-Ungarn, der Mitwirkung Deutschlands und dem hochherzigen und friedlichen Geiste und der Gerechtigkeit der anderen Großmächte gelöst worden ist. . . . Wenn durch die Macht der Ereignisse gegen unseren Willen und gegen den unserer Verbündeten und aller Großmächte früher oder später erhebliche territoriale Veränderungen im Mittelmeer eintreten sollten, könne Italien dabei kein müßiger Zuschauer bleiben, sondern müßte verlangen, daß seine Stellung als Mittelmeergroßmacht von jedermann gebührend berücksichtigt werde.“ Daß diese Ausführungen des italienischen Außenministers insbesondere auf Poincaré einen sehr ungünstigen Eindruck machten, bestätigt Iswolsky in seinem Brief an Sasonow vom 27. Februar 1913, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 76. Vgl. auch Iswolskys Geheimbrief vom 13. März, a. a. O., III, 90 f.

** Wie Freiherr von Schoen in seinem Erinnerungsbuche „Erlebtes“ (S. 154 f.) erzählt, hätte er selbst einmal Anlaß genommen, dem Nachfolger Briands als Ministerpräsident, Barthou, von sich aus und unter ausdrücklicher Betonung, daß er nicht in amtlichem Auftrage spreche, freundschaftlich vorzustellen, „es sei doch überaus beklagenswert, daß wir uns in gegenseitigen Rüstungen erschöpften und in Streitigkeiten verzehrten; erfreulicher würde es sein, wenn wir einen Weg zu ruhigem Nebeneinanderleben, vor allem durch Beschwichtigung der erregten Gemüter suchten. Bei beiderseitigem guten Willen — und bei uns sei er vorhanden — scheine mir das Ziel erreichbar.“ Darauf habe Barthou erwidert: „Rendez-nous l'Alsace-Lorraine, alors nous serons les meilleurs amis de la terre.“ In der Berichterstattung des Botschafters wird dieses Vorkommnis nicht erwähnt; die Meldung einer solchen wenn auch nur privaten Äußerung des französischen Ministerpräsidenten hätte ja die deutsch-französischen Beziehungen unheilvoll kompromittieren können.

Träumens von Wiedergewinnung der „verlorenen Provinzen“ im ganzen als friedliebend bezeichnet werden. Aggressive Gedanken liegen den Machthabern und dem Volke fern. Sie finden selbst in militärischen Kreisen nur vereinzelte Verfechter, und auch da mehr in taktischem wie in politischem Sinne; dem Beweise freilich, den mir kürzlich Herr Poincaré für Frankreichs Friedensliebe in der Tatsache geben wollte, daß es die verhältnismäßig günstige Gelegenheit während der Balkankrise zu kriegerischem Vorgehen nicht benützt habe*, möchte ich eine überzeugende Kraft nicht beimessen. Es scheint mir doch nicht ausgeschlossen, daß für die französische Friedensliebe ein russisches non possumus[4] mitbestimmend gewesen ist, und daß auch die militärische Inanspruchnahme in Marokko erheblich mitgesprochen hat. Immerhin, die Stimmung der Nation ist vorwiegend friedlich — „La France“, so lautet heute das nationale Bekenntnis, „la France ne veut pas la guerre, mais“ — es fehlt nicht an einem „aber“ — „mais elle ne la craint pas“. Herr Poincaré hat die allgemeine Meinung zutreffend wiedergegeben, wenn er diesen Leitsatz vor einiger Zeit in seiner Rede in Nantes ausgesprochen, und der Präsident hatte gewiß auch recht, wenn er in seiner kürzlichen Unterhaltung mit mir seinen Friedensbeteuerungen sogleich hinzugefügt hat, die Stimmung Frankreichs gegen uns sei eine gereizte und mache sich in manchen Unfreundlichkeiten Luft. Wenn er dabei diese Erscheinung als die Nachwirkung von Agadir hinstellte, so mag dies insofern zutreffend sein, als die feindselige Stimmung in jenem Ereignis teilweise ihren Ursprung hat; ihr Anhalten und ihre Vertiefung aber ist meiner Meinung die Frucht der nationalistischen Saat, die gerade Herr Poincaré im Verein mit Herrn Millerand[5] in fruchtbaren Boden gestreut hat. Wir werden daher mit dem Fortbestehen dieser Stimmung zu rechnen haben. Sie bleibt das offene Pulverfaß, in das jederzeit unversehens ein Funke fallen oder von Frevlerhand geworfen werden kann. Sie wird jedenfalls intensiv andauern und mag noch manche giftigen Blüten treiben, bis die Rüstungskrisis hüben und drüben überstanden sein wird. Dann dürfte sie, dem französischen Temperament entsprechend, das mehr oder weniger künstlich erzeugte Spannungen nicht lange erträgt, etwas abflauen; aber erlöschen wird sie schon deshalb nicht, weil das Volk immer geneigt sein wird, den durch das dritte Dienstjahr und die finanzielle Anspannung erzeugten Druck dem Vorgehen Deutschlands zur Last zu legen, das überdies nach hiesiger Auffassung sein starkes Übergewicht an Volkskraft dem Besitz von Elsaß-Lothringen verdankt[6]. Und ferner wird ein tiefes Mißtrauen gegen uns wach bleiben. Die Wahnvorstellung, daß wir mit unseren Rüstungen eine für Frankreich unerträgliche Hegemonie in Europa anstreben, hat sich nicht nur in den

* Vgl. Nr. 15 627.

Massen, sondern auch in führenden Köpfen so tief eingefressen, daß sie nicht leicht zu entwurzeln sein wird. Und leider sind die Leistungen unserer Alldeutschen nur zu sehr dazu angetan, den Franzosen gefällige Argumente für ihre Nervosität zu liefern.

Die Behandlung der Franzosen von uns aus ist bei dem erregbaren Naturell dieser Nation und bei den geschichtlichen Tatsachen, die zwischen ihnen und uns liegen, stets eine nicht leichte gewesen. Sie wird auch fernerhin in erhöhtem Maße ein schwieriges Problem bleiben. Es will mir scheinen, daß wir am besten fahren, wenn wir politischen Auseinandersetzungen mit ihnen, die einen Keim der Erregung in sich tragen, möglichst aus dem Wege gehen und in den Fällen, wo dies nicht möglich, mit äußerst behutsamer Hand verfahren und sie im übrigen ebenso sehr ohne verbindliches Entgegenkommen wie ohne offene Mißachtung behandeln, so lange wenigstens, als sie nicht selbst einen Schritt unternehmen, der mit aller Deutlichkeit erkennen läßt, daß sie mit uns in guter Freundschaft leben wollen [7].

v. Schoen

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Erfolgt heute 6. ten März
[2] so muß mans machen
[3] ?!
[4] noch nicht!
[5] im Verein mit Rücksichtsloser Hetze aus London
[6] Blech! da wohnen doch nich[t] 23 Mill[ionen]!!
[7] alles sehr schön! Aber gänzlich nutzlos, wenn nicht eine abschreckend starke Militärmacht dahintersteht, die die Revanche unmöglich macht

## Nr. 15 630

### *Bericht des Militärattachés in Paris Majors von Winterfeldt*

Abschrift

Nr. 11 — Paris, den 5. März 1913

Im Bericht 68 vom 13. Dezember 1912 über die Annahme des Kadergesetzes hatte ich darauf hingewiesen, daß dieses Gesetz nur als ein Notbehelf betrachtet werden könne, da es der für die französische Armee nachgerade verhängnisvoll gewordenen Unzulänglichkeit der Friedenspräsenzstärke nicht abhelfen würde. Ich schloß meine Ausführungen mit den Worten: „Darin liegt eine Schwäche des französischen Heeresorganismus, die sich von Jahr zu Jahr mehr fühlbar machen muß, und die vielleicht doch über kurz oder lang zu einer durchgreifenden Änderung des Systems führen wird, vor der die Urheber des heutigen Kadergesetzes zurückgeschreckt sind."

Eine solche durchgreifende Änderung scheint sich jetzt, und zwar erheblich früher als man es noch vor kurzer Zeit voraussehen konnte, vollziehen zu sollen. Denn der oberste Kriegsrat hat sich in einer gestern unter dem Vorsitze des Präsidenten der Republik * abgehaltenen Sitzung einstimmig zugunsten der Einführung der dreijährigen Dienstzeit für alle Waffen und ohne jede „dispenses" ausgesprochen. Es ist in hohem Grade wahrscheinlich, daß die Regierung sich dieser Auffassung anschließen und dem Parlament baldigst entsprechende Vorschläge unterbreiten wird **, die sie nachdrücklich, nötigenfalls unter Stellung der Vertrauensfrage, vertreten dürfte. Wie die Entscheidung dann fallen wird, steht zwar immer noch nicht unbedingt fest, da gewisse politische Gruppen einer Verlängerung der Dienstzeit, noch dazu in der jetzt angedrohten unerbittlichen Form, durchaus ablehnend gegenüberstehen. Nach der Entwickelung aber, die die Dinge in letzter Zeit gewonnen haben, muß man darauf gefaßt sein, daß die Einführung der dreijährigen Dienstzeit für die gesamte französische Armee, und zwar mit rückwirkender Kraft für die jetzt unter den Fahnen befindlichen Jahresklassen binnen kurzem eine vollzogene Tatsache sein wird. Wenn die Franzosen sich wirklich zu einem solchen Entschluß aufraffen sollten, so würde das von einer Opferwilligkeit zeugen, die darauf schließen ließe, daß der Umschwung in der hiesigen Volksstimmung, den ich in den letzten Jahren zu erkennen glaubte, nicht ohne militärisches Interesse gewesen ist.

Über die Folgen, die eine Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit für die französische Armee nach sich ziehen muß, werde ich mich erst in einiger Zeit äußern können. Ich möchte nur heute schon betonen, daß die militärische Tragweite der anscheinend bevorstehenden Maßregel zwar sehr groß sein kann, aber doch auch nicht überschätzt werden darf.

Wie ich schon bei anderen Gelegenheiten erwähnt habe, bedeutet auf dem Gebiet militärischer Reformen bei den Franzosen Beschließen und Durchführen keineswegs immer dasselbe, und gerade bei der Einführung einer allgemeinen dreijährigen Dienstzeit im heutigen Frankreich wird es auf die Art der Anwendung und Durchführung wesentlich ankommen. Man darf wohl schon jetzt vorhersehen, daß sich dabei in volkswirtschaftlicher und politischer Hinsicht in kurzer Zeit Schwierigkeiten herausstellen werden, die den Franzosen noch manches Kopfzerbrechen bereiten dürften.

(gez.) von Winterfeldt
Major im Generalstabe der Armee

---

* Vgl. Nr. 15 627, Fußnote *.

** Das geschah bereits am 6. März. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1913, S. 537.

## Nr. 15631

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 97 Paris, 12. März 1913

Der Armeebefehl vom 10. d. Mts.* war hier nicht ohne nachhaltigen Eindruck geblieben, wenngleich die Presse entgegen ihrer sonstigen Übung sich einer schärferen Kritik der allerhöchsten Worte enthalten und sich zumeist darauf beschränkt hatte, ihnen die von Friedensliebe erfüllte englische Thronrede entgegenzustellen**. Ein um so willkommeneres Angriffsobjekt bot dafür den hiesigen Blättern der „Störenfried"-Artikel der Kölnischen Zeitung***. Mit hef-

---

* Gelegentlich der am 10. März in Berlin begangenen Jahrhundertfeier der Befreiungskriege hatte Kaiser Wilhelm II. am Denkmal Friedrich Wilhelms III. im Lustgarten einen Armeebefehl verlesen, der in die Mahnung ausklang: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen." Von dieser Andeutung abgesehen, tritt in dem Armeebefehl ein Streben, „die Jahrhundertfeier der Freiheitskriege dazu zu benützen, um in Erinnerung an die einst schon gegen uns gebrachten Opfer um so leichter neue erhältlich zu machen", wie es der französische Militärattaché Oberstleutnant Serret in seinem Berichte vom 15. März (Französisches Gelbbuch: Der Europäische Krieg, S. 6) konstatieren wollte, nicht hervor.

** Siehe den Wortlaut der Thronrede, mit der das englische Parlament am 10. März eröffnet wurde, in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1913, S. 498 f. Die Thronrede enthielt neben friedlichen Versicherungen immerhin einen Hinweis auf den wesentlichen Zuwachs der englischen Schlachtflotte durch die Geschenke der Dominions. Vgl. dazu Kap. CCXCII, Nr. 15 562.

*** Zum 10. März hatte die „Kölnische Zeitung" einen Artikel „Der Störenfried" gebracht, der gegenüber der offiziösen Begründung der Wehrvorlage mit dem Umschwung der Balkanverhältnisse auf Frankreich als den eigentlichen Störenfried hinwies. „Wir sollten die Gründe für unsere Heeresvermehrung nicht allzu weit herholen, sondern sie dort aufnehmen, wo sie für jedermann sichtbar auf der Straße liegen: wir sollten deutlich nach Westen weisen; den Finger drauf, denn dort sitzt der Störenfried — in Frankreich." Der Artikel, dessen Schärfe durch leidenschaftliche Ausfälle der Pariser Presse motiviert war („Noch nie ist in Frankreich so ohne Scham und Rücksicht gegen Deutschland gehetzt worden wie jetzt"), charakterisierte sich schon durch seine Stellungnahme gegen die Begründung der Wehrvorlage als eine Privatleistung der Redaktion. Trotzdem wollte die französische Regierung darin eine Kundgebung der deutschen Regierung sehen; vgl. die Äußerungen Jonnarts zu Iswolsky (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 89). Die deutsche Regierung beeilte sich, von dem Artikel abzurücken; am 13. März erklärte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", daß die amtlichen Stellen ihm gänzlich fernstünden; auch die Botschafter an den europäischen Höfen wurden eigens darauf hingewiesen, daß die Regierung mit dieser „Redaktionsentgleisung" schlechterdings nichts zu tun habe. Vgl. auch die Auslassungen des französischen Militärattachés in Berlin Oberstleutnant Serret über den Artikel in seinem Bericht vom 15. März (Französisches Gelbbuch: Der Europäische Krieg, S. 5 ff.). Serret

tigen Worten wird die Behauptung zurückgewiesen, daß Frankreich einen Angriffs- und Revanchekrieg plane, und von neuem erklärt, daß die französischen Wehrvorlagen lediglich eine Antwort auf die deutsche Heeresverstärkung seien. Zugleich wird der Widerspruch hervorgehoben, der zwischen den von der „Kölnischen Zeitung" geltend gemachten Gründen und der bisherigen offiziösen Motivierung der neuen Rüstungen mit der Veränderung der Lage im Südosten Europas bestehe. Denjenigen Organen, die für die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit eintreten, dienen die Auslassungen der „Kölnischen Zeitung" zur Verschärfung ihrer Propaganda und als wirksame Waffe gegen die sozialistischen und radikalen Gegner des betreffenden Gesetzentwurfes. Den radikalen Blättern ist natürlich der Artikel sehr ungelegen. Sie ermahnen die öffentliche Meinung Frankreichs, gegenüber dem deutschen „Bluff" kaltes Blut zu bewahren, der nur dazu bestimmt sei, für die Heeresvermehrung Stimmung zu machen und Rußland über die Gründe derselben irrezuführen.

v. Schoen

## Nr. 15 632

## *Bericht des Militärattachés in Paris Majors von Winterfeldt*

Abschrift

Nr. 13 Paris, den 12. März 1913

Gestern hat die Armeekommission der Kammer mit der Prüfung des Gesetzentwurfes über die dreijährige Dienstzeit begonnen. Der Kriegsminister hat den Standpunkt der Heeresverwaltung begründet und darauf hingewiesen, daß eine möglichst rasche Durchführung der Beratungen besonders erwünscht sei. Eine Reihe von Anfragen und Einwendungen, die von Mitgliedern der Kommission vorgebracht wurden, sind nach der Sitzung dem Kriegsminister zur Äußerung zugestellt worden. Aus der großen Zahl von Abänderungsvorschlägen, die schon jetzt von verschiedenen Seiten eingebracht worden sind, läßt sich erkennen, wie schwierig sich die Durchführung der dreijährigen Dienstzeit in der Praxis gestalten würde. Dementsprechend

---

erkennt an, daß der Artikel „der Wutausbruch eines impulsiven Journalisten" sei, der von der Regierung sofort desavouiert wurde. Gleichwohl möchte er ebenso wie der französische Marineattaché de Faramond in einem Bericht vom gleichen Tage (a. a. O., S. 8 ff.) die deutsche Öffentlichkeit für den Artikel verantwortlich machen: „Kurz, wenn auch die öffentliche Meinung Deutschlands nicht mit dem Finger auf Frankreich hinweist, wie die ‚Kölnische Zeitung' es tut, so ist sie doch gegen uns gerichtet und wird es noch lange bleiben. Sie findet, daß wir mit unsern 40 Millionen Einwohnern einen unbedingt zu großen Platz an der Sonne einnehmen."

sind denn auch die Ansichten über das voraussichtliche Schicksal des Regierungsentwurfs immer noch geteilt. Vorläufig bekämpfen sich Anhänger und Gegner der dreijährigen Dienstzeit mit großer Leidenschaft und Hartnäckigkeit, wobei jede der beiden Parteien durch die ihr ergebene Presse den bevorstehenden Sieg ihrer Sache ausposaunen läßt. Die Regierung und ihre Gefolgschaft haben den begreiflichen Wunsch, den Entwurf so schnell als möglich durchzubringen, während die Widersacher das Bestreben zeigen, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen in der Hoffnung, daß es inzwischen gelingen werde, immer weitere Kreise der Bevölkerung gegen die dreijährige Dienstzeit mobilzumachen. Sie weisen dabei darauf hin, daß eine ausreichende Begründung für die Notwendigkeit einer so drakonischen Reform bisher nicht erbracht sei, zumal da die deutsche Militärvorlage noch nicht einmal amtlich bekannt wäre. Unter diesen Umständen könne man befürchten, daß Frankreich durch eine überstürzte Einführung der dreijährigen Dienstzeit der deutschen Heeresverwaltung geradezu einen Dienst leisten würde, indem sie ihr einen Vorwand lieferte, die Rüstungen noch weiter auszudehnen, als sie ursprünglich beabsichtigt gewesen sein könnten.

Was die Anhänger der dreijährigen Dienstzeit anlangt, so arbeiten sie mit allen Mitteln, die nur einigermaßen Erfolg versprechen könnten, und spekulieren dabei geradezu gewissenlos auf die Naivität und Leichtgläubigkeit des französischen Publikums, dem vor allen Dingen klar gemacht werden muß, daß Deutschland mit seinen Rüstungen den Zweck verfolge, bei nächster Gelegenheit über Frankreich herzufallen. Als besonders bezeichnend für diese Darstellungsweise hebe ich die vom „Temps" ersonnene und bis zum Überdruß breitgetretene Behauptung hervor, Deutschland ziele darauf ab, eine sogenannte armée de premier choc oder armée de métier von mindestens 500 000 Mann bereitzustellen, die nach ausgesprochener Mobilmachung binnen kürzester Zeit in Frankreich eindringen, den schwachen französischen Grenzschutz überrennen und den Aufmarsch stören, wenn nicht unmöglich machen würde. Gegen diese abenteuerliche Annahme, die zur Voraussetzung haben würde, daß Deutschland einen wesentlichen Teil seiner Gesamtstreitkräfte ohne planmäßige Mobilmachung ins Blaue hinein loslassen wollte, sind zwar in vereinzelten französischen Zeitungen schüchterne Bedenken erhoben worden, im wesentlichen hat aber der „Temps" den Zweck, den er mit seiner sensationellen Behauptung verfolgte, bereits bestens erreicht. Denn ein großer Teil des französischen Volkes ist jetzt felsenfest von der bevorstehenden „invasion brutale" der deutschen armée de premier choc überzeugt und wird in dieser Anschauung noch dauernd dadurch bestärkt, daß dieselbe Behauptung nun täglich wie ein Leitmotiv in unzähligen Betrachtungen der Presse immer wieder auftritt. Es ist mir nicht möglich, die deutschen Zeitungen

fortlaufend zu verfolgen, es entzieht sich daher meiner Kenntnis, ob an irgendeiner Stelle der phantastischen Voraussetzung des „Temps“ rechtzeitig gebührend entgegengetreten worden ist.

Ich möchte zum Schluß den augenblicklichen Stand der Dinge nochmals dahin charakterisieren, daß trotz aller Erwägungen und Beobachtungen, die für die Einführung der dreijährigen Dienstzeit zu sprechen scheinen, und trotz der beispiellosen und in vieler Hinsicht erfolgreichen Propaganda, die zugunsten dieser Reform betrieben wird, dennoch heute keineswegs mit unbedingter Sicherheit vorhergesagt werden kann, wie die Entscheidung fallen wird. Man darf wohl von Möglichkeiten oder von Wahrscheinlichkeiten sprechen, darüber hinausgehende Prophezeiungen aber entbehren in der augenblicklichen Situation einer ausreichenden tatsächlichen Unterlage.

(gez.) von Winterfeldt
Major im Generalstabe der Armee

## Nr. 15 633

## *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 101 Paris, den 13. März 1913

Herr Jonnart läßt keine Gelegenheit vorübergehen, ohne mir mit anerkennenswertem Freimut von den beiderseitigen Heeresvermehrungen zu sprechen.

Es sei zunächst zu bedauern, meinte er, daß unsere neue Wehrvorlage gerade jetzt, vor Abschluß des Balkanfriedens [1], herausgekommen sei *, denn die Erregung, die mit ihr und der französischen Vorlage unvermeidlich verbunden, sei geeignet, den Kriegführenden das Bild eines uneinigen Europas [2] zu geben und damit ihre Hartnäckigkeit zu stärken. An sich finde er aber unsere Rüstungen durchaus verständlich und sehe in ihnen durchaus nicht eine herausfordernde Gebärde oder kriegslustige Absichten. Das gleiche gelte aber auch von den französischen Rüstungen. Zum großen Teil sei das, was hier geplant, schon seit über einem Jahr im Werk. Gewisse Lücken in der Landesverteidigung und die Mängel der zweijährigen Dienstzeit bei den Spezialwaffen seien längst als abhilfebedürftig erkannt worden. Nur die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit sei eine

* Das ist, genau genommen, unrichtig. Die Bekanntgabe der Militärvorlage erfolgte erst am 28. März durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, während allerdings in Frankreich die Regierungsvorlage zur Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit schon am 10. März verteilt worden war.

Neuerung, die unmittelbar durch unsere jetzige Vorlage veranlaßt worden. Übrigens, so äußerte sich der Minister gestern, sei nicht mit völliger Sicherheit auf ihre Annahme im Parlament zu zählen. Sie begegne da nicht nur bei den Sozialisten, sondern auch bei den Linksradikalen erheblichem Widerstand. Vielleicht werde es schließlich auf einen Kompromiß in der Gestalt einer dreißigmonatigen Dienstzeit herauskommen. Nicht wenig werde dabei die Haltung der deutschen Presse mitwirken. Artikel wie derjenige der „Kölnischen Zeitung", der Frankreich als den ewigen Störenfried hinstellte [3] *, seien nur zu sehr geeignet, die an sich schon hochgehenden Wogen der nationalen Stimmung in Frankreich schäumen zu lassen.

Meine Bemerkung, daß jener Artikel durchaus nicht offiziösen Charakter trage und von der Kaiserlichen Regierung mißbilligt werde, fand bei dem Minister dankbare Aufnahme. Auf meinen Hinweis, daß derartige Entgleisungen immerhin durch die beispiellose Agitation der französischen Presse erklärlich seien, die systematisch von deutschen Herausforderungen, Drohungen und Kriegslüsten spreche [4], ging der Minister sogleich mit dem Geständnis ein, die Haltung der französischen Presse sei höchst déplorable [5]. Die Regierung tue, was sie könne, um sie einigermaßen im Zaum zu halten, aber ihre Mittel seien bekanntlich wenig zureichend. Hierzulande sei man an die starke Sprache der Presse gewöhnt und nehme sie nicht allzu ernst, im Ausland allerdings sei man geneigt, der französischen Presse eine Bedeutung zuzuschreiben, die ihr tatsächlich nicht zukomme [6]. In ernsten politischen Kreisen und namentlich seitens der Regierung werde die Lage mit vollständig kaltem Blut und ohne jegliche Voreingenommenheit beurteilt; man sei weit davon entfernt „de s'emballer". Er persönlich sei mit Erfolg bemüht, in parlamentarischen Kreisen, so namentlich in der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten, die Auffassung zu vertreten, daß keinerlei Anlaß vorliege, bei uns aggressive Absichten anzunehmen, so wenig wie dies für Frankreich zuträfe. Er werde sich in diesem Sinne auch im Plenum aussprechen. Nach seiner festen Überzeugung seien beide Regierungen durchaus friedlich gesinnt, sie seien vielleicht die friedfertigsten aller Großmächte. Auch seien ihre Beziehungen so korrekte und freundliche, daß sie in einer Sphäre stünden, die von der beiderseitigen erregten Preßbewegung nicht berührt werde.

Eine Andeutung von mir, daß Entgleisungen zuweilen nicht nur in den Reihen der französischen Presse zu bemerken seien, verstand der Minister sogleich und bemerkte, er habe seinem Kollegen, dem Landwirtschaftsminister David, der kürzlich in einer Rede von Demütigungen gesprochen, deren Frankreich sich fortgesetzt zu versehen habe, wenn es nicht stark sei, bedeutet, er möchte sich größerer

---

* Vgl. Nr. 15 631, Fußnote ***.

Zurückhaltung befleißigen. Bezüglich der Kundgebungen vor der Straßburgstatue*, die ich flüchtig als symptomatisch erwähnte, meinte der Minister, das seien Jugendstreiche, die nicht tragisch zu nehmen seien[7]; es sei zu beachten, daß die Regierung bei derartigen Anlässen keine Reden von Déroulède und Genossen dulde. Von selbst kam der Minister weiter noch mit einer gewissen Breite auf die chauvinistischen Theaterstücke einiger hiesigen Bühnen zu sprechen. Sie würden von der Regierung und allen verständigen Kreisen scharf verurteilt, hätten übrigens einen so geringen literarischen Wert, daß sie an ihrer eigenen Schwäche bald erlöschen müßten. Ihr angeblicher allabendlicher Erfolg sei wesentlich der reichen Verteilung von Freibillets zu danken. Auch über die Hetze einiger Zeitungen gegen die deutsche Einfuhr sprach sich Herr Jonnart sehr tadelnd aus. Die Bewegung sei vermutlich eine von Interessenten künstlich hervorgerufene. Sie könne aber überaus schädlich wirken, er habe daher Veranlassung genommen, mit allem Nachdruck, soweit es möglich, dahin zu wirken, daß der Unfug eingestellt werde.

Immer wieder von neuem betonte der Minister den ernsten Willen der Regierung, alles aus dem Wege zu räumen, was zur Erregung und zur Trübung der Beziehungen beider Nationen beitragen könnte. Er sei dessen überzeugt, daß die gleichen wohlmeinenden Absichten auch auf unserer Seite beständen.

Die Äußerungen des Ministers, die freilich noch, um überzeugend zu sein, der Beweiskraft der Taten bedürfen, sind, meines Erachtens, als Zeichen des hier bestehenden Wunsches zu betrachten, die durch die beiderseitigen Wehrvorlagen und die sie begleitende Erregung erzeugte Spannung nicht bis zu demjenigen Grade gelangen zu lassen, daß hier die Gefahren einer starken Gegenwirkung entstehen. Das würde sicher der Fall sein, wenn die volle dreijährige Dienstzeit zur Annahme und zur Durchführung käme. Ist einmal der jetzige patriotische Rausch verflogen, und hat er der harten Nüchternheit Platz gemacht, dann ist eine Stimmung geschaffen, welche den pazifistischen Sozialisten und den antimilitaristischen Linksradikalen einen vortrefflichen Boden für ihre Bearbeitung der Massen, namentlich der ihnen bisher wenig zugänglichen Landbevölkerung bietet. Mir scheint, daß selbst dann, wenn die dreijährige Dienstzeit zur Annahme gelangen und damit der Wert der französischen Armee eine wesentliche Steigerung erfahren sollte, wir doch andererseits mit der Wahrscheinlichkeit rechnen können, daß die antimilitaristische Gegenwirkung bei den nächstjährigen Wahlen zur Kammer sich bemerkbar machen und nicht ohne Einfluß auf die französische Politik sein wird.

v. Schoen

---

* Am Sonntag, 9. März, hatte eine studentische Kundgebung vor dem Standbild der Straßburg stattgefunden, bei der ein chauvinistischer Aufruf verteilt wurde.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 Sehr richtig! Sie war zum Winter beabsichtigt ist aber unerhört verschleppt worden! Um 2—3 Monate zu spät! *
2 das haben sie schon lange gemerkt!
3 das ist es auch
4 seit Jahren!
5 na also!
6 Ausrede!
7 !

## Nr. 15 634

## *Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg***

Eigenhändig

Berlin, den 17. März 1913

Der Randvermerk Seiner Majestät über die Verschleppung der Militärvorlage *** beruht auf einem tatsächlichen Irrtum.

Seine Majestät verlangte am 13. 10. 1912 in Hubertusstock eine Militärvorlage, stand jedoch von diesem Verlangen ab, als sich der Kriegsminister und der Chef des Generalstabs dagegen erklärten †. Nach dem Zusammenbruch der Türkei änderten beide militärische Stellen ihre Ansicht, und ohne daß Seine Majestät einen Befehl erlassen hätten, aber mit meiner Zustimmung ordnete der Kriegsminister am 2. 12. 1912 die Ausarbeitung einer Militärvorlage in großen Zügen an. Der Dezember und die erste Hälfte des Januar vergingen mit diesen Ermittelungen und mit Meinungsaustausch zwischen Kriegsministerium und Generalstab ††. (Letzterer hat mir seine Ansicht und seine Forderungen erst in einer Denkschrift vom 21. 12. 1912 ††† mitgeteilt.) Am 20. 1. 1913 einigten sich Kriegs-

---

* Zu dieser Randbemerkung des Kaisers hat Reichskanzler von Bethmann Hollweg eine berichtigende Notiz zu den Akten gegeben. Siehe das folgende Schriftstück.

** Hier angeschlossen wegen des Zusammenhangs mit dem vorigen Schriftstück.

*** Siehe Randbemerkung 1 zu dem voraufgehenden Schriftstück.

† Nähers über die am 13. Oktober zwischen Kaiser, Kanzler, Kriegsminister, Chef des Generalstabes, Chef des Militärkabinetts und Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in Hubertusstock stattgefundene Besprechung der militärischen Lage siehe bei H. Herzfeld, Die deutsche Rüstungspolitik vor dem Weltkriege, S. 49.

†† Näheres darüber bei Herzfeld, a. a. O., S. 50.

††† Es handelt sich um die von General Ludendorff zuerst in der Broschüre „Französische Fälschung meiner Denkschrift von 1912 über den drohenden Krieg“, S. 9 ff., dann in den „Urkunden der Obersten Heeresleitung“, S. 51 ff., veröffentlichte Denkschrift. Vgl. dazu Nr. 15 623, Fußnote. Die gefälschte Form der Denkschrift ist mit dem ebenfalls gefälschten Datum des 19. März 1913 von dem französischen Kriegsminister Etienne am 2. April 1913 dem Außenminister Jonnart, ebenso dem Präsidenten Poincaré mitgeteilt worden; vgl. Französisches Gelbbuch: Der Europäische Krieg, S. 14 ff., und ferner R. Poin-

minister und Generalstab*. Am 23. 1. genehmigte Seine Majestät die Vorschläge des Kriegsministers. Am 25. 1. verfügte letzterer die Ausarbeitung der Vorlage, die er am 27. 2. an das Reichsschatzamt ablieferte.

Mir hat Seine Majestät überhaupt niemals von der Notwendigkeit einer Militärvorlage gesprochen, sondern ich habe Seiner Majestät am 5. 1. den Vorschlag gemacht, im Frühjahr eine große Heeresverstärkung vorzunehmen unter der Bedingung, daß keine Marinevorlage gemacht werde**, und unter der Voraussetzung, daß die Balkankrise weit genug abgeflaut sein werde.

Mit beidem war Seine Majestät ausdrücklich einverstanden.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 15 635

## *Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Freiherrn Langwerth von Simmern****

Unsignierte Reinschrift

Berlin, den 15. März 1913

### Die deutsch-französischen Beziehungen und unsere Wehrvorlage

Schon seit dem Abschluß der entente cordiale mit England, ganz besonders aber, nachdem auf der Algeciraskonferenz eine Majorität der Signatarmächte sich zusammengefunden hatte, die in wichtigen Fragen die französischen Wünsche gegenüber Deutschland unterstützte, machte sich eine Zunahme des französischen Selbstbewußtseins im Verkehr mit uns bemerkbar. Wo auch nur Verhandlungen zwischen uns und der französischen Regierung erforderlich wurden, stießen wir mit vorübergehenden Ausnahmen auf einen weitgehenden Mangel an ernstem Wollen zum Abschluß. Es ist bekannt, wie diese Erfahrungen mit dazu beigetragen haben, im Sommer 1911 den „Panther" nach Agadir zu entsenden, nicht nur, um den Schutz der

caré, Au Service de la France, III, 153 s. Die Entlarvung dieser Fälschung scheint Poincaré entgangen zu sein; jedenfalls produziert er noch jetzt die gefälschte Form zur Begründung der französischen Rüstungsmaßregeln im Jahre 1913.

* Näheres über die Verhandlungen zwischen Kriegsministerium und Generalstab und die endgültige Gestaltung der Vorlage bei H. Herzfeld, Die deutsche Rüstungspolitik vor dem Weltkriege, S. 60 ff.

** Vgl. dazu das Schreiben des Kabinettschefs der Marine Admiral von Müller an Großadmiral von Tirpitz vom 6. Januar, abgedruckt bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 370 f.; ferner Kap. CCXCII.

*** Die Aufzeichnung war bestimmt, als Material für die Verhandlungen der Reichstagskommission über die Wehrvorlage zu dienen.

Deutschen zu gewährleisten, sondern vor allem, um ernsthafte Verhandlungen mit Frankreich herbei- und durchzuführen.

Bereits damals wurden unsere Verhandlungen dadurch sehr erschwert, daß der Aufschwung des Flugwesens in Frankreich den Chauvinismus erheblich gesteigert und in leitenden Kreisen der Bevölkerung den Glauben erweckt hatte, Frankreich besitze in dieser neuen Waffe ein Mittel, das es namentlich im Bunde mit England uns ebenbürtig, wenn nicht überlegen mache. Der vom „Matin“ im Jahre 1910 organisierte Circuit de l'est hatte hierzu wesentlich beigetragen. Man berauschte sich an dem Erfolge der französischen Flieger, und als das „Journal“ in Verbindung mit dem hiesigen Ullmann-Verlag demgegenüber einen auch Deutschland durchquerenden Flug organisieren wollte, wurde eine Hetzkampagne in Szene gesetzt, die dies unmöglich machte.

Es mag dahingestellt bleiben, welche Ursachen bei diesen Vorgängen mitgespielt haben, die Tatsache steht fest, daß das französische Selbstbewußtsein mehr und mehr zunahm. Als dann nach Annahme des deutsch-französischen Marokkoabkommens vom 4. November 1911 innerpolitische Vorkommnisse zum Sturz des Ministeriums Caillaux führten und das Ministerium Poincaré an seine Stelle trat, waren es chauvinistische Stimmungen, die das neue Ministerium fortgesetzt zu nutzen suchte, um seine Stellung zu festigen. Es war das Ministerium „des capacités“, dessen Chef dann zuletzt, von der chauvinistischen Welle getragen, in das Elysée einzog. Inzwischen hatte der Kriegsminister Millerand tüchtig weitergewirkt, um den „esprit militaire“ des Volkes neu zu beleben. Der militärische öffentliche Zapfenstreich in Paris ward erneuert, militärische Dauermärsche und -ritte eingeführt und glänzende Paraden abgehalten, bei denen die von den Truppen ausgeführten Attacken die Bevölkerung zu Ausbrüchen der Begeisterung hinrissen*.

Im Frühling 1912 schien eine gewisse Beruhigung eintreten zu sollen.

Der Ausbruch des Balkankrieges machte dieser Pause ein jähes Ende. Kaum wurden die überraschenden Siege der Balkanstaaten bekannt, als die chauvinistischen Treibereien mit neuer Kraft einsetzten. Die Niederlagen der Türkei sollten gleichzeitig eine Niederlage Deutschlands sein. Die Überlegenheit der französischen Methode, wie sie französische Instrukteure namentlich in Griechenland gelehrt, sollte dargetan und durch den Erfolg der eklatante Beweis erbracht sein, daß die deutschen Geschütze den französischen weit unterlegen. Militärische Zeitschriften brachten Artikel, die in dem französischen Volk den Glauben erwecken mußten, als habe Frankreich seine seit 1870 verlorene Überlegenheit uns gegenüber wiedererlangt. Der mit

---

* Vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLVI.

Sicherheit als bevorstehend bezeichnete Anschluß der Balkanstaaten an die Tripelentente würde, so hieß es, diese Überlegenheit vollenden. Man scheute sich nicht, darauf hinzuweisen, daß Österreich-Ungarns Stärke durch die zunehmende Macht des slawischen Elements immer mehr verringert werden würde. Auch das Theater mußte zur chauvinistischen Hetze herhalten. Stücke wie „Alsace“, „Cœur de Française“, „Servir“ und andere werden noch heute unter dem begeisterten Jubel des Publikums allabendlich aufgeführt. Selbst angesehene Schriftsteller und Gelehrte gaben sich dazu her, die chauvinistische Bewegung zu schüren. Hand in Hand damit ging die mit Begeisterung aufgenommene Hetze gegen das Deutschtum in Elsaß-Lothringen, die sich an die Namen Wetterlé, Preiß, Hackspill knüpft. Gleichzeitig wurde eine Kampagne gegen die deutschen Waren in Szene gesetzt, deren schädigende Wirkung in ihren Folgen zurzeit noch gar nicht überblickt werden kann.

Alle diese symptomatischen Erscheinungen sind aber um so bedeutungsvoller, als wir seit dem Sturze des Ministeriums Caillaux bei der Behandlung von Geschäften in Frankreich meist einer Stimmung begegnet sind, die eine praktische Regelung der schwebenden Angelegenheiten außerordentlich erschweren mußte. Es mag sein, daß in manchen Fällen Rechthaberei und Bureaukratismus hierbei mitgespielt haben, aber häufig ging man französischerseits in seinem Mangel an Entgegenkommen so weit, daß ein auf das Bewußtsein der eigenen Stärke sich stützendes Übelwollen kaum noch von der Hand gewiesen werden kann.

Möglich, daß man uns zu reizen hoffte, um so neue Gründe zur Schürung des Chauvinismus zu gewinnen und die in Aussicht genommene dreijährige Dienstzeit zu fördern. Auch dies wäre schon bedenklich genug. Es wird aber damit gerechnet werden müssen, daß in französischen maßgebenden Kreisen immer mehr der Gedanke platzgreift, uns gegenüber nicht mehr die alte Rücksicht nehmen zu brauchen, weil man sich uns zum mindesten gewachsen wähnt. Von hier bis zu dem Gedanken, der Tag der Revanche sei nahe herbeigerückt, der Revanche für Elsaß-Lothringen, für die Frankreich entrissene „Gloire“, ist dann kein weiter Weg mehr. Wer den Charakter des französischen Volkes und insbesondere des Parisers kennt, der weiß, wie eine Stimmung wie die zurzeit vorherrschende die Gefahr einer plötzlichen Entladung in sich birgt. Wird die dreijährige Dienstzeit Gesetz, so muß in einiger Zeit um so mehr mit der Möglichkeit einer solchen Explosion gerechnet werden, weil das französische Volk schwerlich auf die Dauer die Lasten dieser Dienstzeit ertragen dürfte, ohne daß man ihm handgreifliche Resultate zeigt.

Bei dieser Lage der Dinge können wir die weitere Erhaltung des Friedens nur dadurch gewährleisten, daß wir durch eine Fortentwickelung unserer militärischen Machtmittel für Frankreich das Risiko

einer kriegerischen Politik so steigern, daß den dortigen Machthabern das Wagnis, mit uns anzubinden, erneut zu groß erscheint. Bei der Überlegenheit der deutschen Bevölkerungszahl besitzen wir die Möglichkeit, dies in einer Weise zu tun, daß den Franzosen „die Puste“ ausgeht. Verfängt aber gegenüber der Entfaltung unserer Machtmittel auch die Einführung der dreijährigen Dienstzeit nicht mehr, dann wird man immerhin darauf hoffen dürfen, daß das durch das Ausbleiben der Ergebnisse enttäuschte französische Volk sich über kurz oder lang wieder von den Aposteln des Chauvinismus abwendet.

Nr. 15 636

## *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 114 Paris, den 27. März 1913

Das erste Wort, mit dem Herr Pichon * an seinem Empfangstage die Unterhaltung mit mir einleitete, war, wie kaum anders zu erwarten, ein Wort der Friedfertigkeit. Er sei zwei Jahre vom Quai d'Orsay entfernt gewesen, sagte er, aber in dieser Zeit doch stets mit den leitenden politischen Kreisen in so enger Verbindung geblieben, daß er über die herrschende Sinnesrichtung genau unterrichtet sei. Auf dieser Grundlage könne er nur betonen, daß in Frankreich bei Regierenden und Regierten, so sehr auch hie und da leidenschaftliche Preßäußerungen den gegenteiligen Eindruck zu wecken geeignet, tiefe Friedensliebe herrsche. Er wisse, daß dies auch in Deutschland der Fall sei. Bei dieser beiderseitigen Grundstimmung betrachte er es nicht nur als eine Möglichkeit, sondern eine Notwendigkeit, eine Politik der Annäherung — de rapprochement — zu befolgen. Seiner Überzeugung nach bilde ein gutes Verhältnis zwischen Frankreich, Deutschland und England, ein ruhiges freundliches Nebeneinanderleben dieser drei Nationen die sicherste Bürgschaft für Europas Ruhe und Frieden [1]. Er sei fest entschlossen, in diesem Sinne tätig zu sein [2], und befinde sich darin in Übereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten und dem Präsidenten der Republik.

---

* Am 18. März war das Kabinett Briand wegen der Wahlrechtsvorlage gestürzt worden; an seine Stelle trat am 22. März das Kabinett Barthou, in dem Pichon das Außen- und Etienne von neuem das Kriegsministerium bekleidete. In der Erklärung, mit der sich das neue Kabinett am 26. März bei den Parlamenten einführte, war gesagt, die Regierung übernehme die von dem vorigen Kabinett eingebrachten Gesetzentwürfe über die dreijährige Dienstzeit und über die außerordentlichen Militärkredite. Vgl. auch R. Poincaré, Au Service de la France, III, 155 ss.

Leider sei die innere Lage so verworren, daß es noch ganz ungewiß erscheine, ob das neue Ministerium sich werde halten können.

Ich habe Herrn Pichon erwidert, ich nähme von der Versicherung seiner guten Absichten mit gebührendem Danke Akt; ich zweifelte nicht an der ernsten Friedensliebe der französischen Machthaber und der Nation; doch lehre die geschichtliche Erfahrung, daß in die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich hie und da Zwischenfälle und Mißverständnisse sich einschieben, denen das lebhafte französische Temperament den Charakter unfreundlicher Akte beizulegen nur zu leicht geneigt sei. In derartigen nationalistischen Aufwallungen der französischen Volksseele liege immer eine gewisse Gefahr, mit der wir zu rechnen nicht umhin könnten [3].

Herr Pichon meinte darauf, es sei zuzugeben, daß die französische Empfindlichkeit manchen Vorkommnissen in unseren Beziehungen eine Bedeutung beizumessen geneigt sei, die ihnen im Grunde nicht zukomme. Die zügellose Presse tue in dieser Beziehung viel Schaden. Aber dazu sei die Regierung da, um sich einstellende Mißverständnisse aufzuklären und zu beseitigen. Wir könnten darauf rechnen, daß er stets mit ruhigem Blicke, ohne jegliche Voreingenommenheit und in entgegenkommendem Sinne bereit sei, etwaige Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen.

Ich zweifle nicht, daß es Herrn Pichon mit seinen Versicherungen der Friedensliebe und des Entgegenkommens Ernst ist. Zum Teil mögen aber seine Äußerungen doch auf eine captatio benevolentiae hinauslaufen, um den Eindruck zu verwischen, den seine vorjährige Rede im Senat gegen den Novembervertrag über Marokko* hinterlassen hat. Auch mag das Bestreben mitgesprochen haben, dem Verdacht vorzubeugen, als ob sein Präsidium eines französisch-italienischen Annäherungskomitees, das er während seines Interregnums innehatte, das Ziel einer Abwendigmachung Italiens vom Dreibund im Auge gehabt habe. Zur Begründung einer solchen Annahme liegen übrigens keinerlei Anzeichen vor.

v. Schoen

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Richtig! Schade, daß das nicht früher schon erkannt wurde!

[2] Er soll nicht durch Worte allein, sondern durch Thaten diese Ansicht zum Ausdruck bringen!

[3] gut

Schlußbemerkung des Kaisers:

Der Worte sind genug gewechselt jetzt laßt uns Thaten sehen!

---

* Vgl. Bd. XXIX, Kap. CCXXXI.

Nr. 15 637

## *Der Generalkonsul in Moskau Kohlhaas an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 69 — Moskau, den 5. April 1913

Das „Russkoje Slowo" bespricht in einem Leitartikel vom heutigen Tage die Folgerungen, die sich für Rußland aus der Annahme der deutschen Militärvorlage ergeben werden*.

Rußland habe bis jetzt an der Westgrenze die numerische Überlegenheit im Friedensstand gehabt; diese habe für Rußland wichtige Vorteile für den Fall eines kriegerischen Zusammenstoßes ergeben und die Nachteile der langsamen russischen Mobilmachung ausgeglichen. Wenn jetzt Deutschland seinen Friedensstand um 132 000 Mann, Österreich-Ungarn den seinen um 50 000 Mann erhöhen, so müsse Rußland folgen und seinen Friedensstand um 200 000 Mann er-

* Über die Folgerungen, die sich für Rußland aus der Einbringung der deutschen Militärvorlage ergaben, hatten sich, nach Poincarés Brief an den Zaren vom 20. März 1913 (vgl. Nr. 15 627, S. 161, Fußnote *), die beiderseitigen Generalstäbe bereits im Sinne einer Leistung geeinigt, die der „großen militärischen Anstrengung, die die französische Regierung zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der europäischen Kräfte zu machen beabsichtigt," entspreche. Die Mission Delcassés sollte wesentlich dem Zwecke dienen, auf Rußland im Sinne möglichst kräftiger Anstrengungen einzuwirken und deren Durchführung zu kontrollieren. Als die Dinge in Rußland, wie gewöhnlich, nur langsam in Fluß gerieten, suchte die französische Regierung auf den Alliierten einen verstärkten Druck auszuüben, indem sie die von Rußland erbetene Zustimmung zu alljährlichen größeren Anleihen geradezu an die Bedingung einmal einer bedeutenden Vergrößerung der Friedenspräsenzstärke des russischen Heeres, sodann eines beschleunigten Ausbaus der von dem französischen Generalstabe geforderten strategischen Linien knüpfte. Vgl. dazu das Schreiben des russischen Finanzministers Kokowzow an Sasonow vom 27. Juni und das Geheimtelegramm Sasonows an Iswolsky vom 30. Juni 1913, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 187 f., 189 f. Aus Kokowzows Schreiben ersieht man, daß inzwischen Vorlagen des russischen Kriegsministeriums fertiggestellt waren, nach denen die Friedensstärke der russischen Armee um 360000 Mann erhöht werden sollte. Die Prüfung der Vorlagen durch die gesetzgebenden Körperschaften, die nach Kokowzows Schreiben vom 27. Juni bereits in allernächster Zeit erfolgen sollte, zog sich jedoch bis tief in das Jahr 1914 hin. Das „große Armeeorganisationsprogramm" von 1913 erhielt Gesetzeskraft erst am 7. Juli 1914. Näheres darüber ist aus den Akten des Auswärtigen Amtes nicht zu ersehen, da eine Anzahl Berichte des Militärattachés Major von Eggeling, welche die Frage einer russischen Heeresvermehrung im Jahre 1913 betrafen, an das Kriegsministerium ohne Zurückbehaltung einer Abschrift abgegeben worden sind. Vgl. Dobrorolski, Die Mobilmachung der russischen Armee 1914 (Beiträge zur Schuldfrage, H. 1), S. 14 f.; W. A. Suchomlinow, Erinnerungen, S. 245 ff.; 342; H. Herzfeld, Die deutsche Rüstungspolitik vor dem Weltkriege, S. 127 f.; G. Frantz, Rußlands Eintritt in den Weltkrieg, S. 24 ff.; derselbe, Rußland auf dem Wege zur Katastrophe, S. 19 ff.

höhen, um sich jene militärischen Vorteile zu erhalten. Nicht nur die Armee an der Westgrenze, sondern auch an der chinesischen Grenze in Semiretschensk und Transbaikalien müsse verstärkt werden.

Gleichzeitig müsse aber der rein defensive Charakter der Landesverteidigung aufgegeben werden, den dieser die Reform des Kriegsministers Suchomlinow im Jahre 1910 gegeben habe. Die Truppen an der deutschen und österreichischen Grenze müßten schon im Frieden auf Kriegsstärke gehalten werden. Das werde der russischen Armee eine Offensive zu Anfang des Krieges ermöglichen und dadurch die Vorteile der schnelleren Mobilmachung in Deutschland und Österreich ausgleichen.

Ohne diesen keineswegs einwandfreien Ausführungen eine große Bedeutung beizumessen, halte ich sie doch für symptomatisch für die jetzt in Rußland einsetzende Bewegung, die dahin zielt, auf die deutsche Militärvorlage mit einer entsprechenden Heeresvermehrung zu antworten.

Kohlhaas

## Nr. 15 638

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 128 — Paris, den 8. April 1913

Ministerpräsident Barthou sagt mir gesprächsweise, er erkenne dankbar in Euerer Exzellenz Reichstagsrede* Ausdruck Vertrauens

---

* Gemeint ist die Rede vom 7. April, mit der der Reichskanzler die Wehrvorlage einbrachte. Die Rede ging ausführlich auf das deutsch-französische Verhältnis ein, betonte das Vertrauen, daß die französische Regierung in nachbarlichem Frieden mit Deutschland leben wolle, wies aber auf die Macht der öffentlichen Meinung in Frankreich hin, die gerade in einem Lande mit so demokratischen Einrichtungen in erregten Zeiten leicht dem Druck derjenigen gehorche, die sich am lautesten gebärden. „Die französische Nation, so kriegstüchtig und tapfer, so stolz auf Ruhm und Ehre, so vaterlandsliebend und opferwillig sie ist, ich glaube nicht, daß sie in ihrer Gesamtheit zum Kriege drängt. Aber für weite Kreise der Franzosen, nicht nur für die Chauvinisten, nein, auch für die Ruhigen und Überlegten ist das eingetreten, was Bismarck befürchtete. Man glaubt, uns, wenn nicht überlegen, so doch zum mindesten gewachsen zu sein im Vertrauen auf die Stärke der eigenen Armee, im Vertrauen auf das Bündnis mit Rußland, vielleicht auch in der Hoffnung auf England. Das ist die gefährlichste Kehrseite des Erstarkens des französischen Nationalempfindens." Siehe den vollen Text der Rede in den Stenographischen Berichten Bd. 289, S. 4512 ff. Im vollen Gegensatz zu Barthou betont Poincaré (Au Service de la France, III, 194) „le langage agressif" des deutschen Reichskanzlers; ja er möchte dieser Sprache eine Mitschuld an dem kurz darauf erfolgenden Zwischenfall von Nancy (vgl. Anhang A) zuschieben!

in Friedensliebe französischer Regierung und Volks. Dieses Vertrauen sei durchaus begründet. Nationalistisches Treiben sei tatsächlich weit weniger intensiv und ausgedehnt, als Euere Exzellenz anzunehmen schienen, und werde nach Überwindung jetziger Rüstungskrisis rasch abflauen. Wir könnten auch ferner auf aufrichtige friedfertige Politik sowie Entgegenkommen französischer Regierung wie bei Zwischenfall Lunéville * bauen. Er persönlich habe nichts versäumt, um diesen Vorfall so rasch und glatt wie möglich zu erledigen, und sei sehr dankbar, daß dies von Kaiserlicher Regierung sogleich anerkannt wurde. Unser Dank habe hier allgemein überaus wohltuend berührt.

Schoen

Nr. 15 639

## *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 129 Paris, den 9. April 1913

Pichon sagte mir ähnlich wie Barthou, Euerer Exzellenz Reichstagsrede messe dem französischen Chauvinismus zu große Bedeutung bei.

Nachdem ich eine Reihe chauvinistischer Erscheinungen aufgezählt, gestand Minister zu, daß Eindruck französischer deutsch-feindlicher Regungen bei uns entstehen konnte, betonte aber, daß derartige Erscheinungen nur oberflächlich; die große Masse des Volkes sei durch und durch friedlich.

Schoen

Nr. 15 640

## *Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen*

Telegramm. Konzept von der Hand des Unterstaatssekretärs Zimmermann

Nr. 112 Berlin, den 10. April 1913

Auf Telegramm 128 ** und 129 *** zur Verwertung.

Von den Mitteilungen der Herren Barthou und Pichon über die Friedensliebe Frankreichs habe ich mit Dank Kenntnis genommen. Ich

---

* Bei dem Zwischenfall Lunéville handelte es sich um die Notlandung des Zeppelinluftschiffes Z. IV in Lunéville am 3. April. Vgl. dazu den Anhang A des Kapitels.

** Siehe Nr. 15 638.

*** Siehe Nr. 15 639.

hoffe gern, daß ihr Standpunkt, wonach der Chauvinismus nur eine vorübergehende Erscheinung sein und nach Überwindung jetziger Rüstungskrisis rasch abflauen soll, sich als zutreffend erweisen wird. Die französischen Staatsmänner werden mir aber zugeben, daß die hervorgetretenen chauvinistischen Erscheinungen so bedenklicher Natur waren, daß sie von mir nicht unbeachtet gelassen werden konnten.

v. Bethmann Hollweg

## Nr. 15 641

### *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Entzifferung

Nr. 141 Wien, den 9. April 1913
[pr. 10. April]

Aus zuverlässiger Quelle höre ich, daß Herr Pichon beabsichtigt, dem Ministerrat vorzuschlagen, die dreijährige Dienstzeit nur für fünf Jahre einzuführen. Der Minister hofft, durch dies Kompromiß die in Frankreich gegen das Gesetz bestehende starke Opposition zu beruhigen. Herr Pichon sei über die ihm zugefallene politische Erbschaft wenig erbaut. Die Beziehungen Frankreichs zu Italien und Österreich seien sehr wenig gute; er werde sich alle Mühe geben, diese zu bessern.

Nach derselben Quelle soll die Berufung des Herrn Delcassé nach Paris mit der Unzufriedenheit zusammenhängen, die bei Herrn Pichon über die letzte Phase der russischen Politik bestehe. In der Frage der Beteiligung an der Flottendemonstration und besonders in derjenigen der Mandatserteilung seitens Rußlands an Frankreich* habe sich Herr Sasonow so schwankend gezeigt und sich so oft widersprochen, daß man in Paris vollkommen desorientiert sei über die eigentlichen Ziele der russischen Politik. Man wolle nun von Herrn Delcassé, dessen Berichterstattung nach einem glänzenden Anfang in neuerer Zeit wenig befriedigt habe, da er Herrn Sasonow nicht gehörig zu beeinflussen verstanden habe, persönlich hören, wie die Dinge an der Newa eigentlich lägen, und wohin man dort steuere.

von Tschirschky

---

* Vgl. Bd. XXXIV, Kap. CCLXX.

## Nr. 15642

## *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 128 Paris, den 10. April 1913

Der Ministerpräsident und Herr Pichon wollten es in ihren Unterhaltungen mit mir nicht Wort haben, daß dem französischen Chauvinismus diejenige beunruhigende Bedeutung zukomme, welche Euere Exzellenz ihm in der Reichstagsrede zur Wehrvorlage beigemessen. Das nationale Empfinden in Frankreich, meinte Herr Barthou, habe sich seit Agadir allerdings wesentlich gehoben, das „sentiment pour la dignité de la France" sei erstarkt, aber dies dürfe keineswegs mit Kriegslust verwechselt werden. Das französische Volk sei durch und durch friedlich gesinnt. Ähnliches sagte mir Herr Pichon. Ich habe beide Staatsmänner darauf hingewiesen, daß Euere Exzellenz die Friedensliebe der jetzigen französischen Regierung sowie des französischen Volkes in seiner Gesamtheit ausdrücklich anerkannt hätten, der französische Chauvinismus habe sich aber in so vielgestaltiger und bedeutsamer Form bemerkbar gemacht, daß wir nicht umhin könnten, ihn als ein zur Beruhigung nicht beitragendes Symptom in Rechnung zu stellen. Herr Pichon erkannte, als ich ihm eine Reihe von Beispielen aufgezählt, an, daß sie geeignet seien, bei uns einen ungünstigen Eindruck hervorzurufen, meinte aber, man scheine in Deutschland zu sehr geneigt, manche literarische und oratorische Ausschreitungen, die auf das Konto des lebhaften französischen Temperaments, einer überspannten Empfindlichkeit und schlechter Gewohnheiten zu setzen seien, tragisch zu nehmen. Tatsächlich handele es sich um oberflächliche Erscheinungen, die beklagenswert seien, denen die Regierung, soweit dies möglich, zu steuern suche, die aber keineswegs als Ausflüsse kriegerischer Stimmung anzusprechen seien.

Bemerkenswert ist, daß Herr Pichon, als ich von der gereizten Stimmung sprach, die in Frankreich nach dem Marokkovertrag, der ihm doch das volle Protektorat gebracht, gegen uns zurückgeblieben sei, äußerte, zu Agadir und seinen mannigfachen Folgen wäre es wohl nicht gekommen, wenn er seinerzeit Minister geblieben wäre, denn dann wäre der Marsch nach Fes unterblieben. Dies ist das erste Mal, daß ein französischer Minister freimütig zugesteht, daß es die frivolen Verstöße Frankreichs gegen die Verträge gewesen sind, welche Agadir und seine Folgen ausgelöst haben.

Mit einer gewissen Wehmut sagte mir Herr Pichon noch, nach Euerer Exzellenz Reichstagsrede und ihrer Aufnahme sei es nicht mehr zweifelhaft, daß hier das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit glatt durchgehen werde. Es scheint hiernach, daß man sich hier

mit der Hoffnung geschmeichelt hatte, daß Euere Exzellenz in der Begründung der Wehrvorlage Frankreichs in einer Weise gedenken würden, welche den hiesigen Machthabern einen gewissen Rückzug in der Vorlage über die dreijährige Dienstzeit erleichtern würde.

v. Schoen

Nr. 15 643

*Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 164 Paris, den 29. April 1913

In meinen berichtlichen Schilderungen der Stimmung in Frankreich uns gegenüber habe ich wiederholt hervorzuheben gehabt, daß sie seit der Marokkokrisis vom Jahre 1911 eine unruhige, gereizte und selbstbewußte geworden ist. Mag diese Geistesverfassung auch zum Teil von einzelnen selbstsüchtigen Strebern und betriebsamen Geschäftspatrioten künstlich hervorgerufen und genährt worden sein, so hat sie sich doch nicht als vorübergehende Erscheinung erwiesen, vielmehr zu einer Bewegung entwickelt, deren Ausdehnung und Stärke nicht ohne störenden Einfluß auf die Beziehungen beider Nationen zu einander bleiben konnte und damit unsere ernste Beachtung und Berücksichtigung erforderte.

Einsichtsvolle und unbefangene Männer in führenden Stellungen, mit denen ich diese Erscheinungen gesprächsweise erörterte, haben mir stets versichert, daß die wahrnehmbare unfreundliche Stimmung gegen uns insofern nicht in dem bei uns geläufigen, bedenklichen und tiefernsten Sinne gedeutet zu werden verdiene, als sie nicht gleichbedeutend sei mit Kriegslust. Verantwortliche Machthaber haben sich in ähnlicher Weise gelegentlich öffentlich ausgesprochen. Ihre Auffassung ist auch nach meinen aus verschiedentlichen anderen Quellen geschöpften Überzeugungen im allgemeinen nicht unzutreffend. Das französische Volk ist im großen und ganzen durchaus friedlich gesinnt. Die ängstliche Besorgnis vor Ausbreitung der Balkanverwickelungen hat dies bewiesen. Die Nation will nicht in kriegerische Abenteuer gestürzt werden, und sie hat begonnen, wenn auch nicht ausdrücklich, so doch stillschweigend dem Gedanken an eine Lösung des zwischen Frankreich und Deutschland liegenden Problems mit Blut und Eisen zu entsagen. Aber, irregeleitet von einer in schlimmen Gewohnheiten verkommenen Presse, nur zu häufig erregt durch patriotische Deklamationen gefallsüchtiger und ehrgeiziger Politiker und Publizisten, beunruhigt durch die gegen Deutschlands wachsende Größe gerichteten Verdächtigungen des Auslandes, berauscht von der frivol genährten Vorstellung eigener militärischer Vollkommenheit

und Stärke, gehoben von den angeblich mit französischen Waffen und französischer Kriegskunst errungenen Erfolgen der Balkanstaaten über Deutschlands Freunde und Schützlinge, ist ein beträchtlicher Teil des französischen Volkes allmählich in einen Geisteszustand geraten, der das früher bestehende beklemmende Gefühl der Unterlegenheit in gespreiztes Selbstbewußtsein verwandelt hat, das, dem lebhaften und schauspielerischen Temperament der Franzosen entsprechend, zu manchen feindseligen Gebärden und weniger ernst gemeinten wie prahlerischen Ungezogenheiten in Wort, Schrift und Tat führte. Die gereizte unfreundliche Stimmung gegen uns hat noch eine merkliche Vertiefung durch die Rückwirkung unserer neuen Wehrvorlage erfahren. Zwar hat unser Beginnen und die Gewißheit des Vollbringens dämpfend auf das französische Stärkegefühl gewirkt, aber die Aussicht, daß es einer so verzweifelten Anstrengung wie der allgemeinen dreijährigen Dienstzeit bedarf, um unserer Macht einigermaßen nachzukommen, hat die Feindseligkeit gegen uns wesentlich verschärft und der Wahnvorstellung neue Nahrung gegeben, daß wir Schlimmes gegen Frankreich im Schilde führen. Die Besorgnis, daß wir einen Angriff planen, ist der hervortretendste Zug in der heutigen Geistesverfassung der Franzosen, und die Möglichkeit eines plötzlichen militärischen Vorstoßes über die angeblich ungenügend geschützte französische Grenze hat in den Erörterungen über die Notwendigkeit der vorgeschlagenen militärischen Anstrengungen eine wesentliche Rolle gespielt.

In diese an Spannung überreiche Atmosphäre hineinfallend sind die Zwischenfälle von Lunéville und Nancy* zu Ereignissen geworden, welche die Nerven der öffentlichen Meinungen auf beiden Seiten der Vogesen auf eine starke Probe gestellt und von den Regierungen ein nicht gewöhnliches Maß leidenschaftslosen Erwägens und Handelns erfordert haben. Es ist anzuerkennen — und gebührend anerkannt worden —, daß die französische Regierung in der Sache von Lunéville unter Übergehung von Bedenklichkeiten, welche die ganz ungewöhnlichen Umstände wachriefen, mit derjenigen Raschheit, zu der die zentralistischen Einrichtungen der Verwaltung sie befähigte, das getan hat, was politische und sachliche Rücksichten als angezeigt erscheinen ließen. Freilich ist nicht zu verkennen, daß ihr das Mißgeschick unserer Luftschiffer Gewinne in die Hand gespielt hat, die einer schönen Geste wert waren. Auch in dem einfacher liegenden Falle der Flugzeuglandung bei Arracourt hat die Regierung mit anerkennenswertem Entgegenkommen gehandelt. Was den Vorfall von Nancy betrifft, so hat sie rasch und nachdrücklich sühnend eingegriffen und ist darin bis an die äußerste Grenze dessen gegangen, was sie ohne ernste Gefährdung der eigenen nicht starken

* Vgl. dazu Anhang.

Existenz tun konnte. Wenn sie dabei den Dingen eine Wendung gegeben hat, die den Anschein zu erwecken geeignet war, daß sie lediglich aus eigenem Antrieb, nicht auf deutsches Verlangen gehandelt habe, so erklärt sich dieses Verfahren als ein Aushilfemittel zur Vermeidung innerpolitischer Schwierigkeiten und peinlicher weiterer Erörterungen. Dem gleichen Bedürfnis entsprang die kurz darauf folgende Rede des Ministerpräsidenten Barthou *, worin er die würdevolle Haltung der Regierung hervorhob und die französische Friedensliebe betonte.

Für die Beurteilung der hier bestehenden tieferen Stimmung kommt aber neben dem Verhalten der Regierung mit nicht minderem Gewicht die Auffassung der die öffentliche Meinung führenden Geister in Betracht. Eingehende Beobachtung berechtigt zu dem Bewußtsein, daß diese in höherem Maße, als es in der Presse zutage getreten, Verständnis für das Beklagenswerte und Bedenkliche der Vorgänge in Nancy gehabt hat, und es ist nicht nur ein gewisses, allerdings in Beschönigungen gehülltes Gefühl der Scham erkennbar, sondern auch das Verlangen nach Verhinderung ähnlicher Vorkommnisse laut geworden, sowohl im Interesse des eigenen guten Rufes und seiner moralischen und materiellen Vorteile wie in demjenigen ungestörter Beziehungen mit dem deutschen Nachbarn. Es hat sogar nicht an einzelnen gewichtigen Stimmen gefehlt, die offen und ohne Widerspruch zu finden verurteilend auf die Auswüchse des französischen Chauvinismus hingewiesen, zur Bekämpfung desselben und zum Versuche der Annäherung an Deutschland aufgefordert haben **.

Die Stellungnahme der öffentlichen Meinung gegen den Chauvinismus wäre eine noch vernehmlichere und entschiedenere geworden,

---

* Am 20. April hatte Barthou vor der Vereinigung der französischen Volksschullehrer eine Rede gehalten, deren nationalistische Anklänge Freiherr von Schoen in einem Bericht vom 21. April (Nr. 150) auf innerpolitische Motive glaubte zurückführen zu sollen: „Man meint, daß Herr Barthou das Bedürfnis gehabt hat, vor dem Wiederzusammentritt des Parlaments zu zeigen, daß man aus den in der Nancyer Affäre getroffenen Maßregeln nicht den Schluß ziehen dürfe, als sei er vor dem deutschen Druck zurückgewichen. Ferner glaubt man, daß er es für notwendig gehalten hat, gerade den Lehrern, von denen sich ein ansehnlicher Teil den antimilitaristisch gefärbten Arbeitersyndikaten angeschlossen hat, Gelegenheit zu bieten, durch Zustimmung zu seiner Rede ihren Patriotismus öffentlich zu bekunden."

** Eine ähnliche Beurteilung der Lage findet sich in einem Bericht des belgischen Gesandten in Paris Baron Guillaume vom 5. Mai 1913. Es heißt dort unter dem Stichwort „Réveil du nationalisme en France": „On a signalé à plusieurs reprises depuis un an le réveil en France d'un certain chauvinisme qui pourrait offrir de graves dangers. Quelques journaux ont, à ce point de vue, une tendance malsaine; des théâtres nombreux donnent des pièces de nature à surexciter les esprits et à aggraver une situation déjà trop accentuée. Il n'est pas une ‚revue' ou une représentation de café-concert qui ne se distingue pas dans ce sens et les tirades les plus chauvines soulèvent des applaudissements frénétiques. . . . Cette tendance est dangereuse, parce qu'elle peut créer des

wenn die Haltung unserer Patriotenpresse ihr dies nicht erschwert hätte. Die Maßlosigkeiten, zu denen diese in ihren Urteilen und Verallgemeinerungen sich hat hinreißen lassen, haben hier erregte Erwiderungen ausgelöst und die Aufgaben der beiden Regierungen wesentlich erschwert. Dies trifft namentlich in bezug auf den Fall von Lunéville zu, in dem unsere Presse nachträglich übertriebene Anklagen erhoben und schwer zu erfüllende Forderungen gestellt hat. Man hat es hier in Regierungskreisen dankbar erkannt, daß wir diesem bedenklichen Treiben durch tatsächliche und rechtliche Richtigstellungen entgegengetreten sind, aber bis zu dem Zeitpunkt, wo diese erlösende Aufklärung erfolgte, hat hier nervöse Unruhe bestanden, und selbst in ruhigen Köpfen hat der stets lauernde Gedanke wieder die Vorherrschaft gewonnen, wir suchten durch politische Aufbauschung ärgerlicher Zwischenfälle und scharfe Betreibung unserer Sühneforderungen Frankreich zu demütigen oder zu solchen Schritten zu reizen, die einem Griff an das Schwert gleichkommen.

Die Zwischenfälle und ihre Begleiterscheinungen werden insofern nicht ohne heilsame Nachwirkungen bleiben, als die Regierung, den Ernst derartiger Dinge erkennend, sich endlich zu einer sorgsameren Beachtung des chauvinistischen Treibens und zu Maßnahmen zu dessen Dämpfung aufgerafft hat. Allzu viel dürfen wir in dieser Beziehung freilich nicht von ihr erwarten, da sie auf schwachen Füßen steht und zu befürchten hat, würdeloser Haltung gegenüber deutschem Druck beziehen zu werden. Auch sind die Mittel, die ihr Gesetzgebung und Übung an die Hand geben, wenig ausgiebig. Immerhin ist ein gewisser Erfolg in einer merklichen Abnahme der Hetztätigkeit der Presse bereits wahrnehmbar. Die aufreizenden Theaterstücke hat die Regierung nicht ausdrücklich zu verbieten vermocht, aber sie hat tunlichst dafür Sorge getragen, daß sie nicht zu bedenklichen Kundgebungen führen und bald von den Spielplänen verschwinden. Eine allgemeine Reorganisation der Polizei ist in Angriff genommen.

Wesentlich zur Zurückleitung der erregten Geister in ruhige Bahnen wird es beitragen, wenn auch unsere Scharfmacherpresse ihren blinden Eifer einschränkt und namentlich die unverständigen Angriffe auf die eigene Regierung und Diplomatie, mit denen sie schweren Schaden anrichtet, unterläßt [1].

v. Schoen

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Davon lebt sie ja!

---

incidents dont les effets seraient difficilement conjurés. Il ne faut cependant pas perdre de vue que, dans le fond, le vrai peuple français n'approuve pas ces manifestations et redoute — quoiqu'on dise — l'éventualité d'une guerre avec l'Allemagne." Zur Europäischen Politik, ed. B. Schwertfeger, IV, 148 f. Poincaré (Au Service de la France, III, 136 ss.) möchte freilich auch dem Zeugnisse Baron Guillaumes jede Bedeutung absprechen.

## Nr. 15 644

## *Der Generalkonsul in Moskau Kohlhaas an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 96 Moskau, den 8. Mai 1913

Das „Russkoje Slowo" bespricht in einem Leitartikel von neuem* die Rückwirkung der deutschen Heeresverstärkung auf Rußland.

Das Blatt vertritt wiederum die Ansicht, daß Rußland seine langsamere Mobilmachung wettmachen müsse dadurch, daß die Truppenteile in den Militärbezirken an der Westgrenze schon im Frieden kriegsstark ausgestattet werden. Außerdem sei es erforderlich, drei neue Armeekorps im europäischen Rußland aufzustellen. Dazu müsse die Friedenspräsenzstärke um 200 000 Mann erhöht werden.

Da in diesem Jahre das Rekrutenkontingent genau wie im vorigen Jahre festgesetzt worden sei, so werde die notwendige Heeresverstärkung offenbar erst im nächsten Jahre durchgeführt werden, wozu ja auch Zeit sei, da die deutsche Armee erst im Herbst 1915 ihre volle neue Stärke erlangt haben werde.

Es hat den Anschein, als ob das Blatt Informationen besitzt, die darauf schließen lassen, daß eine Verstärkung der russischen Armee in der angedeuteten Richtung tatsächlich geplant sei.

Kohlhaas

## Nr. 15 645

## *Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 159 St. Petersburg, den 17. Mai 1913

In der nächsten Zeit wird der Chef des Generalstabes der französischen Marine** hier eintreffen, um den vorjährigen Besuch des russischen Admirals Fürsten Lieven in Paris*** zu erwidern. Es ist bezeichnend, daß, wie im vorigen Jahre die Pariser Reise des russischen Admirals unmittelbar auf den Besuch Seiner Majestät unseres allergnädigsten Herrn in Baltischport folgte, auch jetzt

---

* Vgl. Nr. 15 637 nebst Fußnote.
** Vizeadmiral Le Bris.
*** Vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLVIII, Nr. 11 579, Fußnote *.

wieder der französische Besuch gleich nach der Reise des Zaren nach Berlin* stattfindet. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß hierbei eine Absicht vorliegt. Jedenfalls haben dabei auf beiden Seiten solche Elemente[1] die Hand im Spiele, welche die häufigen Zusammenkünfte der beiden Monarchen nicht gerne sehen und die Bedeutung dieser Begegnungen herabzumindern bemüht sind. Man wird sich daher darauf gefaßt machen müssen, daß auch jetzt wieder der Besuch des französischen Admirals von der französischen wie von der hiesigen Presse in deutschfeindlichem Sinne ausgebeutet werden wird[2]**.

Ich sagte neulich Herrn Sasonow, es würden wohl demnächst wieder allerlei Intrigen gesponnen werden, um nach dem Berliner Besuch des Kaisers Nikolaus hier wieder in deutschfeindlichem Sinne zu hetzen, wie wir dies im vorigen Jahr und bei jeder Begegnung unserer beiden Monarchen erlebt hätten[3]. Der Minister bat dringend, wir möchten die Bedeutung derartiger Hetzereien nicht überschätzen[4].

In diesem Sommer wird übrigens auch ein französisches Kriegsschiff, die „Jeanne d'Arc" nach Kronstadt kommen. An Bord desselben wird sich ebenfalls ein französischer Admiral befinden, welcher hier einen Höflichkeitsbesuch abstatten und hiesige Marineeinrichtungen besichtigen wird.

F. Pourtalès

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Im Einverständniß mit dem Zaren, denn der brauchte es ja nur zu verschieben zu befehlen

[2] ja und das läßt der Zar mit sehenden Augen ruhig zu!

[3] richtig

[4] Quatsch! solche Antwort ist keine!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Halbheiten und Flaumacherei, es wird nichts zwischen uns mehr werden!

---

* Kaiser Nikolaus II. hatte zugesagt, an der am 24. Mai stattfindenden Vermählung der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen mit dem Herzog Ernst August zu Braunschweig und Lüneburg teilzunehmen. Er traf bereits am 22. Mai in Berlin ein. Über die Berliner Besprechungen vgl. Bd. XXXIV, Kap. CCLXXII, Nr. 13 331.

** Nach einem Bericht des Geschäftsträgers in Petersburg Freiherrn von Lucius vom 28. Mai (Nr. 165) wäre der Besuch des Admirals Le Bris ziemlich sang- und klanglos verlaufen. Allerdings brachten die Petersburger Zeitungen anläßlich des Besuchs Artikel über die bestehende russisch-französische Marinekonvention und über Verhandlungen zwischen dem französischen und dem russischen Admiralstabschef bezüglich des zukünftigen Zusammenwirkens beider Flotten im Kriegsfalle, die aber Freiherrn von Lucius lediglich auf journalistischer Kombination zu beruhen schienen.

## Nr. 15 646

### *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

**Ausfertigung**

Nr. 357 London, den 5. Juni 1913

Der in Frankreich mit großer Heftigkeit geführte Streit über die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit hat eine starke deutschfeindliche Hetze im Gefolge. Diese Vorgänge werden hier in England andauernd mit großem Interesse verfolgt. Heute bringen sowohl die „Daily News and Leader“ als auch die „Westminster Gazette“ Leitartikel über diese Angelegenheit. Beide Zeitungen erklären, daß die Einbringung der französischen Gesetzesvorlage von Rußland angeregt worden sei, und daß dieselbe schon vor Einbringung der deutschen Armeevorlage beschlossene Sache gewesen sei. Am Schlusse ihres Artikels weist die „Westminster Gazette“ darauf hin, daß die Mehrzahl des französischen Volkes friedlich gesinnt sei, und daß auch in Frankreich die Einsicht vorherrsche, daß ein vorübergehender Sieg doch keinen dauernden Erfolg haben könnte. Frankreich wisse außerdem sehr gut, daß seine Nachbarn friedlich gesinnt seien, und daß es bei einem Angriffskriege auf keine Unterstützung würde rechnen können.

L i c h n o w s k y

## Nr. 15 647

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

**Ausfertigung**

Nr. 212 Paris, den 17. Juni 1913

Die Beratung der Vorlage über die dreijährige Dienstzeit ist nun im Plenum der Kammer seit zwei Wochen im Gange*. Wann sie zu Ende kommen und welche Gestalt schließlich das Gesetz haben wird, läßt sich heute noch nicht übersehen. Das eine aber scheint schon jetzt sicher, daß das Prinzip der dreijährigen Dienstzeit wie von der Kommission so von der Mehrheit der Kammer angenommen werden wird**. Der bisherige Verlauf der Verhandlungen hat deut-

---

* In Deutschland hatte die zweite Beratung der Wehrvorlagen am 10. Juni eingesetzt, am 28. begann die dritte Beratung; die Gesamtabstimmung erfolgte am 30. Juni; sie ergab Annahme mit überwältigender Majorität. Genaue Angaben darüber bei H. Herzfeld, Die deutsche Rüstungspolitik vor dem Weltkriege, S. 93 ff.

** In diesem Sinne äußerte sich auch Minister Pichon um den 12. Juni zu dem belgischen Gesandten Baron Guillaume: „Wir werden eine gute Majorität für

lich erkennen lassen, daß diejenigen, die von einer Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit, selbst mit weitgehendsten Erleichterungen, nichts wissen wollen, in der Minderzahl sind. Ihre unter Zuhilfenahme von Nebenfragen und Zwischenfällen unternommenen Versuche, die Regierung und ihre Vorlage zu Fall zu bringen, haben nicht zum Ziele geführt. Im Gegenteil, sie haben dem routinierten Parlamentarier Barthou wiederholt Gelegenheit zu erfolgreicher Abwehr und damit zur Befestigung seiner Stellung gegeben. Auch das rasche und scharfe Einschreiten der Regierung gegen die in einzelnen Garnisonen vorgekommenen Auflehnungen gegen die geplante Dienstverlängerung und die vermutlichen antimilitaristischen Anstifter der Putsche hat der Regierung die Unterstützung aller Freunde der staatlichen Ordnung gesichert.

Das Hauptargument, dessen sich die Anhänger der dreijährigen Dienstzeit in und außer dem Parlament bedienen, ist der wirkungsvolle Hinweis auf die stetig anwachsende deutsche Übermacht und die daraus sich ergebende Gefahr eines raschen überwältigenden deutschen Vorstoßes — une attaque brusquée —. Selbst der Kriegsminister Etienne hat sich nicht gescheut, in einer Rede bei einem Schützenfest in Rennes mit weitgehender oratorischer Freiheit phantastische Zahlen — 470 000 gegen 880 000 [1] — ihre beredte aber gewagte Sprache reden zu lassen, von dem Vorangehen Deutschlands mit Rüstungen zu sprechen, denen Frankreich zu folgen veranlaßt [werde], und seine Ausführungen im übrigen nach dem von der obersten Stelle angegebenen Leitmotiv zu richten, Frankreich wolle aufrichtig den Frieden, aber einen würdevollen, nicht einen solchen, der ihm diktiert werde. Dazu müsse Frankreich stark sein. „Wollt Ihr", rief der Kriegsminister mehr kühn wie taktvoll seinen Hörern zu, „wollt Ihr etwa Vasallen und Trabanten Deutschlands werden?" [2]. Es ist ein starkes Wort im Munde eines verantwortlichen Ministers, das durch den augenblicklichen Zweck, dem es dienen soll, nur wenig entschuldigt wird, und es ist bezeichnend für die Mittel, die man hier

---

das Prinzip haben; die folgenden Artikel werden unterschiedliche Stimmzahlen auf sich vereinigen, und für die Vorlage im ganzen werden wir dann eine noch größere Anzahl von dafür abgegebenen Stimmen haben als bei der Abstimmung über das Prinzip." Baron Guillaume schloß an die Darlegungen Pichons die nachdenkliche Betrachtung: „Es steht also nunmehr fest, daß in die französische Gesetzgebung Bestimmungen aufgenommen werden sollen, die das Land wahrscheinlich nicht lange ertragen kann. Die Lasten des neuen Gesetzes werden für die Bevölkerung so schwer, die Ausgaben, die es mit sich bringt, werden so ungeheuer sein, daß das Land bald protestieren wird, und Frankreich wird sich dann vor die Frage gestellt sehen: entweder zu entsagen, was es nicht wird ertragen können, oder in kürzester Zeit Krieg zu führen. Für die, die das Volk in diese Lage gebracht haben, wird es eine schwere Verantwortung sein." Bericht Baron Guillaumes vom 12. Juni 1913. Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 124 f.

einerseits für die Stimmungsmache anzuwenden für erforderlich, andererseits uns gegenüber für erlaubt hält[3].

Auf der Tribüne der Kammer hat sich der Kriegsminister tags darauf wesentlich zurückhaltender, ja geradezu schwach ausgesprochen, sei es, daß er selbst seine Entgleisung wieder einzurichten für angezeigt hielt, sei es, daß er dazu veranlaßt wurde. Gleichwohl dürften seine drastischen Äußerungen außerhalb des Parlaments wesentlich zur Klärung der Lage innerhalb desselben und zum Scharfmachen der Lauen beitragen. Aber sie werden auch die Kluft zwischen Anhängern und Gegnern des Militarismus vertiefen. Sind die letzteren nach dem bisherigen Verlauf der Kammerverhandlung auch nicht mehr siegesgewiß, so sind sie doch auch weit entfernt, sich für geschlagen zu halten. Sie werden daher ihren Ansturm fortsetzen, sei es auch nur, um Agitationsstoff für künftige Tage anzuhäufen, für die nächstjährigen Wahlen und die Zeit, wo die Durchführung der dreijährigen Dienstzeit sich überaus drückend fühlbar machen wird. Sie werden daher die Vorlage auch weiter sachlich mit allem Nachdruck bekämpfen und außerdem die Verhandlungen durch Obstruktion zu erschweren und zu verschleppen[4] trachten. Aber auch dies letztere Manöver dürfte die Regierung zu durchkreuzen nachgerade stark genug sein[5]. Hat sie doch schon verkünden lassen, daß sie das Parlament nicht eher in die Sommerferien werde gehen lassen, bevor nicht die Vorlage verabschiedet ist. Die Drohung mit einer Hochsommersession aber ist ein oft bewährtes Druckmittel, das auch diesmal seine Wirkung nicht verfehlen dürfte. Der Schluß der Generaldiskussion, die sich noch lange hinziehen zu wollen schien, ist damit schon gestern erzielt worden.

Bei dieser Sachlage besteht wenig Aussicht, daß das Kabinett Barthou noch vor dem üblichen Abschluß der Session, dem 14. Juli, in die Lage kommt, einer anderen Regierung den Platz zu räumen. Herr Caillaux selbst, der präsumtive Nachfolger und stille Leiter der parlamentarischen Schachzüge gegen das Kabinett, beginnt, wie ich aus seinem Freundeskreise höre, sich mit dieser Lage abzufinden und die Trauben für sauer zu erklären. Er bezeichnet seine Chancen für günstiger, wenn Herr Barthou, der sich nur mit Hilfe der Rechten zu halten vermöge und damit dem obersten demokratischen Grundsatz einer rein republikanischen Regierungsmehrheit untreu werde, abgewirtschaftet habe und die üblen Erfahrungen mit der dreijährigen Dienstzeit einen Umschwung vorbereitet haben. Dazu kommt für Herrn Caillaux und seine Freunde noch eine weitere Erwägung: Ein Aufdieseitetreiben im Kampf wider die dreijährige Dienstzeit und der Sturz Barthous könnte den Erfolg haben, daß Präsident Poincaré zur Wiederherstellung seines durch den Mißerfolg seiner beiden ersten Ministerien beschädigten Prestiges die Bildung der Regierung Herrn Clemenceau übertragen würde, der das Gesetz über die drei-

jährige Dienstzeit mit allen, auch den gewagtesten Mitteln durchdrücken würde. Die Regierungsgewalt in der Hand eines so leidenschaftlichen, gewalttätigen und skrupellosen Mannes wie Clemenceau, das wäre aber eine ernste Gefahr für den inneren und vielleicht auch für den äußeren Frieden.

Es fällt mir schwer zu glauben, daß Herr Poincaré, als er vor einigen Wochen eine Versöhnung mit seinem scharfen Widersacher aus den Tagen der Präsidentenwahl inszenierte, ernstlich an dessen Berufung zur Regierung gedacht hat. Er dürfte sich kaum verhehlt haben, daß ein Zusammenarbeiten mit einem Politiker von so diktatorischen Allüren und so unberechenbarem Charakter wie Clemenceau sehr schwierig und auch von dem Gesichtspunkte aus bedenklich sein würde, daß sein, des Präsidenten, Prestige durch das Anlehnen an eine starke, aber unfreundliche Stütze eher verlieren wie gewinnen müßte. Das Verhalten Clemenceaus in seinem kürzlich gegründeten Blatt „L'Homme libre" läßt übrigens auch deutlich erkennen, daß die alten persönlichen Gegensätze noch weit davon entfernt sind, überbrückt zu sein. Mir scheint unter diesen Umständen, daß Herrn Poincarés Versöhnung mit Clemenceau mehr ein gegen den Prätendenten Caillaux gerichteter Schreckschuß gewesen ist. Und als solcher hat er auch gewirkt.

v. Schoen

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Gelogen! eher umgekehrt

[2] !

[3] ich hoffe der Herr Botschafter hat das der französ[ischen] Regierung gesagt!?

[4] wie bei uns!

[5] das wäre fast mehr wie bei uns!

## Nr. 15 648

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 213 — Paris, den 17. Juni 1913

Aus der gestrigen Kammerverhandlung über die dreijährige Dienstzeit ist ein durch den sozialistischen Deputierten Thomas veranlaßter Zwischenfall hervorzuheben, der dem Ministerpräsidenten Barthou zu einer wirkungsvollen Erklärung über das Verhältnis Frankreichs zu Rußland Gelegenheit bot. Herr Thomas, dessen Ausführungen sichtlich darauf zugespitzt waren, Herrn Poincaré als den Haupturheber der militärischen Strömung hinzustellen, richtete unter Hinweis auf Behauptungen ausländischer Blätter an den Minister-

präsidenten die Frage, ob die Regierungsvorlage über die dreijährige Dienstzeit auf eine im Sommer 1912 zwischen Herrn Poincaré und der russischen Regierung getroffene Abmachung zurückzuführen sei. Herr Barthou beantwortete diese Frage mit einem energischen Nein und fügte hinzu: „Notre allié fait de son côté les efforts nécessaires pour que les deux armées puissent répondre à toutes les éventualités*.“ Diese Erklärung machte sichtlichen Eindruck auf die Kammer und wurde mit starkem Beifall begrüßt. Auch in der Presse spiegelt sich die beträchtliche Wirkung der Äußerung Barthous wider, deren Tragweite der radikale Deputierte François Deloncle in seinem Blatt „Paris Journal“ folgendermaßen kennzeichnet: „Les paroles de M. Barthou m'ont causé un grand soulagement et je suis sûr que le pays en retirera quelque peu de cette tranquillité morale qu'il avait perdue depuis 8 à 9 mois.“

v. Schoen

Nr. 15 649

## *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 239 Paris, den 28. Juni 1913

Die Verhandlungen der Kammer über die Wehrvorlage haben einen Verlauf genommen, der immer mehr den Eindruck verstärkt, daß die dreijährige Dienstzeit wenigstens im Grundsatz schließlich eine Mehrheit finden wird, wenn auch keine überwältigende und vor allem keine rein republikanische, wie dies bei einem für das nationale Leben so überaus wichtigen Gesetzgebungsakt Voraussetzung für eine ruhige Entwicklung der staatlichen Dinge im heutigen Frankreich sein müßte.

Zur Klärung der bis jetzt sehr unübersichtlichen Lage hat wesentlich das jüngste Eingreifen des Ministerpräsidenten Barthou selbst beigetragen, der, die durch die überraschende Tatenlosigkeit und Hilflosigkeit des Kriegsministers Etienne entstandene Lücke ausfüllend, mit starkem sowohl politischem wie technischem Nachdruck für die dreijährige Dienstzeit eingetreten ist und nun klipp und klar erklärt hat, daß die Regierung unter keinen Umständen für irgendeinen der Gegenentwürfe mit dreißigmonatiger Dienstzeit oder ähnlichen Lösungen zu haben sein werde**.

---

* Vgl. Nr. 15 637, Fußnote.

** Siehe den Text der bedeutsamen Rede Barthous vom 26. Juni im Journal officiel du 27. Juin 1913 (Chambre des Députés), p. 2231 ss. Vgl. ferner Nr. 15 626, Fußnote.

Herrn Barthous Rede hat starken Eindruck gemacht, nicht nur sachlich, sondern auch rhetorisch. Die Kammermehrheit ist freilich etwas überrascht, aber doch angenehm berührt gewesen von der temperamentvollen Freiheit, mit der Herr Barthou mit der Gewohnheit gebrochen hat, von Deutschland stets nur unter der Deckung „un pays voisin“ zu reden. Er hat ganz offen Deutschland nicht nur als den gewesenen, sondern auch als den zukünftigen Gegner bezeichnet. Allerdings hat er diese Äußerungen im amtlichen Stenogramm doch wieder ganz erheblich abzuschwächen für gut befunden. Im übrigen bildete in seinen Argumenten, die im wesentlichen dem Leitgedanken „si vis pacem, para bellum“ folgten, einen wirkungsvollen Punkt der Hinweis auf die Äußerungen des Herrn Kriegsministers von Heeringen, der rückhaltlos die Offensive gepredigt habe*. Euere Exzellenz, setzte Herr Barthou hinzu, seien nicht so weit gegangen, hätten aber doch betont, daß Deutschland bei aller ernsten und häufig bewiesenen Friedensliebe kriegsbereit sein müsse. Das gleiche müsse für Frankreich gelten, das ebenfalls durchaus friedliebend sei und dies in manchen schweren Stunden (Algeciras, Casablanca, Agadir) [1] gezeigt habe; es müsse, um jederzeit seine Ehre und Würde verteidigen zu können, das volle Gewicht seiner Stärke in die Wagschale legen.

Wenn, wie es wahrscheinlich, im Laufe der nächsten Tage die Kammermehrheit den Antrag der Radikalen (Messimy-Boncour) auf 30monatige Dienstzeit verwirft**, so ist damit der Kampf in der Hauptsache zugunsten der Regierung entschieden. Freilich ist damit die Diskussion noch lange nicht beendet, und ihre Fortsetzung in der Kammer wie auch im Senat kann noch manche Überraschung und auch die bekannte pelure d'orange bringen, über welche hier Regierungen, die ihre Kraft erschöpft haben, häufig zu Fall kommen. Das noch heute, Ende Juni, nicht erledigte Budget für 1913, die zu den Akten gelegte Wahlreform und das Soldaten und Geld verschlingende Marokko sind sehr verwundbare Stellen des Kabinetts. Bleibt es in der Militärfrage Sieger, so dürfte dies ein Pyrrhussieg sein.

v. Schoen

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ach Du liebe Zeit!
weil es zu feige war!

---

* Am 17. Juni hatte Kriegsminister von Heeringen unter Berufung auf ein Urteil des Schweizer Obersten Wille gesagt: „Wenn wir unsere Armee auch nur der Defensive wegen halten, so muß sie doch auch imstande sein, nötigenfalls eine machtvolle Offensive zu ergreifen.“
** Das geschah am 3. Juli mit 312 gegen 266 Stimmen.

Nr. 15 650

## *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 253 Paris, den 16. Juli 1913

Bei der gehobenen Stimmung, in der die französische Nation seit längerer Zeit gehalten wird, und die durch den Kampf um die dreijährige Dienstzeit noch eine Steigerung erfahren hat, war anzunehmen, daß es beim Nationalfest des 14. Juli zu besonderen patriotischen Kundgebungen kommen werde, namentlich in Paris, wo die große Parade vor dem Präsidenten der Republik von jeher die beliebteste Gelegenheit zur Äußerung dessen gebildet hat, was die Volksseele bewegt. Dazu kam, daß die Parade in diesem Jahre ein besonders anziehendes Schauspiel zu bieten versprach, da man zu ihrer Ausstattung und wohl auch um dem In- und Ausland ein imposantes Bild von der Größe des französischen Machtgebietes zu zeigen, Abteilungen interessanter und populärer Truppen aus den Kolonien — Algerier, Senegalneger, Anamiten, Malgaschen — hatte kommen lassen, und noch eine weitere anziehende Neuerung, den Vorbeimarsch der Sanitätshunde, eingeführt hatte.

Die Revue hat in der Tat eine überaus starke Anziehungskraft ausgeübt. Die Teilnahme und der Andrang des Publikums aller Stände waren stärker wie je zuvor. Das militärische Schauspiel soll nach den Zeitungsberichten überaus erhebend, die Begeisterung der Menge beispiellos gewesen sein. Ein nüchterner Beobachter kommt zu anderen Ergebnissen: Die Haltung der Truppen, namentlich der bejubelten Farbigen, war recht mäßig, und es klappte manches nicht. Richtig aber ist, daß der Präsident, die Minister, die Generäle und die Truppen allgemein warm begrüßt wurden, und daß namhafte antimilitaristische Kundgebungen nicht vorgekommen sind. Die freundliche Haltung des Volkes mag also allenfalls als Beweis dafür gelten, daß es mit der politischen Führung einverstanden, auf die Armee stolz und bereit ist, sich mit der dreijährigen Dienstzeit abzufinden.

Im übrigen ist das Nationalfest in Paris und in der Provinz in der herkömmlichen Form harmloser Volksbelustigungen ruhig verlaufen. Einen Mißton freilich, wenigstens für unsere Ohren, bildeten wiederum die üblichen Demonstrationen der Patriotenliga und anderer Vereinigungen vor der Straßburgstatue. Die Regierung duldet bei diesen Anlässen keine Reden; das hindert aber die Patrioten nicht, durch Kranzspenden, Ausrufe, Bankettreden und Festartikel mit voller Deutlichkeit das zum Ausdruck zu bringen, was sie denken. Ich habe Gelegenheit genommen, Herrn Pichon zu bemerken, derartige Vorkommnisse seien doch der sprechende Beweis für das Fortbestehen

des Chauvinismus, den man hier gern in Abrede stellt; es sei nicht zu verwundern, daß in Deutschland das Gefühl sich immer mehr verstärke, daß man gegenüber derartigem immer wiederholten und geduldeten Spiel mit dem Feuer der Revanche auf der Hut sein müsse. Der Minister antwortete wieder mit der bekannten Versicherung, daß der Chauvinismus bedeutungsloser sei, wie er nach außen erscheinen möge, und wies besonders auf die Reaktion hin, die sich hier gegen das nationalistische Treiben energisch zu regen beginne. Es ist richtig, daß die Einsprüche gegen den Nationalismus sich neuerdings mehren [1], und wenn sie auch mehr innerpolitischen wie außenpolitischen Erwägungen entspringen, so können sie doch nützlich sein.

v. Schoen

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Im psycholog[ischen] Moment verstummen sie!

Nr. 15 651

## *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 266 Paris, den 25. Juli 1913

Unter der Überschrift „Gesta Dei per Francos" bringt die heutige „France militaire" den beifolgenden Artikel gelegentlich des Erscheinens eines neuen Produktes des bekannten Commandant de Civrieux, einer Broschüre, die die Überschrift trägt „Le Germanisme encerclé". Die Ausfälle der mit dem Kriegsministerium in Fühlung stehenden Zeitung auf Seine Majestät den Kaiser und auf Deutschland sind derartig, daß sie kaum mit Stillschweigen übergangen werden können. Sie gipfeln in der Idee, daß Seine Majestät aus Furcht den Krieg vermeide, daß aber trotzdem ein solcher unvermeidlich sei, weil alle Völker Europas der Drohung und des Ehrgeizes Deutschlands ebenso müde seien wie seinerzeit des Joches Napoleons I. Aus einigen Stellen aus der „Zukunft" folgert der Verfasser, daß auch bei uns das Bewußtsein vollständiger Einkreisung bestehe, die notwendig zum Kriege führen müsse: et la guerre est belle lorsqu'elle rejette en Asie des hordes campées, depuis cinq siècles, parmi des vaincus opprimés!

Zum Schluß heißt es: „Et pour cette guerre si belle la France sera encore à la tête des peuples, comme autrefois!"

Wenn ich auch im allgemeinen nicht geneigt bin, derartigen Ausbrüchen des Hasses allzu großen Wert beizumessen, so habe ich doch geglaubt, wegen der Bedeutung der „France militaire" Euerer Exzellenz Aufmerksamkeit auf diesen Artikel lenken zu sollen. Vielleicht empfiehlt es sich, ihn wörtlich übersetzt in einer ernsten Zeitung

wiedergeben zu lassen*, als Beispiel für die Maßlosigkeit des von amtlichen Stellen immer in Abrede gestellten Chauvinismus. Jeder Kommentar ist überflüssig, das Machwerk richtet sich selbst.

v. Schoen

Nr. 15 652

*Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 283 Paris, den 8. August 1913

Das vielumstrittene Gesetz über die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit ist nun endlich verabschiedet. Es ist in der Kammer mit 358 gegen 204, im Senat mit 254 gegen 37 Stimmen angenommen worden. Das ergibt zusammen eine namhafte, aber durchaus nicht eine so überwältigende Mehrheit, wie sie der Staatsleitung für eine Frage von so eminenter Bedeutung für die Entwickelung des nationalen Lebens erwünscht sein mußte. Besonders beachtenswert ist, daß die Mehrheit nicht eine rein republikanische ist. Was schon im Laufe der Verhandlungen erkennbar geworden, ist bei den Schlußabstimmungen mit aller Deutlichkeit hervorgetreten, daß nämlich die Regierung nur mit Hilfe der Rechten zum Ziele gelangt ist, und zwar nicht etwa nur des rechten Flügels der Gemäßigten, die im heutigen Frankreich nicht als echte Republikaner gelten, sondern auch des kleinen Häufleins der offenen und verkappten Monarchisten.

Von der Erkenntnis dieses Verhältnisses bis zu der Beschuldigung gegen die Regierung, daß sie republikanischen Grundsätzen untreu geworden, daß sie im Fahrwasser der Reaktion, der klerikalen wie namentlich der nationalistischen, segle, ist nur ein kleiner Schritt, den ihre Gegner bereits unternommen haben, und mit dem sie ein Gebiet betreten, auf dem sie die Regierung nicht ohne Aussicht auf Erfolg heftig bekämpfen werden. Schon jetzt tauchen aus der Bewegung Schlagworte auf, die ihre Wirkung auf die Massen nicht

* Tatsächlich gaben die „Kölnische Zeitung“ vom 4. August und die „Hamburger Nachrichten“ vom 5. den Artikel der „France Militaire“ unter nachdrücklichem Hinweis auf deren offiziösen Charakter wieder. Die „Kölnische Zeitung“ bemerkte dazu: „Es gibt ja auch bei uns in Deutschland Offiziere, selbst hohe Offiziere, die manches reden und schreiben, was bedenklich ist. Aber man wird in Deutschland vergeblich jemand suchen, der ein solches katonisches ‚Delenda est!‘ gegen Frankreich predigt, wie de Civrieux — und er ist nicht der einzige in Frankreich — gegen Deutschland-Preußen. Geradezu unerhört ist aber, daß ein Blatt, wie die ‚France Militaire‘, die bekannterweise mit den amtlichen Kreisen des Kriegsministeriums und der hohen Generalität nahe Fühlung hält, sich auch ohne jedes Bedenken heute dieses „Delenda est!“ mit einem lauten Bravo zu eigen macht. Und da redet man von den Angriffsplänen Deutschlands.“

verfehlen dürften, so der Spruch, den der Sozialist Sembat einer vielbeachteten Veröffentlichung als Titel gibt „faites un roi, sinon faites la paix". Sembat führt in seinem Buche aus, daß Militarismus und Krieg dem Königtum eigen sind [1]. Wolle Frankreich bei der republikanischen Staatsform bleiben, und wolle es aufrichtig den Frieden, so solle es diesen in einer Verständigung mit Deutschland suchen. Da allein sei er zu finden [2]. Ähnlichen Gedanken gibt der frühere Marineminister Thomson mit den Worten Ausdruck: „Ce n'est pas la paix que nous préparerait le nationalisme, ce patriotisme de café-concert." Der Ministerpräsident Barthou hat sich zwar in seinen Parlamentsreden wiederholt nachdrücklich gegen den Vorwurf der Reaktion und des Nationalismus verwahrt, aber es ist ihm doch schwer gefallen, ihn ganz zu entkräften und seinen Gegnern diese wirkungsvolle Waffe zu entwinden. Noch weniger ist es ihm gelungen, in ihren Köpfen die Erinnerung zu verwischen, daß Herr Poincaré, der geistige Vater des Nationalismus und der dreijährigen Dienstzeit, mit Hilfe der Konservativen auf den Präsidentensessel gelangt [3] ist und diesen nun verpflichtet erscheint.

Aber nicht allein die offene Hilfe der mit dem Feuer des Nationalismus spielenden Reaktionäre ist ein Punkt, der als Achillesferse [4] des Kabinetts Barthou betrachtet werden kann, sondern auch andere Erscheinungen berechtigen zu der Annahme, daß der Erfolg der Regierung in der Sache der dreijährigen Dienstzeit ein Pyrrhussieg ist. Hat sie doch die von ihr und ihrer Gefolgschaft so eifrig ausgebeutete Legende von der unmittelbar drohenden deutschen Gefahr, der ungesäumt zu begegnen sei, selbst dadurch Lügen gestraft, daß sie, um eine bedenkliche Erregung in der Armee und im Lande zu beschwichtigen, den Gedanken der rückwirkenden Kraft und damit die Einbehaltung einer Jahresklasse hat fallen lassen und einer Lösung (Einstellung zweier Rekrutenjahrgänge, der zwanzigjährigen und der einundzwanzigjährigen) hat zustimmen müssen, welche die erstrebte Heeresverstärkung erst in zwei bis drei Jahren zur vollen Tatsache werden läßt und vorerst die Armee eher schwächt wie stärkt. Ferner hat sie schließlich, wenn auch das Prinzip, so doch nicht die Praxis einer Dienstzeit von vollen drei Jahren durchzusetzen vermocht, sondern sich zu vier Monaten Urlaub für jeden Mann, also zu einer 32monatigen Dienstzeit verstehen müssen. Und endlich hat sie sich gegenüber den weitgehenden Forderungen der Linken nach finanzieller Hilfe für die Familien der Heerespflichtigen sehr nachgiebig gezeigt.

Es hat weniger den Anschein, daß die Regierung mit diesen Zugeständnissen ihre Position gestärkt, als daß sie sich zwischen zwei Stühle gesetzt hat. Jedenfalls sind die Militaristen nichts weniger als befriedigt. Sie bezeichnen das Gesetz in der Form, die es schließlich erhalten, als verfehlt, und sie haben in der Kammer und

im Senat den Kampf für die ursprüngliche Form schließlich nur deshalb aufgegeben, damit nicht noch mehr Zeit vertan werde und endlich etwas zustande käme. Andererseits hat aber auch das Entgegenkommen der Regierung nicht die Wirkung gehabt, die Gegner zum Abrüsten zu veranlassen. Diese haben nicht eher geruht, als bis sie die Regierung unter ihren Willen gebeugt und zu der förmlichen und feierlichen Erklärung gezwungen haben, daß sie die Deckung der neuen Lasten in gestaffelten Einkommen- und Kapitalsteuern suchen werde. Mit dieser Aussicht auf endliche Verwirklichung eines alten demokratischen Programmpunktes haben die Radikalen einen Erfolg errungen, der denjenigen der Militaristen mindestens aufwiegt, im Wahlkampfe aber wohl erheblich überwiegen wird.

Die Stellung des Kabinetts muß nach diesen Vorgängen als höchst unsicher gelten. Gingen die Kammern nicht jetzt in die Sommerferien, so würde es sogleich zur Krisis kommen. So verschiebt sie sich zum Herbst. Daß es dem Kabinett gelingen sollte, dieser Krise durch ein „remaniement", von dem man munkelt, durch Ausschiffung einiger unzulänglicher Kräfte wie namentlich des Finanzministers Dumont und auch des Kriegsministers Etienne zu entgehen, erscheint recht fraglich, schon deshalb, weil es nicht leicht fallen dürfte, bewährte Politiker zum Einsteigen in das lecke Regierungsschiff zu bewegen. Die Schwierigkeiten der nächsten Zukunft liegen vornehmlich auf dem Gebiet der Finanzen, deren gründliche Reformierung nicht längeren Aufschub duldet. Zur Lösung dieser Aufgabe erscheint niemand besser legitimiert wie Herr Caillaux, der Vorkämpfer der Einkommensteuer, der auch in den an das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit sich anknüpfenden finanzpolitischen Erörterungen sich wieder als allgemein anerkannter Meister gezeigt hat. Da er auch im übrigen die Seele der Opposition gegen das mit der Rechten paktierende Ministerium Barthou ist, erscheint er als der gegebene Nachfolger. Dem Präsidenten Poincaré, der das eigentliche Objekt der Opposition ist, würde allerdings die Berufung von Caillaux nicht leicht fallen. Es ist aber um so weniger zu erwarten, daß er sich den Pflichten der konstitutionellen Theorie entziehen wird, als er sich anderenfalls noch mehr dem Verdacht aussetzen würde, ein mit den demokratischen Anschauungen unvereinbares persönliches Regiment anzustreben. Der Argwohn in dieser Richtung ist bei den Radikalen längst wach, und das bisherige persönliche Auftreten Herrn Poincarés, der überdies auch noch bemüht scheint, seiner Gattin eine ihr verfassungsmäßig und traditionell nicht zukommende Rolle einzuräumen, ist nicht dazu angetan gewesen, die Befürchtungen der echten Demokraten zu entkräften.

Eine Ministerpräsidentschaft Caillaux würde im Innern ein merkbares Umlegen des Ruders nach links bedeuten, nach außen eine Politik, die die Bürgschaften für ruhige Entwickelung mehr in einer

gewissen Annäherung an Deutschland wie in einer scharfen Betonung der Tripelentente suchen würde.

Erscheint es mir kaum zweifelhaft, daß im Herbst ein Umschwung erfolgen, und daß er sich zugunsten eines stärkeren Hervortretens des demokratischen Radikalismus vollziehen wird, worauf auch das Ergebnis der in diesen Tagen stattgehabten Generalratswahlen hindeutet, so läßt sich doch mit voller Sicherheit noch nicht sagen, ob Herr Caillaux, so sehr ihn auch die allgemeine Lage dazu bestimmt, an das Steuerruder treten wird. Die Wahl der leitenden Persönlichkeit wird schließlich doch noch wesentlich von der Einzelfrage bedingt, über welche die bestehende Regierung zu Fall kommt. Neben Herrn Caillaux könnte allenfalls noch Herr Doumergue in Betracht kommen, ebenfalls Radikaler, namentlich Antiklerikaler, aber weniger stachelig wie Caillaux und dem Elyseé nicht unsympathisch, Clemenceau scheint mir ausgeschlossen. Er ist eine zu ausgesprochen kampflustige und destruktive Natur, um den Bedürfnissen des Landes, das inneren und äußeren Frieden will, zu entsprechen. Seine Versöhnung mit Herrn Poincaré ist, wenn er auch nationalistisch angehaucht und Anhänger der dreijährigen Dienstzeit ist, eine Farce gewesen. Er greift in seinem Blatt „L'homme libre“ den Präsidenten ebenso hartnäckig und bissig an wie Herrn Barthou und seinen früheren Freund Pichon, so zwar, daß es ganz den Anschein gewinnt, daß er Herrn Poincaré, dessen Wahl zum Präsidenten er nicht hindern konnte, wegekeln will. Das dürfte ihm indessen schwerlich gelingen. Herr Poincaré hat wiederholt verlauten lassen, daß er dem Beispiel Casimir Périers nicht folgen werde.

Wie die Dinge sich auch im Herbst, nach Wiedereröffnung der parlamentarischen Session, entwickeln werden, jedenfalls wird der Kampf um die Regierungsgewalt ein heftiger werden, da es sich diesmal auch noch um Entscheidung der Frage handeln wird, wer die im nächsten Mai stattfindenden Kammerwahlen „machen“ wird.

v. Schoen

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] ! Mexico, Portugal, Marokko?!
[2] richtig
[3] auf Befehl des Zaren
[4] großer Bilderreichthum

Nr. 15 653

## *Bericht des Militärattachés in Paris Majors von Winterfeldt*

Abschrift

Nr. 39 Paris, den 20. August 1913

Die Annahme des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit, dieses bedeutsame Ereignis, dessen Verwirklichung noch vor einem halben

Jahre so mancher für undenkbar gehalten hatte, ist zur Tatsache geworden, und es gilt nun, aus der Fülle der Eindrücke, die die Kämpfe um das Militärproblem hervorgerufen haben, einige Gesichtspunkte von allgemeiner Bedeutung herauszuschälen. An Material zu Betrachtungen fehlt es dabei nicht, die Schwierigkeit für den Bearbeiter liegt vielmehr in dem Überfluß an Stoff, der sich dadurch angesammelt hat, daß monatelang in Literatur, Presse und Parlament ein und dasselbe Thema mit Leidenschaftlichkeit, Hartnäckigkeit, Scharfsinn und mit mehr oder weniger Aufrichtigkeit behandelt worden ist. Bei dieser Gelegenheit ist stellenweise in geradezu erstaunlicher Weise mit Zahlen und Statistiken jongliert worden, und mit Bezug auf gewisse Fragen haben sich förmliche Legenden ausgebildet, so daß es einiger Unbefangenheit und Vorsicht bedarf, um den Systemwechsel, zu dem sich die Franzosen entschlossen haben, in seiner militärischen Bedeutung gerecht einzuschätzen. Dabei ist schließlich noch zu erwägen, daß man mit rein sachlichen, logischen Erwägungen den französischen Verhältnissen nicht immer beikommen kann, weil hier bei der Anwendung der Gesetze die Imponderabilien, die „mentalité", das Temperament wesentlich mitsprechen. Ich werde mich daher notgedrungen in meinen Ausführungen über die Bedeutung des jetzt angenommenen Militärgesetzes ebenso von dem Eingehen auf Einzelheiten wie von zu weitgehenden Prophezeiungen nach Möglichkeit fernzuhalten suchen. Berechnungen, Vergleiche zwischen französischen und deutschen Friedens- und Kriegsstärken und ähnliche Gegenüberstellungen sind in den letzten Monaten in solcher Menge zutage gefördert und bei uns nachgeprüft worden, daß ich darauf verzichten kann, in dieser Beziehung etwas Neues zu bringen. Ebenso darf ich es mir ersparen, die einzelnen Paragraphen des neuen Gesetzes Punkt für Punkt durchzusprechen, da eine derartige Prüfung an maßgebender Stelle an der Hand des vollständigen Materials mit größerem Nutzen vorgenommen werden dürfte. Dagegen drängen sich demjenigen, der den Kampf um die dreijährige Dienstzeit an Ort und Stelle beobachten konnte, im Rückblick auf die Ereignisse der letzten Zeit eine Anzahl von Erwägungen auf, die eine kurze Besprechung vielleicht verdienen.

Daß das neue Gesetz für die Entwicklung der französischen Militärmacht gegenüber den bisherigen Zuständen einen Gewinn bedeutet, kann nicht bestritten werden. Daß es andererseits keineswegs das Muster eines Wehrgesetzes darstellt, liegt an den besonderen französischen Verhältnissen und an den Umständen, unter denen es geboren worden ist. Es trägt wie schon einige frühere französische Militärgesetze (Artillerievermehrung, Kadergesetze) das Merkmal des Gequälten, Gekünstelten, des „expédient", mit dem man sich aus einer schwierigen Situation herausmanövrieren möchte. Das liegt daran, daß Frankreich bekanntlich bei dem militärischen Wett-

lauf mit Deutschland schon seit geraumer Zeit nicht mehr in der Lage ist, aus dem Vollen zu schöpfen, sondern sich genötigt sieht, seine Wehrkraft zu überspannen und der Nation dadurch unverhältnismäßig große Opfer aufzuerlegen.

Es ist nun wohl von Interesse, sich darüber klar zu werden, mit welchen Gefühlen das französische Volk dem neuesten derartigen Opfer, dem nunmehr eingetretenen fait accompli der dreijährigen Dienstzeit, gegenübersteht. Nachdem um das Zustandekommen des Gesetzes ein heftiger Kampf getobt und die Presse der verschiedenen Parteien ihr möglichstes getan hat, um die öffentliche Meinung zu verwirren und das Publikum an sich selber irrezumachen, ist es nicht ganz leicht, sich ein leidlich zutreffendes Urteil von der augenblicklichen Stimmung zu bilden. Allgemein verbreitet dürfte zunächst wohl das Gefühl einer gewissen Befriedigung darüber sein, daß man nun wenigstens eine Zeitlang wieder einmal von anderen Dingen als von attaque brusquée und crise des effectifs hören und lesen kann. Im übrigen werden diejenigen, die das Gesetz aus ehrlicher Überzeugung bekämpft haben, natürlich nach wie vor seine Annahme für einen verhängnisvollen Mißgriff halten, während manche besonders optimistische Anhänger der dreijährigen Dienstzeit von dem neuen System nicht viel weniger als eine völlige Wiedergeburt der französischen Armee und der Weltstellung Frankreichs erhoffen. Zwischen diesen extremen Richtungen gibt es nun eine breite Schicht gemäßigter Beurteiler, die sich darüber klar sind, daß das neue Gesetz ein großes Opfer bedeutet, daß seine Anwendung besonders zu Anfang erhebliche Schwierigkeiten mit sich bringen wird, und daß seine nachteiligen Folgen auf dem Gebiet der Kultur und des wirtschaftlichen Lebens mit der Zeit sich vielleicht in bedenklicher Weise fühlbar machen werden. Da aber nun einmal kein anderes Mittel übrig geblieben wäre, um Frankreich angesichts eines bedrohlichen Nachbarn auch fernerhin die ihm zukommende Stellung im Rate der Völker zu erhalten, so habe man eben in den sauren Apfel beißen müssen, und es würde nun darauf ankommen, sich so gut als möglich und „gaiement" mit der neuen Situation abzufinden. Ich bin an der Hand eingehender Beobachtungen zu der Ansicht gelangt, daß diese Auffassung von der weitaus größeren Mehrzahl des französischen Volkes vertreten wird, und daß trotz der in einem Teil der Presse verfochtenen durchaus entgegengesetzten Meinung doch heute in Frankreich die Überzeugung überwiegt, daß die Einführung der dreijährigen Dienstzeit eine notwendige Maßregel, ja geradezu ein Gebot der Selbsterhaltung gewesen sei. Aus dieser Erkenntnis heraus, mag sie nun an sich richtig oder falsch sein, empfindet heute der Durchschnittsfranzose angesichts der vollzogenen Tatsache ein Gefühl des Stolzes und gleichzeitig der Beruhigung. Stolz ist man darauf, daß das angeblich degenerierte Frankreich wieder einmal der

Welt einen Beweis seines Patriotismus, seines Opfermutes und seiner Lebensenergie gegeben habe. Mit sichtlicher Befriedigung werden die anerkennenden Urteile der ausländischen Presse zitiert, in denen Frankreichs Vitalität gerühmt und die Größe des nationalen Opfers hervorgehoben wird. Man kommt sich als Held vor, und dieses erhabene Gefühl tröstet den Franzosen über so manche Unbequemlichkeit des Lebens. Beruhigt ist man in dem Bewußtsein, das Nötige getan zu haben, um das Vaterland vor feindlichem Einbruch zu schützen. „Jetzt werden wir endlich einmal Ruhe haben, denn den Deutschen wird künftig die Lust vergehen, mit uns anzubinden.“ Und was die bevorstehenden Schwierigkeiten anlangt, so hilft vorläufig die französische Sorglosigkeit, die nicht gern die Dinge zu tragisch nimmt, über so manche Bedenken hinweg. Wenn ich glaube, in vorstehenden Zeilen die gegenwärtige Stimmung in Frankreich annähernd zutreffend geschildert zu haben, so möchte ich nur mit besonderer Vorsicht an die Beantwortung der weiteren Frage herantreten, in welcher Weise das System der dreijährigen Dienstzeit in Zukunft auf die Gefühle des französischen Volkes einwirken könnte. Daß die Durchführung des neuen Gesetzes auf die Dauer zahlreiche Mißvergnügte im Lande schaffen und gleichzeitig die Sympathien für Deutschland, das doch an allem schuld ist, nicht gerade vermehren wird, ist klar. Wird aber nun bei den Franzosen, deren Selbstbewußtsein und Chauvinismus im Laufe der letzten Jahre ohnehin schon erklecklich gestiegen waren, das Gefühl, künftig über stärkere militärische Machtmittel zu verfügen, etwa den Wunsch nach einer Abrechnung mit Deutschland, nach Revanche und Wiedereroberung der verlorenen Provinzen in weiten Kreisen wachrufen? Als absolut ausgeschlossen darf man eine solche Entwicklung wohl nicht bezeichnen, für sehr naheliegend möchte ich sie aber auch nicht halten. Denn vorläufig denkt die überwiegende Mehrzahl der vernünftigen Franzosen und mit ihnen wohl auch die Regierung nicht daran, über Deutschland bei nächster Gelegenheit herzufallen, sondern man sieht in der neuen Armee, die aus der dreijährigen Dienstzeit hervorgehen wird, ein Instrument der Notwehr, das Frankreich vor einem deutschen Überfall schützen und seine politische Großmachtstellung sichern soll. Wie sich freilich die französische Politik entwickeln wird, wenn sie sich in Zukunft auf eine stärkere Waffe stützen kann als bisher, habe ich nicht zu untersuchen *.

* Man vergleiche dazu das Urteil, das der belgische Gesandte in Paris Baron Guillaume am 8. Mai 1914 bei einem Rückblick auf die Wirkungen der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich fällt: „Il est incontestable que la nation française, durant ces derniers mois, est devenue plus chauvine et plus confiante en elle-même. Les mêmes hommes, autorisés et compétents, qui — il y a deux ans — témoignaient des craintes très vives à la mention seule de difficultés possibles entre la France et l'Allemagne, ont changé aujourd'hui de ton; ils se disent certains de la victoire; font grand état des progrès, d'ailleurs

Was die Wirkung des neuen Gesetzes auf die Stimmung in der Armee anlangt, so muß auch da zwischen Gegenwart und Zukunft unterschieden werden. Daß im französischen Offizierkorps, von Ausnahmen abgesehen, Befriedigung über das neue Gesetz vorherrscht, weil es einen ersprießlicheren Dienstbetrieb gestattet und einen erheblichen Kräftezuwachs verspricht, steht fest. Gleichzeitig wissen aber die französischen Offiziere besser als ich, daß es jetzt zunächst gelten wird, eine ganz besonders schwierige Übergangsperiode durchzumachen, während der die Schlagfertigkeit des Heeres durchaus nicht auf dem Höhepunkt stehen wird. Es kann ihnen nicht entgehen, daß das neue Gesetz erst in einigen Jahren, streng genommen erst im Frühjahr 1916*, seine volle Wirksamkeit erlangt haben wird, und sie werden sich schließlich darüber klar sein, daß es jetzt erst einmal darauf ankommen wird, durch fieberhafte und rastlose Arbeit auf allen Gebieten eine Anzahl von Lücken in der Ausbildung, Organisation und Bewaffnung auszufüllen, auf deren Vorhandensein die Debatten der letzten Monate ein unerwünscht grelles Licht geworfen haben. Daraus geht meiner Ansicht nach hervor, daß bis auf weiteres die Armee mehr Interesse an einer soliden Friedensarbeit haben dürfte als an einem herausfordernden Betonen kriegerischer Absichten. Wer freilich die Franzosen etwas näher kennt und beobachten kann, wie man in der Armee bemüht ist, den Geist des Chauvinismus dauernd wachzuhalten, der muß mit der Möglichkeit rechnen, daß nach und nach im Bewußtsein zunehmender Kraft das Selbstgefühl und die offensiven Tendenzen noch entschiedener hervortreten könnten, als es bisher der Fall gewesen ist. Schon jetzt läßt die Sprache mancher Artikel in der Militärpresse ebenso wie die Titel gewisser Tendenzbroschüren voraussehen, in welcher Richtung sich die Anschauungen innerhalb der französischen Armee im Zeichen des neuen Wehrsystems in Zukunft entwickeln könnten. Vorbedingung für eine solche Entwicklung wird freilich sein, daß sich das neue Gesetz in seiner Anwendung bewährt und bald militärisch greifbare Resultate zeitigt. Wäre das nicht der Fall, würde sich die dreijährige Dienstzeit, wie es die Unkenrufe der Herren Jaurès, Augagneur, des Generals Percin und anderer prophezeien, als nicht lebensfähig erweisen und zu Mißbräuchen, schweren militärischen Übelständen

---

très réels, accomplis par l'Armée de la République et se disent assurés de pouvoir, tout au moins, tenir l'armée allemande en échec pendant une durée de temps assez longue pour permettre à la Russie de mobiliser, de concentrer des troupes et de se jeter sur son voisin de l'Occident." Abschließend nennt Baron Guillaume die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit „un des éléments les plus dangereux de la situation actuelle." „Elle a été imposée à la légère par le parti militaire, et le pays ne peut pas le supporter. Avant deux ans d'ici, il faudra y renoncer ou faire la guerre." Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 135.

* Das gleiche galt noch in erhöhtem Maße von der deutschen Wehrvorlage.

und dergleichen führen, dann würden natürlich anstatt eines gesteigerten Kraftgefühls bald Enttäuschung und Entmutigung in der Armee Platz greifen. Auf ein derartiges Fiasko aber schon jetzt mit Sicherheit rechnen zu wollen, möchte ich doch für bedenklich halten.

Zunächst gilt es freilich, in diesem Herbst einen schwierigen Zeitpunkt zu überwinden, und es werden an den Scharfsinn und die Leistungsfähigkeit der Militärverwaltung, der Aushebungsbehörden, der Intendatur, des Sanitätskorps und der Truppe ganz ungewöhnliche Anforderungen gestellt werden. „Débrouillez-vous“ wird es oft heißen, und wenn auch der Kriegsminister dem „Matin“ mit dem Brustton der Überzeugung versichert hat, daß zum Herbst alles bereit sein würde, so empfiehlt es sich doch abzuwarten, wieweit diese Zusage sich erfüllen wird. Werden die neuen Kasernen, Lazarette, Ställe usw. tatsächlich fertig, trocken und bewohnbar sein? Wird es gelingen, die neue Jahresklasse 1913, die Zwanzigjährigen, bis Mitte oder Ende November mit der strengen Sorgfalt, die gerade hier von entscheidender Bedeutung ist, zu mustern und zur Einstellung zu bringen? Wie hoch wird sich die Zahl der Tauglichen dieser Klasse alsdann stellen, und wie wird es vor allen Dingen mit der Ausbildung der beiden Rekrutenklassen werden, die mit nur etwa sechs Wochen Zwischenraum eingestellt werden sollen? Bis Mitte oder Ende November wird ja alles noch zum besten gehen. So lange wird nämlich die älteste Klasse 1910 noch unter den Fahnen bleiben und reichliches Ausbildungsmaterial für die Rekruten der Klasse 1912 liefern. Hier dürfte sich also zunächst die Ausbildung unter besonders günstigen Umständen vollziehen, und man wird jedenfalls bemüht sein, diese normale Rekrutenklasse möglichst flott vorwärtszubringen. Zeit und Leistungsfähigkeit haben aber immerhin ihre Grenzen, und so ist nicht daran zu denken, daß die Klasse 1912 etwa schon bis Ende November ihre Ausbildung auch nur annähernd beendet haben und als mobilisable bezeichnet werden könnte. Trifft nun zu diesem Zeitpunkt die — allerdings schwächere — Rekrutenklasse der Zwanzigjährigen ein, so verschwindet a tempo die Klasse 1910 mit ihren brauchbaren Gefreiten und Unteroffizieren, und der bedrängte Kompagnie- oder Batteriechef (bei der Kavallerie liegen die Verhältnisse diesmal dank einer reichlichen Einstellung von Freiwilligen günstiger) befindet sich mit gänzlich unzureichendem Ausbildungspersonal angesichts von zwei Rekrutentrupps, von denen der eine gerade den ersten Schliff erhalten hat, während der andere ganz von vorn anfangen muß. Bei aller Passion und Hingebung, woran es gewiß nicht fehlen wird, dürfte es außergewöhnlich schwierig werden, unter solchen Umständen den beiden Klassen zu einer leidlich sorgfältigen Ausbildung zu verhelfen. Bekanntlich hat der Kriegsminister, um in diesem kritischen Moment sowohl einem zu bedenklichen Ab-

schmelzen des Ausbildungspersonals vorzubeugen, als auch um die Erreichung der Etatsstärken sicherzustellen, deren „fixité“ infolge der vorauszusehenden Schwäche der Klasse der Zwanzigjährigen gefährdet erscheint, eine Verfügung über Einstellung von Freiwilligen und Abschluß von kurzfristigen Kapitulationen erlassen. Die Eindringlichkeit, mit der in dieser Verfügung auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, von den bezeichneten Maßregeln den weitgehendsten Gebrauch zu machen, und die Höhe der in Aussicht gestellten Vorteile zeigen klar die Notlage, in der sich die Heeresverwaltung während der ersten Übergangszeit befinden wird. Welchen Erfolg der Appell des Kriegsministers haben wird, läßt sich in keiner Weise voraussehen; also auch hier wieder ein Experiment, das eventuell glücken kann, dessen Resultat aber auch zu Enttäuschungen führen könnte. Dabei bleibt noch zu berücksichtigen, daß schon unter den bisherigen Verhältnissen lebhaft über den bedenklichen Mangel an Subalternoffizieren geklagt wurde, und daß sich dieser Übelstand bei den jetzt wesentlich gesteigerten Anforderungen in besonders unliebsamer Weise fühlbar machen wird. Es ist ja anzunehmen, daß der Zudrang zur Offizierlaufbahn sich infolge des neuen Militärgesetzes wieder heben wird, zumal wenn im Herbst endlich die langersehnte und immer wieder hinausgeschobene Gehaltserhöhung in Kraft treten sollte, vorläufig aber muß mit der Tatsache gerechnet werden, daß das Ausbildungspersonal für die Rekrutenklassen 1912 und 1913 sowohl an Offizieren als an Unterpersonal äußerst knapp bemessen sein wird, und das kann der Ausbildung dieser Klassen unmöglich zuträglich sein.

Ein weiterer bedenklicher Punkt in dem neuen System ist die Frage der Einstellung der Zwanzigjährigen. Daß man sich zu dieser Lösung in erster Linie deshalb entschlossen hat, weil sich dadurch die Möglichkeit bot, die Klasse 1910 entlassen zu können, steht fest. Dagegen steht vorläufig noch gar nicht fest, welche Resultate dieser Wunsch zeitigen wird. Und was soll geschehen, wenn sich nach einiger Zeit, vielleicht erst in einigen Jahren, herausstellen wird, daß infolge der Einstellung der Zwanzigjährigen der an sich schon so ungünstige Gesundheitszustand der französischen Armee sich noch wesentlich verschlechtert hat? Das alles sind Fragen, die man sich vorlegen darf, ohne heute schon eine erschöpfende Antwort darauf finden zu können. Daß aber bei dem neuen System so vieles unsicher erscheint, spricht nicht gerade zu seinen Gunsten. Völlig unklar ist beispielsweise auch noch, wie es in der Praxis mit der Erteilung der vier Monate Urlaub gehalten werden soll, die nach dem Buchstaben des Gesetzes jedem Manne zustehen werden. Diese von echt demagogischem Geiste getragene Bestimmung wird den armen Truppenbefehlshabern noch manches Kopfzerbrechen verursachen, und scharfsinnige Kritiker haben bereits in der Fachpresse zahlenmäßig

nachzuweisen versucht, daß eine Durchführung der vorgeschriebenen Beurlaubungen technisch überhaupt unmöglich sein würde. Nun soll aber außerdem nach dem Wortlaut des in dem Gesetz aufgenommenen amendement Vincent die effektiv unter den Fahnen verbrachte Dienstzeit für alle die gleiche sein, somit müßte von Rechts wegen jeder Soldat, wenn er nicht schwere Strafen erlitten hat, während seiner Dienstzeit vier Monate auf Urlaub zubringen, denn sonst wäre das vielgerühmte Prinzip der Egalité nicht gewahrt. Wie aber, wenn zahlreiche Dienstpflichtige nicht die Mittel haben sollten, von ihrem Urlaubsrecht Gebrauch zu machen? Sollte da nicht bedenklichen Schiebungen Tür und Tor geöffnet werden? Und ob die so häufig und in so großem Umfange eintretenden Beurlaubungen nicht den geregelten Dienstbetrieb empfindlich stören und, wie der Major Thomasson richtig bemerkt, die Kaserne in einen Bahnhof verwandeln werden, muß auch erst abgewartet werden.

Noch manche andere schwache Stellen des neuen Gesetzes ließen sich anführen, so zum Beispiel die wenig zweckmäßige Regelung der Dienstpflicht beim Truppenteil für die St. Cyriens und die Schüler der Ecole polytechnique. Die maßlos hohe Vergütung an die Familien der soutiens und dergleichen. Möglich ist es, daß von diesen Schäden der eine oder andere durch die versprochene „loi de redressement“ ausgemerzt werden könnte, aber wann dieses Gesetz erscheinen und wie es aussehen wird, läßt sich heute noch nicht sagen.

Daß das neue Wehrgesetz aller Voraussicht nach eine Steigerung in der an sich schon hohen Zahl der Deserteure und insoumis zur Folge haben dürfte, habe ich in einem früheren Berichte bereits gesagt und möchte es hier nur noch einmal der Vollständigkeit halber erwähnen. Wie sein Einfluß auf die Disziplin und auf den Antimilitarismus sich gestalten wird, ist äußerst schwer vorauszusehen. Die Antimilitaristen werden ihr möglichstes tun, um aus der Verlängerung der Kasernendienstzeit für ihre Zwecke Nutzen zu ziehen, und in den Reihen der Dreijährigen wird wohl in Zukunft manches gefährliche Element seine Verführungskünste auf die jüngeren Kameraden auszuüben suchen. Außerdem werden die Antimilitaristen und Sozialisten mit gespanntester Aufmerksamkeit darauf achten, in welcher Weise das neue, ihnen so verhaßte Gesetz angewendet werden wird, und wo ihnen Fehler oder Mißbräuche irgendwelcher Art zu Ohren kommen sollten, werden sie nicht versäumen, dem Gesetz und der Militärbehörde etwas am Zeuge zu flicken und gleichzeitig ihre eigenen Zwecke nach Kräften zu fördern. Die armeefeindlichen Demonstrationen, die gerade in letzter Zeit wieder häufiger stattgefunden haben, scheinen zu beweisen, daß die Antimilitaristen keineswegs abzurüsten gedenken.

Es wird also für die Militärverwaltung jetzt darauf ankommen, einerseits das neue System sorgfältig, sinngemäß und mit peinlichster

Gerechtigkeit anzuwenden, und andererseits der antimilitaristischen Propaganda scharf auf die Finger zu sehen. Geschieht beides nicht, so ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß unter dem Einfluß der dreijährigen Dienstzeit der Antimilitarismus wieder an Anhängern gewinnt und die Armee im Publikum an Sympathie verliert.

Ich habe in den obigen Ausführungen die Schwächen, an denen das neue französische Militärgesetz jetzt schon leidet oder voraussichtlich noch kranken wird, absichtlich zuerst behandelt, bevor ich zu der Besprechung seiner Vorzüge überging. Denn es lag mir daran, klar hervorzuheben, daß ich in dem Gesetz über die dreijährige Dienstzeit zwar eine in hohem Grade anerkennenswerte patriotische und militärische Kraftanstrengung Frankreichs erblicke, daß ich aber nicht der Ansicht bin, als ob nun dank diesem Gesetze die französische Armee gewissermaßen von heute auf morgen wie ein Phönix aus der Asche in ungeahntem Glanze erstehen müßte. Damit hat es noch gute Weile. Gewinnen muß die Armee ja nach menschlicher Berechnung bei dem neuen System, wie groß aber der reelle Profit sein wird, und wie bald sich das erzielte Plus in der Qualität der Truppe und in der Schlagfertigkeit des Heeres fühlbar machen wird, das läßt sich vorerst nicht einmal annähernd bestimmen.

Tritt man nun der Frage näher, welche positiven Vorteile die Armee von dem neuen System erwarten darf, so zeigt sich zunächst, daß Frankreich infolge der Einführung der dreijährigen Dienstzeit in der Lage sein wird, eine Anzahl von Neuformationen aufzustellen, ein neues Armeekorps durch anderweitige Zusammenfassung schon bestehender Einheiten zu bilden und seinen Grenzschutz wesentlich zu verstärken. Ich habe dem, was hierüber bisher durch die Presse, die Berichte Paté und Doumer und die Parlamentsverhandlungen bekannt geworden ist, zurzeit nichts Neues hinzuzufügen. In den obenerwähnten bevorstehenden Maßregeln liegt ohne Frage ein greifbarer und unmittelbar realisierbarer Vorteil des neuen Gesetzes.

Was die wesentliche Erhöhung des gesamten Friedensstandes der Armee anbelangt, die nicht nur den Grenzschutz stärkt, sondern auch den schwergeprüften Truppenteilen im Inneren wieder zu lebensfähigen Etats verhelfen soll, so ist auch hierüber alles Tatsächliche längst bekannt. Daß auch in dieser Hinsicht das neue System gegenüber dem bisherigen einen wesentlichen Fortschritt darstellen muß, liegt auf der Hand, wenn sich auch erst in der Praxis zeigen wird, wie hoch sich in Zukunft die französische Friedenspräsenzstärke tatsächlich stellen wird, und wie stark somit die Etats ausfallen werden.

Daß die Erhöhung der Friedensetats für den Übergang zur Kriegsformation und das zahlenmäßige Verhältnis zwischen aktiven Mannschaften und Reservisten von sehr günstigem Einfluß sein muß, brauche ich hier nicht näher auszuführen. Vor allen Dingen aber wird

die Friedensausbildung der Truppe von der Etatserhöhung wesentlich profitieren, und damit wird einem Mißstande abgeholfen werden können, der sich von Jahr zu Jahr immer bedenklicher fühlbar machte. In meinen Manöverberichten und auch bei anderen Gelegenheiten habe ich mehrfach die Ansicht ausgesprochen, daß die französische Truppe mir im allgemeinen den Eindruck machte, als wenn sie nicht gründlich genug ausgebildet wäre, und daß dieser Mangel, der bei der Infanterie und Kavallerie besonders hervortrete, meiner Überzeugung nach zum großen Teile auf das Konto der zweijährigen Dienstzeit und der ungenügenden Friedensetats gesetzt werden müßte. Diese Auffassung ist durch alles, was im Laufe der letzten Monate in Presse und Parlament zutage gekommen ist, vollauf bestätigt worden. „L'instruction se traînait misérablement", sagte sehr bezeichnend der frühere Kriegsminister Messimy, und man darf heute mit absoluter Sicherheit behaupten, daß die Ausbildung der Truppe in Frankreich in den letzten Jahren nicht allen Anforderungen an Gründlichkeit und Kriegsmäßigkeit entsprochen hat. Diesem Mangel wird nun abgeholfen werden können, wobei zu berücksichtigen ist, daß nicht nur der einzelne Soldat infolge der Verlängerung der Dienstzeit fortan eine sorgfältigere Ausbildung erhalten wird, sondern daß auch der dritte Jahrgang künftig eine Anzahl von brauchbaren und verhältnismäßig diensterfahrenen Unteroffizieren und Gefreiten liefern wird, ein Umstand, der für die Ausbildung, den inneren Dienst und die Disziplin, mit einem Wort für den Wert der Truppe von großem Vorteil sein muß. Daß das französische Offizierkorps von diesen günstigen Bedingungen Nutzen ziehen wird, darf nicht bezweifelt werden. Ich habe oft darauf hingewiesen, daß in der französischen Armee mit Fleiß und Hingebung gearbeitet wird. Nachdem nun durch die Diskussionen der letzten Monate besonders deutlich hervorgetreten ist, unter wie abnorm schwierigen Verhältnissen der Dienstbetrieb sich in den letzten Jahren abspielen mußte, kann man dem französischen Offizierkorps und auch dem französischen Soldaten für das, was unter solchen Umständen immerhin noch erreicht wurde, seine Anerkennung nicht versagen und darf daraus erneut den Schluß ziehen, daß der französische Offizier es mit seinem Berufe sehr ernst nimmt, und daß der französische Soldat trotz seiner bekannten Schwächen doch eine ausgesprochene Anstelligkeit für den Militärdienst besitzt.

Ob allerdings in Zukunft, wie das in Frankreich vielfach behauptet wird, dank der dreijährigen Dienstzeit die Ausbildung eine umfassendere und sorgsamere werden wird als die der deutschen Soldaten, so daß man fortan der deutschen Quantité die überlegene französische Qualité gegenüberstellen könnte, das möchte ich erst einmal in der Praxis bewiesen sehen.

Jedenfalls wird aber die Ausbildung besser werden, und das muß

im Laufe der Jahre nicht nur den aktiven, sondern auch den Reserveformationen zugute kommen. In dieser Hinsicht bleibt freilich noch abzuwarten, ob das System der dreijährigen Dienstzeit lange genug leben wird, um eine nachhaltige Wirkung ausüben zu können. Bekanntlich wird vielfach der Standpunkt vertreten, daß sich die dreijährige Dienstzeit nicht lange halten würde und nur dazu bestimmt sein könnte, über einige schwierige Jahre hinwegzuhelfen. Ich habe auf derartige Prophezeiungen schon in einem früheren Bericht hingewiesen, möchte ihnen aber vorläufig keine zu weitgehende praktische Bedeutung beimessen.

Von hervorragendem und baldigem Nutzen wird das neue Gesetz für die Qualität des Nachwuchses an Offizieren des Beurlaubtenstandes werden. Diese Offiziere erhielten schon bei dem bisherigen System eine recht gute praktische und theoretische Ausbildung. Von jetzt ab werden sie eine militärische Grundlage bekommen, die für ihre spätere Verwendung das Beste erwarten läßt.

Daß das neue Gesetz die Gesamtdienstpflicht von 25 auf 28 Jahre erhöht hat und somit für den Ernstfall außer einer neuen aktiven Klasse zwei noch rüstige Jahresklassen des Beurlaubtenstandes zur bisherigen Kriegsstärke hinzugenommen hat, erwähne ich der Vollständigkeit halber als einen weiteren Beweis dafür, wie die Franzosen bemüht sind, ihre militärischen Hilfsquellen gegenüber Deutschland bis aufs äußerste anzuspannen.

Die Vorteile, die das neue Gesetz trotz seiner Schwächen der französischen Landesverteidigung beschert, sind somit nicht gering zu veranschlagen: Wesentlich erhöhte Friedenspräsenzstärke, zweckmäßigere Zusammensetzung der mobilen Formationen, sorgfältigere Ausbildung, erheblich verstärkter Grenzschutz, Aufstellung von Neuformationen, Verbesserung des Unteroffizierkorps sowie des Offizierkorps des Beurlaubtenstandes und dazu als moralische Faktoren eine erhöhte Dienstfreudigkeit, die dem Gefühl entspringen muß, nicht mehr mit ungenügenden Mitteln zu arbeiten, und schließlich ein gesteigertes Selbstbewußtsein; das alles sind nicht zu unterschätzende Atouts, die der französischen Armee in die Hand gegeben werden. Wie sie sich ihrer bedienen wird, muß die Zeit lehren. Von mancher Seite wird behauptet, das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit sei nur der erste Schritt auf dem Wege zu weiteren durchgreifenden Reformen auf allen Gebieten des Militärwesens, es bedeute daher nicht, wie ihm von seinen Gegnern vorgeworfen würde, einen Rückschritt, sondern kündige im Gegenteil ein „rajeunissement de nos méthodes et de nos procédés militaires“ an. Wer die französischen Verhältnisse näher kennt, wird sich gegenüber solchen sanguinisch gehaltenen Ausblicken eines leisen Mißtrauens nicht erwehren können. Vorläufig jedenfalls wird die französische Armee noch keine Zeit dazu finden, eine so umfassende Wiedergeburt an Haupt und Glie-

dern ins Auge zu fassen, sondern sie wird zunächst alle Hände voll zu tun haben, um sich mit dem neuen System einzuspielen, die Übergangszeit zu überstehen und die praktische Anwendung der neuen Gesetzesparagraphen auszuprobieren. Wieweit die inneren politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ihr für diese Periode des Einlebens günstige Bedingungen schaffen werden, ob das neue Gesetz in absehbarer Zeit dem Volke in Fleisch und Blut übergegangen sein oder völlig abgewirtschaftet haben wird, ob schließlich die Ereignisse der äußeren Politik es Frankreich gestatten werden, in rastloser Friedensarbeit die Früchte heranreifen zu lassen, die das neue Gesetz selbst unter den günstigsten Verhältnissen erst in einigen Jahren tragen kann, das alles läßt sich heute nicht voraussehen.

Deutschland hat, wie die Dinge augenblicklich liegen, gewiß alle Veranlassung, seinem westlichen Nachbarn mehr als je in militärischer Hinsicht scharf auf die Finger zu sehen, es hat aber keine Ursache, das neue französische Militärgesetz für bedrohlicher zu halten, als es tatsächlich ist. Nach meinen bisherigen Pariser Erfahrungen glaube ich, getrost die Überzeugung aussprechen zu dürfen, daß das praktische Ergebnis der letzten deutschen Militärvorlagen nach erfolgter Durchführung ein wesentlich reelleres sein wird als der Gewinn, den die Franzosen aus der mit so unverhältnismäßig großen Opfern erkauften dreijährigen Dienstzeit jemals erzielen werden. Ich würde es daher für einen Fehler halten, wenn die Wortführer des Wehrvereins jetzt versuchen sollten, das deutsche Volk durch ein übertriebenes Hervorheben einer vermeintlichen französischen Überlegenheit, die deutscherseits schleunigst durch Gegenmaßregeln beantwortet werden müßte, irrezuführen und graulich zu machen.

(gez.) von Winterfeldt
Major im Generalstabe der Armee

15 654

*Bericht des Militärattachés in Paris Majors von Winterfeldt*

Abschrift

Nr. 40 Paris, den 25. August 1913

Die französische Presse zeigt sich sehr befriedigt von der Aufnahme, die der Militärkommission unter der Führung des Generals Joffre* in Rußland zuteil geworden ist, und einige Blätter wissen

* Am 3. August war eine zahlreiche französische Militärmission unter Führung des Generalstabschefs General Joffre in Rußland erschienen, die dort bis zum 25. August blieb. Die zahlreichen Besichtigungen, die sie vornahm, hatten wesentlich den Zweck, festzustellen, ob und wieweit die militärischen Anstrengungen Rußlands denjenigen entsprächen, die Frankreich seit dem Frühjahr 1913 machte. Der allzu deutlich zur Schau tretende examinatorische Zweck der Militärmission erregte in Rußland vielfach ein peinliches Empfinden.

Wunderdinge von den Resultaten dieses Besuches und von den Fortschritten des russischen Heeres zu berichten. Da ich nicht beurteilen kann, wieweit die Nachrichten über die Erhöhung der Kriegsbereitschaft und die Beschleunigung der Mobilmachung bei den Russen zutreffen, so verzichte ich auf Kommentare. Mein neuer hiesiger belgischer Kollege Major Collon, der Verwandte im französischen Offizierkorps besitzt und manches Urteil hört, das mir nur auf Umwegen zugänglich wird, brachte mir gegenüber das Gespräch auf den französischen Besuch in Rußland und bemerkte, daß die Franzosen es vortrefflich verständen, die Dinge so darzustellen, wie sie ihnen gerade paßten. Nach erfolgter Annahme der deutschen Militärvor-

Militärattaché von Eggeling bemerkte dazu in einem Geheimbericht vom 17. August 1913: „Unverkennbar machte sich hier von Anfang an ein gewisser Unmut darüber geltend, daß die französischen Herren in so großer Zahl und auf eine so reichlich bemessene Zeit erschienen sind. Das ist gelegentlich in recht kräftigen Äußerungen zutage getreten. Auch erscheint dieser Unmut durch das Empfinden voll gerechtfertigt, als solle das russische Heerwesen in allen Zweigen eine Art Examen vor der französischen Prüfungskommission ablegen. Französische Blätter haben, wohl in dem Bestreben, die militärpolitische Bedeutung des Besuchs hervorzuheben, mit wenig Takt diesen Sonderzweck angedeutet. Es liegt auf der Hand, daß das hier verletzen muß, besonders wenn man das Bewußtsein hat, auf manchen Gebieten einer scharfen Kritik nicht gewachsen zu sein“ (vgl. auch Bd. XXXV, Kap. CCLXXVI, Nr. 13 753). Während des Verlaufs der Militärmission fanden verschiedentlich Konferenzen des französischen mit dem russischen Generalstabschef statt, die ihren Niederschlag in dem „Amtlichen Protokoll der Konferenz der Generalstabschefs von Frankreich und Rußland vom August 1913“ (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911 bis 1914, ed. Fr. Stieve, III, 272 ff.) fanden. Das Protokoll zeigt im Vergleich zu den Protokollen von 1911 und 1912 eine wesentliche Verschärfung der sich gegen Deutschland richtenden Bestimmungen. So erhielt Artikel 1 der bisherigen Protokolle, der die gemeinsame Auffassung der beiderseitigen Generalstabschefs dahin festlegte, daß „die Vernichtung der deutschen Heere, welche Verhältnisse auch eintreten sollten, das erste und grundsätzliche Ziel der verbündeten Armeen bleibe“, einen Zusatz: „Das gilt noch mehr als bisher im Hinblick auf das beträchtliche Anwachsen des militärischen Gewichts Deutschlands im gegenseitigen Kräfteverhältnis innerhalb des Dreibundes.“ Ebenso erhielt Artikel 2, nach dem die deutsche Mobilmachung Rußland und Frankreich verpflichtete, „sofort und gleichzeitig alle ihre Streitkräfte bei der ersten Nachricht hiervon mobil zu machen“, einen verschärfenden Zusatz: „Dies gilt auch für den Fall einer jeden feindseligen Handlung der deutschen Armee gegen die eine oder die andere der verbündeten Mächte.“ Auch die Bestimmungen des Artikels 3 über den Aufmarsch und die Operationen der verbündeten Armeen betonen unter ausdrücklichem Hinweis auf die Inkraftsetzung der deutschen Militärvorlage von 1913, die als Hauptfolge die Verkürzung der Mobilmachungsfristen der deutschen Armee nach sich ziehen werde, noch mehr als bisher die Notwendigkeit, mit konzentrischen Kräften die Offensive gegen das Herz Deutschlands zu führen. Diesem Zweck sollte vor allem die weitere Entwicklung des russischen Eisenbahnnetzes dienen, für die das Protokoll von 1913 neue, sehr detaillierte Direktiven gibt. Vgl. dazu auch das Schreiben des russischen Finanzministers Kokowzow an Sasonow vom 6. September, Stieve, a. a. O., III, 278 f. Der aggressive Charakter der Konferenz der beiden Generalstabschefs kommt schließlich noch in der im Protokoll festgelegten Forderung Joffres zum Vorschein, die russischen Streitkräfte im Gouvernement

lage und nach den Kämpfen um die dreijährige Dienstzeit sei es natürlich zur Beruhigung des Publikums sehr erwünscht, den russischen Verbündeten als archiprêt und besonders hilfsbereit zu schildern. Dabei käme es dann den französischen Blättern gar nicht darauf an, recht dick aufzutragen, was mein belgischer Kollege als ein gefährliches Spiel mit dem Feuer bezeichnete, da eine übertriebene Steigerung der französischen Zuversicht nicht im Interesse des europäischen Friedens läge. Als ich den Major Collon darauf hinwies, daß die Franzosen trotz des Vertrauens in die russische Unterstützung wohl vorläufig alle Ursache hätten, sich ruhig zu verhalten, gab er dies zu und bestätigte mein noch neulich im Militärbericht 39 * geäußertes Urteil, daß die Ausbildung der Armee in den letzten Jahren an Mangel an Gründlichkeit gelitten hätte. Er kam dann auf den General Joffre zu sprechen und sagte, er habe in französischen Offizierskreisen bisher nur abfällige Äußerungen über ihn gehört und könne sich nicht des Eindrucks erwehren, daß die Armee nur sehr geringes Vertrauen in ihren jetzigen Generalissimus setze. Ich habe mich schon mehrfach dahin ausgesprochen, daß die Persönlichkeit des Generals Joffre wegen ihrer Unzugänglichkeit schwer zu ergründen sei, daß ich aber bisher keine Veranlassung gehabt hätte, den General für einen sonderlich bedeutenden Mann zu halten.

Eine englische Militärkommission, bestehend aus den Generalen French, Grierson und Wilson, hat unter Führung des englischen Militärattachés in Paris ** und seines französischen Kollegen in London *** während einiger Tage Übungen gemischter Waffen im Lager von Châlons beigewohnt. Die Generale French und Grierson kommen neuerdings nahezu alljährlich nach Frankreich, und der General Wilson war im vergangenen Jahre hier zu den großen Manövern eingeladen. Die französische Presse hat merkwürdigerweise verhältnismäßig wenig Kapital aus dem englischen Besuch geschlagen und sich darauf beschränkt, die „toasts particulièrement cordiaux" hervorzuheben, die bei den Frühstücken im Lager ausgebracht worden wären. Vielleicht ist die relative Zurückhaltung der Zeitungen auf einen Wunsch der Engländer zurückzuführen, die bekanntlich eine zu geräuschvolle Betonung der englisch-französischen Waffenbrüderschaft † und taktlose Hinweise auf militärische Abmachungen und Pflichten nicht sonderlich lieben.

(gez.) von Winterfeldt
Major im Generalstabe der Armee

---

Warschau schon in Friedenszeiten derart zu dislozieren, daß sie eine direkte Bedrohung Deutschlands bildeten!

* Siehe Nr. 15 653.

** Oberst Yarde-Buller.

*** Oberstleutnant Vicomte de la Panoure.

† Über die englisch-französischen Beziehungen im Jahre 1913 vgl. auch Kap. CCXCII.

Nr. 15 655

## *Der Chef des Generalstabs der Armee Generalleutnant von Moltke an das Auswärtige Amt*

Ausfertigung

Nr. 17468 IV Berlin, den 24. Oktober 1913

Dem Auswärtigen Amt beehre ich mich in der Anlage eine Nachricht über eine in Aussicht genommene Verlängerung der aktiven Dienstzeit im russischen Heere um drei Monate ergebenst zu übersenden.

v. Moltke

Anlage

Berlin, den 23. Oktober 1913

Zur Verlängerung der Dienstzeit in Rußland, die bereits von deutschen Zeitungen, aber in verstümmelter Form gemeldet wurde, bringt jetzt der offizielle „Russische Regierungsbote" folgende authentische Mitteilung:

„Das Kriegsministerium beabsichtigt, in nächster Zeit den gesetzgebenden Körperschaften einen Gesetzesvorschlag vorzulegen über die Verlängerung der Dienstzeit der Mannschaften um drei Monate (das heißt vom 1./14. Januar bis 1./14. April), im Zusammenhang mit den von den westeuropäischen Mächten getroffenen Maßnahmen zur Erhöhung des Standes ihrer Armeen.

Für den Übergang zu diesem Gesetz wird es für notwendig erachtet, auf Grund des bestehenden Gesetzes diejenigen Mannschaften, deren Dienstzeit im laufenden Jahre zu Ende geht, bis 1./14. Januar 1914 zurückzubehalten."

Es handelt sich also um eine gesetzliche Maßnahme, die Rußland instand setzt, stets drei, bei den berittenen Truppen vier ausgebildete Jahrgänge, abgesehen von den in der Ausbildung begriffenen Rekruten, im Dienst zu halten.

Es läßt sich aus der Mitteilung noch nicht erkennen, ob der ausgediente Jahrgang unter allen Umständen bis zum 1./14. April unter den Waffen behalten werden soll, oder ob dies nur eine Höchstfrist bedeutet, bis zu der der ausgediente Jahrgang nach Einstellung der Rekruten in die Kompagnien auf Anordnung des Kriegsministers entlassen werden kann.

In jedem Falle bedeutet die Maßnahme eine sehr bedeutende Erhöhung der russischen Kriegsbereitschaft*.

---

* Am 7. Januar 1914 übersandte der Generalstabschef dem Reichskanzler eine Mitteilung über die „weitere Zurückbehaltung des ausgedienten Jahrgangs in Rußland". Sie lautete:
„Im Oktober 1913 wurde von der russischen Regierung offiziell bekanntgegeben, das Kriegsministerium beabsichtige, in nächster Zeit den gesetzgeben-

Nr. 15 656

*Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 380 Paris, den 8. November 1913

Der Besuch des russischen Ministerpräsidenten in Paris* ist von der hiesigen Presse vielfach mit geradezu serviler Freundlichkeit

---

den Körperschaften einen Gesetzesvorschlag vorzulegen über die Verlängerung der Dienstzeit der Mannschaften um drei Monate, das heißt vom 1./14. Januar bis 1./14. April. Als Übergang zu diesem Gesetz sollte im laufenden Dienstjahr der ausgediente Jahrgang bis zum äußersten Termin der gesetzlichen Dienstzeit, das heißt bis 1./14. Januar zurückbehalten werden.

„Die Bedeutung dieser Maßnahme für die Kriegsbereitschaft Rußlands wurde in meinem Schreiben vom 24. Oktober 1913 Nr. 17 468/17 469 hervorgehoben. In diesen Tagen ist nunmehr die weitere offizielle Mitteilung erfolgt, daß auch im laufenden Ausbildungsjahr der ausgediente Jahrgang noch über den 1./14. Januar 1914 hinaus bei der Fahne zurückbehalten werden soll. Die hierzu erforderliche kaiserliche Genehmigung ist von dem Kriegsminister eingeholt worden. Der Zeitpunkt der Entlassung wird nicht mitgeteilt. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Dienstzeit nicht über den 1./14. April hinaus (Ende der Rekrutenausbildungsperiode) verlängert werden wird.

„Zur Begründung der Maßnahme wird im ‚Russki Invalid' darauf hingewiesen, daß man in Rußland infolge Mangels an Kapitulanten-Unteroffizieren genötigt sei, die Rekruten in erster Linie durch ältere Mannschaften auszubilden, deren Zahl durch die Zurückbehaltung des ausgedienten Jahrgangs wesentlich vermehrt werde. Gleichzeitig könne die weitere Ausbildung der älteren Mannschaften intensiver als bisher betrieben werden.

„Besonders betont wird schließlich, daß sich die Maßnahme der Zurückbehaltung des ältesten Jahrgangs bereits im Winter 1912/13 ausgezeichnet bewährt habe, und daß sie angesichts der Heeresverstärkungen der westeuropäischen Großmächte jetzt zu einer dringenden Notwendigkeit geworden sei."

* Dem Besuch Kokowzows in Paris, der zirka zehn Tage dauerte, war ein ebensolcher Sasonows vom 16.—19. Oktober voraufgegangen. Näheres darüber in Sasonows Immediatbericht vom 6. November, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 328 ff. Gleich im Anfang des Berichts konstatiert Sasonow: „In H. Poincaré, dem Präsidenten der Republik, fand ich, wie früher, einen glühenden und überzeugten Anhänger eines engen Bündnisses zwischen Frankreich und Rußland und eines ununterbrochenen Meinungsaustausches zwischen den beiden Alliierten über alle wichtigen Fragen der internationalen Politik. Dieselbe Gesinnung konnte ich bei dem Ministerpräsidenten, H. Barthou, und bei dem Außenminister, H. Pichon, feststellen." Weiterhin gedenkt Sasonow in dem Berichte seiner vollen Übereinstimmung mit dem französischen Außenminister Pichon hinsichtlich des eben damals auf der Spitze befindlichen österreichisch-serbischen Konfliktes. Der russische Außenminister suchte seinen französischen Kollegen für eine Unterstützung Serbiens mit der bezeichnenden Motivierung zu gewinnen, daß „Serbien im Falle schwerer internationaler Konflikte notgedrungen auf Seiten Frankreichs stehen werde, da es naturgemäß ein Feind des bedeutendsten Verbündeten Deutschlands sei". Der Pariser deutsch-feindlichen Einstellung schmeichelte Sasonow auch in einem Interview mit dem Korrespondenten der „Nowoje Wremja", das am 18. Oktober

begrüßt worden. Dabei fehlte natürlich nicht die Ankündigung, es handle sich um überaus wichtige und für Frankreich interessante Dinge, um eine große Anleihe, um strategische Bahnen und ähnliches.

Herr Kokowzow ist, kaum hier eingetroffen, dieser Legendenbildung mit einer kategorischen Berichtigung entgegengetreten. Auch mir hat er sogleich Veranlassung genommen zu sagen, sein Aufenthalt in Paris mit Familie habe gar keine besonderen politischen Zwecke. Von strategischen Bahnen könne keine Rede sein, auch nicht von einer großen Anleihe — Rußland bedürfe derselben nicht —, höchstens von Anleihen privater Eisenbahnen mit Staatsgarantie *.

---

erschien. Nach einem Geheimtelegramm Neratows an Sasonow vom 20. Oktober (Stieve, a. a. O., III, 317) hätte der Berichterstatter aus Anlaß der Sasonowschen Erklärung über die Bereitwilligkeit der Franzosen, die russische Politik zu unterstützen, den Minister gefragt, „wann wohl in St. Petersburg die Trommel zum Streit ertönt", und zur Antwort erhalten: „Die französische Armee steht Gewehr bei Fuß." Mit diesen Äußerungen Sasonows, die allerdings nach einem Telegramm Freiherrn von Lucius' vom 21. Oktober (Nr. 273) von der Kanzlei Sasonows hinterher als entstellt bezeichnet wurden, stimmt wenig, daß der russische Außenminister, der am 22. Oktober in Berlin weilte, sich hier dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg gegenüber für den friedlichen Charakter der französischen Politik verbürgen wollte. Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXX, Nr. 14 201. Für Sasonows eigene Stellungnahme ist bezeichnend, daß er den wiederholt angedeuteten Wunsch des deutschen Reichskanzlers, mit den französischen Staatsmännern nähere persönliche Fühlung zu gewinnen, unter den Tisch fallen ließ. „Ich habe", so schließt der Sasonowsche Immediatbericht vom 6. November, „es nicht für angezeigt erachtet, in einer so bedeutungsvollen Angelegenheit die Rolle eines Vermittlers zwischen den Kabinetten von Paris und Berlin zu übernehmen, um so mehr, als die möglichen Folgen einer Annäherung zwischen diesen Kabinetten nicht genau genug vom Standpunkt der russischen Interessen aus überdacht werden können."

* Dazu vergleiche man den Immediatbericht, den Kokowzow dem Zaren am 19. November über seinen Aufenthalt in Paris (und Berlin) erstattete (Stieve, a. a. O., III, 390 ff.). Es heißt darin: „Unter gnädiger Genehmigung meiner Bitte haben Euere Majestät mich ermächtigt, bei meinen Verhandlungen in Paris der französischen Regierung die von Euerer Majestät gebilligten Pläne der Verstärkung unserer Armee auseinanderzusetzen und im Zusammenhang hiermit alle nötigen Auskünfte zu geben, welche sich auf die für Rußland unbedingt notwendigen umfangreichen Eisenbahnbauten beziehen. Diese Eisenbahnbauten würden sowohl die Befriedigung der sich längst fühlbar machenden Erfordernisse des wirtschaftlichen Lebens des Landes bezwecken als auch gleichzeitig leichtere Durchführung unserer Mobilisationspläne im Zusammenhang mit der abgeänderten Dislokation unserer Truppen und ganz besonders mit der bevorstehenden Erhöhung der Friedenspräsenzstärke unserer Armee, durch die die Ausarbeitung aller zukünftigen Mobilisationspläne so wesentlich beeinflußt wird." Der Immediatbericht Kokowzows enthält des weiteren sehr detaillierte Angaben über die von ihm mit den französischen Staatsmännern gepflogenen Verhandlungen bezüglich einer Rußland zum Zweck des Ausbaues seiner strategischen Eisenbahnen zu gewährenden Anleihe von jährlich 500 Millionen Franken. Es wurde darüber ein besonderes Protokoll aufgesetzt, auf Grund dessen es im weiteren Laufe des Jahres 1913 zu einem endgültigen Abkommen kam. Vgl. die zusammenfassende Darstellung bei Fr. Stieve, Iswolski und der

Herr Kokowzow hat, wie er mir sagte, aus seinen bisherigen Unterhaltungen mit den hiesigen Staatsleitern die Befestigung der Überzeugung gewonnen, daß man hier einer durchaus friedlichen Politik treu bleiben will. In bezug auf die noch immer nicht völlig beigelegten Orientwirren * ist er einem gewissen Pessimismus begegnet, den er selbst nicht teilt. Er erachtet die noch verbleibenden Reste der albanischen Frage als eine Kleinigkeit. Mehr Sorge bereitet ihm die griechisch-türkische Spannung, doch vermag er auch in dieser Richtung nicht schwarz zu sehen.

Von den hiesigen Ministern, namentlich Herrn Barthou, hat Herr Kokowzow sehr gute persönliche Eindrücke. Doch will er bemerkt haben, daß sie bezüglich des Bestandes des Ministeriums nicht mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Einen Regierungswechsel mit Herankommen der Radikalen würde er vom russischen Standpunkt aus beklagen, namentlich würde ihm Herr Caillaux als leitender Staatsmann wenig sympathisch sein[1]. Er sei talentiert, aber ein zu unzuverlässiger Charakter[2].

Herr Kokowzow gedenkt am 16. d. Mts. in Berlin einzutreffen und sich zwei Tage dort aufzuhalten **. Er hat Schritte getan, um zu erfahren, ob es Seiner Majestät dem Kaiser und König genehm sein würde, seine Aufwartung entgegenzunehmen, und er freut sich, Euere Exzellenz begrüßen zu können.

v. Schoen

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] ! Zu deutsch gesonnen
[2] aha!

Nr. 15 657

*Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 384 — Paris, den 15. November 1913

Es sind nun bald zwei Jahre her, daß das Ministerium Caillaux, das mit uns den Vertrag über Marokko und den Kongo geschlossen hatte, einem Kabinette weichen mußte, das sich von der Geburtsstunde an gern das „nationale" nennen ließ und mit einem mehr oder weniger deutlichen Blick auf den Schmerz von Agadir und dessen Folgen den Willen verkündete, auf Wahrung der Würde und Stärke

---

Weltkrieg, S. 167 ff., und ferner R. Poincaré, Au Service de la France, III, 315 ss.
* Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXX.
** Über Kokowzows Aufenthalt in Berlin und seine Unterredungen mit Kaiser Wilhelm II. und Reichskanzler von Bethmann Hollweg, die hauptsächlich der Mission Liman von Sanders galten, vgl. Bd. XXXVIII, Kap. CCXC.

Frankreichs bedacht zu sein. Es konnte nicht ausbleiben, daß dieser Regierungswechsel eine Stärkung derjenigen Bewegung der französischen Geister mit sich brachte, die man hier als die Wiederbelebung des eingeschlummerten nationalen Gedankens zu bezeichnen liebte, von uns aber als bedenkliches Aufflackern des Chauvinismus angesprochen wurde, und das mit vollem Recht; denn wie die Dinge zwischen uns und Frankreich nun einmal liegen, pflegt das französische Selbstgefühl nicht anders als mit einer stacheligen Spitze gegen Deutschland in die Erscheinung zu treten. Die neuen Regierenden, insbesondere der Ministerpräsident Poincaré und sein Kriegsminister Millerand, haben nichts getan, um diese Spitze abzubrechen, im Gegenteil, sie haben die Bewegung gefördert und sich wohlgefällig im Glanze des „réveil national" gesonnt. Freilich ist Herr Millerand in den Wassern, die er aufgewühlt hätte, untergegangen *, und auch Herr Poincaré hat es für ratsam gehalten, Friedenstöne anzuschlagen, als der Balkankrieg das Gespenst ernster europäischer Verwickelungen erscheinen ließ, und namentlich dann, als seine Kandidatur für die Präsidentschaft der Republik in Frage kam **. Aber die Geister waren gerufen und nicht leicht wieder wegzubeschwören. Als sodann unsere und die französischen Heeresverstärkungen eine weitere tiefgehende Erregung der Gemüter hervorriefen, stieg der französische Chauvinismus, dreist genährt durch aufreizende Preßerzeugnisse, Reden, Bühnenstücke und ähnliches, zu jenem Temperaturgrade, der in den Vorgängen von Nancy, Lunéville und Grenoble *** nur zu deutlich erkennbar wurde. Das war der Höhepunkt. Den Machthabern und den Führern der öffentlichen Meinung haben jene Ereignisse und der entrüstete Widerhall, den sie bei uns fanden, denn doch zum Bewußtsein gebracht, daß es so nicht weitergehen dürfe, wolle man nicht zu sehr ernsten Zuspitzungen kommen, die dem trotz allem gehässigen und waffenklirrenden Gebaren mancher Kreise im französischen Volke tief wurzelnden Friedensbedürfnis zuwider sein würden. Man hat daher

---

* Vgl. Nr. 15 624, S. 149, Fußnote *.

** In seinen 1921 in der „Société des Conférences" gehaltenen Vorlesungen über den Ursprung des Weltkrieges (Les Origines de la Guerre, p. 159 ss.) sucht Poincaré seine Friedensliebe durch die Aufzählung der Kondolenz- und sonstigen Telegramme zu erweisen, die er namens der französischen Regierung an den Kaiser gerichtet habe. Auch in seinem neuesten Werk „Au Service de la France" (III, 188 s., 276 s.) betont Poincaré nachdrücklich diese Zeichen seiner Friedensliebe. Aber mit solchen Telegrammen nahm er doch nur eine langjährige Gepflogenheit Kaiser Wilhelms II. gegenüber den französischen Staatsoberhäuptern auf, die französischerseits dem Kaiser immer als ein berechnetes politisches Manöver und selbst als Zudringlichkeit ausgelegt wurde, und auf die der Monarch daher schließlich seit dem Jahre 1912 Verzicht geleistet hatte.

*** Über die Zwischenfälle von Nancy und Lunéville vgl. den Anhang A. In Grenoble war es wiederholt zur Belästigung deutscher Studenten gekommen.

abgewiegelt. Zunächst seitens der Regierung durch Ahndung der Ausschreitungen, Verhinderung der gewohnten Aufreizungen und durch eine Verständigung mit uns über den Luftverkehr *, von seiten der Volksvertreter in der Form der Teilnahme an dem Berner Annäherungskongresse **, von beiden durch stille Einwirkung auf vorlaute Redner und Zeitungsschreiber.

Ein wohltuender Wechsel ist seitdem nicht zu verkennen. Die Stimmung hat sich in dem Maße gebessert, daß in namhaften Tagesblättern und Zeitschriften die Frage einer Annäherung an Deutschland, sei es allgemein, sei es auf bestimmten politischen Gebieten, sei es in wirtschaftlicher Beziehung, vielfach eingehend und freundlich erörtert worden ist, ohne wesentlichem Widerspruch selbst aus den Reihen derjenigen zu begegnen, die aus Lärmschlagen und Deutschenhetze ein Geschäft machen. Es fehlte nicht in der Presse an wohlgemeinten Ratschlägen und Mahnungen zu versöhnlicher Haltung, hie und da auch nicht an einem offenen mea culpa ***.

---

* Vgl. dazu Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1913, S. 290 ff.
** Vgl. dazu Anhang B.
*** Vgl. namentlich den Artikel des „Temps": „Les rapports Franco-Allemands" vom 6. Oktober. Anknüpfend an die warme Anerkennung, die die „Kölnische Zeitung" in einem offiziösen Artikel dem Verhalten der Franzosen in dem Falle des bei Boulogne-sur-Mer gelandeten deutschen Fliegeroffiziers Steffen und gegenüber dem Unglück des bei den französischen Manövern durch einen Automobilunfall schwer verletzten deutschen Militärattachés Majors von Winterfeldt gezollt hatte, sprach der Artikel des „Temps" den Wunsch aus, daß die Presse beider Länder, „les petites polémiques injurieuses" unterlassen möge, die die delikate Lage noch erschweren müßten, in die Deutschland und Frankreich nun einmal „par la fatalité historique" versetzt seien. Der Artikel wies weiter darauf hin, daß Deutschland den ihm innewohnenden Drang nach Suprematie und Frankreich den nach Wiederherstellung des vollen Gleichgewichts so weit gezügelt hätten, um den Frieden zu bewahren, und zog daraus die Folgerung, daß keins von beiden das Recht habe, „d'alarmer l'Europe par des conflits accessoires". Der Artikel, der sichtlich von dem Streben diktiert war, ein besseres Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland mindestens für die Zeit der dem Heere Frankreichs so dringend notwendigen Reformen — die französischen Herbstmanöver hatten eben erst dem Senator Charles Humbert und anderen Eingeweihten Anlaß zu schärfsten Kritiken gegeben —, schloß mit den Worten: „En un mot, puisque le grand et capital litige est réservé de part et d'autre, puisque deux interêts capitaux, la reconstitution de l'intégrité territoriale française, la conservation de l'hégémonie diplomatique allemande, n'ont jusqu'ici déterminé ni les uns ni les autres à en appeler aux armes, il serait puéril et coupable de ne pas régler à l'amiable les difficultés subsidiaires qui sont la menue monnaie de la vie internationale." Bezeichnenderweise erregte dieser Artikel den lebhaften Unwillen der „Nowoje Wremja", die von einer „Extratour" Frankreichs schrieb und nach einem Bericht des Geschäftsträgers Freiherrn von Lucius vom 12. Oktober (Nr. 292) ihre Ausführungen mit einer drohenden Mahnung an die französische Regierung schloß: „Leicht ist es, alte Freunde zu verlieren, schwer dagegen, neue zu erwerben. Natürlich sind die Bestrebungen Frankreichs, einige Privatvereinbarungen mit Deutschland, beispielsweise in der kleinasiatischen Frage — vgl.

Selbst die erregte Bewegung unserer öffentlichen Meinung gegen die Fremdenlegion* hat hier nicht allzu leidenschaftliche Entgegnungen wachgerufen, wobei allerdings der Umstand mitsprach, daß unsere Presse vielfach arg daneben gehauen und damit der hiesigen die Pose gelassener Abwehr erleichtert hat.

Die jetzige Regierung ist ersichtlich von dem Wunsche beseelt, die bessere Stimmung zwischen den beiden Nationen zu erhalten und zu vertiefen, und sie sieht das beste Mittel hierzu in dem Abschluß weiterer förmlicher Verständigungen mit uns über Fragen, die, wenn sie ungeregelt blieben, die Gegensätze verschärfen und Reibungen erzeugen müßten. Ermutigt wird sie dabei von der Erfahrung, daß in der Balkankrise Frankreich und Deutschland nicht nur gleichermaßen eine entschiedene und deutlich erkennbare friedliche Politik verfolgt, sondern auch in manchen nicht unwesentlichen Punkten ein parallele Richtung eingeschlagen haben und ihren Verbündeten nicht überall durch dick und dünn gefolgt sind. Jedenfalls sind sich Frankreich und Deutschland in dem einen bedeutsamen Punkt, dem Willen zur Erhaltung einer lebensfähigen Türkei, offen begegnet. Die hierin schon liegende Annäherung will nun die Regierung im Interesse einer friedlichen Weiterentwickelung durch eine Verständigung mit uns über die kleinasiatische Zukunft ausbauen,

---

dazu Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVI —, herbeizuführen, durchaus natürlich und verständig, aber der Gedanke, diese Vereinbarungen könnten späterhin zu einer vollständigen Durchsicht und Prüfung des gegenwärtigen Aufbaues des europäischen Konzerts führen, ist zum mindesten naiv. Je mehr derartige gefährliche Verirrungen in der französischen Presse Unterstützung finden, um so schlimmer wird es für Frankreich selbst sein."

* Die wiederholt in Deutschland während des Jahres 1913 auflebende Preßkampagne gegen die Fremdenlegion, die ihren Ursprung in dem Bekanntwerden krasser Fälle von Mißhandlungen deutscher Legionäre hatten, wurde von der deutschen Regierung keineswegs unterstützt. Auch der deutsche Militärattaché in Paris Major von Winterfeldt warnte wiederholt vor unbedachter Behandlung dieses heikeln Gegenstandes. So heißt es in einem Bericht vom 20. August: „Die öffentliche Meinung in Deutschland scheint sich neuerdings wieder besonders lebhaft mit der Fremdenlegion zu beschäftigen. Ich habe bereits in früheren Jahren darauf hingewiesen, daß Preßkampagnen gegen die Fremdenlegion nur dann von Nutzen sein können, wenn sie sich auf durchaus einwandfreies Material stützen. Ein leichtfertiges Nacherzählen von Klatsch und sensationellen Schauergeschichten, für die hinterher kein Beweis angetreten werden kann, wirkt dagegen lediglich schädlich, denn es wird von der französischen Presse in sehr geschickter Weise ausgenutzt, um den Kampf gegen die Fremdenlegion ins Lächerliche zu ziehen, gegen Deutschland zu hetzen, die deutsche Armee zu verunglimpfen und gleichzeitig durch Verherrlichung der Legion für diese Reklame zu machen, wie erst kürzlich ein in der ‚Illustration' erschienener, mit zahlreichen Bildern geschmückter längerer Aufsatz bewiesen hat. Die ernsthafte deutsche Presse und die Vereine, die den löblichen Zweck verfolgen, die deutsche Jugend vor dem Eintritt in die Fremdenlegion zu bewahren, sollten es sich daher angelegen sein lassen, Übertreibungen zu vermeiden und nur mit beweiskräftigem Material zu arbeiten, sonst laufen sie Gefahr, gerade das Gegenteil von dem zu erreichen, was sie anstreben."

und sie bekundet eine gewisse Eile[1], zu diesem Ziele zu gelangen*. Auch in anderen Fragen, die uns nahe berühren, so derjenigen des

* Vgl. dazu Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVI. Ein neutraler Beobachter wie der belgische Gesandte in Berlin Baron Beyens wollte freilich in seinem Berichte vom 22. November (Zur Europäischen Politik 1897—1914, ed. B. Schwertfeger, IV, 164 f.) an eine nachhaltige Rückwirkung solcher Spezialverständigungen auf die deutsch-französischen Beziehungen nicht glauben, vor allem im Hinblick auf die Begleitumstände bei der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich und auf den Eindruck derselben in Deutschland: „Faut-il espérer, comme le fait une partie de la presse parisienne, que le succès de ces négociations aura une heureuse influence sur les relations futures entre les deux pays? Un tel espoir ne semble guère permis. Les Allemands accusent les Français de nourrir obstinément des projets de revanche et de n'attendre pour les mettre à exécution qu'une occasion favorable. Cette conviction qui existait dans un grand nombre d'esprits de ce pays s'est généralisée dans les classes supérieures de la population après le vote de la loi française rétablissant le service militaire de trois ans. Mal renseignée par ses journaux, l'opinion publique allemande a vu dans ce vote, non pas une mesure de protection et de défense éventuelles contre l'Allemagne qui venait d'augmenter elle-même dans des proportions considérables son armée sur le pied de paix, mais la préparation à une guerre offensive, à une guerre de revanche, et même une sorte de provocation. Elle a été fortifiée dans cette opinion, on doit le dire, par le ton agressif des journaux français, partisans du service de trois ans, pendant toute la discussion parlementaire du projet de loi. Il fallait bien pour échauffer le sentiment national assez réfractaire en France à une prolongation du service militaire et pour triompher de la résistance soulevée par la presse radicale et socialiste, battre le tambour d'alarme et dénoncer les intentions belliqueuses des nationalistes d'outre-Rhin; mais certains organes parisiens, le „Temps“, le „Matin“, l'„Echo de Paris“, entre autres, très lus et très commentés en Allemagne, se sont acquittés de cette tâche avec une maëstria qui a vraiment dépassé la mesure. L'atmosphère de haine et de défiance qui pèse sur les relations franco-allemandes en est devenue encore plus lourde et plus épaisse. Il ne suffirait pas de quelques négociations menées de part et d'autre dans un esprit conciliant sur un sujet particulier pour la dissiper.“ Ähnlich skeptisch äußerte sich der französische Botschafter in Berlin Jules Cambon zu Baron Beyens unmittelbar nach dem Abschluß des deutsch-französischen Abkommens über die kleinasiatischen Bahnen vom 15. Februar 1914. In dem Berichte des belgischen Gesandten vom 20. Februar (Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 129) heißt es darüber: „J'ai demandé à l'Ambassadeur si l'entente en Asie Mineure, très desirée par l'Empereur, contribuerait, d'après lui, à améliorer les relations franco-allemandes. ‚Les relations officielles peut-être dans une certaine mesure‘, m'a répondu M. Cambon, ‚mais je ne pense pas que cet accord ait de l'influence sur les sentiments du gros public de chaque côté des Vosges. Le langage de la presse française à l'égard des Allemands n'en sera malheureusement pas changé. Nous avons aussi en France, depuis l'affaire Dreyfus, un parti militaire et nationaliste qui ne veut à aucun prix d'un rapprochement avec l'Allemagne et qui excite le ton agressif d'un grand nombre de journaux. Le Gouvernement devrait compter avec eux et avec le parti dont ils sont les porte-paroles, dans le cas où un grave incident éclaterait de nouveau entre les deux nations. La majorité des Allemands et des Français désire incontestablement vivre en paix. Mais une minorité puissante dans les deux pays ne rêve que batailles, luttes de conquête ou de revanche. C'est là le danger à côté duquel il faut vivre, comme à côté d'un baril de poudre dont une imprudence pourrait provoquer l'explosion.‘ “

Berggesetzes für Marokko, hat die Regierung guten Willen zur Überbrückung entstandener Schwierigkeiten gezeigt, und in Sachen der Fremdenlegion ist sie auf stille Maßnahmen bedacht gewesen, die einem guten Teil der Übelstände, die unsere öffentliche Meinung mit Recht erregen, abhelfen sollen.

Bei Betrachtung dieser guten Ansätze der französischen Regierung ist freilich das eine nicht unbeachtet zu lassen, daß sie wohl weniger einem Herzensdrange wie dem Druck äußerer Umstände entspringen. Zunächst dürfte die Entspannung zwischen uns und England von wesentlichem Einfluß auf die hiesigen Entschlüsse gewesen sein [2]. In dem Maße, wie das Vertrauen zwischen uns und England erstarkt, schwächen sich die Aussichten derer, die mit englischer diplomatischer und militärischer Hilfe gegen Deutschland rechnen. Auch die Festigkeit des Dreibundes und besonders Italiens abweisende Sprödigkeit gegen französisches Liebeswerben * mag einen wesentlichen Faktor in der hiesigen Rechnung bilden. Ferner kommen mit nicht unbedeutendem Gewicht Rücksichten der inneren Politik in Betracht: In einigen Monaten wird der französische Staatsorganismus die Krisis der Kammerwahlen durchzumachen haben, bei denen es sich um Entscheidung der Frage handelt, ob der künftige Kurs mehr nach links gehen soll wie der jetzige. Der Kampf wird ein heftiger werden. Wie die jetzige Stimmung in den breiten Massen der ländlichen Bevölkerung aber ist, hat nur derjenige Kandidat günstige Aussichten, dessen Bekenntnis dem Friedensbedürfnis des Landes volle Rechnung trägt. Wollen die Regierungsparteien sich halten und den Gegnern von links, welche die Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit und als Vorbedingung dafür die Herstellung eines ruhigen Verhältnisses zu Deutschland anstreben, den Wind aus den Segeln nehmen, so müssen sie greifbare Beweise von Friedenspolitik erbringen. Endlich kommt ein drittes Moment in Rechnung, und dies dürfte das gewichtigste sein, das Bewußtsein von Deutschlands wirtschaftlicher und militärischer Überlegenheit. Frankreichs Industrie und Handel gehen nicht vorwärts, die Staatsfinanzen leiden Not, die in Aussicht genommene große Anleihe erheischt eine ruhige Lage. In militärischer Hinsicht ist Frankreich jetzt, wo es zwei

* Ende Oktober 1913 hatte der französische Botschafter in Rom Barrère bei Marquis di San Giuliano den Abschluß eines französisch-italienischen Abkommens über die Erhaltung des Status quo im Mittelmeer angeregt, war aber von dem italienischen Außenminister bedeutet worden: er erwarte zunächst noch genauere Angaben darüber, wie man sich den Inhalt eines solchen Abkommens denke; dann werde er, San Giuliano, sich mit seinen Bundesgenossen ins Einvernehmen setzen. Näheres darüber in Kap. CCXCVII. Vgl. auch den Brief des russischen Geschäftsträgers in Rom von Poggenpohl an Sasonow vom 18. November (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 341), in dem geradezu von einer Krise die Rede ist, die die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien durchmachten.

Rekrutenjahrgänge in den Kasernen hat und über 70 000 Mann in Marokko halten muß, so bewegungsunfähig, daß eine durchaus friedliche Politik unumgänglich ist*. Sind die Finanzschwierigkeiten und die lähmende militärische Übergangszeit überwunden, so ist es wohl denkbar, daß der Grundton des hier gesungenen Liedes wieder ein weniger freundlicher wird.

Wie dem auch sei, jedenfalls berühren die jetzigen guten Absichten der Franzosen angenehm und können, in Taten umgesetzt, unser Verhältnis zum westlichen Nachbar auf einige Zeit zu einem leidlichen gestalten. Zur Ausfüllung der zwischen uns und ihnen liegenden Kluft werden sie freilich ebensowenig führen wie zu einer Änderung in der Gruppierung der europäischen Mächte. Frankreich wird immer der Kristallisationspunkt einer gegen den Dreibund gerichteten Koalition bleiben, und selbst dann, wenn über die Vogesen schöne Worte guten Einvernehmens gewechselt werden, werden Zwischenfälle, denen die besten Absichten der Regierenden nicht vorzubeugen vermögen, die gewissermaßen vom Himmel fallen, die stille Oberfläche in eregte Bewegung versetzen**. Das wird namentlich dann immer der Fall sein, wenn es sich um Dinge handelt, die die Franzosen an ihrer wunden Stelle, an dem Gedenken an Elsaß-Lothringen, treffen. Selbst wenn es sich wesentlich verbessern sollte, wird unser Verhältnis zu Frankreich auf lange Zeit hinaus eine übertünchte Höflichkeit sein[3], die leicht rissig und bröckelig wird. Immerhin wird diese Gestaltung erwünschter sein wie der schwer erträgliche Zustand, wo, wie die Franzosen zu sagen lieben, „on se regarde comme des chiens de fayence".

v. Schoen

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wegen England?
[2] zweifellos
[3] richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Gut

---

* Vgl. dazu Iswolskys Brief an Sasonow vom 4. Dezember 1913: „Besondere Beunruhigung wird in letzteren — in ernst zu nehmenden politischen und sogar finanziellen Kreisen — durch die Tatsache hervorgerufen, daß infolge der von der Regierung im Zusammenhang mit der Durchführung des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit verfügten Entlassung eines Jahrganges die französische Armee zeitweilig bedeutend geschwächt ist, denn unter den Fahnen ist jetzt nur ein ausgebildeter Jahrgang zurückgeblieben. Dieser Zustand wird bis zum Frühjahr dauern, und Deutschland kann dies ausnutzen, um seinen unvorbereiteten Nachbarn plötzlich anzugreifen. Unser Militärattaché hat mir in vollem Umfang bestätigt, daß infolge der obenerwähnten Maßnahme das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit nicht früher als nach einem halben Jahre in Kraft treten wird und die französische Armee sich bis dahin tatsächlich in einer sehr ungünstigen Lage befindet." Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911 bis 1914, ed. Fr. Stieve, III, 369.

** Ein solcher Zwischenfall ereignete sich schon wenige Tage später in Zabern; vgl. die folgenden Schriftstücke.

Nr. 15 658

*Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 394 Paris, den 26. November 1913

Die französische Presse tut sich viel zu gut auf ihre „ruhige und würdige“ Haltung zu den Vorgängen in Zabern *, wo ein Leutnant in der Kaserne schwer beleidigende Äußerungen nicht nur gegen die elsässische Bevölkerung, sondern auch gegen die französische Fahne ** getan haben soll, ohne daß diese Verfehlung bislang die geringste Sühne oder auch nur den Ansatz dazu gefunden habe.

In der Tat ist die Presse im allgemeinen bemüht, im Gegensatz zu ihren sonstigen Gewohnheiten, jetzt kaltes Blut zu bewahren, und folgt darin augenscheinlich einem Wink der Regierung ***, die im Hinblick auf die geplante große Anleihe und wohl auch auf die internationale Lage jede Preßpolemik hintanhalten möchte, durch die im Publikum Beunruhigung hervorgerufen werden könnte. Es ist aber ersichtlich, daß diese Zurückhaltung der Presse nicht leicht fällt, und einige dem Einfluß der Regierung nicht zugängige Blätter machen ihrem Grimm in scharfen Ausfällen Luft, so unter anderen die bonapartistische „Autorité“, das Blatt des Herrn Paul de Cassagnac, des Sohnes und Nachahmers des verstorbenen, durch dreiste Grobheit und Rauflust bekannten Deputierten. Er hat an den Leutnant von Forstner brieflich und telegraphisch Herausforderungen gerichtet und gefällt sich in einer Heldenpose, die seinem Blatt viel materiellen Gewinn bringt.

Im Publikum ist die Erregung über die angebliche Beschimpfung der französischen Fahne durch einen deutschen Offizier nicht gering. Manche verhehlen nicht eine gewisse freudige Genugtuung wegen des aus den Vorgängen von Zabern sicher zu erwartenden Rückganges

---

* Über die Vorgänge in Zabern vgl. die Reichstagsverhandlungen vom 3. und 4. Dezember 1913.

** Eine Beschimpfung der französischen Fahne hat nicht stattgefunden; die inkriminierte Äußerung des Leutnants von Forstner bezog sich vielmehr auf den Dienst in der Fremdenlegion. Statthalter Graf von Wedel telegraphierte darüber am 17. November an Reichskanzler von Bethmann Hollweg: „Kommandierender General teilt mir soeben mündlich mit, daß Untersuchung, bei der sämtliche beteiligten Rekruten, darunter 13 Elsässer und 9 Nicht-Elsässer, vernommen wurden, folgendes ergeben hat: Von der französischen Fahne ist überhaupt nicht die Rede gewesen. Die betreffenden Äußerungen des Leutnants lauten vielmehr: „Auf den Dienst in der Fremdenlegion könnt ihr sch . . . .“

*** Das wird bestätigt durch Auslassungen Pichons gegen Iswolsky, über die dieser in seinem Briefe an Sasonow vom 4. Dezember 1913 (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 368 f.) berichtet.

der deutschen Sache im Elsaß, andere sind besorgt, daß die Verschärfung der Gegensätze die deutsch-französischen Beziehungen noch mehr vergiften werde, alle sind tief gekränkt[1] über die angebliche Besudelung französischer Ehre. Dieses Gefühl ist vor allem in der französischen Armee verbreitet. Ich erfahre von verschiedenen Seiten, daß französische Offiziere knirschend von unerträglichen deutschen Herausforderungen sprechen[2], die Frankreich jetzt, wo seine zwei Rekrutenjahrgänge es ohnmächtig machen, schweigend hinnehmen müsse, die man aber bis zur Stunde, wo man zur großen Abrechnung bereit[3], nicht vergessen und vergeben werde.

v. Schoen

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] !!

[2] Unglaublich!

[3] sie sollen nur kommen! Dann werden wir mit Gottes Hülfe endgültig mit ihnen abrechnen! Denn wir werden beschimpft und beleidigt nicht nur die letzten 2 Jahre in der ganzen Französ[ischen] Fach und sonstigen Presse sondern im eigenen Heim durch mit franz[ösischem] Gelde aufgeputschte „Wackes"! Da kann uns eher die Geduld ausgehen! *

---

* Zu einem Artikel des „Leipziger Tageblatts" vom 2. Dezember „Zabern in französischer Beleuchtung" bemerkte der Kaiser: „Die ganze Zaberner Geschichte ist explosiv das Zeichen, wie großartig die französische Hetze unter der Nase unserer Zivilbehörden unentdeckt und ungehindert gewühlt und gearbeitet hat, bis dieses Resultat erreicht worden ist in einer einst deutschen Stadt. Die deutsche Presse und der Reichstag sind wie üblich auf die Sache eingegangen — und machen aus einem Maulwurfshaufen einen Berg." Wie aus den Randbemerkungen des Kaisers zum Zabernfall hervorgeht, haben die Vorkommnisse in Zabern, die er auf französische Wühlereien im Elsaß zurückführte, und die Behandlung des Zwischenfalls in der französischen Presse einen tiefen Eindruck auf ihn hinterlassen und ihn in der schon vorher gelegentlich auftretenden Auffassung bestärkt, als ob bei der fortgesetzten Steigerung des französischen Chauvinismus, wie er, um von den mannigfachen Zwischenfällen abzusehen, gerade auch bei der Einführung der dreijährigen Dienstzeit zutage getreten war, auf die Dauer eine kriegerische Verwicklung nur schwer vermeidbar sein werde. Vgl. auch den Brief Iswolskys an Sasonow vom 4. Dezember 1913 (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 368): „Nach ganz zuverlässigen Nachrichten, die er — gemeint ist der französische Außenminister Pichon — hat, augenscheinlich stammen sie von Herrn J. Cambon, beginnt gegenwärtig Kaiser Wilhelm, der sich bis jetzt persönlich durch überaus friedliebende Gefühle gegenüber Frankreich auszeichnete und sogar immer von einer Annäherung an Frankreich träumte, immer mehr der Ansicht derjenigen Personen aus seiner Umgebung, besonders aus militärischen Kreisen, zuzuneigen, die von der Unvermeidbarkeit eines französisch-deutschen Krieges überzeugt sind und deshalb glauben, daß ein solcher, je früher er ausbreche, desto günstiger für Deutschland sein werde." Die „ganz zuverlässigen Nachrichten" Pichons beziehen sich ganz offenbar auf den im Französischen Gelbbuch „Der Europäische Krieg" unter Nr. 6 abgedruckten Bericht Jules Cambons vom 22. November 1913, in dem Äußerungen Kaiser Wilhelms und des Generalstabschefs von Moltke zu dem am 5./6. November in Potsdam zu Besuch weilenden König Albert von Belgien über die Unvermeidbarkeit eines Krieges und die Gewißheit des deutschen Sieges glossiert werden. Die Äußerungen nament-

## Nr. 15 659

### *Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen*

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 1952 Berlin, den 29. November 1913
[abgegangen am 30. November]

Zu Euerer Exzellenz persönlichen vertraulichen Information:

Der französische Botschafter hatte in den letzten Tagen sowohl dem Unterstaatssekretär wie mir gegenüber gesprächsweise und nicht offiziell die angebliche Beleidigung der französischen Armee durch den Leutnant von Forstner in Zabern berührt. Sowohl Herr Zimmermann wie ich hatten ein Eingehen auf die Frage zurzeit abgelehnt.

Heute hatte ich den französischen Botschafter zu mir gebeten und habe ihm unter Hinweis auf die Notiz in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung"* folgendes gesagt: Durch die Untersuchung

---

lich des Generals von Moltke, die von dem belgischen Gesandten Baron Beyens nach dessen eigenem Geständnis (Baron Beyens, L'Allemagne avant la Guerre, p. 26) dem französischen Botschafter zugetragen worden sind, sind indessen stark entstellt wiedergegeben. General von Moltke hat sich darüber am 18. Dezember 1914, nach der Veröffentlichung des französischen Gelbbuchs, in einem Privatbrief an Staatssekretär von Jagow ausführlich ausgelassen; siehe den Wortlaut im „Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges", S. 55. Moltke stellt es darin auf das bestimmteste in Abrede, gesagt zu haben, er halte den Krieg für notwendig und unvermeidlich, und ebenso, daß wir jetzt ein Ende machen müßten. Wenn trotz des Moltkeschen Dementis aus den angeblichen Äußerungen des Kaisers und des Generalstabschefs, ja sogar aus einer bei Lichnowsky (Meine Londoner Mission 1912—1914, S. 14) angeführten, ebenfalls apokryphen Äußerung des Botschafters in Wien von Tschirschky, bald gebe es Krieg, von Poincaré der Schluß gezogen wird: „C'était décidément, bien avant le crime de Serajevo, non seulement l'acceptation graduelle, mais la recherche préméditée de la solution sanglante" (Les Origines de la Guerre, p. 172), so würde ein solcher Schluß aufs stärkste gegen die französischen Staatsmänner selbst zeugen. Denn auch ihnen werden ganz analoge Äußerungen nachgesagt. Vgl. den Bericht E. Judets (Georges Louis par E. Judet, p. 232 s) über Äußerungen, die ihm Poincaré am 14. März 1914 machte und die auf Grund genauester Kenntnis der russischen Stimmungen in eine bestimmte Vorhersage des Krieges für den nächsten Fall irgendeines Konflikts, und sei es auch nur eines geringfügigen zwischen Rußland und Deutschland, hinausliefen. Drastischer sind noch die Äußerungen, die der französische Botschafter in Petersburg Paléologue am 6. Juni 1914 zu Briand tat: „J'ai l'intime conviction que nous allons vers l'orage. Sur quel point de l'horizon et à quelle date éclatera-t-il? Je ne saurais le dire. Mais la guerre est désormais fatale et à brève échéance. J'aurai fait au moins tout ce qui dépend de moi pour ouvrir les yeux du Gouvernement français." La Russie des Tsars, Revue des Deux Mondes 1921, I, 229.

* Vgl. den Reichstagsbericht der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 29. November, an den anschließend zum Ausdruck gebracht wurde, „daß Äuße-

sei festgestellt worden, daß weder eine Beleidigung der französischen Fahne noch der französischen Armee geäußert sei. Der betreffende Offizier habe seine Leute — wie dies durchaus berechtigt erscheine — vor dem Eintritt in die Fremdenlegion warnen wollen. Er habe dies mit einem ungehörigen — inconvenant — Ausdruck getan, und sei hierfür auch von dem Kommandierenden General rektifiziert — rectifié — worden *.

Jagow

Nr. 15 660

*Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 399 Paris, den 30. November 1913

Die Stimmung der französischen Presse über die Vorfälle von Zabern wird immer erregter. Die Regierung vermag sie trotz ernster Bemühungen nicht mehr im Zaum zu halten.

---

rungen in ungehöriger Form über eine fremde Armee selbstverständlich in unserem Heere nicht geduldet werden".

* Vgl. auch den Brief Iswolskys an Sasonow vom 4. Dezember 1913, der Auslassungen Pichons über die Erörterungen Jagows mit Jules Cambon über den Zabernfall enthält. Es heißt darin: „Pichon hat sich jeder scharfen diplomatischen Auseinandersetzung mit Berlin enthalten und nur Herrn J. Cambon beauftragt, Herrn von Jagow im freundschaftlichsten Tone zu erklären, die französische Regierung hätte seinerzeit nicht gezögert, diejenigen Personen, die deutsche Untertanen in Nancy beleidigt hatten, streng zur Verantwortung zu ziehen, und sei daher überzeugt, daß die deutsche Regierung aus eigenem Antriebe im vorliegenden Falle eine entsprechende Haltung einnehmen werde. Dieser Auftrag, sagte mir Pichon, ist von Herrn J. Cambon mit dem ihm eigenen Takt erfüllt worden und hat zu keinerlei Entgegnungen von seiten des Herrn von Jagow geführt, der im Gespräch mit dem französischen Botschafter die Mäßigung und Korrektheit der französischen Presse durchaus anerkannt hat. Auf diese Weise hat der jetzige Zwischenfall an und für sich die französisch-deutschen Beziehungen nicht nur nicht verschärft, sondern scheint im Gegenteil die freundschaftliche Stimmung auf beiden Seiten gefördert zu haben, was gerade augenblicklich von besonderem Werte ist, wo zwischen Frankreich und Deutschland wichtige Verhandlungen stattfinden, um die französischen und deutschen Interessen in Kleinasien miteinander in Einklang zu bringen. Trotzdem muß nach Pichons Meinung der Vorfall in Zabern, der den in Deutschland herrschenden scharfen inneren Gegensatz zwischen den militärischen und den Zivilkreisen zeigt, ernste Besorgnisse für die Zukunft einflößen, denn unter diesen Umständen könnte leicht der Gedanke entstehen, man müsse eine Ablenkung schaffen durch Herbeiführung eines Konfliktes mit Frankreich; man könnte hierbei befürchten, daß Kaiser Wilhelm gegenwärtig einem solchen Gedanken zugänglicher sein werde." Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 368 f.

Die nationalistische „Libre Parole“ sieht bereits in diesen Zwischenfällen eine wohlberechnete Provokation Frankreichs, das, in einer kritischen militärischen Übergangsperiode begriffen, leicht und erfolgreich anzugreifen sei. Die royalistische „Action Française“ dagegen meint, die Zwischenfälle seien der deutschen Regierung sehr gelegen gekommen, denn sie ermöglichen es ihr, den deutschen Patriotismus zu schüren, und ähnlich wie nach dem „Coup d'Agadir“ die erregte öffentliche Meinung als Druckmittel bei den gegenwärtig in Berlin stattfindenden deutsch-französischen Verhandlungen zu benützen.

Während diese beiden Blätter in immerhin noch verhältnismäßig ruhigem Tone ihrer Anschauung Ausdruck geben, verlieren andere alles Maß. So bezeichnet die radikale, sonst keineswegs chauvinistische „Lanterne“ in einem heute den Vorgängen in Zabern gewidmeten Artikel die in Frage kommenden Offiziere des 99. Infanterieregiments als „soudards furieux, brouillons et fous qui déshonorent l'armée“ (allemande). Die Redensarten, in denen sich „La Presse“ ergeht, sind derart unflätig, daß sie überhaupt nicht wiederzugeben sind.

Niemals haben deutsche Blätter, selbst nicht bei blutiger Unterdrückung von Ruhestörungen in Frankreich (Fourmies, Draveil, Narbonne, Raon l'Etape), sich eine so maßlose Sprache zu schulden kommen lassen.

v. Schoen

## Nr. 15 661

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 405 Paris, den 4. Dezember 1913

Bei Beurteilung der Vorgänge, die zum Sturze des Kabinetts Barthou* geführt haben, ist zu beachten, daß, wenn auch die Frage

* Am 2. Dezember war das Kabinett Barthou über die Frage der Steuerfreiheit einer neu aufzulegenden inneren Anleihe gestürzt worden; an seine Stelle trat, nachdem Ribot und Dupuy mit der Kabinettsbildung gescheitert waren, das wesentlich weiter nach links gerichtete Kabinett Doumergue, in dem dieser selbst neben dem Präsidium das Äußere, Caillaux die Finanzen übernahm. Vgl. dazu auch den Bericht und den Brief Iswolskys an Sasonow vom 4. Dezember, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 362 ff., 366 ff. Der russische Botschafter macht kein Hehl daraus, daß er in dem Sturz des Kabinetts Barthou eine Niederlage Poincarés sah; doch setzt er seine Hoffnung darauf, daß dieser keinen Systemwechsel vornehmen und jedenfalls nicht den Führer der Radikalen Caillaux zur Kabinettsbildung berufen werde. „Zurzeit kommt es vom Standpunkt der inneren wie der äußeren

der großen Anleihe die unmittelbare Veranlassung geworden ist, die Ursachen doch in der allgemeinen, mehr nach rechts wie nach links neigenden Regierungspolitik und in besonderem Maße in der Überspannung der nationalen Kräfte durch Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit zu suchen sind. Charakteristisch hierfür ist, daß das Ergebnis der für die Regierung ungünstigen Abstimmung auf der äußersten Linken mit dem Rufe begrüßt wurde: „A bas les trois ans."

Euerer Exzellenz wird aus meiner Berichterstattung erinnerlich sein, daß ich den Fall des Ministeriums in diesem Herbst wiederholt als bevorstehend und das Finanzwesen als den schwachen Punkt seiner Stellung bezeichnet habe, auf den die Gegner den Hauptangriff richten würden *.

So ist es nun in der Tat gekommen.

Ein weiterer Beweis dafür, daß der Opposition die Anleihefrage ein willkommener Vorwand gewesen, mag darin zu erblicken sein, daß sie nicht das Prinzip und die Höhe der Anleihe mit Hartnäckigkeit und Einmütigkeit bekämpft, sondern sich auf jenen einen Punkt versteift hat, der mit der von ihr angestrebten Steuerreform zusammenhängt, die Frage nämlich, ob die neu auszugebende Staatsrente von künftigen, das Kapital und das Einkommen schärfer erfassenden Steuern befreit bleiben solle oder nicht. Beide Anschauungen, die der Regierung und die der Opposition, erscheinen logisch. Die Regierung vertrat den Standpunkt, daß die Anleihe einen Vertrag des Staates mit den Gläubigern darstelle, den die Staatsgewalt nicht einseitig und willkürlich ändern dürfe, die Gegner dagegen machten geltend, daß die Steuerfreiheit der Renteninhaber, möge es sich um große oder kleine Rentner handeln, ein Privilegium sein würde, das mit dem demokratischen Grundsatz der Gleichheit nicht vereinbar wäre. Die Entscheidung der Kammer über diesen Punkt ist zu Ungunsten der Regierung ausgefallen. Sie ist mit 25 Stimmen unterlegen, allerdings, wie ihre Freunde hervorheben, nicht ohne Würde, nach einem überaus heftigen Kampf, in dem sich der Ministerpräsident Barthou und selbst der bis dahin schwache Finanzminister Dumont rühmlich hervorgetan und das Andenken hartnäckiger Verteidiger ihrer Sache gesichert haben.

Die nun geschaffene Lage bringt ein nicht leicht zu lösendes Problem, sowohl was die finanziellen Punkte wie was die allgemeine Politik betrifft. Kein Beobachter, der einigermaßen den Schleier der Kämpfe um die Anleihe zu durchschauen vermag, ist im Zweifel darüber, daß der Ansturm gegen das Kabinett Barthou weniger gegen die Minister wie gegen die höhere Stelle, den Präsidenten Poincaré,

---

Politik vor allem darauf an, daß die Regierung nicht auf H. Caillaux übergeht. Seine Persönlichkeit ist Ihnen hinreichend bekannt. Sie erinnern sich gewiß seiner mehr als zweideutigen Rolle während der Marokkokrise."

* Siehe Nr. 15 652, 15 657.

und seine persönliche Politik gerichtet war. Die Niederlage Barthous wird als ein Echec des Präsidenten, als ein Sieg der echt demokratischen Richtung über eine Politik angesehen, die ihre Stütze auf dem rechten Flügel der Republikaner und darüber hinaus, selbst in den Reihen der offenen oder stillen Gegner der Republik suchte. Die allgemeine, die Stunde beherrschende Frage ist daher die, ob der Präsident streng konstitutionell die Konsequenzen aus den Vorgängen ziehen und den siegreichen Führer der Opposition, Herrn Caillaux, zur Regierung berufen und damit die Richtung, die er selbst in mannigfachen persönlichen Kundgebungen vorgezeichnet hat, verlassen oder ob er einen weiteren Versuch zur Bildung einer Regierung machen wird, die unter der Devise „Wahrung der Würde und Größe Frankreichs" dem Lande den Druck der Lasten belassen wird, der seine Kräfte zu übersteigen droht.

Aber auch für den künftigen leitenden Staatsmann, wer immer es sein mag, bringt die Lage unendliche Schwierigkeiten. Zunächst die finanziellen. An einer großen Anleihe ist bei der heutigen Lage der französischen Staatsfinanzen schlechterdings nicht vorbeizukommen, denn die Abhilfe der Not durch eine Steuerreform kann naturgemäß erst nach geraumer Zeit eintreten, und für eine Operation mit kurzfristigen Schatzscheinen ist der Geldbedarf zu groß. Jetzt aber kann eine Anleihe ohne das Lockmittel der vollständigen und dauernden Steuerfreiheit nur zu wesentlich ungünstigeren Bedingungen gemacht werden. Sie muß auch einen nicht unerheblichen Aufschub erleiden, dieser muß eine bedeutende Verzögerung aller geplanten Anleihen ausländischer Staaten zur Folge haben, und damit erleidet der schon seit Jahren unter dem Druck der unsicheren äußeren Lage daniederliegende französische Geldmarkt eine weitere ungünstige Beeinflussung.

Auch in den Fragen der inneren Politik türmen sich Schwierigkeiten auf. Die Majorität der Kammer, der die Regierung hat weichen müssen, ist keine starke — nur 25 Stimmen — und keine homogene. Ihr Kern bildet sich nur aus den in Pau* geeinigten Radikalen mit etwa 150 Köpfen. Damit läßt sich schwerlich regieren. Auf die Dauer eine Stütze weiter links, selbst bei den reinen Sozialisten, zu

---

* Am 17. Oktober waren die bisher gespaltenen Radikalen in Pau zu einem Parteitag zusammengetreten, der zur Wiedervereinigung der Richtungen und zur Wahl eines neuen Parteichefs — es war Caillaux — führte. Bei der Erörterung der außenpolitischen Lage trat auch der Wille der Partei zutage, ein leidlich gutes Verhältnis zu Deutschland anzustreben. In die Resolution wurde eine Sympathieerklärung für diejenigen Politiker aufgenommen, die an der Berner Verständigungskonferenz vom 11. und 12. Mai (vgl .dazu den Anhang B des Kapitels) teilgenommen hatten. Siehe auch den Bericht Iswolskys Nr. 48 vom 23. Oktober. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed Fr. Stieve, III, 319 f.

finden, wie dies bei dem jetzigen Ansturm gegen die Regierung der Fall gewesen, davor werden selbst die Radikalen zurückschrecken. Ihr Programm enthält überdies wesentliche Punkte, für deren Verwirklichung das heutige Frankreich noch nicht aufnahmefähig scheint, vor allem die der Einkommen- und Kapitalsteuer mit strenger Deklarationspflicht, etwa nach deutschem Muster. Mehr Aussicht auf Erfolg, wenigstens in den breiten Massen, haben andere Punkte, so die rücksichtslose Verweltlichung der Schulen und die allmähliche Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit. Aber in letzterem Punkte werden alle national gesinnten Elemente überaus heftigen Widerstand leisten.

So gestaltet sich die heutige Krise zu einer ungewöhnlich schwierigen. Kommt, was nach konstitutionellen Regeln nahe liegt, das radikale Element ans Ruder, so sind überaus heftige Kämpfe unvermeidlich, um so mehr, als es sich angesichts der im Mai bevorstehenden Kammerwahlen um Gewinnung der Wählermassen für oder gegen die neue Richtung handelt.

Es ist unter diesen Umständen natürlich, daß bereits hie und da der Gedanke auftaucht, die Schwierigkeiten der Lage nicht nach streng konstitutionellen Regeln zu lösen, sondern schon bald, vor dem regelmäßigen Termin, an das Land zu appellieren, nicht in diktatorischer Form, sondern im Einvernehmen mit beiden Kammern. Für die kurze Übergangszeit wäre ein reines Geschäftsministerium zu bestellen.

Ob dieser Gedanke einige Aussicht auf Erfolg hat, läßt sich zurzeit noch ebenso wenig übersehen, wie sich erkennen läßt, in welchem Sinne der Präsident der Republik seine Entschließungen treffen wird. Sollte Herr Caillaux der Leiter der nächsten französischen Zukunft werden, so würde dies, wie ich in meinen Berichten des öfteren ausgeführt habe, für uns insofern von besonderem Interesse sein, als seine Regierung eine wesentliche Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen in rein politischer und auch in wirtschaftlicher Beziehung anstreben und das Zusammenhalten Frankreichs mit Rußland und England weniger betonen würde[1] wie das bisherige Regime. Aber auch wenn eine andere Persönlichkeit wie Herr Caillaux an die Spitze der Regierung tritt, so ist mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, daß die nationalistische Politik des Herrn Barthou keine Fortsetzung finden wird, denn Frankreich bedarf aus mehrfachen Gründen der Ruhe.

v. Schoen

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Desswegen erklärte mir Kokowtzow er sei ein ganz unmöglicher Mann!

Nr. 15 662

*Der Geschäftsträger in Paris von Radowitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 410 Paris, den 10. Dezember 1913

Nach sechstägigen ziemlich mühseligen und wechselvollen Verhandlungen ist es endlich gelungen, ein neues Ministerium zu bilden. Seine Zusammensetzung und die Vorgeschichte der einzelnen Mitglieder geht aus der anliegenden Liste* hervor. Es mag Herrn Poincaré nicht leicht geworden sein, seinen Namen unter die Ernennungsdekrete des Kabinetts Doumergue zu setzen, denn die Richtung der neuen Regierung kennzeichnet, vielleicht noch mehr, als er befürchtet haben mochte, die Niederlage seiner „nationalen" und „Beruhigungs"-Politik. Es war ihm übrigens schon durch die mißglückten Versuche Ribots und Dupuys klar geworden, daß er auf die Zusammensetzung des neuen Kabinetts nur einen sehr geringen Einfluß würde ausüben können, und daß die Herren Caillaux und Clemenceau den Sieg ihrer Partei rücksichtslos ausbeuten würden. So ist denn auch unter der Ägide dieser beiden das neue Kabinett zustande gekommen, in dem der Ministerpräsident gewissermaßen nur die Fassade darstellt, hinter welcher die genannten radikalen Führer ihr Programm tatkräftig zu verwirklichen streben. Hierbei wird es nicht ohne Schwierigkeiten für den Präsidenten abgehen, der sich in einem scharfen persönlichen und politischen Gegensatz zu der in ungewöhnlicher Stärke ans Ruder gelangten Partei befindet. Die einzige Konzession, die ihm von seinen Gegnern gemacht wurde, kann man in der Wahl Doumergues zum Ministerpräsidenten erblicken, der mit Herrn Poincaré persönlich befreundet ist und auch in Versailles für ihn gestimmt hat. Sonst hatte Herr Doumergue in der Tat keine Qualitäten, die ihn für seinen Posten besonders geeignet erscheinen ließen. Namentlich seine Berufung zur Leitung des Quai d'Orsay hat ziemlich allgemein lebhafte Verwunderung und in den gegnerischen Deputiertenkreisen und in der Presse scharfen Einspruch hervorgerufen. Der eigentliche Leiter der auswärtigen wie überhaupt der ganzen Politik des Kabinetts wird übrigens wohl Herr Caillaux sein. Hiermit könnten wir an sich, bei seinen bekannten Bestrebungen und Gesinnungen, ganz zufrieden sein, insbesondere, da er

---

* Die Liste umfaßte: Doumergue, Präsidium und Äußeres; René Renoult, Inneres; Caillaux, Finanzen; Viviani, Unterricht; F. David, Öffentliche Arbeiten; Noulens, Krieg; Monis, Marine; Lebrun, Kolonien; Malvy, Handel; Métin, Arbeit und soziale Fürsorge; Raynaud, Ackerbau; Bienvenu Martin, Justiz.

und seine Parteifreunde sowohl in Bern* wie in Pau** sich offen zu einer Politik der Annäherung an Deutschland bekannt haben. Allerdings dürfen wir nicht vergessen, daß Herr Clemenceau, über dessen Gesinnung wir uns keine Illusionen machen können, hinter den Kulissen nicht selten die politischen Drähte ziehen wird. Auch der neue Kolonialminister Lebrun hat einen leichten Stich ins Chauvinistische, schon als Deputierter eines Ostdepartements. Seine Ernennung scheint gleichfalls ein Zugeständnis an Herrn Poincaré zu bilden, zu dessen treuesten und ergebensten Anhängern er gehört. Im übrigen aber setzt sich das Kabinett fast durchweg aus waschechten Radikalen zusammen. In innerpolitischer Beziehung verleihen namentlich zwei Minister dem Kabinett das Gepräge einer ausschließlichen Parteiregierung: der Minister des Innern René Renoult, von dem man allgemein annimmt, daß er, falls das Kabinett dann noch lebt, die Kammerwahlen des nächsten Jahres rücksichtslos zugunsten der Radikalen „machen" wird. Der zweite ist der Unterrichtsminister Viviani, welcher das antiklerikale Programm bis zu den äußersten Grenzen durchzuführen bestrebt sein wird. Die Entrüstung der katholischen Kreise über das neue Ministerium ist übrigens nicht nur wegen der Persönlichkeit des Unterrichtsministers eine so lebhafte, sondern auch deswegen, weil nunmehr die Hoffnung auf eine Annäherung an den Vatikan vollständig geschwunden ist.

Die Zornesausbrüche der Konservativen und Gemäßigten lassen erwarten, daß das neue Kabinett in der Kammer sehr bald den heftigsten Anstürmen ausgesetzt sein wird. Man hofft in diesen Kreisen, daß ihm keine lange Lebensdauer beschieden sein wird, und rechnet dabei insbesondere damit, daß unter den Mitgliedern des neuen Kabinetts in der Frage der Wahlreform und der dreijährigen Dienstzeit grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Bei dieser Hoffnung scheint allerdings mehr der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein, denn die Zusammensetzung des Kabinetts ist mit unleugbarem Geschick darauf berechnet, ihm eine sehr ausreichende Mehrheit unter den linksrepublikanischen Gruppen zu sichern. Von den der Kammer angehörenden neun Ministern sind drei, Caillaux, Fernand David und Noulens, Mitglieder der radikalen Linken, drei, Malvy, Métin und Renoult, der sozialistisch-radikalen Gruppe, zwei, Lebrun und Raynaud, der demokratischen Linken und einer, Viviani, der sozialistisch-republikanischen Gruppe. Die drei Senatoren des Kabinetts, Doumergue, Bienvenu Martin und Monis, gehören zur demokratischen radikalen und sozialistisch radikalen Linken. Von den Unterstaatssekretären sei Herr Maurice Ajam erwähnt, der dank der

---

* Vgl. dazu Anhang B.

** Vgl. Nr. 15 661, S. 235, Fußnote.

Freundschaft Caillaux' zur Leitung der Handelsmarine berufen wurde. Er hat sich in der letzten Zeit in angenehmer Weise durch seine Bemühungen zur Besserung der handelspolitischen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland bekannt gemacht.

Die Antrittserklärung des neuen Kabinetts* wird zweifellos die baldige Durchführung des radikalen Programms versprechen, ob es ihm damit auch ernst ist, muß dahingestellt bleiben. Zunächst wird man versuchen, die finanziellen Bedürfnisse ohne Rentenanleihe zu befriedigen, vielleicht auf dem Wege langfristiger Schatzscheine. Einkommensteuer, Wahlreform und allmähliche Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit werden wohl vorläufig ad acta gelegt werden, denn das Parlament wird vor allem die Budgetvorlage erledigen müssen, wozu voraussichtlich die wenigen Monate bis zum Ablauf der Legislaturperiode gerade noch ausreichen dürften. Diese Sachlage ist dem Kabinett gewiß nicht unerwünscht, da ihm dadurch die Er-

---

* Die Antrittserklärung des neuen Kabinetts, die am 11. Dezember erfolgte, betonte den Wert, den die Regierung dem Bündnis mit Rußland, dem intimen Verhältnis zu England und der Herzlichkeit der Beziehungen Frankreichs zu den anderen Mächten beimesse. Bezüglich der dreijährigen Dienstzeit wies die Erklärung darauf hin, daß das Gesetz über ihre Wiedereinführung nun einmal angenommen und daß die Regierung daher verpflichtet sei, es zur Ausführung zu bringen. Sie werde das in loyaler Weise tun, um so mehr, als die Umstände, unter denen das Gesetz angenommen worden sei, noch immer obwalteten. Gleichzeitig mit dieser Erklärung gab der Ministerpräsident dem russischen Botschafter beruhigende Versicherungen dahin ab, daß die Außenpolitik Frankreichs, die sich auf das Bündnis mit Rußland und auf die herzliche Freundschaft mit England stütze, unverändert bleibe. Geheimtelegramm Iswolskys an Sasonow Nr. 572 vom 11. Dezember, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 386. Die gleichen Absichten bekundete Doumergue in einem alsbald veröffentlichten Telegrammwechsel mit Sasonow und Sir E. Grey. Der belgische Gesandte in London Comte de Lalaing bemerkte zu dieser öffentlichen Festlegung der französischen Regierung in seinem Bericht vom 13. Dezember: „Une mise au point aussi catégorique, à l'occasion d'un changement de portefeuilles, est assez inusitée et a été probablement considerée comme utile, dans les circonstances, pour contredire des rumeurs qui avaient cours." Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 126. Das Ministerium Doumergue war auch bestrebt, den Worten Taten folgen zu lassen. Bald mußte Iswolsky anerkennen, daß „die Herren Doumergue und Caillaux, obwohl sie im Rufe der Russenfeindlichkeit stehen, sich gesonnen gezeigt haben, die Frage unserer Anleihe (vgl. dazu Nr. 15 656, S. 221, Fußnote) durchaus unseren Wünschen entsprechend zu lösen". Nicht minder mußte Iswolsky zugeben, daß Doumergue „in der brennendsten und für uns wichtigsten Frage", derjenigen der Mission Liman von Sanders (vgl. dazu Bd. XXXVIII, Kap. CCXC), ohne Schwanken Rußland folge. Am 1. Januar 1914 stellte Iswolsky von neuem fest, daß das Kabinett Doumergues und Caillaux' russischerseits, soweit es sich um die unmittelbaren Interessen des Kaiserreichs handele, keinerlei Vorwürfe verdiene. Stieve, a. a. O., IV, 9. Die gleiche Feststellung wiederholt sich am 12. März; daselbst S. 67. Trotzdem war und blieb Iswolsky unzufrieden mit dem Kabinett Doumergue-Caillaux, weil er in ihm eine „Angst vor jeglichen Verwicklungen" verkörpert glaubte und in beiden genannten Ministern die Widersacher Poincarés sah.

reichung seines Hauptzieles, sich bis zu den Wahlen am Ruder zu erhalten, nur erleichtert wird.

W. Radowitz

## Nr. 15 663

### *Der Geschäftsträger in Paris von Radowitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 414 Paris, den 12. Dezember 1913

Bezeichnend für die durch den Ministerwechsel hervorgerufene Verschärfung der Parteigegensätze ist es, daß die gegnerische Presse rücksichtslos bestrebt ist, das neue Kabinett auch bei den Verbündeten und Freunden Frankreichs herabzusetzen und zu verdächtigen.

So führt „Figaro“ in seiner Nummer vom 8. d. Mts. und in seinem anscheinend vom Elysée inspirierten Artikel vom 11. Begebenheiten aus den Jahren 1906 und 1911 an, die den Mangel an politischem Feingefühl Doumergues und Caillaux’ und damit ihre Unfähigkeit zur Leitung der auswärtigen Politik Frankreichs beweisen sollen.

Auch „République Française“ ist der Ansicht, daß die Übernahme des Portefeuilles des Ministers des Äußern durch Herrn Doumergue, der sich bisher wenig um Politik bekümmert habe und von einem Manne unterstützt werde, dessen Rückkehr als Minister in jedem anderen Lande ein Ding der Unmöglichkeit gewesen wäre (Caillaux), eine erfahrene, sichere, feste und doch vorsichtige Vertretung von Frankreichs Interessen im Auslande nicht erhoffen lasse.

Ähnlich spricht sich A. de Mun im „Echo de Paris“ aus. Nach Betonung der verderblichen Rolle, die Caillaux während des Sommers 1911 gespielt, und unter Hinweis auf die unvorsichtigen Äußerungen, die dieser über England und Spanien gemacht habe, stellt er die Frage: „Est-ce cette politique là, est-ce cette politique de procédés blessants pour l’Angleterre et pour l’Espagne, de négociations secrètes avec l’Allemagne, d’ententes coloniales ou financières, préludes des rapprochements publici, est-ce cette politique que nous apporte M. Doumergue, en lui donnant comme gage de sincérité, le retour à la loi de deux ans?“

„Liberté“ glaubt die berechtigte „Caillauxphobie“ Englands* hervorheben zu müssen, und „Libre Parole“ geht so weit, dem neuen

---

* Tatsächlich wurde das Kabinett Doumergue-Caillaux gerade in England sehr kühl aufgenommen. Wie ein Bericht des Geschäftsträgers von Kühlmann vom 9. Dezember 1913 (Nr. 694) feststellte, begegnete vor allem die Persönlichkeit Caillaux’ in der englischen öffentlichen Meinung tiefem Mißtrauen. Die eng-

Finanzminister mangelnden Patriotismus und Unzuverlässigkeit vorzuwerfen, weil er während der Kabinettskrise in Gesellschaft des jüdischen Spekulanten Lazarus Weiler und des Direktors der Diskonto-Gesellschaft fröhlich diniert habe!

Selbst die Agence Havas scheint diese Kampagne zu unterstützen, indem sie entgegen ihrer sonstigen Gepflogenheit die dem Kabinett Doumergue ungünstigen russischen und englischen Preßstimmen ungeniert wiedergibt. Dies Verhalten dürfte auf die sehr engen persönlichen Beziehungen zurückzuführen sein, in denen der gegenwärtige Leiter der Agence Havas Pognon zum Präsidenten Poincaré steht.

Mit Recht macht „Lanterne" geltend, daß die Opposition in der Betätigung ihres Grolles zu weit gehe, indem sie sich nicht damit begnüge, die Mitglieder des neuen Ministeriums zu beschimpfen und herabzusetzen, sondern sie sogar als Feinde der Bundesgenossen und Freunde Frankreichs hinstelle, womit Frankreich im Auslande schwer kompromittiert werde.

W. Radowitz

Nr. 15 664

*Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 730 London, den 27. Dezember 1913

M. Caillaux äußerte in einem vertraulichen Gespräche mit einem Angehörigen der Presse, man habe ihn ganz mit Unrecht als Gegner Englands und Gegner eines herzlichen Einvernehmens zwischen England und Frankreich hingestellt. Er habe allerdings über die Art, wie die Entente aufzufassen sei, Anschauungen, die von denen seiner Vorgänger etwas abwichen; aber seine Auffassung werde auch vom Präsidenten der Republik geteilt. Die Entente habe einer „tutelle" zu ähnlich gesehen. Frankreich müsse seine volle Bewegungsfreiheit haben und in der Lage sein, seine Politik in erster Linie nach seinen eigenen Interessen einzurichten. Sir Francis Bertie, der englische Botschafter, mische sich fortwährend in französische innerpolitische Fragen ein. Dies könne nicht geduldet werden. Er werde, falls sich derartiges wiederholen sollte, unmittelbar bei Sir Edward Grey Beschwerde führen.

---

lische Presse hatte an ihm vor allem auszusetzen, daß er kein enragierter Anhänger der Tripelentente sei. Vgl. dazu das folgende Schriftstück, ferner den Bericht des belgischen Gesandten in London Comte de Lalaing vom 13. Dezember, Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 126.

Auf Personalien übergehend, erwiderte er dem Journalisten auf seine Frage, es sei allerdings beabsichtigt, Herrn Cambon aus London abzuberufen, doch müsse man einem Manne von seinen Verdiensten und seiner Vergangenheit gewisse Rücksichten erweisen. Man könne ihm nicht ohne weiteres den Stuhl vor die Tür setzen. Als geeignete Nachfolger erschienen ihm Jusserand oder Barrère. Letzterer spreche glänzend Englisch und besitze Beziehungen in England. Die Meldungen über die Ernennung von Margerie nach Petersburg seien mit Vorsicht aufzufassen. Ihm selbst scheine General Lyautey eine gute Wahl für Rußland *.

---

* Darnach scheint Caillaux schon im Dezember an eine Abberufung Delcassés aus Petersburg gedacht zu haben. Tatsächlich erfolgte der Rücktritt Delcassés am 12. Januar 1914, sein Abgang aus Petersburg am 31. Januar, nachdem ihm der höchste russische Orden, der St. Andreasorden, verliehen worden war. Über die Rolle, die Delcassé in den elf Monaten seiner Petersburger Tätigkeit gespielt hat, schreibt Graf Pourtalès in einem Bericht vom 17. Januar (Nr. 10): „Tatsächlich bildet der große persönliche Einfluß, den Herr Delcassé sehr schnell auf Herrn Sasonow zu gewinnen verstanden hat, den allerdings großen, aber auch einzigen Erfolg, den der scheidende Botschafter hier gehabt hat. Herr Sasonow hat mir meinen französischen Kollegen wiederholt als äußerst maßvoll, vernünftig und friedliebend hingestellt. Ich bin um so mehr überzeugt, daß Herr Delcassé sich dem Minister, in richtiger Beurteilung seiner Persönlichkeit, in diesem Lichte gezeigt hat, als es dem französischen Interesse während der Balkankrisis auch oft entsprochen haben dürfte, hier mäßigend einzuwirken. Dabei aber bezweifle ich nicht, daß Herr Delcassé nicht unterlassen hat, in dieser friedliebenden Hülle manches Giftkorn hier gegen uns auszustreuen. Daß er in den Anfangsstadien der Hetze wegen der Militärmission stark mitbeteiligt war, wird von mehreren meiner hiesigen Kollegen, auch von Vertretern kleinerer neutraler Staaten, bestimmt angenommen.“ Ebenso heißt es in einem Bericht vom 31. Januar (Nr. 32): „Herr Delcassé hat Herrn Sasonow während der kurzen Zeit seines hiesigen Wirkens derartig einzuwickeln verstanden, daß der Minister es sehr gern sehen dürfte, wenn dieser Staatsmann in Frankreich möglichst bald wieder zu einer einflußreichen Stellung gelangen, womöglich Minister des Äußeren oder Ministerpräsident würde. Dabei bezweifele ich nicht, daß mein bisheriger französischer Kollege, wie Herr Sasonow immer rühmend von ihm hervorhebt, sich hier äußerst maßvoll und friedliebend gezeigt hat. — Herr Delcassé, der sich hier augenscheinlich in erster Linie zur Aufgabe gestellt hat, den täglichen vertrauensvollen Gedankenaustausch mit dem hiesigen Kabinett zu pflegen, ist offenbar bestrebt gewesen, auf dieses im Sinne einer stärkeren Betonung der Allianz und der Tripelentente einzuwirken. Mancherlei Anzeichen und insbesondere Nuancen in dem Verhalten des Herrn Sasonow uns gegenüber in den letzten Monaten lassen aber auch darauf schließen, daß der Botschafter die Gelegenheit nicht hat vorübergehen lassen, um hier gegen uns Mißtrauen zu säen. — Diesem Bestreben entspricht es, daß Herr Delcassé unter den Diplomaten ausschließlich Beziehungen mit der englischen Botschaft, besonders mit dem uns feindlich gesinnten Herrn O'Beirne unterhielt. Den Vertretern des Dreibundes gegenüber beschränkte er sich auf die notwendigsten Formalitäten des geselligen Verkehrs. Gesprächen über Fragen der auswärtigen Politik ging der Botschafter bei Begegnung mit meinem italienischen Kollegen und mir geflissentlich aus dem Wege. Den Geschäftsträgern der Dreibundmächte gegenüber hat er in einigen Fällen eine die Grenzen der Höflichkeit überschreitende ablehnende Haltung eingenommen. — Herr Del-

Die Äußerung des französischen Finanzministers, für deren Echtheit eine große innere Wahrscheinlichkeit spricht, zeigt, daß seine Abneigung gegen den englischen Botschafter in Paris noch ebenso stark ist wie früher. Die Unbeliebtheit, deren sich Herr Caillaux in englischen Regierungskreisen und in der englischen Presse erfreut, beruht nicht so sehr, wie in deutschen Blättern manchmal angenommen wird, auf seinem Versuche, durch das Kongoabkommen mit Deutschland die marokkanische Frage aus der Welt zu schaffen, als auf seinen Zusammenstößen mit Sir Francis Bertie, die ihren Höhepunkt in der Äußerung Caillaux' erreichten, er pfeife auf die entente cordiale; eine Äußerung, deretwegen sich der englische Botschafter über ihn beim Präsidenten der Republik beschwerte. Sir Francis Bertie hat seitdem unermüdlich in seiner Berichterstattung und in seinem Verkehr mit den Pariser Korrespondenten der großen englischen Blätter Herrn Caillaux so schwarz als möglich gemalt.

---

cassé ist bereits der vierte französische Botschafter gewesen, den ich hier erlebt habe. Keiner seiner Vorgänger hat sich zu mir und allen Mitgliedern der Botschaft so kühl gestellt als er, wenn auch der, wie ich höre, in Pariser Faubourg-Kreisen verbreitete Klatsch, daß er mir überhaupt keinen Besuch gemacht hat und einer Begegnung mit mir ausgewichen ist, der Wahrheit nicht entspricht. Mit der Presse ist Herr Delcassé, was die persönliche Berührung mit den Mitarbeitern der hiesigen Zeitungen betrifft, zwar anscheinend sehr vorsichtig gewesen, es ist aber ein öffentliches Geheimnis, daß unter seiner Amtsführung die schlimmsten Hetzer der ‚Nowoje Wremja' täglich in der französischen Botschaft verkehrt haben. Es wird daher wohl auch kein bloßer Zufall sein, daß die Angriffe der hiesigen Presse gegen Deutschland in der letzten Zeit gehässiger geworden sind denn je zuvor."

Vgl. dazu auch das Zeugnis von Pichon, mitgeteilt von E. Judet, George Louis, p. 241: „Delcassé a contribué aussi à faire éclater la guerre, en ne cessant de monter les Russes contre l'Allemagne." Durch nichts aber wird die Tätigkeit Delcassés in Petersburg so gut charakterisiert als durch seine eigenen Angaben zu Iswolsky aus dem Oktober 1914 über die Kriegsziele Frankreichs. (Fr. Stieve, Iswolski im Weltkriege, S. 118 f.) In ihnen kommt Delcassé auf Verhandlungen zurück, die er 1913 mit Sasonow geführt und in denen er „sehr oft und ganz offen" die Forderungen und Wünsche Frankreichs dargelegt habe, die in Europa in der Rückgabe Elsaß-Lothringens, in Afrika in der Vernichtung der letzten Überreste der Algecirasakte und der Regulierung einiger kolonialen Grenzen gipfelten. — Der Nachfolger Delcasssés in Petersburg, der Politische Direktor am Quai d'Orsay Paléologue, trat ganz in dessen Fußtapfen. Bei Paléologues Ernennung ist der Einfluß seines nahen Freundes und Vertrauten Poincaré entscheidend ins Gewicht gefallen. Vgl. das Geheimtelegramm Iswolskys an Sasonow Nr. 622 vom 8. Januar 1914: „Die Wahl Paléologues erfolgte auf die persönliche Initiative des Präsidenten der Republik, der mit ihm von der Schulbank her durch innige Freundschaft verbunden ist." Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 20. Nach seiner eigenen Erzählung (La Russie des Tsars, Revue des Deux Mondes 1921, I, 228) hätte er den ihm unter tätiger und bestimmender Mitwirkung Poincarés angebotenen Posten in Petersburg nur angenommen „pour y pratiquer exclusivement la politique traditionnelle de l'Alliance, comme étant la seule qui permît à la France de poursuivre sa mission historique dans le monde".

Offenbar hat der englische Botschafter den Wunsch des Herrn Caillaux, Paul Cambon vom Londoner Posten zu entfernen, auch zum Gegenstand seiner amtlichen Berichterstattung gemacht. Denn Mr. Asquith äußerte einem Bekannten gegenüber vor einigen Tagen, es gebe Leute in Paris, die Herrn Cambon gern beseitigt sehen möchten. Dieser sei aber ein bedeutender Mann, den man nicht ohne weiteres verabschieden könne, und das Ministerium Caillaux werde wohl zu kurzlebig sein, um seine Pläne in dieser Hinsicht zur Ausführung zu bringen.

Lichnowsky

## Nr. 15 665

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 434 Paris, den 31. Dezember 1913

Den Führern der Linksrepublikaner konnte, als sie das Ministerium Barthou stürzten, nicht unbekannt sein, daß sie die Erben einer sehr schwierigen Lage sein würden. Neben einem unlösbar scheinenden Widerspruch zwischen Kammer und Senat in Sachen der Wahlreform, einer die politischen Gemüter tief bewegenden und entzweienden Frage, war es die hauptsächlich aus der Heeresverstärkung sich ergebende schlimme Finanzlage und die damit zusammenhängende Steuerfrage, welche ganz außergewöhnliche Anforderungen an diejenigen stellte, welche sich in diesen Punkten besseres Können wie die beseitigte Regierung zutrauten.

Die neuen Männer haben das Vertrauen, daß sie in Herrn Caillaux die Kraft besitzen, die den Knoten der Finanzen zu lösen oder zu durchhauen vermöge.

Die jetzt ans Ruder gelangten Politiker mußten auch damit rechnen, in einer Zeit, wo sich alle bedeutenderen politischen Handlungen unter dem Gesichtspunkt der bevorstehenden Kammerwahlen vollziehen, von den von der Macht Verdrängten befehdet und bedrängt zu werden. Es scheint aber fast, daß das, was sich in dieser Hinsicht vorbereitet, noch über das Maß des Erwarteten hinausgehen wird. Kaum hat das neue Ministerium sich in den Sattel gesetzt, als auch bereits starke Kräfte sich mit ungewöhnlichem Eifer regen, es zu Fall zu bringen. Und diese Kräfte sind nicht etwa diejenigen der mehr oder weniger offenen Feinde der heutigen Republik, sondern es sind Mitglieder der engeren Familie, echte Republikaner, die Vertreter der gemäßigten, von den großen Vorbildern Gambetta und Jules Ferry vorgezeichneten Richtung, Politiker, deren Bekenntnis sich nur um Haaresbreite von demjenigen

der jetzt Regierenden unterscheidet, die aber zwischen sich und jenen, die ihnen in der Volksgunst den Rang abzulaufen drohen, einen scharfen Trennungsschnitt ziehen zu müssen glauben, der mangels deutlicher sachlicher Gegensätze gern auf persönliches Gebiet greift*. Das Zeichen zu diesem Kampfe hat Herr Briand in einer Rede gegeben, die mit persönlichen Sticheleien gegen Herrn Caillaux gespickt und deren Schwerpunkt eine Warnung vor den allzu kühnen Steuerplänen des „demagogischen Plutokraten" war. Der gewandte Redner wußte nur zu gut, wie dankbar es ist, vor den Wählern demjenigen entgegenzutreten, dessen Name gleichbedeutend ist mit einem neuen, scharf eingreifenden Steuersystem. Aber Herr Briand hat sich nicht mit Reden begnügt, sondern, ebenso getreu seinem neueren Dogma der versöhnenden Sammlung aller willigen Kräfte, wie ungetreu seinem früheren Bekenntnis zum Sozialismus, sich an die Spitze einer neuen Gruppe gestellt, die das Ideal einer auf den Bahnen gesunden Fortschrittes wandelnden Republik in Friede und Eintracht anzustreben vorgibt, in Wirklichkeit aber nichts anderes ist als eine Vereinigung von Männern, die das jetzige Regime zu bekämpfen und, wenn irgend möglich, noch vor den Wahlen zu stürzen gedenken. Die Vereinigung umfaßt bekannte Namen wie Barthou, Pichon, Millerand, Etienne, Dupuy und andere und genießt, allem Anscheine nach, nicht nur die Sympathien, sondern auch die stille Unterstützung des Präsidenten der Republik. Man munkelt sich zu, daß manche scharfe Angriffe, welche rechtsrepublikanische Blätter, so der „Figaro", unausgesetzt gegen die neuen Männer, vor allem gegen Caillaux richten, vom Elysée inspiriert, mindestens mit dessen Konnivenz geschrieben werden.

So handelt es sich bei der neuen Bewegung nicht nur um einen Kampf zwischen den beiden großen republikanischen Richtungen,

---

* Vgl. über die neue, wesentlich von Briand ausgehende politische Gruppierung, zu der Barthou, Pichon usw. gehörten, den Bericht des belgischen Gesandten in Paris Baron Guillaume vom 16. Januar 1914 (Belgische Aktenstücke 1905 bis 1914, S. 127 f.). Guillaume nimmt in diesem Bericht gerade vom belgischen Standpunkte aus entschieden für Caillaux und gegen seine Gegner Stellung, da Caillaux' Beteiligung an der Regierung die internationalen Reibungsflächen verringern und eine bessere Grundlage für die deutsch-französischen Beziehungen bilden werde. Dagegen sieht Guillaume in den Poincaré, Delcassé, Millerand usw. eine Gefahr für Europa und den Weltfrieden: „J'ai déjà eu l'honneur de vous dire que ce sont M. M. Poincaré, Delcassé, Millerand et leurs amis qui ont inventé et poursuivi la politique nationaliste, cocardière et chauvine dont nous avons constaté la renaissance. C'est un danger pour l'Europe — et pour la Belgique. J'y vois le plus grand péril qui menace aujourd'hui la paix de l'Europe, non pas que j'aie le droit de supposer le Gouvernement de la République disposé à la troubler de propos délibéré — je crois plutôt le contraire — mais parce que l'attitude qu'a prise le Cabinet Barthou est selon moi la cause déterminante d'un surcroît de tendances militaristes en Allemagne."

der gemäßigten gegen die radikale, sondern auch mehr oder weniger offen um eine Entscheidung für und wider Herrn Poincaré und dessen persönliche Politik. Für den Präsidenten selbst aber handelt es sich geradezu um eine Existenzfrage; denn gelingt es seinen Freunden nicht, die jetzigen Machthaber zu verdrängen, so wird er deren Sklave in einem Maße, das auf die Dauer mit seinem selbständigen Charakter und der Auffassung seiner Aufgaben unvereinbar sein wird.

Auf welchen Erfolg die unter der Fahne republikanischer Eintracht fechtende Gruppe hinter Briand rechnen kann, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Ihre Schwäche ist der Mangel eines scharf umrissenen Programms und der Verdacht des Paktierens mit der nichtrepublikanischen Rechten, trotz all ihres Gelobens treuen Festhaltens an dem republikanischen Grundgebote der Trennung von Staat und Kirche. Ihre Stärke liegt in der Mobilmachung der Bourgeoisie mit dem Schreckgespenst der radikalen Steuerreform. Die Waffe des Hinweises auf die für die Landesverteidigung und die nationalen Interessen unheilvolle Richtung des neuen Regimes ist ihnen vorläufig genommen, seitdem die Regierung bestimmt — ob frei von Hintergedanken, mag dahingestellt bleiben — erklärt hat, daß sie das einmal bestehende Gesetz über die dreijährige Dienstzeit loyal ausführen und in der äußeren Politik weder von der festen Grundlage von Bündnis und Freundschaft noch auch sonst von den von den Vorgängern vorgezeichneten Wegen abweichen werde.

Haben die Gegner der neuen Regierung dieser auch in der kurzen Zeit des Bestehens das Leben schon recht sauer zu machen gewußt, namentlich durch eifrige Preßarbeit, so ist es ihnen doch nicht gelungen, ihr auf dem parlamentarischen Boden ernsten Schaden zuzufügen. Die Regierung hat vielmehr in dem schwierigsten Punkte, demjenigen der Finanzen, durch Bewilligung eines zweimonatlichen Budgetprovisoriums einen nicht unbedeutenden Erfolg zu erringen vermocht.

Die außerordentliche Herbstsession hat damit ihren Abschluß gefunden, die Kammern sind in die Neujahrsferien gegangen, die ordentliche Session wird Mitte Januar beginnen, und so tritt eine kurze Ruhepause, die übliche trève des confiseurs ein, welche die Regierung zur Befestigung ihrer Stellung und zur Ausarbeitung ihres Finanzprogramms benutzen kann.

Wie sich Herr Caillaux die Lösung der Finanzschwierigkeiten denkt, hat er vorerst nur ganz oberflächlich sich zu äußern für gut befunden. Die große Anleihe von 1300 Millionen ist mit dem früheren Ministerium gefallen und auf die unbestimmte Zeit verschoben, wo das Deckungsprinzip mit neuen Steuern feststehen wird. Sie wird voraussichtlich bis zu 1800 Millionen anwachsen. Anleihen nur für außerordentliche Ausgaben, für regelmäßig wiederkehrende Ausgaben jedoch volle Deckung mit Hilfe einer Einkommen- und

Vermögenssteuer nach demokratischen Grundsätzen, das ist im wesentlichen Herrn Caillaux' ebenso einfaches wie schwer auszuführendes Rezept.

Er will außerdem das große Defizit auch durch weitgehende Einschränkungen der Ausgaben ermäßigen und einstweilen die klaffendsten Lücken — dazu gehören auch einige hundert Millionen aus der jüngsten Heeresverstärkung — durch Schatzoperationen ausfüllen.

Den Angelpunkt von Herrn Caillaux' Finanzprogramm bildet eine progressive Einkommen- und Kapitalsteuer nach deutschem Muster, das heißt mit Deklarationspflicht, während alle bisherigen Versuche sich in den bescheidenen Grenzen einer Einkommensteuer auf der Grundlage äußerer Anzeichen der Wohlhabenheit bewegten. Ob ihm der kühne Griff gelingen, ob er namentlich im Senat durchdringen wird, der bisher stets eine feste Stütze der Bourgeoisie gegen eine organische Einkommensteuer gebildet hat, erscheint fraglich. Aber es mag auch fraglich sein, ob es Herrn Caillaux überhaupt Ernst mit dem Willen ist, die Steuerreform noch vor den Maiwahlen durchzusetzen. Denn ist dies nicht der Fall, so wird sie zu einem Hauptpunkt im Wahlkampf und kann hier zu einem wirksamen Trumpf in den Händen der Radikalen werden, selbst dann, wenn ihre Regierung vorher zu Fall kommen sollte. Ihre verwundbare Stelle ist ihre fragwürdige Stellung zur dreijährigen Dienstzeit. Wird sie zu einem bestimmteren Bekenntnis für oder wider dieselbe genötigt, so läuft sie Gefahr, entweder den sozialistischen oder den Anhang derjenigen zu verlieren, die für die drei Jahre gestimmt hatten, in einem wie im anderen Falle aber in die Minorität zu kommen.

v. Schoen

Nr. 15 666

*Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 16 Paris, den 21. Januar 1914

Der Präsident der Republik hat gestern bei mir gespeist und einer an das Diner sich anschließenden Abendgesellschaft beigewohnt*.

Sensationslustige Preßorgane haben in der Tatsache, daß der Präsident der Republik zum ersten Male seit dem Kriege Gast des deutschen Botschafters gewesen ist, ein Ereignis von politischer Bedeutung erblicken wollen, einzelne haben es sogar als einen Erfolg der jetzigen radikalen Regierung, als eine Art Fortsetzung des Berner Versöhnungskongresses vom vorigen Frühjahr begrüßt. Andere

* Vgl. hierzu auch Freiherr von Schoen, Erlebtes, S. 155.

wieder haben nüchtern darauf hingewiesen, daß der Präsident, nachdem er einmal, abweichend von seinen Vorgängern, das Prinzip von Einladungen der Botschafter angenommen und schon beim russischen und beim österreichisch-ungarischen Botschafter gespeist hatte, selbstverständlich vor der deutschen Botschaft nicht Halt machen konnte. Vereinzelte nationalistische Blätter meinten, der Präsident hätte besser getan, bei der Tradition zu bleiben, wonach das Staatsoberhaupt keine Einladungen annahm.

Die Wahrheit liegt in der Mitte. Präsident Poincaré hatte bereits im vorigen Jahre, zu Zeiten des Ministeriums Barthou, eine Einladung zum Essen bei mir angenommen, doch wurde er damals durch den Trauerfall des Ablebens seiner Mutter verhindert. Richtig ist, daß er der erste Präsident ist, der als Gast auf der Kaiserlichen Botschaft erscheint, doch teilen auch manche andere Botschaften dieses Schicksal. Es liegt daher keine Veranlassung vor, Herrn Poincarés Erscheinen bei mir als einen Wendepunkt in den deutsch-französischen Beziehungen anzusprechen, wenn es auch erfreulich ist, daß er dem Besuch auf der Botschaft nicht ausgewichen ist. Übrigens hatte mich der Präsident nach seinem Amtsantritt bereits mit einem Besuch beehrt.

Der Präsident war ersichtlich bei guter Stimmung und bestrebt, sich, soweit es seiner kühlen Advokatennatur möglich, von der liebenswürdigsten Seite zu zeigen. Er sagte mir, es sei ihm eine große aufrichtige Freude, im Hause Seiner Majestät des Kaisers als Gast zu weilen, nachdem Seine Majestät wiederholt die Gnade gehabt, die französische Botschaft in Berlin mit Besuchen zu beehren. Er verweilte lange im Kreise der zahlreichen zur Abendgesellschaft erschienenen Gäste, war gesprächig und aufgeräumt und verließ die Botschaft zu später Stunde mit Worten verbindlichsten Dankes für den genußreichen Abend.

Über politische Gespräche, zu denen sich kurze Gelegenheit fand, darf ich besonders berichten*.

v. Schoen

Nr. 15 667

## *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 27 Paris, den 5. Februar 1914

Frankreich hat in den jüngsten Tagen mehrere Männer durch den Tod verloren, die in dem Werdegang der dritten Republik bedeutsame

* Vgl. diesen Bericht in Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVI, Nr. 14 986.

Rollen gespielt haben und als die Verkörperer von Geistesrichtungen angesehen wurden, die mehr oder weniger gewaltsam zur Geltendmachung drängten: General Picquart*, der Vertreter von Wahrheit und Gerechtigkeit im Dreyfushandel, Francis de Pressensé**, ebenfalls in der Dreyfuskrise der Vorkämpfer des fortschrittlichen Republikanertums gegen reaktionäre Machenschaften, und Paul Déroulède***, der leidenschaftliche Apostel der Revanche.

Dem General Picquart haben die heutigen Machthaber in Erinnerung an seine Verdienste um die Sache, die eine der Stufen bildete, auf denen der Radikalismus zur Macht emporgestiegen ist, die Ehren eines nationalen Leichenbegängnisses erwiesen. Grabreden sind jedoch, einem letztwilligen Wunsche des Verstorbenen gemäß, nicht gehalten, und so ist es vermieden worden, den Zwist wieder aufzurühren, der jahrelang die französische Volksseele zerrissen hat.

Déroulède ist, wenn auch nicht still, so doch ohne amtliche Beteiligung zu Grabe getragen worden. Seine Freunde von der Patriotenliga, von elsässischen Vereinen, von bonapartistischen Verbänden und von literarischen Körperschaften haben ihm einen imposanten Leichenzug veranstaltet, der sich an dem Denkmal der Nationalheldin Jeanne d'Arc und an der Straßburgstatue, dem beliebten Wallfahrtspunkt Déroulèdes, vorbeibewegte, und dessen Prunk dank strahlendem Frühlingswetter viel schaulustiges Volk auf die Beine gebracht hat. Es ist aber nichts vorgefallen, was als eine laute und ungehörige Kundgebung gegen Deutschland und die Republik Erwähnung verdiente. Abgesehen davon, daß die Polizei geeignete Vorsichtsmaßregeln getroffen hatte, scheint keine Stimmung für Ausschreitungen geherrscht zu haben. Einige schüchterne Rufe „Vive la France“ und, ein Zeichen der Gedankenlosigkeit, wenn nicht des Spottes, „Vive Déroulède“ fanden kein Echo. Auch die Grabreden der Freunde des dahingegangenen Patriotenführers hielten sich in verhältnismäßig maßvollen Grenzen. Es ist eine skurrile Entstellung der Tatsachen, wenn nationalistische Blätter erzählen, ganz Paris habe, in tiefster Seele erschüttert, dem großen Patrioten das letzte Geleit gegeben und sich damit zu dessen Ideen bekannt.

Es sind nur vereinzelte nationalistische Parteiorgane, welchen der Tod Déroulèdes Anlaß zur Verherrlichung seiner Person und seines Wirkens gegeben hat. Die große Mehrheit der Blätter hat sich auf achtungsvolle Nachrufe beschränkt, die mehr dem Dichter und mutigen Soldaten wie dem Revancheapostel galten. Hie und da klingt ein Ton des Spottes über den Sonderling und Überpatrioten durch.

Die Leidenschaftslosigkeit, fast Gleichgültigkeit, mit der diese

---

* † 19. Januar.
** † 21. Januar.
*** † 30. Januar.

Ereignisse vorbeigegangen sind, ist bezeichnend für den Wechsel, der sich im herrschenden Geiste Frankreichs vollzogen hat. Die heftigen Kämpfe, die der Dreyfushandel seinerzeit ausgelöst hatte, und bei denen es sich im Grunde weniger um die Frage für oder wider die Schuld des jüdischen Offiziers handelte wie um die Gegensätze zwischen Militär- und Zivilgewalt, zwischen Fortschritt und Reaktion, zwischen Republik und Monarchie, sind ausgefochten und haben einem Zustand Platz gemacht, in welchem das französische Volk das Errungene in Ruhe und Frieden zu genießen und in bedächtigem Fortschritt auszugestalten verlangt. Das gilt auch in bezug auf die äußeren Dinge. Die kriegslustige Revanche, wie sie in Boulanger, Déroulède Verkörperung fand, ist ein überwundener Punkt. Sie besteht heute gewissermaßen nur noch theoretisch. In allen französischen Herzen brennt zwar noch die Wunde von 1871, aber niemand ist gesonnen, seine oder seiner Söhne Knochen an die elsaß-lothringische Sache zu setzen, es sei denn, daß eine Konstellation sich einstellte, welche dem Wagnis überaus günstige und einigermaßen bequeme Aussichten eröffnete[1]. Dies aber wird immer unwahrscheinlicher[2]. Die Hoffnung, durch Rußlands Hilfe zum Ziel zu gelangen, hat sich längst als trügerisch erwiesen. Der Wert des russischen Bündnisses begegnet immer stärkeren Zweifeln und hie und da, wie jüngst wieder die Erregung wegen der vermeintlichen Felonie Rußlands in der Sache der Putilowwerke* erkennen ließ, tiefem Mißtrauen; der Gedanke greift immer

---

* Über die angebliche „Abtretung der Putilowwerke an Krupp", die in Frankreich die größte Aufregung hervorrief, vgl. die Geheimtelegramme Iswolskys an Sasonow Nr. 21, 25, 26, 27 vom 28.—31. Januar, das Geheimtelegramm Sasonows Nr. 140 an Iswolsky vom 30. Januar und den abschließenden Bericht Iswolskys Nr. 8 vom 26. März. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 37, 38 f., 41 f., 42, 81 ff. Aus den Berichten des Grafen Pourtalès und des Freiherrn von Schoen über die Angelegenheit geht hervor, daß die Putilowwerke, die zunächst den Versuch gemacht hatten, in ihrer geschäftlichen Notlage bei französischen Banken Geld aufzutreiben, durch deren übertrieben hohe Forderungen veranlaßt wurden, sich an deutsche Banken und durch deren Vermittlung an Krupp zu wenden, und daß sie dann die Nachricht über den Verkauf der Werke in die Zeitung lancierten, um durch dieses Manöver Geld zu besseren Bedingungen von französischer Seite zu erreichen. Die Absicht gelang in vollem Umfange. Der von den Franzosen in Petersburg geschlagene Lärm hatte übrigens nicht nur zur Folge, daß die finanzielle Beteiligung der deutschen Banken an der Sanierung der Putilowwerke hintertrieben wurde, sondern daß auch den deutschen Angestellten der Werke große Unannehmlichkeiten erwuchsen. In einem Berichte Graf Pourtalès' vom 25. Februar 1914 heißt es darüber: „Der leitende Direktor der Putilowwerft, Herr Orbanowski, teilte hier über die jüngsten Vorgänge in dem Werk folgendes mit: Der Marineminister habe ihn kommen lassen und ihm nahegelegt, die russische Staatsangehörigkeit zu erwerben, da unter allen Umständen etwaigen neuen Angriffen der Nationalisten wegen der deutschen Leitung der Putilowwerke vorgebeugt werden müsse. Er, der Minister, arbeite gern mit Deutschen und bedaure persönlich die Hetze gegen die deutschen Angestellten der Putilowwerke. Er müsse aber mit der öffentlichen Meinung rechnen. Zunächst würde

weiter um sich, daß Frankreichs Heil in einem besseren Verhältnis zu Deutschland zu suchen sei[3]. Nicht zum wenigsten deshalb, weil dieser Gedanke einen mehr oder weniger offen ausgesprochenen Programmpunkt der heute herrschenden Linksrepublikaner bildet, sind deren Aussichten bei den bald bevorstehenden Wahlen günstige. Es ist bezeichnend, daß die Sozialisten auf ihrem kürzlich abgehaltenen Kongreß zu Amiens nur diejenigen Radikalen zu unterstützen beschlossen haben, die sich offen gegen jedes kriegerische Unternehmen und für Annäherung an Deutschland im Sinne der Berner Versöhnungskonferenz bekennen[4].

v. Schoen

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Bzw. daß dem Volke von 3ter Seite eingebildet, vorgegaukelt wird, eine solche Constellation sei nunmehr da! Und das kann jeden Augenblick erfolgen

[2] ?

[3] na! na!

[4] abwarten! London kann sie jeden Augenblick umwerfen

## Nr. 15 668

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 43 Paris, den 26. Februar 1914

Wiewohl die Gegner des radikalen Kabinetts Doumergue eifrig am Werk sind, um das Ministerium so rechtzeitig zu Fall zu bringen, daß ihnen selbst noch Zeit verbleibt, vor den neuen Kammerwahlen die öffentliche Meinung von den Regierungsstellen aus zu beein-

---

es genügen, wenn Herr Orbanowski die russische Staatsangehörigkeit erwerbe. Vielleicht werde es aber auch nötig werden, daß die übrigen deutschen Ingenieure seinem Beispiele später folgten. — Herr Orbanowski erklärte mir, daß er lebhaft bedaure, nun gezwungen zu sein, russischer Untertan zu werden. Er glaube aber, der deutschen Industrie nur auf diese Weise weiter nützen zu können, und habe erst vor einigen Tagen trotz der Machenschaften der Franzosen einen großen Auftrag auf Bagger nach Lübeck geben können. In den letzten Tagen sei ein vertraulicher Erlaß von der Direktion ergangen, wonach in Zukunft das Engagement von deutschen Ingenieuren auf das bestimmteste untersagt werde. Englische und französische Ingenieure könnten wie bisher angenommen werden. Herr Orbanowski bedauerte diesen Erlaß um so mehr, als er verschiedene deutsche Herren bereits für das Werk verpflichtet habe und nun die Verträge mit denselben rückgängig machen müsse. Den betreffenden Erlaß der Direktion würde er sich zu verschaffen suchen und der Botschaft zur Verfügung stellen. — Ich beabsichtige, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit Herrn Sasonow auf diese dem Geiste des Handelsvertrages widersprechende Behandlung der Deutschen anzusprechen, und wäre dankbar für einen Hinweis, ob wir eventuell in der Lage wären, Gegenmaßregeln anzukündigen.“

flussen, haben sie bisher noch bei keinem der offenen oder verdeckten Angriffe namhafte Erfolge errungen. Zwar haben sie, wie zu erwarten war, die besitzenden und genießenden Klassen mit dem Alarmruf gegen die drohende Steuerreform in unruhige Bewegung gesetzt und zu mannigfachen Kundgebungen gegen sie veranlaßt, auch im Senat Rückhalt gefunden, der die Steuerreform nur schrittweise mitmachen und nicht bis zu einer gründlichen Einkommensteuer gehen will, aber in der für das Schicksal des Kabinetts ausschlaggebenden Kammer haben sie eine dem Bestande der Regierung gefährliche Stimmung nicht zu erzeugen und die Taktik des Kabinetts nicht zu durchkreuzen vermocht, die dahin zielt, die Steuerfrage bis zu den Wahlen hinzuziehen und in diesen die Kraft ihrer demokratischen Grundsätze wirken zu lassen.

Ähnlich ist es mit der mit der Steuervermehrung ursächlich eng zusammenhängenden Frage der dreijährigen Dienstzeit ergangen. In dem anscheinenden Gegensatz, der zwischen dem im Herbst in Pau* beschworenen Programm der Radikalsozialisten mit seinem Streben nach Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit und den wiederholten Erklärungen des Kabinetts Doumergue besteht, daß es das nun einmal bestehende Wehrgesetz loyal zur Durchführung bringen werde, haben die Gegner eine Schwäche zu sehen geglaubt, auf die ein wirksamer Angriff gerichtet werden könnte. Die Regierung und ihre Freunde sind aber diesen Angriffen nicht nur geschickt ausgewichen, sondern haben auch die Dinge so zu wenden gewußt, daß der jüngste Vorstoß anläßlich einer Interpellation über den ungünstigen Gesundheitszustand der Armee, noch ehe er recht eingesetzt hatte, zu einem Rückzug geworden ist. Es handelte sich dabei schließlich um die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission, die je nach der Formel der anzunehmenden Tagesordnung als eine Kundgebung des Mißtrauens, des Vertrauens oder auch nur einer platonischen Betonung der Parlamentsherrschaft gelten konnte. Die Regierung hat der Sache, offenbar nach Beratung mit ihren Parteien und Verbündeten in den Kulissen, dadurch die Spitze abgebrochen, daß sie sich im Prinzip für eine rein technische Untersuchung aussprach, die nur das Ergebnis haben könne, die von ihr — und vielleicht nicht in gleichem Maße die von der vorigen Regierung — getroffenen vorsorglichen Maßnahmen gutzuheißen. Der Opposition ist bei diesem parlamentarischen Gefecht das Mißgeschick widerfahren, daß einer ihrer namhaftesten Vorkämpfer, der frühere Kriegsminister Millerand, unrühmlich zu Fall gekommen ist. Uneingeweiht in die im stillen getroffenen Abmachungen, schickte er sich, mit umfangreichem Aktenmaterial ausgerüstet, zu einer großen Rede für die dreijährige Dienstzeit an, wurde aber nach seinen ersten Worten

---

* Vgl. Nr. 15 661, S. 235, Fußnote.

durch einen Zwischenruf darüber belehrt, daß die für die Regierung unbequemen Anträge zurückgezogen waren, wurde dadurch gänzlich aus dem Konzept gebracht und streckte, eine gebrochene Größe, wortlos die Waffen. Das Ende war, ohne daß es zu einem Kampfe für oder wider die dreijährige Dienstzeit gekommen, eine Abstimmung mit erdrückender Mehrheit für die Regierung.

Die Presse der Rechten bemüht sich, diesen unerwarteten Ausgang als ein unrühmliches Ausweichen der Regierung darzustellen. Die überwiegende Meinung in den politischen Kreisen ist indessen die, daß die Regierung einen Erfolg errungen hat, der ihre Stellung wesentlich befestigt. Sie wird zwar noch einige Anstürme wegen der schwierigen Finanzfrage zu bestehen haben, es ist aber trotz der von der Opposition an die ablehnende Haltung des Senats geknüpften Hoffnungen anzunehmen, daß sie auch diesen standhalten und, Zufälligkeiten abgerechnet, die hier häufig eine bedeutende Rolle spielen, sich bis zu den Wahlen im April behaupten wird, die dann über den weiteren Kurs die Entscheidung bringen werden.

v. Schoen

Nr. 15 669

## *Der Geschäftsträger in Paris von Radowitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 66 Paris, den 17. März 1914

Paris ist in begreiflicher Aufregung über das Attentat, dem der Direktor des „Figaro" Gaston Calmette gestern zum Opfer gefallen ist. Er hatte seit dem Sturz Barthous es sich zur Aufgabe gemacht, in jeder Weise gegen das Kabinett Doumergue zu arbeiten, wozu er, wie man allgemein hier annimmt, aus dem Elysée Unterstützung und Anregung empfing[1]. Besonders richteten seine Angriffe sich gegen das prominenteste Mitglied des Kabinetts, den Finanzminister Caillaux, bei dessen Verfolgung er vor nichts Halt machte. Er erhob gegen ihn als Politiker, aber auch als Mensch schwere Anklagen und ließ sich durch die ruhige Haltung des Angegriffenen nicht abhalten, immer neues Material gegen ihn vorzubringen. Vor einigen Tagen veröffentlichte der „Figaro" das Faksimile eines Privatbriefes des Finanzministers aus dem Jahre 1901, der als Beweis für seine unehrliche Haltung in der Frage der Rentenbesteuerung dienen sollte.

War es nun die Angst vor weiteren Enthüllungen oder die Wut über die dauernde Verunglimpfung ihres Gatten, was der Frau Caillaux den Revolver in die Hand gedrückt hat — man weiß es nicht; so viel steht fest, daß sie mit vollem Vorbedacht den ganzen

Inhalt der Waffe über ihr unglückliches Opfer ausgeleert hat. Sie hat zwar später gesagt, sie hätte Calmette nicht töten, sondern ihm nur eine Lektion geben wollen, „es gibt keine Gerechtigkeit mehr in Frankreich [2], so konnte nur der Revolver die Kampagne gegen meinen Mann zum Stehen bringen!" Tatsächlich haben drei der Geschosse getroffen — eine Wunde im Unterleib wurde der Anlaß des Blutergusses, dem Herr Calmette bald nach Mitternacht erlegen ist.

Selbstverständlich hat Herr Caillaux sofort seine Demission gegeben. Der Ministerpräsident hat sie jedoch bisher nicht angenommen und sich im Laufe der Nacht — allerdings bisher vergeblich — bemüht, Herrn Caillaux zur Zurücknahme seines Antrages zu bewegen. Der heutige Morgen wird die Entscheidung darüber bringen *.

Soweit sich die Presse heute schon übersehen läßt, ist sie einstimmig in der Verurteilung des Attentats. Nur die „Lanterne" sagt, Herr Calmette hätte in seiner Kampagne das Maß des Zulässigen überschritten [3] und damit sein Schicksal heraufbeschworen: Ayant franchi le mur de la vie privée il risquait le coup parti de la maison qui touche parfois le maraudeur; c'est ce coup qui l'a frappé [4].

In der übrigen Presse klingt allgemein der Ton durch — je nach der Parteirichtung mit Bedauern oder Befriedigung —, daß außer dem Toten auch der Lebendige Opfer des Attentats geworden sei. Der erste Eindruck ist jedenfalls der, daß Herrn Caillaux' politische Existenz vernichtet ist. Wieweit dies wirklich zutrifft, kann nur die Zukunft lehren. Wie dem auch sei, das Kabinett Doumergue ist durch dieses Drama in seinen Grundfesten erschüttert, und es bleibt abzuwarten, ob es stark genug sein wird, auch diesen Schlag zu überwinden.

W. Radowitz

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Natürlich
[2] richtig der Presse gegenüber sind wir anderen Menschen alle Rechtlos
[3] ja
[4] sehr gut.

---

* Am 18. März nahm der Ministerrat die Demission Caillaux' an. Am 21. März berichtete darüber Freiherr von Schoen (Nr. 68): „Was die wiederholten heftigen Angriffe gegen das Kabinett Doumergue in Presse und Parlament nicht zu erzielen vermocht hatten, eine starke Erschütterung desselben, das haben die Revolverschüsse von Frau Caillaux zuwege gebracht. Der Finanzminister hat auf sein Amt verzichten müssen, wollte er nicht als Begünstiger der unseligen Tat seiner Gattin erscheinen. Mit Herrn Caillaux hat das Kabinett seinen klügsten Kopf, seinen stärksten Arm und seinen einflußreichsten Parteiführer verloren. Der Verlust wird damit nicht aufgewogen, daß mit ihm das wesentlichste und fast ausschließliche Ziel der leidenschaftlichen Angriffe verschwindet."

## Nr. 15 670

### *Bericht des Stellvertretenden Militärattachés in Paris Hauptmanns Janensch*

Abschrift

Nr. 7 Paris, den 23. März 1914

Zwei militärisch wichtige Entscheidungen sind in der verflossenen Woche in der Deputiertenkammer gefallen: die Annahme der Ergänzung zum Kadergesetz und die Bewilligung des Heereshaushalts für 1914.

Die Ergänzung zum Kadergesetz, welche in erster Linie eine Vermehrung und bessere Organisation der schweren Artillerie, der Pioniere und der Verkehrstruppen vorsieht, fand bei der Abstimmung die große Mehrheit von 415 gegen 105 Stimmen. Bedenkt man, daß die in diesem Gesetz geforderten Neuformationen und Etatserhöhungen nur bei der dreijährigen Dienstzeit möglich sind, daß also zwischen Kadergesetz und Gesetz über die dreijährige Dienstzeit ein enger Zusammenhang besteht, so liegt der Schluß nahe, daß die neuliche Abstimmung die augenblicklichen Anschauungen der Deputiertenkammer über die dreijährige Dienstzeit widerspiegelt. Vergleicht man hiermit das Stimmenverhältnis, mit dem das Dreijahresgesetz am 19. März 1913 in der Kammer angenommen wurde, 358 gegen 204 Stimmen, so ergibt sich, daß die Zahl der Gegner der dreijährigen Dienstzeit fast um die Hälfte abgenommen hat. Geschlossen haben diesmal nur die Sozialisten, deren Führer Jaurès die Gelegenheit benutzte, in einer großen Rede nochmals gegen die dreijährige Dienstzeit zu Felde zu ziehen, dagegen gestimmt. Es ist jedoch die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß der sozialistische Vorstoß unter der republikanischen Linken mehr Anhänger gefunden haben würde, wenn die augenblickliche politische Lage etwas ruhiger gewesen wäre.

Der Feldzug der deutschen Zeitungen gegen Rußland* in der letzten Zeit hat der französischen Presse, namentlich den nationalistischen und gemäßigten Blättern, eine höchst willkommene Gelegenheit geboten, wieder einmal auf die kriegslustige Stimmung in Deutschland hinzuweisen und für die unbedingte Aufrechterhaltung der dreijährigen Dienstzeit Propaganda zu machen. Ein typisches Beispiel hierfür sind die Berichte des Berliner Korrespondenten des „Echo de Paris", der Tag für Tag unter Hinweis auf die Schandtaten der Pangermanisten jeden seiner Landsleute, der an eine Verkürzung der Dienstzeit überhaupt nur denkt, beinahe als Landesverräter hinstellt. Im Hinblick auf den Wahlkampf für die bevorstehenden Kammerwahlen konnte diese deutsche Preßfehde den Anhängern der

* Vgl. dazu Kap. CCIC.

dreijährigen Dienstzeit in Frankreich gar nicht gelegener kommen. Auch in der Deputiertenkammer erntete der Deputierte Lefèvre lebhaften Beifall, als er erklärte, die deutschhe Preßkampagne „n'est pas de nature à nous faire regretter notre effort militaire". Natürlich wurde bei dieser Gelegenheit der deutschen Kriegslust wieder die französische Friedensliebe gegenübergestellt, die zurzeit in Regierungskreisen wohl tatsächlich — wenn auch nur notgedrungen — besteht.

In Abwesenheit des Militärattachés
(gez.) Janensch
Hauptmann, zugeteilt dem Großen Generalstabe

## Nr. 15 671

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 107 — Paris, den 23. Mai 1914

An dem Ergebnis der Kammerwahlen* ist unendlich viel gedeutelt worden, aber allen Künsten der Auslegung und Berechnung ist es nicht gelungen, die Tatsache zu verdunkeln, daß sie einen weiteren scharfen Zug der öffentlichen Meinung nach links geoffenbart und dem Kabinett eine Bestätigung und Verstärkung seiner bisherigen radikalen Mehrheit gebracht haben. Es mag zweifelhaft sein, welche ziffernmäßigen Majoritäten sich in der Kammer für die einzelnen großen Fragen ergeben, welche die neue Legislaturperiode beherrschen werden, aber es ist sicher, daß das Land sich für eine Finanzreform im Sinne einer gründlicheren Erfassung des Kapitals und des Einkommens ausgesprochen hat, daß es einer Ersetzung des jetzigen reinen Majoritätssystems bei den Wahlen durch Verhältniswahl nicht ungünstig gesinnt ist, und daß es bei aller ernsten Sorge für die ungeschwächte Wehrkraft der Nation eine minder drückende Ordnung herbeisehnt, wie sie die dreijährige Dienstzeit darstellt.

Von diesen drei Hauptfragen beschäftigt diejenige der Wahlreform nach den Wahlen am wenigsten die Gemüter deshalb, weil sie, wenn auch von Gewicht, so doch nicht dringlich ist. Die neue Kammer hat während der vier Jahre ihrer Lebensdauer reichlich Muße zu dem

---

* Die Hauptwahlen hatten in Frankreich bereits am 26. April stattgefunden; ihre eigentliche Signatur erhielten die Wahlen aber erst bei der Stichwahl (10. Mai), die einen großen Erfolg der geeinigten Sozialisten, weniger auch der geeinigten Radikalen ergaben. Im ganzen brachten die Wahlen eine nicht unwesentliche Linksverschiebung.

Versuche, den bisher widerstrebenden Senat zu einer Annahme der Reform zu bewegen oder einen Ausgleich zu finden.

Äußerst dringlich jedoch ist die Finanzreform. Die Kammer wird sich ohne Verzug mit ihr zu befassen haben, denn es handelt sich darum, für den etwa 800 Millionen francs betragenden Fehlbetrag des noch der Verabschiedung harrenden Jahresbudgets sowie für etwa 1400 Millionen francs außerordentlicher militärischer Ausgaben Deckung zu finden. Ohne Anleihe und ohne Steuern ist dies nicht denkbar.

Die wichtigste Frage ihrer politischen Bedeutung nach aber ist die der dreijährigen Dienstzeit. Sie steht bei allen Betrachtungen über die durch die Wahlen geschaffene neue Lage im Vordergrund. Wie die Aussichten einer Änderung der kaum erst ins Leben getretenen neuen Wehrordnung sich gestalten werden, hängt davon ab, ob die Radikalen und Sozialisten den Block, den sie in der neuen Kammer wieder bilden werden, für stark genug halten und es taktisch für angezeigt erachten, schon bald einen, wenn auch zunächst nur indirekten Angriff zu wagen, der den leidenschaftlichen Kampf für und wider die dreijährige Dienstzeit wieder entbrennen lassen muß. In dieser Beziehung ist ein klarer Ausblick heute noch nicht möglich und wird sich wohl erst nach den ersten Geplänkeln in der am 1. Juni zusammentretenden Kammer gewinnen lassen.

Die Unklarheit, die in dieser Richtung noch herrscht, drückt sich einstweilen auch in der Ungewißheit darüber aus, ob das jetzige Kabinett am Ruder bleiben oder ob es noch vor dem Legislaturbeginn oder nach der Konstituierung der Kammer zurücktreten wird. Nach strengen konstitutionellen Regeln liegt kein wesentlicher Grund für einen Rücktritt des Ministeriums vor, das aus den Wahlen sowohl hinsichtlich seiner allgemeinen Politik wie hinsichtlich der Männer, die es bilden, siegreich hervorgegangen ist. Aber es spricht doch manches dafür, daß Herr Doumergue, der heute noch keinen festen Entschluß gefaßt hat, ähnlich, wie dies seinerzeit Waldeck-Rousseau nach den für ihn günstigen Wahlen getan, dem Präsidenten der Republik anheimstellen wird, einer wenn auch wenig veränderten, so doch neuen Lage durch Bildung einer neuen Regierung Rechnung zu tragen. Ausschlaggebend für die Entschließungen des Ministerpräsidenten dürfte in der Hauptsache der Ausblick sein, den er in einstweiligen vertraulichen Besprechungen mit führenden Politikern über das Schicksal des Wehrgesetzes gewinnt. Erlangt er die Überzeugung, daß schon bald ein Angriff zu erwarten ist, so wird er, der sich in bestimmter Weise zur loyalen Durchführung des bestehenden Wehrgesetzes verpflichtet hat, ebensowenig auf seinem Posten verbleiben wollen, wie diejenigen seiner Ministerkollegen, die sich gelegentlich in noch unzweideutigerer Weise für die drei Dienstjahre ausgesprochen haben. Dazu kommt aber noch ein rein persönliches Moment: Herr Doumergue fühlt sich müde und wird sein

schweres Amt gern abgeben, solange ihm sein Wahlerfolg einen guten Abgang sichert.

Für den Präsidenten der Republik wird es, falls es vor entscheidenden Abstimmungen der Kammer zu einer mehr wie nur formalen Ministerkrise kommt, eine ungewöhnlich schwere Aufgabe sein, ein der Lage entsprechendes Kabinett zu bilden. Es bieten sich, wie die Parteiverhältnisse sich zu gestalten scheinen, nur zwei Möglichkeiten: Entweder ein Kabinett der republikanischen Konzentration mit radikalem Kern, mit Ausschluß der äußersten Rechten und Linken und mit einem Programm, das die feste Aufrechterhaltung der dreijährigen Dienstzeit in sich faßt. Oder aber ein Ministerium, das noch mehr wie dasjenige Doumergues seine Stütze in dem Block der Linksradikalen und Sozialisten sucht und dessen Hauptprogrammpunkte, allmähliche Abkehr von der dreijährigen Dienstzeit und Einkommensteuer mit kontrollierter Selbsteinschätzung, zu verwirklichen trachten. Es fehlt nicht an eindringlichen Versuchen in der Presse, den Präsidenten für die eine oder die andere dieser Lösungen zu gewinnen, sowie nicht an Mahnungen aus dem Lager der Rechten, eingedenk der Unterstützung, die er bei seiner Erwählung bei ihr gefunden, und der moralischen Verpflichtung, die er damit eingegangen, der Lage durch Bildung eines Ministeriums mit konservativem Einschlag zu trotzen, oder aber, wenn ihm dazu der Mut mangelt, den Platz zu räumen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß sich Herr Poincaré durch diese drohenden Zumutungen von dem wiederholt bestimmt erklärten Willen abbringen läßt, seines Amtes nach streng konstitutionellen Grundsätzen zu walten, so schwer es ihm auch innerlich werden mag, die Zügel der Regierung etwa einem scharfen persönlichen Gegner, wie Clemenceau, oder einem Politiker anzuvertrauen, der die dreijährige Dienstzeit, das persönliche Werk des Präsidenten, nicht zu verteidigen gesonnen ist.

v. Schoen

## Nr. 15 672

## *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 115 Paris, den 8. Juni 1914

Der Fürst von Monaco hat mir gesagt, daß er in der Annahme, daß es Seiner Majestät dem Kaiser und König genehm sein werde [1], mit seiner Dampfjacht „l'Hirondelle" zu der Kieler Woche zu kommen gedenke.

Als Gäste wird er wie üblich Herrn Jules Roche an Bord haben sowie Herrn Professor Hergesell und Dr. Lewald, Direktor im Reichsamt des Innern.

Der Fürst erwägt auch, wie er mir vertraulich äußerte, ob er den früheren französischen Ministerpräsidenten Briand [2], der lebhaftes Interesse für Wassersport hat, einladen solle. Er würde es unterlassen, wenn ihm bedeutet werden sollte, daß Herr Briand wegen seiner sozialistischen Vergangenheit etwa nicht willkommen sein sollte.

Herr Briand ist niemals ein Sozialist im Sinne unserer Sozialdemokraten gewesen, sondern ein Vorkämpfer sozialer Reformen, in denen Frankreich bekanntlich hinter uns zurücksteht. Er steht aber politisch weniger weit links wie beispielsweise der Senator Gaston Menier. Als Ministerpräsident hat er eine Politik des Ausgleiches der Gegensätze befolgt, die ihren Schwerpunkt mehr nach rechts wie nach links suchte, und ist gerade deshalb, weil er eine den Radikalen verdächtige konservative Haltung einschlug, gestürzt worden. Seit dem Ansteigen der radikalen Flut ist er etwas in den Hintergrund getreten, gehört aber zweifellos zu den Politikern, die zu gegebener Zeit wieder zu einer namhaften Stelle berufen sind. Dem Präsidenten Poincaré steht er freundschaftlich nahe. Er ist ein bestechender Causeur.

Sollte Herrn Briands Anwesenheit in Kiel gleichwohl etwa nicht erwünscht erscheinen, so wäre ich für eine telegraphische Äußerung dankbar, um dem Fürsten von Monaco einen Wink geben zu können, wozu mich die engen vertrauensvollen Beziehungen, die er mit mir unterhält, unschwer instandsetzen.

v. Schoen

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja
[2] er würde mich sehr interessieren, soll nur kommen!

Nr. 15 673

*Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 194 — Paris, den 22. Juni 1914

Herr Briand sehr betrübt, wegen parlamentarischer Inanspruchnahme vorläufig auf Reise nach Kiel verzichten zu müssen **.

Schoen

---

* Hier angeschlossen des Zusammenhangs halber.
** Vgl. dazu Freiherr von Schoen, Erlebtes, S. 159. Danach wäre der Plan, den Kaiser mit Briand zusammenzubringen, durch den zufällig in Paris weilen-

Nr. 15 674

## *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 119 Paris, den 10. Juni 1914

Der Ministerpräsident Doumergue hat, wie ich es entgegen der hier vorherrschenden Meinung als wahrscheinlich bezeichnet hatte, mit seinen Kabinettskollegen das Staatsschiff in dem Augenblick verlassen, wo die neugewählte Kammer zusammentrat und sich damit eine neue Lage eröffnete, die ihm in politischer und in persönlicher Hinsicht über den Kopf zu wachsen drohte*. Er hat dem Präsidenten der Republik den etwas mehr links wie er selbst fußenden Unterrichtsminister Viviani als den der neuen parlamentarischen Gestaltung am meisten entsprechenden und auch persönlich geeignetsten Regierungschef anempfohlen, und Herr Poincaré ist diesem Winke gefolgt. Es wurde indessen bald ersichtlich, daß Herr Viviani bei der

---

den französischen Botschafter in Petersburg Paléologue, den Intimus Poincarés, durch den Hinweis auf die Gefahr der bezaubernden Liebenswürdigkeit Kaiser Wilhelms vereitelt worden. Die Angabe Freiherrn von Schoens beruht wohl auf der eigenen Erzählung Paléologues (La Russie des Tsars, Revue des Deux Mondes 1921, I, 231), der zu Viviani auf die Frage, ob nicht aus der Zusammenkunft Briands mit Wilhelm II. eine Entspannung entstehen könne, gesagt haben will: „Je ne le crois aucunement. C'est toujours le même jeu ... L'Empereur Guillaume couvrira X. ... — gemeint ist Briand — de fleurs; il lui protestera que son plus fervent désir, son unique pensée est d'obtenir l'amitié, l'amour même de la France et il le comblera d'égards. Il se donnera ainsi, aux yeux du monde, l'apparence du souverain le plus pacifique, le plus inoffensif, le plus conciliant. Notre opinion publique et X. . . . tout le premier se laisseront séduire par ces beaux dehors.“ Darauf soll Viviani erklärt haben, daß er Briand abraten werde, nach Kiel zu gehen. In ähnlicher Weise wie die Reise Briands nach Kiel scheiterten übrigens ja eine solche des Ersten Lords der englischen Admiralität W. S. Churchill und die von dem Oberst Edward M. House gelegentlich seiner Europamission (vgl. Kap. CCXCII, Anhang) betriebene Reise Sir E. Greys nach Kiel. Näheres darüber in Kap. CCXCII, Nr. 15 600, Fußnote **.

* Der Zusammentritt des französischen Parlaments war am 1. Juni erfolgt; am gleichen Tage kündigte Ministerpräsident Doumergue den Rücktritt des Kabinetts mit der Begründung an, daß die Aufgabe, welche sich das Kabinett gesetzt, vollendet sei, und daß sein Programm durch die letzten Wahlen bestätigt sei; gerade deshalb müsse die Macht jetzt in andere Hände übergehen. Die wirklichen Gründe für den Rücktritt des Ministeriums enthüllt ein Brief Iswolskys an Sasonow vom 3. Juni 1914 (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 127); sie bestanden darin, daß die Radikalen und Radikalsozialisten vor allem den Abbau der dreijährigen Dienstzeit verlangten, während Doumergue und die Mehrzahl seiner Kollegen sich während der fünfmonatigen Amtsdauer des Kabinetts von der unbedingten Notwendigkeit überzeugt hätten, die dreijährige Dienstzeit beizubehalten. In diesem Dilemma bildete der Rücktritt des Kabinetts den einzigen Ausweg.

Kabinettsbildung auf erhebliche Schwierigkeiten stieß, die fast ausschließlich die Stellungnahme zu der Frage der unbedingten Aufrechterhaltung oder der Abkehr von der dreijährigen Dienstzeit betrafen. Wie die neue Kammermehrheit zu dieser in den Wahlen nicht deutlich entschiedenen, desto mehr aber nachher die Gemüter beschäftigenden wichtigen Frage stand, war mangels einer Abstimmung nicht klar ersichtlich. Sicher war nur, daß die aus den Wahlen wesentlich gestärkt hervorgegangene radikal-sozialistische Linke, ohne Aufschub zu verlangen, gewillt war, daß zum mindesten eine Aussicht auf Milderung des drückenden Dreijahrgesetzes in absehbarer Zeit in bindender Form eröffnet werde. Diesem Verlangen stand die nicht minder bestimmt und leidenschaftlich verfochtene Forderung der Gemäßigten und Konservativen gegenüber, daß angesichts der Weltlage und namentlich angesichts der deutschen Heeresstärke, die allen Anzeichen nach noch vermehrt werden solle, unter keinen Umständen an der dreijährigen Dienstzeit gerüttelt werden dürfe. Dazu kam, daß Präsident Poincaré, wie allgemein bekannt, das jüngst geschaffene Wehrgesetz als sein persönliches Werk betrachtete und, bei aller konstitutionellen Korrektheit, nicht bereit schien, die Hand zum Abbruch des eben mühevoll errichteten Gebäudes zu bieten. Es wurde auch, nicht ohne Grund, angenommen, daß er durch Zusicherungen nach russischer Seite hin zum Festhalten an dem Wehrgesetz gebunden war und es eher zum Konflikt kommen lassen werde, wie seiner Überzeugung und seinem Wort untreu zu werden. Es kam ferner erschwerend hinzu, daß ein Teil der Radikalen, und mit ihnen hervorragende Größen, wie Clemenceau, Léon Bourgeois und Delcassé, sich mit aller Bestimmtheit zur unbedingten Aufrechterhaltung der drei Dienstjahre bekannten.

Bei Beurteilung dieses Meinungskampfes ist zu beachten, daß die Anhänger der drei Jahre, so großes Gewicht sie auch der Wehrfrage beimessen, bei dem leidenschaftlichen Eintreten für ihre Sache nicht die militärische Seite und die äußere Politik allein im Auge haben, sondern auch, und vielleicht in höherem Maße, die ganze innere Lage, in der ein Hinuntersinken Frankreichs in die rote Flut droht[1]. Der Kampf für und wider die drei Dienstjahre ist nachgerade gleichbedeutend geworden mit dem Einstehen für eine nach innen und außen starke und geachtete Staatsordnung oder den sozialistischen Zukunftsstaat mit Zerrüttung des Vaterlandsbegriffes, in ähnlicher Weise, wie seinerzeit die Parteinahme für und gegen Dreyfus gleichwertig geworden war mit Bekennen zur Reaktion oder zu republikanischem Fortschritt. Frankreich stand an einem bedeutungsvollen Entscheidungspunkt seiner inneren Entwicklung, die auch die äußere Politik beeinflussen mußte.

In der Person des den Sozialisten nahestehenden Radikalen Viviani kam eine deutliche Wendung des Ruders nach links ebenso zum

Ausdruck wie in der Wahl seiner Mitarbeiter, die er vorwiegend den Reihen der Linksradikalen entnahm. Allerdings ist er nicht bis zur Aufnahme von Elementen der äußersten sozialistischen Linken gegangen, hat auf Verlangen des Präsidenten Poincaré in der Person des maßvollen Jean Dupuy einen gewissen Kontakt mit den Mittelparteien herzustellen gesucht und neben Gegnern auch einige Anhänger der dreijährigen Dienstzeit gewonnen. Im ganzen war seine Kombination aber entschieden radikal. Durch die Klippen der Frage des Wehrgesetzes gedachte er mittelst einer Programmformel durchzukommen, die besagte, die Regierung wolle das bestehende Gesetz ehrlich durchführen, gleichzeitig aber Maßregeln zu anderweitiger Stärkung der Wehrkraft, durch militärische Jugenderziehung und bessere Ausnützung der Reserven erwägen. Aber erst dann, wenn diese Maßregeln ausgeführt wären und sich bewährt hätten, könne eine Abänderung der Dienstzeit in Frage kommen, „falls alsdann die äußere Lage dies gestatte". Viviani eröffnete also eine gewisse, wenn auch unbestimmte Aussicht auf eine Minderung des Wehrdruckes.

Den Linksradikalen erschien dieses Versprechen indessen allzu hinhaltend. Sie haben den letzten Satz jener Formel mit der gleichen Bestimmtheit abgelehnt, mit der Herr Viviani eine Änderung verweigerte, und so ist sein Versuch, die Gegner und die Anhänger der dreijährigen Dienstzeit einstweilen zu befriedigen, in letzter Stunde gescheitert*. Übrigens hatte ihm dies Léon Bourgeois vorausgesagt, der, ein entschiedener Anhänger des dreijährigen Dienstes, den Eintritt in das Kabinett, in dem ihm das Portefeuille des Äußern angeboten war, und das mit einem so unbestimmten Programm auftreten sollte, abgelehnt hat.

Die Krise hatte mit dieser Wendung erheblich an Schärfe gewonnen, denn mehr wie je war nun allein die umstrittene Wehrfrage in den Brennpunkt gestellt. Zur Lösung öffneten sich zwei Wege, entweder den Linksradikalen bestimmtere Versprechungen zu

* Die Zurückgabe des Viviani durch Poincaré erteilten Mandats erfolgte am 6. Juni. Freiherr von Schoen meldete darüber an diesem Tage (Telegramm Nr. 168) nach Berlin: „Die endgültige Konstituierung des bereits vollständig versammelten Kabinetts Viviani ist an Meinungsverschiedenheiten über Fassung der Stelle der Regierungserklärung gescheitert, welche Militärgesetz betrifft. Die Stelle sollte lauten, Regierung werde bestehendes Gesetz loyal ausführen, gleichzeitig aber Maßregeln zu militärischer Jugenderziehung und anderweiter Stärkung der Armee vorschlagen. Erst wenn diese ausgeführt und sich bewährt, könne erwogen werden, ob äußere Lage Abkürzung Militärdienstes gestattet. Da Linksradikale diese allzu dilatorische Fassung nicht annehmen wollten, erklärte Viviani sich zur Kabinettsbildung außerstande. Lage hiernach erheblich verwirrt und verschärft. Radikale Sozialisten wollen anscheinend den Präsidenten zu noch weiterer Kapitulation treiben, als sie in Berufung Vivianis zum Ausdruck kam. Ob Herr Poincaré, dessen Lage überaus schwierig, sich unterwerfen oder Widerstand versuchen wird, wozu er allem Anschein nach russischerseits ermutigt wird, noch nicht ersichtlich."

machen, als Viviani es getan, oder aber ihnen noch weniger zu bieten. Welchen dieser Wege der Präsident einschlagen werde, selbst auf die Gefahr hin, dem in den Wahlen zum Ausdruck gelangten Zug nach links nicht Rechnung zu tragen, konnte bei seiner bekannten Überzeugung nicht zweifelhaft sein. Sein konstitutionelles Gewissen mochte er bei einem Versuch, den Schwerpunkt mehr rechts zu suchen, mit der Tatsache beruhigen, daß ein anderer Kammerbeschluß über die Wehrfrage als das in der verflossenen Tagung verabschiedete Dreijahrsgesetz nicht vorlag. Freilich mußte er damit rechnen, daß ein auf dieser etwas sophistischen Grundlage gebildetes Kabinett, falls es diesem nicht gelänge, eine stattliche Anzahl unsicherer Radikaler zu sich herüberzuziehen, sich schwerlich werde behaupten können, da es genötigt wäre, mit einer nicht rein republikanischen Mehrheit zu regieren und damit gegen die geheiligten Grundsätze der heutigen Richtung zu verstoßen. Von diesen Gesichtspunkten aus erklärt es sich, daß Herrn Poincarés erste Schritte nach dem Scheitern der Kombination Viviani erfolglos blieben. Deschanel, der mit stattlicher Majorität wiedergewählte Kammerpräsident, der rechtsradikale Delcassé und die linksrepublikanischen Senatoren Jean Dupuy und Peytral, haben nacheinander alle unter mehr oder weniger schicklichen Vorwänden, tatsächlich wohl aber, weil sie ihre Zukunft nicht kompromittieren wollten, die Kabinettsbildung abgelehnt.

Nun mußte Herr Poincaré seine Hilfe noch etwas weiter rechts suchen. Er hat sie bei dem gemäßigten Senator Ribot, dem allgemein angesehenen Nestor der französischen Staatsmänner, gefunden. Ribot hat es vermeiden wollen, bei der Wahl seiner Mitarbeiter engherzig zu sein, und ist so weit nach links gegangen, wie es mit dem von ihm aufgestellten Leitsatz der undiskutierbaren Unantastbarkeit der dreijährigen Dienstzeit vereinbar schien. Rechts zog er die Grenze da, wo Zweifel an rein republikanischer Gesinnung beginnen. Also ein Ministerium der „republikanischen Konzentration“, wie er es in früheren Jahren, zur Zeit, als der Radikalismus noch nicht die Oberhand gewonnen, wiederholt, wenn auch mit mehr Berücksichtigung der Rechtsrepublikaner, gebildet hatte.

Das Kabinett, das Herr Ribot in verhältnismäßig kurzer Zeit zustande gebracht hat, die 55. Regierung der dritten Republik, die vierte der Präsidentschaft Poincaré, hat folgende Zusammensetzung:

Präsidium und Justiz: Senator Ribot, gemäßigter Republikaner,
Äußeres: Senator Léon Bourgeois, gemäßigter Radikaler,
Krieg: Deputierter Delcassé, Radikaler,
Marine: Senator Chautemps, gemäßigter Radikaler,
Inneres: Senator Peytral, gemäßigter Radikaler,
Finanzen: Deputierter Clémentel, Radikaler,
Öffentliche Arbeiten: Senator Jean Dupuy, gemäßigter Republikaner,

Unterricht: Deputierter Dessoye, Radikaler,
Kolonien: Deputierter Maunoury, Radikaler,
Ackerbau: Deputierter Dariac, Linksrepublikaner.
Handel: Deputierter Reville, Radikaler,
Soziale Fürsorge: Deputierter Abel, Radikaler,

Unterstaatssekretäre:

Inneres: Deputierter Le Cherpy, Radikaler,
Handelsmarine: Deputierter Guernier, Radikaler.

Das Kabinett enthält also fünf Senatoren der linksrepublikanischen und der rechtsradikalen Gruppen und neun Deputierte gleicher Bekenntnisse. Vollständig ausgeschlossen sind die Linksradikalen der Farbe Caillaux.

Neben Herrn Ribot selbst ist Léon Bourgeois die Hauptfigur des Kabinetts. Er übernimmt zum drittenmal das Portefeuille des Äußern, das ihm also nicht terra incognita ist. Bekanntlich war ihm, dem allgemein anerkannten und beliebten Haupt der Rechtsradikalen, nach dem Rücktritt des Präsidenten Fallières von allen republikanischen Parteien die Nachfolge zugedacht, doch hat er aus Gesundheitsrücksichten (ein ernstes Augenleiden) abgelehnt. Sein Gesundheitszustand hat sich seitdem etwas gebessert. Er hat Frankreich auf den Haager Konferenzen vertreten und ist ständiges Mitglied des Schiedsgerichtshofes. Seine Person bürgt für eine besonnene und durchaus friedfertige auswärtige Politik.

Herrn Delcassé war die ihm vertraute Marineverwaltung zugedacht, doch übernahm er in letzter Stunde das Kriegsportefeuille*, nachdem Noulens, der es behalten sollte, sich aus der Kombination, die ihm die radikalen Elemente nicht genügend zu berücksichtigen schien, zurückzog.

Der Marineminister Chautemps ist als solcher ein Neuling, wenn er auch als Berichterstatter des Marinebudgets im Senat einen Einblick in die Verwaltung genommen hat.

Das Programm des Kabinetts Ribot wird besagen, daß das bestehende Wehrgesetz unantastbar bleiben muß. Immerhin will die Regierung Vorlagen über militärische Jugenderziehung sowie über Gestaltung der Reserven und Errichtung von Übungslagern in Erwägung ziehen. Ordnung der Staatsfinanzen durch alsbaldige Aufnahme einer großen Anleihe sowie durch eine mäßige Einkommensteuer soll die Hauptaufgabe der Regierung sein. In der Frage der Wahlreform will die Regierung die Gegensätze zwischen Kammer

* Wie das Kabinett Ribot, so wurde auch Delcassé als Kriegsminister in England mit großer Befriedigung aufgenommen. Denn man war hier, wie der belgische Gesandte in London Comte de Lalaing in seinem Bericht vom 11. Juni (Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 137) feststellt, der Ansicht, daß nur die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit die Republik in die Lage versetzen könne, den Verpflichtungen zu genügen, die sie an ihren Verbündeten Rußland und an ihren Freund England banden.

und Senat auszugleichen suchen. Dem Grundsatz der Laienschule soll nachdrücklich Geltung verschafft werden. Die auswärtige Politik soll, gestützt auf Bündnis und Entente, ausgesprochen friedfertig sein.

Wenn somit auch die Farbe der neuen Regierung im ganzen eine linksrepublikanische ist, und wenn das Kabinett auch gewillt scheint, den radikalen Grundforderungen einige billige und versöhnliche Rechnung zu tragen, so bedeutet seine Zusammensetzung doch eine Verlegung des Schwerpunktes nach rechts, eine deutliche Abkehr von dem seit langen Jahren herrschenden Radikalismus, einen scharfen Widerstand gegen den Ansturm der mit den Sozialisten verbündeten Linksradikalen mit ihrer Forderung alsbaldiger Abschaffung der dreijährigen Dienstzeit und Deckung der Mehrkosten mittelst echt demokratischer Steuerreform. Es kann somit nicht überraschen, daß das Kabinett, während es von den Mittelparteien, den Gemäßigten und Konservativen, mit großer Freude als die Rettung aus der Gefahr ultrademokratischer Zerrüttung begrüßt wird, bei den aus der Teilnahme an der Herrschaft ausgeschalteten Gruppen der äußersten Linken mit tiefem Mißtrauen und Ingrimm aufgenommen wird. Sie kündigen dem Ministerium einen Krieg aufs Messer an, und nicht allein dem Kabinett, sondern auch dem Präsidenten der Republik, dem sie vorwerfen, mit der Berufung einer Regierung, die dem in den Wahlen zum Ausdruck gelangten Geist nicht Rechnung trägt, einen verhängnisvollen Verstoß gegen die geheiligten konstitutionellen Grundsätze begangen zu haben, zu denen Herr Poincaré sich so gern in feierlicher Form bekannt habe. Die tief enttäuschten und schwer gereizten Radikal-Sozialisten werden in den Mitteln, mit denen sie der Regierung und dem Präsidenten das Leben sauer zu machen gewillt sind, nicht wählerisch sein, und so verspricht die sich eröffnende neue Ära, der allerdings von den Linksradikalen nur eine sehr kurze Dauer vorausgesagt wird, eine Zeit erbitterter Kämpfe und unerquicklicher Skandale zu werden. Daß in dem Kampfe, bei dem es sich, mag die Regierung den Punkt auch noch so hartnäckig auszuschalten suchen, im letzten Grunde immer wieder um die Frage für oder wider die dreijährige Dienstzeit handeln wird, auf absehbare Zeit hin die Ordnungsparteien die Oberhand behalten werden[2], erscheint mir kaum zweifelhaft. Denn es ist eines zu beachten: für eine erfolgreiche Auflehnung gegen den Druck der dreijährigen Dienstzeit[3] ist das Land noch nicht reif, weil es diesen Druck noch nicht in seiner ganzen Schwere empfindet. Heute hat noch nicht ein einziger Mann die drei Jahre — oder richtiger 32 Monate — abgedient, und dem Steuerzahler ist noch nicht ein Frank mehr für die Wehrkraft abverlangt worden. Ist dies aber einmal der Fall, ist der Druck der neuen Wehrordnung einmal zur allgemeinen Erkenntnis gelangt, so wird das Land eine Erleichterung nicht wie heute wünschen, sondern gebieterisch fordern[4].

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das wird es!
[2] nein! Das ist nicht der Fall!
[3] die Kammer hat sich bereits aufgelehnt
[4] schon erfolgt!

## Nr. 15675

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 123 Paris, den 15. Juni 1914

Das Ministerium Ribot ist bei seinem ersten Erscheinen vor der Kammer* gestürzt worden. Seit den Zeiten des Konflikts nach dem Staatsstreich des Marschalls Mac Mahon vom 16. Mai 1877 ist dies die einzige Wiederholung eines ähnlichen Vorganges. Nur unterscheidet sich die heutige Lage von der damaligen dadurch, daß 1877 die Feindseligkeit der neugewählten republikanischen Kammer gegen die klerikal-reaktionäre Regierung keinem Zweifel unterlag, während es jetzt schwer war, zu bestimmen, ob sich die Wage der republikanischen Mehrheit zugunsten oder zu Ungunsten des Ministeriums neigen werde. Die neue Regierung hatte auf eine kleine Mehrheit gerechnet und glaubte sich zu dieser Hoffnung um so mehr berechtigt, als Herr Ribot es sich hatte angelegen sein lassen, sowohl in der Wahl seiner Mitarbeiter, wie in dem Regierungsprogramm den radikalen Wünschen sehr weit entgegenzukommen. Hatte er, der stete Verfechter republikanisch-konservativer Anschauungen, sich doch nicht nur zu dem Zugeständnis der demokratischen Steuerreform und zu dem Grundsatz der Laienschule verstanden, sondern auch in der Wehrfrage, bei allem Festhalten an dem Dreijahrgesetz, eine Annäherung an die linksradikale Lehre vom „Volk in Waffen" zugesagt, und hatte er in sein Kabinett Männer wie Bourgeois und Delcassé aufgenommen, die bei den Radikalen aller Schattierungen in hohem Ansehen standen.

Gleichwohl ist dem Kabinett Ribot nur das Leben einer Eintagsfliege beschieden gewesen. Der seiner numerischen Stärke bewußte radikal-sozialistische Block hat es brutal abgelehnt, mit einer Regierung zu arbeiten, die ihren Schwerpunkt nicht, wie es dem Ausfall der Wahlen entsprechen würde, in ihren Reihen hatte, und er hat mit der nicht erwarteten Mehrheit von 44 Stimmen — 306 gegen 262 — die Annahme eines Mißtrauensvotums erreicht, das nicht nur gegen den ob seiner reaktionären Vergangenheit verdächtigen Ribot und die der Untreue geziehenen radikalen Größen gerichtet war, sondern

* 12. Juni.

auch gegen den nicht genügend von konstitutionellem Geist erfüllten Präsidenten der Republik. Es lag in diesem Votum eine gewollt deutliche Erinnerung an die Mahnung, die seinerzeit Gambetta mit dem seither geflügelten Wort an den Marschall Mac Mahon richtete: „se soumettre ou se démettre."

Herr Poincaré, den ebenso starres Pflichtgefühl wie starker Ehrgeiz an den Präsidentensitz fesseln, hat sich gebeugt. Er konnte dies um so leichter tun, als er aus soeben gemachter Erfahrung sicher war, bei dem der radikalen Linken entnommenen Viviani das Bekenntnis zu einem Programm zu finden, das bei weitgehendem Entgegenkommen an sachliche Forderungen und persönliches Drängen der Radikalen zur Macht ihm in dem einen Punkt eine starke Stütze bot, an welchen er, der Präsident, die Bedingung seines Seins oder Nichtseins knüpfte, die weitere Aufrechterhaltung der Wehrkraft in Form der dreijährigen Dienstzeit*.

Das neue Kabinett war rasch gebildet. Herr Viviani brauchte in der Hauptsache nur auf die bei seinem ersten Versuch gesammelten Kräfte zurückzugreifen, die Elemente, die diesen in letzter Stunde zum Scheitern gebracht, auszuschalten und für die heikle Frage der Wehrverfassung eine neue wenig veränderte Formel zu wählen. Dabei ist zu beachten, daß das Scheitern seiner ersten Kombination sich zwar an die Fassung der Erklärung über die Wehrfrage knüpfte, der tiefere

* Einen wesentlichen Einfluß bei der Festlegung Vivianis auf die Erhaltung der dreijährigen Dienstzeit schreibt sich Paléologue (La Russie des Tsars, Revue des Deux Mondes 1921, I, 231) zu. Mit dramatischer Lebendigkeit schildert Paléologue, der am 5. Juni von seinem Posten als Botschafter in Petersburg im Hinblick auf die bevorstehende Reise Poincarés nach Rußland in Paris eingetroffen war, zwei Unterredungen, die er am 6. Juni mit Briand, dann am 18., nach dem endgültigen Zustandekommen des Kabinetts, mit Viviani gehabt hat. Dem ersteren drohte er, mit dem Auftrage, das an Viviani zu bestellen, mit dem Rücktritt von seinem Botschafterposten, falls das neue Kabinett nicht die dreijährige Dienstzeit aufrechterhalte. Den letzteren legte er, nachdem er ihm die Situation in den schwärzesten Farben als unmittelbar vor einem Kriege stehend geschildert hatte, aufs stärkste durch die Frage fest: „Vous êtes donc résolu à maintenir intégralement la loi militaire? Je peux l'affirmer à l'Empereur Nicolas?" Worauf Viviani geantwortet haben soll: „Oui, vous pouvez lui affirmer que le service de trois ans sera maintenu sans restriction et que je ne laisserai rien faire qui puisse affaiblir ou relâcher notre alliance avec la Russie." Vgl. auch den Bericht des belgischen Gesandten in Paris Baron Guillaume vom 9. Juni 1914 (Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 136 f.), der an die Feststellung, daß Paléologue in der Frage der dreijährigen Dienstzeit gegen allen Brauch eine für die Zukunft des Landes recht gefährliche Initiative entfaltet habe, die Frage knüpft: „Est-il vrai que le Cabinet de Pétersbourg ait imposé au pays l'adoption de la loi de trois ans et pèserait aujourd'hui de tout son poids pour en obtenir le maintien?" Guillaume erklärt, daß es ihm nicht gelungen sei, über diesen heiklen Punkt Aufklärungen zu erlangen, aber er glaubte offenbar an den russischen Druck, obwohl nach seiner Ansicht die russischen Staatsmänner wissen müßten, daß die dem französischen Volke zugemutete Anstrengung zu groß sei, um lange andauern zu können.

Grund aber der war, daß Herr Viviani damals, dem Verlangen des Präsidenten nachgebend, die entschieden radikale Farbe seines Kabinetts durch Aufnahme des gemäßigten Jean Dupuy gemildert hatte. Diesen Verstoß gegen Parteisolidarität und konstitutionelle Theorie brauchte er jetzt nur zu vermeiden — und das Kabinett war fertig.

Es hat folgende Zusammensetzung:

Präsidium und Äußeres: Deputierter Viviani, républicain socialiste, d. h. nach deutschen Begriffen etwa: Freisinniger,
Justiz: Senator Bienvenu Martin, Radikaler,
Inneres: Deputierter Malvy, Linksradikaler,
Finanzen: Deputierter Noulens, „
Krieg: Deputierter Messimy, „
Marine: Senator Gauthier, „
Unterricht: Deputierter Augagneur, wie Viviani,
Öffentliche Arbeiten: Deputierter Renoult, Linksradikaler,
Handel: Deputierter Thomson, Linksrepublikaner,
Ackerbau: Deputierter Fernand David, Radikaler,
Kolonien: Deputierter Reynaud, Linksradikaler,
Soziale Fürsorge: Senator Couyba, Radikaler.

Dazu kommen als Kabinettsmitglieder noch fünf meist linksradikale Deputierte als Unterstaatssekretäre, nämlich:

Äußeres: Abel Ferry,
Krieg: Lauraine,
Inneres: Jacquier,
Schöne Künste: Dalimier,
Handelsmarine: Ajam.

In dem Kabinett sind somit alle Gruppen der Linken vertreten, mit Ausnahme der 101 „geeinigten Sozialisten“ unter Jaurès, die die Handlungen der Regierung zu überwachen und zu beeinflussen gewillt, nicht aber zum Tragen der ministeriellen Verantwortung bereit sind.

Im einzelnen ist noch folgendes zu sagen:

Viviani, Advokat, ein kluger Kopf, vorzüglicher Redner, gewandter Taktiker, Mann von guten Formen, war schon mehrmals Minister, zuletzt Unterrichtsminister unter Doumergue. Dem Präsidenten Poincaré steht er, wenn auch nicht politisch, so doch persönlich freundschaftlich nahe und wird sich zweifellos bemühen, ihn zu decken. Die schwere doppelte Bürde des Präsidiums und des Portefeuilles des Äußern sucht er durch die Hilfe eines neugeschaffenen Unterstaatssekretärs in der Person des Deputierten Abel Ferry zu mildern. Letzterer, ein Neffe Jules Ferrys, Lothringer, aber durchaus nicht nationalistisch, ist ein fleißiger Arbeiter, der in Kommissionen Einblick in die Staatsgeschäfte gewonnen und sich viel mit Marokkofragen beschäftigt hat.

Der Kriegsminister Messimy hatte dieses Amt schon im Kabinett Monis inne und sich in dasselbe gut eingearbeitet. Er hat im vorigen Jahre einen Antrag auf eine Dienstzeit von 30 Monaten eingebracht, als dieser aber nicht durchdrang, für die dreijährige (richtiger 32-monatige) Dienstzeit gestimmt, wohl mit dem Gedanken des „einstweilen" *.

Der Senator Gauthier war schon unter Doumergue nach dem Ausscheiden von Monis Marineminister und hat sich als solcher wenig bemerkbar gemacht.

Eine bemerkenswerte Figur im neuen Kabinett bildet der Unterrichtsminister Augagneur. Ursprünglich Arzt, war er Oberbürgermeister seiner Heimatstadt Lyon, hiernach vier Jahre Generalgouver-

---

* Über Messimy berichtete der Militärattaché in Paris Major von Klüber am 18. Juli, also nach Anbruch der Julikrise, anläßlich seiner ersten Audienz bei dem neuen Kriegsminister: „Als ehemaliger Generalstabsoffizier vereinigt er militärische Sachkenntnis mit parlamentarischem Geschick. Es ist unbestritten, daß er sehr fleißig und tätig, für einen Franzosen auch konsequent ist und als langjähriger Budgetberichterstatter und früherer Minister gerade jetzt sehr am Platze ist, wo für das Material des Heeres besonders viel geschieht und außergewöhnlich hohe Summen der sachgemäßen Verwendung harren. Auch in das augenblickliche Ministerium paßt er gut, da er im vorigen Jahre einen Gegen-Gesetzentwurf auf dreißigmonatige Dienstzeit eingereicht hat, jetzt aber auf dem Boden der dreijährigen Dienstzeit steht — ähnlich der Kammermehrheit, die theoretisch wohl eher ‚deuxanniste' ist und auch eine ‚zweijahresfreundliche' Armeekommission eingesetzt hat, praktisch aber wenigstens jetzt noch ‚troisanniste' geblieben ist . . . Persönlich macht der fünfundvierzigjährige Herr Messimy einen jugendlichen, frischen und recht liebenswürdigen Eindruck. Gegenüber der Schilderung meines Vorgängers möchte ich noch etwas mehr hervorheben, daß er reichlich eitel zu sein scheint. Er sprach einige Sätze in fließendem Deutsch und betonte, daß er meinen Vorgänger sehr geschätzt hätte und eben herzliche Briefe mit ihm gewechselt hätte. Auch mit mir hoffte er gute Beziehungen zu erhalten: ‚Obwohl wir Sie ja leider notgedrungen als Gegner ansehen müssen, werden wir nicht vergessen, daß Sie ein sympathischer Gegner und unser Gast sind.' — Dann verbreitete er sich über die Möglichkeit eines etwaigen Krieges, der von nicht auszudenkender Schrecklichkeit sein würde, und hob hervor, daß er wie alle Welt und auch alle Franzosen von der Friedensliebe Seiner Majestät des Kaisers felsenfest überzeugt sei. Hierauf kritisierte er die Pangermanisten und die schriftstellernden Generäle und kam auf die sozialistische Bewegung in Deutschland. Er zitierte einen Hardenschen Artikel der ‚Zukunft', wonach im Reichstag eine Majorität von Liberalen und Sozialisten sitzen müßte, wenn wie in Frankreich die Wahlkreiseinteilung der Bevölkerungsziffer entspräche. Sich plötzlich aufraffend, ließ er die Konsequenz dieses Gedankenganges vorsichtigerweise unausgesprochen. Es war wohl derselbe, den ich schon so oft in Belgien, speziell auch vom König der Belgier, als Echo französischer Verdächtigungen und Einflüsterungen gehört habe: die stille Hoffnung der Franzosen, daß die Sozialdemokratie mit der Zeit die Kraft Deutschlands untergraben möchte. Daß ihre eigenen Sozialisten den Generalstreik zur Verhinderung eines Krieges predigen und sogar vor ganz kurzem beschlossen haben, übersehen die Franzosen in solchen Momenten der patriotischen Hoffnung nur zu gerne."

neur von Madagaskar, dann unter Caillaux Arbeitsminister. In der jetzigen neuen Kammer zum Vizepräsidenten gewählt, Radikaler des äußersten linken Flügels, hat wesentlich zum Sturze Ribots beigetragen. Hat an der Baseler Zusammenkunft französischer und deutscher Parlamentarier teilgenommen.

Noulens, der Kriegsminister unter Doumergue, übernimmt im neuen Kabinett die Finanzen, die er als ehemaliger Generalberichterstatter des Budgets gut kennt. Dem Kabinett Doumergue gehörten auch Bienvenu Martin, Malvy, Renoult, Raynaud, Ajam an. Thomson, David, Couyba hatten ebenfalls bereits Ministerposten inne. Von den Unterstaatssekretären sind vier homines novi.

Über die programmatische Regierungserklärung ist Näheres noch nicht bekannt, doch ergibt sich das Wesentliche aus den Vorgängen. Das Programm dürfte sich von demjenigen Ribots nicht viel unterscheiden, da es ebenso wie jenes, wenn auch vielleicht mit etwas mehr radikalem Nachdruck, den Forderungen der neuen Zeit — demokratische Steuerreform, Laienschule — Rechnung zu tragen hat. Nur in der Wehrfrage wird Herr Viviani, abweichend von Ribot, einen gewissen Ausblick auf die Möglichkeit eröffnen müssen, mit der Zeit zu einer weniger drückenden Wehrordnung zu gelangen, als die dreijährige Dienstzeit sie darstellt. Aber er wird, zwischen Anhängern und Gegnern der drei Jahre, die auch das Kabinett in sich schließt, durchlavierend die Notwendigkeit betonen, daß etwaige Änderungen sich ohne jegliche Schwächung und Störung der Wehrkraft vollziehen. Eine alsbaldige Verkürzung der Dienstzeit verlangen übrigens nicht einmal die Sozialisten. Nur Combes, der unbeugsame geistige Führer der Linksradikalen, wünscht unverzügliche Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit und hat den ihm angebotenen Eintritt in das Kabinett, das sich mit einer hinhaltenden Erklärung behelfen will, abgelehnt. Vielleicht erwachsen hieraus noch Schwierigkeiten. Wie in der Wehrfrage, so ist in der mit ihr engverbundenen äußeren Politik eine wesentliche Basisveränderung nicht zu erwarten, also: Festhalten an Bündnis und Entente. Aber die Außenpolitik wird — das ist eine deutliche Forderung der neuen Richtung — eine durchaus friedfertige und uns gegenüber ruhige sein, denn nur in dem Vermeiden von Reibungen mit uns, in dem Schaffen einer freundlichen Stimmung zwischen Frankreich und Deutschland ist der Schlüssel zu einer Lage zu finden, die die Verwirklichung dessen erhoffen läßt, was, wie die Wahlen wiederum erwiesen, das französische Volk ersehnt, eine Verminderung der Wehr- und Steuerlasten.

v. Schoen

## Nr. 15 676

### *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 372 London, den 17. Juni 1914

Gestern wurde im Unterhause von ministerieller Seite an die Regierung die Anfrage gerichtet, ob sie jemals in irgendeiner Form an maßgebender französischer Stelle zu erkennen gegeben habe, daß sie ein Interesse an dem Gesetz, betreffend die Einführung der dreijährigen Dienstzeit, nehme, daß sie Genugtuung über die Annahme des Gesetzes empfinde, oder daß sie einer Abschaffung desselben nicht durchaus gleichgültig gegenüberstehen würde.

Sir Edward Grey entgegnete, die Anfrage sei, soviel er wisse, zu verneinen. Es sei nicht Sache der englischen Regierung[1], eine Meinung über die dreijährige Dienstzeit in Frankreich zu äußern*.

Einer Anregung des Fragestellers, der Minister möchte auf diejenigen englischen Blätter einwirken, die für die Aufrechterhaltung der französischen dreijährigen Dienstzeit hier agitierten, erklärte Sir Edward nicht stattgeben zu können.

Lichnowsky

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Auch nicht der Russischen

## Nr. 15 677

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 127 Paris, den 19. Juni 1914

Die langwierige Krise, die der Rücktritt des Kabinetts Doumergue eingeleitet hat, und deren Schwere in dem Scheitern der ersten Kombination Viviani und dem sofortigen Sturz des Kabinetts Ribot

---

* Die Antwort Sir E. Greys schließt nicht aus, daß nicht von seiten des englischen Generalstabes in ähnlicher Weise auf die Durchführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich, etwa durch Pressebeeinflussung, eingewirkt ist, wie es von Rußland her geschah. Vgl. dazu den Bericht des belgischen Gesandten in London Comte de Lalaing vom 11. Juni 1914 (Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 137), der offenbar die Auffassung der englischen Regierungskreise wiedergibt: „Man ist der Ansicht, daß nur die Anwendung des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit die Republik in die Lage versetzen kann, den Verpflichtungen, die sie an ihren Verbündeten Rußland oder an ihren Freund England binden, zu genügen.“ Vgl. Nr. 15 674, S. 264, Fußnote.

zutage getreten ist, eine Krise, die einen heißen Kampf zwischen der in den Wahlen gestärkten radikal-sozialistischen und der gemäßigten Richtung darstellte, hat mit dem Gelingen der zweiten Kombination Viviani diejenige Lösung gefunden, die ich als wahrscheinlich bezeichnet hatte, den Sieg der Anhänger eines ruhigen maßvollen Fortschrittes über diejenigen eines Vorwärtsdrängens auf den abschüssigen Bahnen der Demagogie. Der Kampf konzentrierte sich um die Wehrfrage, um Aufrechterhaltung der dreijährigen Dienstzeit oder prinzipielle Abkehr von ihr. Die Entscheidung ist für Beibehaltung der drei Jahre auf absehbare Zeit gefallen. Herr Viviani, dessen erste Stellungnahme eine gewisse Aussicht eröffnete, daß eine Verkürzung der Dienstzeit in Frage kommen könnte, sobald die äußere Lage dies gestatte, ist in seiner zweiten Erklärung um einen Schritt zurückgegangen. Er macht nun eine Änderung des Wehrgesetzes nicht von der Gestaltung der äußeren Lage abhängig, sondern davon, daß die neuen Maßregeln, die er, nicht etwa an Stelle des Dreijahrgesetzes, sondern zu dessen Ergänzung plant — militärische Jugenderziehung und bessere Ausnützung der Reserven —, nicht nur vollständig durchgeführt, sondern auch von sachkundiger Seite als bewährt befunden worden seien. Er hat sich zu keinem Zugeständnis eiligen Vorgehens drängen lassen, vielmehr, um gewissen Hoffnungen und Bestrebungen von vornherein vorzubeugen, nachdrücklich erklärt, daß kein Mann, der unter der Herrschaft des weiter bestehenden Dreijahrgesetzes eingezogen, auf Abkürzung der Dienstzeit zu rechnen habe.

So hat sich Herr Viviani, ein Mann aus den Reihen der entschieden fortschrittlichen Linken, so sehr dem Standpunkt des im Lager der gemäßigten Rechten fußenden Ribot genähert, daß sich die Bekenntnisse der beiden, wenn nicht in Worten, so doch im Sinne, vollständig decken. „C'est du pur Ribot, moins la franchise", hat die äußerste Linke Herrn Viviani bei seiner Programmerklärung höhnisch zugerufen. Auch in anderen wesentlichen Punkten unterscheidet sich Herrn Vivianis Regierungsprogramm kaum von demjenigen seines kurzlebigen Vorgängers, wenn er auch in dem Betonen des Grundsatzes der reinen Laienschule etwas schärfer sich aussprach. Wenn Herr Viviani trotz der Ähnlichkeit seines Bekenntnisses mit demjenigen Ribots im Gegensatz zu diesem eine sehr stattliche Mehrheit — 370 gegen 137 Stimmen — gefunden hat, so beweist dies von neuem, daß es sich bei der nun abgeschlossenen Krise, wie dies in dem parlamentarisch regierten Frankreich nachgerade üblich geworden, weniger um einen Kampf um politische Überzeugungen gehandelt hat, sondern um einen solchen um Personen und Einflüsse. Sobald die Radikalen in Vivianis zweiter Portefeuilleverteilung eine größere Befriedigung fanden als in der ersten, und namentlich in derjetzigen neuen Kammer zum Vizepräsidenten gewählt, Radikaler des gramm zuzustimmen, das [mit] dem soeben von ihnen entrüstet verwor-

fenen die Ähnlichkeit von Zwillingsbrüdern aufweist. Allerdings haben sie eine gewisse Deckung ihrer persönlichen Herrschaftsgelüste in dem leichten Vorwand gefunden, daß Ribots reaktionäre Vergangenheit ein Treubleiben bei seinem entgegenkommenden Programm nicht erwarten lasse, während Vivianis bisherige Parteistellung und Charakter dies verbürge.

Herrn Vivianis starker Erfolg bei seinem Erscheinen vor der Kammer läßt auf einen Bestand seiner Regierung von einiger Dauer rechnen. Seine Mehrheit ist eine rein republikanische und umfaßt die gemäßigten und die radikalen Gruppen bis hart an die Grenze der reinen Sozialisten. Diese und ein Bruchteil der Linksradikalen, beide entschlossen, auch ferner mit allen Mitteln für eine baldige Verkürzung der Dienstzeit zu kämpfen, bilden die Opposition, zu der auch noch eine quantité négligeable von Konservativen kommt. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß angesichts der maßlos heftigen Haltung der neugewählten Sozialisten sich eine weitere Verringerung der Opposition vollzieht. Das Ministerium Viviani stellt sich somit als eine Regierung dar, an deren starken radikalen Kern sich alle republikanischen Elemente mit Ausnahme der unbeugsamen Gegner der dreijährigen Dienstzeit anschließen. In der Tat hat sich die an die Regierungserklärung* angeknüpfte Debatte fast ausschließlich um die dreijährige Dienstzeit gedreht. Die Abstimmung hat ergeben, daß die überwiegende Mehrheit der Kammer davon überzeugt ist, daß die Zeit für eine mildernde Abänderung des Dreijahrsgesetzes noch nicht gekommen ist, daß höchstens der Versuch gemacht werden kann, durch anderweitige Maßregeln zur Erhaltung der Wehrkraft eine Milderung des Gesetzes langsam und vorsichtig vorzubereiten. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Kammer ebenso wie die Regierung zu der Überzeugung der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Dreijahrgesetzes durch die Erkenntnis gelangt ist, daß diese Gestaltung der Wehrkraft eine Bedingung für das unveränderte Fortbestehen des russischen Bündnisses ist. Von russischer Seite ist man auch, nicht nur im stillen, sondern bekanntlich auch öffentlich eifrigst bemüht gewesen, diese Überzeugung im richtigen Augenblick zu stärken. Es darf aber nicht unerwähnt bleiben, daß Herr Viviani, wenn er von der starken Wehrkraft sprach, den rein defensiven Charakter und bei Erwähnung der Allianz den friedlichen Charakter unter dem Beifall der Kammer besonders betont hat. Er sprach in ersterer Hinsicht von „la loi (Dreijahrgesetz) qui ne suffit pas, à elle seule, à assurer la défense du territoire“ und von den „projets destinés à accroître la puissance d'une nation qui, respectueuse du droit universel, n'a jamais songé, ne songe qu'à préserver ses foyers, ses libertés, sa

* Siehe den wesentlichen Text der am 16. Juni verlesenen Regierungserklärung in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1914, S. 663 f.

dignité“ und sagte in letzterer Beziehung: „Nous développerons une alliance féconde en heureux résultats, fortifiée à l’épreuve du temps, au milieu des sympathies qui unissent deux peuples, tous deux attachés à la paix, la parfaite entente qui nous lie à une puissante nation voisine et qu’une récente visite a de nouveau * et avec éclat consacrée nos bonnes relations avec les autres gouvernements.“

v. Schoen

Nr. 15 678

*Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 158 Paris, den 16. Juli 1914

Das Nationalfest vom 14. Juli ist in der herkömmlichen Weise gefeiert worden, die Kammern sind, nachdem sie mühevoll die Beratung des diesjährigen Staatshaushalts beendet haben, in die Sommerferien gegangen, der Präsident der Republik hat in Begleitung des Ministerpräsidenten die Reise nach Rußland und Skandinavien angetreten **, und damit ist in dem innerpolitischen Leben Frankreichs die übliche sommerliche Ruhepause eingetreten.

Wenn diese jährliche Unterbrechung der aufreibenden parlamentarischen Arbeit jeder Regierung erwünscht ist, so kommt sie in

* Über den Besuch des englischen Königspaars in Paris (21. bis 24. April) vgl. Kap. CCC.

** Die Abreise Poincarés nach Petersburg erfolgte am 15. Juli, die Ankunft in Kronstadt am 20. Juli. Die politische Bedeutung des Besuches, der von Poincaré schon seit Beginn des Jahres 1914 ins Auge gefaßt und durch inspirierte Pressemeldungen dem russischen Alliierten fast aufgenötigt war (vgl. dazu: Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed Fr. Stieve, IV, 17, 29), würdigte Freiherr von Schoen kurz in einem Bericht vom 25. Juni (Nr. 139): „Die politische Bedeutung des Besuches in St. Petersburg liegt auf der Hand. Es ist ein Antrittsbesuch als Präsident, den Herr Poincaré bei dem Verbündeten abstattet, nachdem er bereits als Ministerpräsident im Herbst 1912 sich in St. Petersburg vorgestellt hat. Herr Poincaré erachtet es bekanntlich als seine besondere geheiligte Pflicht, das russische Bündnis mit aller Sorgfalt zu pflegen und zu stärken. Bei seinem jetzigen Besuche am russischen Hofe spricht aber zweifellos auch der persönliche ehrgeizige Wunsch mit, einen Gegenbesuch des kaiserlichen Verbündeten in Paris zu veranlassen, ähnlich wie Herr Poincaré dies mit Erfolg in London getan hat.“ Über den Verlauf des Besuches vgl. neben der Berichterstattung des Grafen Pourtalès (Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, ed. Graf M. Montgelas und W. Schücking, I, 149, 152, 205 ff.) und des österreichischen Botschafters Grafen Szápáryi (Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914, Ergänzungen und Nachträge I, 117 f., 129) die Erzählungen von Poincaré (Les Origines de la Guerre, p. 200 ss.), Paléologue, La Russie des Tsars, Revue des Deux Mondes 1921, I, 232 ss.; Viviani, Réponse au Kaiser, p. 80 ss.

besonderem Maße dem Ministerium Viviani zustatten, das mit einer neuen Kammer zu tun hat, in der das Verlangen nach weitgehendem Anteil an der Regierungsgewalt und persönliche Begehrlichkeiten der Volksvertreter in einer Weise hervortreten, die das parlamentarische Regime zu einem Zerrbild zu machen droht[1]. Hat das Kabinett Viviani sich auch von vornherein auf eine starke Majorität stützen können und in der kurzen Zeit seines Bestehens manche nicht leichte Frage zu lösen vermocht, so bedarf es doch noch sehr der inneren Stärkung, um die Lage zu beherrschen und die Mehrheitsparteien zusammenzuhalten.

Die wesentlichste Frage, die unter der jetzigen Regierung zu endlicher Entscheidung gekommen, ist der Anfang der durch die ungünstige Finanzlage und die Anforderungen des vorjährigen Wehrgesetzes überaus dringend gewordenen Steuerreform durch Einführung der Einkommensteuer, einer Steuerreform, die schon seit Generationen zu den demokratischen Forderungen gehört, von der Bourgeoisie und der Plutokratie aber stets heftig und mit Erfolg bekämpft worden ist. Zwar handelte es sich jetzt noch nicht um ein durchgebildetes System zur Erfassung aller Einkommen, sondern zunächst nur um eine die hohen Einkommen treffende mäßige Ergänzungssteuer, aber immerhin drehte es sich auch in diesen engeren Grenzen um eine prinzipielle Entscheidung für oder gegen die Einkommensteuer mit einer gewissen staatlichen Kontrolle, also die in Frankreich bisher so hartnäckig zurückgewiesene „inquisition fiscale". Die Gegner der Einkommensteuer rechneten sicher darauf, daß der Senat wie bisher der demokratischen Reform unbeugsamen Widerstand entgegensetzen werde, und zwar um so mehr, als die Schwierigkeit des Problems sich noch durch die von Caillaux herstammende Forderung vermehrte, die Reform in das Budgetgesetz aufzunehmen, um ihre alsbaldige Anwendung zu gewährleisten. Der Senat hat nun zwar einige Schwierigkeiten gemacht, schließlich aber doch den Widerstand fallen lassen. Wenn dieser für das radikale Regime bedeutungsvolle Erfolg erzielt worden ist, so hat daran nicht nur der Einfluß Vivianis einen wesentlichen Anteil, sondern auch derjenige Ribots, der in dem Programm seines kurzlebigen Kabinetts, der durch die Kammerwahlen geschaffenen neuen Lage Rechnung tragend sich zu der bis dahin von ihm bekämpften Einkommensteuer bekannt hatte und nun als Senator für sie eintrat. So hat denn, wenn auch nur ein Beginn, so doch das Prinzip der Einkommensteuer im französischen Staatsrechte endlich Eingang gefunden, und der Weg für einen weiteren Ausbau dieses Steuersystems steht nunmehr offen. Den Gegnern wird die Verhinderung dieser Weiterbildung schwerlich gelingen, so bewegt sie auch in der Presse darüber klagen, daß nun der erste verhängnisvolle Schritt auf dem Wege der sozialen Revolution getan sei.

Auch auf anderem Gebiet ist dem kaum ins Leben getretenen Kabinett Viviani die Erfahrung nicht erspart gewesen, daß es nicht leicht ist, die radikalen Theorien mit den praktischen Erfordernissen der Staatsautorität in Einklang zu bringen. Es hat sich einem bis zur Meuterei gehenden Ausstand der Unterbeamten der Pariser Post gegenüber gesehen, die die Ausführung der ihnen von der radikalen Kammermehrheit versprochenen, vom Senat aber lange verweigerten Aufbesserung erzwingen wollten, und ebenso dem Verlangen der Arbeiter in den Staatsbetrieben nach Einführung der „englischen Woche", das heißt dem freien Sonnabendnachmittag. Nur mit Mühe ist es der Regierung gelungen, einen Ausgleich herbeizuführen, der, ohne auf eine förmliche Kapitulation hinauszulaufen, die Arbeiter befriedigte.

In der Wehrfrage ist bekanntlich beim Auftreten des Kabinetts Viviani zwischen ihm und der Kammermehrheit eine Art Waffenstillstand in dem Sinne geschlossen worden, daß an dem bestehenden Dreijahrgesetz in absehbarer Zeit nicht gerüttelt werden soll. Gleichwohl beherrscht die Frage des dreijährigen Dienstes nach wie vor die Gemüter, und der Kampf gegen sie ist, wenn auch verschoben, so doch keineswegs aufgegeben. Die Gegner halten an der Hoffnung fest, ihrer Sache gelegentlich doch noch zum Sieg, sei es auch nur zu einem zeitweisen, zu verhelfen, und diese Hoffnung erscheint nicht unberechtigt, wenn man in Betracht zieht, daß neuere Abstimmungen darauf schließen lassen, daß Verteidiger und Angreifer sich mit ziemlich gleichen Kräften gegenüberstehen. Dies ist unter anderem bei der Wahl der ständigen Kammerkommission für militärische Angelegenheiten zutage getreten, deren Präsident, General a. D. Pédoya, ein entschiedener Gegner der drei Jahre, während der Berichterstatter, der frühere Unterstaatssekretär im Kriegsministerium Maginot, ein eifriger Verfechter derselben ist. Nebenbei ist erwähnenswert, daß Herr Delcassé für das Präsidium dieser Kommission wie derjenigen für auswärtige Angelegenheiten durchgefallen ist, eine Bestätigung der Erscheinung, daß er an Einfluß verloren hat.

Wie groß die französische Nervosität in Sachen der Landesverteidigung ist, zeigt die tiefe Erregung, die bei der Verhandlung des Senats über die außerordentlichen Heeresausgaben die Enthüllung des Berichterstatters Humbert hervorrief, daß das Kriegsmaterial dank langjähriger Unterlassungssünden der Verwaltung vielfache die Schlagfertigkeit ernstlich in Frage stellende Lücken aufweise. Wenn es auch ersichtlich war, daß dieser Vorstoß des radikalen Geschäftspolitikers Humbert die von der Linken als reaktionär verschrieenen oberen Leiter des Generalstabs treffen sollte, auch zu vermuten war, daß Humbert die Geschäfte von Schneider-Creuzot besorgte, so machte sein Alarmruf doch um so größeren Eindruck, als die unvorbereiteten Minister ihn nicht sogleich zu entkräften wußten. Immer-

hin hätte die Sache nicht die bestürzende Wirkung gehabt, wenn nicht der stets kampfbegierige Clemenceau den Versuch gemacht hätte, sie zu einem Angriff auf das Kabinett Viviani zu benutzen, offensichtlich in der Absicht, dem Präsidenten Poincaré, der stündlich auf den endlichen Sessionsschluß wartete, um seine Reise nach Rußland anzutreten, ernste Schwierigkeiten zu bereiten. Nur mit Mühe ist es der Regierung gelungen, diesen Angriff abzuschlagen, immerhin aber hat der Zwischenfall die Folge gehabt, die Session, zu deren Beendigung bereits die Feiertage und die Nachtstunden zu Hilfe genommen waren, um einen weiteren kritischen Tag zu verlängern, den Präsidenten zu einem kurzen Aufschub des Reiseantritts und zu einer abkürzenden Änderung der Route zu zwingen und ihm das peinliche Bewußtsein mit auf den Weg zu geben, daß seine unversöhnlichen Widersacher vor keinem noch so gewagten Mittel zurückscheuen, um ihn nachdrücklich fühlen zu lassen, daß in Frankreich nicht er, sondern lediglich das Parlament der allein herrschende Faktor ist*. Seinem persönlichen Erfolge in St. Petersburg dürfte diese neueste Erfahrung nicht gerade förderlich sein.

v. Schoen

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Tout comme chez nous!

* Vgl. dazu den Ausspruch des Kammerpräsidenten Deschanel, dem Poincaré noch im Juni 1914 nach Doumergues Abgang die Ministerpräsidentschaft angeboten hatte, vom 27. Februar 1915: „Poincaré a déclenché la guerre parce que les Troisannistes croyaient qu'il y avait intérêt à faire la guerre avant que les adversaires n'aient eu le temps de modifier la loi.“ Ernest Judet, Georges Louis, p. 299.



Anhang A

# Die Zwischenfälle von Lunéville und Nancy



## Nr. 15 679

### *Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Zimmermann an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen*

Telegramm. Konzept

Nr. 103 Berlin, den 3. April 1913

Neues Zeppelinluftschiff, noch nicht staatlich abgenommen, ist auf Probefahrt von Friedrichshafen wegen Motordefekts bei Lunéville gelandet mit militärischer Prüfungskommission an Bord.

Bitte dortige Regierung benachrichtigen und um weitere Veranlassung wegen Sicherheitsmaßregeln und Zulassung der Rückfahrt ersuchen.

Zimmermann

## Nr. 15 680

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 123 Paris, den 4. April 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 103*.

Auf meine Verwendung erklärt mir französische Regierung, angesichts Ergebnis Untersuchung und ehrenwörtlichen Erklärungen deutscher Offiziere sei Luftschiff freigelassen und Erlaubnis zur Rückfahrt erteilt.

Schon gestern seien zuständige Ressortminister zu Beratung zusammengetreten und hätten beschlossen, die bei hiesiger internationaler Luftschiffkonferenz von uns vertretenen Grundsätze auf neuen Fall anzuwenden und jedenfalls entgegenkommend zu handeln.

Habe Ballonführer und Grafen von Zeppelin direkt verständigt.

Schoen

* Siehe Nr. 15 679.

## Nr. 15 681

### *Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Zimmermann an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen*

Telegramm. Konzept

Nr. 106 Berlin, den 4. April 1913

Antwort auf Drahtbericht Nr. 123 vom 4. April*.

Bitte dortiger Regierung den Dank der Kaiserlichen Regierung für das bei der Behandlung des Luftschiffs gezeigte Entgegenkommen zu übermitteln, das hier gebührend gewürdigt wird.

Zimmermann

## Nr. 15 682

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 123 Paris, den 4. April 1913

Die erste Nachricht von der Landung eines mit deutschen Offizieren in Uniform bemannten Zeppelinluftschiffes in der Nähe von Lunéville hatte bei der französischen Regierung, wie ich aus guter Quelle höre, einen ziemlich starken Schrecken hervorgerufen. Sie fürchtete sehr, das Vorkommnis könnte zu unangenehmen Ausbrüchen der erregten Stimmung bei der Grenzbevölkerung führen und eine gefährliche Steigerung der Deutschfeindlichkeit im Lande zur Folge haben. Alsbald nach Bekanntwerden der Meldung traten der Minister des Äußern, der Ministerpräsident und der Kriegsminister zur Beratung zusammen und beschlossen, daß alles geschehen solle, um den Zwischenfall so schnell und glatt als nur irgend möglich zu erledigen. Im besonderen wurde auch vereinbart, sofort beruhigend auf die Journalisten einzuwirken, und es zeigte sich bei dieser Gelegenheit wieder einmal, wie stark die Regierung die Blätter zu beeinflussen vermag, wenn sie nur den Willen dazu hat. Denn im großen und ganzen hat die Presse das Ereignis mit bemerkenswerter Ruhe und Objektivität beurteilt, wenn auch mehrfach unverhohlene Schadenfreude zum Ausdruck kam und mit Selbstgefälligkeit behauptet wurde, daß die französischen Behörden sich in dieser Angelegenheit courtoisievoller gezeigt haben, als die deutschen in ähnlichen Fällen.

Einzelne Blätter nahmen das Vorkommnis zum Anlaß, um ein strengeres Luftpolizeigesetz — etwa nach dem Muster Englands —

---

* Siehe Nr. 15 680.

zu verlangen. Auch eine internationale Verständigung über eine Luftschiffahrtsordnung wurde als dringend notwendig bezeichnet.

Wirklich gehässige Ausfälle haben sich nur in einigen berufsmäßigen Hetzblättern gefunden, welche die von der Besatzung des Zeppelin gegebenen Erklärungen in Zweifel ziehen und von einem mißglückten Spionageversuch sprachen. Dieselben Organe tadeln nun auch die Regierung, daß sie sich, offenbar aus Furcht vor Weiterungen mit Deutschland, allzu entgegenkommend gezeigt hätte. Hier und da wird natürlich auch versucht, den Vorfall für die dreijährige Dienstzeit und möglichst umfassende Stärkung der Ausrüstung auszunützen. Denn trotz des Unfalls habe man hier zur Erkenntnis gelangen können, daß die Zeppelinluftschiffe ein sehr gefährliches Kriegsmittel seien.

Mit großer Befriedigung verzeichnet die hiesige Presse die Anerkennung, welche das entgegenkommende Verhalten der französischen Behörden bei der deutschen öffentlichen Meinung gefunden hat. In der Tat haben es nicht nur die Zentralregierung, sondern auch die Lokalbehörden an ernstem Bestreben, den Zwischenfall so rasch und glatt wie möglich zu erledigen, nicht fehlen lassen*, und auch das Verhalten der Bevölkerung von Lunéville scheint im ganzen einwandfrei gewesen zu sein.

v. Schoen

## Nr. 15 683

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 130 — Paris, den 10. April 1913

Aus deutschen Zeitungen ersehe ich, daß die Haltung der Bevölkerung und einzelner französischer Offiziere anläßlich der Landung des Zeppelinluftschiffes in Lunéville doch nicht so einwandfrei gewesen zu sein scheint, wie auf Grund der mir bisher allein zugänglichen französischen Schilderungen anzunehmen war. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß die französischen lokalen und zentralen Behörden sich bemüht haben, durch rasche Erledigung des Zwischenfalls weiteren unliebsamen Vorkommnissen vorzubeugen.

Der Ministerpräsident sagte mir, wenn es auch sehr auffällig habe erscheinen müssen, daß das deutsche Luftschiff seinen Weg gerade über eine Reihe französischer Festungen genommen habe, so hätten doch die näheren Umstände zur Evidenz ergeben, daß es sich

---

* Vgl. jedoch Nr. 15 683 und folgende Schriftstücke.

dabei um eine durch höhere Gewalt verursachte unfreiwillige Fahrtrichtung gehandelt habe*. Die einzige Schwierigkeit habe sich daraus ergeben, daß einer der an Bord befindlichen Offiziere sich anfänglich standhaft geweigert habe, über ein von ihm verwahrtes Heft Auskunft zu geben. Aber auch hierfür sei schließlich befriedigende Aufklärung gegeben worden.

Herr Barthou und Herr Pichon zeigten sich überaus befriedigt von unserer Anerkennung ihres Entgegenkommens bei Behandlung des Luftschiffes. Wir könnten auch in ähnlichen Fällen auf derartiges Entgegenkommen rechnen. Es wäre aber gut, meinten beide, wenn die Versuchsfahrten unserer Zeppeline künftig in etwas größerer Entfernung von der Grenze stattfänden.

v. Schoen

## Nr. 15 684

### *Der Preußische Kriegsminister General von Heeringen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Geheim — Berlin, den 9. April 1913

Eurer Exzellenz beehre ich mich anliegend** einen von der militärischen Abnahmekommission des Z IV in Gemeinschaft mit dem Kapitän Glund, dem Führer des Schiffes vom Luftschiffbau Zeppelin, erstatteten Bericht über den Verlauf der Landung des Z IV und seines Aufenthalts in Lunéville am 3./4. April 1913 ergebenst zu übersenden.

von Heeringen

## Anlage

### *Sonderbericht über die Zwischenlandung des L. Z. 16 (Z. IV) in Lunéville*

Abschrift

Metz, den 5. April 1913

Nachdem um 12.23 Uhr nachmittag erkannt war, daß das Schiff sich über französischem Boden befand, erklärte der Vorsitzende der

---

* Mit diesem Anerkenntnis des Ministerpräsidenten Barthou vergleiche man die einseitige und gehässige Darstellung, die Poincaré (Les Origines de la Guerre, p. 156 ss., neuerdings auch in: Au Service de la France, III, 190 ss.) von dem Vorfall und den sich daran knüpfenden Verhandlungen gibt.

** Siehe Anlage.

Abnahmekommission dem Führer des Schiffes, daß von einer Fortsetzung der Abnahmefahrt nunmehr abzusehen sei, und das Schiff nach den bestehenden Bestimmungen auf dem kürzesten Wege über die Grenze zu führen sei. Alle folgenden Maßnahmen der Führung wurden im Einvernehmen mit der militärischen Besatzung getroffen. Es wurde reiner Ostkurs gefahren, da auf diese Weise bei der fehlenden Orientierung am ehesten auf Erreichen der Grenze gerechnet werden konnte. Festungswerke sollten umfahren werden.

Der Benzinvorrat, der für die Überführungsfahrt nach Baden auf sechs Stunden berechnet worden war, war sehr knapp geworden. Die Fahrt des Luftschiffes über Grund war bei dem ziemlich heftigen Gegenwind eine recht geringe. Gegen 2 Uhr nachmittag war der Benzinvorrat fast aufgebraucht, und da die Entfernung bis zur Grenze infolge der mangelnden Orientierung und infolge des Fehlens der französischen Karten nicht feststand, wurde mit Absicht das Schiff auf den in Fahrtrichtung voraus befindlichen Exerzierplatz zur Landung gebracht. Hierbei sprach auch die Erwägung mit, daß dadurch am ehesten eine Verwickelung politischer Art, die durch einen Spionageverdacht unter den obwaltenden politischen Verhältnissen immerhin nicht ausgeschlossen war, vermieden werden konnte.

Maßnahmen nach Landung des Z IV.

Nach der um 2.30 Uhr nachmittag mit Hilfe französischen Militärs glatt erfolgten Landung des Schiffes wurde das Schiff bei dem anwesenden général en chef, Divisionsgeneral Lescot, gemeldet.

Diesem wurden die folgenden Gründe für die Maßnahmen angegeben:

1) Das Schiff ist durch einen der Besatzung unbekannt gebliebenen starken östlichen Wind nach Frankreich verschlagen worden. Eine Orientierung ist seit ungefähr 8 Uhr vormittag nicht mehr möglich gewesen, da das Schiff seit dieser Zeit dauernd in Wolken war.

2) Sobald die Besatzung erkannt hatte, daß das Schiff über Frankreich war, ist das Schiff, um jeden Verdacht einer Spionage auszuschließen, bei der nächsten Garnison zur Landung gebracht worden.

Weiterhin wurde ihm gemeldet, daß das Schiff ein der Luftschiffbau-Zeppelin gehöriges Privatfahrzeug sei, das unter Führung des Kapitän Gluud, einem Angestellten des Luftschiffbau-Zeppelin fahre, und daß die Offiziere sich lediglich zur Feststellung der technischen Eigenschaften an Bord befänden. Von dem zu Ende gehenden Benzinvorrat und der dadurch verursachten Zwangslage wurde nichts gemeldet.

Der General verbot einen Wiederaufstieg des Schiffes ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis und unterstützte dieses Verbot dadurch, daß er die Zündkerzen der Motore entfernen ließ.

Der Führer des Schiffes, Kapitän Gluud, konnte mit Genehmigung des Generals Anordnungen zur Verankerung treffen. Es wurden zirka 150 Soldaten zur Verfügung gestellt, allerdings mit dem Bemerken, daß die Soldaten nicht dazu da seien, deutsche Luftschiffe festzuhalten, und daß diese möglichst bald vom Führer durch zu bezahlende Arbeiter zu ersetzen seien.

Der Platz wurde abgesperrt durch eingerammte Pfähle, eine Kompagnie Jäger zu Fuß und eine Schwadron Jäger zu Pferde. Dem Führer wurde trotz seiner Bitte die Genehmigung zu telegraphieren um Betriebsmaterial und Hilfsarbeiter vorläufig nicht gestattet. Genehmigung zum Ankauf von Benzin aus der Stadt Lunéville wurde erteilt.

Ebenso gelang es erst der militärischen Besatzung nach mehrfachen energischen Hinweisen, die Genehmigung zur telegraphischen Benachrichtigung der deutschen Botschaft zu erlangen.

Diese wurde erst gegen 5 Uhr Nachmittag (M. E. Z.) erteilt, nachdem der dienstälteste General sich zu einer solchen Genehmigung für nicht befugt erklärt und sie von der Erlaubnis der Zivilbehörden in Nancy abhängig gemacht hatte.

Von Anfang an wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Offiziere von den französischen Offizieren kameradschaftlich aufgenommen werden sollten, daß sie aber von den maßgebenden Zivilbehörden als Feinde betrachtet werden würden.

Gleichzeitig glaubte der General nach Rücksprache mit anwesenden Persönlichkeiten der Ortsbehörde darauf hinweisen zu müssen, daß die Offiziere gut täten, Zivilkleidung anzulegen, da ihre persönliche Sicherheit andernfalls nur schwer gewährleistet werden könnte. Diese aufgeregte, äußerst feindselige Haltung der Bevölkerung trat besonders bei der Fahrt des Oberleutnants Brandeis zur Post nach Genehmigung der telegraphischen Meldungen über den Vorfall in Erscheinung. Obwohl dem Oberleutnant Brandeis ein französischer Offizier und Polizeikommissar beigegeben war, hielt es der Bürgermeister für erforderlich, selbst den Kraftwagen zu besteigen. Alle Fenstervorhänge des geschlossenen Kraftwagens wurden heruntergelassen. Dennoch stieß die Menge in laute Drohungen aus, durchbrach die Reihen der absperrenden Gendarmerie und bewarf den Wagen mit Steinen und schlug nach ihm im Vorbeifahren mit Stöcken.

In der Zwischenzeit wurde dem Führer des Schiffes von einer militärischen Kommission erklärt, daß das Schiff und die Instrumente eingehend durchsucht werden sollten. Dieser Kommission wurde bereitwilligst alles zur Verfügung gestellt. Die Untersuchung war sehr eingehend, selbst die Taschen und Mäntel wurden durchsucht. Die F. T. Kabine war verschlossen und seitens der Besatzung war darauf aufmerksam gemacht, daß der Schlüssel in Friedrichshafen und während der ganzen Fahrt nicht gefunkt worden sei. Trotzdem wurde das

Schloß erbrochen und in die Kabine hinein gesehen. Während dieser Durchsuchung wurde das Schiff beständig von Soldaten aller Dienstgrade, Zivilisten, Zeitungsreportern durchlaufen. Mehrfache Bitten, das Betreten des Schiffes durch Unbeteiligte zu verbieten, hatten keinen Erfolg.

Gegen 4.30 Uhr nachmittag verlangte die Kommission der Zivilbehörde (Polizeipräfekt, Kommission aus Avricourt) eine nochmalige eingehende Untersuchung des Schiffes.

Gegen 7 Uhr nachmittag erfolgte die dritte Untersuchung der sämtlichen Karten und Fahrtberichte durch einige zu diesem Zweck aus anderen Garnisonen herbeigeholten Luftschiffer- und Fliegeroffiziere.

Gegen diese Kommission protestierte Kapitän Gluud, jedoch ohne Erfolg; es wurden bis zur Abfahrt weiteren fünf Kommissionen aus vielen Offizieren und Zivilisten trotz der Beschwerde des Führers beim General und aufsichtsführenden Offizier der Eintritt ins Schiff gestattet. Hierbei wurde dem Führer des Schiffes ausdrücklich erklärt, daß er nichts zu verfügen hätte. Diese Ausschaltung der deutschen Offiziere und Besatzung ging so weit, daß während der Nacht, als das Schiff sehr gefährdet durch große Taubelastung auf dem Boden lag, der Besatzung das Betreten des Schiffes und überhaupt die Annäherung an dasselbe streng verboten war. Je zwei Posten mit aufgepflanztem Seitengewehr standen an der vorderen und hinteren Gondel. (Befehl des Divisionskommandeurs.)

Es wurde den Offizieren und dem Führer Nachtquartier und Essen in der Wohnung des Generals angeboten, scheinbar mit der Absicht, diese vom Schiff zu entfernen. Von der Einladung wurde kein Gebrauch gemacht. Offiziere und Besatzung verblieben während der ganzen Dauer beim Schiff.

Da das Schiff durch die Maßnahmen schwer gefährdet war, wurde gegen Morgen wiederum der Schutz des deutschen Botschafters telegraphisch zu erreichen gesucht. Die telegraphische Verbindung mit diesem wurde dem Führer und den Offizieren von 6 Uhr 10 Minuten vormittag bis 7 Uhr 40 Minuten vormittag verboten, da jedes Telegramm erst die Zensur des Unterpräfekten passieren müßte.

Um 7 Uhr vormittag durfte das Schiff durch die Offiziere und die Besatzung sowie durch die schon in der Nacht von 2.30 Uhr an am Eingang zum Landungsplatz wartenden Hilfsmannschaften der Zeppelinbaugesellschaft, denen die Verbindung mit dem Führer bis dahin nicht erlaubt war, betreten werden.

Um dieselbe Zeit traf der vom französischen Kriegsministerium abgeordnete General Hirschauer mit Offizieren seines Stabes auf dem Platz ein. Nach einer eingehenden Besichtigung des Schiffes durch

General Hirschauer wurde der Führer des Schiffes sowie Hauptmann George unter Beobachtung gewisser Formalitäten einzeln verhört. General Hirschauer verlangte vom Hauptmann George eine ehrenwörtliche Erklärung, daß während der Fahrt nicht photographiert worden sei, und daß keine die Landesverteidigung betreffenden Erkundungen und Aufzeichnungen gemacht worden seien. Die verlangte Erklärung konnte Hauptmann George unbedenklich abgeben. Hierauf wurde das Schiff sowie die Offiziere im Laufe des Vormittags gegen 11 Uhr freigegeben.

Von der Erlaubnis konnte vorläufig kein Gebrauch gemacht werden, da der Wind bis zu 20 sec. m. Stärke zugenommen hatte und nur ein vorderer und ein halber Backbordmotor zur Verfügung stand. (Der Steuerbordmotor mußte wegen starker Taubelastung zur Gewichtserleichterung ausgebaut werden.)

Der General verlangte vom Führer die Zusicherung, daß er nicht vor dessen Rückkehr vom Essen (1.30 Uhr nachmittag) (W. E. Z.) abfahren wollte. Diese Zusicherung konnte nur bedingt gegeben werden, da die Lage des Schiffes auf dem Ankerplatz kritisch wurde. Um 1.34 Uhr nachmittag (M. E. Z.) konnten die Haltemannschaften das Schiff nicht mehr halten und es wurde abgefahren. Um 2.34 Uhr überfuhr das Schiff die Grenze und landete 3.34 Uhr in Metz.

Den Offizieren war dringend geraten worden, zur Heimfahrt bis zur Grenze nicht die Bahn, sondern einen geschlossenen Kraftwagen zu verwenden. In diesem Wagen wurden die Offiziere nach Abfahrt des Schiffs durch einen Polizeikommissar aus Avricourt bis zur Grenze bei Deutsch-Avricourt begleitet.

Die persönlichen Eindrücke der Beteiligten lassen sich dahin zusammenfassen:

Die Offiziere haben sich im allgemeinen korrekt, jedoch in keiner Weise besonders kameradschaftlich und entgegenkommend gezeigt. Sie behandelten die deutschen Offiziere keineswegs in einer die Gleichstellung ausdrückenden Weise, wie dies sonst im internationalen Verkehr üblich ist.

Die Einladung des Generals entsprang anscheinend den im Bericht gemeldeten Beweggründen. Nach Ablehnung der Einladung fühlte sich der General verpflichtet, den Offizieren und Führer die Abendkost auf den Platz zu schicken, nachdem ihm bekannt geworden war, daß diese am Tage noch nichts zu sich genommen hatten.

Ein Major des Jäger-Regiments zu Pferde stellte Woylachs für die Nacht zur Verfügung, von denen jedoch mangels eines Platzes, da den deutschen Offizieren der Aufenthalt im Schiff verboten war, kein Gebrauch gemacht werden konnte.

Der gleiche Major fragte gegen Mittag des nächsten Tages, ob er aus seiner Kantine Frühstück zur Verfügung stellen könnte. Das

Anerbieten wurde angenommen. Dieses waren die wenigen als kameradschaftlich zu bezeichnenden Handlungen französischer Offiziere.

Das Verfahren des Vorsitzenden der Kommission des französischen Kriegsministeriums, des Generals Hirschauer, muß als durchaus sachgemäß, gerecht und nahezu wohlwollend bezeichnet werden. Dieser Offizier machte einen wohltuenden Eindruck gegenüber den anderen.

Wie bereits durch einen Einzelfall (Fahrt des Oberleutnants Brandeis zur Post) erläutert, nahm die Bevölkerung zeitweise eine drohende Haltung an und konnte nur durch ein großes Aufgebot von Militär vor Gewalttätigkeiten zurückgehalten werden. Nach der offenen Versicherung von Offizieren wäre das Schiff, wenn es nicht in einer so großen Garnison gelandet wäre, zerstört und das Leben der Insassen gefährdet worden. Wo ein deutscher Offizier an der Platzgrenze als solcher trotz der Zivilkleidung erkannt wurde, brach die Menge in johlende Schmähungen aus. Die an der Füllanlage arbeitenden Leute des Luftschiffbau-Zeppelin wurden mit Steinen beworfen und alle Böen, die den Ballon in gefährliche Lage brachten, wurden durch johlende Jubelschreie begrüßt. Eine begeisterte Kundgebung veranlaßte das Erscheinen von drei Militärflugzeugen um 1.35 Uhr nachmittag, die mit augenscheinlicher Absicht den Weg über das Schiff nahmen und eigens zu diesem Zwecke die Reise von Epinal aus angetreten hatten. Von dieser Stimmung gibt auch die Bemalung der Gondel durch viele aufreizende Inschriften Zeugnis, die von Soldaten und Zivilisten trotz der Gegenwart der französischen Offiziere vorgenommen wurde.

Der Gesamteindruck aller Beteiligten war der, daß sie wie in einem Kriege befindlich behandelt wurden.

Da mehrfach Privattelegramme verstümmelt wurden und stark verspätet ankamen, ist es von hohem Interesse, die genaue Ankunftszeit und den Text der an den deutschen Botschafter abgegangenen Telegramme zu erfahren, um so mehr als eine Bestätigung der Hilfsgesuche nicht einging.

Trotz aller Einwendungen wurden vielfach photographische Aufnahmen des Schiffes und einzelner Teile gemacht. Hieran waren beteiligt Zivil- und Militärphotographen in Uniform. Bei den Durchsuchungen im Schiff sind Maße aufgeschrieben worden.

Alle deutschen Beteiligten haben den Eindruck gewonnen, daß die Franzosen das wirklich Wichtige, drahtlose Telegraphie, Abwurfvorrichtung nicht eingehend beachtet haben.

Wenn es auch für die Beteiligten ein niederdrückendes Gefühl war, diese Maßnahmen wehrlos mit ansehen zu müssen, so sind doch Offiziere und Führer des Schiffes der Ansicht, daß erhebliche Nachteile der deutschen Landesverteidigung nicht entstanden sein können. Das Schiff war mit Maschinengewehr nicht ausgerüstet.

Dieser Bericht ist gemeinsam von den Offizieren der Abnahmekommission und dem Kapitän Gluud niedergelegt worden.

(gez.) George
Hauptmann in der Versuchsabteilung des Militärverkehrswesens

## Nr. 15 685

### *Bericht des Militärattachés in London Majors Ostertag*

Abschrift

Nr. 147 London, den 11. April 1913

Einem zuverlässigen Berichterstatter ist gestern von einem englischen Luftschiffahrtssachverständigen erzählt worden, daß die Franzosen den Z. IV in Lunéville nach allen Richtungen hin möglichst genau abgemessen und photographiert haben. Es sind sodann Wiedergaben der gemachten Aufzeichnungen und der Abbildungen durch den hiesigen französischen Militärattaché* dem britischen Kriegsamte übergeben worden. Hier wurden sie von jenem Sachverständigen gesehen. Es wäre dies wieder ein Beweis für das Zusammenarbeiten der beiden Kriegsministerien.

Auf meine dienstliche Anfrage beim hiesigen Kriegsamte, ob die Zeitungsnachricht wahr sei, daß Fachleute aus der Staatswerkstätte in Farnborough nach Lunéville zur Besichtigung des Z. IV entsandt worden seien, habe ich eine als Privatbrief gefaßte ausweichende Antwort erhalten. Da ich nicht auf eine bestimmtere Antwort drängen will, so werde ich jetzt anderweitig versuchen zu erfahren, was daran wahr ist.

(gez.) Ostertag

## Nr. 15 686

### *Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen*

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 120 Berlin, den 15. April 1913

Laut Preßnachrichten verschiedene deutsche Kaufleute Sonntag Nancy vom Publikum tätlich angegriffen und mißhandelt, ohne daß anwesende Bahnbeamte und Offiziere zu ihrem Schutze eingriffen. Vorfall erregt hier größtes Aufsehen. Bitte dortige Regierung um

---

* Oberstleutnant de la Panouse.

Klarstellung Angelegenheit ersuchen und, falls Nachrichten bestätigt, Vorstellungen wegen mangelhaften Schutzes betreffender Deutscher erheben. Drahtbericht über Veranlaßtes.

Jagow

Nr. 15 687

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Homburg v. d. H.*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 43 Berlin, den 15. April 1913

Euerer Majestät Botschafter in Paris telegraphiert:

„Minister der Auswärtigen Angelegenheiten erklärte mir, daß deutsche Zeitungsnachrichten über Mißhandlungen einiger Deutscher in Nancy stark übertrieben.

Regierung erwartet heute eingehenden Bericht [1] aus Nancy und hat mir sofortige Mitteilung Inhalts zugesagt."

Jagow

---

Randvermerk Kaiser Wilhelms II.:
Der Fall von Nancy unmittelbar nach dem unqualifizirbaren Verhalten der Bevölkerung von Lüneville gegen die Insassen des Z 4 ist ein starkes Stück. Es zeigt die französ[ische] Grenzbevölkerung in einem Zustand feindseliger Erregung, der an das Gebahren von Indianern oder Hottentotten grenzt. Es ist dringend geboten, daß Mein Botschafter mal eine scharfe Sprache führt, mit dem Bemerken, daß solches Benehmen auf die Dauer von der Deutschen Bevölkerung als Provokation aufgefaßt und nicht mehr ruhig hingenommen werden könne! W.

Randbemerkung des Kaisers:

[1] Wird wohl gelogen und vertuscht werden

Nr. 15 688

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Homburg v. d. H.*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 45 Berlin, den 16. April 1913

Euerer Majestät Botschafter in Paris telegraphiert: *

„Herr Pichon zeigte mir einstweiligen Polizeibericht aus Nancy, wonach Deutsche durch französische Studenten belästigt, aber nicht

---

* Telegramm Nr. 142 vom 15. April.

tätlich angegriffen[1] wurden. Deutsche Schilderung, wonach Tätlichkeiten vor den Augen französischer Offiziere vorgekommen, bezeichnet Minister als unhaltbar, doch erkennt er an, daß Bericht nicht genügenden Aufschluß über Vorgänge[2] und namentlich über anscheinend passive Haltung der Polizei[3] gibt. Die Regierung chargiert daher einen hohen Staatsbeamten * behufs Vornahme sehr gründlicher und strenger Untersuchung, deren Ergebnis zunächst abzuwarten sei.

Herr Pichon bezeichnet Vorfall als höchst beklagenswert[4] und hat Herrn Cambon beauftragt, dies Euerer Exzellenz zu sagen."

Jagow

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Hätte auch noch gefehlt

[2] aha!

[3] vertuscht und gelogen

[4] recht milde! Es ist einfach pöbelhaft und unzivilisirt, wie in einem Barbarenland! Das kommt von der antideutschen Hetzerei!

## Nr. 15 689

## *Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen*

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 121 Berlin, den 16. April 1913

Statthalter Straßburg ** telegraphiert:

„Bezirkspräsident Metz *** berichtet telegraphisch, daß nach protokollarischer Erklärung der beiden Beteiligten sich Vorfall in Nancy genau so zugetragen hat, wie in Nr. 415 der „Straßburger Post" von heute dargestellt †." Diese Darstellung geht heute abend per Post

---

* Staatsrat Ogier.

** Graf von Wedel.

*** Freiherr von Gemmingen-Hornberg.

† Der Bericht der „Straßburger Post" vom 15. April, der von einem der Beteiligten herrührte, lautete:

„Zwei Vertreter großer deutscher Firmen aus Sachsen, die zurzeit in Metz weilen, begaben sich gestern nach Nancy, um sich die Stadt anzusehen. Nachdem sie in einem Hotel gespeist hatten, begaben sie sich in das Casino, wo eine Vorstellung gegeben wurde. Schon im Lauf des Tages war ihnen mehrfach zugerufen worden: ‚Das sind preußische Offiziere!' Weiter jedoch waren sie nicht belästigt worden. Nach der Vorstellung, um 1 Uhr nachts, begaben sie sich zum Bahnhof, um mit dem ersten Zug nach Metz zu fahren. Sie nahmen im Wartesaal 2. Klasse Platz, hatten sich aber kaum niedergelassen, als sie draußen auf dem Bahnsteig großen Lärm hörten. Einer von ihnen begab sich an die Tür und sah, daß zwei deutsche Herren, in deren Begleitung

nach Berlin. Eingehender Bericht folgt, sowie derselbe von Metz hierher gelangt“.

Hiernach sowie nach direkten Mitteilungen eines Betroffenen dürften außer Beschimpfungen doch auch Tätlichkeiten, Schläge und Stöße, vorliegen, sowie Deutsche verschiedentlich ins Gesicht gespuckt sein. Amtlicher Bericht aus Metz wird Euerer Exzellenz nach Eintreffen sofort zugesandt werden. Derselbe ist bei Verhandlungen mit französischer Regierung zu berücksichtigen. Rechte unserer Landsleute sind mit aller Energie zu vertreten, verweise auf den im Reichstag seitens aller Parteien ausnahmslos zum Ausdruck gebrachten Wunsch.

Auch in Lunéville war unseren Luftschiffern gegenüber Verhalten der Lokalbehörden durchaus nicht einwandsfrei. Erlaß hierüber folgt *.

Jagow

---

sich eine Dame befand, von einer Menge belästigt wurde, die ihnen unter anderem ‚Preußische Offiziere!‘ zurief. Die beiden Reisenden zogen sich in den Wartesaal zurück. Aber die Menge hatte sie bemerkt, drängte ihnen nach, belästigte und beschimpfte sie in unerhörter Weise und schlug sie. Mehrere Personen aus der Menge, die anscheinend den besseren Ständen angehörten, setzten sich neben die beiden und zwangen sie, sich auf die Kniee niederzulassen, zogen dem einen den Hut vom Kopf und zertrümmerten ihn. Außerdem wurde er mit Schirmen geschlagen, während die Menge im Saal andauernd rief: ‚Preußische Offiziere! Fort nach Metz! Sie waren in Lunéville beim Zeppelin!‘ Die Deutschen wurden gezwungen, den Hut abzunehmen und anwesende französische Offiziere zu grüßen. Schließlich flüchteten die beiden Herren auf den Bahnsteig, suchten Hilfe und riefen nach der Polizei, allein vergebens, bis schließlich ein Bahnbeamter, anscheinend der Stationsvorstand, sich ihrer annahm und sie in den Metzer Zug geleitete. Aber auch hier drang ihnen die Menge nach, die inzwischen auf 200 Personen angewachsen war, und setzte ihnen arg zu. Sie wurden gestoßen, geschlagen, beschimpft und bespien, wiederholt ins Gesicht geschlagen; dabei wurde der Hut des zweiten Herrn gleichfalls zerschlagen. Immer aber kam in ihren Schimpfworten zum Ausdruck, daß sie deutsche Offiziere vor sich zu haben meinten. Beide Herren beteuerten wiederholt, daß sie Kaufleute und keine Offiziere seien, aber vergeblich. Die Beschimpfungen und Mißhandlungen wurden etwa eine halbe Stunde fortgesetzt, bis schließlich abermals der Bahnhofsvorsteher erschien und das Publikum zum Verlassen des Wagens aufforderte. Darauf zog sich die Menge, immer noch schimpfend, aus dem Abteil zurück. Vor dem Wagen befanden sich mehrere französische Offiziere und Soldaten, aber niemand machte den Versuch, die Menge zur Ruhe zu mahnen. Die beiden Kaufleute, die wenige Minuten später mit dem Zuge nach Metz fuhren, beteuern, daß sie von Anfang an mit keiner Gebärde auf die Spötteleien und späteren Angriffe reagiert haben, also durchaus keinen Anlaß zu einem feindseligen Vorgehen gegeben hätten.“ Vgl. jedoch den Bericht des belgischen Gesandten in Berlin Baron Beyens vom 17. April 1913, der an den Aussagen der Beteiligten Kritik übt. Zur Europäischen Politik, ed. B. Schwertfeger, IV, 142 f.

* Siehe das folgende Schriftstück.

## Nr. 15 690

### *Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen*

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 636 Berlin, den 17. April 1913
[abgegangen am 18. April]

Ew. pp. beehre ich mich hier angeschlossen einen Auszug aus einem mir von dem Königlich Preußischen Herrn Kriegsminister übersandten Bericht über die Landung des Zeppelinluftschiffs in Lunéville* abschriftlich zu übersenden. Sie wollen daraus entnehmen, daß die Haltung des Publikums gegenüber unsern Luftschiffern eine äußerst beklagenswerte, und die der lokalen Zivil- und Militärbehörden eine wenig entgegenkommende und teilweise sogar inkorrekte war. Ganz besonders verweise ich auf die zweimalige erhebliche Verzögerung der Telegramme, welche die Luftschiffer an die Botschaft aufzugeben wünschten. Eine schnellere Benachrichtigung der Botschaft hätte die Beilegung der Angelegenheit nur befördern können.

Ew. pp. bitte ich, diese Vorgänge, die hier in weiten Kreisen bekannt geworden sind und ein unliebsames Aufsehen erregt haben, bei der dortigen Regierung zur Sprache zu bringen und nachdrücklich der Erwartung Ausdruck zu geben, daß eine gründliche Untersuchung eingeleitet und eine Bestrafung eventueller Schuldigen herbeigeführt werde. Sie wollen dabei hinzufügen, daß der so erfreuliche Eindruck, den die dankenswerte kulante Erledigung der Angelegenheit seitens der französischen Regierung in Deutschland hervorgerufen habe, auf das bedauerlichste in Frage gestellt werden würde, wenn nicht mit tunlichster Beschleunigung für die beklagenswerten lokalen Vorgänge Remedur geschaffen werden sollte.

Einem gefälligen Bericht über das Veranlaßte werde ich mit besonderem Interesse entgegensehen, auch bitte ich mir Ankunftszeit und Wortlaut der auf der Botschaft seinerzeit eingegangenen Telegramme der Luftschiffer mitteilen zu wollen.

Jagow

---

* Siehe Nr. 15 684, Anlage.

### Nr. 15 691

### *Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen*

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 637 — Berlin, den 17. April 1913
[abgegangen am 18. April]

Unter Bezugnahme auf anderweitige Mitteilungen beehre ich mich Ew. pp. hier angeschlossen Abschriften der Protokolle zu übersenden, die über die Vernehmung der an dem Vorfall in Nancy beteiligten Deutschen bislang von den Metzer Behörden aufgenommen worden sind. Außerdem füge ich in Abschrift einen Bericht des Kaiserlichen Bezirkspräsidenten von Lothringen sowie einen Ausschnitt aus der „Lothringer Zeitung" vom 14. d. Mts. bei*.

Wie Ew. pp. aus diesem Material ersehen wollen, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß bei den in so hohem Maße beklagenswerten Vorgängen in Nancy Beamte und Militärpersonen in keiner Weise ihre Schuldigkeit getan haben. Einzelne Soldaten scheinen sich sogar an den unerhörten Ausschreitungen beteiligt zu haben. Ich bitte Sie daher, die Angelegenheit unter Verwertung der vorstehenden Schriftstücke mit allem Nachdruck weiter zu verfolgen und mich über den Fortgang derselben telegraphisch auf dem laufenden zu halten.

J a g o w

### Nr. 15 692

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 140 — Paris, den 17. April 1913

Die ersten Schritte bei der hiesigen Regierung wegen Aufklärung des Zwischenfalls von Nancy habe ich unverzüglich auf die vorliegenden Zeitungsnachrichten hin unternommen, bevor Euerer Exzellenz Auftrag** eingegangen war. Als ich diesen sofort nach seinem Eintreffen bei Herrn Pichon zur Ausführung brachte, war dieser bereits in der Lage, mir von dem aus Nancy eingeforderten

---

* Die Anlagen, die im wesentlichen nur bestätigen, was schon in der „Straßburger Post" vom 15. April enthalten war (vgl. Nr. 15 689), gelangen hier nicht zum Abdruck.

** Vgl. Nr. 15 690.

Polizeibericht Kenntnis zu geben und den Entschluß der Regierung zur Entsendung des Staatsrats Ogier behufs eingehender strenger Untersuchung der dortigen Vorgänge mitzuteilen.

Die Regierung hat somit ohne Verzug das zunächst Erforderliche veranlaßt. Sie war außer durch die hier bekannt gewordenen deutschen Preßstimmen und Vorgänge im Reichstag* auch durch

* Am 15. April hatte Staatssekretär von Jagow, nachdem der Zwischenfall von Nancy bereits tags zuvor von dem Abgeordneten Freiherrn von Richthofen im Reichstag zur Sprache gebracht war, sich dahin ausgelassen: „Wir sind über die Vorfälle von Nancy bisher nur aus den Telegrammen von Wolff und aus der Presse unterrichtet. Sollten sich diese Nachrichten in ihrem vollen Umfange bestätigen, so würden sie allerdings als höchst bedauerlich zu bezeichnen sein und auch einen traurigen Beweis dafür geben, wie sehr die chauvinistischen Treibereien, von denen neulich der Herr Reichskanzler gesprochen hat, Macht über die Gemüter gewinnen können und wie gefährlich sie sind. — Der Kaiserliche Botschafter in Paris hat die Anweisung erhalten, bei der französischen Regierung um Aufklärung zu ersuchen und, falls die Nachrichten sich als richtig erweisen sollten, wegen des mangelhaften Schutzes der betroffenen Deutschen vorstellig zu werden." Die den Staatssekretär bei diesem Auftreten leitende Absicht, scharfen Ausfällen gegen Frankreich zuvorzukommen, wurde nur halbwegs erreicht; denn es kam in der Sitzung vom 15. April doch zu heftigen Angriffen auf den französischen Chauvinismus. Am 16. April nahm Staatssekretär von Jagow nochmals das Wort: „Der französische Herr Minister des Äußern hat dem Kaiserlichen Botschafter in Paris mitgeteilt, daß die bis jetzt vorliegenden Berichte der lokalen Behörden in Nancy keinen genügenden Aufschluß über alle Tatsachen geben, und daß daher die französische Regierung einen hohen Staatsbeamten mit der Vornahme einer strengen und gründlichen Untersuchung betraut hat. Das Ergebnis ist zunächst abzuwarten. — Andererseits hat uns der Kaiserliche Statthalter in Straßburg die Übersendung der von den Behörden in Metz mit den Betroffenen aufgenommenen Protokolle in Aussicht gestellt. Sobald dieselben eingegangen sind, werden sie dem Kaiserlichen Botschafter in Paris übersandt werden, damit sie bei der dortigen Untersuchung berücksichtigt werden." Diese Worte rechtfertigen auf keine Weise die Behauptung Poincarés (Les Origines de la Guerre, p. 159), der Staatssekretär habe sich „avec une extrême vivacité sur le compte des Français" ausgedrückt. Wenn Poincaré im Anschluß an diese Worte bemerkt: „que le Gouvernement Impérial semblait ainsi n'avoir d'autre désir que d'envenimer les choses et d'élever un tapage nocturne à la hauteur d'un conflit international" — die Darstellung in: Au Service de la France, III, 194 ss. sucht etwas mehr Mäßigung zu bewahren —, so ist genau das Gegenteil der Fall; die deutsche Regierung hat ihr möglichstes getan, um die Erregung im Reichstage und in der deutschen öffentlichen Meinung zu dämpfen, was ihr allerdings nur unvollkommen gelang. Die sehr scharfe Stimmung gegen Frankreich, die bei dieser Gelegenheit im Reichstage zutage trat, bereitete dem belgischen Gesandten in Berlin Baron Beyens ernstliche Sorge; vgl. seinen Bericht vom 17. April 1913 (Zur Europäischen Politik, ed. B. Schwertfeger IV, 143): „C'est la première fois que nous voyons le Reichstag se saisir d'un incident pareil, comme s'il avait la gravité de ceux de Casablanca et d'Agadir et dicter pour ainsi dire au Gouvernement une attitude intransigeante. Il est à craindre que, lorsqu'il aura voté la loi du renforcement de l'armée et qu'il sera certain de la force militaire de l'Empire, le Reichstag ne pousse le Gouvernement à se montrer intraitable vis-à-vis de la France, chaque fois que surgira un incident de

Herrn Cambon unterrichtet, daß der Vorfall von Nancy bei uns bedeutendes und höchst peinliches Aufsehen erregt hatte.

In meinen Unterredungen mit Herrn Pichon habe ich nicht verhehlt, daß der Vorfall durchaus nicht, wie die französische Presse es hinzustellen liebte, als ein belangloses Vorkommnis, sondern als eine ernste Sache aufzufassen sei, und daß wir in Hinsicht auf die berechtigte Erregung unserer öffentlichen Meinung uns der Hoffnung hingeben, daß die französische Regierung, falls die schweren tätlichen Ausschreitungen gegen harmlose deutsche Gäste Bestätigung finden, das Geeignete tun werde, um der Wiederholung solcher Vorkommnisse vorzubeugen. Herr Pichon erkannte ohne weiteres an, daß der Vorfall höchst bedauerlich sei, und daß ihn die französische Regierung nicht leicht nehme, wenn er auch von vornherein betonen wolle, daß es sich lediglich um Belästigungen oder vielleicht auch Mißhandlungen von Privatpersonen handele, an denen allem Anschein nach Staatsbeamte oder Offiziere unbeteiligt seien. Die Entsendung eines so hohen und seiner Unbefangenheit wegen allgemein geschätzten Beamten wie Herrn Ogiers beweise, welchen Wert die Regierung darauf lege, ohne Verzug volles Licht in die Sache zu bringen. Die weiteren Entschlüsse und Maßregeln, sowohl administrativer wie eventuell auch strafrechtlicher Natur, müßten natürlich zunächst von Gang und Ergebnis der Untersuchung abhängig bleiben. Jedenfalls werde die Regierung alles aufbieten, um den höchst beklagenswerten Zwischenfall zu einer befriedigenden Lösung zu bringen.

Der Minister bemerkte, wie schon früher, so auch aus diesem Anlaß, man scheine bei uns dem französischen Chauvinismus eine allzu große Bedeutung[1] beizumessen. Tatsächlich sei er nur eine oberflächliche Erscheinung[2]. Ich habe erwidert, die in Nancy in Tätlichkeiten umgesetzte Deutschfeindlichkeit sei der beste Beweis für die bedenklichen Seiten des Chauvinismus[3]. Mich nehme es nicht wunder, daß die systematische Verhetzung in der Presse und auf der Bühne[3] schließlich solche Ausschreitungen gezeitigt habe. Einige weitere Beispiele von Deutschfeindlichkeit, die ich erwähnte, waren Herrn Pichon unbekannt und machten ersichtlich Eindruck. Er verurteilte von neuem scharf die Hetzliteratur und die chauvinistischen Bühnenstücke und ließ durchblicken, daß hiergegen nun endlich etwas geschehen werde, wenn die bestehende Gesetzgebung auch Schwierigkeiten biete*. Zeitungsnachrichten zufolge soll ein Verbot

---

n a t u r e à b l e s s e r l e s s u s c e p t i b i l i t é s g e r m a n i q u e s." Ähnliche Besorgnisse kommen in dem Berichte Beyens' vom 24. Juni 1913 (a. a. O., IV, 157) zum Ausdruck.

* Vgl. auch den Bericht des belgischen Gesandten in Paris Baron Guillaume vom 16. April über Äußerungen Pichons vom gleichen Tage. Belgische Aktenstücke 1905—1914, hrsg. vom Auswärtigen Amt, S. 121 f. Danach sagte Pichon: „Auch bei uns herrscht ein Chauvinismus, der sich weiterentwickelt, den ich

der Aufführung von Stücken wie „Cœur de française" und „Alsace" in den Grenzdepartements bereits erfolgt sein[4]. Das Spottlied auf die Landung des Zeppelin in Lunéville, dessen Vortrag im Tingeltangel von Nancy die dortigen Vorfälle eingeleitet zu haben scheint, ist bereits vom Programm abgesetzt. Die weiteren Preßnachrichten, daß der Präfekt in Nancy mit einem Verweis und einzelne Polizisten mit Absetzung bestraft worden seien, scheinen verfrüht. Herr Pichon hat mir zugesagt, mich über den weiteren Gang der Dinge und die zu treffenden Entschlüsse unverzüglich zu unterrichten.

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Bisher zu wenig!
[2] ! Danke! Prügel!
[3] richtig!
[4] nein!

Nr. 15 693

*Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 153 Paris, den 18. April 1913

Herr Pichon erklärt mir, daß heute abend offiziöse Note erscheint, in der Vorfall ausdrücklich als regrettable bezeichnet und folgende sühnende Lösung verkündet wird:

Erstens: Zwei Polizisten, die außen vor Bahnhof Dienst hatten, werden abgesetzt.

Zweitens: Polizei von Nancy wird sofort reorganisiert unter Strafversetzung Polizeikommissare von Stadt und Bahnhof.

Drittens: Präfekt wird wegen Versäumnis sofortigen Berichts versetzt.

Auf meine Vorhaltungen erklärt Minister, daß kein Staatsbeamter, kein Offizier weder als Täter noch als Zuschauer zugegen gewesen, daß Bahnbeamte lediglich private Angestellte ohne sicherheitspolizei-

bedaure und gegen den man ankämpfen müssen wird. In der Hälfte der Pariser Theater spielt man jetzt nationalistische und chauvinistische Stücke; ich besuche sie nicht; aber das genügt nicht; man müßte die Mittel haben, sie daran zu verhindern, die Stücke aufzuführen." Am 17. April fügte Baron Guillaume hinzu: „Zweifellos werden die Tatsachen beweisen — worüber ich schon mehrfach die Ehre hatte, zu berichten —, daß die öffentliche Meinung in Frankreich mehr und mehr chauvinistisch und unbesonnen wird. Man sollte Maßregeln ergreifen, um diese Strömung einzudämmen, die die Regierung seit den Zwischenfällen von Agadir und der Bildung des Ministeriums Poincaré-Millerand-Delcassé wahrhaft ermutigt hat." Daselbst S. 122.

liche Pflichten, daß alle irgendwie verantwortlich zu machenden Beamten gemaßregelt, daß Regierung somit bis an äußerste Grenze Entgegenkommens innerhalb Zuständigkeit gegangen, daß auch Bahnangestellte nach Möglichkeit Deutsche beschützt und nur wenige Minuten durch Dienst anderweit in Anspruch genommen, daß übrigens nächtliche Lärmszenen am Bahnhof, dessen Wirtschaft allein nach Mitternacht offen, ziemlich häufig und für Ordnungsorgane politischer Charakter Streits nicht leicht erkennbar.

Minister versprach mir für heute abend Untersuchungsbericht, woraus hervorgehe, daß Deutsche zwar sehr belästigt, aber, soweit festgestellt, nicht tätlich mißhandelt, auch kein Zwang zum Niederknien, keine Studenten am Bahnhof beteiligt, sondern nur Gesindel.

Rechtsweg natürlich nicht ausgeschlossen.

Schoen

## Nr. 15 694

### *Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen*

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 128 Berlin, den 19. April 1913

Auf Telegramm Nr. 153*.

Zur Mitteilung: Politische Seite des Zwischenfalls Nancy erscheint uns in befriedigender Weise geregelt. Wegen eventueller Ansprüche Geschädigter bleibt Weiteres vorbehalten.

Für Euere Exzellenz persönlich: Warum hat französische Regierung vor Abschluß der Untersuchung Unterbreitung unseres von Euerer Exzellenz in Aussicht gestellten Materials nicht abgewartet?

Jagow

## Nr. 15 695

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 160 Paris, den 19. April 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 128**.

Herr Pichon sehr erfreut, daß Euere Exzellenz Zwischenfall politisch erledigt ansehen.

---

* Vgl. Nr. 15 693.
** Siehe Nr. 15 694.

Französische Regierung war offenbar bestrebt, uns in Einleitung und Abschluß Untersuchung zuvorzukommen, einerseits um tunlichst noch zu sühnenden Entschlüssen zu gelangen, andererseits weil sie sich sonst heftigen, ihre Existenz gefährdenden Vorwürfen ausgesetzt haben würde, unter unserem Druck zu handeln.

Herr Pichon hat unser Material dankbar als Ergänzung des hiesigen und Unterstützung getroffener Entschlüsse entgegengenommen, bemerkt, daß hiesige Strafmaßregeln Möglichkeit berücksichtigen, daß Ausschreitungen in einzelnen Momenten bis zu groben Tätlichkeiten ausarteten.

Schoen

## Nr. 15 696

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 167 — Paris, den 22. April 1913

Preßnachrichten zufolge soll Unterpräfekt von Lunéville in Anerkennung seines Verhaltens anläßlich Landung Zeppelins in heutigem Ministerrat zum Präfekten befördert werden.

Ich habe, während Ministerrat tagte, bei Herrn Paléologue auf üblen Eindruck aufmerksam gemacht, den diese Maßregel bei uns hervorrufen müßte, hinzufügend, daß Sache für mich persönlich überaus peinlich, nachdem ich vor wenigen Tagen bei Herrn Pichon Beschwerden wegen Lunéville zur Sprache gebracht.

Herrn Pichon selbst kann ich erst morgen sprechen.

Bitte erwägen, ob ich, falls obige Beförderung tatsächlich erfolgt und mir nicht plausible Erklärungen gegeben werden, ermächtigt werden könnte, wegen Mißachtung meiner Vorstellungen einige Zeit in Urlaub zu gehen.

Schoen

## Nr. 15 697

### *Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Jagow an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen*

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 131 — Berlin, den 22. April 1913

Auf Telegramm Nr. 167*.

Beförderung Unterpräfekten Lunéville soll laut Preßmeldung von Ministerrat vollzogen sein. Bitte Pichon an uns zugesagte Unter-

---

* Siehe Nr. 15 696.

suchung Lunéviller Beschwerden erinnern und hinzufügen, wir glaubten demnach als selbstverständlich annehmen zu dürfen, daß korrektes Verhalten Unterpräfekten feststehe. Drahtbericht.

Zu Ew. pp. persönlichen Information.

Cambon ist angedeutet worden, daß Beförderung Unterpräfekten vor Erledigung unserer Beschwerden unter Umständen zu Ew. pp. zeitweisen Beurlaubung führen könne.

Jagow

Nr. 15 698

## *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 149 Paris, den 21. April 1913

Über die Vorkommnisse bei der Landung des L Z XVI in Lunéville habe ich mit Herrn Pichon eine eingehende Unterhaltung gehabt. Zu den einzelnen Beschwerdepunkten, die ich darlegte, erklärte der Minister sich vorbehaltlich näherer Ermittelungen vorläufig folgendermaßen.

Da eine gewisse obrigkeitliche Aufsicht über den Nachrichtenverkehr der Besatzung des Luftschiffes bis zur amtlichen Feststellung der Umstände der Fahrt nicht zu vermeiden war, könne die Verzögerung der Aufgabe von Telegrammen Vorwürfe nur dann rechtfertigen, wenn ein vernünftiges, sachlich erklärtes Maß überschritten worden sei. Der Minister entsinne sich aber, daß hier noch im Laufe des Nachmittags telephonische Meldung aus Nancy einging, daß Telegramme der Luftschiffer an die Botschaft, an Angehörige in Friedrichshafen und, wie er glaube, sogar an Seine Majestät den Kaiser befördert worden seien.

In Bekundungen französischer Offiziere, daß die Zivilbehörden die Deutschen als Feinde betrachten, die Offiziere sie aber kameradschaftlich behandeln wollten, bittet der Minister an sich nur die bekannte Stimmung zwischen militaires und pékins zu sehen. Er erinnerte ferner an gewisse Umstände, die mindestens entschuldigend in Erwägung zu ziehen seien: die begreifliche Erregung unter dem Eindruck eines ungewöhnlichen Ereignisses, die große Schwierigkeit mit der gebotenen Eile eine gänzlich unerwartete und nie zuvor gelöste Aufgabe sowohl polizeilichen Schutzes als polizeilicher und militärischer Prüfung zu erledigen, endlich an die besondere Stimmung und Auffassung der Grenzbevölkerung und ihren Anteil an allen Landesverteidigungsinteressen.

Selbstverständlich hält der Minister es für eine Aufgabe der französischen Verwaltung, den laut gewordenen Vorwürfen im einzel-

nen näher nachzugehen und für Ahndung nachzuweisender und strafwürdiger Ungehörigkeiten zu sorgen. Insbesondere soll auch nachgeforscht werden, ob die Gestattung des Zutrittes Unberufener und das Verbot des Zutrittes Berufener zum Luftschiff in einer Weise erfolgt sei, die mit der notwendigen Untersuchung über den anfänglich bestandenen Spionageverdacht nicht zu rechtfertigen wäre.

Der Minister empfindet bei der großen Kompliziertheit der rechtlich nach anerkannten Regeln nicht wohl zu behandelnden Notlandung des deutschen Luftschiffes eine erklärliche Befriedigung über die Geschicklichkeit und Richtigkeit der von den verantwortlichen Regierungs z e n t r e n getroffenen Maßnahmen. Sie seien von theoretischen Erwägungen und kleinlichen Analogieschlüssen juristischer Art bewußt ferngehalten worden. Man habe in erster Linie erwogen, daß bei der Stimmung der Bevölkerung ein Zwischenfall* aus der Gewalt der Elemente technischer Schaden zu befürchten war und habe danach rasch und über alle strenge Pflicht hinaus höflich und hilfreich gehandelt.

Ich erwiderte, daß dies in Deutschland und durch mich amtlich mit Dank anerkannt worden sei und daß insbesondere das Verdienst des Generals Hirschauer lobend gewürdigt werde. Meine Bemerkungen richteten sich insbesondere gegen die Lokalbehörden.

Vorbehaltlich weiterer Ermittelung ersucht der Minister, zunächst die Verwirrung der Ortsbehörden angesichts der ihnen plötzlich erwachsenen ungeheuer mannigfaltigen Aufgaben zur Beurteilung ihrer Haltung mit heranzuziehen.

v. S c h o e n

## Nr. 15 699

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 173 Paris, den 23. April 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 131**.

Herr Pichon erklärt mir, daß Beförderung des Unterpräfekten selbstverständlich nicht erfolgt sein würde, wenn nicht außer allem Zweifel stehe, daß gerade er alles aufgeboten habe, um verhältnismäßig ruhige und rasche Abwickelung des Zwischenfalls zu sichern. Der gleiche Beamte habe sich inzwischen auch in Arracourt ausgezeichnet.

---

* Dem Sinne nach einzuschieben „oder".
** Siehe Nr. 15 697.

Eine französische nachträgliche Untersuchung könne französische Regierung, die sich bewußt, den Fall in überaus entgegenkommender Weise völlig erledigt zu haben, nicht vornehmen, doch könne er mir folgendes mitteilen:

1. In Beförderung der Telegramme keinerlei Verspätung. Erlaubnis zum Telegraphieren vielleicht von unzuständiger, jedenfalls aber nicht von zuständiger Stelle verzögert.

2. Fernhaltung der Luftschiffer von Luftschiff nur solange, als Verdacht der Spionage noch nicht völlig beseitigt, namentlich nicht befriedigende Aufklärung über einzelne Bordpapiere gegeben.

3. Einzelne Unfreundlichkeiten und Steinwürfe der erregten Bevölkerung mögen vorgekommen sein, doch hätten Maire und andere Behörden mit Erfolg ihr möglichstes zum Schutz der Deutschen getan.

Im ganzen sei zu beachten, daß Behörden und Bevölkerung sich einem ganz ungewöhnlich überraschenden Ereignis mit verdächtigen Begleitumständen gegenüber befunden und namentlich, daß vor weitgehendem Entgegenkommen der Regierung die vorgekommenen Widerwärtigkeiten ganz verschwindend.

Habe vermieden, mich befriedigt zu erklären, und bemerkt, daß von Beförderung Unterpräfekten, nachdem ich soeben Beschwerden vorgebracht, peinlicher Eindruck bleibe.

Schoen



## Anhang B

# Die Verständigungskonferenzen von Bern und Basel



Nr. 15 700

## *Der Gesandte in Bern Freiherr von Romberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 19 Bern, den 18. April 1913

Die zur Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich über die Rüstungsfrage von einer Anzahl Mitgliedern des Schweizerischen Nationalrats auf den 20. April nach Bern geladene Konferenz von Parlamentariern der beiden Länder ist auf den 11. Mai verschoben worden. Wie der „Matin" in seiner Ausgabe vom 16. April zu melden weiß, ist dies auf Verlangen der französischen sozialistischen Deputierten geschehen. Der Grund ist, wie ich höre, die Unmöglichkeit gewesen, bis zu dem ursprünglich ins Auge gefaßten Eröffnungstermine mit den umfangreichen Vorarbeiten fertig zu werden.

Die 13 Unterzeichner der „an die Mitglieder des deutschen Reichstags und der französischen Deputiertenkammer" gerichteten Einladung zu „einer deutsch-französischen Verständigungskonferenz nach Bern" gehören den verschiedensten politischen Richtungen an. Neben drei Sozialisten — Redakteur Robert Grimm, Bern, Arbeitersekretär Hermann Greulich, Zürich, und Adjunkt des sozialistischen Arbeitersekretariats in Genf Jean Sigg — sind die Herren Raymond Evéquoz, Advokat aus Sitten (Wallis), Seiler, Großrat und Hotelbesitzer aus Brig (Wallis) und Lurati, Advokat aus Lugano, Mitglieder der konservativ katholischen Partei, während Dr. Albert Gobat, Bern, die Advokaten Dr. Friedrich Michel, Interlaken, und Ritzschel, Genf, sowie der Großrat Stoffel aus Bellinzona der freisinnigen (linksradikalen) Partei, der Advokat Scherrer-Füllemann und der Redakteur Otto Weber, beide aus St. Gallen, mit dem Advokaten Dr. Alexander Seiler aus Glarus der demokratischen Partei angehören. Ihrer Nationalität nach sind 7 der Herren Deutschschweizer, 4 Welsche und 2 Tessiner. Bekannter sind nur Dr. Gobat, der Direktor des hiesigen internationalen Friedensbureaus, der Vater der

Konferenzidee*, der jedoch hier sich nur geringen Ansehens erfreut, ferner der Advokat Scherrer-Füllemann, ein eifriger Parlamentarier, „Genosse" Robert Grimm, der Redakteur der „Berner Tagwacht", des offiziellen Publikationsorgans der sozialdemokratischen Partei in Bern und der Arbeitersekretär Greulich aus Zürich.

Während die sozialistische Presse tagtäglich von zahlreich einlaufenden Zusagen deutscher und französischer Parlamentariern „aus allen Lagern" zu melden weiß, wobei sie es freilich stets unterläßt, Namen zu nennen, steht bisher nur die Teilnahme von Vertretern der deutschen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sowie die der Gruppe der französischen unifizierten sozialistischen Deputierten fest. Der in Zürich erscheinende sozialistische „Grütlianer" bringt in seiner Nummer vom 16. April die Namen der 14 „offiziellen" deutschen Parteivertreter auf dem Kongresse, darunter von bekannteren sozialistischen Abgeordneten die Herren Haase, Scheidemann, Dr. Frank, Ledebur, Südekum, Bernstein.

Der Kongreß regt hier niemanden auf, weder im Bundeshause noch im Publikum. Auch in der bürgerlichen Presse, die mit ganz verschwindenden, nicht in Betracht kommenden Ausnahmen sich darauf beschränkt, die eine oder die andere deutsche oder französische Preßstimme über den Kongreß zu bringen, ist kaum davon die Rede. Dagegen schlägt die Begeisterung hohe Wellen in der sozialistischen Presse, die nicht müde wird, die ganze Konferenzidee für ihre Zwecke mit Beschlag zu belegen und in bekannter Weise auszuschlachten. Als Beispiel dafür darf ich den Leitartikel „Eine Berner Konferenz" im Ausschnitt aus Nr. 80 der „Berner Tagwacht" vom 8. April** beifügen. Nach allem, was von der Konferenz hier bekannt geworden

---

* Nach Mitteilungen in der „Friedenswarte" (Jg. 1913, S. 231 f.) wäre der Plan zu der Verständigungskonferenz von deutscher Seite ausgegangen, und zwar von dem sozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Frank, der ihn zum ersten Mal am 13. März in einer Parteiversammlung in Mannheim vorbrachte und dann, nachdem er sich der Zustimmung seiner französischen Gesinnungsgenossen vergewissert, eine Anzahl Mitglieder des Schweizer Nationalrats veranlaßte, mit einem Aufruf an die französischen und deutschen Parlamentarier hervorzutreten.

** Es hieß in dem Artikel unter anderem:
„Als Schweizer fühlen wir uns glücklich, daß unserem Lande die Aufgabe zufiel, die Vertreter des deutschen und französischen Volkes zu dieser Zusammenkunft zu versammeln, als Sozialdemokraten begrüßen wir es, daß der Einladung Folge gegeben wird von allen deutschen und französischen Parlamentariern, die sich prinzipiell gegen so weitgehende Forderungen [i. e. Rüstungsforderungen] mit aller Entschiedenheit auflehnen. Es ist eine geschichtliche Aufgabe, an deren Erfüllung Bern als Konferenzort teilnehmen darf, und der Versuch, eine Annäherung Deutschlands und Frankreichs herbeizuführen, muß jeden Berner, jeden Schweizer mit Stolz und Freude erfüllen."

ist, scheint sie sich bis jetzt als eine Zusammenkunft von deutschen und französischen Sozialisten anzulassen.

Weitere Berichterstattung darf ich mir vorbehalten.

Romberg

Nr. 15 701

*Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 166 Paris, den 28. April 1913

Die von einigen Mitgliedern des Schweizerischen Nationalrates ausgegangene Anregung, daß französische und deutsche Parlamentarier in Bern zusammentreten mögen, um gemeinsam über eine Beilegung des Rüstungswettkampfes und über die Besserung des gegenseitigen Verhältnisses der beiden großen Nationen zu beratschlagen, ist auffallenderweise von den französischen Zeitungen, die wie der „Temps" den Völkerfriedensagitationen sonst mit kühlem Vorbehalten gegenüberstehen, zunächst nicht unfreundlich aufgenommen worden, während grundsätzliche Friedensapostel wie der bekannte d'Estournelles de Constant[1] nur lau und zögernd an die Verwirklichung jener Idee herangehen, die eigentlich aus der Saat ihrer eigenen Gedanken ersprossen ist.

Der Grund dazu liegt darin, daß die einen wie die anderen nicht glauben können, daß die Konferenz ihren Zweck auch nur annähernd zu erfüllen vermöchte. Rücksicht auf die eigenen Wähler zwingt dem Senator d'Estournelles kluge Rücksicht auf. Die Bildung einer republikanischen Mehrheit für die Wehrvorlage veranlaßt den „Temps", der Konferenzidee dennoch entgegenzukommen.

Denn dieselbe ist aus innerpolitischen Gründen zu einem wichtigen Elemente der parlamentarischen Taktik geworden. Jene Anregung aus der Schweiz war hier in eine für die herrschenden Parteien fast unentwirrbar zerfahrene Lage wie ein Rettungsball gefallen. Unter dem Eindruck der ersten Ansage der deutschen Wehrvorlagen hatte die Regierung Briands sich von nationalistischen Elementen außerhalb wie innerhalb des eigenen Lagers auf die Plattform der dreijährigen Dienstzeit drängen lassen. Der Kabinettswechsel hätte eine Gelegenheit bieten können, von dieser Plattform, auf die sich ein großer Teil der Mehrheitsparteiler nicht nachziehen lassen wollte, wieder herunterzukommen. Im Grunde waren es vielleicht Rechenfehler bei Veranschlagung der Stärke der ennemis des trois ans innerhalb der linksrepublikanischen Reihen, die auch Herrn Barthou veranlaßten, an dem Militärprogramm seines Vorgängers

festzuhalten. Jedenfalls ist seither klar geworden, daß der Vorschlag der dreijährigen Dienstzeit die republikanische Mehrheit in gefährlichste Verwirrung gebracht hat.

Die Anregung zu einer Aussprache in Bern scheint nun den Blättern der Regierungsmehrheit, soweit sie sich auf das militärische Programm der Regierung noch nicht ausdrücklich festgelegt haben, ein taktisch gut zu benutzendes Mittel abgeben zu können, um eine Erklärung über die Frage der Notwendigkeit der dreijährigen Dienstzeit zunächst hinauszuschieben und später, je nach dem Ausgange der Verhandlungen in Bern, entweder eine überzeugende Begründung der Vorlage vor den Wählern, oder besser noch, einen Vorwand zu schaffen, um von dem täglich mißliebiger werdenden Grundsatz der drei Jahre mit Ehren und Gründen abgehen zu können. Da ohnehin die Förderung der friedlichen Erledigung internationaler Streitigkeiten einen Teil des Programms der radikalen und radikal-sozialistischen Parteien bildet, kommt ihnen der schweizerische Vorwand recht gelegen.

So erklärt es sich, daß der Generalrat des Isère-Departements unter dem Vorsitze des Senatspräsidenten Dubost einen Antrag zum Beschluß erhob, in welchem den Zielen der Konferenz volle Sympathie ausgesprochen wird. Dieser Beschluß hat erheblichen Eindruck im Lande gemacht. Radikale und Sozialisten stimmen ihm allgemein zu.

Es ist aus der automatischen Gegensätzlichkeit der Parteihaltungen zu verstehen, daß die Einmütigkeit der Regierungsparteien über die Beteiligung an der Konferenz bei den nationalistischen und gemäßigt-republikanischen Blättern neuerdings eine gewisse Abneigung gegen die Konferenz zur Folge hat. Sie wagt sich aber nur bis zu der Befürchtung, daß die deutsche Beteiligung nicht so allgemein sein werde wie die französische, und daß namentlich die ausschlaggebenden Parteien des Reichstags nicht ihrer Bedeutung gemäß vertreten sein werden. Dennoch würde man in diesen selben Kreisen einen Mißerfolg der Konferenz viel weniger fürchten als ihr Gelingen, an das man freilich im Ernste nicht glaubt.

Für uns liegt die Sache, wie mir scheinen will, folgendermaßen:

Führende deutsche Parlamentarier[2] aus den bürgerlichen Hauptparteien würden durch ihre Beteiligung an der Konferenz der französischen Regierung einen doppelten Dienst erweisen; sie würden ihr ihre Mehrheit zusammenhalten helfen und im Falle eines unbefriedigenden Ergebnisses der Verhandlungen ihr die Begründung der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit erleichtern. Es fällt aber schwer, ein anderes als ein unbefriedigendes Ergebnis vorauszusehen, wenn man in der radikal-sozialistischen „Petite République" liest: qu'on pourra envisager certains moyens d'obtenir pour l'Alsace-Lorraine un régime plus tolérable[3], oder in der „Humanité",

dem Blatte von Jaurès, daß das Organisationskomitee die Mitglieder des reichsländischen Landtags nach Bern laden solle[4]. Durch Ablehnung der Beteiligung würden unsere Parlamentarier vielleicht vor der europäischen öffentlichen Meinung den falschen Schein einer Verantwortung am Scheitern einer Friedensidee auf sich laden[5], aber Frankreich selbst seiner kaum lösbaren Aufgabe allein überlassen, wie es die dreijährige Dienstzeit einführen soll, ohne die Soldaten drei Jahre bei der Fahne zu halten. Die Parlamentarier Reinach und de Montebello haben ein kompliziertes Kunststück politisch-militärischer Effektivbestandarithmetik in Arbeit genommen, um jenes Problem zu lösen. Diese Bestimmungen können uns wohl sympathischer sein als eine Schweizer Amphiktyonie, die doch nur ausgehen kann wie das Hornberger Schießen[6].

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ist unser Gegner! er wollte immer mit Edw[ard] VII. die Welt pazifiziren, i. e. uns einkreisen. Er war der französ[ische] Aufpasser darauf daß Edw[ard] VII nicht mit uns zu freundlich wurde;
[2] sollen sich nicht betheiligen
[3] Unverschämt!
[4] !!
[5] schadet nichts
[6] richtig

## Nr. 15 702

### *Der Gesandte in Bern Freiherr von Romberg an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 19 Bern, den 6. Mai 1913

Französischer Botschafter* suchte mich auf, um zu fragen, was mir über Beteiligung deutscher Parlamentarier an Berner Friedenskonferenz bekannt. Wie er privatim aus Paris wisse, hielte sich größere Zahl namhafter französischer Deputierter bereit, herzukommen, falls auf Beteiligung ernster deutscher Politiker bestimmt zu rechnen sei. Im Interesse der guten Sache sollte Fiasko vermieden werden. Entweder sollte Konferenz unterbleiben beziehungsweise auf bedeutungslosen sozialistischen Kreis beschränkt bleiben oder wirklich ernste Versammlung unter Ausschaltung sozialistischer Führung zustande kommen, die immerhin wohltätig wirken könne.

Wäre für Information über deutsche Beteiligung dankbar, um

* Beau.

französischem Botschafter entgegenzukommen, der mit seinem Schritt zweifellos gute Absicht verfolgt.

Romberg

Nr. 15 703

*Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 172 Paris, den 5. Mai 1913

Die Aussichten der Berner deutsch-französischen Annäherungskonferenz erscheinen neuerdings in etwas verändertem Lichte, nachdem die hiesige von dem Senator d'Estournelles geleitete parlamentarische Schiedsgerichtsgruppe nach einer Vereinbarung, zu welcher sich auch der Sozialistenführer Jaurès bereit gefunden, beschlossen hat, in Bern die Berührung solcher Fragen, über welche von vornherein jede Verständigung mit den deutschen Vertretern ausgeschlossen scheint, wie Elsaß-Lothringen [1], Abrüstung, Wehrvorlagen, sorgsam zu vermeiden. Man will sich auf allgemeine Bekundungen der Friedensliebe, auf Verurteilung des Chauvinismus, auf eine Anregung zu Rüstungsbeschränkungen [2] und auf den Ausbau des Schiedsgerichtsgedankens beschränken. Mit dieser Limitierung des Programms hoffen die hiesigen Anhänger einer Verständigung mit Deutschland die Zahl der französischen Konferenzteilnehmer, die jetzt schon mehr wie 100 betragen soll, zu vermehren und deutschen Parlamentariern die Teilnahme zu erleichtern. Dabei dürfte allerdings der Gedanke mitsprechen, für alle Fälle französischerseits den besten Willen zur Erreichung praktischer Ergebnisse bekundet zu haben und die Verantwortung für ein Scheitern des Annäherungsversuches der deutschen Seite zuschieben zu können.

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] E[lsaß]-L[othringen] ist für uns keine Frage mehr!

[2] Blech; lasse ich mich nicht darauf ein

Nr. 15 704

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Gesandten in Bern Freiherrn von Romberg*

**Telegramm**

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 20 Berlin, den 7. Mai 1913

Auf Telegramm Nr. 19*.

Bitte betreffs dortiger Friedenskonferenz Zurückhaltung beob-

* Siehe Nr. 15 702.

achten. Hiesige amtliche Stellen mit Angelegenheit nicht befaßt. Außer Sozialdemokraten teilnehmen einzelne Freisinnige. Nicht ausgeschlossen, daß französische Regierung Konferenz zu innerpolitischen Zwecken auszunützen sucht.

Jagow

Nr. 15705

*Der Gesandte in Bern Freiherr von Romberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 26 Bern, den 13. Mai 1913

Den mir erteilten Weisungen entsprechend habe ich mich gegenüber der Berner Friedenskonferenz größter Zurückhaltung befleißigt, so daß ich mit den Teilnehmern an der Veranstaltung nicht in Berührung gekommen bin[1]. Diese haben übrigens auch nicht versucht, sich mir zu nähern, und nur die Abgeordneten Haußmann und Liesching ließen mir gestern kurz vor ihrer Abreise durch ihren Hotelportier ihre Karten übergeben, die ich noch erwidern konnte.

Die hiesige Regierung hat sich um die Konferenz gar nicht gekümmert. Wie mir der Präsident Müller sagte, habe die französische Regierung bei dem schweizerischen Gesandten Herrn Lardy sondieren lassen, welche Stellung die Schweiz zu der Konferenz einnehmen werde. Herr Lardy habe darauf zu verstehen gegeben, daß seine Regierung, so sympathisch sie dem Gedanken der Konferenz auch gegenüberstehe, sich in keiner Weise berufen fühle, zwischen beiden Staaten zu vermitteln und sich vollkommen neutral verhalten werde. Aus diesem Grunde, um in keiner Weise mit der Veranstaltung verquickt zu sein, habe der Bundesrat es auch abgelehnt, den Sitzungssaal des Nationalrats zur Verfügung zu stellen.

Herr Müller fügte hinzu, der Bundesrat habe um so weniger Lust gehabt, mit der Konferenz zu tun zu haben, als ihre Einberufer wenig bedeutende und der hiesigen Regierung unsympathische Persönlichkeiten seien, die außerdem mit ihrem Plane hervorgetreten seien, ohne auch nur die Regierung zu konsultieren.

Der französische Botschafter, mit dem Herr Constant d'Estournelles schon vor einiger Zeit in Verbindung getreten war, hatte bekanntgegeben, daß er für die französischen Konferenzmitglieder am Sonntag zu Hause sein werde. Eine größere Anzahl französischer Abgeordneter hat von dieser Aufforderung Gebrauch gemacht. Herr Beau, den ich gestern sah, zeigte sich von dem Verlauf der Konferenz und von den Eindrücken, die er in der Unterhaltung mit den Abgeordneten gewonnen hat, sehr befriedigt. Die Herren hätten scharfe

Disziplin gehalten, so daß tatsächlich dank der verabredeten Taktik keine Diskussion stattgefunden hätte und keine „parole fâcheuse" gefallen sei. Indem die französischen Konferenzteilnehmer mit wenigen Ausnahmen dem bekannten Beschluß des elsaß-lothringischen Parlaments* zugestimmt hätten, würden sie sich allerdings den scharfen Tadel der nationalistischen Presse in Frankreich zugezogen haben; daß sie es trotzdem gewagt hätten, sei ein erfreuliches und beruhigendes Anzeichen.

Der Botschafter nahm sodann Anlaß, sich eingehender über die deutsch-französischen Beziehungen auszusprechen. Er könne versichern, daß die Chauvinisten nur einen ganz geringen Teil der französischen Bevölkerung ausmachten. Die große republikanische Majorität sei bei allem Patriotismus weder kriegerisch noch chauvinistisch gesinnt, denn sie wisse sehr wohl, daß unter allen Umständen ein Krieg, ob er glücklich oder unglücklich verliefe, die republikanische Verfassung gefährden werde. Tatsächlich habe sich in den letzten zwanzig Jahren die Stimmung gegen Deutschland in Frankreich erheblich gebessert[2]. Gewiß sei man in Frankreich noch nicht imstande, objektiv die jahrhundertelange Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen ins Auge zu fassen und denke immer nur an das Jahr 1870 anstatt auch zu bedenken, welche „griefs" Deutschland von alters her gegenüber Frankreich gehabt habe. Aber mit der Zeit würde sich das ändern; die vielen gemeinsamen geschäftlichen Interessen, die gemeinsame Arbeit der beiden Regierungen in Fragen der auswärtigen Politik, die jetzt wieder so gute Früchte getragen habe, und auch solche Aussprachen politischer Persönlichkeiten, wie sie jetzt in Bern stattgefunden hätten, würden dem Frieden und der Verständigung dienen.

Ich bin weit entfernt, diesen Ausführungen meines Kollegen besondere Bedeutung beizumessen. Da Herr Beau jedoch häufig in Paris ist und, wie ich glaube, in Fragen der auswärtigen Politik ständig auf dem laufenden gehalten wird, habe ich doch geglaubt, sie als Symptom erwähnen zu sollen.

Romberg

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut
[2] Donnerwetter! wie muß sie damals gewesen sein!

---

* Gemeint ist wohl der Beschluß der elsaß-lothringischen Zweiten Kammer vom 22. April 1913, der sich gegen den deutsch-französischen Rüstungswettstreit wandte.

Nr. 15706

*Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 178 Paris, den 13. Mai 1913

Wenn die hiesigen Radikalen und Sozialisten sich in großer Zahl an der Berner Verständigungskonferenz beteiligten und sich bemühten, sie geradezu als einen Markstein in der Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen hinzustellen, so geschah das zum großen Teil, um der chauvinistisch-nationalistischen Bewegung, die ihnen für die kommenden Wahlen gefährlich werden kann, etwas das Wasser abzugraben. Die überaus scharfen Angriffe, welche die französischen Konferenzteilnehmer seitens der nationalistischen und selbst der gemäßigten Presse erfahren, sind denn auch ein Beweis dafür, daß diese Kreise eine Störung ihrer Verhetzungsarbeit und insbesondere ihrer Stimmungsmache für die dreijährige Dienstzeit befürchteten.

Es scheint nun, als wenn man in hiesigen Parlamentskreisen dem Ergebnis der Veranstaltung doch eine etwas größere Bedeutung beimessen zu müssen glaubt, als es selbst den ursprünglichen Erwartungen der eigentlichen Anhänger dieser Idee entsprach. Der glatte Verlauf des Zusammenseins mit den Deutschen hat hier in weiteren Kreisen der Radikalen offenbar einen sehr angenehmen Eindruck hervorgerufen und die Hoffnung entstehen lassen, daß dieser erste Verständigungsversuch den Ausgangspunkt für fernere, zu praktischen Erfolgen führende Bemühungen zur Herstellung dauernd besserer Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich bilden werde. Für bedeutungsvoll hält man in dieser Hinsicht die Bildung des ständigen interparlamentarischen deutsch-französischen Ausschusses.

Mir will es nicht ausgeschlossen erscheinen, daß die Berner Konferenz nachträglich wirklich noch einmal eine gewisse Bedeutung erlangt, und zwar, wenn in absehbarer Zeit wieder einer der Vertrauensmänner der Radikalen, wie Caillaux, an die Spitze der Regierung treten sollte. Wenn dieser im Gegensatz zu den jetzt herrschenden und die Regierung stützenden nationalistischen Tendenzen versuchen würde, uns gegenüber eine Verständigungspolitik einzuleiten, so wäre es wohl zweifellos, daß er bei allen radikalen und sozialistischen Teilnehmern an der Berner Veranstaltung einen weitgehenden Rückhalt fände.

v. Schoen

Nr. 15 707

*Der Geschäftsträger in Bern Graf von Einsiedel an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 27 Bern, den 14. Mai 1913

Euerer Exzellenz beehre ich mich im Ausschnitte den Bericht des offiziösen „Bund“ — Nr. 216 vom 13. Mai — über die parlamentarische Verständigungskonferenz am Pfingstsonntage gehorsamst einzureichen.

Danach betrug die Zahl der parlamentarischen Teilnehmer 230 — 46 deutsche Delegierte, 41 Mitglieder des Reichstags und 4 des elsaß-lothringischen Landtags — und 185 französische, darunter 164 Mitglieder der Deputiertenkammer sowie 21 Senatoren —. Die Verhandlungen begannen gegen 10½ Uhr vormittags. Begrüßungsansprachen hielten: im Namen des Organisationskomitees dessen Vorsitzender, Nationalrat Grimm, für die 13 schweizerischen Nationalräte, von denen die Einladung zur Konferenz ausgegangen war, Herr Gobat in französischer und Nationalrat Greulich in deutscher Sprache. Den Willkommensgruß der Kongreßstadt entbot der Berner Finanzdirektor Müller. Im Namen der französischen Gäste dankte der Senator d'Estournelles de Constant, für die deutschen, von lautem Beifall begrüßt, August Bebel, mit dessen Bild der „Matin“, vereint mit dem von d'Estournelles, seinen Artikel über die Konferenz schmückt. Ferner sprach noch der Süddeutsche Haußmann. Damit war die Liste der Redner in der öffentlichen Sitzung erschöpft, und die Delegierten zogen sich gegen 12½ Uhr zu gesonderten, nicht öffentlichen Beratungen zurück. Es wurde zunächst ein Bureau gewählt mit den Herren d'Estournelles und Dr. Haase als Präsidenten, Gaston Meunier, Jaurès sowie den Deutschen Haußmann und Ricklin — Präsident der zweiten elsaß-lothringischen Kammer — als Vizepräsidenten. Die Redaktionskommission für die zu fassende Resolution wurde gebildet aus den französischen Radikalen Métin und Couyba und den Reichstagsabgeordneten Liesching und Dr. Frank. Das Resultat dieser Beratungen war die folgende Resolution, die von d'Estournelles und Haase gegen 7 Uhr abends in öffentlicher Sitzung in französischer und deutscher Sprache verlesen und unter begeistertem Beifall einstimmig ohne Debatte gutgeheißen wurde.

„Die erste Konferenz der deutschen und französischen Parlamentarier, versammelt zu Bern am 11. Mai 1913, wendet sich mit aller Entschlossenheit gegen die verwerflichen chauvinistischen Hetzereien jeder Art und gegen die sträflichen Treibereien, die auf beiden Seiten der Grenze den gesunden Sinn und die Liebe der Bevölkerung zum Vaterlande irre zu führen drohen.

Sie weiß und verkündet, daß die beiden Völker in ihrer ungeheuren Mehrheit den Frieden wollen, diese oberste Bedingung jeden Fortschrittes.

Sie verpflichtet sich, unermüdlich daran zu arbeiten, daß Mißverständnisse zerstreut und Konflikte vermieden werden, und sie dankt von Herzen der vom Volke gewählten Vertretung Elsaß-Lothringens, daß sie durch ihre hochherzigen Erklärungen die Annäherung beider Länder zu einer werktätigen Gemeinschaft der Zivilisation erleichtert hat.

Sie lädt ihre Mitglieder ein, mit aller Kraft auf die Regierungen der Großmächte zu wirken, daß sie eine Beschränkung der Ausgaben für Heer und Flotte herbeiführen.

Die Konferenz tritt warm ein für den von dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten Bryan in der Schiedsgerichtsfrage gemachten Vorschlag*. Sie fordert demgemäß, daß Konflikte, die zwischen den beiden Staaten entstehen könnten und die auf diplomatischem Wege

---

* Am 24. April 1913 hatte Staatssekretär Bryan den in Washington beglaubigten fremden Vertretern einen Vorschlag des Präsidenten Wilson zum Abschluß von Verträgen behufs Einsetzung internationaler Untersuchungskommissionen übermittelt, denen alle auf diplomatischem Wege nicht beizulegenden Streitigkeiten juristischen wie politischen Inhalts zur Untersuchung und Berichterstattung unterbreitet werden sollten. Siehe den Wortlaut bei Chr. L. Lange, The American Peace Treaties (1915), p. 11 f. Auf die Meldung Botschafter Graf Bernstorffs (Nr. 58 vom 24. April) über die Bryansche Eröffnung fragte die deutsche Regierung am 28. April in London, Paris, Wien, Rom, Petersburg und Tokio an, wie sich die dortigen Regierungen zu dem amerikanischen Vorgehen zu verhalten gedächten. Die Antworten liefen durchweg darauf hinaus, daß man im Prinzip dem Gedanken zustimme, indessen zunächst die näheren Vorschläge über die Ausführung der Idee erwarte. Auch die deutsche Antwort, die dem Botschafter in Washington am 1. Juni zuging, besagte, daß man von dem Vorschlage mit Interesse Kenntnis genommen habe und weiteren konkreten Vorschlägen entgegensehe. Als dann die näheren Vorschläge Bryans über die Zusammensetzung der internationalen Schiedsgerichtskommission, die Dauer der Frist, binnen der in entstehenden Streitfällen das vorgesehene Schiedsgericht seinen Spruch fällen sollte, und die „Unveränderlichkeit der militärischen Bereitschaft der streitenden Mächte während dieser Frist“ einliefen (Bericht Graf Bernstorffs Nr. 86 vom 31. Mai), kam die deutsche Regierung zu der Überzeugung, daß die Vorschläge den deutschen Interessen angesichts der gefährdeten Lage des Deutschen Reichs zuwiderliefen, und zwar vor allem unter dem Gesichtspunkte, daß Amerika anscheinend auf einen Weltvertrag lossteuerte, daß der Vertrag also, einmal mit Amerika abgeschlossen, anderen Staaten gegenüber nicht wohl abgelehnt werden könnte. Wie Staatssekretär von Jagow dem amerikanischen Botschafter Gerard sagte (vgl. J. W. Gerard, My four Years in Germany, p. 60 f.), hatte Deutschland nichts einzuwenden gegen die Unterzeichnung eines Bryanvertrags mit Amerika, es fürchte aber, daß ihm dann zugemutet werden könne, gleichlautende Verträge mit England, Frankreich und Rußland abzuschließen, wodurch es seines größten Vorteils im Kriegsfalle verlustig gehen würde. In aller Ausführlichkeit wird der deutsche Standpunkt, der auch vom Kaiser sehr nachdrücklich gegenüber dem Oberst House bei dessen Anwesenheit in Berlin im Mai 1914 vertreten wurde (vgl. Burton J. Hendrick, The Life and Letters of Walter H. Page, I, 294),

nicht zu schlichten sein sollten, dem Haager Schiedsgericht unterbreitet werden. Sie zählt auf ihre Mitglieder, daß sie in diesem Sinne eine tatkräftige und nachhaltige Wirksamkeit entfalten werden. Sie ist überzeugt, daß eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich die Verständigung zwischen den großen Mächtegruppen erleichtern und damit die Grundlage für einen dauernden Frieden schaffen werde. Sie beschließt, daß ihr Präsidium sich als ständiges Komitee konstituiert mit dem Recht beiderseitiger Kooptation. Sie gibt dem Komitee zugleich den Auftrag, neue Konferenzen periodisch oder je nach den Umständen unverzüglich einzuberufen."

Was den von der schweizerischen Depeschenagentur erwähnten Zwischenfall wegen der Elsaß-Lothringen betreffenden Stelle der Resolution anlangt, so ist er, wie ich höre, gänzlich unbemerkt ge-

---

entwickelt in einer Aufzeichnung des Dirigenten der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes Kriege vom 16. Juli 1913. Es wird darin ausgeführt, daß der Vorschlag vom Rechtsstandpunkt aus unpraktisch und bedenklich erscheine, da er in unzulässiger Weise in die Souveränität der Vertragsstaaten eingreife, und daß er vom politischen Standpunkte „insbesondere für Deutschland" unannehmbar sein dürfte. In letzterer Beziehung führte die Kriegesche Denkschrift aus: „Vom politischen Standpunkt besteht das Gefährliche des Vorschlags darin, daß bis zur Beendigung des Untersuchungsverfahrens der Beginn der Feindseligkeiten ausgeschlossen sein soll, denn auf diese Weise kann sich jeder Staat die für seine Kriegsvorbereitungen nötige Frist verschaffen, indem er durch die Tätigkeit seines Kommissionsmitglieds das Untersuchungsverfahren in die Länge zieht. Hierdurch würden diejenigen Staaten schwer benachteiligt werden, die, wie Deutschland, ihren Nachbarn durch schnellere Mobilmachung überlegen sind, diesen Vorteil aber durch das Untersuchungsverfahren einbüßen würden. In der Tat hat Rußland dem Vorschlag der Vereinigten Staaten grundsätzlich zugestimmt, während es sich deren bisherigen pazifistischen Versuchen gegenüber ablehnend verhalten hatte. Die anscheinend zur Ausgleichung dieses Bedenkens erfolgte amerikanische Anregung, während des Untersuchungsverfahrens auch alle Kriegsvorbereitungen auszuschließen, ist praktisch nicht durchführbar. Denn die Frage, ob Kriegsvorbereitungen vorliegen, kann im einzelnen Falle, namentlich soweit es sich um Verproviantierungsmaßregeln oder um Übungen von Mannschaften des Beurlaubtenstandes oder um Truppenverschiebungen handelt, sehr zweifelhaft sein; es müßten also internationale Überwachungskommissionen eingerichtet oder Kollektivgarantien seitens der beteiligten Staaten übernommen werden, was zu gänzlich unerträglichen Zuständen führen würde."
Die Kriegesche Denkschrift, mit der sich auch der Kriegsminister von Falkenhayn und besonders nachdrücklich Staatssekretär von Tirpitz identifizierten, wurde am 23. Juli den Botschaftern in Wien bzw. Rom zur Einleitung eines Meinungsaustausches mit der österreich-ungarischen bzw. der italienischen Regierung übersandt. Der Meinungsaustausch wurde auch von beiden Seiten akzeptiert. Trotzdem unterzeichnete die italienische Regierung am 6. Mai 1914 als erste der Großmächte einen Bryanschen Vertrag, ohne sich mit der deutschen Regierung ins Benehmen gesetzt zu haben. Der Generalsekretär des italienischen Außenministeriums di Martino suchte die Unterlassung nach einem Berichte Botschafters von Flotow vom 13. Mai (Nr. 141) als eine Nachlässigkeit des betreffenden Bureaus hinzustellen, für die er sein tiefstes Bedauern aussprach. Außer der italienischen Regierung hat keine einzige europäische Großmacht vor dem Ausbruch des Weltkrieges einen Bryanvertrag abgeschlossen.

blieben und hat sich lediglich auf einen akademischen Protest einiger französischer Radikalen gegen die Fassung der in Frage kommenden Stelle der Resolution beschränkt. „Libre Parole“ bringt den Wortlaut des vom Senator Goirand (Deux-Sèvres) gemeinsam mit vier französischen Delegierten an d'Estournelles gerichteten Protestschreibens. Es heißt darin: „In allen Beratungen war beschlossen worden, auf keinen Fall Elsaß-Lothringen in die Debatte zu ziehen. Wir sind, erfüllt von Friedensgedanken, zur Berner Konferenz gefahren, in der Hoffnung, daß diese vorbereitende Annäherung eines Tages auf friedlichem Wege und rechtlichem Wege die Lösung jenes Problems herbeiführen wird, das seit 42 Jahren so schwer auf Frankreich lastet. In ihrer jetzigen Fassung enthält die Resolution aber gefährliche Zweideutigkeiten, die wir nicht gutheißen können.“ Die fünf Senatoren bemerken zum Schlusse, daß sie trotz dieses Protestes auch künftig dem Friedenswerk ihre Kräfte widmen werden.

Graf Einsiedel

## Nr. 15 708

### *Der Gesandte in Bern Freiherr von Romberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Ausfertigung

Nr. 52 Bern, den 30. Mai 1914
Vertraulich

Als im vergangenen Jahre zum ersten Male die sogenannte deutsch-französische Verständigungskonferenz zusammentrat, hatte die

* Am 30. Mai war in Basel das von der Berner Konferenz 1913 eingesetzte ständige deutsch-französische interparlamentarische Komitee zu einer Tagung zusammengetreten, das unter anderem die Organisierung eines Nachrichtenaustausches beschloß, damit Deutsche und Franzosen gegenseitig über den wahren Sachverhalt der Ereignisse unterrichtet würden. Weiter wurde vereinbart, daß noch im Laufe des Jahres 1914 französische Parlamentarier nach Deutschland, deutsche nach Frankreich kommen und von den Parlamentariern des anderen Landes in einer öffentlichen Kundgebung bewillkommnet werden sollten. In Basel waren, im Gegensatz zu Bern, die Deutschen in der Mehrzahl; auch von seiten des Zentrums und der Nationalliberalen Partei waren führende Abgeordnete erschienen. Vgl. Conrad Haußmann, Die Basler Zusammenkunft „März“, Juni 1914. Die deutsche Regierung bewahrte auch der Basler Tagung gegenüber volle Zurückhaltung, nicht minder übrigens die französische. In der offiziösen Pariser Presse kam sogar ein ablehnender Standpunkt zum Ausdruck; der „Temps“ zum Beispiel schrieb am 1. Juni anläßlich der Basler Beschlüsse: „Ce soi-disant effort d'apaisement n'est qu'un effort d'équivoque et, si nous le dénonçons, c'est parce qu'il nous paraît essentiellement propre à aggraver la situation qu'il prétend améliorer. Car on ne gagne jamais rien à tromper les peuples.“ Dazu bemerkte Kaiser Wilhelm II.: „Man behalte diesen Artikel auf Lager, wenn mal wieder von anderer Seite geklagt werden sollte, daß wir uns nicht mit ihnen vertragen wollen.“

eidgenössische Regierung dieser Veranstaltung gegenüber völlige Reserve an den Tag gelegt und hatte es auch abgelehnt, den Sitzungssaal des Nationalrats zur Verfügung zu stellen. Aus Äußerungen des Bundespräsidenten, Herrn Hoffmann, entnehme ich, daß er einen weniger ablehnenden Standpunkt einnimmt, und zwar begründet er seine veränderte Haltung damit, daß sich neuerdings in der Schweiz ernstere Persönlichkeiten, unter anderen Mitglieder der Regierungspartei, für die Sache interessierten und anscheinend auch in Frankreich und Deutschland nicht mehr die Sozialisten allein die Führung in der Hand hätten, sondern auch die meisten bürgerlichen Parteien sich beteiligten. Unter solchen Umständen hätte die Schweiz keinen Grund, dem Unternehmen ihre Sympathie zu versagen. Er habe daher, als er vor einiger Zeit sondiert worden sei, sich geneigt gezeigt, für die im nächsten Jahre in Aussicht stehende zweite Berner Konferenz die Bereitstellung des Nationalratssaales zu befürworten. Auch habe er der Baseler Regierung auf ihre Anfrage, ob gegen eine schriftliche Begrüßung des demnächst dort zusammentretenden Ausschusses der deutsch-französischen Konferenz Bedenken beständen, dies verneint. Der Ausschuß soll, wie Herr Hoffmann hinzufügte, das Programm für die nächstjährige Konferenz feststellen.

Ich habe mich diesen Ausführungen des Bundespräsidenten gegenüber auf die Bemerkung beschränkt, daß die Verständigungsbestrebungen an und für sich gewiß sympathisch seien; nur liege die Befürchtung außerordentlich nahe, daß sie zu keinem Ergebnis und damit nur zu einer Verschärfung der Gegensätze führen könnten. Gerade gewisse vertrauliche Eröffnungen, die er, der Präsident, mir kürzlich Frankreich betreffend gemacht habe*, seien nicht dazu angetan gewesen, solche Bedenken zu zerstreuen.

Romberg

---

* Näheres darüber erhellt aus einem im „Lokalanzeiger“ vom 21. Dezember 1918 veröffentlichten Interview Freiherrn von Schoens, das auf aktenmäßiger Grundlage beruht. Es heißt darin: „Anfang Mai 1914 machte nun der französische Botschafter [Beau] die Schweizer Regierung auf das damals aufgetauchte Projekt aufmerksam, wonach die Schweiz sich von ihren Nachbarn die Neutralität garantieren lassen und als Gegenleistung die Verpflichtung übernehmen sollte, im Kriegsfalle die Verpflegung von Verwundeten der kriegführenden Staaten zu besorgen. Anknüpfend hieran erklärte Herr Beau, daß Frankreich geneigt sein würde, der Schweiz im Kriegsfalle die Getreideeinfuhr auf seinen Bahnen zuzusichern. In Fortsetzung dieser Unterredung fanden dann Verhandlungen zwischen dem französischen Militärattaché Major Pageot und dem schweizerischen Generalstab statt. Der Militärattaché hat sich hierbei verschiedenen Personen gegenüber mit großer Offenherzigkeit über die deutsch-französischen Beziehungen geäußert. Frankreich, so führte er aus, sei an und für sich durchaus friedlich gesinnt. ‚Mais nos frères de Lorraine nous appellent . . .‘ . . . Für den Kriegsfall nun rechnete Herr Pageot unbedingt mit der Mitwirkung Rußlands und Englands. Italien werde sich wohl ruhig verhalten. ‚Mais si elle bouge, nous lui donnerons une bonne raclée.‘ Der Krieg

werde lange dauern, Frankreich müsse sich im Anfang auf Mißerfolge gefaßt machen. Es komme darauf an, so lange auszuhalten, bis Rußland fertig sei. Dann werde sich das Blatt wenden. Aus den weiteren Auslassungen des Majors Pageot ging hervor, daß der französische Generalstab stark mit dem Umstande rechnete, daß Deutschland seinen Bedarf an Lebensmitteln nicht selbst decken und daher im Kriege ausgehungert werden könne. Selbstverständlich würden alle Zufahrten nach Deutschland gesperrt werden, auf der einen Seite durch Rußland, auf dem Meere durch England. Gibraltar und der Suezkanal würden gesperrt werden. Unter diesen Umständen sei die Schweiz für ihre Getreideversorgung ausschließlich auf Frankreich, und zwar auf dem Zufahrtsweg vom Atlantischen Ozean her, also in erster Linie Bordeaux-Genf angewiesen. Für Frankreich sei es nun aber von großer Bedeutung, der schweizerischen Neutralität sicher zu sein. Dafür wollte es sich verpflichten, der Eidgenossenschaft die Beförderung ihres täglichen Getreidebedarfs während eines Krieges auf den französischen Bahnen zu garantieren, es wollte auch das nötige rollende Material zur Verfügung stellen und dies ausdrücklich in seinen Mobilmachungsbestimmungen berücksichtigen.

„Wie Herr Pageot weiter ausgeführt hat, würden die Transporte für die Schweiz am 35. Tage nach Ausbruch des Krieges beginnen können. Bis dahin würde der französische Aufmarsch vollendet und das rollende Material verfügbar sein. Natürlich müßte die schweizerische Regierung für jeden Transport den Nachweis liefern, daß er tatsächlich für sie bestimmt sei, damit nicht etwa auf dem Wege über die Schweiz Getreide nach Deutschland gelange. . . . Besonders bemerkenswert ist, daß der französische Unterhändler zu verstehen gegeben hatte, daß im Kriegsfalle die Getreidezufuhrstraße für die Schweiz über Rotterdam durch Deutschland selbstverständlich gesperrt sein würde. Frankreich rechnete also mit absoluter Sicherheit auf Englands Unterstützung in einem Kriege gegen Deutschland. Denn die französische Flotte allein wäre niemals imstande gewesen, die Blockade gegen Deutschland durchzuführen.“ Vgl. auch Freiherr v. Schoen, Erlebtes, S. 173; v. Jagow, Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges, S. 80 f.

Aus den Akten wären die obigen Mitteilungen über das „ganz unmotiviert und unerwartet“ erfolgte Anerbieten der französischen Regierung an die Schweiz, (das, wie der deutsche Gesandte in Bern Freiherr von Romberg in einem Telegramm vom 29. August 1914 hervorhob, beweist, daß Frankreich schon im Frühjahr 1914 auf den Krieg hinarbeitete, jedenfalls in naher Frist mit ihm rechnete), noch dahin zu ergänzen, daß die deutsche Regierung der schweizerischen auf deren Anregung bereitwillig eine analoge Zusage machte, wie sie dieser spontan von der französischen angetragen war. Bedeutungsvoll ist ferner die sich aus einem Bericht des deutschen Militärattachés in Bern Majors von Bismarck vom 29. Juli ergebende Tatsache, daß am Tage zuvor sein französischer Kollege Major Pageot der Schweizer Regierung mitgeteilt hatte: die französische Regierung stelle nunmehr der Schweiz schon vom 25. Mobilmachungstage ab — statt, wie Anfang Mai versprochen, vom 35. ab — seine südlichen Bahnen zum Getreidetransport zur Verfügung. Wie daraus mit voller Klarheit erhellt, müssen in der Zeit von Anfang Mai bis Ende Juli die französischen Mobilmachungsvorbereitungen derartige Fortschritte gemacht haben, daß man bei den maßgebenden französischen Behörden sicher war, mit dem gesamten französischen Aufmarsch bis zum 25. Tage nach Ausbruch des Krieges statt bis zum 35. fertig zu sein.

Auf die besondere Bedeutung dieser Vorgänge weist Freiherr von Romberg noch in einem späteren Bericht vom 8. Dezember 1918 hin: „Es erregte damals bei der schweizerischen Regierung außerordentliches Aufsehen, als ohne jeden besonderen Anlaß der französische Botschafter mit dem Vorschlage an die Schweiz herantrat, daß im Kriegsfall Frankreich die Getreideeinfuhr nach der

Schweiz unter der Bedingung zusichern wolle, daß die Schweiz den Verbleib des Getreides im Lande garantiere . . . Das französische Angebot erregte beim schweizerischen Bundesrat lebhafte Sorge und den bestimmten Eindruck, daß französischerseits mit einer nahe bevorstehenden Kriegsgefahr gerechnet wurde. Diese Sorge war um so berechtigter, als von französischer Seite bei den Verhandlungen eine solche Gefahr durchaus nicht verhehlt wurde, und außerdem, wie ich später erfahren habe, die schweizerische Regierung auch von einer sehr zuständigen russischen Seite über die drohende Kriegsgefahr Auskunft erhalten hatte. Meine damalige Meldung über das Getreideabkommen hat damals im Auswärtigen Amt, wie auch bei unseren militärischen Stellen einen starken Eindruck gemacht. Ich erinnere mich auch, in einem Privatbrief an den damaligen Staatssekretär von Jagow mit besonderem Nachdruck auf dieses gefährliche Symptom aufmerksam gemacht zu haben, und erhielt gleichfalls privatim vom Staatssekretär die Bestätigung, daß er die Wichtigkeit meiner Meldungen voll würdigte. . . . Wie wenig man bei uns an eine unmittelbare Kriegsgefahr trotz meiner Mitteilungen glaubte, geht noch daraus hervor, daß nähere Verhandlungen, die zwischen Deutschland und der Schweiz wegen Ausführung des Kohlenabkommens stattfinden sollten, erst für den Spätsommer in Aussicht genommen wurden. Diese Verhandlungen, zu denen ein deutscher Offizier entsandt werden sollte, haben überhaupt nicht stattgefunden."

Kapitel CCXCV

# Die Dreibundkonstellation vor dem Weltkriege
# Monarchen- und Ministerbegegnungen: Konopischt und Miramare. Venedig und Abbazia
# September 1913 bis Juni 1914



## Nr. 15 709

### *Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Treutler, z. Z. in Bad Salzbrunn, an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 103 Bad Salzbrunn, den 7. September 1913

Für den Herrn Staatssekretär.

Seine Majestät der Kaiser haben soeben einen Brief des österreichischen Thronfolgers * erhalten, der die Freude des Erzherzogs ausdrückt, daß der Kaiser bald nach dem 20. Oktober nach Konopischt kommen kann, da später Wetter und Klima ungünstig.

Daran anschließend heißt es in dem Briefe wörtlich: „Hoffentlich findest Du einen Ersatz für diese Entsagung [gemeint ist die aufgegebene Korfureise] in dem Erfolg Deiner Politik, die ich wieder wie immer mit größter Bewunderung verfolgt habe und mit der ich mich, wenn ich es in aller Bescheidenheit und tiefster Ergebenheit sagen darf, vollkommen identifiziere **. Gestatten Majestät, daß ich Dir sage, wie sehr ich mich sehne, die jüngsten politischen

---

* Der Brief Erzherzogs Franz Ferdinand an Kaiser Wilhelm II. liegt nicht vor. Aus der Tatsache des Briefes ergibt sich schon, daß die Angabe Conrad v. Hötzendorfs (Aus meiner Dienstzeit, III, 430), auch der österreichische Thronfolger habe gelegentlich der deutschen Kaisermanöver vom 7.—9. September in Salzbrunn geweilt, nicht zutreffen kann. Über die Unterredungen, die der österreichische Generalstabschef in Salzbrunn mit Kaiser Wilhelm II. hatte, vgl. Kap. CCXCVIII, Nr. 15 793.

** Daß der Erzherzog-Thronfolger in seinem Briefe an den Kaiser seine vollkommene Identifizierung mit dessen Politik so stark betonte, hängt wohl damit zusammen, daß eben damals in der Presse wieder die Version auftauchte, als habe der Erzherzog gelegentlich seines Aufenthalts in Jagdschloß Springe am 22. November 1912 (vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12 405, S. 374, Fußnote **) die deutsche Zustimmung zu einer auf den Krieg mit Serbien lossteuernden Politik gesucht, sei aber abschlägig beschieden worden. Die dem Erzherzog nahestehende „Wiener Reichspost“ brachte am 16. September dazu einen Artikel „Märchenbildungen“. Es hieß darin unter anderem: „Es ist notwendig, der Legendenbildung entgegenzutreten, die mit großer Beharrlichkeit die Dinge so schildern möchte, als ob der Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand im November vorigen Jahres als Kriegsfordernder nach Berlin gefahren sei und dort sich habe überzeugen müssen, daß er seine Absichten nicht durchzusetzen vermöge.

Ereignisse mit Dir besprechen zu dürfen, wozu wohl in Leipzig*, wo ich die Ehre habe, Dich wiederzusehen, oder in Konopischt Gelegenheit sein dürfte. Ich könnte Dir manches, nach meiner bescheidenen Ansicht Interessantes mitteilen.“

Treutler

## Nr. 15 710

## *Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Bad Salzbrunn, an Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich, z. Z. in Blühnbach b. Salzburg*

Telegramm. Konzept

Bad Salzbrunn, den 8. September 1913

Ich bin Dir von ganzem Herzen dankbar für Deine freundschaftlichen und so liebenswürdigen Zeilen**. Du weißt, wie unendlich gerne ich zu Euch komme und wie ich mich auf ein Zusammensein mit Dir in Deinem, von Dir geschaffenen schönen Heim freue! Hoffentlich paßt es Dir, wenn ich gleich nach dem Geburtsfeste meiner Frau*** bei Dir eintreffe, was auch wohl wegen Wetter und Klima günstig scheint. Vielleicht darf sich Eulenburg † wegen Tag und Stunde meiner Ankunft mit Rumerskirch †† in Verbindung setzen. Auch ich sehe der frohen Gelegenheit, mit Dir über so manches zu

---

Diese Darstellung ist rein willkürlich und hat mit den Tatsachen nichts gemein.“ Daß Erzherzog Franz Ferdinand in der Tat 1912 wie 1913 den Frieden ernst und aufrichtig wollte, wird erhärtet durch die Darstellung Conrad v. Hötzendorfs, der sich über den unbedingten Friedenswillen des Thronfolgers fast mit Verzweiflung ausspricht. Als z. B. im Oktober 1913 General Conrad wieder einmal für das Losschlagen gegen Serbien eintrat, mußte er sich von Graf Ottokar Czernin, dem nahen Vertrauten des Thronfolgers, sagen lassen: „Bei uns in Österreich muß mit Kaiser und Thronfolger gerechnet werden, die sind nicht für den Krieg, am allerwenigsten der Thronfolger; er hält starr an dem Frieden.“ (Feldmarschall Conrad, a. a. O., III, 464.) Ganz sicherlich hat sich die „vollkommene Identifizierung“ des Erzherzog-Thronfolgers mit der Politik Kaiser Wilhelms II. gerade auf die Frage: Krieg oder Frieden? erstreckt. Übereinstimmung bestand zwischen den beiden Fürsten auch in der rumänenfreundlichen Gesinnung und in der daraus resultierenden sympathischen Stellungnahme zu den Ergebnissen des Bukarester Friedens, im Gegensatz zu der offiziellen Politik des Ballplatzes. Vgl. dazu Bd. XXXV, Kap. CCLXXVI, Nr. 13 737, Fußnote **.

* Zu dem Besuch des Erzherzog-Thronfolgers in Leipzig, der am 18. Oktober anläßlich der Einweihung des Völkerschlachtdenkmals stattfand und bei dem es zu einem schweren Konflikt zwischen Franz Ferdinand und dem von neuem für ein scharfes Vorgehen gegen Serbien plädierenden österreichischen Generalstabschef kam, vgl. Bd. XXXVI, Kap. CCLXXX, Nr. 14 161, S. 387, Fußnote * und Feldmarschall Conrad, a. a. O., III, 467 ff.

** Vgl. Nr. 15 709, Fußnote *.

*** 22. Oktober.

† Ober-Hof- und Hausmarschall Graf zu Eulenburg, Minister des Königlichen Hauses.

†† Obersthofmeister des Erzherzogs Franz Ferdinand Freiherr von Rumerskirch.

sprechen, mit größtem Interesse und Genugtuung entgegen und bin glücklich über das freundlich Zustimmende, das Du mir durch Deinen lieben Brief zum Ausdruck bringst.

Küsse Deiner Gemahlin von Herzen die Hand.

Wilhelm

Nr. 15711

## *Kaiser Wilhelm II. an den Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich, z. Z. in Konopischt*

Telegramm. Konzept

Kaiserlicher Sonderzug, den 26. Oktober 1913

Ehe ich heute Nacht österreichischen Boden* verlasse, möchte ich Dir noch einmal mit meinem herzlichsten Dank wiederholen, wie sehr ich den Aufenthalt in Eurem herrlichen Konopischt nach allen Richtungen hin genossen habe. Die dort in so reizender Gesellschaft gewonnenen Eindrücke von Deinen gärtnerischen Schöpfungen, Deinen wundervollen Sammlungen und Deiner unvergleichlichen Fasanenjagd werde ich nie vergessen. Ich freue mich darauf, Konopischt einmal in voller Blütenpracht wiederzusehen.

Mit vielen Grüssen für Dich und Deine Frau, der ich die Hand küsse

Wilhelm

Nr. 15712

## *Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Treutler, z. Z. in Wien, an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 131 Wien, den 26. Oktober 1913

Auf Telegramm ohne Nummer vom 24. d. Mts.**

Seine Majestät sind durchaus einverstanden; werden nach Vortrag

---

* Der Besuch des Kaisers bei Erzherzog Franz Ferdinand in Konopischt fand vom 23. bis 25. Oktober statt. An den Aufenthalt des Kaisers in Konopischt schloß sich ein kurzer Besuch bei Kaiser Franz Joseph in Schloß Schönbrunn (26. Oktober), von wo die Rückreise nach Berlin vor sich ging. Der Besuch in Konopischt galt vor allem den Freuden der Jagd; zu einer Meldung des „Standard“ vom 24. September, wonach der Kaiser gelegentlich des Aufenthalts in Konopischt vor allem eine Aussöhnung Italiens und Österreichs betreiben wolle, zwischen denen infolge der Triester Erlasse des Statthalters Prinzen Hohenlohe (vgl. dazu Kap. CCXCVI) eine Verstimmung herrschte, bemerkte der Kaiser: „Quatsch, ich soll Fasanen schießen.“

** Das Telegramm betraf die militärische Rangerhöhung des jungen Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg, Schwiegersohns des Kaisers, der am 3. November seinen Einzug als regierender Herzog in Braunschweig halten sollte.

des Militärkabinetts noch erwägen, ob nicht der Prinz zum Generalmajor befördert werden soll.

Soweit ich beurteilen kann, ging in Konopischt und hier alles sehr gut. Seine Majestät hat mit Graf Berchtold, der sehr eingenommen von unserem allergnädigsten Herrn zu sein schien, lange allein gesprochen.

Treutler

## Nr. 15 713

### *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow*

Eigenhändiger Privatbrief

Geheim Wien, den 18. Februar 1914

Ich beeile mich, Ihnen heute auf Ihren Brief vom 16. d. Mts.* Antwort zu geben.

Das Palais Cumberland werde ich also in geeigneter Weise von dem Besuche Seiner Majestät verständigen. Reischach** schreibt mir heute, Seine Majestät käme am 23. März mittags und reise bereits ½6 Uhr wieder ab. Kürzer dürfen aber nun diese Besuche in Wien nicht mehr bemessen werden, sonst verlieren sie den Charakter einer Freundlichkeit und wirken gegenteilig.

Nun zur Frage des Manöverbesuchs des Königs von Italien. Es ist davon auszugehen, daß der Erzherzog Franz Ferdinand bereits eingeladen ist, und bei Annahme der Einladung von dem für ihn jedenfalls sehr unangenehmen Zusammentreffen mit dem Re nichts geahnt hat. Wir können ihn, meo voto, deshalb nicht mettre au pied du mur und ihn ohne vorgängige Verständigung über unsere Absicht vor eine vollendete Tatsache stellen. Der Erzherzog würde darin gewiß eine Nötigung erblicken, und wenn er auch vielleicht nicht ganz ausbrechen würde, so würde er doch in schlechter Stimmung zu uns kommen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß das aufrichtige Vertrauen, das er unserem allergnädigsten Herrn entgegenbringt, bei dem Charakter des hohen Herrn einen bedenklichen Stoß erleiden würde.

---

* Der Brief Staatssekretärs von Jagow vom 16. Februar, der nicht bei den Akten liegt, behandelte offenbar die Besuche, die Kaiser Wilhelm II. bei seiner Frühjahrsreise nach Korfu dem Kaiser Franz Joseph und dem Herzog von Cumberland am 23. März in Wien, dem Könige von Italien am 25. März in Venedig und dem Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand am 27. in Miramare abzustatten willens war. Der Aufenthalt des deutschen Kaiserpaars in Korfu dauerte vom 29. März bis zum 4. Mai. Ein Besuch Athens oder Bukarests, wie er ursprünglich vom Kaiser geplant gewesen zu sein scheint, wurde mit der Korfureise nicht verbunden.

** Oberhofmarschall Freiherr von Reischach.

Damit würde aber für alle Zukunft ein größerer Schaden angerichtet werden, als wenn ein Zusammentreffen der beiden Herren überhaupt unterbliebe. Denn ich glaube, man sollte sich nicht darüber täuschen, daß eine wirkliche Versöhnung zwischen ihnen kaum erreicht werden kann, solange nicht in der Frage des bisher unterlassenen Gegenbesuches des Kaisers Franz Joseph in Rom ein Ausweg gefunden wird. Wir müssen froh sein, daß das Verhältnis zwischen Wien und Rom jetzt wirklich gut ist — das heißt zwischen den beiden Regierungen — und an der dynastischen Frage möglichst wenig rühren. Es kommt hinzu, daß, wie ich g a n z g e h e i m* höre, in den letzten Tagen die militärischen Abmachungen zwischen uns, Rom und Wien zum Abschluß gebracht wurden, und daß die Italiener a l l e s konzediert haben, was wir verlangt haben**. Sie werden nicht nur

---

* (Fußnote von Tschirschkys:) Bitte hiervon niemandem gegenüber Gebrauch zu machen, auch H. v. Moltke nicht, um Graf Kageneck nicht bloßzustellen.

** Über die militärischen „Abmachungen" zwischen den Dreibundmächten, die um die Mitte Februar 1914 mit der erneuerten Festlegung der schon seit dem 28. Januar 1888 bestehenden, aber nach dem libyschen Kriege im Dezember 1912 zeitweilig zurückgenommenen italienischen Verpflichtung abschlossen, im deutsch-französischen Kriegsfalle drei Armeekorps an den Oberrhein zu entsenden, vgl. Bd. XXX, Kap. CCXL, Anhang A, Nr. 11 288, Fußnote. Die Verhandlungen wurden deutscherseits durch eine Entsendung des Oberquartiermeisters im Generalstab Graf Waldersee nach Rom Anfang Dezember 1913 eingeleitet und in Wien zwischen Waldersee, General Conrad von Hötzendorf und dem italienischen Oberstleutnant Montanari am 19. Dezember fortgesetzt. Die Akten des Auswärtigen Amts bieten hierüber nur wenig. In einem Privatbriefe Botschafter von Tschirschkys an Staatssekretär von Jagow vom 20. Dezember 1913 (siehe Kap. CCXCVIII, Nr. 15 810) heißt es: „Mit den militärischen Ergebnissen in Rom und Wien ist Graf Waldersee über Erwarten zufrieden. Er wird Ihnen ja mündlich darüber genauer berichten." Ausführliche Mitteilungen über die Wiener militärischen Besprechungen finden sich bei Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 498 ff. Danach schlossen die Besprechungen am 20. Dezember mit grundsätzlicher Übereinstimmung der Beteiligten ab. Noch aber stand die Einwilligung des Königs Viktor Emanuel zur Wiederherstellung der italienischen Verpflichtungen für den Kriegsfall aus. Am 16. Februar 1914 konnte der österreichische Militärattaché in Rom Oberstleutnant Graf Szeptycki nach Wien melden, daß der König in die volle Wiederherstellung gewilligt habe, und daß demnächst General Zuccari nach Berlin zu den abschließenden Beredungen kommen werde (a. a. O., III, 599 f.). Über den endgültigen Abschluß berichtet ein Brief General v. Moltkes an seinen österreichischen Kollegen vom 13. März 1914 (a. a. O., III, 609 ff.): „Am 10. und 11. d. Mts. haben nun die Besprechungen mit dem italienischen General Zuccari stattgefunden, der zum Befehlshaber der nach Deutschland zu entsendenden italienischen Armee bestimmt und von General Pollio hierher gesandt wurde. Sie haben zu einem vorläufig befriedigenden Ergebnis geführt, und zwar dahin, daß die Entsendung von zwei Kavalleriedivisionen und drei Armeekorps nunmehr bestimmt zugesagt ist. Allerdings können die Korps in dem laufenden Mobilmachungsjahr erst am 19. Mobilmachungstag mit den Anfängen bei uns eintreffen, würden also nicht vor dem 22. Mobilmachungstag verwendungsbereit sein, während die beiden Kavalleriedivisionen, wie es in Wien festgelegt worden

die Kavallerie-Divisionen an den Rhein senden, sondern auch Infanteriekorps, wogegen sie lange Bedenken gehabt haben. Soll aber dennoch der Gedanke einer Zusammenkunft zwischen Franz Ferdinand und dem italienischen König ins Auge gefaßt werden, so würde ich vorschlagen, daß Seine Majestät in einem eigenhändigen Privatschreiben an Franz Ferdinand diesen, unter eingehender Darstellung der politischen Vorteile, die Entscheidung darüber überläßt, ob wir in Rom einen gleichzeitigen Besuch des Re erwägen sollen. Ich glaube, dieser Weg würde die Gefühle des Erzherzogs schonen, es würde darin ein Beweis offenen Vertrauens liegen, und nebenbei würde dem Erzherzog eine ablehnende Antwort sehr schwer gemacht werden, wenn bei ihm nicht eine unüberwindliche Abneigung gegen die Sache vorliegt. Ist letzteres aber der Fall, so ist es sicher doch besser, wenn der Gedanke fallen gelassen wird *.

---

ist, am zehnten Mobilmachungstag eingetroffen sein werden. General Zuccari hat mir aber zugesagt, im Laufe dieses Jahres die Vorbereitungen so zu treffen, daß vom 1. April 1915 ab der Abtransport um fünf Tage beschleunigt wird. Ferner hat er mir vertraulich mitgeteilt, daß General Pollio, in vollem Verständnis dafür, daß die Entscheidung des Krieges nördlich der Alpen liegt, sein dauerndes Bestreben darauf richten werde, den jetzt zur Verfügung gestellten drei Korps weitere folgen zu lassen. Es handelt sich nun zunächst um Regelung der Transportstraßen und Zeiten, die natürlich von dem Ort und dem Termin abhängig zu machen sind, an denen Italien die zur Entsendung bestimmten Korps bereitstellen kann. Die Einzelheiten sollen so schnell wie möglich in Italien ausgearbeitet und hierher sowie nach Wien mitgeteilt werden. Ich hoffe, daß diese Angelegenheit sich so beschleunigen läßt, daß wir vom 1. April d. Js. ab alles geregelt haben werden."

* Der Skeptizismus Tschirschkys, der sich übrigens nicht rechtfertigen sollte (vgl. Nr. 15 717), erklärt sich wohl aus der Aufnahme, die der österreichische Generalstabschef Conrad von Hötzendorf kurz vorher mit der Anregung eines Besuchs des Erzherzog-Thronfolgers in Rom erfahren hatte. General Conrad war ja selbst ein dezidierter Widersacher Italiens gewesen, als aber Italien sich im Dezember 1913 so bereitwillig zu der Erneuerung seiner militärischen Dreibundverpflichtungen verstand, glaubte er das Eisen durch die Hinwegräumung jenes Steins des Anstoßes schmieden zu sollen, der in dem Unterbleiben eines höfischen Besuchs in Rom lag. In einem Privatbriefe Botschafters v. Tschirschky an Staatssekretär v. Jagow vom 23. Dezember 1913 heißt es darüber: „Ganz geheim hat der General noch hinzugefügt und mit der Bitte um strengste Diskretion, er habe Seiner Majestät dem Kaiser dringend geraten, den Thronfolger zu veranlassen, zum Besuch nach Rom zu gehen." In einem weiteren Privatbriefe an v. Jagow vom 30. Dezember kommt der Botschafter nochmals auf den Gegenstand zurück: „Daß General Conrad mit seinem Vorschlage des Gegenbesuchs in Rom bis auf weiteres nicht viel Glück haben dürfte an der maßgebenden Stelle, ist auch meine Überzeugung. Ich habe die Sache nur gemeldet als charakteristisches Merkmal für die Stimmung. Noch vor kurzem hätte es niemand gewagt, mit einem solchen Vorschlag an den Kaiser heranzutreten." Vgl. dazu auch Feldmarschall Conrad, a. a. O., III, 502 ff., 626. Noch am 24. Februar wiederholte Conrad seine dringlichen Vorstellungen beim Kaiser; er sagte geradezu, die Reise des Thronfolgers nach Rom wäre eine Sache, an der vielleicht das Schicksal der Monarchie hänge.

Der Besuch Seiner Majestät in Athen wird, auch nach meiner Ansicht, schwer zu verhindern sein, solange Ruhe am Balkan herrscht. Was nun den Besuch in Bukarest anlangt, so teile auch ich völlig Ihre Bedenken dagegen. Es ist gewiß richtig, daß eine Reise des Deutschen Kaisers nach Rumänien, bei der derzeitigen politischen Sachlage, den Stempel einer aktiven Balkanpolitik an sich tragen würde. Es fragt sich nun, ob wir diesen nicht zu hindernden Eindruck nicht — und zwar im Einverständnis mit Wien — für den Dreibund fruktifizieren könnten. Wenn der Kaiser einmal nach Bukarest geht, so glaube ich, ist es unbedingt geboten, daß er nicht mit leeren Händen von dort zurückkehrt. Der Besuch müßte dazu benutzt werden, in irgendeiner Form die politische Zugehörigkeit Rumäniens zum Dreibund — nicht zu Deutschland — urbi et orbi vor Augen zu führen. Und zwar würde meines Erachtens dazu nicht eine Erklärung des Königs, für seine Person, genügen. Wenn die Veröffentlichung des Vertrags bei Gelegenheit der persönlichen Anwesenheit des Deutschen Kaisers nicht zu erlangen wäre, so müßte wenigstens ein anderer Weg gefunden werden — etwa die Tischreden —, durch den aber der König zugleich die Regierung und das Land zu einer Politik an der Seite des Dreibundes verpflichtet. Der Deutsche Kaiser kann sich, wie mir scheinen will, dem nicht aussetzen, daß vielleicht kurz nach seinem Besuch in Bukarest der König erklärt, er müsse, angesichts der Haltung seiner Regierung, sich freie Hand bewahren in seinem Verhältnis zum Dreibund. Wird diese Bedingung erfüllt, so würden dann, meiner Ansicht nach, auch hier in Wien kaum Bedenken gegen den Besuch Seiner Majestät in Bukarest erhoben werden können. Andernfalls würde ein solcher Besuch aber leicht wie eine einseitige Verabredung zwischen uns und Rumänien mit gewollter Beiseiteschiebung Österreich-Ungarns aussehen. — Es kommt noch hinzu, daß Seine Majestät eigentlich auch einen Gegenbesuch in Sofia schuldig ist. Schaut bei dem Besuche in Bukarest ein greifbarer politischer Profit heraus, so kann man ja leicht das Odium auf sich nehmen, Sofia zu schneiden. Andernfalls brüskiert man Bulgarien nutzlos, und wenn auch das für uns ohne Schmerz zu ertragen wäre, so würde damit doch hier in Wien — wie die Dinge nun einmal liegen — die Abneigung gegen den Plan eines Besuches nur in Bukarest gesteigert werden. Entfällt der Besuch in Bukarest, besteht Seine Majestät aber auf einem solchen in Athen, so müßte letzterer eben, wie Sie vorschlagen, lediglich als ein Familienbesuch bei der Schwester hingestellt werden.

von Tschirschky

## Nr. 15 714

*Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Ausfertigung

Nr. 49 Rom, den 26. Februar 1914

pp. Ich halte die augenblickliche italienische Regierung von Seiner Majestät dem König Viktor Emanuel angefangen, für die uns und der Dreibundkonstellation relativ günstigste, und die französischen Fehler mehr als die Vorzüge des Dreibundes sind geeignet, sie in dieser Bahn festzuhalten. Aber es wohnt in der italienischen Seele mehr als in der germanischen der Begriff, daß alle, auch die durch Verträge verankerten Verpflichtungen der Bedingung der Zweckmäßigkeit und damit der Veränderlichkeit unterliegen, und daß daher stets auch noch nach anderen als den gegenwärtig beschrittenen Richtungen ein gangbarer Pfad offen bleiben muß. Der Marquis di San Giuliano betrachtet sicherlich die Pflege guter Beziehungen zu Österreich als eine Art Lebenswerk; indessen bei einer sonst optimistischen Besprechung der Gesamtlage verhehlte er mir doch kürzlich nicht, für wie groß er auch noch die Gefahr eines Zwistes mit Österreich über den beiderseitigen Einfluß in Albanien** halte. Das sei die dunkle Wolke, die nach seiner Ansicht über Italien schwebe. Er sei gegenwärtig bemüht, durch den allerengsten Anschluß an Österreich und die intimste Aussprache über alle noch so unbedeutenden Angelegenheiten Albaniens jede Reibungsfläche auszuschließen. „Wir können nur als siamesische Zwillinge in Europa auftreten," meinte er, „sonst geraten wir in Konflikt."

Mit der Geschicklichkeit der Pressebearbeitung, die der hiesigen Regierung eigen, ist der Marquis di San Giuliano daher auch augenblicklich bemüht, seinen demnächstigen Besuch bei Graf Berchtold*** in der öffentlichen Meinung beider Länder vorzubereiten. Ebenso hat er dem österreichischen Botschafter bereits mit Offenheit gesagt, er möge dafür sorgen, daß nicht kurz vor oder gleich nach diesem Besuche eine jener österreichischen Unberechenbarkeiten, wie seiner-

---

* Der Anfang des Berichts, der die starke Impressionierung des italienischen Außenministers Marquis di San Giuliano durch die russischen Rüstungen und seine dadurch bewirkte Neigung, bei Frankreich eine Rückendeckung zu suchen, betrifft, ist abgedruckt in Kap. CCIC, Nr. 15 840.

** Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXXII.

*** Ein Gegenbesuch des italienischen Außenministers bei seinem österreichischen Kollegen, der seit dessen Besuch in San Rossore bei Pisa (23. Oktober 1912) fällig war, hatte schon im Oktober 1913 stattfinden sollen, war aber infolge des durch die Triester Erlasse des Prinzen Hohenlohe entstandenen Zwischenfalls (vgl. dazu Kap. CCXCVI) verschoben und neuerdings für die Osterwoche angesetzt worden.

zeit in Triest*, erfolge. Denn dadurch könne der ganze Besuch, beziehungsweise sein Zweck und Erfolg, in Frage gestellt werden.

Die der inneren Kohärenz des Dreibundes abträgliche latente Schwäche des italienisch-österreichischen Verhältnisses kann natürlich bis zu einem gewissen Grade ausgeglichen werden durch einen engeren Aneinanderschluß Deutschlands und Italiens. Mit anscheinend aufrichtiger Freude sprach mir daher der Marquis di San Giuliano von der bevorstehenden Zusammenkunft der Monarchen beider Länder in Venedig**.

Flotow

## Nr. 15 715

### *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg****

Ausfertigung

Nr. 92 Wien, den 23. März 1914

Über die Unterredungen, die Seine Majestät heute hier mit Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph, dem Grafen Berchtold und dem Grafen Tisza gehabt hat, hatte allerhöchstderselbe die Gnade, mir nachstehendes behufs Meldung an Euere Exzellenz mitzuteilen.

Mit Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph und dem Grafen Berchtold sei er über allgemeine Besprechungen über die politische Lage eigentlich nicht hinausgekommen. Beide hätten sich sehr besorgt in betreff Rumäniens und Rußlands gezeigt. Nach ihrer Ansicht sei Rumänien für den Dreibund schon so gut wie verloren †. Er habe sich bemüht, sie nach beiden Richtungen hin zu beruhigen. Was Rumänien anlange, so habe er ihnen das mitgeteilt, was der Kronprinz von Rumänien jüngst in Berlin †† erklärt habe, Rumäniens Interessen

---

* Vgl. dazu Kap. CCXCVI.

** Siehe die folgenden Schriftstücke.

*** Bereits veröffentlicht in der „Deutschen Politik“ vom 11. Juni 1920, Heft 24, S. 714 ff.; daraus abgedruckt bei Graf M. Montgelas, Leitfaden zur Kriegsschuldfrage, S. 189 ff.

† Vgl. dazu Bd. XXXIV, Kap. CCLXX, und Bd. XXXIX, Kap. CCXCVIII.

†† Unmittelbar vor der Abreise des Kaisers nach Korfu (22. März) hatte der rumänische Kronprinz mit seiner Gemahlin einen Besuch am Hofe in Berlin gemacht und hier u. a. der feierlichen Einweihung des Neubaus der Königlichen Akademie der Wissenschaften und der Königlichen Bibliothek beigewohnt. Von Berlin reiste das rumänische Kronprinzenpaar, begleitet von seinem ältesten Sohne, dem Prinzen Karl, der seit kurzem im 1. Garde-Regiment z. F. in Potsdam Dienst tat, nach Petersburg. Die allgemeine Annahme, daß bei dieser Gelegenheit die Verlobung des jungen rumänischen Prinzen mit der ältesten Tochter des Zaren zustande kommen werde, erfüllte sich nicht. Deutscherseits stand man dem namentlich von dem russischen Gesandten in Bukarest Poklewsky mit Eifer betriebenen Heiratsprojekt, das ein Glied in der Kette der Bestrebungen, Rumänien zur Tripelentente herüberzuziehen, bildete, nicht ohne Bedenken

wiesen es gebieterisch an die Seite des Dreibundes. Eine Suprematie des slawischen Rußlands mit Serbien im Rücken sei für Rumänien unerträglich. Allerdings werde infolge der Gestaltung der Verhältnisse während und nach dem zweiten Balkankriege die Verbindungsstelle zwischen Rumänien und dem Dreibund jetzt mehr in Berlin zu suchen sein. Seine Majestät bemerkten hier, daß er in dieser Beziehung sowohl bei Kaiser Franz Joseph als beim Grafen Berchtold volles Verständnis gefunden habe und beide diese Sachlage akzeptiert und die Hoffnung ausgedrückt hätten, daß Berlin in dieser Richtung alles tun werde, was möglich wäre. Er habe dann sehr eindringlich darauf hingewiesen, daß, wenn er auch gewiß in Bukarest nach Kräften und Tunlichkeit wirken wolle, es doch auch Sache Österreich-Ungarns sei, mit allen Kräften daran zu arbeiten, daß das Verhältnis zwischen Wien und Bukarest sich wieder bessere. Von beiden Seiten sei dem lebhaft zugestimmt worden.

In bezug auf die russischen Rüstungen* habe er ausgeführt, daß diese gewiß nicht zu leugnen wären, und daß wir alle Ursache hätten, sie scharf zu beobachten, daß er aber nicht glaube, daß sie in erster Linie kriegerischen Absichten gegen Österreich oder Deutschland entsprängen. Einmal sei Rußland durch Frankreich gezwungen, gewisse militärische Maßnahmen zu treffen, weil sonst kein Geld hergegeben worden wäre**, und dann sei es sehr wahrscheinlich, daß man in Rußland über den traurigen Zustand, in dem sich die Türkei befinde, noch besser unterrichtet sei als in Berlin und in Wien, und daß man die stärkere militärische Bereitschaft an der West- und Südwestgrenze als Deckung bei eventuellem Vorgehen gegen die Türken zu brauchen gedenke. Hierin habe ihm besonders Graf Berchtold beigestimmt.

Sehr interessant habe sich seine Unterhaltung mit Graf Tisza ge-

---

gegenüber. In einem Erlaß an den Gesandten von Waldthausen vom 31. März 1914 (Nr. 135) heißt es darüber: „Die freundliche Aufnahme, die das Kronprinzenpaar hier gefunden hat, erklärt sich naturgemäß aus der Zugehörigkeit zum Hause Hohenzollern sowie aus unseren politischen Beziehungen zu Rumänien, besonders aber auch daraus, daß der Berliner Besuch unmittelbar vor dem Petersburger erfolgte und damit offenbar rumänischerseits dokumentiert werden sollte, daß eine Änderung der politischen Orientierung Rumäniens nicht beabsichtigt sei. Hieraus aber ableiten zu wollen, daß wir gegen das russische Heiratsprojekt keine Bedenken hätten, erscheint fast naiv. Welche politische Bedeutung demselben in Rußland beigelegt wird, und welche Hoffnungen in Petersburg daran geknüpft werden, geht schon genügend aus dem Interesse hervor, mit welchem es von der russischen Diplomatie (Herrn Poklewsky sowohl wie Herrn Sasonow) betrieben wird. Wir haben auch nicht unterlassen, den rumänischen Gästen hier — mit der nötigen Reserve — unsere Bedenken an die Hand zu geben. Herr Beldiman ist über dieselben nicht nur informiert, sondern teilt sie auch selbst vollständig."

* Vgl. dazu Kap. CCIC.

** Vgl. dazu Kap. CCIC.

staltet, der ein ganz hervorragender Mann sei mit festem Willen und klaren Ideen. Zunächst sei die rumänische Frage erörtert worden. Er habe dem Grafen Tisza gesagt, daß er mit Freuden gehört habe, daß die Verhandlungen zwischen ihm und den Rumänenführern im ganzen nicht unbefriedigend verlaufen seien, und daß er, der Minister, mit der Haltung der letzteren zufrieden sei. Graf Tisza habe das bestätigt und dann folgendes ausgeführt:

Von einem Scheitern der Verhandlungen mit den Rumänen könne keine Rede sein. Im Gegenteil. Er habe sich mit den Führern sehr gut ausgesprochen, und er werde auch in Zukunft aus eigener Initiative Maßregeln ergreifen, die geeignet seien, die Rumänen zu befriedigen. Er sei ihnen schon in manchen Stücken entgegengekommen und beabsichtige, den Rumänen in bezug auf Kirche und Schule, auf welchen Gebieten sie in der Tat ungerechtfertigt hart behandelt worden seien, noch weitere Konzessionen zu machen. Er werde sogar den Rumänen für ihre Schulen staatliche Gelder anweisen. Der bisherige Verlauf der Verhandlungen und sein fester Wille, den Rumänen soweit als irgend möglich entgegenzukommen, berechtigten zu der Hoffnung, daß doch mit der Zeit die jetzt vielleicht in manchem nicht unberechtigte Unzufriedenheit der Rumänen schwinden werde. Seine Majestät haben dabei darauf hingewiesen, daß man auch im Königreiche Rumänien nicht eine „große Aktion“ von seiten der ungarischen Regierung für die Rumänen verlange, sondern nur ein Nachgeben in kleinen Fragen, in der Verwaltung und in der Schule, für geboten und nützlich halte.

Was die zukünftige Gestaltung der Verhältnisse am Balkan anlangt, so habe Graf Tisza die Vereinigung Serbiens mit Montenegro als dasjenige Ereignis bezeichnet, welchem wohl in dieser Beziehung die größte Bedeutung beizumessen sei. Die Vereinigung an sich halte er für unabwendbar. Das Hauptinteresse Österreich-Ungarns bleibe nach wie vor, Serbien als Vorposten Rußlands von der Adria fernzuhalten. Man denke demnach hier daran, wenn man auch der Vereinigung des Hauptteils von Montenegro mit Serbien nicht entgegentreten werde, das Litorale Montenegros für diesen Fall Albanien zuzuweisen. Als Kompensation für Bulgarien könnten diesem Staate die Bezirke von Ischtip und Kotschana überlassen werden. Von ausschlaggebender Bedeutung werde es sein, in allen diesen Fragen Hand in Hand mit Rumänien zu gehen und womöglich die Vermittelung Rumäniens sowohl Serbien als Bulgarien gegenüber eintreten zu lassen. Eine Überrumpelung müsse vermieden und alles daran gesetzt werden, die Balkanpolitik der Monarchie im Einverständnis und mit der Mitwirkung Rumäniens durchzuführen. Graf Tisza habe ihn gebeten, Österreich-Ungarn bei dieser Politik in Bukarest möglichst beizustehen, was er dem ungarischen Ministerpräsidenten auch bereitwillig zugesagt habe.

Graf Tisza habe dann noch im allgemeinen ausgeführt, daß es

angesichts des planmäßigen Zusammengehens der Ententemächte auf dem gesamten Gebiete der Politik, besonders aber am Balkan, wo sie sehr geschickt mit verteilten Rollen operierten, auch für die Mächte des Dreibundes sich empfehlen würde, jeden politischen Plan vorher genau und eingehend zu besprechen und die Art und Weise seiner Ausführung festzulegen. Für ihn, den Minister, sei es keine Frage, daß die politische Aktion der Ententemächte sich derzeit in erster Linie dem Balkan zuwende, der mit der Zeit als Sturmbock gegen Österreich-Ungarn für den Fall eines großen europäischen Krieges verwendet werden solle. Die Monarchie solle im Ernstfall durch den Vorstoß aus Südosten völlig beschäftigt und auf diese Weise verhindert werden, Deutschland gegen Rußland beizustehen, um es dem doppelseitigen Angriff allein zu überlassen.

von Tschirschky

## Nr. 15 716

### *Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Treutler, z. Z. in Venedig, an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 — Venedig, den 24. März 1914
S. M. Y. Hohenzollern

Da Gespräch mit Tisza kurz vor der Abreise, sollte Botschafter sofort berichten*. Seine Majestät beauftragte mich aber, noch folgendes zu melden:

Graf Tisza hat Seiner Majestät einen außerordentlich starken Eindruck gemacht, er hat von ihm das erste Mal in Wien statt Klagen und Resignation ein positives Programm gehört. Der Graf erklärte sofort, daß er die Wichtigkeit des Verbleibens von Rumänien beim Dreibund voll anerkenne und einsehe, daß alles geschehen müsse, um dieses Resultat zu erreichen. Er an seiner Stelle sei dazu bereit, er habe schon viel für die ungarischen Rumänen getan und werde ihre Wünsche auch weiter, namentlich auf dem Gebiet der Schulpolitik, nach Tunlichkeit berücksichtigen. Die vorjährige Wiener Politik Rumänien gegenüber sei natürlich falsch gewesen, augenblicklich sei man deshalb darauf angewiesen, durch Vermittelung von Berlin in Bukarest wieder die alte Stellung anzustreben. Vor allem sei zu diesem Zweck nötig, daß Wien nichts in Sofia unternehme, ohne sich darüber mit Bukarest über Berlin ins Benehmen gesetzt zu haben. Er wolle die Person des Königs von Bulgarien nicht in die Debatte ziehen, Seine Majestät

* Vgl. Nr. 15 715.

werde aber zugeben, daß die Bulgaren ein so starkes Volk seien, daß mit ihrer Zukunft gerechnet werden müsse. Dem russischen Plan gegenüber, eine Gruppierung Rußlands, Serbiens, Bulgariens und womöglich Rumäniens im antiösterreichischen Sinne zu bilden, müsse zielbewußt versucht werden, Bulgarien und Rumänien auf die Dreibundseite zu ziehen bezw. dort zu erhalten. Etwaigen Zukunftsversprechungen Rußlands an diese Länder ständen doch auch Vorteile gegenüber, die im Falle eines großen Krieges die Dreibundseite bieten könnte. Bulgarien werde jedenfalls am liebsten einen Teil Mazedoniens aus heutigem serbischen Besitz anstreben; durch nichts könne Österreich Bulgarien mehr verpflichten, als wenn es dazu seine Hand biete. Den Zusammenschluß Serbiens und Montenegros werde man nicht hindern können, man sollte deshalb nicht erst in Wien sagen, es sei „inakzeptabel“, wie es der Kaiser und Graf Berchtold übrigens tatsächlich Seiner Majestät gegenüber getan haben. Man müsse in einem solchen Falle nur dahin streben, daß Serbien nicht ans Meer gelange, indem man die Küste an Albanien gäbe. Wie diese Zukunftspläne aber auch immer lauten möchten, jedenfalls sei es seiner Überzeugung nach absolut notwendig, daß die Dreibundmächte geschlossen auftreten und keinen wichtigen Schritt unternehmen, ohne sich mit den Verbündeten zu benehmen. Die Ententediplomaten arbeiten so eng zusammen, daß die Nichtbefolgung dieses Beispiels für unsere Gruppe notgedrungen Nachteile zeitigen müßte, die vermieden werden könnten, wenn die Leiter der Dreibundstaaten in permanenter enger Fühlung blieben. Graf Tisza spielte deutlich auf die rumänische Politik Graf Berchtolds an. Er hatte mir gleich, nachdem ich mich ihm hatte bekannt machen lassen, ex abrupto dasselbe gesagt. Seine Majestät habe ihm geantwortet, daß er nichts besseres wünsche, er freue sich, positive Ansichten zu hören und werde das Gehörte in Berlin mitteilen lassen. Seine Majestät hat den ungarischen Staatsmann dann noch darauf aufmerksam gemacht, daß Ungarn allen Grund habe, fest einzustehen mit dem Germanentum gegen die slawische Welle, und hat darauf hingewiesen, daß dieser Gefahr gegenüber die beste Gewähr sein würde, wenn ein germanisches Österreich und ein ungarisches Ungarn die beiden festen Säulen der Doppelmonarchie wären, worauf Graf Tisza lebhaft zustimmend geantwortet hat.

Seine Majestät war von dem Gespräch mit Graf Tisza um so mehr befriedigt, als die Unterhaltung mit Graf Berchtold nur ergeben hatte, daß dieser noch immer auf dem Balkan eigentlich ohne Programm und Rußland gegenüber übertrieben nervös sei. Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph hatte vor allem den Wunsch ausgesprochen, daß nur alles tunlichst friedlich bleiben möge, meinte aber doch, wie schon erwähnt, eine Vereinigung Serbiens mit Montenegro könne er nicht zulassen.

Treutler

## Nr. 15 717

### *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow*

Eigenhändiger Privatbrief

Wien, den 25. März 1914

Der Kaiserbesuch ist also, Gott sei Dank, glücklich vorüber. Alles verlief sehr gut, und beide Majestäten waren in vortrefflicher Stimmung. Auch der Besuch im Cumberländischen Hause war sehr gelungen. Sowohl der Herzog als die Herzogin, die gestern bei mir dinierten, sprachen sich höchst befriedigt über den Besuch des Kaisers aus. Seine Majestät wäre sehr gemütlich und guter Dinge gewesen. Die Herzogin meinte, den Deutschen Kaiser bei sich zu sehen, das wäre dasjenige, was sie sich von jeher erträumt hätte, und das Schicksal habe alles so über Erwarten gut gefügt. „Ich freue mich so, daß der Herzog das noch erlebt hat," fügte sie hinzu.

Über die politischen Gespräche Seiner Majestät habe ich berichtet. Der Kaiser steht jetzt ganz unter dem Eindruck Tiszas. Letzterer, den ich noch am Abend bei einem kleinen Diner bei Forgách* eingehend sprechen konnte, bestätigte mir im großen und ganzen das, was Seine Majestät mir über ihre Unterredung mitgeteilt hatte. Tisza, ebenso wie Berchtold, waren über die zuversichtliche Stimmung, in der Seine Majestät sich infolge der Äußerungen des rumänischen Kronprinzen bezüglich der Dreibundpolitik Rumäniens befand, freudig überrascht, konnten aber ihre leisen Zweifel nicht unterdrücken, ob tatsächlich die Krone in Rumänien gegebenenfalls in der Lage sein werde, ihre Politik dem Lande zu oktroyieren. Jedenfalls ist man j e t z t hier ganz damit einverstanden, daß der Weg von Wien nach Bukarest ausschließlich über Berlin führt; das soll natürlich nicht bedeuten, daß man sich von hier aus nicht alle Mühe geben wird, das Verhältnis zu Rumänien tunlichst zu bessern. Ich habe sowohl Berchtold wie Tisza und Forgách gegenüber angedeutet, daß wir nun aber erwarten könnten, daß man hier nicht über die auszugestaltenden direkten Beziehungen zwischen Berlin und Bukarest den Pikierten spiele!

Seine Majestät hat in letzter Stunde, auf der Fahrt nach dem Bahnhof, dem Kaiser Franz Joseph von seiner Idee, den Re zugleich mit Franz Ferdinand einzuladen, Mitteilung gemacht. Der Kaiser hat, wie Seine Majestät mir sagte, seine freudige Zustimmung dazu gegeben. Hoffentlich läuft nun in Miramare alles glücklich noch ab**! pp.

v o n T s c h i r s c h k y

---

* Sektionschef im k. und k. Ministerium des Äußeren.

** Der Schluß des Briefes betrifft Ordensverleihungen und Persönliches.

## Nr. 15718

### *Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Treutler, z. Z. in Venedig*, an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 4 Venedig, den 25. März 1914
S. M. Y. „Hohenzollern"

Seine Majestät hatten soeben auf der Hohenzollern eine etwa einstündige Unterhaltung mit dem König, bei welcher der hohe Gast mit großer Offenheit und Herzlichkeit alle schwebenden Fragen der Politik erörterte. Auftragsgemäß gebe ich Seiner Majestät Mitteilungen über das Gespräch wie folgt wieder:

Das Verhältnis mit Österreich bezeichnete der König als durchaus normal und zufriedenstellend. Als Seine Majestät der Kaiser sagte, der Kaiser Franz Joseph habe es mit besonderer Freude empfunden, daß der italienische Botschafter in Wien so ungewöhnlich durch den Annunziatenorden ausgezeichnet worden sei, und ihm, dem Könige, dafür danken ließe, schien dieser sehr zufrieden und erklärte spontan, er wolle dem Kaiser sofort telegraphisch seinerseits danken.

Am erfreulichsten war Seiner Majestät, daß der König überall eine für Italien feindliche oder doch wenigstens unbequeme Haltung Frankreichs empfindet** und sich offen darüber beschwert.

Die bedrohlichste Wolke am politischen Horizont sieht der König, ähnlich wie die Österreicher, in den Rüstungen Rußlands***. Seine Majestät hat ihm die schon in Wien verwendeten Argumente entgegengehalten und auch ihn darauf hingewiesen, daß Rußland wahrscheinlich nicht zum letzten die immerhin mögliche Liquidation der Türkei in absehbarer Zeit in Rechnung ziehe und sich darauf vorbereite, — [sic!] eine Erklärung der russischen Rüstungen, die dem König einleuchtete. Nach Flotows Ansicht ist besonders auch San Giuliano, der bei dem Besuch des Königs gar nicht dabei war, Rußland gegenüber sehr nervös.

Eine andere Sorge bereiteten dem König die Verhältnisse an der albanisch-griechischen Grenze †. Er hat heute die Nachricht erhalten, die heiligen Bataillone hätten Koriza genommen, und scheint zu befürchten, daß die Griechen dort kein ehrliches Spiel treiben. Seine

---

* Am 25./26. März 1914 hatte Kaiser Wilhelm auf der Fahrt nach Korfu eine Zusammenkunft mit König Viktor Emanuel von Italien. Dem Aufenthalt des Kaiserpaars in Venedig ging ein Besuch in Wien voraus (siehe dazu Nr. 15717); es folgte ihm ein Besuch bei dem Erzherzog-Thronfolger von Österreich in Schloß Miramare.

** Vgl. dazu Kap. CCXCVII.

*** Vgl. dazu Kap. CCIC.

† Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXXI.

Majestät haben versucht, die Versicherungen Veniselos' nach dieser Richtung hin als ehrlich und zuverlässig darzustellen und zu erklären, daß Griechenland nicht ohne weiteres für alles verantwortlich gemacht werden könne, was seine Parteigänger in Epirus täten. Essad Pascha müsse nun Zeit gelassen werden, sich mit diesen Verhältnissen auseinanderzusetzen.

Die ungünstigen Nachrichten über die Vorgänge in der Türkei unter dem jetzigen Regime sind auch dem König bekannt. Er will und kann aus inneren Gründen in der Inselfrage * nichts tun, wenn er auch [sic!] nicht einer Kompensation auf dem Festlande sicher ist, und erbittet für diese Frage unsere Hilfe. Seine Majestät hat ihm geantwortet, er habe gar keine Karten hier und könne daher in keine Details gehen, er wäre aber prinzipiell bereit, die italienischen billigen Wünsche zu unterstützen, er rate Bollati mit genauen Instruktionen zu versehen, damit er und Herr von Jagow positive Vorschläge ausarbeiten könnten.

Die Vorgänge in England ** beurteilte der König recht ernst; von dort, wie eigentlich von überall her, hatte er neben offiziellen augenscheinlich auch auffallend viel private Nachrichten. Von seiner Marine wußte er, daß in der englischen Marine Sitte geworden sei, jährlich einmal alle Beschwerden zu sammeln, die Mannschaften und Unteroffiziere vorzubringen hätten, und diese dann höheren Orts vorzulegen. Auch sonst seien ihm wichtige Tatsachen bekannt geworden, daß die Disziplin der Engländer stark nachlasse. Von Spanien erfährt Italien Schwierigkeiten aller Art, die der König ebenfalls auf französischen Einfluß zurückführt. Es ist ihm gemeldet worden, Frankreich stelle an Spanien die Forderung, im Falle eines deutsch-französischen Krieges 100 000 Mann nach Nizza zu werfen.

Aus Schweden erfährt der König, der Ausfall der Wahlen *** sei recht unsicher.

Über unser neues Marine-Abkommen † war er sehr befriedigt und betonte wiederholt die Wichtigkeit des Zusammenarbeitens des Dreibunds auch im Mittelmeer. Was das Militärabkommen †† anbetrifft,

* Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXXI.

** Gemeint ist die Zuspitzung der irischen Frage durch die Ulsterkrise, infolge deren um den 20. März General Gough, Kommandant der 3. Kavalleriebrigade in Curragh, und zahlreiche Offiziere, um nicht gegen Ulster kämpfen zu müssen, ihr Abschiedsgesuch eingereicht hatten. Auch Kriegsminister Seely kam am 24. März um seine Demission ein, die aber nicht angenommen wurde.

*** Die am 27. März beginnenden schwedischen Kammerwahlen ergaben eine wesentliche Stärkung der Rechten. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1914, S. 788.

† Siehe den Wortlaut des am 1. November 1913 in Kraft getretenen neuen deutsch-österreich-ungarisch-italienischen Marineabkommens bei A. Fr. Pribram, Die Politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, I, 308 ff. Vgl. auch Bd. XXX, Kap. CCXL, Anhang A, Nr. 11 288, S. 578, Fußnote *.

†† Vgl. dazu Nr. 15 713, S. 329, Fußnote **.

so sagte er freimütig, er selbst habe seinerzeit bestimmt, daß die Zusage, Truppen zu senden, zurückgezogen werde; er habe es aber tun müssen, weil er gesehen habe, Italien könne diese Zusage nicht halten, und er habe es für richtiger gehalten, die Zusage zurückzuziehen, als uns eventuell im Ernstfall zu enttäuschen. Um so befriedigter sei er jetzt, daß er die Zusage mit gutem Gewissen habe wiederherstellen können.

Die Unterhaltung hat Seine Majestät durchaus befriedigt.

Treutler

## Nr. 15 719

## *Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Treutler, z. Z. in Venedig, an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 5 — Venedig, den 26. März 1914

Seine Majestät der König von Italien ist soeben abgereist. Bis zum Schluß war der Verkehr der beiden hohen Herren ein überaus reger und herzlicher. Sie haben stundenlang allein zusammen gesprochen. Eine ähnliche Intimität ist noch nie beobachtet worden. Seine Majestät sprach sich in der anerkennendsten Weise über die Vielseitigkeit und das tiefe Wissen seines hohen Gastes aus. Mattioli * sagte mir, daß der überaus erfreuliche Eindruck auch auf der anderen Seite vorhanden ** sei. Mit San Giuliano hat Seine Majestät besonders gelegentlich des Frühstücks im Königlichen Palais gesprochen. Der Minister hat Rußland gar nicht erwähnt: über Österreich bezw. die österreichisch-italienischen Beziehungen sprach er ähnlich anerkennend wie sein königlicher Herr, und auch über Albanien äußerte er dieselben Bedenken wie dieser. Allen Herren der Begleitung ist aufgefallen, wie abfällig sämtliche Italiener über Frankreich sprachen. Zum Schluß hat Seine Majestät dem Marquis di San Giuliano sein Bild verliehen, was dieser lebhaft gewünscht hatte.

Seine Majestät wünschen, daß die deutsche Presse von der besonders herzlichen Aufnahme Kenntnis nimmt, die die deutschen Schiffe in Venedig in allen Kreisen gefunden haben.

Treutler

---

* Minister des Königlichen Hauses.
** Im Text steht, irrtümlich entziffert, „verstanden".

Nr. 15 720

## *Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Treutler, z. Z. an Bord S.M.Y. „Hohenzollern“ im Adriatischen Meer, an das Auswärtige Amt**

Entzifferung

Nr. 11 Adriatisches Meer, 27. März 1914

Seine Majestät haben den Erzherzog-Thronfolger in ausgezeichneter Disposition gefunden**. Zunächst war derselbe außerordentlich erfreut, als er hörte, daß er bei den Manövern den König von Italien treffen würde. Er hat in diesen Mitteilungen keinen Augenblick etwas Unangenehmes erblickt, sondern sofort erklärt, daß es ihm sehr lieb sei, dem Könige auf neutralem Boden zu begegnen und dadurch Gelegenheit zu haben, eingehend mit ihm zu sprechen.

Bei der Fortsetzung des Gesprächs über Fragen der großen Politik erklärte der Thronfolger: Rumänien und Griechenland müßten im Balkan für den Dreibund wie eine Mauer gegen die Slawen stehen, wenn möglich auch die Türkei; er nahm bei dieser Gelegenheit in der schärfsten Weise gegen Berchtolds Verhalten bezüglich Bulgarien und Rumänien Stellung, weil er nicht über Bukarest mit Sofia verhandelt habe. Seine Majestät hat ihm gesagt, der begangene Fehler könne voraussichtlich wieder gutgemacht werden, wenn nur in Wien aufrichtige Loyalität Bukarest gegenüber beobachtet würde, denn König und Kronprinz hätten wiederholt erklärt, sie blieben treu beim Dreibunde. Vor allem sei nötig, daß in Ungarn die rumänische Frage weiter so behandelt würde, wie Tisza es offenbar schon getan habe und nach seinen eigenen Erklärungen weiter zu tun beabsichtige. Bei dieser Gelegenheit hat Seine Majestät dem Thronfolger den guten Eindruck geschildert, den er von Tisza empfangen hätte und ihm nahegelegt, diesem wirklichen Staatsmanne sein Vertrauen zu schenken. Der Thronfolger hat zugesichert, dies in ernste Erwägung zu ziehen. Dann berührte der Erzherzog ganz spontan die innere Politik Österreichs und sagte mit einiger Erregung, die Slawen würden zu herausfordernd und frech; er betrachte das für eine große Gefahr; da ging Seine Majestät auf diese heikle Frage ein und sagte dem Thronfolger ganz offen: seiner Überzeugung nach müsse die österreichische innere Politik germanisch orientiert werden, man solle doch die Opposition und Obstruktion der Tschechen benutzen, um ihnen einmal wirklich den Kopf zu waschen. Der Erzherzog hat darauf erwidert, daß das ganz seiner Überzeugung entspräche; die deutschen Politiker seien freilich größtenteils unsympathisch, er stehe

---

* Bereits veröffentlicht in der „Deutschen Politik“ vom 11. Juni 1920, Heft 24, S. 715 f.; daraus abgedruckt in Graf M. Montgelas, Leitfaden zur Kriegsschuldfrage, S. 191.

** Am 27. März hatte der Kaiser dem Erzherzog-Thronfolger einen Besuch auf Schloß Miramare abgestattet.

auf dem Standpunkt, daß man diese wichtige Kernfrage nicht den jeweiligen Abgeordneten zu Liebe oder zu Leide regeln, sondern höheren Gesichtspunkten unterordnen müsse.

Unter diesen Umständen verlief der Besuch in Miramare außerordentlich gut. Seine Majestät besuchte von der vor dem Schlosse vor Anker liegenden Flotte den Dreadnought „Viribus unitis", der ihm und den anderen Herren der Marine einen sehr guten Eindruck gemacht hat. Der Thronfolger und die Frau Herzogin waren sichtlich bemüht, ihrem hohen Gast den Aufenthalt so angenehm als möglich zu gestalten. Der Abschied trug dementsprechend einen sehr herzlichen Charakter.

Treutler

## Nr. 15 721

### *Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Rom von Flotow*

Eigenhändiges Konzept

Nr. 352 Berlin, den 28. März 1914

Zur streng vertraulichen Verwertung: Der Kaiserliche Gesandte von Treutler meldet im Auftrage Seiner Majestät des Kaisers, daß der Erzherzog Franz Ferdinand über die Mitteilung von der Einladung des Königs von Italien sehr erfreut war, da er auf diese Weise auf neutralem Boden mit ihm sprechen könne.

Ich erachte diese Begegnung wegen des Eindrucks in der Öffentlichkeit für sehr günstig. Ferner ist sie ein wertvoller Schritt vorwärts zur Anknüpfung persönlicher Beziehungen. Mehr kann für den Augenblick nicht verlangt werden. Übrigens hat Marquis di San Giuliano selbst seinerzeit zu mir den Wunsch nach einer Begegnung der beiden hohen Herren bei uns, das heißt auf neutralem Gebiet, geäußert. Ich würde es für wünschenswert halten, daß zunächst über projektierte Begegnung noch nichts vereinbart wird, da bis Herbst noch unvorhergesehene Hindernisse eintreten können und Fehlschlagen des Projekts nur schlechten Eindruck hervorrufen würde.

Jagow

## Nr. 15 722

### *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 92 Rom, den 5. April 1914
Geheim

Die streng vertraulich verwertete Mitteilung von der günstigen Disposition Seiner Kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Franz Ferdinand

gegenüber einem Zusammentreffen mit Seiner Majestät dem König von Italien in Deutschland hat den Marquis di San Giuliano sehr erfreut. Er äußerte, daß das Verdienst Seiner Majestät des Kaisers in dieser Angelegenheit nicht gering anzuschlagen sei. Der Minister erstattete dem Könige sofort Meldung von der Mitteilung.

Auf meine Anregung hat er Fürsorge getroffen, daß die Sache ganz geheim behandelt wird, da man nicht wissen kann, welche Hinderungsgründe auf der einen oder der anderen Seite eintreten können. Wenn das Zusammentreffen aber nach erfolgter Ankündigung unterbliebe, würden zweifellos der Abänderung unerwünschte politische Motive untergeschoben werden.

Mit Euerer Exzellenz kann ich nur der Ansicht sein, daß diese Begegnung von ganz außerordentlichem Eindruck auf die hiesige öffentliche Meinung sein wird. Der Glaube, daß der Erzherzog Seiner Majestät dem Könige wie überhaupt dem auf den Trümmern der päpstlichen Herrschaft errichteten italienischen Königtum feindlich gegenüberstehe, ist ein wesentliches Moment der Abneigung weiter italienischer Kreise gegen Österreich und damit ein erhebliches Element der Schwäche innerhalb des Dreibundes. Auch wenn man sich vor allzu weitgehenden Erwartungen in der Richtung der gänzlichen Ausschaltung dieser starken, von klerikalem Einfluß getragenen Differenzen hütet, so wird die Zusammenkunft der beiden hohen Herren auf dem neutralen deutschen Gebiete doch als ein günstiges Symptom für Zukunftsmöglichkeiten aufgefaßt und als solches auch dem verbündeten Urheber der Begegnung gedankt werden.

Flotow

## Nr. 15 723

### *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 93 Rom, den 5. April 1914

Vor der Abreise nach Österreich und zu der Begegnung des Marquis di San Giuliano mit dem Grafen Berchtold in Abbazia sagte mir der österreichisch-ungarische Botschafter, die österreichische Regierung sehe nach den letzen Vorkommnissen in Fiume* dieser Zusammenkunft doch mit einiger Besorgnis entgegen. Der Ort sei schlecht gewählt, da slawische bezw. antiitalienische Demonstrationen nicht ausgeschlossen seien. Die österreichische Regierung stelle dem

* In Fiume war es um die Mitte März zu antiitalienischen Kundgebungen gekommen.

italienischen Minister schon von der Grenze ab einen Extrazug, damit ein Aufenthalt auf den Stationen nicht stattfinde und daher die Gelegenheit zu Demonstrationen ausgeschlossen werde.

Herr von Mérey sagte mir, er habe fast den Eindruck, als wenn der Marquis di San Giuliano schon wieder keine rechte Lust zu der Zusammenkunft habe. Jedenfalls habe der Minister ihm angedeutet, daß der in Italien demnächst drohende Eisenbahnerstreik den Besuch unmöglich machen könne. Es sei auch der Gedanke erwogen, den Besuch zu Schiffe stattfinden zu lassen, ein Kriegsschiff könne aber nur in Fiume landen, und dort wolle die österreichische Regierung nach den letzten Ereignissen die Landung lieber nicht bewerkstelligen lassen. Gegenüber den Schwierigkeiten, die der italienische Minister hervorgehoben, hat der Botschafter erwidert, daß der Besuch nun jedenfalls ausgeführt werden müsse; denn die tatsächlichen Schwierigkeiten könnten so groß sein wie sie wollten, niemand würde doch glauben, daß es nicht eine politische Differenz sei, die den Besuch zum Scheitern gebracht habe.

F l o t o w

## Nr. 15 724

## *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 105 Rom, den 11. April 1914
Vertraulich

Der Marquis di San Giuliano berief mich heute zu sich, um mir folgenden unangenehmen Zwischenfall mitzuteilen, der geeignet sei, unter Umständen die Zusammenkunft in Abbazia in Frage zu stellen.

Zwischen dem österreichischen und italienischen Vertreter in Durazzo sei es über die anteilsweise Lieferung von Gewehren und dergleichen an Albanien zu Streitigkeiten gekommen, in Verfolg deren die österreichische Regierung Veranlassung genommen habe, hier gegen das italienische Vorgehen Verwahrung einzulegen. Die Sache an sich sei ohne große Bedeutung und sei auch schon Gegenstand einer durchaus freundschaftlichen Auseinandersetzung zwischen dem italienischen Botschafter in Wien und Graf Berchtold gewesen. Gestern habe aber der in Abwesenheit des Herrn von Mérey die Geschäfte der österreichischen Botschaft führende Graf Ambrózy die Sache gleichfalls hier zur Sprache gebracht und plötzlich erklärt, er müsse gegen die „mauvaise foi" der italienischen Regierung protestieren. Er — der Minister — habe sofort den Ausdruck zurückgewiesen und dem Geschäftsträger erklärt, er bäte ihn, einige Minuten seine Äußerung zu überlegen, er sei bereit, sie zu

vergessen, wenn er sie sofort zurückziehe, andernfalls müsse er zu seinem Bedauern den persönlichen Verkehr mit ihm abbrechen und sich in Wien beschweren. Graf Ambrózy habe hierauf erklärt, er ziehe vor, daß der Minister sich in Wien beschwere.

Der Marquis di San Giuliano bat mich, die Sache vertraulich mit Graf Ambrózy zu besprechen, er werde nach Wien telegraphieren, daß mangels ausreichender Genugtuung er nicht am Montag zum Besuche des Grafen Berchtold abreisen könne.

Ich habe darauf die Angelegenheit in freundschaftlicher Weise mit Graf Ambrózy besprochen. Er gestand mir, daß er zu dem Ausdruck „mauvaise foi" in Wien nicht ermächtigt worden sei. Ich habe ihm geraten, dem italienischen Minister, der ihm in jeder Weise die Hand entgegenstrecken werde, seine Übereilung zuzugeben. Einen bestimmten Entschluß habe ich von dem Grafen, der inzwischen den Vorfall nach Wien gemeldet hat, noch nicht erreichen können.

Flotow

---

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Diese Oesterreicher!

## Nr. 15 725

### *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 108 Rom, den 12. April 1914

Ich habe den österreichischen Geschäftsträger Grafen Ambrózy bewogen, eine Aussprache mit dem Marquis di San Giuliano zu suchen. Der Minister ist ihm versöhnend entgegengekommen und betrachtet den Zwischenfall als erledigt. Er reist morgen nach Abbazia ab.

Bei dieser Gelegenheit habe ich Veranlassung genommen, den italienischen Minister auf das Bedenkliche hinzuweisen, das in dieser fortgesetzten Rivalität der untergeordneten Vertreter Österreichs und Italiens in Albanien liege. Sie häufe einen Zündstoff an, der für das Bundesverhältnis eine Gefahr sein könne. Der Marquis di San Giuliano gab das Vorhandensein dieses Kleinkrieges zu; die beiderseitigen Organe suchten ihren respektiven Regierungen gegenüber Eifer zu zeigen. Indessen meinte der Minister, die einzelnen Vorgänge hätten keine große Bedeutung, solange die beiden Regierungen, wie jetzt, entschlossen seien, sie stets freundschaftlich auszutragen.

Flotow

## Nr. 15 726

### *Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Treutler, z. Z. in Korfu, an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Achilleion, den 19. April 1914

Der Herr Reichskanzler* läßt Euerer Exzellenz das folgende Telegramm San Giulianos und Berchtolds**, sowie die darauf ergangenen Antworten zugehen:

„Son Excellence monsieur de Bethmann Hollweg, Corfou. Nos entretiens sur toutes les questions touchant nos intérêts nous ont fait constater une fois de plus la parfaite concordance des vues entre les trois puissances alliées et c'est avec un vrai plaisir, que nous vous envoyons au moment de nous séparer l'expression de notre amitié la plus sincère. San Giuliano. Berchtold."

„Son Excellence le Marquis di San Giuliano, Rome. Veuillez accepter mes meilleurs remerciments pour l'aimable télégramme, que vous et le comte Berchtold venez de m'adresser, en vous félicitant chaleureusement de l'heureux résultat, que vos entretiens d'Abbazia ont, et je tiens à me joindre aux sentiments de satisfaction, que vous en éprouvez, c'est un vrai plaisir pour moi de vous renouveler à cette occasion l'expression de mon amitié la plus sincère. Bethmann Hollweg."
„Seiner Exzellenz Herrn Grafen Berchtold, Wien. Haben Sie vielen Dank für das liebenswürdige Telegramm, das Sie und Marquis di San Giuliano mir gesandt haben. Ich beglückwünsche Sie herzlich zu dem glücklichen Ergebnis Ihrer Unterhaltungen in Abbazia, das ich auch meinerseits mit Freude begrüße. Es ist mir ein besonderes Vergnügen, Sie bei dieser Gelegenheit meiner aufrichtigsten Freundschaft aufs neue zu versichern. Bethmann Hollweg."

Ob und eventuell in welcher Form unsererseits eine vollständige oder inhaltliche Veröffentlichung stattfinden soll, überläßt der Herr Reichskanzler der dortigen Entscheidung.

Treutler

---

* Reichskanzler von Bethmann Hollweg war am 15. April zum Besuch des Kaisers in Korfu eingetroffen; die Rückreise wurde am 22. angetreten.
** Der Besuch des Marquis di San Giuliano bei Graf Berchtold in Abbazia dauerte vom 14. bis 18. April.

## Nr. 15 727

### *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

**Ausfertigung**

Nr. 114 Rom, den 17. April 1914
[pr. 20. April]

Im Gegensatz zu der von der österreichischen Presse beobachteten äußerst freundlichen Beurteilung findet die Besuchserwiderung des Marquis di San Giuliano bei Graf Berchtold in den italienischen Blättern leider eine vorwiegend ungünstige Aufnahme, was in der Consulta lebhaft bedauert wird.

Das einzige Blatt, welches die Bedeutung der Zusammenkunft rückhaltlos betont und versichert, daß sie in beiden verbündeten Ländern mit lebhafter Anteilnahme verfolgt werde, ist der offiziöse „Popolo Romano“.

Während Organe wie „Messaggero“ und „Secolo“ unverblümt feindselige Artikel bringen, begnügen sich auch große, objektiver geleitete Zeitungen, wie „Tribuna“, „Giornale d'Italia“, „Stampa“, „Corriere della Sera“, „Vita“, damit, die Zusammenkunft als notwendig und hoffentlich ersprießlich darzustellen, knüpfen daran aber wenig schmeichelhafte Betrachtungen über die innere österreichische Politik, welche den Verpflichtungen des Bündnisses mit Italien nicht Rechnung trage und immer wieder die harmonische Behandlung der auswärtigen Politik zu stören trachte.

Im einzelnen schreibt Rastignac (Morello) ironisch in der „Tribuna“, daß die italienische Öffentlichkeit sich viel mehr für den drohenden Eisenbahnerstreik als für die diplomatische Tennispartie in Abbazia interessiere, aus der besten Falles ein Communiqué der Agencia Stefani hervorgehen werde. Diese Gleichgültigkeit sei aber schädlich, in Österreich gehe es um den guten italienischen Namen und die italienische Kultur. Die Erlasse von Triest *, die Schandtaten von Fiume seien Anzeichen eines Systems, das sich zum Ziele gesetzt habe, den italienischen Namen zu demütigen. Hoffentlich werde Marquis di San Giuliano in Abbazia Ernst machen und eine bestimmte Sprache führen. Die Consulta habe sich während der letzten Zeit viel zu sehr durch Rücksichten auf Österreich bestimmen lassen.

Sehr heftig äußert sich Torre im „Corriere della Sera“. Die Italiener würden in Österreich-Ungarn nicht nur von den anderen Nationalitäten, sondern unerhörter Weise auch von der Regierung als Feinde behandelt. Und damit nicht genug, trete die Donaumonarchie auch in Kleinasien, in der kleinen Zone, die Italien sich dort mühsam zu er-

* Vgl. dazu Kap. CCXCVI.

ringen suche, als Mitbewerberin auf*, obgleich sie sich früher nie mit einer wirtschaftlichen Expansionspolitik abgegeben habe. Das italienische Volk erwarte, daß die Zusammenkunft seine berechtigten Wünsche erfüllen werde.

Das „Giornale d'Italia" schreibt: „Wir begreifen nicht, daß die leitenden Kreise Österreich-Ungarns nicht die Notwendigkeit einsehen, die auswärtige Politik mit einer Politik, wir sagen nicht der Begünstigung, aber der unparteiischen Versöhnlichkeit gegenüber den österreichischen Italienern zu verbinden. Wir hoffen immer noch, daß unser Verbündeter sich auf sich selber besinnen und unsere Wünsche nach Möglichkeit erfüllen werde. Vorläufig sind wir leider gezwungen, die merkwürdige Haltung jenes Bürgermeisters zu registrieren, der es gewagt hat, unseren Minister in Abbazia in kroatischer Sprache zu begrüßen."

Ein wenig, aber nicht viel freundlicher äußert sich Cirmeni in der „Stampa". Er bemäkelt zunächst die Wahl des Ortes und meint, daß Buchlau empfehlenswerter gewesen wäre, als das vom italienisch-kroatischen Nationalitätenkampf umtobte Abbazia. Dann sagt er, es sei begreiflich, daß die Zusammenkunft keine Begeisterung in der italienischen Presse auslöse. Denn die Gründe, die im vergangenen Jahre den Marquis di San Giuliano an der Erwiderung des Besuches verhindert hätten, bestünden ungemildert weiter. Noch immer hänge das Damoklesschwert der Triester Erlasse über den Häuptern der von ihnen betroffenen italienischen Bürger, und noch immer nicht sei die so ungerecht verweigerte italienische Fakultät ins Leben gerufen worden. Die Antithese zwischen der inneren und äußeren Politik der Monarchie gegenüber Italien bestehe unverändert weiter, und es sei daher nicht zu verwundern, daß die Zusammenkunft in Abbazia in Österreich mit freundlicherem Interesse betrachtet werde als in Italien.

F l o t o w

## Nr. 15 728

### *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 115 Rom, den 17. April 1914
[pr. 20. April]

Die Ministerzusammenkunft in Abbazia hat in der italienischen Presse Betrachtungen ausgelöst, die einigermaßen überrascht haben und nur als der Niederschlag einer lange und allmählich aufgespeicherten Verstimmung über das österreichische Verhalten gegenüber Italien

* Vgl. dazu Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVII.

aufgefaßt werden können. An Stelle der erwarteten, sonst bei solchen Zusammenkünften üblichen Zeitungsphrasen findet sich Mißtrauen und der Gedanke: „Was helfen uns alle solche Besuche, wenn die österreichische Regierung und die österreichischen Behörden fortfahren, das italienische Element in Österreich zugunsten des slawischen zu verfolgen und zu mißhandeln!" Selbst die hiesige Regierung, die gute Fühlung mit der Presse hält und sie vortrefflich zu behandeln versteht, ist von diesem Ausbruch überrascht worden. Der Vertreter des Ministers gab es mir offen zu. Die Regierung habe bei diesem Anlaß sogar ziemliche Anstrengungen gemacht, meinte er, um dem Besuche eine „gute Presse" zu verschaffen. Auch persönlich habe der Marquis di San Giuliano darauf Wert gelegt. Wenn diese Bemühungen so fehlgeschlagen seien, so dürfe man nicht die Augen davor verschließen, daß hier ein bedenkliches Symptom vorliege. Die Vorgänge von Triest und Fiume, die Behandlung der Universitätsfrage und anderes hätten offenbar in Italien eine nachhaltige Verstimmung erzeugt. Es sei dringend zu wünschen, daß der Marquis di San Giuliano aus Abbazia irgendeine, wenn auch sachlich nicht bedeutende Konzession mitbringe, mit der man im Augenblick auf Presse und öffentliche Meinung in Italien beruhigend einwirken könne.

Ich habe Herrn de Martino gesagt, es sei ja nicht zu leugnen, daß das österreichische Vorgehen nicht immer geschickt gewesen sei, aber andererseits sei man in Italien auch von einer übermäßig großen Empfindlichkeit gegen jeden Vorgang in den Grenzgebieten. Eine großzügige Politik dürfe sich bei kleinen Vorgängen nicht aufhalten. Auch wir hätten über die Behandlung des deutschen Elements in Böhmen zu klagen gehabt, ohne daß wir darum gleich das österreichische Bündnis in Frage gestellt hätten. Man könne auch die öffentliche Meinung im Sinne einer ruhigen Auffassung erziehen.

Herr de Martino gab eine allzu große Empfindlichkeit in Italien ohne weiteres zu. Diese könne man beklagen, man müsse aber mit ihr als einem gegebenen Faktor rechnen. Es sei daher dringend zu wünschen, daß die österreichische Politik, wenn sie auf Konsolidierung des Bündnisses Wert lege, vorsichtiger und überlegter an die heiklen Nationalitätsfragen in den Grenzgebieten herantrete.

Das wird man zugeben müssen. Es mag angenehm sein oder nicht; das italienische Nationalgefühl ist seit dem türkischen Kriege und seit der Entwicklung der Balkan- und Mittelmeer-Politik erstarkt und selbstbewußter geworden; es nimmt heute gewisse Vorgänge nicht mehr mit derselben Resignation auf wie früher. Es wäre bedauerlich, wenn man in Österreich diesen Vorgang übersähe. Denn die Vorbedingungen für eine Konsolidierung des Bündnisses und damit des Dreibundes haben sich sonst an anderen Stellen in letzter Zeit günstig entwickelt. Außer der durch die Schöpfung des albanischen Staates wenigstens zunächst erfolgten Überbrückung der transadriatischen Gegensätze zwischen

Österreich und Italien rechne ich dahin vorzugsweise die augenblickliche französische Ungeschicklichkeit in der Behandlung Italiens. Nach dieser Seite weiß niemand, wie lange die Gunst des Augenblicks anhält. Sie müßte genutzt werden, um eine Konsolidierung der gebrechlichen österreichisch-italienischen Beziehungen herbeizuführen. Es bedarf dazu gar keiner großen Mittel. Die Schwierigkeiten, die aus den österreichisch-italienischen Grenzverhältnissen sich ergeben, sind natürlich nicht einfach zu beseitigen. Aber die unter der Herrschaft der Phrase stehenden lateinischen Völker sind meistens, wenigstens zeitweilig, mit verhältnismäßig unbedeutenden Maßnahmen zu befriedigen, wenn diese Maßnahmen nur in geschickter „Regie“ verwertet und in der Öffentlichkeit ausgenutzt werden.

Flotow

---

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Gut.

## Nr. 15 729

## *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 114 — Wien, den 20. April 1914
Vertraulich

Graf Berchtold äußerte sich heute mir gegenüber durchaus befriedigt über die Entrevue mit seinem italienischen Kollegen in Abbazia. Die Unterhaltungen, sowohl die offiziellen wie die privaten, hätten einen offenen vertrauensvollen Charakter getragen, und Marquis di San Giuliano habe sich sichtlich Mühe gegeben, mit Überwindung seiner physischen Leiden in heiterster und freundschaftlichster Weise mit allen hiesigen Herren zu verkehren. Die Begegnung sei reichlich lang ausgefallen, aber der italienische Minister hätte den Wunsch geäußert, vier Tage in Abbazia zu bleiben.

In den politischen Besprechungen hätten die Verhältnisse Albaniens * natürlich den breitesten Raum eingenommen. Alle Detailfragen, wie Einrichtung der Bank, Lieferung von Waffen an die albanische Gendarmerie usw. seien eingehend erörtert und überall vollkommene Übereinstimmung erzielt worden.

Er, Graf Berchtold, habe Gelegenheit genommen, den italienischen Minister in freundschaftlicher Weise auf die Haltung des italienischen Vertreters in Durazzo, Aliotti, hinzuweisen, die sich manchmal in Widerspruch mit der offiziellen Politik seiner Regierung zu befinden

---

* Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXXII.

scheine. Herr Aliotti schildere fortgesetzt die albanischen Verhältnisse in den schwärzesten Farben und scheine die Stellung des Fürsten als unhaltbar zu betrachten. Es sei zu befürchten, daß der italienische Gesandte unter dieser Suggestion handeln und die Intentionen seiner Regierung, die sicherlich auf möglichste Unterstützung des Fürsten und Befestigung der Verhältnisse in Albanien gerichtet seien, nicht gehörig zu verwirklichen in der Lage sein würde. Marquis di San Giuliano habe zugegeben, daß Herr Aliotti wohl eine zu pessimistische Auffassung von der dortigen Lage habe. Der Gesandte sei auch bereits angewiesen worden, die Instruktionen seiner Regierung strikte zu befolgen. Er werde aber nochmals Herrn Aliotti einen deutlichen Wink geben.

In bezug auf die große Politik sei gleichfalls volles Einverständnis konstatiert worden. Marquis di San Giuliano habe von sich aus und ganz spontan geäußert, man erkenne in Rom durchaus die große Gefahr de la marée slave für Italien, und schon aus diesem Grunde sei ein starkes Österreich für Italien eine Notwendigkeit. Ein Zusammenhalten und Zusammengehen mit Österreich-Ungarn in allen Mittelmeerfragen sei dringend geboten.

Die Rede sei dann auch auf die Möglichkeit einer Fusion zwischen Serbien und Montenegro* gekommen. Er, Graf Berchtold, habe dem italienischen Minister dabei in großen Zügen die Pläne entwickelt, die man hier für einen solchen Fall im Auge habe, das heißt also, daß die Monarchie ein Fußfassen Serbiens am Adriatischen Meere nie zulassen könne, daß Österreich-Ungarn für sich selbst aber nach wie vor keine Erweiterung seines Gebietes auch bei dieser Eventualität anstrebe, sondern daran denke, die Lösung dieser Frage durch Zuweisung des montenegrinischen Küstengebietes an Albanien herbeizuführen. Marquis di San Giuliano habe diesen Plänen, wenn auch nicht ausdrücklich, zugestimmt, so doch auch nichts dagegen eingewendet. Er habe bemerkt, daß die Monarchie an dieser Frage zunächst interessiert und deshalb in erster Linie berufen sei, sie in die Hand zu nehmen. Dann habe der italienische Minister noch den Gedanken hingeworfen, es würde vielleicht gut sein, hierüber zwischen Wien und Rom einen accord abzuschließen[1]. Diesem Gedanken sei er, Graf Berchtold, aber ausgewichen, da damit wohl die Absicht verbunden gewesen sei, der Monarchie — besonders wegen des Lovčen[2] — schon jetzt für alle Zeiten die Hände zu binden. Es sei dann auch nicht mehr von dem accord die Rede gewesen.

Was die kleinasiatischen Fragen** anlange, so habe Marquis di San Giuliano hervorgehoben, daß zunächst das Ergebnis der Verhandlungen mit England abgewartet werden müsse. Wenn der italienische Minister

* Vgl. dazu Bd. XXXVIII, Kap. CCXCI.
** Vgl. dazu Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVII.

auch an eine endliche Vereinbarung glaube, so habe er doch angedeutet, daß die Sache besonders deshalb in London auf Schwierigkeiten stoße, weil man dort einen Zuwachs der deutschen Machtstellung durch den Hinzutritt Österreich-Ungarns fürchte. Man wäre wohl eher in London geneigt, Italien in Kleinasien entgegenzukommen, aber ein Festsetzen Österreich-Ungarns an der Seite Deutschlands in jenen Gegenden würden die Engländer gern hintertreiben. Den Dodekanesos werde Italien nicht dauernd behalten. England würde eine Festsetzung Italiens in jenen Gegenden auch nie zulassen. Aber Kompensationen für die Aufgabe der Inseln müsse Italien von der Türkei in irgendeiner Form erhalten.

Einen ganzen Abend habe Marquis di San Giuliano mit Klagen über Herrn Barrère und dessen Umtriebe gegen den Bestand des Dreibundes * ausgefüllt. Dabei habe er ausgeführt, wie schwer es den diplomatischen Vertretern in Rom im allgemeinen gemacht werde, sich ein richtiges Bild über die politischen Strömungen in den italienischen Kreisen zu verschaffen, weil die treibenden Persönlichkeiten in der Gesellschaft in Rom nirgends zu treffen seien. Nur allein Herr Barrère habe es verstanden, zum Teil wohl auch mit reichlichen Geldmitteln, sich die erforderlichen Verbindungen zu schaffen, und er nutze diese mit Geschick und Energie aus, um gegen den Bestand des Dreibundes und besonders gegen das gute Verhältnis zwischen Rom und Wien zu operieren. Er könne ihn, den Grafen Berchtold, nicht genug gegen die Machenschaften des französischen Botschafters in Rom warnen. (Ob und was Graf Berchtold hierauf erwidert hat, hat mir der Graf nicht verraten trotz meines Schweigens und meines fragenden Blickes!)

Die Blättermeldung, der zufolge Marquis di San Giuliano angeblich innere österreichische Fragen, insbesondere die Frage der italienischen Universität, amtlich berührt habe, sei natürlich falsch. Nur ganz beiläufig, in privatem Gespräche, habe der italienische Minister bemerkt, daß eine Lösung dieser Frage wesentlich dazu beitragen würde, die öffentliche Meinung in Italien für Österreich günstiger zu gestalten.

Über das Ergebnis der Besprechungen der beiden Staatsmänner in der epirotischen Frage habe ich anderweit zu berichten die Ehre gehabt **.

von Tschirschky

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Natürlich
[2] Der konnte ja ausgenommen werden.

---

* Vgl. dazu Kap. CCXCVII.
** Vgl. Bd. XXXVI, Kap. CCLXXXI.

## Nr. 15 730

### *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 117 Rom, den 20. April 1914

Der Marquis di San Giuliano, gestern mittag aus Abbazia zurückgekehrt, ließ mich zu sich bitten, um mir vertraulich eingehend das Resultat seiner Beratungen mit Graf Berchtold mitzuteilen. Der Minister kehrt nur teilweise befriedigt zurück.

In den schwierigen Nationalitätsfragen im österreichisch-italienischen Grenzgebiet sieht die österreichische Regierung nach Äußerung des Marquis di San Giuliano zwar das Übel, sie findet aber kein Heilmittel. Graf Berchtold habe zwar versprochen, daß ähnliche Zwischenfälle, wie die Triester Erlasse, in Zukunft verhindert werden sollten, für eine gründliche Abhilfe aber wisse er auch keinen Rat. Nicht einmal in der Universitätsfrage findet die österreichische Regierung einen Ausweg; Triest erscheine natürlich unmöglich, Wien wolle man aus anderen Gründen nicht. Selbst eine kleine Stadt, wie Rovereto oder Trient, erscheine den Österreichern unmöglich, da dort infolge der starken Garnisonen beständige Reibereien befürchtet würden. Der Marquis di San Giuliano sah schwarz in dieser Frage. Er habe dem Grafen Berchtold gesagt, auch auf die Gefahr hin, den Anschein zu erwecken, daß er allzu persönliche Interessen vertrete, müsse er ihm sagen, daß seine eigene Stellung in Italien auf diese Weise nicht unerschüttert bleiben könne. Aber in Österreich sei man hilf- und ratlos in dieser Frage.

Hinsichtlich der Vereinigung von Serbien und Montenegro* habe der österreichische Minister sich nur sehr allgemein geäußert. Er habe gemeint, vielleicht ließe sich, falls die Vereinigung nicht verhindert werden könnte, eine Vergrößerung Albaniens bewerkstelligen. Graf Berchtold habe keine große Lust gehabt, sich tief in dieses Thema einzulassen; er habe aber Einzelheiten darüber in Aussicht gestellt. Die Frage sei nicht brennend, denn nach den vorliegenden Nachrichten sei eine Vereinigung beider Länder bei Lebzeiten des Königs Nikolaus nicht zu befürchten.

Über Kleinasien** sei man übereingekommen, daß eine Diskussion nutzlos sei, solange eine Einigung zwischen Italien und England nicht erzielt sei. Der Marquis di San Giuliano hatte den Eindruck, daß eigentlich nur der hiesige österreichisch-ungarische Botschafter Herr von Mérey sich für die Angelegenheit interessiere, daß Graf Berchtold keinen Wert auf die ganze Sache lege, und daß es ihm ziemlich gleich-

---

* Vgl. dazu Bd. XXXVIII, Kap. CCXCI.
** Vgl. dazu Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVII.

gültig sei, ob eventuell Österreich in Kleinasien die Grenze seiner Zone etwas mehr rechts oder links finde.

Bezüglich Albaniens* sei man übereingekommen, den Fürsten weiter zu unterstützen. Man habe indessen beiderseits den Eindruck gehabt, daß die Persönlichkeit des Fürsten nicht ausreichend stark sei für die schwierigen Verhältnisse. Im übrigen habe man wiederum den Grundsatz der Parität in bezug auf Einfluß und wirtschaftliche Unternehmungen in Albanien aufgestellt und sei übereingekommen, diesen Beschluß von neuem den beiderseitigen Organen in diesem Lande einzuschärfen, um Reibungen auszuschließen.

Über den Ernst, mit dem beide Staatsmänner die Situation in Epirus** auffassen, habe ich bereits anderweitig Meldung erstattet. Beide Minister wollten durch den Kaiserlichen Botschafter in Wien und durch mich bitten, daß in Korfu Seine Majestät der Kaiser, unterstützt durch den Herrn Reichskanzler, allerhöchst seinen großen Einfluß auf Griechenland geltend mache, um bei Seiner Majestät dem König Konstantin und bei der griechischen Regierung keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß Italien und Österreich in dieser Frage zu weit engagiert seien, um nicht gegen jede Weigerung der Räumung des Epirus oder gegen jede Unterstützung des Aufstandes mit Energie Stellung nehmen zu müssen. Aus der Aufzeichnung, die der italienische Minister für sein eigenes Ministerium über die Zusammenkunft in Abbazia abgefaßt hatte, und die er mir mit großer Offenheit zur Lektüre gab, entnahm ich, daß der österreichische und der italienische Minister sogar erwogen haben, für den Fall eines griechischen Widerstandes eine Blockade von Patras und des Epirus vorzunehmen. Der Marquis di San Giuliano sagte mir, natürlich müsse zunächst eine freundschaftliche Form gewählt werden, um die Griechen von jedem Widerstande abzubringen, denn die österreichische und italienische Regierung würden natürlich nur sehr ungern zu gewaltsamen Mitteln schreiten. Ich habe dem Minister gesagt, daß mir das persönliche Engagement Seiner Majestät des Kaisers in dieser Frage nicht besonders sympathisch sei, daß außerdem sowohl allerhöchstderselbe als wie die Kaiserliche Regierung bisher volles Vertrauen in die griechische Loyalität hätten, daß ich aber natürlich nicht ermangeln würde, den Wunsch der österreichischen und italienischen Regierung weiterzugeben.

Als Maßregel zur Beseitigung des Aufstandes in Epirus nannte der Minister:

1. Organisierung einer albanischen Miliz und
2. gewisse Konzessionen an die aufständischen Epiroten.

Hinsichtlich Rumäniens*** sei Graf Berchtold optimistisch gewesen. Er glaube, daß trotz der unliebsamen Demonstrationen der König und

---

* Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXXII.
** Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXXI.
*** Vgl. dazu Kap. CCXCVIII.

die Regierung genügend Kraft haben würden, um Rumänien beim Dreibund festzuhalten. Marquis di San Giuliano hat den Eindruck, daß in dieser Frage der Graf Berchtold etwas allzu optimistisch sei. Der österreichische Minister habe geäußert, Österreich wolle soviel als möglich die Beziehungen zu Bulgarien weiter pflegen, jedoch nur innerhalb der Grenzen, die ein gutes Verhältnis zu Rumänien zulasse.

Die russischen Rüstungen * hätten den österreichischen Minister nicht allzusehr beschäftigt. Er habe auch in dieser Beziehung einen ziemlich großen, vielleicht zu weit gehenden Optimismus gezeigt.

Alles in allem hat der Marquis di San Giuliano von dem Grafen Berchtold einen besseren Eindruck erhalten, als er ihn bei dem Besuche des österreichischen Ministers in Pisa empfangen hatte. Wenn der Graf auch wohl kein bedeutender Staatsmann sei, so habe er dieses Mal doch wenigstens alle einschlägigen Fragen völlig beherrscht.

Dagegen hatte der Marquis von dem den österreichischen Minister begleitenden Grafen Forgách den Eindruck eines klugen und politischen Kopfes erhalten. Ganz besonders aber war der dem weiblichen Einfluß sehr zugängliche Minister von der schönen Gemahlin des Grafen Forgách eingenommen.

Flotow

## Nr. 15 731

## *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 124 — Rom, den 27. April 1914

Nachdem ich den Marquis di San Giuliano vertraulich darauf hingewiesen hatte **, welche Umtriebe in Rumänien gegen den Dreibund stattfinden, sagte mir der Minister, er werde sofort den italienischen Gesandten in Bukarest *** anweisen, den Ausstreuungen, soweit sie Italien beträfen, nach Kräften entgegenzutreten.

Im übrigen, meinte der Minister, könne man ja die Minderung der rumänischen Dreibundfreundlichkeit sehr leicht durch die bisherige österreichische Haltung erklären. Österreich bezw. die österreichische Regierung sei ein Gebilde aus früherer Zeit, welches nicht begreife, daß in Staaten wie Rumänien und Italien dauernd keine Regierung ihre Politik gegen Volksströmungen orientieren könne. Er habe volles Vertrauen, daß Seine Majestät der König von Rumänien treu an der Dreibundseite

---

* Vgl. dazu Kap. CCIC.
** Vgl. dazu Kap. CCXCVIII, Nr. 15 822.
*** Baron Fasciotti.

bleiben wolle. Aber erstens werde ihm das sehr schwer gemacht werden, wenn Österreich eine in Rumänien unpopuläre Politik treibe, und zweitens sei der König ein alter Herr, und sein Nachfolger werde allem Vernehmen nach nicht über dieselbe Autorität verfügen wie der jetzt regierende König.

Ähnlich kurzsichtig treibe es Österreich gegenüber Italien. Keine Regierung werde jemals in Italien stark genug sein, um die italienische Volksstimmung an der Seite Österreichs zu halten, wenn Österreich fortfahre, das italienische Nationalgefühl in ungeschickter Weise zu verletzen. Was solle man dazu sagen, wenn unmittelbar nach der Zusammenkunft in Abbazia das Gesuch eines italienischen Konsuls im Grenzgebiet um die behördliche Genehmigung zur Verlegung einer Fabrik dahin beschieden worden sei, daß dem Gesuche nur stattgegeben werden könne, wenn sämtliche in der Fabrik beschäftigten italienischen Arbeiter entlassen würden! Das sei nur ein Einzelfall, aber ein charakteristischer. Er habe sein ministerielles Werk der Festigung der österreichisch-italienischen Beziehungen gewidmet und werde fortfahren, in diesem Sinne zu wirken; aber er habe doch Momente der Entmutigung. Die Schwäche, die in diesen Vorgängen für den Dreibund liege, entgehe der französischen Presse nicht, „Temps“ und „Débats“ hätten sie in diesen Tagen genügend hervorgehoben.

Die Haltung der französischen Presse gegenüber Italien verlangt allerdings eine gewisse Aufmerksamkeit. Ganz systematisch wird der italienischen öffentlichen Meinung klargemacht, daß Italien durch den zu starken Anschluß an den Dreibund und durch den dadurch bedingten Verlust der französischen Freundschaft überall in seiner Politik und ganz besonders im Mittelmeer auf Schwierigkeiten stoße*. Dem stehe irgendein Gewinn nach der österreichischen Seite nicht gegenüber. Das auf diese Weise gestreute Gift ist nicht ganz ohne Wirkung in

---

* So hieß es im „Temps“: „Italien verfolgt eine eigene Mittelmeerpolitik außerhalb des Rahmens der mit Frankreich und England abgeschlossenen Abkommen, die zwar noch immer bestehen, aber offensichtlich zum größten Teil ihren Zweck erfüllt haben. Für die neuen Bestrebungen, die Italien im östlichen Mittelmeere hegt, will es seine Vereinbarungen ausschließlich mit den Dreibundmächten treffen und sich auf diese allgemein stützen. Es ist deshalb natürlich, daß es das Bedürfnis empfindet, die Bande, durch die es mit seinen beiden Verbündeten verknüpft ist, noch enger zu gestalten. Dies ist logisch. Ebenso logisch ist es aber auch, wenn die Mächte der Tripelentente angesichts der sich ausdehnenden Aktion des Dreibundes die Notwendigkeit einer engeren Vereinigung empfinden. An gewissen Stellen, namentlich in Petersburg, tritt man sogar dafür ein, die bestehende Entente durch bestimmte Verpflichtungen zu ersetzen. Diese Hypothese wird vielleicht auch in Abbazia erörtert werden. Aber wenn auch die Reise San Giulianos Beachtung verdient, so hat sie nichts Ungewöhnliches an sich. Die Tripelentente ist durchaus nicht gelockert und ohnmächtig. Diese gleichen Bedingungen der beiden bestehenden diplomatischen Kombinationen sind die beste Bürgschaft dafür, daß der Friede nicht gestört werden wird.“

Italien geblieben, wie die Haltung eines überraschend großen Teiles der italienischen Presse in den Tagen der Ministerbegegnung von Abbazia zeigte. Empfindlicher indessen als gegenüber dem Verluste der französischen Freundschaft ist man hier gegenüber dem gleichfalls verwerteten Argumente, daß Italiens jetzige Politik auch zum Verluste der englischen Freundschaft führen werde. Die Besorgnis dieser Möglichkeit erzeugt zuweilen auch in der Consulta eine gewisse Nervosität, Demgegenüber bin ich schon in der Lage gewesen, darauf hinzuweisen, daß es nicht sowohl Italiens Dreibundpolitik sei, die die traditionellen Beziehungen zu England gefährde, als vielmehr die italienische Expansionspolitik im Mittelmeer, auf den Inseln und in Kleinasien, verbunden mit einer über die legitimen Interessen Italiens hinausgehenden Schärfe gegen Griechenland.

Flotow

## Nr. 15 732

### *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow*

Privatbrief. Abschrift

Geheim — Wien, den 10. Mai 1914

Ganz vertraulich möchte ich Ihnen einige Mitteilungen machen, die sich zu amtlicher Berichterstattung nicht eignen.

Wie Ihnen bekannt, hatte Seine Majestät, unser allergnädigster Herr anläßlich seines jüngsten Besuches in Schönbrunn* den ungarischen Ministerpräsidenten in längerer Audienz empfangen. Graf Tisza hatte durch sein offenes, bestimmtes Wesen auf Seine Majestät einen sehr günstigen Eindruck gemacht, und der Kaiser stand ganz unter dem Eindruck der starken Persönlichkeit des Grafen. In Miramare hat nun Seine Majestät dem Thronfolger gegenüber den Grafen Tisza als den einzigen Staatsmann der Monarchie warm empfohlen und ihm geraten, ihn näher an sich heranzuziehen. Der Thronfolger hat Seiner Majestät gegenüber, wie es seine Art ist, seiner innersten Meinung über den Grafen Tisza und dessen Politik keinen Ausdruck gegeben, sondern nur erwidert, er werde sich die Sache überlegen. Was ich nach meiner Kenntnis des Erzherzogs leider voraussah, ist nun tatsächlich eingetreten. Die Worte des Kaisers haben auf den Thronfolger einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen**, aber nicht in der von Seiner Majestät gewünschten Richtung. Wie mir von zwei verschiedenen, absolut zuverlässigen Seiten mitgeteilt wird, hat sich der Erzherzog dem Chef

* Vgl. Nr. 15 715.
** sic!

seiner Kanzlei* gegenüber dahin ausgesprochen, daß ihm die Worte Seiner Majestät leider gezeigt hätten, daß man in Berlin nicht das richtige Verständnis habe für die Richtung, in der die notwendige Revision und Konsolidierung der zurzeit völlig verfahrenen inneren Verhältnisse der Monarchie vorgenommen werden müsse. Der Erzherzog hat dabei der Besorgnis Ausdruck gegeben, daß man ihm vielleicht von Berlin aus in den Arm fallen werde, wenn er, zur Regierung berufen, das schwere Werk der Sanierung der inneren Verhältnisse der Monarchie werde in die Hand nehmen müssen. Daß an eine Aussöhnung des Thronfolgers mit dem Grafen Tisza nicht zu denken ist, erhellt aus einer weiteren Äußerung des ersteren, daß er den Grafen nicht 24 Stunden an der Spitze des Ministeriums lassen werde, weil er riskiere, daß dieser sonst in 48 Stunden eine Revolution gegen ihn organisieren würde. Die Kluft zwischen diesen beiden Männern und ihren politischen Anschauungen und Zielen ist unüberbrückbar. Es wäre nun das Natürlichste, daß der Erzherzog Seiner Majestät gegenüber seiner Meinung über den Grafen Tisza offen Ausdruck verliehen und dem Kaiser seine politischen Pläne für die Zukunft und deren Begründung auseinandergesetzt hätte. Dazu wird sich der Erzherzog aber in mündlichem Gespräche, wie auch sein Kanzleichef äußert, kaum entschließen. Er ist dem Kaiser gegenüber befangen und durch dessen überragende Persönlichkeit eingeschüchtert. Da die mündliche Aussprache zwischen den beiden hohen Herren ausgeschlossen erscheint, es andererseits im Interesse der Aufrechterhaltung eines offenen Freundschaftsverhältnisses zwischen ihnen geboten ist, daß sich der Erzherzog unserem allergnädigsten Herrn gegenüber Luft macht, so habe ich durch meine Vertrauensperson dem Kanzleichef den Gedanken suggerieren lassen, der Erzherzog möge ein Promemoria aufsetzen lassen über seine politischen Pläne und dieses höchstpersönlich Seiner Majestät einschicken. Ob dieser Gedanke zur Ausführung kommt, ist jetzt noch nicht zu übersehen. Sollte dies der Fall sein, und Seine Majestät dann mit Euerer Exzellenz darüber sowie über die hierauf zu erteilende Antwort sprechen, so würde ich unmaßgeblich anheimstellen, die Ausführungen mit Dank für das gezeigte Vertrauen zur Kenntnis zu nehmen und vor allem dem Erzherzog zu versichern, daß Seine Majestät jederzeit mit Interesse und gleichem Vertrauen die zum Heile Österreichs gewiß notwendigen Maßnahmen des Erzherzogs verfolgen werde. Es kommt zunächst vor allem darauf an, daß das Mißtrauen des Erzherzogs, als beabsichtige unser allergnädigster Herr, ihm die Tisza'sche Politik aufzuoktroyieren, beseitigt wird. In der Sache selbst ist es ja gewiß nicht sicher, ob die vom Erzherzog beabsichtigten Maßnahmen das alte Gebäude des habsburgischen Staates wirklich wieder befestigen werden. Sicher ist jedoch, daß

* Oberst Bardolff.

es bei der jetzigen inneren Politik mehr und mehr und in rascherem Tempo verfällt. Sicher ist ferner, daß der Erzherzog seine Pläne jedenfalls ausführen wird, mit oder ohne etwaige Bedenken unsererseits. Es ist also das Klügste, ihm Vertrauen zu zeigen, dann erfahren wir wenigstens vielleicht noch zur rechten Zeit, was hier geplant wird, und können eventuell, wenn wir in irgendeiner geplanten Maßnahme eine wirkliche Gefahr erblicken sollten, unsere Stimme dagegen erheben.

Am 12. Juni werden die beiden hohen Herren sich wieder in Konopischt sprechen. Es wäre sehr nützlich, wenn Seine Majestät vorher gebeten werden könnte, dem Erzherzog nicht wieder von Tisza zu sprechen, ihm im Gegenteil zu versichern, daß es ihm jederzeit fernliege, Einfluß auf seine innere Politik zu nehmen.

Graf Fürstenberg* hat unter dem 4. d. Mts., Nr. 32, einen Bericht über den Gegensatz zwischen dem Thronfolger und dem Grafen Tisza geschrieben, dem ich vollständig beipflichte.

(gez.) von Tschirschky

---

Bemerkung von Bethmann Hollwegs am Kopf des Schriftstücks:
Seiner Majestät heute vorgelesen. v. B. H. 20. V.

---

* Generalkonsul in Budapest. In dem sehr ausführlichen Bericht des Grafen vom 4. Mai heißt es über die Persönlichkeit des Grafen Tisza und seinen Gegensatz zum Erzherzog-Thronfolger: „Es ist kein Geheimnis, daß zwischen dem Thronfolger und dem Grafen Tisza erhebliche Gegensätze bestehen. Beide sind von der Überzeugung durchdrungen, daß ihre politischen Anschauungen die einzig richtigen sind. Tisza weiß, daß er dem Thronfolger nicht durch Diskussionen seine Überzeugung aufdrängen kann; deshalb sucht er ihm den Glauben an die alleinige Richtigkeit seiner eigenen politischen Thesen dadurch zu nehmen, daß er ihm die Unzuverlässigkeit seiner politischen Ratgeber vor Augen führen will. . . . Es muß aber betont werden, daß es sich bei alledem nicht etwa um einen persönlichen Kleinkrieg handelt, sondern um den Kampf zwischen zwei politischen Überzeugungen, die durch die beiden Schlagworte: Ungarn auf der einen, die Gesamtmonarchie auf der anderen Seite, charakterisiert werden können. Tisza ist unstreitig ein Politiker von großer Bedeutung, der nicht nur die erforderliche geistige Befähigung, sondern auch die moralischen Eigenschaften besitzt. Mit einem weiten Blick in die politische Zukunft verbindet er ein großes Ziel, dem er unbeirrt entgegeneilt. Er weiß, was er will, und was er will, hält er aus Überzeugung für das allein Richtige und Mögliche. Dabei fühlt er in sich nicht nur die Kraft, es durchzuführen, sondern auch die Mission, es ans Ziel bringen zu müssen. Dies ihm vorschwebende Ziel ist ein starkes magyarisches Ungarn, das durch seine Einheit und straffe Organisation dem anderen Teil der Monarchie überlegen ist, so daß der Schwerpunkt der Monarchie allmählich von selbst herüber rückt. . . . Dies Ziel will er allein ohne fremde Mithilfe erreichen. Seine politischen Freunde sind für ihn lediglich Arbeitskräfte, die sich ihm fügen müssen. Man nennt ihn deshalb nicht mit Unrecht den Diktator. Er weiß, daß ihm zur Erreichung seines Zieles nicht viel Zeit bleibt, und daß von allen Seiten Gefahren drohen. Daher macht sich mitunter eine gewisse Gewalttätigkeit in seinem Vorgehen geltend, die sich oft rücksichtslos Bahn bricht. Dieser engbegrenzteren national magyarischen Politik Tiszas steht die universellere Auffassung einer Konsolidierung der Gesamtmonarchie, wie sie dem Thronfolger vorschwebt, diametral entgegen.

## Nr. 15 733

### *Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Treutler, z. Z. in Wiesbaden, an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 86 Wiesbaden, den 18. Mai 1914
Geheim für Staatssekretär

Ich höre vertraulich, daß Erzherzog-Thronfolger seinerzeit Admiral von Tirpitz eingeladen hatte, gelegentlich Seine Majestät bei einem Besuch bei ihm zu begleiten, um über Flotte mit ihm Fühlung zu nehmen. Von Tirpitz hatte dann gefragt, ob er mit nach Miramare kommen sollte, was wegen Kürze der Zeit als nicht opportun bezeichnet wurde; schon damals aber wurde Konopischt in Aussicht genommen. Bei Feststellung der Begleitungsliste ist nun heute Admiral von Tirpitz genannt worden, und auch auf mich scheint gerechnet zu werden.

Treutler

## Nr. 15 734

### *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow*

Eigenhändiger Privatbrief

Wien, den 22. Mai 1914

Ich habe Ihnen für Ihre beiden Briefe vom 15. und 19. d. Mts.* zu danken. — Sofort nach meiner gestrigen Rückkehr hierher habe ich zu ergründen versucht, ob die Idee der Vorlage eines Promemorias seitens des Thronfolgers an Seine Majestät** Aussicht auf Verwirklichung hat. Ich höre nun, daß Franz Ferdinand den Plan gebilligt hat, und daß das Promemoria mit Begleitbrief noch vor dem 4. Juni an Seine Majestät abgehen sollen***. Über die vollzogene Tatsache werde ich sofort unterrichtet werden. Wenn Sie es übrigens noch für nützlich halten,

---

Dem Habsburger muß schon durch die geschichtliche Tradition die Erhaltung der Monarchie seines Hauses in erster Linie am Herzen liegen. Er kann die Politik Tiszas nicht nur als nicht richtig, er muß sie sogar als gefährlich bekämpfen, gefährlich in der Taktik, die jedes Hindernis mit Gewalt wegräumen will und für die gegnerische Auffassung kein Verständnis besitzt; gefährlich aber auch in ihrem Wesen."

* Nicht bei den Akten.

** Vgl. Nr. 15 732.

*** Ob ein solches Promemoria des Erzherzogs wirklich in die Hände des Kaisers gelangt ist, geht aus den Akten des Auswärtigen Amtes nicht hervor.

daß mein an Sie in der Sache gerichteter Privatbrief * dem Kaiser vorgelegt wird, so habe ich nichts dagegen. Nur müßte er durch Sie persönlich und in Ihrer Anwesenheit vorgelegt werden, um etwaige Mißverständnisse gleich aufklären zu können. Zunächst könnte ja abgewartet werden, ob das Promemoria tatsächlich abgegangen ist, und ob Seine Majestät mit Ihnen darüber spricht. Bei dieser Gelegenheit könnten Sie dann auch vor Einmischung bezüglich Berchtold warnen. Spricht Seine Majestät nicht mit Ihnen, so können Sie immer noch meinen Brief vorlegen. — Daß Moltke wegen der siebenbürgischen Befestigungen an Conrad schreiben wird **, halte ich für sehr nützlich. Ich glaube, das ist noch der sicherste Weg, um diese Idee zu Fall zu bringen, wenn man hier nicht schon sich ganz festgelegt hat, was ich aber kaum annehme. Ich werde also bei Conrad sondieren lassen, ob er schon eingeladen ist zu den Manövern, und ihn verneinendenfalls förmlich einladen. Ich bin begierig, wie sich Franz Ferdinand zu der ganzen Sache stellen wird!

Zur Frage der Nachfolgerschaft für Szögyényi *** höre ich auf ganz vertraulichem Wege, daß Gottfried Hohenlohe, der Schwiegersohn des Erzherzogs Friedrich, die meisten Chancen haben soll. Die Frage wegen des Ranges seiner Frau soll so gelöst werden, daß ihr Titel „Kaiserliche Hoheit" solange ruht, als ihr Gemahl Botschafter ist, sie also in allem den Rang des Mannes teilen würde und Durchlaucht zu titulieren sein würde. Berchtold selbst hat mir seit meiner letzten Meldung in der Sache darüber nicht mehr gesprochen. Ich höre aber, daß der hiesige Kaiser mit Hohenlohe schon gesprochen hat, und daß auch Franz Ferdinand sehr einverstanden sein soll. Hohenlohe war früher sehr russisch und hatte enge Beziehungen zu dem nicht deutsch-

---

* Siehe Nr. 15 732. Wie die Bemerkung Bethmann Hollwegs am Kopfe dieses Schriftstückes ergibt, war das Schreiben Tschirschkys vom 10. Mai dem Kaiser am 20. vom Reichskanzler vorgelesen worden.

** Ein solches Schreiben findet sich nicht bei den Akten, wird auch bei Conrad v. Hötzendorf nicht angeführt.

*** Von dem Abgang des Grafen Szögyényi, der bereits im November 1913 das zwanzigjährige Jubiläum als Botschafter in Berlin gefeiert hatte, war schon seit Anfang 1914 die Rede. Am 4. März berichtete der preußische Gesandte in München v. Treutler an Bethmann Hollweg: „Ich bin von verschiedenen Seiten, die ausgezeichnete Fühlung mit Wien haben, darauf angesprochen worden, daß dort eine große Verlegenheit herrsche, wen man als Ersatz für den jetzigen Botschafter in Berlin präsentieren solle. Angesichts des augenscheinlich immer engeren Zusammenarbeitens der Diplomatie der Ententemächte könne man sich nicht mehr damit begnügen, daß die deutsche Botschaft in Wien die einzige Vermittelungsstelle zwischen Deutschland und Österreich bilde, man könne nicht darauf verzichten, auch in Berlin einen geeigneten Vertreter zu haben; man sei sich deshalb klar darüber, daß der gegenwärtige Zustand nicht fortdauern dürfe, aber die Personenfrage stieße auf die größten Schwierigkeiten." Siehe den vollen Wortlaut des Berichts in Kap. CCIC, Nr. 15 842. Am 5. Juni erkundigte sich Graf Berchtold zunächst vertraulich, ob wohl Prinz Hohenlohe in Berlin als Nachfolger Graf Szögyényis genehm sei. Das Agrement wurde am 12. Juni erteilt; doch zog sich der Abgang Graf Szögyényis noch bis zum 19. August 1914 hin.

freundlichen Kreise der Großfürstin Maria Pawlowna. Von seinen russischen Sympathien ist er aber, glaube ich, besonders seit seiner letzten Petersburger Mission * geheilt. In der Dreibundfrage halte ich ihn für durchaus zuverlässig. Als er in Berlin Botschaftsrat war, wohin er frisch aus Rußland kam, war er geschäftlich nicht immer ganz angenehm. Die Jahre, die er hier als Anhängsel der Schwiegereltern ein wenig beneidenswertes Dasein geführt hat, haben ihn aber, wie ich beobachtet habe, etwas von seinem hohen Pferde heruntergebracht. Die nähere Beobachtung der hiesigen zerfahrenen Verhältnisse haben ihn auch weicher gemacht. Wie sie wissen, wäre ich auch mehr für einen Ungarn gewesen und Khuen ** war von Anfang an mein Favorit. Dieser soll aber beim Kaiser Franz Joseph neuerdings nicht in Gnade stehen. Ablehnen könnten wir Hohenlohe natürlich nicht. Ich bin auch fest überzeugt, daß er sich alle mögliche Mühe geben wird auf dem Berliner Posten, den er mit aller Kraft anstrebt. Die vielen Hohenlohe'schen Verwandten sind ja ein Nachteil, aber das Ideal ist auf dieser Erde nun einmal nicht zu finden! — Mit Berchtold kann ich über Hohenlohe jetzt nicht sprechen, da meine Kenntnis von dessen Aussichten von Hohenlohe selbst — auf Umwegen — herrühren, und er mich ausdrücklich hat bitten lassen, k e i n e r l e i Gebrauch davon zu machen. —

Daß ich mich in Budapest gezeigt habe, war, glaube ich, richtig, und man war dort sehr angenehm berührt, daß ich nach Pest gekommen sei, auch ohne daß der Hof dort war. Der Vertreter Deutschlands genießt in Ungarn zweifellos das höchste Ansehen, und jeder politisierende Ungar beschäftigt sich eigentlich bei Behandlung jeder politischen Frage — auch der inneren — mit Deutschlands Stellung dazu. Jede Partei erhofft f ü r s i c h unsere Unterstützung, und unsere Macht und unser Einfluß werden so hoch bewertet, daß man ohne weiteres hinter jeder Aktion Wiens nur Berlin sieht. Wenn ich den Leuten klarzumachen suchte, daß sie ihre inneren Kämpfe, und diejenigen mit Wien jederzeit a l l e i n auszufechten haben würden, begegnete ich nur ungläubigem Lächeln oder Enttäuschung! Tiszas Stellung in Pest, wenigstens in der Gesellschaft, ist sehr schwierig. Man haßt und boykottiert ihn. Besonders die Damen der tonangebenden Familien bekämpfen ihn fanatisch. Die Ansammlung persönlichen Hasses gegen ihn ist enorm. Und er tut nichts, um diesen Haß zu mildern, wozu es jetzt wohl auch zu spät wäre. Er wird seine Politik noch so lange weiterführen können, als er seine Majorität im Parlamente hat und ihm persönlich nichts passiert. Neuwahlen wären aber schon gefährlich für ihn, weil die Partei kein Geld mehr hat und sich nach den letzten Parteikastenskandalen sehr schwer welches verschaffen kann. —

---

* Vgl. dazu Bd. XXXIV, Kap. CCLXIX, Nr. 12 789, Fußnote **.
** Graf Khuen-Hedervary, früherer ungarischer Ministerpräsident.

Wie oft lege ich mir in Gedanken die Frage vor, ob es wirklich noch lohnt, uns so fest an dieses in allen Fugen krachende Staatengebilde anzuschließen und die mühsame Arbeit weiter zu leisten, es mit fortzuschleppen. Aber ich sehe noch keine andere politische Konstellation, die uns einen Ersatz für das immerhin noch vorhandene Plus bieten könnte, das in der Allianz mit der mitteleuropäischen Macht liegt. Denn ohne diese Allianz müßte unsere Politik notgedrungen auf eine Aufteilung der Monarchie hinzielen. Ob wir dafür carte blanche von England erhalten würden, selbst wenn dieses mit uns in ein wirklich festes Verhältnis hätte gebracht werden können, ist zu bezweifeln, ebenso auch, ob eine Angliederung der deutschen Provinzen an uns auf die Dauer für uns günstig wirken würde. Die Frucht muß, wie mir scheint, noch weiterreifen. Die Zeit wird am besten zeigen, ob es jemandem noch gelingen wird, die disparaten Kräfte der Länder der Monarchie wieder stärkend zusammenzufassen. Mißlingt dieser Versuch, so wird dann sicherlich die Decomposition sehr schnell vor sich gehen und wir müssen dann unsere Politik danach einrichten.

von Tschirschky

Nr. 15 735

## *Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky*

Eigenhändiges Konzept

Nr. 734 — Berlin, den 15. Juni 1914
Geheim

Während des Besuchs Seiner Majestät des Kaisers in Konopischt* hat der Erzherzog-Thronfolger eine längere Unterredung mit unserem allergnädigsten Herrn über die inneren Verhältnisse Österreichs, namentlich Ungarns, gehabt, wobei die Persönlichkeit des Grafen Tisza und seine Politik im Vordergrund standen. Einer der hauptsächlichsten Vorwürfe, die der Erzherzog gegen Tisza erhoben hat, war dessen intransigente Behandlung der nicht magyarischen Nationalitäten, speziell der Rumänen. Die Taten des Grafen entsprächen hier nicht seinen Worten, und so werde die Dreibundpolitik in dieser Frage, über deren Behandlung von uns — nach Ansicht des Thronfolgers — mit Recht Vorwürfe erhoben seien, fortgesetzt schwer geschädigt. Der Thronfolger hat hierbei Seiner Majestät dem Kaiser gegenüber den Wunsch geäußert, daß Euere Exzellenz — wo irgendeine Gelegenheit sich böte

---

* Der Besuch des Kaisers, in dessen Begleitung sich unter anderen Großadmiral v. Tirpitz (vgl. Nr. 15 733) befand, erfolgte vom 12. bis 14. Juni 1914.

— dem Grafen Tisza gegenüber immer wieder auf die Notwendigkeit der Gewinnung der Rumänen hinweisen möchten.

Seine Majestät der Kaiser haben befohlen, Euere Exzellenz mit entsprechender Weisung zu versehen.

Jagow

## Nr. 15 736

### *Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Treutler an den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Zimmermann*

Eigenhändiger Privatbrief

15. Juni 1914

In der Anlage übersende ich Ihnen ergebenst eine Aufzeichnung über die Unterredungen Seiner Majestät des Kaisers mit dem Erzherzog-Thronfolger in Konopischt *. Der Reichskanzler und der Staatssekretär hatten mir beide den Wunsch ausgesprochen, ich möchte den Inhalt der Gespräche schriftlich niederlegen.

Treutler

#### Anlage

*Aufzeichnung* **

Reinschrift

Geheim

Seine Majestät der Kaiser und König haben am zweiten Tage des Aufenthalts in Konopischt, am 13. d. Mts., vor und nach dem Diner je eine politische Aussprache mit dem Erzherzog-Thronfolger gehabt.

Die erste Unterredung ging von dem kurz vorher eingetroffenen Athener Telegramm *** aus, nach dem die Streitigkeiten zwischen der Türkei und Griechenland einen ernsten Charakter anzunehmen drohen. Im Verlaufe dieses Gespräches wurde ich von Seiner Majestät gerufen. Allerhöchstderselbe gab mir in Gegenwart des Erzherzogs ein Resumé über die bisher geführte Unterhaltung, welche ungefähr folgendermaßen lautete:

„Ich habe dem Erzherzog den Inhalt des Athener Telegramms mitgeteilt. Wir sind übereingekommen, daß angesichts der erfolgten Zuspitzung der Situation der König von Rumänien sondiert werden muß,

---

* Siehe Anlage.

** Bereits veröffentlicht in der „Deutschen Politik" vom 14. Mai 1920, S. 585 ff.; daraus abgedruckt in Graf M. Montgelas, Leitfaden zur Kriegsschuldfrage, S. 191 ff.

*** Es handelt sich um das Telegramm des Grafen Quadt Nr. 149 vom 12. Juni (siehe Bd. XXXVI, Kap. CCLXXXI, Nr. 14 605 nebst Fußnote ***), das mittels Telegramm Nr. 63 vom 13. Juni dem Kaiser nach Konopischt mitgeteilt wurde.

wie er die Lage beurteilt und ob, beziehungsweise mit welchen Mitteln er versuchen wird, eine Tangierung der Abmachungen des Bukarester Friedens zu vermeiden und eventuell zu verhindern. Der Erzherzog gab lebhaft seine Zustimmung zu diesen Äußerungen Seiner Majestät und warf die Frage auf, ob der König wohl geneigt sein werde, einzugreifen. Ich erwiderte, es sei wohl wahrscheinlich, daß der König Karol in dem von uns gewünschten Sinne tätig sein werde, da sein erhebliches Interesse an der Aufrechterhaltung des Bukarester Friedens sich mit dem unsrigen decke. Demgemäß wurde verabredet, daß Seine Majestät dem Auswärtigen Amte eine entsprechende Instruktion zugehen lassen werde, während der Erzherzog den Grafen Berchtold zu ersuchen versprach, eine gleiche Demarche des österreichischen Gesandten in Bukarest anzuordnen.

Zum Schluß konstatierten die beiden hohen Herren ihre übereinstimmende persönliche Abneigung gegen den König von Bulgarien und Seine Majestät erzählte, daß dieser einer ihm zugegangenen neueren Nachricht zufolge diese Abneigung kenne, sich aber ernstlich bemühen wolle, seine beiden Gegner zu gewinnen."

Über das zweite Gespräch, das nach dem Diner unter vier Augen stattfand, erzählte mir Seine Majestät am anderen Morgen das folgende:

Der Erzherzog habe, von den aktuellen Fragen ausgehend, zuerst sich sehr mißbilligend über Italien ausgesprochen. Der Umstand, daß Italien einen Mann wie Aliotti nach Durazzo gesandt habe und dort halte *, beweise seine mala fides. Auch die Ereignisse in Triest ** und ihr Echo in Italien zeigten, daß Italien es dem Bundesgenossen sehr schwer mache, in Frieden zu leben; auf die Dauer sei ein solches Verhältnis unmöglich. Dazu scheine es dem König von Italien an dem guten Willen zu fehlen, diese Zustände zu ändern. Er, der Kaiser, habe versucht, den Erzherzog zu beschwichtigen. Er habe besonders darauf hingewiesen, daß in den Grenzländern wohl auf beiden Seiten durch die Unterorgane Fehler gemacht würden, die dann in weiteren Kreisen üble Folgen zeitigten. Was den König betreffe, so habe auch er jahrelang sich oft überwinden müssen und erst bei der letzten Zusammenkunft in Venedig *** habe sich ein wärmeres Verhältnis angebahnt. Augenscheinlich habe der König viel gelernt und die neuen durch den Tripoliskrieg geschaffenen Verhältnisse hätten den Italienern, besonders auch gerade dem Monarchen, gezeigt, daß Frankreich der wahre Gegner sei und dadurch eine allgemein richtigere Bewertung des Dreibundes hervorgerufen. Seine Majestät hat sich im Hinblick auf das Zusammentreffen des Thronfolgers mit dem König bei unseren Manövern augenscheinlich sehr viel Mühe gegeben, das Mißtrauen des

* Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXXII.
** Am 1. Mai hatten in Triest zwischen Slowenen und Italienern Zusammenstöße stattgefunden, die in Italien Kundgebungen der Irredentisten auslösten.
*** Vgl. Nr. 15 718.

Thronfolgers zu zerstreuen*. Das Gespräch ging dann auf Ungarn über, und hier soll der Thronfolger noch schroffer und mit ungemein deutlichen Ausdrücken seiner Abneigung Ausdruck gegeben haben. Er hat die ungarischen Zustände als völlig anachronistisch und mittelalterlich hingestellt.

Ungarn sei der Tummelplatz des Kampfes einzelner Familien, und die oligarchische Regierungsform bedeute geradezu eine Vergewaltigung aller nicht ungarischen Elemente, die weit mehr als 50 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten. Die Zahl der Magyaren sei immer falsch angegeben worden, in Wirklichkeit seien es vielleicht zweieinhalb Millionen. Wie der Mann an der Spitze heiße, sei meist Nebensache, jeder Ungar strebe mehr oder weniger offen danach, für Ungarn auf Kosten Österreichs und zu Ungunsten der Gesamtmonarchie Vorteile zu erlangen. Er, der Erzherzog, wisse wohl, daß der Kaiser einen sehr guten Eindruck von Tisza gewonnen habe. Das sei aber vielleicht nicht ganz zu Recht geschehen, denn Tiszas Taten entsprächen nicht Tiszas Worten. In Wahrheit sei Tisza schon Diktator in Ungarn und strebe danach, auch in Wien als solcher aufzutreten. „Schon jetzt zittere Wien, wenn Tisza sich auf die Reise mache, und alles läge auf dem Bauch, wenn er in Wien aussteige.“ Dabei sei es besonders bedenklich, daß Tisza sich offen dazu bekannt habe, er sähe die Selbständigkeit der ungarischen Armee als ein zu erstrebendes Ideal an. Seine Majestät hat den Thronfolger unterbrochen, um ihm zu sagen, daß er selbstverständlich Tisza mißbillige, wenn er höre, daß er unbotmäßig sei und danach strebe, zu Ungunsten Österreichs das Schwergewicht der Monarchie zu verlegen. Er halte ihn aber für einen so tatkräftigen, seltenen Mann, daß er nur empfehlen könne, ihn nicht über Bord zu werfen, sondern ihn unter eiserner Faust zu halten und dann seine schätzenswerten Gaben auszunutzen. Ich habe den Eindruck, daß Seine Majestät bei dieser Gelegenheit mit Erfolg beabsichtigte, dem Erzherzog entgegenzukommen, ohne ihn durch zu rasches Aufgeben seiner bekannten guten Ansichten über Tisza mißtrauisch zu machen. Andererseits hat der Thronfolger von seinem Standpunk aus offenbar sehr geschickt betont, daß gerade Tisza daran Schuld sei, wenn die Dreibundinteressen

* Nach P. Nikitsch-Boulles: Vor dem Sturm. Erinnerungen an Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand, S. 82 hätte dieser die Absicht gehabt, in Konopischt auch die Erwägung zur Sprache zu bringen, „ob es für die beiden großen Nachbarreiche nicht angezeigt wäre, dem seit lange schwerkranken Dreibund endgültig den Todesstoß zu versetzen und an seiner Stelle das schon einmal in schweren Tagen der Not bewährte Drei-Kaiser-Bündnis neu erstehen zu lassen“. Von dieser Absicht scheint der Kaiser indessen den Erzherzog durch sein Eintreten für Italien abgebracht zu haben. Daß Erzherzog Franz Ferdinand die „Erneuerung des Drei-Kaiser-Bündnisses unter möglichstem Anschluß an England“ als sein politisches Glaubensbekenntnis betrachtete, kommt auch in den Berichten des Militärattachés in Wien Grafen Kageneck wiederholt zum Ausdruck. Vgl. Bd. XXXIV, Kap. CCLXIX, Nr. 12 891, S. 415, Fußnote ***.

schlecht gewahrt würden, indem er es sei, der entgegengesetzt zu seinen Schönbrunner Versprechungen * die ungarischen Rumänen drangsaliere. Der Erzherzog hat schließlich sogar Seine Majestät gebeten, ob er nicht Tschirschky anweisen lassen könne, Tisza bei jeder Gelegenheit ins Gedächtnis zu rufen, er solle die notwendige Gewinnung der Rumänen durch angemessene Behandlung der in Ungarn lebenden Stammesbrüder nicht aus den Augen verlieren. Seine Majestät hat das mit den Worten versprochen, er wolle Tschirschky auftragen, Tisza immer wieder zuzurufen, „Herr, gedenke der Rumänen". Damit war der Erzherzog sehr einverstanden.

Zur Beleuchtung dieses Teiles der Unterhaltung darf ich vielleicht auch anführen, daß kurz vorher Oberst Bardolff mich auf Tisza angeredet und sehr vorsichtig der „in Konopischt bestehenden Befürchtung" Ausdruck gegeben hatte, wir hätten durch die jahrzehntelange Vertretung der Doppelmonarchie in Berlin durch ungarische Botschafter die Verhältnisse durch ungarische Brillen zu sehen gelernt. Ich wies ihn darauf hin, daß wir ja auch durch unsere eigenen Vertretungen informiert würden, man brauche dies nicht zu besorgen, ich wisse schon, daß die Befürchtung daher käme, daß mein allergnädigster Herr sich offen und vorteilhaft über Tisza ausgesprochen habe. Dies liege aber viel einfacher, als man anzunehmen scheine. Tisza sei ein so tatkräftiger, energischer Mann, daß es ganz natürlich sei, wenn er einen starken Eindruck auf den Kaiser gemacht habe, im übrigen werde sich Seine Majestät sicher dem nicht entziehen, wenn der Erzherzog ihm die Gründe für eine gegenteilige Beurteilung mitteilen werde.

Im Zusammenhang mit diesen Auslassungen des Erzherzogs und seines Vertrauensmannes war es von besonderem Interesse, daß Seine Kaiserliche Hoheit sich Seiner Majestät gegenüber dazu bekannte, er habe den Nachfolger Szögyényis empfohlen und hoffe, Prinz Hohenlohe werde die besten Dienste leisten.

Czernins Auftreten in Bukarest besonders das bekannte Interview**, tadelte Seine Kaiserliche Hoheit offen auf das Schärfste, obgleich ja Czernin sein Protegé ist.

Über Böhmen und die Mißerfolge des Fürsten Thun *** sprach der

---

* Vgl. Nr. 15 715, 15 716.

** Ende Januar 1914 hatte der nach Bukarest entsandte Spezialkorrespondent des Budapester „Az Est" eine Unterredung mit Graf Czernin, dem Nachfolger des zum Botschafter in Madrid ernannten Prinzen zu Fürstenberg als Gesandter in Bukarest. In dem Interview erkannte Graf Czernin unumwunden an, daß die Lage der ungarländischen Rumänen keine befriedigende sei. Die Äußerungen des Gesandten, die von dem Wunsche diktiert waren, die österreichfeindliche Stimmung in Rumänien zu besänftigen, stießen Graf Tisza vor den Kopf, der in öffentlicher Parlamentsrede (31. Januar) an der Tatsache des Interviews und dessen Inhalt scharfe Kritik übte.

*** Am 1. März waren in einer Versammlung der deutsch-böhmischen Abgeordneten zu Prag die deutsch-tschechischen Ausgleichsverhandlungen, die vor

Erzherzog ebenfalls mit großer Offenheit und betonte erfreulicherweise die Notwendigkeit des Schutzes der Deutschen, die das „Ferment" bilden müßten. „Ein Ausgleich" könne nicht mehr von der Partei erhofft, er müsse vielmehr von Wien aus oktroyiert werden.

Rußland ist nach des Erzherzogs Meinung nicht zu fürchten; die inneren Schwierigkeiten seien zu groß, um diesem Lande eine aggressive äußere Politik zu gestatten.

## Nr. 15 737

### *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 192 Wien, den 17. Juni 1914
Geheim

Graf Berchtold war nach der Abreise Seiner Majestät des Kaisers von Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit dem Erzherzog Franz Ferdinand nach Konopischt geladen worden. Der Minister erzählte mir heute, Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit habe sich ihm gegenüber im höchsten Maße befriedigt über den Besuch Seiner Majestät des Kaisers ausgesprochen. Er habe über alle möglichen Fragen eingehend mit Seiner Majestät gesprochen und durchweg völlige Übereinstimmung der Ansichten konstatieren können.

Der Erzherzog hat dem Grafen Berchtold auch dasjenige mitgeteilt, was er unserem allergnädigsten Herrn bezüglich der Politik des Grafen Tisza, besonders den nichtmagyarischen Nationalitäten gegenüber, gesagt hat. Den Rumänen gegenüber habe, wie Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit bemerkt hätten, Graf Tisza zwar schöne Worte gebraucht, seine Taten entsprächen aber diesen Worten nicht. Ein Fehler des ungarischen Ministerpräsidenten sei es vor allem gewesen, daß er den siebenbürgischen Rumänen nicht einige Abgeordnetenmandate mehr gegeben habe.

Graf Berchtold meinte mir gegenüber, er habe schon oft und nachdrücklich auf den Grafen Tisza zugunsten größerer Konzessionen für die Rumänen einzuwirken versucht. Seine Bemühungen seien aber vergeblich gewesen. Graf Tisza behaupte, er sei bereits so weit als irgend möglich den Rumänen entgegengekommen.

---

allem die Regelung des Sprachengebrauchs zum Gegenstand hatten und deren Förderung sich der Statthalter von Böhmen Fürst Thun seit Jahr und Tag hatte angelegen sein lassen, für endgültig gescheitert erklärt worden.

Ich werde meinerseits, wie ich dies bisher schon dem Grafen Berchtold gegenüber getan habe, der mir gewordenen hohen Weisung entsprechend, jeden Anlaß benutzen, um auch den ungarischen Ministerpräsidenten auf die Notwendigkeit der Gewinnung der Rumänen hinzuweisen.

von Tschirschky

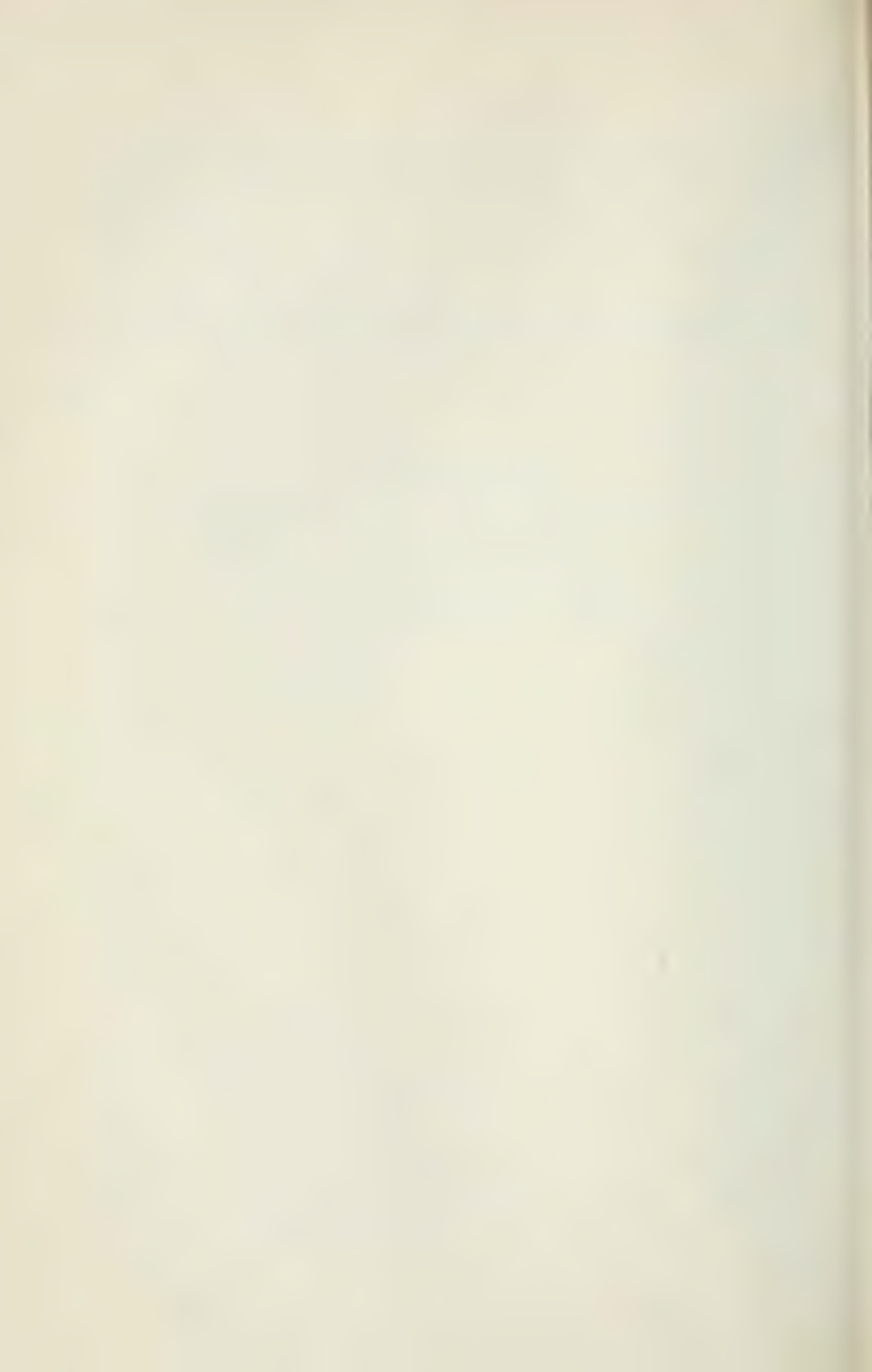
---

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Er darf durch seine innere Politik, die bei der Rumänenfrage auf die Äußere des Dreibundes Einfluß hat, letztere nicht in Frage stellen.

Kapitel CCXCVI

# Das Österreichisch-Italienische Verhältnis und die Irredenta

## April 1913 bis Mai 1914



Nr. 15 738

## *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 88 Rom, den 29. April 1913

Die Verurteilung des Mario Sterle in Wien zu fünf Jahren Zuchthaus wegen Verherrlichung Oberdanks * hat in Mailand den Versuch einer Demonstration veranlaßt. Indessen tut die italienische Presse ihr möglichstes, um von derartigen antiösterreichischen Kundgebungen abzuraten.

Der „Popolo Romano" vom 28. d. Mts. bringt einen ausführlichen Bericht seines Wiener Korrespondenten, in welchem dieser darlegt, daß Sterle selber seine Schuld eingestanden hätte, und der österreichische Gerichtshof mit vollem Recht einen österreichischen Untertanen abgeurteilt habe. Außerdem habe Sterle erklärt, er sei kein Irredentist, es läge also gar kein Grund für die Irredentisten vor, ihn als Märtyrer zu feiern. Der „Popolo Romano" bemerkt hierzu, daß Agitationen dem Verurteilten die Aussicht auf die kaiserliche Gnade höchstens noch vermindern könnten.

Auch das „Giornale d'Italia" bleibt verhältnismäßig besonnen. Es verurteilt allerdings die unangebrachte und wenig politische Strenge des Wiener Gerichtshofes, erklärt aber, dessen Verantwortung dürfe nicht mit der der österreichischen Regierung verwechselt werden. Italiener wie Österreicher sollten ihre Gefühle beherrschen. Die Italiener müßten keine irredentistischen Demonstrationen veranstalten, und in Österreich sollte man bestrebt sein, entsprechend den dem Urteil allgemein ungünstigen dortigen Preßäußerungen, diesem seinen antiitalienischen Charakter zu nehmen.

F l o t o w

---

* Der der Irredenta angehörige Wilhelm Oberdank, der in Triest Kaiser Franz Joseph zu ermorden versucht hatte und am 20. Dezember 1882 hingerichtet worden war, spielte seither in der irredentistischen Bewegung die Rolle eines Märtyrers. Die Verherrlichung Oberdanks, die Sterle in einem Flugblatt unter-

## Nr. 15 739

### *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 93 Rom, den 1. Mai 1913

Die studentische Jugend hat trotz aller Abmachungen* der Presse es natürlich nicht unterlassen können, die Verurteilung Sterles zu den hier so beliebten Straßendemonstrationen in verschiedenen italienischen Städten zu benutzen. Überall hat allerdings die Polizei diese Versuche energisch und meist mit Erfolg unterdrückt. In Florenz kam es bei der Verhaftung eines der Hauptschreier zu einem ernsthafteren Handgemenge. In Mailand wurden einige Reden gehalten, aber im übrigen blieb die Ruhe gewahrt und die Kundgebung auf einige Straßen beschränkt. Hier in Rom wurde die Universität infolge des lärmenden Auftretens der Studenten in den Hörsälen geschlossen. Die vor dem Palazzo Venezia und dem Palazzo Chigi beabsichtigten Demonstrationen wurden sofort durch die Polizei verhindert. Die in ihrem „öffentlichen" Auftreten gehinderten Studentenschaften werden ihren Gefühlen voraussichtlich nunmehr in Resolutionen Luft machen. Die Presse beschränkt sich auf die kurze Wiedergabe der Tatsachen.

Flotow

## Nr. 15 740

### *Der Botschafter in Rom von Flotow an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 126 Rom, den 3. Mai 1913

In Kammersitzung vorgestern hat Abgeordneter Chiesa bei Fall Sterle sehr verletzende Äußerungen über Kaiser Franz Joseph getan. Unterstaatssekretär Scaléa hat geglaubt, sie im Stenogramm unterdrücken zu sollen. Nachdem sie trotzdem zu Kenntnis österreichischen Botschafters gelangt, hat dieser hier scharf reklamiert. Marquis di San Giuliano mißbilligt Verhalten Scaléas und hat letzteren angewiesen, in heutiger Kammersitzung nachträglich gegen Bemerkungen Chiesas zu protestieren.

In Pavia hat im Theater antiösterreichische Demonstration stattgefunden. Giolitti hat — wie mir Marquis di San Giuliano sagt —

---

nommen hatte, involvierte nach dem Urteil des Wiener Schwurgerichts die Verbrechen des Hochverrats gegen Kaiser Franz Joseph, der Majestätsbeleidigung und der Störung der öffentlichen Ruhe; daher die Schwere des Urteils.

* Wahrscheinlich verschrieben für „Abmahnungen".

aus eigenem Antriebe Präfekten, der nicht rechtzeitig vorgebeugt, zur Disposition gestellt.

Flotow

Nr. 15741

*Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 95 Rom, den 3. Mai 1913

Anläßlich des eigentümlichen Vorgangs in der italienischen Kammer, in der der Unterstaatssekretär Principe di Scaléa einen scharfen Ausfall des republikanischen Abgeordneten Chiesa gegen die Person Seiner Majestät des Kaisers von Österreich im stenographischen Kammerbericht unterdrückt hatte, um ihn nicht in der Kammer zurückweisen zu müssen, hat der österreichische Botschafter hier eine sehr scharfe Sprache geführt. Allerdings hatte Chiesa gesagt, „er hoffe, daß die Kritik der italienischen Kammer den österreichischen Kaiser in seiner Infamie wie glühendes Eisen treffen werde". Der Botschafter hat sofort bei dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten gefordert, daß eine scharfe mißbilligende Erklärung noch nachträglich in der Kammer abgegeben werde, und hat einen äußerst energischen Brief an den Ministerpräsidenten Giolitti gerichtet. Er hat außerdem dem Marquis di San Giuliano zu verstehen gegeben, daß er die Beseitigung des Principe di Scaléa erwarte. Der Minister sprach mir ganz unverhohlen seine absolute Mißbilligung des Unterstaatssekretärs aus, den er sofort angewiesen hat, die in dem anliegenden Kammerbericht enthaltene Erklärung* abzugeben.

Der österreichische Botschafter sagt mir, er habe die Absicht gehabt, seiner Regierung zu einer demnächstigen Begnadigung des Sterle zu raten. Das sei ihm nun durch die Vorgänge in der Kammer außerordentlich erschwert. Andrerseits hat Herr von Mérey auch seiner Regierung sehr deutlich gesagt, welche große Ungeschicklichkeit es gewesen sei, den Sterle, der nun schon 16 Monate in Untersuchungshaft, grade in einem Augenblick zur Verurteilung zu bringen, in dem man an die Mitwirkung des italienischen Bundesgenossen appellierte.

Flotow

---

* Die Erklärung besagte, die beleidigenden Worte seien nicht verstanden worden und hätten deshalb auch nicht Aufnahme in den Sitzungsbericht gefunden; anderenfalls würde die italienische Regierung gegen die Beleidigung Kaiser Franz Josephs protestiert haben.

Nr. 15 742

*Der Botschafter in Rom von Flotow, z. Z. in Saltino, an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 9 Saltino, den 24. August 1913

Italienische Regierung außerordentlich erregt über Österreichs
Wenn sich aber Gelegenheit biete, und wenn wir auf Festigung Drei-
Giuliano zeigte mir Telegramm Giolittis in sehr starken Ausdrücken „man muß seine Haltung gegen Österreich jetzt ändern usw.“ Minister sagte mir, österreichisches Vorgehen im jetzigen Zeitpunkt vor Wahlen ** sei ein rücksichtsloser Akt, gegen den er in Wien sehr scharf protestieren werde. Er zweifele nur, ob Graf Berchtold nötige Autorität zu Remedur habe. Er begreife, daß es für Kaiserliche Regierung in diesem Augenblick schwer sei, in Wien zu intervenieren. Wenn sich aber Gelegenheit biete, und wenn wir auf Festigung Dreibunds Wert legen, bitte er Wien Unmöglichkeit dieses Vorgehens klar zu machen. Italienische Presse sehr aufgeregt.

Flotow

Nr. 15 743

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Entzifferung

Nr. 269 Wien, den 27. August 1913

Am Ballplatz ist man sehr peinlich überrascht und betroffen über die Erlasse des Triester Statthalters gegen die Italiener [1]. Man hat natürlich keine Ahnung davon gehabt, und selbst der Ministerpräsident Graf Stürgkh behauptet, nichts davon gewußt zu haben [2]. Der Herzog von Avarna, der natürlich die Sache tief schmerzlich empfindet und meinte, man müsse den hiesigen Zuständen gegenüber auf die Dauer die Geduld verlieren, hat hier keinen Zweifel darüber gelassen, daß der Eindruck der Maßregel in Italien der denkbar schlechteste ist, und daß alle die mühsame Arbeit der letzten Monate zur Besserung des Verhältnisses zwischen Rom und Wien so gut wie verloren sei. Auch die gute Wirkung des Besuchs des Generals Caneva und dessen guter Empfang und hohe Auszeichnung sei dahin.

---

* Näheres über die Erlasse des Triester Statthalters Prinz Hohenlohe, die unter anderem von dem Gemeinderat in Triest die Entlassung der ausländischen Staatsangehörigen aus dessen Diensten verlangten, in Nr. 15 745.

** Die Neuwahlen zur italienischen Kammer fanden am 26. Oktober statt.

Mein italienischer Kollege sagt mir, er habe im Auftrag des Marquis di San Giuliano die Rücknahme der betreffenden Erlasse verlangen müssen. Graf Berchtold habe dies als unmöglich bezeichnet, habe ihm gegenüber aber die höchst bedauerliche Wirkung der unzeitgemäßen Maßnahme zugegeben und versprochen, bei deren Ausführung soviel als möglich mildernd zu wirken.

Graf Szápáryi *, mit dem ich die Sache besprach, war sehr niedergeschlagen über diesen peinlichen Zwischenfall. Es fehlt eben zurzeit hier in Österreich jede einheitliche Führung. Die Notwendigkeit der Schaffung des Amts eines Reichskanzlers [3] wenigstens für Zisleithanien wird immer dringender, und es ist charakteristisch, daß ein so eingefleischter Magyare wie Graf Szápáryi auf diese meine Bemerkung meinte, für Trans wäre es auch sehr heilsam.

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Na das sollte ich meinen!
[2] !!!
[3] erst einen haben! Damit ist die Welt auch nicht reich gesegnet

## Nr. 15 744

## *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 178 Rom, den 27. August 1913

Marquis di San Giuliano wird morgen nach Rom zurückkehren, um einem Ministerrat beizuwohnen. Alsdann beabsichtigt er, mit Herrn Giolitti nach Fiuggi zurückzukehren, um seine dortige Kur fortzusetzen. Dies teilte mir der Generalsekretär im Ministerium des Auswärtigen Herr de Martino mit, der gleichfalls in einigen Tagen einen mehrwöchigen Urlaub anzutreten beabsichtigt. Bei dieser Gelegenheit fragte ich Herrn de Martino, ob Italien gegen die Triestiner Dekrete des Prinzen Hohenlohe, welche doch eine Emanation der inneren österreichischen Politik seien, Einspruch erhoben habe.

Herr de Martino erwiderte: „Gewiß haben wir gegen diese ungerechte und kurzsichtige Maßnahme protestiert sowohl hier gegenüber dem Botschafter Mérey als in Wien durch den Herzog von Avarna. Um einer lange währenden Verstimmung zwischen uns und Österreich vorzubeugen, muß die österreichische Regierung einen Ausweg finden und die unverantwortlichen Einflüsse zurückdrängen, die sich immer dann äußern, wenn eine reale Besserung der öster-

* Sektionschef im k. und k. Ministerium des Äußeren.

reichisch-italienischen Beziehungen nicht nur zwischen den Regierungen, sondern, was in diesem demokratischen Lande wichtig ist, auch zwischen den Völkern erreicht erscheint."

Ich machte Herrn de Martino darauf aufmerksam, daß ein großer Teil der österreichischen Presse für die italienische Auffassung eintrete, und daß andererseits die italienischen Zeitungen nach der ersten Aufregung sich einer gewissen Reserve befleißigten. Herr de Martino meinte aber, die Stimmung in Italien sei diesmal viel gefährlicher, eben weil sie sich nicht in Schmähungen, Straßendemonstrationen usw. betätige. Gerade in den denkenden, weniger zu lärmenden Äußerungen geneigten Schichten der Bevölkerung sei der Eindruck dieser unfreundlichen Handlung Österreichs nachhaltig. Herr de Martino teilte mir dann noch vertraulich mit, daß er eine Konferenz mit den Abteilungschefs des Ministeriums abhalten werde, um über die Repressalien zu beraten, die man gegen Österreich anwenden werde, wenn es nicht die übrigens auch gegen den österreichisch-italienischen Handelsvertrag verstoßenden Entlassungsdekrete widerrufe.

Herr von Mérey tritt heute seinen Urlaub an und wird voraussichtlich in Wien über die obige, ihm natürlich auch sehr peinliche Angelegenheit mit Graf Berchtold konferieren. Herr von Mérey ist optimistisch und glaubt, daß in vierzehn Tagen niemand mehr von der Sache sprechen werde. Hoffentlich irrt er sich nicht. Inzwischen haben hier der Abgeordnete Barzilai und der Senator Molmenti Interpellationen über die Angelegenheit angemeldet.

Flotow

## Nr. 15 745

### *Der Stellvertretende Konsul in Triest Pellmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 145 Triest, den 26. August 1913
[pr. 30. August]

Der K. K. Statthalter Prinz Hohenlohe hat sich in der letzten Zeit verschiedentlich veranlaßt gesehen, dem wachsenden Irredentismus im Küstenland von neuem entgegenzutreten. So soll ihn eine Beobachtung der Geschäftsführung der Gemeindeverwaltung von Görz angeblich zu der Überzeugung geführt haben, daß die staatlichen Interessen vom Stadtmagistrat nicht in der gewünschten Weise gewahrt würden. Aus diesem Grunde wurden durch Verfügung des Statthalters vom 8. d. Mts. dem Magistrat die Geschäfte der politischen Behörde erster Instanz (Militär-, Staatspolizei-, Gewerbe-, Kultus-, Heimats-, Landeskultur- und Sanitätssachen) abgenommen

und der dortigen Bezirkshauptmannschaft übertragen, wie dies in einer Anzahl von italienischen Städten Südtirols und des Küstenlandes (zuletzt Pola) geschehen ist. In Görz erging die Verfügung, wie gesagt, auf Grund der allgemeinen politischen Verhältnisse in der Stadt. Der äußere Anlaß soll jedoch ein Streit zwischen der staatlichen Landesverwaltung und der italienisch-liberalen Gemeinderatsmehrheit gewesen sein, welch letztere gelegentlich der diesjährigen Gemeinderatswahlen falsche Wählerlisten aufgelegt hatte und den daraufhin von der Landesregierung erlassenen Anordnungen nicht Folge leisten wollte. Der Zeitpunkt für die Veröffentlichung dieser Verfügung des Statthalters muß insofern als unglücklich gewählt bezeichnet werden, als sie gerade am Vorabende der Görzer Landtagswahlen aus dem Großgrundbesitz erfolgte. Wie in dem diesseitigen Berichte vom 11. d. Mts. Nr. 138* ausgeführt wurde, hoffte die italienische (klerikale) Volkspartei in den Wahlen für die Städte- und Gemeindekurie siegreich zu bleiben; der zweite Wahlgang erwies sich für sie jedoch ungünstig. Die Italienisch-Liberalen behaupten nun, daß der Statthalter, der die Italienisch-Klerikalen begünstigt, mit dieser Maßregel jene Elemente des Großgrundbesitzes, die trotz ihrer konservativen Gesinnung aus nationalen Gründen bisher für die Liberalen gestimmt hatten, letzterer Partei abwendig zu machen hoffte. Es wurden deshalb verschiedene Kundgebungen gegen die Regierung veranstaltet. In einer Protestsitzung vom 13. d. Mts. kam jedoch der „beleidigte und betrübte“ Gemeinderat zu dem Entschlusse, gegen diese „ungerechtfertigte Verunglimpfung der Gemeindeautorität“ weder Berufung einzulegen noch eine Anfrage im Abgeordnetenhaus erheben zu lassen, sondern vielmehr zur Tagesordnung überzugehen.

Die zweite Maßnahme besteht in der mündlichen Androhung der Auflösung des istrianischen Landtages, weil infolge der zwischen Kroaten und Slowenen einerseits und den Italienern andererseits seit längerem schwebenden Streitigkeiten über die Geschäftssprache des Landtages eine Einigung unmöglich scheint. Die Vertreter der Kroaten und Slowenen verlangen, daß die mündliche Beantwortung wie auch die aktenmäßige Erledigung der im Landtage eingebrachten Anträge, Interpellationen und sonstigen Schriftstücke in der Sprache zu erfolgen habe, in der sie eingebracht werden. Demgegenüber bestehen die Italiener darauf, daß die öffentliche Verhandlungssprache des Landtages und die Geschäftssprache der Ämter Italienisch bleibe[1]. Da die von der Regierung eingeleiteten Ausgleichsverhandlungen ergebnislos geblieben sind, soll für den Herbst die Aufhebung der Landesautonomie und die Einsetzung einer Verwaltungskommission angedroht worden sein. Möglicherweise beruht letztere Nachricht nur auf einer Schlußfolgerung aus den letzten böhmischen Ereignissen.

---

* Hier nicht abgedruckt.

Besonders Aufsehen haben jedoch die in dem gehorsamst beigefügten Ausschnitt aus dem hiesigen „Piccolo“ vom 22. d. Mts. wiedergegebenen Verfügungen* des Statthalters an den Gemeinderat von Triest erregt, in denen letzterer zur Entlassung der in seinen Diensten befindlichen ausländischen Staatsangehörigen aufgefordert wurde. Der wirkliche Anlaß zu dieser Maßnahme liegt weit zurück und ist in dem irredentistischen Benehmen des Vizebürgermeisters Brocchi und des Stadtrats sowie einer großen Anzahl städtischer Beamten zu suchen. Schon im vorigen Jahre hatte die Statthalterei, der nach dem Triester Statut das Recht zusteht, die Beschlüsse des Gemeinderats zu prüfen und, wenn nötig, aufzuheben, den von dem Gemeinderat beschlossenen Haushaltsvoranschlag beanstandet. Die beantragte Erhöhung der Steuerzuschläge sowie die Streichung von dreieinhalb Millionen Kreditposten für außerordentliche Ausgaben bildeten den Anlaß zu dieser Beanstandung. Dabei wurde seitens der Statthalterei die ganze Art und Weise der städtischen Finanzwirtschaft vielfach bemängelt. Auch der diesjährige Voranschlag ist seitens der Statthalterei beanstandet worden und hat die kaiserliche Genehmigung noch nicht erlangt. Angeblich im Zusammenhang mit dieser Beanstandung hatte nun der Statthalter von der Gemeindevertretung die Kündigung einer Anzahl von Angestellten und Beamten verlangt, die die österreichische Staatsangehörigkeit nicht besitzen, unverhältnismäßig hoch bezahlt werden und durch billigere Kräfte, jedenfalls aber durch Österreicher ersetzt werden könnten**. Für die Maßregel wird jene Bestimmung des Staatsgrundgesetzes angeführt, die als Bedingung für die Zulassung zu öffentlichen Ämtern die österreichische Staatsangehörigkeit fordert. Die Ausländer, die von der Verfügung des Statthalters betroffen werden, sind vornehmlich Reichsitaliener, und diese sind es auch, gegen die der Statthalter sich wendet. Die Berufung auf das Staatsgrundgesetz kommt etwas spät, denn die Beamten der Triester Gemeinde, deren Entlassung jetzt mit dem Hinweise auf eine Anordnung der Verfassung verlangt wird, stehen jahrelang, manche jahrzehntelang im Dienste der Stadt. Die italienischen Zeitungen ziehen denn auch einen anderen Grund als Erklärung für die peinliche Maßregel des Statthalters heran, indem sie darauf hinweisen, daß seit Wochen seitens der Christlich-Sozialen und Slowenen in Triest eine heftige Agitation gegen die reichsitalienischen Angestellten der Stadt Triest geführt und ihre Entfernung gefordert wird, weil diese Beamten offene oder verkappte Irredentisten seien. Es darf als erwiesen angenommen werden, daß viele der durch die Ver-

---

* Hier nicht abgedruckt.
** [Bemerkung Pellmanns:] Die nach vielen Hunderten zählenden Ausländer unter dem Diener- und Hilfspersonal, Arbeiter und Tagelöhner usw. bleiben vorläufig von Verfügungen unberührt.

fügung des Statthalters betroffenen reichsitalienischen Beamten während der diesjährigen Triester Gemeinderatswahlen agitatorisch tätig gewesen sind.

Aber abgesehen von diesem Umstand dürfte in den Verfügungen eine pflichtgemäße Abwehr der Zurücksetzung zu erblicken sein, die der Triester Magistrat systematisch den österreichischen Staatsangehörigen zugunsten von Ausländern zuteil werden ließ. Nach dem Gemeindestatut der reichsunmittelbaren Stadt Triest von 1850 steht dem Stadtrate die Ernennung der dauernd anzustellenden Beamten zu, deren jährliches Gehalt 800 Kronen übersteigt. Die Ernennung muß nach erfolgter Konkursausschreibung auf Vorschlag des Magistrats geschehen. Der Stadtrat ist jedoch an den Vorschlag des Magistrats nicht gebunden. Um diese Gesetzesbestimmung zu umgehen, wurden in den letzten Jahren viele Reichsitaliener für die einzelnen technischen Gemeindeanstalten als Vertragsbeamte mit hohem Gehalt angestellt. In dem Begründungsbericht zu dieser ausnahmsweisen Anstellung führte der Gemeindereferent stets den Mangel an geeigneten einheimischen Kräften an. Die Gemeinderatsmitglieder gehören meist dem Handelsstande an und sind mit den einzelnen Zweigen der Verwaltung nicht vertraut oder folgen unbekümmert dem Einflusse irgendeines Protektors. Dieses Gebahren erregte in neuerer Zeit den Argwohn eines Teils der (österreichisch-) italienischen jungen Generation in Triest, der in seiner Heimatstadt keine Anstellung finden kann. Wenn er auch noch bei den letzten Wahlen für die liberale Partei stimmte, so geschah dies in der durch die von den Liberalen ausgegebene Wahlparole „Triest den Triestinern“ erweckten Hoffnung, daß endlich gewisse Mißstände in der kommunalen Verwaltung beseitigt würden. Als er sich in seiner Hoffnung getäuscht sah, beteiligten sie sich an den klerikalen und slowenischen Agitationen gegen die Reichsitaliener im Stadtdienst.

Die hiesigen italienischen Zeitungen fechten zwar die Vertragsernennungen von Reichsitalienern aus nationalen Gründen nicht an, doch ist ihnen wohl bewußt, wie viele österreichische Italiener schon lange über die Bevorzugung der Reichsitaliener grollen.

Wenn die Maßnahme des Statthalters demnach an und für sich gerechtfertigt scheint, so ist es natürlich eine andere Frage, ob es klug war, die Angelegenheit gerade jetzt, wo sich zwischen Österreich und Italien eine herzliche Annäherung anbahnt, zur Entscheidung zu bringen; vielleicht hätte auch ein weniger brüskes Verfahren gewählt und ohne Ultimatum der gewünschte Erfolg erzielt werden können. Die Wiener Regierung scheint jedenfalls dieser Ansicht zu sein, denn sie hat Prinz Hohenlohe (angeblich auf ein Verwenden des italienischen Botschafters hin) nach Wien rufen lassen, und, wie jetzt verlautet, soll die dem Magistrat gesetzte Entlassungsfrist ziemlich ausgedehnt werden.

Daß die hiesigen Deutschen sowie die deutsch-österreichischen Zeitungen mit den zu entlassenden Reichsitalienern sympathisieren, ergibt sich aus ihrer nationalen Interessengemeinschaft mit den Italienisch-Liberalen gegenüber den Südslawen.

Pellmann

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Einfach Deutsch!

Nr. 15 746

## *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 179 Rom, den 31. August 1913

Da das bekannte Communiqué des „Fremdenblattes", welches eine Milderung bei der Ausführung der Triestiner Erlasse zugestand, hier nicht befriedigt hatte, so war der Herzog von Avarna beauftragt worden, nochmals bei Graf Berchtold im Sinne der Aufhebung oder wenigstens Nichtanwendung der Erlasse vorstellig zu werden. Es trifft nicht zu, daß der Herzog, wie österreichische Blätter behaupteten, bei dieser Gelegenheit den Dank der italienischen Regierung übermittelt habe. Vielmehr hat er dem Grafen Berchtold gesagt, daß die Haltung der österreichischen Regierung eine ungünstige Wirkung auf die italienische Wahlkampagne auszuüben geeignet sei, und daß die italienische Regierung daher im Bundesinteresse nicht nur um Milderung, sondern um gänzliche Remedur des durch die Erlasse angerichteten Schadens bitte. Graf Berchtold hat darauf nochmals eine möglichst milde Ausführung der Erlasse zugesagt, weiteres Entgegenkommen aber abgelehnt. Mit dieser Antwort ist man hier natürlich sehr unzufrieden. Man hätte gern einen vollen diplomatischen Erfolg gebucht und muß sich nun mit einem teilweisen Rückzug Österreichs begnügen. Die Zeitungskampagne gegen Österreich geht weiter. — Ein wenig wird das Ressentiment durch die Tatsache gelindert, daß die liberale österreichische Presse für die italienische Auffassung eingetreten ist. — Sollte selbst in einiger Zeit auf beiden Seiten Beruhigung über den Zwischenfall eintreten, so dürfte doch die bittere Stimmung — in Italien wegen der österreichischen Rücksichtslosigkeit, in Österreich wegen der italienischen Einmischung — noch lange nachwirken. Hier wird diese Stimmung sich voraussichtlich in scharfer Weise im Senat und in der Kammer äußern.

Flotow

## Nr. 15 747

### *Der Geschäftsträger in Rom von Beneckendorff und von Hindenburg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 187 Rom, den 10. September 1913

Ich fragte Marquis di San Giuliano, ob die Äußerungen österreichischer Blätter begründet seien, daß die neueste italienisch-österreichische Verstimmung jetzt als beigelegt gelten könne, und daß der Gegenbesuch bei Graf Berchtold * demnächst erfolgen werde. Der Minister bezeichnete diese Auffassung als durchaus unrichtig. Er könne vorläufig den Besuch des Grafen Berchtold nicht erwidern und wisse auch nicht, wann dies möglich sein würde [1]. Die Irritation gegen Österreich sei noch im Zunehmen und die unerfreulichen Folgen, die diese mit neuer Kraft erwachte Abneigung noch im italienischen Volke zeitigen könnte, ließen sich gar nicht absehen. Der Marquis wies mit Bitterkeit darauf hin, wie er schon 1910 gegen die Ansicht ganz Italiens für ein besseres Verhältnis mit Österreich eingetreten sei, und wie man ihm nun mit einem Schlage die mühsame Arbeit der letzten drei Jahre zerstört habe. Er versicherte mir, daß man keine Repressalien gegen Österreich ergreifen werde, daß aber augenblicklich die Frage der Triester Erlasse in der juristischen Abteilung seines Ministeriums geprüft werde, um festzustellen, ob sie sich für den Haager Schiedshof eigne [1]. Er sagte dann noch, daß die Präfekten die Weisung erhalten würden, nicht zu scharf gegen etwaige antiösterreichische Demonstrationen vorzugehen [1]. In den gemeinsamen auswärtigen Fragen, besonders bezüglich Albaniens, wolle die italienische Regierung aus Opportunitätsgründen versuchen, weiter loyal mit Österreich zusammenzuarbeiten.

Hier in Rom war gestern noch nichts von Milde gegen antiösterreichische Demonstranten zu bemerken. Es fand nämlich auf der Piazza Colonna zunächst eine antiklerikale Demonstration gegen die zugereisten katholischen Turner statt, unter denen sich übrigens auch eine Düsseldorfer und eine „elsässische" Gruppe befand. Die „elsässische" Gruppe war schon früher belästigt worden, als sie entgegen dem Verbot der Quästur mit fliegenden Fahnen — ob mit „el-

---

* Der Besuch des Grafen Berchtold bei Marquis di San Giuliano hatte bereits am 23. Oktober 1912 in San Rossore bei Pisa stattgefunden. Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXL, Nr. 11 269 und 11 270. Der Gegenbesuch des italienischen Außenministers war für Oktober 1913 geplant, wurde aber erst wegen des Triester Zwischenfalls und dann wegen der vorgerückten Jahreszeit hinausgeschoben; er fand dann vom 14.—18. April 1914 in Abbazia statt. Vgl. dazu Kap. CCXCV.

sässischen" oder deutschen Fahnen konnte ich nicht sicher feststellen — zum Vatikan gezogen war. Über eine Belästigung der Düsseldorfer Gruppe ist mir nichts bekannt geworden. Als nun abends auf der Piazza Colonna die Antiklerikalen ihrer Verachtung aller klerikalen Turner brüllenden Ausdruck verliehen hatten, begannen einige Demonstranten: „Viva Trieste!" zu schreien. Dann stürmten viele vor den Palazzo Chigi, um dort weiter zu demonstrieren. Da griff aber die Polizei sehr scharf ein, schritt zu Verhaftungen und setzte der Kundgebung mit Hilfe einer Infanteriekompagnie ein rasches Ende.

Hindenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] !

Nr. 15 748

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky*

Eigenhändiges Konzept

Nr. 1361 Berlin, den 22. September 1913

Marquis di San Giuliano hat mich wiederholt auf die Erregung aufmerksam machen lassen, welche der bekannte Erlaß der Triester Statthalterei in der öffentlichen Meinung Italiens hervorgerufen hätte. Diese Stimmung sei um so verhängnisvoller, als sie sich am Vorabend der italienischen Parlamentswahlen geltend mache. Wenn österreichischerseits keine Remedur einträte, sei die römische Regierung machtlos dagegen, und ihm werde es sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht, seine bisherige Politik eines engen Zusammengehens mit dem Wiener Kabinett fortzusetzen. Die Bitten des Ministers, in Wien vermittelnd zu wirken, habe ich jedoch stets abgelehnt, da es sich um Fragen innerer Politik handle, in welche wir uns jeder Einmischung enthalten müßten.

Trotzdem ist der hiesige italienische Geschäftsträger* nochmals mit der Anregung des Marquis di San Giuliano an mich herangetreten, ob es nicht möglich wäre, in Wien einen Ausweg zu empfehlen, durch welchen der italienischen Regierung die Beruhigung der öffentlichen Meinung erleichtert würde: Wenn nämlich die österreichische Cour administrative — ich weiß nicht, ob die Kompetenz eines solchen Oberverwaltungsgerichts in Österreich besteht — erkennte, daß der Erlaß der Statthalterei nur für die im direkten Dienst der Kommune stehenden Beamten Geltung habe, auf die in den munizipalisierten Unternehmungen Angestellten aber nicht angewandt werden könne.

* A. Martin-Franklin.

Ich habe mich auch diesem Wunsch des Marquis di San Giuliano gegenüber ablehnend verhalten und darauf hingewiesen, daß es Sache des Herzogs von Avarna sei, die Wünsche seiner Regierung in Wien geltend zu machen.

Für den Fall, daß dortseits die italienisch-österreichische Differenz zur Sprache gebracht wird, teile ich obiges Ew. pp. zu Ihrer gefälligen Orientierung mit. Sollten Sie es diesenfalls für angebracht halten, den Gedanken des Marquis di San Giuliano zu verwerten, so bitte ich das doch nur mit dem ausdrücklichen Bemerken zu tun, daß wir uns prinzipiell jeder Einmischung in die Angelegenheit enthielten.

Jagow

## Nr. 15 749

### *Der Konsul in Triest Winckel an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 172 Triest, den 6. Oktober 1913

Mit Bezug auf den Bericht vom 26. August d. Js. Nr. 145*.

In der Angelegenheit der politischen Erlasse des hiesigen Statthalters zu Ungunsten der im städtischen Dienst stehenden Reichsitaliener hat Prinz Hohenlohe mir kürzlich gelegentlich eines Besuches seine Motive dargelegt, deren Kenntnis von Interesse sein dürfte.

Er sagte einleitend, ihm sei aufgefallen, daß nicht nur italienische, sondern auch größere reichsdeutsche Zeitungen sich recht ungünstig über die von ihm getroffene Verfügung ausgesprochen hätten; sie seien im Irrtum [1]; sonst pflegten reichsdeutsche Blätter maßvoller und billiger zu urteilen. Seine Verfügung sei nicht nur staats- und völkerrechtlich vollkommen berechtigt, sondern auch vom politischen Gesichtspunkt aus notwendig geworden [2]. Die beim hiesigen Munizipium angestellten Italiener seien, wie die angestellten Recherchen ergeben hätten, ausnahmslos Emissäre der irredentistischen Partei [3], gegen die Österreich sich zu wehren habe. Kein anderer Staat würde eine solche Nachsicht gegen offenbar staatsfeindliche Elemente üben, wie es Österreich bisher getan habe. So zum Beispiel würde die Regierung von Elsaß-Lothringen es wohl unter keinen Umständen dulden [4], daß in der Stadtverwaltung von Straßburg Leute tätig seien, von denen man wüßte, daß sie für die Losreißung der genannten Provinzen von Deutschland und deren Wiedervereinigung mit Frankreich arbeiten.

---

* Siehe Nr. 15 745.

Italien sei zwar mit Österreich-Ungarn verbündet und demgemäß auch als sein Freund anzusehen; ein Freund müsse aber, wenn die Freundschaft Bestand haben solle, sich in seinem Verhalten von der Vernunft leiten lassen und dürfe sich nicht in persönliche Angelegenheiten des Befreundeten einmischen, er dürfe sich zum Beispiel nicht herausnehmen, zu bestimmen[5], wie die Kinder desselben erzogen werden, oder was mittags gekocht werden solle.

Man möge einmal den umgekehrten Fall setzen, daß österreichische Untertanen in Italien bei Munizipien, zum Beispiel in Venedig, beschäftigt wären und wegen politischer Umtriebe entlassen werden sollten. Eine Anstellung von Österreichern durch italienische Stadtvertretungen sei so gut wie undenkbar; wenn dies aber geschehe, und die Betreffenden müßten die Folgen etwaiger landesverräterischer Pläne tragen, so werde sich in Österreich niemand beklagen.

Es sei Pflicht der italienischen Regierung, wenn anders sie wirklich aufrichtig gute Beziehungen zu Österreich-Ungarn pflegen wolle, diese unüberlegte und unbillige Hetze der italienischen Presse zu unterdrücken.

Prinz Hohenlohe fügte hinzu, er glaube, daß die italienische Preßkampagne besonders ihn selbst treffen wolle, da er den Mut gehabt habe, die Italiener an die auf österreichischem Boden zu erfüllenden Pflichten zu erinnern.

Winckel

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] !
[2] Total Verrückt
[3] das ist nichts Neues!
[4] die duldet vieles was ich nicht billige
[5] Das ist alles richtig aber nicht neu, und nicht in diesem Augenblick per Ordre de mufti zu ändern
Schlußbemerkung des Kaisers:
Er verkennt total die Situation und zeigt einen bedauerlichen Mangel an Staatsmännischer Voraussicht und Urtheil

## Nr. 15 750

## *Der Geschäftsträger in Rom von Beneckendorff und von Hindenburg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 208 Rom, den 8. Oktober 1913

Der temperamentvolle, oft ungenau informierte, aber stets unbekümmert darauf losschreibende römische Korrespondent der „Deutschen Tageszeitung" telegraphiert neuerdings des öfteren an sein

Blatt, daß die italienisch-österreichische Verstimmung als erledigt gelten könne. Und zwar sei dies durch die bekannten freundlichen Briefe der Grafen Stürgkh und Berchtold an den Wiener Korrespondenten des „Corriere della Sera“ einerseits und durch die leidlich befriedigten Kommentare einiger italienischer Blätter darüber, daß keine Absicht bestehe, die Triester Erlasse in Tirol nachzuahmen, andererseits erfolgt.

Wie ich autoritativ in der Konsulta höre, ist dies durchaus nicht der Fall. Die Verstimmung dauert an sowohl bei der Regierung als in der öffentlichen Meinung. Wahr ist nur, daß die Regierung aus Rücksicht auf die Dreibundinteressen mildernd auf die italienische Presse einwirkt. Um Österreich eine Tür offen zu lassen, wird geschickt hier und dort die Nachricht verbreitet, daß von österreichischer Seite doch vielleicht noch eine Italien befriedigende Genugtuung erfolgen werde. Aber mit Briefen an Korrespondenten, die man nicht empfangen konnte oder wollte, ist es natürlich nicht getan, wenn diese Briefe auch noch so freundlich klingen. Die beste Genugtuung würde natürlich die Annullierung der Triester Dekrete sein. Da dies aber wohl nicht möglich ist, so würde wohl auch die Entlassung des Statthalters Prinzen Hohenlohe [1] genügen. Auf diese Entlassung hatte man sich hier gespitzt, weil man sich erinnerte, daß Herr Giolitti im vorigen Jahre den Präfekten von Bologna sofort absetzte, als dieser eine kleine irredentistische Demonstration nicht rechtzeitig vorausgesehen und verhindert hatte [*]. Wenn aber auch die Entlassung des Prinzen aus innerpolitischen Gründen ausgeschlossen sein sollte, so ließe sich doch wohl nach Ansicht hiesiger maßgebender Kreise eine Genugtuung finden, die mit einem Schlage die Wogen glätten würde. Das wäre die Schaffung der italienischen Universität in Triest. Und dieses Zugeständnis, das hier sicherlich versöhnend wirken würde, wäre auch eine sehr kluge Maßregel gegen den Irredentismus. Denn die österreichischen Italiener würden dann nicht mehr auf italienische Universitäten gehen und sich dort mit irredentistischen Ideen anstecken, sondern in Triest studieren, wo sie leicht auf dem richtigen politischen Wege erhalten werden könnten.

Die Irritation der Presse zu dämpfen, ist keine leichte Aufgabe für die hiesige Regierung. Denn fast täglich treffen Nachrichten über irgendeine Italienern in Österreich widerfahrene Unbill ein. Hier werden junge Leute verurteilt, weil sie „Evviva“ gerufen haben, als der König Viktor Emanuel anläßlich der Kieler Reise durch Tirol fuhr, dort verhaftet man ein junges Mädchen, weil es die Tripolishymne singt, in einem Ort im Trentino wird ein Reichsitaliener ohne ersichtlichen Grund ausgewiesen und dadurch geschäftlich zu Grunde gerichtet. Solche vielleicht teilweise erfundene faits-divers werden

---

[*] Vgl. auch Nr. 15 740.

überall verbreitet, und es ist anerkennenswert, daß die hiesige Regierung bemüht ist, aus großpolitischen Gründen gegen die allgemeine Entrüstung anzukämpfen. Allerdings hat Italien, wie ich höre, in Wien keinen Zweifel darüber gelassen, daß es im Senat und in der Kammer sehr unangenehme Debatten und vom Regierungstisch für Österreich unerfreuliche Erklärungen geben dürfte, wenn die Situation sich bis Ende November nicht günstig verändert hat.

Eigentümlich wäre es, wenn die bereits früher erwähnte Kommission des contenzioso diplomatico, welche die Legalität der Triester Erlasse untersuchen und eventuell einen Schiedsfall konstruieren soll *, die Erlasse als berechtigt bezeichnete. Hinter diesen Spruch könnte sich dann der Marquis di San Giuliano eventuell verschanzen, die italienische Verstimmung gegen Österreich würde aber auch durch eine solche Entscheidung nicht beseitigt werden.

v. Hindenburg

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ist eigentlich ganz selbstverständlich!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Richtig

Nr. 15 751

*Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 334 Wien, den 24. Oktober 1913

Wenn ich hier im Ministerium des Äußern wiederholt der Auffassung begegnet bin, daß die durch die bekannten Triester Erlasse in Italien hervorgerufene Verstimmung gegen Österreich-Ungarn einer ernsteren Bedeutung entbehre, daß vielmehr die Beziehungen zwischen den beiden Ländern im Lauf der letzten Orientkrisis speziell durch das Zusammenarbeiten in der albanischen Frage sich viel zu eng gestaltet hätten, als daß sie durch einen Zwischenfall, wie der von Triest, ernstlich gefährdet werden könnten, so möchte ich hierin einen doch etwas zu weitgehenden Optimismus erblicken [1]. Wenigstens geben die Nachrichten aus Rom, welche Euere Exzellenz die Gewogenheit hatten mir zur Information zukommen zu lassen, zu Zweifeln in dieser Beziehung Anlaß, und auch der Herzog von Avarna sowie sein Botschaftsrat ** äußerten sich mir gegenüber zu wiederholten Malen in besorgter Weise über die Folgen der österreichischen Maßnahme. Der italienische Botschafter sieht dadurch das Ergebnis jahrelanger mühseliger Arbeit in Frage gestellt, und wenn er auch

* Vgl. Nr. 15 747.
** Marquis L. Negrotto Cambiaso.

nicht an der absoluten Loyalität der Intentionen des Grafen Berchtold zweifelt, so erblickt er doch in dem Vorgehen des Prinzen zu Hohenlohe einen bedauerlichen Mangel an Kohärenz in der österreichischen Staatsmaschine, der in dem gegebenen Augenblick verhängnisvoll wirken mußte. Der 71jährige Herzog, der vielleicht bald am Ende seiner amtlichen Laufbahn steht, und dessen ernstes und ehrliches Bestreben stets darauf gerichtet gewesen ist, die Beziehungen zwischen seinem Vaterlande und der benachbarten Monarchie immer freundschaftlicher zu gestalten, ist durch diese unerwartete Enttäuschung stark deprimiert.

Vom Standpunkt der Legalität ist gewiß nichts gegen die Hohenlohesche Maßnahme einzuwenden, zumal da, wie mir der Minister des Innern * kürzlich sagte, die Triester Stadtverwaltung mehr und mehr die Tendenz zeigt, fast ausschließlich Reichsitaliener in ihren verschiedenen Dienstzweigen anzustellen. Ebenso einig muß man sich aber über die Inopportunität des Schrittes sein.

Was den weiteren Verlauf der Angelegenheit betrifft, so höre ich von Baron Heinold, daß die Munizipalverwaltung von Triest vor einiger Zeit bei dem Ministerium des Innern eine Beschwerde gegen das Vorgehen des Statthalters eingereicht habe, die aber natürlich abgewiesen werden müsse. Es wird dann voraussichtlich eine Berufung an den Verwaltungsgerichtshof stattfinden.

Im Hinblick auf diese Möglichkeit habe ich bei einer Unterhaltung mit dem Kabinettschef des Grafen Berchtold **, wobei die Rede auch auf die österreichisch-italienische Differenz kam, Gelegenheit genommen, den Gedanken des Marquis di San Giuliano, daß der Statthaltereierlaß nur auf die eigentlichen Kommunalbeamten, nicht aber auf die in den munizipalisierten Unternehmungen Angestellten angewandt werden sollte ***, gesprächsweise zu verwerten, und zwar mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß wir uns prinzipiell jeder Einmischung in die Angelegenheit enthalten wollten; ich hätte aber geglaubt, die italienische Anregung könnte vielleicht hier von Interesse sein.

Graf Hoyos hörte mich aufmerksam an, meinte aber, er wisse nicht, ob Prinz Hohenlohe eine solche Konzession werde machen können, ohne seine eigenen Worte zurücknehmen zu müssen. Immerhin dankte mir der Graf für meine Andeutung, und ich glaube bestimmt, daß er sie in der richtigen Weise an der richtigen Stelle verwerten wird.

W. Prz. Stolberg

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig

---

* Freiherr Heinold von Udýnski.
** Graf Hoyos.
*** Vgl. Nr. 15 748.

## Nr. 15752

### *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Ausfertigung

Nr. 233 Rom, den 9. November 1913

Der Marquis di San Giuliano ist in ungewöhnlich gedrückter Stimmung. In einer Unterhaltung, in der er mit mir die gesamte politische Lage besprach, äußerte er von neuem, das Verhalten Österreichs in der Triester Frage erfülle ihn mit tiefer Sorge für die Zukunft. Die öffentliche Meinung Italiens habe das österreichische Vorgehen — mit Recht oder Unrecht — nun einmal als einen Schlag ins Gesicht empfunden, und die Weigerung der österreichischen Regierung, in irgendeiner Form eine Remedur eintreten zu lassen, bringe Herrn Giolitti und ihn in eine Zwangslage gegenüber dem italienischen Parlament. Zwar habe Österreich hier verlauten lassen, es suche nach einem Auswege, der der italienischen öffentlichen Meinung eine Art Genugtuung biete, er bezweifle aber, daß man sich in Wien zu annehmbaren Maßregeln entschließen werde. Denn der aufgetauchte Gedanke, den von den Triester Erlassen betroffenen Italienern die österreichische Staatsangehörigkeit zu gewähren, könne natürlich als befriedigende Lösung nicht betrachtet werden. Unter diesen Umständen werde die italienische Regierung gezwungen sein, bei dem demnächstigen Zusammentritt der Kammer Erklärungen abzugeben, die der inneren Festigkeit des Bündnisses und damit des Dreibundes abträglich sein müßten.

Der Minister hat die Festigung und den Ausbau der italienisch-österreichischen Beziehungen als eine Art Lebenswerk seines Ministeriums betrachtet, das Zusammengehen beider Länder in diesem Sommer in den Balkanwirren schien einen vollen Erfolg seiner Bestrebungen zu bedeuten. Um so mehr schmerzt ihn die Erfahrung, die er nun mit Österreich in einem Augenblick macht, in dem sein Ministerium dem Ende zuzugehen scheint. Denn er deutete mir an, daß aller Wahrscheinlichkeit nach Herr Giolitti demnächst zurücktreten werde. Er fügte hinzu, daß gerade dieses Moment geeignet sei, bei der bevorstehenden Kammereröffnung die Diskussion der auswärtigen Politik in ungünstigem Sinne zu beeinflussen. Denn die Furcht vor Herrn Giolitti, die bisher der Regierung ermöglicht habe, die Abgeordneten bei der Erörterung von Vorgängen der auswärtigen

---

* Der Flotowsche Bericht wurde am 14. November dem Botschafter von Tschirschky „zur gefälligen Information und mit dem Ersuchen, von dem Inhalte dem Grafen Berchtold mündlich durch Verlesen Kenntnis geben zu wollen", mitgeteilt (Erlaß Nr. 1622).

Politik in Schranken zu halten, werde einem zurücktretenden Ministerpräsidenten fehlen.

Ich habe dem Marquis di San Giuliano gesagt, daß meines Erachtens die öffentliche Meinung Italiens zu weit gehe, wenn sie eine Maßnahme der österreichischen Verwaltung als einen beabsichtigten Affront Italiens auffasse und dementsprechend auf „Genugtuungen“ bestehe. Die Maßregel sei sicherlich im gegenwärtigen Augenblick im höchsten Grade inopportun, man müsse aber nicht vergessen, daß jeder Staat schließlich im Prinzip mehr oder weniger verlange, daß staatliche und kommunale Beamte aus seinen eigenen Staatsangehörigen gewählt würden. Der Minister hielt mir entgegen, daß die Nation nun einmal nahezu einmütig in der Maßregel den Ausdruck eines unfreundlichen Aktes Österreichs sehe, und daß man mit dieser Disposition der öffentlichen Meinung Italiens als mit einer politischen Tatsache rechnen müsse. Es bilde sich hier mehr und mehr die Überzeugung aus, daß Österreich nicht gewillt sei, in dauernd freundschaftlichen Beziehungen zur italienischen Nation zu leben. Was das für Bündnis und Dreibund bedeute, brauche er nicht zu sagen. Auch müsse er sich bei reiflicher Überlegung sagen, daß bei der von Österreich aus innerpolitischen Gründen eingenommenen slawophilen Haltung für Italien das eigentliche und innerste Motiv des Bündnisses fortfalle. Denn die Bedeutung Österreichs für die italienische Halbinsel sei diejenige eines Walles gegen slawische Überflutung. Es könne für das Königreich nicht gleichgültig sein, wenn die österreichische Politik durch Slawisierung der Grenzländer denjenigen Zustand herbeiführe, zu dessen Abwehr Italien gerade das Bündnis geschlossen habe*.

Man kann den Ernst dieser Erwägungen nicht abweisen. Wenn in diese gespannte Situation demnächst ein weniger dreibundfreundliches Ministerium als das jetzige treten sollte, so ist eine Minderung der inneren Kohärenz des Dreibundes in der Tat nicht ganz außerhalb des Bereichs der Möglichkeiten. Der Euerer Exzellenz bekannte Vorstoß des Herrn Barrère in der Richtung auf ein italienisch-französisches Mittelmeerabkommen** zeigt, daß man auf der uns abgewandten Seite bereits „Morgenluft wittert“. Marquis di San Giuliano sagte mir, zu einer präziseren Fassung von Vorschlägen sei Frankreich bisher noch nicht gelangt; zugleich gab er zu erkennen, daß solange er Minister sei, die französischen Annäherungsversuche einer kühlen Reserve begegnen würden, daß er aber natürlich für ihre spätere Aufnahme durch eine andere Regierung nicht einstehen könne. Daß Herr

* Die Darlegungen Marquis di San Giulianos lassen außer acht, daß Italien selbst durch sein Paktieren mit Rußland über die Entwicklung der slawischen Balkanvölker und durch sein Eintreten für Serbien das Vordringen des Slawentums seit langem förderte.

** Vgl. dazu Kap. CCXCVII.

Kokowzow hier eingehende Besprechungen mit dem Marquis di San Giuliano gehabt hat*, ist Euerer Exzellenz aus den Mitteilungen des italienischen Botschafters bekannt. Der Marquis di San Giuliano bestätigte mir noch einmal, daß er mit Herrn Kokowzow „die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der russisch-italienischen Beziehungen erwogen" habe. Der italienische Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat ja, wie ich berichten durfte, diesen Beziehungen zu Rußland stets eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Bei dieser Sachlage ist es sicher nicht unbedenklich, wenn Österreich nicht den geringsten Versuch machen sollte, die entfremdete italienische öffentliche Meinung wieder zu gewinnen. Marquis di San Giuliano bedauert lebhaft, daß die Kaiserliche Regierung nicht mehr, als es geschehen ist, einen Einfluß in diesem Sinne in Wien ausüben könnte. Indessen, als ich ihm auseinandersetzte, welche Schwierigkeiten in der Polenfrage und anderem uns eine große Reserve in Verwaltungsangelegenheiten Österreich gegenüber auferlegen, zeigte er sich nicht ohne Verständnis dafür. Immerhin legt er Wert darauf, mir zu sagen, daß er es zum Beispiel als einen gangbaren Ausweg betrachten würde, wenn man Österreich suggerierte, den von der Triester Maßregel betroffenen Italienern zunächst einen Aufschub von etwa zwei Jahren zu gewähren. In dieser Zeit könne man dann vieles arrangieren.

Von anderer Seite wird mir gesagt, daß Italien insbesondere ein Entgegenkommen in der Frage der italienischen Universität als ein willkommenes Zeichen des österreichischen Wunsches nach Herstellung kordialer Beziehungen zu Italien begrüßen würde. Man sollte meinen, daß es der österreichischen Staatsleitung bei einigem guten Willen gelingen müßte, auf einem oder dem anderen dieser Gebiete einen gangbaren Ausweg zu finden.

Flotow

## Nr. 15 753

### *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 360 Wien, den 18. November 1913
Vertraulich

Ich habe weisungsgemäß dem Grafen Berchtold von dem Inhalte des Berichts des Kaiserlichen Botschafters in Rom vom 9. d. Mts.

* Näheres darüber in Kokowzows Immediatbericht vom 2. Dezember 1913. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 393 f.

Nr. 233*, Anlage zu Erlaß Nr. 1622 vom 14. d. Mts.**, durch Verlesen Kenntnis gegeben.

Der Minister, der Euerer Exzellenz für die Mitteilung bestens danken läßt, bemerkte im einzelnen zur Sache folgendes:

In Italien habe man anscheinend völlig den Maßstab verloren bei Behandlung der Triester Frage. Es handle sich doch einfach um eine nach dem Gesetze völlig einwandfreie innere österreichische Maßnahme. Kein Staat könne sich eine Ingerenz in innere Fragen in der Form gefallen lassen, wie Italien in diesem Falle zu tun für angezeigt gehalten habe. Ich betonte gleich hier dem Minister gegenüber, daß die Richtigkeit dieses Satzes von niemandem bestritten werde, daß es der Kaiserlichen Regierung auch in keiner Weise in den Sinn kommen könne, die Maßnahmen der österreichischen Regierung zu kritisieren, daß er aber mit mir gewiß der Ansicht sein werde, daß man irgendwie aus der Sackgasse herauszukommen trachten müsse, wolle man nicht für die allgemeine Lage des Dreibundes sehr unliebsame Konsequenzen heraufbeschwören.

Graf Berchtold gab dies sofort zu und meinte, er habe bisher schon sein möglichstes getan, um den Italienern entgegenzukommen. So habe die österreichische Regierung auf sein Drängen eingewilligt, sämtlichen in Frage kommenden Reichsitalienern das österreichische Indigenat auf Antrag zu verleihen, obgleich sich unter diesen Leuten Elemente befänden, die aus ihren irredentistischen Tendenzen kein Hehl machten. Zu seinem Befremden habe aber jede Konzession, die er dem Herrn Giolitti in dieser Sache gemacht, umgehend den Weg in die italienische Presse gefunden, und von Rom aus habe man dann, wenn irgendein extremes Blatt diese Konzession als ungenügend bezeichnet habe, mit Berufung auf die „öffentliche Meinung" die hiesigen Vorschläge abgelehnt und weitere Ansprüche gestellt***. Er werde sich aber durch dieses eigenartige Vorgehen der italienischen Regierung nicht beeinflussen lassen in seinem Entschlusse, die Sache zu einem befriedigenden Ende zu bringen. Da man neuerdings in Rom darauf bestehe, daß in der Sache eine Erklärung der österreichischen oder wenigstens der gemeinsamen Regierung erfolge, so sei er jetzt dabei, eine Erklärung aufzusetzen, die er in der Delegation abzugeben gedenke. Nun werde er sich hüten, den Text dieser Erklärung den Italienern mitzuteilen, da sie sonst wieder vorher im „Messagero" zu lesen sein würde. Er hoffe damit die Sache beilegen zu können.

Von meinem italienischen Kollegen erfahre ich vertraulich, daß dieser die in eine solche Erklärung aufzunehmenden Gesichtspunkte dem Herrn von Mérey bereits in die Hand gegeben hat. Der Herzog

---

* Nr. 15 752.

** Vgl. Nr. 15 752, Fußnote *.

*** Vgl. dazu Nr. 15 752.

von Avarna hofft, daß sich schließlich noch der österreichische Ministerpräsident bereit finden werde, selbst die Erklärung in den Delegationen zu machen. Dies würde in Rom viel wirksamer sein. An den guten Dispositionen des Grafen Berchtold Italien gegenüber zweifle ohnehin kein Mensch in Italien. Würde dieser die Erklärung abgeben, so würde man in Rom sagen, Graf Berchtold spreche nur im eigenen Namen, binde aber durch seine Erklärung nicht die österreichische Regierung, die doch die Anstifterin der betreffenden italienerfeindlichen Maßregel gewesen, und die die eigentliche Trägerin der italophoben Politik sei. Deshalb müsse er, Avarna, im Interesse einer gründlichen Beseitigung des bedauerlichen Zwischenfalles Wert darauf legen, daß die betreffende Erklärung vom verantwortlichen Leiter der österreichischen Regierung abgegeben werde.

von Tschirschky

## Nr. 15 754

## *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Entzifferung

Nr. 362 Wien, den 19. November 1913
Geheim

Herr Mérey suchte mich soeben auf, um mich im Einverständnis mit Graf Berchtold über den Stand der Triester Frage zu orientieren. Er sagte mir, es sei ihm gelungen, nach langem Zureden den Grafen Stürgkh zu bestimmen, die betreffende Erklärung im österreichischen Delegationsausschuß selbst abzugeben. Der Botschafter war sichtlich sehr erfreut über dies Ergebnis seiner Bemühungen, denn auch er legt, ebenso wie der Herzog von Avarna, entscheidendes Gewicht darauf, daß der Präsident der österreichischen Regierung selbst die Remedur für die begangene Ungeschicklichkeit schafft.

Außerdem habe er, Herr von Mérey, vorgeschlagen, um schon vorher eine günstige Stimmung in Italien zu erzeugen, und um die Sympathien für die Person seines kaiserlichen Herrn — die in Italien unstreitig vorhanden wären — wieder zu beleben, daß ein vor zirka einem halben Jahre hier in Österreich verurteilter jugendlicher Irredentist — er hatte noch nicht das achtzehnte Lebensjahr erreicht zur Zeit seiner Verurteilung — begnadigt werde*. Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph sei bereitwilligst auf diesen Vorschlag eingegangen. Die Begnadigung soll noch im Laufe dieser Woche erfolgen,

---

* Es handelte sich um den Ende April wegen Hochverrats und Majestätsbeleidigung zu fünf Jahren Kerker verurteilten Mario Sterle; vgl. Nr. 15 738.

während als Zeitpunkt für die Abgabe der Erklärung der Montag oder Dienstag der nächsten Woche in Aussicht genommen ist. Herr von Mérey ist der sicheren Hoffnung, daß mit diesen beiden Kundgebungen der bedauerliche Zwischenfall definitiv beigelegt sein werde.

Der Botschafter reist Sonnabend auf seinen Posten nach Rom zurück.

von Tschirschky

Nr. 15 755

## *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 247 Rom, den 22. November 1913

Die jüngsten österreichischen Schritte, um eine Entspannung der Beziehungen zu Italien herbeizuführen, sind hier sehr günstig aufgenommen worden. Schon die wenigen freundlichen Bemerkungen über Italien, die in der Rede des Grafen Berchtold enthalten waren *, fanden hier eine von der hiesigen Regierung geförderte, freundliche Anerkennung der Presse. Noch mehr ist das der Fall bei der Begnadigung des seinerzeit wegen antiösterreichischer Kundgebungen in Österreich verurteilten Mario Sterle. Dieser im glücklichen Augenblick getane Schritt der österreichischen Regierung hat eine Reihe von Leuten entwaffnet, die eine unentwegte Agitation gegen die Donaumonarchie nicht ohne Erfolg betrieben. Die Presse ist voller Anerkennung für den „chevaleresken" Entschluß des österreichischen Herrschers. Man begnügt sich ja hier schließlich mit wenigem, wenn es sich um Österreich handelt, und, wie bei allen lateinischen Nationen ist es mehr das „Wie" als das „Was", das entscheidet.

Auch der Marquis di San Giuliano äußerte sich heute befriedigt über die österreichischen Ansätze zu einer rücksichtsvollen und verständnisreicheren Behandlung Italiens. Über die durch die hiesigen

---

* In der großen Rede, mit der Graf Berchtold am 19. November dem Ausschuß der ungarischen Delegation Bericht über die auswärtige Politik erstattete, hieß es bezüglich Italiens und des Dreibunds: „Die Festigkeit der europäischen Gruppierungen kam insbesondere in der unentwegt tatkräftigen, loyalen Unterstützung zum Ausdruck, welche uns unsere bewährten Bundesgenossen, das Deutsche Reich und Italien, während der [Balkan]krise angedeihen ließen. Der Dreibund, welcher lange vor Eintritt des auf das kommende Jahr fallenden Endtermins am 7. Dezember 1912 erneuert werden konnte, hat seither Proben seines unerschütterlichen Fortbestandes und ungelockerten Gefüges gegeben. Mit dem an gewissen Balkanfragen gleich uns direkter interessierten Königreiche Italien befanden wir uns in vollster Übereinstimmung, so daß die beiden alliierten Mächte eine Aktion entfalten konnten, deren solidarische Durchführung die Intimität der beiderseitigen Beziehungen nur noch steigerte."

Zeitungen gegangene Meldung von einer Zurückziehung österreichischer Truppen aus dem Trentino hatte er noch keine zuverlässigen Nachrichten. Dagegen teilte er mir vertraulich mit, daß von dem österreichischen Ministerpräsidenten am künftigen Dienstag eine von versöhnlichem Geiste getragene Erklärung über die bekannten Triester Erlasse abgegeben werden solle. Er versprach sich davon eine gute Wirkung auf die italienische öffentliche Meinung und, wie er hinzufügte, auch auf Herrn Giolitti.

Flotow

Nr. 15 756

*Der Botschafter in Rom von Flotow an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 243 Rom, den 26. November 1913

Eindruck der Rede österreichischen Ministerpräsidenten über Triest* auf hiesige Regierung ein ausgezeichneter sowohl bei Giolitti als bei San Giuliano. Regierung bearbeitet Presse in gleichem Sinne. Unzufrieden nur ganz frankophile Blätter.

Flotow

---

* Graf Stürgkh hatte in seiner am 25. November im Ausschuß für Äußeres der österreichischen Delegation gehaltenen Rede über die Triester Erlasse unter anderem ausgeführt: „Was die bereits angestellten, von den Erlässen berührten Bediensteten der Gemeinde Triest anbelangt, so ist die Gemeinde bereit, in betreff dieser Personen das größte Entgegenkommen walten zu lassen. Dieses besteht insbesondere darin, daß für diese Bediensteten durch eine vorläufig nicht limitierte Verlängerung der für ihren Austritt aus dem Gemeindedienste sich ergebenden Fristen die wirtschaftlichen Nachteile der Verfügung tunlichst abgeschwächt werden. Auch wurde vorgesorgt, daß den in den Erlässen angeführten 39 Beamten und Dienern, wenn sie um die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft ansuchen — seitens eines Teiles derselben ist dies bereits geschehen —, die Aufnahme gewährt werde, da gegen deren Aufnahme dermalen nach den gepflogenen Erhebungen kein Hinderungsgrund nachweisbar vorliegt. Die gleiche entgegenkommende Absicht besteht gegenüber den übrigen in den Erlässen auch noch angeführten Angestellten, bezüglich welcher Personen noch Erhebungen darüber angeordnet sind, ob sie einerseits überhaupt unter die fragliche staatsgrundgesetzliche Bestimmung fallen, und ob andererseits nicht Hinderungsgründe gegen die Aufnahme in den Staatsverband nachgewiesen sind. — Durch die weitgehende Rücksichtnahme werden also zunächst individuell für die betreffenden Ausländer die Folgen der in Rede stehenden Verfügungen teils wesentlich gemildert, teils sogar ganz behoben. Der dargelegte alleinige Zweck der Erlässe, lediglich einen mit den Gesetzen nicht vereinbaren Zustand zu beseitigen, und das erwähnte besondere Entgegenkommen der Regierung bei der Durchführung der Maßnahmen gegenüber den bereits vorher angestellten Ausländern widerlegt die leider vielfach verbreitete Deutung, daß es sich um eine willkürliche Maßregel gegen Staatsbürger des uns befreundeten Königreiches Italien handelt, die sich in Österreich niedergelassen haben. — Das italienische Volkswesen und dessen altehrwürdige hohe Kultur, der die ganze

Nr. 15 757

## *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 250 Rom, den 27. November 1913
Vertraulich

Der österreichische Botschafter, soeben aus Wien zurückkehrend, sagt mir, daß er nur mit großer Mühe dort eine Art Entgegenkommen gegen Italien in der Triester Frage erreicht habe. Die verschiedensten Strömungen seien in der Angelegenheit zutage getreten, und wie gewöhnlich habe es an einer starken Persönlichkeit gefehlt, um sie unter einen Hut zu bringen. Der Minister des Innern sei zum Entgegenkommen gegen Italien geneigt gewesen, der Ministerpräsident Graf Stürgkh habe eine mehr intransigente Haltung eingenommen, und Graf Berchtold sei wie gewöhnlich schwankend gewesen. Daneben habe Prinz Hohenlohe und sein Anhang gegen jede Konzession an Italien agitiert. Endlich sei es ihm gelungen, die jetzige Kundgebung in den Delegationen * zu erwirken. Er habe hier eine gewisse Dankbarkeit der leitenden Persönlichkeiten, besonders auch des Herrn Giolitti, für das gezeigte Entgegenkommen konstatieren können.

In der Frage der italienischen Universität habe er dagegen selbst den Standpunkt vertreten, daß man Triest nicht zum Sitz der Universität erwählen dürfe. Der Boden sei dort zu unterwühlt durch beständige Agitation; man würde auf immerwährende Ruhestörungen und Konflikte gefaßt sein müssen. Grundsätzlich sei bei seiner Regierung der Wunsch vorhanden, durch Einrichtung der Universität die Agitation aus der Welt zu schaffen. Hinsichtlich des Ortes habe er eine stillere Stadt, etwa Rovereto, vorgeschlagen.

Vertraulich sagte mir der Botschafter, er sei nach Wien gekommen mit der Vorstellung, in dem Grafen Berchtold einen amtsmüden Minister zu finden. Er glaube sich darin geirrt zu haben. Der Graf habe von sich aus nicht den Wunsch sich zurückzuziehen, und er werde wohl von keiner Seite, auch von den Delegationen nicht, dazu gedrängt werden. Die inneren Verhältnisse des österreichischen

---

zivilisierte Welt so viel zu verdanken hat, genießen auch in Österreich große Sympathien und sind wiederholt Gegenstand uneingeschränkter Anerkennung und Würdigung seitens der österreichischen Regierung gewesen. — Sowohl das Bundesverhältnis wie vollends die zunehmende Intimität, welche sich in der letzten Zeit zwischen uns und unserem südlichen Verbündeten entwickelt hat, schließen jede feindliche Tendenz gegen dessen Staatsangehörige aus, welche vielmehr, insoweit sie sich in den Grenzen der Legalität und Loyalität halten, in der Monarchie stets auch auf eine billige und entgegenkommende Behandlung zählen können.“

* Vgl. Nr. 15 756.

Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten beurteilt der Botschafter optimistischer als früher. Durch den Weggang des Grafen Szápáryi nach St. Petersburg* sei sicher eine Besserung eingetreten. Der an seine Stelle getretene Graf Forgách sei durch etwas jüdische Manieren nicht grade anziehend, er sei aber zweifellos ein politischer und vorausschauender Kopf, mit dem man nüchterne und verständige Politik machen könne. Bei der notorischen Unselbständigkeit des Grafen Berchtold sei diese Wahl von erheblicher Bedeutung.

F l o t o w

Nr. 15 758

## *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Eigenhändiger Privatbrief

Ganz vertraulich Wien, den 3. Dezember 1913

Vor seiner für morgen in Aussicht genommenen Abreise in Urlaub besuchte mich mein italienischer Kollege heute. Bei dem durchaus vertrauensvollen Verhältnisse, welches nun schon jahrelang zwischen uns besteht, nahm der Herzog von Avarna Gelegenheit, sein Herz mir gegenüber auszuschütten, und zwar dieses Mal über seine eigene Regierung. Er knüpfte an den Triester Fall an und bemerkte, in dieser Frage sei man wirklich von hier aus so weit entgegengekommen, wie es überhaupt nur möglich gewesen sei. Anfänglich habe es auch geschienen, als ob seine Regierung und die öffentliche Meinung und Presse in Italien vollkommen befriedigt worden seien. Doch sei es ihm gleich verdächtig vorgekommen, daß die „Tribuna" nur in ganz allgemeinen und vagen Redewendungen über die Sache gesprochen habe, ohne irgendwie auf den Kern der Sache einzugehen. Nun sehe er aus einzelnen Bemerkungen des Marquis di San Giuliano, daß dieser — wohl als Sprachrohr des Herrn Giolitti — in seinen guten Dispositionen Österreich gegenüber wieder schwankend geworden sei. Der Marquis habe angedeutet, es sei doch kein sicherer Verlaß auf Österreich, und Italien müsse deshalb nicht aus dem Auge verlieren, sich die Rückendeckung bei Frankreich zu reservieren. Die immerfort schwankende Politik seiner Regierung mache ihn, den Herzog von Avarna, völlig mutlos, und er verzweifle an der Möglichkeit, jemals dauernd gute und vertrauensvolle Beziehungen zwischen Wien und Rom herstellen zu können. „Quelque chose m'échappe dans la politique de mon gouvernement", sagte der Herzog, „il doit y avoir

* Sektionschef Graf Szápáryi war im Herbst 1913 zum Botschafter in Petersburg an Stelle Graf Thurns designiert worden, trat seinen Posten aber erst Anfang 1914 an.

des influences dont je ne me rends pas compte." — Es sei im höchsten Grade bedauerlich, daß die Regierung in Rom sich völlig von der sogenannten öffentlichen Meinung l e i t e n lasse, anstatt wenigstens den Versuch zu machen, d i e s e zu leiten und zu beeinflussen. Sicherlich hätten die paar Demonstrationen, die von einigen verkappten irredentischen Vereinen in Italien wegen der Studentenexzesse in Graz* inszeniert worden seien, das Ministerium schon eingeschüchtert. —

Nach dem, was mir der Militärattaché** ganz vertraulich meldet, scheinen die Italiener auch in den militärischen Verhandlungen neuerdings wieder sehr zögernd vorzugehen.

von Tschirschky

## Nr. 15 759

## *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

**Nr. 398** Wien, den 18. Dezember 1913
**Vertraulich**

Graf Berchtold sprach sich mir gegenüber heute höchst befriedigt über die Rede des Marquis di San Giuliano*** aus. So verständig und zugleich so warm für den Dreibund und Österreich habe sich wohl noch nie ein italienischer Staatsmann geäußert.

Ich nahm Gelegenheit, dem Minister meine Glückwünsche auszusprechen zu dieser höchst erfreulichen und entschiedenen Besserung der österreichisch-italienischen Beziehungen. Es gebühre ihm, dem

---

* Ende November war in Graz ein Zusammenstoß zwischen deutschen und slawischen Studenten auf der einen Seite, italienischen auf der anderen erfolgt, der wieder in Italien österreichfeindliche Demonstrationen auslöste.

** Graf von Kageneck. Über die militärischen Verhandlungen vgl. Kap. CCXCIV.

*** In seiner Kammerrede vom 16. Dezember hatte sich Marquis di San Giuliano mit besonderer Wärme über das Zusammengehen Italiens und Österreichs vor allem in der Frage der albanesisch-griechischen Grenze, überhaupt während der ganzen Orientkrise ausgesprochen. Auch des Triester Zwischenfalls, den der Abgeordnete Barzilai zum Gegenstand von Ausfällen genommen hatte, gedachte der italienische Außenminister in durchaus versöhnlicher Weise: „In der Frage der Reichsitaliener, auf welche sich die Dekrete der Statthalterschaft in Triest bezogen, gab Barzilai selbst die beste Antwort, indem er anerkannte, daß man nicht mehr erlangen konnte. Gerade weil es sich um Reichsitaliener handelte, konnten wir eine freundschaftliche diplomatische Aktion einleiten. Da die Schwierigkeiten groß waren, verdient das Werk Berchtolds und des Botschafters Mérey, die eine dauernde Abkühlung der Freundschaft zwischen den beiden verbündeten Mächten abzuwenden verstanden, um so höher geschätzt zu werden."

Grafen Berchtold, ein wesentliches Verdienst dabei; denn die Beharrlichkeit, mit der er stets sich das Ziel der Konsolidierung der Beziehungen zu Italien vor Augen gehalten, und die — trotz mancher Widerstände — erreichte glückliche Lösung der Frage der Triester Erlasse hätten in erster Linie dazu beigetragen, die Stimmung zwischen den beiden Staaten zu bessern. Graf Berchtold war sichtlich sehr angenehm berührt durch meine Bemerkung und sagte, noch vor einigen Wochen hätte man eine so herzliche und vernünftige Sprache von Rom aus nicht für möglich gehalten.

Auf meine Frage, wie es mit dem Gegenbesuch des Marquis di San Giuliano stehe, teilte mir der Minister mit, Herr von Mérey habe ihm nahegelegt, dem Marquis sagen zu lassen, daß er ihn zwar sehr gern so bald als möglich sehen würde, mit Rücksicht auf seine angegriffene Gesundheit ihm aber vorschlage, den Besuch bis zur besseren Jahreszeit zu verschieben und ihn im Frühjahr in Abbazia zu besuchen. Marquis di San Giuliano sei mit Freuden auf diesen Vorschlag eingegangen.

von Tschirschky

## Nr. 15 760

### *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 86 Rom, den 31. März 1914

Die „Tribuna" bringt heute einen längeren Artikel ihres Mitarbeiters, des nationalistisch angehauchten Francesco Coppola, in dem dieser alle in den letzten zwei Jahren vorgekommenen Ungeschicklichkeiten der österreichischen Politik Italien gegenüber aufzählt und daran Betrachtungen knüpft, die für die Beurteilung der Beziehungen beider Länder nicht ohne Interesse sind.

Er sagt, jede Besserung in dem Verhältnis der zwei verbündeten Nationen wird stets wieder durch österreichische untergeordnete Organe illusorisch gemacht, die es nicht verstehen können, daß gewisse Maßregeln verstimmend auf die italienische Psyche wirken müssen, und die außerstande sind, ihre Lokalinteressen den großen politischen Interessen, die die österreichische Regierung unzweifelhaft verfolgt, nachzusetzen. Auf die veränderte Haltung der österreichischen Regierung dem Tripoliskrieg gegenüber, die die Zusammenkunft des Grafen Berchtold mit Marquis di San Giuliano in Pisa * ermöglichte, folgten die bekannten Erlasse des Prinzen Hohenlohe

* 23. Oktober 1912. Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXL, Nr. 11 269 und 11 270.

in Triest*. Während der Herzog von Avarna neuerdings vom Kaiser Franz Joseph in einer Weise ausgezeichnet wurde, die in Italien den besten Eindruck hervorrief**, und während der Besuch Kaiser Wilhelms in Venedig und Triest*** in Wien die wärmsten amtlichen Kundgebungen auch für den anderen Adriastaat auslöste, ereigneten sich in Graz, in Triest und an der dalmatinischen Küste antiitalienische Demonstrationen, die alles wieder verdarben.

Nun stehe die Zusammenkunft des Marquis di San Giuliano mit Graf Berchtold in Abbazia bevor † als sichtbarer Beweis der guten amtlichen Beziehungen, und da werde von Wiener Offizieren die alte Frage des Lovcen wieder aufgeworfen ††, und damit das Mißtrauen des italienischen Volkes ganz zwecklos und zu unpassender Zeit wachgerufen, so daß auch die neue Periode der Verständigung nicht ungetrübt bleibe. Die Lovcenfrage sei nun aber eine im Bukarester Vertrag festgelegte und von den Mächten sanktionierte internationale Angelegenheit, an der Italien das größte Interesse habe. Die Anschneidung derselben bedeute nicht nur die Erörterung der Frage des Gleichgewichts der Mächte in der Adria und in Albanien, sie berühre auch das bestehende Bündnis, das für Österreich doch nicht weniger wertvoll sei, als für Italien. Man solle sich in gewissen österreichischen Kreisen, auch besonders im Interesse des Bündnisses, vor Augen halten, daß in Fragen dieser Art die italienische Politik empfindlich, aber auch bereit sei, und es sei auch gut, daß man im übrigen Ausland, besonders in Frankreich wisse, wie sehr Italien am Dreibund festhalte nicht aus blinder Neigung, sondern in Wahrung bestimmter eigener Interessen. Italien wolle die Stellung, die ihm gebühre, aufrechterhalten und werde jeden Versuch, sie zu verletzen oder herabzusetzen, komme er, von welcher Seite er wolle, entschlossen zurückweisen.

Dieser Artikel enthält zwei grobe Unrichtigkeiten, da die Lovcenfrage meines Wissens nicht im Bukarester Vertrage festgelegt, und dieser Vertrag nicht von den Mächten sanktioniert worden ist. Von diesen Irrtümern abgesehen, ist der Artikel symptomatisch im Sinne der seinerzeit von der Kammer bejubelten Worte des Marquis di San Giuliano: „Die Zeiten einer unterwürfigen Politik Italiens sind für immer vorüber!"

Ähnliche Äußerungen, wie der vorbesprochene „Tribuna"-Artikel sind übrigens auch im „Corriere della Sera" (Torre) und im „Resto

---

* Vgl. dazu Nr. 15 742 ff.
** Der Herzog von Avarna hatte den Annunziatenorden erhalten.
*** Vgl. dazu Kap. CCXCV.
† Vgl. dazu Kap. CCXCV.
†† Die Frage des Lovcen war in einer österreichischen Militärzeitschrift aufgerollt worden im Zusammenhang mit den Erörterungen über die Vereinigung Montenegros und Serbiens. Vgl. dazu Bd. XXXVIII, Kap. CCXCI.

di Carlino“ erschienen. Diese Unkenrufe, in denen eine montenegrinische Debacle in unerfreulicher Weise vorauszuerklingen erscheint, haben in der hiesigen österreichisch-ungarischen Botschaft, so kurz vor der Erwiderung des Besuches des Grafen Berchtold, wenig angenehm berührt.

Im Auftrage
v. Hindenburg

Nr. 15 761

*Der Stellvertretende Konsul in Triest Pellmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. B 27 — Triest, den 2. Mai 1914

Die Maifeier in Triest hat in diesem Jahre einen anderen Verlauf wie früher genommen, weil sie seitens der hiesigen slowenischen Sozialdemokraten zu einer antiitalienischen Demonstration benutzt worden ist.

Die Feier legte wie in den Vorjahren den Geschäftsverkehr in der Stadt völlig lahm. Die Läden und Geschäftshäuser waren geschlossen; die Straßenbahnen hatten für den ganzen Tag den Verkehr eingestellt; die Regierungsbureaus schlossen um Mittag, und die Zeitungen erschienen nicht.

Die internationalen Sozialdemokraten (Deutsche und Italiener) hielten um $6^1/_2$ Uhr früh einen geordneten Umzug durch die Stadt und um 10 Uhr vormittags eine Versammlung auf dem Piazza dei Foraggi ab, ohne daß sich dabei ein Zwischenfall ereignete.

Anders verliefen die Kundgebungen der slowenischen Sozialisten. Als sie um 9 Uhr mit Musik und Fahnen nach dem „Narodni Dom“ zur Versammlung zogen und beim Passieren des „Café Volti di Chiozza“ — einer Hochburg der Italienisch-Liberalen — den Ruf „Evviva Trieste slovena“ erschallen ließen, drang ein bereitstehender Trupp Italiener auf die slowenische Weisen spielende Musikbande ein und zerbrach ihnen einige Instrumente. Ein allgemeines Handgemenge wurde durch die dazwischen tretende Polizei verhindert. Um $10^1/_4$ war die Versammlung im „Narodni Dom“ zu Ende. Vorher war der zwischen diesem slawischen Vereinshaus und dem vorerwähnten italienischen Café belegene Kasernenplatz durch einige hundert Polizisten zu Fuß und zu Pferd sowie durch starke Gendarmerieaufgebote mit aufgepflanztem Bajonett abgesperrt worden. In der nahen Kaserne standen zwei Bataillone Infanterie bereit. Die slowenischen Sozialisten wurden bei ihrem darauffolgenden Umzug durch die Hauptstraße der Stadt nach dem Piazza Grande von dem gesamten Polizei- und Gendarmerieaufgebot begleitet. Bei einem am Wege gelegenen Café hatten die Italiener aus Tischen und Stühlen eine Barrikade er-

richtet und versuchten den Zug aufzuhalten. Es kam zu einem Handgemenge, bei dem Stühle als Waffen benutzt wurden. Die Polizei entfernte das Hindernis und nahm mehrere Verhaftungen vor. Der Zug bewegte sich dann unter großem Geschrei und Pfeifen der Italiener nach dem Großen Platz weiter. Aus einem Straßendurchgang auf dem Börsenplatz wurden auf die Manifestanten Steine geworfen. Auf der Piazza Grande kam es zwischen den dort angesammelten Italienern und den Teilnehmern am Umzuge zu Zusammenstößen, in deren Verlaufe ein Slowene einem Italiener einen Messerstich in die Herzgegend versetzte. Der Täter wurde verhaftet. Die Verletzung scheint schwerer Natur zu sein. Die Polizeiwache mit Gendarmerieassistenz hielt hier die Italiener und die Slowenen auseinander. Zum „Narodni Dom" zurückgekehrt, forderte ein Redner die Manifestanten auf, sich ruhig zu zerstreuen, worauf diese nach den verschiedenen Seitengassen auseinandergingen. Zwischen Gruppen von Slowenen und Italienern kam es auch dann zu einem Zusammenstoß, doch die Polizeiwache trennte die Streitenden. Auf der Piazza Goldoni wurden aus einem Gasthause von einer Gruppe Slowenen zwei Revolverschüsse abgegeben, ohne daß jemand getroffen worden wäre. Einer der Schießenden wurde verhaftet. Gruppen von italienischen Gegendemonstranten warfen am Sitze der „Zivnostenska-Banka" und im slowenischen Kaffeehause „Minerva" am Acquedotto mit Steinen mehrere Fensterscheiben ein.

Um $2^1/_2$ Uhr nachmittag marschierte eine starke Gruppe Slowenen mit Musik vom „Narodni Dom" ab, um sich zu dem auf der Piazza S. Giacomo geplanten Maifest zu begeben. Auch dies gab Anlaß zu den verschiedensten Zusammenstößen, deren ernstester sich an der Mündung der Galleria di Montuzza ereignete, wo eine Gruppe Italiener den Stiegenaufgang der Via Silvio Pellivo besetzt hielt. Hierbei erlitt ein Italiener außer vielen Kontusionen auch eine Gehirnerschütterung und Rippenbrüche. Weiters gab es auch bei diesem Anlasse zahlreiche Verletzte beider Parteien. Dabei sollen auch verschiedene Übergriffe der größtenteils slowenischen Polizei vorgekommen sein.

Der Abend verlief nicht viel ruhiger, und wiederholten sich kleinere Zusammenstöße in den verschiedensten Bezirken. Gegen Mitternacht wurden im Kaffeehaus „Minerva" neuerdings durch Steinwürfe einige Fensterscheiben zertrümmert und fielen auch Revolverschüsse. Verletzte gab es diesmal nicht. Erst in den Morgenstunden trat vollkommene Ruhe ein.

Im Laufe des Tages dürften die Organe der Sicherheitswache gegen hundert Verhaftungen vorgenommen haben. An Verletzten gab es außer den beiden Schwerverletzten gegen fünfzig. Der Oberbürgermeister der Stadt und die Reichsratsabgeordneten Gasser und Pitacco haben die Schwerverletzten heute im Spital besucht.

Die genannten Abgeordneten haben gestern abend folgendes Protesttelegramm an den Ministerpräsidenten abgesandt:

„Trotz unserer vorher abgegebenen Proteste haben heute die slawischen Provokationen unter dem Schutze eines Polizeiapparates stattgefunden, die Widerstandsakte von seiten der Bevölkerung hervorriefen, und die nicht nur vielfache Zusammenstöße, sondern auch schwere körperliche Verletzung zweier Italiener zur Folge hatten. Die Bevölkerung ist durch die Massenarretierungen und das parteiische Vorgehen einzelner Polizeiorgane im höchsten Grade erregt. Wir sehen uns genötigt, dies Euerer Exzellenz zur Kenntnis zu bringen."

Die vorgestrige Behauptung des deutschen Reichstagsabgeordneten Haase, daß seitens der Sozialdemokraten „am 1. Mai für den Völkerfrieden agitiert wird", trifft jedenfalls für Triest nicht zu.

Pellmann

## Nr. 15 762

## *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 134 Rom, den 5. Mai 1914

Nachdem der Entrüstungssturm über die am 1. Mai in Triest stattgefundenen italienisch-slowenischen Krawalle * mit gewohnter Energie eingesetzt hatte, scheint man hier jetzt doch etwas abzuwiegeln. In Rom sind alle Komitien verboten worden. In der Presse wird der jüngste Zwischenfall der Reporterarbeit überlassen, die großen journalistischen Federn haben bis jetzt davon abgesehen, die Krawalle für die hier leider üblich gewordenen abfälligen Betrachtungen über die Gesamtpolitik der Donaumonarchie auszunutzen. Allerdings bringt man es nicht übers Herz einzugestehen, daß die Italiener in diesem Fall die Herausforderer waren. Vielmehr wird betont, daß die Deutsch-Österreicher auf italienischer Seite gegen die slowophile Politik des Prinzen Hohenlohe ständen. Der Abgeordnete Federzoni hat aus Anlaß der morgigen Wiedereröffnung der Kammer an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten die Anfrage gerichtet, ob die von den k. k. Behörden in Triest gegen die italienische Nation unternommenen Maßnahmen das erste Zeichen jenes in Abbazia verabredeten Zusammenwirkens

* Vgl. Nr. 15 761.

zur sympathischen Gestaltung der öffentlichen Meinung in beiden Ländern darstellten.

Im Auftrage
v. Hindenburg

Nr. 15763

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 131 Wien, den 8. Mai 1914

Mein italienischer Kollege klagte mir gestern wieder in bewegten Worten sein Leid über die völlige Aussichtslosigkeit, das Verhältnis zwischen Italien und Österreich gründlich und dauernd zu bessern. Die jüngsten Zwischenfälle in Triest hätten die Lage wieder auf lange hinaus ernstlich verschlechtert. So bedauerlich die in Italien stattgefundenen Demonstrationen infolge der slowenisch-italienischen Zusammenstöße in Triest auch sein mögen, so hätte man doch hier aus langjähriger Erfahrung mit einem solchen Ausbruch der italienischen Volksleidenschaft rechnen müssen und hätte alles tun sollen, um einen Zusammenstoß in Triest zu vermeiden. Die österreichischen Behörden hätten ja gewußt, daß die Slowenen eine Demonstration gegen die Italiener planten, wie ja daraus hervorgehe, daß der Statthalter Polizei und Militär in Bereitschaft gehalten habe, um bei Ruhestörungen einzugreifen. Warum habe man nicht das Prävenire gespielt und die Demonstration von vornherein verhindert? Die österreichische Regierung könne sich nicht dazu aufraffen, den Slawen gegenüber, wo es auch sei, den Herrn zu zeigen [1]. Die Slawen könnten in der Monarchie alles tun, was sie wollten, sie begegneten jederzeit der Duldung seitens der Behörden. Marquis di San Giuliano habe ihm sehr ernst gehaltene Telegramme gesandt, und der Minister fange an, für seine Stellung zu fürchten, wenn er trotz all dieser trüben Erfahrungen an seiner Politik eines festen Zusammengehens mit Österreich-Ungarn festhalten wolle. Er habe den Auftrag erhalten, sich nach Pest zu begeben und dem Grafen Berchtold nachdrücklich die Konsequenzen einer planmäßig gegen die Italiener gerichteten inneren Politik nochmals vor Augen zu führen.

Er werde sich in den nächsten Tagen dieses Auftrags entledigen, obgleich er schon im voraus von der gänzlichen Nutzlosigkeit derartiger Vorstellungen aus langjähriger Erfahrung überzeugt sei. Zum Überfluß habe Herr von Mérey, wie Marquis di San Giuliano ihm telegraphiere, noch in Wien beantragt, man solle seitens der k. und k. Regierung in Rom wegen der italienischen Gegendemonstrationen vorstellig werden. Ein solcher Schritt würde die

Situation noch weiter verschlechtern, und er werde alles daran setzen, um den Grafen Berchtold zu veranlassen, diesen Vorschlag des Botschafters abzulehnen.

Der Herzog von Avarna bemerkte dann noch, es sei sehr zu bedauern, daß Graf Berchtold, der ja den besten Willen habe, mit Italien in Eintracht zu leben, so gänzlich energielos sei [2], alles gehen lasse und überhaupt gar keinen Kontakt mehr mit den österreichischen Ministern habe. Die Scheu vor „Oben" und vor jedem persönlichen Hervortreten den andern Ministern gegenüber mache ihn völlig apathisch [3]. Jede Hoffnung auf eine Änderung der hiesigen Verhältnisse habe er, der Herzog von Avarna, längst aufgegeben. Er werde nach wie vor der auf die Dauer wirklich ermüdenden Aufgabe sich unterziehen müssen, von Fall zu Fall nach besten Kräften ausgleichend zu wirken. Man müsse nur hoffen, daß sich die „Fälle" nicht allzusehr häufen oder einmal einen noch ernsteren Charakter annehmen, denn dann könne es so weit kommen, daß keine italienische Regierung das Bundesverhältnis mit Österreich-Ungarn werde aufrechterhalten können.

von Tschirschky

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] so ist es
[3] ja
Schlußbemerkung des Kaisers:
Dieser Berchtold! es ist doch einfach unerhört! *

## Nr. 15 764

## *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 136 Rom, den 9. Mai 1914

Bei meiner Rückkehr aus Genua fand ich den Marquis di San Giuliano sehr verstimmt über die sich häufenden Demonstrationen im Lande gegen die Vorgänge in Triest. Die Situation der italienischen Regierung sei eine schwierige durch die Anmeldung der Interpellation in der italienischen Kammer und die gleichzeitige Reklamation der österreichischen Regierung wegen Beleidigung der österreichischen Konsulate in den verschiedenen Städten, besonders in Neapel. Er

---

* Diese Auffassung des Kaisers von der gänzlichen Energielosigkeit und Apathie Graf Berchtolds, die von den Leitern der deutschen Außenpolitik geteilt wurde, macht es verständlich, daß man in Berlin nach der Mordtat von Serajewo sich des schroffen Vorgehens der österreichischen Regierung gegen Serbien nicht versah.

warte zunächst die Berichte der Präfekten ab und hoffe, daß die Schilderungen der Demonstrationen gegen die Konsulate sich als übertrieben herausstellen würden. Einzig in Neapel scheine die Menge den Sicherheitskordon[1] um das österreichische Konsulat durchbrochen zu haben. Der Präfekt habe berichtet, der Ansturm der Menge sei zu stark gewesen[2]; wenn er, um ihn abzuwehren, von der Waffe Gebrauch gemacht hätte, so sei nach den Umständen eine Anzahl von Toten unvermeidlich gewesen, und das würde natürlich die politische Spannung noch verschärft haben.

In der Kammer könne die italienische Regierung natürlich nur erklären, es handele sich um innere Vorgänge Österreichs, in die sie sich nicht einmischen dürfe, aber gerade diese Erklärung könne einen heftigen Sturm gegen die Regierung und wiederum scharfe Ausfälle gegen Österreich hervorrufen, die dann zu neuen Reklamationen der österreichischen Regierung führen würden. Der österreichische Botschafter sei wenig konziliant in dieser Affäre und erschwere der Regierung ihre Aufgabe. Auf meine Einwendung, die Vorgänge in Triest schienen mir einen solchen Lärm doch nicht wert zu sein, stimmte der Minister bei, meinte aber, die Italiener seien nun einmal so leicht erregt in diesen Fragen, und damit müsse man rechnen. Er habe zunächst heute morgen mit den oppositionellen Parteiführern, besonders auch mit Barzilai und Federzoni konferiert, und er gebe die Hoffnung nicht auf, daß es ihm schließlich noch gelinge, die Interpellation auf die lange Bank zu schieben. Das sei die beste Lösung, die im Augenblick erhofft werden könne.

Flotow

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Der hat gar nichts gethan!
[2] Die Leute haben einfach zugesehn!

Nr. 15 765

## *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 145 Rom, den 15. Mai 1914

Zwischen dem österreichischen Botschafter und seiner Regierung findet ein lebhafter Meinungsaustausch statt über die Frage, welche Genugtuung die österreichische Regierung für die letzten Demonstrationen gegen die österreichischen Konsulate in den verschiedenen Städten Italiens verlangen soll. Der Botschafter vertritt in dieser Beziehung einen ziemlich scharfen Standpunkt. Da der Marquis di San Giuliano mich gebeten hatte, auf Herrn von Mérey in mäßigendem Sinne

einzuwirken, so habe ich diesem Wunsche entsprochen. Man wird nun österreichischerseits voraussichtlich auf einen direkten Akt der Genugtuung seitens der hiesigen Regierung verzichten, um darzutun, daß die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen durch die Vorgänge nicht gelitten haben. Dagegen verlangt der Botschafter, daß die Präfekten und Unterbeamten, die es an der nötigen Schärfe haben fehlen lassen, in irgendeiner Form zur Rechenschaft gezogen oder bestraft werden. Er hat gestern eine zweistündige Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Salandra gehabt, hatte aber den Eindruck, daß dieser die internationale Bedeutung der Angelegenheit nicht genügend begriffen habe.

Flotow

Nachschrift

Soeben erfahre ich, daß der Präfekt von Neapel wegen unzureichender Maßnahmen gegen die dortigen antiösterreichischen Demonstrationen zur Disposition gestellt worden ist. Die Maßregelung wird aus dem Grunde erheblichen Widerspruch in Italien nicht finden, weil der Präfekt persönlich in Neapel sehr unbeliebt war.

Flotow

## Nr. 15 766

### *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 148 Rom, den 16. Mai 1914

Über die Euerer Exzellenz schon gemeldete Maßregelung des Präfekten in Neapel wegen ungenügender Verhinderung der Demonstrationen gegen das dortige österreichische Konsulat sagt mir der Marquis di San Giuliano, daß er einen harten Kampf im Ministerrat zu bestehen gehabt habe, um diese Maßregel zu erreichen. Der Ministerpräsident und das Ministerium seien aber entschlossen, nicht weiter zu gehen. Wenn die österreichische Regierung sich hiermit nicht für befriedigt erkläre und weitere Maßregelungen verlange, so werde das Kabinett zurücktreten und einem anderen Ministerium die Verantwortung für weitergehende Maßregeln überlassen. Er bitte mich daher von neuem, auf den österreichischen Botschafter, der schärfer sei als seine Regierung, mäßigend einzuwirken.

Flotow

Nr. 15 767

## *Der Botschafter in Wien von Tschirschky, z. Z. in Budapest, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow*

Eigenhändiger Privatbrief

Budapest, den 17. Mai 1914

Mein italienischer Kollege, der schon die ganze vorige Woche hier verbracht hatte* wegen der Verhandlungen über die antiösterreichischen Demonstrationen in Italien, ist auf Weisung des Marquis di San Giuliano heute wieder hier eingetroffen, um diese Angelegenheit zum Abschluß zu bringen. Der Herzog von Avarna hofft, daß man sich hier zufrieden geben wird, nachdem die italienische Regierung die erfreuliche Energie gezeigt hat, den Präfekten von Neapel abzusetzen, weil er nicht verstanden habe, das dortige österreichische Konsulat gehörig zu schützen. Man hatte hier verlangt, daß der Präfekt dem Konsul einen Entschuldigungsbesuch abstatte. In Rom ist man der Ansicht, daß man mit der Absetzung des Präfekten noch mehr getan habe, als man hier verlangt hätte. Übrigens habe die Untersuchung ergeben, daß eine Beschädigung des Konsulatswappens, wie anfänglich behauptet worden war, nicht stattgefunden hat. Avarna hofft, daß nunmehr die Sache definitiv erledigt ist. Er fügte noch hinzu, man scheine in Rom endlich einzusehen, daß es hohe Zeit sei, die öffentliche Meinung, hinter die man sich dort stets so gern verschanze, etwas zu leiten, anstatt sich blindlings von ihr treiben zu lassen. Man habe durch die Presse beruhigend zu wirken versucht. pp.**

von Tschirschky

Nr. 15 768

## *Der Botschafter in Wien von Tschirschky, z. Z. in Budapest, an das Auswärtige Amt*

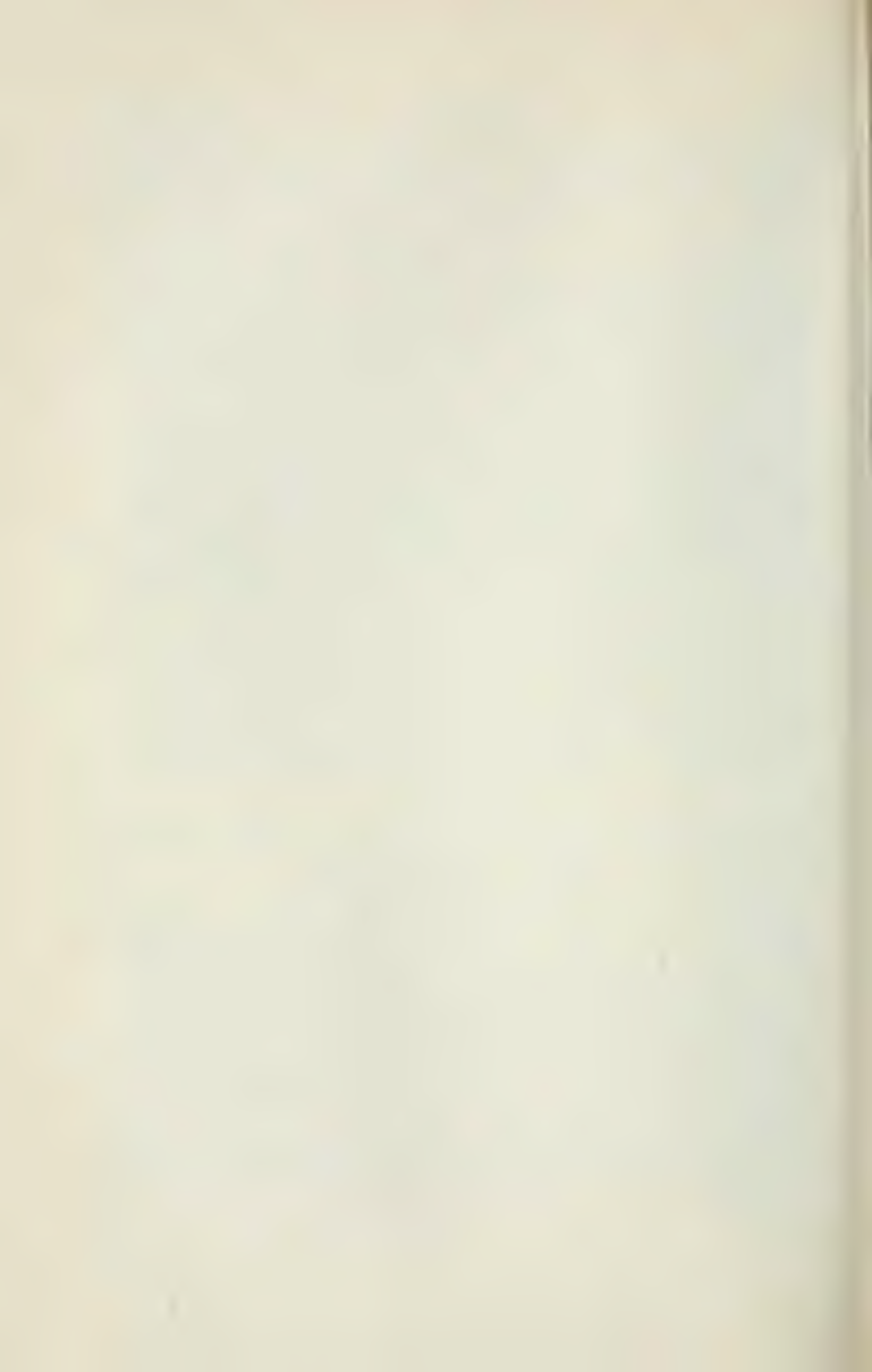
Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 Budapest, den 19. Mai 1914

Graf Berchtold hat nach Rom wissen lassen, daß er sich mit erfolgter Maßregelung des Präfekten von Neapel zufrieden gebe. Italienische Regierung wird außerdem Zirkular an alle Präfekturen richten mit scharfer Anweisung, keine Manifestationen zu dulden. Damit erscheint Zwischenfall erledigt.

Tschirschky

* Vgl. Nr. 15 763.
** Die Fortsetzung des Briefes, die die Frage der Fusion Serbiens und Montenegros usw. betrifft, ist abgedruckt in Bd. XXXVIII, Kap. CCXCI, Nr. 15 553.



## Kapitel CCXCVII

# Französisches Werben um Italien
## August 1913 bis Mai 1914



Nr. 15 769

*Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 276 Paris, den 6. August 1913

In die von hier aus so sorgsam gepflegten guten Beziehungen zu der italienischen Schwesternation war infolge der Vorkommnisse mit den Schiffen „Carthage“ und „Manouba“ während des Tripoliskrieges ein scharfer Mißton gekommen *. Nachdem die Zwischenfälle vom Haager Schiedsgericht geregelt waren, hat man auf beiden Seiten wieder einen Anlauf zur Erhaltung der lateinischen Freundschaft genommen, und es sind hier und in Rom Komitees zur Pflege dieser Freundschaft gebildet worden. Diese schönen Regungen haben nun wieder einem offenen Kriegszustand zwischen den Pressen beider Länder Platz gemacht, seitdem Italiens Verhalten in der Balkankrise keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß die französischen Lockungen es nicht zur Untreue am Dreibund bewegen konnten, und namentlich, seitdem ersichtlich geworden, daß es in der Inselfrage ** nicht gesonnen, den von hier kommenden Ratschlägen Gehör zu schenken. Die französische Presse hat sich die erdenklichste Mühe gegeben, den Italienern klarzumachen, daß das Festhalten einiger Inseln als Faustpfand ein bedenkliches Beispiel, ein die französischen Mittelmeerinteressen störender Vorgang und auch eine große Unfreundlichkeit gegen Griechenland sei, das von Italien schon in der albanischen Frage schlecht behandelt worden sei. Nachdem all diese Mahnungen ohne Erfolg geblieben sind, die Lage sich aber noch durch die Frage über das Schicksal Kawalas *** verwickelt hat, wird die hiesige Presse äußerst aggressiv, spricht von Wortbruch Italiens, von Mystifikation, von einer nicht zu duldenden Störung des Kräftegleichgewichts im Mittelmeer.

Die italienische Presse bleibt, soweit ich hier ersehen kann, die Antwort nicht schuldig, erinnert daran, daß Herr Barthou und Herr

---

* Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXVIII, Nr. 11 066, Seite 343, Fußnote *.
** Vgl. dazu Bd. XXXV, Kap. CCLXXV.
*** Vgl. dazu Bd. XXXV, Kap. CCLXXVI.

Pichon dem franko-italienischen Freundschaftskomitee * angehören und fordert sie auf, nun ihre Gefühle zu beweisen und ihre Kunst zu zeigen.

Die französische Presse bewegt sich meines Erachtens in gewagter Sophisterei, wenn sie von unerträglicher Verschiebung der Machtverhältnisse im Mittelmeer zugunsten Italiens, einer Dreibundmacht, spricht. Tritt sie doch selbst mit allem Eifer dafür ein, daß Griechenland, das sie für die Tripelentente in Anspruch nimmt, durch den Besitz der besten Handels- und Kriegshäfen des östlichen Mittelmeers zu dessen starker Beherrscherin wird, und hat sie seinerzeit bei Zusammenziehung der französischen Hochseeflotte nach Toulon nicht genug hervorheben können, daß Frankreich damit im Mittelmeer den vereinigten Seestreitkräften Italiens und Österreich-Ungarns überlegen werde.

v. Schoen

Nr. 15 770

## *Der Geschäftsträger in Rom von Beneckendorff und von Hindenburg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 222 Rom, den 25. Oktober 1913

Marquis di San Giuliano bat mich, Euerer Exzellenz streng vertraulich zu berichten, daß Herr Barrère vor einigen Tagen die Frage aufgeworfen habe, ob es nicht möglich wäre, eine Formel zu finden, um das Verhältnis zwischen Italien und Frankreich im Mittelmeer in befriedigender Weise zu regeln [1] und dadurch die leider zwischen beiden Ländern bestehende Verstimmung und das Mißtrauen zu beseitigen **.

* Das „Comité Franco-Italien" bestand seit dem 5. Juli 1912; nach einem Berichte Freiherrn von Schoens vom 6. Juli 1912 (Nr. 241) gehörten ihm von den französischen Staatsmännern u. a. Loubet, Clemenceau, Ribot, Pichon, Hanotaux, de Selves und Barthou an.

** Mit ähnlichen Anregungen war die französische Regierung schon zu Beginn des Jahres 1913 an die italienische herangetreten. Vgl. dazu Bd. XXXIV, Kap. CCLXVII, Nr. 12 686. Im Oktober 1913 wäre es übrigens nach französischer Behauptung die italienische Regierung gewesen, die an die französische mit dem Vorschlage herangetreten wäre, ein neues Mittelmeerabkommen abzuschließen. Auch Iswolsky spricht in seinem Brief an Sasonow vom 20. November 1913 (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 348) von den jüngsten Versuchen Italiens, ein neues Mittelmeerabkommen mit Frankreich abzuschließen. Ebenso findet sich in dem Briefe des russischen Geschäftsträgers in Rom Baron Poggenpohl an Sasonow vom 18. November (daselbst, S. 342) eine Andeutung dahin, daß der italienische Botschafter in Paris Tittoni den Boden für eine zukünftige Vereinbarung mit Frankreich abtaste. In Frankreich war man jedenfalls durchaus geneigt, auf italienische Sondierungen einzugehen. Nach den Mitteilungen, die Sasonow Anfang No-

Der Minister hat erwidert, daß ihm dieser Gedanke zu unbestimmt erscheine, und daß er, um dazu Stellung nehmen zu können, konkretere Vorschläge abwarten müsse.

Der Marquis sagte mir, daß er Herrn Barrères Gesundheitszustand für wenig günstig halte.

Hindenburg

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Aha! Er ahnt Etwas! *

---

vember bei seinem Aufenthalte in Paris von dem französischen Außenminister Pichon empfing (vgl. Sasonows Immediatbericht vom 6. November, Stieve, a. a. O., III, 329), zeigte sich die französische Regierung bereit, „gemeinsam mit der italienischen Diplomatie die Mittelmeerfragen zu prüfen, um bei günstigem Ergebnis ein Abkommen in dieser Hinsicht zu treffen".

* Der Kaiser denkt offenbar an das am 2. August 1913 zwischen Italien, Österreich-Ungarn und Deutschland abgeschlossene Marineabkommen, das am 1. November in Kraft trat. Die Spitze dieses Abkommens (siehe dessen Text bei A. Fr. Pribram, Die Politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879 bis 1914, I, 312 ff.; vgl. auch Kap. CCXCV, Nr. 15 718) richtete sich unverkennbar gegen dasselbe Frankreich, mit dem Italien so bald nach dem Abschluß des Abkommens eine Verständigung über das Mittelmeer zu treffen suchte. In dem 5. Artikel des Zusatzübereinkommens für das Mittelmeer heißt es: „Als Hauptziel hat für den Oberbefehlshaber die Erringung der Seeherrschaft im Mittelmeer durch rascheste Niederkämpfung der feindlichen Flotten zu gelten. — Sollte ein Teil der französischen Flotte in Biserta stehen, so wird der Oberbefehlshaber trachten, die getrennten Teile dieser Flotte einzeln zu schlagen. Für ein Festhalten feindlicher Flottenteile in Biserta kommen Minen- und Torpedobootsunternehmungen von Trapani und Cagliari, für Unternehmungen gegen die etwa von Toulon aus östlich vorgehende französische Flotte die leichten Streitkräfte der lokalen Küstenverteidigung von der westlichen ligurischen Küste aus in Betracht. — Die Hauptaktion ist so rasch durchzuführen, daß die Entscheidung noch vor einem Eingreifen russischer Streitkräfte des Schwarzen Meeres erfolgt. — Es bleibt dem Oberbefehlshaber überlassen, neben der Hauptoperation gegen die feindliche Flotte gleichzeitig Teilaktionen gegen etwaige französische Truppentransporte aus Nordafrika oder gegen feindliche Küstenteile anzuordnen." Im übrigen hatte der Kaiser mit seiner Mutmaßung, daß man französischerseits von dem Marineabkommen Wind erhalten habe, recht. Wie aus dem streng vertraulichen Briefe Iswolskys an Sasonow vom 1. Januar 1914 (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 7 f.) hervorgeht, verfügte man in Paris über den Schlüssel zur italienischen Chiffre, überwachte den Telegrammverkehr zwischen Marquis di San Giuliano und den italienischen Botschaftern in Berlin und Wien und vermochte so unschwer hinter das Geheimnis der Marinekonvention zu kommen, nur daß man über das Datum des Abschlusses im Dunkel blieb und irrigerweise annahm, daß dieser gleichzeitig mit der Erneuerung des Dreibundvertrages (5. Dezember 1912) erfolgt sei. Über die sich aus dem italienisch-österreichisch-deutschen Marineabkommen einerseits, den italienischen Sondierungen wegen eines Mittelmeerabkommens mit Frankreich andererseits ergebende „Zwiespältigkeit der italienischen Diplomatie" war man in Paris sehr aufgebracht. Es wurde ernstlich erwogen, Italien die Pistole auf die Brust zu setzen: ob die Bestimmungen des Dreibundvertrages in seiner neuesten Fassung, d. h. einschließlich der Bestimmungen des Marineabkommens mit den zwischen Italien und Frankreich bestehenden Sonderabmachungen vereinbar seien. Siehe Iswolskys Brief an

## Nr. 15 771

### *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 227 Wien, den 28. Oktober 1913
Geheim

Herzog von Avarna hat dem Grafen Berchtold heute im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, Herr Barrère habe bei Marquis di San Giuliano Abschluß eines französisch-italienischen Abkommens angeregt, worin sich beide Teile verpflichten würden, keinerlei „Resolution“ zu fassen oder „Initiative“ zu ergreifen, die auf Veränderung des Status quo im Mittelmeer ausgehe, ohne den andern vorher davon zu verständigen. Auf Frage Ministers, was italienische Regierung geantwortet habe, hat Botschafter erklärt, dies nicht zu wissen.

Graf Berchtold sieht noch nicht klar über Grund und Tragweite solchen Abkommens, äußerte aber gewisses Mißtrauen gegen Italien, erwägt, ob man nicht antworten solle, daß Abkommen wohl nicht im Einklang mit Dreibundpflichten Italiens.

Tschirschky

## Nr. 15 772

### *Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Rom von Flotow**

Eigenhändiges Konzept

Nr. 1380 Berlin, den 31. Oktober 1913

Auf den gefälligen Bericht Nr. 222 vom 25. d. Mts.**

Der italienische Geschäftsträger*** hat mir im Auftrage seiner Regierung die Anregung Herrn Barrères mitgeteilt und um unsere Stellungnahme dazu nachgesucht. Ich habe ihm darauf folgendes erwidert:

---

Sasonow vom 20. November 1913, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 348. Doch sah man schließlich davon ab, vor allem auf die Vorstellungen Iswolskys hin, der unausgesetzt bemüht blieb, die Spannungen zwischen Italien und Frankreich auszugleichen. Iswolsky bediente sich dabei der Argumente, die ihm sein Kollege in Rom, Krupenski, soufflierte. Vgl. Krupenskis Brief an Iswolsky vom 26. November 1913 (Stieve, a. a. O., III, 356), in dem die Furcht vor Österreich als die eigentliche Triebfeder der italienischen Politik hingestellt wird: eine Furcht, die Italien einerseits nötige, Österreich vor allem in den balkanischen Fragen weitgehend Gefolgschaft zu leisten, andererseits es veranlasse, Rückendeckung gegen Österreich bei Frankreich und Rußland zu suchen.

* Der gleiche Erlaß ging unter Nr. 1551 nach Wien.

** Siehe Nr. 15 770.

*** A. Martin-Franklin.

Der Dreibund biete zurzeit das Bild fester Geschlossenheit und vertrauensvoller Einigkeit. Er habe sich aus diesem Grunde während der Balkankrisis glänzend bewährt und nicht nur die Interessen seiner Mitglieder wahren, sondern auch wesentlich zur Erhaltung des europäischen Friedens beitragen können. Die vorliegende französische Anregung stelle sich meines Erachtens als Versuch dar, in das feste Gefüge des Bundes einen Keil zu treiben. Wenn ich auch annehmen möchte, daß die Anregung wenigstens in der zurzeit vorliegenden vagen Form mit den im Dreibundvertrag von Italien übernommenen Verpflichtungen an sich vereinbar sein dürfte, so könne andererseits nicht außer acht bleiben, daß jedes inhaltlich auch noch so unverfängliche und bedeutungslose Abkommen Italiens mit Frankreich über Mittelmeerfragen französischerseits zu einem großen Erfolg gegenüber der Dreibundpolitik aufgebauscht und als Schwächung des Dreibundes ausgelegt werden würde. Die selbstverständliche Folge eines solchen Abkommens würde sein, daß der französische Chauvinismus neue bedenkliche Nahrung erhielte. Dies zu vermeiden, liege im Interesse des europäischen Friedens, da Frankreich andauernd das unruhige Element in Europa darstelle und bekanntlich immer noch lebhaft mit dem Revanchegedanken spiele. Auch würden im Falle des Zustandekommens eines neuen italienisch-französischen Mittelmeerabkommens zweifellos Presse und öffentliche Meinung in Deutschland wiederum mit einer Kritik der sogenannten Extratouren des italienischen Bundesgenossen einsetzen, was wir mit Rücksicht auf unsere vertrauensvollen Beziehungen lebhaft bedauern würden, aber schwerlich gänzlich verhindern könnten. Endlich schiene mir auch vom italienischen Standpunkt kaum ein erhebliches Interesse an einem neuen Mittelmeerabkommen mit Frankreich vorzuliegen. An eine Störung des Status quo im Mittelmeer denke zurzeit wohl niemand. Ich sei ferner der Ansicht, daß dem europäischen Frieden bei Erhaltung der heutigen Konstellation der Großmächte ebensowenig ernstliche Störungen drohten. Sollte es gleichwohl, entgegen unseren Hoffnungen und Wünschen zu ernsten Verwicklungen zwischen den Großmächten kommen, so möchte ich glauben, daß ein derartiger Anlaß gerade für Italien eine günstige Gelegenheit bieten würde, um seine Mittelmeerinteressen gegenüber Frankreich, zum Beispiel in Tunis, klarzustellen.

Ew. pp. bitte ich, die Angelegenheit dort mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen und bei jeder sich bietenden geeigneten Gelegenheit unter Verwertung vorstehender Gesichtspunkte darauf hinzuwirken, daß Italien nicht auf die französische Anregung eingeht.

Zimmermann

## Nr. 15 773

### *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Zimmermann*

Eigenhändiger Privatbrief

Wien, den 1. November 1913

Sowohl Graf Berchtold wie der Herzog von Avarna haben heute mit mir die Angelegenheit betreffend den Barrèreschen Vorschlag einer französisch-italienischen Abmachung über Wahrung des Status quo im Mittelmeer ganz vertraulich besprochen. Von beiden erfuhr ich, daß Marquis di San Giuliano darüber in Berlin eine gleiche Mitteilung wie hier hat machen lassen*, und Graf Berchtold fragte, ob ich nichts darüber von meiner Regierung erhalten hätte, was ich verneinen mußte. Der Minister las mir darauf ein Telegramm Szögyényis vor, worin dieser über eine bezügliche Unterredung mit Ihnen berichtet. Graf Berchtold war sehr erfreut, daß auch Sie ein Eingehen Italiens auf den französischen Vorschlag für schädlich und dem Geiste des Dreibundes widersprechend bezeichnet hätten. Er hofft, daß auch Herr Szilassyi** Gelegenheit haben wird, diese Angelegenheit in Berlin eingehend zu besprechen. Die Sache hat den Minister wieder sehr mißtrauisch Italien gegenüber gemacht. Er meinte, die Lust zu Extratouren mit Frankreich scheine in Rom doch nicht erloschen, und er bezweifelt, ob es der Marquis di San Giuliano über sich bringen werde, den Franzosen diesmal einen energischen Refus zu geben.

Avarna suchte mir gegenüber die Sache möglichst harmlos darzustellen. Er betonte, Barrère habe ausschließlich im eigenen Namen gesprochen, und Marquis di San Giuliano habe davon nur aus Gründen der Loyalität hier und in Berlin Mitteilung gemacht. Irgendeine Abmachung sei bisher nicht erfolgt.

Ganz vertraulich und nur für mich bestimmt, erzählte mir mein italienischer Kollege weiter, sein Minister habe ihn um seine Meinung über die Sache befragt. Daraufhin habe er sehr energisch davon abgeraten, sich auf den französischen Vorschlag einzulassen. Eine solche Abmachung stehe im Widerspruch mit dem Geiste der Dreibundverträge und mit der eben abgeschlossenen Marinekonvention. Der Minister möge sich auch vor Augen halten, wie sehr die Beziehungen Italiens zu seinen Bundesgenossen gelitten hätten unter den Folgen des

---

* Vgl. Nr. 15 772.

** Zu der Mission des Gesandten Baron Szilassyi nach Berlin, die vor allem der Frage einer österreich-ungarischen Interessensphäre in Kleinasien galt, vgl. Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVII, Nr. 15 069 und Baron J. v. Szilassy, Der Untergang der Donau-Monarchie, S. 255 ff.

Marokkoabkommens mit Frankreich*. Es habe jahrelanger Arbeit bedurft, um das Vertrauen wieder herzustellen. Auf dieses letzte Argument habe ihm der Marquis di San Giuliano geantwortet, daß das Marokkoabkommen mit Frankreich doch reiche Früchte für Italien getragen habe, denn die Aktion in Tripolis sei ohne das Wohlwollen Frankreichs nicht durchführbar gewesen. Herzog Avarna hat dem wieder entgegnet, daß, wenn auch das Wohlwollen Frankreichs notwendig gewesen sei, der Minister doch nicht vergessen müßte, daß ohne die Rückendeckung von seiten der beiden Bundesgenossen die Aktion ebenso undurchführbar gewesen wäre.

Der Herzog von Avarna glaubt, daß seine Regierung schließlich doch den französischen Vorschlag ablehnen werde.

Dies wäre allerdings sehr zu wünschen, denn das Prestige des Dreibundes würde, meiner Ansicht nach, bei dem sicher zu erwartenden Bekanntwerden dieser italienisch-französischen Abmachung ernstlich leiden. Die Haltung des Marquis di San Giuliano in dieser Angelegenheit, wie sie aus der Korrespondenz mit Avarna hervorgeht, läßt jedenfalls erkennen, daß man in Rom das französische Anerbieten gern annehmen und den Flirt mit Marianne mit Vergnügen wieder beginnen würde! Avarna war sehr deprimiert über die Aussichtslosigkeit, jemals zu einem einigermaßen vertrauensvollen Verhältnis zwischen Wien und Rom zu gelangen. Die unglückliche Triester Affäre** sei noch immer nicht abgeschlossen. Er verhandle noch immer mit dem Ministerium und besonders mit Herrn von Mérey über eine annehmbare Lösung, ohne bisher zu einem Ergebnis gelangt zu sein.

von Tschirschky

## Nr. 15 774

## *Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Rom von Flotow****

Eigenhändiges Konzept

Nr. 1402 Berlin, den 4. November 1913
[abgegangen am 5. November]

Im Anschluß an Erlaß Nr. 1397 †.

Der italienische Geschäftsträger teilte mir heute mit, daß Marquis di San Giuliano für die offene Klarlegung unseres Standpunktes zu

* Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXL, Anhang A, Nr. 11 284 f.
** Vgl. dazu Kap. CCXCVI.
*** Ein im wesentlichen gleicher Erlaß, in dem nur der Schlußpassus fehlte, ging unter Nr. 1571 nach Wien.
† Durch Erlaß Nr. 1397 wurde der Privatbrief Tschirschkys vom 1. November (siehe Nr. 15 773) mit Ausnahme des 1. Absatzes nach Rom mitgeteilt.

der Anregung des Herrn Barrère dankbar sei. Der Minister erkenne die Berechtigung unserer Bedenken gegen ein neues Mittelmeerabkommen mit Frankreich völlig an. Er befinde sich indes Frankreich gegenüber in einer schwierigen Lage, da er mit einer starken franzosenfreundlichen Stimmung im Lande rechnen müsse. Schon aus Rücksicht auf einflußreiche Parlamentarier habe er die Anregung des Herrn Barrère nicht schroff ablehnen können. Sollte der Botschafter etwa nochmals auf die Angelegenheit zurückkommen und präzisere Vorschläge machen, so werde er diese Herrn Giolitti zu unterbreiten und sich mit ihm über die Antwort zu verständigen haben. Uns werde er jedenfalls auf dem laufenden halten. Auf ein Abkommen über Neutralisierung des Mittelmeeres werde er sich niemals einlassen! Auch sonstige Vereinbarungen gerade mit Frankreich über Mittelmeerfragen wären ihm unsympathisch, für ein Abkommen mit England würde er eher zu haben sein. Unter allen Umständen könnten wir uns aber darauf verlassen, daß er niemals sich zu einem Abkommen mit einer Ententemacht entschließen würde, das auch nur im entferntesten dem Geiste des Dreibundvertrages widerspräche.

Nach diesen Ausführungen wird es sich immerhin empfehlen, daß wir die etwaige weitere Entwicklung der Sache in Rom mit ganz besonderer Aufmerksamkeit verfolgen. Eine absolute Ablehnung des Gedankens einer neuen Verständigung mit Frankreich habe ich aus dem mir verlesenen Wortlaute der Instruktion des Ministers an den hiesigen Geschäftsträger jedenfalls nicht herausgehört.

Zimmermann

## Nr. 15 775

### *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Entzifferung

Nr. 347 Wien, den 6. November 1913

Bezüglich des Barrèreschen Vorschlags einer französisch-italienischen Vereinbarung über das Mittelmeer teilt mir der Herzog von Avarna vertraulich mit, Marquis di San Giuliano habe dem französischen Botschafter gesagt, er erwarte zunächst noch genauere Angaben darüber, wie man sich französischerseits den Inhalt eines solchen Abkommens denke. Dann werde er, Marquis di San Giuliano, sich mit seinen Bundesgenossen ins Einvernehmen setzen.

von Tschirschky

## Nr. 15 776

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 382 Paris, den 14. November 1913

Die seinerzeit durch die Manouba-Angelegenheit so sehr gesteigerte französisch-italienische Spannung, die trotz aller Beschwichtigungsversuche und Freundschaftsbeteuerungen nicht verschwinden konnte, hat neuerdings durch die Haltung Frankreichs im italienisch-griechischen Zwist* eine bemerkenswerte Verschärfung erfahren.[1] Dies tritt namentlich in den überaus nachdrücklichen Entgegnungen zutage, mit welchen die vom Quai d'Orsay beeinflußten Blätter die Angriffe der italienischen Presse zurückweisen.

Der „Temps" macht für diese Angriffe ganz unverhohlen das Kabinett Giolitti verantwortlich und erhebt gegen dasselbe die Beschuldigung, daß es die Preßkampagne nur deshalb angestiftet habe, weil es für die eingewurzelten antiösterreichischen Gefühle des italienischen Volkes eine Ablenkung brauche, um sich die gemeinsam mit Österreich unternommenen Aktionen zu erleichtern.

Auch der „Matin" richtet an die „amis d'Italie" scharfe Zurechtweisungen und berichtet, daß die französische Regierung in amtlicher Form in Unterredungen mit dem Vertreter Italiens ihrer lebhaften Verstimmung über die Vorwürfe der italienischen Preßorgane Ausdruck gegeben habe.

Am heftigsten gebärdet sich der fanatisch dreibundfeindliche und so erfolgreich für die griechische Sache gewonnene Jean Herbette im „Echo de Paris". Er meint, daß die italienischen Blätter, die mit ihren durchaus unbegründeten Anklagen gegen Frankreich lediglich ministerielle oder deutsche Interessen vertreten, keine Antwort, sondern nur eine Warnung verdienen. Es sei klar, daß das Kabinett von Rom wie zur Zeit Crispis eine systematisch franzosenfeindliche Politik treibe, deren Konsequenzen und weitere Entwickelung die italienische Diplomatie zweifellos vollständig ermessen und vorbereitet habe. Es werde Sache der französischen Regierung sein, alle Maßnahmen zu treffen, damit Frankreich von dieser Wiederholung des „Crispischen Experiments" auch weiterhin nichts zu befürchten habe.

Der phantasiereiche „Cri de Paris" hat übrigens schon die Erklärung für die gegenwärtige Haltung der lateinischen Schwesternation gefunden. Er hat aus „sicherer Quelle" erfahren, daß Italien bei der

---

* Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXVIII.

letzten Erneuerung des Dreibundvertrages sehr weitgehende Versprechungen erhalten habe: „Man“ habe ihm für den Fall eines glücklichen Krieges Tunis und die Mittelmeerinseln (?) verbürgt*.

v. Schoen

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut

Nr. 15 777

## *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 237 Rom, den 14. November 1913

In einem Augenblick, wo die Verstimmung zwischen Österreich und Italien** der frankophilen Agitation hier den Boden wieder ebnet, kommt die wenig politische Haltung der französischen Presse gegenüber Italien in der griechisch-albanischen Grenzfrage*** recht gelegen. Auf der ganzen Linie begegnen die französischen Angriffe einer geschlossenen Abwehr der italienischen Presse, selbst bis in die Reihen der sonst frankophilen und mit klingenden französischen Argumenten gewonnenen Blätter wie „Secolo“ und „Messaggero“. Der Regierung selbst ist der Vorgang unangenehm. Marquis di San Giuliano schob die französischen Preßangriffe auf die Einwirkung griechischen Geldes in Paris. Er sucht abzuwiegeln, und diese Tendenz tritt am meisten im „Popolo Romano“ zutage. Der italienische Minister sagte mir, die Heftigkeit der Angriffe habe die französische Regierung zu dem Glauben verleitet, die italienische Regierung fördere die Preßfehde. Er glaube das französische Kabinett aber darüber beruhigt zu haben.

Schließlich sei die Sache weniger wichtig als die Verstimmung mit Österreich, denn in Frankreich verstehe man besser, solche Sachen zum geeigneten Zeitpunkt wieder gutzumachen als in Österreich.

Flotow

---

* Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXL. Aus den deutschen Akten ergibt sich, daß bei den Verhandlungen über die Erneuerung des Dreibundes Versprechungen im Sinne der französischen Insinuation nicht gemacht waren.
** Über die durch die Triester Zwischenfälle erzeugte Verstimmung zwischen Österreich und Italien vgl. Kap. CCXCVI.
*** Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXIX.

## Nr. 15 778

### *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 361 — Wien, den 18. November 1913

Ganz vertraulich

Zur Angelegenheit des Barrèreschen Vorstoßes betreffend ein französisch-italienisches Einvernehmen über das Mittelmeer, teilt mir Graf Berchtold nachstehendes mit.

Graf Szécsen berichte aus Paris, Herr Paléologue habe ihn gefragt, ob ihm etwas darüber bekannt sei, was die Italiener mit ihrem Vorschlage, ein Abkommen mit Frankreich über das Mittelmeer abzuschließen, eigentlich meinten*. Herr Barrère habe von einem solchen generellen italienischen Vorschlag berichtet; nähere Nachrichten seien aber seitdem in Paris nicht eingegangen. Graf Szécsen habe natürlich geantwortet, ihm sei über die ganze Sache nichts bekannt.

Graf Berchtold hat aus dieser Meldung den Eindruck gewonnen, daß Herr Barrère wahrscheinlich die ganze Sache persönlich eingeleitet habe und jetzt, da er keine Gegenliebe gefunden, seiner Regierung gegenüber die Initiative dazu den Italienern zuschieben wolle. Oder falls wirklich die französische Regierung hinter der Barrèreschen Anregung gestanden habe, sei sie jetzt bemüht, jede Verantwortung dafür von sich zu weisen.

von Tschirschky

## Nr. 15 779

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 389 — Paris, den 20. November 1913

Der Preßkrieg zwischen Frankreich und Italien dauert trotz offiziöser Beschwichtigungsversuche an, wenn er auch in etwas höflicheren Formen geführt wird wie zu Beginn. War es anfänglich Italiens Vorgehen in Athen wegen der Störung der Grenzbestimmung Südalbaniens**, das den französischen Grimm erregte, so ist es jetzt hauptsächlich die Anwesenheit eines italienischen Geschwaders im östlichen

---

* Wenn Paléologue in diesem Sinn mit dem österreich-ungarischen Botschafter gesprochen hat, so konnte das nur den Zweck verfolgen, Italien bei seinen Dreibundkollegen zu verdächtigen.

** Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXIX.

Mittelmeer zur gleichen Zeit, wo französische und englische Flottenabteilungen sich dort bewegen*. Ein dem Quai d'Orsay nicht fernstehendes Blatt, der „Petit Parisien", hat sich dabei so weit vergessen, mit dürren Worten zu sagen, Italien habe in der Levante, wo Frankreich und England überlieferungsgemäß die Suprematie zukomme[1], nichts zu suchen, und ein etwaiger Versuch, Frankreich aus dem Protek-

* Über die vielfach in inneren Zusammenhang mit dem französisch-italienischen Interessengegensatz im Mittelmeer gebrachte Entsendung eines großen französischen und englischen Geschwaders nach der kleinasiatischen Küste vgl. den Brief Iswolskys an Sasonow vom 20. November (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 348) über seine Unterredung mit dem französischen Außenminister Pichon: „Die in so scharfer Form wiederaufgelebte französisch-italienische Gegnerschaft im Mittelmeer tritt besonders anläßlich der Entsendung eines starken französischen Geschwaders nach der kleinasiatischen Küste zutage. Auf meine Frage, ob diese Entsendung etwas mit den soeben erwähnten Reibungen zu tun habe, antwortete H. Pichon verneinend und erklärte diese Maßregel ausschließlich mit dem Wunsche, die französische Flagge in den Gewässern der Levante zu zeigen, ohne die Absicht, hierdurch Italien irgendwie zu nahe zu treten. Seinen Äußerungen nach ist die Entsendung des französischen Geschwaders ohne jedes vorherige Einvernehmen mit England beschlossen worden; aber die zufällig gleichzeitige Fahrt des französischen und des englischen Geschwaders und ihr bevorstehendes Zusammentreffen in den griechischen Gewässern wird zweifellos und in sehr glücklicher Weise die Übereinstimmung des französischen und englischen Standpunktes hinsichtlich des Gleichgewichts im Mittelmeer hervorheben. ‚Sie werden natürlich bemerkt haben,' — setzte er hinzu — ‚daß die italienische Regierung, sobald die Abfahrt des französischen Geschwaders bekanntgeworden war, sogleich ihr Geschwader nach der Insel Rhodos schickte, die übrigens die französischen Schiffe keineswegs anzulaufen beabsichtigten.'" Über die Bedeutung des Zusammentreffens des englischen und des französischen Geschwaders im östlichen Mittelmeer ließ sich auch der Geschäftsträger in London von Kühlmann in einem Bericht vom 18. November (Nr. 655) aus: „Verschiedene französische Zeitungen haben in den letzten Tagen die Meldung gebracht, daß das gegenwärtig im Mittelmeer kreuzende englische Geschwader zur selben Zeit wie das französische Geschwader im Piräus eintreffen werde, und der ‚Temps' hat im Anschluß hieran erklärt, daß das Zusammentreffen der beiden Flotten eine äußere Bekräftigung der Entente cordiale und des vollständigen Einklanges der englischen und französischen Politik im Osten und im Mittelmeer bedeute. Diese Meldungen wurden auch von einem Teile der hiesigen Presse aufgenommen. Der Pariser Korrespondent der ‚Times' stellt heute in seinem heutigen Telegramme in Worten, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen, den Sachverhalt klar. Er meldet, er habe durch Erkundigungen in Erfahrung gebracht, daß die Frage eines Zusammentreffens der beiden Flotten zwischen der englischen und französischen Regierung überhaupt nicht berührt worden sei. Der Reiseplan des französischen Geschwaders sehe allerdings dessen Eintreffen in Phaleron, nahe dem Piräus, für den 28. November vor, den gleichen Tag, an dem die kombinierte englische Flotte im Piräus einzutreffen habe. Aus Athen komme die Nachricht von einem beabsichtigten gemeinsamen Empfang der beiden Geschwader, was bedeuten würde, daß die griechischen Behörden den Flottenbesuch zum Anlaß großer Festlichkeiten zu machen wünschten. Es habe aber weder bei der englischen noch der französischen Regierung oder den Marineleitungen der beiden Länder die Absicht bestanden, der Flottenbegegnung in den griechischen Gewässern, wenn sie stattfinden sollte, irgendwelchen politischen Anstrich zu geben."

torat über die levantinischen Katholiken zu verdrängen, müsse nachdrücklich zurückgewiesen werden.

Offiziös wird hier erklärt, das Zeigen der französischen Flagge auf imposanten Schiffen in levantinischen Häfen und namentlich das in Aussicht genommene Zusammentreffen starker Geschwader Frankreichs und Englands, im ganzen an die vierzig Einheiten, im Piräus werde nicht verfehlen, das Ansehen der beiden Mächte im Orient nachhaltig zu stärken und ihren Willen, ihre Interessen im Mittelmeer in herzlichem Einvernehmen wahrzunehmen[2], bedeutungsvoll in die Erscheinung treten lassen. Eine vielversprechende Einleitung sei schon der überaus freundliche Empfang gewesen, den das französische Geschwader in Alexandrien und namentlich der Admiral Boué de Lapeyrère bei Lord Kitchener und dem Khediven gefunden habe. Daß man einer Begegnung mit der vor Rhodos erwarteten italienischen Flotte demonstrativ aus dem Wege gegangen, wird geleugnet. Tatsache ist aber, daß Rhodos ursprünglich in dem Plan der Reise des französischen Geschwaders aufgenommen war.

Wenn die Franzosen mit ihrer Marine moralische Eroberungen in der Levante machen wollen, so werden sie gut tun, ihre Hafenbesuche einzuschränken und den Mannschaften nur wenig Landurlaub zu geben, denn die Erfahrung lehrt, daß französische Flottenbesuche wegen der schlechten Aufführung der disziplinlosen Mannschaften häufig ein unrühmliches Ende nehmen und üble Erinnerungen hinterlassen. So mag es wohl auch jetzt gehen, und der Vergleich, den die Levantiner zwischen Franzosen und Seeleuten anderer Nationen anzustellen in der Lage sind, dürfte schwerlich zugunsten der ersteren ausfallen.

v. Schoen

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Unsinn! giebts nicht!
[2] ?

Nr. 15 780

## *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 258 — Rom, den 1. Dezember 1913

Das „Giornale d'Italia" beschäftigt sich heute in einem längeren Artikel mit den französisch-italienischen Beziehungen und sagt in demselben unter anderem, daß man sich seinerzeit in Paris in den Kopf ge-

setzt habe, die Carthage- und Manouba-Zwischenfälle seien italienischerseits im Einverständnis mit dem zu der Zeit gerade in Rom anwesend gewesenen Herrn von Kiderlen-Waechter * künstlich hervorgerufen worden. Diese Annahme treffe jedoch nicht zu. Herr von Kiderlen-Waechter habe im Gegenteil, weit davon entfernt, mit Italien Ränke gegen Frankreich zu schmieden, damals sogar in wenig freundlicher Weise vergeblich versucht, Italien zur Modifizierung des für Libyen erlassenen Annexionsdekrets zu veranlassen.

Flotow

---

Schlußbemerkung des Staatssekretärs von Jagow:
Blech!
Kiderlen hat sich mit Carthage- und Manouba-Sache überhaupt nicht befaßt und bezüglich des Annexionsdekrets stets nur gesagt: c'est un fait.

## Nr. 15 781

## *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 271 — Rom, den 12. Dezember 1913
Vertraulich

Bei dem Gespräch über die italienisch-französischen Verhandlungen betreffend die Tripolitaner in Tunesien **, über das ich an anderer Stelle berichtete, sagte der Marquis di San Giuliano, daß eine gewisse Spannung aus der italienischen und französischen Presse immer noch nicht weichen wolle. Auf meine Bemerkung, daß ja Herr Luzzati mit emsigem Bemühen jeden Tag in den Zeitungen daran arbeite, diese Spannung zu beseitigen ***, erwiderte der Minister in einer etwas auf-

---

* Vgl. über Kiderlens Aufenthalt in Rom im Januar 1912 Bd. XXX, Kap. CCXL, Nr. 11 254 ff., und Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, 177 ff. Die französischen Insinuationen wegen der Einwirkung Kiderlens auf die italienisch-französischen Zwischenfälle, die in den Akten nicht die mindeste Stütze finden, zeigen nur, wie mißliebig manchen französischen Kreisen die Einigkeit der Dreibundmächte war. Nach einem Berichte Freiherrn von Schoens vom 6. Juli 1912 wäre die Anzettelung der französisch-italienischen Schiffszwischenfälle auf den italienischen Botschafter in Paris zurückzuführen, dem auch bei der ganzen Anregung des Tripolisunternehmens 1911 die Initiative zugeschoben wird. „Man weiß es hier zu bestimmt und vergißt es ihm nicht, daß er, wie er die ganze Tripolisunternehmung angeregt, so die Schiffszwischenfälle angezettelt hat."

** Vgl. dazu den Brief des russischen Geschäftsträgers Baron von Poggenpohl an Sasonow vom 18. November, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 342.

*** Vgl. z. B. „Corriere della Sera" vom 19. November.

fallenden Weise, es entspreche sehr seinen Wünschen, auch mit Frankreich auf einem guten Fuße zu stehen. Es seien noch so viele dornenvolle Fragen, nicht nur in Albanien, sondern vor allem hinsichtlich der Inseln zu lösen, daß man guter Beziehungen nach allen Seiten bedürfe. Das würde die Lösung dieser Fragen erleichtern.

Dieses Bestreben des Ministers, die Beziehungen zu den Tripelententemächten zu pflegen, war mir gegenüber Rußland* und England bekannt. Gegenüber Frankreich ist es neueren Ursprungs. Es datiert seit den bekannten Triester Erlassen**. Es ist keine Frage, daß sowohl Herr Giolitti als Marquis di San Giuliano durch dieses österreichische Vorgehen zu dem Gedanken geleitet worden sind, das Verhältnis zu Österreich stehe auf zu schwachen Füßen, um nicht eine Sicherung nach anderer Seite als nötig erscheinen zu lassen. Man wird gut tun, dieser Stimmung gegenüber die Augen offen zu halten.

Das übereifrige Bestreben des Herrn Tittoni, den Pariser Journalisten die Unschuld des Dreibundes und seine Vereinbarkeit mit einer französisch-italienischen Freundschaft darzutun, ist ja auch lehrreich.

Flotow

---

* Zu den russisch-italienischen Beziehungen vgl. das vertrauliche Schreiben des russischen Botschafters in Rom von Krupenski an Sasonow vom 24. Februar 1914 (Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, ed. B. von Siebert, S. 488 ff.). Danach will Krupenski dem Generalsekretär im italienischen Außenministerium di Martino schwere Vorwürfe gemacht haben, weil Italien sich fast in allen Fragen politischer Natur nicht auf Rußlands Seite gestellt, sondern beständig Österreich unterstützt habe. Über die Antwort di Martinos heißt es bei Krupenski: „Martino erwiderte, daß in der Tat, zum großen Leidwesen auch des römischen Kabinetts, in den Beziehungen zwischen Rußland und Italien eine Änderung wahrgenommen worden sei. Dies könnte jedoch nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Er wies auf die Beziehungen Italiens zu England hin und zweifelt nicht — diese Überzeugung teilt auch San Giuliano —, daß, wenn einmal die Frage der albanischen Grenzen und der albanischen Anleihe geregelt sein wird, eine noch größere Annäherung Italiens an Rußland stattfinden wird — und zwar besonders im Falle eines Krieges. ‚Wir konnten', fuhr Martino fort, ‚Valona und die Meerenge von Korfu nicht Griechenland überlassen. Wenn auch gegen unsern Wunsch und ungern, so mußten wir doch gemeinsam mit Österreich vorgehen, sowohl wegen unseres Bündnisses als auch vor allem deshalb, weil Italien Österreich unmöglich völlige Handlungsfreiheit überlassen konnte. Wir verfolgten das Ziel, durch eine mäßigende Einwirkung auf Österreich-Ungarn einen Bruch mit diesem und dadurch einen Krieg zu vermeiden, welcher für uns die größte Gefahr bedeutet hätte, ganz unabhängig davon, ob wir in einen solchen eingetreten wären oder nicht.' " Der Brief Krupenskis ist ein Beleg dafür, wie sehr die russischen Staatsmänner darauf aus waren, Italien von Österreich-Ungarn abzuziehen, ähnlich wie die französischen Staatsmänner eine analoge Taktik mit Bezug auf Italiens Verhältnis zu Deutschland verfolgten.

** Vgl. dazu Kap. CCXCVI.

## Nr. 15 782

### *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 171 Rom, den 30. Mai 1914

Die letzten Tage hatten sehr eifrige Verhandlungen des Marquis di San Giuliano mit Herrn Barrère über die Rechte der Italiener bezw. Tripolitaner in Tunis gebracht *. Der Minister hatte den Wunsch, die Angelegenheit wenn irgend möglich zum Abschluß zu bringen, weil er bei der Schwäche des französischen Kabinetts einen Regierungswechsel und danach noch größere Schwierigkeiten befürchtete. Der hierher berufene Herr Tittoni scheint Befürchtungen dieser Art in ihm erweckt zu haben. Über den Inhalt des Abkommens berichte ich, sobald der Vertrag vorliegt **.

Eine aufmerksame Beobachtung der ganzen Haltung des Marquis di San Giuliano in diesen Tagen, wo die Schwäche der österreichisch-

---

* Näheres darüber in der bei Fr. Stieve, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, IV, 92 f., abgedruckten Denkschrift des russischen Botschafters in Rom Krupenski für seinen französischen Kollegen Barrère. Aus dieser Denkschrift geht einmal hervor, wie lebhaft Marquis di San Giuliano gegenüber dem russischen Botschafter, der gleich Iswolsky alles aufbot, um Italien immer näher an Frankreich heranzuführen, eine solche Annäherung als eigenen Wunsch hinstellte; sodann aber, daß Krupenski ein Hindernis für eine solche Annäherung in dem fortdauernden französischen Verdacht wegen des Abschlusses einer gegen Frankreich gerichteten Marinekonvention der Dreibundmächte erblickte. Marquis di San Giuliano erklärte zwar auch dem Botschafter Krupenski, wie er es Barrère und sogar im Parlament erklärt hatte, „der Dreibund sei erneuert worden, ohne daß auch nur ein Komma verändert worden sei; auch sei keine Zusatzbestimmung zwischen Italien und seinen Bundesgenossen verabredet worden". Wenn Marquis di San Giuliano selbst hinzufügte, „daß der französische Verdacht sich auf gewisse Beweise berufe, die man in Händen zu haben glaube; diese sogenannten Beweise könnten aber nichts anderes als ganz gewöhnliche Fälschungen sein," so fand er damit angesichts der genauen Nachrichten, die man in Paris über die Marinekonvention hatte (vgl. Nr. 15 770, S. 415, Fußnote *), nicht einmal bei Krupenski rechten Glauben.

** Die Unterzeichnung des italienisch-französischen Abkommens über die rechtliche Stellung der Italiener in Tunis und der Tunesier in Libyen erfolgte am 29. Mai. Zu dem Abschlusse bemerkte unter anderem die „Nazione", daß die Konsulta endlich die Notwendigkeit eines herzlichen Einvernehmens mit den Mächten des Dreiverbands eingesehen habe. Auf französischer Seite ließ sich der „Gaulois" dahin aus: „Alle Franzosen, die unermüdlich für die Sache der französisch-italienischen Annäherung eingetreten sind, weil sie ein Zusammenwirken der beiden Nationen an der großen afrikanischen Aufgabe und zur Verteidigung ihrer Mittelmeerinteressen für eine gebieterische Notwendigkeit halten, werden sich zu der gestern getroffenen Lösung beglückwünschen, welche eine neue Ära in den französisch-italienischen Beziehungen bedeutet, die seit einem Jahre durch bedauerliche Vorkommnisse abgekühlt waren."

italienischen Beziehungen sich von neuem so stark enthüllte *, läßt aber doch den Schluß zu, daß der Minister das Bedürfnis fühlt, zu der alten italienischen Praxis der Schaukelpolitik bis zu einem gewissen Grade zurückzukehren. Eine gewisse Lockerung der eigenen ministeriellen Position, wie sie sich in Presse und Kammer bemerkbar machte, verbunden mit Zweifeln an der Solidität und Tragfähigkeit des österreichisch-italienischen Verhältnisses, auf dessen Pflege sich der Minister nun einmal festgelegt hat, haben ihm vermutlich den Gedanken nahegelegt, ein Eisen auch in das französische Feuer zu legen. Der österreichische Botschafter hat diese Beobachtung in noch verstärkterem Maße gemacht. Die Haltung, die der italienische Minister mir gegenüber in der Frage der kommunalen öffentlichen Arbeiten in Marokko an den Tag legte, hatte mich schon aufmerksam gemacht. Er machte gar kein Hehl daraus, daß er die Beziehungen zu Frankreich zu bessern wünschte. Auch ohne sich sofort übertriebenen Vermutungen hinzugeben, wird man gut tun, nach dieser Seite hin die Augen aufzuhalten.

Flotow

## Nr. 15 783

### *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 172 — Rom, den 30. Mai 1914

In der hiesigen Presse tritt eine deutliche Strömung zugunsten der Anbahnung besserer Beziehungen zum Dreiverband, insbesondere zu Frankreich, hervor.

In der „Idea Democratica" wird in einem Artikel über die auswärtige Politik gesagt, daß sich die italienische Politik, wenn sie sich auch heute noch nicht vom Dreibund freimachen könne, doch mit den Mächten des Dreiverbands auf freundschaftlichen Fuß stellen müsse.

Die „Agencia Socialista" spricht in demselben Sinne von der „politica unilaterale" Italiens.

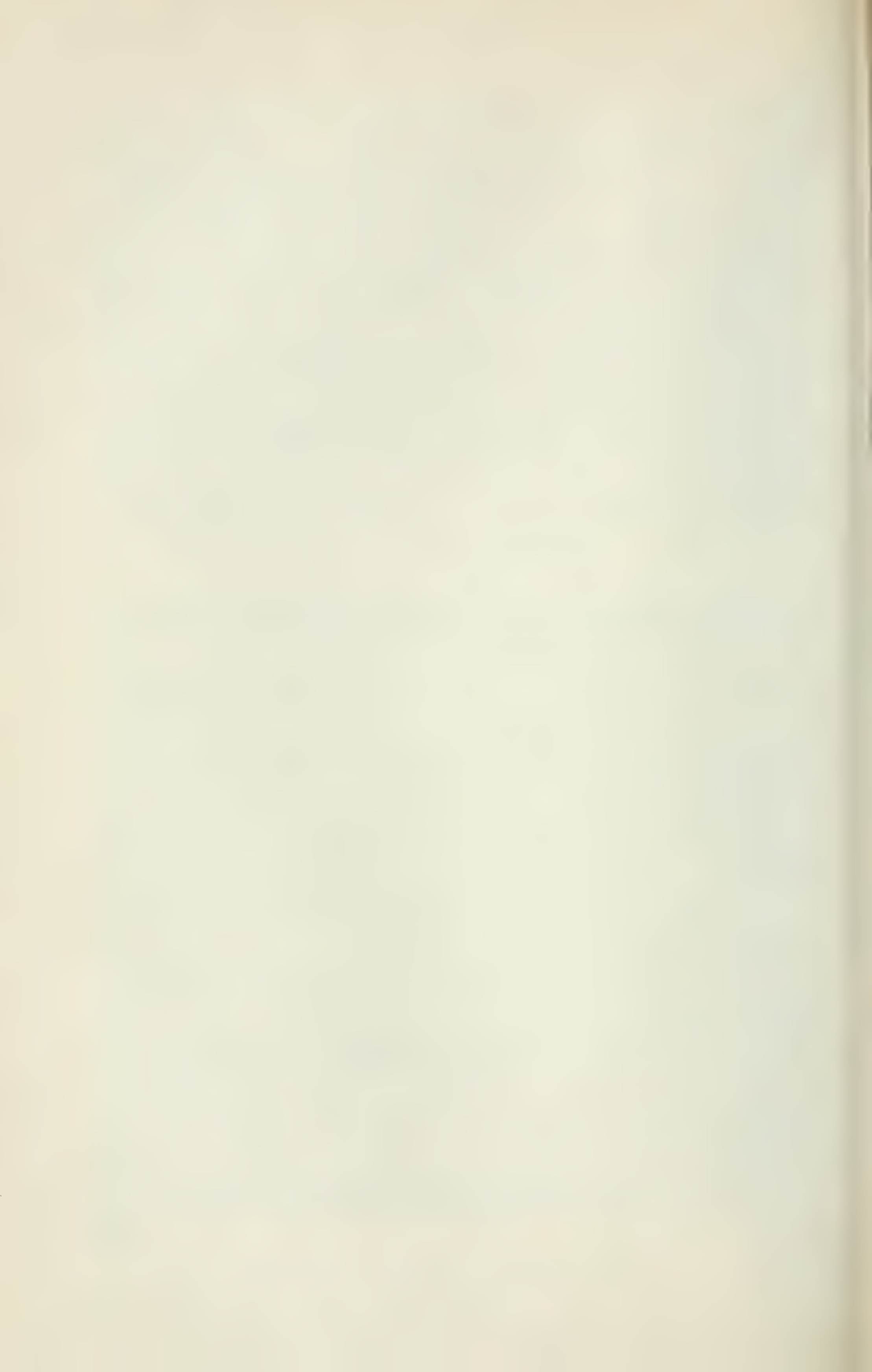
Luigi Luzzati schreibt im „Corriere della Sera", daß Italien seine gute Stellung bei den Mächten des Dreiverbands verloren habe, und daß sie zurückgewonnen werden müsse.

G. Nesti ist in der „Nazione" gleichfalls, und zwar wiederholt, für bessere Beziehungen zu den Dreiverbandmächten eingetreten.

Flotow

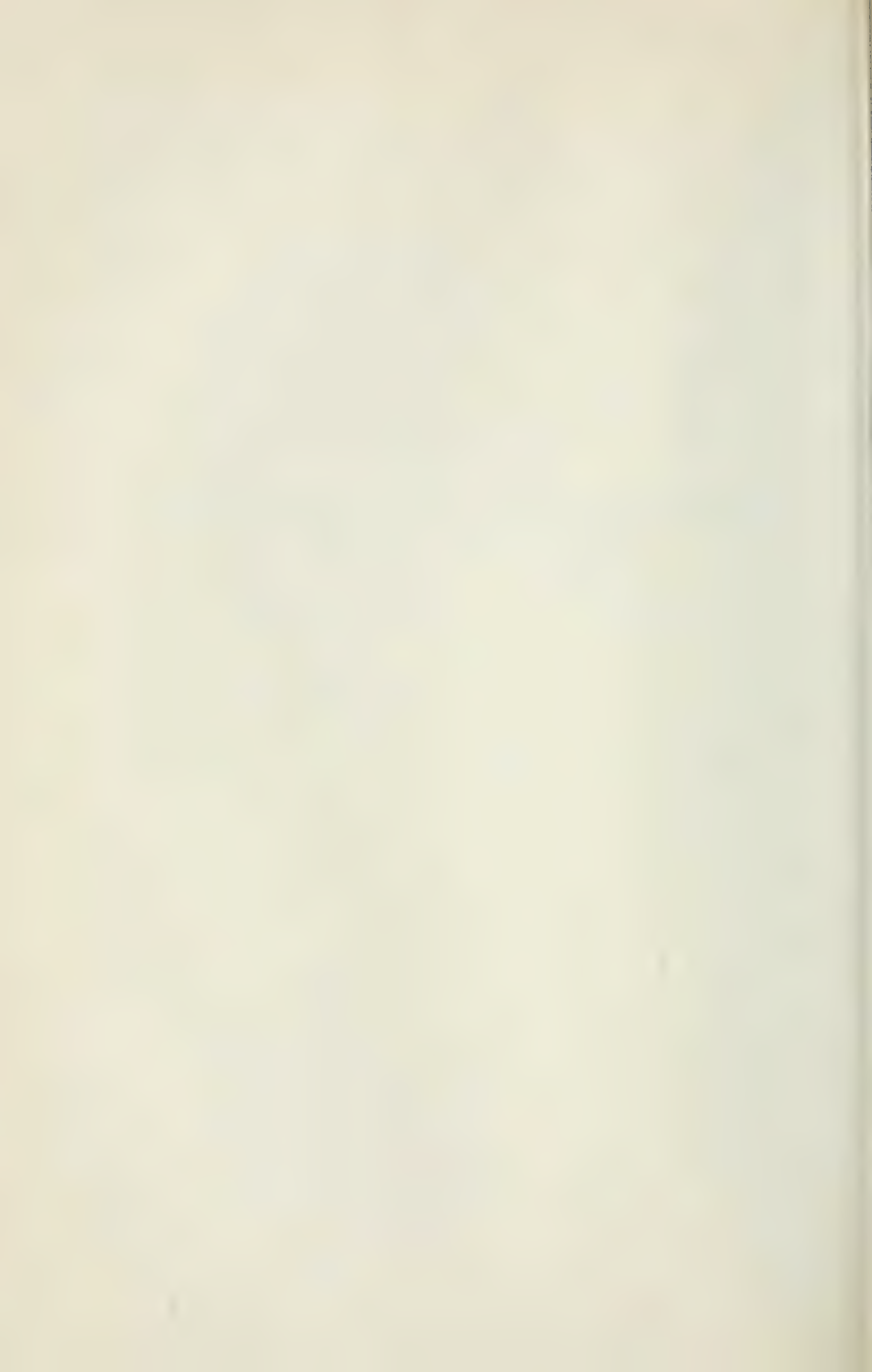
---

* Vgl. dazu Kap. CCXCVI.



Kapitel CCXCVIII

# Französisch-Russisches Werben um Rumänien
## März 1913 bis Juni 1914



Nr. 15 784

*Der Gesandte in Athen Graf von Quadt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 74 Athen, den 7. März 1913

Einer meiner rumänischen Bekannten, welcher kürzlich aus Bukarest hier eingetroffen ist, erzählte mir, es sei sehr auffallend, in welcher Weise die Russen in letzter Zeit mit allen Mitteln daran arbeiteten, um Rumänien vom Dreibund zu trennen*. Die russische Propaganda dehne sich bis in die untersten Schichten der Bevölkerung aus. Auf meine Frage, ob Rußland bei seinen Bemühungen schon Erfolge aufzuweisen habe, meinte mein Gewährsmann, dies stehe durchaus fest. Zwar hätte noch keine Regierung in Rumänien bis jetzt es für opportun gehalten, ein Zusammengehen mit Rußland auf ihr Programm zu schreiben, aber die russischen Bemühungen seien so zäher Natur, daß sie auf die Dauer nicht, selbst bei leitenden Staatsmännern, ohne Eindruck bleiben könnten. Jetzt scheine allerdings die russenfreundliche Bewegung im Lande erst langsam aus den unteren Volksschichten nach oben zu dringen. Aber nach und nach würden gewiß auch die oberen Schichten der Bevölkerung angesteckt werden. Eine große Garantie dafür, daß v o r l ä u f i g alles beim alten bleiben werde, liege allerdings in der Person Seiner Majestät des Königs. Ob bei einem eventuellen Thronwechsel an den gleichen Prinzipien, wie bis jetzt festgehalten werde, müsse dahingestellt bleiben.

A. Q u a d t

---

* Das gleiche Bestreben trat seit dem Beginn des Jahres 1913 auf französischer Seite hervor. Als der rumänische Innenminister Take Jonescu, der am 1. Januar 1913 auf der Durchreise nach London den französischen Ministerpräsidenten Poincaré in Paris aufsuchte und ihn bat, daß Frankreich Rumänien in seinen Schwierigkeiten mit Bulgarien beistehen möge, wies dieser ihn darauf hin, daß eine solche Hilfeleistung durch die Zugehörigkeit Rumäniens zum Dreibund wesentlich erschwert sei. Daran schloß sich die Frage, ob im Falle eines allgemeinen Krieges erwartet werden dürfe, „que la France et ses alliés ne trouveraient pas l'armée roumaine devant elles". Take Jonesco, Souvenirs, p. 5 s. Auch ein

## Nr. 15 785

## *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 115 Wien, den 19. März 1913
Vertraulich

Der erste Sekretär der hiesigen rumänischen Gesandtschaft, Herr Carp, der ein Sohn des bekannten Staatsmannes ist und uns stets eine dreibundfreundliche Gesinnung gezeigt hat, ist vor einigen Tagen von einem kurzen Besuch in Bukarest hierher zurückgekehrt und hat dem Botschaftsrat Prinzen zu Stolberg erzählt, daß dort eine sehr gereizte Stimmung gegen Österreich-Ungarn zu beobachten sei, die sich auch bereits unter den Mitgliedern der Regierung geltend mache. Man werfe der Monarchie vor, daß sie in der rumänisch-bulgarischen Frage die Interessen Rumäniens nicht mit genügender Energie vertrete und durch gleichzeitiges Liebäugeln mit Bulgarien ein doppeltes Spiel treibe*. Es

---

Geheimtelegramm Iswolskys an Graf Benckendorff vom 2. Januar 1913 (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 20) bestätigt, daß Poincaré mit der Frage nach Rumäniens Haltung im Falle eines allgemeinen Krieges an Take Jonescu herangetreten ist. Nach seiner eigenen Erzählung hätte Take Jonescu die Frage ausweichend beantwortet, nach Iswolsky dagegen dahin, daß im gegenwärtigen Momente Rumänien noch zu bewaffneter Hilfeleistung an Österreich verpflichtet sei. Vgl. auch Bd. XXXIV, Kap. CCLXVII, Nr. 12 615, Fußnote **.

* Tatsächlich war die Politik Österreich-Ungarns vor allem darauf gerichtet, eine Versöhnung der immer mehr divergierenden Interessen Rumäniens und Bulgariens herbeizuführen. Dabei waren Graf Berchtolds Sympathien zunächst mehr auf der rumänischen Seite; hatte er sich doch gelegentlich seines Besuchs in Sinaia am 24. August 1912 so tief mit dem Könige und den rumänischen Staatsmännern in politische Kombinationen eingelassen, daß darüber eine gewisse Beunruhigung auch in Berlin entstand und das Unterlassen zuvoriger Fühlungnahme leise moniert wurde. Indessen erschwerten die großen Erfolge Bulgariens im ersten Balkankriege, die die Eifersucht Rumäniens wachriefen, mehr und mehr die österreichische Politik des Ausgleichs zwischen beiden. Vgl. dazu Freiherr v. Musulin, Das Haus am Ballplatz, S. 185 f. Musulin will den österreichischen Leitgedanken eines Ausgleichs zwischen Rumänien und Bulgarien schon 1895, wo er unter Aehrenthal an der Gesandtschaft in Bukarest tätig war, konzipiert haben: „Das Arkanum, das ich bei der Besprechung meines Bukarester Aufenthaltes, als im gegebenen Falle allerdings mit sehr zweifelhaftem Erfolge anwendbar, bezeichnet hatte, wurde tatsächlich hervorgeholt. Man begann sich am Ballplatze sehr ernstlich mit einer Versöhnung zwischen Rumänien und Bulgarien zu beschäftigen und legte diesen Versöhnungsgedanken in zahllosen Telegrammen und Erlässen nieder, die an die Adresse unserer Vertretungen in Bukarest und Sofia gerichtet waren. Irgendein greifbarer Erfolg war unserer Versöhnungsaktion bei der evidenten Rivalität der beiden Staaten nicht beschieden; im Gegenteil, ich fürchte, daß unsere völlig uneigennützige, auch im eigensten Interesse Rumäniens unternommene Aktion in Bukarest Mißtrauen erregt und mit dazu beigetragen hat, die Beziehungen zwischen Wien und Bukarest abzukühlen."

werde denn auch schon hie und da die Frage ventiliert, ob für den Fall, daß Österreich-Ungarn sich nicht mit größerer Entschiedenheit auf Rumäniens Seite stelle, letzteres nicht gezwungen sein könnte, seiner Politik eine andere Orientierung zu geben. Herr Carp hat durchblicken lassen, daß damit wohl eine Annäherung an Rußland gemeint sei.

von Tschirschky

## Nr. 15 786

## *Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 142 St. Petersburg, den 3. Mai 1913
Vertraulich

Der rumänische Gesandte Herr Nano hat sich einem hiesigen Diplomaten gegenüber vertraulich dahin geäußert, daß gegenwärtig Rumänien von Rußland sehr der Hof gemacht werde. Er habe die Empfindung, daß man sich hier bemühe, Rumänien davon zu überzeugen, daß es seinem Interesse entsprechen würde, sich von Österreich-Ungarn abzuwenden und Anlehnung an Rußland zu suchen *. Herr Nano hat

* Vgl. dazu das Geheimtelegramm Sasonows an den russischen Gesandten in Bukarest Schebeko vom 4. Mai 1913: „Sie können Majorescu vertraulich mitteilen, daß die Verzögerung der Unterzeichnung des Protokolls der [Petersburger] Konferenz auf Österreich zurückgeht, das von Tag zu Tag die Weisungen an seinen Botschafter aufschiebt. Man kann nicht umhin, dies in Zusammenhang mit den in letzter Zeit verstärkten Bemühungen Österreichs zu bringen, eine Verständigung mit Bulgarien herbeizuführen. Sie können zugleich Majorescu versichern, daß dieser Aufschub Rumänien nicht zu beunruhigen braucht, da es für Bulgarien zu wichtig ist, ebenso wie die anderen Verbündeten eine wohlwollende Stellungnahme Rußlands in den zwischen ihnen bevorstehenden Verhandlungen zu erlangen. Unsere Stellung zu Rumänien wird durch den unveränderlichen Wunsch bestimmt, unsere alten Freundschaftsbande zu kräftigen.“ Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 147. Auf die in diesem Telegramm aus den Tagen der Petersburger Konferenz hervorleuchtende russische Tendenz, Österreich bei Rumänien zu verdächtigen und sich auf Kosten Österreichs in ein helles Licht zu setzen, kommt ein Bericht des Bukarester Geschäftsträgers Grafen von Waldburg vom 3. Juli 1914 zurück: „Die auf politische Einflußnahme in Rumänien gerichtete Tätigkeit der russischen und französischen Diplomatie reicht schon weiter zurück. Als die Petersburger Konferenz zum Abschluß gekommen und die vorläufige Geheimhaltung der dort gefaßten Beschlüsse unter den Vertretern der Mächte vereinbart worden war, hatte Herr Sasonow nichts Eiligeres zu tun, als Herrn Schebeko zu beauftragen, der hiesigen Regierung von dem Ergebnisse der Konferenz umgehend Kenntnis zu geben. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß der russische Gesandte seine Mitteilungen mit den nötigen Kommentaren über die Rumänien wohlwollende Haltung Rußlands und der Mächte des Dreiverbandes auf der Petersburger

dabei durchblicken lassen, daß es in seinem Vaterlande an Politikern nicht fehle, welche mit Besorgnis auf die schwierige Lage blickten, in welcher sich Rumänien zwischen Rußland und dem Balkanbund befände, und die Frage erwögen, ob es nicht für Rumänien vorteilhaft wäre, Anschluß an Rußland zu suchen.

Herr Nano hat auch erwähnt, daß das Bestreben Österreich-Ungarns gelegentlich des Streites um Silistria Bulgarien Kompensationen zuzuwenden, in Bukarest einigermaßen verstimmt habe.

Auch mir gegenüber hat der rumänische Gesandte während der Verhandlungen über die Frage von Silistria und der Dobrudschagrenze Äußerungen fallen lassen, welche auf ein gewisses Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn wegen dessen bulgarenfreundlicher Haltung schließen ließen.

F. Pourtalès

## Nr. 15 787

## *Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Entzifferung

Nr. 162 Bukarest, den 5. Juli 1913
Vertraulich

Der Chef der liberalen Opposition und voraussichtliche nächste Ministerpräsident, Herr Bratianu, mit dem Graf Waldburg* heute zu sprechen Gelegenheit hatte, sagte demselben vertraulich, es sei nun durch die Fehler der Regierung zu dem gekommen, was er schon lange vorher gesagt habe. Er sei immer für ein Zusammengehen Rumäniens mit dem Dreibund gewesen. Es sei aber ein großer Fehler Österreichs gewesen, zu dulden, daß die Rumänen in Ungarn so schlecht behandelt würden. Durch diese Behandlung der Rumänen in Ungarn und durch die Politik Österreichs Bulgarien gegenüber sei der Zustand geschaffen worden, der in den Demonstrationen der letzten Tage**, die er übrigens mißbillige, da Österreich viel für Rumänien getan habe, deutlich zum Ausdruck gekommen sei. Für Rumänien sei ein Großbulgarien unmöglich. Die Unterhandlungen, die in den letzten Mo-

---

Konferenz begleitete. Tatsache ist jedenfalls, daß man es hier mit besonderer Genugtuung aufnahm, daß das Petersburger Kabinett als erstes die Ergebnisse der Konferenz mitgeteilt hat und in weiten Kreisen der Schluß gezogen wurde, Rußland sei in besonderer Weise zugunsten der Ansprüche Rumäniens eingetreten." Über die wirkliche Haltung der verschiedenen Mächte auf der Petersburger Konferenz vgl. Bd. XXXIV, Kap. CCLXXI.

* Erster Sekretär bei der Gesandtschaft in Bukarest.

** Am 3. Juli war es in Bukarest zu Straßenkundgebungen gegen Österreich gekommen.

naten mit Bulgarien gepflogen wurden, hätten gezeigt, daß in den dortigen maßgebenden Kreisen ein Wille zur Verständigung mit Rumänien tatsächlich überhaupt nicht vorhanden wäre. Österreich hingegen sei die Möglichkeit geboten gewesen, sich mit Serbien zu verständigen. In Wien sei aber nichts dafür geschehen. Er, Bratianu, halte die Lage für sehr ernst, weniger infolge Kriegs, den Rumänien nun voraussichtlich zu führen haben werde, als im Hinblick auf die Lösung der Frage über die künftige Gestaltung der Beziehungen Rumäniens zu Österreich. Hierin erblickt Bratianu den Schwerpunkt des Ernstes der Lage. Heute sei die Stimmung in Rumänien derart, daß keine Regierung, welcher Partei sie angehören möge, einen Krieg zu führen vermöchte, in dem Rumänien an der Seite Österreich-Ungarns gehen sollte.

Waldthausen

## Nr. 15 788

## *Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Entzifferung

Nr. 165 — Bukarest, den 8. Juli 1913

Prinz Fürstenberg hat dem Minister des Innern* sehr ernste Vorstellungen wegen der antiösterreichischen Kundgebungen gemacht und gesagt, wenn dieselben nicht aufhörten, würde das Verhältnis Österreichs zu Rumänien davon berührt werden. Herr Take Jonescu hat daraufhin den rumänischen Zeitungen folgendes Communiqué zugehen lassen und auch den Präfekturen entsprechende Mitteilung gemacht: „Es ist absolut unzutreffend, daß Österreich-Ungarn Rumänien irgendeine Feindseligkeit gezeigt oder ihm irgendeine Schwierigkeit irgendwelcher Natur bereitet hätte. Die Kundgebungen und die Haltung, die einige Österreich-Ungarn gegenüber zum Ausdruck gebracht haben, entbehren nicht nur jeder Existenzberechtigung, sondern sie können auch dem Lande nur schaden, indem sie bewirken, daß eine Feindschaft entsteht, die nicht existiert und niemals existiert hat."

Auch die hier verbreitete Nachricht, Österreich habe gegen Rumänien mobilisiert, ist in der Presse dementiert worden.

Sehr viele Freiwillige haben sich zum Dienst bei der Armee gemeldet, darunter viele Mazedo-Rumänen und der Chef der liberalen Partei, der frühere und voraussichtlich nächste Ministerpräsident Joan Bratianu, der zwar Reserveoffizier, aber als Senator von der Teilnahme befreit ist.

Waldthausen

---

* Take Jonescu.

## Nr. 15 789

## *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow*

Eigenhändiger Privatbrief

Wien, den 17. Juli 1913

Es hat sich wieder einiger Stoff angesammelt, den ich Ihnen auf halbamtlichem Wege doch zukommen lassen möchte.

Wie ich aus ganz zuverlässiger Quelle höre, hat Kaiser Franz Joseph den Grafen Berchtold, als dieser neulich in Ischl war, sehr deutlich merken lassen, daß er mit der Politik, die der Minister Rumänien gegenüber befolgt, und die zu einiger Entfremdung zwischen Wien und Budapest geführt hat, durchaus nicht einverstanden sei. An diese Nachricht werden dann wieder Kombinationen geknüpft über einen Wechsel in der Person des Ministers. Als Kandidat steht augenblicklich Graf Tisza im Vordergrunde. Man wünscht hier in vielen Kreisen einen „starken Mann" am Steuer der auswärtigen Politik und glaubt, in Tisza einen solchen gefunden zu haben. Freilich werden gegen diese Kandidatur auch ernste Bedenken erhoben. Graf Tisza ist eifriger Calvinist, und man kann sich nicht denken, wie der Erzherzog Franz Ferdinand mit einem Protestanten in dieser Stellung wird auskommen können. Außer Beust und, soviel ich weiß, Baron Haymerle hat es in Österreich noch nie einen protestantischen Minister des Äußern und des Kaiserlichen Hauses gegeben. Ist der Kaiser wirklich davon zu überzeugen, daß die Monarchie einen Mann wie Tisza braucht, so glaube ich, würde Seine Majestät nicht davor zurückschrecken, diesen dem Thronfolger einfach zu oktroyieren. Die Chancen Tiszas gewinnen, wie ich höre, noch dadurch, daß man in Ungarn, wie auch in hiesigen maßgebenden Kreisen die Entfernung des jetzigen ungarischen Ministerpräsidenten aus seiner jetzigen Stellung nicht ungern sehen würde, weil man mit der ungarischen Opposition paktieren und Frieden schließen möchte, dies aber, solange Tisza am Ruder ist, so gut wie ausgeschlossen ist. Graf Tisza ist jedenfalls ein sehr energischer und zielbewußter Mann. In auswärtigen Dingen ist er völliger Neuling, und manche befürchten, daß er nicht die notwendige souplesse haben würde, die bei der Führung der Staatsgeschäfte, im Verhältnis zu den übrigen Mächten, gefordert werden muß. Bequem wird er jedenfalls nicht sein. Wir werden ja sehen, welche Entscheidung der Kaiser trifft, und ob er überhaupt gesonnen ist, jetzt schon einen Wechsel vorzunehmen. Das Gefühl der eigenen Schwäche ist hier aber so groß, daß immerhin eine Berufung des Grafen Tisza nicht außerhalb der Möglichkeit zu liegen scheint. pp.*

von Tschirschky

---

* Der Schluß des Briefes betrifft Presseaffären.

## Nr. 15 790

### *Der Geschäftsträger in Bukarest Graf von Waldburg, z. Z. in Sinaia, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 263 Sinaia, den 23. August 1913
Streng vertraulich

Der österreichisch-ungarische Gesandte Prinz zu Fürstenberg, der die in Rumänien entstandene starke Mißstimmung gegen Österreich aufrichtig bedauert, hat sich mir gegenüber vor Antritt seines Urlaubs in einem vertraulichen Gespräch über die Balkanpolitik Österreichs geäußert:

Die Politik des Wiener Kabinetts sei darauf ausgegangen, den Balkanbund zu sprengen. Man habe geglaubt, dies durch Unterstützung Bulgariens herbeiführen zu können. Nach dem Falle von Adrianopel* hätte man aber zu der Einsicht gelangen müssen, daß die Uneinigkeit unter den Verbündeten bereits begonnen hatte und daher der Balkanbund von selbst zerfallen werde. Statt nunmehr von Bulgarien eine sofortige Verständigung mit Rumänien zu fordern und auf Gewährung der von diesem gewünschten Grenzberichtigung zu dringen, wurde im Gegenteil Bulgarien ostentativ unterstützt und Rumänien unausgesetzt zur Ruhe und Nachgiebigkeit gemahnt. Auf diese Weise sei die jetzige Mißstimmung geschaffen worden.

Waldburg

## Nr. 15 791

### *Der Geschäftsträger in Bukarest Graf von Waldburg, z. Z. in Sinaia, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 265 Sinaia, den 26. August 1913
Geheim

Nach der heutigen Hoftafel im Schlosse Pelesch, an der ich teilzunehmen die Ehre hatte, zog mich Seine Majestät der König in ein längeres Gespräch.

Im Laufe der Unterredung wurden auch die Beziehungen Rumäniens zu Österreich-Ungarn besprochen, wobei Seine Majestät bemerkte, daß Prinz zu Fürstenberg in einer Audienz vor Antritt seines Urlaubs

* 22. Juli. Über die Adrianopeler Frage vgl. Bd. XXXVI, Kap. CCLXXVII.

im Auftrage seiner Regierung den Vorschlag eines Bündnisses zwischen Bulgarien und Rumänien unter gleichzeitigem Anschluß an den Dreibund gemacht habe.

Der König hat dieses Ansinnen ohne jede Diskussion von der Hand gewiesen und bemerkt, er würde in ganz Rumänien kein Kabinett finden, das bereit wäre, sich für ein derartiges Bündnis herzugeben.

Waldburg

## Nr. 15 792

### *Der Geschäftsträger in Bukarest Graf von Waldburg, z. Z. in Sinaia, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 268 Sinaia, den 27. August 1913

In der Unterredung, die ich mit Seiner Majestät dem Könige hatte, bezeichnete hochderselbe die Beziehungen Rumäniens zu Österreich-Ungarn als schlecht. Leider seien auch in der letzten Zeit wieder in Ungarn unfreundliche Akte den dortigen Rumänen gegenüber zu verzeichnen, wie das Verbot einer Versammlung rumänischer Lehrer.

Große Freude schien dem König dagegen ein Brief bereitet zu haben, den er eben von dem Herrn Erzherzog Franz Ferdinand erhalten hat. Der Erzherzog beglückwünscht ihn zu seinen großen Erfolgen und spricht von den „Grundlagen des Friedens", die in Bukarest gelegt wurden. Der König bemerkte, der Erzherzog sei slawenfreundlich und nicht gegen Serbien*.

---

* Über die rumänenfreundliche Gesinnung des Erzherzog-Thronfolgers vgl. Ottokar Czernin, Im Weltkriege, S. 105 f. In der Stellungnahme zu dem Frieden von Bukarest harmonierte Erzherzog Franz Ferdinand ganz mit der Auffassung, die Kaiser Wilhelm in dem Telegrammwechsel mit dem Könige von Rumänien vom 8. August an den Tag gelegt hatte (vgl. dazu Bd. XXXV, Kap. CCLXXVI); jedenfalls schrieb der Erzherzog, während Graf Berchtold nur mühsam seine Empfindlichkeit über den Telegrammwechsel verbarg, Anfang September dem Kaiser, daß er sich mit dessen Politik vollkommen identifiziere (vgl. Kap. CCXCV, Nr. 15 709). Gerade aus ihrer Wertschätzung Rumäniens heraus legten beide Fürsten das höchste Gewicht auf eine möglichst feste Anlehnung Rumäniens an den Dreibund. Kaiser Wilhelm II. ließ sich darüber während der Kaisermanöver im September 1913 gegen den österreichischen Generalstabschef Conrad von Hötzendorf aus. Nach dessen Darstellung (Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 431 f.) war es Conrad selbst gewesen, der die rumänische Frage anschnitt: „Ich wies auf die Notwendigkeit hin, Rumänien zu b i n d e n d e m Anschluß an den Dreibund zu bringen, und fügte bei: ‚Es ist dem französischen und russischen Gesandten in Bukarest gelungen, dort einen Umschwung gegen uns herbeizuführen, wir werden nicht so bald wieder das rumänische Volk auf unsere

Seine Majestät erzählte mir weiter, er habe dem Prinzen Fürstenberg seinerzeit auf einem Rennen in Bukarest ganz kategorisch erklärt, daß er ein großes Bulgarien nicht dulden[1] und gegebenenfalls mit Serbien gegen Bulgarien vorgehen werde[2]. Der Gesandte sei hierüber sehr bestürzt gewesen und habe den Botschaftsrat Baron Haymerle unverzüglich nach Wien entsendet. In Wien habe man aber erklärt, für Österreich-Ungarn sei ein „Großserbien" unmöglich, daher müsse[3] man mit Bulgarien gehen[4].

Waldburg

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ganz natürlich
[2] habe ich auch an den Zigeuner neulich gesagt
[3] !!
[4] dann werden die beiden sobald nicht zusammenkommen! Ich gehe mit Rumänien

## Nr. 15 793

### *Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Treutler, z. Z. in Bad Salzbrunn, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow*

Eigenhändiger Privatbrief

Bad Salzbrunn, den 8. September 1913

pp.* Heute abend besuchte mich Hötzendorf**, der Moltke gesagt hatte, er wolle so gern mal offen mit mir reden. Er erzählte sehr interessant von seinen Konflikten mit den maßgebenden Stellen und bekannte sich als Verfechter des Gedankens, daß Austria längst Serbien hätte überschlucken müssen. 1909 sei die sichere Gelegenheit verpaßt worden. Im Jahre 12/13 drei weniger gute Gelegenheiten, die aber auch noch annehmbar gewesen seien. Jetzt stehe er auf dem

---

Seite bringen, aber wir erwarten, daß es von deutscher Seite gelingt, Rumäniens Anschluß zu sichern. Bloße Versprechungen Rumäniens würden allerdings nicht genügen.'" Darauf hatte Kaiser Wilhelm erwidert: „Nein! Rumänien muß dem Dreibund mit denselben Kautelen beitreten wie die anderen Alliierten. Das ist eine gute Idee! Wir müssen es betreiben." Vgl. auch das folgende Schriftstück.
* Der Anfang des Briefes, der ein Gespräch von Treutlers mit König Konstantin von Griechenland über die südalbanische Grenzfrage behandelt, findet sich in Bd. XXXVI, Kap. CCLXXIX, Nr. 13 918, S. 146, Fußnote*; der Schluß des Briefes betrifft eine Ordensverleihung für den Präsidenten der Republik Brasilien.
** Vgl. dazu auch Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 430.

Standpunkt, man müsse mit Serbien zu einem vollkommenen Bundesverhältnis kommen, etwa „wie Deutschland Bayern inkorporiert habe", oder bewußt den Krieg vorbereiten, wozu man mit Rücksicht auf Rußland entweder Bulgarien oder Griechenland brauche. Ich verhielt mich natürlich bei diesem Thema dem politisierenden General gegenüber reserviert, wies nur auf die Unzuverlässigkeit Bulgariens hin. Dann sprach er von Rumänien, das doch unbedingt beim Dreibund gehalten werden müsse, und zwar sei das nur durch Deutschlands Eingreifen möglich. Rumänien strebe entweder Siebenbürgens oder Beßarabiens, eventuell sogar beider Eroberung an. Der beste Schutz für Siebenbürgen sei das Festhalten Rumäniens beim Dreibund, wodurch die Orientierung nach Beßarabiens Erwerbung gewährleistet werde. Ich griff diese Wendung des Gespräches auf, um zu sagen, daß ich seinen Wunsch bezüglich Rumäniens freudig begrüße, aber dann um so unerklärlicher finde, daß auch er nach seinem eigenen Eingeständnis sich durch unsere rumänienfreundliche Politik verletzt gefühlt habe. Anknüpfend daran ist es mir, glaube ich, gelungen, den General davon zu überzeugen, daß unsere Politik absolut loyal war, und daß wir mehr Grund hätten, durch die österreichische Empfindlichkeit verletzt zu sein, als die Österreicher durch unsre Politik. Er selbst habe eben die Wichtigkeit und Notwendigkeit des Festhaltens Rumäniens am Dreibund erwähnt. Wenn Austria Rumänien durch die Aktion in Bulgarien nicht hätte verletzen wollen, so spielte das dem Umstand gegenüber keine Rolle, daß Rumänien sich tatsächlich verletzt fühlte und infolgedessen Schaden für unsere bewährte Dreibundpolitik leicht eintreten konnte. Der Depeschenwechsel, der von Austria beanstandet werde*, zeige, daß die Initiative dazu vom König ausgegangen sei, und wenn man sich über die in Berlin geschehene Veröffentlichung beklage, so vergesse man, daß dies nur geschehen sei, um anderweitigen Meldungen, die bereits behauptet hatten, der Telegrammwechsel sei vom Kaiser ausgegangen, den Garaus zu machen. Solche Meldungen wären augenscheinlich erfunden, um uns in Wien zu verdächtigen; sie dürften nicht unwidersprochen bleiben. Letztere historisch ja nicht ganz zutreffende Erklärung gab ich ihm als meine persönliche Meinung. Sie schien ihn sehr zu beruhigen. Im ganzen machte mir der General einen vortrefflichen Eindruck, und ich hoffe, Sie sind einverstanden, daß ich dem Gespräch nicht ausgewichen bin. pp.

Treutler

---

* Vgl. dazu Bd. XXXV, Kap. CCLXXVI, Nr. 13 732 ff.

Nr. 15 794

*Der rumänische Gesandte in Berlin Beldiman, z. Z. in Dirste bei Kronstadt (Siebenbürgen), an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow*

Privatbrief. Ausfertigung

Dirste bei Kronstadt in Siebenbürgen,
den 7. September 1913
[pr. 10. September]

Euerer Exzellenz habe ich die Ehre, im Anschluß an mein Schreiben vom 5. d. Mts. sehr vertraulich mitzuteilen, daß die Fragen unserer auswärtigen Politik, die Seine Majestät der König geruhten, in Castel Pelesch eingehend mit mir zu besprechen, einerseits unsere Beziehungen zu Österreich-Ungarn, andererseits die durch den Bukarester Frieden gegebene Richtung für die Neugestaltung unserer Beziehungen zu den Balkankönigreichen betrafen.

Wie sich die Dinge zwischen Wien und Bukarest seit dem Ausbruch des ersten Balkankrieges nun einmal gestaltet hatten, ist es klar zutage getreten, daß ohne das Eingreifen der deutschen Reichspolitik und insbesondere Seiner Majestät des Kaisers unsere Beziehungen zu Österreich-Ungarn völlig in die Brüche gegangen wären. Es hat sich in bezug auf das Verhältnis Rumäniens zum Dreibund durch die Macht der Ereignisse d i e Lage tatsächlich ergeben, auf welche wir schon längst und wiederholt in Berlin hingewiesen hatten. In diesem Zusammenhange erlaube ich mir, an eine geheime Denkschrift zu erinnern, die ich mit allerhöchster Genehmigung Seiner Majestät des Königs am 20. Dezember 1898 dem damaligen Staatssekretär von Bülow zu übergeben beauftragt wurde. Dort war anläßlich der Erneuerung unseres geheimen Bündnisvertrages hervorgehoben, daß „der Schwerpunkt der Beziehungen Rumäniens zum Dreibunde von vornherein in Berlin lag, wo sie begründet wurden. Wären die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Rumänien“ — so heißt es weiter — „sich selbst überlassen geblieben, so wäre das intime Zusammengehen der beiden Nachbarstaaten in der Orientpolitik kaum zustande gekommen“. . . . . Dies wurde im weiteren Verlauf der Darlegung kurz dahin zusammengefaßt:

„Nur weil Österreich-Ungarn der Verbündete Deutschlands war, trat Rumänien in dasselbe Verhältnis zu Österreich-Ungarn.“

Und aus demselben Grunde, der tiefer liegt als bloß vorübergehende Konstellationen, kann man heute hinzufügen, ist es 1913 möglich gewesen, dieses Bündnisverhältnis zu Österreich-Ungarn aufrecht zu erhalten.

Mag man sich in Wien über diese Lage, die heute augenfällig geworden ist, noch so verschnupft und verärgert zeigen, es wird sich

schließlich die Einsicht Bahn brechen müssen, daß das notwendig gewordene direkte Zusammenwirken zwischen Berlin und Bukarest zu Nutz und Frommen Österreich-Ungarns war und sein wird.

Denn nach wie vor steht Seine Majestät der König trotz gegenteiliger Strömungen in weiten Kreisen unseres Landes — Strömungen, die Seine Majestät sich nicht verhehlen — auf dem Standpunkte, daß die rumänische Staatspolitik nicht in eine Richtung geraten darf, die gegen den Bestand der österreichisch-ungarischen Monarchie gerichtet wäre. Nach wie vor bleibt die Erhaltung der Großmachtstellung Österreich-Ungarns ein gemeinsames Interesse des Deutschen Reichs und Rumäniens. (Vgl. die geheime Denkschrift des Unterzeichneten vom 4. Mai 1898.)

Im Laufe dieser längeren Audienz geruhten Seine Majestät mir ein persönliches, sehr vertrauliches Schreiben des Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinands vorzulesen, in dem Seine Kaiserliche Hoheit unseren König in so herzlicher, rückhaltloser und freundschaftlicher Weise zu dem bedeutenden Erfolge unserer Politik beglückwünschte *, daß darin ein offenes désaveu der schwer verständlichen Haltung des Wiener Ballplatzes nicht zu verkennen war. —

Was unsere Politik gegenüber den Balkanstaaten anbetrifft, so wird diese — gestützt auf unser bewährtes Bündnis und unter Pflege möglichst guter Beziehungen zu Rußland — durch die Notwendigkeit bestimmt werden, die durch den Bukarester Frieden geschaffene Machtverteilung auf der Balkanhalbinsel aufrechtzuerhalten. Damit wird auch am besten dem allgemeinen Friedensbedürfnis gedient werden. Schon jetzt ist mit Sicherheit zu erkennen, daß Bulgarien sich nur so lange mit der ihm zugewiesenen Stellung bescheiden wird, als es nicht die Macht und die Gelegenheit haben wird, seine Bestrebungen zur Eroberung der ihm entgangenen Gebiete wieder aufzunehmen. Demgegenüber ergibt sich die Notwendigkeit der Pflege eines engeren Zusammenschlusses zwischen Rumänien, Griechenland und Serbien zum Zwecke der gemeinsamen Aufrechterhaltung des durch den Bukarester Frieden geschaffenen Zustandes. Diese rein defensive, auf Erhaltung des Friedens südlich der Donau gerichtete Politik läßt sich von Rumänien im Verein mit Griechenland und Serbien um so leichter durchführen, als diese drei Staaten durch keinerlei entgegengesetzte Interessen getrennt werden.

Gleichzeitig muß die rumänische Politik, soweit es an ihr liegt, die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Serbien und Österreich-Ungarn fördern. In diesem Sinne haben Seine Majestät der König sehr eindringlich mit dem Ministerpräsidenten Paschitsch und dem heißspornigen Spalaikowitsch ** bei deren Verabschiedung gesprochen

---

* Vgl. Nr. 15 792.

** Vor dem zweiten Balkankriege serbischer Gesandter in Sofia.

und beabsichtigen, auch ferner allerhöchstseinen Einfluß in Belgrad geltend zu machen. Seine Majestät hatten den Eindruck, daß seine Ratschläge bei den beiden serbischen Staatsmännern Verständnis und Entgegenkommen gefunden. Herr Paschitsch versprach auch, nach Beendigung seiner Marienbader Kur mit dem Grafen Berchtold zusammenzutreffen und die Wiederherstellung guter Beziehungen zu Österreich-Ungarn anzubahnen.

Von Wien aus wurden auch nach dem Abschlusse des Bukarester Friedens die Bemühungen fortgesetzt, einen Anschluß Bulgariens an Rumänien herbeizuführen. Prinz Fürstenberg wurde beauftragt, Seiner Majestät sehr vertraulich mitzuteilen, daß die jetzige bulgarische Regierung in Wien geheime Eröffnungen im Sinne eines engen Anschlusses an den Dreibund gemacht habe. Seine Majestät haben es glatt abgelehnt, sich auf derartige Verhandlungen mit Bulgarien einzulassen, mit der Begründung, daß keinerlei Verlaß auf die bulgarischen Politiker möglich sei. Seine Majestät würden alles tun, gute nachbarliche Beziehungen zu Bulgarien wiederherzustellen. Unsererseits solle alles vermieden werden, was zu Mißstimmungen in Sofia Veranlassung geben könnte. Aber zu einem intimen Bündnis seien weder die sachlichen noch persönlichen Vorbedingungen vorhanden, und man setze sich nur aus, in die größten Ungelegenheiten mit Rußland zu geraten.

Dies sind, verehrte Exzellenz, kurz zusammengefaßt die Hauptfragen unserer aktuellen Politik, die Seine Majestät geruhten in längeren Unterredungen mit mir ausführlich zu besprechen und damit zugleich die Richtlinie für mein weiteres Wirken in Berlin zu geben.

Was die innere politische Lage anbetrifft, welche Seiner Majestät für die nächste Zeit große Sorgen bereitet, so erscheint die jetzige Regierungskoalition infolge des Zersetzungszustandes, in dem sich die konservative Partei befindet, nicht mehr haltbar und dürfte zum Winter durch ein liberales Ministerium unter Führung Joan Bratianus abgelöst werden. Auf die auswärtige Politik würde dieser Wechsel aber keinen Einfluß ausüben.

A. Beldiman

Nr. 15 795

### *Der Geschäftsträger in Bukarest Graf von Waldburg, z. Z. in Sinaia, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 291 — Sinaia, den 16. September 1913

Vertraulich

Ich hatte heute eine längere Unterredung mit Herrn Joan Bratianu, dem ich in seiner Villa in Predeal einen Besuch abstattete.

Man muß bei Beurteilung der Äußerungen des Chefs der liberalen Partei die Tatsachen in Berechnung ziehen, daß er der Führer der Opposition ist und sich persönlich noch dadurch gekränkt fühlt, daß der König im Augenblicke der Mobilmachung die Bildung eines nationalen Ministeriums, in dem er das Portefeuille des Äußern erstrebte, nicht zugegeben hat. Andererseits erhalten seine politischen Auffassungen durch den Umstand ein besonderes Gewicht, daß er voraussichtlich in nicht zu ferner Zeit als Ministerpräsident und Minister des Äußern an der Spitze eines liberalen Ministeriums stehen wird.

Herr Bratianu, der als Freiwilliger bis vor kurzem der Operationsarmee in Bulgarien angehörte, macht das gegenwärtige Ministerium für eine Reihe von Fehlern verantwortlich, die während des letzten Balkankrieges gemacht worden seien, und die nur dank der ungewandten Politik Bulgariens, das um mehrere Jahrhunderte rückständig sei, wieder gut gemacht werden konnte.

Für diese politischen Mißgriffe der Regierung hätte man drei Faktoren die Schuld zuschieben können, dem Könige, der Regierung und Österreich-Ungarn. Da die Krone selbstverständlich aus dem Spiel hätte bleiben müssen, wäre das Naheliegende gewesen, die Regierung als „Sündenbock“ hinzustellen.

Der Chef der liberalen Partei wirft nun dem Könige vor, er habe, statt das Ministerium zu opfern, die ganze Schuld auf Österreich-Ungarn abgewälzt und hierdurch eine Stimmung im Lande geschaffen, deren Tragweite man gar nicht zu übersehen vermöge. Die Mißstimmung gegen Österreich-Ungarn sei eine so weitgehende, daß man heute fast jeden Gebildeten im Lande gegen die Nachbarmonarchie sprechen höre. Österreich habe die beste Absicht gehabt, wäre aber durch seine eigene Politik auf den Weg gelangt, den es gegangen sei. Während die Animosität gegen das befreundete Nachbarland an Boden gewann, hätten französische und russische Einflüsse eingesetzt, die in Herrn Schebeko und Herrn Blondel eifrige Förderer fanden. Insbesondere der französische Gesandte habe eine lebhafte Tätigkeit zugunsten Rußlands entfaltet, und man müsse zugeben, daß dieselbe nicht ohne Erfolg geblieben sei*. Sympathien für dieses Nachbarland seien zwar nicht geschaffen worden, aber man dürfe nicht übersehen, daß Beßarabien so gut wie vergessen sei, während die Augen fast jedes Rumänen heute mehr denn je auf Siebenbürgen

---

* Vgl. dazu den Brief Iswolskys an Sasonow vom 14. August 1913 (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 240 ff.), in dem es geradezu ausgesprochen wird: „Ich habe es als Ihr politisches Meisterstück betrachtet — und denke auch heute noch so —, daß Sie Rumänien von Österreich getrennt haben. Davon träumte ich stets, konnte dies aber nicht erreichen oder verstand es nicht.“

gerichtet wären. Es liege auf der Hand, daß diese Tendenz durch die geschaffene Mißstimmung gegen Österreich-Ungarn weiter an Ausdehnung gewinnen müsse. Die ungewandte Politik Ungarns, die in letzter Zeit wieder in der Behandlung der Diözesanfrage zutage getreten sei, erhöhe in Rumänien den Unmut gegen diesen Staat. Er könne mir, fuhr Herr Bratianu fort, im engsten Vertrauen und mit der Bitte, daß dies in Wien nicht bekannt werde, mitteilen, daß er vor geraumer Zeit einen schriftlichen Gedankenaustausch mit dem Grafen Tisza gewechselt habe, in dem die Frage der Rumänen in Ungarn erörtert worden sei. Der ungarische Ministerpräsident hätte sich zuerst an ihn gewandt mit dem Wunsche, diese Angelegenheit in einer die beiden Länder befriedigenden Weise geregelt zu sehen. Er, Bratianu, müsse tief beklagen, daß es bei dieser Anregung geblieben sei und Graf Tisza es unterlassen habe, weitere konkrete Vorschläge zu machen. Die guten Beziehungen zu Österreich-Ungarn, meinte Herr Bratianu, hingen ganz von der Behandlung der Rumänenfrage in Ungarn ab. Man sei mit den dortigen Landsleuten in Rumänien eng verwachsen. Die Wiege manches rumänischen Staatsmannes, Beamten oder Richters stehe in Ungarn, und es gäbe kaum ein Haus in Bukarest, das nicht Dienstboten beherberge, die von dort herübergekommen seien.

Herr Bratianu ist der Ansicht, daß die Beziehungen Rumäniens zu Österreich-Ungarn und Deutschland in der Weise zum Ausdruck kommen sollten, daß der Weg nach Wien über Berlin führen müsse. Deutschland habe noch zu rechter Zeit in die Bukarester Friedensverhandlungen eingegriffen, wofür man ihm hier Dank wisse.

Es ist wohl kaum zu befürchten, daß die politischen Beziehungen Rumäniens zu Österreich-Ungarn eine Änderung erfahren, solange König Karl mit bewährter Kraft die Geschicke dieses Landes leitet. Andererseits kann nicht geleugnet werden, daß in den weitesten Kreisen des Landes die Rumänenfrage in Ungarn als ein Stachel im eigenen Fleische empfunden wird. Eine wohlwollendere Behandlung dieser Angelegenheit von österreichisch-ungarischer Seite würde die Lösung zur Herbeiführung dauernder freundschaftlicher Beziehungen zu dem Nachbarstaate bilden können.

Waldburg

## Nr. 15 796

### *Der Geschäftsträger in Bukarest Graf von Waldburg, z. Z. in Sinaia, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 303 Sinaia, den 2. Oktober 1913
Vertraulich

Es schien mir angezeigt, auch dem eben vom Urlaub zurückgekehrten Minister des Innern* gegenüber unser Interesse an dem Abschlusse der rumänischen Anleihe** zur Kenntnis zu bringen.

Als Chef der konservativ-demokratischen Partei, der vier Minister des Kabinetts Majorescu angehören, kommt Herrn Take Jonescu ein bedeutender Einfluß im Ministerrate zu.

---

* Während seines Urlaubs hatte Take Jonescu eine neue Begegnung mit Poincaré am 9. September gehabt. Er will dem Präsidenten der französischen Republik bei dieser Gelegenheit in Anknüpfung an das Gespräch vom 1. Januar (vgl. Nr. 15 784, Fußnote *) gesagt haben: „Vous m'avez posé, le 1[er] janvier, une question à laquelle je n'ai pu répondre alors. Je vous apporte aujourd'hui la réponse. Si la guerre venait à éclater, — et j'espère bien qu'une pareille calamité sera épargnée à l'humanité, — vous ne trouveriez pas l'armée roumaine dans le camp de vos ennemis." Take Jonesco, Souvenirs, p. 7. Wenn sich der rumänische Minister wirklich gegenüber Poincaré des Ausdrucks „vos ennemis" zur Bezeichnung Deutschlands und Österreich-Ungarns bedient haben sollte, so wäre das sehr charakteristisch.

** Nachdem schon im Januar 1913 zwischen der rumänischen Regierung und einem Konsortium, an dem die Diskontogesellschaft beteiligt war, ein Anleihevertrag über 150 Millionen francs abgeschlossen worden war, verhandelte die rumänische Regierung im September 1913 neuerdings gleichzeitig in Paris und Berlin wegen einer Anleihe von 300 Millionen. In Paris stieß man sich an der deutschen Beteiligung, feilschte auch so sehr, daß der rumänische Finanzminister Marghiloman Anfang Oktober die Verhandlungen mit den Pariser Banken abbrach und mit der entgegenkommenderen Diskontogesellschaft auf 200 Millionen abschloß. Hinterher wurde nochmals eine Teilung der Anleihe unter Deutschland und Frankreich erwogen, doch verlangte die französische Regierung nunmehr, daß die Anleihe an verschiedenen Tagen in Deutschland und Frankreich aufgelegt werde, damit jeder Anschein vermieden werde, als ob die Anleihe gemeinsam mit Deutschland abgeschlossen werde. Vgl. dazu die Geheimtelegramme des russischen Geschäftsträgers in Paris Sewastopulo Nr. 485 und 491 vom 6. bzw. 8. Oktober und seinen Brief an Sasonow vom 9. Oktober (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 302 ff.). Über den negativen Ausgang der Verhandlungen war nach Sewastopulo die französische Regierung sehr mißgestimmt; sie erwog die Durchführung gesetzlicher Maßregeln, die ihr gegenüber den großen Kreditinstituten hinlängliche Druckmittel gewähren sollten. Dabei hatte die französische Regierung nach dem Zeugnis Sewastopulos bereits „während einer Reihe von Jahren die Notierung neuer rumänischer Anleihen an der Pariser Börse abgelehnt, solange Rumänien sich noch in politischer Beziehung zu Österreich und dem Dreibund hingezogen fühlt."

Seiner Ansicht nach wäre es wünschenswert gewesen, wenn die Anleihe mit Frankreich, Deutschland und England hätte abgeschlossen werden können. Deutschland würde es, wie er meint, nicht ungern gesehen haben, wenn auch England an dem Geschäfte beteiligt gewesen wäre. Herr Take Jonescu sprach sich dagegen aus, daß die Anleihe ohne Beteiligung Deutschlands nur mit Frankreich gemacht würde. Die Kaiserliche Regierung sei in letzter Zeit nachdrücklich und ostentativ für Rumänien eingetreten. Es wäre daher besonders im gegenwärtigen Augenblicke durchaus unangebracht, eine Anleihe ohne Mitwirkung Deutschlands abzuschließen, um so mehr, als dies politisch ausgenützt werden würde. Dagegen ist der Minister der Ansicht, Rumänien benötige in diesem Augenblicke mindestens 300 Millionen. Daß man es in Frankreich gerne sehen würde, wenn die Anleihe nur mit französischen Banken abgeschlossen würde, sei sicher. Es werde, fuhr Herr Take Jonescu fort, meiner Aufmerksamkeit nicht entgangen sein, wie sehr sich dasselbe in letzter Zeit um Rumänien bemüht habe. Er befürchte, Herr Marghiloman habe die Sache nicht richtig angefaßt. Der Minister gab mir vertraulich von dem Briefe eines Freundes in Paris Kenntnis, dessen Namen er mir nicht nannte, der aber in engen Beziehungen zu der Banque d'Escompte et des Pays Bas stehen muß. In dem Briefe wird darüber geklagt, daß es den Anschein habe, die neue Anleihe würde nicht mehr mit der genannten Bank und deren Gruppe sowie der Diskontogesellschaft abgeschlossen werden. Herr Marghiloman, so sagte Herr Take Jonescu, sei gegen die Diskontogesellschaft etwas eingenommen, weil diese im Januar bei der Aufnahme der 150 Millionenanleihe nicht hinreichendes Entgegenkommen gezeigt hätte.

Waldburg

## Nr. 15 797

### *Der Geschäftsträger in Bukarest Graf von Waldburg, z. Z. in Sinaia, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 311 Sinaia, den 19. Oktober 1913

Herr Marghiloman hat mir im Laufe der verschiedenen Unterredungen, die ich mit ihm hatte, versichert, es habe nie die Absicht bestanden, die rumänische Anleihe nur mit französischen Banken abzuschließen. Allerdings seien die ersten Propositionen von französischer Seite an ihn ergangen, denen aber alsbald das Angebot der Diskontogesellschaft gefolgt sei.

Wie ich wiederholt von vertrauenswürdiger Seite gehört habe, entsprechen diese Mitteilungen nicht den Tatsachen. Herr Marghiloman hat vielmehr zuerst mit kleineren französischen Banken unterhandelt. Diese Unterhandlungen sind jedoch daran gescheitert, daß die französische Regierung an den Abschluß der Anleihe Bedingungen geknüpft hat, die Seine Majestät der König sofort als unannehmbar zurückwies. Es handelte sich um nichts Geringeres als darum, daß Frankreich von Rumänien für zwei Jahre die sämtlichen größeren Staatslieferungen für sich allein beanspruchen wollte.

Ich habe den Eindruck, und Seine Majestät der König schien auch zu dieser Ansicht zu neigen, daß man in Frankreich den rumänischen Geldbedarf sehr hoch eingeschätzt und sich der stillen Hoffnung hingegeben hat, die deutschen Banken würden nicht in der Lage sein, demselben gerecht zu werden*. Hierauf dürfte auch die Abneigung des Pariser Kabinetts zurückzuführen sein, zwei parallelen Anleihen in Frankreich und Deutschland gegenüber eine wohlwollende Haltung einzunehmen. Soweit ich die Sachlage von hier aus beurteilen kann, handelte es sich von französischer Seite um einen regelrecht vorbereiteten Schlag, der gegen unseren politischen und wirtschaftlichen Einfluß in Rumänien geführt werden sollte. Man dürfte in der Annahme wohl nicht fehl gehen, in dem französischen Gesandten Herrn Blondel den Vater dieses Gedankens zu erblicken. Herr Blondel ist auch tatsächlich während der Unterhandlungen des Herrn Marghiloman in Paris anwesend gewesen und mit dem rumänischen Minister in Fühlung getreten. Herr Marghiloman meinte zwar, politische Gründe seien von französischer Seite für die Ablehnung der gemeinsamen Anleihe nicht maßgebend gewesen; diese Überzeugung habe er aus seinen Unterredungen mit dem französischen Minister des Äußeren gewonnen. Bei unseren Beziehungen zu Rumänien dürfte Herr Pichon es indessen wohl vermieden haben, einem rumänischen Minister gegenüber seine sämtlichen Karten aufzudecken. Zudem pflegt man in Frankreich politischen Einfluß stets mit dem Geldsäckel vorzubereiten. Jedenfalls sind nach Äußerungen, die mir Herr Marghiloman gemacht hat, zwischen ihm und Herrn Pichon die deutsch-französischen Beziehungen von diesem zur Sprache gebracht worden, wobei der französische Minister sich über die Haltung unserer Presse Frankreich gegenüber beklagt haben soll. Derselbe sei auch mit der Bemerkung hervorgetreten, Rumänien sei ganz in den Händen der deutschen Industrie. Herr Marghiloman hat wohl unbewußt die ganze Angelegenheit selbst dadurch auf ein politisches Gebiet hinüber geleitet, daß er gleich nach seiner Ankunft in Paris sich mit dem Minister des Äußeren in Verbindung

* Das wird bestätigt durch den Brief des russischen Geschäftsträgers in Paris Sewastopulo an Sasonow vom 9. Oktober 1913. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 305.

gesetzt hat, eine Handlungsweise, die bei derartigen Finanzoperationen sonst wohl nicht üblich ist. In Frankreich scheint man dieses Vorgehen zu kräftiger Einmischung von seiten der Regierung haben benützen wollen. Der König hat, wie er mir sagte, dem französischen Geschäftsträger* gegenüber sehr deutlich sein Mißfallen hierüber zum Ausdruck gebracht. Die von Rumänien mit Deutschland abgeschlossenen Finanzoperationen, so meinte der hohe Herr, kämen manchmal zur Zeit der Unterhandlungen kaum zur Kenntnis der deutschen Regierung und würden in aller Stille mit den Banken abgewickelt. Es sei durchaus unrichtig, wenn die französische Regierung sich bei dergleichen Verhandlungen in den Vordergrund stelle.

Wie groß das Interesse war, das man in Paris der rumänischen Anleihe entgegenbrachte, geht auch daraus hervor, daß, wie mir Herr Marghiloman sagte, er nach dem Bekanntwerden des Abschlusses mit der Diskontogesellschaft ununterbrochen von französischer Seite mit Anerbieten bestürmt wurde. Nur durch das Eingreifen seines Bruders sei es schließlich gelungen, die Vertreter der französischen Banken kaum $^{3}/_{4}$ Stunden vor Abgang seines Zuges noch aus dem Hotel herauszubringen. Das letzte Angebot, das von französischer Seite gemacht wurde, sei günstiger gewesen als das deutsche. Er habe aber den Franzosen erklärt, er könne sich jetzt, nachdem ihnen wahrscheinlich das deutsche Angebot bekannt geworden sei, auf nichts mehr einlassen.

Was nun die Schwierigkeiten betrifft, auf die der Finanzminister nach seiner Rückkehr aus Paris im hiesigen Ministerrat gestoßen ist, so scheint, abgesehen davon, daß Herr Take Jonescu und seine Freunde im Ministerium zu einer Anleihe mit Ausschluß Frankreichs ungern ihre Zustimmung gaben, die mit Rücksicht auf den Geldbedarf des Landes zu niedrig bemessene Summe der Anleihe eine nicht geringe Enttäuschung hervorgerufen zu haben. Man hat vielfach der Empfindung Ausdruck gegeben, daß Herr Marghiloman mit leeren Händen aus Paris zurückgekommen sei. Es sollen sehr bedeutende Summen für die Einrichtungen in dem neuerworbenen Gebiete und für die Ausgestaltung der Eisenbahnen und den Ankauf von rollendem Material erforderlich sein. Von dem Finanzminister nahestehender Seite wird indessen immer wieder behauptet, es habe nie die Absicht bestanden, mehr als 250 bis 300 Millionen im Auslande aufzunehmen. Auch äußerte sich der König einem meiner Kollegen gegenüber dahin, es sei besser jetzt, wo das Geld so teuer sei, eine niedriger bemessene Anleihe zu machen und günstigere Zeiten für die Aufnahme weiterer Summen abzuwarten. Immerhin hat auch diese Angelegenheit wieder ein grelles Licht auf die gegenwärtig im Ministerium herrschende Disharmonie geworfen. Dem Drängen des Herrn Take Jonescu dürfte es zuzuschreiben sein, daß der Finanzminister mit neuen Bedingungen

---

* Comte Avril de Greigueil.

an die Diskontogesellschaft herangetreten ist. Ob es nur der Ausfluß seiner bekannten Oberflächlichkeit war, daß Herr Marghiloman mir gegenüber die unserem Bankinstitute neu auferlegten Bedingungen verschwieg, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich kann mir jedenfalls nicht erklären, welches Interesse der Finanzminister an einer falschen Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse mir gegenüber gehabt hat, nachdem er doch hätte wissen müssen, daß der wahre Sachverhalt alsbald durch die Diskontogesellschaft der Kaiserlichen Regierung bekannt werden würde.

Nach den langwierigen Verhandlungen haben wir jedenfalls das erfreuliche Resultat zu verzeichnen, daß es den französischen Einflüssen nicht gelungen ist, in dieser wichtigen Frage die Oberhand zu gewinnen. Für den Finanzminister Marghiloman und wohl auch Herrn Blondel hat die Angelegenheit, die mit so großem Lärm in Szene gesetzt worden war, immerhin mit einem gründlichen Fiasko geendet.

W a l d b u r g

## Nr. 15 798

## *Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 330 — Wien, den 23. Oktober 1913

Zum österreichisch-ungarischen Gesandten in Bukarest ist Graf Ottokar Czernin ernannt worden.

Wie mir Graf Berchtold sagt, hat ihm die Neubesetzung dieses im gegenwärtigen Augenblick besonders wichtigen Postens viel Kopfzerbrechen gemacht, da er unter den ihrer Anciennität nach hierfür in Frage kommenden Persönlichkeiten keine für geeignet hält, diejenigen Diplomaten aber, die etwa die Eignung besäßen, ihm noch zu jung erscheinen. Er hat daher zu allgemeinem Erstaunen auf einen Outsider zurückgegriffen.

Graf Czernin war früher in der diplomatischen Karriere, hat dieselbe aber vor Jahren bereits verlassen und sich seitdem, auch publizistisch, mit der inneren Politik der Monarchie befaßt. Graf Berchtold ist seinerzeit mit ihm zusammen an der Pariser Botschaft tätig gewesen und schätzt ihn, wie er mir erzählt, als einen klugen und geschickten Mann, der in Bukarest ganz an seinem Platze sein werde. Graf Czernin habe sich zwar zuerst gesträubt, den Ruf anzunehmen, sich aber doch schließlich auf dringendes Zureden bereit erklärt, wenigstens für einige Jahre die ihm zugedachte Aufgabe auf sich zu nehmen.

Graf Czernin gehört zu den intimsten Freunden des Erzherzog-Thronfolgers, auf den er einen bedeutenden Einfluß haben soll. Sein

Name ist bereits mehrfach für eine eventuelle Sukzession des Grafen Berchtold genannt worden, und ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß der Minister daran denkt, sich in ihm für alle Fälle einen geeigneten Nachfolger heranzubilden. In erster Linie hat aber der Minister bei dieser Ernennung wohl die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu dem Nachbarkönigreiche im Auge*. Denn es ist anzunehmen, daß man hier über die in weiten Kreisen Rumäniens gegen Österreich-Ungarn herrschende wenig freundliche Stimmung nicht im Zweifel ist, die hauptsächlich in der Behandlung der in Ungarn lebenden Rumänen ihre Ursache hat und unter anderem in einer ziemlich bedeutenden rumänischen Propaganda in Siebenbürgen ihren Ausdruck findet. Wenn auch Symptome dafür vorhanden sind, daß Graf Tisza den ungarischen Rumänen ein gewisses Entgegenkommen zeigen möchte, so ist doch kaum zu erwarten, daß er von der Politik der absoluten Magyarenherrschaft zu einer von den Rumänen gewünschten Nationalitätenpolitik jemals übergehen wird. Wenn, wie es heißt, Graf Czernin, der verschiedentlich in der Öffentlichkeit recht herbe Kritik an Ungarn geübt hat, die Politik des Grafen Tisza offen mißbilligt, so würde er damit bereits bei den Rumänen einen Stein im Brett haben.

Eine nicht ganz leichte Aufgabe wird für ihn darin bestehen, die seit den letzten Balkanereignissen bei Rumänien bestehende Verstimmung wirksam zu bekämpfen, aber gerade hierfür setzt Graf Berchtold große Hoffnungen auf ihn.

Es muß ja befremden, daß Herr Majorescu sich einige Tage in Wien aufgehalten hat, ohne den Grafen Berchtold aufzusuchen; der rumänische Geschäftsträger** sagt mir aber, daß der Minister, der nur zu ärztlichen Konsultationen hier geweilt, selbst der Gesandtschaft gegenüber sein Inkognito streng gewahrt hat. Im übrigen zeigt auch der am nächsten Montage bevorstehende Besuch des rumänischen Thronfolgerpaares bei Kaiser Franz Joseph, daß man in Bukarest nicht den Pikierten spielen, sondern der Nachbarmonarchie ein liebenswürdiges Gesicht zeigen will.

W. Prz. Stolberg

## Nr. 15 799

## *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 346 Wien, den 6. November 1913

Als ich heute nachmittag den Grafen Berchtold aufsuchte, sagte er mir, soeben habe ihn König Ferdinand von Bulgarien verlassen. Irgend-

* Vgl. dazu Ottokar Czernin, Im Weltkriege, S. 103 ff.
** J. P. Carp.

etwas Konkretes sei aus seiner Unterhaltung mit Seiner Majestät nicht zu entnehmen gewesen. In seiner gewohnten Weise hätte der König sich in schön gesetzten französischen Phrasen ergangen, in denen er sein Leid geklagt hätte über das große Unglück, das ihn und sein Land betroffen habe [1], über all die schönen Pläne, die er für Bulgarien gehabt, und die nun hätten unerfüllt bleiben müssen. In längerer Ausführung habe er dann die Verdienste hervorgehoben, die er sich um Österreich-Ungarn erworben habe [2], besonders dadurch, daß es ihm gelungen sei, dem Panslawismus einen entscheidenden Schlag zu versetzen [1]. Ihm sei es auch zu danken, daß der Balkanbund gesprengt worden sei. Über die Geschichte des Beginns des zweiten Balkankrieges habe sich der König im Einzelnen nicht ausgesprochen. Für den unglücklichen Ausgang des Krieges habe er aber in erster Linie Rumänien verantwortlich gemacht, dessen Vorgehen jede Aktion Bulgariens lahmgelegt hätte. Ein Widerstand Rumänien gegenüber — auch beim Übergang über die Donau — sei unmöglich gewesen. Dem Grafen Berchtold gegenüber hat der König versichert, er habe, soweit es in seinen Kräften gestanden, versucht [3], eine von russischen Einflüssen freie Politik zu machen.

Der Minister bemerkte weiter, er habe sich den Ausführungen des bulgarischen Königs gegenüber in der Hauptsache zuhörend verhalten. Als Seine Majestät dann am Schlusse seinem Wunsche und seiner Hoffnung Ausdruck gegeben habe, in gute und intimere [4] Beziehungen zur Monarchie treten zu können, habe er, der Minister, diesem zugestimmt [5], jedoch mit dem ausdrücklichen Hinzufügen, daß für jede Annäherung zwischen Bulgarien und Österreich-Ungarn der Weg über Rumänien gehen müsse.

König Ferdinand ist heute auch von Seiner Majestät Kaiser Franz Joseph in Privataudienz empfangen worden. Der König gedenkt die nächsten Tage auf den Besitzungen seines Bruders, des Prinzen Philipp von Coburg, zu jagen und dann nochmals zu kurzem privaten Besuche nach Wien zurückzukehren.

von Tschirschky

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] !

[2] Zumal als er Serbien 200000 Mann gegen Oesterreich versprach! *

[3] mißglückt!

[4] hoffentlich nicht

[5] na nu?!

---

* Anspielung auf die bulgarisch-serbische Militärkonvention vom 29. April 1912 (vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCLXI), die in Artikel III bestimmte: „Falls Österreich-Ungarn Serbien angreifen sollte, verpflichtet sich Bulgarien, Österreich-Ungarn sofort den Krieg zu erklären und seine Truppen in Stärke von 200000 Mann auf serbisches Gebiet zu entsenden und gemeinsam mit der serbischen

## Nr. 15 800

### *Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 323 Bukarest, den 7. November 1913

Infolge der mir von Seiner Majestät dem Kaiser in Potsdam allergnädigst erteilten Weisungen habe ich, als ich gestern in Sinaia zur Frühstückstafel bei den rumänischen Majestäten geladen war, Seiner Majestät dem Könige gegenüber mich für die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Serbien und Österreich ausgesprochen und höchstdemselben nahegelegt, auf Serbien in diesem Sinne einzuwirken. Der König wiederholte seine schon früher zu mir öfters geäußerte Überzeugung von der Notwendigkeit der Anbahnung eines besseren Verhältnisses zwischen den beiden Ländern und sagte, daß er schon zur Zeit der Friedenskonferenz Herrn Paschitsch und Herrn Spalaikowitsch in dieser Richtung beeinflußt habe*. Es sei dann ja auch Herr Paschitsch in Wien gewesen[1]**. Jetzt aber wäre das österreichische Ultimatum*** hindernd dazwischengetreten, das die Stimmung in Belgrad wieder verschlechtert habe, so daß augenblicklich in der Sache nichts zu machen sei.

Nach der Ankunft des neuen österreichischen Gesandten Grafen Czernin, der Ende dieses Monats hier erwartet wird, werde ich nicht

---

Armee offensiv und defensiv gegen Österreich-Ungarn operieren zu lassen." Die Militärkonvention wurde kurz darauf, am 25. November, durch den Pariser „Matin" veröffentlicht. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1913, S. 757 ff. Da der Direktor des „Matin", Bunau-Varilla, nahe Beziehungen zu dem Anfang November in Paris weilenden bulgarischen Außenminister Genadiew unterhielt (vgl. den Brief Iswolskys an Sasonow vom 6. November 1913, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 335), kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die Veröffentlichung mit Vorwissen und auf Veranlassung Genadiews erfolgte.

* Vgl. Nr. 15 794.

** Der Besuch Paschitschs bei Graf Berchtold war am 3. Oktober 1913 vor sich gegangen. In einem Berichte des Prinzen zu Stolberg vom 15. Oktober (Nr. 327) heißt es darüber: „Im Laufe der freundschaftlichen Unterredung, die neulich zwischen Graf Berchtold und dem serbischen Ministerpräsidenten Herrn Paschitsch stattgefunden hat, sind, wie mir ersterer kürzlich erzählte, so ziemlich alle zwischen Österreich-Ungarn und Serbien schwebenden Fragen kursorisch besprochen worden, und überall hat Herr Paschitsch weitgehendes Entgegenkommen gezeigt, wenn auch mit der Neigung, sich durch Abschieben der Verantwortung auf andere oder durch Hinweis auf Schwierigkeiten seitens politischer Gegner oder des Parlaments ein Hintertürchen offen zu halten. Dies hat den Grafen Berchtold mehrfach veranlaßt, Herrn Paschitsch an seine unbestrittene Autorität zu erinnern."

*** Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXX.

verfehlen, mit diesem in der Angelegenheit Fühlung zu nehmen. Im Einverständnis mit ihm werde ich dann Seiner Majestät dem Könige gegenüber zur geeigneten Zeit auf die Sache zurückkommen.

W a l d t h a u s e n

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Der hat aber blos geflunkert!

## Nr. 15 801

### *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 235 Rom, den 13. November 1913

Der rumänische Gesandte in Rom, Herr Diamandy, ist nach Petersburg versetzt worden. Er hat in ausgesprochener Weise hier mit mir Fühlung gesucht und sich über alle politischen Fragen mit mir ausgesprochen. Er ist Deutschland aufrichtig zugetan.

Bei seinem heutigen Abschiedsbesuche sagte er mir, die österreichische Haltung während des letzten Sommers sei nicht ohne starke Nachwirkung in Bukarest geblieben. Es sei gar nicht zu leugnen, daß die russophilen Kreise an Kraft gewonnen hätten. Man wolle ja nicht in einen Gegensatz zu Österreich treten, aber man wolle auch nicht die eigenen Beziehungen zu Rußland um Österreichs willen kompromittieren, nachdem man gesehen habe, wie wenig Rumänien auf Österreich rechnen könne. Die Situation charakterisiere sich am besten dahin, daß, während früher der Schwerpunkt der rumänischen Politik in Wien gelegen habe, er nunmehr nach Berlin verrückt sei [1]. Denn die Folge der österreichischen Politik könne nur die engste Anlehnung an Deutschland sein. Wenn ihm die Aufgabe geworden sei, die Beziehungen Rumäniens zu Rußland besonders zu pflegen, so hoffe er, dadurch nicht in Gegensatz zu unserer Politik zu treten, denn er höre, daß auch unsere Beziehungen zu Rußland gute und ungestörte seien.

Über die Pläne einer Heirat zwischen der rumänischen Königsfamilie und dem russischen Kaiserhause sagte Herr Diamandy, daß noch keinerlei bestimmte Beschlüsse vorlägen. Die Sache würde mehr von russischer als von rumänischer Seite betrieben.

F l o t o w

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Kein Unglück

## Nr. 15 802

### *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 366 Wien, den 22. November 1913

Der bulgarische Minister des Auswärtigen, Herr Genadiew, war einige Tage in Wien. Er hat dem Grafen Berchtold einen Besuch abgestattet und dabei mit dem Minister eine längere Unterredung gehabt, über die mir Graf Berchtold nachstehendes heute ganz vertraulich mitteilte:

Der Minister schickte voraus, daß ihm Herr Genadiew einen nicht ungünstigen Eindruck hinterlassen habe. Insbesondere sei er nicht „unbequem" geworden, das heißt, er sei mit keinerlei konkreten Anträgen oder bestimmten Fragen an ihn herangetreten.

Herr Genadiew habe zunächst hervorgehoben, daß Bulgarien jetzt eine Politik der Sammlung (recueillement) befolgen müsse und werde. Von den Neuwahlen hoffe er das Beste. Die russophile Partei in Bulgarien habe völlig abgewirtschaftet. Auf kaum ein Drittel schätze er die Russophilen im ganzen Lande. In der nächsten Kammer rechne er nur auf 10—15 russophile Abgeordnete unter 204 Deputierten*.

Die Beziehungen zwischen Bulgarien und der Türkei seien ausgezeichnet; irgendeine geheime Abmachung bestehe hingegen zwischen Sofia und Konstantinopel nicht.

Unter Bezugnahme auf das, was er, Graf Berchtold, neulich dem König Ferdinand gesagt habe, daß jede Annäherung Bulgariens an die Monarchie und den Dreibund nur auf dem Wege über Bukarest möglich sei, habe der bulgarische Minister geäußert, er verstehe vollkommen die Rücksichten, die man hier auf das Verhältnis zu Rumänien nehmen müsse. Herr Genadiew habe schließlich bestätigt, daß der Abschluß des Friedens zwischen Griechenland und der Türkei der Intervention Rumäniens zu danken sei. Daß freilich dieser Friede von langer Dauer sein werde, habe Herr Genadiew bezweifelt.

von Tschirschky

---

* Vgl. dazu die Äußerungen Genadiews zu Iswolsky vom 6. November 1913, die wesentlich anders lauteten. Geheimtelegramm und Brief Iswolskys an Sasonow vom 6. November. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 331 ff. Danach leugnete Genadiew mit Entschiedenheit die Absicht einer Annäherung an Österreich und die Türkei, gab vielmehr die Absicht kund, nicht nur in freundschaftlichster Weise die Beziehungen zu Rußland aufrechtzuerhalten, sondern auch mit diesem ein bestimmtes politisches Abkommen im Hinblick auf den doch nicht lange aufzuhaltenden endgültigen Untergang des osmanischen Reiches und die Aufteilung der asiatischen Türkei zu treffen.

## Nr. 15 803

### *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow*

Eigenhändiger Privatbrief

Geheim — Wien, den 29. November 1913

Sowohl Graf Berchtold als der politische spiritus rector im Ministerium, Graf Forgách, haben in letzter Zeit die vermutliche Gestaltung der Verhältnisse am Balkan vertraulich und eingehend mit mir besprochen. Beide blicken nicht ohne Besorgnis in die Zukunft, und der springende Punkt ihrer Sorge ist die zukünftige Haltung Rumäniens. Der Minister holte bei seinen Erörterungen etwas weiter aus und bemerkte ungefähr folgendes:

Die Reise Take Jonescus und sein Auftreten in Athen* habe doch manches zu denken gegeben. Es sei wohl außer Frage, daß er nicht nur für eine Annäherung zwischen Rumänien und Griechenland eingetreten sei, sondern daß er auch für einen Anschluß der Türkei an diesen Bund der Zukunft gewirkt habe. Trete dann Serbien diesem Bunde bei, so sei der Ring um Bulgarien geschlossen. Bis jetzt widersetze sich Bulgarien einem Beitritt und der Schaffung eines allgemeinen großen Balkanbundes, aber auf die Dauer werde es dem Drucke von allen Seiten nicht widerstehen können. Ein solcher Balkanbund würde aber — nach Zurückdrängung der Türkei auf die ausschließlich türkischen Gebietsteile der Balkanhalbinsel — nichts anderes bedeuten als die Ausstellung von Wechseln auf österreichisch-ungarisches Gebiet. Ist aber einmal der Bund geschlossen, so sei der Dreibund schachmatt gesetzt.

Natürlich leugneten die Rumänen jede Absicht, einen gegen die Monarchie gerichteten Bund ins Leben zu rufen. Sie seien auch für den Augenblick gewiß ganz ehrlich dabei. Aber es sei die Frage, ob sie, wenn sie die jetzige Richtung ihrer Politik beibehielten, nicht allmählich und gegen ihre ursprüngliche Absicht durch die Gewalt der Tatsachen und durch die Volksströmungen in eine antiösterreichische Politik hineingedrängt werden würden. Sei einmal der Bund geschlossen — und Rußland werde jedenfalls alles tun, um dahin zu gelangen —, so sei es jedenfalls zu spät für eine Remedur.

Was sei nun zu tun, um einer solchen Entwickelung der Dinge am Balkan vorzubeugen? Er glaube, man müsse daran denken, ein offenes Wort und ein ernstes Wort mit Rumänien zu reden. Es sei zu überlegen, ob man nicht darauf hinarbeiten sollte, Rumänien für die Publi-

* Der Aufenthalt Take Jonescus in Athen, der vor allem dem Zustandekommen des griechisch-türkischen Friedensschlusses galt, dauerte vom 7.—12. November 1913. Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXVIII.

kation der Tatsache des Bündnisses mit den Zentralmächten zu gewinnen. Es komme dabei hauptsächlich darauf an, den rumänischen Staatsleitern, insbesondere dem Könige klarzumachen, daß diese Publikation in ihrem eigenen Interesse gelegen sei. Würde die Tatsache des Bündnisses dem gesamten rumänischen Volke bekannt werden, so würde damit die gesamte Richtlinie der rumänischen Politik dem Volke gegenüber klargelegt werden, und die Leitung des rumänischen Staatsschiffes würde dem König und den Ministern wesentlich erleichtert werden. Diese Leitung würde an Stetigkeit sicherlich gewinnen. Jetzt wisse in Rumänien außer einigen ganz wenigen Staatsmännern niemand, wohin eigentlich die Politik steuere. Diese Unsicherheit des Gefühls habe sich zum Beispiel bei der letzten Mobilisierung gezeigt, wo viele Leute nicht wußten, gegen wen marschiert werden solle, gegen Österreich, gegen Rußland oder gegen Bulgarien.

Graf Forgách exemplifizierte dabei auf Italien. Er sagte: Wo wären wir mit Italien, wenn dort nicht jedermann wüßte, daß Italien mit Deutschland und Österreich-Ungarn fest verbunden sei! Das Bündnis, ja selbst jede gemeinsame Politik wären sicherlich nicht aufrechtzuerhalten gewesen, wenn dort, wie jetzt in Rumänien, nur einzelne Staatsmänner die tatsächliche Lage der Dinge gewußt hätten. Die Volksstimmung hätte die Staatsleitung sicherlich mit fortgerissen. Rumänien werde in Zukunft, besonders nach dem Tode des jetzigen Königs, immer mehr von der Kammer und der Volksstimmung abhängig werden, und es sei klug und zweckmäßig, schon jetzt Vorsorge zu treffen, daß diese Volksströmungen — unter der unablässigen Bearbeitung seitens der Ententemächte — sich nicht gegen den Dreibund richteten. Schon jetzt sei es dem Könige nicht mehr möglich, der öffentlichen Meinung in größeren Fragen zu widerstehen, wie es sich bei dem Einmarsche nach Bulgarien gezeigt habe, den der König persönlich anfänglich nicht gewollt habe. — Sowohl Graf Berchtold als Graf Forgách betonten, daß sie nicht glaubten, daß Rumänien in absehbarer Zeit der Entente beitreten werde oder wolle. Aber die bestehende Unsicherheit in der allgemeinen Orientierung der Politik des Landes berge eine nicht zu unterschätzende Gefahr in sich. Es sei ja auch nicht zu viel von Rumänien verlangt, daß es endlich seinem eigenen Volke gegenüber offen bekenne, welchem mächtigen und dauernden Rückhalte es seine friedliche, ausgezeichnete Entwickelung in den letzten Jahrzehnten verdanke.

Der hier skizzierte Plan müsse natürlich reiflich überlegt werden und die Sache müsse behutsam angefaßt werden. Eine Brüskierung des Königs müsse vor allem vermieden werden. Aber man halte es hier an der Zeit, etwas für die Klärung des Verhältnisses Rumäniens zu den Zentralmächten zu tun, e h e e s z u s p ä t s e i.

Der Minister wie auch Graf Forgách bemerkten beide, daß sie dem Grafen Szögyényi von diesen Gedankengängen nichts mitteilen

wollten. Sie legten aber Wert darauf, mich davon zu unterrichten, um darüber mit der Berliner Regierung in vertraulichen Meinungsaustausch zu treten.

Euer Exzellenz wollen aus dem heutigen Bericht des Militärattachés entnehmen, daß auch schon Baron Conrad von Hötzendorf dem Grafen Kageneck von dem Gedanken gesprochen hat, auf die Publikation der Tatsache des Bündnisses hinzuarbeiten*. Der General hat dabei offen der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß wir diesen Plan mit unserem überwiegenden Einflusse in Bukarest unterstützen würden.

von Tschirschky

## Nr. 15 804

## *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 253 Rom, den 29. November 1913

Der österreichisch-ungarische Botschafter, soeben aus Wien zurückkehrend, hat dort lange und eingehende Beratungen sowohl mit seinem Monarchen als auch mit allen anderen maßgebenden Persönlichkeiten über die Dreibundspolitik und die Balkanpolitik gehabt. Bei der Bedeutung des Herrn von Mérey, der ja bekanntlich bei einer etwa eintretenden Vakanz berufen sein könnte, die auswärtige Politik Österreich-Ungarns zu leiten, dürfte es nicht uninteressant sein, die Ergebnisse seiner Wiener Beratungen kennenzulernen.

Der Botschafter sagte mir, er habe in Wien zwei Strömungen vor-

---

* In dem Bericht des Grafen Kageneck vom 29. November hieß es darüber: „Immer noch sehr pessimistisch beurteilt General v. Conrad das Verhältnis der Monarchie zu Rumänien. Man müsse bald versuchen, Rumänien zu einer offenen Erklärung des Anschlusses an den Dreibund zu vermögen, oder sich mit dem Gedanken vertraut machen, es unter seinen Gegnern zu finden. . . . Der Generalstabschef ist immer noch der Ansicht, daß nur Deutschland imstande sei, das alte Verhältnis Rumäniens zum Dreibund wiederherzustellen. ‚Wir können das nicht' — schloß der Chef die Unterredung — ‚trotz Czernin.' " Auch aus den Erinnerungen Conrads (Aus meiner Dienstzeit, III, 481 ff. und a. a. O.) geht hervor, daß der Generalstabschef, der schon bei dem Zusammentreffen mit Kaiser Wilhelm II. in Bad Salzbrunn im September (vgl. Nr. 15 792, Fußnote) den Anschluß Rumäniens an den Dreibund gefordert hatte, auch auf den Grafen Berchtold fortgesetzt im Sinne der Herbeiführung des formellen Anschlusses Rumäniens an den Dreibund drängte. Vgl. sein Schreiben an Graf Berchtold vom 3. November, in dem er eindringlich auf die nach dem Besitz von Siebenbürgen strebende großrumänische Agitation hinweist und es für eine „unbedingte Pflicht" erklärt, „den formell festgelegten, vertragsmäßigen Anschluß Rumäniens an den Dreibund — analog wie die Staaten dieses Bundes den Vertrag untereinander geschlossen haben — zu erreichen."

gefunden. Die eine gehe dahin, in der alten Politik zu verharren, das heißt die Freundschaft zu Rumänien zu pflegen, eine neue mit Griechenland zu begründen, mit Serbien ein erträgliches Verhältnis anzustreben, und auf diese Weise mit Deutschland in völligem Einklang zu bleiben. Dieses sei die Politik der Ruhe, des behaglichen Liegens im gewohnten Bett, sie erlaube, ruhig den Börsengeschäften nachzugehen, und man könne mit ihr wohl ohne allzugroße Aufregungen eine Weile fortleben. Diese Politik sei aber auf die Dauer sicherer Selbstmord für Österreich. Denn die Auseinandersetzung mit Serbien sei unvermeidlich. Die Form und der Inhalt der serbischen Aspirationen bedrohe gleichmäßig die Lebensinteressen der Monarchie.

Die zweite Strömung, die seiner Ansicht nach von den klügeren und weitsichtigeren Politikern vertreten werde, sei die, sich auf den Konflikt mit Serbien vorzubereiten, indem man die Freundschaft mit Bulgarien pflege. Denn Bulgarien könne ganz unmöglich auf die Dauer das Vernichtungswerk mitansehen, das von den Serben jetzt in Mazedonien gegen das bulgarische Element betrieben werde. Rumänien dagegen sei heute schon unsicher geworden, seine Sprache gegenüber Österreich-Ungarn sei fast schon anmaßend zu nennen, und sein Bund mit den Serben mache auf die Dauer die Freundschaft mit ihm unmöglich.

Ich habe den Botschafter darauf hingewiesen, daß diese Kombination diskutabel sein könnte, wenn Bulgarien in absehbarer Zeit aktionsfähig wäre. Das scheine mir aber nicht der Fall zu sein. Auch sei ich überzeugt, daß Bulgarien über kurz oder lang doch wieder unter russischen Einfluß geraten würde. Auch wenn es wahr wäre, was der hiesige bulgarische Gesandte, Herr Rizow, mir kürzlich beteuerte, nämlich, daß die Erbitterung des bulgarischen Volkes gegen Rußland eine sehr tiefgehende sei, so besitze Rußland doch solche Gewaltmittel der Verschwörung, des Mordes, der Bestechung und andere, daß es unmöglich sein würde für eine andere Macht, damit zu konkurrieren.

Hinsichtlich des Verhältnisses zu Deutschland ist Herr von Mérey auch etwas skeptisch. Er schickte zwar voraus, daß der langjährige Verkehr, in dem er hier an Ort und Stelle mit dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amts gestanden habe, in ihm die feste Überzeugung von dessen wohlwollender Gesinnung für Österreich hinterlassen habe. Das habe er auch in Wien gesagt. Darüber hinaus aber könne er nicht verhehlen, daß er den Eindruck habe, Deutschland wolle sich für österreichische Balkaninteressen nicht über das Minimum der Notwendigkeit hinaus engagieren. Deutschland wolle aus geschäftlichen Gründen Ruhe, es sei zu reich geworden und lebe zu sehr in der Anbetung des Geldes. Es sei ein gewisser Sybaritismus entstanden, der sich in der Freude am Wohlleben und in häufigen Festen zeige und die Abneigung gegen kriegerische Verwickelungen verstärke.

Die Offenheit solcher Bekenntnisse führt natürlich häufig zu lebhaften Diskussionen zwischen uns. Sie ist aber doch wertvoll für mich, weil mich der Botschafter mit der gleichen Rückhaltlosigkeit über seine eigene Regierung und über die Vorgänge in Wien sowie über die Beziehungen zwischen Wien und Rom unterrichtet.

Flotow

## Nr. 15805

### *Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky*

Privatbrief. Eigenhändiges Konzept

Geheim — Berlin, den 6. Dezember 1913

Aufrichtigsten Dank für Ihre Zeilen vom 29. November*. Forgách äußerte sich bereits bei seinem hiesigen Besuch** pessimistisch betreffs der künftigen Haltung Rumäniens, wobei das — allerdings wohl nur in camera caritatis abgelegte — Geständnis, daß die Wiener Politik Rumänien gegenüber ein „Fehler" gewesen sei, nicht uninteressant war. Die zu Ihnen jetzt wieder geäußerten Beklemmungen eines gegen Austria gerichteten allgemeinen Balkanbundes mit rumänischer Spitze erscheinen mir zwar etwas übertrieben, wenigstens solange König Karol lebt. Indes, er ist alt, und die Entwicklung der Dinge kann man nicht voraussehen. Eine Publikation des Bündnisses würde mir deshalb an sich auch nicht unzweckmäßig erscheinen. Aber ich habe einige Zweifel daran, ob sie im jetzigen Moment tunlich ist. Im Volk und der öffentlichen Meinung Rumäniens ist die Verstimmung gegen Österreich-Ungarn doch jetzt wohl noch recht stark. Besonders wenn man erfährt, daß das Bündnis speziell auf Österreich-Ungarn gestellt ist und wir demselben nur angeschlossen sind, würde die Publikation voraussichtlich eine wenig gute Aufnahme finden. Die Rumänen würden noch mehr wie bisher darüber klagen, daß grade Wien sie „verraten" habe. Wird der kluge und vorsichtige König Karol sich daher bereit finden, grade jetzt seinem Volk dieses Gericht zu servieren? Meines Erachtens müßte erst etwas bessere Stimmung in Rumänien geschaffen werden. Es scheint ja, daß Graf Tisza zu gewissen Konzessionen an die Rumänen bereit ist. Vielleicht wäre daher die Publikation erst opportun, wenn durch solche Konzessionen eine Entspannung eingetreten ist — frühestens aber gleichzeitig mit der Gewährung der Konzessionen.

Als Argument für die Notwendigkeit der Publikation könnte Wien meo voto den Umstand verwerten, daß der alte Carp der „Freien

---

* Siehe Nr. 15803.

** Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXX, Nr. 14144.

Presse" — oder dem „Pester Lloyd"? — das Bündnis bereits mitgeteilt hat, dasselbe also de facto kein Geheimnis mehr ist.

Gegen die von den Wiener Herren befürchtete Bildung des „Balkanbundes" müßte die Publikation allerdings günstig wirken, weil die andren Balkanstaaten dadurch vor die Frage gestellt werden, mit wem sie marschieren wollen.

Die Enthüllungen über die bulgarische Politik* werden den Herren des Ballplatzes wohl etwas die Augen darüber geöffnet haben, daß unsere Einschätzung derselben nicht ganz falsch war. Wenn auch nicht in allen Details, so war der Gesamtkurs, den Sofia steuerte, uns doch bekannt. Aber König Ferdinand scheint ja in Wien den üblen Eindruck seiner oder Danews, oder wessen Politik auch immer, durch seine Unschuldsversicherungen beziehungsweise Abschiebungsversuche möglichst verwischt zu haben. Doch möchte ich den Versicherungen dieses alten Fuchses auch in Zukunft nur wenig trauen. Von einer gewissen Bedeutung dürfte der Ausfall der demnächstigen Wahlen für die künftige Stellung Bulgariens werden. Man wird ja sehen, ob die Volksstimmung wirklich so antirussisch ist. Aber selbst dann bleibe ich noch mißtrauisch, denn der Bulgare erscheint mir so hyperrealpolitisch veranlagt, daß man bei ihm mit fortgesetzten Kreuz- und Quersprüngen wird rechnen müssen. Und der König bietet wie gesagt hiergegen keine Garantie. In Bulgarien dürfte der Revanchegedanke gegen Griechenland tiefe Wurzeln gefaßt haben, und seine Politik wird daher — wie die französische in Europa — zunächst das Beunruhigungselement im Balkan bleiben. Gegen erneute Balkanwirren dürfte eine starke Vormachtstellung Rumäniens der sicherste Schutz bleiben, und dies ganz besonders, wenn seine Zugehörigkeit zum Dreibund öffentlich festgelegt ist. Eine andere Frage dagegen ist es für mich, ob die übrigen Balkanstaaten dann die Hegemonie eines mit Österreich verbündeten Rumäniens noch anerkennen, und ob König Karol deswegen nicht Bedenken gegen die Publikation tragen würde. Dies ließe sich durch eine vorsichtige Sondierung ja leicht feststellen. Nur scheint mir als unerläßliche Vorbedingung für jede derartige Demarche eine Besserung der rumänischen Volksstimmung gegen Österreich bezw. Ungarn notwendig zu sein.

Jagow

---

Bemerkung von Bethmann Hollwegs am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden. v. B. H. 7./XII.

* Gemeint sind die Enthüllungen des „Matin" vom 25. November 1913 über die bulgarisch-serbische Militärkonvention vom 29. April 1912. Vgl. Nr. 15 799, S. 454, Fußnote *.

## Nr. 15 806

### *Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 350 Bukarest, den 5. Dezember 1913
[pr. 9. Dezember]

Seit meiner Rückkehr nach Bukarest ist mir von den verschiedensten Seiten zu verstehen gegeben worden, daß die Stimmung gegen Österreich hier immer noch eine äußerst unfreundliche sei. Dabei wurde gewöhnlich betont, daß dahingegen Deutschland gegenüber gegenwärtig eine sehr freundliche Stimmung herrsche. Der Chef der in der Opposition befindlichen liberalen Partei, Herr Bratianu, der der zukünftige Konseilpräsident sein wird, hob in einer Unterredung, die ich kürzlich mit ihm hatte, diese antiösterreichische Strömung ebenfalls scharf hervor und bemerkte bezüglich Deutschlands, daß das Verhältnis zu diesem Lande nun wieder in normale Bahnen geleitet sei [1]. Er sagte ferner, daß, wenn sich die Stimmung gegenüber Österreich bessern sollte, die Ungarn ihre Politik gegenüber den in ihrem Lande lebenden Rumänen prinzipiell ändern müßten. Er meinte, die Magyaren dürften in Ungarn nicht wie bisher allein die Macht in den Händen haben wollen, sondern sie müßten auch den übrigen dort lebenden Nationalitäten einen, wenn auch natürlich nicht ebenso großen, aber doch verhältnismäßigen Anteil an dieser Macht einräumen. Sie würden dann unter ihnen eine Hegemoniestellung einnehmen.

Auch Seine Majestät der König von Rumänien hat zu mir von der großen Hetze [2] gesprochen, die zurzeit in Rumänien gegen Österreich betrieben würde *. Eine rumänische Zeitung beschäftigte sich fortwährend mit derselben. Die antiösterreichische Stimmung sei im ganzen Lande verbreitet. Das Schlimmste sei, daß sie auch in die Armee eingedrungen sei und unter den jungen Offizieren davon geredet würde,

---

* In ähnlichem Sinne hatte sich König Karl von Rumänien schon am 29. November gegenüber dem preußischen Militärattaché Major Bronsart von Schellendorff ausgelassen. In einem Bericht des Militärattachés vom 30. November heißt es darüber: „Außerordentlich schroff und abfällig äußerte sich Seine Majestät über die österreichische Politik, die die Freundschaft mit Rumänien zerstört habe, ohne Bulgarien zu gewinnen. Sein persönliches ausgezeichnetes Verhältnis zum Kaiser von Österreich habe dadurch natürlich keine Trübung erlitten, aber er begegne einer so österreichfeindlichen Stimmung im ganzen Lande, daß es trotz besten Willens ihm und seiner Regierung sehr schwer fallen werde, wieder freundlichere Beziehungen zur Donaumonarchie herzustellen — es sei denn, daß Österreich-Ungarn sich entschlösse, den Rumänen in Ungarn gegenüber eine wohlwollende Politik zu befolgen. Gerade unter diesen Umständen empfinde er und ganz Rumänien es mit besonderer Genugtuung, daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers Rumänien dauernd unterstützt und daß Seine Majestät wiederholt Beweise seiner warmen Freundschaft für Rumänien gegeben habe.“

daß nun Transsylvanien dran komme. Eine Änderung der ungarischen Politik hält der König für s e h r notwendig; doch müßten Rumänien und Deutschland naturgemäß in dieser Frage eine gewisse Vorsicht beobachten. Graf Czernin habe ihm die Konzessionen genannt, die Graf Tisza den Rumänen machen wolle. Diese Zugeständnisse nannte Seine Majestät „geringfügig". Höchstderselbe meinte, es müsse etwas wirklich Greifbares geboten werden. Das alte Nationalitätengesetz, das der Kaiser sanktioniert habe, und das nicht aufgehoben sei, über das aber die Magyaren sich im Laufe der Zeit immer mehr und mehr hinweggesetzt hätten, müsse wieder zur Geltung kommen. Nicht bloß den Rumänen, auch den anderen in Ungarn lebenden Nationalitäten müßten mehr Rechte gewährt werden.

Hinsichtlich der serbisch-österreichischen Beziehungen hat Seine Majestät der König dem Grafen Czernin gesagt, er sei bereit, bei geeigneter Gelegenheit in Serbien einen neuen Versuch zur Anbahnung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen diesem Lande und Österreich zu machen, doch müsse Österreich mithelfen. Mir hat Graf Czernin erklärt, daß eine Annäherung nur möglich sei, wenn die Serben einmal die Albaner in Ruhe ließen und sodann die irredentistische Propaganda unter der serbisch-kroatischen Bevölkerung in Österreich einstellten. Unter diesen Bedingungen sei man in Österreich zur Herstellung besserer Beziehungen gern bereit, doch müsse die Initiative von Serbien ausgehen.

Als Seine Majestät der König mir gegenüber auf den im „Matin" veröffentlichten serbisch-bulgarischen Geheimvertrag * zu sprechen kam, äußerte höchstderselbe Zweifel an der Richtigkeit der Nachricht, daß der Vertrag auch gegen Rumänien und Österreich gerichtet wäre. Die Lage des Königs Ferdinand bezeichnete Seine Majestät als nicht so schlimm, wie sie in der Presse geschildert worden wäre. Sie sei allerdings keine angenehme, und der König sei nicht zufrieden. Über die Friedensaussichten im Balkan sprach König Karl sich dahin aus, daß die betreffenden Völker sich nun zunächst erholen müßten. Seine Majestät schätzte die Friedenszeit auf etwa fünf bis sechs Jahre, dann aber würden die Bulgaren von neuem gegen die Griechen und Serben vorgehen. Der König erwähnte, daß die Bulgaren Rumänien große Avancen machten.

Seine Majestät sprach sich noch sehr anerkennend über die Persönlichkeit Talaat Beys ** aus, der demnächst nach Bukarest kommen würde. Den hiesigen Zeitungen zufolge soll seine Hierherkunft den Zweck verfolgen, den Besuch des Herrn Take Jonescu zu erwidern.

Damit, daß Rumänien die Anfrage an die Mächte wegen der Kandidatur des Prinzen zu Wied für den albanischen Thron gerichtet hat ***,

* Vgl. Nr. 15 799, S. 454, Fußnote *.
** Türkischer Minister des Inneren.
*** Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXIX B.

scheint man nach Äußerungen Seiner Majestät des Königs und des englischen Gesandten * in London nicht einverstanden gewesen zu sein. Seine Majestät sagte mir, er habe infolgedessen Sir Edward Grey durch den rumänischen Gesandten in London auffordern lassen, seinerseits die Initiative in der Sache zu ergreifen. Darnach hätten die Botschafter in Berlin einschlägige Instruktionen erhalten, und es seien nun alle Mächte mit der Kandidatur einverstanden. Nachdem diese Frage erledigt worden, handele es sich jetzt um die Anleihe. In dieser Beziehung habe der hiesige französische Geschäftsträger ** zu verstehen gegeben, daß Frankreich sich wohl bereit zeigen würde, dieselbe zu garantieren, wenn dies auch seitens Rumäniens geschähe. Der König bemerkte dazu, daß Rumänien dies tun könne. Eine Anfrage des Prinzen Wied, ob er die Botschafter in Berlin besuchen solle, hat Seine Majestät bejahend beantwortet und hinzugefügt, der Prinz möchte den englischen Botschafter zuerst besuchen.

W a l d t h a u s e n

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Nanu?
[2] Russ[isch-]französ[ischen]

## Nr. 15 807

## *Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Entzifferung

Nr. 351 — Bukarest, den 6. Dezember 1913
[pr. 9. Dezember]

Ganz geheim

Unter Bezug auf Bericht Nr. 350 vom 5. d. Mts. **

Bei Betonung der Notwendigkeit einer Änderung der ungarischen Politik gegenüber den in Ungarn lebenden Rumänen wies Bratianu auf die Gefahr hin, die darin läge, daß bei einem europäischen Kriege wegen Österreich-Ungarns man in Rumänien nicht auf seiten Österreichs würde stehen wollen, wenn die Ungarn bei ihrer jetzigen Politik verbleiben würden. Ähnlich wie Bratianu äußerte sich Seine Majestät der König Karl zu mir dahin, daß im Falle eines europäischen Krieges das rumänische Volk, wenn sich die gegenwärtige hiesige antiösterreichische Stimmung nicht änderte, nicht mit Österreich würde gehen

---

* Sir George Barclay.
** Siehe Nr. 15 806.

wollen. Es genüge nicht, Verträge zu haben, dieselben müßten auch populär sein. Der König erwähnte sodann, daß Bratianu, der von der Erneuerung des Bündnisses mit dem Dreibund keine Kenntnis habe, sich für eine Nichterneuerung desselben im nächsten Jahre ausgesprochen habe. Bratianu wisse nicht, daß das Bündnis, wenn es gekündigt werden sollte, schon in diesem Jahre im Juli hätte gekündigt werden müssen, und daß es ohne solche Kündigung noch drei Jahre weiterlaufe. Seine Majestät fügte hinzu, von der Erneuerung des Bündnisses werde er Bratianu Mitteilung machen, wenn derselbe zur Regierung gelangen würde. Diese Mitteilung würde Bratianu nicht angenehm sein.

Waldthausen

## Nr. 15 808

### *Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

**Entzifferung**

Nr. 355 — Bukarest, den 8. Dezember 1913
Ganz geheim — [pr. 12. Dezember]

Zu dem Grafen Czernin, der gestern von Seiner Majestät dem König empfangen wurde, hat höchstderselbe sich inbetreff der Haltung des rumänischen Volkes gegenüber Österreich bei einem europäischen Krieg ähnlich ausgesprochen wie zu mir. Der König äußerte sich in dem Sinne, daß, wenn die gegenwärtige antiösterreichische Stimmung, die hoffentlich in absehbarer Zeit sich ändern würde, anhielte, es äußerst schwer halten würde, die Rumänen in dem bezeichneten Fall, wenn sie auch nicht gegen Österreich gehen würden, zu einem Zusammengehen mit Österreich zu bewegen. Seine Majestät fürchtet offenbar, der Volksströmung alsdann nicht wirksam entgegentreten zu können. Es ist dem König sehr schwer gefallen, sich so zu dem österreichischen Gesandten auszusprechen, und er hat es nur sehr zögernd getan.

Graf Czernin hat in seiner Berichterstattung die Notwendigkeit einer Verständigung der ungarischen Regierung mit den Rumänen und die mit der antiösterreichischen Strömung verknüpften Gefahren klar dargelegt. Ich kann nur meine Überzeugung wiederholen, daß auch wir ein starkes Interesse an der Verständigung haben und es gut wäre, auf Wien in diesem Sinne einzuwirken.

Waldthausen

## Nr. 15809

### *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow*

**Eigenhändiger Privatbrief**

Wien, den 11. Dezember 1913

Euer Exzellenz geneigtes Schreiben vom 6. d. Mts.* habe ich mit gehorsamem Danke erhalten. Seinen Inhalt habe ich heute zur Kenntnis des Grafen Forgách gebracht, der mich bat, Euer Exzellenz für die wohlwollende Stellungnahme zu dem Gedanken, eine Veröffentlichung der Tatsache des Bündnisses mit Rumänien mit der Zeit herbeizuführen, seinen wärmsten Dank auszusprechen. Der Graf und, wie dieser mir sagte, auch der Minister stimmen mit Eurer Exzellenz ganz darin überein, daß zunächst eine bessere Stimmung in Rumänien der Monarchie gegenüber eintreten müsse, ehe man die Frage der Veröffentlichung des Bündnisses werde anschneiden können. Der Graf las mir zur Bekräftigung dieser seiner Ansicht einen in diesen Tagen an den Grafen Czernin nach Bukarest gerichteten Erlaß vor, in welchem der Gesandte ausdrücklich angewiesen wird, zunächst alle seine Bemühungen darauf zu richten, der falschen Vorstellung über die Richtung der Politik der Monarchie Rumänien gegenüber in letzter Zeit entgegenzutreten und zu trachten, durch vertrauensvolle Fühlungnahme mit Seiner Majestät dem König und den Ministern, ebenso wie durch Beeinflussung der Presse eine Besserung der dortigen Stimmung Österreich gegenüber herbeizuführen. Graf Czernin soll auch bis auf weiteres seinem deutschen Kollegen gegenüber den Plan der Veröffentlichung des Bündnisses nicht berühren, um ja nicht vorzeitig und ehe zwischen Wien und Berlin genaues Einverständnis über alle Modalitäten des Planes getroffen seien, irgendwie etwas verlauten zu lassen. — Für die von Euer Exzellenz an die Hand gegebenen Argumente war Graf Forgách besonders dankbar. Er wird sofort nachforschen, wann und wem gegenüber Herr Carp die Mitteilungen über das Bündnis gemacht hat. — Graf Forgách las mir dann noch einen Bericht des Grafen Czernin vor, in welchem dieser Mitteilungen des Herrn von Waldthausen über dessen Gespräche mit dem Könige und Herrn Bratianu hierher meldet. Letzterer, der demnächst wohl die Regierung übernehmen werde, habe sich zu der Äußerung verstiegen, ein Zusammengehen mit Österreich sei, wie die Dinge jetzt lägen, ein Ding der Unmöglichkeit, und auch der König habe, wenn auch viel reservierter, doch in dem gleichen Sinne gesprochen. Angesichts einer solchen Lage sei es höchste Zeit, daß von unserer Seite etwas geschehe, um die Dinge zu bessern und mit der Zeit klare Verhältnisse zu schaffen.

---

* Siehe Nr. 15 805.

Von anderer Seite hatte ich gehört, daß die Verhandlungen des Grafen Tisza mit den Rumänen nicht sehr günstig ständen. Graf Forgách meinte, es seien allerdings Verzögerungen eingetreten, doch sei an einem günstigen Abschluß nicht zu zweifeln.

von Tschirschky

## Nr. 15 810

### *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow*

Eigenhändiger Privatbrief

Ganz geheim  Wien, den 20. Dezember 1913

Ich habe dem Grafen Berchtold neulich auftragsgemäß (Erlaß Nr. 1756 vom 13. d. Mts.*) Kenntnis der beiden Berichte aus Bukarest vom 5. und 6. d. Mts. gegeben, in denen Herr von Waldthausen Äußerungen des Königs und Bratianus über die Stellung Rumäniens zum Dreibund mitteilt. Der Minister läßt Ihnen vielmals danken für diese Mitteilung, die leider nur das bestätigt, was über dieses Thema auch von dem österreichisch-ungarischen Vertreter aus Bukarest gemeldet wird. Graf Berchtold ist sich des Ernstes der Lage für uns voll bewußt, wenn es nicht gelingen sollte, der Anti-Dreibundströmung in Rumänien Einhalt zu tun. Die Sprache des Königs sei doch geradezu befremdlich in ihrer Schärfe, und es wolle ihm scheinen, als beabsichtige man in Bukarest eine Erpressung der Monarchie gegenüber, um durch diese groben Drohungen möglichst viel für die ungarländischen Rumänen herauszudrücken. Diese Methode sei bedauerlich, besonders weil sie nicht zum Ziele führen könne. Graf Tisza sei ernstlich überzeugt und bereit, den Rumänen soweit als möglich entgegenzukommen. Mit der leisesten Andeutung nach außen hin, daß von Rumänien aus ein Druck versucht werde, würde dem ungarischen Ministerpräsidenten seine Aufgabe unmöglich gemacht werden. Wenn außerdem der König die vom Grafen Tisza den Rumänen in Aussicht gestellten Konzessionen als „geringfügig" bezeichne, so verkenne er die Sachlage. Denn mehr würde kein ungarischer Staatsmann jemals geben können. Es gehöre die ganze unerschrockene Tatkraft des jetzigen Ministerpräsidenten dazu, um Konzessionen in diesem Umfange durchzusetzen. Die heftigen Angriffe, die in den Delegationen gegen den Grafen Tisza gerichtet worden seien wegen seiner Verhandlungen mit den Rumänen, zeigten zur Genüge die Schwierigkeit der Aufgabe, die er sich gestellt habe. — Meiner Ansicht nach ist die Frage der Behandlung der ungarländischen

---

* Erlaß Nr. 1756 wies Tschirschky zu vertraulicher Verwertung der beiden Berichte Waldthausens (siehe Nr. 15 806 und 15 807) gegenüber Graf Berchtold an.

Rumänen nur eine sekundäre Erscheinung, eine Folge des nach den letzten politischen Erfolgen Rumäniens in diesem Lande in besorgniserregender Weise emporgeschossenen Großmachtsdünkels. Den Rumänen in Ungarn geht es jetzt nicht schlechter als bisher. Nachdem jahrelang von Bukarest aus keine Klage laut geworden war, wird jetzt plötzlich entdeckt, daß es den Rumänen in Ungarn besonders schlecht geht, und es wird verlangt, daß Ungarn seine gesamte Nationalitätenpolitik von Grund aus ändere. Diese Frage der ungarischen Rumänen ist in Bukarest hervorgeholt worden, um einen plausiblen Grund für die Abkehr vom Dreibunde vorzuschützen * Natürlich ist es dringend geboten, daß die Lage der Rumänen möglichst gebessert werde, aber ein durchschlagendes Heilmittel zur Sanierung der, milde ausgedrückt, unklaren Verhältnisse in bezug auf Rumäniens zukünftige politische Stellungnahme wird darin kaum erblickt werden können. —

Ich habe im Vorstehenden absichtlich stets von der Haltung Rumäniens dem Dreibunde — nicht Österreich-Ungarn — gegenüber gesprochen. Wenn man in Bukarest immer betont, daß das Verhältnis zu uns nicht gelitten habe, so kann man das nicht anders bezeichnen als einen etwas naiven Versuch, uns in Sicherheit zu wiegen. Denn für den Ernstfall wird Rumänien nicht mit Deutschland gehen und sich gegen Österreich stellen können. — Graf Berchtold ist der festen Überzeugung, daß in der rumänischen Frage gehandelt werden muß. Um zunächst den Versuch zu machen, die Stimmung im Lande zu bessern, werde nichts übrig bleiben, als tief in die Geldtasche zu greifen. Der Minister sagte mir ganz vertraulich, daß er bereits damit begonnen habe. Eine Unterstützung unsererseits in dieser Beziehung würde sicherlich von guter Wirkung sein **.

---

* Vgl. auch Graf Czernins Bericht vom 2. April 1914 (Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 633 ff.), nach dem zwar nicht er selbst, aber doch viele glaubten, die ganze siebenbürgische Frage sei nur ein Vorwand, ein Paravent, hinter den sich der König und seine Ratgeber versteckt hätten, um in dessen Schutz eine andere Politik treiben zu können.

** In einem weiteren Privatbriefe Tschirschkys an Jagow vom 30. Dezember, der sich in der Hauptsache auf die kleinasiatischen Aspirationen Österreichs bezieht (vgl. Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVII, Nr. 15 094), heißt es dazu noch: „Darüber, daß die Schuld für die Schwenkung in der rumänischen Politik, soweit diese sich nicht aus der allgemeinen Lage und dem gesteigerten Selbstvertrauen der Rumänen erklärt, auf österreichischer Seite liegt, kann ja kein Zweifel bestehen, und gewiß ist es uns zu danken, wenn Rumänien noch nicht ganz vom Dreibund abschwenkt. Aber im Ernstfalle, und darauf kommt es doch allein an, wird Rumänien eben nicht zwischen uns und Österreich optieren können. Und die Sprache, die der König auch dem deutschen Gesandten gegenüber geführt hat, ist doch so unzweideutig, daß er sich gegebenenfalls später darauf berufen kann, uns damit eine deutliche Kennzeichnung seiner Lage dem Bündnisse gegenüber gegeben zu haben. Daß der König loyal am Bündnisse festhält, bezweifle ich nicht; es wird sich aber darum handeln, das Land dafür soviel wie möglich zu gewinnen, um dem Könige das Festhalten am Bündnisse im Ernstfalle zu erleichtern und möglich zu machen. Was ‚den Griff in die Geldtasche‘

Wie Sie wissen, war General Graf Waldersee jetzt in Rom. Er weilt augenblicklich hier in Wien, um die militärischen Besprechungen mit General von Conrad fortzuführen *. Mit den militärischen Ergebnissen in Rom und Wien ist Graf Waldersee über Erwarten zufrieden. Er wird Ihnen ja mündlich darüber genauer berichten. Ich hatte gestern nach einem Diner bei mir mit beiden Generalen eine eingehende Unterredung über die rumänische Frage. Beide Herren teilen vollkommen die im Vorstehenden entwickelte Ansicht über diese Frage. Graf Waldersee bemerkte noch, daß auch General Pollio über Rumänien sehr schwarz sehe. Auch in Rom halte man es für geboten, alles daran zu setzen, um Rumänien wieder an den Dreibund heranzubringen, und, falls dies nicht mehr möglich sein sollte, wenigstens klare Verhältnisse zu schaffen. General von Conrad ist noch pessimistischer. Er hält Rumänien für so gut wie verloren **, ist aber natürlich ganz damit einverstanden, daß zunächst versucht werde, Rumänien zu einer unzweideutigen Stellungnahme zu bringen, um dann auf klarerer Grundlage weitere politische und militärische Maßnahmen treffen zu können. General von Conrad meinte weiter, seinen Nachrichten zufolge betrieben Rußland und Frankreich nach wie vor eine sehr energische Kampagne und zwar mit allen Mitteln, um Rumänien vom Dreibund abzudrängen. Wenn er auch glauben wolle, daß Seine Majestät der König noch gewillt sei, den Vertrag zu halten, so schiene ihm doch die Zeit vorbei, wo wir uns mit dem Worte des Königs begnügen konnten. Denn infolge der großen Erfolge Rumäniens sei die nationale, großrumänische Strömung im Lande so mächtig geworden, daß sie dem Könige, wie seine eigenen Worte erraten ließen, über den Kopf gewachsen sei.

von Tschirschky

## Nr. 15 811

### *Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 2 Bukarest, den 1. Januar 1914

Der aus Wien hierher zurückgekehrte Graf Czernin hat sich zu mir über die Verhandlungen des Grafen Tisza mit den Rumänen in

---

anlangt, so habe ich dabei nicht an eine direkte Zahlung von seiten der Kaiserlichen Regierung gedacht, die ja leider für solche Fälle keine Fonds hat; vielleicht könnten aber die Banken, die große Interessen in Rumänien haben, dazu herangezogen werden. Denn diese würden es am eigenen Leibe zu spüren bekommen, wenn der französisch-russische Einfluß dominierend werden sollte.“

* Vgl. dazu Kap. CCXCV, Nr. 15 713, S. 329, Fußnote **.

** Vgl. dazu Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 602, 613, 626.

Ungarn vertraulich dahin ausgesprochen, dieselben machten gute Fortschritte und würden hoffentlich in einigen Monaten zu einem befriedigenden Ergebnis führen. Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit der Erzherzog Franz Ferdinand, dessen Sympathien für die Rumänen bekannt seien, habe auf die Führer der letzteren in dem Sinne, daß sie sich mit der Regierung verständigen müßten, eingewirkt, und auch Graf Tisza habe gute Hoffnungen. Auffallend fand Graf Czernin nur, daß die Kaiserliche Regierung so wenig sage und eine so „platonische" Sprache führe[1]. Graf Czernin würde es gern sehen, wenn wir in Wien entschiedener aufträten, was gewiß auch dem Erzherzog-Thronfolger angenehm sein würde.

Mein österreichischer Kollege hat mir noch im strengsten Vertrauen mitgeteilt, daß der zum rumänischen Gesandten in Sofia ernannte bisherige rumänische Generalkonsul in Budapest, Herr Derussi, in Sofia in einer nicht öffentlichen Rede geäußert habe, Österreich würde erst vernünftig werden, wenn eine serbisch-rumänische Armee vor Wien stehen würde[2]. Diese Äußerung ist durch einen Anwesenden zur Kenntnis der österreichischen Regierung gelangt, und Graf Czernin hat gerade noch im letzten Augenblick eine beabsichtigte österreichische Dekorierung des Herrn Derussi verhindern können. Mein österreichischer Kollege hat über den Vorfall mit Herrn Majorescu gesprochen. Dieser hat der Beurteilung desselben durch den Grafen Czernin vollkommen zugestimmt und gesagt, daß er Herrn Derussi maßregeln würde, wenn nicht[3] das Kabinett nur noch kurze Zeit im Amt bleiben würde, daß er aber unter solchen Umständen das Weitere der liberalen Regierung überlassen müsse[4].

Es ist klar, daß sich Österreich eine solche Äußerung nicht gefallen lassen kann. Auf der anderen Seite aber zeigt der Umstand, daß diese Äußerung überhaupt erfolgen konnte, wie schlimm die Lage geworden ist. Wenn ich meine gehorsamste Auffassung aussprechen darf, die aber natürlich bloß eine auf Grund der hiesigen Verhältnisse erfolgende sein kann, so vermag ich nur zu sagen, daß mir die ungeschwächte Fortdauer der hiesigen antiösterreichischen Stimmung nach meiner Kenntnis der Verhältnisse in Rumänien, besonders auch im Hinblick auf die bevorstehende Regierung der nationalistisch liberalen Partei gefährlich erscheint. Daß im Falle eines europäischen Krieges eine Österreich feindliche Volksstimmung in Rumänien dem Dreibunde nicht erwünscht sein kann, liegt klar auf der Hand. Deutschland scheint mir ein sehr starkes Interesse an der Änderung dieser Stimmung und dem Zustandekommen der magyarisch-rumänischen Verständigung zu haben. Dies Interesse rechtfertigt es nach meinem gehorsamsten Dafürhalten vollkommen, wenn wir mit großer Entschiedenheit auf Wien in dem Sinne einwirken würden[5], daß eine befriedigende Verständigung mit den Rumänen in Ungarn erfolgen müsse[6].

Die Erwartung des Grafen Tisza und Czernin, daß die bezüglichen

Verhandlungen erfolgreich sein werden, erweist sich hoffentlich als nicht zu optimistisch. Nach den Äußerungen des letzteren scheint man jetzt in Wien wegen der Angelegenheit sehr alarmiert zu sein. Auch wünscht Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph, daß die Lage geklärt werde.

Graf Czernin sprach zu mir die Hoffnung aus, daß der zum Botschaftsrat in Berlin bestimmte Legationsrat bei der hiesigen österreichisch-ungarischen Gesandtschaft Freiherr von Haymerle dort Gelegenheit finden werde, sich über die Sachlage an den maßgebenden Stellen zu äußern. Ich kann nur befürworten, daß ihm diese Gelegenheit gegeben werden möge.

Waldthausen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Weil es der Ballplatz nicht ehrlich meint!
[2] !
[3] natürlich! wenn nicht!
[4] also nichts!
[5] ja
[6] richtig

## Nr. 15 812

### *Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

**Entzifferung**

Nr. 32 Bukarest, den 24. Januar 1914

Ganz geheim

Seine Majestät der König hat mir gesagt, daß er den neuen Ministerpräsidenten Bratianu* von der Erneuerung des Bündnisses mit den Dreibundmächten in Kenntnis gesetzt habe. Herr Bratianu hat im Prinzip keine Einwendung erhoben, aber die Bemerkung gemacht, daß er, wenn er an der Regierung gewesen wäre, sich dafür ausgesprochen haben würde, mit Deutschland nicht einen Akzessionsvertrag, sondern einen dem österreichischen gleichwertigen Vertrag abzuschließen. Seine Majestät gab Herrn Bratianu in dieser Hinsicht recht und erklärte mir, er habe damals an diesen Punkt nicht gedacht. Gleichzeitig betonte der König, daß man in Rumänien mit Deutschland überhaupt nicht über Wien sondern direkt Verbindung zu haben wünsche.

Seine Majestät hat weiterhin geäußert, Herr Bratianu habe auf die Schwierigkeit der Lage hingewiesen, die im Falle eines europäischen Krieges entstehen würde, wenn eine Verständigung zwischen der

* Die Konstituierung des liberalen Kabinetts Bratianu, in dem Porumbaru das Äußere bekleidete, war am 16. Januar 1914 erfolgt.

ungarischen Regierung und den Rumänen in Ungarn nicht erzielt und die jetzige antiösterreichische Stimmung in Rumänien anhalten würde. Der König betonte auch seinerseits die Schwierigkeit der dann entstehenden Lage, setzte aber hinzu, daß allerdings der Eintritt eines europäischen Krieges wohl noch für lange Zeit nicht zu befürchten sei. Seine Majestät wies sodann von neuem auf die Notwendigkeit des Zustandekommens der gedachten Verständigung hin und schilderte die Komplikationen, die im entgegengesetzten Falle zwischen der ungarischen Regierung und den ungarländischen Rumänen eintreten würden, sowie die schlimme Rückwirkung, die die betreffenden Vorgänge in Ungarn auf die Stimmung in Rumänien haben würden. Er sprach von dem Lärm, den schon die Frage der Behandlung der Italiener in Österreich aufwirbele, und bezeichnete die siebenbürgische Frage als ungleich wichtiger. Der König war nicht zufrieden mit den neuen Nachrichten aus Ungarn betreffend die Verhandlungen mit den Rumänen, insbesondere nicht mit der Sprache der Ungarn inbetreff des Nationalitätengesetzes; er meinte, die ungarische Regierung müsse, da es sich um eine rumänische Bevölkerung von dreieinhalb Millionen handele, sich dieser gegenüber larger zeigen.

Seine Majestät hat mir noch erklärt, daß der neue Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herr Porumbaru, weder von der Erneuerung des Bündnisses noch überhaupt von dem Bündnis etwas wisse. Der König hat ihm nur gesagt, daß Rumänien wie bisher auf der Seite des Dreibundes stehen würde, der Minister möge sich dahin aussprechen, daß Rumänien an seiner bisherigen traditionellen Politik festhalten würde.

Waldthausen

## Nr. 15813

### *Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 46 St. Petersburg, den 13. Februar 1914

Der vor einigen Tagen hier eingetroffene neue rumänische Gesandte, Herr Diamandy, versicherte mir, daß gegenwärtig die Beziehungen zwischen St. Petersburg und Bukarest sehr herzliche sind. Man scheint hier in der Tat seit einiger Zeit, wie ich schon von dem Vorgänger des Herrn Diamandy hörte, gegen Rumänien ganz besonders entgegenkommend und liebenswürdig zu sein.

Wie Euerer Exzellenz bekannt sein dürfte, war schon im vorigen Herbst ein Besuch des rumänischen Thronfolgers mit seinem ältesten

Sohne* bei der russischen Kaiserfamilie in der Krim in Aussicht genommen worden. Dieser Besuch wurde damals auf Wunsch Ihrer Majestät der Kaiserin Alexandra Feodorowna verschoben und kam dann während des Aufenthaltes des Hofes in Livadia nicht mehr zustande.

Der Besuch sollte dann anläßlich der Enthüllung des Denkmals des verstorbenen Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch stattfinden, unterblieb aber infolge des Ablebens Ihrer Königlichen Hoheit der Fürstin-Mutter von Hohenzollern**. Nunmehr ist der Besuch, wie Seine Majestät der Kaiser Nikolaus Herrn Diamandy selbst bei dessen Antrittsaudienz gesagt hat, bestimmt für den Monat März dieses Jahres in Aussicht genommen.

Die Vermutung, daß es sich dabei um ein Heiratsprojekt handelt, scheint mir begründet und wird hier auch nicht geleugnet. Anfangs stand Ihre Majestät die Kaiserin Alexandra Feodorowna dem Gedanken anscheinend etwas kühl gegenüber. Von einer Seite, die gut informiert zu sein glaubt, wurde mir erzählt, Herr Sasonow hätte selbst vor einiger Zeit die Frage der Vermählung einer der Töchter des Zaren mit dem Prinzen Karl von Rumänien Ihrer Majestät gegenüber angeregt. Ihre Majestät habe darauf zu verstehen gegeben, daß sie dem Gedanken politischer Heiraten für ihre Töchter nicht sehr sympathisch gegenüberstehe***. Herr Sasonow habe erwidert, es sei immerhin zu bedenken, „daß sich ein orthodoxer Hohenzoller nicht alle Tage finde“.

Neuerdings scheint die erlauchte Frau für das gedachte Heiratsprojekt günstiger gestimmt zu sein. Sie hätte, wie mir Herr Diamandy sagt, geäußert, zunächst müsse sich zeigen, ob die beiden jungen Herrschaften bei der bevorstehenden Begegnung Gefallen aneinander fänden.

Als ich vor einigen Monaten Herrn Sasonow auf die Eventualität der gedachten Heirat anredete, antwortete er, es scheine ihm nicht

---

* Prinz Karl von Rumänien war Ende Januar 1914 zur Dienstleistung beim 1. Garderegiment zu Fuß in Potsdam eingetreten.

** Sie war am 27. Dezember 1913 gestorben.

*** Auch Kaiser Nikolaus II. stellte sich dem serbischen Ministerpräsidenten Paschitsch gegenüber, der bei seinem Aufenthalt in Petersburg Anfang Februar 1914 eine Heirat des serbischen Thronfolgers mit einer Zarentochter in Vorschlag brachte, auf den Standpunkt, seinen Kindern die Entscheidung des Herzens zu überlassen und sie in der Wahl ihres künftigen Lebensgefährten nicht zu beeinflussen. Aber Nikolaus II. hörte es doch mit sichtlichem Wohlgefallen an, als Paschitsch ihm ausmalte, daß im Fall des Zustandekommens der Heirat seine, des Zaren, Tochter die Zarin des südslawischen serbokroatischen Volkes werden könne, was eine Zerschlagung Österreichs voraussetzte. Auf eine Zerschlagung Österreich-Ungarns zielte auch ab, was der Zar im Gespräch mit Paschitsch über die österreichisch-rumänische Frage äußerte: Rumänien habe in Österreich-Ungarn $3^1/_2$ Millionen, welche die Vereinigung mit Rumänien wünschten. Bericht Paschitschs vom 2. Februar 1914. Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, S. 114 ff.

wahrscheinlich, daß Seine Majestät der Kaiser Nikolaus sich so bald von seiner ältesten Tochter, die er überaus liebe, und die ihm unentbehrlich sei, da sie eigentlich „das Haus führe", würde trennen wollen. Neuerdings stellt der Minister die Möglichkeit, daß es bei dem bevorstehenden rumänischen Besuch zu einer Verlobung kommen könne, nicht in Abrede.

F. Pourtalès

## Nr. 15 814

### *Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky**

Eigenhändiges Konzept

Nr. 315 Berlin, den 5. März 1914
Streng vertraulich

Der Nachfolger Herrn Kalinderos**, Fürst Barbo Stirbey, welcher sich in Privatgeschäften (Petroleumunternehmen der Diskontogesellschaft) zwei Tage in Berlin aufhält, suchte mich heute auf.

Fürst Stirbey sagte, der Berührungspunkt Rumäniens mit dem Dreibund sei nach den Vorgängen des letzten Jahres nicht mehr wie früher Wien, sondern Berlin. Für Deutschland sei in Rumänien, dank unserer politischen Haltung, viel Sympathie, aber er könne mir nicht verhehlen, daß die Stimmung gegen die Donaumonarchie sehr schlecht sei. Dieselbe werde zurzeit beherrscht von der Frage der ungarischen Rumänen. Den Bemühungen des Grafen Tisza zollte Fürst Stirbey zwar volle Anerkennung und fügte hinzu, seitens der Bukarester Regierung sei auch auf die Führer der ungarischen Rumänen nach Kräften eingewirkt worden. Das Scheitern der Verhandlungen aber sei höchst beklagenswert. Wenn man auch nicht an dem guten Willen der österreichischen wie ungarischen Regierung zweifeln wolle, so sei ein greifbares Resultat doch absolut erforderlich, um die Volksstimmung für die Donaumonarchie wieder günstiger zu gestalten. Die Regierung sehe sich sonst den Dingen gegenüber machtlos, um so mehr, als die Situation von Rußland und Frankreich sehr geschickt ausgenutzt werde und die öffentliche Meinung sich immer mehr Rußland zuwende. Beßarabien sei so gut wie vergessen, wenn die russischen Freundlichkeiten, die bei jeder nur möglichen Gelegenheit einsetzten, auch vielleicht mehr in „apparences" als in Tatsachen beständen, so verfehlten sie doch ihre Wirkung auf die Vorstellung des Volkes nicht, welches außerdem von

---

* Der gleiche Erlaß ging unter Nr. 97 nach Bukarest.
** Administrator der rumänischen Krondomänen.

russischen Agenten stark bearbeitet würde. Fürst Stirbey glaubt auch, das Debrecziner Bombenattentat* auf russische Machinationen zurückführen zu können. Schließlich habe man in Rumänien auch immer noch das Gefühl, daß man in Wien die Freundschaft Bulgariens suche, selbst wenn dies auf Kosten Rumäniens gehen sollte.

Ich habe dem Fürsten Stirbey erwidert, daß in den leitenden Kreisen Österreich-Ungarns jedenfalls der beste Wille vorhanden sei, das alte Verhältnis zu Rumänien wiederherzustellen, und daß man hoffen müsse, daß die Wünsche der ungarischen Rumänen doch noch eine befriedigende Lösung finden würden. Die auf dem Gebiete der ungarischen inneren Politik liegenden Schwierigkeiten dürfe man aber auch in Rumänien nicht verkennen, und die Bukarester Regierung müsse auch ihrerseits alles tun, um die Beziehungen zu dem Nachbarreich zu pflegen und zu bessern.

Jagow

## Nr. 15 815

### *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Entzifferung

Nr. 94 Wien, den 24. März 1914

Seine Majestät der Kaiser und König lassen Euere Exzellenz ersuchen, Herrn Beldiman mitzuteilen und durch Gesandten von Waldthausen direkt an König Karol sagen zu lassen, daß allerhöchstderselbe aus Gespräch mit Graf Tisza** einen durchaus günstigen Eindruck über weitere Verständigung mit den ungarischen Rumänen empfangen habe. Seine Majestät stellen anheim, soweit es angezeigt erscheinen sollte, die von allerhöchstdemselben mir mitgeteilten Äußerungen des Grafen Tisza (Bericht vom 23. März, Nr. 92***) dabei zu verwerten.

von Tschirschky

---

* Am 3. Februar 1914 war in Debreczin ein Bombenattentat gegen den Bischof Miklossy verübt worden, der in dem Nationalitätenstreit zwischen Magyaren und Rumänen sich für die Forderungen der ersteren bezüglich der Sprache der Liturgie eingesetzt hatte. Vgl. dazu Ottokar Czernin, Im Weltkriege, S. 117ff.
** Näheres über das Gespräch, das Kaiser Wilhelm II. bei seinem Besuch in Wien am 23. März mit Graf Tisza speziell über die rumänische Frage führte, findet sich in Kap. CCXCV, Nr. 15 715 und 15 716.
*** Siehe Kap. CCXCV, Nr. 15 715.

## Nr. 15816

### *Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 75 Bukarest, den 23. März 1914
[pr. 26. März]

Seine Majestät der König von Rumänien hat sich in einer mir bewilligten Audienz zu mir dahin geäußert, er wolle demnächst einen höheren Offizier nach Konstantinopel schicken, der sich darüber orientieren solle, was man dort tue und denke, insbesondere darüber, was Enver Pascha meine *. Auch über die Stellung der deutschen Militärmission solle er sich informieren. Nicht bloß der Großwesir und Talaat Bey, auch Enver Pascha habe sich an Rumänien gewandt, damit es in der Inselfrage ** vermittele. Enver Pascha habe sich friedlich ausgesprochen, jedoch die Inselfrage als eine Frage der Zukunft bezeichnet. Die Pforte werde sich vorläufig ruhig verhalten, in diesem Jahre würde es wohl nicht zum Kriege kommen. Es frage sich aber, was die Türken tun würden, wenn sie den Dreadnought bekämen, den sie schon zur Hälfte bezahlt hätten ***. Vielleicht würden die Engländer ihn in Gibraltar nicht durchlassen und Garantien verlangen [1]. Geld erhielten die Türken nicht bloß von französischer, sondern auch von deutscher Seite, nämlich von der Deutschen Bank. Von französischer Seite geschähe es gegen den Willen der französischen Regierung. Der französische Botschafter sei wegen der letzten französischen Zahlung nach Paris berufen und dort von seiner Regierung zurechtgewiesen worden. Die türkischen Dreadnought-Ankäufe hätten die griechische Regierung gezwungen, nun auch Dreadnoughts zu bestellen [2].

Auf die Verhandlungen des Grafen Tisza mit den ungarländischen Rumänen übergehend, erklärte der König, daß letztere auf den ihnen von hier aus erteilten Rat hin die Verhandlungen nicht abgebrochen hätten [3]. Es sei ihnen zu verstehen gegeben worden, daß dies nicht geschehen dürfe, sondern daß beide Parteien in Frieden auseinandergehen müßten. Seine Majestät bedauerte, daß Graf Tisza nicht mehr

---

* Vgl. Nr. 15817, 15826.

** Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXXIII.

*** Nachdem im Dezember 1913 das türkische Marineministerium für den im Februar 1914 fertigzustellenden Dreadnought „Reschadie" die drittletzte Rate mit 125000 Pfund an die Firma Armstrong bezahlt hatte, erfolgte Anfang Januar 1914 die Bekanntgabe des Ankaufs des von der Armstrongwerft für Rechnung Brasiliens erbauten Dreadnoughts „Rio de Janeiro", sehr zum Verdruß Sasonows, der in einem Telegramm an Iswolsky vom 2. Januar es für höchst erwünscht erklärte, in Zukunft die weitere Erwerbung von Kriegsschiffen durch die Türkei zu verhindern. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 14.

Zugeständnisse gemacht habe[4]. Höchstderselbe wies auf die Gefahren hin, die für Ungarn entstehen würden, falls sich die dort lebenden nichtmagyarischen Nationalitäten, selbst wenn man die Deutschen außer Betracht lasse, gegen die Magyaren zusammentun würden. Auch die von russischer Seite bestehende Gefahr wollten die Ungarn nicht einsehen[5]. Der König berührte dann die von den Russen geschürte antiösterreichische Stimmung in Rumänien, sowie den „Zug über die Karpathen", von dem hier gewisse Kreise sprechen. Dabei erwähnte er, daß ein beßarabischer Rumäne Hunderttausende für die rumänische Sache zur Verfügung gestellt habe. Seine Majestät sprach auch von dem siebenbürgisch-rumänischen Drama „Der Herr Notar", das gegenwärtig im hiesigen Nationaltheater aufgeführt wird, und von der bevorstehenden großen öffentlichen Versammlung der rumänischen Kulturliga, auf der das ungarische Wahlgesetz und die Frage der magyarisch-rumänischen Verständigung, sowie die österreichische Politik in der Bukowina gegenüber den Rumänen und den Ruthenen besprochen werden sollen. Die Folge eines sehr vorsichtigen, gegen die Aufführung des Theaterstückes gerichteten Versuchs, den er gemacht habe, sei gewesen, daß man hier wegen des Stückes nur noch mehr in Aufregung geraten wäre. Würde man, einem von dem österreichischen Gesandten geäußerten Wunsche entsprechend, auf Abhaltung der Versammlung der Kulturliga bei verschlossenen Türen dringen, so würde dieselbe auf der Straße abgehalten werden. Durch ein Einschreiten in solchen Fällen könnten die Dinge nur schlimmer werden. Es sei viel besser, ihnen ihren Lauf zu lassen. Die lateinische Rasse gerate leicht in Aufregung, es gehe aber auch bald wieder vorüber. Der König meinte, daß man sich hier in etwa einem Jahre beruhigen würde. Vielleicht würde dann die Aufmerksamkeit durch andere innere Fragen in Anspruch genommen sein. Seine Majestät beklagte sich noch über eine österreichische Militärzeitung, in der stände, daß man den Rumänen nicht nachlaufen dürfe, und daß die platonische Freundschaft des Königs von Rumänien nichts nütze, sowie über ähnliche Äußerungen eines ungarischen Blattes. Der König sprach ferner von Serbien und den Slawen in Österreich, die er auf 14 Millionen schätzte, und sagte, daß Österreich Serbien sowie diese Slawen für sich gewinnen müsse. Er redete dann von den geheimen Wühlereien, die jetzt in Montenegro betrieben würden. Man arbeite auf eine Vereinigung mit Serbien hin* und wolle dazu die unerfreulichen Verhältnisse in der montenegrinischen Königsfamilie benutzen. Käme die Vereinigung zustande, so würde Serbien an das Adriatische Meer gelangen. Es frage sich, was dann Österreich tun würde. Seine Majestät meinte, daß es aber wohl nicht mehr zu Lebzeiten des Königs von Montenegro so weit kommen würde.

---

* Vgl. dazu Bd. XXXVIII, Kap. CCXCI.

Der König war sehr ungehalten über die Art und Weise, wie die Presse über eine Verlobung des Prinzen Karl* mit einer Tochter des Zaren und überhaupt über Verlobungen spreche, und äußerte, es sei hier leider eine Strömung vorhanden, die für eine derartige eheliche Verbindung des Prinzen sei. Als ich erwähnte, daß anscheinend von russischer Seite sehr viel in dieser Richtung intrigiert würde, sagte Seine Majestät, er habe dem russischen Gesandten** durch Herrn Bratianu bedeuten lassen, daß Familienangelegenheiten und Politik zwei verschiedene Sachen seien[6].

Der König bedauerte, daß Prinz Karl, wie er in der Zeitung gelesen habe, jemand mit seinem Automobil überfahren habe. Das sei sehr unangenehm. Er habe den Prinzen seinerzeit noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß er in Straßen mit starkem Verkehr vorsichtig fahren müsse.

Über das von dem Fürsten von Albanien gewählte Ministerium, insbesondere über die Wahl Turkhan Paschas, sprach sich Seine Majestät befriedigt aus. Der König bemerkte dabei, daß Turkhan Pascha, der türkischer Botschafter zur Disposition gewesen sei, der Pforte gar keine Mitteilung von seiner Ernennung gemacht habe, und daß der Großwesir dies sehr übelgenommen habe.

Über die neuesten hiesigen Bestrebungen der Franzosen äußerte sich Seine Majestät in dem Sinne, daß diese einzuholen suchten, was sie hier früher versäumt hätten; sie suchten das früher verlorene Terrain wiederzugewinnen. Dabei erwähnte der Monarch, daß man in Rußland jetzt schlecht auf die Franzosen zu sprechen sei. Man fände, sie seien zu aufdringlich und mischten sich zu sehr in russische Angelegenheiten, so in der Frage der zu bauenden russischen Eisenbahnlinien[7].

W a l d t h a u s e n

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] ?

[2] Beides französ[isches] Geld geht nach England!

[3] richtig

[4] er hat mehr gemacht als Rumänien erwarten konnte, und erwartet hat

[5] Tisza kennt sie ganz genau!

[6] gut

[7] aha!

---

* Vgl. Nr. 15 813.

** Poklewsky-Koziell, der neue russische Gesandte, nahm gleich nach seiner Ankunft in Bukarest die russische Propaganda in großem Stile auf. Vgl. seinen Geheimbrief an Sasonow vom 24. Januar 1914 (Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, ed. B. von Siebert, S. 615 ff.), in dem er bereits konstatiert, daß in der öffentlichen Meinung Rumäniens ein bedeutender, vielleicht ein entscheidender Umschwung zu Rußlands Gunsten eingetreten sei. Den Umschwung führt Poklewsky hauptsächlich auf die militärischen Ereignisse des Jahres 1913 zurück, die den Rumänen das Gefühl des

## Nr. 15 817

### *Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 81 Bukarest, den 30. März 1914

Dem allerhöchsten Befehle entsprechend* habe ich nicht unterlassen, Seiner Majestät dem Könige von Rumänien in einer mir heute abend bewilligten Audienz zu sagen, Seine Majestät der Kaiser habe aus dem Gespräch mit dem Grafen Tisza in Wien einen durchaus günstigen Eindruck über eine weitere Verständigung mit den ungarischen Rumänen empfangen. Gleichzeitig habe ich die Meldung des Kaiserlichen Gesandten von Treutler über das Gespräch vertraulich verwertet.

Seine Majestät der König dankte für die Mitteilung und sagte, daß eine Verständigung sehr wünschenswert sei. Er hob dabei das Gebiet der Kirche und der Schule hervor. Seine Majestät schilderte sodann die Erregung, die hier gegen Österreich besteht, und die durch Maßnahmen, wie die der Nichtzulassung rumänischer Zeitungen in Ungarn, sogar der „Indépendance Roumaine" (des Regierungsorgans), sowie durch gewisse lokale magyarische Ausschreitungen gesteigert werde, und äußerte, daß kein Funke mehr hinzukommen dürfe. General Perticari** habe Seiner Majestät dem Kaiser in einer langen Unterredung die antiösterreichische Stimmung gekennzeichnet, worauf allerhöchstderselbe gesagt habe, er habe nicht geglaubt, daß es so schlimm wäre. Der König fügte hinzu, man befinde sich hier gegenwärtig in einem vollständigen Paroxysmus[1]. Dies sei besser als eine gleichmäßige Stimmung; denn eine derartige Erregung werde mit der Zeit auch wieder vorübergehen. Seine Majestät erwähnte dann, daß Graf Czernin Herrn Bratianu mehrfach zu bestimmen versucht habe, gegen die Bewegung Maßnahmen zu ergreifen, daß aber jedes Einschreiten gegen dieselbe die Sache nur noch schlimmer machen könne. Jeder Druck erzeuge Gegendruck. Der König betonte wiederholt die Nutzlosigkeit eines solchen Vorgehens und nahm von neuem Bezug auf seinen erfolglosen Versuch, die Aufführung des nationalistischen Dramas „Der Herr

---

Vertrauens in ihre eigene Kraft gegeben und gleichzeitig die irredentistischen Bestrebungen gestärkt hätten. „Diese letzteren", so bemerkt Poklewsky ausdrücklich, „richten sich natürlich nicht so sehr gegen Rußland als auf Transsylvanien mit seinen drei Millionen Rumänen. Dieser letztere Umstand erhöht natürlich auch die Sympathien Rumäniens zu Rußland."

* Durch Telegramm Nr. 12 vom 27. März war der Gesandte von Waldthausen im Sinn der kaiserlichen Direktive vom 24. März (vgl. Nr. 15 815) instruiert worden.

** Militärischer Gouverneur des beim 1. Garderegiment diensttuenden Prinzen Karl von Rumänien.

Notar“, welches immer noch im hiesigen Nationaltheater gegeben wird, zu verhindern, sowie auf die Erregtheit, die derselbe hervorgerufen habe. Seine Majestät erwähnte sodann die antiösterreichischen Reden und die Rufe „Nieder mit Österreich“ in der gestrigen großen öffentlichen Versammlung der Kulturliga, bei der die Lage nicht nur der Rumänen in Ungarn, sondern auch der in der Bukowina erörtert worden wäre. Nicht richtig sei die Meldung der Zeitungen, daß jene Rufe auch vor dem königlichen Palais beim Vorbeizug der Manifestanten nach der Versammlung erfolgt wären, doch hätten die Demonstranten vor dem Palais das Kriegslied „Zu den Waffen“ gesungen, das im vorigen Jahre immer gesungen worden wäre. Von den Vorwürfen, die die Redner in der Versammlung Österreich gemacht haben, erwähnte der König die, daß Österreich gegen die Vereinigung der Donaufürstentümer und gegen die Übernahme der Regierung des Landes durch ihn, den König, gewesen sei, daß es den Bulgaren während der Balkankrise Waffen geliefert, und daß es die Revision des Bukarester Vertrages gewünscht habe. Die auf die Waffenlieferung bezügliche Behauptung habe er seinerzeit den hiesigen Politikern gegenüber immer abgeleugnet, doch seien tatsächlich Waffen aus Österreich, wenn auch nicht direkt aus den Arsenalen, nach Bulgarien gelangt[2]. Der König äußerte ferner, er verstehe nicht, weshalb Österreich hier immer noch für die Herstellung guter Beziehungen mit Bulgarien spräche. Die Nachrichten aus Bulgarien wären sehr schlecht. Man habe jetzt dort eine Kulturliga gegründet mit einer ausdrücklich nach der Dobrudscha sich richtenden Tendenz und mit hervorragenden Persönlichkeiten an der Spitze. Die offiziellen Beziehungen seien sehr gut, aber im übrigen zeugten die Nachrichten aus Bulgarien von dem großen Haß der Bulgaren gegen die Rumänen. Seine Majestät betonte weiterhin von neuem, daß Österreich die Freundschaft Serbiens und der auf seinem Gebiete lebenden Slawen zu gewinnen suchen müsse[3]. Die serbische Regierung sei dazu bereit. Der König sprach auch wiederum von der Gefahr, die für Ungarn entstehen könnte, wenn sich die dortigen nichtmagyarischen Nationalitäten, auch abgesehen von den Deutschen, gegen die Magyaren zusammenschlössen. Ungarn sei ebensowenig ein Einheitsstaat wie Österreich. Seine Majestät hob ferner die großen Schwierigkeiten hervor, die die Rücksichtnahme auf die vielen Nationalitäten der österreichischen Politik bereite, und äußerte, daß, wenn einmal Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph die Augen schließen würde, der Thronfolger eine sehr schwere Aufgabe haben würde.

Das Attentat in Debreczin * führte der König auf russische Umtriebe zurück. Die beiden der Tat verdächtigen Personen seien Russen. Es sei nicht richtig, daß einer von ihnen rumänischen Ursprungs sei. Als eine Tatsache, die ganz geheim gehalten würde, teilte mir Seine

---

* Vgl. Nr. 15 814, S. 477, Fußnote *.

Majestät mit, daß man einen der beiden hier seinerzeit verhaftet habe, aber aus Mangel an Beweisen wieder habe freilassen müssen. Es sei vielleicht so besser; denn wenn sich etwa herausgestellt hätte, daß die Betreffenden Rumänen korrumpiert hätten, so würde wieder große Erregung entstanden sein.

Bezüglich der gegenwärtigen hiesigen französischen Liebeswerbungen* äußerte Seine Majestät, die Franzosen wollten hier den Russen helfen und ihnen einen Dienst erweisen. Dabei sprach der König von neuem von der Zudringlichkeit der Franzosen in Rußland,

---

* Die französischen Liebeswerbungen setzten ein mit schwülstigen Lobeserhebungen, die Präsident Poincaré in einer Unterredung mit dem Vertreter des „Universul" Anfang Februar 1914 der rumänischen Politik zollte. Nach dem „Bukarester Tagblatt" vom 8. Februar hieß es darin: „Frankreich hat nur Bewunderung und Worte des Lobes für die Weisheit, mit der die Politik Rumäniens auf dem Balkan geleitet wurde. Rumänien spielte und spielt noch immer die Rolle maßgebenden Faktors, und es hat während der ganzen Zeit mit der vollen Autorität eines zivilisierten Staates diese Rolle erfüllt." Kurz darauf beschloß die Pariser Société des Conférences „Le Foyer", ihre Tätigkeit auf Rumänien auszudehnen und in Bukarest im März und April eine Reihe von Vorträgen durch hervorragende Mitglieder der Gesellschaft, u. a. den Redakteur des „Temps" A. Tardieu, den Chefredakteur des „Matin" Stéphane Lauzanne und das Membre de l'Institut de France Georges Lacour-Gayet halten zu lassen. In einem Berichte des Gesandten von Waldthausen vom 12. März 1914 (Nr. 68) heißt es darüber: „Nach der freundlichen Haltung, die Frankreich Rumänien gegenüber in der letzten Zeit der Balkankrise, insbesondere in der Frage der Revision des Bukarester Vertrags eingenommen hat, und angesichts der auf den Dreibund zurückwirkenden antiösterreichischen Stimmung, die hier gegenwärtig teils wegen der vorigjährigen österreichischen Balkanpolitik, teils wegen der Behandlung der in Ungarn lebenden Rumänen herrscht, hat die genannte französische Propagandagesellschaft offenbar den jetzigen Zeitpunkt für günstig gehalten, um durch ihre Vorträge die Sympathien der Rumänen für Frankreich zu stärken, den französischen Einfluß in Rumänien zu fördern und die Beziehungen zwischen den beiden Ländern enger zu gestalten." Von den Rednern benutzte namentlich Tardieu die Gelegenheit zu einer Propaganda für die Tripelentente und gegen den Dreibund. Der Waldthausensche Bericht führt darüber aus: „Ein Mitglied der Kaiserlichen Gesandtschaft, welches dem Vortrage beigewohnt hat, berichtet, daß Herr Tardieu im Laufe desselben folgende, von der hiesigen Presse nicht wiedergegebene Äußerungen getan habe. Er habe besonders hervorgehoben, daß die rumänischen Reservisten bei der Mobilmachung unter dem Rufe ‚Vive la France' sich zu ihren Truppenteilen begeben hätten. Ferner habe er bei der Vergleichung der politischen Rollen Frankreichs und Rumäniens deutlich zu verstehen gegeben, daß wie Frankreich den Unruhestifter in Europa, Deutschland, so Rumänien den Unruhestifter im Balkan, Österreich, unschädlich gemacht hätte, und daß sich in dieser Richtung ein gemeinsames Feld fruchtbringender politischer Zusammenarbeit Frankreichs und Rumäniens böte. Einen weiteren Berührungspunkt zwischen Frankreich und Rumänien — und deshalb ein weiteres reales Interesse an gemeinsamer politischer Arbeit — habe Herr Tardieu darin finden wollen, daß Frankreich und Rumänien von ihren unentbehrlichen organischen Bestandteilen (Elsaß-Lothringen, beziehungsweise die rumänischen Teile Österreich-Ungarns) getrennt seien — ‚etwas, was beide Länder nie vergessen und nie verschmerzen könnten' —."

die sich dort infolge der Anleihen in die inneren Angelegenheiten der Russen mischten.

Aus der Umgebung des Königs verlautet, daß seinerzeit die Regierung darüber beraten habe, was angesichts der französischen Bestrebungen zu machen sei; es sei beschlossen worden, die Franzosen ruhig gewähren zu lassen. Es sei eine franzosenfreundliche Stimmung im Lande, die aber wieder vorübergehen würde, und die nur noch schlimmer werden könnte, wenn man dagegen etwas tun würde [4]. Diese Auffassung stimmt ganz mit den Ansichten des Königs bezüglich der Behandlung der antiösterreichischen Bewegung überein.

Die Conférenciers des „Foyer", die bis jetzt hier Vorträge gehalten haben, die Herren Lacour-Gayet, Tardieu und der Chefredakteur des „Matin", Herr Lauzanne, sind alle von Seiner Majestät empfangen worden. Herrn Tardieu hat der König, wie gleichfalls aus der Umgebung des Monarchen verlautet, gesagt, die Franzosen könnten ihrem Schöpfer danken, daß ein so friedlicher Monarch, wie Seine Majestät der Kaiser, augenblicklich auf dem deutschen Thron säße, der trotz ihrer vielen Provokationen [5] seine starke Armee nicht gegen sie benutze. Auch mir gegenüber hat Seine Majestät sich in ähnlichem Sinne über seine Äußerungen zu Herrn Tardieu bezüglich der hohen Verdienste Seiner Majestät des Kaisers um den Frieden ausgesprochen. Der König hat dabei bemerkt, daß Prinz Ferdinand Seiner Majestät dem Kaiser die Unterredung mit Herrn Tardieu erzählt und letzterer im Gespräch mit Herrn Bratianu über dieselbe die deutsche Gesinnung des Königs hervorgehoben habe.

Seine Majestät sprach sich noch über die französischen Bestrebungen dahin aus, daß ihm dieselben keine großen Sorgen bereiteten. Weit mehr besorgt sei er wegen der hiesigen russischen Treibereien. Er erwähnte dabei, daß der Chef der hiesigen russischen geheimen Polizei kürzlich in einer unangenehmen Lage überrascht worden sei [6]. Derselbe habe infolgedessen alsbald Rumänien verlassen. Er hätte sonst verhaftet werden müssen. Die Herüberkunft der französischen Redner sei von hier aus veranlaßt durch Leute, wie der Prinz Brancovan und Herr Filipescu — der im vorigen Jahre in der kritischen Zeit aus der konservativen Regierung austrat und dann gegen sie mit allen Kräften agitierte —, nicht aber, wie manche glauben, durch Herrn Vintila Bratianu, den Bruder des Konseilpräsidenten. Außerdem habe der französische Gesandte * sehr dafür gewirkt. Auf das Patronat des rumänischen Unterrichtsministers ** über die Vorträge, auf das ich hinwies, ging der König nicht ein. Einen Zusammenhang zwischen den französischen Bestrebungen und der antiösterreichischen Bewegung räumte Seine Majestät unter dem Hinweis darauf nicht ein, daß

* C. Blondel.

** Duca.

zwischen den Ungarn und den Franzosen Sympathien beständen. Französische Vorträge seien auch in früheren Zeiten hier gehalten, jetzt aber sei eine eigentliche Organisation der Sache hergestellt worden. Sympathien für Frankreich seien hier wegen der Sprache und Kultur von jeher vorhanden gewesen. Auf die breiten Massen des Volkes wirkten die Vorträge nicht, wohl aber zum Beispiel auf die Professorenkreise. Die Politiker sagten den Franzosen, daß Frankreich Rumänien nichts nützen könne.

Seine Majestät kritisierte den neuen russischen Gesandten, Herrn Poklewsky, der zu Herrn Bratianu geäußert habe, daß der Prinz Karl sich nur keine Hoffnung auf die älteste Tochter des Zaren machen solle, da diese in Rußland bleiben würde. So könne ein Gesandter nicht reden.

Herr Poklewsky hat sich hier auch dahin ausgesprochen, daß der Besitz der Dardanellen für Rußland eine Lebensfrage sei*. Die interessierten Großmächte müßten sich über die Aufteilung der Türkei verständigen. Solange dies nicht geschehen sei, müßte die Türkei noch gehalten werden. Rußland wolle durchaus keinen Krieg, der Kaiser sei sehr friedfertig. Wenn aber Krieg käme, so würde Rußland am wenigsten darunter leiden, am meisten würden die wirtschaftlich mehr entwickelten Großmächte betroffen werden [7].

Eine Persönlichkeit aus der Umgebung des Königs hat geäußert, auf den Werften im Schwarzen Meere herrsche eine außerordentliche Bautätigkeit. Der Direktor einer hiesigen großen Versicherungsgesellschaft habe erzählt, daß die Schiffe, die auf diesen Werften erbaut würden, augenblicklich für 600 Millionen Rubel versichert wären. Daraus müsse man mit Sicherheit schließen, daß Rußland sich darauf vorbereite, Konstantinopel zu nehmen.

Hinsichtlich der Inselfrage** hat Seine Majestät der König zu mir gesagt, daß Rumänien in Konstantinopel und in Athen Schritte

---

* Vgl. dazu den Immediatbericht Sasonows vom 8. Dezember 1913 (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 374 ff.), in dem die Poklewskysche Auffassung in der negativen Form wiederkehrt, daß es ein Lebensinteresse Rußlands sei, zu verhindern, daß ein anderer Staat die Durchfahrt durch die Meerengen in seine Gewalt bekomme. Der Bericht Sasonows ist vor allem bemerkenswert dadurch, daß in ihm zugestanden wird, die Meerengenfrage könne schwerlich anders als auf dem Wege über europäische Verwicklungen einen Schritt vorwärts kommen; deshalb gelte es für die russische Diplomatie, günstige Vorbedingungen für solche Verwicklungen und insbesondere eine möglichst innige Annäherung an Rumänien herbeizuführen, und es gelte weiter, schon jetzt materiell und militärisch die Maßregeln zu treffen, um die Meerengen gegebenenfalls mit Gewalt in Besitz nehmen zu können. Siehe auch das Protokoll über die im Verfolg des Sasonowschen Immediatberichts abgehaltene Sonderkonferenz vom 21. Februar 1914 bei M. Pokrowski, Drei Konferenzen, S. 46 ff. und daraus abgedruckt bei Fr. Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, S. 247 ff.

** Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXXIII.

getan habe, um die Türken und Griechen einander näher zu bringen. Herr Veniselos habe sich jetzt für die Einsetzung eines türkischen Kommissars ausgesprochen, der gewisse Kontrollbefugnisse bezüglich der Douanen haben solle. Er, der König, fände aber seinen eigenen Vorschlag einer Autonomie der Inseln unter der Suzeränität der Türkei und einem christlichen Gouverneur, der nur ein Grieche sein könne, besser. Die Suzeränität der Türkei würde nur nominell sein und mit der Zeit doch fortfallen. Sie würde angenehmer sein, als wenn man ständig einen türkischen Kommissar auf den Inseln hätte.

Entsprechend der seinerzeit zu mir geäußerten Absicht hat Seine Majestät inzwischen den General Coanda nach Konstantinopel geschickt *, der sich dort sofort mit dem General von Liman in Verbindung setzen sollte. Der König bedauerte sehr, daß letzterer den Zeitungen zufolge gerade zur Zeit der Ankunft des Generals Coanda nach Smyrna gereist sei. Er meinte, daß die deutsche Militärmission eine schwierige Stellung habe[8].

Seine Majestät erwähnte schließlich, daß aus Albanien schlechte Nachrichten bezüglich der epirotischen Bewegung vorlägen. Es sei dort zum Kampfe gekommen. Turkhan Pascha habe erklärt, daß er zurücktreten würde, wenn die epirotische Frage nicht geregelt würde.

---

* Die Mission des Generals Coanda nach Konstantinopel und Athen galt vor allem informatorischen Zwecken; der General sollte sich einmal über die Stellung der deutschen Militärmission in Konstantinopel, sodann über die Dispositionen der Pforte und der griechischen Regierung in der Inselfrage und bezüglich der von ihnen zu verfolgenden Bündnispolitik vergewissern. Über die dem General für seine Mission erteilten Aufträge heißt es in einem Bericht von Waldthausens vom 22. April (Nr. 100): „Aus meiner früheren Berichterstattung geht hervor, daß Seine Majestät der König von Rumänien sich zu mir Ende Februar dahin geäußert hat, er wolle demnächst einen höheren Offizier nach Konstantinopel schicken, der sich darüber orientieren solle, was man dort tue und denke, insbesondere darüber, was Enver Pascha meine. Auch über die Stellung der deutschen Militärmission solle er sich orientieren. Der König bemerkte dabei, daß der Großwesir, Talaat Bey und Enver Pascha sich an Rumänien gewandt hätten, damit es in der Inselfrage vermittele. Bei einer späteren Unterredung Ende März sagte mir Seine Majestät, er habe den General Coanda nach Konstantinopel geschickt. Derselbe würde sich dort mit dem General von Liman in Verbindung setzen. Dabei erwähnte der König, daß die Stellung der deutschen Militärmission eine schwierige sei. Dem Major von Bronsart hat, wie von diesem am 5. April gemeldet wurde, der Generalsekretär im Kriegsministerium General Iliescu mitgeteilt, Seine Majestät der König sei von Griechenland und der Türkei um seine Vermittelung in der Inselfrage gebeten worden. Höchstderselbe habe den General Coanda beauftragt, in Konstantinopel und Athen festzustellen, in welcher Weise ein Arrangement erzielt werden könnte. Nach den Meldungen des Generals bestände auf beiden Seiten der ernste Wille, sich friedlich zu einigen. Auf der Rückreise von Ägypten, wohin sich der General zum Besuche seiner dort seit kurzem mit dem französischen Grafen de l'Estrade verheirateten Tochter begebe, werde derselbe die begonnenen Unterhandlungen in Athen und Konstantinopel fortsetzen." Vgl. auch Nr. 15 826, Fußnote und Bd. XXXVI, Kap. CCLXXXIII.

Herrn Veniselos' Stellung sei erschüttert. Der König meinte, daß Seine Majestät der Kaiser in Griechenland beruhigend würde wirken können [9].

Waldthausen

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Von Russland-Frankreich künstlich geschürt
[2] mir unbekannt
[3] wie oft habe ich in den letzten Jahren das in Wien gepredigt aber umsonst!!
[4] alles nur gehen lassen ist bedenklich!
[5] sehr richtig
[6] wie immer bei Russen im Ausland
[7] ?
[8] ja
[9] habe ich auch! Das ist ja meine einzige Beschäftigung wo ich auch hinkomme!

## Nr. 15 818

## *Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 84 Bukarest, den 8. April 1914

Die rumänische Kulturliga hatte in einem Aufruf alle guten [1] Rumänen aufgefordert, in möglichst großer Anzahl an der öffentlichen Versammlung teilzunehmen, auf der die Lage der Rumänen in Siebenbürgen und in der Bukowina erörtert werden sollte. Der Welt solle bewiesen werden, so hieß es in dem Aufruf, daß die Rumänen entschlossen seien, einen mächtigen Wall zur Verteidigung der teuersten Interessen des Rumänentums jenseits der Berge zu bilden. Der Saal, in dem die Versammlung stattfand, war überfüllt. Unter den Teilnehmern sollen sich viele Professoren, Advokaten, Geistliche, Studenten und Beamte befunden haben. Die Redner waren der Generalsekretär der Liga, Herr Bogdan-Duica, der Universitätsprofessor Antonescu, General a. D. Stoica, Professor Scurtea, der Vertreter der Studentenschaft Banu, Oberst a. D. Boerescu, und der Präsident der Liga Arion. Der Vorsitzende verlas ein begeistertes Telegramm der rumänischen Studentenschaft in Siebenbürgen und folgendes Telegramm des nationalistischen Professors Jorga: „Jeder Rumäne ist mit der Liga, wenn sie auf ihrem natürlichen Gebiete gegen die Beleidigung protestiert, die uns die magyarische Philanthropie antut, indem sie sich an die Stelle des rumänischen Rechts in Ungarn setzt." Herr Bogdan-Duica schilderte in sehr düsteren Farben die Lage der Rumänen in der Bukowina und forderte Gerechtigkeit für dieselben. Sie würden durch die österreichischen Beamten geradezu ausgeplün-

dert. Viele sähen sich gezwungen, nach Canada auszuwandern. Professor Antonescu protestierte im Namen der Kultur und der Humanität gegen die Verfolgungen, denen die Rumänen in Ungarn fortdauernd ausgesetzt seien. Man unterdrücke bei ihnen das Wertvollste, das eine Nationalität besitze, das Recht auf Bildung. Die vier Millionen Rumänen, die in Siebenbürgen und in Ungarn wohnten, hätten nur vier Gymnasien. Seit 30 Jahren litten die Rumänen unter den größten Erniedrigungen, um die Alliierten eines Volkes zu bleiben, das sie nur erniedrige. Man habe stillgeschwiegen und nicht gegen die unerhörten Verfolgungen Verwahrung eingelegt, deren Opfer die Brüder jenseits der Berge wären. Man sei feige gewesen, sei aber gezwungen gewesen, es zu sein. Nun habe jedoch die Stunde des Erwachens geschlagen. Sie habe die Feststellung gestattet, daß die große Nachbarmonarchie Rumänien in schwierigen Stunden im Stiche gelassen habe. Folgende Frage entstehe unzweideutig. Warum sollten die Rumänen fortfahren, die Alliierten derjenigen zu sein, die nicht ihre Alliierten sein wollten? Die Ungarn seien in Wirklichkeit den Rumänen gegenüber weniger schuldig als die Österreicher. Österreich sei der große Schuldige, weil es in Ungarn dulde, was es nicht bei sich dulde. Heute sei eine öffentliche Meinung hier im Lande vorhanden. Ihre Pflicht sei es, die Regierung zu zwingen, ihrem Willen Rechnung zu tragen. Die weiteren Redner sprachen im gleichen Sinne. Der Vertreter der Studentenschaft erklärte, daß der Tag der Abrechnung nicht fern wäre. Die Seelen seien vorbereitet, und die Rumänen hätten in Bulgarien bewiesen, daß der bewaffnete Arm bereit wäre. Möge Gott geben, daß sie mit denen, die die Donau überschritten hätten, auch die Karpathen überschreiten würden [1]. Der Vertreter der Studentenschaft verlas sodann eine Erklärung der letzteren, in der es unter anderem heißt, die Schmerzen der Brüder jenseits der Berge seien die der Studentenschaft; die ihnen von den sie fesselnden Ketten aufgezwungene Geduld steigere noch das Gefühl der Solidarität und lasse den Samen der Rache aufsprießen; die ganze rumänische Studentenschaft verspreche, das Wort der Befreiung der Brüder in alle Teile des freien Rumäniens zu tragen, die Seelen zu stärken und den Arm für die großen Ereignisse vorzubereiten, welche die Mauern der Unterdrückung zertrümmern würden. Der Präsident der Liga erklärte, daß infolge der Verfolgungen der Rumänen in Ungarn das rumänische Nationalbewußtsein nur noch mehr erwache. Man habe hier das Recht, sich zu verteidigen und die Zähne zu zeigen. Wenn Ungarn wolle, daß die hiesigen Rumänen seine Freunde blieben, so müsse es den Rumänen jenseits der Berge die Gerechtigkeit, auf die sie ein Recht hätten, und ihre Autonomie bewilligen. Herr Arion wies ferner darauf hin, daß Österreich gegen die Vereinigung der Donaufürstentümer, gegen den Regierungsantritt des Königs Karl und gegen die neueste Gebietsvergrößerung Rumäniens gewesen sei. Nach den Äußerungen Seiner

Majestät des Königs, über die ich anderweitig berichtet habe *, hat er auch gesagt, daß Österreich Bulgarien in der jüngsten Balkankrise mit Waffen versehen habe. Die Versammlung der Liga hat nach Anhörung der Redner eine Resolution angenommen, in der zunächst die ernste Bedrohung der nationalen Entwickelung der Rumänen jenseits der Berge durch ihre Unterdrücker hervorgehoben wird. Sodann wird Bedauern darüber ausgesprochen, daß infolgedessen dem ganzen rumänischen Volke ein Kampf mit allen durch die gegenwärtige traurige Lage bedingten Mitteln zur Sicherung der freien Entwickelung der Rumänen in Österreich-Ungarn in autonomen nationalen Formen aufgezwungen werde, und volle, unermüdliche Unterstützung jener Rumänen zugesagt, solange die Unterdrückungen in Ungarn und der Bukowina dauerten, in welchen unglücklichen Ländern die rumänische Seele teils mit Brutalität, teils mit Perfidie getroffen werde. Sodann wird betont, daß eine aufrichtige Freundschaft zwischen den Rumänen des Königreichs und den Unterdrückern ihrer Brüder jenseits der Berge nicht bestehen und nur eine den letzteren bewilligte vollständige Autonomie die ersteren zu Anhängern der bisher befolgten traditionellen Politik machen könne.

Nach der Versammlung sind die Teilnehmer durch die Straßen der Stadt an der russischen Gesandtschaft vorbei, vor der Zeitungsnachrichten zufolge die rumänische Nationalhymne gesungen sein soll, nach dem königlichen Palais und dem Lokal der Kulturliga gezogen. Vor dem königlichen Palais wurde Seiner Majestät dem Könige eine Ovation dargebracht und das Kriegslied „Zu den Waffen“ gesungen. Seine Majestät hat zu mir geäußert, daß nicht auch Rufe „Nieder mit Österreich“ laut geworden seien, dieselben seien nur in der Versammlung erfolgt. Der Präsident der Kulturliga sagte mir, es habe weder vor der russischen Gesandtschaft eine Kundgebung stattgefunden, noch seien die bezeichneten Rufe vor dem königlichen Palais erfolgt. Die Regierung hat ihrerseits in den Zeitungen die Rufe vor dem Palais dementieren lassen, doch wurde mir auf der österreichischen Gesandtschaft, die die Demonstration vor dem Palais durch Beauftragte hat beobachten lassen, mitgeteilt, man habe dort „Nieder mit Österreich“ und „Es lebe Rußland“ gerufen. Die Betreffenden hätten die Rufe gehört.

Die Kulturliga hat auch in den Zeitungen alle guten Rumänen zu dem Besuche einer im hiesigen Nationaltheater für die Liga veranstalteten Benefizvorstellung des rumänisch-siebenbürgischen Tendenzdramas „Der Herr Notar“ aufgefordert. In der betreffenden Veröffentlichung hieß es, die chauvinistischen magyarischen Blätter schäumten vor Wut über den glänzenden Erfolg des Stückes, sie würden aber sicherlich ganz und gar von der Tollwut erfaßt werden, wenn sie erführen, daß

* Vgl. Nr. 15 817.

diese gefeierte literarische Arbeit zugunsten des Fonds der Bukarester Sektion der Kulturliga aufgeführt werden würde. Denn eine Sache besonders befürchteten die Feinde der rumänischen nationalen Aspirationen, das sei die materielle Kräftigung der Liga, dieser würdigen und tapferen Festung, welche unermüdlich den Kampf gegen die edlen Urenkel der Hunnen führe. Bei der von den üblichen Beifallsbezeugungen begleiteten Vorstellung sangen die Studenten in den Pausen patriotische Lieder. In diesem Zusammenhang ist noch zu erwähnen, daß bei dem zu Ehren des rumänisch-siebenbürgischen Verfassers des Dramas, Oktavian Goga, in Bukarest veranstalteten großen Bankett ein Bruder des rumänischen Gesandten in St. Petersburg* dem Pariser „Temps" zufolge in einer Rede gesagt hat, die Teilnehmer feierten, indem sie Goga feierten, nicht den Schriftsteller, sondern den „révélateur des temps nouveaux, celui qui a formulé ici la pensée et le désir intime de tous: nous voulons être ensemble!"

Ich unterlasse auch nicht zu berichten, daß Herr Take Jonescu mir kürzlich vertraulich mitgeteilt hat, Prinz Fürstenberg habe ihm im Mai v. Js. gesagt, er habe Weisung erhalten, hier zu erklären, daß Österreich eine Verminderung Bulgariens nicht zulassen könne, sondern sich derselben widersetzen würde, und zwar nötigenfalls mit den Waffen[2]. Herr Take Jonescu hat hiervon sofort Seine Majestät den König sowie Herrn Majorescu unterrichtet, und es hat dann eine Unterredung des letzteren mit dem bulgarischen Gesandten** stattgefunden, die zur Folge hatte, daß die Erklärung nicht abgegeben wurde***. Auf der anderen Seite hat nach weiterer vertraulicher Äußerung des Herrn Take Jonescu Rußland hier während der Balkankrise zu einem gewissen Zeitpunkte zu verstehen gegeben, daß es einen rumänischen Donauübergang als einen feindlichen Akt ansehen würde†.

Im Hinblick auf die Kritik, welche von österreichisch-ungarischen Zeitungen an der Versammlung der Kulturliga geübt wurde, hat die letztere kürzlich noch ein Communiqué veröffentlicht, in dem sie unter anderem folgendes erklärt. Die Verhandlungen des Grafen Tisza hätten der rumänischen Kultur nichts Ernstes und nur ein Provisorium geboten, das jeder Nachfolger des Grafen und er selbst leicht beseitigen könnte, und das höchstens eine Pause oder ein geringeres Fortschreiten auf dem

---

* Diamandy.

** S. Radew.

*** Näheres darüber in Nr. 15 828.

† Tatsächlich hatte Sasonow am 29. Januar 1913 nach Bukarest telegraphiert, ein Überfall oder eine militärische Besetzung bulgarischen Territoriums ohne vorherige Kriegserklärung könne die russische Regierung nicht gleichgültig lassen, und es werde ihr unmöglich sein, eine gewaltsame Abtrennung eines Teils des bulgarischen Territoriums hinzunehmen. Sasonow an Iswolsky, 29. Januar 1913, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 45 f.

Wege der Magyarisierung bedeutet habe. Demgegenüber stehe das Verlangen nach einer Autonomie[1], bei der die Brüder jenseits der Berge sich endlich ruhig fühlen und zum Nutzen ihrer rumänischen Kultur und nicht durch Kulturen anderer Länder produktiv sein sollten. In der Resolution der Versammlung sei nichts gesagt, was nicht unzählige Male in Ungarn, in Siebenbürgen und in der Bukowina in den politischen Programmen, den Parlamenten, den Versammlungen und in der Presse gesagt worden wäre. Nicht die Liga gebe ihren Brüdern politische Programme, sondern sie entliehe von ihnen ihr Programm. Die Nervosität der österreichisch-ungarischen Presse sei bedauerlich und sehr wahrscheinlich nicht autorisiert. Sie bekunde aber die wirklichen Gesinnungen der Dualisten, die sich gegen den künftigen Föderalismus der nationalen Autonomien[1] wendeten. Den Drohungen dieser Presse legten weder die Rumänen jenseits der Berge noch die im Königreich irgendwelche Bedeutung bei. Im übrigen erwarte man, daß sich ernste Verbesserer der Monarchie finden würden, welche nicht mehr zu Beschimpfungen oder Naivitäten schreiten, sondern sich in Budapest dafür einsetzen würden, daß das Gute geschehe und das Glück, das alle Völker der Monarchie noch immer von Wien erwarteten, verwirklicht werde.

Das Organ der liberalen Regierung, die „Indépendance Roumaine“, hat zu den Vorgängen bei der Versammlung der Kulturliga in den beiden anliegenden Artikeln* Stellung genommen. In dem ersten, „Politique et responsabilité“ betitelten Artikel erklärt das Blatt — und die Zeitungen der beiden anderen großen Parteien des Landes haben sich in demselben Sinne ausgesprochen —, daß Straßendemonstrationen, selbst wenn sie von einem guten Gefühle inspiriert wären, die allgemeine Auffassung nicht ändern könnten, von der sich die rumänische Diplomatie leiten ließe. Das Blatt sagt, es habe die größte Achtung vor den Männern, die, von einem edlen Gefühle beseelt, für eine edle Sache in den Kampf zögen, die in der rumänischen Seele nur ein tiefes Echo finden könne. Warum aber solle man den Patriotismus, das Rumänentum derer verdächtigen, die die Ehre und die Verantwortung hätten, die Angelegenheiten Rumäniens zu leiten? Seien sie weniger gute Rumänen als die Redner in den Volksversammlungen? Die Länder, in denen die Führung der auswärtigen Politik den Händen der verantwortlichen Minister entzogen sei, um den Schwankungen einer Aktion des Volkes untergeordnet zu werden, hätten diesen Irrtum teuer bezahlt. Die öffentliche Meinung in Rumänien sei glücklicherweise zu klug und zu einsichtig, als daß hier derartige Fehler zu befürchten wären. Die politische Orientierung Rumäniens werde, wie alle Welt wisse, von den verantwortlichen Faktoren des rumänischen Staates

---

* Hier nicht abgedruckt.

bestimmt, die nie ein Interesse des Landes, weder ein materielles, noch ein moralisches, außer acht gelassen hätten.

Der zweite, „Notre politique étrangère“ betitelte Artikel der „Indépendance Roumaine“ wendet sich gegen die österreichischen und ungarischen Zeitungsartikel, in denen die Vorgänge in der Versammlung der Liga kritisiert werden. Die Zeitung bemerkt, die Wiener Blätter würden ein nützliches Werk verrichtet haben, wenn sie ihren Nachbarn in Pest eine weitherzigere, besser inspirierte, mehr auf das öffentliche Interesse bedachte Politik angeraten hätten, die die Ursachen der von ihnen beklagten Kundgebungen beseitigen würde. Die öffentliche Meinung in Rumänien könne angesichts der Kämpfe, von denen die Zukunft einer zahlreichen Bevölkerung rumänischer Rasse abhinge, nicht indifferent bleiben. Aber sie werde verstehen, daß die politische Leitung der Interessen der ungarischen Rumänen nur bei den autorisierten Organen der letzteren liegen könne, die allein die Verantwortlichkeit dafür zu übernehmen imstande wären. Der alte gesunde Menschenverstand der Rumänen und die höheren Interessen des Königreichs widersetzten sich anderen Auffassungen, die die Staaten zu unbewußten und daher zu oft unglücklichen Werkzeugen von Strömungen und Leidenschaften machten, die sie nicht beherrschten und die zuweilen den wahren nationalen Interessen feindlich gegenüberständen.

Die französische Gesellschaft „Le Foyer“ hat zwei weitere Redner nach Rumänien entsandt, den Chefredakteur des „Matin“, Herrn Stéphane Lauzanne, und den ehemaligen Kommandanten des 12. Armeekorps in Limoges General Pelecier. Herr Barthou hat wegen der inneren Politik in Frankreich seine Hierherkunft bis zum nächsten Jahre verschoben. Dieser ehemalige französische Ministerpräsident hat sich dahin ausgesprochen, die zwischen Frankreich und Rumänien bestehende Gemeinsamkeit der Rasse, der Kultur und der politischen Tendenzen, der inneren sowohl wie der äußeren, seien so sehr dazu angetan, die beiden Länder zu vereinen, daß er nicht wohl sähe, was dieselben trennen könnte. Herr Lauzanne hat nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, über das größere Frankreich, sondern über die französische Familie im Jahre 1914, General Pelecier hat über die Seele des französischen Soldaten gesprochen. Der Vortrag des ersteren soll als rednerische Leistung hervorragend gewesen sein, im übrigen war er eine übertriebene Reklame der Leistungen des modernen Frankreichs auf allen Gebieten; der Vortrag des General Pelecier war mehr eine „causerie“ und soll keinen bedeutenden Eindruck hinterlassen haben. Der General suchte in seinen mit der Zeit des Vercingetorix beginnenden und mit dem Jahre 1845 endenden Ausführungen darzutun, daß die Seele des französischen Soldaten seit den Zeiten des gallischen Kriegers im Laufe der Jahrhunderte die gleiche geblieben sei. Die beiden Redner haben dieselben Vorträge auch in Braila, Jassy und Craiova gehalten. Außer den Conférenciers des „Foyer“ haben noch andere französische

Redner in letzter Zeit in Rumänien Vorträge gehalten, so der Honorarprofessor an der Universität in Paris Raoul Allier über „Pourquoi Molière a-t-il écrit le Tartuffe?“, „Christianisme“ und „Une crise actuelle de l’humanité“, der Romanschriftsteller André Lichtenberger über „La jeune fille d’aujourd’hui“, der Dichter Ami Chantre über „A. de Musset, le poète d’amour“ und der Schriftsteller und Professor an der Hochschule für soziale Wissenschaften in Paris Hubert de Lagardelle über Alfred de Vigny, die türkische Frau und Eindrücke aus Konstantinopel.

Die bisherigen vier Redner des „Foyer“ sind sämtlich von Seiner Majestät dem Könige in Audienz empfangen worden. In der Umgebung des Königs wurde gesagt, Seine Majestät habe die bezüglichen Anträge des französischen Gesandten nicht ablehnen können. Über die Unterredung des Königs mit Herrn Tardieu habe ich anderweitig Bericht erstattet*. Mitglieder der „Amitié franco-roumaine“, die sich kürzlich als Gesellschaft endgültig konstituiert hat, empfingen die Redner am Bahnhof mit dem französischen Gesandten. Während ihres hiesigen Aufenthalts wurden den französischen Gästen von vielen Seiten Aufmerksamkeiten erwiesen. Auch Staatsminister veranstalteten ihnen zu Ehren Festlichkeiten. Die hiesigen französischen Zeitungen, unter Einschluß des Regierungsorgans, der „Indépendance Roumaine“, haben unausgesetzt für sie Reklame gemacht. Der General Pelecier hat Kasernen und Militärschulen besichtigt und einem Gefechtsexerzieren beigewohnt. Bei einem Bankett, welches rumänische Offiziere, ehemalige Zöglinge der Militärschule von Saint-Cyr ihm zu Ehren gaben, überreichte er einem rumänischen Major die demselben verliehenen Insignien der Ehrenlegion.

Herr Lacour-Gayet hat nach hiesigen Zeitungsnachrichten nach seiner Rückkehr aus Rumänien in Paris in der Gesellschaft „Le Foyer“ einen Vortrag über das Thema „Chez nos frères les Roumains“ gehalten, bei dem der Präsident der französischen Deputiertenkammer Herr Deschanel den Vorsitz führte und der Redner unter anderem darauf hinwies, daß unter den gegenwärtigen rumänischen Staatsministern sich sechs befänden, die aus französischen Schulen hervorgegangen seien. In einer dann folgenden Ansprache des Herrn Deschanel erzählte dieser von dem Besuche, den er vor zwei Jahren in Bukarest abgestattet habe, von seinen Audienzen bei den rumänischen Majestäten und den Unterredungen, die er mit rumänischen Staatsmännern, den Herren Majorescu, Take Jonescu, Bratianu und den Freunden des letzteren gehabt habe. Alle diese Staatsmänner hätten dieselbe Sprache geführt. Nach 1877 hätte das von der slawischen Flutwelle gepeitschte Rumänien nicht anders gekonnt, als sich auf Wien und Berlin zu stützen. Aber seit einigen Jahren, so fährt Herr Deschanel fort, habe sich die

* Vgl. Nr. 15 817.

russische Politik geändert[3]. Neue Probleme zeigten sich. Seitdem sei in der rumänischen Politik ein unvermeidlicher Umschwung eingetreten. Ohne zu brechen mit seiner gestrigen Haltung wünsche Rumänien mehr Unabhängigkeit, mehr Bewegungsfreiheit. Dabei könne und müsse Frankreich helfen, das Rumänien zu lange habe beiseite liegen lassen. Die wirtschaftlichen, finanziellen und intellektuellen Beziehungen müßten entwickelt werden. Die gebildeten Klassen seien hier alle von dem französischen Gedanken erfüllt. Man müsse darauf hinarbeiten, dieses Prestige Frankreichs in Rumänien zu erhöhen und es zu verbreiten in den Universitäten, den Gymnasien, den Schulen und von dort aus im Volke. Herr Deschanel teilte zum Schluß mit, daß die Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften in Paris den Professor der Geschichte an der Universität in Jassy, Herrn Xenopol, sowie ihn selbst zu Mitgliedern erwählt habe. Er erblickt hierin ein glückliches Zusammentreffen und hofft, daß dasselbe eine Bürgschaft der Beziehungen herzlicher Freundschaft sein möge, die die beiden Völker gleichen Stammes und gleicher Art, Frankreich und Rumänien, in Zukunft einander immer näher bringen müßten. Die Konstituierung der hiesigen „Amitié franco-roumaine“ ist unter dem Präsidium des Herrn Xenopol erfolgt*.

In Paris ist ebenfalls eine „Association franco-roumaine“ gegründet worden, die durch Vorträge und andere Mittel für Rumänien in der französischen Hauptstadt und in ganz Frankreich Propaganda machen will. Man soll dort außerdem ein rumänisches politisches Nachrichtenbureau gegründet haben, dessen Leiter, der Rechtsanwalt Mircea R. Shiriano, der hiesigen Presse zufolge Vorträge über „die französisch-rumänische Annäherung und ihre europäische Bedeutung“ und über „die siebenbürgische Frage, betrachtet vom allgemeinen Standpunkt der Latinität“ halten soll. Ferner soll der gleichen Presse zufolge das Zentralsyndikat der Landwirte in Frankreich im Hinblick auf die immer mehr zunehmende Wichtigkeit der französisch-rumänischen Beziehungen beschlossen haben, in ihrer Vereinigung die rumänischen Landwirte

* Das große Wesen, das namentlich in der französischen Presse von der neuen Orientierung der rumänischen Politik gemacht wurde, veranlaßte den russischen Botschafter in Wien von Schebeko, einen Brief an Sasonow vom 3. April 1914 (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke a. a. O., S. 622 ff.) mit den Worten zu schließen: „Zum Schluß möchte ich mein Bedauern aussprechen, daß unsere und besonders die französischen Zeitungen ihrer Freude anläßlich der neuen Richtung der rumänischen Politik so geräuschvoll Ausdruck verleihen. Dieser Lärm ist ganz unnütz, denn für uns ist die Tatsache bedeutsam, daß wir Rumänien von der uns gegenüberstehenden Koalition losgelöst haben, nicht aber der errungene diplomatische Erfolg. Dieser Lärm regt aber unsere Gegner auf und veranlaßt sie, alles zu tun, um das Verlorene wieder gutzumachen. In Rumänien wird dieser Umstand von den uns feindlich gesinnten Elementen dazu benutzt werden, um die Sache so darzustellen, als ob die Ententemächte Rumänien kompromittieren und jeden Rückzug abschneiden wollen.“

unter den gleichen Bedingungen wie die französischen zuzulassen. Bemerkenswert ist auch, daß der hiesige Senat vor kurzem ein Beileidstelegramm an die Familie des verstorbenen französischen Dichters Frédéric Mistral gesandt hat.

Die Vorträge der bisherigen französischen Propagandisten mögen keinen besonders großen Eindruck hervorgerufen haben. Eine gewisse Wirkung üben sie immerhin in weiten Kreisen aus; auch zeigen sie, wie sehr in Frankreich und auch hier für eine Annäherung zwischen den beiden Ländern gewirkt und den russischen Bestrebungen in Rumänien in die Hand gearbeitet wird. Auf der anderen Seite legen die Versammlung der Kulturliga und die Aufführungen des „Herrn Notar" im rumänischen Nationaltheater von dem heftigen Charakter Zeugnis ab, den die hiesige antiösterreichische Bewegung angenommen hat, eine Bewegung, die indirekt auch Deutschland als Mitglied des Dreibundes trifft. Es herrscht hier ohne Zweifel zurzeit eine starke französisch-russische Strömung. Man findet in weiten Kreisen, daß Österreich im vorigen Jahre Rumänien in schwierigen Zeiten im Stiche ließ, will die bisherige Behandlung der drei Millionen oder, wie man hier glaubt, vier Millionen ungarische Rumänen durch die Magyaren nicht länger ruhig hinnehmen, verlangt eine veränderte Haltung gegenüber der benachbarten Doppelmonarchie und denkt an einen etwaigen späteren Zug über die Karpathen zur Befreiung der unterjochten Brüder. Der Präsident der Kulturliga sagte mir, daß man hier große Sympathien für Deutschland und Italien, aber nicht für Österreich habe, dessen Politik während der Balkankrise nicht in Wien, sondern in Budapest gemacht worden sei. Die Klagen der Rumänen in Österreich-Ungarn seien derartig, daß man sich hier der Beachtung derselben nicht entziehen könne. Würde die Liga die Sache nicht in die Hand nehmen, so würden andere es tun, dann aber würde die Bewegung einen viel schlimmeren Charakter annehmen. Man sei für eine Dreibundpolitik, aber nicht für eine österreichische Politik. Die Rumänen in Siebenbürgen seien sehr kaisertreu und strebten keine Vereinigung mit Rumänien an[4]. Sie hingen mehr an ihrem Kaiser, als die Rumänen in Rumänien an dem König, obwohl Seine Majestät der König und die königliche Familie infolge der großen letztjährigen Erfolge und der Vermehrung der Mitglieder der Dynastie durch die prinzlichen Kinder jetzt weit populärer seien als zuvor. Die siebenbürgischen Rumänen wollten sich von den arroganten Ungarn nicht unterdrücken lassen. Sie verlangten eine Autonomie und erhofften vom Kaiser die Erfüllung ihrer Wünsche. Würde ihre Lage genügend gebessert werden, so würde die hiesige antiösterreichische Bewegung von selbst zurückgehen. Andernfalls aber läge die Gefahr vor, daß man hier immer mehr in das russische Fahrwasser hineingedrängt und schließlich auf die russische Seite übergehen würde. Der hiesige Finanzminister hat sich zu mir dahin ausgesprochen, daß sich Rumänien in einer schwierigen Lage zwischen

Österreich und Rußland befände. Es müsse ihm freistehen [5], sich, je nachdem es seine Interessen erforderten, im gegebenen Augenblicke auf die eine oder die andere Seite zu stellen.

Die rumänische Regierung hat nichts getan, um die Versammlung der Liga und die Aufführungen des „Herrn Notar" zu verhindern. Die französischen Bestrebungen hat sie namentlich auch durch das Patronat des Unterrichtsministers Herrn Duca über die Vorträge direkt gefördert. Der König und die Regierung haben die Auffassung vertreten, daß ein Einschreiten der letzteren die Dinge nur noch verschlimmern würde. Außerdem dürften Rücksichten auf die bevorstehenden Wahlen für die Konstituante mitgesprochen haben. Etwas, aber wenig ist nachträglich geschehen. Zunächst die schwächlichen Ausführungen über die Straßendemonstrationen in der „Indépendance Roumaine", die gleichzeitig von der edlen Sache sprach, für die die von edlen Gefühlen beseelten Bürger in den Kampf zögen. Sodann soll Herr Bratianu den Unterrichtsminister verhindert haben, an dem großen Bankett der „Amitié franco-roumaine" zu Ehren der Herren Lacour-Gayet und Tardieu teilzunehmen; auch soll er nach der Versammlung der Liga auf einige der Redner, die auf derselben sprachen, durch Herrn Duca beruhigend eingewirkt haben. Endlich schreibt man es dem Einflusse der Regierung zu, daß der General Pelecier in seinem Vortrage die geschichtliche Darlegung über das Jahr 1845 hinaus nicht fortgesetzt hat.

Seine Majestät der König hat die Ansicht ausgesprochen, daß die antiösterreichische Bewegung mit der Zeit verschwinden werde. Auch Herr Bratianu hat gesagt, daß die gegenwärtige französisch-russische Strömung eine Welle sei, die vorübergehen werde [6]. Man kann nur wünschen, daß dies zutreffen und es dem Grafen Tisza gelingen möge, ein leidliches Verhältnis zwischen den ungarischen Rumänen und der ungarischen Regierung herbeizuführen. Einstweilen aber ist die ganze Sachlage für die Interessen des Dreibunds sehr unerfreulich. Die mit Aufwendung großer Geldmittel bewerkstelligten hiesigen Treibereien Rußlands, die Möglichkeit einer früheren oder späteren Verlobung des Prinzen Karl mit einer Tochter des Zaren, die unausgesetzten französischen Liebeswerbungen und die heftige antiösterreichische Agitation können nur als bedrohlich für den Dreibund angesehen werden. Die gedachte Verlobung des Prinzen Karl ist, wie mir Herr Take Jonescu sagte, zum erstenmal anläßlich des hiesigen Besuches des Großfürsten Nikolaus Michailowitsch * von russischer Seite angeregt worden. Jetzt geht das Gerücht, daß der Petersburger ersten Bekanntschaft im Sommer ein Besuch des Prinzen Karl in der Krim folgen solle. Der König will an der bisherigen Politik festhalten, Herr Bratianu soll dasselbe wollen. Aber die Gefahr dürfte nicht außer Betracht bleiben dürfen,

---

* Er war am 11. Dezember 1912 zur Überreichung des russischen Feldmarschallstabs erfolgt.

die darin besteht, daß, wenn in Ungarn keine Besserung der Verhältnisse eintreten und die französisch-russische Strömung sich vertiefen und zunehmen sollte, sie die Regierung mit der Zeit immer mehr mit sich fortreißen könnte. Auch Herr Beldiman hat hier, wie er mir sagte, unerfreuliche Eindrücke erhalten, mit denen er demnächst nach Berlin zurückkehren wird.

W a l d t h a u s e n

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] !
[2] Donnerwetter!! ist ja unerhört!
[3] na! na!
[4] richtig
[5] Nein!
[6] ?

## Nr. 15819

## *Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Rosenberg*

Reinschrift

Berlin, den 17. April 1914

Wie Herr Beldiman streng vertraulich mitteilt, hat Herr Sasonow dem rumänischen Gesandten Diamandy in Petersburg, als dieser kürzlich mit dem Kronprinzenpaar nach Bukarest abreiste, folgendes gesagt:

„Dites à Bucarest que nous ne demandons rien à la Roumaine, ni volte-face de sa politique ni attitude agressive à l'égard de l'Autriche-Hongrie. Nous désirons seulement qu'elle raffermisse ses liens avec nous et que, tirant les conclusions des derniers événements qui ont mis en concordance nos intérêts dans le maintien de la paix, de l'équilibre et du nouveau statu quo, elle adopte une politique plus indépendante que jusqu'à présent."

Der russische Gesandte in Bukarest sagte zu Diamandy bei seiner Ankunft:

„Je ne sais pas quels sont les engagements secrets que vous pouvez avoir avec la Triple Alliance. Mais, en somme, aujourd'hui c'est indifférent car, le cas échéant, en présence de votre opinion publique votre armée refuserait de marcher contre nous."

R o s e n b e r g

Nr. 15 820

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky**

Eigenhändiges Konzept

Nr. 511 Berlin, 18. April 1914
Vertraulich

Der rumänische Gesandte Beldiman, der von Urlaub aus Rumänien zurückgekehrt ist, hat über die dortige Stimmung keine sehr günstigen Eindrücke mitgebracht. Die Animosität gegen Österreich-Ungarn sei weitverbreitet, und als Gegenwirkung machen sich die Sympathien für Rußland immer mehr geltend. Diese Strömungen würden durch die Agitationen Rußlands, unterstützt von Frankreich, geschickt gefördert. Am Hofe suche die russische Diplomatie mit dem Heiratsprojekt des Prinzen Karol einzusetzen, für welches die Kronprinzessin — nicht aus politischen, wohl aber aus Familienrücksichten — ganz gewonnen sei. Wenn es zustande komme, was allerdings zurzeit noch zweifelhaft sei, würde es zweifellos einen nachhaltigen Eindruck auf die Phantasie der gesamten Bevölkerung machen und diese immer weiter in das russische Fahrwasser leiten. Auf die gebildeten Schichten wirkten die Tätigkeit der Kulturliga und allerhand falsche politische Vorspiegelungen. Im Volke arbeiten russische Agenten und der russische Rubel. Der Ministerpräsident Bratianu hat Herrn Beldiman gesagt, seiner Schätzung nach verfüge der russische Gesandte in Bukarest über einen Fonds von etwa einer Million zu Agitationszwecken.

Seine Majestät der König wie der Ministerpräsident hielten an der bisherigen dreibundfreundlichen Politik fest, obwohl sie sich den Schwierigkeiten, die aus der Stimmung der öffentlichen Meinung entstehen könnten, nicht verschlössen. Beide seien aber der Meinung, daß die russophile Welle wieder abfluten werde, wenn man Geduld hätte. Wolle die Regierung j e t z t eingreifen, so würde sie ihre Politik nur unpopulär machen und die gegnerischen Strömungen stärken. Bei Herrn Bratianu scheinen auch Rücksichten auf die bevorstehenden Wahlen zur Konstituante maßgebend zu sein. Wenn letztere vorüber seien, glaubt Herr Beldiman, daß der Ministerpräsident auch energischer auftreten werde. Der König wie Herr Bratianu bäten dringend, daß man in Wien nicht bei jeder Kundgebung der öffentlichen Meinung nervös werden möge.

Was Bulgarien betrifft, so seien der König und die Regierung zwar gewillt, korrekte Beziehungen mit Sofia zu unterhalten. Zu weiterer Annäherung aber sähen sie vorderhand keine Möglichkeit. Auf wen könne man denn in Bulgarien bauen? König Ferdinand böte keinerlei

---

* Der gleiche Erlaß ging auch an den Botschafter in Rom unter Nr. 425.

Garantien. Das Ministerium aber sei ganz von Rußlands Gnade abhängig. Wenn dieses zehn Deputierte kaufe, werde die Regierung gestürzt. Zurzeit aber passe es in das russische Spiel, das jetzige Ministerium am Ruder zu lassen und den Flirt Bulgariens mit Österreich zu dulden, weil dieses die Wiener Politik in den Augen des rumänischen Volks nur noch mehr kompromittieren und den russischen Wühlereien gegen Österreich Vorschub leisten könne.

Euere Exzellenz wollen die oben wiedergegebenen Mitteilungen des Herrn Beldiman bei der dortigen Regierung streng vertraulich verwerten. Besonders beachtenswert und nicht unrichtig erscheinen mir die in Bukarest herrschenden Ansichten über Bulgarien. Das augenblickliche Ministerium in Sofia dürfte zu schwach sein, um auf seine dreibundfreundliche Tendenz die Hoffnung auf eine dauernde Heranziehung Bulgariens zu unserer Gruppe zu basieren. König Karol und seine Minister erblicken aber in Bulgarien noch immer eine Gefährdung des Bukarester Friedens und der jetzigen Gestaltung der Dinge auf dem Balkan, zu deren Hüter sie sich berufen fühlen. Bei den in Bukarest bestehenden Dispositionen müßten wir auch heute noch zwischen Rumänien und Bulgarien wählen, und diese Wahl kann, solange wir Rumänien nicht endgültig als verloren ansehen wollen, auch für Wien nicht schwer fallen. Wir werden uns daher mit der Herstellung korrekter Beziehungen zwischen Bukarest und Sofia, wie König Karol sie wünscht, einstweilen begnügen und das übrige der Zukunft überlassen müssen. Ob es übrigens je gelingen wird, Bulgarien dem russischen Einfluß dauernd zu entziehen, bleibt mir in hohem Grade zweifelhaft.

Jagow

## Nr. 15 821

### *Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Rom von Flotow*

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 431 Berlin, den 20. April 1914
Geheim

Im Anschluß an den Erlaß Nr. 425*.

Unter den politischen Vorspiegelungen, mit denen Rußland und Frankreich Rumänien zu sich hinüberzuziehen suchen, scheint eine besondere Rolle der Hinweis auf die angebliche Erschütterung des Dreibunds zu spielen. Italien würde hiernach im Ernstfall Deutschland und Österreich die Gefolgschaft verweigern, unter Umständen sogar gegen seine Verbündeten zu den Waffen greifen. Ferner wird mit der Be-

---

* Siehe Nr. 15 820 nebst Fußnote *.

hauptung gearbeitet, daß die österreichische Armee, durch Rassengegensätze zerrüttet, keinen ernst zu nehmenden Gegner darstelle und zu Operationen auf dem Balkan überhaupt nicht zu haben sei.

Ich würde es für nützlich halten, wenn Italien diesen Ausstreuungen, die bei den Rumänen, auch bei Herrn Bratianu, nicht ganz ohne Eindruck zu bleiben scheinen, in unauffälliger Weise entgegenwirkte.

Ew. pp. wollen daher bei sich bietender Gelegenheit vorsichtig und und streng vertraulich mit einer entsprechenden Anregung an Marquis di San Giuliano herantreten *.

Jagow

## Nr. 15 822

### *Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 96 — Bukarest, den 17. April 1914
Ganz geheim — [pr. 22. April]

Der zum Chef des Wiener Evidenzbüros ausersehene hiesige österreichisch-ungarische Militärattaché Oberst von Hranilovisch ist kürzlich in Wien gewesen, um Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph und den dortigen Militärbehörden über die hiesige Lage Bericht zu erstatten **. Auf der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft ist man der Ansicht, daß, wenn gegenwärtig ein europäischer Krieg ausbrechen würde, Rumänien wegen der zurzeit hier herrschenden antiösterreichischen Stimmung seiner Bündnispflicht nicht genügen würde. Oberst von Hranilovisch hat es für seine Pflicht gehalten, in Wien hierauf hinzuweisen, weil dieser Umstand bei den für den Ernstfall zu treffenden militärischen Vorbereitungen in Berücksichtigung gezogen werden müsse. Er sagt, er wisse nicht, ob seine ernsten Vorhaltungen von Erfolg sein würden; das sei Sache der Diplomaten.

Wie aus meiner vorjährigen Berichterstattung sich ergibt, haben schon damals Seine Majestät der König von Rumänien sowohl wie Herr Bratianu auf die Schwierigkeit der Lage hingewiesen, die im Falle

* Wie Flotow am 27. April (Nr. 124) berichtete (siehe Kap. CCXCV, Nr. 15731), sagte Marquis di San Giuliano, der übrigens die Erklärung für die Erstarkung der antiösterreichischen Stimmung in Rumänien in der ungeschickten Haltung Österreichs suchte, zu, er werde sofort den italienischen Gesandten in Bukarest Baron Fasciotti beauftragen, den Ausstreuungen, soweit sie Italien beträfen, nach Kräften entgegenzutreten.

** Vgl. dazu die Telegramme von Hranilovischs vom 6. und 7. April an Graf Czernin und seinen abschließenden Bericht über die Ergebnisse seiner Wiener Reise vom 14. April bei Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 638 ff.

eines europäischen Krieges für Rumänien entstehen würde, wenn eine Verständigung zwischen der ungarischen Regierung und den ungarischen Rumänen nicht zustande kommen und die antiösterreichische Stimmung in Rumänien anhalten würde. Beide haben darauf aufmerksam gemacht, daß im Falle der Fortdauer dieser Stimmung das rumänische Volk beim Ausbruche eines europäischen Krieges nicht auf Seiten Österreich-Ungarns würde stehen wollen. Inzwischen hat hier in der letzten Zeit die antiösterreichische Stimmung noch bedeutend zugenommen und die russisch-französische Strömung sich immer mehr verstärkt. Herr Bratianu, den ich kürzlich fragte, ob in der äußeren Politik Rumäniens eine Änderung eingetreten sei, erklärte mir zwar, daß die rumänische Politik die gleiche geblieben sei, wie zuvor. Er wies aber gleichzeitig auf die hiesige Stimmung gegenüber Österreich wegen der Lage der Rumänen in Ungarn und, als ich von dem Falle des Ausbruchs eines europäischen Krieges sprach, auf die Schwierigkeiten hin, die man hier infolge dieser Stimmung in jenem Falle haben würde. Doch meinte er, daß ein derartiger Krieg auch nach den Nachrichten aus Berlin in diesem Jahre nicht ausbrechen und Graf Tisza sich mit der Zeit den ungarischen Rumänen hoffentlich genügend entgegenkommend zeigen würde. Dann würde die antiösterreichische Stimmung in Rumänien von selbst aufhören. Der Konseilpräsident sprach darauf mit dankbarer Anerkennung von der Haltung Seiner Majestät des Kaisers Rumänien gegenüber während der Balkankrise und von den Äußerungen, die allerhöchstderselbe kürzlich zu Herrn Beldiman getan habe, auch war er sehr befriedigt über die Anfrage, die die Diskontogesellschaft hier wegen der bulgarischen Anleihe* gestellt hat. Er machte ferner auf die Entsendung des Prinzen Karl zur Dienstleistung im preußischen Heer aufmerksam, die nicht erfolgt wäre, wenn die hiesige Politik sich geändert hätte. Herr Bratianu bemerkte auch, daß hier zwar heftige antiösterreichische Demonstrationen stattgefunden hätten, aber keinerlei Kundgebung gegen Deutschland erfolgt sei. Schließlich erwähnte er, daß der Generalsekretär im Kriegsministerium General Jliescu sich demnächst für einige Tage nach Berlin begeben und sich dort mit Offizieren in Verbindung setzen werde. Bei der Reise der prinzlich rumänischen Herrschaften nach St. Petersburg handelte es sich nach den Äußerungen des Herrn Bratianu für den Prinzen Karl mehr um eine Orientierung als um eine Heirat; für letztere sei er noch zu jung. Der französisch-russischen Strömung sei die Regierung nicht mit Mitteln entgegengetreten, die

---

* Im April 1914 unterhandelte die bulgarische Regierung in Berlin wegen einer Anleihe von 250 Millionen Franken; deutscherseits wurde aber Sicherheit verlangt, daß kein Teil der Anleihe zu Rüstungszwecken benutzt werden dürfe. Der Abschluß der Anleihe wurde indessen durch französisch-russische Quertreibereien verhindert. Vgl. die zusammenfassende Darstellung bei Fr. Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, S. 180 ff.

dieselbe nur schlimmer gemacht haben würden, wohl aber habe sie einen beruhigenden Einfluß auf die Bewegung auszuüben gesucht. Im Einklang mit diesen Tendenzen habe auch Seine Majestät der König die Redner des „Foyer“ empfangen. Es kämen noch einige Franzosen hierher, dann würde die Bewegung abnehmen. Das Patronat des Unterrichtsministers über die Vorträge stellte Herr Bratianu als eine bei solchen Anlässen übliche Ehrenpräsidentschaft dar. Den Festlichkeiten zu Ehren der Vortragenden sei der Unterrichtsminister ferngeblieben. Herr Bratianu zeigte sich erfreut über den kürzlichen hiesigen Besuch des preußischen Generals Heidborn, dem er Freundlichkeiten hat erweisen lassen. Er sagte, es sollten nur noch mehr deutsche Offiziere hierher kommen. Auch deutsche Vorträge möchten gehalten werden, deutsche Gelehrte und Künstler seien willkommen.

Obschon die Äußerungen des Konseilpräsidenten in vieler Beziehung äußerlich befriedigend erscheinen, so hat er doch von neuem auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die man hier in bezug auf Österreich im Falle eines europäischen Krieges haben würde. Auch nach meinem gehorsamsten Dafürhalten sollten die Militärbehörden die Unsicherheit der Stellung Rumäniens im Ernstfalle bei den für diesen Fall zu treffenden militärischen Vorbereitungen in Berücksichtigung ziehen.

Waldthausen

## Nr. 15 823

### *Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 97 — Bukarest, den 19. April 1914
Ganz geheim — [pr. 22. April]

Graf Czernin hat sich zu mir dahin ausgesprochen, daß Österreich-Ungarn mit seinen 16 Armeekorps im Falle eines europäischen Krieges eventuell einer rumänischen Streitkraft in der Stärke von sieben Armeekorps und einer serbischen Streitkraft von fünf Armeekorps gegenüberstehen, und daß es dann Deutschland nur mit vier Armeekorps würde zur Seite stehen können. Mein österreichischer Kollege hält es für notwendig, daß eine völlige Klarstellung des Verhältnisses zu Rumänien im Ernstfalle durch von Deutschland und Österreich bei Seiner Majestät dem Könige von Rumänien zu stellende Anfragen erfolge*. Er sagt, daß Seine Majestät der Kaiser und Seine Majestät

* Vgl. dazu die bei Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit 1906—1918, III, 781 ff., 633 ff. mitgeteilten Berichte des Grafen Czernin an Graf Berchtold

der Kaiser Franz Joseph eine Klarstellung dieses Verhältnisses ebenfalls für erforderlich erachteten.

W a l d t h a u s e n

## Nr. 15 824

### *Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Treutler, z. Z. in Korfu, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow*

Ausfertigung

**Vertraulich** Achilleion, den 20. April 1914

Der Inhalt des Berichts des Kaiserlichen Gesandten in Bukarest vom 8. d. Mts. Nr. 84* hat Seine Majestät den Kaiser erregt und be-

---

vom 11. März und 2. April 1914, die eine „gründliche Klärung des speziellen Verhältnisses zwischen Rumänien und uns" verlangen. In dem ersteren heißt es: „Das eine ist sicher, so wie es momentan hier steht, kann es nicht bleiben. Dieser gänzlich ungeklärte, vage, krankhafte Zustand, der zwischen uns und Rumänien herrscht, kann nur ein Stadium sein, wie eben jede Krankheit, dem entweder der Tod oder die Genesung folgt, das heißt, wir müssen uns wiederfinden, oder das Bündnis geht vollkommen in die Brüche, und damit entstehen vollkommen neue Kombinationen am Balkan. — Daß uns die fünf rumänischen Armeekorps in einem eventuellen russischen Kriege fehlen werden, ist vielleicht nicht einmal die Hauptsache. Aber die unbedingt notwendige Befestigung der siebenbürgischen Grenze g e g e n Rumänien, die Hunderte von Millionen kosten wird, wird unvermeidlich sein; denn die sich an sich selbst entzündende und daher zunehmende austrophobe Stimmung wird Rumänien vom Bundesgenossen zum Gegner machen." Aus diesem Zustand der Dinge leitet Graf Czernin ein „vitales unabweisbares Bedürfnis" der österreich-ungarischen Monarchie ab, ihr Verhältnis zu Rumänien zu klären, sei es, daß man dem Könige Karol klipp und klar sage, „daß Rumänien sich entweder offen an den Dreibund anschließt, oder wir das Bukarester Vorbild nachahmen und auch unbekümmert um diesen von ihnen zuerst verletzten Bündnisvertrag handeln und uns andere Bundesgenossen suchen werden", sei es, daß man die Veröffentlichung des Vertrages durch eine Indiskretion irgendwo im Auslande erzwinge und Rumänien vor die Wahl stelle, sich mit diesem Faktum abzufinden oder sich offen von Österreich abzuwenden. Auch in seinem zweiten Berichte vom 2. April wendet sich Graf Czernin in schärfster Weise gegen ein „einfaches Abwarten und Nichtsmachen" zu einer Zeit, wo „französischer- und russischerseits nicht zugeschaut und abgewartet, sondern mit Hochdruck gearbeitet wird, um die Situation auszunützen, die durch das Scheitern der Budapester Verhandlungen, das Debrecziner Attentat usw. sowieso schon für sie vorbereitet ist, und die ganz zufrieden sind, wenn sie es nur erreichen, daß Rumänien ohne direkten Anschluß an sie selbst definitiv von uns getrennt wird".

* Siehe Nr. 15 818.

unruhigt. Besonders auffallend erschien die mitten in der Schilderung der Tätigkeit der Kulturliga auf Seite 6 eingestreute Bemerkung, daß Fürstenberg die Weisung gehabt habe, zu erklären, daß Österreich eine Verminderung Bulgariens nicht zulassen könne, sondern sich derselben widersetzen würde und zwar nötigenfalls mit den Waffen. Der Herr Reichskanzler beabsichtigt sofort nach Rückkehr anknüpfend hieran und an andere Vorkommnisse der letzten Zeit, einen ernsten Erlaß an Herrn von Tschirschky zu richten, den dieser Graf Berchtold vorlesen soll. Falls etwaige Rückfragen über die erwähnte, dem Herrn Reichskanzler bisher unbekannte Demarche Fürstenbergs nötig scheinen sollten, so würde der Herr Reichskanzler bitten, diese tunlichst vor seiner Ankunft zu erledigen *, damit er dann den beabsichtigten Erlaß

---

* Am 24. fragte Staatssekretär von Jagow dieserhalb bei dem Gesandten von Waldthausen an, der nach nochmaliger Erkundung bei Take Jonescu am 27. April telegraphisch (Nr. 15) folgende Meldung erstattete: „Prinz Fürstenberg hat, als Take Jonescu ihn in der Zeit nach dem Petersburger Protokoll und vor dem zweiten Balkankrieg am 20. oder 21. Mai v. Js. einige Tage vor dem Beginn der Senatsverhandlungen über das Protokoll besuchte, demselben die Weisung des Grafen Berchtold vorgelesen. Österreich hat damals in Sofia und Bukarest versucht, eine Verständigung zwischen Bulgarien und Rumänien herbeizuführen. Man glaubte österreichischerseits, daß Rumänien mit Serbien und Griechenland gehen wolle und aus Sofia hierher zurückgekehrter bulgarischer Gesandter beauftragt sei, Rumänien Konzessionen zu machen. Majorescu hatte demselben sagen lassen, daß er ihn erst in vier Tagen empfangen könne, weil er mit seiner Rede im Senat zu sehr beschäftigt sei. Infolge der Weisung des Grafen Berchtold hat Majorescu ihn jedoch auf Betreiben des Take Jonescu sofort am nächsten Morgen empfangen, wobei sich herausstellte, daß er nichts zu bieten beauftragt war. Prinz Fürstenberg hat sich dann selbst in dem Sinne geäußert, daß mit den Bulgaren nichts anzufangen sei und er nicht verstehe, warum man ihm solche Weisungen schicke. Take Jonescu hat seinen übrigen Kollegen, wie er mir sagte, von der Mitteilung, die hier geheim behandelt worden ist, nichts mitgeteilt, weil sonst große Aufregung entstanden wäre.“ Vgl. dazu Take Jonesco, Souvenirs, p. 103 s., der sich das Verdienst beimißt, den österreichischen Gesandten davon abgebracht zu haben, seine Weisung dem rumänischen Ministerpräsidenten vorzulesen. Tatsächlich richtete sich der Auftrag Prinz Fürstenbergs direkt an die Adresse König Karols und ist von ihm am 24. Mai, wie aus einem Bericht des österreichischen Militärattachés Oberst von Hranilovisch vom 26. Mai (Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 335 ff.) hervorgeht, auch ausgerichtet worden. Der Auftrag ging nach Hranilovisch dahin, dem Könige zu sagen, daß „ein Zusammengehen Rumäniens mit Serbien und Griechenland gegen Bulgarien im vollsten Gegensatz zu unserer Politik stünde, weil wir bei einem Streitfall der drei letztgenannten Staaten eventuell gegen Serbien mit den Waffen einschreiten würden“. König Karol nahm jedoch — nach derselben Quelle — demgegenüber eine überaus abweisende Haltung ein und erklärte, er halte es im Interesse Rumäniens für geboten, eine zu bedeutende Vergrößerung Bulgariens mit verhindern zu helfen; zwar werde er hierzu nicht die große Leitlinie seiner Dreibundpolitik verlassen, aber unter gewissen Umständen sich doch mit Serbien ad hoc verbinden, um das Entstehen einer überstarken bulgarischen Vormacht hintanzuhalten. Vgl. auch Nr. 15 825, Fußnote ***.

ohne weitere Verzögerung mit Euerer Exzellenz besprechen und abgehen lassen kann *.

Treutler

Nr. 15 825

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Gesandten in Bukarest von Waldthausen***

Reinkonzept

Nr. 166 Berlin, den 24. April 1914

Geheim

Auf die Berichte Nr. 96 und 97 vom 17. und 19. d. Mts. ***

Wir unterschätzen nicht die Gefahren der zurzeit in Rumänien von Rußland und Frankreich betriebenen systematischen Agitation gegen den Dreibund, möchten aber vor übertriebenem Pessimismus warnen. König Karol ist der Meinung, daß die mit allerlei künstlichen Mitteln erzeugte russisch-französische Welle in nicht zu ferner Zeit in sich selbst zusammenbrechen wird. Herr Bratianu scheint diese Ansicht seines Souveräns zu teilen, die auch von anderen Kennern Rumäniens vertreten wird. Der erhoffte Stimmungsumschwung aber dürfte sich um so eher vollziehen, je sorgsamer die Mächte des Dreibunds es vermeiden, Unruhe und Nervosität an den Tag zu legen, die von den Rumänen als Zeichen von Schwäche gedeutet werden könnten. Es mag sein, daß die rumänische Regierung bei einem schon in nächster Zeit ausbrechenden europäischen Kriege wegen der im Volke herrschenden Stimmung Schwierigkeiten haben würde, ihrer Bündnispflicht nachzukommen. Abgesehen jedoch davon, daß

* Der von dem Reichskanzler in Aussicht genommene „ernste" Erlaß an Tschirschky unterblieb zunächst, nachdem Staatssekretär v. Jagow durch Telegramm Nr. 9 vom 22. April den Reichskanzler darauf hingewiesen hatte, daß der rumänische Irredentismus auch ohne Österreichs Fehler durch Rumäniens politischen Aufstieg erstarkt sein würde, und daß daher der zunehmende Gegensatz zwischen der Donaumonarchie und dem rumänischen Nationalstaat leider bis zu gewissem Grade in der natürlichen Entwickelung der Dinge liege. Siehe den vollen Text des Jagowschen Telegramms in Bd. XXXVIII, Kap. CCXCI, Nr. 15 545. Anstatt des ernsten „Erlasses" wurde am 24. April die am gleichen Tage nach Bukarest gehende Instruktion (siehe das folgende Schriftstück) nebst den beiden Bukarester Berichten Nr. 96 und 97 (siehe Nr. 15 822 und 15 823) an Tschirschky durch Erlaß Nr. 530 „mit dem Anheimstellen der geeignet erscheinenden streng vertraulichen Verwertung bei Graf Berchtold" mitgeteilt. Ein weiterer Erlaß vom 5. Mai (siehe Nr. 15 828) wies dann Tschirschky an, auf Grundlage des Berichts von Waldthausens über die Versammlung der rumänischen Kulturliga und die französische Propaganda in Rumänien (siehe Nr. 15 818) Graf Berchtold auf die Äußerung Prinz Fürstenbergs gelegentlich hinzuweisen.

** Der obige Erlaß wurde am gleichen Tage nach Wien mitgeteilt. Vgl. die vorhergehende Fußnote.

*** Siehe Nr. 15 822 und 15 823.

Verwickelungen zwischen den Großmächten für die nächste Zukunft kaum zu erwarten sind, dürfte von der Nichteinhaltung der Bündnispflicht bis zur aktiven Gegnerschaft noch ein weiter Weg sein.

Aus vorstehenden Erwägungen würden wir es für einen irreparablen Fehler halten, dem Könige von Rumänien im gegenwärtigen Moment durch die von Graf Czernin geplante Anfrage gleichsam die Pistole auf die Brust zu setzen. Der Monarch, der sich bisher stets loyal erwiesen hat, würde durch eine solche Koramierung sich zweifellos sehr verletzt fühlen und daraus vielleicht Konsequenzen ziehen, die das Gegenteil des gewollten Zwecks erreichten.

Euer pp. bitte ich, auf Ihren österreichischen Kollegen nach Möglichkeit beruhigend einzuwirken, im übrigen aber die Entwickelung der Dinge in Rumänien weiter aufmerksam zu verfolgen und fortlaufend darüber zu berichten. Durch sorgsame Pflege reger und vertrauensvoller Beziehungen mit rumänischen Staatsmännern und führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, soweit möglich auch durch Fühlungnahme mit der dortigen Presse, werden Euer pp. an Ihrem Teile dazu mitwirken können, daß der russisch-französischen Wühlarbeit ein Riegel vorgeschoben wird.

Der neue russische Gesandte, Herr von Poklewsky-Koziell, hat es verstanden, auf allen Posten, die er bisher bekleidet hat, durch geschickte Benutzung seiner reichen Mittel sich eine gesellige Position zu schaffen, die ihm die Verwirklichung seiner politischen Bestrebungen sehr wesentlich erleichtert hat. Wie ich höre, soll er beabsichtigen, auch auf die rumänischen Hof- und Gesellschaftskreise mit diesen Mitteln zu wirken. Die Annahme liegt nahe, daß seine Wahl für den Bukarester Posten auch unter diesem Gesichtspunkt erfolgt ist. Aber ich zweifle nicht, daß es Euer pp. nicht schwer fallen wird, auf diesem Gebiet dem Gesandten das Wasser abzugraben. Es dürfte sich das umsomehr empfehlen, als, wie ich höre, der österreichisch-ungarische Gesandte sich in geselliger Hinsicht eine gewisse Zurückhaltung auferlegt.

Jagow

Nr. 15 826

*Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 101 Bukarest, den 24. April 1914

Ganz geheim

Von den Äußerungen, die der General Coanda zu Enver Pascha und Talaat Bey getan haben soll *, hat man auch auf der hiesigen öster-

* Nach einem Telegramm Wangenheims vom 12. April (Nr. 165) hätte General Coanda sich zu Enver Pascha folgendermaßen ausgelassen: „Der

reichischen Gesandtschaft Kenntnis erhalten. Doch sagte mir mein österreichischer Kollege, es lägen keine Beweise dafür vor, daß die Erklärungen wirklich erfolgt seien. Ich habe dem Grafen Czernin nicht mitgeteilt, daß Enver Pascha und Talaat Bey dem Kaiserlichen Botschafter in Konstantinopel die Äußerungen wiedererzählt haben. Wenn die Mitteilungen der beiden türkischen Staatsmänner tatsächlich den Darlegungen des Generals Coanda entsprechen, so geben die letzteren sehr zu denken. Sie enthalten einen so überlegten Plan, daß sich nicht wohl annehmen läßt, der General habe sich ohne

---

rumänischen Regierung lägen bestimmte Nachrichten vor, wonach Rußland eine Aussöhnung Bulgariens mit Serbien betreibe. Serbien solle seinen Besitz westlich des Wardar garantiert bekommen und dafür die Ansprüche Bulgariens auf Kawala anerkennen. Eine der Bedingungen sei der Rücktritt der russenfeindlichen Regierung in Sofia. Rumänien komme in eine schwierige Lage, wenn der russische Plan gelinge. Letzterer könne nur dadurch vereitelt werden, daß Rumänien Rußland bezw. der Tripelentente etwas Besseres anbiete, nämlich ein rumänisch-türkisch-griechisches Bündnis in Anlehnung an die Tripelentente. Rumänien sei auf Rußland angewiesen, da der rumänisch-ungarische Gegensatz jetzt nicht mehr überbrückbar sei. Auch die Türkei würde, unter den Schutz der Tripelentente gestellt, auf die dauernde Freundschaft Rußlands rechnen können. Griechenland sei militärisch, finanziell und wegen seiner epirotischen Ambitionen sowieso auf Frankreich angewiesen und werde dem Bund gern beitreten. Die Türkei müsse als Kompensation für ihre Bekennung zur Tripelentente selbstverständlich die Inseln zurückerhalten. Auch Serbien werde dieser Kombination beitreten, so daß Bulgarien entweder isoliert bleiben würde oder seine Aufnahme in den Verband nachsuchen müßte.“ Danach hätte Rußland nicht mehr und nicht weniger als die Angliederung aller Balkanstaaten an die Tripelentente betrieben. Im gleichen Sinne gab Enver Pascha auch dem österreichischen Militärattaché Oberst Pomiankowsky von den Äußerungen General Coandas Kenntnis. In einem bei Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 644 f. mitgeteilten Bericht Pomiankowskys vom 22. April 1914 heißt es darüber: „Laut der vom Kriegsminister gemachten Mitteilungen bestand die Mission des Generals Coanda darin, die Pforte zu sondieren, ob sie geneigt wäre, einem Bündnis zwischen Griechenland, Rumänien und Serbien beizutreten. Als Preis dieser Allianz hätte Griechenland zugunsten der Türkei auf die Inseln zu verzichten. Dieser Balkanvierbund müsse sich auf die Tripelentente stützen, da ein ferneres Zusammengehen Rumäniens mit Österreich-Ungarn wegen der siebenbürgischen Frage nicht mehr möglich sei.“ Nach Äußerungen des türkischen Innenministers Talaat Bey zu Freiherrn von Wangenheim vom 13. April bestand allerdings bei den maßgebenden Staatsmännern der Türkei nicht die Absicht, Griechenland näherzutreten, und ebensowenig die Neigung zu einer Anlehnung an die Tripelentente. In einem Telegramm Wangenheims vom 13. April (Nr. 167) heißt es darüber: „Talaat Bey, an dessen Aufrichtigkeit kaum zu zweifeln ist, versichert mir bei dieser Gelegenheit von neuem, daß die maßgebenden Minister, im besonderen Großwesir, er und Enver, dringend einen Zusammenschluß Rumäniens, Bulgariens und der Türkei unter dem Schutz des Dreibundes wünschten. Auf Griechenland werde die Türkei niemals als Bundesgenossen zählen können, auch nicht nach Lösung der Inselfrage, in welcher die Türkei ihren Willen so oder so durchsetzen werde. Voraussetzung für die Verwirklichung der türkischen Bündnisideen sei, daß Bulgarien jetzt nicht durch die Tripelallianz gegen Rußland im Stich gelassen werde.“

Auftrag in dieser Weise ausgesprochen[1]. Graf Czernin, meint man, habe die Türken sondieren wollen. Die Äußerungen würden unter dieser Voraussetzung zeigen, wie weit man hier schon auf dem Wege zu einer Annäherung an Rußland vorgeschritten ist. Zu denken geben auch die anderweitig gemeldeten Abweichungen in den Erklärungen der hiesigen maßgebenden Persönlichkeiten bezüglich der Aufträge des Generals Coanda und die nicht bloß hier, sondern auch bei den Kabinetten erfolgte Dementierung der Nachricht, daß der General eine politische Mission zu erfüllen gehabt habe.

Hat der General die betreffenden Äußerungen getan, so wird eine Bestätigung derselben an hiesiger maßgebender Stelle auch mit der Zeit kaum zu erhalten sein, vielmehr wird man wohl alles daran setzen, sie uns gegenüber zu verheimlichen. Auch dürfte die Zahl der hierüber orientierten Persönlichkeiten so gering sein, daß der wahre Sachverhalt schwerlich in weitere Kreise dringen wird. In Betracht kommen in erster Linie Seine Majestät der König und Herr Bratianu[2]. Vielleicht handelt es sich um eine Extratour des letzteren. Dem Gedanken, daß Seine Majestät der König unter dem Einfluß seines Konseilpräsidenten und der gegenwärtigen Stimmung im Lande sich entschlossen habe, derartige Wege zu betreten, kann man nur mit Widerstreben Raum geben. Dabei muß hervorgehoben werden, daß, während der konservative, deutschfreundliche und deutsch gebildete Herr Majorescu in Fragen der äußeren Politik ein gefügiges Werkzeug in der Hand des Königs war und nach seinen politischen Überzeugungen und Sympathien ausgesprochen auf seiten des Dreibunds stand, der liberale, französisch gebildete Herr Bratianu dem Dreibunde kritischer gegenübersteht und seine Anschauungen auch in Fragen der äußeren Politik dem König gegenüber unumwunden zum Ausdruck bringen soll. Es ist ferner in Betracht zu ziehen, daß nach den politischen Erfolgen des letzten Jahres das nationale Selbstbewußtsein des Landes sich bedeutend gesteigert hat und der König jetzt mehr als früher genötigt ist, auf die Stimmung im Lande Rücksicht zu nehmen.

Angesichts der heftigen Erregtheit, die hier gegen Österreich-Ungarn besteht, und mit Rücksicht auf das starke Hervortreten franzosen- und russenfreundlicher Tendenzen wird mit der Möglichkeit einer neuen Orientierung der äußeren Politik Rumäniens in näherer oder fernerer Zeit gerechnet werden müssen. Eine hervorragende konservative Persönlichkeit hat sich zu mir sehr vertraulich dahin ausgesprochen, daß die liberale Regierung sich ganz in russisch-französischem Fahrwasser befände, was eine sehr ernste Gefahr für die Monarchie bedeute, da die russische Politik im Osten vor keinerlei Mitteln zurückschrecke. Der Betreffende wies ferner darauf hin, daß in der inneren Politik Rumäniens infolge des liberalen Reformprogramms eine sehr schwere Krisis eingetreten, und daß auch hierin eine große Gefahr für die Dynastie zu erblicken sei, da die Durchführung des

Prinzips der Expropriation mit der Zeit zu einer Revolution führen könne. Bei diesen Äußerungen sind allerdings die Leidenschaften mit in Betracht zu ziehen, von denen die hiesigen politischen Parteien in ihrem gegenseitigen Kampfe beherrscht werden. Immerhin kann es sein, daß man uns hier gewisse Dinge verheimlicht und uns mit freundlichen Worten einzuschläfern sucht. Der General Coanda, der politisch wenig hervorgetreten ist, und dessen Reise zu seiner Tochter nach Ägypten einen willkommenen Vorwand bieten mochte, könnte dazu ausersehen gewesen sein, den Versuch zu machen, das Terrain in Konstantinopel möglichst unauffällig zu sondieren. Scheiterte der Versuch, so konnte die Mission mit Rücksicht auf die Persönlichkeit des Beauftragten und sein eigentliches Reiseziel ohne Bloßstellung der rumänischen Regierung leicht dementiert werden. Gelang er, so ließen sich die eingeleiteten Fäden weiterspinnen.

Um für alle Eventualitäten vorbereitet zu sein und einem etwaigen Abschwenken der rumänischen Politik von der des Dreibundes nach Möglichkeit entgegenzutreten, wäre vielleicht eine nähere Fühlungnahme mit der hiesigen Regierung angezeigt, die, falls vom Standpunkt unserer allgemeinen Politik Bedenken nicht entgegenstehen, im Einverständnis mit den übrigen Dreibundmächten oder gemeinsam mit diesen durch eine freundschaftliche, von der Kaiserlichen Regierung in ihren Einzelheiten festzusetzende und mit den beiden anderen Kabinetten zu vereinbarende Aussprache auf Grund unseres Bündnisverhältnisses erfolgen könnte. Diese Aussprache könnte die durch den Bukarester Frieden neugeschaffene Lage am Balkan zum Ausgangspunkt nehmen und die Möglichkeit bieten, über die Ziele und Absichten der rumänischen Politik ein klareres Bild zu erhalten. Die engen Beziehungen Rumäniens zu den Dreibundmächten würden dadurch erneut zum Ausdruck gelangen. Gleichzeitig könnte ein Gegengewicht gegen die verführerischen Lockungen der Tripelentente geschaffen werden, mit denen die Gefahr des Übergangs des rumänischen Staatsschiffs in das Fahrwasser der Entente verknüpft ist. Die freundschaftliche Aussprache würde auch Gelegenheit bieten, darzulegen, daß die Dreibundmächte nach wie vor fest entschlossen sind, Rumänien gegebenenfalls mit den Waffen beizustehen. Die Solidarität dieser Mächtegruppe würde der rumänischen Regierung vor Augen geführt werden können, die Vorteile, die ein Verbleiben des Landes an der Seite des Dreibundes bietet, müßten ausführlich gekennzeichnet, die Tatsache, daß, wie ich höre, demnächst dadurch von österreichisch-ungarischer Seite der Wunsch, Rumänien stattfinden sollen, könnte verwertet und hervorgehoben werden, daß dadurch von österreichisch-ungarischer Seite der Wunsch, Rumänien entgegenzukommen, in deutlicher Weise zum Ausdruck gelangt.

Waldthausen

Randbemerkungen von Jagows:
[1] Warum? Er hat überhaupt mehr geredet als er sollte. Coanda hat immer als g a n z französisch gesinnt gegolten.
[2] oder Coandas

## Nr. 15 827

## *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

**Ausfertigung**

Nr. 121 Wien, den 27. April 1914
Geheim

Ich habe dem Grafen Berchtold von der an Herrn von Waldthausen ergangenen Instruktion* ganz vertraulich Kenntnis gegeben, nachdem ich ihm von dem Inhalte der mir hochgeneigtest zugänglich gemachten Berichte aus Bukarest in großen Zügen Mitteilung gemacht hatte.

Der Minister läßt Euerer Exzellenz für die Benachrichtigung bestens danken. Die an Herrn von Waldthausen gerichtete Instruktion decke sich, wie er mir sagte, vollkommen mit seiner Ansicht über den j e t z i g e n Stand der Sache. Wie die Dinge sich in letzter Zeit in Bukarest entwickelt hätten, könne man wohl nichts anderes tun als abzuwarten, bis die französisch-russische Welle wieder abgeflaut sein werde, und hoffen, daß dies in nicht allzu ferner Zeit eintreten möchte. Graf Czernin sei stets für eine aut-aut-Politik, die er, der Minister, aber nicht zu befolgen gedenke. Im übrigen habe Graf Czernin bei dem Könige eine gute Stellung. Präzise Instruktionen für die Haltung seiner Sprache seien dem Grafen Czernin nicht gegeben, ihm jedoch empfohlen worden, vertrauensvoll und mehr im Konversationston die Lage mit Seiner Majestät fortlaufend zu besprechen und dabei womöglich Mittel und Wege ausfindig zu machen, wie das Verhältnis zwischen den beiden Staaten wieder gebessert werden könnte**.

---

* Siehe Nr. 15 825.

** Tatsächlich gingen die dem Grafen Czernin gegebenen Instruktionen doch etwas weiter, als Graf Berchtold Wort haben wollte. Nach dem Bericht Oberst von Hranilovischs an General von Conrad vom 14. April (Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 640 f.) besagten sie wörtlich: „Im Verlaufe Ihrer Gespräche könnten dann Euere Exzellenz bei sich ergebender passender Gelegenheit die Frage aufwerfen, was rumänischerseits geboten werden könnte, falls wir geneigt wären, dem Königreich seinen gegenwärtigen Besitzstand — auch die Erwerbungen des Bukarester Friedens — zu garantieren. Dies würde eventuell den Anlaß geben, die Frage der Veröffentlichung des Vertrages anzuschneiden, was jedoch bei dem heiklen Charakter des Gegenstandes und der Möglichkeit einer Preßindiskretion nur dem König gegenüber ventiliert werden sollte. Sollte der Gedanke der Publizierung nicht a limine abgewiesen werden, müßte jedenfalls entsprechende Sicherheit verlangt werden, daß durch systematische Vorbereitung

Ich habe dem Grafen Berchtold nochmals die schon von unserem allergnädigsten Herrn ihm empfohlene Taktik ans Herz gelegt, den Weg nach Sofia — falls man dort irgendeinen Schritt unternehmen oder einen Rat würde erteilen wollen — stets nur über Bukarest zu nehmen.

Den Satz in der Instruktion an Herrn von Waldthausen, daß die Mächte des Dreibundes es sorgsam vermeiden müßten, wegen Rumäniens Unruhe und Nervosität zu zeigen, fand der Minister besonders beherzigenswert und meinte, er werde sich ihn für die kommenden Delegationsverhandlungen merken. In diesem Sinne habe er auch schon auf General von Conrad eingewirkt, der schon den Plan erwogen habe, mit Befestigungen an der siebenbürgisch-rumänischen Grenze vorzugehen*. Derartige militärische Maßnahmen, die sofort in Rumänien bekannt werden müßten, würden das Verhältnis zum Nachbarreich in nicht wiedergutzumachender Weise vergiften, dabei im Ernstfalle von nur untergeordnetem Werte sein und große Summen verschlingen. Ich habe den Minister in dieser Ansicht nach Kräften bestärkt. Übrigens hatte ich schon kürzlich Gelegenheit, in einer ganz vertraulichen Unterredung mit dem Generalstabschef diesen auch von mir aus dringend vor einem solchen Schritte zu warnen.

von Tschirschky

---

der öffentlichen Meinung die Eventualität einer selbstredend durchaus unerwünschten hostilen Stellungnahme der öffentlichen Meinung als ausgeschlossen betrachtet werden könne. Den Zeitpunkt wie die Modalitäten für die Aufnahme und Fortführung dieser Konversation überlasse ich Ihrem Takte, doch wolle Bratianu von der Vertragsverlängerung vorderhand nichts gesagt werden.“ Auch über die Ausführung dieser Instruktion durch Graf Czernin berichtet von Hranilovisch am 25. April an Conrad (a. a. O., III, S. 645): „Graf Czernin hat im Sinne des vom Minister erhaltenen Auftrages das Thema der Vertragspublikation beim König zur Sprache gebracht und — wie vorauszusehen war — weder eine Zu- noch Absage erhalten. Die Besprechung war beiderseits ganz unverbindlich, da Graf Czernin das Ganze als persönliche Idee hinstellte, doch merkte meiner Ansicht nach der König genau, daß es sich um den Beginn einer Aktion handle. Er versprach, sich die Sache zu überlegen, ersuchte den Gesandten, mit seinen Ministern vorläufig darüber nicht zu sprechen, sondern sich gelegentlich wieder an ihn zu wenden, und versicherte den Grafen Czernin, es dränge ja gar nicht, denn die rumänische Armee werde, solange er lebe, niemals gegen Österreich-Ungarn marschieren. ‚Nach meinem Tode . . .‘ — da kam eine bezeichnende Geste, mit der der König zu sagen schien, ‚was dann geschehen wird, das weiß kein Mensch‘.“ Nach Graf Czernins Erinnerungsbuch: Im Weltkriege, S. 106 hätte er dem Könige Karol in seiner dritten oder vierten Audienz vorgeschlagen, das Bündnis möge pragmatisiert, d. h. von den Parlamenten in Wien, Pest und Bukarest ratifiziert werden. „Der Schreck, welchen dieser Vorschlag auf den König ausübte, der bloße Gedanke, daß das streng gehütete Geheimnis, daß ein Bündnis überhaupt bestehe, preisgegeben werden könnte, dieser Schreck bewies mir, wie ganz unmöglich ein Ins-Leben-Rufen dieses toten Buchstaben unter den gegebenen Verhältnissen sein müsse.“

* Vgl. dazu Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 603 f., 626, 640.

## Nr. 15 828

### *Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky*

Konzept von der Hand des Ständigen Hilfsarbeiters Freiherrn von Neurath

Nr. 563 Berlin, den 5. Mai 1914

Ew. pp. beehre ich mich in der Anlage Abschrift eines Berichts des Kaiserlichen Gesandten in Bukarest über die Versammlung der rumänischen Kulturliga und die französische Propaganda* zur gefälligen vertraulichen Information zu übersenden.

Über die zunächst beinahe unglaublich klingende Mitteilung des Herrn Take Jonescu, daß Prinz Fürstenberg im Mai v. Js. zur Erklärung in Bukarest beauftragt worden sei, Österreich könne eine Verminderung Bulgariens nicht zulassen und werde sich einer solchen nötigenfalls mit Waffengewalt widersetzen, hat Herr Take Jonescu Herrn von Waldthausen auf Befragen noch weitere Aufklärung gegeben**. Danach hat Prinz Fürstenberg ihm am 20. oder 21. Mai, also in der Zeit nach dem Petersburger Protokoll und vor dem zweiten Balkankrieg die Weisung des Grafen Berchtold vorgelesen. Die formelle Demarche bei der rumänischen Regierung scheint auf dringende Vorstellungen des Prinzen Fürstenberg in Wien schließlich unterblieben zu sein. Auch ist die Mitteilung des Prinzen Fürstenberg nach Angabe Take Jonescus von letzterem geheim gehalten worden, da sonst große Aufregung entstanden wäre. Immerhin dürfte der Vorgang den leitenden Kreisen in Bukarest nicht unbekannt geblieben sein, und die dortige Österreich feindliche Stimmung findet dadurch eine weitere Erklärung.

Ew. pp. Ermessen stelle ich ergebenst anheim, Graf Berchtold gegenüber die Angelegenheit gelegentlich gesprächsweise zu erwähnen, jedoch ohne eine weitere Bemerkung daran zu knüpfen***.

J a g o w

---

* Siehe Nr. 15 818.

** Vgl. Nr. 15 824 nebst Fußnote * auf Seite 504.

*** Am 10. Juni berichtete Botschafter von Tschirschky über die Ausführung des Auftrags (Nr. 173): „Ich benutzte eine sich mir heute darbietende Gelegenheit, um dem Grafen Berchtold gegenüber beiläufig zu erwähnen, daß ein rumänischer Staatsmann sich dahin ausgesprochen habe, Prinz Fürstenberg sei seinerzeit beauftragt worden, zu erklären, Österreich könne eine Verminderung Bulgariens nicht zulassen und werde sich einer solchen nötigenfalls mit Waffengewalt widersetzen. Zunächst behauptete der Minister, das sei eine dreiste Verleumdung; als ich ihm aber das genaue Datum angab, an welchem die betreffende Wiener Instruktion vom Prinzen Fürstenberg vertraulich ausgeführt worden sei, meinte der Minister, es müsse ein ‚Mißverständnis‘ vorliegen. Er habe nur gemeint, Österreich werde eine Verkleinerung Bulgariens z u g u n s t e n S e r b i e n s nicht zulassen können. Von Rumänien sei dabei nicht die Rede gewesen. ‚Leider‘, fügte der Minister hinzu, ‚haben wir dann doch

## Nr. 15 829

### *Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 112 — Bukarest, den 5. Mai 1914

Ganz geheim

Graf Czernin sieht das Verhältnis Rumäniens zum Dreibund sehr pessimistisch an. Er ist der Meinung, daß Rumänien für den Dreibund verloren sei, und hält es angesichts der Stimmung, die hier besonders auch in Armeekreisen herrsche, für sicher, daß dasselbe bei Ausbruch eines europäischen Krieges seiner Bündnispflicht nicht nachkommen wird. Im Gegensatz zu den Äußerungen Seiner Majestät des Königs und des Herrn Bratianu, denen zufolge es sich um eine vorübergehende Welle handelt, glaubt Graf Czernin nicht an eine Änderung der hiesigen Stimmung gegenüber Österreich. Mein österreichischer Kollege ist der Ansicht, daß nun zunächst die Regierungen in Wien und Berlin sich davon überzeugen müßten, daß Rumänien verloren sei. Seine Bemühungen hätten den Erfolg gehabt, daß man dies in Wien jetzt einsehe. In Berlin aber sei man nicht dieser Ansicht. Wenn beide Kabinette davon überzeugt sein würden, entstände die weitere Frage, was geschehen solle, um Rumänien wiederzugewinnen. Das müßten Wien und Berlin entscheiden, und es sei sehr notwendig, daß beide Mächte in der Frage vollständig zusammengingen *. Auch Graf Tisza sowie der

---

einen Gebietszuwachs Serbiens durch Landstriche, die eigentlich zu Bulgarien gehören, zulassen müssen. Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn wir damals eingeschritten wären.'"

* Die Berichterstattung des Grafen Czernin, die immer wieder auf die Notwendigkeit eines gemeinsamen österreich-deutschen Vorgehens zur vollen Klärung der Frage der rumänischen Vertragstreue hinwies, hatte den Erfolg, daß man am Ballplatz beschloß, zunächst ein volles Einvernehmen mit Berlin in dieser Frage herzustellen. Noch im Mai setzte der Gesandte Freiherr von Flotow, der lange Jahre in Berlin als Botschaftsrat tätig gewesen war, eine Denkschrift auf, die die Rumänien und Serbien gegenüber einzuschlagende Politik der k. und k. Monarchie behandelte. Danach sollte von der rumänischen Regierung eine unzweideutige Manifestation zugunsten des Dreibunds, die das öffentliche Bekenntnis der Zugehörigkeit zu diesem einschließe, gefordert werden, etwa gegen das Zugeständnis, daß die Dreibundmächte Rumänien seine gegenwärtige Grenze gegenüber Bulgarien garantierten. Auf Grund dieser Denkschrift wurde dann gegen Mitte Juni im Auftrage Graf Berchtolds durch Sektionsrat Baron Matscheko ein in Berlin vorzulegendes Memorandum ausgearbeitet, das aber erst nach der Ermordung Erzherzog Franz Ferdinands mit dem Handschreiben Kaiser Franz Josephs an Kaiser Wilhelm II. am 5. Juli in Berlin übergeben wurde. Näheres darüber bei R. Gooss, Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges, S. 3 ff. Das österreichische Memorandum in „Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch", ed. Graf M. Montgelas und W. Schücking, I, 21 ff.

Kaiserliche Botschafter in Wien dächten pessimistisch. Seine Majestät der Kaiser sei optimistischer; allerhöchstderselbe habe sich, als er in Wien mit dem Grafen Tisza gesprochen habe, über dessen pessimistische Auffassung gewundert.

Graf Czernin ist durchaus der Meinung, daß alles geschehen müsse, um Rumänien wiederzugewinnen, und daß dieses Land ungleich wichtiger für Österreich und den Dreibund sei als Bulgarien. Er glaubt nicht, daß man hier zurzeit auf die Seite der Tripelentente übergehen wolle, erachtet aber die Möglichkeit nicht für ausgeschlossen, daß dies einmal später geschehen könne.

Wie ich als ganz geheim erfahre, hat Seine Majestät der König wohl in dem Gedanken an den Zeitraum, bis zu welchem das erneuerte Bündnis läuft, geäußert, daß, wenn nicht innerhalb einer von ihm bezeichneten ähnlich langen Zeit die Lage der Rumänen in Ungarn sich befriedigend gestalten sollte, das Verhältnis zu Österreich geändert werden müßte.

Die Stimmung im Lande mit Bezug auf den Fall des Ausbruchs eines europäischen Krieges schilderte mir Graf Czernin in folgender Weise. Man stelle sich hier das Verhalten Rumäniens in einem solchen Falle ähnlich vor, wie anläßlich der Balkankrise im vorigen Jahre. Man glaube, daß Rumänien beim Ausbruch eines Krieges zwischen Österreich und Rußland sich zunächst ruhig verhalten und abwarten würde, welche der beiden Parteien die Oberhand gewinnen würde. Sei es Rußland, so würde man sich ihm anschließen, um Transsylvanien zu gewinnen, wäre es Österreich, so würde man sich auf dessen Seite stellen, um Beßarabien zurückzuerlangen.

Bei dieser Gelegenheit darf ich auch einen anderen rumänischen Gedankengang erwähnen, der ebenfalls charakteristisch ist. Ein hiesiger Politiker hat mir seine Meinung ganz offen dahin gekennzeichnet, daß Österreich-Ungarn in fünf oder zehn Jahren sich notwendig auflösen würde. Deutschland würde dann die deutschen Provinzen Österreichs erlangen, Rumänien würde Transsylvanien besetzen, Bosnien und die Herzegowina würden Serbien zufallen.

Mein italienischer Kollege meint, die Ansicht des Herrn Bratianu sei, es hätten seinerzeit statt der jetzigen Adhäsionsverträge selbständige Verträge Rumäniens mit Deutschland und mit Italien geschlossen und Österreich-Ungarn Bedingungen wegen der Rumänen in Ungarn auferlegt werden müssen. Baron Fasciotti weist ferner darauf hin, daß Seine Majestät der König den Vertrag mit Österreich-Ungarn anfänglich nicht habe erneuern wollen und vom Prinzen Fürstenberg sozusagen dazu gezwungen worden sei.

Mein italienischer Kollege ist der Ansicht, von entscheidender Bedeutung für Rumänien sei allein sein Verhältnis zu Österreich und zu Rußland. Das Verhältnis zu Deutschland und Italien sei von sekundärer Bedeutung. Im Gegensatz zu Österreich, das ein Nationalitäten-

Staat wäre, sei Ungarn ein Einheitsstaat. Infolgedessen sei der ungarische Staat nicht in der Lage, die auf Autonomie gerichteten Wünsche der Rumänen in Ungarn zu erfüllen. Ungarn könne die Lage dieser Rumänen nur etwas bessern.

Baron Fasciotti glaubt auch, daß, wenn heute ein europäischer Krieg ausbrechen würde, Rumänien sich nicht auf die Seite Österreichs stellen würde. Ich halte es für meine Pflicht, hinzuzufügen, daß ich mit meinem österreichischen und italienischen Kollegen annehmen möchte, daß Rumänien alsdann wegen der hier gegen Österreich-Ungarn herrschenden Stimmung seiner Bündnispflicht nicht würde nachkommen können.

Waldthausen

## Nr. 15 830

### *Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow*

Eigenhändiger Privatbrief

Ganz vertraulich — Wien, den 10. Mai 1914

Der geradezu meiner Ansicht nach gefährliche Gedanke einer Befestigung der siebenbürgisch-rumänischen Grenzpässe fängt, wie Sie zum Beispiel aus dem beiliegenden Ausschnitt aus dem „Wiener Abendblatt" von gestern* ersehen wollen, nun auch schon an in der Presse besprochen zu werden. Wie ich zu berichten mir erlaubte, habe ich schon vor längerer Zeit dem Generalstabschef General von Conrad gegenüber, der mir zuerst von diesem Gedanken sprach, meine ernstesten Bedenken dagegen geltend gemacht**. Graf Berchtold ist, wie Ihnen gleichfalls bekannt, hierin ganz gleicher Meinung wie ich. — Nun entnehme ich aber einer Äußerung des Grafen Kageneck, den ich aber nicht zu nennen bitte, daß man neuerdings im Großen Generalstab in Berlin in bezug auf Rumänien ebenso schwarz sieht, wie dies General von Conrad schon seit längerer Zeit tut***. Graf Kageneck meinte dann, vom militärischen Standpunkte aus könnte man doch die Idee einer Befestigung der Gebirgspässe zwischen Siebenbürgen und Rumänien nicht ohne weiteres von der Hand weisen. — Auf Grund der

---

* Der betreffende Artikel gab ein Interview des Grafen Julius Andrássy wieder, der bestritt, daß eventuelle Befestigungen Siebenbürgens gegen Rumänien gerichtet sein würden.

** Vgl. Nr. 15 827.

*** Vgl. dazu den bei Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 647 mitgeteilten Bericht des k. und k. Militärattachés Oberstleutnants Baron Bienerth vom 5. Mai: „Die Lage beurteilt Graf Waldersee sehr ungünstig. Auf Rumänien könne seiner Ansicht nach nicht mehr gerechnet werden. Dort habe der russische Rubel und der Frank zu stark in uns feindlicher Weise gearbeitet."

Zeitungsnachrichten könnte vielleicht der Große Generalstab unter Hinweis darauf, daß auch in hiesigen militärischen Kreisen dieser Gedanke aufgetaucht sei, um seine Ansicht in der Sache befragt werden und gleichzeitig General von Moltke veranlaßt werden, dem General von Conrad, mit dem er ja in fortgesetztem brieflichen Verkehr steht *, seine Ansicht mitzuteilen. Die Sache ist meiner Ansicht nach zu wichtig, um noch weiter unwidersprochen in der Presse erörtert zu werden; es kann viel nicht gutzumachender Schaden dadurch angerichtet werden. Stellt sich unser Generalstab, etwa in einer ausführlichen Denkschrift, energisch dagegen, so könnte dann wohl ein kategorisches Dementi veranlaßt werden. — Das Befinden des Kaisers ** ist schwankend. Augenblickliche Gefahr besteht nicht, aber im ganzen ist der Zustand doch eher bedenklich. Die Krankheit zieht sich hin, und es ist eine Frage der Kräfte, ob der alte Herr durchhalten wird. Ich habe heute wieder mit dem Leibarzt Dr. Kerzl telephoniert. Natürlich wirkt die Krankheit des Kaisers lähmend auf alle Verhältnisse, und man sieht überall lange Gesichter. Die krampfhaften Versuche, besonders der deutschen Parteien, den Reichsrat wieder zu aktivieren, hängt auch mit dem Wunsch zusammen, daß das Parlament im Moment des Thronwechsels nicht völlig ausgeschaltet ist.

von Tschirschky

Nr. 15 831

## *Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 160 St. Petersburg, den 23. Mai 1914

Der bevorstehende Besuch des Zaren bei Seiner Majestät dem Könige von Rumänien *** wurde von Herrn Sasonow heute in seiner Rede über die auswärtige Politik Rußlands † der Duma angekündigt und die Nachricht mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Der Besuch ist jedenfalls als ein neues Glied in der Kette der seit etwa Jahresfrist von hier aus Rumänien erwiesenen Freundlichkeiten anzusehen. Offenbar will man hier die augenblicklich in Rumänien Österreich-Ungarn gegenüber herrschende Stimmung möglichst aus-

---

* Vgl. dazu Feldmarschall Conrad, III, 609 ff., 667, 668 f., wo ein Teil der Korrespondenz zwischen Conrad und Moltke mitgeteilt wird, darunter drei Schreiben Moltkes aus dem Jahre 1914.

** Kaiser Franz Joseph war um den 20. April an einer schleichenden Lungenentzündung erkrankt, die bis in den Mai hinein dauerte.

*** Der Besuch der Zarenfamilie in Constanza war auf den 14. Juni anberaumt. Vgl. die folgenden Schriftstücke.

† Vgl. zu der Rede Kap. CCIC, Nr. 15 859, S. 584, Fußnote *, und Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1914, S. 822 ff.

nutzen. Wenn man auch kaum annehmen dürfte, daß Rumänien sich schon jetzt geneigt zeigen wird, seine auswärtige Politik neu zu orientieren, so will man doch offenbar keine Gelegenheit vorübergehen lassen, den Boden für ein Abschwenken Rumäniens vom Dreibunde tunlichst vorzubereiten *. Die Ankündigung des Zarenbesuches in Constanza dürfte in der Duma wohl hauptsächlich deswegen mit lauten Beifallskundgebungen aufgenommen worden sein, weil man darin einen geschickten Schachzug unter Ausnutzung der Fehler der österreichisch-ungarischen Politik erblickt.

Bei dem Besuch in Constanza, der bis heute hier streng geheim gehalten wurde, und von dem mir weder Herr Sasonow noch Herr Neratow die leiseste Andeutung machten, dürfte der Gedanke mit zugrunde gelegen haben, Seiner Majestät dem Könige Karol gerade in dem Augenblick eine Artigkeit zu erweisen, wo die Feier zum Andenken an die vor 100 Jahren erfolgte Erwerbung des einen Teiles von Beßarabien durch Rußland in Rumänien peinliche Erinnerungen wachrufen konnte.

Der Besuch wird hier als eine Erwiderung auf einen Besuch hingestellt, den Seine Majestät der König von Rumänien vor langen Jahren beim hiesigen Hofe gemacht hat, und der bis jetzt ohne Erwiderung geblieben war. Ich habe auch die Ansicht äußern hören, daß der Besuch jetzt gemacht werde, um etwaige unangenehme Eindrücke, welche das Scheitern des Verlobungsprojektes hätte hervorrufen können, zu verwischen. Vielfach wird aber auch behauptet, daß von einem definitiven Scheitern dieses Projektes keine Rede sei, daß vielmehr der Faden weitergesponnen werden und zu diesem Zwecke eine neue Begegnung zwischen den beiden jungen Herrschaften stattfinden solle. Ob der junge Prinz Karol bei dem bevorstehenden Besuche der russischen Kaiserfamilie in Constanza anwesend sein wird **, konnte mir der hiesige rumänische Gesandte nicht sagen.

F. Pourtalès

---

* Die gleiche Auffassung, nur in viel schärferer Form, kommt in dem österreichischen Memorandum, das am 5. Juli in Berlin überreicht wurde (Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, ed. Graf M. Montgelas und W. Schücking, I, 25) zum Ausdruck: „Was nun Rumänien anbelangt, so hatte dort die russisch-französische Aktion schon während der Balkankrise mit voller Intensität eingesetzt, sie hatte die öffentliche Meinung durch erstaunliche Verdrehungskünste und durch geschickte Anfachung der unter der Oberfläche stets fortglimmenden großrumänischen Idee in eine feindselige Stimmung gegen die Monarchie hineingetrieben und die auswärtige Politik Rumäniens zu einer mit seinen Bundespflichten gegenüber Österreich-Ungarn kaum in Einklang stehenden militärischen Kooperation mit Serbien veranlaßt. Diese Aktion ist seither keineswegs zum Stillstand gekommen, sie wurde und wird vielmehr mit allem Nachdruck und mit so eindrucksvollen und demonstrativen Mitteln, wie dem Besuche des Zaren am rumänischen Hofe, fortgesetzt."

** Tatsächlich erhielt der in Potsdam beim 1. Garderegiment z. F. diensttuende Prinz Karl Urlaub zum Zwecke seiner Anwesenheit in Constanza gelegentlich

## Nr. 15 832

### *Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 26 Bukarest, den 16. Juni 1914

Militärattaché hat gestern in Constanza allerhöchstes Handschreiben* überreicht. Seine Majestät der König zeigte sich hocherfreut über neuen kaiserlichen Gnadenbeweis und allerhöchste Aufmerksamkeit durch Gedenken des hochseligen Kaisers Friedrich, mit dem ihn innige Freundschaft verbunden habe.

Seine Majestät war sehr befriedigt über glücklichen Verlauf des Zarenbesuchs, der Erfüllung eines ihm vor drei Jahren gegebenen Versprechens und Anerkennung seiner Bemühungen um Herstellung des Friedens auf dem Balkan bedeute. Kaiser von Rußland habe auch jetzt wieder seine friedlichen Absichten bekundet und ihm volle Unterstützung zugesagt, falls Intervention notwendig werden sollte, um griechisch-türkischen Krieg zu verhindern. Seine Majestät betonte dabei die Gemeinsamkeit der Interessen Rußlands und Rumäniens an Nichtblockierung der Dardanellen. König ist der Ansicht, daß Rede Venizelos** durch Straßenkundgebungen beeinflußt worden sei.

Bezüglich Albaniens*** waren Seine Majestät sehr verstimmt über Haltung Italiens, das intrigiere und Essad Pascha beschütze, den Talaat Bey als eine fière canaille[1] bezeichnet habe. Die fehlerhafte und überflüssige Flucht des Fürsten auf ein italienisches Schiff † sei auf Verlangen des italienischen Gesandten erfolgt. Zar sähe größte Schwierigkeit im Gegensatz zwischen Österreichs und Italiens Angelegenheiten, die, obwohl beide zum Dreibund gehören, sich in Albanien mit allen Mitteln[2] bekämpften. König verspricht sich von geschlossenem Auftreten der Mächte durch Entsendung von Kriegsschiffen Erfolg. Er habe durch englischen Gesandten Londoner Regierung bitten lassen,

---

des Zarenbesuchs. Die projektierte Verlobung kam indessen auch dort nicht zustande.

* Das kaiserliche Handschreiben an König Karol betraf die Verleihung von Namenszügen an das Dragonerregiment König Karl I. von Rumänien (1. Hannoversches) Nr. 9.

** Am 11. Juni hatte Ministerpräsident Veniselos sich in der griechischen Kammer sehr ernst über die Zuspitzung der griechisch-türkischen Beziehungen geäußert. Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXXIII, Nr. 14 605.

*** Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXXII.

† Am 24. Mai hatte sich Fürst Wilhelm von Albanien, nachdem kurz zuvor ein allgemeiner Aufstand im Lande ausgebrochen war, mit seiner Familie an Bord des italienischen Kriegsschiffes „Misurato" begeben, kehrte jedoch bald an Land zurück. Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXXII, S. 529, Fußnote.

gemeinsamen Schritt der Mächte mitzumachen und hoffe, daß Deutschland nun dasselbe tun werde[3].

König bedauerte sehr, daß sich Beziehungen zu Österreich verschlechtert hätten, zumal ihn persönlich Freundschaft mit Kaiser Franz Joseph verbinde. Hauptschuld liege in bulgarischer Politik der österreichischen Regierung, die noch immer glaube, daß die Freundschaft mit Bulgarien Österreich etwas nützen werde. Österreich wolle immer zwischen Bulgarien und Rumänien versöhnen. Das sei augenblicklich unangebracht[4] und auch in Zukunft schwierig, denn Rumänien könne wohl eine Vergrößerung Serbiens und Griechenlands, aber nicht eine solche Bulgariens[4] zulassen. Österreichischer Gesandter habe bei neulicher Audienz betont, daß Rumänien seine Entwicklung in mehr als 30 Friedensjahren dem Schutze Österreichs verdanke[5]. Dies sei nicht richtig, denn es habe sich während dieser Zeit für Österreich keine Notwendigkeit ergeben, Rumänien beschützen zu müssen[4]. Jetzt könne Rumänien Österreichs Schutz entbehren, während 500 000 Mann rumänischer Truppen für Österreich sehr wertvoll sein könnten. Sehr ungehalten waren Seine Majestät über gehässige Artikel der österreichischen und noch mehr der ungarischen Presse anläßlich des Zarenbesuchs und auch sonst bei jeder Gelegenheit. Er zweifle nicht, daß die Verleihung des Sterns von Rumänien an den russischen Gesandten jetzt wieder in der österreichisch-ungarischen Presse unfreundliche Artikel hervorrufen werde, während es doch ganz selbstverständlich sei, daß bei einem Kaiserbesuch der Gesandte höher als sonst dekoriert werde.

Bratianu will auf Türkei und Griechenland in friedlichem Sinne einwirken, hat bereits nach Athen warnend telegraphiert. In Constanza wurden alle Minister dekoriert. Bratianu erhielt Alexander Newski, Minister der auswärtigen Angelegenheiten und der Finanzen, Hofmarschälle Königs und Thronfolgers Weißen Adlerorden, übrige Minister Annenorden. König ernannte Zaren zum Chef des im neuen Gebiet stehenden 5. Roschiori-Regiments, dem er den Namen des Kaisers verlieh, soll, als er es anbot, Zaren gesagt haben, es sei das erste Regiment, das in Silistria eingerückt sei, worauf Kaiser geantwortet habe, er werde ihm mit Vergnügen seinen Namen geben. Nach Herrn Bratianu ist keine Verlobung des Prinzen Karl erfolgt.

Waldthausen

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Richtig!
[2] aha!
[3] ja
[4] richtig
[5] ?

## Nr. 15 833

### *Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 28 — Bukarest, den 17. Juni 1914

Geheim

Bratianu hat mir eine nur für Berlin und auch nicht für Wien bestimmte Mitteilung über die heutigen Besprechungen mit Sasonow* gemacht, die heute mit Depeschenkasten abgeht**. Danach ist rumänischerseits der Frieden als unumgängliche Bedingung der Ausgestaltung der freundschaftlichen Beziehungen mit Rußland bezeichnet worden und hat Sasonow mehrfach versichert, daß Rußland[1] die friedlichste Politik verfolge. Auch gegenüber Österreich habe er friedliche Absichten, doch könne es unter keinem Vorwande einen österreichischen Angriff auf Serbien zulassen[2]***. In letzterer Beziehung hat Sasonow wegen der Zwischenfälle Besorgnis geäußert, zu denen die Anarchie in Albanien führen könne. Aus dem weiteren Inhalt der Mitteilung des Herrn Sasonow ergibt sich folgendes: Die rumänische Regierung hat in Athen erklärt, daß die dortige aggressive Haltung mit den Grundlagen der rumänisch-griechischen Entente nicht übereinstimme, und

---

* Sasonow, der das Zarenpaar nach Constanza begleitet hatte, begab sich am 15. nach Bukarest, am 16. nach Sinaia, von wo er mit Bratianu eine Automobilfahrt über die Grenze ins Siebenbürgische unternahm. Der Abstecher auf österreichisches Gebiet versetzte den Grafen Berchtold in starke Aufregung. Er äußerte sich gegen Botschafter von Tschirschky darüber laut dessen Bericht vom 19. Juni (Nr. 193) in starken Worten: „Wenn auch Herr Bratianu dem Herrn Sasonow einen Ausflug nach Siebenbürgen hinein vorgeschlagen hätte, so würde ihn, den Grafen Berchtold, dies nicht so sehr wundern. Denn Herr Bratianu sei schließlich Minister nur eines kleineren Staates, dem Rücksichtnahme auf die feineren Interessen der großen Politik vielleicht ferner läge. Daß aber der russische Minister des Auswärtigen, der zu offiziellem Besuche in Rumänien weilte, von dort aus mit dem rumänischen Minister des Auswärtigen in ein fremdes Land geht, und gerade auf das heiße Terrain von Siebenbürgen, trotzdem er sich sagen mußte, daß er damit den irredentistischen Strömungen auf beiden Seiten der Grenze Vorschub leiste, das sei nicht zu verantworten und so gegen jede internationale Höflichkeit, daß er, Graf Berchtold, die ganze Nachricht für kaum glaublich halte."

** Siehe das folgende Schriftstück nebst Anlage.

*** In ähnlicher Weise gab König Karol dem Grafen Czernin am 19. Juni die Äußerungen Sasonows wieder: „Auf seine Frage, ob Sasonow die europäische Situation ebenso gesichert auffasse wie er, der König selbst, erwiderte Sasonow bejahend: Pourvu que l'Autriche ne touche pas à la Serbie." Ottokar Czernin, Im Weltkriege, S. 117. Zu den Schlußfolgerungen, die Graf Czernin an den Sasonowschen Ausspruch in dem Sinne knüpft, als ob Sasonow damals bereits gewußt habe, daß serbischerseits ein Komplott gegen Österreich-Ungarn geschmiedet werde und als ob das Attentat von Serajewo eine von langer Hand vorbereitete und unter russischer Patronanz vollzogene Missetat sei, vgl. J. v. Szilassy, Der Untergang der Donau-Monarchie, S. 260.

daß die Folgen auch hinsichtlich der Bulgaren Rumänien nicht berühren könnten. In Konstantinopel wird auf Vorschlag des Herrn Sasonow eine mit der des russischen Botschafters identische Demarche erfolgen und auf die Unmöglichkeit einer erneuten Schließung der Dardanellen für den Handel im Schwarzen Meer aufmerksam gemacht werden *.

Waldthausen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Die schlappe Regierung, aber nicht die Militair- und Slavenparthei
[2] aha! da sollen die Rumänen den Russen helfen!

Nr. 15 834

## *Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 180 Bukarest, den 17. Juni 1914
Geheim

Herr Bratianu hat mir heute die in Abschrift beifolgende Mitteilung über die hiesigen Besprechungen mit Herrn Sasonow gemacht. Der Wortlaut der betreffenden Erklärungen ist bei unserer Unterredung schriftlich festgelegt worden.

Waldthausen

* In einem weiteren Telegramm Waldthausens vom 19. Juni (Nr. 29) — siehe dasselbe in Bd. XXXVI, Kap. CCLXXXIII, Nr. 14 625 — heißt es über die russisch-rumänische Demarche in Konstantinopel: „In Konstantinopel sei gemeinsam mit Rußland die auf die Unmöglichkeit einer erneuten Schließung der Dardanellen bezügliche Demarche erfolgt, von der in der Mitteilung die Rede ist, die mir Herr Bratianu über die Besprechungen mit Sasonow gemacht hat. Letzterer habe eine Demarche à deux sans prévenir les autres, wobei er allerdings an Frankreich und England gedacht habe, vorgeschlagen und in dem . . Rumänien als Großmacht behandeln und von ‚les Puissances' sprechen wollen, was Herr Bratianu jedoch in ‚l'Empire Russe et la Roumanie' umgewandelt habe." Bezüglich der Dardanellen hatte Sasonow schon gelegentlich des Empfangs der türkischen Sondermission in Livadia am 11. Mai — vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXXIII, Nr. 14 595 nebst Fußnote * — eine „russisch-türkische Verständigung zu zweien" angeregt, war damals aber bei Talaat Bey, dem Führer der Sondermission, abgeblitzt, der auf den europäischen Charakter der Frage hinwies. Über die weitausschauenden russischen Pläne in der Dardanellenfrage, die sich mit der friedlichen Auffassung König Karols von Rumänien keineswegs deckten, vgl. neben dem Journal der Sonderkonferenz vom 21. Februar 1914 (M. Pokrowski, Drei Konferenzen, S. 46 ff.) das Geheimtelegramm Paléologues vom 18. April 1914. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 90. Danach wäre Kaiser Nikolaus für den Fall, daß die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zwischen Griechenland und der Türkei zu einer Schließung der Meerengen führte, entschlossen gewesen, ihre Öffnung mit Gewalt zu erzwingen, auf die Gefahr hin, daß sich Deutschland der Türkei annehme.

## Anlage

### Abschrift

Sa Majesté le Roi dans son toast ainsi que nous dans toutes nos conversations avons souligné et appuyé que la condition indispensable pour le développement des relations d'amitié que nous désirons développer avec la Russie était la paix. A des questions pour savoir si nous étions libres de tout engagement, j'ai à différentes reprises répondu que nous défendrions en toutes circonstances les intérêts roumains ainsi que nous l'avons fait l'année dernière aussi, et que ces intérêts justement nous faisaient soutenir ceux qui défendaient la paix. Mr. Sasonow m'a à plusieurs reprises assuré que la Russie poursuivait la politique la plus pacifique, que quoiqu'il n'eût pas été content de la manière dont la mission militaire allemande avait été envoyée à Constantinople *, il était sûr que rien ne menaçait les relations amicales avec l'Allemagne ni du côté de la Russie ni du côté de l'Angleterre, et de même que la France n'avait aucune intention belliqueuse. Il m'a de même assuré des intentions pacifiques de la Russie envers l'Autriche, mais il a ajouté que sous aucun prétexte la Russie ne pouvait admettre une agression autrichienne contre la Serbie, et dans cet ordre d'idées il craignait les incidents auxquels pouvait donner naissance l'anarchie en Albanie au sujet de laquelle il ne m'a pas caché son pessimisme. Il a exprimé sans réserve sa sympathie pour l'action conciliatrice de la Roumanie entre les différents états balcaniques et notamment l'action pressante que nous avons exercée à Athènes et à Constantinople dans les derniers jours. A Athènes nous leur avons fait savoir que l'attitude agressive qu'ils manifestent en ce moment ne correspondait pas aux bases de notre entente et que les conséquences même vis-à-vis des Bulgares ne pouvaient nous regarder. Sur la proposition de Mr. Sasonow je vais donner des instructions à notre ministre à Constantinople pour y faire une demarche identique à celle de l'ambassadeur de Russie afin d'attirer l'attention du Gouvernement Turc sur l'impossibilité de fermer de nouveau les Dardanelles au commerce de la Mer Noire qui en a déjà tant souffert l'année dernière.

Selon notre habitude j'ai tenu à mettre en courant le Gouvernement de Berlin non seulement sur le caractère général de la visite russe mais même sur les détails ci-dessus qui le précisent mieux.

Dans les communications que je ferai à Vienne j'éviterai les détails qui pourraient s'ils étaient divulgués à Pétersbourg me mettre vis-à-vis de Mr. Sasonow dans une position pénible qui peut-être ne serait pas désagréable en ce moment à certains cercles austro-hongrois. C'est pourquoi je prie de garder pour Berlin le texte de cette communication.

---

* Vgl. dazu Bd. XXXVIII, Kap. CCXC.

Nr. 15 835

## *Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 188 Bukarest, den 19. Juni 1914

Seine Majestät der König von Rumänien hat die Erklärungen des Herrn Bratianu über die Besprechungen mit Herrn Sasonow, wie bereits gemeldet, gebilligt und sie auch mir gegenüber in der mir gestern abend bewilligten Audienz bestätigt. In dieser Audienz hat Seine Majestät mir noch folgende Mitteilungen über seine Unterredung mit Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland und Herrn Sasonow gemacht.

Der König hat dem Zaren gegenüber unter völliger Zustimmung desselben die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Friedens betont, im übrigen aber nicht mit ihm über Politik geredet, sondern ihm gesagt, sie wollten darüber nicht sprechen, da dafür ja Herr Sasonow da sei. Den letzteren hat Seine Majestät darauf hingewiesen, daß Rußland bezüglich der Dardanellen die politische Frage außer Betracht lassen und nur die für beide Länder gleich wichtige Frage der Offenhaltung der Meerengen für den Handel im Auge behalten müsse. Ähnlich wie Herr Bratianu zu Anfang seiner Mitteilung hat auch Seine Majestät der König mich auf die Betonung des Friedens hingewiesen, wie sie in den stattgehabten Besprechungen sowohl wie in den gehaltenen Reden erfolgt sei. Allgemein sagte der König, daß es sich bei dem Besuche nur um Freundschaft gehandelt habe. Dabei erwähnte der Monarch, daß ihm seinerzeit nach seiner Rückkehr aus Rußland bei der Beerdigung der Kaiserin Elisabeth Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph seine Freude darüber ausgesprochen habe, daß er in Petersburg so gut aufgenommen worden sei. Bei gelegentlichen Äußerungen legte der König Verwahrung gegen die Auffassung ein, daß sich etwas geändert habe und daß Rumänien mit Rußland zusammengehen wolle. Er kritisierte das Bestreben derer, die Rumänien zwingen wollten, Farbe zu bekennen, wies auf die hiesige antiösterreichische Stimmung hin und sprach die Befürchtung aus, daß in der Kammer eine Interpellation über das Verhältnis mit Österreich erfolgen könne, über die man zwar hinwegzukommen wissen werde, die aber doch nicht angenehm wäre. Der König führte ferner in Übereinstimmung mit den bezüglichen Erklärungen des Herrn Bratianu aus, in welcher Weise dieser der russischen Frage, ob Rumänien Verpflichtungen habe, ausgewichen sei. Auf meine Frage ob Herr Sasonow versucht habe, Rumänien vom Dreibund abzuwenden, erwiderte Seine Majestät, ein solcher Versuch sei nicht von Herrn Sasonow, sondern von dem polnischen Gesandten Rußlands Herrn Poklewsky[1] gemacht worden. Des

näheren hat sich Seine Majestät über diesen Versuch nicht ausgesprochen.

Der König erwähnte sodann die Erklärung des Herrn Sasonow, daß Rußland einen Angriff Österreichs gegen Serbien nicht zu dulden vermöge, und äußerte, die Besorgnis, die der russische Minister bezüglich Albaniens hege, bestehe darin, daß, wenn Serbien sich in Albanien einmischen würde, Österreich gegen Serbien vorgehen könnte. Ferner erklärte Seine Majestät, Herr Sasonow habe gesagt, Herrn Veniselos' Stellung sei erschüttert; sowohl König Konstantin wie der Kronprinz seien gegen ihn. König Karl bemerkte dabei, daß er seinerzeit den Diadochen gebeten habe, seinem Vater, dem Könige, zu sagen, daß nach seiner Meinung Herr Veniselos unbedingt gestützt werden müßte[2]. Die Äußerungen des Herrn Sasonow über seine nach der Rückkehr von Berlin nach Petersburg erfolgte Verstimmung wegen der deutschen Militärmission in Konstantinopel* schilderte mir Seine Majestät in derselben Weise, wie er sie dem Militärattaché erzählt hat. Auch bemerkte er, daß Herr Sasonow außerdem über den alarmierenden Artikel der „Kölnischen Zeitung" ** verstimmt gewesen sei. Bezüglich Österreichs erklärte der König, daß Rumänien jetzt auch ohne dasselbe fertig werden könne, daß dagegen für Österreich Rumänien von großem Werte sei.

Sehr entrüstet war Seine Majestät über die anläßlich des Zarenbesuches erfolgten gehässigen Auslassungen der „Neuen Freien Presse" und ganz besonders des „Pester Lloyd", der doch ein offiziöses Blatt sei. Der König kritisierte scharf den im Abendblatt des „Pester Lloyd" vom 17. Juni auf Seite 2 abgedruckten, eine Würdigung des Besuchs enthaltenden Artikel. Er las mir den größten Teil desselben vor und machte mich aufmerksam auf alle einzelnen darin enthaltenen Unrichtigkeiten. Den meisten Anstoß nahm Seine Majestät an der unwahren Behauptung des Blattes, daß die erste Begrüßung der Herrschaften, die auf rumänischem Boden stattgefunden hat, an Bord der „Standart" erfolgt sei. Der König sagte, daß ihm persönlich die Veröffentlichung gleichgültig wäre, daß aber der Eindruck auf das Publikum in Betracht käme, den eine solche Darstellung hervorrufen müsse.

Den Verlauf des Zarenbesuches hat mir Seine Majestät sehr ausführlich in allen Einzelheiten geschildert. Der König sagte, alles sei sehr korrekt vor sich gegangen, der Tag sei ohne jeden Mißton sehr schön verlaufen, auf beiden Seiten sei man sehr befriedigt gewesen. Der Kaiser, der den Besuch schon seit einigen Jahren habe ausführen wollen, habe sich gerade so gegeben, wie im vorigen Jahre bei der Hochzeit in Berlin[3]***. Höchstderselbe sei sehr erfreut und

---

* Vgl. dazu Bd. XXXVIII, Kap. CCXC.
** Vgl. dazu Kap. CCIC, Nr. 15 843 ff.
*** Vgl. dazu Bd. XXXIV, Kap. CCLXXII, Nr. 13 331.

gut gestimmt, Ihre Majestät die Kaiserin sehr herzlich und warm, das ganze Zusammensein sehr gemütlich gewesen. Er, der König, habe mit dem Kaiser viel deutsch gesprochen; er habe ihn deutsch „du“ und französisch „vous“ genannt. Als er ihn auf der Fahrt zur Parade gefragt habe, ob er das 5. Roschiori-Regiment annehmen wolle, habe sich der Kaiser sehr gefreut. Er habe dann beim Passieren des Regiments halten lassen, sei aber infolge des lauten Jubels des Publikums zuerst nicht verstanden worden, so daß der Wagen nachher wieder habe zurückfahren müssen. Die Kaiserin habe sich infolgedessen etwas erschreckt. Er, der König, habe dann dem Regiment die Namensverleihung angekündigt, der Kaiser habe ihm gedankt und die Hand gedrückt. Eine Umarmung, von der die Zeitungen gesprochen hätten, habe nicht stattgefunden. Seine Majestät erwähnte auch, daß er dem Kaiser gesagt habe, die 5. Roschiori seien das erste Regiment, das in Silistria eingezogen sei; das Regiment müsse sich am folgenden Tage nach dem neuen Gebiete begeben. Weiterhin sagte Seine Majestät, Kaiser Nikolaus habe ihm nach der Abfahrt ein sehr warmes Telegramm geschickt. Er seinerseits sei am zweitfolgenden Tage nach Dobrič in der neuen Dobrutscha gereist. Von dort habe er dem Kaiser nochmals telegraphisch für alle Liebe gedankt und ihm mitgeteilt, daß sein neues Regiment soeben vor ihm defiliert habe.

Seine Majestät zeigte mir noch in Constanza aufgenommene sehr gute Photographien der beiden Souveräne und der beiden Herrscherfamilien. Der König erwähnte zum Schluß, daß er demnächst Seiner Majestät unserem allergnädigsten Kaiser wegen der Verleihung des Namenzuges an das 9. Dragonerregiment schreiben und ihm Photographien des Zarenbesuches schicken werde.

W a l d t h a u s e n

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Alte Engl[ischer] Politiker meines † Onkels Edward!
[2] habe ich ihm auch persönlich gesagt
[3] es kommt nur gar nichts dabei heraus

Nr. 15 836

## *Bericht des Militärattachés in Bukarest Majors Bronsart von Schellendorff*

Abschrift

Nr. 117 Bukarest, den 19. Juni 1914

General Iliescu, der als Generalsekretär des Kriegsministeriums der Begebenheit von Constanza in Begleitung des Ministerpräsidenten und Kriegsministers Bratianu beiwohnte, machte mir heute nachstehende Mitteilung über das Ereignis.

Es seien in Constanza keinerlei Abmachungen getroffen worden. Die russische Regierung sei auch mit keinen bestimmten Propositionen an die rumänische Regierung herangetreten. Seines Erachtens verfolge Rußland, unterstützt durch Frankreich, einstweilen nur den Plan, Rumänien vom Dreibunde zu entfernen und das Terrain für eine Annäherung an die Tripelentente vorzubereiten. Das sei der Zweck des Zarenbesuchs gewesen. Die Russen seien offensichtlich mit der Absicht gekommen, die Herzen der Rumänen zu gewinnen. Der Kaiser, die kaiserliche Familie und die Umgebung des Kaisers seien während des ganzen Tages von einer geradezu bestrickenden Liebenswürdigkeit gewesen. Es sei allgemein aufgefallen, daß die Herren des Gefolges sich besonders viel mit den rumänischen Offizieren abgegeben hätten. Ein Graf Apraxin habe sich fortwährend mit den anwesenden Stabsoffizieren unterhalten und ihnen erzählt, in ein bis zwei Jahren würde Rumänien mit Hilfe von Rußland Transsylvanien erhalten. Die Russen hätten ihren Zweck bis zu einem gewissen Grade erreicht, denn die Begeisterung für den Zaren habe im Laufe des Tages immer mehr zugenommen, und am Abend bei der Abreise sei es zu enthusiastischen Kundgebungen gekommen, die nicht künstlich gemacht waren. Auch auf Seine Majestät den König hätten die russischen Aufmerksamkeiten einen tiefen Eindruck gemacht, während Prinz Ferdinand, der von den Russen nichts wissen wolle, sich über die ganze Sache ärgere. General Iliescu ist überzeugt, daß die Russen zielbewußt ihre Bemühungen fortsetzen werden, in Rumänien zunächst eine ihnen günstige Stimmung zu schaffen, und er fürchtet, daß sie schließlich damit Erfolg haben werden, wenn nicht von seiten des Dreibundes dagegen gearbeitet wird. Er versicherte mir, wie schon öfters, daß Herr Bratianu nicht daran denke, die Orientierung der auswärtigen Politik Rumäniens zu ändern, und daß dieser wahrscheinlich im Sommer nach Berlin fahren werde, um persönlich mit unserer Regierung über das Verhältnis Rumäniens zum Dreibunde zu sprechen.

General Iliescu erzählte ferner, daß nicht Herr Sasonow, sondern dessen Kabinettschef, Baron Schilling, der eigentliche Leiter der russischen auswärtigen Politik sei. Der rumänische Gesandte in St. Petersburg, Diamandy, berichte, daß Sasonow nichts [1] und Schilling alles mache. Er selbst, Iliescu, habe auch den Eindruck gewonnen, daß Schilling ein außerordentlich kluger, gewandter und einflußreicher Mann sei.

(gez.) von Bronsart
Major im Generalstabe und
Militärattaché in Bukarest

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Den Eindruck habe ich schon länger.

Nr. 15 837

## *Der Geschäftsträger in Bukarest Graf von Waldburg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 194 Bukarest, den 24. Juni 1914

Herr Bratianu, den ich heute besuchte, äußerte sich über das Verhältnis zu Österreich-Ungarn nahezu in dem gleichen Sinne wie im vergangenen Herbste, als er noch nicht an der Regierung war. Nach ihm bildet die Verbesserung der Lage der ungarländischen Rumänen nach wie vor die Grundbedingung für ein gutes Verhältnis zur Nachbarmonarchie. Er findet, daß die bescheidenen Forderungen der Rumänenführer erfüllt werden müßten. Den Grafen Tisza, den der Ministerpräsident noch im vergangenen Jahre sehr wohlwollend beurteilt hatte, bezeichnete er jetzt als unaufrichtig. Es sei ihm mit den Verhandlungen nicht ernst gewesen, er habe nur einem Wunsche des Erzherzog-Thronfolgers entsprechen wollen.

Ferner beklagte sich Bratianu über die österreichisch-ungarische Presse, in der sogar von Befestigungen an der rumänischen Grenze die Rede gewesen sei, und meinte, wohl mit Recht, ein solcher Schritt könnte leicht zu einer dauernden Verschlechterung der Beziehungen führen. Man dürfe drüben keinen solchen Pessimismus zur Schau tragen, sondern müsse trachten, die Ursachen des Übels zu beseitigen. Dem Ministerpräsidenten würde eine Einwirkung Euerer Exzellenz auf Wien in diesem Sinne sehr vorteilhaft erscheinen, denn wenn es in Österreich-Ungarn mit dem Nationalitätenstreit so weitergehe, meinte er, werde dieses seine Großmachtstellung einbüßen, was doch Deutschland nicht gleichgültig sein könne.

Auf meine Bemerkung, ob er glaube, daß bei den nationalen Einheitsbestrebungen in Ungarn eine Verständigung mit den dortigen Rumänen überhaupt herbeigeführt werden könne und was hier geschehen würde, wenn diese Frage ungelöst bliebe, meinte der Ministerpräsident mit einem Achselzucken, daß sich die Beziehungen eben noch weiter verschlechtern würden, im Falle diese Angelegenheit keine befriedigende Regelung fände.

Als ich alsdann den Ministerpräsidenten fragte, ob er denn der Ansicht sei, daß Rumänien heute Österreichs nicht mehr bedürfe, erwiderte er im Gegensatz zu dem, was Seine Majestät der König dem Kaiserlichen Gesandten gegenüber äußerte*, dies sei durchaus nicht der Fall und eben deshalb wäre er bestrebt, gute Beziehungen zwischen den beiden Staaten herbeizuführen. Wenn Rumänien Österreich nicht auf seiner Seite habe, so müsse es sich an Rußland anschließen; mit

* Vgl. Nr. 15 832.

letzterem habe es aber schon seine schlechten Erfahrungen gemacht und seine jetzige Politik, die auf den Besitz der Meerengen gerichtet sei, eröffne für Rumänien keine verlockenden Aussichten.

Weiter meinte Herr Bratianu, Österreich müsse verstehen, daß unter den obwaltenden politischen Umständen die Beziehungen Rumäniens zum Dreibund mehr durch Deutschland zum Ausdruck kommen müßten, das ihm hierdurch nur einen guten Dienst erweise. Rußland sei auch nicht direkt, sondern durch Frankreich an Rumänien herangetreten. Solche Verschiebungen seien eben das Ergebnis jeweiliger politischer Konstellationen.

Der Ministerpräsident gab schließlich ziemlich deutlich zu verstehen, daß im jetzigen Augenblick jede Aufmerksamkeit für Rumänien, die von Deutschland komme, im politischen Interesse sehr erwünscht wäre, und bemerkte, daß der russische Besuch ohne vorausgegangene Äußerung eines Wunsches von rumänischer Seite, ganz spontan erfolgt sei. In letzterem Ausspruche dürfte wieder eine Anspielung auf einen Besuch unseres allergnädigsten Herrn zu suchen sein.

Gegenüber den Äußerungen des Ministerpräsidenten ist vor allem die Verschiedenheit der Auffassung zwischen diesem und Seiner Majestät dem Könige über den Wert Österreich-Ungarns für Rumänien hervorzuheben. Andererseits muß es auffallen, daß Herr Bratianu, wenn er tatsächlich davon überzeugt ist, daß Rumänien Österreichs bedürfe, eine Politik treibt, die seiner Überzeugung so wenig Rechnung trägt. Denn man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Tendenz der rumänischen Politik heute auf ein Zurückdrängen Österreichs zugunsten Rußlands gerichtet ist. Da man letzterem aber nicht traut, so soll Deutschland ein Gegengewicht für das russische Liebeswerben bilden.

W a l d b u r g

## Nr. 15 838

## *Der Geschäftsträger in Bukarest Graf von Waldburg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 204 Bukarest, den 3. Juli 1914

Das „Journal des Balkans“ bringt in seiner heutigen Ausgabe einen „Echo d'un voyage“ überschriebenen Artikel, der den Zarenbesuch in Constanza behandelt. Herr Tardieu, der Verfasser des Artikels, gibt nach einigen schmeichelhaften Bemerkungen an die Adresse Rumäniens einer russischen Persönlichkeit das Wort, deren Auffassung angeblich diejenige der Umgebung des Zaren widerspiegelt. Der Gewährsmann des Herrn Tardieu ist der Ansicht, daß niemand in Petersburg die harte

Behandlung verkannt hätte, die Rumänien auf dem Berliner Kongreß zuteil geworden sei. Er macht aber den Fürsten Bismarck für dieselbe verantwortlich, durch dessen „ehrliches Maklergeschäft" Rußland stärker als jedes andere Land getroffen und mißhandelt worden sei. Letzteres sei daher unschuldig; es habe sich in Ermangelung etwas Besserem und in der Befürchtung, mit leeren Händen auszugehen, darein geschickt. Die ganze Tiefe der Kränkung, die Rumänien erlitten hatte, sei ihm nicht zum Bewußtsein gekommen, da es damals auf sich selbst angewiesen und unzufrieden gewesen sei.

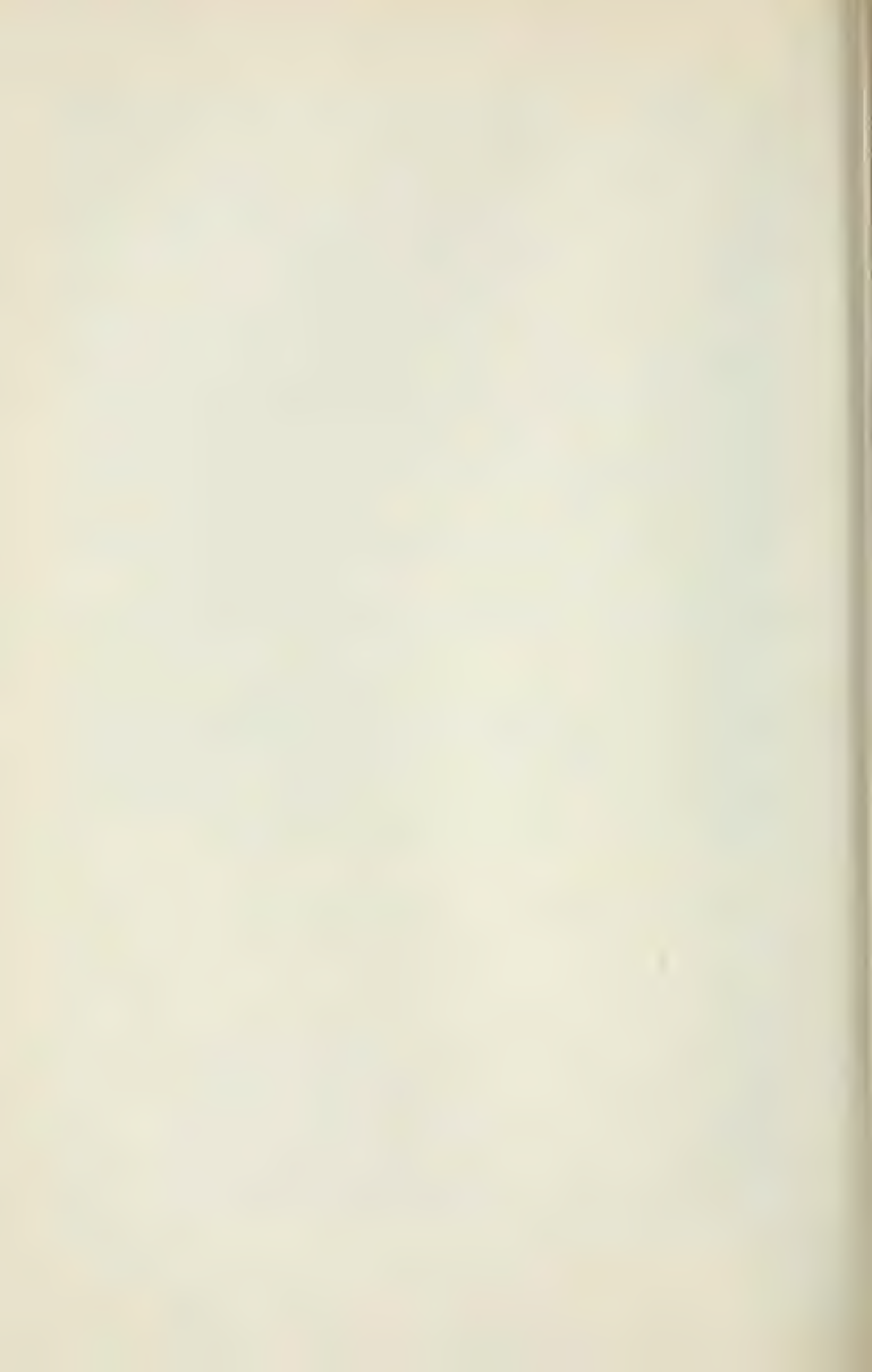
Die französisch-russische Allianz, heißt es weiter, hätte früher oder später Rußland Rumänien näher bringen müssen, weil jenes dasselbe Ziel zur Erlangung des Gleichgewichts in Europa verfolge, das dieses im Orient anstrebte, und in dem Augenblick behaupten mußte, als der Balkan die Formen geordneter Staatswesen annahm. Die Tendenz der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts am Balkan decke sich aber mit der Politik Rußlands, während das serbenfeindliche Österreich sich von diesem entfernt habe.

Der Gewährsmann schließt mit einem Lobe auf Herrn Schebeko und Herrn Blondel, die sehr gut gearbeitet hätten, weil sie mit dem Strome geschwommen seien*.

Herr Tardieu fügt diesen Auslassungen nichts weiteres hinzu, als daß dieselben sich in allen Punkten mit seiner Auffassung deckten.

Waldburg

* Die diesbezüglichen Auslassungen des russischen Gewährsmanns Tardieus lauteten nach des letzteren Angabe wörtlich: „Je ne veux pas diminuer le mérite de vos diplomates ni des nôtres. Ils ont très bien travaillé, M. Shebelko et plus encore peut-être M. Blondel. Mais s'ils ont reussi, c'est qu'ils ont eu l'habilité — la seule habilité qui compte en diplomatie, — de se mettre dans le courant. — Ce courant menait où j'ai dit. En le suivant, en s'y livrant, la France, la Russie, la Roumanie se sont assuré un beau succès."



Kapitel CCIC

# Die Russische Kriegsbereitschaft und die Deutsch-Russische Pressefehde

## Februar bis Juni 1914



Nr. 15 839

*Der Chef des Generalstabs der Armee General der Infanterie von Moltke an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow*

Ausfertigung

Nr. 3035 Berlin, den 24. Februar 1914

Euerer Exzellenz erlaube ich mir in der Anlage* eine Ausarbeitung über die Kriegsbereitschaft Rußlands sehr ergebenst zu übersenden.

v. Moltke

Anlage

Unmittelbar nach dem japanischen Kriege war die Kriegsbereitschaft der russischen Armee stark erschüttert.

Es mußte zunächst damit begonnen werden, unter Aufwendung großer Geldmittel die Verluste an Waffen, Munition, Ausrüstung, Traingerät, Eisenbahnmaterial usw. zu ersetzen und sämtliche für die Schlagfertigkeit der Armee notwendigen Bestände aufzufüllen. Dies scheint bis zum Jahre 1911 gelungen zu sein, da für 1912 „Mittel zur Auffüllung der im mandschurischen Kriege verloren gegangenen Bestände“ zum ersten Male nicht mehr im Budget angefordert worden sind.

Um aber die Bestände der Armee auch für die Zukunft zu erhalten, setzte gleichzeitig eine energische Tätigkeit zur Aufdeckung und Beseitigung von Mißständen in der gesamten Verwaltung, besonders der Intendantur, ein, deren Bestechlichkeit und Korruption ein beträchtlicher Teil der Schuld an den Lücken in der materiellen Ausstattung der Armee zuzuschreiben war.

Nach der Ergänzung ihrer Bestände befand sich die Armee auf annähernd derselben Höhe der Kriegsbereitschaft wie vor dem Feldzuge. Die Kriegserfahrung hatte aber gezeigt, daß diese nicht genügte. Daher gelangte nunmehr in ununterbrochener Folge eine ganze Reihe

* Siehe Anlage.

einschneidender Maßnahmen zur weiteren Steigerung der Kriegsbereitschaft zur Durchführung.

Auf organisatorischem Gebiete sind folgende von besonderer Bedeutung:

Die Reserve-Kadre-Formationen, die im Feldzuge versagt hatten, wurden ebenso wie die Festungsinfanterie in aktive Formationen umgewandelt. Dadurch wurde die Neubildung von drei Armeekorps in Europa, einem im Kaukasus und zwei in Sibirien ermöglicht.

In den Grenzgebieten, in denen es hauptsächlich auf eine schnelle Bereitschaft der Feldtruppen ankommt, wurden die Friedensstände erhöht (pro Kompagnie von 116 auf 158 Mann). Eine weitere Erhöhung steht bevor.

In den weiter zurückliegenden Gebieten erhielten die aktiven Truppen starke Kaders von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften angegliedert, die als Stämme für die hier aufzustellenden Reserveformationen bestimmt sind.

Die operative und taktische Leistungsfähigkeit der zahlreichen Kavalleriedivisionen hat sich durch Zuteilung von Maschinengewehrkommandos, Sappeurkommandos und modernen Nachrichtenmitteln gehoben. In Zukunft sollen noch die Kosakenregimenter der Kavalleriedivisionen durch neuzubildende reguläre Kavallerieregimenter ersetzt werden.

Eine Vermehrung der Feldartillerie, besonders der leichten Feldhaubitzbatterien und der schweren Artillerie des Feldheeres steht bevor.

Die Herabsetzung der Dienstzeit auf drei (bei den berittenen Truppen vier) Jahre und die damit verbundene Erhöhung des Rekrutenkontingents ergab eine große Vermehrung der ausgebildeten Mannschaften des Beurlaubtenstandes. Infolgedessen ist es jetzt möglich, die Feldarmee auf Kriegsfuß zu setzen, ohne wie im japanischen Kriege auf die weniger leistungsfähigen ältesten Jahrgänge zurückgreifen zu müssen.

Die Ausbildung des Beurlaubtenstandes wurde durch Erhöhung der Zahl der übenden Mannschaften und durch Verlängerung der Übungsdauer verbessert. Es übten im Jahre 1911: 320 000, 1912: 368 000, 1913: 422 349 Reservisten. Im Jahre 1914 werden 490 766 Reservisten üben. Während die Übungen früher vier und nur für die zu den Herbstübungen eingezogenen Leute sechs Wochen dauerten, sind sie jetzt allgemein auf sechs Wochen verlängert.

Die ungediente Reichswehr I. Aufgebots, die unserer Ersatzreserve entspricht, ist jetzt ebenfalls zu Übungen von sechswöchiger Dauer verpflichtet. Es übten 1911: 136 000, 1912: 360 000, 1913: 375 000 Mann; im Jahre 1914 werden 400 000 Reichswehrleute üben.

Dem nach dem Kriege sehr fühlbaren Offiziermangel wurde

durch Erhöhung der Gehälter und Pensionen, durch Wiederanstellung verabschiedeter und Aktivierung von Reserveoffizieren abgeholfen. Die Aufhebung der Unterschiede in der Vorbildung, schärfere Qualifikationsbestimmungen und anderes mehr hob die Qualität des Offizierkorps.

Ein bisher gänzlich fehlendes länger dienendes Unteroffizierkorps wurde neu geschaffen.

Die Einführung einer längeren aktiven Dienstzeit für die Gebildeten verbesserte die Ausbildung des Reserveoffiziersatzes. Die Masse der Reserveoffizieraspiranten dient jetzt anderthalb, solche, die nicht freiwillig eingetreten sind, sondern ausgehoben wurden, sogar zwei Jahre aktiv. Die Reserveoffiziere haben dann noch drei achtwöchige Übungen abzuleisten.

Gleichzeitig wurde das Reserveoffizierkorps zahlenmäßig bedeutend vermehrt und ein Reichswehroffizierkorps geschaffen.

Auf die außerordentlich gesteigerte Tätigkeit auf allen Gebieten der Ausbildung und die großen Fortschritte auf den Gebieten der Bewaffnung und Ausrüstung soll hier nicht näher eingegangen werden.

Eine ganz besondere Erhöhung hat die russische Kriegsbereitschaft durch eine Reihe von Verbesserungen auf dem Gebiete der Mobilmachung erfahren, nämlich:

Neue Bestimmungen regelten die Kontrolle der Reservisten im Frieden und ihre Einberufung bei der Mobilmachung.

Die Unterstellung der Mobilmachungsvorarbeiten der Zivilbehörden unter militärische Kontrolle sicherte deren Bearbeitung im Sinne der Armee.

Die gleichmäßigere Verteilung des Heeres auf das ganze Reich bei der Neudislokation im Jahre 1910 ermöglichte die Durchführung der territorialen Ergänzung. Jeder Truppenteil erhält jetzt bei der Mobilmachung seine Ergänzungsmannschaften aus dem Gebiete, in dem er steht. Langwierige Mobilmachungstransporte werden dadurch entbehrlich und die Mobilmachung wird beschleunigt.

Die systematische Ausnutzung des stetig weiter ausgebauten Telegraphen-, Fernsprech- und Funkentelegraphennetzes für die Zwecke der Mobilmachung ergab für diese eine weitere Beschleunigung.

Zur praktischen Erprobung der Zweckmäßigkeit aller Mobilmachungsmaßnahmen wurden die Versuchs- und Probemobilmachungen eingeführt.

Erstere stellen vornehmlich eine Prüfung der Mobilmachungsvorarbeiten der Zivilbehörden und der Bezirkskommandos sowie eine Übung für die Reservisten dar. Es werden dabei die Mannschaften des Beurlaubtenstandes eines oder mehrerer Kreise kriegsmäßig ein-

gezogen, Augmentationspferde ausgehoben, ein oder mehrere Truppenteile auf Kriegsfuß gebracht oder kriegsmäßig aufgestellt und anschließend einige kriegsmäßige Übungen abgehalten. Die Probemobilmachungen bilden eine praktische Prüfung für die Mobilmachungsvorarbeiten der Truppe. Ein Truppenteil führt dabei seine gesamte Mobilmachung tatsächlich durch, wobei die Ergänzungsmannschaften und Pferde von einem anderen Truppenteil gestellt werden. Beide Arten der Prüfung der Mobilmachungsmaßnahmen haben sich außerordentlich bewährt und ihre Zahl ist dementsprechend in den letzten Jahren ganz bedeutend gewachsen.

Das Gesetz über die Gestellung von Pferden und Wagen im Kriege wurde mehrfach neu bearbeitet und verbessert.

Ein neu erlassenes Kraftwagen- und Schiffsgestellungsgesetz sichert der Armee für den Mobilmachungsfall auch diese wichtigen Transportmittel.

Im Jahre 1911 erfolgte die Ausgabe einer neuen Mobilmachungsvorschrift. Die früher für die einzelnen Waffen getrennt bestehenden Vorschriften sind darin einheitlich und kürzer zusammengefaßt. Außerdem verkürzt die neue Vorschrift die Zeit für die Erreichung der Marschbereitschaft um einen Tag. Feldtruppen sollen jetzt schon einen, Truppen zwei, Linie drei Tage nach Eintreffen der letzten Reservisten marschbereit sein. Voraussichtlich wird daher jetzt die Marschbereitschaft von Truppen 1. Linie am fünften, von solchen 2. Linie am achten Mobilmachungstage erreicht werden. Das läßt auf eine wenigstens theoretisch sehr eingehende und gute Vorbereitung der Mobilmachung schließen.

Ermöglicht wird diese und unter Umständen eine noch weitergehende Beschleunigung der Mobilmachung durch die im Frühjahr 1913 offiziell eingeführte Kriegsvorbereitungsperiode. Diese gibt die Möglichkeit, die Mobilmachung in Zeiten politischer Spannung in weitgehendster Weise vorzubereiten, ja sie im geheimen so weit durchzuführen, daß unter Umständen wenigstens die Grenzkorps beim tatsächlichen Erlaß des Mobilmachungsbefehles sofort marschbereit sein können.

Um alle militärischen Maßnahmen, besonders aber Mobilmachungsvorbereitungen in Zeiten politischer Spannung wirklich geheimhalten zu können, wurde das Spionagegesetz wesentlich verschärft und die Veröffentlichung jeglicher militärischer Nachrichten durch die Presse verboten.

Die Spannungszeit 1912/1913 gab dann Veranlassung, alle bis dahin schon durchgeführten Maßnahmen zur Erhöhung der Kriegsbereitschaft noch einmal gründlich zu überprüfen und die nunmehr noch vorgefundenen Mängel unter dem Drucke der Gefahr schleunigst abzustellen. Besonders ist hervorzuheben:

Die gesamten Mobilmachungsvorarbeiten der Militär-

und Zivilbehörden wurden einer nochmaligen eingehenden Prüfung unterzogen.

Noch bestehende Lücken in den Mobilmachungsbeständen an Bekleidung, Ausrüstung, Munition und Verpflegung wurden beschleunigt ausgefüllt.

Durch umfangreiche kurzfristige Bestellungen im In- und Auslande gelangte Rußland in den Besitz genügender Vorräte an Kriegsmaterial jeder Art, auch an solchem, das seine eigene Industrie nicht oder nur in beschränktem Umfange und in langer Zeit herzustellen vermag wie Panoramafernrohre für die Artillerie, Lastkraftwagen, Scheinwerfer, Feldbahnmaterial, Funkenstationen, ärztliche Instrumente und Drogen zur Ausstattung der Sanitätsanstalten und ähnliches.

Die Mobilmachungsbereitschaft der Bahnen wurde geprüft und wo nötig verbessert. Es fanden zu diesem Zwecke vollkommene Probemobilmachungen einzelner Strecken statt.

An der Westgrenze wurden die Pferdeetats der Feldartillerie erhöht.

Besondere Maßnahmen in den Grenzgebieten sicherten eine noch über das gewöhnliche Maß hinausgehende Beschleunigung der Einziehung der Reservisten und der Augmentationspferde.

Schließlich wurde, um über die militärische Schwächeperiode des Winters bis zur vollendeten Rekrutenausbildung hinwegzukommen, der im Herbst 1912 zur Entlassung heranstehende Jahrgang bis zum Frühjahr 1913 zurückbehalten*. Diese Maßnahme hat sich so bewährt, daß sie in diesem Jahre wiederholt wurde und demnächst gesetzlich dauernd eingeführt werden soll.

Durch eine außerterminliche Einstellung von Rekruten im Frühjahr 1913 erhöhte sich die Friedensstärke der Armee nochmals um 48 000 Mann.

Auch der Aufmarsch der russischen Armee hat zweifellos in den letzten Jahren verschiedene Verbesserungen erfahren:

Die als Stützpunkte für den Aufmarsch wichtigen Festungen Kowno, Grodno, Nowogeorgiewsk und Brest-Litowsk werden verstärkt und als moderne Fortsfestungen ausgebaut.

Dagegen erfolgte die Auflassung der entbehrlichen Festungen Warschau und Iwangorod, wodurch Truppen für die Feldarmee frei wurden.

Die Zurückverlegung einiger Armeekorps aus dem westlichen Grenzgebiet in das innere Rußland** machte den Aufmarsch freier von der Friedensunterbringung. Während durch diese früher die gegen Österreich und Deutschland zu verwendenden Kräfte von vornherein festgelegt waren und eine Kräfteverschiebung zur Verlegung des

* Vgl. dazu Kap. CCXCIV.
** Vgl. dazu Kap. CCXCIV.

Schwerpunktes nach der einen oder anderen Stelle mit großen Schwierigkeiten verbunden war, kann die nunmehr in den Militärbezirken Moskau und Kasan gebildete Kräftegruppe, die Zentralarmee, nach Bedarf eingesetzt werden.

Um dies auch eisenbahntechnisch zu ermöglichen, wurde das strategische Bahnnetz dauernd weiter ausgebaut. Seine weitere umfangreiche Ausgestaltung, besonders für einen schnellen Einsatz der Zentralarmee gegen Deutschland oder Österreich, steht bevor. Eine Milliardenanleihe ist für diesen Zweck in Frankreich aufgenommen worden.

Die Leistungsfähigkeit der Bahnen für den Kriegsfall wurde erhöht durch Verbesserung der Strecken und Kunstbauten, Vermehrung des rollenden Materials, Ergänzung fehlender Mobilmachungsbestände an Heizmaterial, Vermehrung und Verbesserung des Personals, Einrichtung von Rayonkomitees zur dauernden sachgemäßen Verteilung des rollenden Materials.

Die finanzielle Kriegsbereitschaft Rußlands hat sich seit dem mandschurischen Kriege wieder ganz bedeutend gehoben:

Die Staatseinnahmen sind von 2271 Millionen Rubel im Jahre 1906 auf 3169 Millionen Rubel im Jahre 1913 gestiegen.

Ebenso ist der wohl hauptsächlich für Kriegszwecke bestimmte freie Barbestand der Reichsrentei, der im Jahre 1909 nur noch 2 Millionen Rubel betrug, wieder auf 500 Millionen Rubel angewachsen.

Die im Frieden schon der Kriegsbereitschaft dienenden Ausgaben für das Landheer, für Wege und Eisenbahnen sind entsprechend gestiegen. Für das Landheer betrugen sie vor dem Kriege im Jahre 1903 nur 351 Millionen Rubel, im Jahre 1908 schon 518 und im Jahre 1913 635 Millionen Rubel. Die Anforderung großer Mittel für neue Vorlagen steht bevor. Die Ausgaben für Wege und Eisenbahnen sind von 1908 bis 1913 von 542 auf 649 Millionen Rubel angewachsen.

Aus all dem geht hervor, daß die Kriegsbereitschaft Rußlands seit dem russisch-japanischen Kriege ganz ungeheure Fortschritte gemacht hat und heute eine Höhe erreicht hat wie nie zuvor*. Ganz be-

---

* Die Feststellung des Generals von Moltke deckt sich völlig mit der Auffassung des russischen Generalstabschefs und des russischen Kriegsministers. Als im Verlauf der „Sonderkonferenz“ vom 13. Januar, die der Erörterung der russischen Meerengenpolitik im Zusammenhang mit der Liman Sanders-Affäre galt (vgl. dazu Bd. XXXVIII, Kap. CCXC, Nr. 15 522, Fußnote **), der russische Außenminister Sasonow die Frage aufwarf, ob Rußland gegenwärtig imstande wäre, gegen Deutschland zu kämpfen, antworteten Kriegsminister Suchomlinow und Generalstabschef Shilinski mit ganz entschiedenem „ja“. Es heißt in dem Protokoll der Sonderkonferenz (M. Pokrowski, Drei Konferenzen, S. 42) ausdrücklich: „Der Kriegsminister und der Chef des Generalstabes erklären kategorisch die volle Bereitschaft Rußlands zum Zwie-

sonders aber muß hervorgehoben werden, daß sie sich in einigen Punkten über die Kriegsbereitschaft der übrigen Großmächte einschließlich Deutschlands erhebt; nämlich:

durch das Ausschalten der militärischen Schwächeperiode im Winter durch Zurückbehaltung des ältesten Jahrganges bis zur vollendeten Ausbildung der Rekruten;

durch häufige praktische Erprobung der gesamten Mobilmachungsmaßnahmen mit Hilfe der Versuchs- und Probemobilmachungen;

durch die mögliche außerordentliche Beschleunigung der Mobilmachung mit Hilfe der Kriegsvorbereitungsperiode.

## Nr. 15 840

## *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 49 Rom, den 26. Februar 1914

Die Nachricht von russischen Rüstungen und Truppenverschiebungen ist nicht ohne Eindruck auf den Marquis di San Giuliano und die italienische Regierung geblieben*. Wie mir der Chef des General-

---

kampf gegen Deutschland, von einem Zwiekampf mit Österreich schon gar nicht zu reden.“

* Ein gleiches gilt für die maßgebenden österreichischen Stellen. Über Äußerungen Kaiser Franz Josephs berichtete Botschafter von Tschirschky am 13. Februar 1914 (Nr. 44): „Aus der mit gewohnter Frische seitens Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph während der Hoftafel mit mir geführten Unterhaltung darf ich erwähnen, daß höchstderselbe sich recht besorgt aussprach über die derzeitige Richtung der russischen Politik. Die militärischen Rüstungen in Rußland, die in Gemeinschaft und unter tätiger Mitwirkung Frankreichs ganz offen betrieben würden, seien doch sehr bedenklich. Man frage sich, wohin dieser Weg führen solle, und was eigentlich die letzten Absichten der russischen Regierung dabei seien. Er fürchte, daß der Kaiser von Rußland, der persönlich gewiß keinen Krieg wolle, sich keine Rechenschaft ablege über den Kurs der russischen Politik, und daß Kaiser Nikolaus sich von der Großfürstenpartei und anderen Leuten treiben lasse, bis es dann vielleicht zu spät sein würde, um der Bewegung Einhalt zu gebieten. Das alles sei sehr bedauerlich. Ich glaubte Seiner Majestät versichern zu können, daß wir getreu unserer traditionellen Politik alles tun würden, um das gute Verhältnis zu unserem östlichen Nachbarn aufrechtzuerhalten, und die Geduld den Russen gegenüber nicht verlieren würden. ‚Ja,‘ meinte der Kaiser, ‚davon bin ich überzeugt, aber mit den Russen ist nichts mehr zu machen.‘“ Vgl. dazu auch Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 626. Der österreichische Generalstabschef hatte am 24. Februar dem Kaiser Vortrag speziell über die drohenden Maßregeln Rußlands gehalten: „Rußland betreibe seine Probemobilisierungen, es habe für den 15. März 150 Mann per Kompagnie einberufen; dies könne nur den Zweck haben, Krieg zu führen oder bestimmten Forderungen erhöhten Nachdruck zu geben. Es gewinne Bedeutung im Zusammenhalt mit den Konferenzen in

stabs General Pollio mitteilte, hat er Leute nach Rußland entsandt, um sich über die Einzelheiten der dortigen militärischen Vorgänge zu informieren. Der Marquis di San Giuliano sagte mir, bei Gewährung der letzten russischen Anleihe in Paris sei der russischen Regierung die Bedingung auferlegt worden, durch Maßregeln zur Beschleunigung ihrer Mobilisierung und ihres Aufmarsches der jetzigen für Frankreich gefährlichen Lage abzuhelfen, die darin bestehe, daß Frankreich einem deutschen Angriff erliegen könnte, ehe die russische Hilfe eintreffe *. Die russische Regierung mache sich nun offenbar ans Werk, um dieser in Paris eingegangenen Verpflichtung nachzukommen. An eine Absicht russischer Offensive glaube er zunächst nicht, es sei aber nicht zu leugnen, daß durch die Realisierung der von Rußland geplanten Maßregeln die Situation der Tripelentente zum Nachteil derjenigen des Dreibundes modifiziert werde. Euerer Exzellenz ist bekannt, welches Gewicht der italienische Minister des Auswärtigen dem russischen Faktor in der europäischen Politik beimißt, und wie hoch er die russische Macht einschätzt. Man wird daher seinen Äußerungen um so mehr einige Bedeutung beilegen müssen, als er neuerdings die Zukunft Österreichs sehr pessimistisch ansieht. Er glaubt nicht an eine starke Widerstandskraft dieses bunt zusammengesetzten Reiches gegen einen etwaigen, mit Nachdruck geführten slawischen Stoß. Diese Disposition erklärt es, daß der Minister trotz aller Rivalitäten und Unannehmlichkeiten mit Frankreich doch sorgfältig bemüht ist, jedem Zwist nach dieser Seite aus dem Wege zu gehen, und daß ihm sogar das Gesprächsthema der Verschlechterung der italienisch-französischen Beziehungen peinlich und unangenehm ist. pp. **

Flotow

## Nr. 15 841

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 71 St. Petersburg, den 25. Februar 1914

Ich habe in dieser und der vorigen Woche mehrere längere Unterredungen mit Herrn Sasonow über unsere gegenseitigen Beziehungen

---

Petersburg (Paschitsch, Veniselos und Rumänien), der russischen Anleihe von zweieinhalb Milliarden, dem ergangenen strengen Verbot der Publikation irgendwelcher militärischer Maßnahmen in den Zeitungen."

* Vgl. dazu Kap. CCXCIV.

** Der Schluß des Berichts, der die italienischen Beziehungen zu Österreich-Ungarn und zu Deutschland betrifft, findet sich in Kap. CCXCV.

gehabt. Bei diesen Unterredungen, welche zu einer offenen Aussprache führten, knüpfte ich an verschiedene Vorgänge der letzten Zeit an wie die Affäre Liman *, die angeblichen Äußerungen des Ministers in der Dumakommission **, die Putilow-Affäre *** und den unverkennbar zunehmenden Einfluß der nationalistischen Richtung. Anlaß zu der Aussprache boten auch Klagen, die der Minister in der letzten Zeit einige Male über die Haltung unserer Presse Rußland gegenüber laut werden ließ.

Ich führte dem Minister gegenüber aus, ich könnte zu meinem Bedauern nicht umhin, festzustellen, daß der hochherzige Schritt unseres allergnädigsten Herrn, durch welchen Seine Majestät um der guten Beziehungen mit Rußland willen eine rasche Lösung der leidigen Differenz wegen des Kommandos der Konstantinopeler Korps herbeigeführt habe, hier nicht gebührend anerkannt worden sei [1]. Ganz im Gegenteil könnte ich mich des Eindrucks nicht erwehren, als ob seit einiger Zeit die Stimmung gegen uns hier wieder erheblich weniger freundlich geworden sei. Ich könnte nicht umhin, diese Wandlung mit einiger Besorgnis zu beobachten. Da die russische Regierung gewiß keinen Grund habe, sich über unsere Haltung im Verlaufe der letzten Balkankrise zu beklagen, unsere loyale und friedliche Haltung sowie unsere vermittelnde Tätigkeit vielmehr wiederholt an maßgebender hiesiger Stelle dankbar anerkannt worden wäre, so könnte ich für die jetzt hier herrschende Stimmung nur in dem wachsenden Einfluß der nationalistischen Richtung eine Erklärung finden.

Trotz der großen Erfolge, welche die slawischen Balkanstaaten während des letzten Krieges errungen hätten, sei man unbegreiflicherweise mit dem Ergebnis dieses Krieges in weiten hiesigen Kreisen, wie der Minister selbst am besten wisse, nicht zufrieden, werfe vielmehr der hiesigen Politik vor, daß sie nicht genug für die Sache des Slawentums und Rußlands erreicht habe. Wie man es leider bei allen europäischen Krisen der letzten 40 Jahre, von denen Rußland mitbetroffen war, habe beobachten können, mache diese unberechtigte Verstimmung sich dadurch Luft, daß gegen Deutschland gehetzt werde. Bei dieser

---

* Vgl. dazu Bd. XXXVIII, Kap. CCXC.

** Nach mehreren russischen Zeitungen sollte Sasonow am 8. Februar in der Budgetkommission der Reichsduma gesagt haben, er teile die von dem Abgeordneten Schingarew geäußerte Befürchtung, daß Deutschland, um bei bevorstehender Erneuerung des deutsch-russischen Handelsvertrags von Rußland Zugeständnisse zu erreichen, internationale Verwicklungen hervorrufen werde. Auf die Vorstellung des Grafen Pourtalès bei Sasonow erfolgte zwar eine Richtigstellung der entstellten Äußerung; doch konnte erst durch eine erneute Mahnung des Botschafters erreicht werden, daß das Dementi auch in die maßgebenden russischen Blätter überging. Telegramme Graf Pourtales' Nr. 27 vom 10. Februar, Nr. 34 vom 15. Februar, Berichte Nr. 42 vom 12. und Nr. 55 vom 14. Februar.

*** Vgl. dazu Kap. CCXCIV, Nr. 15 667, S. 250, Fußnote.

Hetze scheue man nicht einmal vor Geschichtsfälschungen zurück. Dies beweise die empörende Insinuation des Abgeordneten Schingarew in der Budgetkommission, daß Deutschland im Jahr 1904, um bessere Handelsvertragsbedingungen zu erreichen, Rußland internationale Schwierigkeiten bereitet habe, während in Wirklichkeit die überaus freundschaftliche Haltung Deutschlands gegenüber Rußland während des japanischen Krieges aller Welt bekannt sei.

Mir scheine dies Treiben der Nationalisten nicht unbedenklich, und ich glaubte, es könne unseren Beziehungen nicht förderlich sein, wenn diese Hetzereien weiter gingen. Ich müßte ihn daher bitten zu erwägen, ob gegen das deutschfeindliche Treiben nicht etwas geschehen könne [2]. Ich hätte zwar mit Befriedigung von der Richtigstellung der ihm fälschlich zugeschriebenen Äußerungen Kenntnis genommen, könne aber nicht umhin, meinem Bedauern darüber ganz offen Ausdruck zu geben, daß der Minister es nicht für angezeigt gehalten habe, den perfiden Insinuationen Schingarews, welche bei einem großen Teil der hiesigen öffentlichen Meinung auf einen nur zu fruchtbaren Boden gefallen seien, entgegenzutreten. Auch habe es mich offen gestanden gewundert, daß die erwähnte Richtigstellung nur durch ein Telegramm des Informationsbureaus nach dem Auslande und nicht auch hier in Rußland veröffentlicht worden wäre.

Alle diese Dinge hätten, wie ich Herrn Sasonow gegenüber nicht verschweigen könne, bei uns einen sehr unerfreulichen Eindruck gemacht, und man könne sich unmöglich darüber wundern, daß in unserer öffentlichen Meinung und sogar in den Parlamenten neuerdings wieder Töne gegen Rußland angeschlagen würden, wie wir sie seit Jahren nicht gehört hätten. Wie sei dies anders möglich, wenn man die hiesigen Zeitungen lese, die jetzt mit ganz wenigen Ausnahmen schlimmer denn je gegen Deutschland wüteten!

Ich erinnerte den Minister daran, daß er es gewesen sei, der die Politik eines besseren Verhältnisses zu Deutschland inauguriert habe, mir scheine, daß er keinen Grund habe, diesen Schritt zu bereuen, und daß die deutsch-russische Annäherung der letzten Jahre beiden Ländern nur zum Segen gereicht, in kritischen Augenblicken sogar der Sache des Friedens wertvolle Dienste geleistet habe. Da der Minister nach dem Rücktritt des Herrn Kokowzow * neben Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus nunmehr der alleinige Vertreter der Annäherungspolitik [3] sei, hätte ich es für nützlich gehalten, ohne einen besonderen Auftrag dazu erhalten zu haben, einige Dinge ihm gegenüber offen zur Sprache zu bringen, von denen ich fürchtete, daß sie in der letzten Zeit dazu beigetragen hätten, eine weniger angenehme Atmosphäre in unseren

---

* Der Rücktritt des Ministerpräsidenten und Finanzministers Kokowzow war am 11. Februar erfolgt; sein Nachfolger als Ministerpräsident wurde J. L. Goremykin, als Finanzminister P. L. Barck.

gegenseitigen Beziehungen zu erzeugen. Gerade im Hinblick auf unsere in drei Jahren bevorstehenden Verhandlungen über die Erneuerung des Handelsvertrages scheine mir eine solche Atmosphäre nicht erwünscht.

Herr Sasonow nahm diese in freundschaftlichem Tone gehaltenen Ausführungen sehr gut auf und betonte wiederholt seinen aufrichtigen Wunsch, an der Politik der freundschaftlichen Beziehungen zu uns festzuhalten.

Auf die einzelnen der von mir erwähnten Punkte näher eingehend, wies er zunächst darauf hin, daß man bei uns häufig Dingen übertriebene Bedeutung beimesse [4], die hier gar nicht oder doch nur von wenigen beachtet würden [5]. Dies sei zum Beispiel der Fall bei seiner Erwiderung auf die Äußerungen Schingarews in der Dumakommission, die hier ganz unbeachtet geblieben seien. Wenn diese Äußerungen im Plenum getan worden wären, würde er selbstverständlich auf die Insinuationen des genannten Abgeordneten reagiert haben, da sie aber in der Kommission gefallen seien, habe er nicht voraussehen können, daß sie an die Öffentlichkeit gelangen und bei uns solches Aufsehen machen würden [6].

Bezüglich der Zeitungen hatte Herr Sasonow die übliche Erwiderung, daß dieselben hier gar keine Bedeutung hätten und nicht als der Ausdruck der öffentlichen Meinung angesehen werden dürften. Man tue am besten, sie gar nicht zu lesen [7]. Ich konnte auf diese Bemerkung nur, wie ich es schon oft getan habe [8], erwidern, daß ich die Ansicht über die gänzliche Bedeutungslosigkeit der Presse nicht zu teilen vermöchte, da schließlich auch in Rußland wie überall der größte Teil der Bevölkerung sich seine politischen Ansichten, besonders über das Ausland, aus den Zeitungen bilde und man im Auslande die russische öffentliche Meinung nach der russischen Presse beurteile.

Was das Zunehmen des Nationalismus betrifft, so gab mir Herr Sasonow zwar in mancher Beziehung recht, doch dürfe man diese Erscheinung nicht tragisch nehmen, da der Nationalismus außerhalb Petersburgs gar keine Anhänger habe. Auch habe die nationalistische Richtung auf die Regierung nicht den geringsten Einfluß [9]. Herr Goremykin zum Beispiel stehe derselben gänzlich fern und werde dies sehr bald beweisen. „Wir wollen uns“, bemerkte Herr Sasonow, „über diesen Punkt in einem halben Jahre wieder sprechen.“ Ich würde sehen, daß meine Befürchtungen wegen eines Besorgnis erregenden Anwachsens des Nationalismus grundlos seien.

Bezüglich der Angelegenheit Liman bemerkte der Minister, er bedauere, daß dieselbe bei uns unangenehme Eindrücke hinterlassen habe, er könne mir aber nur darauf antworten, daß, wenn dieselbe auch jetzt erledigt sei, sie doch hier sehr viel böses Blut gemacht habe. Ich ergriff die Gelegenheit, um dem Minister nochmals zu sagen, daß diese Meinungsverschiedenheit sich auf freundschaftlichem Wege viel leichter würde haben erledigen lassen und wahrscheinlich auch in

beiden Ländern weniger verstimmt haben würde, wenn die Presse nicht durch bedauerliche Indiskretionen in die Lage gesetzt worden wäre, sie zu einer Prestigefrage der beiden Mächtegruppen aufzubauschen.

Im ganzen hatte ich aus der Unterredung, die von Anfang bis zu Ende einen sehr freundschaftlichen Charakter trug, den Eindruck, daß sich in den Ansichten des Herrn Sasonow über den Wert guter Beziehungen zu uns nichts geändert hat, daß er vielmehr alles, was diese Beziehungen trüben könnte, aufrichtig bedauert[10]. Meine Beobachtungen der letzten Zeit haben mich aber auch in der Ansicht gestärkt, daß der Minister gegenüber Einflüssen, die auf ihn einwirken, keine große Widerstandskraft besitzt[11], besonders wenn wie in der letzten Zeit sein körperlicher Zustand zu wünschen übrig läßt. Ich fand ihn jetzt oft recht müde, abgespannt und verärgert, ich glaube auch, daß er den Angriffen der Presse gegenüber keineswegs so gleichgültig ist, als er sich den Anschein gibt. Verschiedene seiner Schritte in der letzten Zeit, zum Beispiel die Publikation des Orangebuches *, deuten darauf hin, daß er gegenüber dem Vorwurf, als sei seine Politik während der letzten Krisis nicht „russisch" genug gewesen, keineswegs unempfindlich ist und Wert darauf legt, das Gegenteil zu beweisen.

Trotz alledem kann ich nicht umhin, an der Ansicht festzuhalten, daß unter den Persönlichkeiten, die eventuell als Nachfolger in Frage kämen, sich keiner befindet, den wir, vom Standpunkt der deutschen Interessen betrachtet, Anlaß hätten lieber als Herrn Sasonow an der Spitze des hiesigen Ministeriums des Äußern zu sehen[12].

Herr Sasonow selbst stellt den in der Presse wiederholt angekündigten Wechsel im Ministerium des Äußern in Abrede. Neuerdings wird vielfach behauptet, er habe nach dem Rücktritt des Herrn Kokowzow sein Abschiedsgesuch eingereicht, dasselbe sei aber abgelehnt worden. Falls es die Geschäftslage erlaubt, denkt der Minister daran, im Frühjahr zu einer Kur nach Salsomaggiore zu gehen. Abgesehen davon, daß Herr Sasonow mir einer solchen Kur dringend zu bedürfen scheint, wäre ein Aufenthalt im Auslande, bei dem er während einiger Wochen den auf ihn hier einwirkenden Einflüssen entzogen würde, ebenfalls für ihn zu wünschen.

F. Pourtalès

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Überhaupt nicht!

[2] sehr zahm!!

[3] !?

[4] alte Ausrede!

[5] !

[6] oberfaul!

* Um den 20. Februar war die Ausgabe eines Orangebuchs über die Balkankrise 1912/13 erfolgt. Auszüge daraus in deutscher Übersetzung in Niemeyers Zeitschrift für Internationales Recht XXV, 130 ff.

[7] unglaublich!
[8] umsonst!!!
[9] ?!
[10] damit genug! aber nichts dazu thut sie zu bessern
[11] gar keinen!
[12] unter Blinden ist der einäugige König!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Jedenfalls will er nicht, kann er nicht und wird er nichts ändern!
Die Russ[isch]-Preuß[ischen] Beziehungen sind ein für alle Mal todt!!
Wir sind Feinde geworden! W.

## Nr. 15 842

## *Der Preußische Gesandte in München von Treutler an den Preußischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten von Bethmann Hollweg*

Abschrift

Nr. 46 München, den 4. März 1914
Vertraulich

Der Besuch des Grafen und der Gräfin Berchtold ist der bereits gemeldeten* warmen Begrüßung durch die „Staatszeitung" entsprechend verlaufen. Hof und Regierung erwiesen den Gästen alle erdenklichen Aufmerksamkeiten, und auch die bürgerlichen Zeitungen Münchens widmeten dem österreichischen Staatsmann freundliche Begrüßungen, so daß er gestern abend befriedigt abreisen konnte.

Nach dem Frühstück beim Grafen Hertling**, zu dem die deutschen Gesandtschaften sowie die österreichische und die italienische eingeladen waren, fing Graf Berchtold, wohl seiner sonstigen Gepflogenheit entgegen, ein politisches Gespräch mit mir an, indem er mir sagte, er sei in Sorge wegen der russischen Rüstungen und der augenscheinlich von Rußland und Frankreich protegierten Bestrebungen, einen neuen Balkanbund ins Leben zu rufen.

Als ich erwiderte, ich könnte natürlich nur meine persönliche Meinung sagen, mir schiene aber, daß eine Nervosität vorläufig kaum gerechtfertigt sei, warf er lebhaft ein, ja in Berlin scheine man allgemein so zu denken, er könne aber doch diese optimistische Auffassung nicht ganz teilen. Ich machte darauf aufmerksam, wie häufig eine Überschätzung Rußlands und russischer Kriegsgelüste unnütze Beunruhigung hervorgerufen habe; der Faktor Rußland sei immer außerordentlich hoch bewertet worden, habe aber fast immer versagt, wenn

---

* Bericht von Treutler (Nr. 40 vom 1. März) mit Anlage („Bayerische Staatszeitung" Nr. 49 vom 28. Februar), wonach Graf Berchtold als „Lenker der Geschicke" mit „etwas überschwenglichen Worten" begrüßt wurde.
** Bayerischer Ministerpräsident.

hart auf hart gekommen sei; Europa habe sich dann in der Regel ernstlich vorgenommen, auf russische Bluffs nicht mehr hereinzufallen, und doch sei nach kurzer Zeit die alte Bewertung wieder dagewesen.

Graf Berchtold stellte das nicht in Abrede, meinte aber, er selbst habe als Botschafter Gelegenheit gehabt und genommen, darauf hinzuweisen, daß Rußlands drohende Haltung damals nicht ernst zu nehmen gewesen sei; nach den Berichten des jetzigen österreichischen Vertreters in Petersburg * müsse er aber die Lage anders beurteilen [1]. Die Rüstungen und das Zusammenziehen der Truppen gegen Österreich und Deutschland seien doch sehr auffallend, und es scheine ihm zweifelhaft, ob die Hoffnung, daß hinter den marschierenden russischen Armeen sofort die Revolution aufflammen werde, sich bestätigen würde. Er glaube, das werde nur dann eintreten, wenn erst Mißerfolge der russischen Waffen vorlägen.

Fast noch mehr Sorge schienen dem Grafen Berchtold die Balkanverhältnisse zu machen. Er fürchtet offenbar, daß ein neuer Balkanbund mit der Spitze gegen Österreich unter den Auspizien der Ententemächte und unter kräftiger finanzieller Beihilfe Rußlands entstehen könnte, und er machte kein Hehl daraus, daß er für möglich halte, Rumänien werde trotz des guten Willens des Königs sich einer solchen Kombination anschließen **, denn die Erfolge Rumäniens hätten die dortigen Politiker so übermütig gemacht, daß es für den König immer schwerer werde, sie zu dirigieren. Ich erlaubte mir, dem Minister zu erwidern, daß und warum ich an eine solche allerdings „sehr unbequeme" Gestaltung der Dinge nicht glauben könne; die letzte Balkankrise habe Verhältnisse gezeitigt, die doch auch andere, für uns glücklichere Entwickelungsmöglichkeiten böten, was Graf Berchtold zugab.

In diesem Zusammenhang bitte ich auf die Gefahr hin, nur längst Bekanntes zu bestätigen, folgendes melden zu dürfen: Ich bin von verschiedenen Seiten, die ausgezeichnete Fühlung mit Wien haben, darauf angesprochen worden, daß dort eine große Verlegenheit herrsche, wen man als Ersatz für den jetzigen Botschafter in Berlin *** präsentieren solle [2]. Angesichts des augenscheinlich immer engeren Zusammenarbeitens der Diplomatie der Ententemächte könne man sich nicht mehr damit begnügen, daß die deutsche Botschaft in Wien die einzige Vermittelungsstelle zwischen Deutschland und Österreich bilde, man könne nicht darauf verzichten, auch in Berlin einen geeigneten Vertreter zu haben; man sei sich deshalb klar darüber, daß der gegenwärtige Zu-

* Graf Szápáryi.
** Vgl. dazu Kap. CCXCVIII.
*** Seit Anfang 1914 war von dem Abgang des betagten und seinem Posten nicht mehr gewachsenen Grafen Szögyényi die Rede. Vgl. Kap. CCXCIV, Nr. 15 734, S. 362, Fußnote ***.

stand nicht fortdauern dürfe, aber die Personenfrage stieße auf die größten Schwierigkeiten.

Treutler

Randbemerkungen des Grafen von Mirbach-Harff:
[1] Das muß Petersburg erfahren
[2] Das müßte Wien erfahren

## Nr. 15 843

## *Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow*

Eigenhändiger Privatbrief

St. Petersburg, 6. März 1914

Der Zar hat mich durch Orlow* bitten lassen, seinen Antwortbrief an unseren Kaiser** zu befördern. Ich schicke daher den Feldjäger heute abend direkt nach Berlin. Der Besuch Orlows, der übrigens erst vor etwa 14 Tagen aus dem Auslande zurückgekehrt ist, bot mir Gelegenheit zu einer vertraulichen Unterredung mit ihm, bei der ich von neuem den Eindruck gewonnen habe, daß er nicht zu unseren Gegnern beim hiesigen Hof gehört. Orlow betonte, daß er ein treuer Anhänger der von seinem Vater vertretenen Ideen sei, und daß er stets dafür zu haben sein werde, wenn es gelte, die Beziehungen zwischen unseren beiden Herrschern vor Trübungen zu bewahren. Ich nahm Gelegenheit, ihm nochmals unser durchaus loyales und konziliantes Verhalten in der Liman-Angelegenheit*** auseinanderzusetzen. Orlow erkannte unser Entgegenkommen vollständig an, wußte auch, daß die Frage der Militärmission zwischen beiden Monarchen im vorigen Frühjahr besprochen worden sei, und versicherte, daß für den Kaiser Nikolaus die Angelegenheit jetzt vollständig abgetan sei. — Die Petersburger Korrespondenz der „Kölnischen Zeitung" über deutsch-russische Beziehungen † hat

* Generalmajor Fürst Orlow, Kanzleichef des Militärstaats des Zaren.
** Es dürfte sich um die Antwort Nikolaus' II. auf den Brief des Kaisers vom 26. Februar (Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914, ed. W. Goetz, S. 416) handeln, in dem als Ersatz für den bei der Person des Zaren attachierten Militärbevollmächtigten General Grafen zu Dohna Generalleutnant von Chelius in Vorschlag gebracht wird.
*** Vgl. dazu Bd. XXXVIII, Kap. CCXC.
† Am 2. März hatte die „Kölnische Zeitung" aus der Feder ihres Petersburger Korrespondenten Oberleutnant a. D. Dr. Ulrich unter dem Titel „Rußland und Deutschland" einen Aufsehen erregenden großen Artikel gebracht. Der Artikel stellte zwar im Eingange fest, daß heute Rußland noch nicht in der Lage sei, politische Drohungen mit Waffengewalt zu unterstützen, und daß eine unmittelbare Kriegsgefahr also von Rußland her nicht drohe, so sehr auch von französischer Seite mit dem russischen Säbel gerasselt werde. An diese Prämisse

hier ungeheueres Aufsehen gemacht und eine Börsenpanik hervorgerufen. Leider enthält der Artikel neben vielem Wahren auch so viel Unrichtigkeiten und ist so plump geschrieben, daß er nach meiner Ansicht mehr schadet als nützt*. Der hiesige Korrespondent der „Kölnischen Zeitung" ist leider sehr ungeschickt. Es ist außerdem unerhört, daß er den Artikel nicht vorher auf der Botschaft gezeigt hat. Wäre der Artikel geschickter geschrieben, und würde er nicht so viele leicht zu widerlegende sachliche Irrtümer enthalten, so hätte ich ihn in diesem Augenblick nicht einmal so ungern gesehen**. Daß Ruß-

---

schloß sich aber unmittelbar die Behauptung: „Ganz anders wird die politische Wertung der russischen Heeresmacht in drei bis vier Jahren ausfallen. Die Gesundung der Finanzwirtschaft und Hebung des Kredits, den übrigens Frankreich gegen deutschfeindliche militärische Versprechungen immer gern gewährt, haben Rußland in einen vorwärtsstrebenden Kurs gebracht, dessen Ziel, wenn es ruhig weitersteuern kann, im Herbst 1917 erreicht sein wird." Offen wurde dann in dem Artikel ausgesprochen, daß Rußland zum Kriege gegen Deutschland rüste und die „mächtigen Kriegsgelüste" im Frühjahr 1913 nur darum unterdrückt habe, weil man noch nicht fertig gewesen sei. Aus dem ganzen Artikel blickte die feste Überzeugung durch, daß Rußland, sobald es seine Rüstungen beendet haben werde, also spätestens in drei Jahren zum Kriege gegen Deutschland schreiten werde.

* Der Schaden, den der Artikel der „Kölnischen Zeitung" anrichtete, bestand vor allem darin, daß er den französischen Chauvinisten Wasser auf die Mühle leitete und ihnen so Argumente in die Hand gab, um die dreijährige Dienstzeit in vollem Umfang aufrechtzuerhalten. Vgl. den Brief Iswolskys an Sasonow vom 11. März, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 66 f. Triumphierend bemerkt der russische Botschafter an der Seine: „Der antirussische Feldzug macht natürlich Eindruck nicht nur auf die französischen Regierungskreise, sondern auch auf weite Schichten der Öffentlichkeit und wird zweifellos von den Anhängern der drei Jahre in dem Kampfe gegen die Radikalsozialisten, die die Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit predigen, ausgenutzt werden. So scheint mir bei Berücksichtigung des meiner Beobachtung zugänglichen Gebietes das Vorgehen des Petersburger Korrespondenten der ‚Kölnischen Zeitung' nicht nur unseren Interessen keinen Schaden zugefügt, sondern im Gegenteil uns bis zu einem gewissen Grade einen Dienst erwiesen zu haben."

** In einem Privatbrief Graf Pourtalès' an den Leiter des Pressedezernats im Auswärtigen Amt O. Hammann vom 5. März heißt es über den gleichen Gegenstand noch: „Daß die Botschaft mit diesem Artikel nicht das geringste zu tun hat, brauche ich kaum zu versichern. Es ist aber sehr zu bedauern, daß Dr. Ulrich, der hiesige Korrespondent der ‚Kölnischen Zeitung', solche Bomben fliegen läßt, ohne vorher mit der Botschaft Fühlung zu nehmen. Wenn die ‚Kölnische Zeitung' einen solchen Artikel bringt, so sollte er geschickter gemacht und weniger plump sein, vor allem aber keine sachlichen Unrichtigkeiten enthalten. Sonst nützt er nicht nur nichts, sondern er ist direkt inopportun, denn bei den bekannten Beziehungen der ‚Kölnischen Zeitung' zum Auswärtigen Amt, und da man hier annehmen muß, daß viel engere Beziehungen der hiesigen Korrespondenten mit der Botschaft bestehen, als es tatsächlich der Fall ist, so liegt natürlich auch die Annahme nahe, daß der Artikel von der Botschaft inspiriert ist, oder daß wenigstens Mitglieder derselben, zum Beispiel auch der Militärattaché, bei demselben mitgewirkt haben. Dies ist aber, wie ich nochmals versichere, nicht der Fall. Infolge der sachlichen Unrichtigkeiten und der sonstigen Ungeschicklichkeiten ist man hier froh, den Artikel in die Kategorie der

land systematisch und bewußt auf einen Krieg lostreibt, glaube ich nimmermehr. Dazu müßte einer oder mehrere bedeutende Leute vorhanden sein, die wirklich ein Programm haben. Das ist aber nach meiner Überzeugung nicht der Fall. Die Gefahr, wenn man von einer solchen reden kann, liegt bei den hiesigen Verhältnissen mehr in dem Unvorhergesehenen. Bei der großen Schwäche der in Betracht kommenden Faktoren, insbesondere des höchsten, kann man jeden Tag vor einer Überraschung stehen. Ich kann aber nur wiederholen, was ich im vorigen Jahre sagte: Leute wie Katkow und Aksakow, die Alexander II. ebenfalls gegen seinen Willen in einen Krieg trieben, gibt es momentan nicht, wenn sie nicht plötzlich auftauchen sollten.

6. März abends

Ich komme soeben von Sasonow, der mich natürlich auch gleich auf den Artikel der „Kölnischen" anredete. Ich habe ihn darüber beruhigt, daß der Artikel nicht offiziös sei, und wie ich aus Berliner Zeitungen sähe*, auch gemißbilligt werde. Im übrigen habe ich ihm doch auch gesagt, daß der Artikel neben Falschem auch einiges Richtige enthalte und ebenfalls beweise, daß verschiedene Vorgänge der letzten Zeit in deutschen Kreisen verstimmt hätten. Sasonow setzte mir darauf des längeren auseinander, daß in Rußland kein Mensch ernstlich daran denke, einen Offensivkrieg gegen Deutschland führen zu wollen. Die russischen Rüstungen seien nichts anderes als ein Symptom der in ganz Europa herrschenden Krankheit, des Rüstungsfiebers. Als ich ihn darauf hinwies, daß das Treiben der Nationalisten hier immerhin zu denken

---

alldeutschen Hetzartikel verweisen zu können, während es ganz wünschenswert gewesen wäre, wenn gerade ein ernstes Blatt wie die ‚Kölnische' in diesem Augenblick den Russen einige unbestreitbare Wahrheiten gesagt und darauf hingewiesen hätte, daß die vielfach in Deutschland neuerdings zum Ausdruck gelangende Verstimmung gegen Rußland der Berechtigung nicht ganz ermangelt. Das mußte aber natürlich mit einer feineren Feder geschehen als wie die, über welche Herr Ulrich verfügt." Aus der Antwort Hammanns vom 12. März ergibt sich klar, daß auch das Auswärtige Amt nicht das geringste mit dem Artikel der „Kölnischen Zeitung" zu tun gehabt hat: „Der Brief des Oberleutnants Ulrich über russische Kriegsvorbereitungen war auch für uns eine unerfreuliche Überraschung. So wenig wie die Botschaft von dem Korrespondenten, hatte das Auswärtige Amt von der Redaktion in Köln vor dem Erscheinen des Artikels einen Wink erhalten. Wir haben den Zwischenfall benutzt, um bei der ‚Kölnischen Zeitung' darauf zu drängen, daß sie in Zukunft Artikel, deren aufreizende Wirkung sie voraussehen muß, gleich bei dem Abdruck mit Bemerkungen versieht, durch die der Annahme eines amtlichen Ursprungs vorgebeugt wird."

* Am 4. März hatte die „Politische Korrespondenz" offiziös bemerkt: „Es verdient ausdrücklich hervorgehoben zu werden, daß deutsche amtliche Kreise zu diesem Artikel in keiner Beziehung stehen, und daß die Ansichten des Petersburger Vertreters des rheinischen Blattes an maßgebenden Stellen hier nirgends geteilt werden." Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1914, S. 810 f.

gebe, konnte er nicht umhin zuzugeben, daß dieses Treiben sehr unerwünscht sei. Es richte sich aber im Grunde viel mehr gegen die hiesige Regierung als gegen uns. „On se croit quelquesfois dans une maison de fous“. Diesem Treiben gegenüber gebe es nur ein Mittel, das sei eine offene Aussprache zwischen den Regierungen über die griefs, die man gegeneinander habe, und über die vorliegenden Mißverständnisse. Die längeren Unterredungen, die er über diese Mißverständnisse in der letzten Zeit mit mir gehabt habe, hätten ihn daher auch veranlaßt, Sverwejew zu beauftragen, sich in Berlin über unsere Beziehungen offen auszusprechen. Im ganzen fand ich heute Sasonow wieder in einer guten, sehr sympathischen Stimmung. Er erzählte mir auch ganz vertraulich, daß er sich sehr danach sehne, seinen Abschied zu nehmen. Vor kurzem habe er den Zaren in dieser Richtung sondiert, mais j'ai été très mal accueilli. So werde es denn vorläufig mit der Freiheit und Unabhängigkeit, nach der er sich sehne, nichts werden. — Ich möchte Ihnen noch sehr für Ihr Telegramm * danken, welches mir sehr angenehm war, da ich doch verschiedentlich auf die Nachricht meiner angeblich bevorstehenden Abberufung ** angeredet wurde. Aus dem, was mir Sasonow sagte, konnte ich übrigens ersehen, daß die als mein Nachfolger genannte Persönlichkeit hier nicht mit Begeisterung aufgenommen worden wäre.

F. Pourtalès

## Nr. 15 844

## *Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 85 St. Petersburg, den 11. März 1914

Das große Aufsehen, welches die viel erörterte Petersburger Korrespondenz der „Kölnischen Zeitung“ hervorgerufen hat, ist wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die in dieser Korrespondenz an die russischen Rüstungen geknüpften Betrachtungen den Eindruck erwecken müssen, als bereite Rußland sich planmäßig auf einen in drei oder vier Jahren gegen Deutschland zu führenden Krieg vor[1]. Diese Ansicht halte ich für falsch[2]. Ich glaube nicht, daß in Rußland Regierung und Volk einen solchen Krieg wünschen und ihn für unvermeidlich halten, noch viel weniger glaube ich, daß hier irgendwelche maß-

---

* Nicht bei den Akten.

** Anfang März hatte die „Nowoje Wremja“ die Nachricht gebracht, Graf Pourtalès werde im Mai durch Graf Bernstorff ersetzt werden. Das (nicht bei den Akten befindliche) Telegramm Jagows stellte offenbar eine solche Absicht in Abrede.

gebenden Faktoren ein politisches Programm verfolgen mit dem Ziele eines Konfliktes mit uns[3].

Für die Armeevermehrung und die sonstigen militärischen Vorbereitungen der letzten Zeit waren nach meiner Überzeugung folgende Gründe maßgebend: das Bestreben, die Schlagfertigkeit der Armee, welche sich im japanischen Krieg als ungenügend erwiesen und die durch diesen Krieg gelitten hatte, zu erhöhen, der Wunsch der Militärs, nach der letzten Armeevermehrung in Deutschland hinter dem westlichen Nachbarn nicht zu sehr zurückzubleiben[4], das Drängen Frankreichs, die nationalistischen Einflüsse und nicht zum mindesten das hier überall unvermindert herrschende tiefe Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn[4].

Gewiß verdient das, was auf militärischem Gebiet neuerdings hier geschieht, die ernsteste Beachtung unserer militärischen Kreise, daß aber das allmähliche Bekanntwerden des Umfangs der russischen Armeevermehrung plötzlich eine Situation für uns enthüllt hätte, bei welcher wir mit aggressiven Plänen unseres östlichen Nachbarn in einigen Jahren rechnen müßten[5], vermag ich nicht zuzugeben. In diesem Augenblick liegt nichts vor, was für derartige Pläne spricht, vielmehr ließen sich mancherlei Umstände anführen, welche das Vorhandensein dieser Pläne in hohem Grade unwahrscheinlich erscheinen lassen. Vor allem scheint es mir augenblicklich an Persönlichkeiten hier zu fehlen, welchen derartige weitausschauende Pläne[6] zuzutrauen wären, und welche die Stellung sowie den Einfluß besäßen, diese Pläne ihrer Verwirklichung entgegenzuführen. Die friedlichen Gesinnungen des Kaisers Nikolaus sind gewiß über allen Zweifel erhaben[7]. Daß es unter den russischen Generälen manche gibt, welche einen Krieg im Bunde mit Frankreich gegen uns und Österreich gern sehen würden, ist gewiß ebensowenig zu bezweifeln, als daß es kriegslustige Elemente in jeder Armee gibt[8].

Vorherzusagen, wie es in drei bis vier Jahren aussehen wird, scheint mir an sich gewagt, wenn man nicht die Gabe besitzt[9], in die Zukunft zu schauen, deren sich der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ anscheinend erfreuen zu können glaubt. Sicherer dürfte man gehen, wenn man mit den augenblicklich gegebenen Faktoren rechnet. Dabei wird es zugleich lehrreich sein, den Blick auch auf die Vergangenheit zu richten.

Es wird Euerer Exzellenz gewiß erinnerlich sein, daß auch im Jahre nach der bosnischen Krisis Stimmen laut wurden, welche darauf hinwiesen, daß Rußland mit Hochdruck an der Erstarkung seiner Armee arbeite, um etwa in vier Jahren, jedenfalls bei Eintritt der nächsten diplomatischen Verwickelungen es zum Konflikt mit Österreich und Deutschland kommen zu lassen. Der Verlauf der vorjährigen Krisis hat jedenfalls diesen Propheten nicht recht gegeben. Daß die zahlreichen Gründe, welche es den Leitern der russischen Politik im vorigen

Winter haben erwünscht scheinen lassen, einen Krieg zu vermeiden, in drei bis vier Jahren alle nicht mehr vorhanden sein werden[10], erscheint mir in hohem Maße fraglich.

Wenn ich im vorstehenden meinen Zweifeln[11] Ausdruck gegeben habe, daß Rußland bewußt und planmäßig einem Kriege zusteuert, so bin ich doch auch weit entfernt davon, die Gefahren zu unterschätzen, welche das Treiben der hiesigen Nationalisten, die Hetzereien der französischen Chauvinisten und das Verhältnis Rußlands zu Österreich mit sich führen. Diese Gefahren lassen sich zum Teil auf dieselben Momente zurückführen, welche, wie oben dargelegt, gegen die planmäßige Vorbereitung eines Krieges gegen Deutschland sprechen. Ebenso wie es an Persönlichkeiten fehlt, bei denen man voraussetzen könnte, daß sie zugleich das Streben und den Einfluß hätten, Rußland in kriegerische Abenteuer zu stürzen, ebenso fehlt es auch hier an Männern, deren Stellung und Einfluß stark genug sind, um das Vertrauen zu erwecken[12], daß sie auf eine Reihe von Jahren hinaus die russische auswärtige Politik zielbewußt in friedlichen Bahnen werden leiten und den nationalistischen Strömungen den nötigen Widerstand entgegensetzen können. Mancherlei zum Teil recht gefährliche Schwankungen, die wir im vorigen Jahre erlebt haben, sind immerhin geeignet, in dieser Beziehung zu denken zu geben. Wenn es im vorigen Frühjahr so weit kommen konnte, daß in den Straßen St. Petersburgs unter Beteiligung von Offizieren in Uniform Demonstrationen gegen die von der Regierung geführte friedliche Politik stattfanden, so wird man nicht bestreiten können, daß die Funken damals recht nahe vom Pulverfaß geflogen sind, und daß, wenn es in jenem kritischen Augenblick einen ehrgeizigen, kriegerischen und dabei populären General etwa wie Skobelew gegeben hätte, dieser es vielleicht fertig gebracht hätte, den Krieg herbeizuführen. So friedliebend Kaiser Nikolaus an sich ist[13], so ist doch andererseits bekannt, daß der Monarch, wie sich erst jüngst in der inneren Politik gezeigt hat, gegenüber den auf ihn einwirkenden Einflüssen oft wenig Charakterstärke[14] zeigt. Im vorigen Jahre wurde, wie anerkannt werden muß, dem Unfug der zum Kriege treibenden Elemente im kritischen Moment ein Ende gemacht. Die in der letzten Zeit von der Regierung in verschiedenen Fällen dem Treiben der Nationalisten gegenüber bewiesenen Schwäche läßt es zum mindesten berechtigt erscheinen, die Frage aufzuwerfen, ob die Regierung jedesmal die Energie haben[14] und imstande sein würde, den Forderungen der Nationalisten wirksam entgegenzutreten.

Auf die in den letzten Jahren zum Teil unter Begünstigung der Regierung erheblich angewachsene nationalistische Strömung ist in meiner Berichterstattung wiederholt hingewiesen worden. Ich will nun gewiß nicht behaupten, daß die russischen Nationalisten alle zum Kriege hetzen. Ein sehr großer, wohl der größte Teil derselben verfolgt nur das Ziel, Rußland wirtschaftlich und kulturell vom Auslande

unabhängig zu machen. Durch den nicht zu leugnenden großen wirtschaftlichen Aufschwung berauscht, den Rußland in den letzten zehn Jahren genommen hat, geben sie sich gern dem falschen Glauben hin, daß Rußland bereits so weit ist, auf die Einfuhr aus dem Auslande und auf die Mitwirkung des Auslandes zur Hebung seiner materiellen Schätze verzichten zu können. Ihr Haß richtet sich im Grunde gegen alles Fremde und gegen die Deutschen nur deswegen in besonderem Maße, weil der Deutsche der Rußland am nächsten liegende Fremde ist. Innerhalb dieser großen nationalistischen Partei bilden die kriegerischen Nationalisten, wie von Vertretern der Regierung immer betont wird, eine verhältnismäßig kleine Gruppe. Diese Gruppe ist aber aus dem Grunde nicht ungefährlich, weil sie äußerst rührig ist, über einen großen Teil der Presse verfügt und in einflußreichen Kreisen ihre Vertreter hat.

Als ich neulich mit Herrn Sasonow über die hiesigen Nationalisten und ihr gefährliches Treiben sprach, bemerkte der Minister, ich könnte überzeugt sein, daß hinter den deutschfeindlichen Hetzereien sehr viel regierungsfeindliche Umtriebe [16] steckten. Ich habe keinen Zweifel an der Richtigkeit dieser Bemerkung, halte aber das Treiben der nationalistischen Hetzer darum für nicht minder gefährlich. So hörte ich zum Beispiel, daß die Seele der jetzt in der „Nowoje Wremja“ gegen Deutschland betriebenen Kampagne der ehemalige Oktobristenführer Gutschkow sei. Dieser politische Abenteurer ersten Ranges wirft der Regierung vor, seine Wiederwahl in die Duma verhindert zu haben, und scheut nicht davor zurück, eine direkt kriegerische Agitation zu betreiben. Daß die Regierung angesichts solcher Treibereien ihre Ohnmacht bekennt, gegen die Presse etwas zu tun, scheint mir ein bedenklicher Beweis ihrer Schwäche [17]. In dieser Schwäche, die von französischer Seite reichlich ausgenutzt wird, erblicke ich die Gefahren der gegenwärtigen Lage weit mehr als in der angeblichen planmäßigen Vorbereitung eines Angriffskrieges durch die leitenden Faktoren.

F. Pourtalès

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 Das ist auch so! ganz unbedingt!

2 dann irrt sich Exzellenz

3 das ist Rassen frage! und Gefühlssache, bei denen sog[enannte] „Maßgebende Faktoren“ die Geschobenen sind und nichts zu sagen haben

4 !

5 unbedingt ja!

6 3—4 Jahre ist nicht weitausschauend!!! geht auch ohne dieselben

7 ebenso seine absolute Unzuverlässigkeit und Schlappheit einem jeden Einfluß gegenüber

8 übliche Phrase des piquirten Diplomaten 20ten Jahrhunderts

9 Diese Gabe kommt vor! Bei Souverainen öfter, bei Staatsmännern selten, bei Diplomaten fast nie

10 dafür aber ein halbes Dutzend Armeekorps mehr!

[11] unbegründete!
[12] Na also! Der Nachsatz hebt den Vordersatz auf wie das in einer Depesche üblich ist! ergo wird Armee und Volk aus Rassengrundsätzen seinen Willen durchsetzen können und Krieg machen sobald es ihm paßt
[13] so kann [er] doch glatt zum Kriege überredet werden
[14] gar keine!
[15] sicherlich Nein!
[16] Quatsch!
[17] la faiblesse n'est pas la Securité, mais elle en tient lieu, et elle en remplit les fonctions. Nicolas est faible, mais pas faux.
[18] kommt auf Eins hinaus!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Der liebe Pourzel hätte diesen Bericht lieber ungeschrieben lassen sollen! Nichtkenner Russlands und schwache, bedenkliche Charaktere unter seinen Lesern macht er total konfus! Auch überzeugt er nicht im Geringsten; da er im 2ten Theil, alles wieder verwirft was er im ersten gesagt hat. Wir befinden uns im Grenzgebiet zwischen Militair und Politik, was heikel und unklar ist, wo aber der Diplomat meistens versagt. Ich als Militair hege nach allen Meinen Nachrichten nicht den allergeringsten Zweifel, daß Russland den Krieg systematisch gegen uns vorbereitet; und danach führe ich meine Politik.

Wilhelm.

## Nr. 15 845

## *Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès*

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 41 Berlin, den 12. März 1914

Artikel der „Petersburger Börsenzeitung" über russische Kriegsbereitschaft* wird von Telegraphenbureau Hirsch gemeldet, soll angeblich von Kriegsminister ausgehen, Pariser Abendblätter sollen ihn bereits heute nachmittag gebracht haben. Bitte Drahtbericht über Ursprung und Absicht des Artikels.

Jagow

---

* Der Artikel der „Petersburger Börsenzeitung" vom 12. März, der offenbar eine Antwort auf den Artikel der „Kölnischen Zeitung" vorstellen sollte, und der nach Angabe der Redaktion von einem hohen Militärbeamten herrührte, führte unter anderem aus: „Wir können stolz behaupten, daß die Zeit der Drohungen vorüber ist, und daß die russische öffentliche Meinung keinen Grund mehr hat, sich zu beunruhigen. Wir stellen im Vollbewußtsein der Macht unseres von der ausländischen Presse beleidigten Vaterlandes fest, daß das Hauptziel der Landesverteidigung erreicht ist. Bisher hatte der russische Operationsplan defensiven Charakter; heute weiß man, daß die russische Armee im Gegenteil eine aktive Rolle spielen wird. Gut befestigte Verteidigungslinien sind an die Stelle einer Reihe von Forts getreten, es sind die früheren defensiven Bahnen verlassen worden. Unsere Kavallerie ist beträchtlich vermehrt worden und bildet ein homogenes Ganze. Unsere Artillerie besitzt Geschütze, die den fremden Modellen in nichts nachgeben. Unsere Küsten- und Festungsgeschütze sind sogar denjenigen anderer Staaten überlegen. Unsere Artillerie wird sich

## Nr. 15 846

### *Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 53 St. Petersburg, den 13. März 1914

Antwort auf Telegramm Nr. 41 *.

Herr Sasonow hatte mir gestern einen Artikel über russische Rüstungen angekündigt, der, vom Kriegsminister verfaßt, im „Rußkoje Slowo" erscheinen und „beruhigend" wirken sollte. Wie mir vom Auswärtigen Ministerium jetzt mitgeteilt wird, ist Veröffentlichung im „Rußkoje Slowo" unterblieben. Der Artikel der „Birshewija Wejdomosti" ** sei nicht der mir angekündigte, sei aber auf Grund der vom

---

nicht mehr über Mangel an Geschossen beklagen können. Die Lehren der Vergangenheit sind auf fruchtbaren Boden gefallen. Der militärische Automobilismus hat einen hohen Grad der Vervollkommnung erreicht. Alle unsere Einheiten besitzen telephonische Einrichtungen. Unsere Soldaten können im Bedarfsfalle das Eisenbahnpersonal ersetzen. Unsere Luftdreadnoughts vom Typ ‚Sikorsky' sind bekannt. Wir können daher hoffen, daß, wenn die Umstände es erheischen, unsere russische Armee nicht nur stark erscheinen wird, sondern auch gut unterrichtet, wohl bewaffnet und mit allen technischen Neuerungen versehen. Unsere Armee, die bisher in Feindesland zu kämpfen pflegte, wird die Grundsätze des Verteidigungssystems . . . nicht vergessen. Unsere Armee . . . ist durch die Stärke ihrer Kavallerie und die Güte ihrer Ausrüstung an die erste Stelle gerückt. Es ist wichtig, daß die russische öffentliche Meinung sich dessen bewußt ist, daß das Vaterland auf jede Möglichkeit gefaßt ist. Aber die militärische Macht eines Landes, dessen Herrscher in der Frage der Friedenskonferenz im Haag die Initiative ergriffen hat, kann nur den Staaten unangenehm sein, die aggressive Absichten haben. Niemand darf Gelüste auf irgendwelche Teile des russischen Reiches haben. Ebenso wie der Herrscher wünscht Rußland den Frieden, aber es ist im Bedarfsfalle auch gerüstet." Vgl. Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, S. 163 f.

* Siehe Nr. 15 845.

** Die „Birshewija Wjedomosti" ist identisch mit der „Petersburger Börsenzeitung"; vgl. Nr. 15 845. Über die Entstehung des Artikels vgl. W. A. Suchomlinow, Erinnerungen. Deutsche Ausgabe, S. 377. Nach dem ehemaligen russischen Kriegsminister wäre der Artikel von dem Zaren selbst, der geglaubt habe, daß „die zur rechten Zeit gezeigte Faust dem Kampfe vorbeugen könne", gutgeheißen worden. Auf die Entstehungsgeschichte des Artikels geht auch ein Bericht des Vertreters des Wolffschen Telegraphenbureaus in Peterburg Hey an seine Direktion vom 13. März ein: „Die Geschichte des Artikels in der ‚Birshewija Wjedomosti', der hier wie im Auslande berechtigtes Aufsehen machte, ist interessant. Suchomlinow hatte die Erlaubnis des Kaisers eingeholt, der sich einverstanden erklärte, daß ein solcher Artikel im ‚Rußkoje Slowo' gedruckt würde. Das dem Kaiser vorgelegte Elaborat war 300 Zeilen lang und im Ton schärfer als das, was in der ‚Birshewija Wjedomosti' die Leser erstaunte. Der Kriegsminister besprach dann diesen Artikel mit dem Petersburger Bearbeiter der äußeren Politik des ‚Rußkoje Slowo'. Dieser, Herr Bogatzki, ein vernünftig und ruhig denkender Mann, der sich auch sonst erheblich über seine

Kriegsministerium gegebenen Daten von der Redaktion verfaßt. Jedenfalls steht fest, daß Artikel vom Kriegsminister genehmigt ist. Tendenz ist offenbar, hier und in Frankreich über Kriegsbereitschaft russischer Armee zu beruhigen. Auch in der mehrfach betonten offensiven Kriegsführung in etwaigem künftigen Krieg erblicke ich nur Absicht der Beruhigung nach beiden genannten Seiten. Habe festgestellt, daß Artikel vor seinem Erscheinen nach Paris telegraphiert wurde.

Pourtalès

## Nr. 15 847

## *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 131 London, den 10. März 1914

Der heutige Leitartikel der „Times" mit der Überschrift „What does it mean" befaßt sich mit der seit kurzem bei uns gegen Rußland gerichteten Preßfehde und darf als ein gutes Bild der Stimmung betrachtet werden, welche durch die Angriffe unserer Blätter hier erzeugt

---

russischen Kollegen erhebt, verweigerte die Annahme des Artikels für seine Zeitung, da diese von Anfang an in der Debatte ‚Deutschland-Rußland' einen versöhnlichen Standpunkt eingenommen habe, mit dem der Artikel nicht im Einklang wäre. ‚Rußkoje Slowo' wolle nicht Öl ins Feuer gießen. Daraufhin wurde der Artikel umgearbeitet und gekürzt, worauf er der ‚Birshewija Wjedomosti' angeboten wurde, die ihn natürlich nahm, was ihr leicht wurde, da sie in ihrer Politik überhaupt keine bestimmte Linie einhält, und weil sie sich nie eine Sensation entgehen lassen würde. In Anbetracht des militärischen Inhalts des Artikels und der mehrmaligen Erwähnung des Zaren hätte er ohne schriftliche Bestätigung des Kriegsministers nicht gedruckt werden können. Und er trägt auch in der Tat die Unterschrift des Kriegsministers, sogar zweimal, da nach der ersten Fassung noch einige Korrekturen gemacht wurden. Diese Angaben habe ich von den politischen Redakteuren der genannten Blätter, die die Originale in Händen gehabt haben. . . . Augenscheinlich beabsichtigte Suchomlinow eine Wirkung auf die russischen nationalistischen Kreise in erster Linie, aber auch auf die übrige russische Gesellschaft, die zwar keine Nervosität, aber eine gewisse Beunruhigung zeigte, da sie innerlich doch voller Zweifel über den Zustand ihrer Armee ist. Dann aber hatte der Kriegsminister Frankreich im Auge, auf dessen öffentliche Meinung er ebenfalls den Eindruck der Selbstsicherheit machen wollte. . . . Wie sehr dem Minister, der natürlich in Übereinstimmung mit Sasonow handelte (dieser scheint allerdings einen etwas gedämpfteren Artikel erwartet zu haben), daran lag, daß Frankreich seine Stimme hörte, geht daraus hervor, daß heute nacht der Vertreter der ‚Agence Havas' aus Paris ein Telegramm erhielt mit der Nachfrage nach einem ‚Interview' im ‚Rußkoje Slowo', worunter natürlich der diesem Blatt angebotene Artikel gemeint war. Man wußte also in Paris, daß und wo er erscheinen sollte." Der Bericht ist veröffentlicht im Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, S. 165 f.

worden ist. Man vermag sich die kriegerische Note, die gegen den Dreiverband und namentlich gegen Rußland angeschlagen wird, nicht recht zu erklären und fühlt sich auf jeden Fall durch die rätselhaft erscheinende Sprache unserer Blätter beunruhigt. Sehr bezeichnend ist aber der Schluß, zu dem die „Times" gelangt, und ich vermag ihr nur vollkommen beizustimmen, wenn sie sagt, daß, falls irgend etwas vonnöten wäre, um die Bande des Dreiverbandes enger zu ziehen oder um den Franzosen zu ihrer dreijährigen Dienstzeit zu verhelfen, es hierfür kein wirkungsvolleres Mittel gäbe, als die Art von Aufsätzen, die sich gegenwärtig in der deutschen Presse hervorwagen dürften *. Ich meinerseits möchte noch hinzufügen, daß, wenn unsere maßgebenden Blätter in dem seit kurzem beliebten Poltertone fortfahren, alles bisher im Sinne einer Besserung des deutsch-englischen Verhältnisses Erreichte sehr bald wieder verloren sein wird, und daß keinerlei persönliche Einflüsse es alsdann werden verhindern können, daß die britischen Staatsmänner sich wieder enger als bisher an Frankreich und Rußland anschließen. Mißtrauen in unsere Auslandspolitik und deren unbedingte Friedfertigkeit muß notwendigerweise abermals zu einer Entfremdung der beiden Nationen führen.

Lichnowsky

Nr. 15 848

*Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 135 — London, den 10. März 1914
Vertraulich

Im Laufe einer längeren vertraulichen Unterhaltung mit Sir Edward Grey kam auch die Fehde zur Sprache, die gegenwärtig von einem Teil unserer Presse gegen Rußland geführt wird. Ich erwähnte, daß meines

---

* Wörtlich lautete der Schluß des „Times"-Artikels: „If anything were wanted to draw the bonds of the Triple Entente closer, or to confirm the mass of Frenchmen in their determination to uphold the three-years system for their army, nothing could supply it more effectively than the kind of articles now being allowed to appear in the German Press." Großes Gewicht legte die „Times" in dem Artikel noch auf die „wonderful unanimity", mit der das von der „Kölnischen Zeitung" in ihrem Artikel vom 2. März angeschlagene Thema von der Majorität der deutschen und österreichischen Presse aufgenommen sei, ohne daß die beiderseitigen Regierungen dagegen einschritten. Der Schluß, den die „Times" daraus ziehen wollte, als ob die ganze von der „Kölnischen Zeitung" entfesselte Kampagne von der Billigung der deutschen und österreich-ungarischen Regierung getragen sei, wird schon widerlegt durch das offensichtliche Mißbehagen, mit dem der Artikel der „Kölnischen Zeitung" vom Auswärtigen Amt aufgenommen war. Vgl. Nr. 15 843, S. 548, Fußnote **.

Wissens die amtlichen Beziehungen beider Regierungen durchaus freundschaftlich seien, und daß seit Beilegung der Militärmissionsfrage sich nichts zugetragen hätte, was zu Verstimmungen Anlaß geben könne. Ich meinte daher, daß den Auslassungen einzelner Organe unserer öffentlichen Meinung keine übertriebene Bedeutung innewohne, und daß sich vielleicht ein Teil der Nervosität, die die Österreicher bei Beurteilung russischer Dinge so leicht befällt, auf unsere Presse übertragen habe [1]. Begreiflich sei jedenfalls, daß die starken russischen Rüstungen und die Vermehrung der Truppen an der Westgrenze Unruhe verursacht [hätten] und im Sinne unfreundlicher Absichten gedeutet würden. Sir Edward sagte mir, er habe weder aus den Berichten des Botschafters oder des Militärattachés * in Petersburg noch aus sonst ihm zugegangenen Mitteilungen den Eindruck gewinnen können, daß in der russischen Haltung uns gegenüber irgendeine Wandlung eingetreten sei, oder gar daß feindliche Absichten bestünden. Er könne daher nicht den geringsten Anlaß sehen, der zu Befürchtungen berechtigen würde. Die russischen Truppenvermehrungen seien eine Folge der Bevölkerungszunahme und verfolgten keinerlei bedrohliche Absichten. Falls die gedachten Auslassungen nicht in Übereinstimmung stünden mit der amtlichen Meinung, so würde sich ja wohl bei Erörterung des Anschlages für das Auswärtige Amt Gelegenheit finden, die Stellung der Regierung zu kennzeichnen.

Die ganze Unterhaltung wurde zwischen uns in durchaus ungezwungener, freundschaftlicher Form geführt, und ich glaube, daß es mir gelungen ist, den peinlichen Eindruck, den die gedachten Auslassungen hier erweckt hatten, einigermaßen wieder zu verwischen.

Lichnowsky

---

Randvermerk von Jagows:
[1] Warum sagt denn Lichnowsky nicht, daß die russische Presse seit Monaten gegen uns hetzt [2]?
Randvermerk von Bethmann Hollwegs:
[2] Das sollte Lichnowsky gründlich eingeschärft werden.

## Nr. 15 849

### *Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky*

Konzept

Nr. 428 — Berlin, den 14. März 1914

Auf den Bericht vom 10. d. Mts. Nr. 131 **.

Wenn der Leitartikel der „Times“ vom 10. d. Mts., woran ich nicht zweifle, ein gutes Bild der Stimmung bietet, die die jüngste

---

* Oberstleutnant A. W. F. Knox.
** Siehe Nr. 15 847.

deutsch-russische Preßkampagne in England hervorgerufen hat, so geben die Einseitigkeit und Voreingenommenheit der Darlegungen des Blattes sowie die darin enthaltenen Entstellungen der Wahrheit und Insinuationen gleichzeitig einen wertvollen Fingerzeig dafür ab, wie solche Stimmungen in England erzeugt und wie sie verallgemeinert werden.

Die bekannten Auslassungen des Petersburger Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“ waren der eigensten Initiative ihres Verfassers entsprungen, der, als er durch die Kaiserliche Botschaft auf die Inopportunität einer solchen Kundgebung aufmerksam gemacht wurde, sich dieser Rektifizierung gegenüber durchaus ablehnend verhalten hat. Das Verhalten des Korrespondenten findet eine sehr einfache psychologische Erklärung in der Stimmung, die die von der russischen Presse und nationalistischen Kreisen seit Monaten geführte, jedes Maß überschreitende Hetze gegen Deutschland in dem deutschen Journalisten allmählich erzeugt hatte. Diese Kampagne hatte ihren Ausgangspunkt in der Diskussion über die deutsche Militärmission in Konstantinopel.

Es ist mir nicht bekannt geworden, daß die englische Presse an dem „Polterton“, dessen sich die russische Presse nun schon seit geraumer Zeit uns gegenüber bedient, Anstoß genommen oder daran Kritik geübt hätte. Jedenfalls haben Euer pp. meines Wissens hierüber nicht berichtet. Es ist aber bezeichnend, daß die „Times“ ihren Lesern zwar von der „lärmenden Kampagne“ zu erzählen weiß, welche die deutsche Presse gegen Rußland führe, es aber unterläßt, auf die vorausgegangene oder vielmehr gleichzeitig in Rußland geführte nationalistische Preßhetze gegen Deutschland hinzuweisen, als deren gewiß zu bedauernde, immerhin aber erklärliche Folge der Widerhall sich darstellt, den die bewußte Korrespondenz der „Kölnischen Zeitung“ in einem Teil der deutschen Presse gefunden hat. Die „Times“ scheut sich vielmehr nicht zu erklären, daß die Haltung Rußlands „free from provocation“ gewesen sei.

Daß die Kaiserliche Regierung und die Petersburger Botschaft dieser Korrespondenz fernstanden, haben wir in unserer offiziösen Presse unzweideutig zum Ausdruck gebracht. Wir sind nach Möglichkeit bemüht gewesen, den dadurch hervorgerufenen Eindruck abzumildern. Es sind das offenkundige Tatsachen, die dem mit den hiesigen Verhältnissen wohl vertrauten Korrespondenten der „Times“ nicht entgangen sein können. Die in entgegengesetzter Richtung sich bewegenden Behauptungen und Unterstellungen des Blattes stellen somit bewußte Entstellungen des wahren Sachverhalts dar.

Die erfreuliche Wendung der englischen Politik in ihrem Verhalten zu uns, die sehr bald nach Beendigung unserer Auseinandersetzungen mit Frankreich über Marokko im Winter 1912 einsetzte, ist weniger auf Einwirkungen persönlicher Natur noch auf ein plötzlich entstan-

denes Vertrauen in die Friedfertigkeit der deutschen Politik zurückzuführen — nie war die Besorgnis vor kriegerischen Absichten Deutschlands und einem deutschen Überfall in England stärker hervorgetreten als im Herbst des Jahres 1911 —, sondern hauptsächlich auf die Erkenntnis, die sich in weiten Kreisen des englischen Volkes Bahn gebrochen hatte, daß ein Festhalten Englands an der bis dahin befolgten antagonistischen, in ihren äußeren Manifestationen mitunter direkt provokatorischen Politik gegen Deutschland schließlich unabwendbar zum Kriege zwischen England und Deutschland führen müsse. Die feste Vertrauensstellung, deren sich der Botschafter Graf Metternich in England erfreute, ermöglichte es ihm, einmal in einer Aussprache mit Sir E. Grey — sie erfolgte gleichzeitig mit der bekannten Rede des englischen Schatzkanzlers, dem markantesten Zwischenfall in jener Periode der deutsch-englischen Beziehungen — dem Minister es offen auszusprechen, daß er mit zwei Maßen zu messen scheine, mit einem Maß für Deutschland, mit einem anderen für Frankreich. Die deutsch-englischen Beziehungen werden erst dann auf einer gesicherten Grundlage ruhen, wenn man regierungsseitig wie in der öffentlichen Meinung in England endgültig darauf verzichtet, uns und die Ententefreunde mit ungleichem Maß zu messen. Veröffentlichungen aber, bei denen dies in so hohem Grade der Fall ist wie in dem in Rede stehenden „Times"-Artikel, ignorieren zu wollen, würde ich für einen schweren Fehler halten. Euer pp. darf ich vielmehr bitten, in amtlichen und sonstigen maßgebenden englischen Kreisen den dort zum Ausdruck gebrachten Anschauungen entgegengetreten und den Tatbestand aufklären zu wollen, der der jüngsten Episode in den deutsch-russischen Beziehungen zugrunde liegt.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 15 850

## *Der Geschäftsträger in Paris von Radowitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 61 — Paris, den 14. März 1914

Aus den Euerer Exzellenz vorliegenden französischen Zeitungen ist zur Genüge zu ersehen, welch breiten Raum in den hiesigen Presseäußerungen die Zeitungsfehde zwischen Deutschland und Rußland nach wie vor einnimmt. Man hat natürlich hier diese prächtige Gelegenheit, gegen Deutschland zu hetzen und auf seine Kosten sich mit dem östlichen Verbündeten wieder recht gut zu stellen, nicht ungenützt vorübergehen lassen. Die Berliner Korrespondenten der hiesigen Blätter haben durch sachgemäße Auswahl der deutschen Pressestimmen ihren

Stimmungsberichten den erwünschten giftigen Beigeschmack zu geben gewußt, wobei ihre Petersburger Kollegen sie tatkräftig unterstützt haben. Die auf diesen Berichten fußende öffentliche Meinung Frankreichs hat daher den Eindruck, daß man sich in Deutschland außerordentlich vor Rußland fürchtet, und daß die Angaben deutscher Blätter über russische Rüstungen und russische Stimmung einer beinahe hysterischen Nervosität entspringen *. Natürlich wollte man in der Kampagne auch wieder eine Vorbereitung für neue Wehrvorlagen sehen.

Mit Stolz betont nun die hiesige Presse die energische Abwehr, die von russischer Seite den unqualifizierbaren deutschen Angriffen entgegengesetzt worden sei. Mit Befriedigung registriert man die Äußerungen Petersburger und Moskauer Blätter und besonders das dem Kriegsminister zugeschriebene Communiqué, aus dem Rußlands volle Kriegsbereitschaft hervorgehe **. Demgegenüber könnten die deutschen Einschüchterungsversuche nicht mehr verfangen. Herr Pichon, der kürzlich die Leitung des „Petit Parisien" übernommen hat, gibt dieser Stimmung in einem „La Réponse Russe" überschriebenen Artikel beredten Ausdruck und fordert angesichts der Größe und Stärke Rußlands die deutsche Presse auf, „de se tenir tranquille et de ne pas jouer avec le feu!"

Es ist der französischen Presse gar nicht zu verdenken, wenn sie gern an die Kriegsbereitschaft Rußlands glauben möchte. Durch die vielen über dieses Thema geschriebenen Artikel klingt ein seit lange nicht mehr gehörter Ton der Dankbarkeit gegen Rußland, das das gefährliche Deutschland im Zaume hält. Die Verstimmung, die auf Grund der Putilow-Affäre *** noch vor kurzem hier gegen Rußland herrschte, ist so gut wie verwischt und hat, für den Augenblick wenigstens, einem Gefühl des Vertrauens zu dem starken Verbündeten Platz gemacht.

W. Radowitz

---

* Die gleiche Auffassung tritt in dem ganz vertraulichen Briefe des russischen Botschafters in Berlin Sverwejew an Sasonow vom 12. März hervor: „Nach meiner Überzeugung spricht . . . aus allen Zeilen, die in letzter Zeit gedruckt worden und den russisch-deutschen Beziehungen gewidmet sind, einzig und allein nur diese Furcht vor Rußland." Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, ed. B. v. Siebert, S. 714. Merkwürdig ist der Schluß des Sverwejewschen Briefes. „Ich erlaube mir zum Schlusse die Hoffnung auszudrücken, daß man sich in Berlin hierin [nämlich in der Furcht vor Rußland] nicht irrt, und daß wir tatsächlich alle Maßregeln zur Stärkung unserer Heeresmacht ergreifen, einer Stärkung, die Deutschland zwingen muß, weder Mittel noch Energie zu scheuen, um die vollkommene Kriegsbereitschaft Deutschlands bis zum äußersten zu treiben." Hiernach wünschte der russische Botschafter eine Entwicklung, die Deutschland zwingen müßte, seine Kriegsbereitschaft bis zum äußersten, d. h. bis zu einem Stadium zu treiben, wo schließlich die Gewehre von selbst losgingen.

** Vgl. Nr. 15 845 nebst Fußnote.

*** Vgl. dazu Kap. CCXCIV, Nr. 15 667, S. 250, Fußnote.

## Nr. 15 851

### *Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Ausfertigung

Nr. 89 St. Petersburg, den 16. März 1914

Als ich am Tage nach der Veröffentlichung des bekannten Artikels der „Birshewija Wjedomosti" über die Kriegsbereitschaft der russischen Armee** Herrn Sasonow besuchte und die Unterhaltung damit begann, daß ich von einer anderen Angelegenheit sprach, kam der Minister von selbst auf den erwähnten Artikel, indem er bemerkte, es sei dies nicht die vom Kriegsminister inspirierte Auslassung, die er mir vor einigen Tagen angekündigt habe, und die in einer anderen Zeitung hätte erscheinen sollen.

Ich erwiderte, ich könnte von dieser Mitteilung nur mit Befriedigung Kenntnis nehmen. Übrigens hätte ich es auch nicht für möglich gehalten, daß die Ausführungen der „Birshewija Wjedomosti" auf den General Suchomlinow zurückzuführen seien. Würde der Artikel den Kriegsminister zum Verfasser gehabt haben, so hätte man ihn beinahe als eine „fanfare"[1] ansehen müssen. Glücklicherweise scheine es sich aber nur um eine „fanfaronnade" zu handeln, welcher wahrscheinlich die Absicht zugrunde gelegen habe, den französischen Chauvinisten eine Freude zu bereiten. Auf diese Absicht lasse auch der Umstand schließen, daß man sich offenbar, um den Ton der Pariser Boulevards richtig zu treffen, den Artikelschreiber aus der Gascogne verschrieben hätte[2].

Herr Sasonow war in sichtlicher Verlegenheit[3], wie er sich zu dem von mir angeschlagenen Tone verhalten sollte. Er bestritt, daß der Artikel für das Pariser Publikum geschrieben sei, und betonte, seine Tendenz sei vielmehr lediglich, die hiesige öffentliche Meinung hinsichtlich der Kriegsbereitschaft Rußlands zu beruhigen.

Ich erwiderte, man werde sich jedenfalls hier nicht wundern können, wenn der Artikel die Preßfehde, die sich gerade einigermaßen zu beruhigen anfange, wieder anfache, und wenn in Deutschland Stimmen laut würden, die darauf hinwiesen, daß der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung" vielleicht doch nicht so unrecht gehabt habe[4].

Ich halte es für richtig, den Russen gegenüber den Artikel nicht ernst zu nehmen und sich auf den Standpunkt zu stellen, daß er nicht vom Kriegsminister herrühren könne. In Wirklichkeit besteht hierüber nicht der geringste Zweifel[5]. Von sehr gut unterrichteter journa-

---

* Bereits veröffentlicht im Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, S. 166 f.
** Vgl. Nr. 15 845 und 15 846.

listischer Seite * erfahre ich, daß General Suchomlinow den Artikel, und zwar angeblich in einer noch schärferen Form in dem in ganz Rußland viel gelesenen „Rußkoje Slowo" habe veröffentlichen wollen. Dieses Blatt habe jedoch den Artikel abgelehnt, weil er ihm zu scharf gewesen sei. Hierauf sei der Artikel in einer etwas abgeschwächten Form der „Birshewija Wjedomosti" gegeben worden **.

Da Herr Sasonow mir den Artikel mit der erläuternden Bemerkung angekündigt hatte, daß es sich um eine beruhigende Aufklärung über die russischen Rüstungen handele, kann ich mir nicht denken, daß er den Artikel, dessen Ton zu den beruhigenden Auslassungen der „Rossija" *** im schroffen Widerspruch steht, vorher gelesen hatte. Ich glaube mich auch in der Wahrnehmung nicht zu täuschen, daß dem Minister der Artikel jetzt[6] sehr ungelegen gekommen ist. Wenn diese Wahrnehmung richtig ist, so spricht der ganze Vorgang von neuem für die gegenwärtig hier herrschenden zerfahrenen Verhältnisse und für die mangelnde Homogenität im Ministerium. Das Fehlen einer starken einheitlichen Leitung erleichtert es den hetzerischen Elementen, an verschiedenen Punkten ihren Einfluß zur Geltung zu bringen, und

---

* Diese journalistische Seite dürfte identisch sein mit dem Petersburger Vertreter des Wolffschen Telegraphenbureaus Hey; vgl. Nr. 15 846, Fußnote **.

** Nachträglich hat sich General Suchomlinow selbst ziemlich deutlich zu dem Artikel der „Birshewija Wjedomosti" bekannt. In den „Erinnerungen" des ehemaligen russischen Kriegsministers, deutsche Ausgabe, S. 252, heißt es: „In der ‚Kölnischen Zeitung' erschien ein Angriff gegen das Kriegsministerium, der nicht unbeantwortet bleiben durfte, da er voll war von falschen Angaben über die Entwicklung des russischen Heeres und uns beschuldigte, einen Überfall auf Deutschland vorzubereiten. Gegen diesen Artikel nahm ich scharf Stellung."

*** Am 13. März hatte die „Rossija" einen Beschwichtigungsartikel gebracht, der wieder von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zum Anlaß genommen wurde, um auf den Artikel der „Petersburger Börsenzeitung" zurückzugreifen. Die Notiz des deutschen offiziösen Blattes vom 14. lautete: „Die ‚Petersburger Börsenzeitung' bringt nach telegraphischer Meldung einen Artikel in Sperrdruck, der sich über den hohen Stand der russischen Heereseinrichtungen verbreitet, und deren offensive Kriegsbereitschaft neben der Erwähnung der friedlichen Tendenzen der Politik des Zaren unterstreicht. Wir fühlen kein Bedürfnis, an dem gewiß berechtigten Lobe des russischen Heeres Kritik zu üben, vermögen aber auch keinen Grund zur Beunruhigung daraus herzuleiten. Vielmehr ist die Zuversicht begründet, daß dergleichen auf den Ton kriegerischer Überlegenheit gestimmte Erörterungen die guten Beziehungen der beiderseitigen Regierungen ebensowenig stören können, als es der unbegründete Alarmruf getan hat, der neulich in einer Petersburger Korrespondenz eines deutschen Blattes enthalten war. Überhaupt wäre es verkehrt, eine entscheidende Bedeutung für die Gegenwart darin zu erblicken, wenn sich von Zeit zu Zeit mit Hilfe von Tinte und Druckerschwärze die alte Erfahrung bestätigt, daß durch nationalistische Erregungen die feststehende Ehrlichkeit der offiziellen Friedenspolitik zu kompromittieren versucht wird. Wir stimmen mit der ‚Rossija' ganz darin überein, daß die Regierungen der beiden benachbarten Kaiserreiche nicht die Absicht haben können, über die ‚Legende' von der russisch-deutschen Freundschaft ein Kreuz zu machen."

es ist nicht zu leugnen, daß in dieser Beziehung die jetzige Lage Gefahren in sich birgt[7].

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Es sollte eine sein um Etwas zu verdecken!
[2] sehr gut
[3] also wußte er davon!
[4] er hat absolut recht! ja
[5] richtig
[6] too late
[7] na, nun giebt er es doch endlich mal zu! Was meine Militairs schon lange gesagt haben!

## Nr. 15 852

### *Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 90 St. Petersburg, den 16. März 1914

Die hiesigen Zeitungen enthalten alle Mitteilungen über eine geheime Konferenz, welche vorgestern in der Duma stattfand*, an der

* Über die geheime Konferenz vom 14. März ist näheres bisher nicht bekannt geworden, ebensowenig über die Höhe der im Frühjahr 1914 von der Duma verlangten Kriegskredite. Der Beginn der Beratungen über den Nachtragskredit „zur Vervollständigung der Landesverteidigung" fand noch vor der Entlassung des Ministerpräsidenten und Finanzministers Kokowzow (11. Februar) statt; denn dieser hielt bei Eröffnung der Sitzungen eine Rede, nach der der „freie Barbestand" von 500 Millionen Rubeln im Jahre 1914 für Heereszwecke ausgeschüttet werden sollte. Reichstag. 12. Ausschuß. Beilage zu den Stenographischen Berichten über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses C, 1. Unterausschuß. Heft 2, Militärische Rüstungen und Mobilmachungen, S. 100 f. Einen Niederschlag haben die Beratungen des „großen Armeeorganisationsprogramms", das allerdings erst am 7. Juli 1914 Gesetzeskraft erhielt, in dem Bericht des belgischen Gesandten in Petersburg Comte de Buisseret vom 27. März 1914 (Zur Europäischen Politik 1897—1914, ed. B. Schwertfeger, IV, 187) gefunden, nach dem u. a. neben den drei neuen, schon 1913 aufgestellten Armeekorps noch zwei weitere geschaffen und damit die deutsche Heeresvorlage von 1913, die schon französischerseits durch die Einführung der dreijährigen Dienstzeit weit überboten war, nun auch russischerseits ganz erheblich übertrumpft wurde. In einem Nachtrag zu dem Berichte ergänzt der belgische Gesandte seine Angaben wie folgt: „Die Landesverteidigungskommission erörtert in diesem Augenblick das ‚Große Programm' und hat bereits nahezu ohne Abstrich einen großen Teil der geforderten Kredite bewilligt. Die Gesamtheit der Kredite wird sodann der Budgetkommission gleichfalls in geheimer Sitzung unterbreitet. In den gut informierten militärischen Kreisen gilt es als sicher, daß die geforderten außerordentlichen Kredite sich auf die enorme Summe von 450 Millionen Rubel belaufen."

eine große Anzahl Dumaabgeordnete darunter die Mitglieder der Landesverteidigungskommission teilnahmen, und zu der der Ministerpräsident Goremykin, die Minister des Krieges, der Marine und des Äußeren sowie der Finanzminister erschienen.

Allen Teilnehmern an dieser Sitzung ist, wie verlautet, die strengste Wahrung des Geheimnisses über die Verhandlungen zur Pflicht gemacht worden. Es ist allgemein bekannt, daß es sich um die von der Duma für Rüstungszwecke zu bewilligenden Kredite gehandelt hat.

Da bei den beteiligten Ressorts wohl mit Recht mit Bestimmtheit auf eine anstandslose Bewilligung der außerordentlichen Kredite für Heer und Flotte von der Duma gerechnet wird, so fragt man sich, welchen Zweck der Apparat einer großen geheimen Sitzung, auf welche noch dazu die öffentliche Meinung besonders aufmerksam gemacht wird, dienen soll. Man wird wohl in der Annahme nicht fehlgehen, daß der Wunsch bestanden hat, auch nach außen hin durch diese geheime Sitzung Eindruck zu machen. Möglicherweise ist aber auch bei der Berufung einer geheimen Konferenz von Dumamitgliedern der Gedanke maßgebend gewesen, daß man bei der Frage der Geldmittel zur Bestreitung der großen Ausgaben für Rüstungszwecke die Duma nicht ganz beiseite schieben, diese Frage aber im Plenum nicht diskutieren lassen wollte.

F. Pourtalés

Nr. 15 853

## *Bericht des Militärattachés in Wien Oberstleutnants Grafen von Kageneck*

Abschrift

Nr. 18 — Wien, den 17. März 1914

Die russischen Rüstungen verfolgt der Chef* mit andauernd besorgter Miene und ist sich über deren naheliegenden Zweck noch nicht ganz klar. Er neigt zu der Auffassung, daß Rußland in nicht zu ferner Zeit, sei es in Kleinasien** oder anderswo, eine diplomatische Aktion vorbereitet und hierzu einen starken militärischen Nachdruck bereit halten will. Für uns — Dreibund — gäbe es nur die beiden Alter-

---

* General Conrad v. Hötzendorf.

** Daß dieser Gedanke den russischen Staatsmännern nicht fernlag, beweisen die Äußerungen, die Sasonow am 8. April über die armenische Frage machte: Rußland könne infolge der armenischen Frage gezwungen werden, in Armenien einzurücken, und einmal darin, könnte es ihm schwer fallen, den Weg wieder heraus zu finden. Siehe die Aufzeichnung Cleinows in Bd. XXXVIII, Kap. CCXC, Nr. 15 531, Anlage.

nativen, entweder, was militärisch am richtigsten, gleich losschlagen, ehe die Rüstungen Rußlands weiter gediehen seien *, oder selbst entsprechend die Wehrmacht verstärken.

Leider müsse er Rumänien als der Sache des Dreibundes verloren betrachten. Wenn sich auch noch die Gerüchte von einer Verlobung des künftigen Thronfolgers mit einer russischen Großfürstin bewahrheiten sollten **, dann könne man über die Haltung Rumäniens im Ernstfall kaum mehr im Zweifel sein.

Der Chef erzählte mir noch zum Schluß eine kleine Episode, welche die Beziehungen der Monarchie zu Rußland beleuchtet. Der k. und k. Militärattaché in Petersburg Prinz Hohenlohe hat General Conrad kürzlich berichtet über eine Unterredung mit dem russischen Kriegsminister Suchomlinow. Letzterer habe geäußert, er höre mit Bedauern, daß der neue russische Militärattaché Baron Wynecken von militärischer Seite in Wien nicht die Aufnahme finde, die er erwartet habe, er erfahre so gut wie nichts usw. *** Falls man in Wien wünsche, sei er bereit, ihn abzuberufen. Conrad hat den Prinzen Hohenlohe darauf beauftragt, dem Kriegsminister seinen Dank abzustatten für die offene Art und Weise, wie er dieses Thema behandelt habe, und ihm zu versichern, daß in Wien nicht das geringste gegen den Baron Wynecken einzuwenden sei, der überall einen sympathischen Eindruck gemacht habe. Es sei aber doch nicht zu verwundern, wenn die höchsten militärischen Stellen eine gewisse Zurückhaltung bewahren nach den Erfahrungen, die man leider mit den beiden Vorgängern † des jetzigen Militärattachés in Wien gemacht habe.“ Wie ich höre, ist Baron Wynecken dieser Tage plötzlich nach Petersburg berufen worden.

Der Chef beendete unsere heutige Unterredung mit den Worten: „Ich fürchte, wir gehen schweren Zeiten entgegen.“

(gez.) Graf Kageneck,
Oberstleutnant und Flügeladjutant

---

* In diesem Sinne ließ sich Conrad nach seiner eigenen Erzählung (Aus meiner Dienstzeit, III, 597) am 16. März auch gegen Botschafter von Tschirschky aus: „Der Botschafter erwiderte: ‚Zwei Große sind dabei hindernd, Ihr Erzherzog Franz Ferdinand und mein Kaiser‘; er fügte bei, daß beide nur gezwungen und einem fait accompli gegenüber sich zum Kriege entschließen würden; es müßte eine Situation sein, in der man nicht anders kann als ‚losgehen‘.“

** Vgl. dazu Kap. CCXCVIII, Nr. 15 813.

*** Vgl. dazu Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 584 f.

† Oberst Zankiewitsch und Oberst Martschenko, die beiden Vorgänger Wyneckens, hatten wegen ihrer Verwicklung in Spionageaffären ihren Wiener Posten verlassen müssen.

Nr. 15 854

## *Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 93 St. Petersburg, den 19. März 1914

Die Angriffe der „Kölnischen Zeitung" auf die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" scheinen endlich Herrn Sasonow davon überzeugt zu haben, daß die bekannte Petersburger Korrespondenz des erstgenannten Blattes keinen offiziösen Charakter hatte. Bis jetzt war es mir nicht gelungen, bei dem Minister das Mißtrauen ganz zu entwurzeln, daß die Auslassungen des Kölner Blattes in irgendeiner Weise, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt inspiriert seien. Als besonders befremdend bezeichnete Herr Sasonow immer wieder, daß die ganze deutsche Presse wie auf Kommando auf den Alarmruf der „Kölnischen Zeitung" hin die Kampagne gegen Rußland eröffnet habe*.

Ich bin bemüht gewesen, dem Minister nachzuweisen, und habe mich auch sonst, wo sich mir Gelegenheit hierzu bot, dahin ausgesprochen, daß in dieser einmütigen Kampagne der deutschen Presse nach allem, was vorhergegangen war, nichts Erstaunliches liege[1]. Man müsse sich eben darüber klar sein, daß sich infolge von verschiedenen Vorgängen der letzten Zeit ein starkes Maß von Groll gegen Rußland bei uns angesammelt[2] hatte, welches nun plötzlich zur Explosion geführt habe. Auch sollte man hier nicht vergessen, daß die „Kölnische Zeitung" keineswegs, wie jetzt hier immer behauptet werde, den ersten Kanonenschuß in der Preßpolemik abgefeuert habe, sie sei vielmehr nur die erste gewesen, die auf die fortwährenden, seit einigen Monaten wieder besonders pöbelhaften Anrempeleien der russischen Presse geantwortet habe[3].

Ich glaube nicht, mich rühmen zu können, mit dieser Erklärung der deutschen Preßkampagne großen Eindruck gemacht zu haben, denn die Fähigkeit, auch nur einigermaßen objektiv zu denken und zu urteilen, geht den Russen vollständig ab[4]. In ihren Augen ist die deutsche Presse plötzlich ohne jeden Grund über Rußland hergefallen und hat dadurch die Beziehungen zwischen beiden Ländern verschlechtert. Selbst bei Herrn Sasonow habe ich für meine Darlegungen wenig Verständnis gefunden. Umsonst habe ich ihm wiederholt das von ihm gerne angezogene englische Sprichwort „put yourself into your neighbour's shoes" vorgehalten und ihn an das Gleichnis der Bibel vom Splitter in des Nachbarn Auge erinnert. Der Minister bleibt dabei, sich

---

* Sasonow eignete sich damit das Argument an, das schon in dem „Times"-Artikel vom 10. März (vgl. Nr. 15 847 nebst Fußnote) pointiert worden war.

auf die gekränkte Unschuld zu spielen[5] * und der deutschen Presse die Schuld an allen in der letzten Zeit zwischen Deutschland und Rußland eingetretenen Unstimmigkeiten in die Schuhe zu schieben.

Vor allem klagt der Minister über den ungerechten, von deutscher Seite gegen ihn gerichteten Vorwurf, daß er sich ganz den Nationalisten und Slawophilen verschrieben habe. Man möge nur an die Schwierigkeiten zurückdenken, gegen die er angekämpft habe, um während der vorjährigen Krisis eine maßvolle „politique d'abstention" zu führen. Liege in dieser Politik nicht der schlagendste Beweis für die Ungerechtigkeit jener Vorwürfe? Wenn man ihn jetzt in Deutschland wegen seines Protestes in der Angelegenheit der Militärmission ** tadele, so sollte man doch bedenken, wie schwierig seine Lage gewesen sei, als ihm im vorigen Herbst „la mainmise des Allemands sur Constantinople"[6] als das Resultat seiner Politik vorgehalten worden sei.

Der einzige Punkt, der, wie ich beobachten konnte, Herrn Sasonow stets etwas nachdenklich stimmt, ist, wenn ich ihn darauf hinweise, daß es vor allem die Franzosen sind, welche durch ihr Rasseln mit dem russischen Säbel bei uns Beunruhigung hervorrufen. Ich wies ihm gestern an der Hand von Artikeln des „Temps" und des „Matin" nach, daß diese beiden Zeitungen sich mit Recht rühmen könnten, die jetzt allmählich bekannt werdenden Maßnahmen Rußlands auf militärischem Gebiete schon vor Monaten vorausgesagt und auch eine noch weitere Ausdehnung dieser Maßnahmen angekündigt zu haben. Ich bemerkte dabei, man müßte mit geschlossenen Augen hier leben, um nicht zu sehen, wie von französischer Seite fortwährend auf eine Verstärkung der russischen Rüstungen zum Zwecke eines eventuellen offensiven Vorgehens gedrängt und wie dieses Drängen von der russischen Presse unterstützt werde. Daß schließlich die deutsche öffentliche Meinung anfange besorgt zu werden, wenn sie sehe, daß sich die Prahlereien der französischen Presse nach Jahresfrist als begründet herausstellen, sei begreiflich. Der Minister möge doch einmal nachrechnen, er werde finden, daß, wenn der „Temps" (vom 14. d. Mts.) sich jetzt rühme, schon „vor 14 Monaten" durch den General Suchomlinow über die russischen Pläne auf dem Gebiete der Rüstungen in Kenntnis gesetzt worden zu sein, dies auf eine Zeit zurückführe, in der man in Deutschland erst angefangen habe, ganz allgemein von unserer großen Wehrvorlage zu sprechen. „Sie wollen doch damit nicht sagen," fiel mir Herr Sasonow ins Wort, „daß die große vorigjährige Armeevermehrung in Deutschland eine Antwort auf russische Rüstungen gewesen sei?"[7] Ich erwiderte, daß es in Rüstungsfragen stets schwierig sein werde festzustellen, wer angefangen habe, ich sei aber davon überzeugt, daß die Nachrichten, die schon vor längerer Zeit über russische

---

* sic!
** Vgl. dazu Bd. XXXVIII, Kap. CCXC.

Rüstungspläne bekannt geworden seien, auf unsere letzte Militärvorlage auch mit von Einfluß gewesen seien[1*].

Auf meinen Hinweis auf das fortwährende Drängen der Franzosen im Sinne einer Vermehrung der Truppen an unserer Grenze und eines beschleunigten Ausbaues des russischen strategischen Eisenbahnnetzes bemerkte der Minister, wir brauchten uns in dieser Beziehung nicht zu beunruhigen. Es sei richtig, daß von den Franzosen hier Wünsche wegen des Baus „ganz unsinniger" Bahnen gestellt worden seien, diese Bahnen würden aber nicht gebaut werden[8]. Herr Sasonow bemerkte, er sei über diese Frage gut unterrichtet, da sie im Ministerrat verhandelt worden sei. Rußland werde nur solche Bahnen bauen, die neben ihrer strategischen Bedeutung auch produktiven Wert hätten[9]. Wir aber mit unserem dichten Bahnnetz könnten unmöglich etwas dabei finden, wenn auch Rußland an den Ausbau seiner Eisenbahnen schreite[10].

Im ganzen fand ich Herrn Sasonow bei meinen letzten Unterredungen in milder und versöhnlicher Stimmung. Er betonte wiederholt, daß wir kein Recht hätten, an seinem Wunsche, mit Deutschland freundschaftliche Beziehungen zu pflegen, Zweifel zu hegen. Wir möchten doch nicht vergessen, daß er der Urheber der Politik einer Annäherung an Deutschland gewesen sei[11]. Dieser Politik bleibe er ungeachtet aller Preßpolemiken treu.

F. Pourtalès

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Natürlich
[2] ja
[3] richtig
[4] richtig hysterisch wie die Weiber!
[5] sehr bequem! Sonst müßte er die Sache in Ordnung bringen.
[6] !
[7] ja natürlich
[8] ? gelogen
[9] nach den vorliegenden Tracen falsch!
[10] Blech Ausrede!
[11] flau!

---

* In der Tat wird in der Denkschrift des Generalstabs vom 21. Dezember 1912, die der Militärvorlage von 1913 zugrunde lag, nachdrücklich auf die schon vor der russischen Heeresvermehrung von 1913/14 vorhandene starke russische Übermacht und auf die ungeheuren Summen, die Rußland auf die Verbesserung seines Heeres verwende, hingewiesen. Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18, ed. E. Ludendorff, S. 56 f.

## Nr. 15 855

### *Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt*

**Ausfertigung**

Nr. 94 St. Petersburg, den 21. März 1914
Vertraulich

Die amtlichen Beziehungen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn tragen zurzeit wieder äußerlich einen freundschaftlichen Charakter. Graf Szápáryi, welcher nach Überreichung seines Beglaubigungsschreibens nur 14 Tage hier blieb, um dann für kurze Zeit noch einmal nach Österreich zurückzukehren, ist anscheinend mit versöhnlichen Instruktionen versehen hierher gekommen und hat gleich bei seinem ersten Besuch Herrn Sasonow den Wunsch seiner Regierung zu erkennen gegeben, zu dem alten freundnachbarlichen Verkehr zurückzukehren.

Bei der Antrittsaudienz des Grafen war Seine Majestät der Kaiser Nikolaus sehr gnädig und gab seiner Verehrung für die Persönlichkeit des Kaisers Franz Joseph warmen Ausdruck. Auch Herr Sasonow zeigte sich dem neuen Botschafter gegenüber entgegenkommend und versicherte, daß er ebenfalls nur den Wunsch habe, mit Österreich-Ungarn auf freundschaftlichem Fuße zu leben. In seinen Gesprächen mit mir äußert sich der Minister allerdings noch oft recht wenig freundlich über unseren Verbündeten.

Trotzdem nun die offiziellen Beziehungen zwischen Petersburg und Wien nichts zu wünschen übrig lassen, so wird man doch auf Schritt und Tritt gewahr, welche tiefe Erbitterung die bosnische Krisis und die Vorgänge des vergangenen Jahres in allen Kreisen hier hinterlassen haben. Der Prozeß von Marmaros Sziget* und die angeblich gegen Rußland gerichtete ukrainophile Agitation in Galizien tragen das ihrige dazu bei, diese Erbitterung zu erhöhen. Wenn die Preßhetzereien sich in den letzten Monaten hauptsächlich gegen Deutschland gerichtet haben, so darf man dabei nicht außer acht lassen, daß hinter diesen Hetzereien zum großen Teil französische, hie und da wohl auch

---

* Anfang Februar 1914 hatte in Marmaros Sziget die Prozeßverhandlung gegen die ruthenisch-galizischen Schismatiker stattgefunden, die russophiler Umtriebe verdächtig waren. Bei der Verhandlung trat der panslawistische russische Agitator Graf Bobrinsky als Zeuge für die politische Unschuld der Angeklagten auf, derselbe Bobrinsky, der in Dumareden für die sofortige Annexion Galiziens eingetreten war (vgl. Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 71) und dem Fürst Metschersky im „Grashdanin" das provokatorische Streben nachsagte, „direkt einen Konflikt Österreichs mit Rußland hervorzurufen durch Erregung der Gemüter der ganzen russischen Bevölkerung Galiziens und direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs". Vgl. Th. v. Sosnosky, Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866, II, 328, Fußnote.

noch englische Einflüsse stehen. Die allgemeine Stimmung ist aber zweifellos gegen Österreich-Ungarn viel gereizter als gegen uns, und das gegen Deutschland herrschende Mißtrauen beruht zum großen Teil nur auf unserem Verhältnis zu Österreich-Ungarn sowie auf der Annahme, daß das Wiener Kabinett eine ganz andere Politik führen würde, wenn es nicht von Deutschland gedeckt oder, wie viele auch glauben, geschoben würde.

Das Gefühl, daß es hauptsächlich der Widerstand Österreich-Ungarns war, an dem die Verwirklichung der Wünsche und Träume der Slawophilen im vorigen Jahre gescheitert ist, hat hier selbst in denjenigen Kreisen, bei denen die Sympathien für die slawischen Brüder auf der Balkanhalbinsel eher kühl sind, einen tiefen Groll hinterlassen, weil das unbestimmte Gefühl herrscht, daß die russische Diplomatie vor der Österreichs zurückgewichen ist *.

Während daher einen Krieg gegen Deutschland im Grunde nur ein verhältnismäßig kleiner Kreis politisch nicht ernst zu nehmender Chauvinisten und vielleicht einige Militärs wünschen, ist der Wunsch, einmal mit Österreich-Ungarn abzurechnen, zweifellos viel weiter verbreitet. Die Vorkämpfer für diesen Gedanken sind sich allerdings nicht im Zweifel darüber, daß Rußland bei einem solchen Kriege mit der Wahrscheinlichkeit eines Konflikts mit Deutschland rechnen müßte.

Daß die hier gegen Österreich-Ungarn herrschende Animosität auf die hiesige österreichisch-ungarische Vertretung Eindruck macht, ist natürlich. Die Verstimmung gegen Österreich wird von den Mitgliedern der Botschaft um so mehr empfunden, als sie auch in den gesellschaftlichen Beziehungen zum Ausdruck kommt. Die österreichische Vertretung hatte sich im Laufe der Jahre daran gewöhnt, in

---

* Vgl. dazu den im Juniheft der „Preußischen Jahrbücher“ (Band 156) veröffentlichten „Offenen Brief“ Paul von Mitrofanows, in dem die tiefe russische Feindschaft gegen Deutschland ganz unverblümt darauf zurückgeführt wird, daß dieses seinem expansiven Drang gegen Konstantinopel und gegen Wien im Wege stehe. Es heißt in dem „Offenen Briefe“ Mitrofanows unter anderem: „Kurz und bündig: selbständig und als Bundesgenosse Österreichs, überall, auf jedem Tritt und Schritt, in der ganzen Levante stößt und stieß Rußland bei der Lösung seiner vitalsten Aufgabe — der Orientfrage — auf den Widerstand der Deutschen. Es ist den Russen jetzt klar geworden: wenn alles so verbleibt, wie es jetzt ist, geht der Weg nach Konstantinopel durch Berlin. Wien ist eigentlich eine sekundäre Frage.“ (S. 394.) Und weiter: „Wir sind vollkommen überzeugt, daß Deutschland fern davon ist, direkte aggressive Tendenzen zu haben, aber wir fühlen uns von allen Seiten, von den Flanken in der Türkei, in Schweden, in Österreich durch den deutschen Drang eingeengt und gesperrt, wir finden keine Anerkennung unserer jetzigen Lage, kein Rechnen mit unserer jetzigen Stärke, und wir sind entschlossen, die uns gebührende Stelle uns zu verschaffen. Gott gebe, daß es friedlich auslaufe, es ist der aufrichtigste Wunsch eines jeden ehrlichen russischen Patrioten; der Krieg mit Deutschland wäre ein Unglück; aber man entzieht sich sogar einer bitteren Notwendigkeit nicht, wenn es wirklich notwendig wird.“ (S. 395 f.)

der hiesigen Gesellschaft im Vergleich zu den übrigen Diplomaten eine bevorzugte Stellung einzunehmen, und war eifrig bestrebt, diese Stellung zu behaupten, was ihr auch selbst zu Zeiten gelang, als die politischen Beziehungen zwischen den beiden Kaiserreichen zu wünschen übrig ließen. Dies hat sich seit dem vorigen Jahre geändert. Im vorigen Winter wurde die österreichische Botschaft in der Gesellschaft sehr unhöflich behandelt, in manchen Salons sogar direkt boykottiert. In diesem Winter trat allerdings in dieser Beziehung eine Besserung ein, trotzdem ist es der Botschaft ungeachtet der eifrigen, zuweilen sogar nach den Vorgängen des vorigen Jahres nicht ganz würdigen Bemühungen ihrer Mitglieder bisher nicht gelungen, das verlorene Terrain in der Gesellschaft wiederzugewinnen.

Die infolge hiervon in den Kreisen der Botschaft herrschende verärgerte Stimmung dürfte auch in ihrer Berichterstattung zum Ausdruck gelangen. Ich habe Grund zu der Annahme, daß diese Berichterstattung in letzter Zeit oft pessimistischer, vielleicht sogar alarmistischer war, als mir nach der augenblicklichen hiesigen Lage ungeachtet aller Hetzereien der Presse tatsächlich gerechtfertigt erscheint.

F. Pourtalès

## Nr. 15 856

## *Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

**Ausfertigung**

Nr. 102 — Pera, den 26. März 1914
Streng vertraulich

Herr von Giers ist kürzlich von Urlaub zurückgekehrt * „très en verve", wie die Herren seiner Botschaft behaupten, angesichts seiner

---

* Während seines Urlaubs hatte Botschafter von Giers am 21. Februar in Petersburg an jener zweiten „Sonderkonferenz" teilgenommen, die nach Sasonows Einleitungsworten der Ausarbeitung eines Programms für die „Sicherung einer für uns günstigen Lösung der historischen Meerengenfrage" dienen sollte. Vgl. dazu Bd. XXXVIII, Kap. CCXC, Nr. 15 530, Fußnote **. Diese Sonderkonferenz ist ein neuer Beweis dafür, daß, ungeachtet der inzwischen erfolgten friedlichen Beilegung der Liman Sanders-Affäre, das Ziel einer günstigen Lösung der Meerengenfrage, d. h. der Eroberung der türkischen Hauptstadt, nur um so schärfer ins Auge gefaßt wurde, obwohl man klar erkannte, daß dieses Ziel sich nur im Wege eines allgemeinen und in erster Linie gegen Deutschland zu richtenden Krieges erreichen lasse. Mit aller Entschiedenheit sprach es Sasonow in der Konferenz aus, „daß man nicht annehmen könne, daß unsere Operationen gegen die Meerengen ohne einen allgemeinen europäischen Krieg erfolgen würden". Nicht minder klar machten sich die Konferenzteilnehmer, daß bei der Heraufführung eines Konflikts um die Meerengen sämtliche Truppen aus den Innenbezirken den an der Westfront operierenden Truppen eingereiht werden müßten, und daß

Chancen, in absehbarer Zeit Nachfolger des Herrn Sasonow zu werden. Gleich nach seiner Ankunft hatte Herr von Giers mich gebeten, ihm Gelegenheit zu einer vertraulichen Aussprache zu geben. Da ich Wert darauf legte, daß diese Unterhaltung nicht auf der russischen, sondern auf der deutschen Botschaft stattfände, lud ich meinen Kollegen zu einem kleinen Diner ein. Nach demselben zogen wir uns zurück, worauf Herr von Giers das Gespräch mit dem Ausdruck seiner Befriedigung einleitete, daß die Angelegenheit der Militärmission eine so rasche und glückliche Erledigung gefunden hätte* Ich erwiderte, daß unsere konziliante Haltung in Deutschland keineswegs populär gewesen sei, und daß diese Stimmung des Mißbehagens noch stärker geworden sei, als man den Eindruck erhalten habe, daß Rußland noch weitere Beanstandungen der Mission ins Auge gefaßt habe. Auch die russischen Rüstungen, die im wesentlichen darauf hinausliefen, Rußlands Offensivkraft mit französischem Gelde zu stärken, seien nicht gerade geeignet, die russisch-deutschen Beziehungen zu verbessern. Herr von Giers erwiderte, Rußland hätte niemals die deutsche Mission, sondern nur das deutsche Generalkommando[1] in Konstantinopel beanstandet, weil das russische Empfinden sich nicht mit dem Gedanken hätte abfinden können, daß längs der Meerengen ein deutscher General kommandiere. Die leitenden Kreise in Rußland wüßten sehr wohl, daß

folglich zunächst keine Truppen zur Verfügung stehen würden, um die Eroberung Konstantinopels zu bewerkstelligen. Allerdings regte gerade Botschafter von Giers an, die im Kaukasus stehenden Armeekorps für die Eroberung Konstantinopels heranzuziehen, er mußte sich aber von dem Generalstabschef Shilinsky belehren lassen, daß dies unmöglich sei, da bei der Entfesselung eines allgemeinen Krieges der Kampf auch an der Kaukasusfront entbrennen werde. Von einem Zusammenwirken zwischen Rußland und Deutschland zum Zweck der Erhaltung der Türkei, wie es Botschafter von Giers in seiner Unterredung mit Freiherrn von Wangenheim empfahl, war jedenfalls in der Sonderkonferenz vom 21. Februar mit keinem Wort die Rede; im Gegenteil war der Leitgedanke der ganzen Konferenz der, daß es bei der Verfolgung der russischen Pläne über kurz oder lang zum Konflikt mit Deutschland kommen würde. Die gleiche Grundauffassung ergibt sich aus dem Geheimtelegramm des französischen Botschafters Paléologue vom 18. April (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 90), nach dem Rußland entschlossen war, schon für den Fall einer Schließung der Meerengen durch die Türkei bei einem präsumptiven Kriege mit Griechenland zu den Waffen zu greifen, selbst wenn daraus ein Konflikt mit Deutschland entstehen würde. Unter diesen Umständen begreift sich die fatalistische Gewißheit, mit der gerade Paléologue den nahen Ausbruch eines Weltkrieges voraussagte. Vgl. die Vorrede zu Paléologues Erinnerungen „La Russie des Tsars pendant la Grande Guerre", Revue des Deux Mondes, 15 Janvier 1921, p. 228 ss. Ein gleiches gilt von Paléologues Freund Poincaré, der am 14. März zu Ernest Judet (Georges Louis, par Ernest Judet, p. 233) die bezeichnende Äußerung tat: „L'incident Liman von Sanders vient d'être réglé, mal réglé d'ailleurs. La Russie accepte ce dénouement de fait, mais sa patience est à bout. Quel que soit le conflit, petit ou grand, qui s'élèvera dans l'avenir entre la Russie et l'Allemagne, il ne passera plus comme le dernier."

* Vgl. dazu Bd. XXXVIII, Kap. CCXC.

es sich dabei nur um eine Formalie handele. Tatsächlich stände die Division in Skutari noch heute unter deutschem Kommando, und auch das Korpskommando in Stambul befände sich de facto in den Händen eines deutschen Generalstabsoffiziers *. Der russische Einspruch habe nur zu einer Verstärkung der deutschen Position geführt. Die Machtbefugnisse der Mission seien territorial erweitert, die Zahl der Offiziere vermehrt worden. Gegen alles dies habe seine Regierung jedoch nichts einzuwenden. Sie begrüße vielmehr die auf die militärische Reorganisation der Türkei gerichteten deutschen Bestrebungen mit aufrichtiger Sympathie. Rußland wolle ebenso wie Deutschland die Konsolidierung der türkischen Verhältnisse [2] und habe dafür der Türkei seine ehrliche Unterstützung angeboten ** Das osmanische Reich und die Erhaltung desselben seien das Terrain, auf welchem Rußland und Deutschland sich leicht zusammenfinden könnten [3]. In den russischen Zielen und Anschauungen bezüglich der Türkei sei nach dem Balkankrieg ein totaler Umschwung eingetreten. Der Zusammenbruch der europäischen Türkei habe eine Diskussion über die Zukunft der asiatischen Türkei eröffnet. Dabei sei am Horizont das Gespenst der Teilung aufgetaucht *** Die Teilung aber konveniere Rußland in keiner Weise. Sie würde Rußland zwingen, Hand auf Konstantinopel und die Meerengen zu legen, es also vor eine Aufgabe stellen, der es im gegenwärtigen Momente [4] schon wegen seines Verhältnisses zu England nicht gewachsen sei. Außerdem aber sei eine Teilung mit Ausschluß Deutschlands undenkbar [5]. Deutschland sei aber Rußland als Nachbar in Kleinasien durchaus nicht willkommen [6]. Rußland bleibe daher gar nichts anderes übrig, als auf die Seite derjenigen Mächte sich zu schlagen, welche die Erhaltung der Türkei auf ihr Programm gesetzt hätten. Der Marsch auf Konstantinopel spiele zwar auch heute noch eine Rolle in den Träumen russischer Idealisten †. Der praktische russische Politiker dagegen sage sich, daß Rußland im Mittelmeer politisch und militärisch nichts zu suchen habe, daß es aber dafür mit

* Vgl. dazu Bd. XXXVIII, Kap. CCXC, Nr. 15 528 ff.

** Botschafter v. Giers denkt offenbar an den russischen Antrag auf Entsendung eines russischen Delegierten in die Verwaltung der Dette Ottomane, einen Antrag, der freilich mehr auf die Verstärkung des russisch-französischen Einflusses in der Türkei hinauslief als auf die Förderung der türkischen Interessen. Vgl. dazu Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVIII, Anhang, ferner: Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 293, 316, 323, 326, 352 f., 384; IV, 16 f., 58 f., 76 f., 103. Wie wenig Rußland an eine ehrliche Unterstützung der Türkei dachte, zeigt sich an dem fortgesetzten Streben der russischen Regierung, eine türkische Anleihe in Frankreich zu hintertreiben oder doch zu verzögern, namentlich im Hinblick auf die türkischen Wünsche nach Vermehrung ihrer Marine mittels Schiffskäufe. Vgl. dazu Stieve, a. a. O., III, 387 f., 389 f.

*** Vgl. dazu Bd. XXXVIII, Kap. CCLXXXIX.

† Zu diesen Idealisten gehörten nach Ausweis der Protokolle der „Sonderkonferenz“ vom 21. Februar sämtliche Teilnehmer an ihr, einschließlich des Botschafters von Giers selbst.

äußerster Energie für die handelspolitische Freiheit der Meerengen eintreten müsse. Eine effektive Garantie, daß die Meerengen für die russische Handelsschiffahrt nicht gesperrt werden könnten, sei allerdings nur durch die Besitznahme Konstantinopels oder durch ein russisches Protektorat zu erreichen. Da beide Lösungen unmöglich seien, so sei die russische Politik darauf angewiesen, sich das Vertrauen der Osmanen zu erwerben[7] und damit seinen Einfluß auf die Türkei so weit zu stärken, daß keine dritte Macht mit Aussicht auf Erfolg den Versuch unternehmen könnte, die Türkei zu russenfeindlichen Maßnahmen bezüglich der Meerengen zu bewegen. Nur aus diesem Gedankengange heraus erkläre sich der russische Einspruch gegen das deutsche Generalkommando in Konstantinopel. Da die von ihm — Giers — skizzierte Politik ohne ehrliche russische Mitarbeit an der Wiedererhebung der Türkei nicht durchführbar sei, so sei jetzt die Bahn frei für eine harmonische Zusammenarbeit Deutschlands und Rußlands[1]. Eine solche werde auch auf den allgemeinen Charakter der deutsch-russischen Beziehungen ihre Wirkung nicht verfehlen. In Rußland gebe es eine große und starke Partei, zu welcher er auch gehöre, die das Pivot der russischen Politik in dem Verhältnis zu Deutschland erblicke. Ob Frankreich Elsaß-Lothringen wiedererobere, sei gleichgültig für Rußland, wichtig dagegen, ob Deutschland gewillt sei, Rußland in seinen eigenen Plänen, soweit sie deutsche Interessen nicht berührten, gewähren zu lassen. Er verstehe, daß der Gedanke, Rußland unterstütze französische Revancheideen, in Deutschland beunruhige[8]. Auf der anderen Seite werde man aber bei uns verstehen, daß die t a t s ä c h l i c h e Unterstützung, welche Deutschland den österreichischen Machenschaften gegen Rußland am Balkan gewähre, das Aufkommen wirklich herzlicher Gefühle für Deutschland in Rußland verhindere[1]. Rußland könne wohl beanspruchen, daß Deutschland die österreichischen Bestrebungen nicht mehr begünstige als Rußland die französischen[1]. In früheren Zeiten sei Deutschland der Kork auf der österreichischen Champagnerflasche gewesen. Damals hätte die Führung des Dreibundes in Berlin gelegen. Immer mehr sei neuerdings diese Führung von Berlin nach Wien verlegt worden. Während Österreich Deutschland zum Beispiel in Marokko nur sehr zögernd unterstützt habe, sei Deutschland mit seiner ganzen Kraft für österreichische Wünsche der zweifelhaftesten Art, wie für die Fernhaltung der Serben vom Ägäischen Meere und für die „Mißgeburt“ Albanien, eingetreten *.

---

* Das ist doch nur sehr bedingt richtig. Vgl. Bd. XXXV und XXXVI sowie die Ausführungen Staatssekretärs a. D. von Jagow zu der Schrift des Fürsten Lichnowsky „Meine Londoner Mission“, in der ähnliche Auffassungen vertreten sind wie diejenigen von Giers’, „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 23. März 1918. Es heißt bei Jagow unter anderem: „Daß wir ... ‚ohne Ausnahme den Standpunkt vertreten‘ hätten, ‚der uns von Wien v o r g e s c h r i e b e n wurde‘, ist absolut unrichtig. Wir haben wie England eine ausgleichende Rolle gespielt und auch in Wien

Jetzt liege die Sache so, daß der Weltfriede nur durch die österreichischen Intrigen am Balkan bedroht werde. Rußland müsse gegen dieselben Stellung nehmen, obwohl es die Balkanländer am liebsten sich selbst überlassen möchte. Wenn es jemals zu einem ernsteren Konflikt zwischen Rußland und Deutschland kommen sollte, so würde nur Österreich die Ursache sein. Es bestehe zweifellos ein gemeinsames russisch-deutsches Interesse[6], sich durch die Rücksicht auf die beiderseitigen Bundesgenossen nicht in einen Konflikt hineintreiben zu lassen. Ihm schwebe als Ideal ein deutsch-russisches Abkommen vor, in welchem beide Teile sich verpflichteten, unbeschadet ihres Verbleibens in den bestehenden Allianzen, im Falle eines Konfliktes eines der Länder mit einem Bundesgenossen des anderen ihre Vermittelung zur Beilegung des Streitfalles eintreten zu lassen[9]. Eine derartige Vereinbarung werde nicht nur die Gefahr eines europäischen Krieges in weite Ferne rücken, sondern auch sehr bald zu einem vertrauensvollen Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland führen.

Ich habe den Ausführungen meines Kollegen, deren Offenheit er mit seinem Vertrauen zu mir erklärte, mit großem Ernste, wenn auch innerlich amüsiert, zugehört[10]. Daß Rußland oder wenigstens Herr von Giers seine Haltung gegenüber der Türkei geändert hat, war in den letzten Wochen aus vielerlei Anzeichen dritten erkennbar. Herr von Giers äußert sich jetzt überall mit Anerkennung, ja Bewunderung über die gegenwärtigen Leiter des türkischen Reiches, namentlich über den Großwesir*, Talaat** und Enver. Das gegenwärtige Ministerium bezeichnet er bei jeder Gelegenheit als das stärkste und vertrauenswürdigste Kabinett, welches die Türkei jemals gehabt habe[1]. Rußland sei überzeugt, daß es dem Komitee mit seinen Reformplänen ernst sei[1]. Die einzige Gefahr für die Stabilität der Entwickelung liege in der Möglichkeit, daß Said Halim, Talaat oder Enver einmal einem Attentate zum Opfer fallen könnten. Ein Ersatz für sie sei nicht vorhanden. Der Großwesir rühmte mir wiederholt die jetzige Liebenswürdigkeit des russischen Botschafters, die ihm allerdings bisher noch kein Vertrauen einflößt. Mittlerweile ist hier ebenso wie in St. Petersburg ein Komitee für die Besserung der russisch-türkischen Beziehungen zusammengetreten, das sich hauptsächlich aus Mitgliedern der

---

weit mehr zur Nachgiebigkeit und Mäßigung geraten, als Fürst Lichnowsky zu wissen scheint oder vorgibt. Wien hat denn auch verschiedentlich weitgehende Konzessionen gemacht (Dibra, Diakowa). . . . Wenn freilich das Maß des Nachgebens, das erforderlich war, in Wien erreicht war, so mußten wir auf der [Londoner] Konferenz auch selbstverständlich den österreichischen Standpunkt vertreten."

* Prinz Said Halim.

** Türkischer Minister des Innern.

russischen Botschaft und geldbedürftigen türkischen Beamten und Journalisten zusammensetzt. Daß die Bemühungen der russischen Botschaft in absehbarer Zeit zu einem praktischen Ziele führen werden, glaube ich nicht. Dazu ist das türkische Mißtrauen gegen Rußland viel zu tief eingewurzelt. Sollte Rußland Geduld haben, so könnte allerdings im Laufe der Jahre ein Wechsel eintreten, dem wir von unserem Standpunkte aus nur mit Sorge entgegensehen könnten. Faßt die Türkei zu Rußland wirkliches Vertrauen, so wird sie sich natürlich dem Lande zuwenden, welches am besten in der Lage wäre, die Türkei vor den Angriffen anderer Länder zu schützen. Rußland würde es dann ein leichtes sein, den Einfluß dritter Mächte hier allmählich ganz auszuschalten. Ein so nervöses und in sich selbst so wenig gefestigtes Land wie Rußland wird aber kaum imstande sein, eine zielbewußte Politik der Selbstverleugnung jahrelang durchzuhalten. Es wird vielmehr zu früh anfangen, die Früchte seiner Bemühungen um die Türkei einheimsen zu wollen. Auch Herr von Giers wird, wenn er hier bleibt, bald auf die Wege Tscharykows geleitet werden und einen ähnlichen Echec erleiden. Auch bezüglich der Möglichkeiten einer deutsch-russischen Verständigung dürfte sich Herr von Giers Illusionen hingeben. Im Laufe meiner nun bald zweijährigen Zusammenarbeit mit ihm bin ich allerdings zu der Überzeugung gelangt, daß er im Grunde deutschfreundlich ist. In mehreren Fällen war nachzuweisen, daß, wenn er hier als Chauvinist gegen uns auftrat, dies meistens auf Befehle von St. Petersburg zurückzuführen war. Ob mein Kollege aber, wenn er wirklich zum Nachfolger Sasonows berufen werden sollte, seine uns wohlwollende Gesinnung in der von ihm geschilderten Weise in Taten umsetzen wird, bleibt abzuwarten. Bis jetzt haben die unkontrollierten und unkontrollierbaren Gärungen, welche das russische Volk in ständiger Aufregung halten, sich noch immer stärker erwiesen als die Personen, welche der Zar mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Rußlands betraut hat[11].

Beim Abschied habe ich Herrn von Giers scherzend gesagt, er möge sich in seiner späteren Karriere manches Mal an unser Gespräch vom März 1914 erinnern[11].

Wangenheim

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] !
[2] Gelogen
[3] ?
[4] später aber!
[5] allerdings
[6] aha!
[7] auf unsre Kosten
[8] Wie nett!

[9] also die Artikel über das Deutsch Russ[ische] Bündniß * sollten diesem vorarbeiten! Das kann o h n e V e r a b r e d u n g ganz von selbst geschehen
[10] ich auch
[11] ja
Schlußbemerkung des Kaisers:
Gut

## Nr. 15 857

### *Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 100 — Rom, den 10. April 1914
Vertraulich

Der hiesige bulgarische Gesandte **, der seit längerer Zeit mit dem hier weilenden Direktor des — ich glaube orientalischen — Departements im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in Petersburg Fürsten Troubetzkoi befreundet ist, berichtet mir vertraulich, der Fürst habe mit ziemlicher Offenheit von den russischen Rüstungen gesprochen. Dieselben seien zurzeit noch nicht abgeschlossen, hätten aber schon bedeutende Fortschritte gemacht. Sobald sie beendet sein

* Der Kaiser hat hier wohl verschiedene Zeitungsartikel im Sinne, die in der zweiten Hälfte März die Möglichkeit einer Allianz zwischen Rußland, Deutschland, Frankreich und England auf der Basis einer Aufteilung Österreich-Ungarns erörterten. Vgl. dazu den Bericht des belgischen Gesandten in Petersburg Comte de Buisseret vom 24. März sowie den Bericht des Gesandten in Berlin Baron Beyens vom 4. April. Zur Europäischen Politik 1897—1914, ed. B. Schwertfeger, IV, 185 f., 188 f. Weder der eine noch der andere belgische Vertreter maßen den Artikeln irgendwelche Bedeutung bei. Graf Buisseret wies in seinem Berichte darauf hin, daß die Idee eines solchen Vierbundes „cadre mal avec ce qu'on sait des dispositions du Ministre Impérial des Affaires Etrangères, très peu favorables à l'Allemagne, et que les dernières polémiques russo-allemandes n'ont pas contribué à modifier". Baron Beyens seinerseits führt gegen das „projet d'alliance fantaisiste" die zunehmende Deutschfeindlichkeit in der russischen Armee an. Er belegt diese ausgesprochene Deutschfeindlichkeit mit den Eindrücken, die die japanische Militärmission bei ihrem kürzlichen Besuche in Rußland davongetragen habe: „La mission militaire japonaise, qui, après avoir passé quelque temps en Russie, vient d'arriver en Allemagne, a été frappé des sentiments hostiles à l'Allemagne dont sont animés aujourd'hui les officiers russes. Dans les mess des régiments les officiers japonais ont entendu parler ouvertement d'une guerre prochaine contre l'Autriche-Hongrie et l'Allemagne. On y disait que l'armée était prête à entrer en campagne et que le moment était propice aussi bien pour les Russes que pour leurs alliés, les Français. — Cette animosité des officiers russes contre leurs voisins germaniques avec lesquels ils vivent en paix depuis cent cinquante ans et ces explosions de sentiments belliqueux ont donné aux Japonais l'impression que leurs hôtes, maintenant qu'ils se sentent forts et prêts à la lutte, laissent entrevoir leur véritable état d'âme et qu'on y lit la haine de l'Allemagne."
** D. Rizow.

würden, das heißt in zirka drei Jahren, werde Rußland seiner auswärtigen, besonders seiner Orientpolitik[1] einen anderen Nachdruck geben, als das jetzt der Fall sei.

Flotow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Dardanellen?

Nr. 15 858

*Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 128 St. Petersburg, den 16. April 1914

Ganz vertraulich

Herr Paléologue*, den ich seit vielen Jahren kenne, und der mir stets sehr offen seine Ansicht über politische Dinge ausgesprochen hat, sagte mir heute gelegentlich eines Besuches, daß ihn der scharfe Ton der deutschen Presse gegen Rußland beunruhigt habe und er sich deswegen hier bei den verschiedensten Stellen über die amtlichen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland erkundigt habe.

Es sei ihm von allen maßgebenden Persönlichkeiten hier versichert worden, daß die amtlichen Beziehungen durchaus nicht unfreundlich[1] seien und nicht der mindeste Grund vorhanden wäre, an eine Krisis zu glauben. Die Gereiztheit der deutschen Presse scheine ihm also unbegründet. Ich wies darauf hin, daß die ungewöhnlich starken Rüstungen und gewisse andere Vorkommnisse doch bei uns berechtigterweise ein gewisses Mißtrauen erregt hätten und man sich schließlich auch nicht über eine gelegentliche Schärfe in einigen unserer Blätter wundern dürfe. Der Botschafter erwiderte mir, er lege Wert darauf, daß die nationalistischen Kreise in Paris aus unserer Preßpolemik und namentlich den scharfen Angriffen der deutschen Blätter gegen Rußland keine falschen Schlüsse zögen und nicht etwa an eine ernste Verstimmung zwischen den beiden Regierungen glaubten**. Er wolle ganz offen sein und mir sein heutiges Telegramm nach Paris über diese Frage vorlesen. Dasselbe lautete etwa folgendermaßen: „Im Hinblick auf die scharfen Angriffe der deutschen Presse gegen Rußland habe ich mich über die amtlichen Beziehungen zwischen beiden

* Paléologue hatte den Botschafter Delcassé am 17. Februar 1914 in Petersburg abgelöst. Vgl. dazu Kap. CCXCIV, Nr. 15 627, S. 160, Fußnoten, S. 161, Fußnote *.

** Vgl. jedoch Nr. 15 850 und den Bericht des belgischen Gesandten in Petersburg Comte de Buisseret vom 22. April: „A l'Ambassade de France à Saint-Pétersbourg on estime qu'il convient de ne pas se laisser égarer par les informations des journaux français chauvins, qui représentent la situation comme très tendue entre Saint-Pétersbourg et Berlin." Zur Europäischen Politik 1897—1914, ed. B. Schwertfeger, IV, 193.

Staaten an den verschiedensten Stellen erkundigt. Herr Sasonow, Herr Goremykin, der Kriegsminister und der neue Chef des Generalstabes* haben mir einstimmig versichert, daß zu irgendwelcher Beunruhigung nicht der mindeste Grund vorliege. Die starken Rüstungen seien im Hinblick auf die ausgedehnten Grenzen notwendig und trügen keinerlei aggressiven Charakter[2]. Die russisch-deutschen Beziehungen seien trotz der Zeitungspolemik und einzelner Zwischenfälle durchaus normal. Was die öffentliche Meinung jedoch anlangt, so ist dieselbe allerdings gegen Deutschland entschieden mißgestimmt. Diese Verstimmung liegt aber hauptsächlich auf handelspolitischem Gebiete. Auch Herr Sasonow hat mir versichert, daß die wirtschaftlichen Fragen zwischen beiden Ländern allerdings nicht leicht zu regeln sein würden**. Immerhin

---

* Janushkowitsch.

** Daß bei der russischen Mißstimmung gegen Deutschland das weitverbreitete Vorurteil, als ob Rußland bei dem Abschluß des Handelsvertrags vom Jahre 1904 stark übervorteilt worden sei, eine große Rolle spielte, war schon bei der Beratung der Budgetkommission der Duma vom 8. Februar, in der Sasonow eine mißverstandene Rede gehalten hatte (vgl. Nr. 15 841, S. 541, Fußnote **), zutage getreten. Die gleiche Erscheinung spiegelt sich wider in dem „Offenen Briefe" des Professors Mitrofanow an den Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher" vom 12. April, veröffentlicht im Juniheft (Band 156) derselben. Dort heißt es: „Der letzte Handelsvertrag mit Deutschland, unter dem Drucke des unglücklichen [japanischen] Krieges und der inneren Verwirrung geschlossen, kam nur dem deutschen Ackerbau und der deutschen Industrie zugute. Zwölf Jahre lang war Rußland ein Tributär Deutschlands, und die öffentliche Meinung erhebt im voraus ihre warnende Sprache, daß die Regierung ihre früheren Fehler nicht wiederholen dürfe." (S. 395.) Diese scharfe Einstellung der russischen Öffentlichkeit gegen den bis 1916 laufenden deutsch-russischen Handelsvertrag ließ für die Erneuerung, im Hinblick auf die die Vorarbeiten hüben und drüben schon seit 1911 im Gange waren, große Schwierigkeiten und selbst Komplikationen vorhersehen. Von großem Interesse sind Ausführungen, die der frühere russische Ministerpräsident Graf Witte Anfang Juli 1914 in Bad Salzschlirf gegenüber einem Vertrauensmann A. Ballins machte, und die dieser am 11. Juli an den Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei Wahnschaffe weiterleitete. Vgl. B. Huldermann, Albert Ballin, S. 303 ff. Danach sagte Graf Witte unter anderem: „Der kommende Handelsvertrag bildet für die deutsch-russischen Beziehungen, die ohnedies gespannt sind, eine große Gefahr. Er kann das Verhältnis zwischen beiden Ländern sehr zuspitzen. Schon jetzt ist in einem großen Teil der russischen Presse auf diesem Boden eine Hetze gegen Deutschland eröffnet worden, die man wohl in Deutschland übersieht. Was ich bisher in der russischen Presse über den kommenden Handelstraktat gelesen habe, zeugt von großer Dummheit und Unkenntnis des Sachverhalts. Die Verhandlungen muß eine Persönlichkeit führen, die in Rußland Autorität besitzt und die hagelnden Angriffe der Presse und der schlecht orientierten öffentlichen Meinung nicht fürchtet. Der neue Handelsvertrag ist für uns außerordentlich wichtig. Die hohen Einfuhrzölle haben unserer Handelsbilanz geschadet; aus einer aktiven ist sie eine passive geworden; dadurch leidet unser Geldverkehr. In Rußland wird, wie gesagt, eine sinnlose Hetze geführt. Ganz dumme Dinge, an denen wir selbst schuld sind, werden den Deutschen in die Schuhe geschoben. Ich will Ihnen nur ein Beispiel anführen — Holz. Es wird in der russischen Presse über die Zölle geklagt, die mit der Ausfuhr des russischen Holzes zur Bearbeitung nach Deutschland und der Rückeinfuhr nach Rußland verknüpft

böten diese Schwierigkeiten keinerlei Grund zu einer ernsten Beunruhigung usw." Das Telegramm schloß mit etwa folgenden Worten: „Dies ist die augenblickliche hiesige Stimmung, aber selbst wenn zwischen den beiden Regierungen die Beziehungen gespannter werden

---

sind. Wäre es nicht viel einfacher, dafür zu sorgen, daß das Holz in Rußland selbst bearbeitet wird? Wie das zu machen wäre, ist eine Frage für sich. Statt dessen klagen sie Deutschland an. Die eigene Dummheit und Rückständigkeit anzuklagen, wäre doch hier eher angebracht. Ferner, ebenso wie sich der menschliche Körper an neue Kleidung gewöhnt, gewöhnt sich das wirtschaftliche und staatliche Leben an Formen, die ursprünglich als drückend und unerträglich erschienen. Beim neuen Handelsvertrag könnte Rußland in manchen Dingen nachgeben, die bei der letzten Abmachung uns als große Opfer vorkamen, denn inzwischen hat sich doch manches geändert und verschoben. Ich glaube, ich könnte eine Basis zur Verständigung finden. Ich hätte den Mut, der irregeleiteten öffentlichen Meinung und den Hetzereien der Presse standzuhalten. Es ist ein Fehler, daß man in Deutschland dieser Frage nicht genügend Beachtung schenkt, denn sie enthält viel Zündstoff und birgt große Gefahren. Die Vorverhandlungen müßten schon meiner Ansicht nach bereits in einem halben Jahr beginnen. Schiebt man dies auf den letzten Augenblick auf, so kann sich eine Explosion entladen." Die gleiche Auffassung, daß der friedliche oder feindliche Charakter der deutsch-russischen Beziehungen wesentlich von der Frage des neuen Handelsvertrages abhängig sein werde, kommt in dem von Fürst Kotschubey im „Correspondant" vom 26. Juni veröffentlichten, im Septemberheft der „Preußischen Jahrbücher" (Band 157) in deutscher Übersetzung reproduzierten Aufsatz zur Geltung, der zugleich einen Begriff gibt von der Feindseligkeit der russischen öffentlichen Meinung gegen Deutschland. Es heißt da unter anderem: „Man stelle sich vor, was aus der Duma werden würde, wenn die russische Regierung, einen Krieg mit Deutschland voraussehend, sich die Mühe geben würde, die Meinung dieser Versammlung und diejenige des Volkes zu beeinflussen. Wenn die Duma zum erstenmal fühlt, daß die Hand des Fremden auf die Geschicke ihres Landes fällt, so wird die Mehrheit sich aufbäumen und die kleine Minderheit der Zögernden mit sich reißen. Über welch mächtige Kraft könnte die russische Regierung eines Tages verfügen, wenn die Duma sie zwingen würde, Deutschland den Krieg zu erklären! Hat das Kabinett von Berlin mit dieser Möglichkeit gerechnet? Aber die Tatsachen sind da. Man erinnere sich nur der Kundgebungen, welche vor kurzem in Rußland stattfanden, wegen der slawischen Frage, der Begeisterung, welche die Siege der Balkanstaaten hervorriefen, der Enttäuschung, ja beinah des Zorns, welche darauf die Fernhaltung der russischen Regierung erzeugten, der Kritiken und des Spottes, welche es ihr eintrug. Die traurigen und unzufriedenen Gemüter sollten sich Rechenschaft davon geben, daß ein neuer Faktor in Rußland geboren ist durch die Mitarbeit an seinem Geschick vermittels der Abgeordneten des Volkes. Dieser Faktor ist der Patriotismus. Im Augenblick der Gefahr wird er es sein, der das russische Volk in einem Krieg gegen Deutschland führen wird. Man wird uns vielleicht entgegnen, daß dasselbe Volk in dem japanischen Kriege keine großen Proben seiner Begeisterung gezeigt habe. Wir antworten, daß zu jener Zeit der inneren Umwälzung es überhaupt noch keine Stimme hatte, und daß außerdem der Feldzug gegen die Mandschurei hauptsächlich eine koloniale Unternehmung war, welche Rußland zu einer Zeit wagte, als es nicht darauf vorbereitet war. Etwas anders wäre ein Krieg gegen Deutschland, den althergebrachten Feind der Slawen, der sich in den Gemütern der Bauern als Urheber der Knechtschaft personifiziert, voll Härte gegen die Schwachen, als unbeugsame Herren über die Arbeiter, als Vorbild der alten Bureaukratie in

sollten, so wird das letzte Wort nicht von ihnen, sondern von den beiden Souveränen gesprochen, deren Beziehungen, wie ich von einer sehr maßgebenden Persönlichkeit höre, sehr freundschaftlich sind (dont les relations sont très amicales)."

Herr Paléologue wiederholte mir, daß er es im Hinblick auf die namentlich im „Matin" wiedergegebenen Ausfälle der deutschen Presse gegen Rußland für notwendig erachtet habe, die wirkliche Stimmung zu schildern. Dieselbe könne sich ja ändern, vorläufig schiene ihm aber kein Grund zur Beunruhigung vorhanden.

Der Botschafter hat im Gegensatz zu Herrn Delcassé entschieden das Bedürfnis, sich über seine Auffassung der hiesigen Lage mit uns auszusprechen. Da er auf meinen Besuch nicht vorbereitet war, habe ich keinen Grund, an der Aufrichtigkeit seiner Mitteilungen zu zweifeln *.

Lucius

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sehr wenig!
[2] Blech!

Nr. 15 859

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 96 St. Petersburg, den 28. April 1914

Im Anschluß an gestrigen Privatbrief an Herrn Staatssekretär **:

Habe Herrn Sasonow, der einige Tage verreist war, heute zum ersten Male nach meiner Rückkehr gesehen und fand ihn in sehr ver-

---

Rußland, absichtlich feierlich eingesetzt, um die Massen der Bauern, deren Sprache sie nicht einmal sprechen, mit roher Hand zu leiten. Vielleicht beschuldigt man uns der Sentimentalität, der patriotischen Beschränktheit. Man irrt sich, wir führen hier nur die strikte Wahrheit aus auf Kosten derjenigen, welche sich in falschen Hoffnungen wiegen." (S. 493 f.)

* Wie Paléologue in Wirklichkeit über die Lage dachte, ergibt sich aus den Äußerungen, die er am 6. Juni während eines Urlaubs in Paris, wo er mit der größten Entschiedenheit für die volle Durchführung der dreijährigen Dienstzeit eintrat, zu Briand getan haben will. In seiner Veröffentlichung „La Russie des Tsars pendant la Grande Guerre", Revue des Deux Mondes, 15 Janvier 1921, p. 229, gibt er sie folgendermaßen wieder: „J'ai l'intime conviction que nous allons vers l'orage. Sur quel point de l'horizon et à quelle date éclatera-t-il? Je ne saurais le dire. Mais la guerre est désormais fatale et à brève échéance." In demselben Sinne, nur noch bestimmter, äußerte sich Paléologue am 18. Juni gegenüber dem neuen Ministerpräsidenten Viviani. Vgl. auch Nr. 15 856, Fußnote *, ferner Kap. CCXCIV, Nr. 15 675, S. 267, Fußnote.

** Ein Privatbrief Graf Pourtalès' an von Jagow vom 27. April liegt nicht bei den Akten; nach den Archivbüchern scheint es sich vielmehr um einen Privatbrief

söhnlicher Stimmung. Minister konstatierte, daß, wenn auch infolge verschiedener Vorkommnisse in letztem Monat* einige Verstimmung zwischen uns herrschte, im Grunde sich in unseren Beziehungen nichts geändert habe. Jedenfalls sei sein Vertrauen zur Kaiserlichen Regierung dasselbe geblieben. In diesem Sinne beabsichtige er, sich bei Budgetberatung in Duma wahrscheinlich Anfang Juni zu äußern, auf Gefahr hin, zu großen Optimismusses beschuldigt zu werden. Ich bemerkte, es sei tatsächlich zwischen beiden Regierungen abgesehen von Liman-Affäre** nichts vorgefallen, was Verstimmung rechtfertige, und man sollte hier billigerweise anerkennen, daß deutscherseits viel guter Wille gezeigt worden sei, um Meinungsverschiedenheiten bezüglich gedachter Angelegenheit beizulegen. Herr Sasonow gab dies zu und erklärte, er beabsichtige auch, sich in diesem Sinne in Duma zu äußern und dabei darauf hinzuweisen, wie das zwischen beiden Regierungen bestehende vertrauensvolle Verhältnis eine solche Erledigung eintretender Differenzen ermögliche. Es war das erste Mal, daß Herr Sasonow unsere versöhnliche Haltung in Liman-Affäre so rückhaltlos anerkannte. Es scheint allerdings, als wolle der Minister jetzt bei uns um schön Wetter bitten, ich stelle aber doch zur Erwägung, ob angesichts dieser Haltung des Herrn Sasonow, welche deutlich Wunsch***, Entspannung eintreten zu sehen, verrät, bei eventuellen Äußerungen des Herrn Reichskanzlers über deutsch-russische

---

des Staatssekretärs an den Botschafter vom 25. April, der am 27. diesen erreichte, gehandelt zu haben. Dieser Privatbrief behandelt die Frage, wie der Reichskanzler sich in seiner demnächstigen Reichstagsrede über das deutsche Verhältnis zu Rußland auslassen solle. Bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin hatte Graf Pourtalès dem Staatssekretär dargelegt, daß er eine Mahnung an die Adresse Rußlands, namentlich im Hinblick auf die deutschfeindliche Haltung der russischen Presse, für angezeigt halten würde. In seinem Briefe setzte Jagow nun den Gedankengang der vom Reichskanzler in dieser Richtung zu haltenden Rede auseinander. Er sollte in die Pointe auslaufen, daß trotz aller Preßfehden und der daraus resultierenden Reizbarkeit der öffentlichen Meinung hüben und drüben das Verhältnis unter den beiden Regierungen erfreulicherweise intakt geblieben sei, und daß jedenfalls die deutsche Regierung an dem politisch gesunden und bewährten Gedanken festhalte, daß „für beide Länder wie bisher durch ein freundnachbarliches Zusammenleben die Interessen am besten gewahrt würden". Graf Pourtalès wurde schließlich von Jagow ersucht, Abänderungsvorschläge zu äußern, falls er eine andere Disposition oder Tonart für nützlicher halte.

* Sasonow denkt hier wohl in erster Linie an die durch den Artikel der „Kölnischen Zeitung" vom 2. März und die Antwort der „Petersburger Börsenzeitung" vom 12. März heraufbeschworene Preßfehde, sodann an verschiedene im Februar und März vorgefallene deutsch-russische Zwischenfälle, so die Verhaftung der deutschen Luftschiffer Berliner, Haase und Nikolai und ihre Festhaltung in Perm, so die Verhaftung des russischen Kapitäns Poljakow in Köln, die in der beiderseitigen Presse neue Aufregung auslösten.

** Vgl. dazu Bd. XXXVIII, Kap. CCXC.

*** In der Entzifferung steht anstatt des nach dem Zusammenhang zu erwartenden „Wunsch" das Wort „fruchtlose", was keinen Sinn gibt.

Beziehungen es sich nicht empfehle, den Ton noch etwas versöhnlicher zu stimmen, insbesondere Passus über deutsch-feindliche Bewegung in russischer Öffentlichkeit etwas zu mildern, eventuell zu kürzen. Ich glaube, daß Wärme des Tons, den Herrn Sasonow in Duma gegenüber Deutschland anschlagen wird, durch den Ton der Äußerungen des Herrn Reichskanzlers * beeinflußt werden dürfte. Äußert sich aber Herr Sasonow so, wie er es jetzt in Aussicht stellt, so wird dies jedenfalls sehr zur allgemeinen Beruhigung beitragen [1].

Pourtalès

---

Randbemerkung Zimmermanns:
[1] Schade, daß wir uns zuerst äußern müssen!

---

* Zu Äußerungen des Reichskanzlers im Reichstage über die deutsch-russischen Beziehungen ist es bis zum Ausbruch des Weltkrieges nicht mehr gekommen. Dagegen ging Staatssekretär von Jagow, der sich schon am 28. April in der Budgetkommission eingehend über die Liman Sanders-Affäre und ihre friedliche Beilegung ausgelassen hatte, in der Reichstagssitzung vom 14. Mai ausführlich auf das Thema des deutsch-russischen Verhältnisses ein. Seine Auslassungen nahmen infolge der deutschfeindlichen Haltung der russischen Öffentlichkeit, die sich in der letzten Zeit noch wesentlich verschärft hatte, einen ernsteren Charakter an, als ursprünglich vorgesehen war. Er sagte unter anderem: „Zweifellos hat sich die schon seit lange in einem Teile der russischen Presse herrschende deutschfeindliche Bewegung in letzter Zeit noch verschärft und zu einer fast systematischen Kampagne auf den verschiedenen Gebieten gegen uns geführt. Diejenigen, die diese Kampagne unterhalten haben, können sich nicht wundern, wenn es schließlich ebenso aus dem Walde herausschallt, wie man hineingerufen hat.“ Im weiteren Verlaufe seiner Rede betonte der Staatssekretär: „Wir kennen keine realen Gegensätze, die einem friedlichen Nebeneinanderleben der beiden Nachbarreiche Rußland und Deutschland hinderlich wären.“ Aber er sah sich genötigt hinzuzusetzen: „Um so verwerflicher scheint es, einen künstlichen Antagonismus durch die Erregung von Volksleidenschaften hervorzurufen. In unserer übernervösen Zeit mit den Einwirkungen der Presse auf die Volksseele ist das ein Spielen mit dem Feuer. Der Zustand einer derartigen gegenseitigen Gereiztheit ist nicht geeignet, eine ersprießliche Führung der laufenden Geschäfte zu fördern. Ich hoffe aber, daß es den Bemühungen der beiderseitigen Regierungen gelingen wird, diesen gefährlichen Strömungen einen Damm entgegenzusetzen.“ Die Jagowsche Rede fand ein Echo in Sasonows Dumarede vom 23. Mai. Die Sasonowsche Rede unterstrich die Beziehungen traditioneller Freundschaft mit Deutschland: Diese alte Freundschaft und der Wunsch beider Regierungen, sie zu erhalten, hätten dazu beigetragen, neuerdings gewisse Zwischenfälle beizulegen, welche die guten Beziehungen zu beeinträchtigen schienen. Leider fänden die Bemühungen der Regierungen in dieser Richtung nicht immer die Unterstützung der Presse beider Länder trotz der Gefahren, die in der Erregung eines schlecht begründeten Alarms lägen. Auf die Liman Sanders-Affäre ging Sasonow in seiner Rede des näheren nicht ein, obwohl es nahe gelegen hätte, das Eingeständnis, daß Deutschland bei der Lösung der dadurch entstandenen Schwierigkeiten „viel guten Willen gezeigt habe“, auch öffentlich zu wiederholen. Doch brüstete sich Sasonow gegenüber Graf Pourtalès, wie dieser am 10. Juni berichtete (Nr. 175), mit der betonten Deutschfreundlichkeit seiner Dumarede: „Der Minister frug mich, ob ich nicht anerkenne, daß er sich sehr freundschaftlich über Deutschland geäußert habe. Nach allem, was in den letzten Monaten vorgekommen sei, habe er mit Absicht

## Nr. 15860

### *Bericht des Militärattachés in Wien Oberstleutnants Grafen von Kageneck*

Abschrift

Nr. 29 Wien, den 30. Mai 1914

Die Tatsache der russischen Reservisteneinberufungen ist in der österreichisch-ungarischen Presse wie üblich in ängstlicher Nervosität gefahrdrohender dargestellt worden, als sie in Wirklichkeit zu sein scheint. Die meisten Zeitungsartikel sprachen von rund einer Million Erhöhung des Friedenspräsenzstandes in den Herbstmonaten.

Im k. und k. Generalstab wird die Lage nach sachlicher Prüfung ruhiger aufgefaßt.

Der Generalstabschef gebrauchte mir gegenüber heute den Ausdruck: „immerhin für den Nachbar kein angenehmes Gefühl.“ Man wird dies verstehen, sogar doppelt unangenehm für einen Nachbar mit den minimalen Kompagnieständen von 93 bis 120 Mann, wie sie leider immer noch hierzulande bestehen.

In der russischen Sektion des Evidenzbureaus wird die Gesamtsumme der in den Herbstmonaten einzuberufenden Reservisten der beiden (nicht d r e i, wie die Blätter meldeten) Jahrgänge 1907 und 1909 nach allen Abgängen auf rund 5 bis 600000 Mann veranschlagt. Also gegen andere Jahre nichts Außergewöhnliches. Der Chef meinte, vielleicht wolle Rußland im Herbst irgendeine diplomatische Aktion durchführen und hierzu ein gutes Kartenspiel in der Hand haben. Auffallend erscheint dem Chef, daß zurzeit in Frankreich und Rußland die G o l d b e s t ä n d e zurückgehalten werden.

General Baron Conrad äußerte sich heute noch nicht darüber, ob die k. und k. Heeresleitung sich veranlaßt sehen wird, im Herbst nötigenfalls den ausgedienten Jahrgang für eine Waffenübungsperiode zurückzubehalten. Bisher scheint für die in der letzten Krise öfters geübte Praxis wenig Neigung zu bestehen. Mit Rücksicht auf die

---

bei Besprechung der deutsch-russischen Beziehungen einen besonders warmen Ton angeschlagen, der sogar, was gewiß bei uns bemerkt worden sei, um eine deutliche Nuance wärmer gewesen sei als der, in welchem der Herr Staatssekretär im Reichstage über das Verhältnis Deutschlands zu Rußland gesprochen habe.“ Daß aber trotz der gewollten Wärme seiner Rede die Liman Sanders-Affäre bei Sasonow nicht vergessen und vergeben war, zeigt der Umstand, daß er bei dem Aufenthalt Kaiser Nikolaus' II. in Konstanza (14. Juni) Gelegenheit nahm, gegenüber König Karol bitter über die Behandlung zu klagen, die die deutsche Regierung ihm in der Frage der Militärmission habe zuteil werden lassen: das habe ihn und die russische Regierung sehr verstimmt und habe gewissermaßen den Anfang zu der Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiderseitigen Regierungen gebildet. Bericht von Waldthausens Nr. 181 vom 16. Juni; siehe Bd. XXXVIII, Kap. CCXC, Nr. 15532.

öffentliche Meinung und auf die Mehrbelastung des Budgets wird man es zu vermeiden suchen. Außerdem wäre damit nur den Ententemächten ein Gefallen getan. pp.*

(gez.) Graf Kageneck
Oberstleutnant und Flügeladjutant

Nr. 15 861

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Ausfertigung

Nr. 177 St. Petersburg, den 13. Juni 1914

Euerer Exzellenz beehre ich mich anbei die Übersetzung eines soeben in der „Birshewija Wjedomosti" erschienenen bemerkenswerten Artikels*** zu überreichen, der, wie ich höre, vom hiesigen Kriegsministerium herrührt und den deutlichen Zweck verfolgt, auf Frankreich einen Druck im Sinne der Einführung † der dreijährigen Dienstzeit auszuüben[1].

---

* Der Schluß des Berichts behandelt Äußerungen Generals von Conrad über Balkanfragen.

** Bereits nebst Anlage veröffentlicht im Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, S. 168 f.; ferner in den Deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch, ed. Graf M. Montgelas und W. Schücking, I, 1.

*** Siehe Anlage.

† Gemeint ist nicht so sehr: Einführung — die war ja schon 1913 erfolgt — als vielmehr: volle Durchführung der dreijährigen Dienstzeit, die in Petersburg infolge des gerade am 12. Juni in Paris erfolgten Sturzes des eben erst konstituierten Ministeriums Ribot bedroht erscheinen mochte. Daß der Zweck des Artikels wesentlich der gewesen sei, „die Franzosen an ihre Pflicht zu erinnern", gibt auch der ehemalige russische Kriegsminister Suchomlinow in seinen „Erinnerungen", deutsche Ausgabe, S. 252, zu, obgleich er sich bemüht, den Aufsatz in das Licht eines Beruhigungsartikels zu rücken: „Um die Franzosen an ihre Pflicht zu erinnern, und zugleich um die panikartige Stimmung bei uns selbst zu beschwichtigen und das Selbstvertrauen zu heben, ließ ich in der ‚Birshewija Wjedomosti' jenen Artikel schreiben, der von den Deutschen als eine Drohung an ihre Adresse aufgefaßt wurde: ‚Rußland fertig, Frankreich muß ebenfalls fertig sein!' Das war Anfang Juni. Eine Beruhigung hat der Artikel auch in Petersburg nicht gebracht, und auch die bald bekannt werdende Einstellung der neuen französischen Regierung zu Rußland vermochte die Nervosität nicht mehr zu bannen. . . . In der öffentlichen Meinung aber herrschte die Auffassung vor, daß Rußland die Gelegenheit nicht wieder verpassen dürfe, und daß die russischen Interessen nicht wieder in Abhängigkeit von den innenpolitischen Strömungen Frankreichs gebracht werden dürften." Daß die Tendenz des russischen Kabinetts darauf gerichtet war, die Franzosen zu den äußersten militärischen Anstrengungen anzuspornen, hat der belgische Gesandte in Paris Baron Guillaume schon vor dem Artikel der „Birshewija Wjedomosti" erkannt. In seinem Bericht vom 9. Juni (Belgische Akten-

Der Artikel führt unter der Überschrift „Rußland ist bereit, Frankreich muß es auch sein“ aus, Rußland, welches eben erst zur Verstärkung seiner Wehrkraft Anstrengungen gemacht habe, wie sie noch nie von einem Staat gemacht wurden, sei berechtigt, von Frankreich zu erwarten, daß dieses ebenfalls seine Armee verstärke, was nur durch Einführung der dreijährigen Dienstzeit möglich sei.

F. Pourtalès

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gegen uns!

### Anlage

Das heutige Abendblatt der „Birshewija Wjedomosti“ brachte einen offenbar offiziösen Artikel mit der Überschrift: „Rußland ist bereit, Frankreich muß es auch sein.“ *

---

stücke 1905—1914, S. 136 f.) heißt es: „Est-il vrai que le Cabinet de Pétersbourg ait imposé au pays l'adoption de la loi de trois ans et pèserait aujourd'hui de tout son poids pour en obtenir le maintien? Je n'ai pu parvenir à obtenir des lumières sur ce point délicat, mais il serait d'autant plus grave que les hommes qui dirigent les destinées de l'Empire des Czars ne peuvent ignorer que l'effort demandé ainsi à la nation française est excessif et ne pourra se soutenir longtemps. L'attitude du Cabinet de Pétersbourg est-elle donc basée sur la conviction que les événements sont assez prochains pour qu'on puisse se servir de l'outil qu'elle entend mettre dans la main de son allié?“ Vgl. Kap. CCXCIV, Nr. 15 675, S. 267, Fußnote.

* Der Artikel wurde von der deutschen Presse vielfach reproduziert, u. a. vom „Berliner Lokalanzeiger“ am 14. Juni. Vgl. die in den Deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch, ed. Graf M. Montgelas und W. Schücking, I, 1 ff. abgedruckten Randbemerkungen Wilhelms II. zu dem Artikel. Für die Auffassung des Kaisers ist vor allem die Schlußbemerkung bezeichnend: „Na! Endlich haben die Russen die Karten aufgedeckt! Wer in Deutschland jetzt noch nicht glaubt, daß von Russo-Gallien mit Hochdruck auf einen baldigen Krieg gegen uns hingearbeitet wird, und wir dementsprechende Gegenmaßregeln ergreifen müssen, der verdient umgehend ins Irrenhaus nach Dalldorf geschickt zu werden! Stramme neue Steuern und Monopole und die 38 000 Nichteingestellten sofort in die Armee und Marine hinein!“ Auch in einem Erlaß des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg an den Fürsten Lichnowsky vom 16. Juni (siehe Kap. CCC, Nr. 15 883) heißt es: „In der Tat hat wohl noch niemals ein offiziös inspirierter Artikel die kriegerischen Tendenzen der russischen Militaristenpartei so rücksichtslos enthüllt, wie es diese Preßäußerung tut.“ Wesentlich die gleiche Auffassung tritt in dem Bericht des belgischen Gesandten in Paris Baron Guillaume vom 24. Juni (Zur Europäischen Politik 1897—1914, ed. B. Schwertfeger, IV, 205 f.) zutage. Es heißt darin: „La France et la Russie jouent véritablement, en ce moment, un jeu bien dangereux. Elles s'excitent mutuellement dans la voie des armements à outrance et se livrent — la Russie surtout — à un bluff qui pourrait avoir les plus funestes conséquences. — Il n'est pas contestable que les préparatifs militaires de l'Empire moscovite sont énormes; son armée sera colossale; mais elle dépasse toutes les limites de la réalité en proclamant qu'elle est aujourd'hui prête à affronter une grande guerre. Il lui faudrait au moins deux mois pour mobiliser ses troupes; son matériel commence à être bon; mais ses moyens de communication sont absolument insuffisants

„In Frankreich", schreibt das Blatt, „ist wiederum eine Ministerkrisis. Das Ministerium Ribot hat nicht das Vertrauen der Kammer erhalten und ist nach der ersten Erklärung genötigt gewesen, Herrn Poincaré seinen Abschied anzubieten.

Rußland wird es sich niemals erlauben, sich in die inneren Angelegenheiten fremder Länder einzumischen, aber es kann nicht völlig gleichgültig der sich in die Länge ziehenden Krisis zuschauen, welche die Regierung des befreundeten und verbündeten Landes durchlebt. Wenn das französische Parlament sich für berechtigt gehalten hat, sich über eine so innere Angelegenheit Rußlands, wie es Kriegsbestellungen sind, im Zusammenhange mit den wirtschaftlichen Vorteilen zu äußern, die daraus dem Lande erwachsen, bei welchem die Bestellungen gemacht werden, so kann erst recht Rußland eine rein politische Frage nicht gleichgültig sein, die leider den Gegenstand des Streites zwischen den Parteien des französischen Parlaments bildet. Diese Frage betrifft die soeben erst in Frankreich eingeführte dreijährige Militärdienstzeit.

Wir haben aus einwandfreier Quelle Nachrichten erhalten, die keinen Zweifel darüber lassen, daß es in dieser Frage für Rußland nur e i n e Auffassung geben kann. Rußland hat alles getan, wozu es durch

---

et elle aurait besoin de plusieurs années pour suppléer à cette pénurie de voies ferrées. Il ne lui sera pas seulement difficile de concentrer ses armées; mais on se demande comment elle les nourrira." In dem gleichen Bericht Baron Guillaumes wird die Ansicht vertreten, daß sich die französische Armee mit allen Kräften auf den demnächstigen Krieg mit Deutschland rüste: „On s'accorde à reconnaître que l'armée française a fait ces derniers temps des progrès très appréciables; la discipline y a beaucoup gagné et ses chefs sont généralement très bons. Elle se rend parfaitement compte qu'à raison des difficultés de la mobilisation russe, c'est elle qui aura à supporter seule, durant deux mois, le premier choc de l'armée allemande. Elle concentre dans ce but, la plus notable partie de ses troupes actives dans les régions de l'Est et compte y accumuler d'immenses forces de réserve, dégarnissant notablement le reste des régions du pays. On peut admettre qu'elle comptera plus de soldats que son adversaire sur les points probables de la rencontre; mais comment parviendra-t-elle à mouvoir ces énormes quantités de troupes et à les nourrir? Ces questions sont aujourd'hui à l'étude et donnent lieu à de nombreux conciliabules des autorités militaires." Schon früher, am 8. Mai, hatte Baron Guillaume in einem Berichte bemerkt: „Il est incontestable que la nation française, durant ces derniers mois, est devenue plus chauvine et plus confiante en elle-même. Les mêmes hommes, autorisés et compétents, qui — il y a deux ans — témoignaient des craintes très vives à la mention seule de difficultés possibles entre la France et l'Allemagne, ont changé aujourd'hui de ton; ils se disent certains de la victoire; font grand état des progrès, d'ailleurs très réels, accomplis par l'armée de la République et se disent assurés de pouvoir, tout au moins, tenir l'armée allemande en échec pendant une durée de temps assez longue pour permettre à la Russie de mobiliser, de concentrer des troupes et de se jeter sur son voisin de l'Occident." Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 135.

das Bündnis mit Frankreich verpflichtet ist, und muß natürlich erwarten, daß auch unser Verbündeter seine Verpflichtungen erfüllt.

Im Auslande ist man bereits völlig unterrichtet über die kolossalen Opfer, die wir zu dem Zwecke dargebracht haben, um dem frankorussischen Bündnisse eine wirklich ansehnliche Kraft zu verleihen. Die vom Kriegsministerium in der Organisation der russischen bewaffneten Macht durchgeführten Reformen übertreffen alles, was jemals nur irgendwo in dieser Richtung getan worden ist. Unser jährliches Rekrutenkontingent ist nach dem letzten kaiserlichen Befehl von 450 000 auf 580 000 Mann gebracht worden. Demnach haben wir eine jährliche Vermehrung der Armee um 130 000 Mann. Gleichzeitig ist die Dienstzeit um ein halbes Jahr vermehrt worden, so daß also während jedes Winters vier Rekrutenkontingente unter der Fahne stehen werden.

Mit Hilfe einfacher arithmetischer Berechnung kann man die Zifferangaben über unsere Armee feststellen, die so groß sind, wie sie noch niemals ein Staat aufgewiesen hat: $580\,000 \times 4 = 2\,320\,000$.

Diese Ziffern bedürfen keines Kommentars.

Einen solchen Luxus kann sich nur das große, mächtige Rußland erlauben.

Zur Vergleichung sei erwähnt, daß die deutsche Armee nach dem letzten Militärgesetz 880 000, Österreich etwa 500 000 und Italien ungefähr 400 000 Mann hat.

Es ist daher ganz natürlich, daß wir erwarten, daß Frankreich jene 770 000 Mann stellt, die nur bei Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit aufgebracht werden können.

Es ist noch zu bemerken, daß alle diese Heeresvermehrungen in der Friedenszeit ausschließlich zu dem Zwecke geschehen, die Armee möglichst schnell auf den Kriegsfuß stellen zu können, das heißt, im Interesse einer möglichst schnellen Mobilmachung.

In dieser Hinsicht haben wir noch eine große Reform durchgeführt, indem wir ein ganzes Netz strategischer Eisenbahnen projektiert und zu bauen angefangen haben. Auf diese Weise haben wir alles getan, um dem Gegner bei der Mobilmachung zuvorzukommen und gleich in den ersten Tagen des Krieges möglichst schnell die Armee zu konzentrieren.

Dies wünschen wir auch von Frankreich. Eine je größere Anzahl Soldaten es zur Friedenszeit hält, um so schneller wird es bereit sein.

Deshalb hoffen wir, daß es der französischen Regierung gelinge, das für Frankreich so notwendige Gesetz über die dreijährige Dienstzeit aufrecht zu erhalten. Wir können mit einer kleinen Abänderung das wiederholen, was wir bereits im Frühjahr sagten:

Rußland und Frankreich wollen keinen Krieg, aber Rußland ist bereit und hofft, daß auch Frankreich bereit sein wird." —

---



Kapitel CCC

# Die Tripelentente vor dem Ausbruche des Weltkrieges
# Die Verhandlungen über die Englisch-Russische Marinekonvention
# April bis Juli 1914



Nr. 15 862

*Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr 211 London, den 17. April 1914
Geheim

Ein englischer Journalist besuchte heute Sir W. Tyrrell, um von ihm für die Haltung der englischen Presse während des bevorstehenden Besuches der englischen Majestäten in Paris* einige Richtlinien zu

---

* Der Pariser Besuch des englischen Königspaares, das von dem Leiter der englischen Außenpolitik Sir E. Grey und dessen Geheimsekretär Sir W. Tyrrell begleitet war, fand vom 21. bis 24. April statt. Der Besuch stand von vornherein unter dem Gesichtswinkel eines noch engeren Anschlusses der Tripelententemächte untereinander und einer näheren Bindung Englands an Rußland, sei es durch eine politische Vereinbarung analog dem Grey-Cambonschen Briefwechsel vom November 1912, sei es durch den Abschluß einer englisch-russischen Marinekonvention analog der seit dem August 1912 in Kraft befindlichen russisch-französischen Marinekonvention. Die Bestrebungen der französischen und russischen Staatsmänner, eine solche engere Bindung vor allem Englands an Rußland herbeizuführen, reichen auf Poincarés Besuch in Petersburg im August 1912 und den kurz darauf im September 1912 erfolgenden Besuch Sasonows in Balmoral (vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLVIII) zurück, die ein positives Ergebnis nicht gezeitigt hatten. Sie setzten von neuem ein, als im Februar 1914 der Besuch des englischen Königspaares in Paris in nähere Sicht kam. Schon am 19. Februar sprach Sasonow in einem Brief an Graf Benckendorff (Livre Noir, II, 307 s.) den Gedanken einer Verwandlung der immerhin lockeren Tripelentente in eine feste Defensivallianz aus, womit die Gefahr einer deutschen Hegemonie ein für allemal beschworen sein würde. Bei der Antrittsaudienz des neuernannten französischen Botschafters in Petersburg Paléologue am 17. Februar äußerte sich auch Nikolaus II. in dem Sinne, daß es wünschenswert sei, das Londoner Kabinett zum Bewußtsein der Notwendigkeit der Übernahme genauerer und mehr bindender Verpflichtungen gegenüber Rußland zu bringen. Geheimbrief Iswolskys an Sasonow vom 18. März; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 73. Wie Iswolsky in Unterredungen mit Poincaré und Ministerpräsident Doumergue um die Mitte März feststellte, waren die Äußerungen des Zaren zu Paléologue nicht ohne starke Wirkung auf die französischen Staatsmänner geblieben. Beide, Poincaré wie Doumergue, gaben gegenüber dem russischen Botschafter die Absicht

erbitten. Nach den streng vertraulichen Mitteilungen meines Gewährsmannes führte der Privatsekretär Sir E. Greys etwa folgendes aus:

Die Entente mit Frankreich sei aus dem Abkommen vom Jahre 1904 und den daran sich anschließenden politischen Ereignissen entstanden. Sir Edward Grey habe die Bedeutung und Tragweite des Verhältnisses häufig öffentlich in Reden erörtert. Diese sollten als Grundlage benützt werden. Die Presse solle möglichst vermeiden, bei Besprechung des Besuches in Paris dritte Mächte überhaupt zu erwähnen, vor allem aber alles aus dem Spiele lassen, was so gedeutet werden könne, als habe die Entente oder der Besuch in Paris eine Spitze gegen irgendeine andere Macht[1]. Dies sei keineswegs der Fall. Die Entente hindere England durchaus nicht an einem freundschaftlichen Verhältnisse zu Staaten, die außerhalb stünden. Frankreich habe offiziell niemals erkennen lassen, daß es einen geschriebenen Vertrag mit England wünsche. Es seien aber Anzeichen dafür vorhanden, daß französische militärische Kreise eine Militärkonvention für erstrebenswert hielten. Dies sei aber wohl unmöglich, da eine Militärkonvention immer eine politische Bindung irgendwelcher Art einschließe. Die meisten kontinentalen Beurteiler vergäßen ganz, daß nicht mehr England allein, sondern das ganze britische Weltreich bei militärischen und Marinefragen mitspreche, und daß das englische Kabinett auf die Wünsche und Bedürfnisse der Dominien weitgehende Rücksicht nehmen müsse. Die „Times“ habe in den letzten Tagen in einem Leitartikel diesen Gesichtspunkt glücklich hervorgehoben: er könne weiter benutzt werden. Der in der „Times“ veröffentlichte Brief des französischen Professors

---

kund, anläßlich der bevorstehenden Ankunft König Georgs V. und Sir E. Greys die Frage der engeren vertragsmäßigen Bindung Englands an Rußland sowohl bei dem Könige als bei dem Staatssekretär zur Sprache zu bringen. Diese Absicht wurde von Sasonow, der in einem Geheimbriefe an Iswolsky vom 2. April (Stieve, a. a. O., IV, 84 f.) die weitere Festlegung und Entwicklung der Tripelentente und, wenn möglich, ihre Verwandlung in einen wirklichen Dreibund für eine dringende Aufgabe erklärte, warm begrüßt. Der russische Außenminister regte an, daß bei dem Besuch des englischen Königspaares die französische Regierung an Sir E. Grey mit dem Vorschlag herantrete, Rußland den Grey-Cambonschen Briefwechsel vom November 1912 bekanntzugeben, der als Grundlage für die Ausarbeitung eines ähnlichen Abkommens zwischen Rußland und England dienen sollte. Es wurden dann noch genaue Verabredungen über den modus procedendi zwischen Iswolsky, Poincaré und Doumergue getroffen; vgl. die vertraulichen Briefe Iswolskys an Sasonow vom 9. und 29. April (Stieve, a. a. O., IV, 87, 95 ff.); doch plauderten die russischen Zeitungen vorzeitig aus der Schule, wodurch die englische öffentliche Meinung, die dem Abschluß bindender Verträge durchaus ablehnend gegenüberstand, Wind von dem Plan eines „näheren Abkommens, ja Bündnisses zwischen Rußland und England“ erhielt. In einem Geheimtelegramm vom 11. April (Stieve, a. a. O., IV, 88) beklagte Iswolsky bitter die Erörterung dieser Frage am Vorabend der Ankunft König Georgs und Sir E. Greys in Paris.

Lavisse* enthalte vollständig falsche Auffassungen über das Wesen der Entente. Es seien die Anschauungen eines französischen Chauvinisten, glücklicherweise nicht die der wirklich maßgebenden Kreise[2] in Frankreich**.

Lichnowsky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Angst vor uns
[2] ?

Nr. 15 863

*Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 214 London, den 18. April 1914

Der bekannte französische Historiker Ernst Lavisse hat anläßlich des bevorstehenden Besuchs des englischen Königspaares in Paris in einer am 16. d. Mts. zum Abdruck gelangten Zuschrift an die „Times" in ausführlicher Weise sich über die Bedeutung, das Wirken und die Ziele der englisch-französischen Entente geäußert***. Unter Betonung der friedlichen Bestrebungen der Entente hat Herr Lavisse gleichzeitig dem Wunsch nach einer Stärkung des englisch-französischen Freund-

* Vgl. das folgende Schriftstück.

** Schon vor den Direktiven, die Sir W. Tyrrell der englischen Presse bezüglich des Pariser Besuchs des englischen Königspaars zuteil werden ließ, hatte Fürst Lichnowsky in seinem Privatbrief an Staatssekretär von Jagow vom 7. März (siehe Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXIV, Nr. 14 700) geraten, die deutsche Presse dahin zu beeinflussen, daß „sie sich einer unfreundlichen und schulmeisterlichen Kritik sowohl des Besuches wie der englisch-französischen Beziehungen überhaupt enthalte".

*** Zu der Genesis des Lavisseschen Artikels, der die Aufschrift „Conditions of Concord. Frankness and Friendship" trug, vgl. den Bericht des belgischen Gesandten in Berlin Baron Beyens vom 24. April. Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 132 f. Nach Baron Beyens wollte kein Geringerer als der französische Botschafter in Berlin Jules Cambon in dem Lavisseschen Artikel, überhaupt in der ganzen „zwecklosen Kampagne der russischen und französischen Zeitungen" die Hand Iswolskys sehen. Als besonders taktlos empfand es Baron Beyens an dem Artikel Lavisses, daß dieser im Zusammenhang mit der künftigen Politik der Tripelentente der elsaß-lothringischen Frage gedachte. Dazu bemerkt Beyens: „Rien ne devait agacer davantage les Allemands et rendre plus défiants les Anglais que l'évocation faite par M. Lavisse, à la fin de sa lettre, de la question d'Alsace-Lorraine, qu'il appelle une question européenne et mondiale. Pour les Allemands il n'existe pas de question d'Alsace-Lorraine, du moins telle que l'entendent les Français, depuis que le sort des armes a rattaché définitivement ces anciennes provinces germaniques à l'Empire d'Allemagne. . . . Les Allemands sont persuadés que l'Angleterre ne prendra jamais les armes, afin d'aider la France à reconquérir les provinces perdues."

schaftsverhältnisses Ausdruck gegeben. Er hat in vorsichtiger Form an der Lauheit Englands Kritik geübt und mit Hinweis auf die schweren Opfer Frankreichs auf militärischem Gebiet die Frage aufgeworfen, ob nicht für England die Zeit zum Ausbau seiner Heeresmacht gekommen sei. Er hat ferner die militärischen Vorbereitungen des Dreibundes und des Dreiverbandes für den Kriegsfall in Vergleich gestellt und dabei zwar der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die englischen und französischen Militär- und Marineleitungen in Verbindung ständen und ihre Pläne gemeinsam festgelegt hätten, hat aber zweifelnd gefragt, ob England auch mit Rußland in gleicher Verbindung sei.

Die „Times" hat den Ausführungen des Professors am gleichen Tage einen Leitartikel gewidmet, in dem sie in sorgfältig gesetzten Worten dessen kritische Bemerkungen beleuchtet.

England, so heißt es unter anderem in dem Artikel, erkenne gleichfalls die Gefahren, die den Mächten des Dreiverbandes drohten, aber es halte sie nicht für so unmittelbar greifbar und für weniger sicher. Ein ungerechtfertigter Angriff auf Frankreich würde England stets auf der Seite seines Freundes finden.

Eine Erörterung der von Herrn Lavisse angeschnittenen Fragen der militärischen Bereitschaft Englands und seiner diplomatischen Haltung lehnt das Blatt mit dem Hinweis ab, daß diese Fragen der Besprechung zwischen den beiden Regierungen vorbehalten bleiben müßten. Hingegen wendet sich das Blatt gegen den Vorwurf der Lauheit Englands und gibt der Überzeugung Ausdruck, daß England für eine gerechte Sache ebenso mutig kämpfen werde wie in vergangener Zeit.

Freilich, so heißt es weiter, müsse die Berechtigung und die Notwendigkeit des Kampfes dem englischen Volke völlig überzeugend sein. Es werde keine Präventiv- oder Angriffskriege billigen. Es hasse kein anderes Volk und wolle keinem Unrecht tun. Außerdem könne das britische Reich nur in seiner Gesamtheit handeln, das heißt unter Zustimmung und mit Unterstützung seiner überseeischen Bestandteile, die nur die feste Überzeugung von erlittenem Unrecht dem Kriegsgedanken geneigt machen könnte. Die Dominien seien Anhänger der Ententepolitik, weil sie dem Frieden diene. Aber damit sie ihre Wurzeln befestigen könne, müsse sie den Grundsätzen treu bleiben, auf die sie gegründet sei.

Die Zuschrift des Herrn Lavisse sowie der Artikel der „Times" haben wie im Ausland so auch hier zu Äußerungen der Presse Anlaß gegeben. Dabei hat sich, wie nicht anders zu erwarten war, erneut herausgestellt, daß die englische öffentliche Meinung jeder Anregung, dem Ententeverhältnis einen bündnisartigen Charakter zu geben, durchaus abgeneigt ist.

In ganz besonders scharfen Worten wendet sich die „Daily News" in ihrem gestrigen Leitartikel gegen die in Frankreich zutage tretenden Bestrebungen, den Königsbesuch zu chauvinistischen und anti-

deutschen Machenschaften auszubeuten, die Parteizwecken dienen sollen. Das radikale Blatt erklärt den Lavisseschen Ausführungen über das militärische Zusammenwirken der Ententemächte gegenüber, die englische öffentliche Meinung werde kein Heer- und Flottenbündnis mit Frankreich dulden, während die bloße Anregung eines solchen Bündnisses mit Rußland einen Sturm der Entrüstung erzeugen würde, der die schuldige Regierung hinwegfegen müßte. Die Entente sei in den Augen Englands kein Bündnis, sie sei nicht gegen Deutschland gerichtet und sei nicht ausschließlich. Kein vernünftiger Mensch in England wünsche die französischen Hitzköpfe, die den Streit mit Deutschland nicht ruhen lassen wollten, in ihrem Treiben zu bestärken.

Kundgebungen wie die des Herrn Lavisse und ähnliche Äußerungen der französischen Presse, die die Absicht Frankreichs zeigen, England, wenn auch in freundschaftlicher Form, zur Verstärkung seiner Heeresrüstung oder zu festerer vertraglicher Bindung zu veranlassen, sind unter den gegenwärtigen Umständen hier einer ungünstigen Aufnahme gewiß. Es muß daher als eine grobe Ungeschicklichkeit bezeichnet werden, daß gerade vor dem Königsbesuche wieder einmal ein derartiger Versuch gemacht worden ist. Wie ich vertraulich höre, hat der Lavissesche Brief auch bei der hiesigen Regierung verstimmt; ebenso ist auch die hiesige französische Botschaft über den wenig angenehmen Auftakt zu der Reise des englischen Königspaares nach der französischen Hauptstadt wenig erfreut.

Lichnowsky

## Nr. 15 864

### *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

**Ausfertigung**

Nr. 216 London, den 20. April 1914

Die radikale Linke in England fährt fort, gegen die von Professor Lavisse in seinem Briefe an die „Times" vertretene Auffassung des französisch-englischen Verhältnisses ärgerlich zu protestieren. Das Wochenblatt „Nation", das die Anschauungen dieser Kreise widerspiegelt, verwahrt sich, wenn auch in etwas weniger schroffem Tone als die „Daily News", gegen jeden Versuch, dem Einvernehmen mit Frankreich den Charakter eines militärischen Bündnisses zu verleihen.

Mr. Garvin, der von Anfang an zu den wärmsten Verfechtern der Entente gehört hat, bringt im Sonntagsblatt „Observer" eine Betrachtung, die vor allem durch ihre Mäßigung auffällt und als neuer Beweis dafür angesehen werden kann, wie groß die Disziplin der englischen Presse in wichtigen Momenten ist. Der sonst durch seine Heftigkeit

bekannte Journalist führt aus, England und Frankreich würden diese Woche ihre Freundschaft erneuern. Nach einem kurzen Rückblick auf die Wirkungen des Einverständnisses auf die europäische Politik, bei dem er die Erleichterung der Lage in Ägypten und die gebesserte Stimmung zwischen französischen und englischen Kanadiern hervorhebt, betont er, daß die bestehende Freundschaft zwischen beiden Ländern keines daran hindere, freundliche Annäherung an dritte Länder zu suchen. Höher aber als alle politischen Ergebnisse des Einvernehmens müsse man die kulturellen Resultate stellen, die dem Geiste beider Völker gestattet hätten, sich gegenseitig zu durchdringen und anzuregen.

Der Brief Professor Lavisses war übrigens, wie ich vertraulich höre, von einer Gruppe französischer Politiker als große Aktion gedacht und sorgfältig vorbereitet worden. Auszüge davon befanden sich schon vier Wochen vor der Veröffentlichung in den Händen englischer Journalisten. Daß der Brief in amtlichen Kreisen nicht günstig aufgenommen wurde, wird mir von verschiedenen Seiten bestätigt. Sir William Tyrrell äußerte einem zuverlässigen Gewährsmanne gegenüber, es entspreche nicht dem Wesen der Freundschaft, vor einem Besuche die Vorteile öffentlich zu erörtern, welche die Freunde gegenseitig von ihrem Verhältnisse hätten. Fingen Freunde erst einmal an, sich gegenseitig vorzurechnen, welchen Vorteil ihnen das Verhältnis bringe, so sei es um die Freundschaft schlimm bestellt.

Für den Kaiserlichen Botschafter
R. v. Kühlmann

## Nr. 15 865

### *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 117 Paris, den 24. April 1914

Dreitägiger Besuch der britischen Majestäten von schönstem Wetter begünstigt äußerlich eindrucksvoll verlaufen. Aufnahme seitens Pariser Bevölkerung allgemein sehr warm. Politischer Erfolg, abgesehen von augenfälliger Bekräftigung der seit zehn Jahren bestehenden entente cordiale für Frankreich insofern etwas enttäuschend, als man hier Erweiterung des Verhältnisses, wenn auch nicht bis zur Allianz, so doch bis zu militärischem Abkommen oder genauerer Fixierung der gegenseitigen Verpflichtungen im Kriegsfalle erhofft hatte. Die schon vor dem Besuch auf dahin zielende französische Presseauslassungen von der englischen Presse beobachtete ablehnende Haltung hier durch Auftreten der englischen Staatsmänner bestätigt und unterstrichen. Die übrigens nur gelegentlichen und kurzen politischen Gespräche berührten

im wesentlichen schwebende Fragen (Hebriden, Albanien, Kleinasien). Bei Gelegenheit Besprechung Wesens der Entente betonte Sir E. Grey ausdrücklich, daß nichts daran geändert werden könnte. Entente sei Instrument des Friedens und nur defensiv*.

v. Schoen

---

* Freiherr von Schoen war hiernach nur sehr unvollkommen über die Besprechungen zwischen den englischen und den französischen Staatsmännern unterrichtet, die am 23. April in einer sehr langen Beratung gipfelten, an der auf französischer Seite Ministerpräsident Doumergue, Botschafter Paul Cambon und der „Politische Direktor" de Margerie, auf englischer Seite Sir E. Grey und Sir W. Tyrrell teilnahmen. Wir besitzen über die Beratung einen eingehenden Bericht in dem Geheimbrief Iswolskys vom 29. April. (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 95 ff.), der auf unmittelbaren Mitteilungen Doumergues und Poincarés vom Abend des 23. fußt. Es heißt in dem Iswolskyschen Geheimbriefe unter anderem: „Nach beendeter Erörterung der verschiedenen auf der Tagesordnung stehenden Fragen der laufenden Politik ging H. Doumergue zur Frage der russisch-englischen Beziehungen über und setzte Sir Edward Grey die zwischen ihm und mir vereinbarten Wünsche auseinander. Zugunsten eines näheren russisch-englischen Abkommens führte er hierbei hauptsächlich zwei Gründe ins Feld: 1. die Bemühungen Deutschlands, uns vom Dreiverbande abzulenken, der eine unzuverlässige und schwache politische Kombination sein soll, und 2. die Möglichkeit, durch den Abschluß einer Marinekonvention zwischen uns und England einen Teil der englischen Seestreitkräfte nicht nur für ein tatkräftiges Vorgehen in der Ost- und Nordsee, sondern auch im Mittelmeere frei zu bekommen. (H. Doumergue wies unter anderem Sir Edward Grey darauf hin, daß wir nach zwei Jahren über ein starkes Dreadnoughtgeschwader in der Ostsee verfügen werden.) — Sir Edward Grey erwiderte Herr Doumergue, er persönlich sympathisiere durchaus mit den von ihm geäußerten Gedanken und sei vollkommen bereit, mit Rußland ein Abkommen zu treffen in der Art der zwischen England und Frankreich bestehenden Abkommen. Er verhehlte jedoch Herrn Doumergue gegenüber nicht, daß nicht nur in der Regierungspartei, sondern sogar unter den Mitgliedern des Kabinetts Personen vorhanden seien, die gegen Rußland voreingenommen und einer weiteren Annäherung an Rußland wenig geneigt seien. Trotzdem gab er der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm gelingen werde, Herrn Asquith und die übrigen Regierungsmitglieder zur Annahme seines Standpunktes zu bewegen, und schlug folgendes Verfahren vor: zuerst könnten beide Kabinette — das Londoner und Pariser — nach gegenseitiger Vereinbarung dem Petersburger Kabinett alle zwischen England und Frankreich bestehenden Abkommen mitteilen, und zwar: 1. die durch die General- und Marinestäbe ausgearbeiteten Konventionen zu Lande und zu Wasser, die, wie Ihnen bereits bekannt ist, einen sozusagen bedingten Charakter haben, und 2. das politische Abkommen, das die Form eines Briefaustausches zwischen Sir Edward Grey und dem französischen Botschafter in London hat. In diesen Briefen heißt es, daß, wenn England und Frankreich im Verlaufe der Ereignisse sich zu einem gemeinsamen aktiven Eingreifen entschließen sollten, sie die erwähnten Konventionen ‚in Betracht ziehen würden'. Gleichzeitig mit dieser Mitteilung könnten das Londoner und das Pariser Kabinett bei uns anfragen, wie wir uns zu dem in ihr berührten Gegenstande verhielten, was seinerseits uns Anlaß geben könnte, in einen Meinungsaustausch mit England über den Abschluß eines entsprechenden russisch-englischen Abkommens zu treten. Nach dem Gedanken Sir Edward Greys könnte zwischen uns und England nur eine Marinekonvention und keine Konvention zu Lande abgeschlossen werden, da alle Landstreitkräfte Englands

Nr. 15 866

*Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 226 London, den 22. April 1914
[pr. 24. April]

In den letzten Tagen haben sich fast alle maßgebenden hiesigen Blätter in ausführlichen Leitartikeln über die Bedeutung des Besuchs Seiner Majestät des Königs in Paris geäußert.

---

bereits im voraus verteilt seien und offenbar nicht mit den russischen zusammenwirken könnten. Sir Edward Grey fügte hinzu, er werde gleich nach seiner Rückkehr nach London den obenerwähnten Plan Herrn Asquith und seinen übrigen Kollegen zur Prüfung unterbreiten. Auf die Frage Herrn Doumergues, ob er nicht der Ansicht sei, daß es wünschenswert wäre, den Abkommen zwischen Rußland und England nicht die Form von Parallelabkommen, sondern die eines einheitlichen Abkommens zu drei zu verleihen, antwortete Sir Edward Grey, er persönlich schließe diese Möglichkeit nicht aus, jedoch könne hiervon erst später im Zusammenhange mit der technischen Ausarbeitung des in Aussicht genommenen russisch-englischen Abkommens die Rede sein. — Alle drei Personen, die an der Beratung teilgenommen hatten — die Herren Doumergue, Cambon und de Margerie —, sagten mir, sie wären erstaunt gewesen über die von Sir Edward Grey klar und bestimmt ausgedrückte Bereitwilligkeit, den Weg einer engeren Annäherung an Rußland zu beschreiten. Ihrer Überzeugung nach haben die von ihm gemachten Vorbehalte bezüglich Herrn Asquith' und der übrigen Kabinettsmitglieder nur einen formellen Charakter. Wenn er nicht im voraus von ihrem Einverständnis überzeugt gewesen wäre, so hätte er nicht solch konkrete Vorschläge gemacht." Vgl. dazu die eigene Erzählung des nunmehrigen Viscount Grey in: Twenty-Five Years, 1892—1916, I, 284 ff. Lord Grey bestätigt, daß in der Beratung vom 23. April von französischer Seite großes Gewicht auf den Abschluß einer englisch-russischen Marinekonvention gelegt worden sei, und daß er, Lord Grey, auch wenn er nicht die Möglichkeit gehabt habe, in den Abschluß eines verbindlichen Abkommens zu willigen, es doch schwer gefunden habe, sich dem französischen Ansinnen ganz zu entziehen: „There was, however, reason why British and Russian naval authorities should have some previous consultation as to the parts to be played by the respective fleets in the event of Britain taking part in a war. The French did not themselves attach great importance to this from the point of view of strategy; they did not estimate very highly the value of the Russian Fleet in a war against Germany. But they did attach great importance to it for the purpose of keeping Russia in good disposition, and of not offending her by refusing. — I could see little if any strategic necessity or value in the suggestion. To my lay mind it seemed that, in a war against Germany, the Russian Fleet would not get out of the Baltic and the British Fleet would not get into it; but the difficulty of refusing was obvious. To refuse would offend Russia by giving the impression that she was not treated on equal terms with France; it might even give her the impression that, since we first agreed to military conversations with France, we had closed our minds against participation in a war. To give this impression might have unsettling consequences, as well as being untrue. On the other hand, it was unthinkable that we should incur an obligation to Russia

Der Ton der Artikel ist, wie die Gelegenheit es vorschreibt, im allgemeinen herzlich. Es wird betont, daß das Freundschaftsverhältnis der beiden Staaten während der zehnjährigen Dauer seines Bestehens die englische und französische Nation einander nahegebracht habe, so daß ihr politisches Zusammengehen nicht mehr auf dem Willen der Kabinette, sondern dem Willen der beiden Völker beruhe. In warmen Worten werden die prunkvollen Vorbereitungen geschildert, die Paris zum würdigen Empfang des englischen Herrscherpaares getroffen hat.

Bei der Würdigung der bisherigen Ergebnisse der englisch-französischen Ententepolitik wird in erster Linie hervorgehoben, daß sie der Wahrung des europäischen Friedens gedient habe, und die Wahrung des Friedens wird auch als das zukünftige Hauptziel der Entente hingestellt.

Die bekannten Darlegungen des Professors Lavisse in der „Times" * und ähnliche Äußerungen der französischen Presse haben andererseits dazu beigetragen, die englische Presse in eine gewisse Abwehrstellung zu versetzen, die fast durchweg in mehr oder minder kühlen Zusätzen zum Ausdruck kommt.

Der Gedanke der Umwandlung des Ententeverhältnisses in ein Bündnis findet in keiner der bedeutenderen Zeitungen beider Parteien Unterstützung, vielmehr begegnet er allenthalben, wo er aufgeworfen wird, einer höflichen aber bestimmten Ablehnung. In klaren Worten wird ferner erklärt, daß England weder gewillt noch in der Lage sei, einer Angriffspolitik des Freundes die Hand zu bieten. Auf der anderen Seite wird aber Frankreich Unterstützung gegen einen ungerechtfertigten Angriff von dritter Seite in Aussicht gestellt. Die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts und des Status quo auf dem Kontinent erscheint erneut als das Hauptziel der englischen Kontinentalpolitik. Aus der Abneigung Englands, in kontinentale Händel hineingezogen zu werden, wird kein Hehl gemacht.

Vielfach wird betont, daß die Entente keine Spitze gegen irgendeine andere Macht habe, daß sie durchaus nicht ausschließlich sei und die Ententegenossen nicht hindere, mit dritten Mächten in nähere Beziehungen zu treten.

Der Gesamteindruck, den die Presseartikel erwecken, ist der freundschaftlicher Wärme, die jedoch von einer gewissen Zurückhaltung nicht frei ist; von Begeisterung kann nicht die Rede sein.

---

which we had refused to France. It was as impossible as ever to give any pledge that Britain would take part in a continental war. The fact that we remained unpledged must be made quite clear. On this understanding we agreed to let the British and Russian naval authorities communicate, as the French asked. I never enquired at the Admiralty afterwards, but I imagine that the practical result of the consultations between the two naval authorities was not great."

* Vgl. Nr. 15 863.

Ich gestatte mir, dabei insbesondere auf die bemerkenswerten Äußerungen der der Regierung nahestehenden „Westminster Gazette“ hinzuweisen.

Das Blatt bedauert die früher aus dem englisch-französischen Freundschaftsverhältnisse erwachsenen Unstimmigkeiten mit Deutschland und betont, die englischen Väter der Entente hätten diese niemals als einen Sprung in die europäische Kontinentalpolitik aufgefaßt und täten dies auch jetzt nicht. In jüngster Zeit hätte sich Gelegenheit geboten zu zeigen, daß die englisch-französische Freundschaft durchaus mit einer freundlichen Haltung Englands gegenüber Deutschland vereinbar sei. England werde seinen Freunden und Nachbarn den größten Dienst erweisen, indem es keinen Zweifel darüber lasse, daß seine Macht und sein Einfluß dazu benutzt werden würde, Angriffen entgegenzutreten und jede Angriffspolitik, durch wen auch immer sie unternommen werden sollte, zu hemmen.

Lichnowsky

## Nr. 15 867

## *Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

**Ausfertigung**

Nr. 140 St. Petersburg, den 24. April 1914

Der Besuch des englischen Königspaares in Paris und im Zusammenhange damit die Idee der Umwandelung der Tripelentente in ein formelles Bündnis beschäftigen die hiesige Presse auf das lebhafteste.

Die „Nowoje Wremja“ stellt, nicht ohne eine gewisse Gereiztheit, gegenüber der deutschen Presse fest, daß, wie auch die offiziösen Kundgebungen der englischen und der russischen Regierung bestätigten, die Frage der Umwandlung der Tripelentente in einen neuen Dreibund weder in London noch in St. Petersburg angeregt worden sei*. Das zwischen Rußland, England und Frankreich bestehende „Einvernehmen“ habe den Zweck, dem unerträglichen, von Berlin, dem

* Siehe dazu Sasonows bereits (vgl. S. 594, Fußnote) erwähnte Äußerung in seinem Geheimbrief an Iswolsky vom 2. April: „Aus diesem Anlasse“ — nämlich dem bevorstehenden Besuche Sir E. Greys in Paris — „halte ich es für meine Pflicht, Ihnen zu sagen, daß mir die weitere Festigung und Entwicklung des sogenannten ‚Dreiverbandes‘ und wenn möglich seine Verwandlung in einen neuen Dreibund als dringende Aufgabe erscheint.“ Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 85. Auch in seinem Schreiben an Graf Benckendorff vom 15. April (Livre Noir, II, 314 s.) plädiert Sasonow wenn auch nicht für eine förmliche englisch-russische Allianz nach Maßgabe der russisch-französischen, so doch für den Abschluß einer Defensivallianz mit ausgesprochener Spitze gegen Deutschland. Es heißt in dem Sasonowschen Schreiben: „Il va sans dire que dans les circonstances actuelles, il ne peut entre nous et les Anglais, être

Mittelpunkte der europäischen Hegemonie[1], ausgehenden „Druck" ein Ende zu bereiten.

In der Tripelentente und dem Dreibund ständen sich zwei ganz verschiedene Weltauffassungen gegenüber, von denen keine imstande sei, die andere zu überzeugen.

„Die politische Lage", heißt es weiter, „besteht im wesentlichen darin, daß die großbritannischen Staatsmänner unbedingt auf die Seite entweder dieser oder jener Weltanschauung treten müssen. Schenken sie dem von der deutschen Presse ausgestreuten Unsinn Glauben, so werden keine Kräfte der Welt sie zu einer regen Annäherung mit den ‚aggressiven' Faktoren Petersburg und Paris veranlassen können. Wenn jedoch, wie man mit gutem Grund annehmen kann, die Hypnose der Bismarckschen Einschüchterungen auf London[2] nicht mehr wirkt und man dort begriffen hat, von welcher Seite die Gefahr droht, wird das bestehende ‚Einvernehmen' sich festigen und das übrige kommt dann von selbst.

Es handelt sich jetzt darum, den Boden für kommende Ereignisse vorzubereiten, indem man durch Wort und Tat seine Absicht kundgibt, den europäischen Frieden aufrechtzuerhalten[3]."

Der „Petersburger Kurjer" erklärt ganz offen, daß die Tripelentente Rußland nicht genügen könne, sondern durch Verpflichtungen Englands gegenüber Rußland ergänzt werden müsse, da sonst im Augenblick der Gefahr das „Einvernehmen" für England als nicht bestehend gelten könnte. Die europäische Lage sei so bedrohlich[2], daß „Überlieferungen" der englischen Politik nicht als stichhaltig angesehen werden könnten.

---

question d'une alliance à l'instar de celle qui existe entre la Russie et la France, mais il ne s'ensuit pas encore qu'aucun engagement conclu en vue d'une défense commune de nos intérêts vitaux, menaçés par le danger d'une hégémonie allemande en Europe, ne soit ni désirable ni possible. — Il faut que les Anglais, imbus de leurs anciennes méfiances insulaires, ne perdent pas de vue la nécessité inexorable dans laquelle ils se trouveront de prendre une part active dans la lutte contre l'Allemagne, le jour où celle-ci entreprendra une guerre dont le but ne pourra être que celui de renverser l'équilibre européen. — Ne vaut-il pas mieux, à tous les points de vue, se prémunir à tout jamais contre les dangers sans nombre d'une éventualité possible par un acte de prévoyance politique, qui couperait court aux ambitions toujours croissantes de l'Allemagne? Cet acte qui, à mes yeux, aurait tout avantage à n'être pas secret, l'Angleterre ne le commettrait qu'à bon escient, avec toutes les garanties que réclameraient son opinion publique ainsi que les traditions de sa diplomatie. Les risques d'une politique pareille sont nuls, et les avantages en sont évidents. Je touche à ce sujet à chacune de mes entrevues avec Buchanan. Nous nous comprenons très bien, mais cela ne fait pas avancer les choses. Les conversations prochaines entre le roi George et les hommes d'Etat français serviront peut-être à poser les premiers jalons sur la route d'une future entente Anglo-Russe. Je ne voudrais pas encore désespérer du triomphe final du bon sens sur le préjugé et la superstition." Zu einer anderen Auffassung bekannte sich freilich Graf Benckendorff; vgl. seinen Brief an Sasonow vom 18. Mai. Stieve, a. a. O., IV, 112 f.

Die Sicherung der gegenseitigen Interessen der Mächte der Tripelentente sowie ihr einmütiger Widerstand gegen den Einfluß der Mächte des Dreibundes sei nur dann möglich, wenn ein festes Programm sowohl für die Friedenszeit wie für den Fall von Verwickelungen bestehe. Dies würde aber dann gleichbedeutend sein mit der Umwandelung der Tripelentente in ein Bündnis.

Das Blatt läßt sich aus Berlin melden, daß in Paris bereits die Grundzüge einer französisch-englischen Militärkonvention ausgearbeitet worden seien, die demnächst unter der Teilnahme Rußlands werde unterzeichnet werden.

Nach Ansicht der „Retsch" ist die Idee der Verwandelung der Tripelentente in ein Bündnis infolge der einmütigen Erklärung der englischen öffentlichen Meinung gegen die letztere als „erledigt" anzusehen. Das, was Frankreich wünsche, könne auch innerhalb des Rahmens der jetzt bestehenden Entente [4] erreicht werden. „Zuguterletzt", schreibt das Blatt, „handelt es sich doch darum, daß jede der Mächte der Tripelentente ihre militärische Schlagfertigkeit auf der schuldigen Höhe hält, und daß die Mächte nicht nur ihre diplomatischen Anstrengungen, sondern auch ihre Verteidigungsmaßnahmen miteinander in Einklang bringen.

F. Pourtalès

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ach! Du lieber Himmel!
so ein Blech!
[2] !
[3] man thut in Rußland jedenfalls alles um ihn zu stören
[4] ja

Nr. 15 868

## *Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 93 Paris, den 25. April 1914

Als im vorigen Jahre Präsident Poincaré bald nach seinem Amtsantritt einen Besuch am britischen Hofe abstattete, habe ich die Annahme geäußert, daß er wesentlich den Zweck verfolgte, den bis dahin hier vergeblich erwarteten ersten Besuch des Königs und, wenn irgend möglich, auch der Königin von England zu veranlassen, nicht nur behufs augenfälliger Bekräftigung der entente cordiale, sondern auch zur Stärkung seiner persönlichen Stellung, die damals aus innerpolitischen Gründen und wegen des dunklen Vorlebens von Madame Poincaré [1] keine unangefochtene war *. Das hiesige sehnsüchtige Verlangen

---

* Vgl. dazu Kap. CCXCIII, Nr. 15 616.

nach der Ehre des englischen Besuches hat noch eine Verstärkung nach dem Besuche der britischen Majestäten in Berlin* erfahren und eine Unterstützung in dem Umstande gefunden, daß der Königin der Niederlande im vorigen Juni hier eine freundliche und würdige Aufnahme zuteil geworden war. Trotz aller hiesigen Bemühungen scheint man aber lange im Ungewissen gelassen worden zu sein, ob Ihre Majestät die Königin Mary den hohen Gemahl hierher begleiten werde. Schließlich haben auf englischer Seite Erwägungen der hohen Politik die nicht unberechtigten Bedenken persönlicher Natur in den Hintergrund treten und die Form eines feierlichen Staatsbesuches wählen lassen, die auch dadurch zum Ausdruck gekommen ist, daß die britischen Majestäten von der anfänglichen Absicht, hier in der Botschaft zu wohnen, abgekommen sind und die Gastfreundschaft der Republik im Gebäude des Ministeriums des Äußern angenommen haben. Beachtenswert ist die mir glaubwürdig erzählte Tatsache, daß man erst im Laufe der Verhandlungen über den Besuch darauf aufmerksam wurde, daß er mit dem zehnjährigen Bestehen der entente cordiale zusammenfallen werde, daher eine besonders feierliche Form angezeigt erscheine.

Der Besuch hat dank umfangreicher amtlicher und privater Vorbereitungen, dank eifriger Vorarbeit der Presse und namentlich dank überaus günstigem Wetter äußerlich nicht nur einen glatten, sondern auch einen schönen, eindrucksvollen Verlauf genommen. Die Einzelheiten — Einzug, Galatafel im Elysée mit Trinksprüchen, Parade in Vincennes, Diner in der englischen Botschaft, Galavorstellung im Opernhaus, Empfang im Hôtel de Ville, Rennen in Auteuil, Tafel und Abendunterhaltung im Ministerium des Äußern — sind Euerer Exzellenz aus den Preßmeldungen bekannt.

Die den Majestäten seitens der Pariser Bevölkerung bereitete Aufnahme — das ist ein stark hervortretendes Merkmal des Besuches — ist eine überaus warme gewesen, nicht so stürmisch wie seinerzeit bei dem russischen Kaiserpaare, aber doch sehr herzlich**. Beide Majestäten, die mir wiederholt und mit einer ersichtlich gewollten Auszeichnung die Ehre längerer Unterhaltungen zuteil werden ließen, haben mir geäußert, daß sie von den populären Begrüßungen überaus

* Vgl. dazu Bd. XXXIV, Kap. CCLXXII, Nr. 13 331.

** Fast identisch ist das Urteil, das der belgische Gesandte in Paris Baron Guillaume in seinem Bericht vom 25. April (Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 133 f.) über den Empfang des englischen Königspaars äußert. Baron Guillaume fügt hinzu: „Die sehr warmen Sympathiekundgebungen galten hauptsächlich dem Prinzip der entente cordiale und fanden eine besondere Nahrung in dem Nationalismus — um nicht zu sagen Chauvinismus —, den die Leiter der Nation entfacht haben, um das Prinzip des schwerdrückenden Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit mit allen seinen persönlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Folgen durchzusetzen.“ Wesentlich schärfer drückt sich Baron Guillaume über die Zusammenhänge zwischen dem englischen Königsbesuch in Paris und der Stärkung des französischen Chauvinismus noch in seinem Berichte vom 8. Mai (a. a. O., S. 134 ff.) aus.

wohltuend berührt seien. König Georg setzte allerdings hinzu, die warme Aufnahme, die namentlich Ihrer Majestät gegolten habe, nehme ihn nicht Wunder, denn es sei das erste Mal, daß der Republik die Ehre des Staatsbesuches einer britischen Königin[2] zuteil geworden; übrigens sei in ihr auch eine Erwiderung der sehr freundlichen Begrüßung zu sehen, die Herrn Poincaré im vorigen Jahre in England bereitet worden. Beide Majestäten nahmen auch wiederholt Veranlassung, mir in ungemein warmem Tone von den kostbaren Erinnerungen zu sprechen, die sie an den vorjährigen Besuch in Berlin und die Aufnahme seitens unserer allerhöchsten Herrschaften sowie der Berliner Bevölkerung bewahrten. Nicht von gleicher Wärme wie die Berührung zwischen den britischen Majestäten und der Bevölkerung ist augenscheinlich diejenige mit den Spitzen der Republik gewesen. Der Verkehr Ihrer Majestät mit Madame Poincaré war kühl und gezwungen, und es schien der hohen Frau nicht erfreulich, bei den feierlichen Anlässen stets nicht nur den wenig redseligen Präsidenten der Republik, sondern auch den noch trockeneren und weltmännisch sehr ungewandten Senatspräsidenten Antonin Dubost als Nachbarn haben zu müssen.

Was die politische Ausbeute des Besuches betrifft, so ist sie, mit französischem Maßstab gemessen, abgesehen von der der Republik und der Entente erwiesenen Ehre, eine recht dürftige. Die französische Presse und besonders die der Regierung nahestehende hatte sich die größte Mühe gegeben, den Besuch politisch vorzubereiten, und ganz besonders im Hinblick auf die Begegnungen von Venedig und Abbazia* ihm von vornherein den Stempel einer tiefangelegten demonstrativen politischen Aktion zu geben. Auf dieses Konto sind der Jubiläumsartikel von Lavisse** und die Äußerungen Pichons in seinem Blatt „Petit Journal" *** zu setzen, in denen von der Notwendigkeit einer Stärkung der entente cordiale viel die Rede ist und der Hinweis auf die Möglichkeit einer Allianz nicht fehlt. In ihrem Eifer war aber die französische Presse wohl etwas zu weit gegangen, denn beinahe einstimmig ist der Allianzgedanke von der englischen Presse abgelehnt worden. Auf diese Weise war von vornherein eine etwas kühle politische Atmosphäre geschaffen, deren Wirkung auf dem Quai d'Orsay in einer gewissen Enttäuschung schon vor dem Eintreffen der englischen Gäste sich bemerkbar machte. Im Laufe des Besuches dürfte dieses Gefühl kaum gewichen sein, denn die britischen Majestäten sowohl wie die Herren der Begleitung und die Diplomaten haben trotz aller Anerkennung des ihnen hier Gebotenen mit äußerster Vorsicht und Zu-

* Vgl. dazu Kap. CCXCV.
** Vgl. Nr. 15 863.
*** Siehe den wesentlichen Inhalt des Artikels in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1914, S. 653.

rückhaltung darüber gewacht, daß kein Wort zu viel gesagt und nichts getan würde, was irgendwie im Sinne der französischen Hoffnungen hätte ausgedeutet werden können. Die Anwesenheit Sir Edward Greys, an die französischerseits große politische Hoffnungen geknüpft worden waren, dürfte im Gegenteil hauptsächlich durch seinen Wunsch veranlaßt worden sein, den König gegen die Liebeswerbungen der Franzosen zu stärken und jeden Versuch, die englische Regierung aus ihrer Reserve herauszulocken, im Keim zu ersticken *. Am 23., also während des Höhepunktes des Besuches, hat Reuter in hochoffiziöser Form den Gedanken an eine Allianz vollständig abgewiesen und betont, daß außer der Besprechung schwebender Fragen keinerlei Notwendigkeit zu grundlegenden politischen Erörterungen vorliege **. In der Tat sind die politischen Gespräche auf ein Minimum reduziert worden. Gelegentlich gemeinsamer Wagenfahrten oder gesellschaftlichen Zusammenseins mögen die Staatsmänner unverbindlich ihre Meinungen ausgetauscht haben. Gewissermaßen offiziell sind sie nur einmal, und zwar am letzten Tage im Quai d'Orsay, zusammengekommen. Herr Iswolsky [3], der sich in den Besuchstagen wiederholt vorzudrängen suchte, hatte sich bemüht, zu dieser „Konferenz" zugezogen zu werden, was jedoch auf Wunsch der Engländer unterblieb, da sie kein Präzedenz schaffen wollten. Überhaupt dürfte wohl das Mißtrauen gegen Rußland und seine weitgehenden Wünsche auf Stärkung des französisch-englischen Rückhalts die Hauptursache zu der überaus vorsichtigen Haltung der englischen Staatsmänner gewesen sein. Bei der Unterredung am Quai d'Orsay hat jedenfalls Sir Edward Grey expressis verbis seine Auffassung der Entente dahin definiert, daß sie ein Instrument des Friedens sei und bleiben müsse und daß an ihrem defensiven Charakter

---

* Vgl. jedoch Nr. 15 865, Fußnote.

** Die Erklärung des Spezialkorrespondenten des Reuterschen Bureaus, die sich ausdrücklich als autorisiert gab, lautete: „Was die bevorstehenden Besprechungen während des Besuchs des Staatssekretärs Grey und die mutmaßlichen Ergebnisse der Zusammenkunft der britischen und französischen Minister des Äußern anbetrifft, so kommt ein neues, formelles und schriftliches englisch-französisches Abkommen, das von einigen Stellen vermutet worden war, nicht in Frage. Die Beziehungen Englands und Frankreichs sind gut und fest begründet und auf der Grundlage eines gegenseitigen herzlichen Einvernehmens stark befestigt. Zweifellos werden Angelegenheiten von beiderseitigem Interesse, wie die Neuen Hebriden, besprochen werden. Es ist jedoch kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß Grey oder Doumergue eine Liste von Angelegenheiten für einen formellen Meinungsaustausch im Sinne hätten. Wenn eine Grundlage des Einverständnisses besteht, wie bei England und Frankreich, so werden Fragen wie die genannte besser zwischen technischen Experten erledigt. In den englisch-französischen Beziehungen ist in der Tat keine formellere Art und Weise notwendig, ebensowenig wie ein Abgehen von dem bestehenden Einverständnis. Obwohl als Ergebnis des Pariser Besuchs eine Erweiterung der bestehenden Beziehungen nicht erwartet werden kann, so darf doch auf eine klarere Definition des bestehenden Einverständnisses gerechnet werden."

nicht gerüttelt werden dürfte*. Die im Elysée gewechselten Trinksprüche** passen sich dem Charakter der Zusammenkunft vollkommen an, sie enthalten nichts, was auf die geringste Veränderung in dem Verhältnis der beiden Länder schließen läßt, und betonen die friedlichen Absichten beider Regierungen. Des russischen Freundes tun sie keine Erwähnung. Doch hat man sich in dem offiziellen Communiqué über das Ergebnis der Ministerbesprechungen zu einer Äußerung entschlossen, die die Übereinstimmung der beiden Ententemächte mit Rußland hervorhebt***.

Die französische Presse hat, so sehr sie sich auch an den Äußerlichkeiten des Besuchs erfreute, doch politisch eine gewisse Ernüchterung nicht ganz verbergen können, die sich durch den geringen Widerhall erklärt, den ihre Begeisterung jenseits des Kanals gefunden hat.

Im ganzen ist die Situation nach dem Besuch am besten durch eine Äußerung Sir W. Tyrrells gekennzeichnet, der einem englischen Journalisten sagte: „Wenn der Rausch (intoxication) verflogen sein wird, werden die Franzosen erst merken, daß der Besuch nicht mehr wie ein gutes[4] Andenken hinterlassen wird.“

v. Schoen

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Mit der saß Englands Königin im selben Wagen und der König gab ihr den Arm,
[2] leider!
[3] der alte Snob
[4] ?
Schlußbemerkung des Kaisers:
Richtig

Nr. 15 869

## *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 241 London, den 27. April 1914

Nach einem kurzen weekend, das sich der Pariser Reise anschloß, ist Sir Edward Grey heute früh nach London zurückgekehrt und beab-

---

* Vgl. jedoch Nr. 15 865, S. 599, Fußnote.
** Vgl. dazu Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1914, S. 654 f.
*** Das offizielle Communiqué lautete: „Im Laufe der Besprechungen sind die verschiedenen Fragen, die die beiden Länder interessieren, erörtert worden, und die Übereinstimmung der Anschauungen hat sich in allen Punkten bestätigt. Indem sie die Ergebnisse der von den beiden Regierungen zusammen mit der Kaiserlich Russischen Regierung verfolgten Politik feststellten, sind Grey und Doumergue übereingekommen, daß es für die drei Länder eine Notwendigkeit ist, ihr Zusammenarbeiten unter dem Gesichtspunkte des Gleichgewichts und der Aufrechterhaltung des Friedens fortzusetzen.“

sichtigt, Donnerstag wieder für einige Tage fortzugehen, um dem Angelsport sich nochmals zu widmen [1], der durch den Aufenthalt an der Seine und die hiesige Krise beeinträchtigt worden war.

Heute früh ließ er mich wissen, daß er mich zu sehen wünsche.

Es lag ihm augenscheinlich daran, mit mir über Paris und seine dortigen Eindrücke zu sprechen, schon um der Meinung vorzubeugen, daß sein Wunsch, mit uns in freundschaftlicher Fühlung zu bleiben, durch französischen Einfluß irgendwie gelitten hätte. In gewohnter heiterer Stimmung erzählte er von seinen Erlebnissen, von der großen Herzlichkeit des Empfanges und der guten Haltung der Volksmassen, deren Kundgebungen alle Erwartungen übertroffen [2] hätten. Die Majestäten seien durch die ihnen bereiteten Huldigungen tief gerührt gewesen, und die von den Parisern zur Schau getragene harmlos-heitere Lebenslust habe eine angenehme Erinnerung hinterlassen.

Von Geschäften sei in erster Linie die griechische Note besprochen worden, und er habe die größte Bereitwilligkeit gefunden, auf unsere Vorschläge einzugehen. Im übrigen habe er die Franzosen politisch in einer sehr ruhigen, durchaus friedliebenden Stimmung gefunden und ohne chauvinistische Regungen; das sei seiner dortigen Tätigkeit besonders zustatten gekommen.

Er schien von dem Ergebnis der Reise außerordentlich befriedigt zu sein, weniger aber von der inneren Lage. Keinesfalls werde man mit den Wahlen angesichts der sich häufenden Schwierigkeiten bis zu nächstem Jahr warten; die Auflösung des Hauses sei daher in nicht zu ferner Zeit zu gewärtigen.

Lichnowsky

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Daher kann die Welt auf ihn warten
[2] sie erhofften Etwas

Nr. 15 870

## *Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 145 St. Petersburg, den 29. April 1914

Mein italienischer Kollege * hat neulich in einer Unterredung mit Herrn Sasonow das Gespräch auf die Frage einer Umwandlung der

---

* Marquis Carlotti di Riparbella.

Tripelentente in ein Bündnis gebracht. Der Minister hat die Frage scherzhaft behandelt und den Marquis Carlotti lachend gefragt, ob er ihm zutraue, in dieser Beziehung, wie es von einigen Zeitungen behauptet worden sei, irgendwelche Initiative ergriffen zu haben *. Es würde dies ein sehr geringes Maß von Takt bewiesen haben.

Von irgendeiner Änderung in dem Verhältnis der drei Mächte der Tripelentente untereinander könne im Ernste gar keine Rede sein. Allerdings sei man übereingekommen, daß es nützlich sei, Vorsorge zu treffen, um den Gedankenaustausch über bestimmte, die drei Mächte interessierende Fragen reger zu gestalten und zu beschleunigen [1], damit vermieden werde, daß sich die drei Kabinette infolge ungenügender vorheriger Fühlungnahme verschieden äußerten, wie es während der vorigjährigen Balkankrisis einige Male geschehen sei.

F. Pourtalès

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Militaria

## Nr. 15 871

## *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 248 London, den 29. April 1914

In der gestrigen Unterhaussitzung wurde an Sir Edward Grey die Anfrage gerichtet, ob ihm bekannt sei, daß jüngst die Forderung aufgestellt worden sei, die Mächte des Dreiverbandes sollten sich militärisch enger zusammenschließen im Hinblick auf ein Zusammenwirken auf dem Kontinent unter gewissen Umständen, und ob die Politik Englands noch immer auf dem Grundsatz der Freiheit von allen Verpflichtungen, sich in militärische Unternehmungen auf dem Kontinent einzulassen, fuße.

Sir Edward Grey beantwortete den ersten Teil der Anfrage in verneinendem Sinne. Bezüglich des zweiten Teiles verwies er auf eine vom Premierminister am 24. März v. Js. abgegebene Erklärung **, die er als auch jetzt noch zutreffend bezeichnete.

Lichnowsky

---

* Das hatte er allerdings getan; vgl. Nr. 15 862, Fußnote; Nr. 15 867, Fußnote.
** Vgl. dazu Kap. CCXCIII, Nr. 15 615.

Nr. 15 872

## *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 250 London, den 1. Mai 1914

Aus guter Quelle erfahre ich, daß die Aussprache zwischen Sir Edward Grey und Monsieur Doumergue sehr zur Befriedigung des ersteren ausgefallen ist. Eine Vertiefung des bisherigen Einvernehmens, das, wie ich wiederholt dargelegt habe, im wesentlichen in der britischen Zusicherung besteht, die Franzosen, falls sie angegriffen werden sollten, zu schützen, ist hiernach überhaupt nicht angeregt, und der Abschluß eines eigentlichen Bündnisses gar nicht zur Sprache gekommen. Herr Doumergue, der auf die britischen Herren einen sehr vorteilhaften Eindruck machte, soll sich darauf beschränkt haben, auf das bestimmteste zu betonen, daß Frankreich jedem Gedanken an auswärtige Abenteuer abhold sei und sich um so mehr dem inneren Ausbau widmen wolle*.

Auch Herr Clemenceau hat sich in ähnlichem Sinne geäußert. Er soll dem britischen Minister gesagt haben, er sei nunmehr ganz mit der Entente ausgesöhnt, da er von England die Vermittelung zwischen Frankreich und Deutschland erwarte[1], um ein vertrauensvolles Verhältnis herbeizuführen, das eine Einschränkung der Rüstungen[2] ermögliche.

Alle Treibereien, die auf ein Bündnis hinzielen, werden hier Herrn Iswolsky zugeschoben, der gern eine große Rolle spielen möchte und von Eitelkeit erfüllt sei.

Alles in allem ist die hiesige Regierung mit dem jetzigen Pariser Kabinett sehr einverstanden und hofft, daß es sich recht lang am Ruder erhalten wird.

L i c h n o w s k y

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das wird sich hüten!
[2] nein!

---

* Darauf hatte sich Doumergue nach den im wesentlichen übereinstimmenden Angaben Iswolskys, die sich auf Doumergue selbst stützen, und Lord Greys nun keineswegs beschränkt; vgl. Nr. 15 865, S. 599, Fußnote.

## Nr. 15 873

### *Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky*

Telegramm

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 112 Berlin, den 12. Mai 1914

Ganz geheim

Mache Ew. pp. auf „Standard"-Meldung vom 9. d. Mts. über internationale Konferenzen und angebliche Anwesenheit Iswolskys in London * aufmerksam. Habe Grund zur Annahme, daß Nachricht bestimmte Tatsachen zugrunde liegen.

Jagow

---

* Die Meldung des „Standard" lautete: „The ‚Standard' is informed on the highest authority that conferences of great international importance have taken place in London during the past three days. These conferences are in the nature of a sequel to those between Sir Edward Grey and French and Russian Ministers and Ambassadors in Paris during the recent visit of the King and Queen to Paris. — M. Paul Cambon, the French Ambassador, and Count Benckendorff, the Russian Ambassador, have been in consultation with Sir Edward Grey at the Foreign Office, and it is understood that the conversations of Sir Edward Grey with M. Doumergue, the French Prime Minister and Foreign Secretary, have been further advanced. — On Thursday M. Isvolsky, the Russian Ambassador in Paris, arrived in London, and as perhaps the most astute of Russian diplomatists was at once called to the conferences. — M. Isvolsky's stay in London was brief. He left again last night. — While the greatest importance is attached to these conferences, it is not expected that any result will be published immediately." Die Meldung eilte insofern den Ereignissen voraus, als die angeblich bereits drei Tage vor dem 9. Mai begonnenen Konferenzen zur Fortführung der Pariser Besprechungen in der Hauptsache erst am 12. ihren Anfang nahmen. An diesem Tage empfing Sir E. Grey den russischen Botschafter Graf Benckendorff und konnte ihm nicht genug die völlige Übereinstimmung rühmen, die bei den Pariser Besprechungen mit Doumergue und Poincaré über die laufenden Fragen und die allgemeine politische Lage erzielt worden sei. In dem brieflichen Bericht, den Graf Benckendorff seinem Chef über die Unterredung mit Sir E. Grey erstattete (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 105), heißt es unter anderem: „Grey sprach bei dieser Gelegenheit mit einer Wärme, die ihm für gewöhnlich nicht eigen ist und die bewies, daß er seine Folgerungen aus einem festgegründeten Urteile zieht. Die Absicht, die ihn leitete, als er mich zu sich bat, um mir eine solche Mitteilung zu machen, ist völlig klar. Er wollte mir den Beginn einer Phase einer noch stärkeren Annäherung an Frankreich ankündigen. Diese Absicht trat für mich noch deutlicher in die Erscheinung, als er ohne weiteren Übergang bemerkte, daß ich zweifellos von der Unterredung, die er mit Doumergue über Rußland gehabt habe, unterrichtet worden sei. Er sagte mir, es sei ihm in Paris, fern von seinen Kollegen, unmöglich gewesen, mehr als seine persönliche Zustimmung zu dem Plane auszusprechen, daß die Regierungen Englands und Frankreichs der russischen Regierung von allen zwischen England und Frankreich bestehenden militärischen Abmachungen Mitteilung machen sollten. Heute könne er mir sagen, daß er gleich nach seiner

Rückkehr nach London mit dem Premierminister hierüber gesprochen habe; dieser pflichte seiner Ansicht bei und habe keine Einwendungen gegen den in Aussicht genommenen Plan zu erheben; die ganze Angelegenheit sei aber naturgemäß zu wichtig, um ohne Zustimmung des Ministerrates entschieden werden zu können.“ Über den Fortgang der Erörterungen unterrichten neben zwei Depeschen Sir E. Greys an den englischen Botschafter in Paris Sir F. Bertie (Twenty-Five Years 1892—1916, I, 291 ff.) zwei Briefe Graf Benckendorffs an Sasonow vom 16. und 23. Mai (Stieve, a. a. O., IV, 109 f., 117 f.). Die Angaben Sir E. Greys und Graf Benckendorffs stimmen im wesentlichen überein, nur daß bei ersterem der Ton mehr auf die negative Feststellung gelegt wird, daß für ein englisch-russisches M i l i t ä r abkommen kein Raum sei, während bei Graf Benckendorff die positive Bereitwilligkeit des englischen Staatssekretärs schärfer heraustritt, zu englisch-russischen naval conversations die Hand zu bieten. Überhaupt werden die Dinge in den Benckendorffschen Briefen viel klarer umrissen. In dem Briefe des russischen Botschafters vom 16. Mai heißt es: „Der französische Botschafter teilt mir mit, Grey habe ihn gestern abend davon verständigt, daß er dem Ministerrate die Antwort unterbreitet habe, die er in Paris H. Doumergue in seinem eigenen Namen gegeben habe, als der französische Minister ihm darlegte, wie angezeigt es sei, die russische Regierung von dem Briefwechsel zu verständigen, der zwischen der französischen und englischen Regierung stattgefunden habe, damit das Petersburger Kabinett Verhandlungen auf derselben Grundlage zum Abschlusse eines Abkommens über das eventuelle Zusammenwirken der russischen und englischen Flotte einleiten könne. Sir Edward habe hinzugefügt, der Ministerrat habe diese Antwort gebilligt. Er behalte sich vor, mich davon zu benachrichtigen; da aber der Vorschlag von Doumergue ausgegangen sei, halte er es für nötig, zunächst diesen von der Entscheidung des englischen Kabinetts zu verständigen.“ Wie Graf Benckendorff in dem Briefe weiter anführt, ließ Sir E. Grey ihm durch Cambon auch genaue Direktiven über die Art und Weise zugehen, wie man die Verhandlungen, ohne sich zu kompromittieren, fortführen könne: „Nach Ansicht Sir Edwa ds könnten die Dinge folgendermaßen vor sich gehen: Nach Ermächtigung durch seine Regierung würde mir [i. e. Graf Benckendorff] Cambon von den ausgetauschten Noten Kenntnis geben, während gleichzeitig Sir Edward seinerseits mir diese zur Mitteilung an die russische Regierung bekanntgeben würde. Ebenso wie die einen Kriegsfall betreffenden Abmachungen mit Frankreich in erster Linie das Zusammenwirken der Armeen zum Gegenstand hätten, erfordere nach Sir Edwards Ansicht die Natur der Dinge, daß sich die eventuellen Abmachungen mit Rußland auf die Marine bezögen. Die Verhandlungen wären infolgedessen zwischen dem russischen und englischen Admiralstabe zu führen.... Die Dinge könnten sich genau so abspielen wie mit Frankreich, d. h. daß unser Marineattaché in London ermächtigt werden würde, in Verhandlungen mit dem englischen Admiralstab zu treten, nachdem er sich in Petersburg Instruktionen geholt hätte; denn selbst wiederholte Reisen des Marineattachés könnten in der Öffentlichkeit keineswegs auffallen, während die Ankunft höherer russischer Marineoffiziere in London sicherlich bekannt werden würde und zu unerwünschten Kommentaren Anlaß geben könnte.“ Tatsächlich wurde genau nach diesem von Sir E. Grey empfohlenen Schema verfahren: Am 19. Mai empfing Graf Benckendorff aus den Händen Sir E. Greys und Paul Cambons die Abschriften des Grey-Cambonschen Briefwechsels vom 22./23. November 1912, der als Modell für ein ähnliches englisch-russisches Abkommen dienen sollte. Am 26. Mai fand dann beim Chef des englischen Admiralstabes Vizeadmiral Sir H. Jackson eine Vorbesprechung über ein englisch-russisches Marineabkommen statt, die zur Festlegung einer Anzahl von „Prinzipien“ führte. Siehe dieselben in: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, ed. B. v. Siebert, S. 818 ff., ferner in: Der

## Nr. 15 874

## *Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky*

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 716 Berlin, den 13. Mai 1914
[abgegangen am 14. Mai]

In dem gefälligen Bericht vom 1. d. Mts. Nr. 250* stellen Ew. pp. als Ihre Ansicht fest, daß das englisch-französische Einvernehmen im wesentlichen in der britischen Zusicherung besteht, die Franzosen, falls sie angegriffen werden sollten, zu schützen.

Es würde mir von Interesse sein, davon unterrichtet zu werden, auf welche Tatsachen sich die Annahme Euerer Durchlaucht stützt, die mit den bestimmten Erklärungen in Widerspruch steht, die die englische Regierung zu wiederholten Malen in dieser Hinsicht abgegeben hat. Ich erinnere insbesondere an die Erklärung des Premierministers im englischen Unterhause am 24. März v. Js.**, die Sir E. Grey am 28. v. Mts. bestätigt hat***.

Jagow

## Nr. 15 875

## *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 288 London, den 18. Mai 1914

Sowohl Mr. Asquith als auch Sir Edward Grey haben wiederholt und zuletzt am 25. bzw. 28. v. Mts. † erklärt, daß keine geheimen

---

Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 123 f. Mit voller Klarheit wurde in der Beratung namentlich von seiten des russischen Marineattachés Kapitän Wolkow der Fall eines Krieges der Tripelentente gegen den Dreibund und für diesen Fall ein offensives Vorgehen auch der russischen Flotte gegen Deutschland, ja eine Landung in Pommern in Aussicht genommen. Im Hinblick auf eine solche Landung regte Kapitän Wolkow an, die englische Regierung möge schon vor Beginn der kriegerischen Operationen eine bestimmte Anzahl von Handelsschiffen in die baltischen Häfen schicken, um den russischen Mangel an Transportschiffen auszugleichen. Vgl. dazu auch A. Bach, Die englisch-russischen Verhandlungen über den Abschluß einer Marinekonvention. Preußische Jahrbücher, Bd. 197, S. 186 f.

* Siehe Nr. 15 872.

** Vgl. Kap. CCXCIII, Nr. 15 615.

*** Siehe Nr. 15 871.

† Vgl. dazu Nr. 15 871.

Verträge oder Abmachungen bestehen, welche der britischen Regierung die Verpflichtung auferlegen, im Falle eines festländischen Krieges sich an demselben zu beteiligen und für die eine oder die andere Seite Partei zu ergreifen. Aus dem Bedürfnisse eines Zusammenschlusses der beteiligten Mächte gegenüber der in dem Dreibund verkörperten Machtvereinigung hervorgegangen in dem Augenblick, als Frankreich sich in der Marokkokrise durch uns bedroht fühlte und einer weiteren Anlehnung bedurfte, hat die Entente sich demnach nicht zu einem Bündnis verdichtet, als dessen Voraussetzung beiderseitige formelle Verabredungen und Vereinbarungen anzusehen wären. Auch der jüngste Königsbesuch in Paris hat an dem bisherigen Verhältnis nichts zu ändern vermocht, und es ist, wie ich berichtet habe, die Frage eines eigentlichen Bündnisses überhaupt nicht zur Sprache gekommen.

Wenn ich trotzdem der Überzeugung wiederholt und mit Nachdruck Ausdruck gegeben habe, daß England im Fall eines Krieges zwischen uns und Frankreich, namentlich aber im Fall eines deutschen Angriffs auf den westlichen Nachbar seine schützende Hand über den französischen Freund halten würde, so ist diese Auffassung wohl mit den wiederholten Erklärungen englischer Minister vereinbar, daß formelle Abmachungen zwischen beiden Ländern nicht bestehen, die der britischen Regierung irgendwelche Verpflichtungen auferlegen. Die Grundlage der britischen Auslandspolitik, soweit europäische Mächte in Betracht kommen, ist viel zu bekannt und durchsichtig, als daß sie irgendeinem Zweifel unterliegen könnte. Sie beruht in erster Linie auf dem Grundsatz des Gleichgewichts der Gruppen. Die Hegemonie einer einzelnen Macht auf dem europäischen Festland entspricht ebensowenig dem britischen Interesse wie das Übergewicht einer Gruppe. Die zunehmende Erstarkung unserer Flotte hat das Bedürfnis, die französisch-russische Gruppe zu stützen, nicht gezeitigt, wohl aber gefördert, da sie ebenso wie etwa die Abnahme der französischen Bevölkerung oder die Niederlagen Rußlands in Ostasien eine Verschiebung der kontinentalen Machtverhältnisse zu unsern Gunsten und zu Ungunsten der französisch-russischen Gruppe in sich schloß. Wie die meisten Fragen auch in der Politik nicht nur eine, sondern mehrere Seiten haben, so hat wohl ohne Zweifel die Entwicklung unserer Seemacht sowohl den Wunsch, mit uns in Frieden zu leben, in England gefördert als auch die Erkenntnis begünstigt, daß es im englischen Interesse läge, die uns gegnerische Gruppe zu stützen. Es liegt daher auf der Hand, daß jede weitere Schwächung Frankreichs, namentlich aber eine Niederlage auf dem Schlachtfelde, die uns außerdem von der Notwendigkeit umfangreicher Rüstungen zu Lande für die Zukunft befreien und die Möglichkeit noch größerer Ausgaben für die Seemacht schaffen könnte, nicht im britischen Interesse liegt.

Bald nach meiner Ankunft in London, zur Zeit, als die Entwicklung des Balkankrieges die Gefahr eines europäischen Krieges ge-

wärtigen ließ, suchte mich Lord Haldane auf, wie ich am 3. Dezember 1912 zu berichten die Ehre hatte (1130), und machte mich auf die Folgen aufmerksam, die ein europäischer Krieg für England haben könnte *. Aus seinen Worten ging deutlich hervor, daß England sich alsdann genötigt sehen könnte, Frankreich zu schützen, trotzdem hier der lebhafte Wunsch bestehe, mit uns dauernd in freundschaftlichen Beziehungen zu bleiben. Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß er im Auftrage und im Einverständnis Sir Edward Greys gehandelt hat, und daß der Zweck seines Besuches war, uns davor zu warnen, uns etwa Österreich zuliebe in einen Krieg mit Rußland und Frankreich einzulassen. Dieselbe Warnung, wenn auch in etwas weniger verbindlicher Form, war im Sommer 1911 erfolgt, und zwar durch den Mund Mr. Lloyd Georges **, als unser Erscheinen in Agadir hier den Verdacht erregt hatte, wir suchten nach einer Gelegenheit, um mit Frankreich anzubinden, und nachdem Sir Edward Grey durch mehrere Wochen vergeblich auf eine Aufklärung gewartet hatte [1].

Auch von seiten Sir Edward Greys sind mir in den ersten Monaten meines Hierseins während des Balkankrieges wiederholt Andeutungen in dem Sinne gemacht worden, daß England in einem europäischen Kriege nicht müßig würde zusehen können. Seine Bemerkungen waren nicht mißzuverstehen, wenn es auch nur leise Andeutungen waren, und ich konnte bei jeder Gelegenheit beobachten, wie sehr er bestrebt war, jeder Zuspitzung der europäischen Lage vorzubeugen und auch andererseits allen Regungen des französischen Chauvinismus entgegenzutreten, um nicht genötigt zu sein, zugunsten Frankreichs einzugreifen.

Es wäre nun sehr wunderbar, wenn diese Verhältnisse einem so gewiegten Diplomaten, wie Herr Cambon es ist, entgangen sein sollten, und wenn über so wichtige Fragen nie ein Meinungsaustausch zwischen ihm und Sir Edward Grey stattgefunden hätte. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß mein französischer Kollege ebenso genau wie ich es weiß, daß man hier den Revanchekrieg ebensowenig zulassen will wie eine Wiederholung der Ereignisse der Jahre 1870/71. Bei einer so klaren Lage der Verhältnisse bedarf es keiner formellen Verpflichtungen oder schriftlichen Verträge; auch dürfte sich Sir Edward Grey gehütet haben, die Form des Schutzes näher zu bezeichnen, denn unter Umständen genügt ja schon die diplomatische Dazwischenkunft. Eine militärische Hilfe ist nicht unbedingt erforderlich und braucht daher gar nicht zugesichert zu werden. Die Franzosen wissen auch ohne feierliche Verpflichtung, daß sie im Falle eines deutschen Angriffs auf britische Unterstützung rechnen können. Das genügt.

---

* Vgl. dazu Kap. CCXCIII, Nr. 15 612.
** Vgl. dazu Bd. XXIX, Kap. CCXXIX.

Nach der Rückkehr des Königs aus Paris hatte ich Gelegenheit, mich mit einer genau unterrichteten Persönlichkeit über den Verlauf der Reise und ihr Ergebnis zu unterhalten. Auf seine Versicherung, daß alles unverändert geblieben sei und keine Vereinbarungen getroffen wurden, ließ ich die Worte fallen „protection in case of aggression"; er nickte zustimmend.

Lichnowsky

---

Randbemerkung Wilhelm von Stumms:

[1] Die Aufklärung hat er am ersten Tag bekommen, und wenn er mehr wissen wollte, mußte er fragen.

## Nr. 15 876

### *Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Legationsrat a. D. vom Rath, z. Z. in Karlsbad*

Privatbrief

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Berlin, den 25. Mai 1914

Besten Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 24. d. Mts.* Leider werde ich am Pfingstsonntag nicht in Berlin sein und bedauere daher, mit Ihnen die albanischen Dinge nicht schon dann besprechen zu können. Die Verhältnisse sind dort aber vorläufig noch so ungeklärt und die Nachrichten noch so unübersichtlich, daß es sehr schwer ist, sich nach irgendeiner Richtung ein bestimmtes Urteil zu bilden.

Haben Sie übrigens den beiliegenden Artikel des „Berliner Tageblatts"** beachtet, der eine merkwürdige Übereinstimmung zeigt mit

---

* Der Brief Legationsrats vom Rath, der sich häufig zu außenpolitischen Fragen im „Tag" und anderwärts äußerte und zu diesem Zweck nähere Fühlung mit dem Auswärtigen Amt unterhielt, betraf hauptsächlich die albanische Frage.

** Es handelt sich um den Artikel des „Berliner Tageblatts" vom 22. Mai: „Ein russischer Vorschlag," in dem ein Brief einer über sichere Informationen verfügenden Pariser Persönlichkeit an den Chefredakteur Th. Wolff abgedruckt war. In diesem Briefe hieß es mit Bezug auf die Pariser Besprechungen zwischen den englischen und französischen Staatsmännern: „Ich glaube, daß man bei Ihnen die Bedeutung des Besuches doch unterschätzt oder zu unterschätzen vorgibt. Man kennt doch wohl Iswolskys Aktivität. Er hat auch diese Gelegenheit benutzt, um neue Vorschläge zu lancieren, und hat versucht, der Tripelentente im Geiste und in der Form einen Allianzcharakter zu geben. Das geht nicht auf einmal, nur allmählich, aber er und diejenigen, die seine Idee teilen, hoffen, allmählich zu ihrem Ziele zu gelangen. Ich kann Sie versichern, daß man hier während des Besuches den Engländern die Idee unterbreitet hat, Verabredungen zu treffen, die im gegebenen Fall ein militärisches und maritimes Zusammenarbeiten, insbesondere aber eine Kooperation der englischen und der russischen Flotte herbeiführen müßten. Die russisch-englische Flotten-

einer früheren Meldung des „Standard“*, die ich gleichfalls unter Rückgabe beifüge. Wir wissen einstweilen darüber nichts. Auffallend ist aber, daß man in England anscheinend bemüht ist, die Sache totzuschweigen. Ich würde es für sehr nützlich halten, wenn Sie durch einen Artikel im „Tag“ oder sonstwo versuchten, der Katze die Schelle umzuhängen**. Ohne in eine chauvinistische Rolle zu verfallen, würde es doch gut sein, darauf hinzuweisen, daß, wenn sich die Nachricht bewahrheiten sollte, Vereinbarungen von Rußland und England über ein organisatorisches Zusammenarbeiten ihrer Flotten Abwehrmaßregeln auf deutscher Seite zur Folge haben würden. Sollten solche Pläne auf englischer Seite wirklich bestehen, so kann ein derartiger vorsichtiger Wink vielleicht die Sache noch zum Scheitern bringen.

Jagow

## Nr. 15 877

## *Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 168 St. Petersburg, den 26. Mai 1914

Am Schlusse eines Artikels über die vom „Berliner Tageblatt“*** gemeldete russisch-englische Flottenkonvention schreibt die „Nowoje Wremja“: „Wir können mit Entschiedenheit erklären, daß weder in Paris noch anderswo eine Konvention zwischen Rußland und England über ein gemeinsames Vorgehen ihrer Flotten unterzeichnet und auch kein Entwurf einer derartigen Konvention oder eines Abkommens abgefaßt worden ist.“

F. Pourtalès

---

entente nach dem Vorbilde der zwischen Rußland und Frankreich getroffenen Flottenabmachungen soll im Sinne derjenigen, die sie empfehlen, die nächste Etappe auf dem Wege zur Allianz sein. Man wird diese Nachricht, wenn sie an die Öffentlichkeit gebracht wird, vielleicht dementieren, aber der Vorschlag existiert, und wenn er auch noch weit von der Verwirklichung sein mag, so scheint er bisher doch nicht in definitiver Weise zurückgewiesen worden zu sein.“

* Vgl. Nr. 15 873, Fußnote.

** Tatsächlich veröffentlichte vom Rath im „Tag“ vom 29. Mai einen Artikel „Eine Flottenverständigung?“, die im Sinne Jagows mit den Worten schloß: „Es bedarf keiner näheren Ausführung, daß die feststehende Tatsache der englisch-russischen Flottenverständigung nicht nur von einschneidender Wirkung auf die deutsche Politik England gegenüber sein würde, sondern daß sie auch Abwehrmaßregeln im Gefolge haben müßte.“

*** Vgl. Nr. 15 876, Fußnote **.

## Nr. 15878

## *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 329 London, den 29. Mai 1914

In einem vermutlich aus der Feder des bekannten Professors Henri Spencer Wilkinson stammenden Leitartikel äußert sich die „Morning Post" heute in wenig freundlichen Worten zu den jüngsten Auslassungen Professor Schiemanns über die englisch-russischen Beziehungen*.

Das Blatt spricht von einem Versuch, England die Pistole auf die Brust zu setzen und stellt die Schiemannschen Anregungen den rücksichtslosen politischen Mitteln an die Seite, die Bismarck gegen die deutschen Staaten und später auch gegen Rußland angewendet habe.

Es bestehe heutzutage, so heißt es weiter in dem Artikel, große Bereitwilligkeit in England, im politischen Verkehr mit Deutschland die Vergangenheit ruhen zu lassen und auf der Grundlage freimütiger Offenheit neu zu beginnen. Dies werde gerade durch solche anmaßenden Auslassungen, wie die Professor Schiemanns, erschwert.

Ob England für oder gegen Deutschland sei, müsse ganz von dem Verhalten Deutschlands abhängen. Ein deutscher Angriff auf Frankreich müsse logischerweise England auf Frankreichs Seite finden. Hin-

---

* In seiner Wochenübersicht über die auswärtige Politik in der „Neuen Preußischen (Kreuz-) Zeitung" vom 27. Mai hatte Professor Th. Schiemann in Anknüpfung an die Nachrichten der russischen und französischen Presse über die „Wandlung der Tripelentente in eine Tripelallianz" ganz präzise Fragen an die englische Adresse gerichtet. Der betreffende Passus der Ausführungen Schiemanns, der für den Fall, daß Frankreich und Rußland der militärischen Unterstützung Englands sicher geworden sein sollten, den europäischen Krieg prophezeite, lautete: „Ist es wahr, daß zwischen England und Frankreich eine von den beiderseitigen Generalstäben vereinbarte Marinekonvention besteht, ist es zweitens wahr, daß eine ebensolche oder ähnliche Marinekonvention zwischen England und Rußland vereinbart ist, und endlich, ist es wahr, daß diese Konvention nicht nur das Mittelmeer, sondern auch die Ostsee umfaßt? Im Interesse der deutsch-englischen Beziehungen, auf deren günstige Gestaltung wir seit Jahr und Tag hingearbeitet haben, hoffen wir, daß die Fragen so gestellt und mit einem unzweideutigen Nein beantwortet werden können. Es ist im allseitigen Interesse zu wünschen, daß die sich jetzt wieder verbreitende Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens einer unzweideutigen Lage Platz mache. Wir haben stets die Ansicht vertreten, daß, sobald Paris und Petersburg Sicherheit darüber erlangt haben, daß sie der Unterstützung Englands sicher sind, ein europäischer Krieg als höchstwahrscheinliche Folge in nicht ferner Zukunft zu erwarten ist." Zu dem letzten Satze bemerkte der Kaiser am Rande eines ihm vorgelegten Exemplars des Aufsatzes: „Richtig! Unzweifelhaft."

gegen glaube man in England nicht, daß man Frankreich zu einem Angriff auf Deutschland ermutigen solle. Das Interesse der Selbsterhaltung fordere es im Falle eines solchen Angriffes nicht, Frankreich Unterstützung zu leisten.

Der Artikel der „Kreuz-Zeitung" hat hier in weiteren Kreisen unangenehm berührt und dürfte eher geschadet als genützt haben.

Lichnowsky

## Nr. 15 879

### *Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky*

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 833 Berlin, den 4. Juni 1914
[abgegangen am 6. Juni]

Auf den Bericht vom 29. v. Mts. Nr. 329*.

Ich habe Veranlassung genommen, Professor Schiemann darauf aufmerksam zu machen, daß er bei seiner Kommentierung der Nachricht von dem bevorstehenden Abschluß einer englisch-russischen Flottenentente** eine wenig glückliche Hand gehabt hat. Er ist infolgedessen bestrebt gewesen, den begangenen Fehler in seiner letzten politischen Wochenrundschau nach Tunlichkeit wiedergutzumachen. Die betreffenden Ausführungen werden zu Ew. pp. gefälligen Information und geeignet erscheinenden Verwertung im Ausschnitt aus der „Kreuzzeitung" hier beigefügt***. Übrigens muß es befremdlich erscheinen, daß die Nachricht ein Dementi von englischer Seite bis jetzt nicht gefunden hat. Es bedarf keiner näheren Ausführungen, welche Konsequenzen es für unser politisches Verhältnis zu England und für die Beurteilung der englischen Politik haben müßte, falls dieselbe sich bewahrheiten sollte.

Jagow

* Siehe Nr. 15 878.
** Vgl. Nr. 15 878, Fußnote.
*** In seiner Wochenrundschau vom 3. Juli hatte Th. Schiemann in einer Auseinandersetzung mit der „Morning Post" darauf verwiesen, daß seine Ausführungen vom 27. Mai sich anlehnten an einen Artikel des „Manchester Guardian", der angesichts der Pressemeldungen über ein angeblich in Paris vereinbartes englisch-russisches Marineabkommen geschrieben hatte: „Es ist schwer, sich ein in Paris mit Rußland abgeschlossenes Abkommen vorzustellen, das nicht unheilvoll wäre. Wir brauchen Tatsachen, mehr Tatsachen, und wir rechnen darauf, daß das Haus der Commons darauf bestehen wird, darüber Auskunft zu erhalten, bevor es zu Pfingsten auseinandergeht."

## Nr. 15 880

### *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 348 London, den 10. Juni 1914
Ganz geheim

Der diesseitige Marineattaché hat in dem in Anlage gehorsamst beigefügten Bericht Nr. 498* einen kürzlich aus der Feder des Herrn Crozier Long, des Berliner Korrespondenten der „Westminster Gazette" im Juniheft der „Fortnightly Review" erschienenen Aufsatz** zum Ausgangspunkt weittragender Betrachtungen über die Frage gemacht, ob zwischen Großbritannien einerseits und Frankreich und Rußland andererseits Abmachungen bestehen, die für den Fall eines Krieges bindende Vereinbarungen über das Zusammenwirken der beiderseitigen Flotten enthalten.

Zunächst möchte ich hervorheben, daß die Persönlichkeit des Herrn Crozier Long und die Beachtung, die seine Auslassungen hier gefunden haben, nicht diejenige Bedeutung zu beanspruchen vermögen, die weitergehende Folgerungen berechtigen könnten. Schon die Behauptung, daß Deutschland im Begriffe sei, sich aus weltpolitischer Betätigung auf das Gebiet europäischer Festlandspolitik zurückzuziehen, kennzeichnet die politische Urteilskraft des Verfassers. Wenn er meint, daß Deutschland ohne den militärischen Druck, den seine Nachbarn ausüben, und der zur Heeresvermehrung geführt habe, das bestehende Flottengesetz erweitert haben würde, so übersieht er zunächst, daß unsere Heeresvermehrung umgekehrt die erwähnte Wirkung bei unseren Nachbarn erzeugt hat. Eine Verschlechterung unserer Beziehungen zu unsern beiden Nachbarn aber liegt durchaus nicht im Interesse der englischen Auslandspolitik, wie die Haltung Sir Edward Greys während der letzten Krisen gezeigt hat. Richtig ist nur, daß unsere Heeresvermehrung hier mit Ruhe und Gleichmut aufgenommen wurde, teils weil man von unsern friedfertigen Absichten überzeugt ist, teils aber, weil tatsächlich das Gefühl dabei mitsprach, daß Heeresvermehrungen den Engländern weniger unbequem sind als etwa erneute Flottenforderungen.

Es mag ja möglich sein, daß in hiesigen Heeres- und Flottenkreisen Ansichten bestehen, die denen des genannten Korrespondenten entsprechen, wie etwa bei uns auch Auffassungen Anklang finden mögen,

---

* Der Bericht fehlt in den Akten; offenbar wurde bei der Weitergabe an das Marinekabinett eine Abschrift nicht zurückbehalten.

** „The Fortnightly Review" 1914, I, 982 ff. „The End of Weltpolitik": A Letter from Berlin.

wie sie General von Bernhardi oder gelegentlich politisierende Admiräle a. D. vertreten. Die hiesige Regierung aber und auch die ihr nahestehende Presse, wie etwa die „Westminster Gazette", verkennen nicht die Gefahren, die jede Verschärfung der Beziehungen zwischen den europäischen Gruppen enthält, und wissen auch, daß jeder Staat nach Maßgabe seiner Bevölkerung und seiner finanziellen Mittel schon zur Selbsterhaltung und namentlich aber zur Erhöhung seines politischen Einflusses bestrebt sein muß, seine Machtmittel nach Möglichkeit zu vervollständigen, selbst wenn er sich nicht unmittelbar bedroht fühlt.

Sollte aber, wie Kapitän von Müller meint, kein Zweifel darüber obwalten, daß die britische Admiralität und das Kriegsamt sich durch Zusammenarbeit mit den kontinentalen Gegnern Deutschlands im Sinne einer Verschlechterung unserer nachbarlichen Beziehungen betätigt haben und weiter betätigen, so hieße das, den genannten Behörden eine Politik zumuten, die im direkten Gegensatz stünde zu derjenigen, welche Sir E. Grey in Übereinstimmung mit dem Premier und unter Zustimmung des gesamten Kabinetts vertritt.

Kapitän von Müller nimmt ferner als erwiesen an, daß zwischen den britischen und französischen Marinebehörden feststehende Abmachungen bestünden, und zwar auf Grundlage des gedachten Wunsches, unsere Beziehungen zu Frankreich dadurch zu verschlechtern. Solche Abmachungen aber, falls sie den Rahmen rein akademischer Erörterungen zwischen den beiderseitigen Marinebehörden überschreiten und als Grundlage für einen Zukunftskrieg wirklichen politischen und strategischen Wert besitzen sollten, müßten ein Bündnis oder wenigstens unbedingt verbindliche Vereinbarungen politischer Natur zur Grundlage haben *. Dieses aber widerspräche den ausdrücklichen und feierlichen Versicherungen der leitenden Staatsmänner, denen ich die Ethik der „heiligen Lüge" nicht zutraue.

Was nun endlich die Frage betrifft, die in der letzten Zeit die öffentliche Meinung vielfach beschäftigt hat, ob nämlich zwischen England und Rußland eine Flottenvereinbarung getroffen ist, so möchte ich auch in diesem Falle raten, der Nachricht mit äußerster Zurückhaltung zu begegnen. Auch für diesen Fall gilt dasselbe, was ich über die unerläßlichen Voraussetzungen für eine solche Abmachung bereits gesagt habe. Ferner will es mir nicht recht scheinen, daß ein Vorteil für England aus solchen Abmachungen erwachsen sollte. Rußland wird wohl seine Flotte auch ohne Zusicherung englischen Schutzes bauen und ist vor-

* Die Schlußfolgerung Fürst Lichnowskys ist nur scheinbar konkludent. Den tatsächlichen Sachverhalt, daß zwischen den englischen und französischen General- bzw. Marinestäben sehr genaue Abreden festgelegt waren, deren „Prüfung" für den Fall einer Bedrohung des Friedens durch den Grey-Cambonschen Briefwechsel vom November 1912 festgelegt war, hat Fürst Lichnowsky nicht hinreichend durchschaut. Vgl. Nr. 15 884, S. 633, Fußnote.

läufig wenigstens gar nicht in der Lage, als ernsthafter Machtfaktor zur See den britischen Interessen[1] wesentliche Vorteile zu bieten. Sollte aber mal der Kriegsfall unter britischer Unterstützung eintreten, so dürfte die Rolle, die alsdann beiden Teilen zufällt, sich wohl auch ohne genaue vorherige Verabredung ergeben.

Es hat von jeher dem Charakter der britischen Auslandspolitik widersprochen, sich für die Zukunft durch Abmachungen und Bündnisse zu verpflichten, sie hat es vielmehr vorgezogen, sich freie Hand zu behalten, um nur dann einzugreifen, wenn wirkliche britische Interessen bedroht schienen. Es liegt meiner Ansicht nach nicht die geringste Veranlassung vor, daß die hiesige Regierung diese bewährten politischen Grundsätze verlassen und bindende Verpflichtungen eingehen sollte, deren es zur Wahrung der auf der Gegenseitigkeit der Leistungen beruhenden Vorteile keineswegs bedarf, und die im schroffen Gegensatz zu allen amtlichen Erklärungen stünden.

Ich möchte vielmehr annehmen, und hierin werde ich durch vertrauliche Andeutungen von maßgebender Stelle bestärkt, daß diese Gerüchte ebenso wie die unmittelbar nach dem Pariser Königsbesuch verbreiteten von der dortigen russischen Vertretung ausgehen und den Zweck verfolgen, die tatsächlichen Ergebnisse der Zusammenkunft zu vergrößern. Von einer öffentlichen Berichtigung aber hat man, wie ich erfahre, hier aus der Erwägung Abstand genommen, daß diese nur zu leicht zu weiteren unerwünschten Erörterungen und Anfragen führen könnte.

Lichnowsky

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] 4 Dreadnoughts in der Ostsee

Nr. 15 881

## *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 360 London, den 12. Juni 1914
Ganz geheim

Gestern wurde im Unterhause von ministerieller Seite an die Regierung die Anfrage gerichtet, ob Großbritannien und Rußland jüngst ein Marineabkommen abgeschlossen hätten, und ob Verhandlungen zwecks Abschluß einer solchen Vereinbarung unlängst zwischen den beiden Ländern stattgefunden hätten oder gegenwärtig im Gange seien.

Sir Edward Grey nahm in seiner Antwort Bezug auf ähnliche im Vorjahre an die Regierung gerichtete Anfragen*. Der Premierminister

---

* Vgl. Kap. CCXCIII, Nr. 15 615.

habe damals, so fuhr Sir Edward fort, geantwortet, es bestünden für den Fall des Ausbruchs eines Krieges zwischen europäischen Mächten keine unveröffentlichten Vereinbarungen, die die freie Entschließung der Regierung oder des Parlaments darüber, ob Großbritannien an einem Kriege teilnehmen wolle oder nicht, einengen oder hemmen würden. Diese Antwort sei heute ebenso zutreffend wie vor einem Jahre. Es seien seither keine Verhandlungen mit irgendeiner Macht abgeschlossen worden, die die fragliche Erklärung weniger zutreffend machen würden; keine derartigen Verhandlungen seien im Gange und es sei auch, soweit er urteilen könne, nicht wahrscheinlich, daß in solche eingetreten werden würde*; wenn aber irgendein Abkommen

---

* Sir E. Greys Erklärung lautete wörtlich: „The Hon. Member for North Somerset asked a similar question last year with regard to military forces, and the Hon. Member for North Salford asked a similar question also on the same day as he has again done to-day. The Prime Minister then replied that, if war arose between European Powers, there were no unpublished agreements which would restrict or hamper the freedom of the Government or of Parliament, to decide whether or not Great Britain should participate in a war. That answer covers both the questions on the paper. It remains as true to-day as it was a year ago. No negotiations have since been concluded with any Power that would make the statement less true. No such negotiations are in progress, and none are likely to be entered upon, as far as I can judge. But, if any agreement were to be concluded that made it necessary to withdraw or modify the Prime Minister's statement of last year, which I have quoted, it ought, in my opinion, to be, and I suppose that it would be, laid before Parliament." Vgl. auch Viscount Grey, Twenty-Five Years 1892—1916, I, 289, wo der Wortlaut der Greyschen Erklärung vom 11. abgedruckt wird. Wenn Lord Grey im Anschluß daran bemerkt: „The answer given is absolutely true", so mag das buchstäblich insoweit richtig sein, als der Grey-Cambonsche Briefwechsel vom November 1912 und die darin angezogenen military and naval conversations nur ein Eventualabkommen vorstellten und eine rechtliche Bindung nicht in sich schlossen. Ob aber die im Gange befindlichen Verhandlungen über ein englisch-russisches Marineabkommen, die mit Zustimmung Sir E. Greys und nach einem von ihm selbst aufgestellten Schema am 26. Mai in der Vorbesprechung zwischen dem russischen Marineattaché und dem englischen Admiralstabe begonnen hatten (vgl. Nr. 15 873, Fußnote) und nach der Rückkehr Kapitän Wolkows von einer zum Zweck der Berichterstattung unternommenen Reise nach Petersburg wieder aufgenommen wurden (10. Juni), dem Geiste nach mit der Erklärung Sir E. Greys vereinbar sind, mag dahingestellt bleiben. Französischer- und russischerseits legte man jedenfalls, wie auch Lord Grey (a. a. O., I, 286 f.) zugesteht, auf diese englisch-russischen Verhandlungen ein sehr großes Gewicht. Sasonow teilte „in Anbetracht der besonderen Wichtigkeit" dieser Angelegenheit dem Zaren in einem eigenen Immediatbericht vom 19. Mai (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 113) mit, daß die englische Regierung beschlossen habe, „den englischen Admiralstab zu bevollmächtigen, in Verhandlungen mit dem französischen und russischen Marineattaché in London zu treten zwecks Ausarbeitung der technischen Bedingungen eines möglichen Zusammenwirkens der Seestreitkräfte Englands, Rußlands und Frankreichs". Dazu vermerkte der Zar: „Eine sehr wichtige Nachricht." Ebenso betonte Graf Benckendorff in seinem Briefe an Sasonow vom 28. Mai (Stieve, a. a. O., IV, 122): „Die Bereitwilligkeit der englischen Regierung, ohne Aufschub die Verhandlungen über den Abschluß eines

abgeschlossen werden sollte, das eine Zurücknahme oder eine Abänderung der erwähnten letztjährigen Erklärung des Premierministers nötig machen sollte, so müßte dasselbe seiner Ansicht nach, und das würde wohl auch der Fall sein, dem Parlament vorgelegt werden.

Die hiesigen Blätter enthalten sich heute in ihrer großen Mehrzahl jeglicher Bemerkungen zu der Erklärung des Ministers.

Nur die beiden radikalen Blätter „Daily News“ und „Manchester Guardian“ äußern sich in kurzen Leitartikeln. Die erstgenannte Zeitung begrüßt die Worte Sir Edward Greys mit Genugtuung und meint, sie seien klar genug, um jeden Zweifel zu zerstreuen. England sei nicht im Schlepptau irgendeines anderen Landes. Es sei nicht der Vasall Rußlands, nicht der Verbündete Frankreichs und nicht der Feind Deutschlands. Die Erklärung sei eine heilsame Lektion für diejenigen englischen Preßleute, die glauben machen wollten, daß es eine „Tripelentente“ gebe, die dem Dreibund wesensgleich sei.

Der „Manchester Guardian“ hingegen ist durch die Erklärung des Ministers nicht befriedigt. Er bemängelt ihre gerundete Form und sucht nachzuweisen, daß sie Auslegungen zulasse, die das Vorhandensein gewisser, vielleicht bedingter Verabredungen der gerüchtweise verlautbaren Art nicht durchaus ausschlössen *.

---

Abkommens zwischen Rußland und England zu beginnen, das die gemeinsamen Operationen unserer Seestreitkräfte im Falle einer gemeinsamen militärischen Aktion betrifft, ist von unserer Seite mit dem Gefühle größter Befriedigung entgegengenommen worden. Abgesehen davon, daß eine derartige Vereinbarung vom speziell militärischen Standpunkte aus zu wünschen ist, legen wir ihr in allgemeinpolitischer Hinsicht eine besonders große Bedeutung bei. Im Abschluß einer derartigen Vereinbarung erblicken wir einen wichtigen Schritt, um England dem franko-russischen Bündnisse enger anzuschließen, und ein wirksames Mittel, um die Erkenntnis der gemeinsamen Interessen Englands und Rußlands zu festigen, was, wie wir überzeugt sind, alle englische und russische Interessen betreffenden Fragen günstig beeinflussen wird.“

* Es hieß in dem „Manchester Guardian“ vom 12. Juni wörtlich zu den Auslassungen Sir E. Greys: „We do not feel satisfied. The natural interpretation of the statement is that there are unpublished agreements, but that they are contingent in their operation either on some future decision of the Executive or of Parliament or on the interpretation of agreements that are published. For example, there may have been an agreement with France at the time of Agadir providing for armed co-operation if it was held to be our duty or interest under the Entente to support France in the event of war. And, similarly, there may have been recently concluded with Russia an agreement providing for naval co-operation if it was thought advisable that we should fight on her side. Sir Edward Grey went on to say that if an agreement were to be made binding the Executive in any case to fight on the side of Russia in a European war, that ought to and probably would be communicated to Parliament. In other words, unless the agreement amounted to an actual alliance it need not be communicated to Parliament. These answers do not allay uneasiness or diminish the objections that we have set forth in discussing the rumours of the naval agreement with Russia. We hope that the questions of yesterday will be followed up by more, in order that we may know

Die Erklärungen des Ministers entsprechen einer vertraulichen Äußerung Sir W. Tyrrells:

„Er könne aufs nachdrücklichste und bestimmteste versichern, daß keinerlei Abmachungen militärischer oder maritimer Natur zwischen England und Frankreich bestünden, obwohl der Wunsch nach solchen auf französischer Seite wiederholt kundgegeben worden sei. Was das englische Kabinett Frankreich abgeschlagen habe, werde es Rußland nicht gewähren. Es sei keine Flottenkonvention mit Rußland geschlossen worden, und es werde auch keine geschlossen werden."

Lichnowsky

## Nr. 15 882

### *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 362 London, den 13. Juni 1914

Sir Edward Grey hat offenbar das Bedürfnis, den Ausführungen des „Manchester Guardian"* über seine Interpellationsbeantwortung in Sachen der angeblichen englisch-russischen Flottenentente sogleich nachdrücklich entgegenzutreten. Die „Westminster Gazette" bringt an leitender Stelle aus der Feder Mr. Spenders ein Dementi, das an Klarheit kaum etwas zu wünschen übrig läßt. Es ist darin gesagt: „Es besteht kein Flottenabkommen und es schweben keine Verhandlungen über ein Flottenabkommen zwischen Großbritannien und Rußland."**

Lichnowsky

---

exactly where we stand. For, depend upon it, if any agreement has been concluded, there is not a Government in Europe which does not know exactly what it is. The secret, in so far as there is one, is a secret from the British Parliament and people, not from any possible enemy."

* Vgl. Nr. 15 881.

** Im Original lautete der Schluß des Dementis: „There is no naval agreement and no negotiation for a naval agreement between Great Britain and Russia. Courtesy to a foreign Power as well as to the House of Commons required that the plain negative should be accompanied by an explanation of our constitutional practice in such a matter, but the idea that this explanation was intended to conceal the truth will not for a moment be entertained by those who know Sir Edward Grey's character and methods." Zu der Behauptung, daß keinerlei Verhandlungen über ein Flottenabkommen zwischen England und Rußland schwebten, vgl. den Brief Graf Benckendorffs an Sasonow vom 11. Juni (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 133), wonach er am Tage vorher Sir E. Grey benachrichtigt hatte, daß der russische Marineattaché Kapitän Wolkow aus Petersburg mit der Ermächtigung zurückgekehrt sei, die Verhandlungen mit der Admiralität aufzunehmen. Darauf hätte Sir E. Grey geantwortet, daß er den Ersten Lord der Admiralität

hiervon sofort in Kenntnis setzen werde. Weiter hätte Sir E. Grey ihm, Graf Benckendorff, in allgemeinen Umrissen die Antwort mitgeteilt, die er im Parlament zu geben gedächte und die die englisch-russischen Verhandlungen ebenso wie die früheren englisch-französischen decken würde. Sind Graf Benckendorffs Mitteilungen richtig, so hätte Sir E. Grey in dem Augenblick, als er sich anschickte, vor dem englischen Parlament die Existenz von Verhandlungen über ein Marineabkommen überhaupt in Abrede zu stellen, nichts dagegen gehabt, die Verhandlungen in aller Form beginnen zu lassen. Es scheint allerdings, daß die Verhandlungen dann doch im Hinblick auf die peremptorischen Erklärungen im Unterhause vom 11. Juni aufgeschoben wurden. Nach einem Geheimbericht Kapitän Wolkows vom 6. Juni (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 280 f.) hätte es der englischen Regierung mit der Frage überhaupt nicht geeilt; die Absicht wäre vielmehr dahin gegangen, die Verhandlungen erst im August durch den zu diesem Zweck nach Rußland zu entsendenden Ersten Seelord Prinz Battenberg abschließen zu lassen. In dieser Zaudertaktik konnte das Foreign Office durch die sich rasch verbreitenden Gerüchte über die naval conversations und durch die Unruhe, die die Gerüchte in Berlin erzeugten, nur bestärkt werden. Vgl. den Brief Graf Benckendorffs an Sasonow vom 29. Juni (Livre Noir, II, 328, note) und vom 2. Juli 1914 (v. Siebert, a. a. O., S. 825 ff.): „Es scheint mir keinem Zweifel zu unterliegen, daß dieses Mal die Beunruhigung in Berlin eine sehr große gewesen ist. Vielleicht will Sir Edward Grey, daß diese Beunruhigung sich etwas legt, bevor er weiter verhandelt. Es ist in der Tat richtig, daß es ihm schwer fallen würde, gleichzeitig zu dementieren und zu verhandeln — eine Rolle, die er sowohl Deutschland als auch einem sehr beträchtlichen Teile seiner eigenen Partei und der englischen Presse gegenüber spielen müßte.“ (S. 827.) In dem eingetretenen Aufschub glaubte Graf Benckendorff indessen keineswegs ein Zurückweichen von der einmal eingeschlagenen Linie eines Marineabkommens sehen zu sollen: „Ich sehe keinen Hinweis darauf, daß die englische Regierung die geringsten Bedenken hegt, das in Paris beschlossene Projekt auszuführen. Ich glaube im Gegenteil, daß diese Frage seither in den Augen der englischen Regierung eine noch größere Bedeutung angenommen hat: sie erblickt hierin eine praktische Notwendigkeit und eine natürliche Folge der Entente. Wenn die Sache sich bis jetzt hingezogen hat, so ist dieses dem Umstande zuzuschreiben, wovon man mich übrigens gleich zu Anfang verständigt hat, daß die Regierung den Prinzen Louis von Battenberg beauftragen will, die Verhandlungen in Petersburg zum Abschlusse zu bringen. Das genaue Datum dieses ganz privaten Besuches, über den nichts in die Öffentlichkeit dringen sollte, ist noch nicht bestimmt. Natürlich hängt der Zeitpunkt dieses Besuches nur in geringem Maße von dem Prinzen Louis selbst ab.“ (S. 826.) Das Dementi der „Westminster Gazette“, so bündig und so klar es schien, begegnete denn auch sowohl in England wie in Deutschland entschiedenen Zweifeln. Der Londoner Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ telegraphierte diesem (vgl. Th. Wolffs Artikel „Der russische Vorschlag“ in Nr. 304 vom 18. Juni), gut informierte Persönlichkeiten seien mehr als je von der Richtigkeit der voraufgehenden Mitteilungen des „Berliner Tageblatts“ überzeugt. In dem gleichen Artikel reproduzierte Th. Wolff einen neuen Brief seines Pariser Gewährsmanns, der bereits in dem Artikel vom 22. Mai (vgl. Nr. 15 876, Fußnote **) zitiert worden war. In diesem neuen Briefe hieß es: „Dann hat auch die ‚Westminster Gazette‘ versichert, daß Verhandlungen über ein Flottenabkommen nicht existieren. Man muß sich fragen, ob hier nicht das Wort ‚Verhandlungen‘ unterstrichen ist. Das Wort ‚Verhandlungen‘ klingt immer nach offizieller Aktion. Vielleicht ist es erlaubt, dafür ‚Unterredungen‘ zu setzen. Daß solche Unterredungen über den russischen Vorschlag stattgefunden haben, kann nicht ernsthaft bestritten werden. In der Umgebung des Herrn Iswolsky hat man sogar nicht verborgen, daß man von dem er-

## Nr. 15 883

### *Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky**

Eigenhändiges Konzept

Nr. 893 Berlin, den 16. Juni 1914
Ganz vertraulich

Ew. pp. wird es nicht entgangen sein, daß der, wie wir wissen, zutreffend auf den Kriegsminister General Suchomlinow zurückgeführte Artikel der „Birschewija Wjedomosti"* in Deutschland beträchtliches Aufsehen erregt hat. In der Tat hat wohl noch niemals ein offiziös inspirierter Artikel die kriegerischen Tendenzen der russischen Militaristenpartei so rücksichtslos enthüllt, wie es diese Preßäußerung tut. Um den französischen Chauvinismus auf die Dauer stärken zu können, ist er wohl zu plump geschrieben. Dagegen sind die Rückwirkungen auf die deutsche öffentliche Meinung unverkennbar und bedenklich.

Waren es bisher nur die extremsten Kreise unter den Alldeutschen und Militaristen, welche Rußland die planvolle Vorbereitung eines baldigen Angriffskrieges auf uns zuschoben, so beginnen sich jetzt auch ruhigere Politiker dieser Ansicht zuzuneigen. Die nächste Folge ist der Ruf nach einer abermaligen, sofortigen, umfangreichen Verstärkung der Armee. Dadurch wird, wie die Dinge nun einmal bei uns liegen, der Wettbewerb auch der Marine wachgerufen, die niemals zu kurz kommen will, wenn etwas für die Armee geschieht. Da, wie ich ganz vertraulich bemerke, Seine Majestät der Kaiser sich schon ganz in diese Gedankengänge eingelebt hat, besorge ich für den Sommer und Herbst den Ausbruch eines neuen Rüstungsfiebers bei uns**.

So wenig sich bei der Unsicherheit der russischen Verhältnisse die wirklichen Ziele der russischen Politik mit einiger Sicherheit im voraus

---

zielten Resultat sehr befriedigt sei, und es ist anzunehmen, daß Herr Iswolsky in Paris über die Auffassung seines Kollegen in London, des Grafen Benckendorff, unterrichtet ist. Es ist aber auch sehr möglich und sogar wahrscheinlich, daß nach diesen ersten Aussprachen die weitere Behandlung der Frage in die Hände der Marine gelegt worden ist, und daß das Foreign Office in der Tat einstweilen nichts mit der Angelegenheit zu tun hat. Die britische Admiralität dürfte die Frage prüfen oder geprüft haben, und Ende Mai ist dann der russische Marineattaché in London Kapitän Wolkow für einige Tage nach Petersburg gereist, um dort Bericht zu erstatten. Jetzt weilt er wieder in London."

* Bereits veröffentlicht in: Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, ed. Graf M. Montgelas und W. Schücking, I, 3 ff.

* Vgl. dazu Kap. CCIC, Nr. 15 861 nebst Anlage.

** Vgl. dazu Kap. CCXCII, Nr. 15 600, Fußnote **.

erkennen lassen, und so sehr wir auch bei unseren politischen Dispositionen in Rechnung stellen müssen, daß Rußland noch am ehesten von allen europäischen Großmächten geneigt sein wird, das Risiko eines kriegerischen Abenteuers zu laufen, so glaube ich doch nicht, daß Rußland einen baldigen Krieg gegen uns plant. Wohl aber wünscht es, und man wird ihm das nicht übel nehmen können, bei einem Wiederausbruch der Balkankrisis, gedeckt durch seine umfangreichen militärischen Rüstungen, kräftiger als bei den letzten Balkanwirren auftreten zu können. Ob es alsdann zu einer europäischen Konflagration kommt, wird ausschließlich von der Haltung Deutschlands und Englands abhängen. Treten wir beide alsdann geschlossen als Garanten des europäischen Friedens auf, woran uns, sofern wir von vornherein dieses Ziel nach einem gemeinsamen Plane verfolgen, weder die Dreibunds- noch die Ententeverpflichtungen hindern, so wird sich der Krieg vermeiden lassen. Andernfalls kann ein beliebiger, auch ganz untergeordneter Interessengegensatz zwischen Rußland und Österreich-Ungarn die Kriegsfackel entzünden. Eine vorausschauende Politik muß diese Eventualität beizeiten ins Auge fassen.

Nun liegt es auf der Hand, daß eine erhöhte Tätigkeit der deutschen Chauvinisten und Rüstungsfanatiker einer solchen deutsch-englischen Kooperation ebenso hinderlich sein würde wie eine nicht dezidierte, den französischen und russischen Chauvinismus im geheimen begünstigende Haltung des englischen Kabinetts. Auf einen seinem Bevölkerungszuwachs entsprechenden Ausbau seines Heeres wird Deutschland nie verzichten können. An eine Erweiterung des Flottengesetzes wird nicht gedacht. Wohl aber wird ganz im Rahmen des Flottengesetzes die Mehrindienststellung von Auslandskreuzern, die Armierung und Bemannung der Schlachtschiffe usw. dauernd steigende Aufwendungen erheischen. Es ist aber ein großer Unterschied, ob solche Maßnahmen als notwendige Folge allmählicher ruhiger Entwicklung in die Erscheinung treten, oder ob sie panikartig unter dem Druck einer aufgeregten und von Kriegsbesorgnis erfüllten öffentlichen Meinung vorgenommen werden.

Daß Sir Edward Grey den Gerüchten von einer englisch-russischen Marinekonvention im Unterhause mit Entschiedenheit entgegengetreten ist, und sein Dementi in der „Westminster Gazette" noch hat unterstreichen lassen, ist durchaus erfreulich. Hätten sich diese Gerüchte bewahrheitet, und zwar auch nur in der Form, daß die englische und russische Marine ihre Kooperation für den Fall festlegten, daß in einem zukünftigen Kriege England und Rußland gemeinsam gegen Deutschland fechten sollten — ähnlich den Abmachungen, die England zur Zeit der Marokkokrisis mit Frankreich getroffen hat —, so wäre dadurch allerdings nicht nur der russische und französische Chauvinismus stark gereizt worden, sondern es hätte auch bei uns eine nicht unberechtigte Beunruhigung der öffentlichen Meinung Platz gegriffen, die ihren Aus-

druck in einem navy scare und einer abermaligen Vergiftung der sich langsam bessernden Beziehungen zu England gefunden hätte* Inmitten der nervösen Spannung, in der sich Europa seit den letzten Jahren befindet, wären die weiteren Folgen unübersehbar gewesen. Jedenfalls wäre der Gedanke an eine gemeinschaftliche, den Frieden verbürgende Mission Englands und Deutschlands bei etwa auftauchenden Komplikationen von vornherein in verhängnisvoller Weise gefährdet worden.

Euer pp. ersuche ich ergebenst, Sir Edward Grey meinen besonderen Dank für seine offenen und geraden Erklärungen zu sagen und daran anschließend in zwangloser und vorsichtiger Weise diejenigen allgemeinen Betrachtungen zum Ausdruck zu bringen, die ich vorstehend angedeutet habe.

Ihrem gefälligen Bericht über die Aufnahme, der Sie bei Sir Edward Grey begegnen, sehe ich mit besonderem Interesse entgegen.

von Bethmann Hollweg

## Nr. 15 884

### *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg***

Ausfertigung

Nr. 400 London, den 24. Juni 1914

Ich benutzte meinen heutigen Besuch, um Sir Edward Grey den Dank Euerer Exzellenz für seine offenen und geraden Erklärungen im

---

* In ähnlichem Sinne hatte sich auch Staatssekretär von Jagow am 15. Juni gegenüber dem englischen Botschafter Sir W. E. Goschen ausgelassen. Vgl. dessen Bericht vom 16. Juni bei Viscount Grey, Twenty-Five Years 1892—1916, I, 293 ff.

** Bereits veröffentlicht in: Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, ed. Graf M. Montgelas und W. Schücking, I, 6 ff. Mit dem Lichnowskyschen Bericht ist zu vergleichen die Depesche Sir E. Greys an Sir W. E. Goschen vom 24. Juni (Viscount Grey, Twenty-Five Years, I, 303 ff.) und das Telegramm Graf Benckendorffs an Sasonow vom 25. Juni (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 823 f.) das auf direkten Mitteilungen Sir E. Greys über die Unterredung mit Fürst Lichnowsky fußt. Nach den Äußerungen des englischen Staatssekretärs zu dem russischen Botschafter hätte er dem Fürsten Lichnowsky im Laufe der Unterredung unter anderem versichert, daß seit fünf Jahren die Frage der Meerengen zwischen England und Rußland nicht erörtert worden sei. In Fürst Lichnowskys Bericht und Sir E. Greys eigener Depesche steht davon kein Wort. Die Pointierung dieser Äußerung gerade gegenüber Graf Benckendorff läßt darauf schließen, daß England noch in diesem Stadium seiner Verhandlungen mit Rußland vor einem Abkommen zurückscheute, das die Meerengen an Rußland auslieferte. Bei solcher den russischen Staatsmännern wohlbewußter Sachlage begreift es sich, daß gelegentlich der Vorbesprechungen über die englisch-russische

Unterhause* auszusprechen, durch welche er den Gerüchten über ein angebliches englisch-russisches Marineabkommen entgegengetreten ist. Ich knüpfte hieran die Bemerkung, daß Euere Exzellenz seine Ausführungen um so lebhafter begrüßt hätten, als dieselben nicht unwesentlich dazu beitrügen, die Befürchtungen zu zerstreuen, welche namentlich in neuester Zeit weite Kreise des deutschen Volkes hinsichtlich unserer auswärtigen Lage erfaßt hätten. In erster Linie sei es Rußland, welches dieser Beunruhigung und den daraus hervorgehenden Bestrebungen für eine weitere Vermehrung unserer Rüstungen Nahrung zuführe, und ich könne in dieser Hinsicht ganz besonders auf den Artikel der „Nowoje Wremja"** verweisen, welcher in Deutschland unliebsames Aufsehen erregt hätte. Angesichts der Möglichkeit, daß ein Balkankrieg wiederum ausbräche und daß Rußland sich alsdann zu einer etwas aktiveren Auslandspolitik entschlösse, erschien es uns von größter Wichtigkeit, daß die intime Fühlungnahme, welche zwischen uns während der letzten Krise bestand, auch allen zukünftigen Ereignissen gegenüber aufrechterhalten bliebe, um auf Grundlage gemeinsamer Verabredung einer kriegerischen Politik begegnen zu können. Ich wies den Minister ferner darauf hin, daß nur durch die Aufrechterhaltung der bisherigen deutsch-britischen Intimität, gepaart mit unserer Überzeugung, daß er auch in Zukunft bestrebt sein werde, kraft seines weitreichenden Einflusses in Paris und Petersburg allen abenteuerlichen Regungen entgegenzutreten, es der Kaiserlichen Regierung möglich sein werde, das auch bei uns zeitweise überhandnehmende Rüstungsfieber niederzuhalten und den Rahmen der bestehenden Wehrgesetze einzuhalten. Ich vermied es dabei absichtlich,

---

Marinekonvention die Meerengenfrage nur mit großer Vorsicht angefaßt wurde. In den „Prinzipien", die am 26. Mai in der Beratung zwischen dem russischen Marineattaché Kapitän Wolkow und dem englischen Admiralstabe festgelegt wurden, heißt es in bezug auf die Meerengenfrage wörtlich (v. Siebert, a. a. O., S. 820): „Sollte im Zusammenhang mit der Lage im Mittelmeer die Rede auf die Meerengen kommen (Bosporus und Dardanellen), so wären die politischen Fragen nicht zu berühren, sondern nur zeitweilige Operationen in den Meerengen als eine unserer strategischen Maßnahmen im Kriegsfalle ins Auge zu fassen." Die russische Taktik ging hiernach offenbar dahin, zunächst sich durch den Abschluß des englisch-russischen Marineabkommens den englischen Beistand für den Fall der Verwicklungen mit Deutschland zu sichern, dann aber die Meerengenfrage bei erster Gelegenheit, z. B. bei dem Wiederausbruch eines Krieges zwischen der Türkei und Griechenland, aufzurollen (vgl. dazu auch das Geheimtelegramm Paléologues vom 18. April, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 90), die Meerengen zu besetzen und das enge Zusammenwirken, das sich bei dem vorausgesetzten Ausbruch des kontinentalen Krieges zwischen Rußland und England zwangsläufig ergeben mußte, zur definitiven Lösung der Meerengenfrage im russischen Sinne zu benutzen.

* Vgl. Nr. 15 881 nebst S. 624, Fußnote.

** Es liegt wohl eine Verwechslung mit dem Artikel der „Birshewija Wjedomosti" vom 13. Juni (vgl. dazu Kap. CCIC, Nr. 15 861, Anlage) vor.

auf unser Flottengesetz näher einzugehen, da ich dieses heikle Thema mit dem Minister seit meiner Ankunft in London noch nie berührt habe, und er auch es bisher sorgsam unterlassen hat, diesen Gegenstand mit mir zu erörtern*.

Der Minister nahm meine Eröffnungen mit sichtlicher Befriedigung zur Kenntnis und sagte, daß es ebenso sein Bestreben sei, mit uns auch ferner Hand in Hand zu gehen und allen auftretenden Fragen gegenüber in enger Fühlung zu bleiben. Er habe in dieser Absicht soeben mit mir die gegenwärtige orientalische Lage besprochen** und glaube, daß dieser Weg für unsere beiderseitigen Ziele der geeignete sei. Was Rußland beträfe, so habe er nicht den geringsten Grund, an den friedlichen Absichten der russischen Regierung zu zweifeln. Daß Graf Benckendorff hier keine deutschfeindliche Politik betreibe, brauche er mich nicht erst zu versichern. Kaiser Nikolaus und Herr Sasonow sprächen sich stets in friedlichem Sinne Sir George W. Buchanan gegenüber aus; nur sei nicht zu leugnen, daß Herr Sasonow den Wunsch hege, gewissermaßen als Gegengewicht gegen den festgefügten Block des Dreibundes den Dreiverband etwas kräftiger in die Erscheinung treten zu lassen. Was aber den Artikel der „Nowoje Wremja" beträfe, auf den ich angespielt hätte, so sei er ihm, dem Minister, überhaupt nicht bekannt. Lachend fügte er hinzu, er habe erst gestern abend einen heftigen Angriff des gedachten Blattes gegen Großbritannien zu Gesicht bekommen wegen des persischen Ölabkommens***. Was aber Frankreich anlange, so wisse er aus guter Quelle und würde in dieser Auffassung auch durch fremde, zum Beispiel amerikanische Nachrichten † bestärkt, daß die Franzosen nicht die geringste Lust zu einem Kriege verspürten.

Es bestünden, so sagte mir Sir Edward, keine nicht veröffentlichten Abmachungen zwischen Großbritannien und den Verbandsgenossen. Er könne mir dies wiederholen, wie er es im Parlament erklärt habe, und er freue sich, hinzufügen zu können, daß von ihm aus niemals etwas geschehen werde, um diesem Verhältnis eine gegen Deutschland gerichtete Spitze zu geben. Er glaube auch, daß in den letzten Zeiten bei uns über diese Frage eine befriedigtere Auffassung Platz gegriffen habe. Er wolle aber mit mir ganz offen sein und wünsche

---

* Vgl. dazu Kap. CCXCII.

** Vgl. dazu Bd. XXXVIII.

*** Am 17. Juni war der englische Regierungsantrag, zur Beteiligung der Marineverwaltung an der englisch-persischen Ölgesellschaft 2,2 Millionen Pfund Sterling zu bewilligen, mit überwältigender Mehrheit angenommen worden. Über die Bedeutung des anglopersischen Abkommens, das in Petersburg einige Beklemmungen auslöste (vgl. das folgende Schriftstück), für die englische Flotte vgl. W. S. Churchill, The World Crisis, p. 172.

† Sir E. Grey denkt hier anscheinend an den in der ersten Junihälfte auf seiner Europamission (vgl. dazu Kap. CCXCII, Anhang) in London eingetroffenen Obersten Edw. M. House.

nicht, daß ich mich zu irrigen Auffassungen verleiten ließe, und möchte daher die Gelegenheit benutzen, um mir zu sagen, daß trotz obiger Tatsachen sein Verhältnis zu den beiden Genossen nach wie vor ein sehr intimes sei, und dasselbe nichts von seiner früheren Festigkeit eingebüßt habe. Über alle wichtigen Fragen stände er mit den betreffenden Regierungen in dauernder Fühlungnahme.

Ich dankte dem Minister für seine vertrauensvollen Eröffnungen, die er in freundschaftlich-gemütlicher Form vortrug, und erwiderte, daß für uns kein Grund vorläge, daran Anstoß zu nehmen, solange er seinen mächtigen Einfluß zugunsten des Friedens und der Mäßigung zum Ausdruck brächte*.

Lichnowsky

---

* Zu dem Bericht Lichnowskys liegt eine kurze, ebenfalls bereits in den Deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruche (I, 8) veröffentlichte, für den Reichskanzler bestimmte Aufzeichnung Unterstaatssekretärs Zimmermann vom 27. Juni vor: „Bei der Unterredung ist, wie zu erwarten stand, Lichnowsky wiederum völlig von Grey eingewickelt worden und hat sich von neuem in der Auffassung bestärken lassen, daß er es mit einem ehrlichen, wahrheitsliebenden Staatsmann zu tun hat. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als Lichnowsky einige, natürlich recht vorsichtige Andeutungen über uns aus Petersburg zugehende geheime, aber unbedingt zuverlässige Nachrichten zu machen, die über das Vorhandensein fortdauernder politischer und militärischer Abmachungen zwischen England und Frankreich und über bereits angeknüpfte, auf das gleiche Resultat hinzielende Verhandlungen zwischen England und Rußland keinerlei Zweifel aufkommen lassen." Dazu bemerkte Reichskanzler von Bethmann Hollweg am Rande: „Lichnowsky" — der eben damals in Kiel weilte (vgl. Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXIV, Nr. 14 714, Fußnote *) — „kommt Montag 5 Uhr zu mir. Ich möchte vorher die Situation noch einmal mit Ihnen besprechen." Über die Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem Botschafter vgl. Fürst Lichnowsky, Meine Londoner Mission 1912—1914 (Flugschriften des Bundes Neues Vaterland Nr. 7/8), S. 27. Wenn Fürst Lichnowsky sich in seinen Erinnerungen (a. a. O., S. 26) darüber beschwert, daß er von dem Auswärtigen Amt in völliger Unkenntnis der wichtigsten Dinge gelassen sei, daß er erst in den letzten Tagen des Juli zufällig durch den Militärattaché die geheimen englisch-französischen Abmachungen über das Zusammenwirken beider Flotten im Falle eines Krieges erfahren habe, und daß ihm andere wichtige und dem Amt längst bekannte Vorgänge wie der Briefwechsel Grey-Cambon überhaupt vorenthalten seien, so ist das durchweg unrichtig. Über das Bestehen geheimer militärischer und maritimer Abmachungen zwischen England und Frankreich hat der Marineattaché von Müller seinen Missionschef nicht erst Ende Juli, sondern schon im Februar aufgeklärt (vgl. Kap. CCXCIII, Nr. 15 622, Anlage). Von dem, was in Berlin über die naval conversations zwischen England und Rußland seit dem April bekannt war — man hatte bereits auf geheimem Wege Mitteilung von dem einschlägigen Briefwechsel zwischen Sasonow und Graf Benckendorff einschließlich des den Benckendorffschen Briefen vom 23. Mai (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 814 ff.) beigefügten Grey-Cambonschen Briefwechsels vom November 1912 enthalten (Näheres darüber in Nr. 15 888, Fußnote ***) —, ist Fürst Lichnowsky gelegentlich seines Besuchs beim Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 29. Juni in großen Zügen eingeweiht worden, und er hat diese Kenntnis ja auch in seiner Unterredung mit Sir E. Grey vom 6. Juli (vgl.

Nr. 15 885

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 189 St. Petersburg, den 30. Juni 1914

Bei meiner letzten Unterredung mit Herrn Sasonow kam die Rede auf die Angriffe der hiesigen Presse gegen England wegen der Erwerbung der Ölkonzessionen in Persien durch die englische Regierung*. Der Minister bezeichnete diese Angriffe als gänzlich ungerechtfertigt. Die Rechte, auf welche sich die englische Regierung bei der Erwerbung dieser Konzessionen stütze, seien älter als das russisch-englische Abkommen über Persien und würden durch dieses Abkommen nicht berührt. Rußland sei daher nicht in der Lage [1], dagegen irgendwelchen Einspruch zu erheben.

Herr Sasonow berührte bei dieser Gelegenheit auch die im englischen Parlament zur Sprache gebrachte angebliche Ausübung administrativer Funktionen durch russische Konsuln. Richtig sei, bemerkte der Minister, daß russische Konsuln, als es sich nach der Unterdrückung der Revolution in Persien darum gehandelt habe, das Eingehen der Steuern zu überwachen, im Einverständnis mit Herrn Mor-

---

Nr. 15 886) mit der gebotenen Vorsicht verwandt. Zu den Vorwürfen Fürst Lichnowsky gegen das Auswärtige Amt vgl. auch die „Bemerkungen zur Schrift des Fürsten Lichnowsky" des Staatssekretärs a. D. von Jagow vom 20. März 1918, „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 23. März 1918. Es heißt dort ausdrücklich: „Ich möchte feststellen, daß der Fürst Lichnowsky über die ‚wichtigsten Dinge', soweit sie für seine Mission von Belang waren, nicht in Unkenntnis gelassen worden ist. Ich habe im Gegenteil die Botschafter allgemein viel weitgehender orientiert, als das früher der Brauch gewesen war. Meine eigenen Erfahrungen als Botschafter hatten mich hierzu veranlaßt. Aber bei Lichnowsky bestand die Neigung, sich mehr auf seine eigenen Eindrücke und Urteile zu verlassen, als auf die Mitteilungen und Weisungen der Zentralstelle. Die Quellen unserer Nachrichten mitzuteilen, hatte ich freilich nicht immer Anlaß noch Befugnis. Hier lagen ganz bestimmte Rücksichten vor, insbesondere die Sorge um die Kompromittierung unserer Quellen."

* Im Zusammenhang mit dem anglopersischen Abkommen wegen der Ölkonzessionen kam es zwischen der russischen und englischen Presse zu scharfen Auseinandersetzungen. Auch Sasonow befürchtete aus diesem Anlaß eine Erkaltung der englisch-russischen Beziehungen; um so mehr drängte er zu dem Abschluß der in Aussicht genommenen Marinekonvention. Vgl. seinen streng vertraulichen Brief an Graf Benckendorff vom 25. Juni. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 136 f. Noch größer waren die Besorgnisse in England gewesen. Botschafter Sir G. Buchanan mußte sogar eigens eine Audienz beim Zaren (15. Juni) nachsuchen, um einen Brief König Georgs V. zu übergeben, der die Hoffnung ausdrückte, daß die englisch-russischen Beziehungen durch die persische Frage keine Trübung erleiden würden. Vgl. den ausführlichen Bericht Sir G. Buchanans über diese Audienz, My Mission to Russia and other Diplomatic Memories, I, 114 ff.

nard * bei dieser Überwachung mitgewirkt hätten. Die Konsuln seien aber streng angewiesen [2], sich jeglicher Tätigkeit zu enthalten, die als Ausübung administrativer Funktionen erscheinen könnte. Es werde daher jetzt untersucht werden, ob etwa in einzelnen Fällen gegen diesen Befehl verstoßen worden sei. Eventuell würden die betreffenden Konsuln von hier aus desavouiert werden.

Ich hatte den Eindruck, als ob der Minister besonderen Wert darauf legte, mich davon zu überzeugen, daß von irgendwelchen ernsteren Unstimmigkeiten zwischen der hiesigen und englischen Regierung bezüglich Persiens keine Rede sei. In ähnlichem Sinne hat sich Herr Sasonow auch meinem italienischen Kollegen gegenüber ausgesprochen und dabei bemerkt, daß diejenigen, die etwa auf ernstere Differenzen zwischen England und Rußland rechneten, sich sehr täuschten.

Beim Besuch des englischen Geschwaders ** ist denn auch von offizieller russischer Seite alles aufgeboten worden, um den Festlichkeiten zu Ehren der englischen Gäste besonderen Glanz zu verleihen und das Ententeverhältnis bei diesem Anlaß zu betonen. Die beiderseitigen Trinksprüche, in denen die russisch-englische Freundschaft gepriesen wurde, waren sehr warm im Ton, ohne daß übrigens irgendwelche Äußerungen dabei fielen, welchen in politischer Hinsicht besondere Bedeutung beizumessen wäre. Die von einigen Zeitungen dem englischen Botschafter in den Mund gelegten Worte sind von diesem nicht gesprochen worden. Sir George Buchanan hat nur seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß „der Grund zu einem dauernden Einvernehmen zwischen England und Rußland“ gelegt worden sei. Die „Nowoje Wremja“ hatte daraus gemacht, daß ein „festes Abkommen zwischen England und Rußland“ zustande gekommen sei, und dieser unrichtige Wortlaut war von einigen Blättern, auch von deutschen, übernommen worden ***.

Im übrigen hat sich die Stimmung in der hiesigen öffentlichen Meinung und in der Gesellschaft auch während der Anwesenheit des englischen Geschwaders nicht zu erwärmen vermocht. Auf dem von den englischen Offizieren veranstalteten Ball erschienen nur etwa 1000 Personen, obwohl etwa 4000 Einladungen ergangen waren. In Kreisen der ersten Gesellschaft verhielt man sich dem englischen Besuch gegenüber auffallend gleichgültig †. Die Presse wiederholte auch während der Anwesenheit der englischen Gäste ihre Angriffe gegen die englische Politik in Persien.

---

* Persischer Generalschatzmeister.

** Am 22. Juni war ein englisches Geschwader in Kronstadt eingetroffen, unter dem Kommando des Admirals Beatty; die Abfahrt erfolgte am 29. Juni. Vgl. auch Kap. CCXCII, Nr. 15 601 nebst Fußnote **.

*** Vgl. dazu Sir G. Buchanan, a. a. O., I, 185 f.

† Im Gegensatz dazu schilderte Sir G. Buchanan (a. a. O., I, 187 f.) den Empfang als außerordentlich warm.

Viel bemerkt wurde übrigens, daß zu den offiziellen Festlichkeiten außer den Mitgliedern der französischen Botschaft auch der portugiesische Gesandte* eingeladen wurde.

Im ganzen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Begeisterung für die Entente mit England sich hier mehr und mehr abkühlt. Wenn auch die Regierung bestrebt ist, nach außen hin den Eindruck zu erwecken, als ob zwischen Rußland und England alles zum besten stände, so deuten doch manche Anzeichen auf das Zunehmen von Friktionen zwischen Petersburg und London hin, zu welchen die persischen Angelegenheiten Anlaß geben. In dieser Beziehung erscheint auch der Umstand bemerkenswert, daß meinem englischen Kollegen, der Ende dieses Monats einen Urlaub von mehreren Wochen antreten wollte, dieser Urlaub von seiner Regierung nicht bewilligt worden ist.

F. Pourtalès

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Aha!
[2] pfeifen drauf!

## Nr. 15 886

### *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg***

Ausfertigung

Nr. 435 London, den 6. Juli 1914
Geheim

Ich besuchte heute nachmittag Sir Edward Grey und nahm dabei Gelegenheit, die gesamte europäische Lage mit ihm in vertraulichem Tone zu besprechen.

Zunächst glaubte ich ihn darauf hinweisen zu sollen, daß die österreichisch-ungarisch—serbischen Beziehungen durch die Ermordung des Thronfolgers *** eine nicht unbedenkliche Zuspitzung erhalten hätten. Man könne es der k. und k. Regierung nicht verübeln, wenn sie diese neue Herausforderung angesichts der Unterstützung, die die Verschwörer erwiesenermaßen aus Belgrad erhalten hätten, nicht ungesühnt lassen und von der serbischen Regierung Genugtuung verlangen würde. Ob und in welcher Form dies geschehe, sei mir zwar nicht bekannt, aber ich glaubte, daß es sich schon jetzt empfehlen würde, die Möglichkeit einer Verschärfung der Beziehungen zwischen Wien und

---

* Batalha Reis.
** Bereits veröffentlicht in: Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, ed. Graf M. Montgelas und W. Schücking, I, 40 ff.
*** 28. Juni.

Belgrad ins Auge zu fassen, damit er, Sir Edward, rechtzeitig in der Lage sei, seinen Einfluß in Petersburg dahin geltend zu machen, daß von dort auf Serbien im Sinne der Nachgiebigkeit gegenüber den österreichischen Forderungen gewirkt würde.

Sir Edward schien in dieser Richtung noch keinerlei Nachrichten erhalten zu haben. Er verkannte jedoch nicht die Gefahr, die die Lage mit sich bringen könnte, und schien zu begreifen, daß es für einen leitenden österreichisch-ungarischen Staatsmann schwer sei, sich auf die Dauer aller energischen Maßnahmen zu enthalten. Er versprach mir, auch über diese Frage mit uns in Fühlung zu bleiben, enthielt sich aber vorläufig einer bestimmteren Meinungsäußerung.

Sodann erwähnte ich unter Bezugnahme auf unsere letzte Unterhaltung*, daß die gewaltigen Rüstungen Rußlands und gewisse andere Anzeichen, wie der Bau strategischer Bahnen, nach meinen letzten persönlichen Eindrücken in Berlin** nicht verfehlt hätten, dort ein gewisses Unbehagen hervorzurufen. Die Stimmung Rußlands für uns und Österreich-Ungarn sei zweifellos keine freundliche. Diese Tatsachen verbunden mit dem bosnischen Frevel hätten bei uns eine etwas pessimistische Auffassung der auswärtigen Lage gezeitigt. Da wir aber überzeugt wären, daß wir uns mit der britischen Politik in dem Wunsche begegneten, den Frieden zu erhalten und die Gruppen einander zu nähern, so glaubte ich, durch eine Aussprache mit ihm den beiderseitigen Zwecken zu dienen.

Sir Edward wiederholte mir ungefähr dasselbe, was er mir erst kürzlich gesagt hatte, nämlich, daß ihm keine Anzeichen einer deutschfeindlichen Stimmung in St. Petersburg bekannt seien. Noch weniger glaube er an kriegerische Absichten Rußlands, er wolle aber der Frage erneut seine Aufmerksamkeit zuwenden und mit mir gelegentlich darauf zurückkommen, da auch er den Wunsch hege, über alle Fragen der auswärtigen Politik mit uns in Fühlung zu bleiben.

Zum Schlusse sagte ich, er müsse mir gestatten, da ich ganz offen mit ihm sein wolle, und ich es für wichtig hielte, daß er über unsere Auffassungen und Stimmungen genau unterrichtet sei, ein etwas heikles Thema in vertraulicher Weise zu berühren. Wir wüßten aus seinen Erklärungen, daß geheime Abmachungen politischer Natur zwischen England und Rußland nicht bestünden. Wir hätten selbstverständlich nicht den geringsten Anlaß, an der Richtigkeit seiner Worte zu zweifeln, bedauerten aber um so mehr, daß immer wieder Gerüchte auftauchten, welche von einer Flottenverständigung zu berichten wüßten, die ein beiderseitiges Zusammenwirken gegen uns im Kriegsfalle bezwecke. Ich wäre nicht in der Lage, die Richtigkeit dieser Gerüchte zu prüfen, könne mir aber wohl denken, daß etwaige

* Vgl. Nr. 15 884.
** Vgl. Nr. 15 884, S. 633, Fußnote.

Besprechungen der beiderseitigen Seebehörden nicht in den Rahmen politischer Abmachungen und bindender Verträge fielen, und daß sie daher mit seinen Erklärungen zu vereinbaren wären. In diesem Falle aber glaubte ich ihn darauf aufmerksam machen zu müssen, daß derartige Verabredungen notwendigerweise dazu beitragen würden, die in Rußland zweifellos bestehende nationalistische Strömung zu bestärken und andererseits bei uns das Verlangen nach vermehrten Rüstungen zu fördern und der Regierung es zu erschweren, den ihm bekannten, den Rahmen der gesetzlich festgelegten Aufwendungen überschreitenden Forderungen entgegenzutreten.

Sir Edward entgegnete, ohne auf die von mir berührte Frage eines Flottenübereinkommens näher einzugehen, daß er mir bereits vor kurzem gesagt habe, daß kein neues oder geheimes Übereinkommen bestünde, daß aber die Beziehungen zu den Verbandsgenossen nichtsdestoweniger einen sehr intimen Charakter trügen. Aus seiner Zurückhaltung und der Bemerkung, daß er mit mir noch einmal auf die Angelegenheit zurückkommen wolle, konnte ich entnehmen, daß er sich die ganze Frage reiflich überlegen will, ehe er mir gegenüber zu meiner Anregung Stellung nimmt. Auf jeden Fall hat er eine Fühlungnahme der beiden Marinen für den Fall eines gemeinsamen Krieges nicht direkt in Abrede gestellt. Er betonte aber auch bei dieser Gelegenheit wieder, daß sein Bestreben dahin ginge, die beiden Gruppen einander näher zu bringen und dadurch europäischen Verwickelungen vorzubeugen und eine Verständigung über alle auftauchenden Fragen zu erleichtern.

Der Minister stand sichtlich unter dem Eindruck meiner Eröffnungen und dankte mir für die offene Aussprache, die sich in gewohnter gemütlicher und freundschaftlicher Form vollzogen hatte.

Lichnowsky

## Nr. 15 887

### *Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Ausfertigung

Nr. 442 London, den 9. Juli 1914

Sir E. Grey ließ mich heute zu sich bitten und gab mir zunächst Kenntnis von der Aufzeichnung, die er über unsere Unterredung gemacht hatte, die kurz vor meiner Reise nach Berlin und Kiel statt-

* Bereits veröffentlicht in: Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, ed. Graf M. Montgelas und W. Schücking, I, 51 f.

fand*. Er sagte, er habe seinen damaligen Worten auch heute nichts hinzuzufügen und könne nur wiederholen, daß geheime Abmachungen zwischen Großbritannien einerseits und Frankreich und Rußland andererseits, welche Großbritannien im Falle eines europäischen Krieges Verpflichtungen auferlegten, nicht bestünden. England wolle sich vollkommen freie Hand bewahren, um bei festländischen Verwickelungen nach eigenem Ermessen handeln zu können. Die Regierung habe gewissermaßen dem Parlament gegenüber die Verpflichtung übernommen, sich in keine geheimen Verbindlichkeiten einzulassen. Auf keinen Fall werde bei festländischen Verwickelungen die britische Regierung auf Seiten des Angreifenden zu finden sein.

Da er mich aber nicht habe irreführen wollen — as I did not want to mislead you —, habe er gleich hinzugefügt, daß nichtsdestoweniger seine Beziehungen zu den genannten Mächten nichts von ihrer früheren Innigkeit verloren hätten. Wenn auch also keine Abmachungen bestünden, die irgendwelche Verpflichtungen auferlegten, so wolle er doch nicht in Abrede stellen, daß von Zeit zu Zeit Unterhaltungen (conversations) zwischen den beiderseitigen Marine- oder Militärbehörden stattgefunden hätten und zwar die erste schon im Jahre 1906, dann während der Marokkokrisis, als man hier geglaubt habe, wie er lachend hinzufügte, daß wir die Franzosen angreifen wollten. Aber auch diese Unterhaltungen, von denen er meist nichts Näheres gewußt habe, hätten durchaus keine aggressive Spitze, da die englische Politik nach wie vor auf Erhaltung des Friedens gerichtet sei und in eine sehr peinliche Lage käme, wenn ein europäischer Krieg ausbräche.

Ich wiederholte dem Minister ungefähr dasselbe, was ich ihm schon neulich gesagt hatte, und gab ihm dann zu verstehen, daß es wünschenswert wäre, daß solche militärischen Konversationen auf ein Mindestmaß beschränkt blieben, da sie sonst leicht zu unerwünschten Folgen führen könnten.

Seit unserer letzten Unterhaltung, fügte Sir Edward hinzu, habe er sich über die Stimmung, die in Rußland uns gegenüber bestehe, eingehend erkundigt und keinen Grund zu einer beunruhigenden Auffassung gefunden, er schien auch bereit zu sein, falls wir es wünschten, in irgendeiner Form auf die Haltung Rußlands einzuwirken. Auch sei er bestrebt gewesen, für den Fall, daß das Wiener Kabinett sich genötigt sehe, infolge des Serajewoer Mordes eine schärfere Haltung gegen Serbien einzunehmen, die russische Regierung bereits jetzt für eine ruhige Auffassung und versöhnliche Haltung gegen Österreich zu gewinnen. Sehr viel würde freilich, so meinte Sir Edward, von der Art der etwa gedachten Maßnahmen abhängen, und ob dieselben nicht das slawische Gefühl in einer Weise erregten, die es Herrn Sasonow unmöglich machen würde, dabei passiv zu bleiben.

---

* Vgl. Nr. 15 884.

Im allgemeinen war der Minister in durchaus zuversichtlicher Stimmung und erklärte in heiterem Tone, keinen Grund zu haben zu einer pessimistischen Auffassung der Lage.

Lichnowsky

Nr. 15 888

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Generaldirektor der Hapag Ballin, z. Z. in Bad Kissingen**

Privatbrief. Eigenhändiges Konzept

Ganz geheim Berlin, den 15. Juli 1914

Entschuldigen Sie, wenn ich mit diesen Zeilen Ihre Badekur störe, aber es handelt sich um eine Frage, welche auch Ihr stetes Sorgenkind ist, unsere Beziehungen zu England.

Sie werden die Veröffentlichungen des „Berliner Tageblatts" über gewisse maritime Abmachungen zwischen England und Rußland** gelesen haben, die ja schließlich zu einer Interpellation im Unterhause und der etwas gewundenen Inabredestellung Greys geführt haben. Ich weiß nicht, woher diese Nachricht auf den Redaktionstisch Theodor Wolffs geflogen ist, ich wollte ihr zunächst auch keinen rechten Glauben schenken, weil sie mir zu sehr im Widerspruch zu unseren scheinbar gebesserten Beziehungen als auch zur Abneigung der englischen Politik gegen derartige Bindungen zu stehen schien. Ich bin der Sache natürlich nachgegangen und habe — wie ich Ihnen im engsten Vertrauen mitteile — inzwischen durch sehr geheime Quellen***

---

* Bereits veröffentlicht in: Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, ed. Graf M. Montgelas und W. Schücking, I, 82 ff.; im Auszug auch bei B. Huldermann, Albert Ballin, S. 299 f.

** Vgl. Nr. 15 876, Fußnote **.

*** Die „sehr geheimen Nachrichten", auf die schon Unterstaatssekretär Zimmermann in seiner Notiz zu Fürst Lichnowskys Bericht vom 24. Juni (siehe Nr. 15 884, S. 633, Fußnote) angespielt hatte, sind unzweifelhaft identisch mit dem bald nach Ausbruch des Krieges in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 16. Oktober, ferner vom 18., 19., 20., 22. und 27. Dezember veröffentlichten Briefwechsel Sasonows mit Graf Benckendorff bzw. Iswolsky aus dem April, Mai und Juni, der seitdem bei v. Siebert und daraus im Diplomatischen Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, reproduziert worden ist. Es handelt sich um die Briefe Sasonows an Iswolsky vom 2. April (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 806 ff.), Iswolskys an Sasonow vom 9. April (a. a. O., S. 808), Graf Benckendorffs an Sasonow vom 12., 16., 18. und 23. Mai, letzterer mit dem Grey-Cambonschen Briefwechsel vom November 1912 als Anlage, sowie vom 11. Juni (a. a. O., S. 809 f., 810 ff., 812 ff., 814 f., 821 f.), schließlich um den Brief Sasonows an Graf Benckendorff vom 28. Mai nebst der Aufzeichnung über die Vorbesprechung Kapitän Wolkows mit dem englischen Admiralstabschef vom 26. Mai (a. a. O., S. 817 ff.). Auch Lord Grey nimmt in seinen

zu meinem Bedauern feststellen können, daß die Nachricht doch ihre tatsächliche Unterlage hat. Lichnowsky hat Grey auf das „Tageblatt“ angeredet, und Grey hat nach einigem Zögern die Sache auch nicht ganz in Abrede gestellt. Es ist nun aber in Wirklichkeit noch mehr dahinter, als wohl Theodor Wolff selbst wissen mag, und der gute Lichnowsky glauben möchte. Es wird tatsächlich zwischen London und Petersburg über ein Marineabkommen verhandelt, bei dem — dies wieder im tiefsten Vertrauen — von russischer Seite eine weitgehende militärisch-maritime Kooperation erstrebt wird. Zum Abschluß sind diese Verhandlungen trotz russischen Drängens * noch nicht gelangt **, zum

---

Memoiren (Twenty-Five Years, 1892—1916, I, 295) an, daß Staatssekretär von Jagow bereits am 16. Juni gelegentlich einer Unterredung mit Sir E. W. Goschen Kenntnis von diesen Papieren besessen habe. Auf die sich hier aufdrängende Frage, zu welchem Zweck die Papiere damals von russischer Seite in die Hände der deutschen Regierung gespielt worden sind, wird kaum eine andere Antwort möglich sein, als daß die Mitteilung bestimmt war, die deutsch-englischen Beziehungen, deren zunehmende Besserung den russischen Staatsmännern ein Dorn im Auge war, zu vergiften. Wenn es weiter richtig sein sollte, was Lord Grey in seinen Memoiren (a. a. O., I, 287, 296) annimmt, daß in dem Briefwechsel zwischen den russischen Staatsmännern die englisch-russischen Verhandlungen über den Abschluß einer Marinekonvention in übertriebenen, den tatsächlichen Verlauf falsch wiedergebenden Ausdrücken gehalten worden wären, so würde die Schlußfolgerung kaum abzuweisen sein, daß schon die Abfassung dieser Schriftstücke und ihre Verwertung gegenüber dem Zaren, vor allem aber ihre auf Hintertreppen bewerkstelligte Mitteilung nach Berlin eine politische Intrige größten Stiles vorstellen, deren Zweck und Bedeutung keinenfalls in einer Befriedung der gesamtpolitischen Lage bestand.

* Das russische Drängen wird bestätigt durch Sasonows Geheimbrief an Graf Benckendorff vom 25. Juni. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 136 f.

** Nach einem in der russischen Zeitschrift „Nowoje Sweno“ am 11. Juli veröffentlichten Aufsatze des Publizisten Briantschaninow wäre es tatsächlich zum Abschluß der englisch-russischen Militär- und Marinekonvention gekommen. Es heißt in dem von Graf Pourtalès mit Bericht Nr. 213 vom 21. Juli eingereichten Aufsatz: „Mit dem Gefühl tiefempfundener Freude können wir den Lesern eine Nachricht mitteilen, deren große internationale Bedeutung einen Kommentar erübrigt. Wie wir aus zweifellosen Quellen erfahren haben, ist in London von einer verantwortlichen englischen Persönlichkeit und dem (russischen Botschafter) Grafen Benckendorff eine englisch-russische Militär-Marinekonvention unterzeichnet worden. Ihr Text ist von Konteradmiral Beatty überbracht und übergeben worden. . . . Wie man uns mitteilt, ist die Konvention nicht nur eine defensive, sondern sieht auch die Landung eines englischen Landungskorps in Holland [Pommern?] vor. . . . Nach dem Sinne der Konvention tritt die russische baltische Flotte im Kriegsfalle unter das Kommando des Kommandeurs des englischen Geschwaders, dessen Standort in Norwegen bezeichnet werden wird, um, gestützt auf die freundschaftliche Neutralität Dänemarks, sofort nach Eröffnung der Feindseligkeiten, oder, richtiger gesagt, schon vorher in den baltischen Gewässern zu erscheinen, und gemeinsam mit der russischen Flotte unsere ungeschützten Küsten zu verteidigen. Nur selten können wir der russischen Regierung zu einem Erfolge gratulieren, aber jetzt sind wir glücklich, es tun zu können. . . .“ Eine Bestätigung haben die Angaben der „Nowoje Sweno“, die in sich nicht wahrscheinlich sind, nicht gefunden. Immerhin spricht auch

Teil vielleicht, weil Grey durch die Indiskretion des „Tageblattes“ und [infolge] des offenbaren Widerstands bei einem Teil der liberalen Partei in England doch etwas zögernd geworden ist. Aber die Russen scheinen sehr zu drängen, und wer weiß, was sie als Gegenleistung bieten mögen. Grey wird sich schließlich wohl doch dem Abschluß nicht widersetzen, falls er nicht im Schoße der eigenen Partei oder des Kabinetts auf Widerstand stößt. Er mag sich als Pilatus vor sich selbst damit ausreden, daß die Verhandlungen nicht eigentlich zwischen den Kabinetten, sondern zwischen den Marinebehörden geführt werden. Ich lasse es auch dahingestellt, ob die Engländer mit der ihnen eigenen Kasuistik mit der reservatio mentalis verhandeln und abschließen, im kritischen Moment, wenn es ihnen nicht paßt, nicht eingreifen zu wollen, weil ein casus foederis voraussichtlich in dem Abkommen nicht vorgesehen ist. Wenn nun auch das Abkommen nach englischer Auffassung vielleicht in der Luft schweben möchte, so würde es doch jedenfalls das Resultat haben, daß die aggressiven Tendenzen Rußlands dadurch ganz wesentlich ermutigt werden würden.

Die Bedeutung, die die Angelegenheit für uns haben würde, brauche ich nicht näher darzulegen. An eine weitere Annäherung an England wäre für uns dann kaum mehr zu denken. Es erscheint mir daher sehr wichtig, noch einmal den Versuch zu machen, die Sache zum Scheitern zu bringen. Vielleicht würde, wenn die liberale Partei nochmals alarmiert oder ein Mitglied des Kabinetts entschiedene Bedenken dagegen äußern würde, Grey doch noch vor dem definitiven Abschluß zurückschrecken.

Mein Gedanke war nun, ob Sie durch Ihre vielfachen intimen Beziehungen zu maßgebenden Engländern — haben Sie nicht auch solche zu Lord Haldane? — nicht einen Warnruf über den Kanal gelangen lassen könnten. Ich denke mir die Sache etwa so: Sie schreiben, Sie hätten in Kiel erfahren, daß die Veröffentlichungen des „Tageblatts“ doch ihre tatsächliche Unterlage hätten. Unsere Marinekreise wären darüber sehr erregt gewesen, und Sie sähen daraus einen neuen unabwendbaren und intensiven naval scare, neue weitgehende Flottenvorlagen entstehen. Auch in der Wilhelm-

der ehemalige russische Kriegsminister Suchomlinow in seinen Erinnerungen von dem erfolgten Abschluß der Marinekonvention. Ausdrücklich heißt es dort (Deutsche Ausgabe, S. 253) über den Abschluß und seine Bedeutung: „Nachdem die Marinekonvention mit England abgeschlossen war, fühlte sich die russische Diplomatie stark genug, um ihre Pläne auf dem Balkan auch gegen den Willen der Deutschen durchzusetzen. In der öffentlichen Meinung aber herrschte die Auffassung vor, daß Rußland die Gelegenheit nicht wieder verpassen dürfe, und daß die russischen Interessen nicht wieder in Abhängigkeit von den innenpolitischen Strömungen Frankreichs gebracht werden dürften.“ Später hat Suchomlinow zugegeben, daß ein formaler Abschluß der Marinekonvention bis Kriegsausbruch nicht vorgelegen habe. A. Bach, Die englisch-russischen Verhandlungen über den Abschluß einer Marinekonvention, Preußische Jahrbücher, Bd. 197, S. 194.

straße hätte man sehr lange Gesichter gemacht und sich sorgenvoll gefragt, ob das ganze mühsame Werk einer englischen Annäherung nun rettungslos in die Brüche gehen sollte. Das Gefühl, daß der eiserne Ring um uns sich doch immer enger schließen sollte, könnte bei der immer drohender werdenden Erstarkung Rußlands und den immer aggressiver werdenden Tendenzen des Panslawismus schließlich doch einmal zu gefährlichen Konsequenzen führen.

Ob dieser Weg gangbar ist, ob er nützt, weiß ich nicht. Vielleicht können Sie mir einen anderen angeben. Ich meine, man darf nichts unversucht lassen, um die Sache zum Scheitern zu bringen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir Ihre Ansicht mitteilen wollten, und eventuell, was Sie tun zu können für möglich halten. In jedem Falle wäre Eile geboten, damit inzwischen nicht der Abschluß erfolgt, auf den Herr Poincaré in Petersburg wohl auch hinarbeitet.

Jagow

Nachschrift

Nachdem ich dies gestern abend geschrieben, lese ich heute früh einen neuen Artikel von Wolff im „Berliner Tageblatt"*. Seine Gewährsmänner scheinen die Dinge doch also auch ernster aufzufassen.

## Nr. 15 889

## *Der Generaldirektor der Hapag Ballin, z. Z. in London, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow***

Privatbrief. Ausfertigung

Geheim — z. Z. London, den 24. Juli 1914

Ich habe also gestern abend bei Haldane mit Sir Edward Grey gegessen und habe nach dem Diner Gelegenheit genommen, den Herren zu sagen, daß mich die durch die Presse gegangene Nachricht über anglo-russische Flottenverhandlungen insofern unangenehm berührt hätte, als ich fürchten müßte, daß die Bestätigung oder auch nur

---

* „Der russische Vorschlag", Nr. 355 des „Berliner Tageblatts" vom 16. Juli. Vgl. Nr. 15 882, Fußnote **. Es wurde in diesem Artikel unter Beibringung eines neuen Briefes des mehrfach angeführten Pariser Gewährsmanns nochmals festgestellt: „Und eine Tatsache ist es, daß der russische Vorschlag existiert, und daß man ihn von englischer Seite zwar keineswegs angenommen, aber auch noch nicht abgelehnt hat und daß die russischen Bemühungen weitergehen."

** Bereits veröffentlicht in: Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, ed. Graf M. Montgelas und W. Schücking, I, 246 f. Vgl. dazu B. Huldermann, Albert Ballin, S. 300 f. Ballin war nach Empfang des Jagowschen Briefes vom 15. Juli nach Berlin gereist und von da nach Rücksprache im Auswärtigen Amt nach London gefahren, um sich über die dortige Gesamtsituation und Stimmung zu informieren.

die fortgesetzte Verbreitung solcher Nachricht die freundlichen Beziehungen zwischen England und Deutschland aufs neue trüben könnte, indem man deutscherseits sich vielleicht gezwungen sähe, solche neue Situation in Form vermehrter Kriegsschiffbauten zu kompensieren. Mich interessiere natürlich intensiv die Frage, ob auf die freundschaftlichen Beziehungen, zu deren Herbeiführung ich selbst ein Geringes habe tun dürfen, ein Schatten gefallen sei, und nicht minder natürlich fühlte ich mich versucht, die indiskrete Frage Grey vorzulegen, ob und in welchem Umfange die Nachrichten über diese anglo-russischen Verhandlungen zutreffend seien; er spräche ja nur mit einem Privatmanne und brauche deshalb nicht nach einer diplomatischen Abwehr dieser Frage zu suchen; er könne die Frage unbeantwortet lassen, wenn sie ihm nicht passe.

Das Ergebnis meiner Unterhaltung mit Grey und Haldane darf ich in folgenden Notizen zusammenfassen:

1. Grey erklärt, daß die freundlichen Beziehungen, welche als ein Ergebnis der damaligen Haldaneschen Mission zu betrachten seien, nicht nur im ganzen Umfange ungetrübt geblieben, sondern durch die Kooperation von Deutschland und England während der Balkanschwierigkeiten und durch die anderen inzwischen gepflogenen Verhandlungen noch verstärkt seien.

2. Die politische Situation habe sich im Laufe des letzten Jahrzehnts ja so gestaltet, daß auch England einer Gruppe angehöre, und es sei natürlich, daß von Mitgliedern dieser Gruppe Fragen zur Diskussion gestellt würden, deren Verhandlung man nicht ohne weiteres ablehnen könne. Wie es England in dieser Beziehung mit Frankreich und Rußland gehe, so würde es wohl Deutschland innerhalb seiner Gruppe mit Österreich und Italien gehen.

3. Das wolle er mir aber gern erklären, daß keine solche Flottenkonvention bestehe, und daß es nicht in Englands Absicht läge, in eine derartige Konvention zu willigen.

Haldane, der sich dem Herrn Reichskanzler herzlich empfehlen läßt, unterstrich die Greyschen Erklärungen noch ganz besonders, als ich mit ihm noch einige Zeit, nachdem Grey gegangen war, zusammensaß, und deutete mir an, daß die unruhigen französischen Freunde sehr oft aus Gründen interner Natur Fragen in die Öffentlichkeit würfen, die ernsthaft nicht zu diskutieren wären. Grey glaubt, daß die Kräfteverteilung, wie sie sich in den beiden Gruppen ergeben habe, die glücklichste Garantie für die Erhaltung des Weltfriedens oder jedenfalls doch des Friedens zwischen den Großmächten bilde. Auf der Hand läge es, daß die starken Rüstungen Deutschlands auch die anderen Mächte zu großen Ausgaben und Anstrengungen auf dem Gebiet der Rüstungen führen. Das sei natürlich höchst bedauerlich und zweifellos eine starke Belastungsprobe für ein friedliches Zusammenarbeiten.

Die österreichische Note an Serbien* wird hier sehr milde beurteilt. Das hängt zum Teil wohl zusammen mit der gegenwärtigen Situation, denn die Ulsterfrage beherrscht die Stunde. Die Herren waren gestern abend ganz außerordentlich pessimistisch gestimmt.

Ich esse heute abend mit Winston Churchill** und denke Montag nach Köln zu reisen, wo am 29. und 30. Juli Konferenzen der Nordatlantischen Schiffahrtsgesellschaft stattfinden.

Ballin

---

* Gemeint ist das österreichische Ultimatum vom 23. Juli.

** Vgl. dazu B. Huldermann, Albert Ballin, S. 302 und W. S. Churchill, The World Crisis, p. 195 f.







